

**2. Wissenschaftlicher Landesbericht  
zu bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt  
In Baden-Württemberg in den Jahren 2004/ 2005/06**



**2. Wissenschaftlicher Landesbericht  
zu bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt  
in Baden-Württemberg in den Jahren 2004/ 2005/06**

**Hans Hoch  
Thomas Klie  
Martina Wegner**

Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung  
an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg  
Bugginger Str. 38, 79114 Freiburg  
Tel.: 0761-4 78 12 14  
Fax: 0761-4 78 12 699  
[www.zentrum-zivilgesellschaft.de](http://www.zentrum-zivilgesellschaft.de)

---

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis .....	iv
Abkürzungsverzeichnis .....	vi
Geleitwort.....	vii
Vorwort .....	1
Trendbericht: Was tut sich in Baden-Württemberg .....	2
<b>A Baden-württembergische Wege der Engagementförderung.....</b>	<b>31</b>
1. Regierungserklärungen, Kooperationsvereinbarungen, Politik des Landtags .....	32
1.1 Bürgerschaftliches Engagement als Thema in den Koalitionsvereinbarungen .....	33
1.2 Bürgerschaftliches Engagement als Gegenstand von Regierungserklärungen.....	33
1.3 Bürgerschaftliches Engagement als Thema des Landtags .....	35
2. Wichtige Akteure .....	39
2.1 Landesministerien .....	39
2.1.1 Staatsministerium und europäische Angelegenheiten .....	42
2.1.2 Kultusministerium .....	46
2.1.3 Ministerium für Arbeit und Soziales.....	54
2.1.4 Wirtschaftsministerium .....	71
2.1.5 Innenministerium .....	79
2.1.6 Wissenschaftsministerium.....	92
2.1.7 Justizministerium.....	94
2.1.8 Finanzministerium .....	99
2.1.9 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum (MLR).....	102
2.1.10 Umweltministerium .....	112
2.2 Kommunale Landesverbände .....	118
2.2.1 Schwerpunktsetzungen des Städtetags.....	119
2.2.2 Schwerpunktsetzungen des Gemeindetags .....	129
2.2.3 Schwerpunktsetzungen des Landkreistags .....	138
2.3 Landesstiftung.....	145
2.4 Verbände als Förderer und Aktionsfeld ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements .....	149
2.4.1 Wege der Verbände in der Bürgergesellschaft .....	149
2.4.2 Die besondere Rolle der Sportverbände: Bürgerschaftliches Engagement im Bereich des Sports.....	152
2.5 Die Dachorganisationen der Wirtschaft als Förderer und Mitgestalter ehrenamtlichen Engagements der Unternehmen .....	164
2.5.1 Industrie- und Handelskammertag als Förderer des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen.....	166
2.5.2 Handwerkstag als Förderer des bürgerschaftlichen Engagements von Handwerksbetrieben .....	172
2.5.3 Die Selbstverwaltung der Wirtschaft als Fokus der Dachorganisationen .....	179

3.	Strukturen und Prozesse im Landesnetzwerk.....	181
3.1	Weiterentwicklungen im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement .....	181
3.2	Architektur des Landesnetzwerks .....	188
3.2.1	StädteNetzWerk .....	197
3.2.2	Gemeindenetzwerk.....	206
3.2.3	Landkreisnetzwerk.....	217
3.2.4	Fördermittel „Kommunale Entwicklungsbausteine“ .....	225
3.2.5	ARBES.....	231
3.2.6	FaLBE.....	236
3.3	Perspektiven des Landesnetzwerks.....	242
3.4	Bürgermentorinnen und -mentoren .....	247
4.	Schwerpunktthemen im Landesnetzwerk .....	256
4.1	Bürgerschaftliches Engagement und Familie.....	260
4.2	Demografischer Wandel und Solidarität der Generationen .....	273
4.3	Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement – Das Modellprojekt Unternehmen BE .....	281
<b>B</b>	<b>Empirische Zugänge zur Bürgergesellschaft .....</b>	<b>297</b>
1.	Engagement in Baden-Württemberg – Ergebnisse der landesspezifischen Auswertung des Freiwilligensurvey – .....	297
2.	Solidarität der Generationen: Bürgerschaftliches Engagement in stationären Pflegeeinrichtungen des Landes .....	367
3.	Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen in Baden-Württemberg .....	517
<b>C</b>	<b>Perspektiven: Bürgergesellschaftliches Engagement als Arbeitsprinzip in der Bürgerkommune .....</b>	<b>629</b>
1.	Die Bürgerkommune als Entwicklungsperspektive .....	632
2.	Bürgerengagement im Wohlfahrtsmix.....	634
3.	Good Governance: Gelingende Kooperation in der zukunftsfähigen Bürgerkommune.....	640
<b>D</b>	<b>Das Landesnetzwerk BE im Kontext der Netzwerke anderer Länder des Bundes .....</b>	<b>649</b>
1.	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) .....	659
2.	Netzwerke der Länder .....	663
3.	Europäische und transnationale Perspektiven bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements .....	675
<b>E</b>	<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>683</b>

---

## Abkürzungsverzeichnis

AG/ BE	Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements
ARBES	Arbeitsgemeinschaft Bürgerschaftliches Engagement/ Seniorengenosenschaften
ARGE	Arbeitsgemeinschaft
BE	Bürgerschaftliches Engagement
BELA	Bürgerschaftliches Engagement für Lebensqualität und Würde im Alter (Modellprojekt)
BETA	Bürgerinnen und Bürger engagieren sich und teilen Alter (Modellprojekt)
BWGZ	Die Gemeinde. Zeitschrift für die Städte und Gemeinden, Stadträte, Gemeinderäte und Ortschaftsräte; Organ des Gemeindetags Baden-Württemberg.
CIVITAS	Netzwerk bürgerorientierter Kommunen in Deutschland (siehe: <a href="http://www.buergerorientierte-kommune.de">www.buergerorientierte-kommune.de</a> )
DFK	Deutsche Forum für Kriminalprävention (siehe: <a href="http://www.kriminalpraevention.de">www.kriminalpraevention.de</a> )
EUCPN	European Crime Prevention Network (Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention)
FALBE	Fachkräfte im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
FPD	Freiwilliger Polizeidienst
IMA	Interministerielle Arbeitsgruppe
KEB	Kommunale Entwicklungsbausteine
KKP	Kommunale Kriminalprävention
ProPK	Programm Polizeiliche Kriminalprävention
THW	Technisches Hilfswerk

## Geleitwort

Arbeits- und Sozialministerin Dr. Monika Stolz MdL

Bürgerschaftliches Engagement nutzt allen!

Ob im Rahmen der Mitarbeit in einer Umweltgruppe, als Trainer oder Trainerin in einem Sportverein oder als Bürgermentor oder Bürgermentorin für Deutsch im Kindergarten: Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement halten uns körperlich und geistig fit. Im freiwilligen Engagement lernt man nie aus, knüpft Kontakte und erweitert ständig seine eigenen Fähigkeiten. Das ist die persönliche Seite.

Die gesellschaftliche Seite darf ich so beschreiben: Bürgerschaftlich engagierte Menschen übernehmen Verantwortung für das Gemeinwohl, indem sie zu wichtigen gesellschaftlichen und politischen Fragestellungen eigenständig nach Antworten und Lösungen suchen. Sie übernehmen Verantwortung für sich und andere und treten damit aktiv für unseren demokratischen und sozialen Rechtsstaat ein.

Mit ihrem persönlichen Einsatz leisten engagierte Menschen einen unschätzbaren Beitrag für mehr Gemeinschaftssinn, Toleranz und Mitmenschlichkeit und stellen sich so auch gegen jede Form von Extremismus in unserer Gesellschaft. Diese Menschen sind das Fundament unserer Bürgergesellschaft. Einer Gesellschaft also, in der Tag für Tag Menschen bereit sind, die Dinge selbst anzupacken.

Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt ist immer ganz nah, in den Gemeinden, Landkreisen und Städten. Dort, wo sich Bürgerinnen und Bürger organisieren, sei es im Sinne gemeinsamer Freizeitgestaltung, der Selbsthilfe oder um Aufgaben im kulturellen, sozialen oder Umweltbereich anzugehen. Als Ministerin für Arbeit und Soziales ist es mir ein Anliegen, dieses Wissen der Ehrenamtlichen, das mir in Gesprächen entgegengebracht wird, in meine praktische politische Arbeit einfließen zu lassen, damit die Landespolitik insgesamt davon profitieren kann.

Der zweite wissenschaftliche Landesbericht zu bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt in Baden-Württemberg fächert die vielfältigen Engagementfelder auf und stellt dar, weshalb Bürgerengagement für unser Land so unverzichtbar ist.

---

Die Untersuchung belegt aber auch, dass bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement weder voraussetzungslos noch kostenlos sind.

Die Landesregierung nimmt dabei ihre Verantwortung wahr: So haben wir mit Verträgen zur Unfall- und Haftpflichtversicherung den Schutz für die Ehrenamtlichen deutlich verbessert. Es ist uns gelungen, das Freiwillige Soziale Jahr noch stärker zu fördern und mit dem Landeswettbewerb „Echt gut – Ehrenamt in Baden-Württemberg“ haben wir die Anerkennungskultur weiter ausgebaut.

Diese Beispiele machen deutlich: Die Politik kann Rahmenbedingungen verbessern. Dabei sind Studien wie der vorliegende zweite wissenschaftliche Landesbericht sehr hilfreich. Untersuchungen regen zum Nachdenken an und zeigen, wohin die Reise gehen kann.

Für mich gilt: Bürgergesellschaft gründet sich auf dem Gedanken der freiheitlichen Partnerschaft, der Eigeninitiative und sozialen Verantwortung. Dies sind zugleich die zentralen Leitbegriffe eines modernen Staatswesens. Bürgergesellschaft als Leitbild verweist darauf, dass politische Gestaltung nicht allein eine Aufgabe von Verwaltung, Staat und professioneller Politik ist, sondern auch eine Angelegenheit der Bürgerinnen und Bürger selbst. Bürgerschaftliche Initiativen sollten daher noch mehr Gelegenheit erhalten, in Diskussionsforen und anderen Beteiligungsformen ihre Stimme zu erheben und Einfluss zu nehmen. Hier hat sich in der Vergangenheit sicher viel getan. Wir wollen uns aber auf dem Erreichten nicht ausruhen. Deshalb werde ich auch künftig darauf achten, dass auf diese legitimen Bedürfnisse und Ansprüche der bürgerschaftlich Engagierten die Landespolitik mit einem ständigen Dialog reagiert.



## Vorwort

Zum baden-württembergischen Förderweg zivilgesellschaftlicher Entwicklungen gehört seit 1996 eine ausführliche Berichterstattung und Evaluation. Bezog sie sich zunächst auf die Aktivitäten und die beispielgebende Zusammenarbeit des Ministeriums für Arbeit und Soziales und der kommunalen Spitzenverbände, erstreckt sie sich nun auf die Aktivitäten und Maßnahmen aller Ministerien: Mit Beschluss vom 4. Juni 2002 hat der Ministerrat des Landes Baden-Württemberg darum gebeten, diese Berichterstattung zu einem wissenschaftlichen Landesbericht auszuweiten, der 2002/2003 zum ersten Mal veröffentlicht wurde.

Bei dem nun vorliegenden Landesbericht gibt es – in Wahrung der inhaltlichen Traditionen – zwei wichtige Neuerungen. Zum einen wird der Bericht in drei Teile geteilt: Der eine ist ein **Materialband** (Punkte A, C, D) mit einer Fülle von Einzelinformationen, der für die praktisch orientierte Arbeit und auch als Nachschlagewerk umfassend Auskunft gibt. In einem zweiten Teil werden die **Einzelstudien** (Punkt B) im Rahmen der Landesberichterstattung vorgestellt: Sonderauswertung des Freiwilligensurvey, die Studie BELA – Bürgerschaftliches Engagement und Lebensqualität in Heimen sowie der CC-Survey Baden-Württemberg. Für eilige Leserinnen und Leser haben wir zusätzlich einen **Trendbericht** erstellt, der einen Überblick über die wichtigsten Entwicklungen im Land gibt und Empfehlungen ausspricht. Der **Trendbericht** ist in dieser Gesamtausgabe vorangestellt, aber auch als eigenständige Broschüre veröffentlicht. Während die Landesberichte der Vergangenheit sich über zwei Jahre erstreckten, ragt der Landesbericht für 2004/2005 noch in das Jahr 2006 hinein und nimmt damit aktuell anstehende Entwicklungen und Diskussionen auf.

Bei den Inhalten wurde auch für diesen Zeitraum die Landkarte von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt vermessen: Ihre Akteure, ihre Strategien und die sich aufbauenden Strukturen in Baden-Württemberg werden dargestellt. Dazu kommen die aktuellen Themen und Schlüsselergebnisse wichtiger Untersuchungen und die Herausforderungen, die sich dem Thema des bürgerschaftlichen Engagements im Kontext einer sich im Wandel befindlichen Gesellschaft stellen.

Erstellt wurde der wissenschaftliche Landesbericht vom Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung in Freiburg.

Thomas Klie

Martina Wegner

---

## **Trendbericht: Was tut sich in Baden-Württemberg**

### **I. Bürgerschaftliches Engagement setzt sich durch**

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich und bürgerschaftlich und setzen sich damit für ein gutes Miteinander in unserem Gemeinwesen ein. Die Zahlen des Freiwilligensurvey weisen diesen Trend für die gesamte Bundesrepublik aus. Die Landesauswertung für Baden-Württemberg zeigt, dass Baden-Württemberg das Bundesland ist, in dem sich die meisten Bürgerinnen und Bürger engagieren. Von den bereits Engagierten können sich viele eine Erweiterung ihres Engagements vorstellen. Darüber hinaus ist unter den noch nicht engagierten Bürgerinnen und Bürgern eine beträchtliche Zahl prinzipiell zum Engagement bereit.

Baden-Württemberg setzt in verschiedener Richtung Maßstäbe, nicht nur durch die Zahl der Engagierten, sondern auch durch die Art und Weise der Förderung bürgerschaftlichen Engagements. In keinem anderen Bundesland wird die Entwicklung so ausführlich dokumentiert, reflektiert und evaluiert. Damit können die Erfahrungen sowohl im Land als auch weit über das Bundesland hinaus für die Stärkung der Bürgergesellschaft genutzt werden: Hierin liegt eine der großen Herausforderungen angesichts des demografischen Wandels. Auch der Begriff des Bürgerschaftlichen Engagements, in Baden-Württemberg geprägt, hat sich durchgesetzt, nicht nur im Bundesland sondern in ganz Deutschland. Dabei steht er für die Vielfalt von Engagementformen mit der gemeinsamen und verbindenden Klammer, die Bürgergesellschaft weiterzuentwickeln und zu stärken.

### **1. Akteure und Strukturen bürgerschaftlichen Engagements**

#### **1.1 Die Ministerien**

Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements wird in Baden-Württemberg nicht den Verbänden des Dritten Sektors und den Bürgerinnen und Bürgern allein überlassen. Seit jeher bemüht sich das Land um förderliche Rahmenbedingungen für das Ehrenamt, das bürgerschaftliche Engagement, für die Selbsthilfe und die anderen Formen freiwilligen Engagements. Der Staat trägt Mitverantwortung dafür, dass sich Bürgerinnen und Bürger ermutigt sehen, sich für das Gemeinwohl zu engagieren und auf förderliche Rahmenbedingungen zu treffen. Alle Ministerien in Baden-Württemberg leisten dabei in unterschiedlicher Art und Weise im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und Möglichkeiten ihren speziellen Beitrag.

Die Befragung der Ministerien zeigt für den Untersuchungszeitraum, dass die Förderung bürgerschaftlichen Engagements kein isoliertes Ressortthema ist. Alle Ministerien gaben an, dass bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt eine große und wachsende Bedeutung zukommt. In allen Ministerien gibt es inzwischen Ansprechpartner für das Thema. Sie handeln dabei in unterschiedlichen Kontexten und Traditionen der Begleitung, Beratung und Förderung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in ihrem Zuständigkeitsbereich. Auch in den unterschiedlichen Ressorts setzt sich die Bezeichnung „bürgerschaftliches Engagement“ mehr und mehr durch als Oberbegriff für die unterschiedlichen Formen ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements.

Als Trend erkennbar ist eine große Übereinstimmung der Ministerien bei den Themen Qualifizierung und Anerkennung im Ehrenamt und bürgerschaftlichen Engagement. Es ist gemeinsames Anliegen, die Strategien sind verwandt. Auf die Praxis bezogen lässt sich dabei beobachten, dass das Mentorat (vom Bürgerbis zum Schülermentorat) im Trend liegt. Menschen jeden Alters also, die als Multiplikatoren für die Engagementförderung, als Kompetenzträgerinnen und –träger und nicht zuletzt als persönliche Unterstützer des bürgerschaftlichen Engagements im Land zählen. Ein wichtiger Schritt einer gemeinsamen transparenten und konsistenten Förderpolitik ist, die vor Ort verfügbaren Strukturen und Netzwerke sichtbar zu machen und sie in den Kontext der zahlreichen Qualifizierungsmöglichkeiten, die das Land anbietet, zu stellen. Die Qualifizierung gewinnt als Thema in einer von demografischem Wandel geprägten (Wissens-)Gesellschaft unter dem Aspekt lebenslangen Lernens ein eigenes Gewicht. Anerkennung wird ebenfalls als wichtiges Thema erkannt und in vielfältigen Formen seitens der Ministerien auch praktiziert. Jedoch sind auch Weiterentwicklungen und Suchbewegungen nach neuen Formen erkennbar. Dabei muss nicht mehr für eine Anerkennungskultur als festem Bestandteil einer Förderung von bürgerschaftlichem Engagement geworben werden – sie wird als grundlegend für die Motivation zu Engagement gesehen.

Im Umgang mit dem Thema zeigen sich jedoch in den einzelnen Ministerien große Unterschiede. Für die einen ist es zentrales Thema, wie etwa für das Ministerium für Arbeit und Soziales und Ministerium für Kultus, Jugend und Sport. Sie sind Akteure der Engagementpolitik. Andere Ministerien integrieren die Engagementförderung in andere Aufgaben und Kompetenzen als Unterthema. So pflegt zum Beispiel das Wirtschaftsministerium das Ehrenamt in besonderer Weise in der Selbstverwaltung der Berufsgruppen und -stände. Die steigende Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement für die Lebensqualität vor Ort

---

wird durch die Ansätze des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum sichtbar. Eine Gesamtkomposition der Aktivitäten der Ressorts könnte gerade auf der kommunalen Ebene, wo viele Förderimpulse der Ministerien zusammentreffen, noch weiter ausgebaut werden. Eine wichtige Rolle kann dabei die IMA übernehmen. In diesem Zusammenhang ist auch die Koordinationsfunktion der politischen Führung anzusprechen, die ermöglichen sollte, neue Aktivitäten, wie etwa den Jugendbegleiter, zeitnah in bestehende Strukturen einzubinden und damit umso stärker wirken zu lassen.

Man könnte sich hier stärkere Verschränkungen auch auf Landesebene vorstellen, so wie sie auf kommunaler Ebene vielfach gelungen ist. In den neuen Bemühungen um das Thema kann die Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle spielen und kompensieren, dass mit dem Ende des Programms der Agenda 21 seitens des Umweltministeriums die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger zurückging.

In den Ministerien wird die Bedeutung des Themas bürgerschaftliches Engagement überall gesehen, aber ein gemeinsames Verständnis von Bürgergesellschaft und aktuelle Themen wie die Nachhaltigkeit scheinen bislang nicht systematisch Eingang zu finden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, eine gemeinsame Basis – im Sinne eines Ausgangspunktes – für die Inhalte von Bürgergesellschaft festzulegen. Diese Definition muss sich auf die Akteure der Zivilgesellschaft und ihr Zusammenspiel und ihre Handlungslogiken sowie auf den normativen Hintergrund beziehen und kann dann im Landesnetzwerk gemeinsam weiterentwickelt werden. In dem Maße, in dem sich die Entwicklung der Bürgergesellschaft als Prozess darstellt, ist auch das entsprechende Verständnis als dynamisch und offen gegenüber Veränderungen zu sehen.

Die Notwendigkeit eines gemeinsam zu entwickelnden Verständnisses zeigt sich auch am Beispiel Corporate Citizenship, das in der Gesellschaft grundsätzlich als wichtiges Thema anerkannt wird, aber seine unterschiedlichen Interpretationen nicht klar werden lassen, was man von den Unternehmen tatsächlich erwartet. Unternehmen sind, wie die repräsentative Untersuchung zu Corporate Citizenship in Baden-Württemberg - die erste dieser Art in einem Bundesland - gezeigt hat, grundsätzlich durchaus engagementbereit. Diese Bereitschaft steigt mit klaren Erwartungen und entsprechender Anerkennung, schwächt sich jedoch ab, wenn diffuse Anforderungen an die Verantwortung der Unternehmen gestellt werden.

## **1.2 Interministerielle Zusammenarbeit – förderlich und ausbaufähig**

Der baden-württembergische Förderweg zeichnet sich dadurch aus, dass die Ministerien in ihrer Engagementpolitik vergleichsweise eigenständig agieren. Das Staatsministerium verzichtet auf eine steuernde Rolle. Das Kultusministerium nimmt seine Aktivitäten im Rahmen der Aufgaben des Ehrenamtsbeauftragten in erster Linie gegenüber den Engagierten und Verbänden durch Förderung und Kommunikation, gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern durch Information und Internetpräsenz (Portal), aber weniger durch eine strategisch ausgerichtete Kooperation mit anderen Ministerien wahr. Das Ministerium für Arbeit und Soziales fungiert als offizieller Botschafter und Netzwerker des bürgerschaftlichen Engagements und als Partner der kommunalen Spitzenverbände. Einem solchen engagementpolitischen Ansatz liegt die Annahme zugrunde, dass weniger eine zentral(istisch)e Förderung, sondern vielmehr eine ressortspezifische Förderung am erfolgreichsten ist. Eine wichtige Klammer für die Engagementpolitik des Landes bilden sowohl die Berichterstattung, die Gemeinsamkeiten, Unterschiedlichkeiten und Schnittstellen sichtbar macht als auch die Interministerielle Arbeitsgruppe Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement (IMA EA/BE). Diese hat sich im Berichtszeitraum auf Spezialthemen konzentriert – so zum Beispiel die Unfall- und Haftpflichtversicherung für Engagierte und die Gemeinnützigkeitsrechtsreform. Fest steht, dass die bi- und multilateralen Kooperationen zu guten Ergebnissen führten, wie das Beispiel der Kriminalprävention zeigt. Hier hat die Kooperation zwischen Innen-, Justiz- und Kultusministerium sowie dem Ministerium für Arbeit und Soziales gut funktioniert und große Vorteile gebracht. Die dort gewonnenen positiven Arbeitserfahrungen könnten zu einer themenzentrierten Steuerung und Förderung zivilgesellschaftlicher Prozesse führen. Dies gibt der IMA EA/BA die Möglichkeit, sich als kooperativer Akteur mit zunehmendem Einfluss auch auf Bundesebene zu profilieren.

## **1.3 Entwicklungspotenzial: Zusammenarbeit außerhalb Baden-Württembergs**

Haben in der Vergangenheit die anderen Bundesländer häufig nach Baden-Württemberg geschaut, wenn es darum ging, Inspiration und praktische Beispiele für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements zu erhalten, so geht inzwischen auch der Blick von Baden-Württemberg aus in andere Bundesländer, wenn es um die Förderung und Weiterentwicklung bürgerschaftlichen

---

Engagements geht. Das Stichwort heißt vergleichender Diskurs mit dem Ziel, von Entwicklungen in anderen Bundesländern zu lernen.

Nach den Selbstauskünften der Ministerien wird die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern nicht prioritär verfolgt. Die Landesauswertung des Freiwilligensurvey für Baden-Württemberg zeigt, dass das Land nach wie vor eine Spitzenposition einnimmt. Da das Thema inzwischen aber sowohl in den anderen Bundesländern als auch auf Bundesebene als strategisches erkannt wird, lohnt es sich, den Austausch und die Zusammenarbeit zu intensivieren. Gerade Rheinland-Pfalz hat durch eine gezielte Förderpolitik stark aufgeholt und ist damit ein interessanter Gesprächspartner. Das gilt nicht nur für themenbezogene Fragen, sondern auch für die strategische Ausrichtung und Förderprozesse von bürgerschaftlichem Engagement.

Auch auf europäischer Ebene gibt es – so zum Beispiel in Vorarlberg - interessante Beispiele der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement. Der Austausch zwischen den einzelnen Ministerien in Baden-Württemberg und europäischen Partnern zum Thema bürgerschaftliches Engagement bzw. Themen der Bürgergesellschaft ist bislang noch nicht stark ausgeprägt oder institutionalisiert, kann aber durchaus als lohnenswert eingeschätzt werden.

#### **1.4 Vielfalt bei Themen und Engagementformen**

Auf der Projektebene zeigt sich in den Ministerien eine große Vielfalt an Themen und Fördermaßnahmen. Neben klassischen und bewährten Engagementformen entwickeln sich parallel neue Projektarten und Themen. So konzentriert sich das Kultusministerium in seinen Förderaktivitäten auf den Bereich Schule und unterstützt sowohl die Ausbildung von Schülermentorinnen und –mentoren wie auch das Streitschlichterprogramm und initiiert auf Impuls des Staatsministeriums hin neue Formen, wie etwa den Jugendbegleiter. Das Ministerium für Arbeit und Soziales hat ein starkes Augenmerk auf die Förderung des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements gelegt und verfolgt hier einen systematischen Ansatz, der empirische repräsentative Daten genau so umfasst wie die praktische Erprobung von neuen Strukturen in Modellregionen. In Zusammenarbeit mit der Landesstiftung Baden-Württemberg und dem Landessenorenrat hat das Ministerium für Arbeit und Soziales dem Thema bürgerschaftliches Engagement im Kontext von Pflege besondere Aufmerksamkeit geschenkt (zum Beispiel durch die Initiative BELA mit den vier Bestandteilen Wettbewerb, Qualifizierung, internationale Tagung und Forschung). Das Innenministerium hat einen besonderen Akzent gesetzt durch das Projekt Ehrenamtliche Integrations-

begleitung (in Zusammenarbeit mit der Landesstiftung) und hat damit ein wichtiges aktuelles Thema aufgegriffen und in 20 Modellregionen Erfahrungsräume gestiftet. Eine thematische Herausforderung ergibt sich zum Beispiel für das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum, das sich seit vielen Jahren um gesunde Ernährung in Kindergarten und Schule kümmert und bürgerschaftliches Engagement braucht, um zukünftig Themen der nachhaltigen Entwicklung in der Bevölkerung zu kommunizieren.

### **1.5 Finanzielle Förderung**

Die Bedeutung der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und die vielfältigen traditionell wahrgenommenen und neu begonnenen Aufgaben und Maßnahmen stehen in einem Spannungsfeld zu der von Konsolidierung geprägten Haushaltspolitik des Landes. Dabei fällt auf, dass gegenüber den Ausweitungen der Förderung in den Jahren 2002 und 2003 in den einzelnen Ressorts Einschnitte in den Folgejahren vorgenommen werden mussten. Das gilt jedoch nicht für die Mittel zur Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres, die auf 2,5 Millionen jährlich aufgestockt wurden. Insgesamt war aber die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt zumeist unterproportional von Kürzungen betroffen, so dass die Auswirkungen auf Projekte, Maßnahmen oder Träger eher gering waren. Teilweise ist durch die Kooperation der einzelnen Ressorts mit der Landesstiftung die Aufnahme neuer Förderschwerpunkte gelungen. Bei einer Betrachtung der hinter den Förderaufwänden stehenden Förderstrategie werden unterschiedliche Förderwege und –philosophien erkennbar: Diese reichen von der Monetarisierung von ehrenamtlichen Tätigkeiten nahe stehenden Aufwandsentschädigungen bis hin zu Infrastruktur-, Vernetzungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, die erkennbar darauf setzen, dass eigenständige förderunabhängige Dynamiken entstehen. Den Wirkungen der unterschiedlichen Förderwege nachzugehen, ist eine wichtige Fragestellung für die Ausrichtung und Optimierung der Engagementpolitik, die in die wissenschaftliche Landesberichterstattung Eingang finden soll.

#### *Verwaltungsreform und Förderung bürgerschaftlichen Engagements*

Die Verwaltungsreform der letzten Jahre war durch eine vergleichsweise konsequente Dezentralisierung von Aufgaben auf die kommunale Ebene gekennzeichnet. Dies gilt für die Schulen, für Aufgaben des Sozialen, für die Bereiche Landwirtschaft, Ernährung, ländlicher Raum, Flurneuordnung, Naturschutz und Forst ebenso wie für Zuständigkeiten im Umweltsektor. Damit

---

hat die kommunale Ebene noch mehr die Gelegenheit, bürgerschaftliches Engagement in die Gestaltung öffentlicher Aufgaben einzubeziehen und den Weg zur Bürgerkommune weiterzugehen. Exemplarisch zeigt sich dies an den Schulen und den dort entstehenden neuen Formen bürgerschaftlicher Mitverantwortung, sei es im Kontext der Einführung der Ganztagschule oder des Jugendbegleiterkonzepts. Die Verwaltungsreform wurde von einigen Kommunen in dieser Richtung genutzt, die Dezentralisierung der Aufgaben kann der Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements neue Impulse geben, wenn die Verwaltungsreform, die in ihrer Begründung diese Zusammenhänge nicht reflektierte, in dieser Weise verstanden und programmatisch genutzt wird.

### **1.6 Das Landesnetzwerk: bürgerschaftliches Engagement findet in den Kommunen statt**

Der Erfolg der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg basiert ganz wesentlich auf der langfristig angelegten und strategisch ausgerichteten Kooperation zwischen dem Ministerium für Arbeit und Soziales und den Kommunalen Spitzenverbänden. Die 1996 begründete Kooperation wurde durch den Neuabschluss eines Kooperationsvertrages im Jahre 2005 bis zum Jahre 2010 verlängert. Damit wurden wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, ein Zusammenwirken von Land und Kommunalen Spitzenverbänden strukturell abzusichern und die erfolgreiche Arbeit zur Verankerung von bürgerschaftlichem Engagement in verschiedenen Feldern der kommunalen Aufgaben zu etablieren. Dieser Ansatz macht sichtbar, dass bürgerschaftliches Engagement auf kommunaler Ebene stattfindet und unterstreicht seine Bedeutung in diesem Zusammenhang. Das erfordert jedoch auch ganz bestimmte Spielregeln.

Alle Beteiligte haben sich auf ein Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement geeinigt, das sich nicht in einer Versorgungslogik und einer Logik der Mildtätigkeit erschöpft, sondern das Thema in seiner Vielfalt als lebendigen Ausdruck der Mitverantwortungsbereitschaft interpretiert und fördert. Hier ist diese Kooperation von Land und Kommunen bundesweit beispielhaft, da sie sowohl gemeinsame Strategien der Engagementförderung als auch ein zivilgesellschaftlich fundiertes Verständnis desselben entwickeln hilft.

Weiterhin ist es Ziel dieses Bündnisses, das Landesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement weiterzuentwickeln und damit auf die Entwicklung einer umfassenden Basisstruktur für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements hinzuwirken. Die Konstruktion der Netzwerke ermöglicht nicht nur eine



horizontale – zwischen Gemeinden Landkreisen und Städten sich ausbildende – Vernetzung, sondern eine vertikale Vernetzung und Abstimmung von Aktivitäten der Engagementförderung in Kommunen und Landkreisen mit der Landespolitik.

Die einzelnen kommunalen Netzwerke (Gemeindenetzwerk, Landkreisnetzwerk, StädteNetzWerk) des Landesnetzwerks haben im Berichtszeitraum eine stetige Zunahme bei ihren Mitgliedern verzeichnen können. Alle Netzwerke kümmern sich aktiv um aktuelle Themen, informieren ihre Mitglieder und beraten auf Wunsch intensiv in Sachen bürgerschaftliches Engagement. In den einzelnen Netzwerken herrscht eine Kultur der Kooperation auch insofern, als sich die Mitglieder aktiv in Veranstaltungen einbringen, sich untereinander austauschen und informieren und den Fachberaterinnen und Fachberatern der Netzwerke Feedback zu Themen und aktuellen Entwicklungen in ihren Kommunen geben. Die Netzwerke unterstützen sich auch gegenseitig bei Veranstaltungen und in der Beratung über den gegenseitigen Austausch innerhalb des Steuerungsverbands hinaus. Dadurch ist eine besondere Qualität der Förderung entstanden, die von den Kommunalen Spitzenverbänden je allein sonst nicht hätte geleistet werden können.

#### **Fünf Erfolgsfaktoren für den Ausbau des Landesnetzwerks**

1. Mit der **Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste** im Ministerium für Arbeit und Soziales hat sich eine zentrale Handlungs- und Koordinationsinstanz der Förderung und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements etabliert, der eine hohe Bedeutung für die Funktionsfähigkeit des Landesnetzwerks beizumessen ist.

2. Mit der Institutionalisierung der **Fachberatung** in den kommunalen Netzwerken konnte eine wichtige Adresse für die Kommunen und eine Schnittstelle zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und kommunalen Netzwerken des Landesnetzwerks etabliert werden, welche den Transfer wichtiger Informationen und Impulse ermöglicht sowie eine Institution für Anfragen darstellt und die Nachhaltigkeit der Prozesse fördert.

3. Die organisatorische Ausgestaltung des **Landesnetzwerks als ein „Netz von Netzen“** ermöglicht bürgerschaftliches Handeln und intensive Interaktions- und Kooperationsbeziehungen, die zu einer hohen Kommunikationsdichte in und zwischen den einzelnen Netzwerken und dem Landesnetzwerk insgesamt führen.

4. Die Netzwerkkontakte ermöglichen auf der inhaltlichen Ebene einen verlässlichen **Erfahrungs- und Wissensaustausch** zu Themen, Programmen und Prozessen-, sowie zu Qualifizierungsangeboten im Landesnetzwerk.

5. Durch das Angebot der **Kommunalen Entwicklungsbausteine**, die mit finanzieller Unterstützung der Landestiftung den Mitgliedern der drei kommunalen Netzwerke gewährt werden, können engagementunterstützende Strukturen und Prozesse in den Kommunen angestoßen und weiterentwickelt werden.

---

## 1.7 Entwicklung von Themen im Landesnetzwerk

Die Themen des Landesnetzwerks ergeben sich durch einen produktiven Dialog auf unterschiedlichen Ebenen. Zum einen fördert das Land die Durchsetzung bestimmter Themen in den Netzwerken durch Forschungsaufträge und Modellprogramme sowie Veranstaltungen auf Landesebene. Zum anderen nehmen die Fachberaterinnen und Fachberater der Netzwerke Themen auf, die bei Beratungen und Gesprächen vor Ort von ihren Mitgliedern vorgebracht werden. Auf einer dritten Ebene informieren sich die Fachberaterinnen und Fachberater wechselseitig über neue Entwicklungen und Themen, die sich aus ihrer Arbeit ergeben. Dadurch wird sichergestellt, dass sowohl gesellschaftlich zentrale als auch spezifische Themen auf der kommunalen Ebene Berücksichtigung finden.

Im Berichtszeitraum waren zentrale Themen in allen Netzwerken: Demografischer Wandel, Corporate Citizenship und Schule. Darüber hinaus finden sich Themen, die in mindestens zwei Netzwerken – zum Teil auch gemeinsam – bearbeitet werden, so zum Beispiel die Themen Bürgerstiftung und Eingliederungshilfe. Zusätzlich gibt es eine Reihe von netzwerkspezifischen Themen: Der Gemeindetag beschäftigt sich umfangreich mit interkommunaler Zusammenarbeit, Gemeindemarketing, Genossenschaften, Barrierefreiheit in der Gemeinde, während der Städtetag die Rolle der Medien, Migration, Anerkennungskultur sowie Bürgerkommune und Bürgerverantwortung thematisch behandelte. Über ein Weiterbildungsangebot bringt das Landkreisnetzwerk das Thema bürgerschaftliches Engagement in die Altenhilfe, Pflege, Behindertenhilfe, Jugendhilfe und Migrationsarbeit ein. Auch die Verwaltungsreform ist ein wichtiges Thema, das insbesondere auf Landkreisebene und im Zusammenhang mit den Kommunen neu zugewachsenen Aufgaben (z.B. Eingliederungshilfe, Schule) von Interesse ist.

Als Gremium des Landesnetzwerks hat sich der Steuerungsverbund im Berichtszeitraum immer wieder Themen auf die Tagesordnung gesetzt, die in der Diskussion um bürgerschaftliches Engagement eine prominente Rolle spielen. Damit wurde sichergestellt, dass auch Impulse aus anderen Diskussionszusammenhängen für das Landesnetzwerk nutzbar gemacht wurden. Dazu gehörten zum Beispiel die Lokale Agenda 21, Kriminalprävention, Beteiligungshaushalt, Lokale Bündnisse für Familie, Familienfreundliche Kommune und Mehrgenerationenhäuser.

In allen drei Netzwerken haben sich bestimmte Veranstaltungstypen etabliert, die als identitätsstiftender Austausch gepflegt werden. Das Landkreisnetzwerk arbeitet hier eher über Fortbildung und Fachtage, während das StädteNetzwerk seine Mitglieder stark über Themen erreicht. Das Gemeinденetzwerk bietet einerseits eine zentrale Veranstaltung pro Jahr, geht aber auch neue Wege über die stark regionalisierte Veranstaltungsreihe „BE aktuell“.

### **1.8 Veranstaltungen als Informations- und Lernplattformen**

Zusätzlich zu den zahlreichen Veranstaltungen des Landesnetzwerks finanziert das Land so genannte Kommunale Entwicklungsbausteine. Dabei handelt es sich um Beratungsmodule, die auf die einzelnen Kommunen und ihre Problemstellungen im Bereich bürgerschaftlichen Engagements zugeschnitten werden. Hierbei kann es sich um eine Zukunftswerkstatt oder Informationsveranstaltungen, aber auch um Moderationen oder einzelne Vorträge zum Thema bürgerschaftliches Engagement handeln. Die Anträge für die Kommunalen Entwicklungsbausteine werden von den einzelnen Fachberaterinnen und Fachberatern geprüft und von ihnen organisiert und gestaltet. Dieses moderne Förderangebot bedarf der besonderen Vermittlung. Entsprechend beraten die kommunalen Netzwerke. In einer gesonderten Veranstaltung in Sindelfingen im Jahr 2006 wurden alle Mitglieder des Landesnetzwerks informiert. Es handelt sich dabei um einen neuen – sehr intensiven – Fördertyp, der die Kommunen stark zur Mitarbeit und Mitgestaltung auffordert, dafür aber auch eine tiefe Wirkung auf die Kommunen hat.

Betrachtet man das Landesnetzwerk und seine Geschichte, so hat es nach einer Phase der Entwicklung eines gemeinsamen Verständnisses von bürgerschaftlichem Engagement und seiner Verankerung in kommunalen Strukturen und der Bürgerschaft in einer zweiten Phase zentrale Themenfelder für das bürgerschaftliche Engagement identifiziert und bearbeitet. In einer dritten Phase versteht sich das Landesnetzwerk noch stärker als lernendes Netzwerk, das den Blick auch auf die nationale und internationale Ebene richtet. Als attraktives und erfolgreiches Netzwerk ist es mit den Folgen von Wachstum und Veränderungen konfrontiert. Deshalb bedarf es einer ständigen Wirkungsanalyse.

---

## **1.9 ARBES und FaLBE: Spezialisten für Engagement**

Zum Landesnetzwerk gehören zudem die ARBES (Arbeitsgemeinschaft bürgerschaftliches Engagement /Senioreninitiativen e.V.) und die FaLBE (Fachkräfte im Landesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement). Dabei erinnert ARBES zunächst an die Wurzeln des Landesnetzwerks bürgerschaftliches Engagement, die in den Seniorengenossenschaften und in der Initiative Drittes Lebensalter liegen. Die ARBES hat sich dabei als ein stabiler und dynamischer Faktor im Landesnetzwerk erwiesen und kommt unter den Vorzeichen des Demografischen Wandels und seiner Diskussion dem Anliegen entgegen, den generationenübergreifenden Dialog zu fördern und zu unterstützen. Sie hat sich im Berichtszeitraum mit zentralen Fragen des Landesnetzwerks von Corporate Citizenship über Demografischer Wandel bis hin zur Anerkennungskultur auseinandergesetzt.

FaLBE begleitet von Anfang an das Verhältnis von Hauptamtlichen und bürgerschaftlich Engagierten. Dass die Förderung bürgerschaftlichen Engagements einer Kompetenzstruktur bedarf, wird auch durch die Entwicklungen im Berichtszeitraum bestätigt. Die Fachkräfte im Landesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement sind sich ihrer Bedeutung im Umgang mit Engagierten bewusst und in der Lage, diesen Prozessen eine zivilgesellschaftliche Grundierung zu geben. Die Arbeit der FaLBE zeigt auch, dass bürgerschaftliches Engagement als Gestaltung und Bereicherung der Bürgergesellschaft angenommen werden kann und nicht in Konkurrenz zu Hauptamtlichkeit steht. Auf ihren Jahres- und Fachtagungen beschäftigt sich FaLBE mit zentralen Fragen der Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements und ihrer Rolle darin. Die FaLBE unterstützt Fachkräfte, die neu in das Feld einsteigen, durch Qualifizierung. Die Erfahrungen von FaLBE könnten und sollten in der Ausbildung von relevanten Berufsgruppen berücksichtigt werden, damit die Absolventen z.B. von Verwaltungshochschulen oder Fachhochschulen für Soziale Arbeit ebenso wie einzelne Fachbereiche der Universitäten Kompetenzen in der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement systematisch erlernen.

## **1.10 Anlaufstellen sind ein wichtiger Infrastruktur-Baustein**

Schon in der Kooperationsvereinbarung 2005 wurde die besondere Bedeutung der Anlaufstellen als Kristallisationspunkt unterschiedlicher Formen bürgerschaftlichen Engagements und ihr Ausbau herausgestellt. Dabei bewährt sich das für

die Anlaufstellen und ihren Aufbau entwickelte Konzept. Es sieht gerade keine standardisierte Form in Organisation, Verankerung und Personalausstattung vor, kennt jedoch eine klare Aufgaben- und Funktionsbeschreibung, die offen ist für die Zusammenarbeit von Hauptamtlichen und Engagierten, von Kommunen und freien Trägern und Initiativen. Das baden-württembergische Konzept hat auch bundesweit Resonanz gefunden: So wurden in Hessen in den letzten Jahren viele Anlaufstellen für freiwilliges Engagement geschaffen und dabei die Arbeitshilfen aus Baden Württemberg genutzt. Im Rahmen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist die Verfügbarkeit der Daten zu Anlaufstellen und ihre Pflege von großer Bedeutung. Gerade die Anlaufstellen sind in der Lage die pluralen Engagementformen vor Ort zu koordinieren und stellen damit einen wichtigen Infrastrukturbaukasten einer konsequenten Engagementpolitik dar.

### **1.11 Mentorat: Qualifikation und Engagement gehören zusammen**

Bürgerschaftliches Engagement setzt auf Qualifizierung der Engagierten und verfolgt damit konsequent einen Kompetenzansatz, der auch seitens der Ministerien vertreten wird. Dabei setzt sich der Mentorenansatz durch und nimmt dazu sehr unterschiedliche Formen an, die die Mentorenlandschaft nicht in jeder Hinsicht als übersichtlich erscheinen lassen. Es gibt Schülermentorate (Sport, Kunst und Kultur, Musik, Verkehrssicherheit, Umwelt, soziale Verantwortung) und Bürgermentorate. Die Qualifikation der Bürgermentorinnen und -mentoren wird durch ausgebildete Mentorentrainer und –trainerinnen sichergestellt. So sinnvoll der Ansatz der Qualifikation und Engagementförderung durch Mentoren ist, so bedeutsam ist auch, dass die unterschiedlichen Mentorinnen und Mentoren übergreifend in Projekten und in Netzwerken zusammenwirken. Dabei hat es sich als förderlich erwiesen, Mentorenprogramme mit kommunalen Strukturen zu verbinden. Mentorenkonzepte unterstreichen bereits heute, wie bedeutsam Qualifikation und Anleitung zum Engagement vor Ort sind: Engagement ist nicht naturwüchsig, gezielte Ansprache und Förderstrukturen sind notwendig.

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass das Konzept des Mentorats im Trend liegt, da es auch eine Reihe inhaltlich ähnlicher Programme gibt. So begleiten Jobpaten junge Menschen ins Berufsleben und bieten ihnen im Übergang von Schule in Richtung Ausbildung und Beschäftigung Unterstützung an. Sie stellen ihr Wissen und ihre individuellen Erfahrungen zur Verfügung in dieser wichtigen Phase der Berufsplanung von Jugendlichen. Das Mentoratsmodell findet weiter Nachahmung im Konzept der Senior Experts, die ihr in Unternehmen erworbenes Wissen für die Begleitung der jungen Generation ins Berufsleben nutzen.

---

### **1.12 Die Sportvereine: Traditionelle Engagementformen öffnen und verändern sich**

Nachdem in der Vergangenheit die Wohlfahrts- und Jugendverbände als verbandliche Akteure und Partner bürgerschaftlicher Entwicklung hervorgehoben wurden, beschäftigt sich der vorliegende Landesbericht in besonderer Weise mit den Sportvereinen. Dabei wird deutlich, dass stark traditionell geprägte Vereine sich öffnen und verstärkt Kooperationen mit Kommunen, bürgerschaftlich organisierten Initiativen, den Hochschulen, den Kammern und Unternehmen eingehen. Auch das Programm des Jugendbegleiters wurde von den Sportvereinen konstruktiv aufgenommen, bietet es doch die Möglichkeit, den Sport in die Schule zu bringen und die Attraktivität des Sportangebots zu kommunizieren. Neue Chancen ergeben sich auch durch die Vernetzung mit Selbsthilfegruppen und durch stadtteilbezogene Angebote. Ihrerseits sind sich die Sportvereine sehr wohl der Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements bewusst, da die meisten Angebote nicht ohne Beteiligung Engagierter durchführbar wären – hier bietet sich die Möglichkeit, die Trennung von bürgerschaftlichem Engagement auf der einen Seite und Ehrenamt auf der anderen zu überwinden und beide Engagementformen zu integrieren.

Die Sportverbände agieren dabei häufig in anderen Traditionen der Förderung und Nutzung steuerrechtliche Privilegierungen, etwa der so genannten Übungsleiterpauschale, die auch in anderen Engagementfeldern, von den Musikvereinen bis zur Nachbarschaftshilfe, genutzt und durch die aktuelle Gemeinnützigkeitsrechtsreform thematisiert werden.

### **1.13 Die Landesstiftung als wichtige Unterstützung**

Viele Projekte, die im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements angegangen werden, wären ohne die Landesstiftung nicht denkbar. Dabei fördert die Landesstiftung ihrerseits Projekte zur Förderung des Engagements. Seit längerem gehört dazu das Programm Jugend engagiert sich (JES). Darüber hinaus werden weitere Projekte des Ministeriums für Arbeit und Soziales, von der Landesstiftung unterstützt. Dazu gehört zum Beispiel die gemeinsame Förderung des Themas Corporate Citizenship und BELA. Die Landesstiftung integriert das Thema bürgerschaftliches Engagement auch in andere Förderzusammenhänge, etwa in den Förderschwerpunkt Gewaltprävention. Sie ist damit ein wichtiger Faktor in der eigenständigen baden- württembergischen Förderlandschaft zugunsten des bürgerschaftlichen Engagements.

## **II. Trendthemen des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg**

Im Berichtszeitraum gab es eine Reihe von Themen, die einerseits in Veranstaltungen der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste und des Landesnetzwerks aufgegriffen wurden, aber auch solche, die durch Studien und Publikationen näher untersucht wurden.

### **1. Leitbild Bürgerkommune: die politische Seite des bürgerschaftlichen Engagements**

Lange Zeit standen die Bürgerin und der Bürger als Kunden der Kommunalverwaltung im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit: Sie sollten gut bedient werden. Die Verwaltungsreform der letzten Jahre verfolgte daher eine Politik der Aufgabenkonzentration bei gleichzeitiger Dezentralisierung. Die Verwaltungsmodernisierung nach innen orientierte sich stark am Neuen Steuerungsmodell, das zu einer neuen Verantwortungsverteilung innerhalb der Verwaltung und zu mehr Effizienz führen sollte.

Die konsequente Thematisierung des bürgerschaftlichen Engagements auf der kommunalen Ebene sieht die Bürgerin und den Bürger dahingegen weniger als Kunden, sondern als Mitgestalter öffentlicher Aufgaben. Die Bürgerschaft ist wesentlicher Faktor, wenn es darum geht, die Wohlfahrt im Lande, in den Gemeinden, Landkreisen und Städten zu sichern. Ihr Engagement aber auch ihre kritische Aufmerksamkeit sind Voraussetzungen für das Funktionieren des Gemeinwesens. Von Wohlfahrtspluralismus wird gesprochen, wenn das Ineinandergreifen staatlicher, marktorientierter, privater aber eben auch gerade freiwilliger Aktivitäten und Ressourcen untersucht und gefördert wird. In sehr unterschiedlichen Feldern fördert, unterstützt oder initiiert die baden-württembergische Engagementförderung einen solchen praktischen Mix: Ob durch Verantwortungsübernahme von Freiwilligen für die Lebensqualität in Heimen (BELA), ob für die Gestaltung der Erfahrungs- und Lernräume für Jugendliche in Schulen (Jugendbegleiter), ob bei einem Engagement von Unternehmen für den leichteren Einstieg von Schülerinnen und Schülern in die Arbeitswelt. Ein moderner Wohlfahrts-Mix spiegelt sich in den vielen kommunalen Beispielen im Lande. Überall geht es um eine intelligente Verschränkung staatlicher Aufgaben, professioneller Tätigkeit, marktlicher oder unternehmerischer Aktivitäten, privater Verantwortungsübernahme mit bürgerschaftlichem Engagement. Der demografische Wandel, ein neues Selbstverständnis und –bewusstsein der Bürgerinnen

---

und Bürger, aber auch die knappe Haushaltslage der Kassen und die Notwendigkeit, öffentliche Aufgaben neu zu justieren, schaffen die Voraussetzungen und die Anlässe für die Suche nach einem neuen Mix. Er ändert nichts an den zentralen Verantwortlichkeiten, etwa des Staates und der Kommunen. Er ermöglicht aber eine andere Aufgabenverteilung und führt vielfach zu einer neuen Qualität des Angebots und ihrer Gestaltung.

In dem Leitbild der Bürgerkommune ist genau diese Mitverantwortung und Mitgestaltung der Bürgerschaft angesprochen. Es gehört sich auch für das Gemeinwesen mitzudenken und es lohnt sich für den Standort - für die Gemeinde, den Landkreis und die Stadt. Dabei ist ein förderliches Selbstverständnis der kommunalpolitischen Akteure gefragt. Dem Zusammenführen verantwortungsbereiter Akteure und der Etablierung neuer Formen der Entscheidungsfindung und Aufgabenverteilung kommt dabei besondere Bedeutung zu. Engagierte Bürgerinnen und Bürger zeigen sich auch in Baden-Württemberg nicht nur als die, die öffentliche Aufgaben unentgeltlich mitgestalten. Sie sind auch diejenigen, die sich für öffentliche Angelegenheiten interessieren und bereit sind, sich an kommunalpolitischen Meinungsbildungsprozessen zu beteiligen. Was vor einigen Jahren in Dürmentingen als Modell entwickelt wurde, ein neues Modell des Kontraktes zwischen bürgerschaftlichen Gruppen, Gemeinderat und Verwaltung, wurde in Filderstadt als ein Modell kooperativer Demokratie weiterentwickelt. Hier wurden gemeinsame Regeln erarbeitet, die eine konstruktive und realistische Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie bürgerschaftlichen Gruppen im kommunalpolitischen Prozess ermöglichen, wenn es darum geht, öffentliche Aufgaben auch unter Beteiligung von bürgerschaftlich Engagierten neu zu verteilen und neu zu definieren. Hier zeigt der baden-württembergische Weg der Förderung bürgerschaftlichen Engagements ganz praktisch die Vielgestaltigkeit des Ansatzes der Bürgerkommune. In ihr liegt eine zentrale konzeptionelle und kulturelle Perspektive für das Land, die auch entsprechende konzeptionelle und methodische Voraussetzungen kennt.

## **2. Bürgerschaftliches Engagement sichert Teilhabe und Lebensqualität pflegebedürftiger Menschen**

Zu den Schwerpunktthemen des Berichtszeitraums gehörte auch die Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements zu Gunsten der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner in baden-württembergischen Pflegeheimen. In dem von der Landesstiftung geförderten Projekt BELA - Bürgerschaftliches Engagement und



Lebensqualität im Alter - wurden neue Wege der Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Heimen beschrritten: Durch Tandems aus Professionellen und Freiwilligen konnten neue Formen der Beteiligung von bürgerschaftlich Engagierten und vor allen Dingen ein neues Miteinander von Professionellen und Freiwilligen exemplarisch erprobt und entfaltet werden. Die BELA-Beispiele machen Schule weit über das Land hinaus, denn sie zeigen, wie es gemeinsam gelingen kann, Lebensqualität, kulturelle Lebendigkeit und Mitverantwortlichkeit in die Heime tragen.

Die Studie macht aber auch deutlich, dass bürgerschaftliches Engagement für Heime keinesfalls selbstverständlich ist und viele von ihnen sich für die Mitverantwortung von Bürgerinnen und Bürgern nicht offen zeigen. Hier zeigt sich ein breites Handlungsfeld für die Zukunft. Es berührt das Selbstverständnis der Heime, das Rollenverständnis der im Heim tätigen Berufsgruppen, aber auch die Engagementbereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern. BELA macht Mut, eine Verantwortungsteilung in der Betreuung und Pflege pflegebedürftiger Menschen weiterzudenken und darauf zu setzen, dass auf diese Weise Teilhabe von Menschen am Lebensende auch in Institutionen ein Stück weit mehr als in der Vergangenheit gelingen kann. Hier stellt sich das bürgerschaftliche Engagement als Brücke zwischen Bürgerschaft und Institution dar. Dies wurde von einer internationalen fachkundigen Bürgerschaft zu BELA dokumentiert.

### **3. Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement - Corporate Citizenship: ein Standortvorteil für alle**

Die Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste hat sich im Berichtsraum intensiv des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen als spezifischer Akteursgruppe angenommen. In diesem Zusammenhang wurde neben der konkreten Corporate-Citizenship-Förderung in drei Modellregionen und zwei Modellstandorten in Baden-Württemberg auch eine repräsentative Studie durchgeführt, die die gesamte Breite der Unternehmen und ihr Verhältnis und Engagement für die Gesellschaft jenseits der Bereitstellung von Arbeitsplätzen dokumentiert. Dabei wurden gerade auch die kleinen Unternehmen berücksichtigt, die einerseits einen großen Anteil der Betriebe stellen, andererseits aber durch die spektakuläre Darstellung des Engagements von Großunternehmen oft übersehen werden.

Das Gesamtbild zeigt: In Baden-Württemberg engagieren sich bereits 85 Prozent der Unternehmen. Über das Engagement entscheidet der Chef oder die Chefin,

---

wobei dieses in erster Linie ein persönliches Anliegen ist. Die klassische Spende der Unternehmen wird in vielen Fällen ergänzt durch persönliches Engagement von Unternehmerinnen und Unternehmern und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Im Vordergrund steht hier insbesondere auch der persönliche Zeiteinsatz, innerhalb und außerhalb der Arbeitszeit: Im Schnitt wenden Unternehmen dafür im Monat 17,5 Stunden auf. Dazu kommt, dass der Engagementradius sich vielfach mit dem Geschäftsradius deckt, also: Unternehmen, die lokal tätig sind, engagieren sich auch lokal. Diese Daten weisen darauf hin – und viele praktische Beispiele bestätigen es –, dass das Engagement und die Verantwortungsübernahme von kleinen und mittleren Betrieben stark vom Bezug des Unternehmers und der Unternehmerin zum Standort abhängen. Wer als Unternehmerin oder Unternehmer seine Kommune kennt und schätzt, weiß, wo er helfen kann und tut es gerne. Denn er weiß, dass die Qualität des Standortes seinem Unternehmen zugute kommt. Ein wirtschaftlich und sozial gut entwickelter Standort sorgt dafür, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bleiben und auch andere Unternehmen den Wirtschaftsraum beleben. Es gilt also seitens der Kommune, der Einrichtungen und Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen in das gesellschaftliche Geschehen mit einzubeziehen, ihnen die sozialen Entfaltungschancen der Kommune näher zu bringen und sie so einzuladen durch das Einbringen ihrer Kompetenzen und Möglichkeiten daran teilzuhaben und dazu beizutragen.

#### **4. Demografischer Wandel**

Die Enquête-Kommission Demografischer Wandel des Landtages hat sich in vielfältiger Weise mit den Herausforderungen, die sich aus den prognostizierten Entwicklungen für das Land Baden-Württemberg ergeben, auseinandergesetzt. Dabei wurde die vielfältige Landschaft bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg und ihre Förderung weniger berücksichtigt. Die Landesregierung und die Kommunen kennen diese Herausforderung und stellen sie auch in Beziehung zu den Ressourcen einer lebendigen Bürgergesellschaft.

Aufgrund der umfangreichen Auswirkungen, die der demografische Wandel gerade auch auf kommunaler Ebene haben wird, wurde das Thema im Auftrag der Landesregierung von einer Projektgruppe „Demografische Entwicklung“ im Ministerium für Arbeit und Soziales aufgegriffen. Dabei sollten Handlungsstrategien erarbeitet werden, die auch unter veränderten demografischen Rahmenbedingungen Familien fördern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

verbessern, der älteren Generation solange wie möglich ein selbstständiges Leben sichern, die Beschäftigungsmöglichkeiten sowie die Fort- und Weiterbildung für ältere Arbeitnehmer verbessern etc.

Gemäß der neuen Kooperationsvereinbarung vom 06.04.2005 ist Aufgabe des Landsnetzwerks BE, „drängende gesellschaftliche Herausforderungen aus den Politikbereichen des Sozialen, der Bildung, der Ökologie, der Kultur“ und die „Auswirkungen der demografischen Entwicklung“ aufzugreifen und auch den „Wandel der Arbeitsgesellschaft und knapper werdende Finanzspielräume“ im Kontext der Bürgergesellschaft zu bearbeiten. Eine „unterstützende Netzwerkarbeit“ stellt hier „den notwendigen Wissens-, Informations- und Erfahrungsaustausch her“ und entwickelt „in Kooperation neue und innovative Konzepte und setzt konkrete Impulse im Land.“ Ziel ist, „eine Kultur der selbstverständlichen Verankerung von bürgerschaftlichem Engagement als Leitbild und Arbeitsform zu schaffen.“

Die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgergesellschaft im demografischen Wandel konnte im Landesnetzwerk BE in seiner essentiellen Bedeutung wahrgenommen werden, bedarf jedoch für die nächsten Jahre einer intensiven Bearbeitung, für die entsprechende Prozesse eingeleitet und auch Förderstrukturen geschaffen werden müssen. Alter und Altern stehen zunehmend im Zentrum der Wahrnehmung und Problemstellung westlicher Industriegesellschaften. Die Herausforderungen bestehen wesentlich darin, Ausgrenzung zu vermeiden und ältere Menschen so gut als möglich am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Hier stehen wir am Anfang eines Lernprozesses, der in der Entwicklung einer differenzierten Kultur des Alterns Ausdruck finden soll. Die Optimierung und humane Gestaltung des Alterns und des Alters, wird zu einem Maßstab für den Stand unserer Zivilisation werden und mehr als bisher bürgerschaftliches Engagement als Arbeitsprinzip für intergenerationale Wohlfahrt erforderlich machen.

## **5. Der Freiwilligensurvey als Maßstab und Anlass zur Strategieanpassung**

2004 erschien der zweite Freiwilligensurvey, der für die Bundesrepublik Zahlen über Umfang, Art und Motivation des Engagements in Deutschland bereithält. Baden-Württemberg hat neben anderen Bundesländern auch eine Sonderauswertung für das Land in Auftrag gegeben. Es zeigt sich, dass Baden-Württemberg an der Spitze steht, wenn es um die Zahl der Engagierten geht.

---

Positiv für die zukünftige Entwicklung von bürgerschaftlichem Engagement ist, dass es noch mehr Menschen gibt, die sich engagieren wollen und dass es engagierte Menschen gibt, die bereit sind, sich noch stärker zu engagieren. Es gilt also ein weiteres Engagementpotenzial zu heben und Menschen zu motivieren, diese grundsätzliche Bereitschaft in die Tat umzusetzen. In diesem Zusammenhang stellt es auch eine wichtige Aufgabe dar, Menschen für ein Engagement zu gewinnen, die bislang nicht zu den „typischen“ Engagierten gehören – diese sind gut ausgebildet und leben in gesicherten Verhältnissen. Gerade die Integration von benachteiligten Zielgruppen durch ein Engagement stellt hier eine Herausforderung für die Engagementförderung dar: Bürgerschaftliches Engagement darf die Gesellschaft nicht spalten. Im Gegenteil es soll zentraler Integrationsfaktor sein.

Der größte Zuwachs beim Engagement findet sich bei den 46-65-Jährigen. Das ist die Gruppe, die insgesamt am stärksten engagiert ist und auf die auch die Engagementpolitik zielt, die versucht, die Gruppe der „jungen Alten“ (ab 55 Jahre) zu einem gesellschaftlichen Engagement zu motivieren. Diese Motivationsarbeit wird auch in Zukunft nötig sein: Während die jungen Engagierten dazu neigen, sich ihr Engagement selbst zu suchen, wird ein hoher Anteil der über 46-Jährigen für das Engagement geworben. Hier gilt es immer wieder das Angebot für diese Zielgruppe zu überprüfen und attraktiv zu kommunizieren. Auch eine weitere Annahme scheint in Baden-Württemberg aufzugehen: Wenn sich ein Mensch schon in der Jugend engagiert, ist die Wahrscheinlichkeit am größten, dass er dies auch im weiteren Lebensverlauf tun wird. Baden-Württemberg fördert – auch durch die Unterstützung der Landesstiftung Baden-Württemberg – gezielt das Engagement von Jugendlichen. In der Tat verweisen die Zahlen des Surveys darauf, dass in keinem anderen Bundesland so viele junge Menschen so früh mit einem Engagement beginnen.

Insgesamt ist jedoch zu beachten, dass sich die Mehrheit der ehrenamtlich Engagierten in Baden-Württemberg weiterhin eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für ihr Engagement von Seiten des Staates wünscht, zunehmend auch mit Blick auf die Weiterbildungsmöglichkeiten und Qualifizierung des bürgerschaftlichen Engagements.

Die Landesauswertung des Freiwilligenurvey bestätigt, dass die baden-württembergische Förderpolitik funktioniert und liefert dem Land gleichzeitig viele Ansatzpunkte, wie es seine Förderpolitik auf die Ausweitung von bürgerschaftlichem Engagement ausrichten kann.

### **III. Die Themen der Zukunft**

Im Berichtszeitraum wurden zahlreiche Themen neu aufgegriffen, einige von ihnen wurden bereits in Veranstaltungen vorgebracht und werden auch in Zukunft weiterverfolgt. Andere wurden erst in Teilbereichen berücksichtigt und werden in Zukunft mehr Aufmerksamkeit erfordern.

#### **1. Migration und Integration**

Das Schwerpunktthema Migration und Integration wurde im Landesnetzwerk vielfach aufgegriffen und auf größeren Foren behandelt. Der Steuerungsverbund hat Migration und Integration zu einem der zentralen Zukunftsthemen des Landesnetzwerkes bürgerschaftliches Engagement erklärt.

Gesellschaftliche Entwicklungen zwingen zu aufmerksamer Beobachtung der anhaltenden und komplexer werdenden Migrationsströme. Bürgerschaftliches Engagement kann hier zu neuen Formen des Zusammenlebens beitragen und – bei Bewahrung kultureller Identität – interkulturelle Initiativen und Formen des Austausches gestalten und verwirklichen. Dabei können die strukturell und qualitativ im Sinne hoher Resonanzfähigkeit weiter entwickelten Netzwerke mit ihren Fachberaterinnen und Fachberatern und deren besonderen Kompetenzen zur Bearbeitung von komplexen Themen – auch unter Berücksichtigung und Einschaltung der örtlichen Anlaufstellen für Bürgerengagement einen wichtigen Beitrag leisten.

#### **2. Integration von Menschen mit Behinderung**

Vor allem die Kooperation von Engagierten mit Ämtern bei der Integration behinderter Menschen war im Berichtszeitraum ein Generalthema des Landesnetzwerks, zum Beispiel unter dem Aspekt der Barrierefreiheit von Städten und Gemeinden. Angestoßen durch das Europäische Jahr der Menschen mit Behinderung 2003 (EJBM) haben die kommunalen Netzwerke das Thema im Berichtszeitraum vielfältig mit dem Ziel einer Rückkehr behinderter Menschen in die Kommunen aufgegriffen und dazu Praxisbeispiele evaluiert sowie neue Konzepte entwickelt. In der fachlichen Weiterentwicklung der Behindertenhilfe spielen ambulante, sozialraumintegrierte Ansätze und die Kooperation von Fachlichkeit und bürgerschaftlichem Engagement eine zunehmende Rolle. Die Verlagerung der Kostenträgerschaft für die Eingliederungshilfe vom überörtlichen auf die örtlichen Träger hat mit zur neuen Bedeutung des Themas auf kommunaler Ebene beigetragen. Hier wird es auch

---

künftig eine wichtige Aufgabe des Landesnetzwerks darstellen, die auf Fachebene zuständigen Ämter für die Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern noch stärker zu sensibilisieren.

### **3. Armut und Teilhabe**

Die Ergebnisse des Freiwilligen surveys zeigen eine leichte Zunahme beim Engagement benachteiligter Personen, die vom Beschäftigungssystem ausgeschlossen und arbeitslos sind. Dies verweist darauf, dass gezielte Ansprache und zielgruppenadäquate Angebote eine zunehmend wichtige Funktion bekommen, um Exklusionsgefahren entgegenzuwirken.

Die empirisch nachgewiesene Zunahme von benachteiligten Bevölkerungsgruppen erfordert nicht nur arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Wirtschaftswachstum, sondern auch eine spezifische, diese Bevölkerungsgruppen berücksichtigende Engagementpolitik.

Um Probleme der Exklusion zu vermeiden, muss künftig noch stärker auf Beteiligung und Teilhabe benachteiligter Bevölkerungsgruppen an Projekten und Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements geachtet werden, vor allem auch mit Berücksichtigung qualifizierter Möglichkeiten. Dabei ist dem Generationenaspekt Beachtung zu schenken. Auf die Integration benachteiligter junger Menschen kann zum Beispiel im Rahmen der Umsetzung des Modellprogramms Jugendbegleiter eingegangen werden, während andererseits ältere Benachteiligte durch die besonderen Projekte von ARBES angesprochen werden können, wobei gerade ARBES zunehmend intergenerationale Aktivitäten entwickelt. Darüber hinaus ist zu empfehlen, dass benachteiligte Menschen auch in die neu entwickelten intergenerational ausgerichteten Projekte des bürgerschaftlichen Engagements einbezogen werden. Hier sollten weitere Ideen und Konzepte entwickelt werden, die der besonderen Berücksichtigung benachteiligter Bevölkerungskreise Rechnung tragen und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

### **4. Gesundheit und Lebensweisen**

Die Interviews mit den Sportverbänden zur Rolle des bürgerschaftlichen Engagements im Sport zeigen, dass allein in mehreren Tausend Sportvereinen Baden-Württembergs auf unzählige Weise bürgerschaftliches Engagement im Einsatz ist und das alltägliche Geschehen bestimmt. Darüber hinaus sind im Sport zunehmend Sportkonzepte erforderlich, die besondere Zielgruppen, wie bspw. ältere Menschen ansprechen, um deren Gesundheit und Lebensqualität zu

fördern. Seniorensport wird zum Boombereich. Dies zeigt, dass bürgerschaftliches Engagement entscheidend zur Prävention und Rehabilitation beitragen kann. Das Gesundheitssystem ist deshalb aufgefordert, die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements bei der Vermeidung oder Bewältigung von Krankheit neu zu gewichten. Dieser Aspekt sollte in der aktuellen Reform des Krankenkassenrechts Berücksichtigung finden.

Seitens des Landesnetzwerkes ist zu überlegen, wie bürgerschaftliches Engagement stärker mit dem Aspekt von Lebensqualität verbunden werden kann.

Ein Ansatzpunkt für Kooperation liefern die vielen Selbsthilfegruppen, bei denen bürgerschaftliches Engagement und (gesundheitliche) Selbsthilfe eng verknüpft sind. Beispiel dafür kann die Prävention von Fettleibigkeit bei Kindern sein. Hier ist sowohl ein entsprechendes Angebot von Sportvereinen gefragt, aber auch die Kompetenz engagierter Ernährungsberater, das Freizeitangebot von Freiwilligen als Alternative zu Computer und Fernseher und die Unterstützung von interessierten Unternehmen, wie zum Beispiel Versicherungen.

Die damit ins Zentrum gestellten Schwerpunktthemen des bürgerschaftlichen Engagements sind darauf ausgerichtet, die Lebensqualität in den Gemeinden, Landkreisen und Städten zu verbessern. Entlang dieser Schwerpunktthemen erscheint folglich auch lohnend, die Förderpolitik des Landes interministeriell abzustimmen.

## **5. Nachhaltigkeit**

Das Thema Nachhaltigkeit, das zurzeit der Einführung der Agenda 21 eine große Rolle spielte, wurde in den letzten Jahren durch andere Themen überlagert. Es gewinnt neue Aktualität insbesondere durch die Diskussion um den Klimawandel und den neuen Themenschwerpunkt der sozialen Verantwortung von Unternehmen und wurde auch von den Ministerien verstärkt aufgenommen. Für das bürgerschaftliche Engagement ergeben sich viele Anknüpfungspunkte: Abgesehen von dem Bereich des Umwelt- und Naturschutzes, in dem bereits viele Bürgerinnen und Bürger engagiert sind, enthält der Begriff der Nachhaltigkeit auch viele unternehmensbezogene soziale Themen, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das Engagement von Unternehmen in gesellschaftlichen Bereichen. Darüber hinaus schließt es auch an den Themenbereich Gesundheit, Ernährung und lokale Versorgung an. Insgesamt bezieht sich die

---

Nachhaltigkeit auf den effizienten und sinnvollen Umgang mit Ressourcen und berührt damit viele Themen des bürgerschaftlichen Engagements.

## **IV. Leitgedanken und Empfehlungen für die Weiterentwicklung**

### **1. Die zivilgesellschaftliche Perspektive in der Förderung stärken**

#### **1.1 Bürgergesellschaft als Gestaltungsprinzip unserer Gesellschaft**

Beschränkt man sich im Verständnis von Bürgergesellschaft nicht allein auf die Aktivitäten des so genannten Dritten Sektors (z.B. Verbände, Vereine, Initiativen), sondern erweitert man es auf das Zusammenspiel aller gesellschaftlichen Akteure, ergeben sich auch in der Betrachtung der baden-württembergischen Förderaktivitäten neue Aspekte. Eine neue Qualität von Bürgergesellschaft liegt in der Neujustierung der Rollen und Aufgaben von Staat, Bürgerschaft, Markt sowie Verbänden und Vereinen. Diese Akteure verändern sich nicht nur mit Blick auf ihre Aktionsfelder und Aktionsweisen – es werden durch ihre zivilgesellschaftliche Ausrichtung auch neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den Akteuren möglich und erforderlich. Dass Baden-Württemberg diesem neuen Verständnis von Bürgergesellschaft Rechnung trägt, zeigt sich an vielen Beispielen. Die Förderung von unternehmerischem bürgerschaftlichem Engagement spricht die Unternehmen in einer Rolle an, in der sie nicht nur der Akteur sind, der Arbeitsplätze anbietet und dafür entsprechend ausgebildete Menschen vorfinden möchte, sondern sich als Partner für gesellschaftliche Belange interessiert und sich mit seinen Kernkompetenzen einbringt. Ein Partner, der versteht, dass ein Standort nur in der Zusammenarbeit aller zum Nutzen aller gestaltet werden kann. Auch BELA verweist auf den Wandel in der Bürgergesellschaft: Das Projekt zeigt, dass es für Pflegeheime und die dort lebenden Menschen elementar ist, engagierte Bürgerinnen und Bürger in ihre Arbeit einzubeziehen. Sie fördern gesellschaftliche Teilhabe und Lebensqualität in einer Weise, die sonst nicht möglich wäre. Voraussetzung ist, dass sich die Einrichtungen für die Koproduktion mit Freiwilligen öffnen und ihr Management und das Selbstverständnis der Fachkräfte neu ausrichten. Reibungen und Konflikte sind in diesem Zusammenhang nicht ungewöhnlich. Das Aushandeln von Funktionen, Aufgaben und Zuständigkeiten wie auch von Funktionsweisen gemeinsamen Lebens sind aber fester Bestandteil der Bürgergesellschaft. Darum



geht es beim Welfare Mix, der Koproduktion von Leistungen zu der jeder Akteur auf neue Weise und im neuen Zusammenspiel beiträgt. Ein weiteres Beispiel liefert das Programm Jugendbegleiter. Lange Zeit war die Schule ein geschlossenes System, das Bildungsleistungen zur Verfügung stellt. In den letzten Jahren hat sich mehr und mehr gezeigt, dass die Erziehungs- und Bildungsaufgaben der Schule weder allein von der Schule noch von den Eltern geleistet werden können. Die Schule wird durch das Jugendbegleiterprogramm mehr zum öffentlichen Raum, zum „sozialen Unternehmen“. Freiwillig tätige Bürgerinnen und Bürger können den Jugendlichen durch ihre spezifischen Kompetenzen Erfahrungswelten erschließen, die ihnen normalerweise nicht offen stehen würden. Gleiches gilt für Unternehmen. Sie nehmen dafür ein Verständnis für die Jugendlichen mit, das sie sonst nicht hätten. Auch hier findet eine Neudefinition von Rollen statt und es entwickelt sich Mitverantwortung für zivilgesellschaftliche Prozesse.

Die sich für bürgerschaftliches Engagement öffnenden Einrichtungen von Pflegeheim und Schule stehen dabei nur exemplarisch für einen Prozess der Öffnung von Institutionen und Einrichtungen im Sinne koproduktiven Zusammenwirkens aller gesellschaftlichen Kräfte und Systeme bei der Wohlfahrtsproduktion.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich: Es lohnt sich, dass das Land Baden-Württemberg auch neue Themen, wie sie hier dargestellt wurden, in einem weiten Verständnis von Zivilgesellschaft weiter koproduktiv bearbeitet. Besonders wichtig ist dies beim demografischen Wandel, der ohne zivilgesellschaftlich fundierte Entwicklungen, d.h. die Entfaltung bürgerschaftlichen Engagements als Gestaltungsprinzip auch auf diesem Handlungsfeld, nicht zu bewältigen ist. Aber auch Themen wie Nachhaltigkeit oder Migration erfordern ein Umdenken der Akteure und intensives Aushandeln. Bei der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement sollte diese zivilgesellschaftliche Ausrichtung grundsätzlich mitgedacht werden.

### **1.2 Das Thema Monetarisierung ernst nehmen**

Bürgerschaftliches Engagement als eine freiwillige Tätigkeit wird unentgeltlich erbracht. Davon geht auch die Landespolitik bei der Förderung und Unterstützung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement aus. Der Steuerungsverbund des Landesnetzwerkes betont diese Position. Was aber ist mit der Übungsleiterpauschale? Sie ist in vielen Engagementfeldern selbstverständlich Grundlage des Engagements. Hinzu kommt, dass durch verschiedene

---

Programme und den „Dienstleistungsmix“ der Träger sich Verschiebungen in der Engagementstruktur und möglicherweise auch Engagementkultur ergeben. Da werden längere und regelmäßige Dienste angeboten (z.B. angeregt durch das Bundesmodellprogramm generationsübergreifende Freiwilligendienste) mit einer Form des Lernens und der Teilhabe, die bislang nur den Teilnehmenden am FSJ/FÖJ offen stand. In diesen Diensten wird häufig ein Taschengeld gezahlt oder „Aufwandsentschädigungen“, „Aufwandspauschalen“, etc., d.h. finanzielle Leistungen an die Freiwilligen gewährt. Wie verhält sich bezahlte zur unbezahlten „freiwilligen“ Tätigkeit?

Wichtig zu wissen ist, wie viel wem wo und mit welcher Bezeichnung bezahlt wird, welche Strategien die Träger verfolgen und ob diese Engagementformen sich gegenseitig „kannibalisieren“ oder ob sie parallel und ohne gegenseitige Beeinträchtigung existieren können. Dem Thema „Monetarisierung“ des freiwilligen Engagements sollte sich das Land und insbesondere das Landesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement stellen und sich entsprechend positionieren.

## **2. Kooperationsoptionen ausloten und nutzen**

**2.1.** Es zeigt sich, dass die interministerielle Kooperation von großem Vorteil ist. Diese sollte weiter gefördert werden strukturell, strategisch und bezogen auf neue gemeinsame Projekte. Das Thema Nachhaltigkeit bietet sich ebenso an wie das Thema Qualifizierung, aber auch eine Vielzahl von Einzelprojekten. Aber auch beim Thema Migration können sich das Ministerium für Arbeit und Soziales und das Kultusministerium mit Blick auf die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen Leben durchaus mit dem Innenministerium kurzschließen, das als einen neuen Förderschwerpunkt die Unterstützung der *Integration von bleibeberechtigten Ausländer(inne)n und von Spätaussiedler(inne)n* festgelegt hat.

**2.2** Andere Bundesländer schließen allmählich auf. Der baden-württembergische Förderweg zeichnet sich u. a. durch die langjährige Kooperation des Landes mit den kommunalen Spitzenverbänden aus. Diese Zusammenarbeit ist ein zentraler Erfolgsbaustein und Grundlage für vieles, was in den letzten Jahren erreicht wurde. Mittlerweile haben auch andere Bundesländer landesweite Netzwerke aufgebaut. Sie haben Strukturen entwickelt und interessante Projekte initiiert, die interministeriell sehr erfolgreich verlaufen. Was kann Baden-Württemberg von anderen

Ländern (wie z.B. Rheinland-Pfalz als dynamischem Aufholer) lernen? Eine vergleichende Bestandsaufnahme wäre hilfreich. In einem zweiten Schritt könnte ein gezielter Themenaustausch Impulse für den baden-württembergischen Förderweg geben.

### **3. Strukturen prüfen und anpassen**

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass sich die Strukturen, die man sich im Landesnetzwerk vorgenommen hat, in einem eingeschwungenen Zustand befinden. Das könnte der Moment sein, um zu bilanzieren, die Wirksamkeit von Strukturen zu prüfen und neue Impulse zu suchen.

**3.1** Der Steuerungsverbund erweist sich als zentrales Gremium in der Förderung bürgerschaftlichen Engagements im Zusammenspiel zwischen Ministerium für Arbeit und Soziales und Kommunalen Spitzenverbänden. Bei ihm laufen die Fäden zusammen und werden neue Entwicklungen aufgenommen und in das Netzwerk gespeist. Mit Blick auf seine Arbeitsweise gilt es zu prüfen, ob die Mitgliederzusammensetzung nicht nach Themen variieren kann und die Runden sich seltener, aber zu vorbereiteten Themen zusammenfinden. Darüber hinaus könnten stärker Expertinnen und Experten für manche Fachthemen hinzugezogen werden. Das würde das zielorientierte Erschließen von Themen und neuen Maßnahmen befördern.

**3.2.** Das Landeskuratorium Bürgerarbeit ist Sachwalter der Empfehlungen der Zukunftskommission und Seismograph für wichtige Entwicklungen in der baden-württembergischen Engagementlandschaft. Es wird vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport und vom Ministerium für Arbeit und Soziales gemeinsam einberufen und moderiert. Seine beobachtende und empfehlende Funktion könnte über die beiden Ministerien hinaus weiterentwickelt werden.

**3.3** Anlaufstellen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements sind in großer Anzahl im Land vorhanden und haben sich bewährt. Vom überregionalen Erfahrungsaustausch, den Qualifizierungsangeboten und der Unterstützung durch die Fachberatung vor Ort profitieren vor allem die Anlaufstellen, deren Kommunen Mitglied im Landesnetzwerk sind. Neben den bestehenden Daten über örtliche Anlaufstellen und Ansprechpartner

---

der Kommunen, die Mitglied im Landesnetzwerk sind, ist die Erhebung und Pflege von Daten von Anlaufstellen außerhalb des Landesnetzwerks wünschenswert.

**3.4** Auch wenn Baden-Württemberg die höchste Engagementquote in Deutschland aufweist und es eine Vielzahl von Leuchttürmen gibt, sind doch „weiße Flecke“ auf der Landkarte erkennbar. Hier ließen sich die Vernetzung weiterentwickeln und neue Förderwege einbeziehen. Dazu könnte z.B. „Jährlich eine Stunde für die Nachbarin/ den Nachbarn“, oder eine landesweite Kampagne, z.B. in der Form eines Day of Caring, durchgeführt werden, die - neben den bisherigen Kampagnen wie der Ehrenamtsgala - einen hohen Aufmerksamkeitswert besitzen und auch Kommunen und Einrichtungen durch eine besondere überregionale Dynamik erreichen.

**3.5** Das Bürgermentorenkonzept hat sich durchgesetzt und aufgrund seines Erfolgs unterschiedliche Formen und Ausprägungen entwickelt. Um die Nachhaltigkeit des Konzepts zu gewährleisten, müssen diese zum Beispiel mit Blick auf das Coaching von Mentorinnen und Mentoren, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Kommunen und Engagementbereiche analysiert werden.

Eine Bestandsaufnahme der unterschiedlichen Formen und Ausprägungen des Mentorats wäre zu leisten, um die Gemeinsamkeiten, die Möglichkeiten der Weiterentwicklung und die eventuell bestehenden Lücken zu definieren. So können Synergieeffekte vor Ort erreicht und Doppelstrukturen vermieden werden. Damit würde das Anliegen von Land und kommunaler Ebene sichtbar, für das Engagement und durch das Engagement zu qualifizieren.

#### **4. Bürgerschaftliches Engagement – ein Thema für den Landtag**

Wenn Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement zentrale Pfeiler zukünftiger baden-württembergischer Politik bilden, wenn von der Engagementbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger die Qualität der Gestaltung des demografischen Wandels und der sozialen und kulturellen Wandlungsprozesse abhängt, dann gehört das Thema auch in die Mitte der parlamentarischen Diskussion. Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sind nicht willkommenes Zierwerk guter

Politik und qualitätvoller Wahrnehmung und Verteilung öffentlicher Aufgaben. Sie sind aus der Architektur des Landes nicht wegzudenken. Bürgerschaftliches Engagement hat viel mit gelebter Demokratie und demokratischer Beteiligung zu tun und stellt damit auch eine moderne Spielart von Demokratie dar. Das zeigt sich ganz praktisch in den Wegen zur Bürgerkommune vor Ort. Hier steht das Thema bürgerschaftliches Engagement regelmäßig auf der Agenda. Das könnte durch die regelhafte Thematisierung des bürgerschaftlichen Engagements auch im Landtag betont werden. Im Thema Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sind hinreichend viele Debatten angelegt, bei denen es um zentrale Zukunftsfragen unserer Gesellschaft geht. Sie im Landtag zu diskutieren würde die vielfältigen Bemühungen und Beiträge der Bürgerinnen und Bürger in der politischen Diskussion würdigen. Es wäre ein Beitrag zur Weiterentwicklung einer zivilgesellschaftlich basierten politischen Kultur, die sich verwiesen weiß auf die Mitverantwortung streitbarer und mitgestaltender Bürgerinnen und Bürger. Der wissenschaftliche Landesbericht bietet für entsprechende Diskussionen und Debatten Stichworte, Material und Hintergründe.



---

## **A Baden-württembergische Wege der Engagementförderung**

## **1. Regierungserklärungen, Kooperationsvereinbarungen, Politik des Landtags**

Bevor die Maßnahmen der einzelnen Ministerien im nächsten Kapitel ausführlich dargestellt werden, soll es hier zunächst darum gehen, das Thema bürgerschaftliches Engagement wie es im Berichtszeitraum auf politischer Ebene, das heißt in Regierungserklärungen und im Landtag, behandelt wurde, zu umreißen. Dabei werden die Diskussionen nicht im Einzelnen nachgezeichnet, sondern ein Überblick über die behandelten Themen und Anfragen gegeben. Die in vielen Fällen dahinter stehenden Aktionen, auf die die Ministerien bei der Behandlung der Themen hingewiesen haben, finden sich im nächsten Kapitel.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass insbesondere in den Regierungserklärungen des Ministerpräsidenten bürgerschaftliches Engagement ein eigenes Themenfeld darstellt und die Notwendigkeit einer gezielten Förderpolitik ausdrücklich betont wird, das Thema in den Sitzungen des Landtags eher wenig bzw. punktuell behandelt wurde. So wurden themenspezifische Anfragen etwa zur Umsetzung des Aktionsprogramms „Ältere Generation im Mittelpunkt“ und der Handlungsempfehlungen der Enquête-Kommission „Demografischer Wandel“ gestellt und der Stand der Verbesserung des Versicherungsschutzes Engagierter nachgefragt. Auch wurde die Landesregierung um eine Einschätzung des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen gebeten. In einer weiteren Anfrage wurde die Regierung gebeten, über die Situation des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg mit Blick auf das zehnjährige Bestehen des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und die künftige Entwicklung zu berichten.

Diese Aktivitäten des Landtags, wie sie sich auch in der 2004 geführten Aktuellen Debatte des Landtags zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement vor neuen Herausforderungen“ zeigen, manifestieren ein prinzipielles Interesse, das Thema bürgerschaftliches Engagement aufzugreifen, es jedoch bisher nicht unter Aspekten wie zum Beispiel Standortpolitik oder Good Governance zu diskutieren.



## **1.1 Bürgerschaftliches Engagement als Thema in den Koalitionsvereinbarungen**

In der Koalitionsvereinbarung sowohl für die 13. Legislaturperiode (2001-2006) des Landtags als auch die 14. Legislaturperiode (2006-2011) zwischen der Christlich-Demokratischen Union Baden-Württembergs und der Freien Demokratischen Partei/ Demokratischen Volkspartei Baden-Württembergs über die Bildung einer Regierungskoalition sind die Themen „Aktive Bürgergesellschaft“ und die Stärkung der Bürgergesellschaft durch die Förderung des Ehrenamts und bürgerschaftlichen Engagements enthalten. Bürgerschaftliches Engagement wird als grundlegend für den Zusammenhalt der Gesellschaft angesehen. Dabei wird in den Koalitionsvereinbarungen sowohl die Notwendigkeit der klassischen Vereinsförderung und der Förderung der Freiwilligendienste und Selbsthilfe betont, als auch der weitere Ausbau kommunaler Anlaufstellen und des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement als Politikziel formuliert. Die Bedeutung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements für die Politikfelder Familie, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, demografischer Wandel und Zuwanderung wird ausdrücklich hervorgehoben.

## **1.2 Bürgerschaftliches Engagement als Gegenstand von Regierungserklärungen**

Ministerpräsident Oettinger versteht sich als Anwalt für die Schaffung einer aktiven Bürgergesellschaft in Baden-Württemberg und stellt die Förderung des Engagements als ein vorrangiges Anliegen der Landesregierung dar. In seinen Regierungserklärungen, bei öffentlichen Redeanlässen und in Gesprächen setzt sich der Ministerpräsident für das bürgerschaftliche Engagement in Baden-Württemberg ein.

Ministerpräsident Oettinger hat in seiner Regierungserklärung „Tatkraft und Selbstvertrauen in schwieriger Zeit“ vom 27.04.2005 im Blick auf die Zukunftsfähigkeit des Landes Baden-Württemberg die Schaffung eines familien- und kinderfreundlichen Landes hervorgehoben, in welchem Familien gute Voraussetzungen für Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern vorfinden. Aus Sicht der Landesregierung sollen Betreuung und Bildung dabei stärker gekoppelt und eine stärkere Verknüpfung zwischen Betreuungssystemen und Schule angestrebt werden. Da Schule, Bildung und Betreuung nicht nur als Aufgaben des Staates betrachtet werden können, sondern ein Anliegen der ganzen Gesellschaft

darstellen, spricht sich Ministerpräsident Oettinger dafür aus, Vereine, Verbände und Kirchen im Rahmen des neuen Jugendbegleiter-Programms verstärkt in die Ganztagsbetreuung zu integrieren und eine entsprechende Schulung und Qualifizierung vorzusehen.

Die Regierungserklärung stellt die „Aktive Bürgergesellschaft“ als Leitbild der Landesregierung dar: „Die Landesregierung wird das Ehrenamt und den Gemeinsinn in Baden-Württemberg weiterhin tatkräftig fördern und unterstützen. Wir setzen dabei auf die bewährte Partnerschaft mit Städten, Kreisen und Gemeinden, mit Kirchen und Verbänden und allen anderen Akteuren der Bürgergesellschaft.“

Zur aktiven Bürgergesellschaft zählen nach Auffassung der Landesregierung auch die Unternehmen des Landes, die sich mit Spenden, Sponsoring und Mäzenatentum, sowie durch die Ermutigung und Unterstützung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aktiv für das Gemeinwohl einsetzen.

Das Miteinander der Generationen in Familie und Gesellschaft gewinnt aus Sicht des Ministerpräsidenten im Rahmen des demografischen Wandels maßgeblich an Bedeutung. Die Landesregierung will in diesem Zusammenhang das Aktionsprogramm „Ältere Generation im Mittelpunkt“ weiter ausbauen und Seniorenpolitik nicht nur für, sondern auch mit Senioren gestalten und hier die Potenziale des bürgerschaftlichen Engagements aller Generationen füreinander sowie in generationenübergreifenden Projekten nutzen. Vorschriften, die ältere Menschen vom gesellschaftlichen Leben oder einem bürgerschaftlichen Engagement ausschließen, wie bspw. Altersgrenzen bei der Schöffentätigkeit oder bei der Telefonberatung müssen aus Sicht der Regierung systematisch überprüft werden.

Die in der Regierungserklärung angekündigte Haftpflicht- und Unfallversicherung für alle ehrenamtlich Engagierten konnte zwischenzeitlich in Kraft treten.

Die Regierungserklärung vom 09.11.05 mit dem Titel „Kinderland Baden-Württemberg“ formuliert zentrale Eckpunkte einer integrierten Bildungs- und Familienpolitik der Landesregierung, in welcher die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Chancengerechtigkeit für Kinder unterschiedlicher sozialer Herkunft durch die Förderung einer intensiven frühkindlichen Bildung in Kindergarten und Grundschule eine wichtige Rolle spielen. Im Rahmen dieser Regierungserklärung wird insbesondere das Jugendbegleiterprogramm von Ministerpräsident Oettinger umfassend dargestellt und die Bedeutung der

Integration von ehrenamtlichem und bürgerschaftlichem Engagement im außerunterrichtlichen Bereich der Schule.

Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 01.02.06 widmete sich der Überschrift „Integration fördern, Zusammenhalt stärken. Für eine offene und wertebewusste Gesellschaft“ den Themen der Integration von Zuwanderern und den dazu vorgesehenen Leistungen des Landes, wie bspw. den Sprachfördermaßnahmen für Kinder. Die Politik der Landesregierung wird aus Sicht des Ministerpräsidenten Oettinger ergänzt durch vielfältige Integrationsaktivitäten in Nachbarschaft, Schule, Arbeitsplatz, Kirchengemeinden, Vereinen und bürgerschaftlichen Netzwerken.

Die am 21. Juni 2006 vom neu gewählten Ministerpräsidenten Günther Oettinger vorgetragene Regierungserklärung mit dem Titel „Solide, innovativ, leistungsbe- reit. Gemeinsam für ein generationengerechtes Baden-Württemberg“ betont die Kontinuität der oben genannten Schwerpunktsetzungen in dem hier untersuchten Bereich.

### **1.3 Bürgerschaftliches Engagement als Thema des Landtags**

Am 10.11.04 führt der Landtag von Baden-Württemberg eine seitens der FDP-Fraktion beantragte „Aktuelle Debatte“ zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement vor neuen Herausforderungen“ durch.

Einig war sich das Parlament darin, die Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements zu verbessern und die Wirtschaft stärker in bürgerschaftliches Engagement einzubeziehen. Parteipolitisch geprägte Unterschiede in der Debatte zeigten sich mit Blick auf die Motive für bürgerschaftliches Engagement und die zu beschreitenden Wege: hier spiegeln sich unterschiedliche Auffassungen zur Rolle des Staates.

Diese „Aktuelle Debatte“ des Landtags zum Thema bürgerschaftliches Engagement wurde im Berichtszeitraum durch eine Reihe von großen und kleinen Anfragen, sowie Anträgen an die Landesregierung ergänzt, die sich spezifischen Themen des bürgerschaftlichen Engagements widmeten.

In einer großen Anfrage der Fraktion der Grünen zur Umsetzung des Aktionsprogramms der Landesregierung „Ältere Generation im Mittelpunkt“ vom 18.03.05 war zentrales Anliegen zu prüfen, inwieweit es dem Aktionsprogramm gelungen ist, den Leitgedanken des bürgerschaftlichen Engagements im

Rahmen einer vorausschauenden Seniorenpolitik umzusetzen. Das Ministerium für Arbeit und Soziales führt dazu aus, dass bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste sowohl für den Ausbau von niedrighschwelligem Betreuungsangeboten als auch die Weiterentwicklung der Infrastruktur für demenzkranke Pflegebedürftige von großer Bedeutung sei. Entsprechende Modellvorhaben werden vom Land Baden-Württemberg gefördert: Das BETA-Projekt konnte aus Sicht des Ministeriums durch die systematische Beteiligung von Freiwilligen zur Öffnung der Pflege-Einrichtungen zum Gemeinwesen hin beitragen und die Lebensqualität pflegebedürftiger Menschen in Einrichtungen verbessern helfen. Dies gilt auch für das BELA-Projekt, wo eine umfangreiche Bestandserhebung zu Umfang, Art und Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements in der stationären Pflege durchgeführt wurde, mit dem Ergebnis, dass durch bürgerschaftliches Engagement die Lebensstrukturen im Heim durch eine Vielfalt an Aktivitäten positiv beeinflusst werden.

Die Politik für ältere Menschen und die Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquête-Kommission „Demografischer Wandel“ war Gegenstand einer großen Anfrage der SPD Fraktion am 27.06.06. Die Fraktion wollte insbesondere Aufklärung darüber, wie die Landesregierung die Beteiligungsrechte älterer Menschen, wie bspw. der Seniorenräte und Seniorenrätinnen durch Mitwirkung an Entscheidungen stärken sowie im Rahmen einer Gesamtkonzeption zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch eine zielgruppenspezifische Ansprache mehr Bürger für eine Tätigkeit in diesem Bereich gewinnen möchte und welche geeigneten Qualifizierungsangebote bürgerschaftliches Handeln verbessern können. Das Staatsministerium weist auf die durch die Landesregierung praktizierte bereichsübergreifende Förderung hin, in die die Überlegungen und Aktivitäten aller Fachbereiche und Ressorts einbezogen seien. Im Einzelnen verweist das Ministerium auf das Mentorat für Bürgerengagement und die Sozialmanagementkurse für bürgerschaftliche Initiativen hin. Zielgruppe eines spezifischen Qualifizierungskonzepts des Landesseniorenrates, an dem gearbeitet werde, seien Menschen ab dem 60. Lebensjahr. Darüber hinaus stelle das Ministerium für Arbeit und Soziales Überlegungen zu einer Qualifizierungsoffensive an, welche spezielle Bausteine der Qualifizierung – beispielsweise im Bereich Vereinsrecht und Versicherungsfragen, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Mediation und Gruppenleitung vorsehe. Im Blick auf junge Menschen verweist das Staatsministerium auf die „individuelle Lernbegleitung für benachteiligte Jugendliche beim Übergang zwischen Schule und Beruf“, sowie das Jugendbegleiterprogramm.

Der Bedeutung des Themas wird durch die Berufung der Staatsrätin für Demografischen Wandel und für Senioren im Staatsministerium Rechnung getragen, die mit Beschluss des Ministerrats vom 29. August 2006, den Vorsitz im eingesetzten Kabinettsausschuss „Demografischer Wandel und Seniorinnen/Senioren“ führt.

Von Seiten einer Gruppe Abgeordneter aus der Fraktion der Grünen wurde am 21.09.05 gebeten, aus der Arbeit des Landeskuratoriums Bürgerarbeit berichten zu lassen, insbesondere im Hinblick auf die bearbeiteten Themenbereiche des Kuratoriums. Ziel der an das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport gerichteten Anfrage war, in Erfahrung zu bringen, inwieweit die Erwartungen der Landesregierung erfüllt werden konnten, von dieser Institution „neue Strategien, Perspektiven und politikfähige Vorschläge für die Stärkung des Ehrenamts und bürgerschaftlichen Engagements“ zu gewinnen. Das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport hob in seiner Stellungnahme das Anliegen des Kuratoriums hervor, bürgerschaftliches Engagement vermehrt als Mittel zur Integration zu nutzen. Darüber hinaus werde von den Kuratoriumsmitgliedern eine Anerkennungskultur gestützt, die nicht nur Ehrungen, sondern auch konkrete Unterstützungen (Beispiel: [www.ehrenamt-bw.de](http://www.ehrenamt-bw.de)) vorsehe. Das Kuratorium habe des Weiteren den Auftrag, die unterschiedliche Beratungs- und Unterstützungskultur in den Behörden zu verbessern, sowie bürokratische Hürden in Gesetzen, Richtlinien und Vorschriften, die für ehrenamtlich Tätige relevant sind, zu benennen und Erleichterungen vorzuschlagen. Schließlich wurden im Kuratorium die Ergebnisse des 2. Freiwilligensurvey für Baden-Württemberg und daraus zu ziehende Konsequenzen diskutiert.

Die Landesregierung betont darüber hinaus die hohe fachliche Kompetenz der Mitglieder des Landeskuratoriums, die das Gremium zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Arbeit zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements und zur Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft mache.

Ein Antrag der Fraktion der Grünen vom 11.02.04 ersucht um eine Stellungnahme der Landesregierung zum bürgerschaftlichen Engagement von Unternehmen in Baden-Württemberg und eine Einschätzung darüber, wie die Regierung das unternehmerische bürgerschaftliche Engagement im Gesamtkonzept einer solidarischen Gesellschaft beurteilt.

Die Landesregierung betont, dass es das Ziel des Landesnetzwerkes und der Stabsstelle Bürgerengagement sei, „die Wirtschaft noch stärker in die Mitgestaltung der Bürgergesellschaft einzubeziehen und geeignete Formen der

Zusammenarbeit von Wirtschaft und bürgerschaftlichem Engagement“, bspw. im Wege von Partnerschaftsprojekten zwischen Unternehmen und Initiativen bürgerschaftlichen Engagements zu finden. Das bisher aus Bürgerschaft, Verwaltung und Politik bestehende *Kräfte-dreieck* in der Bürgerkommune soll „durch die Einbeziehung des neuen Partners Wirtschaft zu einem *Kräfteviereck*“ ausgebaut werden.

Darüber hinaus sieht das Ressort auch örtliche Freiwilligenagenturen und Anlaufstellen geeignet, Kooperationsprojekte mit Unternehmen zu fördern und koordinierende Funktionen im neuen *Kräfteviereck* von Bürgergesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft zu übernehmen.

Abgeordnete der SPD-Fraktion richteten am 01.12.05 einen umfassenden Antrag an den Landtag, die Landesregierung zu ersuchen über die Situation des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg mit Blick auf das zehnjährige Bestehen des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und die künftige Entwicklung zu berichten. In seiner Stellungnahme informiert das Ministerium für Arbeit und Soziales über den Stand der Mitgliedszahlen in den drei kommunalen Netzwerken sowie deren Pflege und Ausbau durch qualifizierte Fachberaterinnen und Fachberater. Die Unterstützungsleistungen des Landes für Fachberatung und die von ihr vorbereiteten Fachtreffen und Informationsveranstaltungen beliefen sich für das Jahr 2005 auf 176.000 EUR. Auch über die 3. Kooperationsvereinbarung zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Ministerium für Arbeit und Soziales vom 6. April 2005 wurde berichtet, in dem die „Förderung, Entwicklung und Unterstützung von unternehmerischem bürgerschaftlichem Engagement als ein besonderer Arbeitsschwerpunkt verankert“ wurde.

Der Frage nach dem Stand des Versicherungsschutzes von ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierten galt ein Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion am 13.01.05. Das Ministerium für Arbeit und Soziales nahm dazu ausführlich Stellung und verwies auf Bundesländer, in denen bereits entsprechende Rahmenversicherungsverträge zugunsten ehrenamtlich und bürgerschaftlich engagierter Bürgerinnen und Bürger abgeschlossen wurden.

## 2. Wichtige Akteure

### 2.1 Landesministerien

Die Darstellung der Aktivitäten der Landesministerien bei der Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement nimmt eine zentrale Stelle in der Berichterstattung ein. Auch für den Berichtszeitraum 2004 bis 2005/06 wurde den Ministerien ein Fragenkatalog zugeleitet, der die besonderen Schwerpunktsetzungen der Engagementförderung nachfragte. Weitere Themenbereiche betrafen Entwicklungen in der Förderung von Qualifizierung und Anerkennungskultur des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements sowie die zukünftigen Perspektiven der Engagementförderung. Auch das Thema unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement (Corporate Citizenship) und Möglichkeiten der Förderung von Kooperationen zwischen bürgerschaftlichen Initiativen und Unternehmen wurde nachgefragt.

Des Weiteren wurden die Ministerien gebeten, ministerielle Zuständigkeitsstrukturen und die jeweils verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu benennen und soweit zutreffend, Angaben über die finanzielle Förderung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements zu unterbreiten. Schließlich wurden Möglichkeiten der Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen bei der Engagementförderung nachgefragt, sowie die bestehenden Formen der interministeriellen Kooperation.

Die Befragung wurde wahlweise schriftlich oder mündlich durchgeführt und ergab ein konturenreiches Gesamtbild an ressortspezifischen Förderungsmaßnahmen freiwilligen Engagements, welches das je spezifische Selbstverständnis und die Fachbezogenheit der einzelnen Ministerien bei der Engagementförderung verdeutlicht. Schließlich werden die in den Ministerien enthaltenen weiteren Gestaltungspotenziale der Unterstützung des freiwilligen Engagements deutlich und - im Vergleich zum vorhergehenden Landesbericht 2002/ 2003 - Weiterentwicklungen aufgezeigt.

Der spezifischen Darstellung der Aktivitäten der Ministerien sollen die Punkte vorangestellt werden, die über alle Ministerien hinweg sehr ähnlich ausgeprägt sind.

So legten nahezu alle Ministerien großen Wert auf die **Qualifizierung** des bürgerschaftlichen Engagements und die **Anerkennung**, z.B. in Form von aussagefähigen und auch für den weiteren Verlauf der Ausbildung sowie des

beruflichen Werdegangs nutzbaren Zertifikaten oder durch größere landesweit sichtbare Veranstaltungen, Interministerielle Entwicklungen wie sie der Wettbewerb „Echt gut – Ehrenamt in Baden- Baden-Württemberg“ darstellt. Einzelaktivitäten finden sich bei den einzelnen Ministerien.

**Corporate Citizenship** wurde in diesem Bericht als neues Thema aufgenommen, da es einen neuen Förderschwerpunkt darstellt und in vielen Ministerien diesbezüglich Maßnahmen ergriffen wurden bzw. Überlegungen stattfinden.

Die im Jahre 2006 neu konstituierte Regierung hat wichtige Beschlüsse in Sachen Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement gefasst und dieses Thema zu einem Schwerpunkt der Landespolitik erklärt.

Mit Blick auf die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien, die in der **Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMA)** institutionalisiert ist, sind die Vertreterinnen und Vertreter grundsätzlich der Ansicht, dass diese ausreichend entwickelt ist. Gerade bei deckungsgleichen oder sich großflächigen überschneidenden Themen soll sie genutzt werden, um finanzielle und personelle Synergien zu erreichen. Im Berichtszeitraum war ein großes Arbeitsziel der IMA, eine Unfall- und Haftpflichtversicherung für die bürgerschaftlich Engagierten abzuschließen, um ihnen mehr Sicherheit im Schadensfall bieten zu können. An diesem Projekt waren mehrere Ministerien beteiligt, unter anderem das Ministerium für Arbeit und Soziales, das Kultusministerium, das Justizministerium, das Staatsministerium und das Finanzministerium. Dieses Projekt konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

Auch in der Kriminalprävention und in der Konzeption des Projekts „Bürgerschaftliches Engagement: Ehrenamtliche Integrationsbegleitung für bleibeberechtigte Ausländer/-innen und für Spätaussiedler/-innen“ fand eine projektbezogene Zusammenarbeit der Ministerien statt. Auch die Beispiele aus anderen Bundesländern, wie Rheinland-Pfalz, bestätigen, dass diese Formen der Zusammenarbeit in hohem Maße Erfolg versprechend sind. Als eines der Themen, die sich hier besonders eignen, wird z.B. seitens des Wirtschaftsministeriums Corporate Citizenship genannt.

**Kooperationen auf EU-Ebene** oder Projekte, die auf Europa ausgerichtet sind, zeichnen sich zurzeit eher weniger ab. Nur in einigen Fällen, wie dem Projekt der „Learning Community“ des Staatsministeriums, besteht hier ein Bezug.

Alle Ministerien bescheinigen dem bürgerschaftlichen Engagement seine **Zukunftsfähigkeit**: Es wird durchweg als ein wichtiger und förderungswerter



Faktor gesehen, der auch in Zukunft an Bedeutung zunehmen wird. Einige Ministerien erwähnen in diesem Zusammenhang den demografischen Wandel, der einen neuen Betreuungsbedarf alter Menschen, gleichzeitig aber auch die Verfügbarkeit einer großen Anzahl von „jungen Alten“ mit sich bringt, die bereit sind sich zu engagieren. Vereinzelt wird – gerade aus ressortspezifischer Sicht – festgestellt, dass Themen, wie zum Beispiel die nachhaltige Entwicklung und der gesellschaftliche Wandel der Unterstützung seitens des bürgerschaftlichen Engagements erfordert. Aber auch für den Bildungsbereich wird ein neuer Bedarf an Engagement angenommen, der sich z.B. im Jugendbegleiterprogramm ausdrückt.

Aus diesem Grund sind alle Ministerien bereit, nach ihren finanziellen und personellen Möglichkeiten und im Rahmen ihrer fachlichen Zuständigkeit zu unterstützen und zu fördern.

### 2.1.1 Staatsministerium und europäische Angelegenheiten

Ansprechpartner/-innen im Staatsministerium	
Ansprechpartner/-in für Fragen der Förderung und Begleitung ehrenamtlichen Engagements	Dr. Michael Blume 0711/2153-299 Michael.Blume@stm.bwl.de
	Anne Leukhardt 0711/2153-241 Anne.Leukhardt@stm.bwl.de
	Gerda Windey 0711/2153-293 Gerda.Windey@stm.bwl.de

#### Schwerpunkte der Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Aufgrund der spezifischen Aufgaben des Staatsministeriums als Regierungszentrale versteht sich das Staatsministerium stärker als die einzelnen Fachressorts als Koordinator der Aktivitäten zur Förderung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements.

Obgleich das Staatsministerium nicht über eigene Engagement-Förderprogramme verfügt, sind dennoch einige wichtige Aktivitäten des Ministeriums hervorzuheben. So konnten aus der seitens des Ministeriums geförderten Studie über „Anlaufstellen für Engagementförderung“ inzwischen viele Anregungen für die Gründung und Praxis von Anlaufstellen gewonnen und die Erfolgsfaktoren einer funktionstüchtigen Anlaufstelle herausgearbeitet werden. Die Anlaufstellen stellen Kristallisationspunkte für bürgerschaftliches Engagement dar und dienen dem Austausch von Informationen, der Aufklärung über Engagementmöglichkeiten im lokalen Umfeld sowie der Förderung neuen Engagements und der Weiterbildung.

Ein weiteres Anliegen des Staatsministeriums im Berichtszeitraum betraf die Förderung der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung. Die Förderung von Bürgerengagement und Partizipation ist ein wesentliches Anliegen der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. So wurden im Jahr 2005 fünf Veranstaltungen zum Themenbereich „Bürgerschaftliches Engagement“ durchgeführt. Hinzu kamen zehn Veranstaltungen zum Thema „Frauenpolitik“, elf Seminare zum Thema „Jugend“ und 66 Veranstaltungen zum Themenfeld „Umwelt und Ökologie“ – worunter auch der Bereich der Lokalen Agenda fällt. In allen diesen Themenbereichen spielten partizipative Aspekte eine wichtige Rolle.

Über diese Förderaktivitäten hinaus wurde in den Jahren 2004 und 2005 im Projekt „Learning Community“, das für die Europäische Union durchgeführt wurde, ein Qualifizierungskurs für die Zielgruppen Verwaltung, Gemeinderätinnen und -räte und Bürgerinnen und Bürger und ein Handbuch auf europäischer Ebene entwickelt. Der konzipierte Kurs wird im Jahr 2006 zum ersten Mal durch die Europäische Union als Qualifizierungskurs angeboten. Dabei wurden als Anwendungsfelder die Bereiche „Lokale Agenda“ und „Bürgerhaushalt“ ausgewählt.

Des Weiteren führte das Fachreferat „Frauen und Politik“ in den Jahren 2004 und 2005 das Mentoring-Projekt „TiP-Tandem“ in der Politik: „Frauen fördern Frauen in der Kommunalpolitik“, durch. Dieses Projekt sieht vor, dass erfahrene Kommunalpolitikerinnen engagierte Neueinsteigerinnen in die Politik vor Ort einführen und sie kompetent auf dem Weg in Richtung Kandidatur für ein politisches Mandat begleiten.

Seit Anfang der 1990er Jahre unterstützt das Staatsministerium durch das Fachreferat „Jugend und Politik“ die Jugendgemeinderäte in Baden-Württemberg. Die Gründung des Dachverbandes der Jugendgemeinderäte Baden-Württemberg erfolgte in enger Kooperation mit den Kommunen Baden-Württembergs und mit nachhaltiger Unterstützung der Landeszentrale für politische Bildung. Letztere entwickelte mit den gewählten Sprecherinnen und Sprechern des Dachverbandes die Aus- und Fortbildungsangebote für Jugendgemeinderätinnen und -räte und unterstützte personell und finanziell verschiedene Aktionen. Diese Zusammenarbeit soll auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Im Berichtszeitraum hat das Staatsministerium auch gemeinsam mit weiteren Ressorts wie dem Kultusministerium die Konzeption für das Jugendbegleiter-Projekt entwickelt, das den Einsatz ehrenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ganztagschulen vorsieht und das inzwischen an vielen Schulen des Landes in Umsetzung begriffen ist.

### **Gesetzliche Neuregelungen und Vorhaben**

Auf Mitveranlassung des Staatsministeriums hat das Ministerium für Arbeit und Soziales im Berichtszeitraum ein Konzept für die Haftpflicht- und Unfallversicherung ehrenamtlich Tätiger entwickelt und nach Ausschreibung inzwischen entsprechende Verträge abgeschlossen. Darüber hinaus werden seitens des Staatsministeriums die geltenden Regelungen als ausreichend empfunden.

Das Staatsministerium misst dem Bürokratieabbau eine hohe Bedeutung bei und geht davon aus, dass auch ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement von den getroffenen Deregulierungsmaßnahmen profitieren kann.

### **Kooperation mit anderen Bundesländern**

Im Zusammenhang mit dem Abschluss der Rahmenverträge für die Unfall- und Haftpflichtversicherung hat das Staatsministerium den Erfahrungsaustausch mit anderen Ländern gesucht, die diesen Schritt bereits getan haben. Außerdem besteht Kontakt zum Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestages. Grundsätzlich ist an dieser Stelle jedoch darauf hinzuweisen, dass die grenzüberschreitende Vernetzung eher auf der Ebene der Fachressorts erfolgt. Eine Kooperation der Bundesländer sowie eine europaweite Zusammenarbeit bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sollte aus Sicht des Staatsministeriums eher themenbezogen und unter Beachtung der angestrebten Ziele des Bürokratieabbaus stattfinden.

### **Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement**

#### **- Corporate Citizenship-**

Das Staatsministerium legt großen Wert auf die Förderung und Anerkennung des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements und folgt insoweit auch einer Empfehlung der Zukunftskommission Gesellschaft 2000. Die Förderung von konkreten Kooperationsformen zwischen Wirtschaft und Engagementfeldern des bürgerschaftlichen Engagements liegen nach Auffassung des Staatsministeriums jedoch stark im Zuständigkeitsbereich der einzelnen Ressorts. Das Ministerium verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass es ein großes Anliegen von Ministerpräsident Oettinger sei, in Gesprächen mit Unternehmern sowie bei öffentlichen Redeanlässen auf die Wichtigkeit des gesellschaftlichen Engagements der Wirtschaft hinzuweisen.

### **Qualifizierung**

Ein wichtiger Teilbereich der Anerkennungskultur des Engagements stellt aus Sicht des Staatsministeriums die Fort- und Weiterbildung dar, welche im Zuständigkeitsbereich der einzelnen Fachressorts angesiedelt ist. In diesem Zusammenhang misst das Staatsministerium der Weiterbildung von Hauptamtlichen auf dem Gebiet der Förderung von und Kooperation mit bürgerschaftlichem Engagement grundsätzlich eine hohe Bedeutung bei und sieht sie als Voraussetzung für eine qualitätsvolle Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen.

### **Anerkennungskultur**

Die Pflege und Entwicklung einer Anerkennungskultur, so das Staatsministerium, ist nach Auffassung von Ministerpräsident Oettinger ein wichtiges Element bei der Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement. Als konkrete Maßnahme zur Stärkung der Anerkennungskultur im Land ist insbesondere die Ehrenamtsgala „Echt gut! Ehrenamt in Baden-Württemberg“ zu nennen, die seit 2004 jährlich stattfindet und eine wichtige Ergänzung der bereits durchgeführten Ehrungen und Empfängen darstellt. Die Fernsehgala „Echt gut! Ehrenamt in Baden-Württemberg“ veranstaltet die Landesregierung unter Federführung des Staatsministeriums in Kooperation mit verschiedenen externen Partnern. In der Gala werden herausragende Projekte aus dem Bereich Ehrenamt/ bürgerschaftliches Engagement gewürdigt und im Fernsehen präsentiert. Die Veranstaltung ist mit einer breit angelegten Aktivierungskampagne im Internet und in den Medien verknüpft. Das Staatsministerium plädiert insgesamt für eine ausgewogene und angemessene Anerkennungskultur, in welcher sich die öffentlichen Würdigungen und Auszeichnungen weder defizitär noch inflationär gestalten.

### 2.1.2 Kultusministerium

<b>Ansprechpartner/-innen im Kultusministerium</b>	
<b>Generelle Zuständigkeiten für die Förderung ehrenamtlichen Engagements:</b>	
Abteilung 5, Jugend, Sport, Weiterbildung  Ehrenamtsförderung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in den Bereichen <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Sport, Jugend, Wanderwesen, Laienmusik/-kunst, Heimatpflege und Amateurtheater.</li> <li>▪ Schule und Sport</li> <li>▪ Kooperationsprojekte zwischen Schulen und Vereinen</li> <li>▪ Mentorenprogramme</li> <li>▪ Konfliktlösungs- und Streitschlichterprogramme</li> <li>▪ Internetdatenbanken zur Fort- und Weiterbildung</li> <li>▪ Jugendbegleiter</li> <li>▪ Landesportal Ehrenamt</li> <li>▪ Qualifikationsnachweise im Ehrenamt (Qualipass, Beiblatt zum Zeugnis)</li> </ul>	<b>Ehrenamtsbeauftragter der Landesregierung</b> Staatssekretär Georg Wacker, MdL  <b>Landesbüro Ehrenamt</b>  Elvira Menzer-Haasis 0711/ 279-2698 elvira.menzer-haasis@km.kv.bwl.de  Jutta Schramm 0711/ 279-2643 Jutta.Schramm@km.kv.bwl.de
<b>Spezifische Zuständigkeiten in den Bereichen:</b>	
Sport und Sportentwicklung	Herr Weinmann, 0711/ 279-2623 karl.weinmann@km.kv.bwl.de
Jugend	Dr. Carsten Rabe 0711 / 279-2527 carsten.rabe@km.kv.bwl.de
Kulturelle Angelegenheiten (Schulmusik- und -kunst, Heimatpflege, Laienmusik, Amateurtheater, Jugendmusikschulen)	Dr. Hartmut Brauswetter 0711 / 279-2652 hartmut.brauswetter@km.kv.bwl.de

### Schwerpunkte der Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Das Kultusministerium vereinigt vorrangig Zuständigkeiten bei der Förderung des ehrenamtlichen Engagements in den ihm zugeordneten Feldern Sport, Jugend, Wanderwesen, Laienmusik/ -kunst, Heimatpflege, Amateurtheater und Schule. Diese Bereiche stellen spezifische Förderschwerpunkte dar.

### *Schülermentoren/-innenprogramm*

Im Berichtszeitraum konnte insbesondere das **Schülermentor/-innenprogramm** weiter ausgebaut werden, das sich als erfolgreiches Modell zur Heranführung von Schülerinnen und Schülern an ehrenamtliche Tätigkeiten erwies.

Wie Tabelle 1 zeigt, konnten seit 1994 über 17.100 Schülermentor/-innen ausgebildet werden, vor allem in den Bereichen Sport und Musik, sowie im Rahmen der kirchlichen Jugendarbeit, in welcher das Mentor/-innenprogramm „Soziale Verantwortung lernen“ in Kooperation mit der evangelischen und katholischen Jugendkirchenarbeit durchgeführt wird. Auch die Verkehrserziehung, sowie der Natur- und Umweltschutz sind Themen der Mentor/-innenausbildung, sowie das Mentor/-innenprogramm Jugendcourage, das speziell mit verschiedenen Jugendverbänden durchgeführt wird. Das Programm Juniormentorin und Juniormentor „Soziale Verantwortung lernen“, das spezifisch auch Schülerinnen und Schüler ab 13 Jahren an den Hauptschulen einbezieht, wurde ebenfalls weitergeführt. Seit dem Schuljahr 2003/ 2004 wurde die Mentor/-innenausbildung auf die Bereiche Bildende Kunst sowie im Sport speziell für Jugendliche mit Migrationshintergrund ausgeweitet.

Lerninhalte der Mentor/-innenprogramme zum ehrenamtlichen Engagement sind die Schulung und Motivation zu Toleranz und Verantwortungsbereitschaft, sowie Teamfähigkeit und Selbständigkeit, die auch berufswichtige Schlüsselqualifikationen für spätere Arbeitsfelder junger Menschen darstellen.

### *Streitschlichterprogramm*

Seit dem Jahre 1995 fördert das Kultusministerium des Weiteren ein **Konfliktlösungs- und Streitschlichterprogramm**, das Schülerinnen und Schüler als ehrenamtliche neutrale Vermittler zur Bewältigung von Gewalt an Schulen ausbildet. Am Streitschlichterprogramm, das individuell an die Gegebenheiten der einzelnen Schulen angepasst wird, beteiligen sich inzwischen rund 50% der Schulen in Baden-Württemberg. Diese werden dabei von 70 Gewaltpräventionsberaterinnen und -berater des Landes unterstützt.

Fester Bestandteil des Programms sind spezielle "Streitschlichterkongresse", zu denen die Streitschlichterinnen und Streitschlichter der Schulen gezielt eingeladen werden und sich in Workshops und Vorträgen weiterbilden können. Als Veranstalter solcher Kongresse fungieren u. a. die evangelische Akademie Bad Boll sowie die Gewaltpräventionsberaterinnen und -berater in den Städten.

## Baden-württembergische Wege der Engagementförderung

Schuljahr	Sport	Sport Hauptschule	Musik Ausbildung durch Musikbünde <sup>1</sup>	Musik Ausbildung an Profilgymn. Musik <sup>2</sup>	Verkehrserzie- hung	kirchliche Jugendarbeit	Bildende Kunst	Natur- und Umweltschutz
1994/ 1995	s.u.	--	--	--		--	--	--
1995/ 1996	s.u.	--	--	--		--	--	--
1996/ 1997	1600 <sup>3</sup>	--	120	--		7	--	--
1997/ 1998	600	--	120	--		73	--	--
1998/ 1999	600	--	140	--	44	130	--	--
1999/ 2000	860	20	160	80	55	28	--	--
2000/ 2001	920	140	180	80	55	261	--	--
2001/ 2002	910	260	200	160	73	202	--	40
2002/ 2003	920	360	230	160	65	231	--	40
2003/ 2004	930	400	240	210	69	259	--	40
2004/ 2005/06	840	400	317	210	70	360	30	40
2005/ 2006	920	300	321	295	62	627	30	40
	9100	1880	2028	1195	493	2178	60	200

Gesamtzahl nach Schuljahr 2005/ 2006:

**17.134**

Zu erwartende Gesamtzahl nach Schuljahr 2006/ 2007\*:

**ca. 19.700**

2006/ 2007*	920	300	320	290	70	600	30	40
-------------	-----	-----	-----	-----	----	-----	----	----

\* Basierend auf Zahlen des Vorjahres



### *Themenorientierte Projekte an der Realschule*

Innerhalb der **vier im Lehrplan der Realschulen verankerten Themenorientierten Projekte (TOP)**, fördert das Ministerium das Themenorientierte Projekt *Soziales Engagement* und das Themenorientierte Projekt *Wirtschaften, Verwalten und Recht* Demokratieerziehung und bürgerschaftliches Engagement. Leitgedanken sind hier Partizipation, bürgerschaftliches Engagement, Konsens und Konflikte, Teamfähigkeit und Toleranz. Durch Kooperationen mit außerschulischen Partnern (Kirchen, Verbänden, Vereinen, Musikschulen, soziale und caritative Einrichtungen, Kommunen, Feuerwehren), durch Mentorenprogramme (Sport-, Musik-, Jugend- und Pausenmentoren), durch Übernahme von Verantwortung innerhalb der Streitschlichtung und Patenschaften in vielen Bereichen, durch Organisation und Durchführung von Veranstaltungen entsteht in den Themenorientierten Projekten eine positive Engagementerfahrung.

### *Jugendbegleiter*

Mit der Verabschiedung der Eckpunkte durch Kabinettsbeschluss vom Dezember 2005 und mit der Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung im Februar 2006 durch Ministerpräsident Oettinger, Kultusminister Rau und rund 80 Verbände und andere Organisationen wurden die formalen Voraussetzungen von Seiten des Landes für den Start der **Modellphase des Jugendbegleiter-Programms** geschaffen. Im ersten Teil der Modellphase starteten 242 Schulen. Sie erhalten je nach Umfang des Angebots entweder 2.000 oder 4.000 Euro Förderung und können damit intern Voraussetzungen für eine Ganztagschule unterstützen. Das Programm zielt auf eine Öffnung der Schulen gegenüber der Gesellschaft unter Einbezug freiwillig tätiger Jugendbegleiter. Diese können aus unterschiedlichsten Bereichen kommen, der Schulleiter entscheidet über ihre Eignung und auch über die Notwendigkeit einer ebenfalls angebotenen Qualifizierung. Das Programm wird im Internet umfassend dokumentiert ([www.jugendstiftung.jugendnetz.de](http://www.jugendstiftung.jugendnetz.de)) und regelmäßig evaluiert. Auch für die zweite Phase herrscht seitens der Schulen großes Interesse an einer Programmbeteiligung.

## **Gesetzliche Neuregelungen und Vorhaben**

Im Berichtszeitraum wurde seitens des Kultusministeriums eine Entbürokratisierungsinitiative unterstützt, im Rahmen derer einige Vereinfachungen für Ehrenamtliche erreicht werden konnten, bzw. auf den Weg gebracht wurden. Dabei handelt es sich im Einzelnen um:

- eine Initiative zur Vereinfachung des Vereinsrechts, die derzeit auf Bundesebene beraten wird,
- eine Überarbeitung des Sonderurlaubsgesetzes,
- Vereinfachungen beim Steuerrecht, die auf Bundesebene in Arbeitskreisen diskutiert werden, die teilweise im "Gesetz zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements" des Bundes Niederschlag finden, sowie
- die Vereinfachung bei der Belehrung hinsichtlich der Hygienevorschriften.

Darüber hinaus wurde im Kabinett auf der Grundlage einer Vorlage des Kultusministeriums verabschiedet, dass künftige Gesetze, Verordnungen oder Erlasse auf die Ehrenamtsverträglichkeit geprüft werden.

### **Kooperationen mit Kommunen und Landkreisen**

Das Landesbüro Ehrenamt hält regelmäßig Kontakt zu den Verantwortlichen der Anlaufstellen. Dabei steht das Bemühen im Mittelpunkt, die Aktivitäten zu bündeln und eine höhere Vernetzung der verschiedenen Projekte zu erreichen. Durchaus denkbar wäre aus Sicht des Landesbüros Ehrenamt, dass die Anlaufstellen auch für das Jugendbegleiterprogramm oder das Lernbegleiterprogramm genutzt werden könnten.

### **Kooperation mit anderen Bundesländern und der Bundesregierung**

Ein Erfahrungsaustausch mit anderen Bundesländern und dem Bund geschieht im Rahmen einer regelmäßigen Teilnahme an den Bund/ Länder-Besprechungen, durch die ein kontinuierlicher Kontakt gepflegt wird. Konkrete Projekte sind daraus derzeit noch nicht entstanden. In Kooperation mit dem Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement und dem Ministerium für Arbeit und Soziales wurde am 19./ 20. Mai 2006 in Stuttgart eine Fachtagung zum Thema "Schule und bürgerschaftliches Engagement" durchgeführt, die wichtige Themen wie Mentorenkonzepte in den Schulen und das bürgerschaftliche Engagement im Übergang von der Schule in den Beruf behandelte.

### **Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement**

#### **- Corporate Citizenship-**

Die Werbekampagne „Kompetent im Ehrenamt & erfolgreich im Beruf“, die von den Spitzenorganisationen der freien Wirtschaft und dem Ministerpräsidenten ins Leben gerufen wurde, spiegelte bereits im Berichtszeitraum 2002/ 2003 die

Bedeutung, die das Kultusministerium der Kooperation von Wirtschaft und bürgerschaftlichem Engagement beimisst. Auch im Rahmen des Jugendbegleiterprogramms wird eine Kooperation von Wirtschaft und Schule angestrebt: Im Rahmen einer Initiative der baden-württembergischen Industrie und Handelskammer schicken Unternehmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Schulen. Beispielsweise als PC-Paten oder als Trainer für Bewerbungsgespräche oder um andere Themen aus ihrer Branche zu vermitteln.

### **Qualifizierung**

Der Stellenwert, den das Kultusministerium der Qualifizierung beimisst, zeigt sich im Ausbau der jugendspezifischen Schülermentor/-innenprogramme. Diese Qualifizierung von Jugendlichen für bürgerschaftliches Engagement wird weiter einen besonderen Schwerpunkt der Förderpolitik des Kultusministeriums darstellen. Darüber hinaus leistet das Ministerium Zuschüsse zur Übungsleiterausbildung. Auch die Durchführung von Fachtagungen wird ein fester Bestandteil der Förderung des Ehrenamts durch das Kultusministerium bleiben. In diesem Zusammenhang verweist das Kultusministerium auch auf die Homepage [www.ehrenamt-bw.de](http://www.ehrenamt-bw.de), auf welcher kontinuierlich Neuerungen, Tipps und Termine zu relevanten Fortbildungen/ Tagungen veröffentlicht werden.

### **Anerkennung**

Eine Anerkennung und Wertschätzung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements erfolgte im Berichtszeitraum insbesondere durch Abschlusszertifikate für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Mentoren- und Streitschlichterprogrammen, den Qualipass und das Beiblatt zum Zeugnis. Diese Formen der Anerkennung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements durch Zertifizierung dienen dazu, die erworbenen Fähigkeiten, Kenntnisse und Praxiserfahrungen der Schülerinnen und Schüler zu dokumentieren und dadurch zur weiteren Engagementförderung und Motivation der Jugendlichen beizutragen.

Das Kultusministerium beteiligt sich weiterhin regelmäßig an der Ehrenamtsgala "Echt gut", die vom Staatsministerium durchgeführt wird.

In der weiteren Arbeit gilt es, die Vernetzung der unterschiedlichen Projekte und Aktivitäten noch zu verbessern.

**Finanzmittel**

Finanzielle Förderung des Ehrenamts und bürgerschaftlichen Engagements im Bereich des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Zweckbestimmung		2001	2002	2003	2004	2005
		Mio. EUR				
<b>1.</b>	<b>Landesbüro Ehrenamt als zentrale Anlauf- und Beratungsstelle</b>	<b>0,05</b>	<b>0,05</b>	<b>0,05</b>	<b>0,06</b>	<b>0,06</b>
<b>2.</b>	<b>Sportförderung<sup>1)</sup></b>	<b>85,30</b>	<b>91,60<sup>2)</sup></b>	<b>91,50</b>	<b>81,50</b>	<b>78,80</b>
	• Übungsleiter/-innen	20,50	20,80	20,80	20,70	19,80
	• Kooperation Schule/ Sportverein	1,50	1,50	1,50	1,50	1,30
	• Vereinssportstättenbau <sup>4)</sup>	16,40	16,30 <sup>3)</sup>	16,30	16,30	12,80
	• Sportschulen <sup>5)</sup>	5,00	5,00	5,00	5,00	4,40
<b>3.</b>	<b>Laienmusik<sup>6)</sup></b>	<b>5,60</b>	<b>5,60</b>	<b>5,60</b>	<b>5,50</b>	<b>5,00</b>
	• Beschäftigung von Chorleiter/-innen, Dirigent/-innen	2,30	2,30	2,30	2,30	2,35
	• Zuschüsse an die Musik- und Gesangsvereine	2,40	2,40	2,40	2,40	2,00
	• Nachwuchsförderung	0,13	0,13	0,13	0,13	0,10
	• Kooperation Schule/ Musikverein, Ausbildung von Musikmentoren und Musikmentorinnen	0,50	0,50	0,50	0,50	0,40
	• Förderung des ländlichen Raums, Chorwettbewerbe, Tag der Laienmusik	0,20	0,20	0,20	0,17	0,15
<b>4.</b>	<b>Heimatspflege<sup>7)</sup></b>	<b>0,72<sup>5)</sup></b>	<b>0,72</b>	<b>0,72</b>	<b>0,76</b>	<b>0,50</b>
	• Heimatspflegerische Zuschüsse	0,50	0,50	0,50	0,54	0,45
	• Durchführung der Heimattage	0,15	0,15	0,15	0,15	0,00 <sup>8)</sup>
	• Förderung internationaler Kontakte	0,04	0,04	0,04	0,04	0,09
	• Foto und Film	0,03	0,03	0,03	0,03	0,02
<b>5.</b>	<b>Amateurtheaterwesen</b>	<b>0,67</b>	<b>0,67</b>	<b>0,67</b>	<b>0,63</b>	<b>0,60<sup>9)</sup></b>
	• Freilichtbühnen, zentrales Amateurtheaterensemble, Kleinkunstpreis, Landespreis für Volkstheaterstücke, Deutsches Gehörlosentheater	0,45	0,42	0,42	0,40	0,37
	• Investitionen in Amateurtheater	0,13	0,16	0,16	0,15	0,15
	• Kooperation Schule/ Verein	0,02	0,02	0,02	0,02	0,02
	• Förderung internationaler Kontakte	0,02	0,02	0,02	0,01	0,01
	• Förderung des ländlichen Raums (Theatertage, Nachwuchsprojekte)	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05
<b>6.</b>	<b>Jugendförderung (Landesjugendplan)</b>	<b>35,7</b>	<b>34,20<sup>10)</sup></b>	<b>34,60<sup>11)</sup></b>	<b>5,84</b>	<b>5,86</b>
	• pädagogische Betreuerinnen/ Betreuer bei Jugenderholungsmaßnahmen	0,90	0,90	0,90	0,75	0,75
	• für Jugendgruppenleiterinnen und Jugendgruppenleiter	2,30	2,30	2,30	2,16	2,16
	• für 38 Bildungsreferentinnen und Bildungsreferenten	1,40	1,40	1,40	1,43	1,45
	• für Jugendbildungsstätten	1,30	1,30	1,30	1,20	1,20
	• Kooperation Jugendarbeit/ Schule				0,30	0,30
<b>Gesamtförderung</b>		<b>56,77</b>	<b>56,97</b>	<b>56,97</b>	<b>56,00</b>	<b>50,32</b>

1) Landesmittel in Kap. 0460 Sportförderung sowie 12 Mio. EUR KIF-Mittel für kommunalen Sportstättenbau in Kap. 1205,

Aufgeführt sind jeweils die ungekürzten Ansätze des Staatshaushaltsplans. 2004 war aus dem Sporthaushalt eine Einsparung von 10,03 Mio. EUR zu erwirtschaften (Globale Minderausgabe). 2005/ 06 sind weitere 2,63 bzw. 1,63 Mio. EUR einzusparen; Zuschüsse zur Beschäftigung nebenberuflicher Übungsleiter unangetastet.

2) Erhöhung 2002 wegen Landesjubiläum

3) Umschichtung zu Gunsten der Stiftung "Sicherheit im Schulsport"

4) Kommt den gemeinnützigen Sportvereinen und ehrenamtlichen Trainer/-innen zugute

## **Wichtige Akteure**

---

- 5) Schwerpunktmäßig Aus- und Fortbildung von Übungsleiter/-innen sowie ehrenamtlichen Helfer/-innen im Sport
- 6) darin enthalten 0,5 Mio. EUR Einsparung wg. Globaler Minderausgabe einschließlich Nachtrag 2001
- 7) darin enthalten 0,1 Mio. EUR Einsparung wg. Globaler Minderausgabe
- 8) Mittel und Zuständigkeit zur "Durchführung von Heimattagen" ab 2005/ 06 beim Staatsministerium
- 9) Verminderung wegen Wettmittelkürzung
- 10) Wegfall der Anschubfinanzierung für 44 Jugendagenturen und Jugendfonds
- 11) Erhöhung zu Gunsten der Musikschulen

**2.1.3 Ministerium für Arbeit und Soziales**

<b>Ansprechpartner/-innen im Ministerium für Arbeit und Soziales</b>	
<b>Generelle Aufgabenstellung:</b>	
<p>Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch Aufbau und Ausbau des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und die Förderung der Kooperation der Netzwerke:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gemeindeforum</li> <li>• Landkreisnetzwerk</li> <li>• StädteNetzwerk</li> <li>• Arbeitsgemeinschaft bürgerschaftliches Engagement/ Seniorengenossenschaften e.V. AR-BES</li> </ul> <p>Vertretung des Landes im Bundesnetzwerk</p>	<p><b>Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste</b></p> <p>Robert Hahn 0711/ 123-3661 Robert.Hahn@sm.bwl.de</p> <p>Gottfried Wolf Gottfried.Wolf@sm.bwl.de</p>
<b>Aktuelle Aktivitäten des Ministeriums zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements:</b>	
<p>Jugendfreiwilligendienste Bürgermentorenprogramme/ Mentorenschulung und Qualifizierung Selbsthilfekontaktstellen Modellprojekt „Unternehmen BE“</p>	<p>Robert Hahn 0711/ 123-3661 Robert.Hahn@sm.bwl.de</p>
<p>Familie und Bürgerengagement, Zukunftswerkstatt Familien</p>	<p>Hans Frisch 0711/ 123-3507 Hans.Frisch@sm.bwl.de</p>
<p>Frauen im ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen und freiwilligen Engagement</p>	<p>Dr. Christiane Hug-von Lieven 0711/ 1 23-3514 Christiane.Hug-von-Lieven@sm.bwl.de</p>
<p>Seniorinnen und Senioren und bürgerschaftliches Engagement</p>	<p>Christian Luft 0711/ 123-3686 Christian.Luft@sm.bwl.de</p>
<p>Betreuungsvereine</p>	<p>Ulrich Schmolz 0711/ 123-3675 Ulrich.Schmolz@sm.bwl.de</p>
<p>Menschen mit Behinderungen und bürgerschaftliches Engagement</p>	<p>Klaus Juchart 0711/ 123-3763 Klaus.Juchart@sm.bwl.de</p>
<p>Freiwilliges Soziales Jahr; Freiwilligendienste</p>	<p>Christa Kertsch 0711/ 123-3658 Christa.Kertsch@sm.bwl.de</p>
<p>Selbsthilfegruppen für Suchtkranke</p>	<p>Walter Fessel 0711/ 123-3804 Walter.Fessel@sm.bwl.de</p>
<p>Selbsthilfegruppen und bürgerschaftliches Engagement auf dem Gebiet der Gesundheitspflege</p>	<p>Dr. Barbara Unger 0711/ 123-3812 Barbara.Unger@sm.bwl.de</p>

## **Schwerpunkte der Förderung bürgerschaftlichen Engagements**

Im Berichtszeitraum umfasste die Förderung des Ehrenamtes und bürgerschaftlichen Engagements im Bereich des Ministeriums für Arbeit und Soziales vor allem den weiteren Ausbau des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement durch die Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste, die Verstärkung der Aktivitäten sowie die weitere Entfaltung des Bürgerengagements in wichtigen Themenfeldern.

Die Weiterentwicklungen im Landesnetzwerk wurden dabei vor allem an folgenden Schwerpunktsetzungen erkennbar:

- dem weiteren Ausbau der drei kommunalen Netzwerke in einer engen Zusammenarbeit der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste im Ministerium mit den kommunalen Landesverbänden und den Fachberaterinnen und Fachberater der kommunalen Netzwerke (Punkt A.3) und die Verabschiedung einer dritten Kooperationsvereinbarung am 6. April 2005 zum Ausbau des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement zwischen den kommunalen Landesverbänden Baden-Württemberg und dem Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg.
- der Weiterentwicklung konzeptioneller Ansätze zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg, u. a. auf Basis der Ergebnisse einer ausführlichen Evaluation des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement durch die Universität Tübingen im Jahre 2004 (Punkt A.3) und einer Klausurtagung des Steuerungsverbundes Anfang Januar 2006 in Bad Urach.
- der Förderung engagementunterstützender Strukturen und Prozesse durch das besondere Angebot der Kommunalen Entwicklungsbausteine, die mit finanzieller Unterstützung der Landestiftung Baden-Württemberg den Mitgliedern der drei kommunalen Netzwerke gewährt werden können. Dazu gehört eine aktive Informationspolitik zu den Kommunalen Entwicklungsbausteinen, u. a. auf der Arbeitstagung in Sindelfingen am 29. Juni 2006.
- die Konzeption, Förderung und Koordinierung von Fortbildungsangeboten für Bürgerinnen und Bürger, Mentorinnen und Mentoren, Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie Fachkräften mit besonderer Berücksichtigung der Qualifizierung des bürgerschaftlichen Engagements durch das Mentorat, sprich Bürgermentorentainerinnen und Bürgermentorentainer und den von

diesen geschulten Bürgermentorinnen und Bürgermentoren, die das bürgerschaftliche Engagement auf kommunaler Ebene begleiten und fördern (Punkt A. 3.4). Hierzu zählt auch die Unterstützung der Arbeit der Fachkräfte im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (FaLBE), die als Fachkräftenetzwerk eine bundesweit kompetente Fachkräfteorganisation zur innovativen und professionellen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements darstellen.

- die Verbesserung des Versicherungsschutzes für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement durch Neuregelungen beim Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz, gültig seit Januar 2006.
- die weitere aktive Öffentlichkeitsarbeit der Stabsstelle über Fördermöglichkeiten, Themen und Veranstaltungen im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement auf der Grundlage des Internetauftritts und der Verbreitung von Broschüren zu Analysen und Aktivitäten des bürgerschaftlichen Engagements.
- die Weiterentwicklung der Organisationsstruktur und die Koordinierung der Arbeit des Steuerungsverbundes als zentralem Steuerungsorgan des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und die Intensivierung der Gremienarbeit in Steuerungsverbund und Forum Landesnetzwerk.

In der Vielfalt der Themenschwerpunkte gewannen im Berichtszeitraum folgende thematische Schwerpunkte weiter an Bedeutung:

- Hausaufgaben-, Sprach- und Lernhilfe für ausländische Kinder und Aussiedlerkinder,
- Suchtkrankenhilfe und Betreuungsvereine,
- ehrenamtliche Helfer und Helferinnen der Dorfhilfe und Familienpflege (einschließlich der Aus- und Fortbildung im Bereich der Anwendung des Betreuungsgesetzes),
- Ausbau des Freiwilligen Sozialen Jahres,
- die Förderung der Behindertenhilfe und damit zusammenhängend die Unterstützung der Arbeitsgemeinschaften und Verbände in der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen und die Förderung des bürgerschaftlichen Engagement für und mit behinderten Menschen,



- die Förderung der Familienfreundlichkeit in Baden-Württemberg und die Unterstützung des Projekts „Zukunftswerkstatt Familien“ und die Förderung von Mütter- und Familienzentren,
- Zuschüsse für die Qualifizierung der ehrenamtlich Tätigen in Frauenverbänden und -organisationen, Frauenhäusern, Notrufgruppen sowie in den Beratungsstellen für von sexueller Gewalt betroffene Frauen, Mädchen und Jungen,
- die Einrichtung eines landesweiten Fraueninformationsportals ([www.frauenaktiv.de](http://www.frauenaktiv.de)) zur Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements von Frauen,
- die Umsetzung des Programms „AKKU – Wir laden Projekte“ zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit Jugendlicher und als vorbeugende Initiative zur Vermeidung der Jugendarbeitslosigkeit,
- angesichts des demografischen Wandels das generationsübergreifende Miteinander und in diesem Zusammenhang die Förderung von Selbsthilfegruppen der Gesundheitsprävention und Seniorennetzwerken, sowie des bürgerschaftlichen Engagements für Lebensqualität im Alter,
- die Stärkung der Aufmerksamkeit für unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement/ Corporate Citizenship in Baden-Württemberg. Hier wurden im Berichtszeitraum seitens des Ministeriums eine repräsentative Untersuchung über Umfang und Formen des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse in Punkt B.3 dargestellt sind, sowie durch die Stabsstelle das Modellprojekt „Unternehmen BE“ in drei Modellregionen und zwei Modellstädten des Landes initiiert (Punkt A.4.3). Ziel ist, Unternehmen, Betriebe, aber auch Kammern und Unternehmensverbände als „gute Unternehmensbürger“ in das bürgerschaftliche Engagement in Baden-Württemberg einzubeziehen.

Diese Themenschwerpunkte werden auch über den Berichtszeitraum hinaus weiter behandelt werden. Im Einzelnen wurden seitens des Ministeriums für Arbeit und Soziales zum Beispiel die nachfolgend genannte Themen und Projekte gefördert.

*Förderung der Behindertenhilfe und bürgerschaftliches Engagement im Behindertenbereich*

In der Förderung der Behindertenhilfe wurden die bisherigen Förderschwerpunkte des Ministeriums beibehalten. Für die Jahre 2004 und 2005 stellten dabei die Unterstützung der Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (LAHG), des Landesverbandes der Lebenshilfe sowie des Landesverbandes für Körper- und Mehrfachbehinderte und des Landesverbandes der Gehörlosen wichtige Förderschwerpunkte dar, ebenso wie die Unterstützung der Aktion Multiple-Sklerose-Erkrankter (AMSEL). Darüber hinaus wurde die Förderung der Versehrtenleibesübungen, der Frühförderleistungen und der familienentlastenden Dienste auf dem Gebiet der Behindertenhilfe weitergeführt; ebenso wie die Förderung von Werkstätten und Wohnheimplätzen im stationären Bereich.

Alle Selbsthilfegruppen und -verbände wie z.B. die Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung oder die AMSEL (Aktion Multiple-Sklerose Erkrankter Landesverband Baden-Württemberg) sind aus ehrenamtlichem Engagement heraus entstanden und arbeiten kontinuierlich weiter mit bürgerschaftlichem Engagement. Die Selbsthilfebewegung ist eine für den Behindertenbereich charakteristische Form des ehrenamtlichen Engagements mit vielfältigen und weit reichenden Wirkungen. Auch im stationären Bereich der Behindertenhilfe wird vielfach ehrenamtliches Engagement einbezogen. Gegenwärtig laufen unter der Zielrichtung eines verstärkten gemeindeintegrierten Lebens und Wohnens Initiativen, die anstreben, professionelles und ehrenamtliches Engagement im Sinne eines „Hilfemix“ zu verbinden.

*Förderung von Mütter- und Familienzentren*

Ein weiteres wichtiges Feld der ministeriellen Aktivitäten stellte die Förderung der Mütter- und Familienzentren im Lande dar. Es handelt sich um bürgerschaftlich getragene Initiativen von Familien für Familien - oft über Generationen hinweg. Sie bieten in der Regel offene Angebote u. a. zu Fragen der Erziehung, des Alltags in der Familien und der Kinderbetreuung. Sie haben selbst organisierte Strukturen und leben durch die von Müttern und Familien eingebrachten Kompetenzen und Erfahrungen. 50 Mütter- und Familienzentren haben sich in Baden-Württemberg zu einem Landesverband, dem Mütterforum Baden-Württemberg, zusammengeschlossen ([www.muetterforum.de](http://www.muetterforum.de)). Das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement spielt in den Mütterzentren eine tragende Rolle: So sind beispielsweise allein im Mütterzentrum bzw. Eltern-Kind-Zentrum Stuttgart-West bis zu 80 Personen ehrenamtlich engagiert. Das Mütterforum

Baden-Württemberg wird seitens des Landes finanziell gefördert, wobei zwei Drittel der Mittel dem Mütterforum selbst zur Verfügung gestellt werden, ein Drittel dient der Projektförderung der einzelnen Mütterzentren, die sich darüber hinaus weiter durch Eigenleistung, Mitgliedsbeiträge, Spenden oder Zuschüsse finanzieren.

### *Zukunftswerkstatt Familie*

Zielsetzung des Mitte 2003 vom Ministerrat beschlossenen Konzepts einer „Zukunftswerkstatt Familien“ war, über alle Politikfelder und Ebenen hinweg und unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte im Land Initiativen zu Gunsten von Familien anzuregen. Wichtige Partner der Zukunftswerkstatt sind hierbei insbesondere im Handlungsfeld „Lokale und regionale Aktivitäten mit und für Familien“ auch die ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger im Land.

Entsprechend dem Auftrag des Ministerrats wurde im Ministerium für Arbeit und Soziales ein „Bericht über die Erfolge der Zukunftswerkstatt Familien“ in der 13. Legislaturperiode erarbeitet, der am 19.12.2005 vom Ministerrat zur Kenntnis genommen wurde. Der Bericht enthält eine Auswahl von „Werkstücken“, die zwischen 2001 und 2005 von der Landesregierung selbst sowie ihren Partnern zu Gunsten von Familien hergestellt wurden. Bei einer Vielzahl der im Bericht dargestellten Initiativen, insbesondere auf kommunaler Ebene, ist bürgerschaftliches Engagement eine zentrale Komponente für deren Erfolg. Die „Lokalen Zukunftswerkstätten“ werden durch die Familienforschung im Statistischen Landesamt moderiert. Ein weiteres wichtiges Projekt in diesem Zusammenhang stellt das Projekt „Familie in Beruf und Leben“ (fa.i.b.le) der Agenda für Vereinbarkeit, Bildung und Ausbildung dar, die im Dezember 2005 zwischen der Landesvereinigung baden-württembergischer Arbeitgeberverbände, dem Ministerium für Arbeit und Soziales und dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport abgeschlossen wurde. Ein Bericht über die Erfolge der „Zukunftswerkstatt Familien“ wurde im 1. Halbjahr 2006 als Broschüre veröffentlicht.

Das Ministerium für Arbeit und Soziales betrachtet es als eine Daueraufgabe der Politik im „Kinderland Baden-Württemberg“, die Rahmenbedingungen für Familien - auch mit Unterstützung von bürgerschaftlich und ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern - ständig zu verbessern.

*Einrichtung eines Fraueninformationsportals zur Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements von Frauen*

Um u. a. ehrenamtlich Engagierte in Frauenverbänden und -organisationen in ihrer Arbeit zu unterstützen, wurde das landesweite Fraueninformationsportal „www.frauen-aktiv-de“ eingerichtet. Neben vielfältigen Sachinformationen, Kontaktadressen und Literaturhinweisen können auch die überwiegend ehrenamtlich arbeitenden Gruppen, Netzwerke, Verbände etc. ihre Veranstaltungen kostenlos in einen landesweiten Veranstaltungskalender einstellen.

Darüber hinaus gibt das Ministerium für Arbeit und Soziales vierteljährlich die Fachpublikation „AKTIV – Frauen in Baden-Württemberg“ für frauenpolitisch Engagierte und Interessierte heraus. Die breit gefächerten Informationen werden von den ehrenamtlich Tätigen in vielfältiger Weise genutzt. Die Themenhefte enthalten auch Informationen zum ehrenamtlichen Engagement von Frauen und zu Möglichkeiten der Würdigung von ehrenamtlich erbrachten Leistungen.

*Jugend und Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit*

Im Zusammenhang mit dem Landesjugendbericht für die 13. Legislaturperiode wurde zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit für die Jahre 2003 bis 2007 das mit 40 Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) ausgestattete Programm „AKKU – Wir laden Projekte“ aufgelegt.

Ziele der Jugendoffensive sind:

- die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit Jugendlicher
- die Verbesserung der Gemeinschaftsfähigkeit
- die Vermeidung der Ausgrenzung junger Benachteiligter, insbesondere junger Menschen mit Migrationshintergrund

Die Jugendoffensive gliedert sich in drei Bausteine: Im Rahmen des ersten Bausteins wurde ein Drittel der zur Verfügung stehenden ESF-Mittel auf die bereits bestehenden 41 ESF-Arbeitskreise zur Förderung regionaler Maßnahmen verteilt.

Der zweite Baustein ist die vor allem qualitative Aufwertung bereits bestehender erfolgreicher Landesprogramme, wie z.B. das Berufspraktische Jahr, das sich an Schulabgänger ohne Lehrstelle richtet.

Im Rahmen des dritten Bausteins sollen neue Ansätze und Konzepte zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit entwickelt und ausprobiert werden. So werden derzeit u. a. Projekte mit folgenden Inhalten gefördert:

- vorbeugende Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit insbesondere auch für Jugendliche mit besonderen Integrationsproblemen
- Maßnahmen zur Verringerung des Schul- oder Ausbildungsabbruchs

Zur Stärkung des Ehrenamts und bürgerschaftlichen Engagements wird im Rahmen des letzten Bausteins der Projektverbund „Startklar! – Netzwerke für sozial benachteiligte junge Menschen durch Integrationsmanager und Patenschaften“ des Landesjugendamtes Baden-Württemberg mit Mitteln von AKKU unterstützt. Dieser Projektverbund, in dem 40 Projekte eingebunden sind, setzt mit modernem Integrationsmanagement im Rahmen des Assessments bei den Stärken der jungen Menschen an und vermittelt dann entsprechende passgenaue Hilfen. Bürgerschaftliches Engagement ergänzt und unterstützt dabei die professionelle Arbeit.

### *Demografischer Wandel*

In der Enquête-Kommission „Demografischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik“ des Landtags von Baden-Württemberg wurde im Kontext des demografischen Wandels das Thema Bürgerengagement breit diskutiert und in den Handlungsempfehlungen berücksichtigt. Der Abschlussbericht liegt vor.

Vor diesem Hintergrund wird in einer älter werdenden Gesellschaft das bürgerschaftliche Engagement als ein Baustein zur Gestaltung des Lebens im Alter und Pluralisierung der Gesellschaft an Bedeutung gewinnen. Im Einzelnen stehen die folgenden Förderschwerpunkte im Kontext des demografischen Wandels:

#### *- Betreuungsangebote für Demenzkranke*

Das Land fördert niedrighschwellige Betreuungsangebote für Demenzkranke, bei denen zahlreiche bürgerschaftlich Engagierte mitwirken. Mit dem seit 2002 in Kraft getretenen Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz können nach § 45c SGB XI Aufwandsentschädigungen für die ehrenamtlichen Betreuungspersonen sowie notwendige Personal- und Sachkosten, die mit der Koordination und Organisation der Hilfen und der fachlichen Anleitung und Schulung der Betreuenden durch Fachkräfte verbunden sind, finanziert werden. In Baden-Württemberg ist die Zahl

der geförderten Betreuungsgruppen seit 2001 bis Ende 2005 von 78 auf 239 Gruppen angestiegen und hat sich damit mehr als verdreifacht.

Von 2004 bis 2006 haben das Land und die Pflegekassen in einem auf drei Jahre befristeten Modellvorhaben den Aufbau einer landesweiten Beratungs- und Vermittlungsagentur gefördert, die folgende Aufgaben wahrnimmt:

- Information und Beratung für Menschen mit demenzieller Erkrankung, für Angehörige, für nicht professionelle Helferinnen und Helfer und für Fachkräfte,
- Unterstützung und Vermittlung von niedrigschwelligen Betreuungs- und Versorgungsangeboten im häuslichen Pflegealltag,
- Entlastung pflegender Angehöriger durch begleitende Gruppenangebote, Weiterentwicklung von demenzgerechten ambulanten Betreuungs- und Versorgungsstrukturen,
- Bestandsaufnahme, Koordination und Vernetzung der landesweiten Angebote,
- Qualitätssicherung und fachliche Beratung für den Koordinierungsausschuss Betreuungsangebote.

Die landesweite Vermittlungsagentur wurde bei der Alzheimer-Gesellschaft Baden-Württemberg eingerichtet.

*- Bürgerschaftliches Engagement für Lebensqualität im Alter*

Mit dem von der Landesstiftung finanzierten Projekt BELA – Bürgerschaftliches Engagement für Lebensqualität im Alter ist das bürgerschaftliche Engagement in der stationären Pflege gefördert worden. Ein ausführlicher Ergebnisbericht findet sich in Punkt B.2.

*- Förderung von Seniorennetzwerken*

Das Ministerium für Arbeit und Soziales war im Berichtszeitraum darum bemüht, die Bildung von Seniorennetzwerken zu fördern. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der auch in Zukunft „gedeckelten“ Leistungen der Pflegeversicherung geht es darum, Menschen über solche Netzwerke zu ermöglichen, auch im Fall der Pflegebedürftigkeit möglichst lange in der häuslichen Umgebung zu bleiben. Hierfür könnten bestehende gemeinwesenorientierte Gruppen, zum Beispiel Vereine oder Kirchengemeinden, eine tragfähige

Basis bilden. Deren ursprünglicher Auftrag bleibt erhalten und wird sinnvoll ergänzt. In diesen Gruppen könnten mit Seniorennetzwerken verlässliche, erreichbare, preiswerte und qualitativ befriedigende Zeitressourcen für den Service und den Betreuungsbedarf im Alter erschlossen werden.

Im Rahmen eines vom Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg finanzierten Modellprojekts sollen vier bis sechs Gruppen, die aufgrund ihrer Rahmenbedingungen für die Durchführung eines Pilotprojektes besonders geeignet erscheinen, bis zum Frühjahr 2008 wissenschaftlich begleitet werden.

### *- Förderung von Selbsthilfegruppen auf dem Gebiet Gesundheitspflege*

Den Selbsthilfegruppen kommt eine große Bedeutung zu, da sie insbesondere auf dem Gebiet der gesundheitlichen Prävention Beachtliches leisten. Als Interessenvertretung sind Selbsthilfegruppen zu einem wichtigen Bindeglied zwischen den Betroffenen einerseits und den politisch Verantwortlichen, Behörden und Einrichtungen der professionellen Versorgung andererseits geworden. Durch Vermittlung des Hilfsvereins für seelische Gesundheit in Baden-Württemberg e.V. fließen Landeszuschüsse an über 100 Selbsthilfegruppen im psychiatrischen Bereich, z.B. an Initiativen von Psychiatrie-Erfahrenen, Angehörigengruppen sowie Kontaktclubs, mit denen engagierte Bürgerinnen und Bürger die soziale Integration psychisch kranker Menschen unterstützen. Die Arbeitskreise „Leben im Land“ erhalten Zuschüsse für Suizidprävention und individuelle Krisenbegleitung, die von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unter fachlicher Supervision geleitet wird. Bezuschusst werden ferner rund 40 Selbsthilfegruppen im somatischen Bereich (ohne AIDS- und Krebshilfe, die separate Förderung erhalten).

### *- Selbsthilfe in der Suchtkrankenhilfe*

Die ehrenamtlichen Selbsthilfegruppen in der Suchtkrankenhilfe nehmen innerhalb ihrer Dachverbände (Ligaverbände) ihre Aufgaben wahr und setzen dabei eigene inhaltliche Schwerpunkte.

Aus ihrem Selbstverständnis heraus ergeben sich für die auf dem Gebiet der Suchtkrankenhilfe tätigen ehrenamtlichen Selbsthilfegruppen folgende Aufgabenstellungen:

- Gegenseitige Hilfe bei Problemen, Konflikten und praktischen Lebensfragen
- Mitverantwortung bei der Gestaltung der Gruppenarbeit

- Vor- und Nachbetreuung im Rahmen der Behandlung von Suchtkranken und ihren Angehörigen
- Mithilfe bei der Gründung von Informations- und Motivationsgruppen
- Mitwirkung bei Veranstaltungen mit dem Ziel der Information und Prävention

Die Selbsthilfegruppen übernehmen bei der ehrenamtlichen Unterstützung von Suchtkranken und deren Angehörigen wichtige Aufgaben, die hauptamtlich nicht finanzierbar wären. Vor allem werden den Betroffenen vielfältige Informationen über die jeweilige Suchterkrankung sowie Bewältigungsstrategien vermittelt und die Eigenaktivitäten im Gesundungsprozess unterstützt.

Die Förderung des Landes finanziert nicht die erbrachte Arbeitsleistung, sondern stabilisiert die gewachsenen Strukturen der Selbsthilfe durch einen Beitrag zu den Selbstkosten. Eine leistungsbezogene Finanzierung würde der Selbsthilfe das Fundament ehrenamtlichen Engagements zerstören.

### **Kooperation mit Kommunen, Stadt- und Landkreisen**

In den genannten Förderbereichen besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Arbeit und Soziales und den Kommunen.

Zu beobachten ist, dass die Kommunen in den letzten Jahren Familien stärker in das Zentrum ihres Interesses gerückt haben. Familien erwarten von dem Ort, in dem sie leben, Angebote zur Lebensqualität mit ihren Kindern. Kommunen, die diesen Wunsch ernst nehmen und ein familiengerechtes Angebot vorhalten, sorgen nicht nur für stabile Bevölkerungszahlen, sie leisten gleichzeitig einen Beitrag zur wirtschaftlichen Prosperität ihrer Kommune. An diesem Veränderungsprozess hin zu mehr Familienfreundlichkeit vor Ort ist immer auch eine Vielzahl von Engagierten beteiligt. Das Land hat zu diesem Bewusstseinswandel aktiv durch die Bereitstellung des Internetportals

[www.familienfreundlichekommune.de](http://www.familienfreundlichekommune.de) beigetragen.

Auch vor Ort wird der Prozess seit 2005 in einzelnen Kommunen durch die Familienforschung Baden-Württemberg im Auftrag des Ministeriums intensiv begleitet. Im Ortenaukreis fanden in den Jahren 2005/ 2006 modellhaft acht Lokale Zukunftswerkstätten für Familien statt. Der von der Lokalen Zukunftswerkstatt erarbeitete Wunschkatalog der Familien findet Eingang in Projektgruppen, kommunale Leitbilder und kommunale Entscheidungsgremien. Die angestrebten Projekte setzen wichtige Impulse zur Aktivierung von



bürgerschaftlichem Engagement für und mit Familien. Das Angebot wird seit dem Jahr 2006 landesweit gemacht.

Die Möglichkeiten im heutigen Alltag, über mehrere Generationen hinweg miteinander zu leben, sind heute nur noch sehr wenig vorhanden. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, wurden die verschiedensten Projekte in Begegnungsstätten, an Schulen, an Kindergärten, Universitäten oder auch in Wohnprojekten auf den Weg gebracht, in denen diese Kontakte bewusst gefördert werden. Das Land sieht seine Aufgabe darin, das Bewusstsein für die Bedeutung der generationenübergreifenden Beziehungen zu vertiefen, Beispiele bekannt zu machen und in Wahrnehmung seiner Moderatorenfunktion Kooperationen anzuregen.

Gegenwärtig laufen unter der Zielrichtung eines verstärkten gemeindeintegrierten Lebens und Wohnens Initiativen, die anstreben, professionelles und ehrenamtliches Engagement im Sinne eines „Hilfemix“ zu verbinden.

### **Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement**

#### **- Corporate Citizenship-**

Das Ministerium für Arbeit und Soziales hat im Berichtszeitraum das Thema unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement verstärkt aufgegriffen. Hier wurde zunächst im Berichtszeitraum eine repräsentative Studie zu unternehmerischem bürgerschaftlichem Engagement im Lande (siehe Punkt B.3.) erstellt. Zudem initiierte das Ministerium das Modellprojekt „Unternehmen BE“ (siehe Punkt A.4.3)

### **Gesetzliche Neuregelungen und Vorhaben**

Die Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste wirkte maßgeblich an der Verbesserung des Versicherungsschutzes für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement durch Neuregelungen beim Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz mit. Seit Januar 2006 sind hier Sammelverträge zur Unfall- und Haftpflichtversicherung für Engagierte in Baden-Württemberg in Kraft getreten. Die Landesregierung konnte damit trotz angespannter Finanzlage eine Versicherungslücke schließen und die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement verbessern.

Des Weiteren kam es auf Veranlassung des Ressorts zu einer Bundesratsinitiative zur Weiterentwicklung des SGB XI mit dem Ziel einer Finanzierung von Schulung und Begleitung Ehrenamtlicher in der Pflege.

Am 10. März 2006 hat das Land eine Initiative zur Änderung des Pflegeversicherungsgesetzes in den Bundesrat eingebracht, mit der ein Impuls für die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in der Pflege gegeben werden soll. Wesentliches Ziel ist die Verbesserung der Lebensqualität pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen. Sie sollen durch niedrighschwellige Hilfen ermutigt werden, Hilfen von außen anzunehmen, bei Bedarf auch professionelle Dienstleistungen.

Das Ministerium für Arbeit und Soziales spricht sich für ein jährliches Fördervolumen von anfangs 20 Mio. Euro aus, das schrittweise in fünf Jahren auf 40 Mio. Euro gesteigert werden soll. Dies entspricht in der letzten Ausbaustufe rd. 2,4 Promille des derzeitigen Ausgabenbudgets der Pflegeversicherung (2004 16,77 Mrd. Euro).

### **Anerkennungskultur**

Diesem Thema wird im Rahmen der Arbeit des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement große Aufmerksamkeit gewidmet. Vertreterinnen und Vertreter des Ministeriums für Arbeit und Soziales, der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste und der Netzwerke sind bei örtlichen Veranstaltungen der Landkreise und Kommunen anwesend und berichten über Aktivitäten in den Netzwerken.

Im Berichtszeitraum war die Förderung der Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements zu Gunsten von Familien ein besonderes Anliegen. Das Land würdigt dieses Engagement durch die Hervorhebung positiver Beispiele im Bericht über die Erfolge der Zukunftswerkstatt Familien (Punkt IV, 2005) und im Internetportal [www.familienfreundliche-kommune.de](http://www.familienfreundliche-kommune.de) (seit 2004).

Weiterhin findet im Ministerium Beachtung, dass nach §10 Abs. 2 Chancengleichheitsgesetz bei der Beurteilung der Eignung (bei Personalentscheidungen) die in der Familienarbeit und in ehrenamtlicher Tätigkeit erworbenen überfachlichen Kompetenzen einzubeziehen sind, soweit sie für die vorgesehene Tätigkeit von Bedeutung sind und in das Bewerbungsverfahren eingebracht werden. Bei der Umsetzung der gesetzlichen Bestimmung sieht das Ministerium weiterhin Handlungsbedarf.

Besonderer Wert wurde im Berichtszeitraum auch auf die Würdigung und Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements für Pflegebedürftige in Altenhilfeeinrichtungen gelegt durch Anerkennung und Auszeichnung beispielgebender und innovativer Bürgerinitiativen in der stationären Pflege. Ein

landesweiter Wettbewerb, an dem über 280 Projekte mit ca. 10.000 Menschen teilnahmen, fand seinen Abschluss mit der Auszeichnung von 45 Preisträgern im Juni 2004.

### Qualifizierung

Im Berichtszeitraum konnte das Thema Qualifizierung für bürgerschaftliches Engagement durch die Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste weiter konstruktiv vor allem durch die Bürgermentorenprogramme umgesetzt werden. Darüber hinaus wurden seitens des Ressorts spezifische Fortbildungsmaßnahmen zu folgenden Themen unterstützt:

- *Mentoring für Frauen in der Kommunalpolitik*

Mit Zuschuss des Ministeriums für Arbeit und Soziales hat die Landeszentrale für politische Bildung (LpB) Baden-Württemberg im Berichtszeitraum in zahlreichen Landkreisen und Städten (u. a. in Baden-Baden, Calw, Esslingen, Göppingen, Heidenheim, Rems-Murr-Kreis, Schwäbisch Hall) Mentoringkurse angeboten.

Ziel des Mentoring-Projektes war, dass erfahrene Kommunalpolitikerinnen das Mentoring von Nachwuchspolitikerinnen übernehmen. In individuellen Beziehungen berät die Mentorin die Mentee, leitet sie an und führt sie gegebenenfalls in für ihre Zielerreichung wichtige Netzwerke ein.

Die regionalen Informationsveranstaltungen hatten zum Ziel, dass sich potenzielle Mentorinnen und Mentees kennen lernen können und Mentoring-Beziehungen anbahnen.

Es wurde eine Handreichung „Mentoring für Frauen in der Kommunalpolitik“ herausgegeben. Die Broschüre ist als Anregung und Impuls für diejenigen gedacht, die sich sowohl im Bildungsbereich als auch in der Politik über Mentoring für eine Erhöhung des Frauenanteils einsetzen möchten.

- *Seminare „Standort-Standpunkt-Strategie für politisch Engagierte“*

Das Ministerium für Arbeit und Soziales bezuschusst die Seminare „Standort – Standpunkt – Strategie“ für Kreis-, Gemeinde- und Ortschaftsrätinnen, die einen Beitrag dazu leisten können, die vorhandene Sachkompetenz und Kreativität von neu gewählten Mandatsträgerinnen zu mobilisieren und ihre politische Arbeit vor Ort zu größtmöglicher Wirksamkeit zu führen. Dazu gehört die Schulung kommunikativer Fähigkeiten genau so wie die Bildung von Netzwerken.

- *Fortbildungsangebote für freiwillig Engagierte in Pflegeeinrichtungen*

Diese Fortbildungsangebote dienen der praktischen Unterstützung der freiwillig Engagierten in Pflegeeinrichtungen. Seit September 2004 haben über 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Angebot angenommen.

Die Fortbildung von Engagierten spielte des Weiteren im Rahmen des BELA – Projekts – eine wichtige Rolle, ebenso wie in der Landesförderung für Betreuungsgruppen für Demenzkranke, sowie für die Hospizgruppen.

Im November 2005 fand eine internationale Fachtagung statt, die sich dem Thema bürgerschaftliches Engagement in der Pflege widmete.

Auch eine empirische Analyse zu Art und Umfang des bürgerschaftlichen Engagements in der stationären Pflege im Jahre 2005, an der sich 259 Pflegeeinrichtungen beteiligt haben, stellte eine wichtige Grundlage für die konzeptionelle Weiterentwicklung der Fortbildung für freiwillig Engagierte in Pflegeeinrichtungen dar (siehe Punkt B.2.).

**Finanzmittel**

Finanzielle Förderung des Ehrenamts und bürgerschaftlichen Engagements im Bereich des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg

Zweckbestimmung	2001	2002	2003	2004	2005
	in EUR				
Hausaufgaben- Sprach- und Lernhilfe für ausländische Kinder und Aussiedlerkinder	3.900.000,00	4.125.000,00	4.125.000,00	4.020.800,00	Aufgabe wurde auf das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport übertragen
Förderung von Versehrtenleibesübungen	22.480,00	18.800,00	17.600,00	17.640,00	16.800,00
Landesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte (LAGH)	34.767,60	34.760,00	34.760,00	36.498,00	36.498,00
Landesverband der Lebenshilfe	40.903,20	40.920,00	40.920,00	42.966,00	42.966,00
Landesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte	18.406,40	18.400,00	18.400,00	19.320,00	19.320,00
Landesverband der Gehörlosen	23.110,00	23.120,00	23.120,00	24.276,00	24.276,00
Aktion Multiple Sklerose-Erkrankter (AMSEL)	18.406,40	18.400,00	18.400,00	19.320,00	19.327,00
Sachaufwand der zur Umsetzung des Betreuungsgesetzes erforderlichen Aus- und Fortbildung der Betreuungsbehörden und - vereine	25.565,00	25.600,00	25.600,00	25.600,00	24.500,00
Zuwendungen zur Förderung familienentlastender Dienste auf dem Gebiet der Behindertenhilfe	268.720,00	269.550,00	269.050,00	253.780,00	239.700,00
Förderung von Maßnahmen zur Entlastung pflegender Angehöriger und Unterstützung ehrenamtlicher Helfer und Kinderkrankenpflege (hier: Alzheimerbetreuungsgruppen)	300.000,00	384.000,00	384.000,00	514.000,00	563.000,00
Zuschüsse zu den Personal- und Sachkosten der anerkannten Betreuungsvereine	1.278.230,00	1.278.200,00	1.278.200,00	1.100.000,00	1.181.000,00
Förderung der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements	1.303.800,00	1.084.500,00	1.003.800,00	835.100,00	826.200,00
Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres	1.631.100,00	1.836.100,00	1.786.100,00	2.386.100,00	2.500.000,00
Förderung des Landesfamilienrates	37.836,00	40.880,00	40.880,00	42.924,00	42.924,00
Zuschüsse an den Deutschen Familienverband	2.040,00	2.040,00	2.040,00	2.520,00	2.520,00

## Baden-württembergische Wege der Engagementförderung

Zuschüsse an den Deutschen Kinderschutzbund	10.226,00	10.240,00	10.240,00	10.752,00	10.752,00
Zuschüsse an Mütterschulen	5.100,00	16.800,00	16.800,00	17.640,00	14.626,50
Zuschüsse an den Verband alleinstehender Mütter und Väter	21.208,00	21.200,00	21.200,00	22.260,00	22.260,00
Zuschüsse an den Landesverband der Tagesmütter	24.542,00	30.160,00	30.160,00	31.668,00	31.668,00
Zuschüsse an das Mütterforum Baden-Württemberg	38.346,50	30.680,00	30.680,00	32.340,00	32.340,00
Zuschüsse an den Landesfrauenrat	32.270,00	32.720,00	32.720,00	34.356,00	34.356,00
Zuschüsse für Maßnahmen im Bereich der Frauenförderung	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00	30.000,00
Pädagogische Betreuerinnen und Betreuer bei Jugend- erholungsmaßnahmen	Aufgabe wurde vom Ministerium für Kultus, Jugend und Sport übernommen				900.000,00
Förderung der AIDS-Hilfe-Vereine	470.900,00	496.500,00	496.500,00	450.200,00	450.200,00
Hilfsverein für Seelische Gesundheit in Baden-Württemberg e.V. und sonstige Vereinigungen zur Betreuung psychisch Kranker	214.231,00	214.200,00	214.200,00	199.900,00	199.900,00
Selbsthilfegruppen chronisch Kranker sowie deren Verbände	326.767,00	168.800,00	275.000,00	256.700,00	256.700,00
Arbeitskreise Leben und sonstige Vereinigungen zur Suizidprävention	260.759,00	260.800,00	260.800,00	243.400,00	243.400,00
Selbsthilfegruppen nach Krebs und Krebsverband Baden-Württemberg	122.710,00	103.800,00	103.800,00	103.800,00	103.800,00
Selbsthilfegruppen im Suchtbereich	281.200,00	281.200,00	281.200,00	253.100,00	253.100,00
Zuschüsse an Träger von Maßnahmen	198.600,00	198.600,00	198.600,00	192.600,00	192.600,00
<b>Gesamt</b>	10.942.224,10	11.095.970,00	11.069.770,00	11.219.560,00	8.314.726,50

### Hinweis:

Die jeweiligen Geschäftsstellen fördern und unterstützen bürgerschaftliche Aktivitäten auf lokaler Ebene. Angenommen wurden für die Jahre 2001 - 2005 40 v.H. der jeweiligen Haushaltsansätze. Ab dem Jahr 2004 werden 42% engagierte Bürgerinnen und Bürger zu Grunde gelegt. Diese beiden Prozentsätze entsprechen der Engagementquote in Baden-Württemberg nach den Freiwilligensurveys 1999 und 2004.

### 2.1.4 Wirtschaftsministerium

<b>Ansprechpartner/-in im Wirtschaftsministerium</b>	
<i>Generelle Zuständigkeit in Fragen der Förderung und Begleitung ehrenamtlichen Engagements</i>	
	Günther Schmid 0711/ 123-2140 Guenther.Schmid@wm.bwl.de
<i>Spezifische Zuständigkeiten in den Bereichen:</i>	
Kammerwesen	
Industrie- und Handelskammern	Dieter Mähler 0711/123-2477 Dieter.Maehler@wm.bwl.de
Handwerkskammern	Irmgard Otto 0711/123-2379 Irmgard.Otto@wm.bwl.de  Renate Nieslony 0711/123-2394 Renate.Nieslony@wm.bwl.de
Börsenwesen	Hans von Haeften 0711/123-2119 Hans.Haeften@wm.bwl.de
Wirtschaftsprüfungswesen	Irmgard Otto; s.o.
Schornsteinfegerwesen	Cornelia Redlinger 0711/123-2197 Cornelia.Redlinger@wm.bwl.de
Gründungsförderung	Prof. Peter Schäfer 0711/123-2237 Peter.Schaefer@wm.bwl.de
Kinderland Baden-Württemberg und Förderung familienfreundlicher Betriebsstrukturen	Edith Köchel 0711/123-2421 Edith.Koechel@wm.bwl.de
Entwicklungszusammenarbeit	Christoph Seitzer 0711/123-2120 Christoph.Seitzer@wm.bwl.de
Denkmalschutz (seit Juli 2006 im Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums; davor war der Denkmalschutz dem Innenministerium zugeordnet. Dort findet sich auch der entsprechende Bericht)	Dr. Sabine Leutheuß-Holz 0711/123-1915 Sabine.Leutheusser-Holz @wm.bwl.de

## **Schwerpunkte der Förderung bürgerschaftlichen Engagements**

Das Wirtschaftsministerium unterstützt und begleitet insbesondere sowohl das Engagement der in seinem fachlichen Verantwortungsfeld liegenden oben erwähnten Bereiche als auch die **Entwicklungszusammenarbeit**.

Im Berichtszeitraum 2004/ 2005/06 unterstützte und begleitete das Wirtschaftsministerium das ehrenamtliche Engagement in folgenden Bereichen:

Im Bereich des **Kammerwesens** richtete sich die Unterstützung vor allem auf die Arbeit von Präsidium, Vorstand, Vollversammlung, Rechnungsprüfungs-, Prüfungs- und Berufsbildungsausschüsse sowie die Reform des Haushalts- und Rechnungswesens der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern.

Hier verdient insbesondere das Ehrenamt in den Berufsbildungs- und Prüfungsausschüssen eine hohe Anerkennung. Die Zahl der Mitglieder in Prüfungs-, Berufsbildungs- und weiteren Ausschüssen sowie der Mitglieder in Vollversammlungen und Präsidien lag im Berichtszeitraum bei den Industrie- und Handelskammern bei mehr als 30.000 ehrenamtlich Tätigen.

Bezüglich der Förderaktivitäten ist weiterhin die Unterstützung und Begleitung der Einführung eines neuen Rechnungswesens bei Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern zu erwähnen. Dabei wurde die Kameralistik an in der Wirtschaft üblichen Buchungs- und Rechnungslegungssysteme angepasst, um Ehrenamtsträgern ihr Amt zu erleichtern.

Im Sektor **Börsenwesen** wurde den Gremien der Wertpapier- und Warenbörsen, Unterstützung zuteil.

Das **Schornsteinfegerwesen** wurde vor allem in seinen zahlreichen Verbänden, Gremien und Ausschüssen unterstützt.

Ehrenamtliche Tätigkeiten im **Wirtschaftsprüfungswesen** wurden gefördert im Rahmen des Berufsexamens in der Aufgaben-, Widerspruchs- und Prüfungskommission.

Im Berichtszeitraum 2004/ 2005/06 erfolgte wie zuvor eine Förderung des ehrenamtlichen Engagements in der **Entwicklungszusammenarbeit**, indem, wie in den Vorjahren die Aktivitäten der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ) und des Dachverbandes entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (DEAB) unterstützt wurden.



Darüber hinaus unterstützt das Wirtschaftsministerium (WM) die insgesamt 34 Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung im Land. Die Arbeitsgemeinschaften (Argen) sind regionale Zusammenschlüsse von Bildungsanbietern und werden von ehrenamtlichen Vorsitzenden geleitet. Die Argen werben in der Öffentlichkeit für berufliche Weiterbildung und schaffen Transparenz auf dem Weiterbildungsmarkt. Die Mitglieder der Argen veröffentlichen ihre Kurse gemeinsam in "Fit durch Fortbildung"-Broschüren und im Internetportal des WM: [www.fortbildung-bw.de](http://www.fortbildung-bw.de). Das Ministerium steht den Arbeitsgemeinschaften in ihren organisatorischen Aufgaben sowie bei der Durchführung von Veranstaltungen wie Berufsbildungstagen zur Seite.

Das Wirtschaftsministerium hat darüber hinaus im Berichtszeitraum zwei weitere Schwerpunkte gesetzt, bei denen ehrenamtlichem und bürgerschaftlichem Engagement eine wichtige Rolle zukommt. Zum einen gehören dazu die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Bereiche Erwerbsbeschäftigung, Familie und Beruf, Gesundheitsdienstleistungen und Pflege, zum anderen geht es um das Thema der Migration und Integration. Hierbei stellt sich die Frage, wie Personen mit Migrationshintergrund besser in den Arbeitsmarkt integriert werden können. In den beiden genannten Bereichen prüft das Wirtschaftsministerium, inwieweit eine komplementäre Einbindung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement zielführend sein kann.

Für beide Themenbereiche hat das Ressort Gesprächsforen institutionalisiert, die grundsätzlich auch Vertretern des Ehrenamtes offen stehen. Dies sind zum einen das Landesnetzwerk „Wirtschaft und Demografie“, in dem bereits der Landesessenorenrat, der Landesfrauenrat und der Landesjugendring vertreten sind, zum anderen das „Dialogforum Wirtschaft und Migranten“, das sich der wirtschaftlichen Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern annehmen soll.

In diesem Zusammenhang hat das Wirtschaftsministerium am 11.05.2006 den Fachkongress "Integration durch Ausbildung - Ausbildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten erhöhen" veranstaltet. Dabei wurde eine breite Öffentlichkeit, mitsamt ehrenamtlich Tätigen, über Möglichkeiten und Wege einer erfolgreichen Integration informiert.

Darüber hinaus wurden seitens des Wirtschaftsministeriums auch im Berichtszeitraum 2004/ 2005/06 - wie zuvor - folgende Initiativen weitergeführt:

- Mit seiner Initiative für Existenzgründungen und Unternehmensnachfolge ("ifex") pflegt das Wirtschaftsministerium regelmäßigen Kontakt zu zahlreichen ehrenamtlich arbeitenden Gruppierungen, die sich mit dem Thema Existenz-

gründung befassen. Die Zusammenarbeit umfasst Organisationen wie beispielsweise Gründerinnen- und Gründerstammtische, Unternehmervereinigungen, ehrenamtlich tätige Seniorinnen und Senioren oder Vereinigungen ausländischer Gewerbetreibender.

- Im Rahmen der Existenzgründungsförderung werden verschiedene ehrenamtlich arbeitende Gruppierungen unterstützt. So wurde etwa ein Gründerinnenzentrum in Wangen und ein Gründerinnencoaching in Reutlingen gefördert.
- Ifex stellt ehrenamtlich arbeitenden Organisationen regelmäßig kostenlose Messestände auf der zentralen Existenzgründungsmesse NewCome zur Verfügung. Im Jahr 2004 wurde zehn ehrenamtlichen Vereinigungen ein Stand zur Verfügung gestellt.
- Mit Unterstützung des Landes können ehrenamtlich arbeitende Organisationen zu sehr günstigen Konditionen die vom Land finanzierte Infrastruktur des zentralen Internetportals ([www.newcome.de](http://www.newcome.de)) zum Thema Existenzgründungen nutzen. Derzeit haben drei Vereinigungen ihren Internetauftritt unter [www.newcome.de](http://www.newcome.de) eingerichtet.
- Im Wirtschaftsministerium ist weiterhin die Geschäftsstelle des im Berufsbildungsgesetz vom 23. März 2005 verankerten Landesausschusses für Berufsbildung angesiedelt. Dessen Mitglieder beraten die Landesregierung von Baden-Württemberg ehrenamtlich.

Ohne das Ehrenamt könnte das Interesse von Industrie, Handel und Handwerk nicht wirksam vertreten werden und das Berufsausbildungs- und Prüfungswesen nicht funktionieren.

### **Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement**

#### **- Corporate Citizenship-**

Das Wirtschaftsministerium misst dem unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagement eine hohe Bedeutung zu. Dies kommt nicht zuletzt durch entsprechende Veranstaltungen zum Ausdruck. So war das Wirtschaftsministerium gemeinsam mit dem Sozialministerium und dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) Veranstalter einer Fachtagung zum Thema Corporate Citizenship mit dem Titel „Wenn alle gewinnen – wie Unternehmen Gesellschaft mitgestalten“, die Ende September 2004 in Stuttgart stattfand.

Gemeinsam mit der Caritas Baden-Württemberg hat das Wirtschaftsministerium am 27.11.2006 erstmalig den „Mittelstandspreis für soziale Verantwortung in Baden-Württemberg“, genannt Lea - Leistung, Engagement, Anerkennung - ausgelobt. Schirmherren des Preises, der in dieser Form bundesweit einmalig ist, sind der Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Dr. Gebhard Fürst, und Minister Ernst Pfister MdL. Mit dem Preis soll das freiwillige, über die eigene Geschäftstätigkeit hinausgehende bürgerschaftliche Engagement kleiner und mittlerer Unternehmen in Baden-Württemberg gewürdigt und ausgezeichnet werden. Gerade kleine und mittlere Unternehmen bilden einen wesentlichen Teil der Bürgergesellschaft auf lokaler und regionaler Ebene.

Angesprochen sind Projekte von Unternehmen, die gemeinsam mit einem sozialen Partner zur Lösung gesellschaftlicher und sozialer Problemstellungen beitragen. Die ausgeschriebenen Themenbereiche sind:

- Arbeit und Bildung,
- Integration,
- Familie und
- Kultur und Sport.

Preise werden in drei Größenklassen vergeben, um damit die Chancengleichheit unter den Bewerbern sicherzustellen: bis 20 Beschäftigte, 20-150 Beschäftigte und 150-500 Beschäftigte. Die Bewerbungsfrist für den Preis endete am 7. März 2007. Die Preisverleihung fand am 15. Mai 2007 in Stuttgart statt. Weitere Informationen zum Lea-Mittelstandspreis, der zukünftig jährlich vergeben werden soll, sind unter: [www.mittelstandspreis-bw.de](http://www.mittelstandspreis-bw.de) zu finden.

Der Lea-Mittelstandspreis erhielt bereits eine erste Auszeichnung: Das Institut für Social Marketing (Stuttgart), das den Preis organisatorisch begleitet, wurde von der Standort-Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ als einer von „365 Orten im Land der Ideen“ ausgewählt. Diese Initiative steht unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Horst Köhler.

Seit 1992 führt das Wirtschaftsministerium den Landeswettbewerb „Gleiche Chancen für Frauen und Männer im Betrieb“ durch. In zweijährigem Turnus werden Unternehmen ausgezeichnet, die sich vorbildlich für die Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Arbeitswelt sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einsetzen und durch ihr Vorbild andere Unternehmen zur Nachahmung anregen. Am Landeswettbewerb können Unternehmen in der Regel ab zehn Beschäftigte teilnehmen, wenn sie ihren Sitz in Baden-

Württemberg haben und in den Wirtschaftsbereichen Dienstleistung, Freie Berufe, Handel, Handwerk oder Industrie tätig sind. Die Aktivitäten der Preisträger-Unternehmen werden dokumentiert und dienen anderen interessierten Betrieben als Informationsquelle. Für den Landeswettbewerb 2006 haben sich 38 Betriebe beworben.

Aus den Reihen der Preisträger, auch aus den vergangenen Jahren, konnten immer wieder Vertreterinnen und Vertreter von Beispielbetrieben gewonnen werden, die Vorträge zum Thema Chancengleichheit gehalten und die Bedeutung und Wichtigkeit des Themas anderen Betrieben nahe gebracht haben.

In Ergänzung des Wettbewerbs hat das Wirtschaftsministerium den Leitfaden für Unternehmen „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ herausgegeben. Die Broschüre informiert über die notwendigen Rahmenbedingungen für eine betrieblich unterstützte Kinderbetreuung und gibt dazu Anregungen und praktische Hinweise.

Eine wichtige Aufgabe sieht das Ministerium darin, die Informationen über die best-practice-Beispiele weiter zu verbreiten und die Vorteile von Corporate Citizenship für noch nicht engagierte Unternehmen zu kommunizieren. Diesbezüglich ist das Wirtschaftsministerium auch an vielfältigen Veranstaltungen beteiligt, die sich an Betriebe wendet und diese für das Thema Chancengleichheit sensibilisieren wollen.

### **Qualifizierung**

Zur Qualifizierung von freiwillig Engagierten wird vor allem auf die regionalen Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung verwiesen, die seitens des Ministeriums Unterstützung bei ihren organisatorischen Aufgaben und der Durchführung von Berufsbildungstagen und sonstigen Veranstaltungen erfahren.

Das Wirtschaftsministerium führt einmal jährlich eine Fortbildungsveranstaltung für die **ehrenamtlichen Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften** für berufliche Fortbildung durch. Das WM stellt den Vorsitzenden im Rahmen der Betreuung und über das Internetportal des WM [www.fortbildung-bw.de](http://www.fortbildung-bw.de) außerdem laufend Informationen und Anregungen für ihre Arbeit zur Verfügung.

Des Weiteren unterstützen die Leiterinnen und Leiter der Regionalbüros der Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung, die hauptamtlich tätig sind, die Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung. Die Regionalbüros wurden vom

Wirtschaftsministerium im Berichtszeitraum 2004/ 2005/06 aus Mitteln der Zukunftsoffensive „Junge Generation“ gefördert.

Ferner bietet das Wirtschaftsministerium über das Referat „Frau, Wirtschaft, Technik“ die berufsbegleitende Qualifizierung zum Netzwerkmanagement an. Zielgruppe sind Frauen, die entweder hauptberuflich oder auch bevorzugt ehrenamtlich Netzwerke managen oder in einem Netzwerk, Verein oder Arbeitskreis aktiv sind. Ziel der Qualifizierung ist es, Kompetenzen und Wissen für ein erfolgreiches Management von Netzwerken zu vermitteln.

Das Qualifizierungsangebot wurde im Jahr 2005 bereits mit 19 Teilnehmerinnen erprobt. Am 31. März 2006 startete der Kurs zum zweiten Mal mit 16 Teilnehmerinnen.

Mit zwei Projekten zur frühzeitigen Förderung berufsrelevanten Qualifikationen von Mädchen („Löwinnenprojekte“) erarbeitet das Wirtschaftsministerium innovative Ausbildungskonzepte für Schulen, Jugendtreffs und ähnlichen Institutionen, die in erster Linie durch die **ehrenamtlichen Helfer** umgesetzt werden können. Mit diesen Lernangeboten sollen den Mädchen in Hinblick auf ihre spätere Berufsauswahl im Vergleich zu Jungen die gleichen Chancen eröffnet werden, in dem ihnen Kompetenz im Umgang mit Computern vermittelt wird oder Scheu vor Technik genommen werden soll. Ein wesentliches Ergebnis beider Projekte wird ein Leitfaden sein, in dem das didaktische Konzept, der Aufbau sowie der gesamte Ablauf der Kurse dargestellt wird, so dass diese zukünftig auch von Ehrenamtlichen selbstständig durchgeführt werden können. Dieser Leitfaden für Ehrenamtliche wird über die Elternbeiräte der Grundschulen im Laufe des Jahres 2006 verbreitet. Bei Bedarf wird hierzu zusätzlich eine spezielle Qualifizierung für interessierte ehrenamtlich Engagierte organisiert.

### **Anerkennungskultur**

Das Wirtschaftsministerium hat im Berichtszeitraum 2004/ 2005/06 die Vergabe von Medaillen des Landes und des Bundes für die ehrenamtliche Tätigkeit in den Kammern und zugehörigen Ausschüssen nachdrücklich begrüßt und gefördert. Es trägt zusätzlich Sorge dafür, dass solche Ehrungen in feierlichem Rahmen und nach Möglichkeit durch den Minister persönlich erfolgen. Gegenwärtig wird geprüft wie besondere Leistungen im Bereich Corporate Citizenship öffentlich gewürdigt werden können.

## **Finanzmittel**

Auch im Berichtszeitraum 2004/ 2005/06 unterstützte das Wirtschaftsministerium das Ehrenamt und das bürgerschaftliche Engagement im Rahmen der Existenzgründungsförderung und im Bereich der beruflichen Bildung die regionalen Arbeitsgemeinschaften für berufliche Fortbildung (Organisation, Veranstaltungskalender, Berufsbildungstagen). Ebenfalls kamen Mitglieder des Landesausschusses für Berufsbildung in den Genuss der Auslagenerstattung. Die finanzielle Gesamtförderung belief sich somit in den Jahren 2004 und 2005 auf 473.000 Euro bzw. 461.500 Euro.

### 2.1.5 Innenministerium

<b>Ansprechpartner/-in im Innenministerium</b>	
<i>Generelle Zuständigkeit in Fragen der Förderung und Begleitung ehrenamtlichen Engagements</i>	
	Richard Buchhalter 0711/231-3222 Richard.Buchhalter@im.bwl.de  Sigrid Rahn 0711/231-3226 Sigrid.Rahn@im.bwl.de
<i>Spezifische Förderaktivitäten des Ministeriums in den Bereichen:</i>	
Kommunales Ehrenamt	Richard Buchhalter 0711/231-3222 Richard.Buchhalter@im.bwl.de  Sigrid Rahn 0711/231-3226 Sigrid.Rahn@im.bwl.de
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Projektbüro Kommunale Kriminalprävention</li> <li>- Identifizierung gemeinsamer Handlungsfelder für neue Konzepte</li> <li>- Anregung übergreifender Präventionsaktivitäten auf Landesebene unter Einbindung der betroffenen Ressorts</li> <li>- Begleitung und Bewertung von Präventionsaktivitäten</li> <li>- Vernetzung bestehender Gremien- und Kommunikationsstrukturen</li> <li>- Führen aktueller Übersichten über laufende und geplante Projekte/Konzepte</li> <li>- Fördermöglichkeiten</li> <li>- themenbezogene Veranstaltungen</li> </ul>	<p>Thomas Krebs 0711/231-5550 Thomas.Krebs@im.bwl.de</p>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Freiwilliger Polizeidienst (FPD)</li> <li>- Unterstützung der Polizei durch den FPD bei klassischen Vollzugsaufgaben und Projekten der Kommunalen Kriminalprävention</li> <li>- Koordination und Evaluation von Konzeptionen des FPD</li> <li>- Begleitung neuer Einsatzformen/ Offensiven für das Ehrenamt „Freiwilliger Polizeidienst“</li> <li>- Führen aktueller Übersichten über <ul style="list-style-type: none"> <li>o Stärke</li> <li>o Aufrufstunden und Einsatzbereiche</li> </ul> </li> <li>- Durchführung von Werbemaßnahmen, Aus- und Fortbildung sowie von Konzeptionen und Projekten</li> </ul>	<p>Martin Feigl 0711/231-3922 Martin.Feigl@im.bwl.de</p>
Forum GIB ACHT IM VERKEHR	Karl Binder 0711/231-3943 Karl.Binder@im.bwl.de

Feuerwehr und Ehrenamt (Katastrophenschutz) Aufbau von Jugendfeuerwehren Entwicklung von Förderkonzepten der Jugendarbeit	Gerhard Hildinger 0711/231-3528 Gerhard.Hildinger@im.bwl.de
Jugendleiterlehrgänge Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz	Judith.Kummer-Faulian 0711/231-3514 Judith.Kummer-Faulian@im.bwl.de
Projekt „bürgerschaftliches Engagement: Ehrenamtliche Integrationsbegleitung für bleibeberechtigte Ausländer/-innen und für Spätaussiedler/-innen“	Katharina Höllich 0711/231-3431 Katharina.hoellich@im.bwl.de
Förderung der Landesverkehrswacht	Wolfgang Ansel 0711/231-5770 Wolfgang.Ansel@im.bwl.de
Denkmalpflege	Dr. Sabine Leutheußner-Holz 0711/123-1915 Sabine.Leutheusser-Holz@wm.bwl.de

### **Schwerpunkte der Förderung bürgerschaftlichen Engagements**

Im Innenministerium liegen die Förderungsschwerpunkte bei der Kommunalen Kriminalprävention (KKP), bei der Verkehrsprävention und der Verkehrssicherheit, der Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements im Zivil-, Brand- und Katastrophenschutz (Bevölkerungsschutz), der Integration von bleibeberechtigten Ausländerinnen und Ausländern, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern, sowie in der Förderung des kommunalen Ehrenamtes, hier insbesondere der Arbeit der Gemeinde- und Kreisrätinnen und -räte. Darüber hinaus lag die Denkmalpflege von 2004 bis 2006 in der Zuständigkeit des Innenministeriums.

Die ehrenamtliche Betätigung auf kommunaler Ebene bildet eine wesentliche Säule der von der Verfassung garantierten Selbstverwaltung der Kommunen. Dies gilt vor allem für die ehrenamtliche Mitwirkung in den Hauptorganen der Gemeinden und Landkreise. Nach dem Stand der letzten Kommunalwahl von 2004 gibt es in Baden-Württemberg 19.353 ehrenamtliche Gemeinderäte, 13.214 Ortschaftsräte, 2.283 Kreisräte und 93 Regionalräte, die sich für ihr jeweiliges Gemeinwesen engagieren. Das Innenministerium sichert über das Kommunalverfassungsrecht die Rahmenbedingungen für die Selbstverwaltung der Gemeinden und Landkreise.



### *Kommunale Kriminalprävention*

Seit ihrer Einführung im Jahr 1997 hat sich die Kommunale Kriminalprävention zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Inzwischen wurden in rund 300 Städten, Gemeinden und Landkreisen annähernd 600 vernetzte Präventionsprojekte unter Einbindung nahezu aller gesellschaftlicher Kräfte wie Polizei, Justiz-, Jugend- und Sozialeinrichtungen, Vereinen, Verbänden, Bürgerinnen und Bürgern initiiert, um Probleme vor Ort aufzugreifen und anzugehen. Der Schwerpunkt liegt dabei vorrangig auf Präventionsprojekten im Kinder- und Jugendbereich.

### *Projektbüro Kommunale Kriminalprävention*

Das Projektbüro Kommunale Kriminalprävention dient als Koordinierungs- und Lenkungsorgan, um die vielfältigen Aktivitäten zur Verhütung von Straftaten zu bündeln und eine permanente ressortübergreifende Gestaltung kriminalpräventiver Konzepte auf Landesebene bereits in der Ideenfindungs- und Planungsphase zu gewährleisten. Hier wurde insbesondere die Zusammenarbeit mit den kommunalen Landesverbänden, aber auch mit weiteren Landesministerien wie dem Kultus-, Sozial- und Justizministerium intensiviert. Ziel des interministeriell arbeitenden Projektbüros Kommunale Kriminalprävention ist, auf der Regierungs- und Landesebene die Präventionsarbeit noch stärker zu vernetzen.

Das Projektbüro bietet unter [www.praevention-bw.de](http://www.praevention-bw.de) einen informativen Internet-Auftritt sowie eingebunden in den Auftritt eine „best-practice-Datenbank“ ([www.praevis.de](http://www.praevis.de)).

Im Blick auf künftige Aktivitäten werden, neben Projekten im Kinder- und Jugendbereich, insbesondere die Intensivierung der fachübergreifenden Zusammenarbeit und Implementierung eines stärker an kriminalpräventiven Aspekten ausgerichteten Städtebaus, sowie die Zusammenarbeit mit Moscheevereinen und solchen der Integration, zusätzliche Schwerpunkte in der Kommunalen Kriminalprävention darstellen.

Darüber hinaus soll eine stärkere Verzahnung der Kriminal- und Verkehrsprävention u. a. durch gemeinsame Projekte, gegenseitige Information und Verknüpfung der Verkehrsraumgestaltung mit Aspekten der städtebaulichen Kriminalprävention erfolgen.

Beim Projektbüro Kommunale Kriminalprävention erfolgt zusätzlich eine Neuausrichtung des Dienstleistungs- und Serviceangebots, um nach der Verwaltungsreform und Übergabe der Federführung in der Kommunalen Kriminalprävention an die unteren Verwaltungsbehörden, eine zentrale

Beratungsfunktion zu übernehmen und den Know-how-Transfer sicherzustellen. Dazu gehören umfangreiche Informationen, u. a. zu neuen Entwicklungen und Evaluationen im Bereich der KKP und die Erschließung von Fördermitteln.

Für die Verantwortlichen der Koordinierungsstellen Kommunale Kriminalprävention bei den Landratsämtern, Großen Kreisstädten und Stadtkreisen fand im November 2006 eine zentrale Veranstaltung zur Kommunalen Kriminalprävention statt.

Präventionsprojekte im Kinder und Jugendbereich sollen auch in Zukunft einen Schwerpunkt Kommunalen Kriminalprävention darstellen. Die Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH hat dem Innenministerium für die Jahre 2007 und 2008 eine Million Euro zur gezielten Förderung kriminalpräventiver Projekte zur Verfügung gestellt. Gefördert werden brennpunkt- und problemorientierte Projekte der Sucht-, Gewalt- und Verkehrsunfallprävention sowie der Gewaltprävention bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund.

Bezüglich der Prävention von Kriminalität zum Nachteil von Senioren, Gewalt in der Pflege und Gewaltprävention bei Zuwanderern wurden Projektgruppen eingesetzt, um Handlungsbedarf und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

### *Freiwilliger Polizeidienst*

Der Freiwillige Polizeidienst ist ein wichtiges Bindeglied zwischen der Polizei und den Bürgerinnen und Bürgern. Personen aus verschiedenen Alters- und Berufsgruppen unterstützen die Polizei ehrenamtlich in ihrer Arbeit und bringen durch ihre Zugehörigkeit zum Freiwilligen Polizeidienst ihre persönlichen Fähigkeiten und vorhandenes Know-how in die Polizeiarbeit ein. Sowohl in den klassischen Polizeiaufgaben als auch in der Prävention sind die Polizeifreiwilligen tätig. Bürgerinnen und Bürger, die sich als Polizeifreiwillige zur Verfügung stellen, sind ideale Kontaktpersonen für konkrete Präventionsmaßnahmen vor Ort. Bürger mit sozialpädagogischer Vorbildung und Lehrer betreuen als Polizeifreiwillige in Schwerpunktprojekten Jugendliche und Problemgruppen sowohl in Jugendräumen und -häusern als auch an szenentypischen Treffpunkten. Die Hausaufgabenhilfe bei jugendlichen Spätaussiedlern, die Durchführung von Aufklärungsveranstaltungen zu Modedrinks, die Begleitung von Sportveranstaltungen, das Anbieten und die Durchführung eines Begleitservices für ältere Mitbürger, die Unterstützung beim Betrieb eines Jugendspielplatzes oder die Vermittlung von handwerklichen Fähigkeiten durch Handwerksmeister sind Beispiele für Präventionsaktivitäten und Projekte, bei denen Polizeifreiwillige engagiert mitgearbeitet haben.

Im Berichtszeitraum 2004/ 2005/06 wurden zusätzlich die Werbemaßnahmen von einer Vielzahl von einstellenden Polizeidienststellen (Polizeidirektionen/ Polizeipräsidien) verstärkt. Allein im Jahr 2006 ist beabsichtigt, weitere 86 Polizeifreiwillige einzustellen.

### *Schwerpunkt Verkehrssicherheit*

Mit besonderer Berücksichtigung der Perspektive auf ein „Kinderland Baden-Württemberg“ und die demografische Entwicklung wurden im Berichtszeitraum zusätzliche Handlungsimpulse gesetzt, die konzeptionell auch im Zusammenhang mit Projekten der Kommunalen Kriminalprävention weitergedacht werden.

Im Bereich der Verkehrsprävention und Verkehrssicherheit lagen im Berichtszeitraum die Schwerpunkte der Förderung bürgerschaftlichen Engagements bei folgenden Themenfeldern:

- Verkehrssicherheit
- Landesweite Verkehrssicherheitsaktion GIB ACHT IM VERKEHR: Die Aktion GIB ACHT IM VERKEHR, die bereits seit 1992 existiert, ist über die 'Arbeitskreise Verkehrssicherheit' in nahezu allen Landkreisen verankert. Diese breite gesellschaftliche Basis ist Garant für eine erfolgreiche Umsetzung einer vernetzten Verkehrspräventionsstrategie, die für die breite Öffentlichkeit in besonderem Maße an den jährlichen Landes-Tagen für Verkehrssicherheit wahrnehmbar wird. Zum Thema Verkehrssicherheit bietet das Internetportal [www.gib-acht-im-verkehr.de](http://www.gib-acht-im-verkehr.de) weitere wichtige Informationen
- Rahmengestaltung durch das Forum Verkehrsprävention, konzeptionelle Ausgestaltung durch ziel- und themenbezogene Arbeitsgemeinschaften, materielle Unterstützung durch Medien und Exponate

Auch künftig legt das Innenministerium sein Augenmerk auf:

- Schwerpunktsetzungen gezielt in den Bereichen Kinder/ Sicherer Schulweg, Junge Fahrer, Senioren und Gewerblicher Personen- und Güterverkehr
- Maßnahmen zur Förderung des Ehrenamts und bürgerschaftlichen Engagements durch den nachgeordneten Bereich insbesondere im Zusammenhang mit dem Einsatz von Schulwegdiensten
- Bildung von Arbeitskreisen Verkehrssicherheit in den Stadt- und Landkreisen unter Einbeziehung von Vereinen und Institutionen der Verkehrssicherheitsarbeit (überwiegend ehrenamtliche Bürger)

Darüber hinaus erkennt das Innenministerium in der Förderung der Landesverkehrswacht sowie für den Bau bzw. die Anschaffung von Jugendverkehrsschulen eine wichtige Maßnahme, die der Sicherheit im Straßenverkehr dient.

### *Schwerpunkt Freiwillige Feuerwehr*

Nach wie vor einen Schwerpunkt im Berichtszeitraum stellte des Weiteren die Bildung von Jugendabteilungen bei den Freiwilligen Feuerwehren als Maßnahme der Nachwuchsförderung dar. Derzeit gibt es in rund 980 von 1.108 Gemeinden eine Jugendfeuerwehr. Für die restlichen Gemeinden ist u. a. mit Fördermitteln der Landesstiftung nach einer entsprechenden Initiative des Innenministeriums der Aufbau von Jugendfeuerwehren vorgesehen. Im Rahmen der Nachwuchsarbeit der Freiwilligen Feuerwehren werden bei der Jugendfeuerwehr verstärkt Methoden der modernen Jugendarbeit angewandt. Inzwischen haben sich die Jugendfeuerwehren auch für Frauen geöffnet. So liegt die Quote der Mädchen bei den Jugendfeuerwehren am Jahresende 2005 bei 13 Prozent. Die Betreuerinnen und Betreuer der Jugendfeuerwehren werden wie die Angehörigen anderer Jugendverbände in **Jugendleiterlehrgängen** geschult. Das freiwillige Engagement für die Jugendlichen wird durch die Veranstaltung von Wettkämpfen und eine abwechslungsreiche Freizeitgestaltung attraktiver gemacht.

### *Zivil-, Brand- und Katastrophenschutz (Bevölkerungsschutz)*

Mit Aktivitäten zur Erhaltung und Förderung der Attraktivität ehrenamtlicher Tätigkeit in den Feuerwehren, Hilfsorganisationen und THW (Zivil-, Brand- und Katastrophenschutz -Bevölkerungsschutz-) befasst sich eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe „AG Ehrenamt“. Die von der AG zu entwickelnden Strategien und Lösungsvorschläge werden dem Arbeitskreis V „Feuerwehrangelegenheiten, Rettungswesen, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung“ der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) als Bericht in Verbindung mit einer Beschlussempfehlung vorgelegt.

Zur Sicherstellung der seelsorgerlichen Betreuung bei Katastrophen, aber auch bei Ereignissen unterhalb der Katastrophenschwelle sowie bei Großschadenslagen hat das Innenministerium mit den evangelischen Kirchen und den katholischen Diözesen in Baden-Württemberg eine Vereinbarung zur Leistung von Notfallseelsorge getroffen. Die Notfallseelsorge leistet unmittelbar nach einem Unglück seelsorgerlichen Beistand und Betreuung für Opfer und deren Angehörige, anderweitig Betroffene, für Ersthelferinnen und -helfer und bei

Bedarf auch für Einsatzkräfte. Sie ist ein verlässliches Angebot mit ausgebildeten hauptberuflichen Seelsorgerinnen und Seelsorgern und dafür qualifizierten Ehrenamtlichen, die sich an der Struktur der Stadt- und Landkreise als untere Katastrophenschutzbehörden ausrichtet.

Das Land gewährt Zuwendungen zur institutionellen Förderung und zur Projektförderung der Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel. Für diesen Zweck werden im Staatshaushaltsplan 2004 voraussichtlich rund 900.000 Euro veranschlagt.

Schließlich richtet das Ministerium in der Regel im zweijährigen Rhythmus einen Wettbewerb zur Würdigung kommunaler Bürgeraktionen aus (s. u.).

### *Denkmalpflege*

- Die Abteilung weist auf die Denkmalfachreferate in den vier Regierungspräsidien sowie auf das Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart hin. In enger Zusammenarbeit mit den hauptamtlichen Mitarbeitern dieser Behörden sind rund 250 ehrenamtlich Beauftragte ganz überwiegend im Bereich der **Archäologischen Denkmalpflege** tätig. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pflegen Kontakte zu Bürgerinnen und Bürgern, informieren diese über laufende Arbeiten, halten Vorträge und motivieren zur Mitarbeit bei Ausgrabungen, Ausstellungen und der Erstellung von Dokumentationen. Einige Ehrenamtliche haben auch 2004/ 2005/06 wieder selbständig im Auftrag der archäologischen Denkmalpflege Prospektionen und kleinere Rettungsgrabungen durchgeführt. Alle ehrenamtlich Beauftragte werden regelmäßig fortgebildet. Unter ihnen sind alle Altersstufen und Gesellschaftsschichten vertreten (vgl. dazu Walter Joachim, Die praktischen Erfahrungen eines ehrenamtlichen Mitarbeiters in der Archäologischen Denkmalpflege Baden-Württembergs, in: Archäologisches Nachrichtenblatt 7(2002) 2, S. 151-155).
- Ein zunächst auf vier Jahre begrenztes Projekt (Ende Frühjahr 2005) ehrenamtlicher Tätigkeit in enger Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege ist die **Erfassung von Kleindenkmalen in Baden-Württemberg**. Die Maßnahme wurde vom Schwäbischen Albverein, dem Schwäbischen Heimatbund und dem Schwarzwaldverein zusammen mit dem Landesdenkmalamt als Leit- und Koordinierungsstelle ins Leben gerufen. Das Projekt wird seit Februar 2006 für weitere vier Jahre fortgeführt über den Schwäbischen Heimatbund in Kooperation mit dem Landesamt für

Denkmalpflege. Es geht darum, Kleindenkmale in sieben Landkreisen unter Anleitung einer Mitarbeiterin der Denkmalpflege modellhaft systematisch zu dokumentieren (vgl. Martina Blaschka, Vielzahl und Vielfalt. Projekt zur Erfassung der Kleindenkmale in Baden-Württemberg 2001-2005, in: Denkmalpflege in Baden-Württemberg. Nachrichtenblatt der Landesdenkmalpflege (2006) 1, S.2-9).

- Die hauptamtlichen Mitarbeiter der **Bau- und Kunstdenkmalpflege** unterstützen zahlreiche Bürgerinitiativen und Fördervereine, die sich konstituieren, um bedrohte Kulturdenkmale vor dem Abbruch zu bewahren und einer neuen Nutzung zuzuführen.

*Neuer Schwerpunkt:*

*Projekt „Bürgerschaftliches Engagement: Ehrenamtliche Integrationsbegleitung für bleibeberechtigte Ausländer/innen und für Spätaussiedler/innen“*

Das Innenministerium Baden-Württemberg erprobt in einem mit Mitteln der Landesstiftung Baden-Württemberg finanzierten Projekt, wie sich Hilfen zur Selbsthilfe systematisch erschließen und nachhaltig umsetzen lassen.

Das Projekt „Bürgerschaftliches Engagement: Ehrenamtliche Integrationsbegleitung für bleibeberechtigte Ausländer/innen und für Spätaussiedler/innen“ läuft seit dem Jahr 2006 in einem dreijährigen Modellversuch an verschiedenen Standorten in allen Teilen des Landes Baden-Württemberg. An insgesamt 20 Projektstandorten wird systematisch erprobt, wie durch bürgerschaftliches Engagement der Integrationsprozess von bleibeberechtigten Ausländerinnen und Aussiedlern sowie von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern unterstützt und den zu begleitenden Personen der Weg in die Unabhängigkeit geebnet werden kann.

Am Projekt nehmen einheimische ebenso wie zugezogene und bereits integrierte Personen teil, die sich bürgerschaftlich betätigen wollen. Sie stehen den zu begleitenden Personen als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung, helfen bei der Alltagsbewältigung (z.B. Begleitung bei Behördengängen, Kindergarten-, Schul- und Arztbesuchen, Arbeitssuche, Wohnungssuche) oder bringen sich in Selbsthilfeinitiativen, Patenschaften, interkulturelle Stadtteilaktivitäten oder in einem Integrationsbüro in die Integrationsarbeit ein und ergänzen insoweit die Angebote der hauptamtlichen Migrationsberatung.

Die ehrenamtlichen Integrationsbegleiterinnen und -begleiter wirken in lokalen Netzwerken mit Gemeinden, Ausländerbehörden, Eingliederungsbehörden und anderen am Integrationsgeschehen beteiligten örtlichen Behörden oder Regeldiensten, insbesondere aber auch mit Anbietern von Integrationskursen, hauptamtlichen Fachkräften der Migrationsberatung für Jugendliche und Erwachsene sowie mit ehrenamtlich tätigen Personen in anderen Projekten oder Diensten zusammen.

Für das Projekt stehen verteilt über die dreijährige Laufzeit 850.000 € Fördermittel zur Verfügung.

### **Gesetzliche Neuregelungen und Vorhaben**

Bei der Denkmalpflege kam es zudem zu einer Überarbeitung der VwV Beauftragte für Denkmalpflege, einer Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die ehrenamtlichen Beauftragten für Denkmalpflege vom 8. August 2005, GABl. vom 28.9.2005, S. 700.

### **Kooperationen**

Über das Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) ([www.polizei-beratung.de](http://www.polizei-beratung.de)) sowie das Deutsche Forum für Kriminalprävention (DFK) ([www.kriminalpraevention.de](http://www.kriminalpraevention.de)) besteht eine intensive Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern. In diesen bundesweiten Foren kommt es zu einem wichtigen Erfahrungsaustausch über laufende und geplante Projekte.

Eine europaweite Plattform für Austauschmöglichkeiten besteht über das Europäische Netzwerk für Kriminalprävention ([http://europa.eu.int/comm/justice\\_home/news/cpnet/en/index.htm](http://europa.eu.int/comm/justice_home/news/cpnet/en/index.htm)). In einem informationsreichen Internetauftritt dieses europäischen Netzwerkes lassen sich örtliche Projekte verfolgen, die in europäischen Ländern durchgeführt werden.

Zudem haben sich in den Stadt- und Landkreisen im Berichtszeitraum weitere Arbeitskreise Verkehrssicherheit oder ähnliche Netzwerke gebildet bzw. sind in Vorbereitung.

Für die Kommunen sind die ehrenamtlichen Beauftragten der Archäologischen Denkmalpflege wichtige Ansprechpartner, die ortsansässig und damit direkt erreichbar sind. Zudem existieren Kooperationen von Seniorenbüros mit der Archäologischen Denkmalpflege.

Die Landratsämter bzw. Stadtverwaltungen übernahmen beim Projekt „Erfassung von Kleindenkmalen“ die Schirmherrschaft. Das Projekt trug zur Sensibilisierung gegenüber dieser Denkmalgattung bei. Das drückte sich bei gemeinsamen Presseterminen der Projektbeteiligten mit Landräten, Oberbürgermeistern und Bürgermeistern aus.

Ebenso besteht im Rahmen des Projekts der Integration von bleibeberechtigten Ausländer/innen und von Spätaussiedler/innen Kontakt mit Kommunen und Landkreisen beim Aufbau förderlicher Infrastrukturen.

### **Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement**

#### **- Corporate Citizenship-**

Weiterhin wird seitens des Innenministeriums mit einer gewissen Sorge die zunehmende Zurückhaltung von Arbeitgebern beobachtet, Feuerwehrangehörige für Einsätze freizustellen.

Im Berichtszeitraum wurde die Beschaffung mobiler oder der Bau stationärer Jugendverkehrsschulen (Träger in der Regel Verkehrswachten) durch Unternehmen maßgeblich unterstützt.

Was die Archäologische Denkmalpflege betrifft, wurde im November 2004 der von der Wüstenrot Stiftung Ludwigsburg gestiftete Archäologie-Preis Baden-Württemberg verliehen. Die Veranstaltung wird vom Landesamt für Denkmalpflege organisiert. Die Preisverleihung erfolgt im 2-Jahres-Rhythmus.

Im November 2005 erfolgte die Verleihung des Denkmalschutzpreises 2005. Diese landesweit bedeutendste Ehrung für private Denkmaleigentümer wird jährlich vorgenommen - gemeinsam mit dem Schwäbischen Heimatbund, dem Landesverein Badische Heimat und der Denkmalstiftung Baden-Württemberg. Das Preisgeld stiftete 2005 die L-Bank.

Das Innenministerium geht davon aus, dass diese kooperativen Partnerschaften mit der Wirtschaft durch entsprechenden politischen Rückhalt und öffentlichkeitswirksamer Darstellung des Engagements, nachhaltig gestärkt werden können.

### **Qualifizierung**

Das Innenministerium misst der Qualifizierung des ehrenamtlichen Engagements in den dargestellten Engagementfeldern große Bedeutung bei.



So werden im Bereich der kommunalen Kriminalitätsprävention im Einzelfall Fortbildungsmaßnahmen und Seminare von der Akademie der Polizei angeboten.

Im Bereich der Feuerwehr finden sowohl auf der örtlichen Ebene regelmäßige Fortbildungen statt als auch überörtlich organisierte Lehrgänge der Landesfeuerwehrschule. Der Landesfeuerwehrverband wird zur Wahrnehmung seiner Aufgaben u. a. auf dem Gebiet des Feuerwehrwesens und des Umweltschutzes sowie als Interessenvertretung der Feuerwehren mit Zuwendungen unterstützt.

Die Fortbildungen im Bereich des kommunalen Ehrenamtes werden überwiegend durch die kommunalen Landesverbände und die Parteien durchgeführt.

Weiterhin spielt die laufende Fortbildung der Angehörigen der Verkehrserziehung bei den Kreisdienststellen der Polizei im Rahmen von zielgruppenbezogenen Seminaren und Workshops eine wichtige Rolle, da sie die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Verkehrssicherheitsarbeit und Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen darstellt.

Auch Polizeifreiwillige werden jährlich weitergebildet und für ihre Aufgaben qualifiziert. Die fachspezifische Regelfortbildung umfasst dabei mindestens 18 Stunden. Darüber hinaus erfolgen anlass- oder projektbezogene Fortbildungsmaßnahmen.

Zur Qualifizierung und Fortbildung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Archäologischen Denkmalpflege und zur Einbindung in den aktuellen Aufgaben- und Kenntnisstand der Landesdenkmalpflege werden von den hauptamtlichen Mitarbeitern jährlich Fortbildungsveranstaltungen für die ehrenamtlich Tätigen durchgeführt. Dabei werden theoretische Kenntnisse und praktische Fertigkeiten wie neue Untersuchungsmethoden, die sachgerechte Durchführung von Grabungen, Bergung und Dokumentation von Funden vermittelt.

Im Rahmen des Projekts „Ehrenamtliche Integrationsbegleitung für bleibeberechtigte Ausländer/innen und für Spätaussiedler/innen“ werden Qualifizierungsmaßnahmen für ehrenamtliche Integrationsbegleiterinnen und -begleiter gefördert. Außerdem werden Aufwandsentschädigungen oder sonstige Anerkennungen an ehrenamtliche Integrationsbegleiterinnen und -begleiter bis zu einer Höchstgrenze von insgesamt 1.500 Euro pro Person und Jahr gefördert.

## **Anerkennungskultur**

Seitens des Innenministeriums wurde auch im Jahr 2005 ein Bürgerwettbewerb „Kommunale Bürgeraktionen“ ausgerichtet, der viele ehrenamtliche Initiativen und Projekte im Lande ansprach und dazu diente, die ganze Vielfalt an freiwilliger Tätigkeit sichtbar zu machen. Unter Einbeziehung der Regierungspräsidien, die eine Vorauswahl unter den gemeldeten 356 Bürgeraktionen trafen und an das Innenministerium weiterleiteten, wurden 45 Projekte ausgewählt und im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung mit einer Plakette und einer Urkunde durch den Ministerpräsidenten und den Innenminister ausgezeichnet. Der Wettbewerb wird in der Regel im zweijährigen Rhythmus durchgeführt.

Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr, die langjährig Feuerwehrdienst geleistet und sich dabei in besonderem Maße hervorgetan haben, wird als Anerkennung das Feuerwehr-Ehrenzeichen verliehen. Ferner veranstaltet der Ministerpräsident in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium aus aktuellem Anlass Helferempfangs zur Anerkennung ehrenamtlich geleisteter Arbeit der Hilfsorganisationen und der Feuerwehr. Erfolgreich abgelegte Leistungsübungen und Geschicklichkeitsprüfungen werden mit der Verleihung eines Leistungsabzeichens gewürdigt.

Herausragende Maßnahmen und Aktionen in der Verkehrssicherheitsarbeit werden seit Jahren im Rahmen des Landes-Tages der Verkehrssicherheit vom Forum Verkehrsprävention mit dem Verkehrspräventionspreis GIB ACHT IM VERKEHR ausgezeichnet. Diese Auszeichnungen sollen fortgeführt werden.

Polizeifreiwillige werden entsprechend ihrer Zugehörigkeit im Fünfjahresrhythmus geehrt. Sie erhalten als äußeres Zeichen der Ehrung eine Urkunde überreicht und dürfen spezielle Dienstgradabzeichen tragen.

Die ehrenamtlich Beauftragten der Archäologischen Denkmalpflege werden für besonderes Engagement von Seiten der Denkmalpflege und der Kommunen geehrt. Eine ganz besondere Würdigung stellt der von der Wüstenrot Stiftung Ludwigsburg zweijährlich vergebene Archäologiepreis Baden-Württemberg dar. Jeder ehrenamtliche Mitarbeiter erhält einen amtlichen Ausweis, der ebenfalls Anerkennungsfunktion hat. Die Denkmalstiftung Baden-Württemberg verleiht jährlich im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung des Tages des offenen Denkmals eine Auszeichnung für privates Engagement in der Denkmalpflege. Hier wird bürgerschaftliches Engagement, oft erbracht von Fördervereinen oder Bürgerinitiativen zur Erhaltung bedrohter Denkmalsubstanz, gewürdigt.

## Wichtige Akteure

Auch im Rahmen des Projekts „Ehrenamtliche Integrationsbegleitung für bleibeberechtigte Ausländer/innen und für Spätaussiedler/innen“ unterstützt das Innenministerium die Anerkennung von bürgerschaftlich Engagierten.

## Finanzmittel

Finanzielle Förderung des Ehrenamts und bürgerschaftlichen Engagements im Bereich des Innenministeriums Baden-Württemberg

Zweckbestimmung	2001	2002	2003	2004	2005
	Mio. EUR				
Förderung der Anliegen kommunaler Bürgeraktionen und der kommunalen Selbstverwaltung	0	0,01	0,01		
Kosten für den Freiwilligen Polizeidienst	2,3	2,3	2,3	2,31	2,16
Kriminalprävention im Kinder- und Jugendbereich (Förderung örtlicher gemeinnütziger Projekte)	0,3	0,8	0,4	0,5	0,5
Bau/Anschaffung von Jugendverkehrsschulen				0,03	0,038
Förderung der Landesverkehrswacht				0,153	0,153
Institutionelle und Projektförderung (Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes)	0,9	1,0	1,0		
Förderung von Leistungswettkämpfen, Beschaffung von Feuerwehr-Ehrenzeichen <sup>1)</sup>	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05
Feuerwehrunfallfürsorge	0,7	0,7	0,8	0,8	0,9
Erholungsfürsorge für Feuerwehrangehörige	0,17	0,17	0,17	0,18	0,18
Zuwendungen an den Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg e.V.	0,1	0,1	0,1	0,10	0,12
Ehrenamtlich Beauftragte der Archäologischen Denkmalpflege (Auslagenersatz, Reisekosten, Fortbildung)				0,01	0,015
<b>Gesamtförderung</b>	<b>4,52</b>	<b>5,13</b>	<b>4,83</b>	<b>4,13</b>	<b>4,12</b>

1) Haushaltsmittel, die mittelbar dem Ehrenamt zugute kommen

Für das Projekt „Ehrenamtliche Integrationsbegleitung für bleibeberechtigte Ausländer/innen und für Spätaussiedler/innen“, das 2006 begonnen hat, stehen 850.000 € Fördermittel für drei Jahre Laufzeit zur Verfügung.

### 2.1.6 Wissenschaftsministerium

Ansprechpartner/-innen im Wissenschaftsministerium	
<i>Generelle Zuständigkeit in Fragen der Förderung und Begleitung ehrenamtlichen Engagements</i>	
	Reinhold Gehring 0711/279-3116 Reinhold.Gehring@mwk.bwl.de
<i>Spezifische Förderaktivitäten des Ministeriums in den Bereichen:</i>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Museen</li> <li>• Kunstvereine</li> <li>• Kulturinitiativen und</li> <li>• Soziokulturelle Zentren</li> </ul>	Reinhold Gehring 0711/279-3116 email: Reinhold.Gehring@mwk.bwl.de

### Schwerpunkte der Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Im Politikfeld des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst steht im Bereich der Ehrenamtsförderung die Förderung der **soziokulturellen Zentren** im Mittelpunkt, da diese als Aktionsfelder bürgerschaftlichen Engagements Bedeutung erlangten. Nach Erhebungen der Bundesvereinigung soziokultureller Zentren liegt der Anteil der Ehrenamtlichen am Gesamtpersonal soziokultureller Einrichtungen bei etwa 74%. Soziokulturelle Einrichtungen sind vielerorts auch zu Erprobungsfeldern zur Einübung bürgerschaftlichen Engagements geworden, indem sie als Einsatzstellen von freiwilligen Diensten fungieren.

Ein weiterer Schwerpunkt stellt die Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement in Kulturinitiativen und Kunstvereinen des Landes dar. Die Museen und Kunstvereine sind traditionell fest in die Vereinskultur eingebunden, sei es direkt durch Vereinsträgerschaft, durch die Kooperation mit örtlichen Heimat- und Geschichtsvereinen oder durch eigens gegründete Freundeskreise und Fördergesellschaften. Angesichts der zunehmend schwierigen Lage der öffentlichen Haushalte erhält die Unterstützung durch gemeinnützige Fördervereine und Ehrenamtliche wachsende Bedeutung, da diese auch als Spendensammler tätig werden und Projekte unterstützen. Dabei übernehmen die Mitglieder ehrenamtliche Aufgaben in den Bereichen Aufsicht, Information, Pflege des Sammlungsbestandes, der Bibliothek, bei Marketingmaßnahmen und bei kleineren Kunstvereinen und Heimatmuseen auch unentgeltlich Führungs- und Leitungsaufgaben.

Ohne diese Mitwirkung wäre vielerorts der Museumsbetrieb bzw. der Kunstvereinsbetrieb nicht aufrecht zu erhalten. Die Bedeutung des Ehrenamtes zeigt sich darin, dass es keine Museums- oder Kunstvereinsgründungen mehr gibt, bei

denen nicht von Anfang an ein Förderverein bzw. Förderkreis den Aufbau aktiv begleitet und kostengünstige Betriebsmodelle schon im Planungsstadium entworfen und angestrebt werden.

Grundsätzlich sieht das Ministerium vor, die bisherigen Förderschwerpunkte beizubehalten.

Zwar werden ehrenamtliche Tätigkeiten und bürgerschaftliches Engagement nicht unmittelbar durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst gefördert, jedoch kommen die vom Ministerium zu Verfügung gestellten Finanzmittel mittelbar der Förderung des Ehrenamtes zugute. Von den Zuwendungen des Ressorts haben viele Bereiche und Einrichtungen wie Freilichtmuseen, Restaurierungsmaßnahmen bei den Heimatmuseen, Kunstvereine, Kulturinitiativen und soziokulturelle Zentren einen Gewinn.

### Finanzmittel

Finanzielle Förderung des Ehrenamts und bürgerschaftlichen Engagements im Bereich des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

Die Zahlen entsprechen nicht immer den Haushaltsansätzen. Der Anteil, der mittelbar dem ehrenamtlichen Engagement zugute kommt, wurde teilweise geschätzt.

Zweckbestimmung	2002	2003	2004	2005
	<b>in EUR</b>			
Zuwendungen insbesondere für Hausumsetzungen der Freilichtmuseen	1.230.000	1.230.000	523.000	523.000
Zuwendungen für Restaurierungsmaßnahmen bei den Heimatmuseen	76.700	76.700	76.000	76.000
Zuwendungen an Kunstvereine	869.000	869.000	810.000	810.000
Förderung von Kulturinitiativen und Soziokulturellen Zentren	444.000	452.000	455.000	455.000
<b>Gesamtförderung</b>	<b>2.619.700</b>	<b>2.627.700</b>	<b>1.864.000</b>	<b>1.864.000</b>

### 2.1.7 Justizministerium

<b>Ansprechpartner/-in im Justizministerium</b>	
<i>Zentrale Zuständigkeit für die Belange des bürgerschaftlichen Engagements</i>	
	Manuela Göbbel 0711/279-2113 goebbel@jum.bwl.de
<i>Spezifische Förderaktivitäten des Ministeriums in den Bereichen:</i>	
Freie Straffälligenhilfe	Dr. Rüdiger Wulf 0711/279-2340 Wulf@jum.bwl.de
Betreuung der ehrenamtlichen Tätigkeit im Justizvollzug	Dr. Gero Kofler 0711/279-2342 Kofler@jum.bwl.de
Ehrenamtliche Richter in der Strafgerichtsbarkeit	Dr. Axel Isak 0711/279-2232 isak@jum.bwl.de
Ehrenamtliche Richter in der Verwaltungs-, Sozial-, Finanz- und Arbeitsgerichtsbarkeit	Gisela Clemens 0711/279-2111 clemens@jum.bwl.de
Fortbildungen für ehrenamtliche Richter	Dr. Rainer Hornung 0711/279-2365 rainer.hornung@jum.bwl.de  Miriam Rabus 0711/279-2367 rabus@jum.bwl.de
Ehrenamtliche Betreuer, Vormünder und Pfleger	Bernd Odörfer 0711/279-2214 odoerfer@jum.bwl.de
Projekt „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Justiz“ im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg	Dr. Wolfgang Kunze 0711/279-2202 kunze@jum.bwl.de

### Schwerpunkte der Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Die Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit durch das Justizministerium erfolgt in erster Linie durch **Aus- und Fortbildungsveranstaltungen** für ehrenamtliche Richterinnen und Richter, Fortbildungstagungen für Anstaltsbeirätinnen und Anstaltsbeiräte und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug sowie die Herausgabe von **Informationsbroschüren**. Es gibt beispielsweise neben einem Leitfaden für Schöffen auch Leitfäden für ehrenamtliche Richter in der Verwaltungsgerichtsbarkeit, in der Sozialgerichtsbarkeit und in der Finanzgerichtsbarkeit. Im Jahr 2005 wurde das Angebot um einen Leitfaden für ehrenamtliche Richter in der Arbeitsgerichtsbarkeit erweitert, nachdem die Zuständigkeit 2004 vom Sozialministerium auf das Justizministerium als Rechtspflegeministerium übergegangen war. Anfang 2005

wurde zudem vom Justizministerium zusammen mit den Kirchen ein Faltblatt zur ehrenamtlichen Tätigkeit im Justizvollzug in Baden-Württemberg herausgegeben.

Das Interesse von Ehrenamtlichen an einer Tätigkeit beispielsweise im baden-württembergischen Justizvollzug schätzt das Ressort als anhaltend groß mit steigender Tendenz ein. Dies zeigt sich speziell bei der großen Interessentenanfrage an den Tagungen im Bereich des Justizvollzugs, die vom Justizministerium und den Kirchen veranstaltet werden.

Die Unterstützung und Förderung plant das Ministerium auch in Zukunft durch die vorgezeichneten Informationsmaterialien, Veranstaltungen und sonstigen Maßnahmen der Wertschätzung beizubehalten. Entsprechende Gesetzesvorhaben werden im eigenen Zuständigkeitsbereich sorgsam im Auge behalten, einschlägige Verwaltungsvorschriften bei Bedarf erneuert.

Seit Januar 2005 führt das Justizministerium Baden-Württemberg in den Landgerichtsbezirken Stuttgart und Tübingen und im Amtsgerichtsbezirk Stuttgart ein zweijähriges **Pilotprojekt zur Privatisierung der Gerichts- und Bewährungshilfe** durch. Es wird eine flächendeckende Übertragung der Aufgaben der Bewährungs- und Gerichtshilfe zum 1. Januar 2007 im Wege einer europaweiten Ausschreibung vorbereitet.

Zukünftig sollen ehrenamtliche Bewährungshelfer unter der Anleitung von **hauptamtlichen Sozialarbeitern** einfachere Fälle in eigener Verantwortung übernehmen. Eine erste Zwischenbilanz hat gezeigt, dass es im Pilotbezirk innerhalb kürzester Zeit gelungen ist, die notwendigen Strukturmaßnahmen in der Bewährungs- und Gerichtshilfe umzusetzen und eine qualifizierte ehrenamtliche Bewährungshilfe zu etablieren.

Die Bedeutung des **Ehrenamts in der Straffälligenhilfe** ist sehr groß, was sich am Engagement vieler Ehrenamtlichen in den Verbänden und Vereinen der Straffälligenhilfe zeigt und in der erfolgreichen Arbeit für die Resozialisierung ehemaliger Straffälliger niederschlägt. Zukünftig sollen in geeigneten Fällen auch im Kernbereich der Bewährungshilfe ehrenamtliche Bewährungshelfer unter der Anleitung von hauptamtlichen Sozialarbeitern tätig werden.

## **Gesetzliche Neuregelungen und Vorhaben**

Das Justizministerium misst eine sehr große Bedeutung der **Haftpflichtversicherung für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger** bei, an deren Einführung es in Kooperation mit anderen Ressorts beteiligt war. Man stellt fest, dass die Einführung dieser Versicherung eine deutliche Verbesserung in rechtlicher, aber auch in atmosphärischer Hinsicht gebracht hat. Damit konnte dem berechtigten Sicherheitsbedürfnis vieler ehrenamtlich Tätigen Rechnung getragen werden. Es ist davon auszugehen, dass sich das positive Signal auch auf die Bereitschaft zu bürgerschaftlichem Engagement auswirken wird, auch und besonders im Bereich der **Betreuung**. Für ehrenamtliche Betreuer, Vormünder und Pfleger besteht im Übrigen bereits seit längerem Versicherungsschutz, insbesondere auch durch eine zusätzliche Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung, die das Justizministerium speziell für diesen Personenkreis abgeschlossen hat.

Zu erwähnen ist auch die **Gesetzesinitiative zur Modernisierung des Vereinsrechts**, die auf Betreiben des Justizministeriums im Februar 2006 dem Bundesrat zugeleitet wurde. Ziel ist, das Vereinsrecht an die Bedürfnisse des modernen Rechtsverkehrs anzupassen und vor allem für kleinere, nicht eingetragene Vereine Erleichterungen zu schaffen.

## **Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement**

### **- Corporate Citizenship-**

Seit Ende 2003 betreiben die Vereine „**Projekt Chance e.V.**“ in Creglingen und „**PRISMA e.V.**“ in Leonberg mit Unterstützung der Landesstiftung Baden-Württemberg und der Robert-Bosch-Stiftung einen modernen und zeitgemäßen Jugendstrafvollzug in Baden-Württemberg. Entscheidendes Ziel ist, den Rückfall in die Kriminalität bei den Jugendlichen zu verhindern.

In zwei Einrichtungen in Creglingen und in Leonberg stehen insgesamt 30 Plätze für junge Gefangene zwischen 14 und 18 Jahren zur Verfügung. Mit einem ca. einjährigen persönlichkeitsfördernden Erziehungsprogramm erhalten die jungen Gefangenen die Chance zum Ausstieg aus der Kriminalität.

In der Zeit vom **1. September 2003 bis Ende 2005** haben in Creglingen insgesamt 12 Jugendliche das Erziehungsprogramm absolviert, in Leonberg schlossen seit November 2003 fünf Jugendliche das Projekt erfolgreich ab, fast alle fanden auch einen Ausbildungsplatz. In Creglingen erlangten neun Jugendliche eine Schul- oder Berufsausbildung oder fanden eine Arbeitsstelle.



Die bisherigen Erfahrungen mit dem Projekt Chance zeigen, dass den Jugendlichen vor allem auch berufliche Perspektiven gegeben werden und hierbei die erfolgreiche Kooperation mit der Wirtschaft einen entscheidenden Faktor darstellt. Nicht zuletzt durch diese Kooperation mit Unternehmen, kann mit dem Projekt ein entscheidender Beitrag zur Integration straffällig gewordener junger Menschen in Gesellschaft und Berufswelt geleistet werden.

### **Anerkennungskultur und Qualifizierung**

Es ist dem Justizministerium Baden-Württemberg ein Anliegen, die **geschaffene Anerkennungskultur** für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement im eigenen Zuständigkeitsbereich zu pflegen und weiter auszubauen. Dies erfolgt in erster Linie durch **Aus- und Fortbildungsveranstaltungen** für ehrenamtliche Richterinnen und Richter, Fortbildungstagungen für Anstaltsbeirätinnen und Anstaltsbeiräte und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug, die auch für die Würdigung von Verdiensten im Bereich des Justizvollzugs genutzt werden.

Ein zentraler Bestandteil des vom Justizministerium bezuschussten Schöffentages, der seit 2001 nun zum zweiten Mal im Juli 2006 stattfand, ist der persönliche Empfang und Danksagung des Justizministers für die Schöffinnen und Schöffen aus Baden-Württemberg. Einen wichtigen und nicht zu unterschätzenden Bestandteil der Anerkennung und Würdigung stellen auch **Dankeschreiben und persönliche Gespräche** dar.

### **Projekt „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Justiz“ im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg**

Einer der Tätigkeitsschwerpunkte der Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode besteht in der Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Baden-Württemberg. Ziel dieser Strategie ist es, in einem Dreiklang von Ökologie, Sozialem und Ökonomie den Grundsatz der Nachhaltigkeit in alle Politikbereiche zu integrieren. Im Justizministerium sind Ende des Jahres 2006 die Arbeiten an der Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen und die Entscheidung getroffen worden, das Projekt „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Justiz“ in Angriff zu nehmen. Die Arbeit an dem Projekt wird in enger Zusammenarbeit des Justizministeriums mit den anderen fachlich berührten Ressorts und zahlreichen privaten Verbänden erfolgen, die sich zu einer Mitarbeit bereit erklärt haben. Dabei soll der Frage nachgegangen werden, welche Möglichkeiten bestehen, dem bürgerschaftlichen Engagement in der Justiz die

verdiente öffentliche Anerkennung zukommen zu lassen, und wie noch mehr Bürgerinnen und Bürger dafür gewonnen werden können, sich in die Rechtspflege einzubringen. Außerdem sollen aktuelle Vorschläge erörtert werden, dem bürgerschaftlichen Engagement in der Justiz neue Betätigungsfelder zu erschließen.

**Finanzmittel**

Finanzielle Förderung des Ehrenamts und bürgerschaftlichen Engagements im Bereich des Justizministeriums Baden-Württemberg

Zweckbestimmung	2001	2002	2003	2004	2005
	EUR				
Aus- und Fortbildungsveranstaltungen für ehrenamtliche Richter/-innen	86.600	70.200	64.000	92.200	111.000
Broschüren für ehrenamtliche Richter/-innen und Betreuer/-innen	8.600	24.300	ca. 20.000	16.900	18.560
Anstaltsbeiräte bei den Justizvollzugsanstalten	15.200	16.000	16.000	--	--
Fortbildungstagung für Anstaltsbeiräte und ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen im Justizalltag	1.600	1.600	1.600	3.500	4.000
Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländervertretungen (Mittel der Stabsstelle der Ausländerbeauftragten)	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
Veranstaltung für ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen im Justizvollzug	500	0	0	--	--
Schöffentag	1.600	0	0	--	--
3 Informationsveranstaltungen zum Betreuungsrecht	0	2.000	0	1.489,91	--
Schöffentag des Anwaltsgerichtshofs	--	--	--	--	750
Veranstaltung "50 Jahre Bewährungshilfe"	0	0	6.000	--	--
Beiträge für die Haftpflichtversicherung für ehrenamtliche Betreuer/-innen	37.755	63.845	98.783	117.147	117.833
* alle Beiträge inkl. Versicherungssteuer					
<b>Gesamtförderung</b>	<b>156.855</b>	<b>182.945</b>	<b>211.383</b>	<b>236.236</b>	<b>257.143</b>

### 2.1.8 Finanzministerium

Ansprechpartner/-in im Finanzministerium	
<i>Generelle Zuständigkeit in Fragen der Förderung und Begleitung ehrenamtlichen Engagements</i>	
(Abteilung 3, Steuerabteilung)	Dr. Carl Friedrich Veess 0711/279-3631 carl-friedrich.vees@fm.fv.bwl.de
<i>Spezifische Förderaktivitäten des Ministeriums in den Bereichen:</i>	
Vereinssteuerrecht und Ehrenamt	Dr. Carl Friedrich Veess 0711/279-3631 carl-friedrich.vees@fm.fv.bwl.de

### Schwerpunkte der Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Grundsätzlich liegen die Förderaktivitäten des Finanzministeriums im Bereich der steuerrechtlichen - und damit bundesrechtlichen - Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement, d.h. bei der Frage der Steuerbefreiung von Körperschaften des privaten Rechts (insbesondere rechtsfähigen Vereinen) wegen der Verfolgung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke sowie der Frage des steuermindernden Sonderausgabenabzugs von Zuwendungen an solche steuerbegünstigten Körperschaften. Das Finanzministerium verfügt nicht über Fördermittel oder -programme, um das bürgerschaftliche Engagement direkt zu fördern. Ihm ist auch keine Behördenstruktur nachgeordnet, die als Förderinstitutionen die Zuweisung und Verwendung von Mitteln vornehmen und überwachen sowie entsprechend beraten könnten.

Bereits im Jahr 2003 wurde jedoch durch Finanzamt und andere Ministerien eine Initiative ins Leben gerufen: die „Ehrenamts-Hotline“, die jeweils am Freiwilligen-Tag (5. Dezember) und einem weiteren Tag in der Jahresmitte Vereine und sonstige ehrenamtlich Engagierte in steuerrechtlichen Fragen berät. Die Resonanz auf diese "Ehrenamts-Hotline" ist unterschiedlich. Hier macht sich mit hoher Wahrscheinlichkeit bemerkbar, dass die Finanzverwaltung mit ihrer Broschüre zur Vereinsbesteuerung und mit den sog. Vereinbeauftragten, die in jedem Finanzamt bestimmt sind, andere geeignete Informationsinstrumente bereithält.

Die Förderung von Bildung und Erziehung, der Völkerverständigung der Jugendhilfe sowie des Schutzes von Ehe und Familie stellen bereits heute gemeinnützige Zwecke dar (vgl. § 52 Abs. 2 der Abgabenordnung sowie § 48 Abs. 2 Anl. 1 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung i.V.m. dem Anwendungserlass zur Abgabenordnung zu § 52 Tz. 2). Damit gibt es eine

Grundlage für die Themenschwerpunkte, die Ministerpräsident Oettinger in seinen Regierungserklärungen mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit des Landes genannt hat, d.h. Schaffung eines **familien- und kinderfreundlichen Landes**, eine Politik des **Miteinanders der Generationen** und **Migration und Integration**.

Das Finanzministerium hat sich im Berichtszeitraum mit einer Initiative des Kultusministeriums zu steuerrechtlichen Fragen der Aufwandsspende befasst. Dabei geht es darum, dass der für eine gemeinnützige Körperschaft tätige Übungsleiter auf die ihm zustehende Vergütung verzichtet und für diesen Entgeltsverzicht eine Zuwendungsbestätigung erhält. Nach dem Vorschlag des Kultusministeriums sollte anstelle der bisher geforderten monatlichen Verzichtserklärung eine zu Jahresbeginn erklärte Gesamtverzichtserklärung ermöglicht werden. Dies war u. a. Gegenstand der Erörterungen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Neuordnung des Spendenrechts. Die im Vorhinein erteilte Gesamtverzichtserklärung konnte aus rechtlichen Gründen nicht realisiert werden; es wurde jedoch insofern dennoch eine Erleichterung erreicht, als zukünftig alle drei Monate eine nachträgliche Verzichtserklärung für diesen Dreimonatszeitraum abgegeben werden kann. Im Übrigen haben sich die Ergebnisse der Arbeitsgruppe in dem Zehn-Punkte-Plan des Bundesministeriums der Finanzen zur Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts vom 1. Dezember 2006 niedergeschlagen, die vom Finanzministerium Baden-Württemberg sowie der gesamten Landesregierung nachhaltig unterstützt werden.

In seiner Eigenschaft als Ehrenamtsbeauftragter widmete sich der damalige Ehrenamtsbeauftragte der Landesregierung und jetzige Kultusminister Helmut Rau intensiv dem Thema „Entbürokratisierung im Ehrenamt“ im Sinne eines bürgerschaftliches Engagement „ermöglichenden Staates“. Seitens des Kultusministeriums wurde eine Synopse zu Möglichkeiten der Entbürokratisierung erstellt und vorgeschlagen, Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften auf Ehrenamtsfreundlichkeit zu prüfen. Mit der Erarbeitung einer Gesamtdarstellung zu Möglichkeiten der Entbürokratisierung im Ehrenamt ist eine auch von Prof. Klie geleitete und seitens des Landeskuratoriums für Bürgerarbeit eingesetzte Arbeitsgruppe befasst. Zu den dort erörterten Vorschlägen gehört u. a. auch die Erhöhung der 30.678 €-Freigrenze für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb eines gemeinnützigen Vereins auf 40.000 EUR für den Fall des Mehrspartenvereins. Dieser Vorschlag wurde nun insoweit aufgegriffen, als der Zehn-Punkte-Plan des Bundesministeriums der Finanzen

zur Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts vom 1. Dezember 2006 die Anhebung der Freigrenze auf 35.000 € für den wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb aller wegen der Verfolgung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke steuerbefreiten Körperschaften vorsieht.

Das Thema Entbürokratisierung im Sinne eines Abbaus bürokratischer Vorschriften zur Verbesserung der Arbeits- und Planungssituation für Vereine, Projekte und Initiativen bürgerschaftlichen Engagements wird seitens des Finanzministeriums auch in bund-länder-übergreifenden Zusammenhängen mit dem Ziel der bürgerfreundlichen Gestaltung von Verwaltungsstrukturen und -verfahren bearbeitet, um die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu verbessern.

Im Hinblick auf eine Ausweitung der gemeinnützigen Zwecke sieht das Finanzministerium wenig Spielraum. Es stellt dazu fest, dass jede Regelung des Gemeinnützigkeitsrechts die Balance halten muss zwischen der Steuerprivilegierung der gemeinnützigen Tätigkeit einerseits und der Erfassung des steuerlichen Ergebnisses, das eine als gemeinnützig privilegierte Körperschaft im Rahmen wirtschaftlichen Handelns erzielt, andererseits. Denn im Rahmen dieses wirtschaftlichen Handelns muss die als gemeinnützig anerkannte Körperschaft grundsätzlich einem gewerblich tätigen Unternehmen gleichgestellt sein. Hinzu kommt, dass Gesetzesänderungen - wie bereits angesprochen - stets unter Aufkommensgesichtspunkten zu prüfen sind.

Seit dem letzten Berichtszeitraum ist eine Vereinheitlichung des Umsatzsteuerrechts auf europäischer Ebene bereits weitestgehend im Rahmen der 6. EG-Richtlinie erfolgt. Die 6. EG-Richtlinie ist Basis des deutschen Umsatzsteuerrechts und sieht im sozialen und gemeinnützigen Bereich zahlreiche Vergünstigungen vor. Eine Modifizierung der bestehenden Regelungen könnte nur durch eine Änderungsrichtlinie erfolgen, welche von den Mitgliedstaaten einstimmig verabschiedet werden muss. Das Vorschlagsrecht liegt bei der Europäischen Kommission. Diese hat bisher keinen Änderungsvorschlag vorgelegt.

Hinsichtlich der Entwicklung des EU-Rechts und seiner Auswirkung auf das nationale Steuerrecht besteht eine Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern und dem Bundesministerium der Finanzen. Dies gilt auch für das Gemeinnützigkeitsrecht (vgl. die Entscheidung des EuGH in der Rechtssache C-386/04 "Centro di Musicologia Walter Stauffer" vom 14.9.2006).

### 2.1.9 Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum (MLR)

<b>Ansprechpartner/-innen im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum</b>	
<i>Generelle Zuständigkeit in Fragen der Förderung und Begleitung ehrenamtlichen Engagements</i>	
	Burkhard Nagel 0711/126-2323 burkhard.nagel@mlr.bwl.de
<i>Spezifische Förderung des Ehrenamtes nach Zuständigkeitsbereichen:</i>	
Bildung	Burkhard Nagel 0711/126-2323 burkhard.nagel@mlr.bwl.de
Landfrauen und Landjugend	Edelgard Fieß-Heizmann 0711/126-2101 edelgard.fiess-heizmann@mlr.bwl.de
Naturschutz, Naturschutzbeiräte, Naturschutzbeauftragte, Naturschutzwarte, Volunteersgruppen	Sonja Lempp 0711/126-2243 sonja.lempp@mlr.bwl.de
Artenschutz	Jakob Kuhn 0711/126-2347 jakob.kuhn@mlr.bwl.de
Landschaftspflege	Heinz Reinöhl 0711/126-2232 heinz.reinoehl@mlr.bwl.de
Flurneuordnung und Landentwicklung Vorstandsmitglieder der Teilnehmergemeinschaften	Andrea Heidenreich 0711/126-2283 andrea.heidenreich@mlr.bwl.de
Tierschutz	Theodor Ohrnberger 0711/126-2163 theodor.ohrnberger@mlr.bwl.de
Kleintierzucht/Imkerei	Dr. Peter Grün 0711/126-2269 peter.gruen@mlr.bwl.de
Freizeitgartenbau/Gartenkultur	Ingrid Bisinger 0711/126-2156 ingrid.bisinger@mlr.bwl.de

### Schwerpunkte der Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Im Zuständigkeitsfeld des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum (MLR) liegen die Schwerpunkte der Förderung des ehrenamtlichen Engagements in der **Bildung**, bei den **Landfrauen** und der **Landjugend**, im Bereich des **Natur- und Tierschutzes**, im **Bereich der Kleintierzucht und Imkerei**, des **Freizeitgartenbaus und der Gartenkultur** sowie in der **Flurneuordnung und Landentwicklung**.

Das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement wurde im Berichtszeitraum 2004/ 2005/06 erneut auf vielfältige Weise unterstützt.

So unterstützt das Ministerium Tierschutzorganisationen und -verbände. Darüber hinaus fand insbesondere die Jugendarbeit, die sich dem Anliegen des Tierschutzes widmet, eine gezielte Förderung.

Im Bereich des Naturschutzes unterstützt das Ministerium die Wahrnehmung der ehrenamtlichen Funktionen im Landesbeirat für Natur- und Umweltschutz sowie durch die Naturschutzbeauftragten und Naturschutzwarte.

Im Bereich der Kleintierzucht wird das Engagement für die Erhaltung der Rassenvielfalt, den verantwortungsvollen Umgang mit dem Tier und die Jugendarbeit durch eine Förderung der Verbände und Vereine unterstützt. Die Imkerinnen und Imker sowie deren Vereine und Verbände erhalten vom Land Unterstützung für ihren wichtigen Beitrag.

Im Bereich des Freizeitgartenbaus und der Gartenkultur unterstützt das Ministerium die Aktivitäten einschlägiger Organisationen und Verbände.

Hinzu kommt die Unterstützung von Beiräten, Fachausschüssen, Kuratorien und Prüfungskommissionen, die im Politikfeld des Ministeriums Aufgaben und Funktionen wahrnehmen.

Das Ministerium förderte des Weiteren die Wahrnehmung ehrenamtlicher Funktionen im Bereich der Vertretung Schwerbehinderter, der Frauenvertreterinnen oder Personalvertretung.

Insgesamt sind im Geschäftsbereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum über 40.000 Personen ehrenamtlich engagiert und üben in den genannten Aufgabenbereichen tragende Funktionen aus.

Mit Blick auf die weitere Engagementförderung setzt das MLR die Förderung der Landjugendarbeit fort, durch Qualifizierung ehrenamtlicher Jugendleiterinnen und

Jugendleiter sowie beim Einsatz ehrenamtlicher pädagogischer Betreuerinnen und Betreuer im Rahmen von Jugendfreizeiten.

Das Ministerium unterstützt Aktivitäten des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, die zum Ziel haben, gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern zu planen und zu gestalten.

Im Bereich **Bildung** arbeiten insbesondere im Berufsbildungsausschuss und seinen Unterausschüssen sowie in den Prüfungsausschüssen ehrenamtlich engagierte Personen speziell für die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung. Die Arbeitsgemeinschaft Ländliche Erwachsenenbildung Baden-Württemberg e.V. als Dachverband der vielfältigen Bildungsträger im ländlichen Raum wird wesentlich durch die Arbeit von ehrenamtlichen Helfern mitgetragen. Schwerpunkt dieser Arbeit ist die ländliche Erwachsenenbildung.

Des Weiteren unterstützt das Ministerium das ehrenamtliche Engagement der **Landjugend** und der **Landfrauen** in drei Schwerpunkten:

- Ideell durch Einbeziehung in wichtige Anhörungs- und Entscheidungsprozesse, Gratulations- und Anerkennungsschreiben, Ehrungen beispielsweise beim Landwirtschaftlichen Hauptfest und Einreichung von Vorschlägen für Verdienstmedaillen.
- Durchführung von speziellen Fachtagungen für ehrenamtliche Führungskräfte beispielsweise über die Akademie Ländlicher Raum.
- Finanziell durch Förderung von Projekten mit direktem Bezug zum ehrenamtlichen Engagement.

Im Aufgabenfeld "**Naturschutz**" wurde das ehrenamtliche Engagement z.B. unterstützt durch Fortbildungsangebote, Aufwandsentschädigungen, Vergabe von Preisen, Besprechungen mit Führungsspitzen der Naturschutzvereine, Übernahme der Verbandsklage in das Landesnaturschutzgesetz, Bildung des Netzwerks Naturschutz am Regierungspräsidium Tübingen (Link: [http:// www.rp-tuebingen.de/servlet/PB/menu/1157340/index.html](http://www.rp-tuebingen.de/servlet/PB/menu/1157340/index.html)) und durch die Beteiligung Ehrenamtlicher bei Verwaltungsverfahren. Die Stiftung Naturschutzfonds Baden-Württemberg beim Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum fördert seit nunmehr 30 Jahren ehrenamtliches Engagement im Bereich des Naturschutzes. Dabei werden beispielsweise Initiativen auf Verbands-Ebene gefördert und im zweijährigen Turnus der Landesnaturschutzpreis verliehen.



Das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement konnte außerdem im Rahmen von Wettbewerben gefördert werden. Der gemeinsam mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport durchgeführte Wettbewerb "Schulgarten und Schulumfeld - Gärtnern macht Schule" wurde durch gärtnerische Organisationen mitgetragen und hat zum Teil zu weiterführenden Kontakten dieser Organisationen bzw. ihrer Vereine vor Ort mit Schulen im Bereich der Schulgartenarbeit geführt. Auch der Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft – Unser Dorf soll schöner werden", der im Jahr 2005 neu ausgeschrieben wurde, hat zum Ziel, die bürgerschaftliche Selbsthilfe und die Mitwirkung bei der Entwicklung ihres Dorfes zu fördern.

In Flurneuordnungen wurde die ehrenamtliche Arbeit der Vorstandsmitglieder der Teilnehmergeinschaften durch jährlich stattfindende Lehrgänge sowie durch eine enge Zusammenarbeit mit den Flurneuordnungsbehörden besonders unterstützt.

### *Schwerpunkt „Förderung der Landjugendarbeit und der Qualifizierung ehrenamtlicher Jugendleiterinnen und Jugendleiter“*

Die im Auftrag des MLR im Herbst 2005 abgeschlossene empirische Studie "Hautnah - Jugendliche und ihre Lebenswelten auf dem Land" stellt fest, dass etwa die Hälfte aller befragten Jugendlichen im ländlichen Raum sich ehrenamtlich engagieren. Die Jugendlichen wollen ihr Umfeld aktiv gestalten und dabei Anerkennung erfahren. Gemeinsames Handeln, wie beispielsweise bei der 48-Stunden-Aktion der Landjugendverbände machen Gemeinschaft erlebbar und wirken der sozialen Entwurzelung entgegen.

Ehrenamtliche Jugendleiterinnen und Jugendleiter und pädagogische Betreuerinnen und Betreuer sind zentral für eine attraktive Jugendarbeit vor Ort und dafür, dass soziales Lernen, Selbstständigkeit und Verantwortungsbereitschaft in jugendgemäßer Form erlebbar gemacht werden. Das MLR wird deshalb die finanzielle Förderung des ehrenamtlichen Engagements über den Landesjugendplan bzw. die Richtlinie des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum zur Förderung der Landjugend vom 02.02.2003 (GABl. vom 26.03.2003, S.164 ff.) weiterführen.

Im forstlichen Bereich wird die Waldpädagogik seit Jahren verstärkt nachgefragt. Deshalb unterstützen ehrenamtliche Helfer insbesondere im Haus des Waldes in Stuttgart die Durchführung von waldpädagogischen Projekten. In den Jahren

2004/ 2005/06 wurden insgesamt 180 waldpädagogische Veranstaltungen angeboten, von denen etwa 80 Prozent von Ehrenamtlichen abgewickelt wurden.

### *Schwerpunkt „Förderung von Projekten der Landfrauenverbände“*

Ehrenamtliches Engagement in Verbänden und Vereinen ist schwieriger geworden und erfordert völlig neue Ansätze und Methoden. Auf die rund 9.000 ehrenamtlich tätigen Führungskräfte der Landfrauenverbände in Baden-Württemberg auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene sind in den letzten Jahren neue Herausforderungen zugekommen. Die Führungskräfte benötigen Impulse, neue Ideen und Anleitungen dahingehend, wie eine möglichst breite Basis von Bürgerinnen und Bürgern am Zusammenleben in den Dörfern beteiligt werden. Über das Modellprojekt "Zukunftswerkstatt - Ehrenamt für den ländlichen Raum" werden die rund 9.000 Führungskräfte in Workshops gezielt auf ihre Arbeit vor Ort vorbereitet. Im Ergebnis können so rund eine Million Frauen im ländlichen Raum in Baden-Württemberg aktiv mitwirken, sei es durch Weiterbildungsveranstaltungen, Mitwirkung an Runden Tischen bei kommunalen Entscheidungsprozessen oder bei Kulturaktivitäten in den Gemeinden. Das MLR wird auch in Zukunft im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die Stärkung des Ehrenamtes fördern.

### *Förderung ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements im Bereich „Gesunde Ernährung in Kindergarten und Schule“*

Das MLR fördert den Themenbereich **„Gesunde Ernährung in Kindergarten und Schule“** seit 1980 über das Programm Ernährungserziehung bei Kindern, das 2003 in die Landesinitiative BeKi übergeführt worden ist. Dort können die über ca. 250 auf Honorarbasis tätigen BeKi-Fachfrauen jährlich ca. 6.000 Veranstaltungseinheiten in Elterngruppen, Kindertageseinrichtungen und Schulen leisten. Ihre Tätigkeit trägt dazu bei, dass sinnvolle Ernährungsregeln in Kindergärten und Schulen eingehalten werden. Zudem mehren sie Wissen und Kompetenz zur gesunden Ernährung und zur Ernährungserziehung bei allen Zielgruppen. Auf ehrenamtlicher Basis tätig sind dabei als gewählte Vertreterinnen der BeKi-Fachfrauen die BeKi -Sprecherinnen im Rahmen des Gesamtprojektes.

### *Förderung ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements auf dem Handlungsfeld „Schaffung eines familien- und kinderfreundlichen Landes“*

Das MLR fördert Weiterbildungsmaßnahmen, die unter anderem familienkundliche Themen betreffen. Als Wissen vermittelnde Stellen sind dabei Verbände und Institutionen anerkannt, deren satzungsgemäßer Zweck die Förderung der Weiterbildung auf dem Lande ist. Die Teilnehmer sind vielfach ehrenamtlich engagierte Personen, die die Fortbildungsveranstaltungen als Multiplikatoren besuchen.

Insbesondere die Landjugend kümmert sich um ein generationenübergreifendes Miteinander sowie die Integration unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen in den Dörfern. Neben dem Engagement in der Landjugendgruppe wirken Landjungendliche in örtlichen Vereinen, Ämtern, öffentlichen und beruflichen Gremien mit. Landjungendliche führen Veranstaltungen und Aktionen zum besseren Verständnis anderer Kulturen, Religionen und Länder durch (z.B. All inclusive - Landjugend für mehr Fremdenfreundlichkeit auf dem Land). Durch Lehrfahrten und internationale Jugendbegegnungen ermöglichen die ehrenamtlich tätigen Jugendbegleiterinnen und -begleiter und pädagogischen Betreuerinnen und Betreuer Begegnungen von Mensch zu Mensch trotz Sprachbarrieren. Jugendliche mit Migrationshintergrund werden gezielt in die Landjugendgruppen integriert. Die Verbände des Freizeitgartenbaus prüfen derzeit, inwieweit sie sich im Rahmen des Jugendbegleiter-Programms im Zusammenhang mit der Einführung der Ganztageschulen einbringen können. Die Verbände wurden um eine diesbezügliche Entscheidung bis Anfang Mai 2007 gebeten. Das MLR wird das Projekt ggf. fachlich sowie in Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit begleiten.

### *Förderung Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement durch die zugeordneten staatlichen Behörden, Ämter und Verwaltungen*

In der Berufsbildung ist die ehrenamtliche Mitarbeit von Betriebsleiterinnen und Betriebsleitern unverzichtbar. Der Kontakt zu diesem Personenkreis besteht seit vielen Jahrzehnten durch die unteren und mittleren Verwaltungsbehörden.

Die Flurneuordnungsbehörden legen im Rahmen von Flurneuordnungen großen Wert auf eine umfassende projektbezogene Bürgerbeteiligung, insbesondere bei Dorfflurneuordnungen werden gemeinsame Lösungen für die Neugestaltung erarbeitet und damit die Akzeptanz der Maßnahmen erhöht sowie das Heimatgefühl gestärkt.

Trotz Stelleneinsparungen und Arbeitsverdichtungen wird in 2004/ 2005/06 weiterhin versucht den einzelnen Beschäftigten in eigener Verantwortung für die

Erledigung der ehrenamtlichen Fachaufgaben im jeweiligen Zuständigkeitsbereich Beurlaubungs- und Freistellungsmöglichkeiten auf Antrag zu gewähren. Infolge der Verwaltungsreform hat sich die Zahl der ehrenamtlichen Mitglieder des Hauptpersonalrats von 11 auf 9 reduziert und die Personalräte der eingegliederten Verwaltungsbehörden wurden aufgelöst.

### **Gesetzliche Neuregelungen und Vorhaben**

Die Anerkennung und Prüfung der Kleingärtnerischen Gemeinnützigkeit gemäß § 2 Bundeskleingartengesetz, umgesetzt gemäß der diesbezüglichen Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum vom 15.10.1992, soll im Rahmen der Verlängerung der Verwaltungsvorschrift vereinfacht werden.

### **Kooperation mit Kommunen, Stadt- und Landkreisen, Bundesländern, der Bundesregierung und der Europäischen Union**

Durch verschiedene Verwaltungsreformen wurden die engagementfördernden Kompetenzen der unteren Verwaltungsbehörden (Landwirtschaft, Flurneuordnung, Forstwirtschaft, Naturschutz, Tierschutz) in den Zuständigkeitsbereich der Landkreise übertragen. Das Ministerium bleibt weiterhin zuständig für die Fachaufsicht und nimmt darüber Einfluss auf engagementfördernde Strukturen.

Im Berichtszeitraum bestand auch eine Zusammenarbeit mit dem Bund und anderen Bundesländern: Beim Wettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft - Unser Dorf soll schöner werden" handelt es sich um eine Aktion, die sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene durchgeführt wird. Bund und Länder stimmen sich hinsichtlich der Durchführung ab.

### **Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement**

#### **- Corporate Citizenship-**

In der Berufsbildung übernehmen die Betriebe und Unternehmen eine hohe gesellschaftliche Verantwortung durch die Beteiligung im Berufsbildungsausschuss, seinen Unterausschüssen sowie Prüfungsausschüssen für die Zwischen- und Abschlussprüfungen sowie Meisterprüfungen in den Berufen der Landwirtschaft und der ländlichen Hauswirtschaft.

Im Bereich des Gartenbaus haben sich beispielsweise die berufsständischen Verbände und ihre Mitgliedsbetriebe an der Aktion "Tage der Kinder-Gärtnerei"

beteiligt. Kinder aus Kindergärten und Grundschulen hatten die Möglichkeit, einen Blick hinter die Kulissen einer Gärtnerei zu werfen.

Die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft tragen durch die Kultivierung unserer land- und forstwirtschaftlichen Flächen (85% der Landesfläche) in erheblichem Maß zu einem koproduktiven Zusammenwirken von Wirtschaft und Gesellschaft bei. Durch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Betriebe und Unternehmen sichern wir die kostengünstigste und gesellschaftsfähigste Bewirtschaftung und Pflege unserer Kulturlandschaft. Diese Betriebe und Unternehmen übernehmen auch immer mehr kommunale Aufträge zum Erhalt und zur Pflege der dörflichen und städtischen Infrastrukturen (Pflege von Grünanlagen, Winterdienste, etc.). Wirtschaft und Handel im Agrarbereich übernehmen ebenfalls vermehrt Eigenverantwortung durch Aufklärung von Verbrauchern sowie durch betriebsinterne Qualitätssicherungssysteme. Das MLR unterstützt jede Art von Eigenverantwortung der Wirtschaft und Mitwirkung der Gesellschaft um ein förderliches Zusammenwirken und ein partnerschaftliches Verständnis zu fördern.

### **Qualifizierung**

Im Bereich der Bildung werden auf der Grundlage des Weiterbildungsgesetzes Verbände und Institutionen auf der Grundlage nachgewiesener Teilnehmertage für Maßnahmen der ländlichen Erwachsenenbildung gefördert.

Die bereits bestehenden Möglichkeiten sollen im Rahmen der dafür zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel und des dafür eingesetzten Personals fortgeführt werden.

Ganz generell sieht das MLR jede Fort- und Weiterbildung von Hauptamtlichen als geeignet an, um in Kontakt mit ehrenamtlich Engagierten im selben Fachbereich einen Wissenstransfer zu ermöglichen. Außerdem wird auf Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen des zum Ressort des MLR gehörenden Personals großer Wert gelegt.

Das MLR sowie die Regierungspräsidien und einschlägige Landesanstalten führen Fortbildungsveranstaltungen z.B. für hauptamtliche Kreisfachberater für Obstbau, Gartenbau und Landespflege durch. Diese wiederum sind maßgeblich beteiligt an der Ausbildung von ehrenamtlichen Fachberatern in den Organisationen des Freizeitgartenbaus.

In Zusammenarbeit mit der Akademie für Natur- und Umweltschutz beim Umweltministerium (siehe Kapitel 2.1.10) führt das Ministerium für Ernährung und

Ländlichen Raum zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen für Ehrenamtliche im Natur- und Artenschutz durch. Wie ehrenamtliche Unterstützung neu gestaltet und optimiert werden kann, wird das Thema einer Fortbildung für Hauptamtliche sein. Ebenso führen die Regierungspräsidien und die unteren Naturschutzbehörden Fortbildungen insbesondere für die ehrenamtlichen Naturschutzbeauftragten und Naturschutzwarte durch.

Jedes Jahr wird pro Regierungsbezirk eine Fortbildungsveranstaltung zu Flurneuordnung und Landentwicklung angeboten. Außerdem werden regierungsbezirksübergreifend Schulungen mit diversen Themenschwerpunkten zur Flurneuordnung ausgeschrieben. Dabei werden auch Hauptamtliche wie z. B. Bürgermeister, Ortsvorsteher, Gemeinderäte sowie Vertreter von kommunalen und staatlichen Behörden und von Verbänden und Organisationen (z.B. Naturschutzvereine, Hochwasserzweckverbände usw.) gemeinsam mit den Ehrenamtlichen geschult. Solche Schulungen sind dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum besonders wichtig, da sie in hohem Maße zu gegenseitigem Verständnis der Akteure und zu einem verbesserten Verfahrensablauf beitragen.

### **Anerkennungskultur**

Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements erachtet das MLR als sehr wichtig. Das MLR hat z.B. gemeinsam mit dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport sowie der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft die Auszeichnung von "Schulgartenpaten" eingeführt. Dies sind Personen bzw. Vertreter von einschlägigen Vereinen, die Schulen konkret bei der Schulgartenarbeit unterstützen.

Im Bereich Naturschutz erfolgten Auszeichnungen durch die Verleihung von Orden (Bundesverdienstorden, Ehrennadeln), die Vergabe von Preisen sowie mit Dank- und Gratulationsschreiben des Ministers bei langjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit (20 Jahre und mehr).

In der Flurneuordnung werden nach Abschluss eines Flurneuordnungsverfahrens Dankurkunden an die ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder überreicht und Prämierungen von vorbildlichen Flurbereinigungen im Rahmen des Landentwicklungswettbewerbs durchgeführt.

Das alle drei Jahre stattfindende Landwirtschaftliche Hauptfest ist ein besonders geeigneter Rahmen, um langjährig engagierte ehrenamtlich Tätige zu ehren.

## Wichtige Akteure

---

Wichtig ist dem Ministerium, in der alltäglichen Kommunikation mit Verbänden, Vereinen und Institutionen, aber auch mit Bürgerinnen und Bürgern im persönlichen Gespräch oder Schriftwechsel ehrenamtliches Engagement für die Gesellschaft und die Umwelt zu würdigen.

## Finanzmittel

Finanzielle Förderung des Ehrenamts und bürgerschaftlichen Engagements im Bereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg.

Zweckbestimmung	2004	2005
	EUR	
Entschädigungen für ehrenamtliche Mitglieder der Prüfungskommissionen für die Qualitätsprüfung bei Wein und Sekt	68.000	71.000
Zuschüsse an private Organisationen und Einzelpersonen für Tierschutzmaßnahmen (insbesondere Jugendarbeit)	15.000	15.000
Zuschüsse für die Errichtung von Quarantänestationen in Tierheimen	40.000	40.000
Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Naturschutzbeauftragte	500.000	500.000
Fortbildung für ehrenamtliche Naturschutzbeauftragte und den Naturschutzdienst (weitere Fortbildungsmittel für Ehrenamtliche im Naturschutz siehe Kapitel 2.1.10)	8.000	8.000
Zuschuss an Landesnaturschutzverband	255.000	255.000
Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Vorstandsmitglieder in Flurneuordnungsverfahren	276.000	260.000
Sonstige Ausgaben für ehrenamtliches Engagement z. B: Prüfungsausschüsse und -gremien und Beiräte	285.000	285.000
<b>Gesamtförderung</b>	<b>1.447.000</b>	<b>1.434.000</b>

### 2.1.10 Umweltministerium

(bis April 2005: Ministerium für Umwelt und Verkehr)

<b>Ansprechpartner/-innen im Umweltministerium</b>	
<i>Generelle Zuständigkeiten der Ehrenamtförderung:</i>	
Referat 23: Forschung, Umwelttechnik, Ökologie	Stefan Gloger 0711/126-2743 Stefan.Gloger@um.bwl.de  Stefan Frey 0711/126-2837/2668 Stefan.Frey@um.bwl.de
<i>Spezifische Förderaktivitäten des Ministeriums in den Bereichen:</i>	
Lokale Agenda 21	Daniela Klebsattel 0711/126-2665 Daniela.Klebsattel@um.bwl.de  Gerd Oelsner 0721/5600-1450 agendabuero@lubw.bwl.de

### Schwerpunkte der Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Im Berichtszeitraum änderten sich die Zuständigkeiten des Ressorts dahingehend, dass das Ministerium nur noch für den Umweltschutz und nicht mehr für den Naturschutzbereich zuständig ist. Der Bereich Verkehr wurde dem Innenministerium zugeschrieben.

Auch im Berichtszeitraum 2004/ 2005/06 stellte die Förderung des Bürgerengagements in den Initiativen der Lokalen Agenda einen Schwerpunkt der Arbeit des Umweltministeriums dar. Das Ministerium ist außerdem federführendes Ressort für den Kontakt zu Umweltverbänden. Soweit diese aber speziell Naturschutzarbeit betreiben, werden die Kontakte durch das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum gepflegt. Die dortigen Zuständigkeiten umfassen Schutzgebiete, Landschaftspflege, Biotop- und Artenschutz. Auf diesem Gebiet gibt es zahlreiche ehrenamtliche Aktivitäten.

Ein besonderes Augenmerk wird auf die Initiativen der Lokalen Agenda gelegt.

Im Rahmen der Förderung der Lokalen Agenda 21-Prozesse bleibt das Landes-Agenda-Büro durch seine weit reichenden Beratungs- und Unterstützungsleistungen weiterhin eine gute Anlaufstelle für lokale Agenda-Beauftragte, Engagierte Bürger in lokalen Agenden sowie der kommunalen Entscheidungsträger.



Das Ressort weist darauf hin, dass angesichts knapper finanzieller und personeller Ressourcen, die ministeriellen Maßnahmen zur Unterstützung des Ehrenamts allenfalls gehalten, nicht aber ausgebaut werden konnten.

Das Ministerium erwartet jedoch, dass durch die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ das bürgerschaftliche Engagement im Bereich der Umweltbildung mittelbar gestärkt werden kann.

### Kooperation

Im Oktober 2004 trafen sich in Ludwigsburg über 80 Vertreter europäischer Gemeinden und Institutionen, die sich für kommunales Umweltmanagement, insbesondere das europäische Umweltmanagementsystem EMAS (**Eco-Management and Audit Scheme**) engagieren oder nach diesem System geprüft und registriert sind. Das Forum ermöglichte einen regen Austausch der vertretenen europäischen Kommunen und hat somit indirekt auch in den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements beim kommunalen Umweltschutz hineingewirkt. Das Treffen wurde in Kooperation mit der Europäischen Kommission durchgeführt: Dabei wurden die Kosten der örtlichen Organisation weitestgehend vom Umweltministerium getragen.

Zukünftig ist es wünschenswert solche Foren nacheinander in allen Mitgliedstaaten stattfinden zu lassen, da aus personellen und finanziellen Gründen eine Neuauflage des Forums in Baden-Württemberg nicht in Betracht kommen kann. Beim zweiten Forum im Februar 2006 in Ravenna war das Umweltministerium Baden-Württemberg nicht vertreten.

Weiter besteht seitens des Umweltministeriums der Wunsch, mehr Geld für die Förderung lokaler Klimaschutzinitiativen einsetzen zu können. Das Vorhaben scheitert aus der Sicht des Ministeriums an der hierfür nicht ausreichenden personellen und finanziellen Ausstattung.

Schnittstellen des Umweltministeriums (bis April 2005: Ministerium für Umwelt und Verkehr) zur Engagementförderung liegen vor allem im Bereich **Lokale Agenda 21**, mit Schwerpunkt **Umweltschutz**; in der Verkehrsabteilung des früheren Ministeriums für Umwelt und Verkehr (jetzt im Innenministerium angesiedelt) war und ist es **Verkehrssicherheitsarbeit vor Ort**.

Im Ministerium für Umwelt und Verkehr (seit April 2005: Umweltministerium) stellt, wie in den Jahren zuvor, die umfangreiche Förderung konkreter Projekte zur Lokalen Agenda 21 ein besonderes Anliegen dar. Das Ministerium hat insbesondere durch die Einrichtung und Finanzierung des Landes-Agenda-Büros

bei der Landesanstalt für Umweltschutz (seit 1.1.2005: Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg) eine grundlegende Unterstützung für bürgerschaftliches Engagement im Umweltschutz auf kommunaler Ebene geleistet.<sup>1</sup>

Es weist zudem darauf hin, dass es mit der Förderung der Lokalen Agenda 21-Büros auch zum **Aufbau engagementfördernder Infrastrukturen** auf kommunaler und Landkreisebene einen wichtigen Beitrag leisten konnte. Das Ministerium beabsichtigt, die Agenda-Prozesse weiter in enger Kooperation mit den Kommunen und ihren Spitzenverbänden zu begleiten.

Im Rahmen der **Bodenseeagenda** arbeitet Baden-Württemberg mit den Bodensee-Anrainern Schweiz, Österreich Liechtenstein und Bayern zusammen.

Das Ministerium will zukünftig verstärkt darauf hinwirken, dass die Lokale Agenda über einzelne Projekte hinaus einen Beitrag zu einer **nachhaltigen Bürgerkommune** leistet, auch wenn perspektivisch mit einem schmaleren Förderrahmen im Bereich Agenda 21 zu rechnen ist.

Was den Umweltschutz betrifft, weist das Ministerium darauf hin, dass es selbst ebenso wie die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz, enge Kontakte nicht nur zu Unternehmen und Kommunen pflegt, sondern auch zu Nichtregierungsorganisationen. Hieraus ergebe sich ein mittelbarer Effekt der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement durch die **Anerkennung Engagierter, als kompetente Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner**.

Darüber hinaus setzte die Verkehrsabteilung des früheren Ministeriums für Umwelt und Verkehr (seit April 2005 das Innenministerium) einen weiteren Schwerpunkt im Bereich der Förderung der Verkehrssicherheit insbesondere bei Schülerinnen und Schülern, beispielsweise durch Sicherheitstrainings, durch Unterstützung des Schülerlotsendienstes und durch Aktionen zum Schuljahresbeginn.

## **Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement**

### **- Corporate Citizenship-**

---

<sup>1</sup> Das Landes-Agenda-Büro führt regelmäßig regionale und landesweite Veranstaltungen durch, welche Basisinformationen zur Lokalen Agenda 21 in der Form von Einstiegsworkshops vermitteln, sowie den Erfahrungsaustausch in Agenda-Prozessen fördern. Des Weiteren bietet das Agenda-Büro Moderatorenschulungen an und hält Publikationen und Leitfäden zur Verfügung und fördert und dokumentiert Agenda-Projekte (vgl. [www.lubw.baden-wuerttemberg.de](http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de)).

Das Umweltministerium misst der Förderung von Corporate Citizenship eine große Bedeutung bei, insbesondere der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen für eine **nachhaltige Entwicklung**. Der vom Ressort seit 1993 alle zwei Jahre ausgelobte "Umweltpreis für Unternehmen" berücksichtigt die Nachhaltigkeitsinitiativen der Unternehmen als ein zentrales Entscheidungskriterium. 2004 nahmen am Wettbewerb knapp 40 und 2006 sogar 54 Unternehmen teil. Der Umweltpreis für Unternehmen ist somit eine Möglichkeit, um auf das berufliche und damit indirekt auch auf das private bürgerschaftliche Engagement der Wirtschaftsführer und Beschäftigten für den Umweltschutz fördernd einzuwirken.

Zunächst hat das Ministerium für Umwelt und Verkehr mit der Wirtschaft in den Jahren 1997/ 99 einen umfassenden Dialog im Rahmen der **Umweltpartnerschaft** des Landes geführt. Dieser Dialog wird weiter gepflegt, seit Anfang 2007 insbesondere im Rahmen der vom Umweltministerium federführend betriebenen Nachhaltigkeitsstrategie. Alle gesellschaftlichen Akteure sind dabei zur Mitwirkung aufgerufen.

### Qualifizierung

Das Ministerium legt Wert auf die Fort- und Weiterbildung von ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierten. Es finden regelmäßig regionale Qualifizierungsmaßnahmen für Ehrenamtliche durch das Umweltministerium in Kooperation mit der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW), dem Agendabüro, der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA) sowie mit den regionalen Energieagenturen statt.

Die Existenz und die Arbeit des Agenda-Büros sind ein weiteres wichtiges Zeichen für die Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements im Bereich der nachhaltigen Entwicklung.

Weitere Formen der Qualifizierung können in der Unterstützung der Arbeit der Schülermentoren gesehen werden. Dabei werden systematisch Schülerinnen und Schüler angeleitet und unterstützt, die sich für den Umweltschutz in Schulen einsetzen und hierbei auch Umweltbildungsaufgaben für die Klassengemeinschaft übernehmen. Qualifizierte und engagierte Lehrer begleiten diese Arbeit.

Das Ministerium für Umwelt und Verkehr (seit April 2005: Umweltministerium) unterstützt - in Abstimmung mit dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum - seit dem Schuljahr 2001/ 2002 das Schülermentorenprogramm für den Natur- und Umweltschutz; ebenso werden Fortbildungen im Bereich der

Biodiversität im Sinne von Angeboten für Naturschutzwarte und ehrenamtlich Engagierte im Amphibien- und Fledermausschutz, in der nachhaltigen Entwicklung in der Landwirtschaft sowie in Landschaftsmanagement und Landschaftspflege gefördert. Das Ministerium ist der Ansicht, dass gerade Schülerinnen und Schüler eine wichtige Vorbildfunktion für Umweltmaßnahmen in den Schulen übernehmen und andere über Umweltschutz informieren können.

2001 und 2002 wurde die Durchführung von Öko-Checks in Sportvereinen aus Mitteln der Glücksspirale gefördert. Auch die Fortbildungen im Bereich der Nachhaltigkeit im Sport spielte eine Rolle.

Weiterhin wurden seitens des früheren Ministeriums für Umwelt und Verkehr Fortbildungen im Bereich des Schülerlotsendienstes und sonstiger Maßnahmen unterstützt, die der Verkehrssicherheit dienen. Das nunmehr zuständige Innenministerium führt dies fort.

### **Anerkennungskultur**

Die bisherigen Formen der Anerkennung werden weiter praktiziert; weitere Formen der Anerkennung sind im Berichtszeitraum hinzugekommen.

Das Ministerium leistet selbst Anerkennung für umweltengagierte Unternehmen, etwa in Gestalt des bisher jährlich, künftig zweijährlich zu vergebenden Umweltpreises für Unternehmen (im Rahmen eines Wettbewerbs) und durch Anerkennung von Unternehmen, die am EG-Umweltmanagement EMAS (**E**co-**M**anagement and **A**udit **S**cheme) teilnehmen. Diese Unternehmen erhalten, soweit sie der Gruppe der kleinen und mittleren Unternehmen bis rund 250 Beschäftigte zugehören und sich in einer Arbeitsgruppe mehrerer Unternehmen unter Anleitung eines/r fachkundigen Berater/-in zusammenschließen, eine finanzielle Förderung (bis zu 4.000,-€ pro Unternehmen) sowie eine Anerkennungsurkunde der Umweltministerin.

Weiterhin würdigt das Umweltministerium die Leistung von Agenda-Gruppen und Kommunen durch die Auslobung eines Anerkennungspreises.

Im Rahmen eines Klimaschutzkongresses für Kommunen und Ehrenamtliche im Oktober 2006 wurden Anerkennungspreise für hervorragende Leistungen im Klimaschutz und der Lokalen Agenda 21 verliehen.

**Finanzmittel**

Finanzielle Förderung des Ehrenamts und bürgerschaftlichen Engagements im Bereich des Ministeriums für Umwelt Baden-Württemberg  
(bis April 2005: Ministerium für Umwelt und Verkehr)

Zweckbestimmung	2001	2002	2003	2004	2005
	EUR				
Konkrete Projekte zur Lokalen Agenda 21	500.000	500.000	250.000	190.000	170.000
Schülermentorenprogramm für den Natur- und Umweltschutz	5.000	25.000	25.000	20.000	20.000
Fortbildung im Bereich Biodiversität <sup>1)</sup>	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
Fortbildung im Bereich Nachhaltigkeit, Landschaftsmanagement, Landschaftspflege	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
Fortbildung in Fragen der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft	1.500	1.000	1.000	1.000	1.000
Fortbildung in Fragen der Nachhaltigkeit im Sport	500	500	500	(-)	(-)
Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit (z.B. Durchführung von Sicherheitstrainings, Aktionen zum Schuljahresbeginn, Schülerlotsendienst)	153.400	153.600	150.000	154.000	154.000
Förderung energiesparendes Fahren über ehrenamtliche Kurse	75.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Fördermaßnahmen für Umweltprojekte von Verbänden	25.000	25.000	(-)	(-)	(-)
<b>Gesamtförderung</b>	<b>769.400</b>	<b>764.100</b>	<b>485.500 <sup>2)</sup></b>	<b>424.000</b>	<b>424.000</b>

1) Naturschutzwarte, Sachverständige für Amphibien- und Fledermausschutz, Fachberater/-innen für Hornissen- und Wespenfragen/ Feuerwehren

2) Reduzierung der Projektförderung für die Lokale Agenda

Seminarprogramm der Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg:

Die Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg leistet über das gesamte Jahresprogramm mit seinen Seminaren und vielfachen Initiativen zu Naturschutz, Umweltvorsorge und nachhaltiger Entwicklung einen Beitrag zu Ehrenamtsförderung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Der multiplikatorische Bildungsansatz der Umweltakademie ermöglicht es, mit geringem finanziellem Aufwand im Schneeballeffekt eine Vielzahl von Personen zu erreichen. Die Zielgruppen, die auch vielfach im ehrenamtlichen Bereich angesprochen werden, beziehen sich auf alle gesellschaftlichen Bereiche und gehen somit weit über die o. g. Rubriken hinaus.

## **2.2 Kommunale Landesverbände**

### **Zusammenfassung**

Im April 2005 wurde die Vereinbarung zum Ausbau des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement zwischen den kommunalen Landesverbänden Baden-Württemberg und dem Sozialministerium des Landes unterzeichnet. Ziele der Vereinbarung sind, dass das Landesnetzwerk BE das bürgerschaftliche Engagement durch systematische und kontinuierliche Arbeit an Rahmenbedingungen und Strukturen fördert und die bürgerschaftliche Beteiligung unterstützt.

Aus Sicht der Landesverbände hat es sich bewährt, die Förderung bürgerschaftlichen Engagements kommunal zu verorten und sich konkret an den örtlichen Strukturen zu orientieren. Diese Förderung auf den drei kommunalen Ebenen, Städtetag, Gemeindetag und Landkreistag, erweist sich zugleich auch als charakteristischer baden-württembergischer Ansatz. Dabei geht es den kommunalen Landesverbänden darum, bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsthema in den Fachbereichen der Kommunen und Landkreise, aber auch innerhalb des eigenen Verbandes zu verankern. So hat sich inzwischen auch in den Abteilungen des Städtetages selbst die Aufmerksamkeit für die Relevanz von BE-Prozessen durch regelmäßige Auswertungsrunden mit Fachkräften verstärkt, an denen die für BE-Entwicklung zuständige Abteilungsleiterin und der Fachberater teilnehmen. In der Architektur der BE-Förderung nehmen aus Sicht der kommunalen Landesverbände die Anlaufstellen oder kommunalen Fachstellen eine wichtige Funktion wahr.

Mitbedingt durch die nachhaltige Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch die Landesverbände in Kooperation mit dem Sozialministerium Baden-Württemberg sehen diese die Ergebnisse als positiv und Bürgerengagement als ein Thema, das weiterhin Bedeutung gewinnt. Die Landesverbände sind vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen wie auch mit Blick auf die Ergebnisse des Freiwilligensurvey der Ansicht, dass bürgerschaftliches Engagement in seinem Umfang noch weiter wachsen kann.

Die Landesverbände vertreten die Auffassung, dass Baden-Württemberg mit seiner gewachsenen Förderstruktur auch bundesweit als Vorzeigeland angesehen werden kann, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt, dass die kommunalen Netzwerke mehr als zuvor mit ihren Förderaktivitäten die Stadtentwicklungspolitik sowie die Politik der Gemeinden und Landkreise mitbestimmen. Die Weckung öffentlichen Interesses für bürgerschaftliches

Engagement durch gelungene nachahmenswerte Beispiele wird nach Auffassung der Landesverbände durch das Landesnetzwerk BE gefördert. Eine neue Variante stellt hier das unternehmerische bürgerschaftliche Engagement dar, das mit dem bürgerschaftlichen Engagement zusammengeführt werden soll.

Auf europäischer Ebene, zum Beispiel im gemeinsamen Europabüro der kommunalen Landesverbände, wurde das Thema BE bisher wenig diskutiert, es dominiert die Diskussion über EU-Richtlinien. Gerade deshalb sehen es die kommunalen Spitzenverbände perspektivisch als wichtig an, Einsicht zu bekommen in das Engagement und die Förderpolitik der anderen europäischen Länder.

Generell wird die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) durch personelle Diskontinuität charakterisiert, da die Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien oft wechseln und folglich Themen immer wieder von vorne bearbeitet werden müssen, um einen gleichen Stand der Teilnehmenden zu erhalten. Die Sitzungen gelingen aus Sicht der kommunalen Landesverbände bei thematischen Schwerpunktsetzungen, wie zum Beispiel beim Thema Versicherungsschutz.

### **2.2.1 Schwerpunktsetzungen des Städtetags**

#### **Überblick**

Der Städtetag Baden-Württemberg hat im Berichtszeitraum 2004/ 2005/06 neben dem Augenmerk auf Kontinuität in der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vor allem verstärkt die Zielrichtung verfolgt, alle Bevölkerungsgruppen anzusprechen und sie in ihrem bürgerschaftlichen Engagement zu unterstützen bzw. für dieses Engagement zu gewinnen und sie einzubeziehen. Ein zweiter Fokus lag auf dem gezielten und nachhaltigen Einbezug der Kommunalverwaltungen und der kommunalen Akteure in den Kommunen, um die Städte in Richtung Bürgerkommune zu qualifizieren. Dazu dienten die im Berichtszeitraum gewählten thematischen Schwerpunkte und die im Zusammenhang damit ausgerichteten großen Veranstaltungen. Insgesamt plädiert der Städtetag für eine sehr differenzierte Sicht auf die vielfältigen Prozesse des bürgerschaftlichen Engagements in den Städten des Landes und eine präzise ortsbezogene Betrachtung.

Aus Sicht des Städtetages hat es sich auch im Berichtszeitraum 2004/ 2005/06 weiter bewährt, die BE-Förderung kommunal zu verorten. Anspruchsvolles Ziel des Städtetages bleibt dabei, bürgerschaftliches Engagement als Quer-

schnittsthema in die Facharbeit zu integrieren und als Arbeitsansatz in allen Fachbereichen zu verankern. Als ein Beispiel für das Gelingen dieser Bemühungen sieht der Städtetag den Bereich der kommunalen Altenhilfe an, in der zukunftsfähige Konzepte nicht ohne bürgerschaftliches Engagement denkbar sind und sich auch schon vielfach bewährt haben (vgl. BELA-Studie). Als echtes Querschnittsthema knüpft das bürgerschaftliche Engagement in der Altenarbeit an viele verschiedene Bereiche an, wie zum Beispiel Stadtentwicklungsplanung, Prävention, Gesundheitspolitik usw. Engagementförderung im StädteNetzWerk ist daher stets „multidisziplinär“ angelegt und bezieht entsprechend auch alle Abteilungen des Städtetages mit ein.

Um aktuell und passgenau an den Bedarfen der Städte zu arbeiten, werden die Themenschwerpunkte im StädteNetzWerk in Workshops gemeinsam mit Fachkräften festgelegt, an denen die für BE-Entwicklung zuständige Abteilungsleiterin und der Fachberater (siehe „Kontakt“) teilnehmen. Solche Workshops sind inzwischen fest institutionalisiert.

Im Kontext dieser Bemühungen des Städtetages sind sowohl die thematischen Schwerpunkte als auch die im Berichtszeitraum ausgerichteten großen Veranstaltungen zu sehen. Die Themenschwerpunkte der Veranstaltungen folgen ausschließlich den Interessen der Mitgliedsstädte im StädteNetzWerk. Sie stellen eine praxisorientierte Problembearbeitung unter Förderung der Rolle des bürgerschaftlichen Engagement und des koproduktiven Zusammenwirkens mit allen Akteuren und Einrichtungen der städtischen Infrastruktur dar. Die Chancen, dass dies gelingt, sind nach Auffassung des Städtetages auch deshalb gestiegen, weil Bürgerengagement in der öffentlichen Meinung zunehmend positiv besetzt sei. Der Freiwilligensurvey zeige, dass die Bereitschaft der Menschen, sich mehr zu engagieren, weiterhin groß ist.

### **Themen**

Ein wesentliches Merkmal der problem- und praxisbezogenen Arbeit des Städtetages ist, dass die relevanten Themen und Instrumente gemeinsam mit den Ansprechpartnerinnen und -partnern aus den Städten entwickelt werden. Im Berichtszeitraum wurden jeweils zusammenhängende zielgruppen- und themenspezifische Schwerpunkte gewählt, wodurch der Städtetag systematisch Themen mit Zielgruppen und umgekehrt zusammenbringen möchte.

Ein Schwerpunkt war dabei das Thema bürgerschaftliches Engagement in den Städten Baden-Württembergs von und mit Bürgerinnen und Bürgern mit



Migrationshintergrund. Dem Städtetag liegt hier an einer Ortsbestimmung bzgl. des Standes der Integration im Lande Baden-Württemberg und der Rolle, die bürgerschaftliches Engagement in diesem Prozess spielt und künftig innehaben kann.

Auch die Integration von Menschen mit Behinderung, für die seit dem 01.01.2005 im Rahmen der Eingliederungshilfe die Stadt- und Landkreise zuständig sind, wurde durch den Städtetag aufgegriffen. Dabei wurden die notwendigen Veränderungen im Hilfesystem zusammen mit Trägern und Verbänden im Hinblick auf die Themen Stärkung der Selbsthilfekräfte und des bürgerschaftlichen Engagements besprochen.

Die Themen Bildung und Erziehung wurden in einem Werkstattgespräch behandelt. Darüber hinaus hat der Städtetag als Unterstützer der vom Bundesnetzwerk BE gemeinsam mit dem Landesnetzwerk ausgerichteten Tagung „Schule und Bürgerengagement“ in Stuttgart das Thema sehr prominent aufgegriffen und sich zusammen mit zahlreichen anderen Städten in den Arbeitsgruppen und Foren mit Vorträgen und Diskussionsbeiträgen beteiligt.

Als Generalthema ist das Thema demografischer Wandel und daraus resultierende Herausforderungen und Gestaltungschancen für die Städte ein kontinuierlich mitgedachter Themenkomplex in der Arbeit des Städtetages.

Das Interesse des Städtetages galt darüber hinaus der Frage, auf welche Weise die Verwaltungsspitze der Städte und vor allem die unterschiedlichen Fachbereiche der Kommunalverwaltungen bürgerschaftliches Engagement fördern und wie sie sich zu diesem gesellschaftspolitischen Schwerpunkt positionieren. Ein Schwerpunkt befasste sich mit den Möglichkeiten speziell der Stadträtinnen und Stadträte bei der Förderung und Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements.

### **Corporate Citizenship**

Dieses Thema wird vom Städtetag als durchaus wichtig eingeschätzt. Das wird dadurch unterstrichen, dass das Thema im September 2006 in einem Werkstattgespräch in Geislingen und weiteren Veranstaltungen und Aktivitäten aufgegriffen wird.

## **Methodische Vorgehensweisen im Städtetag**

Die Förderpolitik des Städtetages entfaltet sich auf mehreren Ebenen durch:

- die gezielte Ansprache von Zielgruppen (Migranten, Unternehmen, Schülerinnen und Schüler, Senioren etc.) für bürgerschaftliches Engagement und entsprechender Themenauswahl (Integration, Barrierefreiheit; Corporate Citizenship, demografischer Wandel, Anerkennungskultur)
- die Entwicklung von Instrumenten zur Förderung des BE (in landesweiten Tagungen, Werkstattgesprächen und im Rahmen Kommunalen Entwicklungsbausteine),
- Recherchen im Dienste der Mitgliedsstädte. Beispiel: Im Rahmen von Recherchen im Netzwerk wurden 2005 für die Mitgliedsstädte Nachforschungen zu „Versicherungsschutz im Engagement“, „Bürgerschaftliches Engagement in Kindertagesstätten“ und „Dialog der Generationen“ durchgeführt. Die Recherchen sind auf eine Woche begrenzt und liegen den Mitgliedsstädten innerhalb kürzester Zeit als Handout vor.
- Konkrete Beratung vor Ort zum Aufbau von tragfähigen Strukturen des BE-Prozesses. Dabei wird bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsthema und Arbeitsmethode nachhaltig in die Facharbeit von Kommunen integriert.

Diesen Anliegen wird vorrangig auch im Rahmen von Städtetreffen und Werkstattgesprächen sowie spezifischen Vor-Ort-Terminen der Fachberatung und gemeinsamen Veranstaltungen mit den anderen kommunalen Netzwerken Rechnung getragen.

Darüber hinaus liegt dem Städtetag daran, zu aktuellen thematischen Schwerpunkten über das Landesnetzwerk BE hinaus den Dialog mit Initiativen und Netzwerken anderer Bundesländer zu führen und den baden-württembergischen Weg außerhalb des Landes zu vermitteln.

## **Veranstaltungen**

Die genannten Themen sind aus Sicht des Städtetages zukunftsrelevante gesellschaftliche Themenfelder, die nicht im Rahmen einer Tagung gelöst, aber im Blick auf kreative Lösungen in den Städten wesentlich befruchtet werden können.

Dies geschieht hauptsächlich durch zwei sich ergänzende Veranstaltungstypen:

- die Städtetreffen, die sich an die Bürgerinnen und Bürger, Politik, Verwaltung, Fachkräfte und Unternehmen richten und eine neue Qualität des Diskurses ermöglichen durch praktische Beispiele bürgerschaftlichen Engagements und die Ansprache neuer Zielgruppen sowie den Austausch mit Verantwortungsträgern wie bspw. Amtsleiterinnen und Amtsleitern, mit denen ein Austausch über den möglichen Ertrag gepflegt und denen die Anerkennungswürdigkeit der praktischen Beispiele vermittelt wird.
- die Werkstattgespräche, die sich speziell an Fachkräfte richten und die in den Städtetreffen behandelten Themen wieder aufnehmen und reflektieren, mit welchen Instrumenten das Engagement für die je angesprochene Zielgruppe weiter gefördert werden kann. Hier stehen zum Thema vorrangig auch Situationsschilderungen aus den Mitgliedsstädten an, die jeweils unterschiedliche Modelle und Konzepte in Umsetzung haben. Best-practice-Lösungen inspirieren zur Neuentwicklung von Instrumenten, die wiederum in weitere Städtetreffen eingebracht werden können.

In den Städtetreffen wurden u. a. am 28.09.04 in Filderstadt das Thema Integration und Migration intensiv bearbeitet und mit Praxisbeispielen belegt. (siehe Punkt A.3.2.1). Das Städtetreffen in Offenburg am 06.10.05 lotete die Möglichkeiten von Bürgerverantwortung in der modernen Kommune an zahlreichen Beispielen aus und zeigte die Grundlagen für eine gelingende Bürgerbeteiligung auf.

Eine wichtige Funktion haben aus Sicht des Städtetages die Vor-Ort-Termine der Fachberatung in den Mitgliedsstädten. Diese finden zu konkreten Anlässen statt, das heißt, es besteht Beratungs- und Kommunikationsbedarf der Fachkräfte, bspw. im Zusammenhang mit der Beantragung oder Umsetzung kommunaler Entwicklungsbausteine.

Der Städtetag begrüßt auch die inzwischen intensivere Kooperation der kommunalen Netzwerke untereinander, die in gemeinsam durchgeführten Veranstaltungen ihren Ausdruck findet.

### **Rolle der Fachberatung**

Der Fachberatung des StädteNetzWerks wird seitens des Städtetages große Bedeutung beigemessen, da sie der BE-Förderung und damit der Entwicklung der Bürgergesellschaft in den Städten wesentliche Impulse verleiht. Sie stellt aus

Sicht des Städtetages eine qualifizierte Anlaufstelle für die Mitgliedsstädte im StädteNetzWerk und für weitere Interessenten dar.

Die Fachberatung hält kontinuierlich Kontakt zu den Fachkräften in den Mitgliedsstädten, die im Wesentlichen trotz schwieriger Finanzlage seitens der Mitgliedskommunen aufrechterhalten werden.

Eine weitere anspruchsvolle Aufgabe der Fachberatung liegt in der Konzeption und Umsetzung kommunaler Entwicklungsbausteine. In diesem Zusammenhang sieht der Städtetag auch einen Bedarf an Wirkungsanalysen von Programmen, Instrumenten und Projekten, welche die Fachberatung im Einzelnen nicht leisten kann, sondern im Rahmen einer abgestimmten wissenschaftlichen Begleitung erfolgen müsste.

Insgesamt liegt dem Städtetag daran, sowohl die Fachstellen für bürgerschaftliches Engagement als auch die Fachberatung zu erhalten und zu stärken. Aus diesem Grunde hat der Städtetag die Fachberatung unter dem eigenen Dach angesiedelt.

### **Fokus StädteNetzWerk**

Das seit dem Jahre 1999 bestehende StädteNetzWerk hatte aus Sicht des Städtetages in einer ersten Phase die Aufgabe, einzelne relevante Themen in den Blick zu nehmen, inzwischen jedoch sei durch die weitere Entwicklung ein großes Themenspektrum in Arbeit, mit dem kompetent und flexibel gearbeitet werden kann. Auch im Berichtszeitraum erfolgten weitere Neuzugänge ins StädteNetzWerk, die zum Ausbau des Netzwerkes beitragen.

Wichtiger Hintergrund für diese positive Entwicklung ist aus Sicht des Städtetages, dass das Land und die kommunalen Landesverbände durch die verlängerte Kooperationsvereinbarung unterstreichen, dass es sich bei den Netzwerken nicht um temporäre sondern kontinuierliche Einrichtungen der BE-Förderung handelt.

Der Städtetag hebt hervor, dass die kommunalen Netzwerke sowohl füreinander als auch für das Landesnetzwerk bedeutende Leistungen erbringen, indem sie bspw. auf Tagungen den baden-württembergischen Weg der Engagementförderung darstellen und vertreten.

### **Kooperation der Landesverbände**

Die Zusammenarbeit zwischen den Landesverbänden bei der Förderung bürgerschaftlichen Engagements wird als konstruktiv betrachtet. So erfolgte im Berichtszeitraum eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Gemeinденetzwerk zum Thema „Bürgerstiftung“ in Schramberg.

Der Städtetag beobachtet, dass jedes der Netzwerke inzwischen seine eigene Identität ausgebildet und seine Rolle gefunden hat. Alle drei Netzwerke sind für die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements im Lande gleichermaßen wichtig und üben ein konstruktives Neben- und Miteinander aus, in welchem jedes Teilnetzwerk einen bestimmten Bereich abdeckt, sowie eine bestimmte Arbeitsweise kultiviert hat. Der Städtetag begrüßt den regen Austausch der Fachberaterinnen und Fachberater der Netzwerke untereinander, der sich auch in der Präsenz auf den Veranstaltungen der je anderen Netzwerke zeigt.

### **Kooperation mit Anlaufstellen**

Der Städtetag sieht insbesondere Kooperationen mit Anlaufstellen als weiterführend an, da diese unter den Voraussetzungen eines vielfältigen Arbeitsansatzes sowohl in die kommunale Verwaltung hineinwirken und ein Wissen über Engagementfelder gewinnen als auch dem Thema des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort großes Gewicht verleihen können. Die am 22.04.04 erfolgte Veranstaltung mit MP Teufel über Anlaufstellen und die gemeinsame Erklärung wird als hilfreich betrachtet. Die Bilanz der Anlaufstellen ist in doppelter Weise positiv: sie werden in der Öffentlichkeit wahrgenommen und unterstützen vielfach bestehende BE-Prozesse; darüber hinaus werden sie auch nach innen in die Verwaltung hinein sichtbar und deshalb beziehen sich auch die einzelnen Ämter wieder auf die Anlaufstelle.

Dass die Landespolitik den Anlaufstellen oder kommunalen Fachstellen (die in Baden-Württemberg nicht identisch sind mit Freiwilligenagenturen) einen so hohen Stellenwert beimisst, ist aus Sicht des Städtetages charakteristisches Element des baden-württembergischen Weges und stellt auch ein Identifikations- und Imagemerkmale dar.

## **Bundesweite (und europaweite) Kooperationen**

Der Städtetag verfolgt sehr aufmerksam die Aktivitäten der anderen Bundesländer bei der BE-Förderung und arbeitet u. a. in der Arbeitsgruppe demografischer Wandel des BBE mit. Der Landesverband ist dem Bundesnetzwerk BE beigetreten und ist — als einer der wenigen kommunalen Vertreter — mit Stimmrecht im Koordinierungsausschuss des BBE vertreten. Die Mitarbeit in den Projektgruppen des BE wird vor allem auch deswegen als wichtig angesehen, weil die kommunale Perspektive im Bundesnetzwerk generell noch stark unterrepräsentiert ist.

Zu beobachten ist, dass sich inzwischen alle Länder um das BE-Thema kümmern und nach Wegen gesucht wird es umzusetzen. Dabei stellt der baden-württembergische Ansatz hauptsächlich durch seine kommunale Verankerung und die kommunalen Fachkräfte weiterhin einen sehr fortgeschrittenen Ansatz dar, wobei auch in anderen Ländern mit sehr unterschiedlichen Herangehensweisen gute Ansätze verfolgt werden. Aus Sicht des Städtetages steht fest, dass sich insgesamt die Engagementkultur in den Ländern verändert, wenn von Landesseite jemand glaubwürdig dahinter steht, der für eine nachhaltige Entwicklung sorgt. Der Austausch mit anderen Bundesländern wird als wichtig angesehen. Dies geschieht auch im Rahmen der seitens des BMFSFJ veranstalteten halbjährlichen Länder-Treffen, ebenso wie ein Austausch auf Landesebene darüber, was in anderen Bundesländern geschieht.

Insgesamt wird die Struktur der BE-Förderung gerade in Baden-Württemberg als vorbildlich angesehen, weil hier die kommunalen Netzwerke, die Fachberaterinnen und Fachberater der Netzwerke – und in Bezug auf das StädteNetzWerk besonders auch die Fachstellen in den Mitgliedsstädten eine besondere Förderstruktur für den BE-Prozess darstellen.

## **Kooperation mit der Landesregierung**

Aus Sicht des Städtetages leistet das Land mit der finanziellen und auch nachhaltigen politischen Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements und des Landesnetzwerks BE wichtige Grundlagenarbeit für ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg. Auch die klare Positionierung der Landesregierung in der Koalitionsvereinbarung vom April 2006 zum Thema BE wird als positives Zeichen zur Kenntnis genommen.

Ohne die nachhaltige und konsequente Förderung des Landes hätte der jetzige Stand alleine aus Mitteln des Verbandes nicht erreicht werden können. Der Unterstützung durch das Land kommt nach Meinung des Städtetages auch für die weitere Entwicklungsphase in Baden-Württemberg eine entscheidende Bedeutung zu.

Darüber hinaus bringt der Städtetag zum Ausdruck, dass sich die interministerielle Zusammenarbeit weiter positiv entwickelt hat. Dies zeige sich u. a. in der gesteigerten Wahrnehmung des Themas BE durch die anderen Ministerien des Landes. Auch die interministerielle Kooperation anlässlich der gegenwärtigen Vorbereitung der Tagung des „Forum Landesnetzwerk“ zum demografischen Wandel stelle ein gutes Beispiel interministerieller Kooperation dar. Die interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) ist aus Sicht des Städtetages auch als Zeichen der institutionalisierten Zusammenarbeit bedeutsam.

### **Qualifizierung**

Der Städtetag sieht das Mentorenprogramm weiterhin als ein Schlüsselinstrument der Qualifizierung des bürgerschaftlichen Engagements an. Die an den Kursen teilnehmenden Personen werden befähigt, eine „Türöffnerfunktion“ bei der Weiterentwicklung des Engagements in den Kommunen auszuüben. Besonderes Augenmerk ist deshalb darauf zu legen, dass die qualifizierten Mentorinnen und Mentoren jeweils vor Ort mit ihren Aktivitäten ansetzen und sich in ein Wirkungsfeld integrieren, um bürgerschaftliches Engagement im Sozialraum zu fördern. Als wichtig wird die Teilnahme der Mentorinnen und Mentoren in den Mitgliedsstädten an den Städtetreffen angesehen.

Seitens des Städtetages wird eine Evaluation des Mentorenprogramms empfohlen, um Erkenntnisse über Wirkungen des Programms und Engagements der Mentorinnen und Mentoren zu erhalten, um damit eine Entscheidungsgrundlage zu gewinnen.

### **Anerkennungskultur**

Anerkennungskultur bleibt aus Sicht des Städtetages ein Schlüsselinstrument zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Oftmals haben sich die Fachkräfte zu Motoren der örtlichen Anerkennungskultur qualifiziert und lokale Koordinierungsgremien gegründet. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Motivation von Engagierten und zur Übernahme von Verantwortung für das Gemeinwesen.

### **Rolle des Steuerungsverbundes**

Die Netzwerke sind organisatorisch eigenständig und durch übergreifende Gremien wie den Steuerungsverbund (vgl. Punkt A.3.2) vernetzt. Der Städtetag sieht durch das Organ des Steuerungsverbundes die Arbeiten ausreichend koordiniert. Auch die Klausuren werden nachdrücklich begrüßt.

### **Ausblick**

Der Städtetag wird bei den thematischen Schwerpunktsetzungen weiterhin großes Gewicht auf die Rückkopplung mit den Mitgliedsstädten legen. Perspektivisch wird dem Thema Schule und Bürgerengagement und in diesem Zusammenhang auch dem Jugendbegleiter-Programm Bedeutung beigemessen. Im März 2006 wurde darüber ein erstes Werkstattgespräch mit dem zuständigen Leiter aus dem Kultusministerium geführt. Dies führte dazu, dass das Kultusministerium die Partner aus dem Landesnetzwerk BE in die Anleitung zur Umsetzung des Jugendbegleiters (Rahmenkatalog) aufgenommen hat.

Zukünftig sieht der Städtetag vor allem eine wissenschaftliche Begleitung als erforderlich an, die hinsichtlich themen- und zielgruppenbezogener Initiativen und Projekte eine solide Wirkungsanalyse von Entwicklungsprozessen betreibt, um die durch den Städtetag mit angestoßenen Entwicklungen genauer zu beobachten. Der Städtetag selbst kann aufgrund seiner Beratungsfunktion solche Evaluationsaktivitäten vieler gut laufender (und auch dem Städtetag teils unbekannt) Projekte im Einzelnen aus Kapazitätsgründen nicht leisten. Das Interesse, insgesamt Projekterfahrungen des bürgerschaftlichen Engagements aus dem ganzen Land nach bestimmten Themen zu sichten, wird seitens des Städtetages nachdrücklich geäußert. Eine bisher sporadische und zufällige Rückkopplung des Städtetages mit laufenden Projekten sollte systematisiert werden, um Projekte gezielt auch in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und öffentliches Interesse für ähnliche Aktivitäten zu wecken.

### **Kontakt**

Städtetag Baden-Württemberg Königstraße 2 70173 Stuttgart	
<b><i>Ansprechpartnerin:</i></b>	<b><i>Ansprechpartner / Fachberatung:</i></b>
Agnes Christner Tel.: 0711/22921-30 email: agnes.christner@staedtetag-bw.de	Dr. Ralf Vandamme Tel.: 069/850-93631 Fax: 0711/22921-42 email: ralf.vandamme@staedtetag-bw.de



## 2.2.2 Schwerpunktsetzungen des Gemeindetags

### Überblick

Der Gemeindetag Baden-Württemberg sieht für den Berichtszeitraum große Erfolge bei der Entfaltung des bürgerschaftlichen Engagements in den Mitgliedsgemeinden des Gemeinденetzwerks aufgrund vielfältiger Lernprozesse. Diese betreffen sowohl die Gewinnung von Engagierten und ihre optimalen Entfaltungsmöglichkeiten auf den verschiedensten Engagementfeldern als auch die angemessene Würdigung des Engagements.

Von großer Bedeutung ist die inzwischen erreichte Vernetzungsfähigkeit des Gemeinденetzwerkes mit unterschiedlichen Initiativen zu Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Schließlich legt der Gemeindetag Wert darauf, im Rahmen der angestrebten Vernetzungsaktivitäten die kommunalen Einrichtungen (Kindergarten, Schule, Seniorenheime, Pflegeheime) und die kommunale Vereinswelt einzubeziehen.

Bürgerschaftliches Engagement stellt ein wertvolles Gut des Gemeinwesens und seiner Einrichtungen dar und sollte nach Auffassung des Gemeindetages als Arbeitsprinzip in der Bürgerkommune verankert werden, wobei darauf zu achten ist, dass das Engagement nicht instrumentalisiert und zum Lückenbüßer gemacht wird. Vielmehr geht es um eine sinnvolle Vernetzung zwischen kurzfristig projektartigem und langfristigem Engagement, wie es bspw. in der Pflege erforderlich scheint. Es gilt an der selbstverständlichen Gesellschaftsfähigkeit von bürgerschaftlichem Engagement weiterzuarbeiten, in dem Sinne, dass Vorlesen im Kindergarten ebenso dazugehört wie Handballspielen im Sportverein und über beides gleich attraktiv und auskunftsfreudig in allen gesellschaftlichen Arenen kommuniziert wird.

### Schwerpunktthemen

Im Berichtszeitraum stellten die Themen demografischer Wandel und Bildung wichtige Themenschwerpunkte des Gemeindetages dar, die auch bei der Jahrestagung eine wichtige Rolle spielten. Darüber hinaus ist dem Gemeindetag die Verstetigung des bürgerschaftlichen Engagements – und zwar in allen Altersgruppen, mit besonderer Berücksichtigung der Engagementpotenziale der größer gewordenen Gruppe der jungen Alten ab 55 Jahren – ein besonderes Anliegen.

Im Zentrum des Themas Bildung stand der Bildungsort Schule und hier speziell das neue Modellprojekt des Jugendbegleiters, das wesentlich auf Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements aufbaut. Hier wird es aus Sicht des Gemeindetages zentral darum gehen, mit dem Jugendbegleiter die Schule noch stärker im Gemeinwesen zu verorten. In diesem Zusammenhang verfolgt der Gemeindetag die Absicht, das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement in den Schulen produktiv mit den vorhandenen Strukturen des Gemeinnetzwerkes zu verknüpfen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Gemeindetages stellte im Berichtszeitraum das Thema Familienfreundlichkeit und der Aufbau familien- und kinderfreundlicher Betreuungsstrukturen dar. Hier wurde das Augenmerk sowohl auf Familien mit Kleinkindern als auch Kindergarten- und Schulkindern gelegt und die Öffnung von Einrichtungen wie Kindergarten und Schule für betreuungsfreundliche Strukturen und die Beteiligung bürgerschaftlichen Engagements gefördert.

Schließlich findet sich beim Gemeindetag das Thema demografischer Wandel und das Zusammenleben der Generationen auf der ständigen Agenda für eine zukunftsfähige generationenübergreifend kooperierende Gemeinde. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements für pflegebedürftige Menschen in und außerhalb von Pflegeeinrichtungen. Der Gemeindetag fördert dazu auch Vernetzungen von Initiativen im Gemeinnetzwerk mit dem Bela-Projekt (siehe Punkt B.2), dessen Evaluation das ganze Spektrum an Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements in Einrichtungen der Pflege verdeutlicht. Es bedarf aus Sicht des Gemeindetages jedoch weiterer großer Anstrengungen im Blick auf die Ausgestaltung der Rolle von ehrenamtlich Engagierten in Pflegeheimen und die sich ergänzenden Aufgabenwahrnehmungen von freiwillig und hauptamtlich Tätigen. Bedeutsam ist weiterhin die gelingende Einbindung von Pflegeeinrichtungen und Wohngruppen sowie familiär lebender pflegebedürftiger Menschen in das Gemeinwesen, um einer Verinselung und Isolation entgegenzuwirken, sowie die Vernetzung mit der Angehörigenarbeit in den Blick zu nehmen.

Derzeit wird zusätzlich dem Thema Bürgerstiftungen und einer entsprechenden, die Aufmerksamkeit für Bürgerstiftungen erhöhenden Öffentlichkeitsarbeit große Bedeutung beigemessen. Ziel ist, Bürgerinnen und Bürger für diesen neuen Stiftungstyp zu gewinnen und aufzuklären über die verschiedenen Formen von Bürgerstiftungen und ihre rechtliche Rahmung. Ein besonderes Anliegen des Gemeindetages galt der Einbindung des Stiftungsgedankens und der Bürgerstiftungen in das konkrete Gemeindeleben. Dabei macht es aus Sicht des

Gemeindetages Sinn, Bürgerstiftungen in das gesamte Geschehen des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements zu integrieren und entsprechendes Know How zu vermitteln, sowie Best-practice-Beispiele darzustellen, um Lerneffekte zu erzielen.

Die genannten Schwerpunktthemen werden den Gemeindetag mittel- und langfristig beschäftigen.

### **Corporate Citizenship**

Der Gemeindetag unterstützt das im Landesnetzwerk laufende Projekt Unternehmen BE und tritt für eine stärkere Wahrnehmung des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagement und des Modellprojekts in der Öffentlichkeit ein. Insbesondere sieht der Gemeindetag Möglichkeiten, die eigenen relevanten Themen wie bspw. den Themenschwerpunkt Familienfreundlichkeit und Kinderbetreuung mit dem Modellprojekt zu verbinden. Dafür bestehen inzwischen nach Auffassung des Landesverbandes gute Voraussetzungen, da Familienfreundlichkeit als Standortfaktor zunehmendes Gewicht bekommt.

### **Methodische Vorgehensweisen im Gemeindetag**

Der Gemeindetag setzt darauf, an bestehende Strukturen und Prozesse des bürgerschaftlichen Engagements bei der Weiterentwicklung desselben anzuknüpfen und kreative Vernetzungsaktivitäten zu betreiben.

Wichtiges Ziel des Gemeindetages ist darüber hinaus, für die Mitgliedsgemeinden wichtige Themen aufzugreifen und ihnen die Methoden und Herangehensweisen zur Weiterbearbeitung der Themen vor Ort an die Hand zu geben.

Dabei ist für den Gemeindetag von Belang, dass auf den von ihm ausgerichteten Tagungen aus den Gemeinden Akteure aus unterschiedlichen Funktionsbereichen präsent sind und sich sowohl (Ober-)Bürgermeisterinnen und -meister, Mandatsträgerinnen und -träger, Amtsleiterinnen und Amtsleiter sowie Engagierte, z.B. Elternbeiräte einfinden, die an den Diskussionsrunden und Foren teilnehmen. Dies ermöglicht sowohl Diskussionen unterschiedlicher Rollenträger untereinander als auch Kommunikation unter Akteuren mit gleichen Funktionen, also bspw. Kommunikation unter Amtsleiterinnen und Amtsleitern verschiedener Gemeinden über Best-practice-Beispiele bürgerschaftlichen Engagements.

Dabei achtet der Gemeindetag bei der Ansprache seiner Zielgruppe auf einen Mix aus persönlicher Beratung und Veranstaltungen. Die persönliche Beratung kann zu einem kommunalen Entwicklungsbaustein führen, während die Veranstaltungen sowohl praktische als auch fachliche Komponenten aufweisen.

### **Veranstaltungen**

Wichtige Veranstaltungen des Gemeindetages sind die Jahrestagungen, die große Foren zur Bearbeitung von Themenschwerpunkten und des kommunikativen Austausches einer Vielzahl von Gemeinden und Akteuren mit unterschiedlichen Rollen und praktischen Erfahrungen darstellen.

Die Jahrestagung 2004, die im Herbst in Weinstadt stattfand, beschäftigte sich mit dem Thema Bürgerstiftungen und Corporate Citizenship.

Im Jahre 2005 wurde in Schramberg eine Jahrestagung zum Thema Bürgerstiftungen in Kooperation von Gemeinde- und Städtenetzwerk durchgeführt.

Im Jahre 2006 standen der demographische Wandel, insbesondere mit Blick auf den ländlichen Raum sowie das Thema Bildungsort Schule im Zentrum der Jahrestagung, mit Grundsatzreferaten der Staatssekretärin des Landwirtschaftsministeriums zum demographischen Wandel und des Kultusministers zum Schwerpunktthema Jugendbegleiter als Form des bürgerschaftlichen Engagements am Bildungsort Schule.

Ebenso 2006 ist eine Tagung zum demographischen Wandel in Vorbereitung, die von den kommunalen Landesverbänden und der Stabsstelle BE, sowie Verbänden ausgerichtet wird.

Der Gemeindetag hat in Zusammenarbeit mit dem Gemeinденetzwerk 2006 zwei neue Veranstaltungsarten kreiert, welche die bisherigen Fachgespräche ergänzen. So bieten die Veranstaltungsreihen „BE aktuell“ und „BE konkret“ unter dem Motto „Das Gemeinденetzwerk kommt zu Ihnen“ Veranstaltungen zu Themen an, die, wie bspw. das Jugendbegleiter-Programm, aktuell diskutiert werden, oder zu solchen Themen, die in den Mitgliedsgemeinden konkret anstehen (siehe Punkt A.2.2.2). Die Veranstaltungsreihe BE aktuell hatte ihren Auftakt am 20.09.06 in Welzheim.

### **Fokus Gemeindefnetzwerk**

Der Gemeindeftag schätzt die für den Berichtszeitraum 2004/2005 sichtbar werdenden Entwicklungen im Gemeindefnetzwerk sehr positiv ein, insbesondere vor dem Hintergrund steigender Mitgliedszahlen. Die Zahl der Mitgliedskommunen ist in diesem Zeitabschnitt von 52 auf 83 Gemeinden (Stand Juli 2006) angestiegen, wobei der Gemeindeftag diese Entwicklung als qualitatives Wachstum versteht. Neue Mitgliedsgemeinden finden Anschluss an das Gemeindefnetzwerk über die qualifiziert vorbereiteten Themen und Tagungen, auf denen Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden (Mandatsträger, Engagierte etc.) auf die Arbeit des Netzwerks aufmerksam werden. Diese Multiplikatorenwirkung nimmt zu, da die bearbeiteten Themen die Zukunftsfähigkeit und Attraktivität jeder Gemeinde des Landes tangieren.

### **Kooperation der Landesverbände**

Die Kooperation der Landesverbände wird seitens des Gemeindeftages als sehr konstruktiv angesehen und manifestiert sich sowohl in der wechselseitigen Beratung über wichtige Themenschwerpunkte als auch gemeinsamen Tagungen. Der Steuerungsverbund stellt nach Auffassung des Gemeindeftags ein entscheidendes zusammenführendes Gremium dar. Lediglich mit Blick auf die Arbeitsweise wird seitens der kommunalen Landesverbände eine straffere Behandlung von Themen als erforderlich angesehen.

### **Bundesweite (und europaweite) Kooperationen**

Der Gemeindeftag informiert sich laufend über die Entwicklungen der BE-Förderpolitik und -programme in den anderen Bundesländern, macht jedoch auf den verschiedenen bundesweiten Foren auch die Erfahrung, dass Baden-Württemberg mit seiner im Laufe von inzwischen zehn Jahren gewachsenen Förderstruktur auch bundesweit als Vorzeigeland angesehen wird.

Überlegenswert erscheint dem Gemeindeftag, das in Rheinland-Pfalz entwickelte ansprechende Zertifikat für Engagierte auch in Baden-Württemberg einzuführen und als Element einer weiter zu entwickelnden Anerkennungskultur bürgerschaftlichen Engagements aufzugreifen.

Auf europäischer Ebene, bspw. im gemeinsamen Europabüro der kommunalen Landesverbände wurde das Thema bürgerschaftliches Engagement bisher wenig exponiert und dominiert die Diskussion über EU-Richtlinien. Gerade deshalb

sieht es der Gemeindetag perspektivisch als wichtig an, Einsicht zu bekommen in das Engagement und die Förderpolitik der anderen europäischen Länder.

### **Kooperation mit der Landesregierung**

Aus Sicht des Gemeindetages sollte weiter angestrebt werden, bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsthema in allen Ressorts zu verankern, die ihre in den unterschiedlichen Abteilungen angesiedelten Aufgabengebiete daraufhin prüfen, in wie weit sie an Themen und Prozesse des bürgerschaftlichen Engagements anknüpfbar sind.

Im Blick auf das Landesparlament sieht der Gemeindetag das Thema BE-Förderung eher randständig positioniert an, während es bei der Landesregierung der jetzigen und vorhergehenden Legislaturperiode einen gleichermaßen hohen Stellenwert einnimmt.

### **Qualifizierung**

Das Mentorenprogramm wird seitens des Gemeindetages als ein seit mehreren Jahren erfolgreich laufendes Programm angesehen, das auch in den Gemeinden eine positive Resonanz findet. Es wird als wichtig angesehen, das Programm (möglicherweise und gerade über das Landesnetzwerk hinaus) bekannt zu machen und ein entsprechendes Marketing zu betreiben.

Allerdings sollte der (als abschreckend empfundene) Begriff der „Qualifizierung“ durch eine attraktivere Formulierung im Sinne von „Information und Austausch“ ersetzt werden. Auch der Mentorenbegriff, der oft in den Gemeinden nicht unmittelbar verstanden wird, lasse sich durch den anschaulicheren Begriff des „Kümmerers“ ersetzen. Generell sieht der Gemeindetag das Erfordernis einer weniger akademischen und dafür mehr verständlichen Sprache, in welche über bürgerschaftliches Engagement kommuniziert wird.

Ein besonderes Anliegen ist dem Gemeindetag die Weiterbildung von hauptamtlich Beschäftigten in den Rathäusern und Landratsämtern sowie von Mandatsträgerinnen und -trägern, in denen die oben erwähnten Kernthemen des Gemeindetages behandelt werden und jeweils der Bezug zum bürgerschaftlichen Engagement hergestellt wird. Ziel dabei ist die Vernetzung von in Projekten und Initiativen Engagierten mit öffentlichen Mandatsträgerinnen und -trägern sowie der öffentlichen Verwaltung. Dazu sollten aus Sicht des Gemeindetages weniger

gezielte Module der Weiterbildung als ganz praktische Beispiele, an denen man unmittelbar lernen kann, an passender Stelle zum Einsatz kommen. Nicht ausschließlich nur Wissenstransfer, sondern „Haltungen“ sind nach Auffassung des Gemeindetages entscheidend bei der Förderung und Entfaltung des bürgerschaftlichen Engagements.

### **Anerkennungskultur**

Die Pflege und Weiterentwicklung der Anerkennungskultur stellen für den Landesverband ein wichtiges und kontinuierlich zu behandelnde Thema dar. Neu sind die Steckbriefe, die jedes Mitglied im Gemeindennetzwerk präsentieren und über Projekte, Schwerpunkte und Ansprechpartner/innen in den Gemeinden berichten. Diese Steckbriefe, die auch von hohem informativem Wert für die Gemeinden untereinander sind und eine Best-practice-Sammlung darstellen, können als Teil der Anerkennungskultur verstanden werden. Sie sind auf der Homepage des Gemeindetages abrufbar.

Weiterhin erscheint dem Gemeindetag eine zielgruppenorientierte Anerkennungskultur wichtig, die durchaus am Lifestyle bestimmter Engagiertengruppen ausgerichtet, ohne dadurch die klassischen Anerkennungskulturmodelle aus dem Auge zu verlieren. Jugendliche, die sich in einem jes-Projekt engagieren, wünschen eine andere Form der Anerkennung als vermutlich ältere Engagierte, die freiwillige Tätigkeiten in einem Pflegeheim ausüben. Ein wichtiges Forum für die Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements stellen aus Sicht des Gemeindetages die Tagungen des Landesverbandes dar, auf denen viele Projekte mitwirken, deren Akteure dann eine Würdigung in einem angemessenen Rahmen erfahren könnten.

Der Gemeindetag will sich künftig insbesondere um eine adäquate Anerkennungskultur für Engagierte bemühen, die sich für pflegebedürftige Menschen in und außerhalb von Pflegeeinrichtungen einsetzen.

### **Rolle des Steuerungsverbundes**

Der Gemeindetag erachtet die Sitzungen des Steuerungsverbundes als sehr sinnvoll, da in den entsprechenden Runden die Stabsstelle BE und die Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Landesverbände regelmäßig einen intensiven inhaltlichen und strategischen Austausch pflegen. Insofern stellt der Steuerungsverbund nach Auffassung des Gemeindetages ein unverzichtbares

zusammenführendes Gremium dar, dessen auch personelle Kontinuität schlüssige Weiterentwicklungen ermöglicht. Alle Teilnehmenden am Steuerungsverbund kommen bzgl. der bearbeiteten Themen auf den gleichen Stand. Darüber hinaus können bei ein und demselben Thema die unterschiedlichen Herangehensweisen bei der Bearbeitung verdeutlicht werden, je nachdem, ob diese Themen in einer kleineren Gemeinde, einer größeren Stadt oder einem Landkreis bearbeitet werden. Diese Multiperspektivität bei der Behandlung von Themen, basierend auf Strukturheterogenität der jeweiligen Gebietskörperschaften, wird als fruchtbar angesehen. Die Sitzungen des Steuerungsverbundes stellen darüber hinaus wichtige Vorbereitungsrunden für gemeinsame Veranstaltungen dar.

### **(Rechtliche) Rahmenbedingungen**

Der Gemeindetag begrüßt die Ergänzung des Versicherungsschutzes für engagierte Bürgerinnen und Bürger, bei der es sich um eine Ausfallbürgschaft des Landes handelt, falls keine vorgelagerten Versicherungssysteme greifen.

Darüber hinaus erkennt der Gemeindetag weitere Aufgaben bzgl. des Abbaus von Bürokratie für Vereine z.B. bei den Jahresbilanzen und den steuerlichen Auflagen. Dieses Thema muss aus Sicht des Landesverbandes von Expertinnen und Experten erneut im Hinblick auf praktikable Lösungsvorschläge aufgegriffen werden.

### **Ausblick**

Perspektivisch werden die Themen „Bildung und Schule“, „Kinderbetreuung und familienfreundliche Gemeinde“, „demografischer Wandel“ und „Corporate Citizenship“ wichtige Schwerpunktthemen darstellen.

Mit den vielfältigen Veranstaltungsformaten des Gemeinденetzwerks und den Steckbriefen zu den Mitgliedsgemeinden sieht der Gemeindetag gute Möglichkeiten des Austausches und der Übertragung gelungener Aktivitäten bürgerschaftlichen Engagements auf den unterschiedlichen Handlungsfeldern. Diese Entwicklung fördert gleichzeitig das angestrebte Ziel, bürgerschaftliches Engagement als Arbeitsprinzip in den verschiedenen Bereichen wie bspw. der Kinderbetreuung und dem Aufbau einer familienfreundlichen Gemeinde oder bei der Bearbeitung der Themen „Wohnen und Leben im Alter“ zu verankern und zu verstetigen.



Aus Sicht des Gemeindetages erfordern diese gesellschaftlichen Herausforderungen jedoch auch, dass die kommunalen Ämter die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements noch stärker als eine Querschnittsmaterie auffassen, die alle Abteilungen der Kommunalverwaltung betrifft. Zentrales Ziel des Landesverbandes bleibt die praxisorientierte Problembearbeitung.

Entscheidend bleibt in allen Bemühungen um die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und das zu diesem Zweck erforderliche Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure die kommunale Ausrichtung und damit konkrete Ortsbezogenheit aller Konzepte und Aktivitäten.

Desweiteren liegt dem Gemeindetag daran, das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement in seiner Diversität weiter zu fördern, die Freiwilligkeit des Engagements zu betonen und damit Vorsicht bzgl. einer zu intensiven Instrumentalisierung desselben walten zu lassen. Auch einer Monetarisierung des Engagements, wie sie tendenziell in einer zu intensiven Fokussierung auf finanziellen Entschädigungen Ausdruck findet, ist nach Auffassung des Landesverbandes vorzubeugen.

## Kontakt

Gemeindetag Baden-Württemberg Panoramastr. 33 70174 Stuttgart	Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) Buggingerstr. 38 79114 Freiburg	Berufsakademie Stuttgart Jägerstraße 56 70174 Stuttgart
<b>Ansprechpartnerin:</b>	<b>Ansprechpartnerin:</b>	<b>Ansprechpartner:</b>
Christiane Dürr Tel.: 07 11/2 25 72-20 email: christiane.duerr@gemeindetag -bw.de	Dr. Martina Wegner Tel. 0761/4 78 12-14 email: wegner@efh-Freiburg.de	Prof. Paul-Stefan Roß Tel.: 0711/1849-727 email: ross@BA-Stuttgart.de

## **2.2.3 Schwerpunktsetzungen des Landkreistags**

### **Überblick**

Der Landkreistag begrüßt und unterstützt das Konzept des Landesnetzwerks, die Wirkung staatlicher und kommunaler Leistungen durch eine verstärkte Einbeziehung der Bürgerschaft bei der Planung der lokalen und regionalen Entwicklung und bei der Leistungserbringung zu verbessern.

Dabei haben die Jahre der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg gezeigt, dass die entscheidende Voraussetzung für die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement (BE) die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen ist.

### **Alte und neue Schwerpunktthemen**

Die Interessen der Landkreise an der Förderung von BE liegen auf drei Ebenen:

Die Landkreise sind verantwortlich für Arbeitsfelder, die der Gesetzgeber bereits als bürgerschaftlich gestützte Arbeitsfelder definiert hat. Hierher gehörten z.B. die gesetzliche Betreuung durch Ehrenamtliche, Patientenfürsprecher, Heimfürsprecher, Ehrenamtliche im Denkmalschutz usw.

Ein zweites Interesse der Landkreise gilt der Sicherung der Versorgungsqualität im sozialen Bereich durch einen Personalmix von Hauptamt, ergänzenden, bezahlten Hilfskräften und unbezahlter Freiwilligenarbeit.

Ein drittes Interesse gilt der sozialraumorientierten Leistungserbringung.

Beide letztgenannten Anliegen lassen erkennen, dass der sozialplanerische Auftrag der Landkreise eng mit dem bürgerschaftlichen Auftrag verbunden ist.

Traditionelle Arbeitsfelder in der Altenhilfe mit hohen BE-Anteilen stehen nach wie vor im Mittelpunkt der Förderung in den Landkreisen, zumal sie durch den demografischen Wandel und die steigenden Kosten bei knapper werdenden Finanzmitteln neue Brisanz erhielten.

Dazu kommen neue Arbeitsfelder:

Im Berichtszeitraum haben zwei Entwicklungen in den Landkreisverwaltungen in die BE-Diskussion hineingewirkt: die Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe und die Rahmenbedingungen des Arbeitslosengelds II sowie die Verwaltungsstrukturreform, die neue Zuständigkeiten in der Eingliederungshil-

fe, der Landwirtschaft und Flurneuordnung, der Ernährung, bei den Schulen, beim Natur- und Umweltschutz und der Forstverwaltung sowie Aufgaben der Kriminalitätsprävention und im Gesundheitsbereich zu den Landkreisen brachte.

Damit sind die Chancen in den Landkreisverwaltungen, ressortübergreifend und vernetzt zu handeln, gestiegen. Die neuen Arbeitsgebiete haben zudem neue Formen des Bürgerengagements und neue Möglichkeiten seines Ausbaus gebracht.

Andererseits führte der Druck, die neuen Aufgaben schnell und erfolgreich anzugehen, immer wieder auch zu schwierigen Fragen der Abgrenzung. Als Beispiel seien die Schulen genannt, in denen traditionell unbezahlte Helfer aus der Elternschaft und der weiteren Bürgerschaft mitwirken und wo durch die Jugendbegleiter ein neues Verständnis für durch Geld ausgeglichenen Zeiteinsatz entsteht. Ein anderes Beispiel ist die mancherorts entstehende Konkurrenz zwischen den so genannten 1-Euro-Jobbern und kostenlos tätigem Ehrenamt.

### **Jugendbegleiter**

Im Jugendbegleiterprogramm sieht der Landkreistag grundsätzlich eine positive Öffnung der Schulen. In allen Landesteilen sind engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Verbänden, aber auch verbandsunabhängige Engagierte in Schulen tätig. Für Mentoren des bürgerschaftlichen Engagements sind Schulen immer schon ein wichtiges Handlungsfeld gewesen. Jedoch lässt sich das Konzept der Jugendbegleiter nach Auffassung des Landkreistags nicht nahtlos in die gemeinsam vom Land und kommunalen Netzwerken entwickelte Philosophie des unbezahlten Engagements einordnen. Die stundenweise Bezahlung der Jugendbegleiter in einer Höhe von 6 bis sogar 10 Euro entspricht nicht dieser Philosophie, die nur Auslagenersatz kennt.

Es ist vor Ort freiwillig Engagierten, die ohne monetäre Anerkennung arbeiten, nur schwer vermittelbar, dass neben ihnen vergleichbare Aufgaben finanziell anerkannt werden. Es geht darum, dem Eindruck entgegenzutreten, dass „bürgerschaftlich Engagierte verschiedener Klassen“ gewollt sind.

### **1-Euro-Jobs**

Die vor Ort tätigen Vertreter von Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement berichten von ersten Fällen der Verdrängung von Ehrenamtlichen durch 1-Euro-Job-Kräfte. Das Landkreisnetzwerk wird dem Nebeneinander von unbezahlten bürgerschaftlich Engagierten, von arbeitslosen „Wiedereinsteigern“ (1-Euro-Jobs,

Equal, Signet) und von „bezahlten Ehrenamtlichen“ (Jugendbegleiter, organisierte Nachbarschaftshilfe, Jugendleiter) in den kommenden Jahren besondere Aufmerksamkeit widmen.

### **Corporate Citizenship**

Der Landkreistag misst dem unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagement in den Landkreisen große Bedeutung bei.

Mit dem Thema Corporate Citizenship wird in den Landkreisen die Wirtschaftsförderung in die Handlungsfelder einbezogen. Für das Engagement von Betrieben eignen sich nach Auffassung der Landkreise beispielsweise die Versorgung von Kindern und die Vorbereitung der Älteren auf einen aktiven Ruhestand, Fragen der Unterstützung berufstätiger häuslich Pflegender oder die Zusammenarbeit mit der (Sucht-) Krankenhilfe, die Unterstützung von Schulen, der Berufsübergang.

### **Veranstaltungen und methodische Vorgehensweisen im Landkreistag**

Der Landkreistag unterstützt durch das Landkreisnetzwerk die Landkreise systematisch dabei, Ansprechpartnerinnen und -partner für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu benennen oder entsprechende Stellen zu schaffen, die als **Anlaufstellen** Zuständigkeiten bei der Förderung von BE übernehmen. Anlaufstellen sollen nach außen wirken, d.h. die Entwicklung engagierter Gruppen und weiterer Engagementfelder fördern. Aber sie sollen auch noch stärker als bisher nach innen wirken und die Kultur des BE in den Ressorts und als ressortübergreifendes Prinzip verankern. Dafür sind vorrangig auch die Landräte zu gewinnen, die mit einer überzeugten Grundhaltung die Amtsleitungen und Bediensteten der Fachbereiche motivieren, die Philosophie der Partizipation umzusetzen. Der Landkreistag ist der Auffassung, dass das Thema BE auch in der kommenden Zeit durch eine neue Offensive immer wieder neue Aufmerksamkeit in den Landkreisen erhalten sollte.

Ein wichtiges Augenmerk legt der Landkreistag auf die **Sozialraumorientierung** und in diesem Zusammenhang auf die Kooperation zwischen Kommunen und Landkreisen. Ziel ist die Förderung nähräumlicher Netzwerke, in denen bürgerschaftlich Engagierte mit Vereinen und Verbänden, kommunalen und Kreisämtern und weiteren Organisationen und Einrichtungen der Gebietskörperschaft zusammenarbeiten, gemeinsam Projekte und Prozesse entwerfen und umsetzen. Diese Kooperation erscheint im planerischen Bereich als eine besondere Herausforderung. Das Landkreisnetzwerk spricht deshalb in den

planerischen Abteilungen der Landratsämter die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Förderung des BE an. Dies betrifft sowohl die Jugend-, Alten- und Behindertenhilfeplanung als auch Planung im psychiatrischen und Gesundheitsbereich. Dabei geht es sowohl um die Produkt- und Projektplanung im „Mix“ von Professionellen, bezahlten Helfern und Freiwilligen als auch um den Prozess der „aktivierenden“ Planung bürgerschaftliche Gruppen und Netzwerke sowie die jeweiligen Betroffenengruppen in die Konzeptentwicklung und Umsetzung einzubeziehen. Als gelungenes Beispiel für eine solche kooperative Planung sieht der Landkreistag den Bereich der Altenhilfe an, in dem über viele Jahre Ansätze des BE und der Beteiligung umgesetzt werden konnten. Dies lässt sich beispielhaft am BELA-Projekt demonstrieren sowie bei der innovativen Umsetzung neuer Wohnformen für Seniorinnen und Senioren in Baden-Württemberg.

Praxisbeispiele können aus Sicht des Landkreistages die besten Impulse für die weitere Entwicklung von BE geben. Das Landkreisnetzwerk hat aus diesem Grund eine besondere Form der **Fachtage** entwickelt, bei denen planerische Themen aus den Kernbereichen der Landkreiszuständigkeit anhand beispielhafter Praxis in kollegialem Rahmen dargestellt, ausgewertet und systematisch erarbeitet werden.

In den letzten Jahren wurde diese Praxis an den Themenfeldern Jugendhilfe, Altenhilfe und Behindertenhilfe systematisch erprobt. Hier gelingt es, Vertreterinnen und Vertreter aus den unterschiedlichen Landkreisen zur Bearbeitung gemeinsamer Themen zusammenzuführen, sich austauschen und Vernetzungsmöglichkeiten für die künftigen Herausforderungen zu bearbeiten.

Dies gelang im Berichtszeitraum sowohl bei der Behandlung der Themen Eingliederungshilfe und Altenhilfe als auch beim Thema Jugendhilfe. Auf zwei Fachtagungen wurden Alten- und Jugendhilfe bewusst gemeinsam behandelt: Altenhilfefachberaterinnen und -berater der Landkreise stellten neue Konzepte und dadurch geschaffene Veränderungen im Bereich der Altenhilfe dar und es wurde geprüft, ob daraus Anregungen für den Bereich der Jugendhilfe resultieren können. Solche Veranstaltungen bringen nach Auffassung des Landkreisnetzwerks einen anregenden Dialog auch über erforderliche strukturelle Veränderungen in der Jugendhilfe in Gang und sollten beispielhaft fortgesetzt werden.

Als sehr wichtig betrachtet der Landkreistag weiterhin den erfolgten Austausch über Fragen der (auch verwaltungsinternen) Kooperation von Ämtern/

Abteilungen untereinander, um diese zu einer verstärkt vernetzten Aufgabenbewältigung zu motivieren. Der Landkreistag ist der Auffassung, dass sich gerade in der kooperativen Aufgabenbewältigung der Ämter sowie unter Berücksichtigung der Potenziale bürgerschaftlichen Engagements künftig neue Möglichkeiten der kooperativen und kreativen Problemlösung ergeben. Mit seinen Veranstaltungsreihen schafft das Landkreisnetzwerk interaktive Plattformen für einen weiterführenden Austausch. Dadurch konnte anschaulich demonstriert werden, welche Spielräume und Möglichkeiten die Fachebene in ihrem Alltagshandeln hat, wenn sie bürgerschaftliches Engagement nicht „übersieht“, sondern als einen festen Bestandteil berücksichtigt. Dies erfordert nach Auffassung des Landkreistages auch die Änderung von Verfahrensweisen: Die obligatorisch gewordene Delegation der Problemlösung an Experten und Einrichtungen mit dem Ziel, jeweils höchste Qualität zu garantieren, muss ergänzt werden durch eine Vorgehensweise, in der das koproductive Zusammenwirken von Professionellen und bürgerschaftlichen Initiativen und vor allem Erfahrungen gelingender Kooperation an Bedeutung gewinnt.

In diesem Rahmen erkennt das Landkreisnetzwerk die Notwendigkeit, den interessierten Landkreisen auch Verfahren zur Organisation von Beteiligungsprozessen an die Hand zu geben. Ab 2007 werden deshalb den Landkreisen **methodische Fachtage** als Ergänzung angeboten.

Dem interkollegialen Austausch dient der **Newsletter**, der regelmäßig die Anlaufstellen mit wichtigen Themen der Entwicklung in BE „bedient“. Regelmäßig stellt sich das Landkreisnetzwerk BE sowohl in den **Landkreisnachrichten**, als auch dem Verbandsorgan des Landkreistages Baden-Württemberg, dar.

Schließlich sieht der Landkreistag die jährlich stattfindenden **Reichenauer Tage** als wichtigen Beitrag zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in den Landkreisen an.

Die Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft haben einen festen Platz in der BE- Landschaft in Baden-Württemberg. Ziel ist es, Führungs- und Fachkräfte in den Landkreisen anzusprechen. Bei den Reichenauer Tagen wird durch interessante Referenten, aktuelle Themen und Gäste aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeitsarbeit der Gedanke der Bürgergesellschaft in breite Kreise hineingetragen.

Eine grundlegende Funktion sieht der Landkreistag schließlich in der kontinuierlichen und bedarfsorientierten individuellen **Beratung** der Landkreise bei der

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, die durch die Fachberatungen erfolgt.

Ein wichtiges Angebot der Landkreise ist die Qualifizierung freiwillig bürgerschaftlich Tätiger. Nach Auffassung des Landkreistages hat sich das **Mentorenprogramm** sehr bewährt. Es wird als sehr wertvoll beurteilt, dass die Mentorinnen und Mentoren in vielen Engagementfeldern ihre Aktivitäten entfalten und sowohl beim Aufbau eines Familienzentrums als auch im Bereich des BE in der Nachbarschaftshilfe und Altenpflege beratend und mitwirkend tätig sind. Angesichts der Laufzeit des Mentorenprogramms und der vielen geschulten Mentoren hält der Landkreistag eine Evaluation des Mentorenprogramms für die Weiterentwicklung wichtig.

Dasselbe gilt für den vom Land bezuschussten **Kurs Sozialmanagement**, mit dem ehrenamtlich tätige Mitglieder in den Leitungsfunktionen bürgerschaftlicher Initiativen angesprochen werden.

Vielfältige Angebote zur Qualifizierung und Unterstützung regionaler Initiativen vor Ort durch die Landkreise über ihre Anlaufstellen BE oder über regionale Bildungsträger werden vom Land nicht (mehr) gefördert. Auch hier könnte eine Evaluation nützlich sein.

Darüber hinaus spricht sich der Landkreistag dafür aus, das Wissen über die Erscheinungsformen, Motive und die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements sowie dessen Fördermöglichkeiten noch stärker als bisher in den Studiengängen der (Fach)Hochschulen zu verankern.

### **Gremien aus Sicht des Landkreistags**

Das Gremium **Steuerungsverbund** ist für die Besprechung wichtiger Konzepte und Themen sowie die zentrale Koordination der Förderaktivitäten des bürgerschaftlichen Engagements zentral. Der Steuerungsverbund und das **Forum Landesnetzwerk** haben sich als wichtige Schnittstellen hin zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in anderen Ministerien entwickelt. Vor allem die Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium ist hervorzuheben.

Die seitens des Steuerungsverbundes ins Auge gefassten Schwerpunktthemen werden vom Landkreistag unterstützt. Wünschenswert wäre, dass der Steuerungsverbund in BE-relevante Neuplanungen des Landes (Beispiel Jugendbegleiterprogramm, Lernbegleiterprogramm) früher und kontinuierlicher einbezogen wird.

## **Ausblick**

Aufgabe des Landkreistages und auch der Arbeiten im Landkreisnetzwerk wird aus Sicht des Landkreisnetzwerks sein, der Fachebene zu verdeutlichen, dass in einem modernen Sozialstaat dem Einbezug des bürgerschaftlichen Engagements bei der Aufgabenbewältigung eine entscheidende und nachhaltige Rolle zukommt. Der Landkreistag wird sich weiter darum bemühen, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass bürgerschaftliches Engagement als Thema deutlich stärker in den Institutionen der Ausbildung (Fachhochschulen, Hochschulen) verankert wird. Zentrale Aufgabe der Fachkräfte ist aus Sicht des Landkreistages, die Menschen in den betroffenen Lebenswelten mit einzubeziehen, um gemeinsam lebenswerte Sozialräume zu gestalten, die den Bedürfnissen der Menschen entsprechen.

Eine große Herausforderung sieht der Landkreistag in der Übertragung der gelungenen Strukturen in der Altenhilfe auf andere Bereiche, wie bspw. die Eingliederungs-, Jugend- und Behindertenhilfe. Hier wird dem Landkreisnetzwerk und auch dem Gemeindenetzwerk eine wichtige Funktion beigemessen, gleichfalls einen „Paradigmenwechsel“ auf diesen schwierigen Feldern mit zu gestalten. Dabei bleibt aus Sicht des Landkreistages unbestritten, dass in den Planungsfeldern Fachkonzepte und Fachlichkeit einen unverzichtbaren Bestand haben werden, auch wenn die Bedeutung sozialer Netzwerke zunehmen. Diese neuen Kombinationsformen von Fachlichkeit und bürgerschaftlichem Engagement in den verschiedenen Bereichen von Kinder- und Jugendhilfe, offener Jugendarbeit oder auch Naturschutz gilt es zu gestalten. Die im Landkreisnetzwerk angesiedelten Kompetenzen werden dazu nach Auffassung des Landkreistages einen entscheidenden Beitrag leisten können.

## **Kontakt**

Landkreistag Baden-Württemberg Panoramastr. 37 70174 Stuttgart	Sozialzeit – Fachstelle des Landkreisnetzwerks und Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement c/o Fachhochschule Ravensburg-Weingarten Leibnizstraße 10 88250 Weingarten
<b><i>Ansprechpartner</i></b>	<b><i>Ansprechpartner/-in:</i></b>
Dietmar J. Herdes Tel.: 0711/22462-12 email: herdes@landkreistag-bw.de	Prof. Dr. Sigrid Kallfaß Tel.: 0751/5 01-4 44 email: kallfass@hs-weingarten.de  Johannes Fuchs Landratsamt Konstanz Stabsstelle Gesundheits-und Sozialplanung Benediktinerplatz 1 78467 Konstanz Tel.: 07531/8001782 Fax: 07531/8001788 email: johannes.fuchs@landkreis-konstanz.de



### 2.3 Landesstiftung

Die Landesstiftung wendet sich auch im Berichtszeitraum 2004/ 2005/06 ganz gezielt Themen zu, die für die Entwicklung des Landes bedeutsam sind. Sie fördert gemäß Satzung gemeinnützige Projekte soweit sie geeignet sind, die Zukunftsfähigkeit Baden-Württembergs zu sichern. Gesellschaftszweck ist damit die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, der Religion, der Völkerverständigung, der Entwicklungshilfe, des Umwelt-, Landschafts- und Denkmalschutzes, des Heimatgedankens sowie die Förderung der Jugendhilfe, der Altenhilfe, des öffentlichen Gesundheitswesens, des Wohlfahrtswesens und des Sports. In diesem Kontext misst sie gerade auch der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in fast allen Themenlinien und Projekten eine große Bedeutung bei. In allen seitens der Landesstiftung bisher und auch im Berichtszeitraum geförderten Projekten des BE wird ein maßgeblicher Erfolg konstatiert. Dies betrifft zentral die Projekte:

- jes-Jugend engagiert sich
- Botschafter/ Mentoren für das Bürgerland
- BELA Bürgerschaftliches Engagement für Lebensqualität und Würde im Alter
- Gründung von Jugendfeuerwehren
- Begleitete Patenschaften, u. a. für sozial benachteiligte Jugendliche
- Sonderpreis „Junge Macher“ bei der Ehrenamtskampagne des Landes Baden-Württemberg
- Soziales Lernen (Mehrwert Agentur)

Alle Projekte verlaufen aus Sicht der Landesstiftung äußerst erfolgreich. Dabei ist eine Verlängerung der Projekte über die Phase der Anschubfinanzierung hinaus grundsätzlich nicht vorgesehen. Die Landesstiftung sieht ihre Aufgabe nicht in der institutionellen Förderung von Einrichtungen. Sie versucht hingegen, den Gedanken des BE auch in den anderen von ihr geförderten Projekten einzubringen und zu unterstützen, so z.B. im Baden-Württemberg Stipendium, das den internationalen Austausch von qualifizierten deutschen und ausländischen Studierenden, Berufstätigen und Schülern fördert, und beim Wettbewerb berufliche Schulen.

Im Blick auf den Berichtszeitraum 2004/ 2005/06 war die Landesstiftung hauptsächlich in den folgenden Projekten bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements unterstützend tätig:

- Programm zur ehrenamtlichen Integrationsbegleitung von Ausländern und Spätaussiedlern
- zum Teil bei Projekten der Wertekommunikation in der außerschulischen Jugendarbeit „Jugend im Wertall“
- Entwicklungszusammenarbeit mit der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg
- Koordinierungsstelle für Osteuropahilfe des Landes Baden-Württemberg
- Wirtschaft und Jugendarbeit in Kooperation mit der Jugendstiftung Baden-Württemberg
- PULS Projekt des Evangelischen Jugendwerks in Württemberg
- AFS beim Baden-Württemberg Stipendium
- Mehrwert Agentur beim Projekt „Soziales Lernen“
- jes|connection

Das zentrale Kriterium der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft spielt zum Beispiel im Modellprojekt jes|connection eine bedeutsame Rolle, da dort Kultur-, Berufs-, Bildungs-, Begegnungs- oder Umweltprojekte umgesetzt werden. jes|connection ist ein Projekt der Landesstiftung Baden-Württemberg in Trägerschaft des Paritätischen Bildungswerks. Bei jes|connection handelt es sich um eine Agentur für gesellschaftliches Engagement von Jugendlichen und Unternehmen in Südbaden, die Partnerschaften zwischen Unternehmen und Jugendlichen vermittelt, koordiniert und vor Ort begleitet. Die Agentur leistet kompetente Beratung und betreibt professionelle Öffentlichkeitsarbeit. Wichtig sind zudem die Kenntnis der örtlichen Jugendszene und Unternehmenslandschaft und der Aufbau regionaler Netzwerke, die bei der Umsetzung von Projekten aktiv werden. Mitmachen können Schüler, Studenten, Azubis, Berufstätige, sowie kleinere Betriebe, mittelständische und Großunternehmen, aber auch kulturelle Einrichtungen.

In allen genannten Projekten wird die Projektförderung ergänzt durch die Unterstützung einer Reihe von Tagungen und Veranstaltungen, von denen im Berichtszeitraum 2004/ 2005/06 auch eine Anzahl seitens des Landesnetzwerks ausgerichteter Veranstaltungen gefördert wurde.

Bei der Aktion "Echt gut! - Baden-Württemberg" vergab die Landesstiftung Baden-Württemberg den Sonderpreis "Junge Macher", mit dem das Engagement von Jugendlichen ausgezeichnet wird. Dabei handelt es sich um junge Erwachsene bis 21 Jahre, die in der Jugendarbeit oder in Freiwilligendiensten

engagiert sind bzw. in Projekten des bürgerschaftlichen Engagements mitarbeiten, sei es in einem Jugendtreff, der von den Jugendlichen selbst eingerichtet wurde oder in einem Nachhilfekreis für ausländische Kinder in deren Wohnviertel.

In ihrer vielfältigen Projektförderung arbeitet die Landesstiftung sowohl mit dem Innenministerium und der Stabsstelle für Bürgerengagement und Freiwilligendienste des Ministeriums für Arbeit und Soziales zusammen als auch mit dem Paritätischen Bildungswerk Baden-Württemberg, dem Landesjugendring Baden-Württemberg und der SEZ - Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg. Darüber hinaus kooperiert die Landesstiftung mit der Jugendstiftung Baden-Württemberg, der Mehrwert Agentur, und der AFS. Außerdem besteht eine enge Zusammenarbeit mit den Trägern der geförderten Projekte.

Auch bestehen Projektkooperationen mit weiteren Stiftungen wie zum Beispiel der Robert-Bosch-Stiftung, Agapedia Stiftung und Jürgen Klinsmann Stiftung.

Neben den explizit unter dem Thema BE geförderten Projekten der Landesstiftung bestehen auch Förderschwerpunkte, mit denen implizit auch das Thema BE verknüpft ist bzw. verknüpft werden kann, so zum Beispiel beim Postdoc-Programm und der Geistes-Sozialwissenschaftlichen Forschung, die auch einen Rahmen für die Durchführung empirischer Forschung zum Thema BE und Bürger-/ Zivilgesellschaft darstellen kann. Der Aspekt des BE findet in nahezu allen Themen- und Projektbereichen der Landesstiftung Berücksichtigung und Eingang, vor allem auch in den Jugend- und Bildungsprojekten und solchen, die sich der Förderung der sozialen Verantwortung widmen.

Die Landesstiftung arbeitet mit eigenen Projekten in Themenlinien, für die in der Regel Ausschreibungen erfolgen, auf die sich die Projektträger bewerben. Über die Förderungswürdigkeit der einzelnen Projekte und Vorhaben entscheiden gemäß Beschluss des Aufsichtsrats unabhängige Jurys, die die Anträge bewerten. Danach erfolgt die Entscheidung der Landesstiftung zur Durchführung dieser Projekte.

Bedeutsam ist auch der im Jahre 2006 geförderte Themenbereich „Brücken bauen zwischen Generationen, Kulturen und Institutionen“, bei dem sich mannigfache Anknüpfungspunkte zum Thema BE knüpfen lassen. Hier zeigen sich weitere Entwicklungschancen in der Verknüpfung der Aufgaben der Landesstiftung, gemeinnützige Projekte zu fördern, die einerseits zur Zukunftsfähigkeit Baden-Württembergs beitragen und andererseits den BE-Prozess

unterstützen, der gleichfalls auf die zukünftige Entwicklung und die Stärkung der Bürgergesellschaft ausgerichtet ist.

**Finanzaufwand** für die geförderten Projekte im Berichtszeitraum

(beispielhafte Aufzählung)

<b>Projekte</b>	<b>2004</b>	<b>2005</b>
jes-Jugend engagiert sich	400 T€	400 T€
Botschafter/Mentoren für das Bürgerland	80 T€	80 T€
BELA Bürgerschaftliches Engagement für Lebensqualität und Würde im Alter	132 T€	53 T€
Gründung von Jugendfeuerwehren	129,5 T€;	94,5
Begleitete Patenschaften, u. a. für sozial benachteiligte Jugendliche	510 T€,	172 T€
Sonderpreis „Junge Macher“ bei der Ehrenamtskampagne des Landes Baden-Württemberg,	Preisgeld 5 T€	Preisgeld 5 T€
Mehrwert Agentur	1 Mio.€	( - )

**Kontakt**

Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH Im Kaisemer 1 70191 Stuttgart Tel. 0711 / 248476-0 Fax 0711 / 248476-50 Allgemeine Mailadresse für Anfragen: info@landesstiftung-bw.de Internet: <a href="http://www.landesstiftung-bw.de">http://www.landesstiftung-bw.de</a> Geschäftsführung: Herbert Moser (Geschäftsführer), Rudi Beer, Annette van Echelpoel, Dr. Andreas Weber (Prokuristen)
--

## **2.4 Verbände als Förderer und Aktionsfeld ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements**

### **2.4.1 Wege der Verbände in der Bürgergesellschaft**

Im letzten Landesbericht wurden die Ergebnisse einer schriftlichen Umfrage unter mehr als 200 Verbänden des Landes ausführlich dargestellt. Wichtige Inhalte der Befragung stellten die Themenkomplexe „Rolle und Selbstverständnis der Verbände“, „bürgerschaftliches Engagement und Bürgergesellschaft“ sowie die Kooperation von Haupt- und Ehrenamtlichen in den Verbandsorganisationen dar. Die Ergebnisse dieser Studie konnten dazu beitragen, die nach wie vor wichtige Funktion des Verbandswesens bei der Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft ausführlich zu würdigen.

In der Bundesrepublik Deutschland findet sich ein vielfältiges und hoch organisiertes Verbändewesen, das bei der sozialen, kulturellen und ökologischen Gestaltung der Gesellschaft neben Staat und Markt eine wichtige Rolle spielt und nachhaltige Einflussnahme auf die Politikgestaltung in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen nimmt. Die im Jahre 2004 komplettierte Verbändestudie in Baden-Württemberg, an der sich insgesamt 319 Verbände und Verbandsgliederungen beteiligten<sup>2</sup> erbrachte, dass verbandliche Interessensvertretung dazu beiträgt, einer Benachteiligung wichtiger gesellschaftlicher Bereiche, wie bspw. Arbeit, Familie, Gesundheit, Kultur, im Spiel der Kräfte entgegenzuwirken und gerade die Verbände notwendige Entwicklungen auf diesen Feldern thematisieren.

Zum Selbstverständnis der Verbände gehört vor allem die Einsicht, dass sie selbst Teil der lebendigen Demokratie (98%) sind und an der gesellschaftlichen Willensbildung und Interessensvertretung (98%) partizipieren und diese nicht nur basisdemokratischen oder bürgerschaftlichen Initiativen überlassen wollen. Die Verbände sind dagegen bestrebt, ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement mit professionellem hauptamtlichem Engagement produktiv zu verbinden und die stärker langfristig orientierte Verbandsarbeit mit den z. T. projektbezogenen und temporären Initiativen des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements erfolgreich zu verknüpfen. Dies setzt nach

---

<sup>2</sup> An der Befragung haben Verbände aus ganz unterschiedlichen Handlungsfeldern teilgenommen. Am stärksten vertreten waren karitativ-soziale Verbände (26%), Wohlfahrtsverbände (14%), gefolgt von Jugendverbänden und solchen aus Politik und Arbeitswelt (je 11%), sowie soziokulturellen Verbänden (10%). Mit einem Anteil von je 9% finden sich Familien- und Frauenverbände, Sportverbände und Umweltverbände in der Untersuchung, so dass die sozialen, kulturellen und ökologischen Sparten der Verbände in der Untersuchung vertreten sind.

Auffassung der meisten Verbände auch eine innovative Reorganisation (86%) von Verbändestrukturen und -organisation voraus, in Richtung auf eine Öffnung für neue flexible Initiativen und Assoziationen. Sicher gleicht es dabei oft einem Spagat, zwischen der Pflege der traditionellen Seiten der Verbandsstrukturen, die von zwei Dritteln der Verbände (79%) als erhaltenswert angesehen werden, und der Öffnung für neue Interessen, Initiativen und (zukünftigen) Mitgliedern zu vermitteln.

Dafür bestehen jedoch perspektivisch gute Voraussetzungen, weil die Verbände dem freiwilligen Engagement eine hohe Bedeutung beimessen.

Für die Verbände ist freiwilliges Engagement an erster Stelle „Ausdruck einer lebendigen Demokratie“ und ein Zeichen dafür, dass „engagierte Menschen Lösungen für aktuelle Probleme suchen“ und deshalb mit einer Vielfalt an Initiativen an der „Gestaltung des Gemeinwesens mitwirken“, um „etwas im Ort zu bewegen“ und zum sozialen Kapital des Gemeinwesens beizutragen. Aus Sicht der Verbände greift das Verständnis freiwilligen Engagements als Lückenbüßer zu kurz und kann nicht als Ausdruck dafür verstanden werden, dass der Staat Aufgaben an die Bürger abschiebt. Aber auch im Blick auf die eigene verbandliche Organisation wird dem freiwilligen Engagement eine „zentrale Rolle“ (88%) beigemessen, was die Befragung der Sportverbände unterstreicht (s. u.).

Die von den befragten Verbänden wahrgenommenen Aufgaben beziehen sich vorrangig auf die Bereiche Kinder und Jugendliche, Familie, sowie Senioren. Weiterhin dominieren Verbandsaktivitäten in den Feldern Freizeit und Geselligkeit, Sport und Bewegung, Jugendarbeit und im Gesundheitsbereich. Darüber hinaus erbringt die Untersuchung, dass die Verbandsorganisationen auch mit *außerverbandlichen Initiativen* zusammenarbeiten und diese fördern. Hier zeigen sich Förderaktivitäten der Verbände vor allem in den Bereichen Schule und Kindergarten, Kinder und Jugendliche, Familie, Senioren und Frauen. Darüber hinaus unterstützen die befragten Verbände Initiativen, die sich der Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger widmen oder dem Gesundheitsbereich sowie der „Lokalen Agenda 21“ zuzurechnen sind. Hier deuten sich bereits gegenwärtig konstruktive Netzwerkbildungen zwischen Verbänden und Initiativen an. Zukünftig möchten die Verbände noch stärker der Stadtteilarbeit, der Nachbarschaftshilfe und den Beschäftigungsinitiativen Aufmerksamkeit widmen, sowie Kooperationen mit Initiativen eingehen, die Kriminalitätsprobleme bearbeiten oder die wirtschaftliche Selbsthilfe betreffen.

Insbesondere die Sportverbände verknüpfen sich mit vielen der genannten Engagementfelder und erweitern ihre Verbandstätigkeit durch stärkere Öffnung hin zu gesellschaftlichen bzw. kommunalen Lebensbereichen. Hier zeigen sich Tendenzen, den sozialen Bereich, sprich Familien, Frauen, Senioren und Menschen mit Behinderung noch stärker in die eigenen Aktivitäten einzubeziehen, sowie die Stadtteilarbeit und Nachbarschaftshilfe und die Kooperation mit Beschäftigungsinitiativen noch intensiver in die eigene Arbeit einzubinden (ohne die anderen Aufgaben der Sportförderung zu vernachlässigen).

Zusammenfassend zeigen unsere Analysen, dass die Verbände auf gegenwärtige gesellschaftliche Probleme sensibilisiert ansprechen und über ihre Verbandsstrukturen hinaus ihr Wirkungsfeld erweitern bzw. verstärken, indem sie sich für Kooperationen mit anderen Akteuren und Initiativen öffnen und Netzwerkbildungen fördern. Die verbandlichen Förderaktivitäten für außerverbandliche Initiativen finden dabei Ausdruck in Beratungsaktivitäten (92%) und der Qualifizierung von Ehrenamtlichen (88%) und der Unterstützung von Initiativen/Projekten bei der Öffentlichkeitsarbeit (88%). Darüber hinaus wird verbandliche Infrastruktur (66%) wie Räume und Bürogeräte zur Verfügung gestellt und werden gemeinsame Foren oder Tagungen (78%) mit Initiativen zusammen durchgeführt.

Schließlich zeigen die Analysen, dass das Landesnetzwerk BE etwas weniger als der Hälfte (43%) der befragten Verbände bekannt ist, jeder vierte Verband hat schon mit dem Landesnetzwerk kooperiert. Auch dies zeigt, dass die Verbände an die neuen Netzwerke anknüpfungsfähig sind.

Die Untersuchung zeigt bereits recht ausgeprägte Öffnungstendenzen der Verbände, und insbesondere auch der Sportverbände, auf die im Folgenden Bezug genommen wird, für vielfältige gesellschaftliche Tätigkeits- und Problembereiche. Mit dieser Öffnung zu Initiativen, Projekten und Netzwerken gehen auch eine Erweiterung des Tätigkeitsprofils und eine verstärkte Beteiligungsorientierung einher. Der *Dritte Sektor* wird interaktiver und dynamisiert sich durch Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Wandel. Dies liefert wiederum gute Voraussetzungen für das Entstehen netzwerkartiger Strukturen im Dritten Sektor, die zu einer synergetischen kooperativen Form der Wohlfahrtsproduktion, zusammen mit Staat und Markt einen entscheidenden Beitrag leisten können. Voraussetzung dafür ist, dass sich die großen Verbände mit ihrem hohen Professionalisierungsgrad konstruktiv mit freiwilligem Engagement verknüpfen. Wie dies gelingt, soll im Folgenden mit Blick auf die Sportverbände veranschaulicht werden.

## **2.4.2 Die besondere Rolle der Sportverbände: Bürgerschaftliches Engagement im Bereich des Sports**

Aus dem Freiwilligensurvey ergibt sich, dass gerade der Sport - noch vor den Bereichen „Kultur und Musik“, „Kirche und Religion“, und „Schule und Kindergarten“ sowie dem „Sozialen Bereich“ - mit weitem Abstand das Hauptfeld sowohl der Gemeinschaftsaktivitäten als auch des bürgerschaftlichen Engagements darstellt. Das bürgerschaftliche Engagement im Sport prägt zu einem wesentlichen Teil die Engagementkultur in Baden-Württemberg und ist Ausdruck einer aktiven und selbstverantwortlichen Mitgestaltung der Gesellschaft. Das Engagementfeld Sport scheint weiterhin in besonderer Weise die Fähigkeiten einer sich aus eigenem Interesse selbst organisierenden Gesellschaft anzuregen und stellt deshalb ein klassisches Lernfeld der Bürgergesellschaft dar.

Dabei sticht gerade im Sport die Kontinuität des bürgerschaftlichen Engagements hervor. Es stellt keine flüchtige Angelegenheit dar, sondern kennt stabile zeitliche Strukturen und regelmäßige zeitliche Verpflichtungen der Engagierten.

Diese „Eigenschaften“ des bürgerschaftlichen Engagements im Sport wirken sich positiv auf den Sozialraum des sportlichen Geschehens aus, in dem sich soziale Netzwerke (soziales Kapital) bilden, die weit über den Sport hinaus zur Gemeinschaftsbildung beitragen und in die Alltagskultur der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde oder des Stadtteils hineinwirken. Bürgerschaftliches Engagement im Sport ist folglich ein essentieller Bestandteil der Bürgergesellschaft und gestaltet diese nachhaltig. Umso mehr erscheint von Bedeutung, welche Position die Sportverbände der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Sport beimessen und wie sie die Rahmenbedingungen für seine Entfaltung sowie die Förderpolitik des Landes einschätzen.

Um die Position der Sportverbände zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Bürgergesellschaft in Erfahrung zu bringen, fand im Rahmen der Landesbericht-erstattung ein Interview mit den Präsidenten des Württembergischen und Badischen Sportbundes statt.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> Das Interview wurde geführt mit den Präsidenten des Württembergischen und Badischen Sportbundes Herrn Klaus Tappeser (MdL), Oberbürgermeister von Rottenburg und Herrn Gundolf Fleischer (MdL), Staatssekretär im Finanzministerium Baden-Württemberg. Ergänzend zum Gespräch mit Herrn Fleischer stand uns der Geschäftsführer des Badischen Sportbundes, Herr Krause zum Gespräch zur Verfügung. Wir danken den Experten für die Bereitschaft an einem Gespräch teilzunehmen.



### Kurzinformation zu den Aufgaben der Sportverbände

Der Württembergische Landessportbund e.V. (WLSB) ist der Dachverband für Sportvereine und Sportverbände in Württemberg, der Badische Sportbund ist Dachverband für die Sportvereine und Sportverbände Badens. Beide Dachverbände widmen sich folgenden Aufgaben:

Sie ...

- vertreten die Interessen des Sports, sind jeweils Lobbyistenverband für den Sport,
- sind Organe der Selbstverwaltung des Sports und führen Sportförderung für Vereine und Verbände durch,
- sind Dienstleistungsverbände und leisten professionelle Vorarbeit zur Unterstützung ehrenamtlicher Arbeit und bieten entsprechenden Service für Vereine, Fachverbände und Sportkreise,
- sind Sportentwicklungsverbände und beschäftigen sich mit gesellschaftlichen Fragen in Bezug auf den Sport,
- entwickeln zukunftsfähige Sportkonzepte und initiieren Modellprojekte,
- bieten ihren Mitgliedsvereinen vielfältige Bildungsangebote und zählen mit zu den größten Bildungsträgern im Land mit jährlich über 50.000 Lehrgangstagen für Übungsleiter, Jugendleiter und Vereinsführungskräfte.

Grundlage der Arbeit der Dachverbände sind jeweils Satzungen.

Die nachgefragten Themenbereiche betreffen:

- Schwerpunkte des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements im Sport
- Die Rolle von Corporate Citizenship
- Anerkennungskultur und Qualifizierung
- Förderliche Rahmenbedingungen

Aus den Befragungen ergibt sich, dass sich der Sport und die Sportverbände als „Selbstverwaltungsorgane des Sports“ verstehen. Als Dienstleistungsverbände leisten sie professionelle und ehrenamtliche Arbeit und bemühen sich um

zukunftsfähige Sportkonzepte. Sie entwickeln ihrem Selbstverständnis nach auch eine Auffassung, integraler Bestandteil einer zukunftsfähigen Bürgergesellschaft zu sein.

### **Schwerpunkte des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements sind generationenübergreifend ausgerichtet**

Zu den Sportverbänden in Baden Württemberg zählen mehrere Tausend Sportvereine mit mehreren Millionen Mitgliedern. Allein in Südbaden gibt es über 3.000 Sportvereine mit insgesamt rund 920.000 Vereinssportlerinnen und Vereinssportlern. Dabei werden die meisten Funktionen in den Sportvereinen ehrenamtlich wahrgenommen, sowohl was die Vorstandstätigkeit in den Vereinen betrifft, als auch Tätigkeiten von Aktiven als Übungsleiter, Schiedsrichter oder Mitglieder in Ausschüssen von Kommissionen auf Verbands- und Vereinsebene, die teils über viele Jahre kontinuierlich und mit hohem Zeitaufwand ehrenamtliche Aufgaben wahrnehmen. Viele weitere ehrenamtlich Engagierte sind in projektgebundenen Aufgaben in den Vereinen der Kommunen tätig. Die Sportverbände gehen davon aus, dass mindestens 10% aller Vereinsmitglieder nicht nur „gemeinschaftsaktiv“ Sport treiben, sondern in einer der möglichen Funktionen ehrenamtlich und bürgerschaftlich für den Sport engagiert sind.

Das vielgliedrige und vielfache Aufgaben wahrnehmende Engagement macht insgesamt die unverzichtbare Funktion des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements im Sport deutlich. Vor allem die Vereine an der Basis vor Ort organisieren und reorganisieren sich nahezu ausschließlich ehrenamtlich, während auf den nachfolgenden Organisationsebenen die Aufgaben der Sportverbände vermehrt von Hauptamtlichen wahrgenommen werden.

Der ehrenamtlich-gemeinnützig organisierte Sport, für den die Sportverbände die Dachorganisation bilden, sieht sich folglich als die größte Ehrenamtsorganisation im Lande, in welcher gut zwei Millionen Mitglieder in den unterschiedlichsten Formen und Zusammensetzungen sowohl projektbezogen als auch auf längere Dauer ehrenamtlich und bürgerschaftlich engagiert sind.

*„Wenn dieses ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement nicht da wäre, wenn niemand bereit wäre, sich zu engagieren, in welchen Umfang auch immer, gäbe es diesen Sport gar nicht.“<sup>4</sup>*

---

<sup>4</sup> Dieses und alle folgenden Zitate sind dem geführten Interview mit den Präsidenten des Württembergischen und Badischen Sportbundes entnommen.

Eine unverzichtbare Rolle spielt das bürgerschaftliche Engagement im normalen alltäglichen Sportbetrieb der Vereine, wo Engagierte sich tagtäglich um den Spielbetrieb kümmern. Die Selbstverständlichkeit mit der sich die Bürgerinnen und Bürger im Sport engagieren zeigt, wie natürlich der Sport in der Kommune verankert ist. Sie „verhindert“ z. T. aber auch, dass diese gemeinnützigen Leistungen der Öffentlichkeit entsprechend bewusst werden, obgleich sie tragende Stützen darstellen, ohne die das sportliche Geschehen an Nachhaltigkeit verlieren würde.

*„Genau dieses alltägliche ehrenamtliche oder bürgerschaftliche Geschehen im Alltag ist das herausragende Ereignis, das im Sport wirksam ist: Mütter oder Väter, die Kinder und Kindergruppen zum Spiel oder zum Training hin und zurück fahren, Trikots einsammeln und in die Waschmaschine geben.“*

Dabei ergänzen sich nach Auffassung der Sportverbände die in großer Zahl ehrenamtlich Engagierten und die relational dazu wenigen Hauptamtlichen:

*„Der Ehrenamtliche bringt soviel Manpower aus seinem beruflichen Leben außerhalb des Sportes ein und aus seinen familiären Beziehungen; das schafft ein Hauptamtlicher gar nicht. Auf der anderen Seite bleibt der Hauptamtliche ganz anders dran und hat sich auch ein spezielles Wissen erarbeitet.“*

Von den Aktivitäten der Sportförderung profitieren nicht nur Familien mit Kindern und Jugendlichen, sondern in den letzten Jahren zunehmend auch ältere Menschen. Aus der Generationenperspektive gesehen erfüllen die Sportvereine inzwischen auch Aufgaben beim Seniorensport, der sich sehr vielgliedrig entfaltet und spezialisiert hat, bspw. in Richtung auf die Bildung spezifischer Koronarsportgruppen.

Die genannten Schwerpunkte bei der Entfaltung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements im Sport sind dabei sehr stark mit dem kommunalen Geschehen verzahnt. Mit ihren Aktivitäten verstehen sich die Sportverbände als aktive Mitgestalter der Gesellschaft in Richtung auf eine alle Bevölkerungskreise einbeziehende Bürgergesellschaft. Der Sport erhält aus dieser Perspektive eine über sein engeres Aufgabenspektrum hinausweisende gesellschaftspolitische Bedeutung für die soziale Integration und die Vermittlung von Werten wie Teamarbeit und Fairness.

## **Das Projekt Jugendbegleiter ermöglicht die Integration sportlichen Bürgerengagements in die Schule**

Die Sportverbände verdeutlichen nachdrücklich, dass sie sich über die Sportförderung in den Vereinen hinaus besonders als Partner bei der Gestaltung moderner Bildung und guter Schulen verstehen. Zu den wichtigsten Fächern und Gestaltungsmöglichkeiten im Unterricht zählen aus ihrer Sicht Bewegung, Spiel und Sport, und zwar zunehmend nicht nur im Unterricht selbst, sondern in der Nachmittagsbetreuung. Hier bietet das Projekt Jugendbegleiter die Möglichkeit der Integration sportlichen Bürgerengagements in die moderne Schule und der Entwicklung innovativer Projekte für die Gestaltung der Ganztagschule, wobei an viele praktische Beispiele angeknüpft werden kann. Die Sportverbände sind der Auffassung, dass durch das vielschichtige Programm des Jugendbegleiters weitere bürgerschaftliche Impulse für die praktische Schulentwicklung wirksam werden, an denen sich der Sport aktiv beteiligt.

*„Den Gestaltungspotenzialen des Sports kann es gelingen Schul-, Lebens- und Vereinswelt im Interesse der Integration von Schülerinnen und Schülern stärker zusammenzuführen.“*

Von Seiten des Landessportverbandes Baden-Württemberg erfolgte eine Mitorganisation und aktive Teilnahme an der Fachtagung „Schule und Bürgergesellschaft“ am 19./ 20. Mai 2006 in Stuttgart und auch die baden-württembergische Sportjugend war Mitveranstalter des Kongresses.

Die Sportverbände unterstützen aktiv die Förderung von Ganztagschulen. Hier wird aus Sicht der Sportverbände das Programm Jugendbegleiter einen wichtigen Beitrag für die Ganztagsbetreuung an Schulen leisten können. Den Sportverbänden liegt daran, Schulen durch Jugendbegleiter in partnerschaftlicher Gestaltung moderner Bildung mit Lebendigkeit zu füllen. Diese Aufgabe muss jeweils vor Ort nach Bedarf und nach den Fähigkeiten der Vereine gelöst werden. Dabei muss aus Sicht der Verbände auch beachtet werden, dass das Jugendbegleiter-Programm nicht dazu dient, verstärkt (hauptamtliche) Leistungen ins Ehrenamt zu verlagern.

Die Position der Sportverbände und einzelner Sportgliederungen zeigt sich hier auch ambivalent und verweist auf einen erhöhten Abstimmungsbedarf bei der Engagementförderung. Das Jugendbegleiter-Programm darf folglich nicht isoliert gesehen werden, sondern ist in den Kontext der Gesamtförderung des bürgerschaftlichen Engagements zu stellen. Notwendig ist eine integrative

Förderpolitik, welche die Bereiche Kommune, Jugend, Jugendbegleiter und Sport produktiv und in ganzheitlicher Betrachtung miteinander verknüpft.

### **Corporate Citizenship – Kooperationsprojekte mit der Wirtschaft sind unverzichtbar**

Die Sportverbände heben sehr stark die Leistungen der Wirtschaft bei der Förderung des Sports und des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements im Sport hervor. Diese traditionell enge Kooperation von Sport und Wirtschaft erstreckt sich von der Unterstützung kleinerer Sportvereine vor Ort bis hin zur Förderung des Leistungssports und der Leistungssportlerinnen und -sportlern. Generell liegt das Gewicht von Corporate Citizenship dabei im Marketing und Sponsoring.

Die Unterstützung der Sportvereine durch die lokale Wirtschaft erreicht alle Sportarten, seien es Fußball-, Turn- oder Tennisvereine, für die finanzielle und sächliche Unterstützung geleistet wird, ohne die nach Auffassung der Sportverbände vieles in den Vereinen nicht machbar wäre.

*„Vom Metzger- über den Bäckermeister bis hin zu den Sparkassen vor Ort kommt den Sportvereinen eine unverzichtbare Unterstützung zugute. Auch hier verdeutlicht sich die kommunale Getragenheit des ehrenamtlichen Engagements im Sport.“*

In die Sportförderung sind auch die Kammern der Wirtschaft einbezogen. In Südbaden gibt es Kooperationsvereinbarungen mit der Industrie- und Handelskammer (IHK), welche der Sportförderung dienen. Mit Bezug auf die Fortbildung von ehrenamtlich Engagierten besteht eine Zusammenarbeit mit dem IHK-Bildungszentrum.

Eine weitere Kooperationsvereinbarung wurde mit dem Unternehmen Badenova geschlossen, die u. a. eine Kooperation bei der Nutzung von Solarenergie für Sportanlagen oder gasbetriebenen Autos vorsieht, verbunden mit entsprechender Werbung für den Energiebetrieb. Badenova unterstützt darüber hinaus zwei Spitzensportler mit Stipendien.

Weiterhin bestehen Kooperationsverträge mit Hochschulen. So ermöglichen Vereinbarungen mit der Universität Freiburg und der Pädagogischen Hochschule in Freiburg, dass in diesen Einrichtungen studierende Spitzensportler in besonderer Weise gefördert bzw. für Wettkämpfe freigestellt werden.

*„Wichtiges Thema der Sportverbände ist die Vereinbarkeit von Beruf und Sport.“*

Im Bereich des Spitzensports wirken die Verbände darauf hin, dass Unternehmen Sportler für Training und Veranstaltungen freistellen und so eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Sport gelingt.

Eine wichtige Funktion der Wirtschaft erkennen die Sportverbände bei der Unterstützung der Sportförderung sowohl von Auszubildenden in den Berufsschulen, als auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, mit dem Ziel, die Gesunderhaltung zu fördern und zu sinnvoller Freizeitbeschäftigung beizutragen.

*„Es werden Sportkonzepte entwickelt, die ältere Menschen ansprechen und ihre Attraktivität für die Wirtschaft steigern sollen.“*

Die Sportverbände sind dabei, Konzepte weiterzuentwickeln, die insbesondere ältere Menschen ansprechen und dazu dienen, dass diese körperlich und geistig trainiert auch mit 65 Jahren weiter ihrer Arbeit nachgehen können und für die Wirtschaft attraktiv bleiben.

Aus Sicht der Sportverbände wird es künftig für die Wirtschaft zur Imagefrage, ältere Menschen zu beschäftigen und in Kooperation mit den Sportverbänden ihre Gesundheit durch Förderung sportlicher Aktivitäten und einer bewegungsorientierten Lebensführung aufrechtzuerhalten.

### **Traditionelle und moderne Formen der Anerkennungskultur bestehen nebeneinander**

Die Sportverbände haben eine eigene Anerkennungskultur in Form einer Ehrungsordnung entwickelt, die ganz unterschiedliche Ehrungen mit Urkunden, Ehrennadeln und Ehrenplaketten vorsieht. Besonders für Jugendliche sind attraktive Begleittexte zu Zeugnissen vorgesehen, die ausführlich über das Engagement und die im Projekt erworbenen Kompetenzen informieren. Gerade im Sport kommt hinzu, dass Ehrenamtliche wesentlichen Einfluss auf Entscheidungen und Gestaltungsmöglichkeiten haben, die gleichfalls als Anerkennung ihres Engagements gewertet werden können.

*„Bürgermeisterin bzw. Bürgermeister und/ oder Gemeinderat könnten auf Gemeindeebene eine Anerkennungskultur ansstoßen, durch einen jährlich ausgerichteten Tag des*

*Bürgerengagements, bei dem auch ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement im Sport gewürdigt wird.“*

Die Sportverbände begrüßen nachhaltig, wenn sich auf Gemeindeebene eine durch Bürgermeisterin oder Bürgermeister und Gemeinderätinnen und Gemeinderäte angestoßene Anerkennungskultur für das bürgerschaftliche Engagement im Sport (weiter-)entwickeln würde, bspw. durch einen jährlich ausgerichteten Tag des Bürgerengagements, bei dem auch der Sport gebührend gewürdigt wird.

*„Verdiente Engagierte, die teils über Jahrzehnte Basisarbeit in den Kommunen geleistet haben, sollten stärker als bisher bei der Vergabe des Bundesverdienstkreuzes berücksichtigt werden.“*

Aus Sicht der Sportverbände sollte Schule machen, dass in den Kommunen, Städten und Landkreisen Bürgermeisterin oder Bürgermeister, Landrätin oder Landrat jährlich Sportler-Ehrungen in öffentlichem Rahmen durchführen, wie dies beispielhaft in verschiedenen Kommunen und Landkreisen bereits praktiziert wird. Die Sportverbände sprechen sich nachdrücklich dafür aus, verdiente Engagierte im Sport stärker bei der Vergabe des Bundesverdienstkreuzes zu berücksichtigen.

### **Anerkennung durch Qualifikation**

Ein wichtiger Gesichtspunkt ist die Verknüpfung der Anerkennung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements mit Möglichkeiten der Qualifizierung. Mit bürgerschaftlichem Engagement, das bspw. durch Training einer Jugendmannschaft geleistet wird, werden Zusatzqualifikationen erworben, die auch für das Berufsleben wertvoll sein können. Und die Jugendtrainerin, der Jugendtrainer erfährt durch seine Qualifikation Anerkennung.

Die Sportverbände bieten ihren Mitgliedsvereinen vielfältige Bildungsangebote, seien es Lehrgänge für Übungsleiter, Jugendleiter, Trainer oder solche, die Vereins-Führung betreffen. Diese ehrenamtlichen Akteure in den Vereinen sind es, die die wesentliche Arbeit in den Vereinen bewältigen und vor allem auch die sportlichen Veranstaltungen mit Kindern und Jugendlichen durchführen:

*„Was nützt ein Sportverein, der einen kompletten Vorstand hat, aber keinen Übungsleiter?“*

Seit dem Jahre 2005 bieten die Sportbünde in Baden-Württemberg eine Ausbildung zum Vereinsmanager B an, die Fortbildungen in den Themenbereichen, Kommunikation, Führung und Konfliktmanagement sowie Steuern und Finanzen, vorsieht. Die Ausbildung findet abwechselnd in Bildungsstätten in Baden und Württemberg statt und richtet sich an Führungskräfte in Vereinen und Verbänden. Beim Thema Qualifizierung gewinnt der Aspekt der Personalentwicklung und damit die Heranbildung von Führungsnachwuchs mit dem in Sportverbänden geforderten Kompetenzprofil an Bedeutung. Mit gezielten Kursangeboten werden die ehrenamtlich und bürgerschaftlich Engagierten auf diese Führungsaufgaben in den Vereinen vorbereitet, um sie zukunftsfähig auszurichten.

Dieser umfassende Komplex der Qualifizierung ist nach Auffassung der Sportverbände gleichfalls Zeichen von Anerkennung und Wertschätzung für die Engagierten.

### **Verlässliche Rahmenbedingungen sind Voraussetzung für das täglich gezeigte bürgerschaftliche Engagement**

Die Sportverbände halten eine weitere kontinuierliche Sportförderung für unabdingbar und sehen hier die Politik gefordert. Nur solche verlässlichen Rahmenbedingungen garantieren Kontinuität im täglich aufs Neue gezeigten ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagement. Dazu gehören die finanzielle Sportförderung, die Unterstützung von Sportstätten aber auch die ausreichende Versicherung von Engagierten. Verlässliches bürgerschaftliches Engagement im Sport ist aus Sicht der Sportverbände eng mit förderlichen Rahmenbedingungen verknüpft.

*„Plädoyer der Sportverbände für kooperative Sportentwicklung und eine auf Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement gründende Organisationsstruktur des Sports.“*

Politische Rahmenbedingungen, bürgerschaftliches Engagement und Kooperationen mit der Wirtschaft sind Teil der von den Sportverbänden geplanten kooperativen Sportentwicklung. Hier sehen sich die Sportverbände in Baden-Württemberg im Vergleich mit anderen Bundesländern, aber vor allem im Vergleich mit der Sportförderung anderer europäischer Nationen, gut aufgestellt. Die Sportverbände sprechen sich weiter für die ehrenamtliche und gemeinnützige Ausrichtung der Sportvereins- und Verbandsstrukturen aus, die von der Basis bis zu Aktivitäten auf internationaler Ebene und solchen des olympischen Komitees



sichtbar wird. Die stärker staatlich und/ oder kommerziell ausgerichteten Sportsysteme in Frankreich, anderen europäischen Staaten oder den USA werden nicht als nachahmenswert betrachtet.

Zwischen den Sportverbänden sind viele Kooperationen institutionalisiert, in denen ein Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Organisationen stattfindet. Grundlage dafür ist ein gemeinsam erarbeitetes Strukturpapier, das Aufgaben und Arbeitsteilung festlegt und mit Bezug auf das gezeigte Aufgabenspektrum sowohl die Bereiche des Breitensports wie des Leistungs- und Spitzensports als kooperativ zu entwickelnde Felder betrachtet.

### **Ausblick: Der Boombereich ist Seniorensport. Menschen mit Migrationshintergrund sollen für Führungspositionen gewonnen werden**

Perspektivisch beschäftigt die Sportverbände intensiv, die mit dem demografischen Wandel und der älter werdenden Gesellschaft verbundenen Konsequenzen für den Sport und das ehrenamtliche Engagement in diesem Feld. Sowohl ältere Menschen ab 55 plus stellen eine wichtige Zielgruppe des Sports dar - und hier sind Mitgliederzuwächse zu verzeichnen -, als auch Menschen ohne Erwerbstätigkeit. Es wird festgestellt: „Der Boombereich ist der Seniorensport“. Darüber hinaus beabsichtigen die Sportverbände Menschen mit Migrationserfahrung stärker als bisher geschehen, in den Sport - auch wegen seiner erwiesenen integrativen Wirkung - einzubeziehen. Deshalb sollen ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger auch für Führungsfunktionen, wie bspw. als Übungsleiterin bzw. Überleiter gewonnen werden. Über diese zielgruppenspezifischen Perspektiven hinaus, soll der Sport für alle Generationen attraktiv bleiben und sich deshalb auch nachfrageorientiert ausrichten. Dazu dienen auch periodisch erstellte Sportentwicklungsberichte.

*„Politik, Wirtschaft und Medien können zur Anerkennung des Engagements im Sport beitragen.“*

Es wird als Aufgabe sowohl der Politik als auch der Wirtschaft und der Medien angesehen, die gesellschaftliche Anerkennung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements zu stärken. Weiterhin spielen aus Sicht der Sportverbände, Schule und Familie eine wichtige Rolle.

*„Die Rolle von Bürgerstiftungen bei der Sportförderung muss erst definiert werden.“*

Perspektivisch können sich die Sportverbände eine stärkere Berücksichtigung von Bürgerstiftungen bei der Förderung des Sports vorstellen. Hierzu werden die Möglichkeiten dieser neuen Institutionalisierung der Bürgergesellschaft im Einzelnen zu prüfen sein.

*„Ein „Solidarpakt Sport“ mit der Landesregierung dient der Planungssicherheit.“*

Die Sportförderung wird weiterhin als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet, bei der die staatliche Förderung auch zukünftig unverzichtbar bleibt. Zentrales Anliegen der Sportverbände ist, auch für die kommenden Jahre einen „Solidarpakt Sport“ mit der Landesregierung zu schließen, um Planungssicherheit zu gewinnen. Unter diesen Voraussetzungen wird der Sport in Baden-Württemberg aus Sicht der Sportverbände auch weiter ein Erfolgsmodell bleiben. Die Sportverbände gehen im Blick auf die kommenden Jahre von einem Bedeutungszuwachs des Ehrenamtes im Sport aus.

*„Wenn es das Ehrenamt im Sport nicht gäbe, wäre es heute dringender denn je, es zu erfinden.“*

Die vielfältigen bürgerschaftlichen Aktivitäten im Sport können aus Sicht der Verbände nur durch eine kontinuierliche und verlässliche Sportförderung seitens des Staates durchgeführt werden. Diese Sportförderung stellt neben dem bürgerschaftlichen Engagement im Sport eine tragende Säule bei der Organisation und Durchführung sportlicher Aktivitäten in Baden-Württemberg dar, die im Rahmen des „Breitensports“ nahezu alle Bevölkerungsgruppen in Stadt und Land ansprechen. Hier bemühen sich die Sportverbände auch unter dem Gesichtspunkt der sozial-integrativen Wirkungen des Sports darum, künftig verstärkt spezielle Zielgruppen, wie bspw. Migrantinnen und Migranten anzusprechen.

Die Tendenz, alle Bevölkerungskreise anzusprechen und Aktivitäten für viele unterschiedliche Zielgruppen durch die Erweiterung des Angebotsspektrums anzubieten, ist deutlich erkennbar. Dies verweist auf eine gute Resonanzfähigkeit der Sportverbände auf gesellschaftliche und demografische Entwicklungen, die auch einen Wandel von Engagement und Aktivität erforderlich machen. Von Interesse für die Sportvereine kann hier durchaus die Einbindung von Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten in die aktive Vereinsarbeit sein, was durch die gute Verankerung des Sports in der Kommune und auch mit Unterstützung der Kommunalpolitik nachhaltig gefördert werden kann.

Die Gespräche verdeutlichen, dass gerade auch im Sport das koproduktive Zusammenwirken von bürgerschaftlichem Engagement, Einrichtungen der Kommune und lokaler Wirtschaft eine tragende Funktion innehat. Dabei lassen sich die Aktivitäten der Sportvereine mit den im Landesnetzwerk behandelten Themen nahtlos verknüpfen. Dies gilt vor allem für die Schwerpunktthemen „familienfreundliche Kommune“ und „demografischer Wandel“, im Speziellen jedoch auch gezielt für die Kinder-, Jugend- und Seniorenarbeit, auch in intergenerationaler Perspektive. Der Sport erfüllt eine wichtige Aufgabe im Bereich Gesundheit und Prävention und arbeitet hier in vielen Kommunen mit Kindergarten und Schule zusammen. Eine nachhaltige Verknüpfung des sportlichen bürgerschaftlichen Engagements mit den Aktivitäten von Selbsthilfegruppen und den Einrichtungen der Seniorenhilfe, wie bspw. des betreuten Wohnens, erscheint gleichfalls erstrebenswert.

Die Möglichkeiten der gelingenden Kooperation zwischen dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und den Sportverbänden mit ihren Vereinsgliederungen vor Ort, erscheinen vor allem bzgl. der Fähigkeiten des Landesnetzwerks zum Erfahrungs-, Wissens- und Ressourcentransfer zwischen unterschiedlichen Feldern des bürgerschaftlichen Engagements bei weitem nicht ausgeschöpft. Hier könnten die Stärken des Netzwerkes sowohl unter dem Gesichtspunkt eingesetzt werden, das bürgerschaftliche Engagement *im* Sport selbst zu fördern als auch den Sport bei der Bearbeitung der Schwerpunktthemen Gesundheit, Gesundheitsprävention und Lebensqualität stärker einzubeziehen. Die starke Stellung des Sports im Vereins- und Verbandswesen und die sichtbar werdende Öffnung und Sensibilisierung der Sportverbände für gesellschaftliche Entwicklungen sollte hier zusätzlich Anlass für die Prüfung weiterer Kooperationsmöglichkeiten sein.

### Kontakt

Präsident des Württembergischen Landessportbundes e. V (WLSB) Klaus Tappeser (MdL) Oberbürgermeister der Stadt Rottenburg Marktplatz 18 72108 Rottenburg Telefon (07472) 165-200 klaus.tappeser@rottenburg.de	Präsident des Badischen Sportbundes Freiburg e.V. Gundolf Fleischer (MdL) Staatsekretär im Finanzministerium Geschäftsführer: Matthias Krause Wirthstraße 7 79110 Freiburg Telefon (07 61) 1 52 46 –16 m.krause@bsb-freiburg.de
---	--

## **2.5 Die Dachorganisationen der Wirtschaft als Förderer und Mitgestalter ehrenamtlichen Engagements der Unternehmen**

Das Thema „Corporate Citizenship“ oder „unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement“ in Baden-Württemberg gewinnt in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung und stellt im Rahmen dieses Landesberichtes mit der Vorstellung des „Modellprojekts Unternehmen BE“ (siehe Punkt A.4.3) und der Darbietung der Ergebnisse einer repräsentativen Studie zum unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagement im Lande (siehe Punkt B.3) einen empirischen Schwerpunkt dar. Die Untersuchung ergibt, dass Unternehmen aktiv an der Mitgestaltung der Gesellschaft beteiligt sind und auf zahlreichen gesellschaftlichen Handlungsfeldern vielfältige Förderaktivitäten entfalten, die größtenteils auf das Gemeinwesen bezogen sind, in dem das Unternehmen angesiedelt ist.

Sehr wichtige Engagementfelder, in denen Unternehmen ihre Unterstützungsaktivitäten entfalten, stellen die Bereiche Soziales, Sport, Schule und Kindergarten, aber auch die vielfältigen ehrenamtlichen Tätigkeiten im Rahmen des Kammerwesens dar, welche sich über die Mitwirkung bei Prüfungstätigkeiten bis hin zu kammerpolitischen Aufgaben und das ehrenamtliche Engagement auf den Vollversammlungen der Kammern erstreckt.

Von besonderem Interesse war deshalb, in Erfahrung zu bringen, welche Bedeutung die Kammern der Wirtschaft dem Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement der Unternehmen beimessen und auf welche Weise und mit welchen Schwerpunktsetzungen sie dieses fördern. Dazu wurden die Dachorganisationen der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern Baden-Württemberg als Vertretungen der Kammern eingehend befragt.

Die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern sind die Selbstverwaltungsorganisationen von Industrie, Handel und Dienstleistungsgewerbe bzw. des Handwerks und vertreten als öffentlich-rechtliche Körperschaften der wirtschaftlichen Selbstverwaltung das Interesse der zugehörigen Unternehmen gegenüber Kommunen, Landesregierungen sowie Politik und Öffentlichkeit.

Als Dachorganisationen der 12 Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammern bzw. 8 Handwerkskammern firmieren der baden-württembergische Industrie- und Handelskammertag bzw. der baden-württembergische Handwerkstag, welche die Gesamtinteressen ihrer Mitglieder in Grundsatzfragen vertreten und zur einheitlichen Willensbildung in ihrer Organisation beitragen. Von besonderem Interesse war folglich, in Erfahrung zu

bringen, inwieweit die Themen bürgerschaftliches Engagement und Bürgergesellschaft Teil der Willensbildung sind oder zu den Grundsatzfragen der Dachverbände zählen, da in der Art und Weise der Behandlung dieser Themen auch Einfluss auf die Qualität der zivilgesellschaftlichen Entwicklung genommen werden kann.

Befragt wurden Vertreter des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages sowie des Handwerkstages<sup>5</sup>. Die Interviews zeigen ein sehr vielfältiges ehrenamtliches Engagement der Kammern und der Unternehmen, das gewöhnlich von der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen wird, jedoch einen entscheidenden Beitrag für die parlamentarisch-demokratische Organisation des Kammerwesens und das Ausbildungs- und Bildungssystem des Landes leistet. Diese spezifische Form des unternehmerischen Engagements ist insoweit konstitutiv, als die parlamentarische Organisation des Kammerwesens zur Grundordnung der demokratisch und rechtsstaatlich organisierten Gesellschaft hinzuzurechnen ist. Dazu wird im Folgenden in den Interviews ausführlich Stellung bezogen. Inwieweit darüber hinaus bei den Dachorganisationen der Wirtschaft das Thema Corporate Citizenship oder unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement im Gemeinwesen eine Rolle spielt, wird gleichfalls von den Vertretern der Dachorganisationen erläutert.

---

<sup>5</sup> Die Interviews wurden geführt mit dem Geschäftsführer des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages, Herrn Nikolaus Sauer und dem Hauptgeschäftsführer des Baden-Württembergischen Handwerkstages, Herrn Dr. Hartmut Richter, denen wir für ihre Unterstützung Dank sagen.

## **2.5.1 Industrie- und Handelskammertag als Förderer des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen**

### **Vorbemerkung zur Institution**

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist die Dachorganisation der 12 Industrie- und Handelskammern (IHKn) in Baden-Württemberg, von denen die ersten bereits vor 175 Jahren entstanden sind. Er vertritt die Interessen von 530.000 Unternehmen des Landes aus den Bereichen Industrie, Handel und Dienstleistungsgewerbe. Wichtige Fachgebiete, die federführend durch den BWIHK betreut werden, sind Ausbildung und Weiterbildung, Gewerbeförderung, Internationale Entwicklung und internationales Recht und weitere fachliche Themengebiete, die mit den Wirtschaftszweigen der Mitgliedsunternehmen unmittelbar zusammenhängen (Dienstleistungen, Handel, Industrie/ Energie, Tourismus etc.). Weitere Fachgebiete sind Technologieentwicklung und -politik, Umwelt und Verkehr, sowie Steuern und Finanzwirtschaft.

Die Aufbereitung dieses Themenspektrums erfolgt in enger Kooperation mit den IHKn. Der erarbeitete Wissenshintergrund macht den BWIHK zum kompetenten Gesprächspartner für die Landespolitik und öffentliche Verwaltung bei der Behandlung wirtschaftlicher Fragen. Der BWIHK bündelt das Gesamtinteresse der gewerblichen Wirtschaft auf Landesebene, erarbeitet wirtschaftliche Grundsatzpositionen und steckt die wirtschaftspolitischen Leitlinien für die Landespolitik ab. Als Dachorganisation der zwölf Industrie- und Handelskammern koordiniert der BWIHK die überregionalen Wirtschaftsinteressen und fördert die Zusammenarbeit der IHKn im Land. Der Dachverband orientiert sich in seiner Aufgabenwahrnehmung am Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft.

### ***Schwerpunkte der Förderung des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements***

Nach den Erfahrungswerten des BWIHK, der die Interessensvertretung von den 530.000 Mitgliedsunternehmen wahrnimmt, ist ein großer Teil derselben ehrenamtlich engagiert, wobei dieses Engagement weit über Spendenaktivitäten, Sachspenden und Sponsoring hinausgeht. Diese Feststellung kann durch die repräsentative Untersuchung zum unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagement bestätigt und weiter präzisiert werden (siehe dazu Punkt B.3).

Der BWIHK verdeutlicht, dass über diesen Aspekt des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements hinaus mehr als 30.000 Unternehmen im

Kammerwesen der IHKn selbst ein ehrenamtliches Engagement ausüben. Dieses entfaltet sich im Einzelnen auf folgenden Gebieten:

- Die IHKn haben Parlamente der Unternehmerschaft in ihren Bezugsregionen. Gewählte Unternehmer bilden die Vollversammlungen, die repräsentativ besetzt sind und die Aufgabe haben, periodisch das Präsidium und den Präsidenten zu wählen. Jedes Mitglied hat eine Stimme.
- Zur Aufbereitung politischer und fachlicher Themen sind etliche Fachausschüsse institutionalisiert, die eine wichtige Säule ehrenamtlichen Engagements der Unternehmerinnen und Unternehmer darstellen. Ehrenamtliches Engagement findet sich im Fachausschuss für Verkehr, für Finanzen/ Steuern, ebenso wie im Transportausschuss, wo vorrangig Transportunternehmen mitwirken. Dieses Engagement der Unternehmen dient dazu, dass Themen branchenspezifisch behandelt und über die Industrie- und Handelskammer politisch artikuliert werden.
- Neben diesen parlamentarischen und ausschussbezogenen Aufgaben stellt der Bereich Bildung und Ausbildung die wichtigste Säule der Industrie- und Handelskammern (wie auch der Handwerkskammern) dar. Sämtliche Ausbildungsberufe in Baden-Württemberg und in Deutschland unterliegen einer Prüfungsordnung, die ein Produkt der Aushandlung mit den staatlichen Behörden darstellt. Die Prüfungsordnungen und die zu erbringenden Prüfungsleistungen, wie das gesamte Ausbildungswesen, bspw. im Ausbildungsberuf Bankkaufmann, werden durch die Industrie- und Handelskammern und hier wiederum durch ehrenamtlich engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer in Prüfungsausschüssen erarbeitet, einschließlich jeder Halbjahresprüfungsarbeit, an deren Konzeption ehrenamtlich engagierte Unternehmen mit Unterstützung der hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen der IHKn mitwirken. Indem sich praktisch der Kern der Unternehmerschaft an der Konzeption der Berufsausbildung beteiligt ist gleichzeitig garantiert, dass diese nicht abgehoben theoretisch, sondern entschieden praxisorientiert ist und die Ausbildungsberufe sich am jeweiligen Stand des Wissens orientieren.
- Ein weiterer Schwerpunkt des ehrenamtlichen Engagements stellt das Gutachterwesen dar. Gutachterinnen und Gutachter der IHKn kommen z.B. in Einsatz, wenn bei Bauprojekten Prüfungen erfolgen und Prozesse geführt werden. Die IHKn stellen des Weiteren Gutachter für den Bereich Ausländerintegration, die im entsprechenden Ausschuss der Landesregierung

mitwirken, der über Härtefälle entscheidet. Darüber hinaus wird eine ganze Palette weiterer gutachterlicher Tätigkeiten ausgeführt.

- Die IHKn sind weiter im Bereich Schlichtung ehrenamtlich aktiv, d.h. in Streitfällen zwischen Unternehmen, in denen ehrenamtliche Mediatoren oder Schlichter vermittelnd in Funktion treten.

In diesen fünf Säulen verdeutlicht sich das ehrenamtliche Engagement der Unternehmen und Kammern. Insbesondere das Engagement im Ausbildungsbe- reich und Prüfungswesen stellen Leistungen der Kammern und Unternehmen dar, die ansonsten, so der BWIHK, durch den Staat unter Verwendung von Steuermitteln wahrgenommen werden müssten. Dieses ehrenamtliche Engagement der Unternehmen und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist aus Sicht des BWIHK ebenso hoch, wenn nicht höher zu bewerten, als Aktivitäten im Bereich Corporate Citizenship, weil es konstitutionell unverzichtbarer erscheint als das unternehmerische bürgerschaftliche Engagement in sozialen, kulturellen und weiteren Feldern.

Weitere Aspekte ehrenamtlichen Engagements von Unternehmen finden in folgenden laufenden Initiativen Ausdruck:

- Die IHKn haben Unternehmer-Pools eingerichtet, um kurzfristig zu allen relevanten und wichtigen Themen elektronisch Unternehmerbefragungen durchführen zu können, an denen sich Unternehmerinnen und Unternehmer vielfach beteiligen.
- Es gibt ein Netzwerk Unternehmerschaft bei den IHKn, das bspw. beim Thema Ausbildungsplätze derart aktiviert wird, dass Unternehmer aus dem Präsidium oder der Vollversammlung mit Unternehmern im Netzwerk Kon- takt nehmen und ersuchen, zusätzliche Ausbildungsplätze bereit zu stellen.
- Die Wirtschaftsunioren, junge Unternehmerinnen und Unternehmer unter vierzig Jahre, haben sich zu einer Interessensvertretung zusam- mengeschlossen. Sie bilden den Nachwuchs der Vollversammlungen der IHKn und werden von Beginn der Unternehmerschaft an, mit ehrenamtlichem Enga- gement in den Kammern vertraut gemacht.
- Aktuell werden derzeit in allen zwölf Kammerregionen Veranstaltungen zum Thema Hochschule 2012 durchgeführt, das die Landesregierung auf die Tagesordnung gesetzt hat. Ziel ist, den Bedarf an Hochschulabsolventen einzuschätzen. In Veranstaltungen wirken neben den IHKn und Unterneh- mensvertreterinnen und Unternehmensvertreter auch das



Wissenschaftsministerium und Hochschulvertreter mit, um den regionalen Bedarf zu diskutieren. Ein wesentlicher Aspekt betrifft auch die Zur-Verfügung-Stellung von Stiftungsprofessuren und Stiftungslehrstühlen im Rahmen eines stimmigen Gesamtkonzepts. Voraussetzung für Professuren ist, dass die unterstützten Vorhaben sowohl einen gesellschaftlichen als auch betriebswirtschaftlichen Nutzen erzielen können, also win-win-Verhältnisse geschaffen werden.

Aus Sicht des BWIHK sind zunächst diese Arbeitsfelder, von denen das Kammerwesen eine lange Tradition hat, relevant. Sie finden in der öffentlichen Diskussion wenig Beachtung. Für die IHKn und den BWIHK sind jedoch diese konstitutiven Formen des ehrenamtlichen Engagements der Unternehmen zentral.

### ***Stellenwert des Themas Corporate Citizenship***

Dass es zusätzlich zum Engagement im Kammerwesen das unternehmerische bürgerschaftliche Engagement im Gemeinwesen gibt, wird seitens des BWIHK ausdrücklich begrüßt. Auch eine Intensivierung wird für möglich gehalten, sie darf aber nicht zu Lasten des unternehmerischen Engagements im Kammerwesen gehen.

Der BWIHK sieht deshalb bei den von ihm hauptsächlich vertretenen mittelständischen und kleineren Unternehmen auch Kapazitätsgrenzen. Nicht zu begrüßen ist, wenn Unternehmen sich aus ehrenamtlichem Engagement auf IHK-Vollversammlungen oder als Prüfer in Ausbildungsgängen ausklinken, weil sie sich zu sehr auf Corporate Citizenship festgelegt haben.

Dies vorausgesetzt, geht der BWIHK davon aus, dass Corporate Citizenship auch für Unternehmen in mehrfacher Hinsicht vorteilhaft sein kann und einen Benefit zeigt. Dem BWIHK sind zahlreiche Beispiele gleichzeitigen unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements in den Kammern wie im Gemeinwesen bekannt. Zu einem synergetischen Zusammenwirken kommt es, wie in einem Fall geschehen, wenn ein Unternehmer sich einerseits vorbildlich in den verfassten Gremien der Kammern und Bildungsausschüssen engagiert und andererseits am Standort seines Unternehmens einen Schulbau unterstützt und einen wesentlichen Beitrag zur Ausbildung der Jugendlichen am Ort leistet.

*„Der BWIHK würde eine Dokumentation von CC-Praxisbeispielen des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements ausdrücklich begrüßen.“<sup>6</sup>*

---

<sup>6</sup> dieses und alle folgenden Zitate sind, den o. g. geführten Interviews entnommen.

Unternehmen, die sich gesellschaftlich engagieren, wird das gesamte Know-how der Kammern zur Verfügung gestellt, sowie ggf. Kontakte zu Behörden und anderen Einrichtungen vermittelt, mit denen die Kammern kommunizieren.

*„BWIHK und die IHKn des Landes können Unternehmen bei CC-Projekten unterstützen und ihnen Kontakte zu Einrichtungen und Verwaltungen vermitteln.“*

Auch Public-Private-Partnership-Projekte, in denen England, Holland oder Frankreich führend sind, werden seitens des BWIHK begrüßt.

Die Kammern haben bisher keine bewusste Öffentlichkeitsarbeit zum unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagement der Unternehmen betrieben. Die Tatsache, dass kleinere und mittlere Unternehmen über ihr Engagement wenig informieren führt der Dachverband darauf zurück, dass sie sich dafür im Tagesgeschäft wenig Zeit nehmen (können). Gerade deshalb sei es begrüßenswert das Engagement stärker als bisher auch öffentlichkeitswirksam bekannt zu machen.

*„Der BWIHK sieht Möglichkeiten, CC-Beispiele in den IHK-Magazinen zu publizieren.“*

Der BWIHK sieht hier Möglichkeiten, entsprechende CC-Beispiele seiner Mitgliedsunternehmen in den IHK-Magazinen zu publizieren. Auch diese, darauf weist der Dachverband hin, werden mit einem beträchtlichen Anteil an ehrenamtlichem Engagement mehrmals pro Jahr hergestellt.

### **Anerkennungskultur für das Engagement der Unternehmen noch ausbaufähig**

Der BWIHK hält die Anerkennungskultur für das ehrenamtliche Engagement der Unternehmen durchaus für ausbaufähig. Praxis ist derzeit die Vergabe von Ehrennadeln und weiteren Auszeichnungen durch die Industrie- und Handelskammern. Die IHKn sehen eigens Ehrungen für besonders verdiente Unternehmerinnen und Unternehmer vor. Auch seitens des Landes und Bundes werden Verdienstmedaillen und Wirtschaftsmedaillen vergeben.

*„Neben Ehrennadeln, Verdienst- und Wirtschaftsmedaillen können modernere Formen der Anerkennung für ehrenamtliches Engagement der Unternehmen praktiziert werden. Intelligente Vorschläge sind hilfreich.“*

Darüber hinaus wären aus Sicht des BWIHK weitere, auch zeitgemäße Varianten der Anerkennung zu finden. Auch steuerliche Vergünstigungen für gemeinnütziges Engagement sind für den BWIHK Zeichen der Anerkennung.

### **Ausblick:**

#### ***Die Unternehmen entscheiden selbst über ihre Engagementaktivitäten***

Die Kammern begrüßen sowohl das bürgerschaftliche Engagement der Individuen und ihrer Initiativen als auch das unternehmerische bürgerschaftliche Engagement in den genannten Ausprägungsformen. Wichtig ist das ehrenamtliche Engagement von Unternehmen in den Kammern. Inwieweit unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement im Gemeinwesen möglich ist, muss jedes Unternehmen – auch aus betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten – für sich selbst kalkulieren und entscheiden.

*„Offensive gesellschaftspolitische Diskussionsbeiträge über die Entwicklung der Bürgergesellschaft zu liefern ist nicht vordringliche Aufgabe der Kammern.“*

Schon die jetzige Engagementbereitschaft der Unternehmen ist beachtlich. Grundsätzlich möchten sich die Kammern auch nicht zu offensiv in gesellschaftspolitische Fragestellungen und den Leitdiskurs über Bürgergesellschaft einschalten.

*„Es kann nicht Aufgabe der Unternehmen sein, Probleme des Staates zu lösen.“*

Der BWIHK und die Kammern sehen es nicht als ihre Aufgabe an, das gemeinnützige Engagement von seitens der Kammern zu forcieren. Stattdessen wird an die Rolle des Staates erinnert: Wenn dem Staat die finanziellen Mittel versiegen, bzw. wenn der Staat gewisse finanzielle Probleme hat, kann es nicht Aufgabe der Unternehmen sein, Probleme des Staates zu lösen.

Die Akzentuierungen des BWIHK zum unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagement verdeutlichen das Gewicht des weitgehend ehrenamtlich getragenen Kammerwesens und seiner Funktionen. Dass die Unternehmen darüber hinaus – ohne bewusste und nachdrückliche Forderung und Förderung seitens der Kammern – aus freien Stücken bürgerschaftliches Engagement im Gemeinwesen zeigen, unterstreicht die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und weist sie als eine auch normativ von den Unternehmen getragene Wirtschaftskonzeption aus.

### **Kontakt**

Nikolaus Sauer Geschäftsführer Baden-Württembergischer Industrie- und Handelskammertag Jägerstraße 40 · 70174 Stuttgart Telefon: +49 (0)711/ 22 55 00 66 Telefax: +49 (0)711/ 22 55 00 77 email: nikolaus.sauer@bw.ihk.de www.bw.ihk.de
--

## **2.5.2 Handwerkstag als Förderer des bürgerschaftlichen Engagements von Handwerksbetrieben**

### **Vorbemerkung zur Institution**

Der Baden-Württembergische Handwerkstag e. V. (BWHT) ist die Dachorganisation des baden-württembergischen Handwerks. Mitglieder sind die Handwerkskammern, die Landesfachorganisationen (Landesinnungsverbände/Landesinnungen) des Handwerks in Baden-Württemberg und Zusammenschlüsse anderer wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Einrichtungen, die vorwiegend dem Handwerk dienen.

Dem BWHT gehören die 8 Handwerkskammern Baden-Württembergs als berufsständische Körperschaften an, sowie 69 Landesfachorganisationen des Handwerks und weitere sonstige Mitglieder.

Gemäß Satzung nimmt der BWHT die Wahrnehmung der Belange des baden-württembergischen Handwerks gegenüber dem Landtag, der Landesregierung, den Parteien sowie anderen Körperschaften und Verbänden wahr. Er hat darüber hinaus die Aufgabe, eine einheitliche Willensbildung der baden-württembergischen Handwerksorganisationen in allen Grundsatzfragen herbeizuführen und zu allen das Handwerk betreffenden grundsätzlichen Angelegenheiten Stellung zu nehmen und sie zu vertreten.

### **Schwerpunkte der Förderung des ehrenamtlichen Engagements im Handwerk**

Ähnlich wie die Unternehmen im Verantwortungsfeld des Industrie- und Handelskammertages zeigt sich nach den Informationen des Handwerkstages auch bei den Handwerksbetrieben ein sehr ausgeprägtes Engagement im Kammer- und Prüfungswesen, sowie bei der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit:

- Einen zentralen Schwerpunkt, der bei den Handwerkskammern ehrenamtlich Engagierten, stellt das Prüfungswesen dar. Der BWHT geht davon aus, dass im Zusammenhang mit den Meisterprüfungen rund 4000-5000 ehrenamtlich engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer mitwirken. Des Weiteren stellt das Engagement in den Ausschüssen ein wichtiges Feld ehrenamtlicher Tätigkeiten dar.
- Hinzu kommt die ehrenamtliche Mitwirkung in den jeweiligen Körperschaften, sprich ehrenamtliche Leitungstätigkeiten, Wahrnehmung der Mitgliedschaft auf der Vollversammlung, in den Präsidien, Vorständen,

Kammern und Innungen. Auch hier kann bei 800 Innungen von rund 6000-7000 Personen ausgegangen werden, die ehrenamtlich engagiert sind.

- Eine dritte Gruppe ehrenamtlich Engagierter ist im Bereich der Gerichtsbarkeit tätig, als Arbeitsrichter oder Sozialrichter, darunter eine erstaunlich große Zahl an Richtern, die aus dem Handwerk kommen, und im Alltag als Unternehmerin bzw. Unternehmer tätig sind. Von diesen ehrenamtlichen Richtern im Bereich der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit sind seitens des Handwerks baden-württembergweit derzeit rund 360 Personen engagiert. Die Unternehmerinnen und Unternehmer des Handwerks sind, durch den i.d.R. ganztägigen Sitzungstag zur Ausübung ihres Ehrenamts, in dieser Zeit vom Betrieb abwesend. Dies setzt aus Sicht des Handwerktages eine hohe Motivation und Engagementbereitschaft bei den Betrieben voraus.
- Schließlich stellt das ehrenamtliche Engagement in der Vergabekammer einen weiteren ehrenamtlichen Engagementbereich dar. Hier handelt es sich um ein Gremium, das Verstöße der öffentlichen Auftraggeber gegen das Vergaberecht bearbeitet und das sehr auf den Sachverstand der Betriebe, bspw. Kenntnisse und Erfahrungen in Rechtsmaterie und Anwendung des Baurechts angewiesen ist.

Im Regelfall ist der Unternehmer, die Unternehmerin persönlich in die Wahrnehmung der geschilderten ehrenamtlichen Aufgaben eingebunden, bei größeren Betrieben kann auch die zweite Führungsebene vertreten sein. Wichtige oben genannte ehrenamtliche Aufgaben sind an die Funktion des Meister-Zertifikats und/ oder den Betriebsinhaber gebunden, so bspw. die Innungsarbeiten, zu denen der Betriebsinhaber erforderlich ist oder das gesamte Prüfungswesen, bspw. die Durchführung von Gesellenprüfungen, bei denen auch angestellte Meister mitwirken können. Im Prüfungsausschuss sind Meister und Gesellen aus Betrieben vertreten.

Gerade im Handwerk bedeutet dieses ehrenamtliche Engagement besonders bei kleineren Betrieben auch Unterbrechungen im Arbeitsablauf und, da in vielen handwerklichen Betrieben, wie etwa im Bauhandwerk die Arbeiten auch vom Wetter bestimmt werden, die Ausübung des ehrenamtlichen Engagements an einem schönen Tag und die Fortführung der handwerklichen Arbeit, bzw. deren Unterbrechung an einem regnerischen Tag.

*„Der BWHT wirbt nachdrücklich für diese Form des ehrenamtlichen Engagements von Handwerksbetrieben im Rahmen des Kammer- und Prüfungswesens und ist bestrebt, immer wieder deutlich zu machen, worin der Sinn liegt.“*

Der BWHT sieht es als seine natürliche kammerpolitische Aufgabe an, dem Handwerk zu vermitteln, dass sich diese Form des ehrenamtlichen Engagements auch für die Betriebe rentiert.

Wichtiger Gesichtspunkt für das Engagement ist, dass die Betriebe in hohem Maße auf die Qualifikation ihrer Mitarbeiter angewiesen sind und gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebraucht werden. Folglich haben aus Sicht des BWHT die Betriebsinhaberinnen und Betriebsinhaber ein Interesse daran, die Ausbildungsinhalte mitzubestimmen und die Qualität des Prüfungswesens und darüber indirekt auch die Berufsschulbildung mit zu beeinflussen. Der zunehmende Wettbewerb, Arbeitsverdichtung und Rückgang der Mitarbeiterzahlen in den Betrieben erschwert aus Sicht des BWHT das ehrenamtliche Engagement im Handwerk. Es hängt stärker als zuvor von Zeitressourcen ab und ist weniger eine Frage der mentalen Orientierung der Unternehmerinnen und Unternehmer.

### **Stellenwert des Themas Corporate Citizenship aus Sicht des Handwerkstags**

Nach Auffassung des BWHT ist dem Thema Corporate Citizenship eine wichtige Bedeutung beizumessen, andererseits ist dem Handwerk auch diese Form des Engagements sicher nicht fremd, sondern ihm geradezu immanent.

Deshalb hält der Dachverband eine spezifische motivierende Ansprache der Betriebe nur beschränkt für notwendig. Der typische Handwerksbetrieb, der einen relativ kleinen Lokalmarkt besitzt, hat Beziehungen zu seinen Kunden, die in hohem Maße persönlich gefärbt sind und die über die Rolle des Unternehmers hinausweisen. Nach den Erfahrungen aus vielen Gesprächen vermischen sich gerade bei Unternehmerinnen und Unternehmern des Handwerks in eher ländlichen Gemeinden die Rollenbilder insoweit, als die Unternehmerin, der Unternehmer auch Nachbarin bzw. Nachbar, Schulkameradin oder Schulkamerad aus der früheren Zeit ist.

*„Wenn man sich die Zusammensetzung von Vorständen bei Sportvereinen, der freiwilligen Feuerwehr oder des Technischen Hilfswerkes oder Roten Kreuzes betrachtet, nehmen Unternehmerinnen und Unternehmer oft selbst eine Vorstandsposition ein.“*

Ein Rückzug auf die Unternehmerrolle ist im Handwerk kaum zu beobachten, da Betriebsstätte und Wohnstätte im Regelfall am selben Standort lokalisiert sind

und der Handwerksbetrieb sich mit diesem Standort und der Kommune identifiziert.

*„In welchen Ort man auch hineinschaut, geradezu typisch ist, dass Unternehmerinnen und Unternehmer des Handwerks in Vereinen, Gemeinderat und Einrichtungen wie Kindergarten oder Schule mitwirken und sich hier persönlich und/ oder mit Geld- oder Sachspenden engagieren.“*

Der BWHT sieht das Engagement von Handwerksbetrieben am Standort als typisch an. Es äußert sich in Spenden, im Bereitstellen von Material, von Arbeitsmaschinen oder Fahrzeugen oder auch durch konstruktiven Rat und die praktische Tat bei der Umsetzung gemeinnütziger Vorhaben.

*„Handwerker sind Leute, die praktische Dinge realisieren wollen und können.“*

Die Handwerker repräsentieren aus Sicht des Dachverbandes Persönlichkeiten, die eine Ausstrahlung haben, die zum Ausdruck bringt: „Wir sind Leute, die praktische Dinge realisieren wollen und können“.

Aus dieser Verwurzelung mit der Kommune, in welcher der Handwerksbetrieb angesiedelt ist, ergeben sich aus Sicht des Dachverbandes folglich vielfache Ansätze für das unternehmerische Engagement. Insofern ist dieses Engagement auch für den BWHT selbstverständlich und bisher nicht vorrangig thematisiert.

Über diese Form des Engagements hinaus sieht der BWHT auch Möglichkeiten, gesellschaftliche Themen aufzugreifen und bspw. Initiativen zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit zu unterstützen. Beispielhaft ist das Projekt der Handwerkskammer Freiburg: Auf Initiative des Kammerpräsidenten fördert eine gemeinnützige Gesellschaft Jugendliche, bei denen anzunehmen ist, dass sie auf dem Ausbildungs- oder Beschäftigungsmarkt chancenlos sein werden, zum Teil schon in der Hauptschule.

*„Der BWHT hat keine Dokumentation von Praxisbeispielen des handwerksbetrieblichen bürgerschaftlichen Engagements. Das hängt in der Tat damit zusammen, dass dieses Engagement für traditionell selbstverständlich gehalten wird und bisher wenig exponiert wurde.“*

Der Dachverband zeigt sich jedoch sehr daran interessiert, dass Best-practice-Beispiele dokumentiert werden und dadurch das unternehmerische Engagement objektivierbar und quantifizierbar gemacht wird. Andererseits wird betont, dass verhindert werden sollte, mit best-practice nur die Spitzen der engagierten Unternehmen zu dokumentieren. Viel wichtiger ist dem Dachverband, das Bewusstsein zu erhalten, dass unternehmerischem Engagement in seiner

ganzen Breite Beachtung geschenkt werden muss, die durch die Präsentation der Spitzen nicht verloren gehen darf.

*„Soziale Bindungen zwischen Unternehmerinnen und Unternehmer und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Handwerksbetrieben fördern die Mitarbeiterorientierung und verhindern Entlassungen.“*

Ein weiterer wichtiger Aspekt von Corporate Citizenship zeigt sich nach Auffassung des BWHT im Umgang der Handwerksbetriebe mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wo diese nicht ausschließlich betriebswirtschaftliche Kriterien ansetzen, sondern sich zwischen Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern und Betriebsinhaberin bzw. Betriebsinhaber soziale Beziehungen und Netzwerke entwickelt haben, die wiederum nicht losgelöst sind vom Beziehungsgeflecht im Betrieb. Diese sozialen Bindungen tragen entscheidend dazu bei, dass das Handwerk weniger schnell mit Entlassungen bei der Hand ist und das Engagement für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch als Teil des Corporate Citizenship betrachtet wird.

*„Es ist nicht einzusehen, dass auf dem Sportplatz Bandenwerbung von EnBW und allen Großbetrieben zu sehen ist, und der Handwerksbetrieb, der eigentlich wesentlich mehr eingebracht hat, nicht auftaucht.“*

Der BWHT will seine Handwerksbetriebe dahingehend beraten, dass das Thema Corporate Citizenship in den Betrieben im Zusammenhang mit Überlegungen zur strategischen Positionierung des Betriebes und zum Marketing angesprochen wird. Diesbezüglich wird Öffentlichkeitsarbeit empfohlen, um der Situation zu begegnen, dass meist die großen Unternehmen sich als engagiert profilieren und Handwerksbetriebe, die mitunter wesentlich mehr eingebracht haben, nicht erwähnt werden.

Generell setzt Corporate Citizenship aus Sicht der Dachorganisation des Handwerks wirtschaftliche Stabilität voraus, die beim Alleinhandwerker oder Kleinbetrieb nicht immer vorausgesetzt werden kann. Gerade diese Schicht der Betriebe ist für den BWHT integrativer Bestandteil der betrieblichen und gemeinschaftlichen Kultur, deren Erhalt sich die Kammern und der Handwerkstag annehmen müssen.



### **Anerkennungskultur hat Format**

Der BWHT konstatiert eine ausgeprägte Anerkennungskultur für das ehrenamtliche Engagement der Unternehmerinnen und Unternehmer, die jedoch von der Dachorganisation selbst nur zum kleinen Teil abgedeckt wird und viel stärker von den jeweiligen Organisationen vor Ort ausgeht. Dabei handelt es sich um Handwerkskammern, Innungen und Kreishandwerkerschaft, die nah an den Betrieben agieren und ein sehr stark ausgebautes Ehrungswesen mit Ehrenzeichen und Urkunden aufweisen. Auch die Auszeichnungen von Handwerksbetrieben durch die Landesregierung und das Bundespräsidialamt werden seitens des BWHT hervorgehoben. Auch Auszeichnungen von Mitarbeitern in Betrieben, die sich besonders engagiert haben, werden vorgenommen.

*„Der BWHT motiviert die Betriebe, über Auszeichnungen auch im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit zu informieren und Ehrungen verstärkt herauszustellen, etwa in den Nachrichten der Lokalpresse.“*

Der BWHT rät jedoch davon ab, die öffentliche Anerkennung des unternehmerischen Engagements zu stark auszubauen. Es könnte daraus ein Bumerangeffekt resultieren, dahingehend, dass sich nicht geehrte Betriebe, die sich bisher völlig selbstverständlich engagiert haben, plötzlich abgewertet sehen und die Gefahr besteht, dass sie ihr Engagement einstellen, wenn verstärkt spektakuläre Aktionen von größeren Betrieben öffentlichkeitswirksam exponiert werden und kleinere Unternehmen das Gefühl der Nichtbeachtung bekommen.

*„Die Bürokratie im staatlichen Abrechnungssystem verhindert eine angemessene Entschädigung ehrenamtlich erbrachter Leistungen.“*

Der BWHT hält rechtliche Verbesserungen z.B. beim ehrenamtlichen Einsatz von betrieblichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ehrenamtlichen Richtern für empfehlenswert. Die hier den Betrieben entstehenden Kosten können auch durch verbesserte Entschädigungssätze nicht im Entferntesten aufgefangen werden. Andererseits erscheinen die geltenden Lösungen unbefriedigend und die Bürokratie im staatlichen Abrechnungssystem kleinlich.

### **Ausblick: Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft ist Hauptthema**

Aus normativem Blickwinkel misst der BWHT der Bürgergesellschaft eine wichtige Rolle in der gesellschaftlichen Entwicklung bei, da die Modelle, die es

zur Bürgergesellschaft gibt zum großen Teil vernünftig sind. Sie entsprechen aus Sicht des BWHT zudem in hohem Maße der Struktur handwerklichen Wirtschaftens mit ihrer Dezentralität, mit ihrer Regionalität und der Orientierung und dem Angewiesensein auf kleinräumige Bereiche.

Wie der BWIHK sieht auch der BWHT keinen Anlass das unternehmerische Engagement zu steuern, sehr wohl jedoch dazu beizutragen die Rahmenbedingungen dafür zu optimieren.

*„Zentrales Thema ist die Zukunft der Arbeitsgesellschaft: Da sind wir aber auch mehr oder minder im Augenblick im Suchprozess drin im Handwerk. Also wir haben das Gefühl, dass uns das tangiert und dass wir da irgendwo Antworten geben müssten. Aber wir haben noch keine gefunden.“*

Ein zentrales Thema des BWHT ist die Zukunft der Arbeitsgesellschaft und des Arbeitsmarktes und die Entwicklungen und Verknüpfungen von Erwerbsarbeit einerseits, gesellschaftlicher Arbeit andererseits:

*„Wir irren da auch noch ein bisschen im Gefolge der ganzen Politiker und Wissenschaftler herum und suchen nach einem Weg, den wir gehen können.“*

Der BWHT formuliert hier Themenschwerpunkte, die für das bürgerschaftliche Engagement attraktive Anknüpfungspunkte darstellen können. So werden die Themen Altersbeschäftigung und Jugendbegleiter thematisiert und die Frage, wie Betriebsinhaber oder ältere Meister dazu motiviert werden können, in Hauptschulen zu gehen und sich im Projekt Ganztagesbetreuung zu engagieren, gestellt. Dabei muss betont werden, dass der BWHT anspruchsvolle pädagogische Konzepte für eine Nachmittagsbetreuung der Kinder und Jugendlichen wünscht, in denen sich Lehr- und Lernprozesse realisieren können.

Solche Überlegungen verdeutlichen, dass der BWHT eine Offenheit zeigt, das unternehmerische bürgerschaftliche Engagement im Handwerk noch stärker und gezielter mit wichtigen gesellschaftspolitischen Problemstellungen zu verknüpfen.

### **Kontakt**

Dr. Hartmut Richter Hauptgeschäftsführer Baden-Württembergischer Handwerkstag Heilbronner Straße 43 70191 Stuttgart Tel.: 0711-263709-0 email: HRichter@Handwerk-bw.de www.handwerk-bw.de
--

### **2.5.3 Die Selbstverwaltung der Wirtschaft als Fokus der Dachorganisationen**

Die Gespräche mit den Vertretern der Dachorganisationen der Wirtschaft verdeutlichen das enorme Gewicht, das die Dachverbände der wirtschaftlichen Selbstverwaltung der Mitgliedsammern und hierin der Rolle des ehrenamtlichen Engagements der Unternehmerinnen und Unternehmer und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den entsprechenden Gremien beimessen. Dies betrifft sowohl die jeweiligen Gremien der Industrie- und Handelsammern und Handwerksammern des Landes, die als Körperschaften des öffentlichen Rechts ihre eigenen Selbstverwaltungsorgane besitzen, als auch die Gremien auf Dachverbandsebene.

Mit der Förderung des ehrenamtlichen Engagements in diesen Gremien sind die Dachorganisationen nachhaltig bemüht, die ehrenamtliche Mitarbeit der Unternehmen in den Organisationen der Ammern sicherzustellen und damit deren Selbstverwaltung zu garantieren. Durch die Wahl der Gremien (Vorstand, Vollversammlung, Ammerausschüsse) und durch ihre jeweilige Mitarbeit nehmen die Unternehmen unmittelbaren Einfluss auf die Arbeit der Ammern.

Soweit die Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen, wird dies seitens der Dachorganisationen einerseits als traditionell und selbstverständlich angesehen, andererseits als ein zusätzliches Potenzial, das dann zum Einsatz kommen soll und kann, wenn die Pflichten der ehrenamtlichen Selbstverwaltung erfüllt sind. Darüber hinaus liegt eine proaktive Förderung des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements durch die Dachorganisationen derzeit nicht erkennbar in deren Aufgabenfeld. Obgleich die repräsentative Untersuchung zum unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagement in Baden-Württemberg zeigt, dass von den Unternehmen, die eine professionelle Beratung bei ihrem gesellschaftlichen Engagement als hilfreich ansehen würden, mehr als jedes zweite sich eine solche Beratung durch die Handwerksammern oder Industrie- und Handelsammern vorstellen könnten. Aus Sicht der Unternehmen sind die Ammern folglich zentraler Adressat für Fragen des gemeinnützigen Engagements. Hier wäre sicher lohnend, die Ammern auf ihren möglichen Einfluss auf das zivilgesellschaftliche Engagement ihrer Mitgliedsunternehmen aufmerksam zu machen und für entsprechende Aktivitäten zu gewinnen. Eine Brücke dazu stellt das bekundete Interesse der Dachorganisationen an den Ergebnissen der repräsentativen Befragung zum bürgerschaftlichen Engagement von Unternehmen in Baden-Württemberg dar. Zu empfehlen ist, sie darüber hinaus zu gegebener Zeit auch über die Ergebnisse des Modellprojekts

„Unternehmen BE“ des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement zu informieren, dessen Ziel es ist, im Gemeinwesen Kooperationspartnerschaften mit Unternehmen zu fördern und übertragbare Beispiele des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements zu gewinnen.

### 3. Strukturen und Prozesse im Landesnetzwerk

#### 3.1 Weiterentwicklungen im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

##### **Aktuelle Grundlage: Neue Kooperationsvereinbarung vom April 2005**

Am 06.04.2005 haben die damals amtierende Ministerin für Arbeit und Soziales Tanja Gönner und die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände Otwin Brucker (Gemeindetag), Dr. Jürgen Schütz (Landkreistag) und Ivo Gönner (Städtetag) die „Vereinbarung zum Ausbau des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement“ mit einer Laufzeit bis zum 30.04.2010 unterzeichnet und damit für die kommenden fünf Jahre die Grundlage für die weitere Kooperation von Land und Kommunen bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg geschaffen. Dabei wurde eine positive Bilanz der im Jahre 1995 zwischen dem Ministerium für Arbeit und Soziales und den kommunalen Landesverbänden geschlossenen „Arbeitsgemeinschaft Förderung bürgerschaftliches Engagement“ (AG/ BE) gezogen, bei der die Verantwortung für das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement liegt.

In der Präambel der Kooperationsvereinbarung heißt es:

*„Die Bürgergesellschaft beschreibt ein Gemeinwesen, in dem Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Kirchen, Verbände und andere Institutionen auf neue, gemeinsam ausgehandelte Verantwortlichkeiten bei der Erledigung gemeinwohlbezogener Aufgaben setzen. Die selbstbewusste Bürgergesellschaft ist deshalb geprägt vom bürgerschaftlichen Engagement der handelnden Akteure und deren verantwortlicher und solidarischer Mitgestaltung des Gemeinwesens. Die aktive Bürgergesellschaft stärkt die lebendige Demokratie und das soziale Kapital unserer Gesellschaft. Diese freiwillige praktizierte Solidarität ist das Netz, das unsere Gesellschaft zusammenhält.“*

Gemäß der Kooperationsvereinbarung ist Aufgabe des Landesnetzwerks BE, „drängende gesellschaftliche Herausforderungen aus den Politikbereichen des Sozialen, der Bildung, der Ökologie, der Kultur“ und die „Auswirkungen der demografischen Entwicklung“ aufzugreifen und auch den „Wandel der Arbeitsgesellschaft und knapper werdende Finanzspielräume“ im Kontext der Bürgergesellschaft zu bearbeiten. Eine „unterstützende Netzwerkarbeit“ stellt hier „den notwendigen Wissens-, Informations- und Erfahrungsaustausch her“ und

entwickelt „in Kooperation neue und innovative Konzepte und setzt konkrete Impulse im Land.“ Ziel ist, „eine Kultur der selbstverständlichen Verankerung von bürgerschaftlichem Engagement als Leitbild und Arbeitsform zu schaffen.“

Die neue Kooperationsvereinbarung setzt damit auch Schwerpunkte für die inhaltliche Weiterentwicklung des Landesnetzwerks BE, dessen Aufgabe es ist, das bürgerschaftliche Engagement in Baden-Württemberg „durch systematische und kontinuierliche Arbeit an den Rahmenbedingungen und Strukturen“ zu begleiten und zu unterstützen, die bürgerschaftliche Beteiligung in ihrer Vielfalt zu fördern und dadurch die kommunale Gemeinschaft und Demokratie im Sinne gemeinsam wahrgenommener Verantwortung zu stärken.

Die Vernetzung wird dabei als wesentliches Ziel der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements aufgefasst, da sie der nachhaltigen Sicherung und Entwicklung „eigenständiger zivilgesellschaftlicher Prozesse und Strukturen“ dient. Wichtige Ziele der Vereinbarung sind folglich „der Aufbau neuer und die Weiterentwicklung bestehender Vernetzungsstrukturen.“

### **Genese des Landesnetzwerks**

Im Jahre 1995 haben Landkreistag, Städtetag und Gemeindetag in Baden-Württemberg gemeinsam mit dem damaligen Sozialministerium (heute: Ministerium für Arbeit und Soziales) eine Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (AG/ BE) gebildet.

Zentrales Ziel dieses Bündnisses ist der Aufbau eines Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg und damit die Schaffung einer umfassenden Basisstruktur für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

Das Landesnetzwerk, das sich als „Netz von Netzwerken“ aus den drei Teilnetzwerken des Landkreisnetzwerks, StädteNetzWerks und Gemeindenetzwerks bildet, stellt seit 1999 eine Basisstruktur für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg dar. Es gründet auf der Übereinkunft der kommunalen Landesverbände und des Ministeriums für Arbeit und Soziales, sich gemeinsam um die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Land zu bemühen.

Aufgaben des Landesnetzwerks sind:

- das bürgerschaftliche Engagement in Baden-Württemberg durch systematische und kontinuierliche Arbeit an den Rahmenbedingungen und Strukturen zu begleiten und zu unterstützen
- die bürgerschaftliche Beteiligung in ihrer Vielfalt zu fördern und zur Anerkennung und Qualifizierung des Engagements beizutragen und
- dadurch die kommunale Gemeinschaft und Demokratie im Sinne gemeinsam wahrgenommener Verantwortung zu stärken.

Das Landesnetzwerk will Städte, Gemeinden, Landkreise, Verbände und die Wirtschaft dabei unterstützen, geeignete Rahmenbedingungen für engagierte Bürgerinnen und Bürger zu schaffen und zu fördern. Die Konstruktion der Netzwerke ermöglicht nicht nur eine horizontale – zwischen Städten, Gemeinden und Landkreisen sich ausbildende – Vernetzung, sondern auch eine vertikale Vernetzung und Abstimmung von Aktivitäten der Engagementförderung in Kommunen und Landkreisen mit der Landespolitik. Auf der Ebene der Landespolitik werden unter dem Gesichtspunkt von bürgerschaftlichem Engagement als Querschnittsaufgabe auch übergreifende Aktivitäten und Maßnahmen aller Fachbereiche, Ressorts und damit ein bereichsübergreifendes Arbeiten zunehmend bedeutsam. Diese systematische und konsequente Verflechtung von Strukturen, Prozessen und Institutionen bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Lande hat im Ländervergleich Vorbildcharakter. Sie ist institutionell in der AG/ BE verankert, die durch ihre Konstruktion sowohl eine starke kommunale Orientierung als auch eine Verflechtung dieser Politikebene mit der landespolitischen Ebene ermöglicht, welche durch die „Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste“ im Ministerium für Arbeit und Soziales repräsentiert ist.

In der Architektur des Landesnetzwerks spielen das Gemeinденetzwerk, StädteNetzWerk und das Landkreisnetzwerk eine zentrale Rolle (siehe Abb. 2 auf S. 196). Alle drei Netzwerke haben das Ziel der lokalen Engagementförderung und beruhen jeweils auf Mitgliedschaften von Gemeinden, Städten und Landkreisen im Bezugs-Netzwerk.

Die Mitglieder der Netzwerke sind in die Förderungsaktivitäten und den Kreislauf der Informationen und Aktivitäten im Landesnetzwerk aufgenommen und bringen sich selbst in die Netzwerke ein. Bei allen drei kommunalen Netzwerken handelt

es sich um offene Netzwerke, die weiteren interessierten Gemeinden, Städten und Landkreisen im Wege der Mitgliedschaft zur Verfügung stehen.

Die Netzwerke stellen sowohl jeweils „für sich“ eigenständige als auch in hohem Maße „interaktive“ Plattformen für die Diskussion von Themenschwerpunkten und deren qualifizierte Bearbeitung dar, als auch Netze, die an das in den Gemeinden, Städten und Landkreisen sich entfaltende bürgerschaftliche Engagement förderlich anknüpfen. Eine wichtige Aufgabe des Landesnetzwerkes insgesamt und seiner Teile besteht im Austausch und Transfer von Erfahrungen und Know-how zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Die Strukturen, Aktionen und Maßnahmen des Landesnetzwerks BE sind themen- und zielgruppenübergreifend angelegt.

Jedes Netzwerk besitzt eine Fachberatung, deren wesentliche Aufgabe in der Konzeptentwicklung zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sowie der Pflege und Entwicklung der kommunalen Netzwerke besteht. Damit verbindet sich vor allem die Förderung des Erfahrungsaustausches und Wissenstransfers unter den Netzwerkmitgliedern zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements. Dies geschieht sowohl in vielfachen bilateralen Einzelberatungen als auch durch die Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation von Jahrestreffen und weiterer meist an Themenschwerpunkten orientierten Veranstaltungen wie Workshops und Fachgesprächen. Darüber hinaus nehmen die Fachberaterinnen und Fachberater der Netzwerke regelmäßig an Gremiensitzungen des Steuerungsverbundes, Netzwerkausschusses und des Forums Landesnetzwerk teil.

### **Evaluation des Landesnetzwerks**

Im Jahre 2004 erfolgte eine von der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste veranlasste unabhängige Evaluation des Landesnetzwerks durch die Universität Tübingen.

Der Stabsstelle ging es darum, insbesondere mit Blick auf die Weiterentwicklung der AG/ BE und des Landesnetzwerks BE über den 2005 endenden Vertragszeitraum hinaus, einen neutralen „Blick von außen“ auf die Arbeit des Landesnetzwerks werfen zu lassen.

Die Evaluation des Landesnetzwerks BE beinhaltet im Einzelnen:

- eine Beschreibung des Landesnetzwerk, und
- eine Analyse
- der im Landesnetzwerk eingesetzten Instrumente und ihrer Wirkungen,



- der Rollen der beteiligten Akteure und ihre Ressourcenausstattung sowie eine
- Netzwerkanalyse, um Kommunikationswege im Landesnetzwerk zu rekonstruieren.

Dazu wurden im Rahmen eines Methoden-Mix Experteninterviews, schriftliche Befragungen der Netzwerkmitglieder und Dokumentenanalysen (u. a. wissenschaftliche Jahresberichte, Tätigkeitsberichte der Fachberatungen) durchgeführt. Darüber hinaus kam eine spezifische Netzwerkanalyse zum Einsatz, welche die Kommunikationshäufigkeiten im Gesamtnetzwerk untersuchte. Das im Herbst 2004 vorgelegte Gutachten formuliert wichtige Erkenntnisse der Untersuchung.

Die *Experteninterviews*<sup>7</sup> zeigen, dass die befragten Akteure der Mitgliedschaft im Landesnetzwerk eine hohe Bedeutung beimessen. Sie ermöglicht den direkten Zugang zur Landespolitik sowie den Einbezug in kooperative Lernprozesse und die Generierung von Kontext- und Fachwissen. Wichtig ist zudem der Aspekt, dass von der Mitgliedschaft im Landesnetzwerk Legitimationswirkungen für die Förderung der BE-Arbeit vor Ort auch gegenüber Dritten ausgehen. Die gewählte Förderphilosophie der "weichen Steuerung durch Vernetzung" wird als konstruktiv und für die strukturelle und inhaltliche Weiterentwicklung der Netzwerkarbeit hilfreich betrachtet.

Die *schriftliche Befragung*<sup>8</sup> zeigt, dass sowohl die strategische Ausrichtung des Landesnetzwerks als auch die operative Umsetzung auf große Zustimmung stoßen. Die finanzielle Förderung wird als hilfreich aber noch zu gering eingestuft. Den kommunalen Teilnetzwerken wird ein hoher Grad an Selbstorganisation bescheinigt. Auch die Qualifizierungsangebote im Landesnetzwerk wurden seitens der Mitgliedskommunen gut bewertet; allerdings ist hier eine niedrige Teilnahmequote an Qualifizierungsmaßnahmen zu konstatieren, die im Landesnetzwerk und seinen Gremien kommuniziert werden sollte. Handlungsbedarf wird bei einzelnen Punkten der operativen Umsetzung des Netzwerkkonzepts gesehen und zwar im Hinblick auf eine dauerhafte Prozessop-

---

<sup>7</sup> Befragt wurden insgesamt 10 Expert/-innen, darunter der Leiter der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste, Vertreter/-innen der kommunalen Landesverbände, Expert/-innen von ARBES, FaLBE und Mentorenverbund, die Fachberater/-innen der kommunalen Netzwerke sowie (weitere) Mitglieder der Interministeriellen Arbeitsgruppe Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement (IMA), denen wir für ihre Unterstützung Dank sagen.

<sup>8</sup> Befragt wurden 121 Mitglieder der kommunalen Netzwerke; die Rücklaufquote lag bei 66 %.

timierung und der Beibehaltung der innovativen Dynamik und Anschlussfähigkeit an gesellschaftliche Veränderungen.

Aus der *Netzwerkanalyse* werden die hohe Dichte des Landesnetzwerks und seine sehr gut ausgebildeten Netzwerkstrukturen ersichtlich. Alle Akteure sind in die Arbeit des Landesnetzwerks eingebunden. Sowohl die intra- als auch die kommunale Zusammenarbeit wird durch die Expertise als gut bezeichnet. Das Aktivitätsniveau der kommunalen Netzwerke nimmt offensichtlich mit der Dauer ihrer Existenz zu. Weiterhin lassen sich bei der Betrachtung von Vermittlerstrukturen zentrale Anlaufstellen mit hohem Multiplikatorenstatus identifizieren. Dieser Status resultiert auch aus der vergleichsweise höheren finanziellen und personellen Ausstattung dieser Anlaufstellen durch die sie unterstützenden Kommunen.

Als besondere, den baden-württembergischen Weg kennzeichnende Merkmale hebt die Evaluationsstudie folgende Erkenntnisse hervor:

- Die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Arbeit und Soziales und den kommunalen Landesverbänden zur gemeinsamen Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und ihre Gründung der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg (AG/ BE) im Jahr 1995. Dadurch entstanden positive Voraussetzungen, das Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Steuerung und kommunaler Selbstverwaltung produktiv zu gestalten und die Förderung bürgerschaftlichen Engagements als gemeinsame Aufgabe zu begreifen und voranzutreiben.
- Mit der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste im Ministerium für Arbeit und Soziales wurde eine zentrale Handlungs- und Koordinationsinstanz der BE-Förderung geschaffen, der eine hohe Bedeutung für die Funktionsfähigkeit des Landesnetzwerks beizumessen ist.
- Mit der Institutionalisierung der Fachberatung in den kommunalen Netzwerken konnte eine wichtige Adresse für die Kommunen und eine Schnittstelle zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und kommunalen Netzwerken des Landesnetzwerks geschaffen werden, welche den Transfer wichtiger Informationen und Impulse ermöglicht sowie eine Institution für Anfragen darstellt und die Nachhaltigkeit der Prozesse fördert.
- Schließlich ermöglicht die organisatorische Ausgestaltung des Landesnetzwerks als ein „Netz von Netzen“ bürgerschaftliches Handeln und intensive

Interaktions- und Kooperationsbeziehungen, die zu einer hohen Kommunikationsdichte in und zwischen den einzelnen Netzwerken und dem Landesnetzwerk insgesamt führen. Diese Netzwerkkontakte ermöglichen auf der inhaltlichen Ebene einen verlässlichen Erfahrungs- und Wissensaustausch zu Themen, Programmen und Prozessen, sowie zu Qualifizierungsangeboten im Landesnetzwerk.

- Im Resultat führt die Bildung der Netzwerke, ihre quantitative Ausdehnung und Intensität der Austauschbeziehungen dazu, dass sich „das Landesnetzwerk als feststehende Institution in der baden-württembergischen Engagementförderung herausgebildet und sich eine kritische Masse an BE-Infrastruktur entwickelt hat“, durch welche die Chancen bürgerschaftlicher Aktivitäten steigen (vgl. Schmid/ Steffen/ Maier/ Rani 2005).

Im Bundesländervergleich attestiert die Evaluationsstudie der Förderpolitik Baden-Württembergs eine Sonderstellung. Gemessen an der seitens der Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ entwickelten Typologie der BE-Förderpolitik der Länder wird Baden-Württemberg unter dem fortgeschrittenen „integriert-prozeduralen Typ“<sup>9</sup> eingeordnet, der sich durch eine systematische Integration einzelner Fördermaßnahmen und -instrumente in eine umfassendere Gesamtförderstrategie und eine hohe Wertschätzung des Themas BE auszeichnet. Hinzu kommt eine gute Verankerung der Förderstrategie in den öffentlichen Institutionen und ein dichtes Interaktionsnetzwerk zwischen öffentlicher Hand und involvierten gesellschaftlichen Akteuren (Otto/ Schmid/ Steffen u. a. 2003, sowie Enquête-Kommission 2002).

Perspektivisch hebt die Evaluationsstudie hervor, dass das Landesnetzwerk um eine stärkere Einbindung der Politik in die Engagementförderung bemüht sein sollte. Was den Einbezug weiterer Themen und Akteure betrifft, wird dem Netzwerk empfohlen, das Thema Corporate Citizenship aufzugreifen und die Möglichkeiten seiner Umsetzung aktiv zu prüfen. Schließlich empfiehlt die Studie mit Bezug auf die Fachberatung der kommunalen Netzwerke eine Präzisierung der Aufgaben und Funktionsbestimmung.

Die im Herbst 2004 vorgelegte Evaluation des Landesnetzwerks schuf die Grundlage für die Fortschreibung der gemeinsamen Vereinbarung des Landes

---

<sup>9</sup> Dieser „integriert-prozedurale Typ“ grenzt sich ab von einem „fragmentierten Typ“ mit relativ unkoordinierten Programmen und Maßnahmen der Ministerien zur Engagementförderung, der faktisch den „politisch-administrativen Normalzustand“ in vielen Bundesländern darstellt und dem „symbolisch-diskursiven Typ“ der Förderung, „bei der eine durchaus intensive Diskussion und politische Thematisierung der Engagementförderpolitik mit vergleichsweise geringen Aktivitäten der Umsetzung und Ressourcenausstattung verbunden sind“ (Enquête Kommission 2002: 174).

mit den kommunalen Landesverbänden zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

### **3.2 Architektur des Landesnetzwerks**

Die Gesamtkomposition des Landesnetzwerks BE (siehe Abb. 2 auf S. 196) umfasst neben den drei kommunalen Netzwerken, sprich Gemeindeforum, Landkreisnetzwerk und StädteNetzwerk und ihrer jeweiligen Fachberatung im Kern die weiteren Organe:

- den Netzwerkausschuss, der sich aus dem Ministerium für Arbeit und Soziales und den kommunalen Landesverbänden zusammensetzt.
- die Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste, angesiedelt im Ministerium für Arbeit und Soziales
- den Steuerungsverbund
- das Forum Landesnetzwerk BE
- die Arbeitsgemeinschaft bürgerschaftliches Engagement der Senioren (ARBES) und
- die Fachkräfte des Landes für Bürgerschaftliches Engagement (FaLBE)
- und weitere Qualifizierungsträger wie das Mentorat für Bürgerengagement

Die Aufgaben der genannten Gremien und Organe, welche die Gesamtarchitektur des Landesnetzwerks darstellen, werden im Folgenden kurz umrissen.

#### **Der Netzwerkausschuss**

Im Netzwerkausschuss arbeiten die vier Partner der Arbeitsgemeinschaft Bürgerschaftliches Engagement (AG/ BE), d.h. das Ministerium für Arbeit und Soziales und die kommunalen Landesverbände, zusammen.

Als wesentliche Steuerungsinstanz des Landesnetzwerks obliegt dem Netzwerkausschuss die Beratung und Entscheidung über Fortführung und Gestalt der oben genannten Kooperationsverträge. Darüber hinaus berät und entscheidet er über die Verwendung der Finanzmittel. Der Netzwerkausschuss stellt die wesentliche Steuerungsinstanz für die grundlegende inhaltliche und strategische Ausrichtung des Landesnetzwerks dar. Die Geschäftsführung des Netzwerkausschusses bzw. der AG/ BE ist bei der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste angesiedelt.

### Die Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste

Die im Ministerium für Arbeit und Soziales angesiedelte **Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste** ist abteilungsübergreifend tätig und koordiniert im Ministerium die unterschiedlichen Engagementfelder der verschiedenen Fachabteilungen sowie die landesweite Zusammenarbeit. Darüber hinaus nimmt sie Aufgaben der Kooperation auf nationaler und europäischer Ebene wahr.<sup>10</sup> Die ehemalige „Stabsstelle bürgerschaftliches Engagement“ wurde am 01.08.05 aufgrund ihres um das Freiwillige Soziale Jahr und sonstige Formen von Freiwilligendiensten erweiterten Verantwortungsbereichs in „Stabsstelle für Bürgerengagement und Freiwilligendienste“ umbenannt. Sie ist gleichzeitig Geschäftsstelle des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und der Gremien. Zentrale Aufgabe ist die Beratung der im Landesnetzwerk mitwirkenden Kommunen, Bürgerinnen und Bürger sowie Verbände und Organisationen auf dem Weg zu mehr Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung. Darüber hinaus ist sie nun auch für den Bereich Freiwilligendienste, bspw. das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und weitere Freiwilligenprojekte sowie die Förderung der Selbsthilfekontaktstellen zuständig.

Die Stabsstelle erarbeitet wichtige Stellungnahmen und Zielperspektiven zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen und der Rolle des bürgerschaftlichen Engagements und leistet wesentliche Grundlagenarbeit bei der konzeptionellen Weiterentwicklung und Förderung des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement. In ihren zentralen Überlegungen, auf welche Weise die BE-Strukturen im Land über Themen, Projekte, Ideen und Instrumente weiterentwickelt werden können, stimmt sie sich mit den Partnern im Steuerungsverbund ab. Die Stabsstelle nahm 2004/ 2005/06 entscheidenden Einfluss auf wichtige Eckpunkte der Gesamtplanung der Arbeiten im Landesnetzwerk sowohl in Hinsicht auf die thematischen Schwerpunkte als auch auf die Strukturen zur Weiterentwicklung der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Land. Sie stimmt sich dabei mit den Partnern im Steuerungsverbund (StV) ab. Weiterer Schwerpunkt ist die Qualitätsentwicklung und -verbesserung im Landesnetzwerk und in diesem Zusammenhang die Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch das Mentorat und die Kommunalen Entwicklungsbausteine (KEB).

---

<sup>10</sup> Die Stabsstelle ist direkt dem Ministerialdirektor zugeordnet. In der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste arbeiten neben dem Leiter, Herrn Regierungsdirektor Robert Hahn, weitere vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Berichtszeitraum hat die Stabsstelle wesentlich die Formulierung von Schwerpunktthemen vorangetrieben und Modellprojekte des Landesnetzwerks angeregt und mit konzipiert, u. a. das Modellprojekt Unternehmen BE (siehe Punkt A.4.3). Ab Mitte des Jahres 2004 wurde auf Anregung der Stabsstelle im Steuerungsverbund das Thema Corporate Citizenship intensiv behandelt, mit dem Ziel, die Wirtschaft systematisch in die Arbeit des Landesnetzwerks einzubeziehen und ein Grundlagenpapier zur CC-Förderung im Landesnetzwerk ausgearbeitet.

Weiterhin fördert die Stabsstelle den Einsatz von Kommunalen Entwicklungsbausteinen (siehe Punkt A.3.2.4) zur Qualitätsentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in den Kommunen und viele der in den Netzwerken durchgeführten Veranstaltungen und deren Dokumentation.

Zum Aufgabenspektrum zählt darüber hinaus die Konzeption und Koordinierung von Fortbildungsangeboten von Bürgerinnen und Bürgern, Mandatsträgern und Fachkräften. Dazu gehören insbesondere die Förderung des Mentorats für Bürgerengagement und der Aufbau von Mentorinnen und Mentoren-Netzwerken, die in den Kommunen des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement anregen und begleiten.

Die Stabsstelle war federführend an der Vorbereitung der dritten Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Arbeit und Soziales und den kommunalen Spitzenverbänden beteiligt. Des Weiteren hat die Stabsstelle maßgeblich bei der Verbesserung des Versicherungsschutzes für Engagierte und an der Erarbeitung einer Kabinettsvorlage „Demografische Entwicklung und BE“ im Jahre 2005 mitgewirkt.

Von der Stabsstelle wurde ferner die am 27.11.2005 veranstaltete Ehrenamts-Gala im Südwestfernsehen mit vorbereitet, in welcher die Sieger des Wettbewerbs „Echt gut! Ehrenamt in Baden-Württemberg“ vorgestellt und gewürdigt wurden. Bei dem Ehrenamtswettbewerb „Echt gut!“ handelt es sich um eine Gemeinschaftsaktion der Landesregierung mit der EnBW Energie Baden-Württemberg AG und dem Sparkassenverband Baden-Württemberg sowie der Landestiftung Baden-Württemberg. Ziel ist, herausragende Aktivitäten und Projekte auf dem Gebiet des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements auszuzeichnen und im Rahmen einer Fernsehshow zu präsentieren. Die Schirmherrschaft wurde von Ministerpräsident Erwin Teufel übernommen.

Im Berichtszeitraum hat die Stabsstelle des Weiteren eine zweite Auflage und Überarbeitung des Leitfadens „Wege in der Bürgergesellschaft“ in Angriff genommen, in welchem ausführliche Hinweise über die Modalitäten der

Mitgliedschaft in den Netzwerken des Landesnetzwerks aufgenommen wurden, sowie die Themen Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerstiftungen und Corporate Citizenship vertiefend aufgegriffen werden.

Zudem wurde eine Neukonzeption der Homepage des Landesnetzwerks vorgenommen und ein attraktiver Internetauftritt gestaltet, der unter <http://www.Buergerengagement.de> (oder der Langfassung: [http://www.Sozialministerium.de/de/Buergerengagement\\_in\\_Baden-Wuerttemberg/81089.html](http://www.Sozialministerium.de/de/Buergerengagement_in_Baden-Wuerttemberg/81089.html)) aufgerufen werden kann. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wird von der Stabsstelle regelmäßig die Zeitschrift *Bürger engagiert* verfasst, die aktuelle Informationen über Schwerpunktthemen im Landenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement enthält sowie über Veranstaltungen mit Ankündigungen und Dokumentationen bzw. Kurzberichten informiert.

### **Der Steuerungsverbund**

Die Arbeitsebene **Steuerungsverbund** wird gebildet aus dem Netzwerkausschuss (AG/ BE), der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste, der Fachberatung der kommunalen Netzwerke, ARBES und FaLBE, sowie Qualifizierungsträgern (Paritätisches Bildungswerk Baden-Württemberg; Landeszentrale für politische Bildung) und der wissenschaftlichen Begleitung (Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung, Freiburg).

Der Steuerungsverbund Landesnetzwerk BE, der seit dem 15.01.2003 besteht, erarbeitet Konzeptionen zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements und nimmt wesentlichen Einfluss auf die Schwerpunktsetzungen im Landkreisnetzwerk BE. Er hat die Funktion, Austausch und Abstimmung zwischen den einzelnen Netzwerken zu ermöglichen und ein zielgerichtetes gemeinsames Vorgehen zu gewährleisten.

Der Steuerungsverbund tagt etwa vierteljährlich, davon einmal als ganz- bzw. mehrtägige Klausur. Im Berichtszeitraum 2004/ 2005/06 wurden acht Sitzungen durchgeführt, die sich regelmäßig den Entwicklungen und Ereignissen in den Netzwerken sowie gemeinsamen Vorhaben und Themenschwerpunkten im Landesnetzwerk widmeten.

Die 5. Sitzung des StV am 21.01.2004 hatte die Vorbereitung einer bis dato in diesem Format und in dieser Medienwirksamkeit noch nie durchgeführten BE-Gala-Veranstaltung zum Thema (Die Gala wurde vom Südwestfernsehen übertragen und am 21.11.2004 ausgestrahlt). Weiterhin standen die Bemühungen der Stabsstelle im Zentrum, den Versicherungsschutz für ehrenamtlich Tätige weiter zu verbessern sowie das Thema BE-Qualifizierungsangebote und

Vorbereitungen für die Herbstakademie mit Mentorinnen und Mentoren in Bad Herrenalb, die am 15./ 16. September 2004 stattfand.

Am 17.02.2004 führte der Steuerungsverbund eine Klausur durch, bei der u. a. über den weiteren Umgang mit den Kommunalen Entwicklungsbausteinen beraten wurde.

Die 6. Sitzung des StV am 01.04.2004 befasste sich mit der Neugestaltung des Internetauftritts des Landesnetzwerks und den Vorbereitungen zur Veranstaltung über „Anlaufstellen“ am 22.04.04 unter Mitwirkung von Ministerpräsident Erwin Teufel und der drei Kommunalpräsidenten.

Auf seiner 7. Sitzung am 17.06.2004 behandelte der Steuerungsverbund die Vorgehensweise bei der Evaluation des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement und diskutierte das von der Universität Tübingen entwickelte Evaluationskonzept. Weiterhin wurden Planungen für eine Denkwerkstatt 2004 zur Weiterentwicklung der Netzwerkarbeit im Landesnetzwerk und seinen kommunalen Teilnetzwerken durchgeführt.

Die 8. Sitzung des StV am 11.10.2004 diskutierte Ergebnisse einer ersten Fassung des vorgelegten Evaluationsberichts zum Landesnetzwerk.

Die 9. Sitzung des StV am 13.01.2005 behandelte vorrangig den von der Stabsstelle erarbeiteten Entwurf einer dritten Kooperationsvereinbarung des Ministeriums für Arbeit und Soziales mit den kommunalen Landesverbänden. Des Weiteren wird der neue Themenschwerpunkt des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements/ Corporate Citizenship (CC) ausführlich besprochen und über Modellstandorte für die Erprobung von CC-Strategien diskutiert (siehe Punkt A.4.3).

Auf der 10. Sitzung des StV am 19.04.2005 werden seitens der Stabsstelle Überlegungen eingebracht, im Jahr 2006 eine Tagung zum Thema demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement durchzuführen, die seitens des Forum Landesnetzwerk unter Beteiligung der dem Forum angehörenden Verbände vorbereitet und ausgerichtet werden soll.

Im Mittelpunkt der 11. Sitzung des StV am 27.07.2005 stand die Vorbereitung der Klausurtagung der Stabsstelle mit dem Steuerungsverbund am 17./ 18.10.2005 in Bad Urach, auf der über neue Wege und Strategien der BE-Förderung durch das Landesnetzwerk und das Schwerpunktthema Corporate Citizenship diskutiert wurde und unter dem Motto „Zukunftsradar“ Trends, Chancen und Risiken



besprochen wurden, mit denen sich bürgerschaftliches Engagement auseinanderzusetzen hat.

Die 12. Sitzung des StV am 21.11.2005 widmete sich der Entwicklung und Vielfalt des Profils von Freiwilligenagenturen und den Standards des Qualitätsmanagements dieser Organisationen, mit besonderer Berücksichtigung der Rolle der kommunalen Anlaufstellen im Lande.

Die 13. Sitzung StV am 25.01.2006 beschäftigte sich mit den Ergebnissen der seitens des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) durchgeführten Landesauswertung des Freiwilligenurvey (siehe Punkt B.1) sowie ersten Resultaten der repräsentativen Umfrage zum unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagement in Baden-Württemberg. Des Weiteren wurde eine Erklärung des Steuerungsverbundes zum baden-württembergischen Weg der Engagementförderung mit seinen Charakteristika des integrierten Förderkonzepts verabschiedet sowie Themenschwerpunkte (Bildung und Erziehung, Migration und Integration, Zusammenleben der Generationen) definiert (siehe Punkt A.3.3, Perspektiven des Landesnetzwerks)

Schließlich wurden auf der 14. Sitzung des StV am 10.04.2006 das Thema „organisierte Nachbarschaftshilfe“ und deren steuerliche Behandlung behandelt. Darüber hinaus standen das Modellprojekt Jugendbegleiter und die Verbindung desselben mit dem Landesnetzwerk auf der Tagesordnung.

### **Das Forum Landesnetzwerk BE**

Das **Forum Landesnetzwerk BE** setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien des Landes, i.d.R. den Mitgliedern der Interministeriellen Arbeitsgruppe Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement und dem Netzwerkausschuss. Hinzu kommen Vertreterinnen und Vertreter der Landeswohlfahrtsverbände, des Landesseniorenrats, Landesfrauenrats und Landesfamilienrats sowie des Landesjugendrings. Weiter gehören dem Forum Landesnetzwerk das Landesbüros Ehrenamt und der Landesdachverband der Selbsthilfegruppen an. Zusätzlich sind weitere Mitglieder des Steuerungsverbundes beratend tätig.

Das sich zweimal jährlich treffende Forum hat die Aufgabe, Erfahrungen auszutauschen und Informationen weiterzuleiten sowie gemeinsame Aktivitäten und Projekte zu planen und abzustimmen. Die Sitzungen werden durch die Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste geleitet, die auch zu den Terminen einlädt. Es wird auf seinen Zusammentreffen regelmäßig über die

Aktivitäten des Landesnetzwerks BE informiert. Im Berichtszeitraum hat sich das Forum u. a. mit folgenden Themen beschäftigt:

- Auf der Sitzung vom 30.03.04 im Wissenschaftsministerium wurden u.a. die Ergebnisse der „Studie zu den örtlichen Anlaufstellen für Bürgerarbeit“ behandelt. Weiterhin wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Veranstaltungen im Landennetzwerk BE sowie den Stand der Vorbereitungen zur Aktionswoche BE des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) unter dem Motto „Engagement macht stark“ informiert.
- In der Sitzung vom 19.10.04 im Kultusministerium waren die Ergebnisse der Evaluation des Landesnetzwerks durch die Universität Tübingen Thema, sowie das Mentorenprogramm des Landesnetzwerks BE und die Verknüpfung unterschiedlicher Mentorenkonzepte des Bürger- und Schülermentorenprogramms Gegenstand der Beratungen. Darüber hinaus wurde über Veranstaltungen im Landesnetzwerk, u.a. über das 10. Treffen des StädteNetzWerks in Filderstadt zum Thema Migration und Aktivitäten von FaLBE und ARBES informiert.
- In der Sitzung am 05.04.05 im Umweltministerium stellten die Themen „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement“ sowie „Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement“ wichtige Schwerpunktthemen dar. Von Seiten des Landesnetzwerks BE wurde über den Stand des Modellprojekts „Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement“ in vier Modellregionen des Landes berichtet.
- Auf der Sitzung am 22.11.05 im Justizministerium wurde u.a. auf Anregung der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste das Schwerpunktthema „Demografischer Wandel“ behandelt. Der Vorschlag der Stabsstelle wurde aufgegriffen, dazu 2006 eine seitens des Forum Landesnetzwerk ausgerichtete und unter besonderer Beteiligung der Verbände zu konzipierende größere Tagung durchzuführen.

Das Thema „Demografischer Wandel“ entwickelte sich im Berichtszeitraum zu einem Schwerpunktthema im Landesnetzwerk. Die Bearbeitung von Fragestellungen der demografischen Entwicklung wurde 2006 fortgesetzt und führten zu einer seitens des Forums Landesnetzwerk ausgerichteten Fachtagung zum Thema „Demografischer Wandel und Bürgergesellschaft“. Die Ergebnisse der Fachtagung werden durch das Forum Landesnetzwerk aufbereitet und für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Lande nutzbar gemacht.

Abb. 1

### Gremien des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement

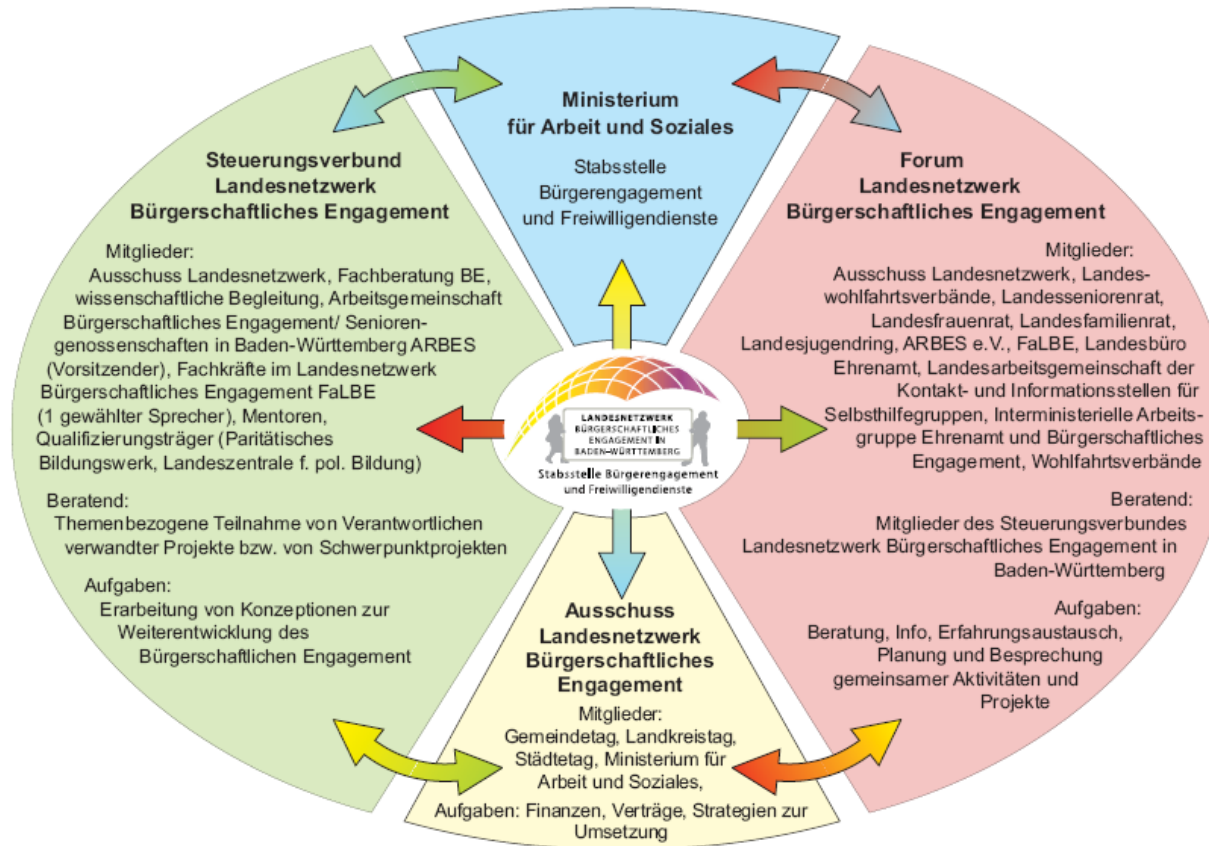


Abb. 2: Das Landesnetzwerk BE

### 3.2.1 StädteNetzWerk

Das StädteNetzWerk, das durch den Städtetag unterstützt wird, wurde am 22.11.1999 in Fellbach gegründet. Bei Gründung gehörten 33 Städte dem StädteNetzWerk an, Mitte 2006 sind es 56 Kommunen. Der Städtetag sieht im StädteNetzWerk bürgerschaftliches Engagement eine bewährte Struktur, Zukunftsfragen und -themen zu bearbeiten, den Wissensstand zu aktualisieren und den Erfahrungsaustausch zwischen Bürgerschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft zu intensivieren, Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten und Anregungen zur Weiterentwicklung der Bürgerkommune zu geben. Die Förderaktivitäten des StädteNetzWerkes qualifizieren und vernetzen Akteure aus allen Handlungsbereichen des bürgerschaftlichen Engagements und betonen den inneren Zusammenhang dieser Maßnahmen.

Ein Ziel der Arbeit im StädteNetzWerk ist, das bürgerschaftliche Engagement in den Kommunen als Querschnittsthema zu verankern, es optimal in die praktische Arbeit der unterschiedlichen Fachressorts zu integrieren und das Zusammenwirken von Fachpolitik bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu verstärken.

#### StädteNetzWerk: Eckdaten

<i>Anzahl Mitgliedsstädte: 56 (Stand: 30.06.2006)</i>		
Seit Gründung	Aalen, Böblingen, Bruchsal, Ditzingen, Eppelheim, Esslingen, Ettlingen, Fellbach, Filderstadt, Freiburg, Friedrichshafen, Geislingen, Göppingen, Heidelberg, Heidenheim, Herrenberg, Horb, Karlsruhe, Kirchheim/Teck, Konstanz, Lahr, Leinfelden-Echterdingen, Leonberg, Lörrach, Mannheim, Nürtingen, Offenburg, Ostfildern, Rastatt, Ravensburg, Reutlingen, Rheinfelden, Rheinstetten, Rottenburg, Schramberg, Schwäbisch Gmünd, Sindelfingen, Singen, Stutensee, Stuttgart, Trossingen, Tübingen, Ulm, Waiblingen, Walldorf, Weinheim, Weinstadt, Wertheim, Wiesloch.	49
Neu hinzugekommen im Berichtszeitraum	Crailsheim, Laupheim, Ludwigsburg, Metzingen, Mössingen, Schopfheim, Villingen-Schwenningen.	7
	(Weitere Städte können hinzukommen)	56
Koordination / Fachberatung	Die Fachberatung für das StädteNetzWerk wird von Dr. Ralf Vandamme wahrgenommen, seit 1.5.07 Mitarbeiter des Städtetag, in Kooperation mit der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste im Ministerium für Arbeit und Soziales	

### **Arbeitsweise**

Jährlich finden ein bis zwei **StädteTreffen** an unterschiedlichen Orten und mit wechselnden Themen statt. Die Mitgliedsstädte nehmen an diesen Treffen jeweils mit Teams teil. Diese setzen sich idealerweise neben der/ dem jeweils zuständigen Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner aus weiteren Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft sowie engagierter Bürgerschaft oder beteiligten Einrichtungen und Verbänden zusammen, die zum jeweiligen Thema des Netzwerktreffens einen Bezug haben.

Für die Treffen werden die Erfahrungen und Ressourcen der Netzwerkmitglieder genutzt: Personen aus den beteiligten Städten übernehmen Impulsreferate, es wird ein Reader mit Praxisbeispielen zum jeweiligen Thema zusammengestellt. In den Städten, die Veranstaltungsort des Treffens sind, wird die Gelegenheit genutzt, im Vorfeld und im Nachgang der Veranstaltungen einen "lokalen Dialog zum bürgerschaftlichen Engagement" zu initiieren. Die Ergebnisse der Städte-Treffen werden als „Werkstatt-Info“ oder in Form von Dokumentationen zur Verfügung gestellt.

Auf eine entsprechende Anregung aus den StädteTreffen hin wurden in 2003 erstmals **Werkstattgespräche** durchgeführt, um den Erfahrungsaustausch zwischen den Fachkräften aus den Mitgliedsstädten zu intensivieren. Werkstattgespräche richten sich vor allem an die Fachkräfte in den Städten und dienen dazu, Instrumente und Strategien der Engagementförderung zu entwickeln.

### **Aufgaben der Fachberatung**

Mit dem 1. Mai 2005 wurde die Fachberatung für das StädteNetzWerk bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg bei Wahrung personeller Kontinuität durch den Städtetag Baden-Württemberg übernommen.

Die Aufgaben der Fachberatung gliedern sich in zwei Themenblöcke, die zum einen den Ausbau und Pflege des StädteNetzWerks zum anderen die netzwerkübergreifende Kooperation betreffen. Der Pflege und dem Ausbau des StädteNetzWerks dienen die jährlichen Fachtreffen und Informationsveranstaltungen, die seitens der Fachberatung konzipiert, durchgeführt und dokumentiert werden. Des Weiteren moderiert die Fachberatung lokale Dialoge in Mitgliedskommunen und berät beim Aufbau lokaler Infrastrukturen, z.B. durch die fachliche Begleitung kommunaler Steuerungsgruppen. Sie pflegt kontinuierliche Kontakte zu den Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den Mitglieds-

kommunen und zu neuen Interessenten und erstellt jährliche Netzwerkberichte und Empfehlungen für die weitere Entwicklung des Netzwerkes. Die netzwerkübergreifende Kooperation betrifft vorrangig die Teilnahme an gemeinsamen Sitzungen des Steuerungsverbundes und die konzeptionelle Zusammenarbeit mit den Partnerinnen und Partnern im Landesnetzwerk. Bürgerschaftliches Engagement sowie die Zusammenarbeit mit den an der Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements beteiligten Gruppen und Institutionen.

Im Rahmen der Pflege und Weiterentwicklung des StädteNetzWerks wurden seitens der Fachberatung im Berichtszeitraum 2004/ 2005/06 sowohl gezielte Leistungen für die kommunale Ebene und kommunale Akteure und Entscheidungsträger erbracht als auch Arbeiten, die eine landesweite Wirksamkeit entfalteten.

Auf der kommunalen Ebene wurde in vielen Städten eine Fachberatung zu jeweils konkreten Anlässen durchgeführt, die zum einen den Aufbau einer kommunalen Anlaufstelle oder die Weiterentwicklung der Anerkennungskultur für Engagierte betrafen, zum anderen der Beratung in Fragen empirischer Bestandsaufnahmen vor Ort galten. Darüber hinaus wurden Erstberatungen von neu hinzugekommenen Kommunen des StädteNetzWerkes durchgeführt.

Diese lokalen Dialoge einschließlich Vorträge der Fachberatung, bspw. zu Bürgerstiftungen oder die Teilnahme an Podiumsdiskussionen und weiteren Veranstaltungen in den Städten tragen wesentlich zur Impulsierung und Weiterentwicklung von Förderstrukturen des BE in den Mitgliedsstädten bei.

Die Fachberatung des StädteNetzWerkes findet in Abstimmung mit der verantwortlichen Dezernentin bzw. jeweils themenbezogen mit den zuständigen Dezernenten im Städtetag sowie der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste statt.

### **Beratung**

Im Berichtszeitraum wurden zahlreiche Einzelberatungen in Städten durchgeführt, teils in Form von Erstberatungen neu hinzugekommener Mitgliedsstädte, teils als Entwicklungsberatung in „erfahreneren“ Städten, etwa wenn dort einschneidende Entwicklungsschritte vollzogen wurden. Dies kann erforderlich sein, wenn neue Strukturen aufgebaut oder angepasst werden, wie z.B. eine Kommunale Anlaufstelle, eine Bürgerstiftung, eine Freiwilligenagentur oder wenn eine lokale Steuerungsgruppe gebildet werden soll.

Entwicklungsbedarf besteht aber auch bei personellen Veränderungen und bei Fragen der optimalen Anbindung in die Verwaltungsstrukturen. In diesem Zusammenhang wurde mit mehreren Städten der Einsatz Kommunalen Entwicklungsbausteine (KEB) beraten und diese inhaltlich und fachlich ausgearbeitet.

Über all dem steht das Leitbild einer vitalen Bürgerkommune, in der Wissen und Kommunikation eine wesentliche Rolle spielen. Dies erfordert die permanente Information über Veranstaltungen und Aktivitäten des Netzwerkes. Darüber hinaus finden detaillierte Besprechungen möglicher Entwicklungsschritte vor Ort und immer wieder innovative Konzeptentwicklungen statt, zum Beispiel durch die Weiterentwicklung und Öffnung eines Seniorenbüros und dessen Kooperation mit engagierten Jugendlichen. Auch Vorträge über Ziele, Gründungsmöglichkeiten und Funktionsweise einer Bürgerstiftung sowie Inputs zu Bürgerversammlungen oder Workshops zählten im Berichtszeitraum zu den Aufgaben der Fachberatung.

### **Veranstaltungen**

#### *Die Städtetreffen*

Das 10. StädteTreffen im Bürgerzentrum in Filderstadt am 28.09.2004 widmete sich dem Thema: *Bürgerschaftliches Engagement und Migration*.

→ Das 10. StädteTreffen wurde bewusst im Rahmen der Aktionswoche des Bundesnetzwerks zum bürgerschaftlichen Engagement durchgeführt, um die Bedeutung des Themas zu unterstreichen. Das Thema Migration umfasst ein weites Feld unterschiedlicher kultureller und sprachlicher Herkunft, sozialer Milieus ebenso wie je verschiedene Aufenthaltsbedingungen. Das Städtetreffen reflektierte die Bedeutung einer gesellschaftlich relevanten, öffentlich aber kaum sichtbaren Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten. Zum Thema Integration und Migration wurden auf dem Treffen konkrete Beispiele des bürgerschaftlichen Engagements präsentiert in den Bereichen Bildung/ Sprachförderung, Stadtentwicklung, Stadtverwaltung und interkulturelle Teilhabe. Eine Dokumentation des StädteTreffens sowie Handlungsempfehlungen für eine interkulturelle Kommunalverwaltung sind verfügbar.

Das 11. StädteTreffen in Offenburg am 06.10.2005 behandelte das Thema: *„Bürgerkommune und Bürgerverantwortung“*

→ Das StädteTreffen in Offenburg zum Thema **Bürgerverantwortung** demonstrierte eine Reihe instruktiver Best-practice-Beispiele, die in einer



gemeinsam mit der KGSt vertriebenen Dokumentation verfügbar gemacht wurden. Es wurde in Gesprächen mit Hauptamtsleiterinnen und -leitern und Kämmerern aus Mitgliedskommunen des StädteNetzWerks vorbereitet. Aus wissenschaftlicher Perspektive wurde analysiert, wie die Verwaltung durch den Einbezug bürgerschaftlicher Netzwerke ihre Effizienz steigern kann. In den Workshops wurden die vielfältigen Möglichkeiten der Beteiligungsverfahren diskutiert, in denen die verfassten Formen demokratischer Mitwirkung mit nicht verfassten spontanen und/ oder neu konzipierten Formen der Partizipation verbunden werden können. Dazu wurden Beispiele der Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürger vorgestellt. Im Einzelnen wurden auch Fragen des Bürgerhaushaltes behandelt, wie er in Reutlingen unter dem Aspekt der Transparenz der Haushaltsführung diskutiert wurde und die Beteiligungsprozesse bei der Erarbeitung eines Flächennutzungsplanes in Freiburg vorgestellt.

Am 21.07.2005 kam es erstmals zu einem gemeinsamen Fachgespräch von Städte- und Gemeindenetzwerk in Schramberg zum Thema *Bürgerstiftungen*.

→ Mit der Schramberger Veranstaltung zum Thema **Bürgerstiftung** konnte zum einen eine starke Nachfrage nach fachlichen Hinweisen befriedigt werden, zum anderen konnten neue Städte und Gemeinden auf die Leistungen der kommunalen Netzwerke aufmerksam gemacht werden. Vertreten waren über 90 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, engagierte Bürgerinnen und Bürger und Fachkräfte sowie Gemeinderätinnen und -räte, die sich Expertenvorträge und Erfahrungsberichte zum Thema Bürgerstiftungen anhören konnten und in den Workshops weitere detaillierte Informationen zu rechtlichen Fragen, Organisationsformen von Bürgerstiftungen und deren Strukturen und Marketing erhielten.

Teilnahme an der Gestaltung einer Tagung zum Thema *Schule und Bürgergesellschaft* seitens des Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) am 19./ 20.05.05.

→ In die vorbereitenden Arbeiten waren die Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste des Ministeriums für Arbeit und Soziales und Kultusministerium einbezogen, sowie der Landesjugendring und Landesportbund. Die Tagung wurde vom Städtetag bzw. dem StädteNetzWerk offiziell unterstützt. Dies geschah in der Vorbereitung u. a. durch eine systematische Abfrage der Mitgliedsstädte zum Stand der Kooperationen zwischen BE und Schule und zu aktuellen Projekten, die anschließend auf der Tagung vorges-

tellt wurden. Auch das Landesnetzwerk BE war mit einem Stand vertreten. Die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer befassten sich mit den Themen Mentorenkonzepte, BE im Übergang Schule und Beruf, Lebenswelten verbinden und Wirtschaft als Partner für die Schule. Weiterhin wurden Foren veranstaltet zu den Themen schulische und außerschulische Bildung, Partizipation und Brückenbau zwischen Schule und Gemeinwesen.

Das StädteNetzWerk konnte durch den Einsatz seiner Mitgliedsstädte maßgeblich zum Erfolg der Tagung beitragen.

Die **StädteTreffen** bilden mit ihren thematisch fokussierten Projektdarstellungen den Dreh- und Angelpunkt des gemeinsamen Lernens und der Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements. Sie werden ergänzt durch den fachlichen Austausch auf kommunaler Ebene und die **Werkstattgespräche** für Fachkräfte des bürgerschaftlichen Engagements.

### *Die Werkstattgespräche*

Am 09.07.04 fand ein Werkstattgespräch des StädteNetzWerks - gemeinsam mit FaLBE - mit Redakteuren der Frankfurter Rundschau und der Stuttgarter Zeitung im Rathaus Stuttgart statt.

→ Themen waren die Rolle der Medien bei der Anerkennungskultur für Engagierte, der Information von Entscheidungsträgern sowie der Gewinnung von (Neu-)Bürgern für bürgerschaftliches Engagement. Dazu fand ein anregendes Gespräch mit Pressevertretern statt. Daraus resultierende Handlungsempfehlungen wurden in einer Dokumentation veröffentlicht und stehen als komprimierte Handreichung zur Verfügung.

Am 08.06.05 wurde ein Werkstattgespräch zu den Themen Anerkennungskultur sowie Migration und BE in Ditzingen durchgeführt.

→ Das Werkstattgespräch diente der Weiterentwicklung der Professionalität der Fachkräfte BE zum Thema **Migration** und **Anerkennungskultur**. Es erschien als wichtig, im Nachgang zu dem vorangegangenen StädteTreffen in Filderstadt zum Thema „Bürgerschaftliches Engagement und Migration“ die konkrete Rolle der Fachstellen bzw. kommunalen Anlaufstellen für eine gelingende Integration grundsätzlich aufzubereiten.

Am 20.03.06 wurden im 6. Werkstattgespräch im Rathaus Karlsruhe über Möglichkeiten und erforderliche Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen

Engagements an Schulen diskutiert und Fragen der Öffnung der Schule in das Gemeinwesen behandelt.

→ Im Werkstattgespräch widmeten sich die anwesenden Fachkräfte der Städte der Frage nach der Rolle von ehrenamtlich Engagierten und ihren Vereinen und Initiativen bei der Gestaltung des Lernortes Schule. Es wurde auch diskutiert, wie Schülerinnen und Schüler positive Engagements erfahrungen sammeln und als aktive Mitglieder der Bürgergesellschaft gewonnen werden können. In diesem Zusammenhang wurde das Modellprogramm Jugendbegleiter vorgestellt. Wichtig bei der Umsetzung des Programms ist der Erfahrungstransfer zwischen den gewachsenen BE-Strukturen in den Städten und den Koordinierungsgremien der Schulen für die Gewinnung von Engagierten. Empfohlen wurde, dass die Koordinierungsgremien mit den bestehenden Fachstellen für Bürgerengagement und örtlichen Anlaufstellen zusammenarbeiten, um deren Erfahrungen bei der Umsetzung des Modellprogramms zu berücksichtigen, aber auch um das Entstehen von Doppelstrukturen zu vermeiden. Entsprechende Hinweise finden sich im Rahmenkatalog (Handbuch mit Hinweisen zur Umsetzung des Programms).

Mit den **Städtetreffen** und **Werkstattgesprächen** konnte die fachliche Zusammenarbeit und Weiterentwicklung im StädteNetzWerk sowie die Kooperation im Landesnetzwerk intensiv voranschreiten. Darüber hinaus hat sich die Fachberatung des StädteNetzWerks auch an anderen Veranstaltungen aktiv engagiert beteiligt, zum Beispiel durch die Konzeption und Durchführung der vom 15.-16. Januar 2004 ausgerichteten FaLBE-Klausur in Bad Boll. Dies weist vor allem auch auf eine im Berichtszeitraum sich intensivierende netzwerkübergreifende Kooperation im Landesnetzwerk BE hin, an der sich die kommunalen Netzwerke wechselseitig beteiligten.

### **Kooperation/ Netzwerkarbeit über das Landesnetzwerk hinaus**

Im Berichtszeitraum erwies sich der Austausch mit Akteuren außerhalb des Landesnetzwerks und potenziellen Partnerinnen und Partnern für StädteNetzWerk und Fachberatung als wichtig und konstruktiv. Eine aktive Mitarbeit wurde wahrgenommen in der

→ **AG Wirtschaftsförderung der Städte**, wo über Tätigkeiten des Landesnetzwerks berichtet und das Modellprojekt Unternehmen BE vorgestellt

wurde. Mit Wirtschaftsförderern wurde diskutiert, inwieweit Unternehmensengagement zur Verbesserung der Standortqualität beitragen kann.

→ **LAG Soziale Stadtentwicklung** durch Teilnahme an der Fachtagung in Heidelberg in Vertretung des Landesnetzwerks und Kontaktaufnahme mit den Verantwortlichen.

Der Städtetag hat sich entschieden, die Interessen der baden-württembergischen Städte im BBE zu vertreten. Auch im Koordinierungsausschuss des BBE setzt sich der Städtetag für die Interessen der baden-württembergischen Städte und des Landes ein. Die Fachberatung ist Mitglied der Projektgruppe 1 des BBE und nimmt darüber hinaus an den Sitzungen der ad-hoc-Gruppe demografischer Wandel teil.

Aus Sicht von Städtetag und StädteNetzWerk dienen diese Aktivitäten auf Bundesebene sowohl dazu, den baden-württembergischen Weg in der bundesweiten Öffentlichkeit darzustellen als auch die länderübergreifende Verständigung, Abstimmung und Kooperation, sowie punktuelle Partnerschaften zu fördern.

### **Resümee**

Durch die Veranstaltungen des StädteNetzWerks, insbesondere aber durch die intensive Betreuung der Standorte durch die Fachberatung, gelang es im Berichtszeitraum entlang aktueller und relevanter Themenschwerpunkte den Informationsaustausch unter den Mitgliedsstädten zu stärken, Bürgerinnen und Bürger, Politik, Verwaltung und Unternehmen in Austausch treten zu lassen und die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements entscheidend voranzutreiben. Für den Berichtszeitraum zeigt sich, dass das StädteNetzWerk eine konkrete Unterstützungsstruktur darstellt, die weiter an inhaltlicher Qualität und Nachhaltigkeit gewonnen hat. Ausschlaggebend hierfür ist die intensive Mitarbeit von Fachkräften und Verantwortungsträgern aus der Verwaltung sowie ein Leitbild, das in der Bürgerkommune keinen Status sieht, den es zu erreichen und zu verwalten gilt, sondern einen in vieler Hinsicht offenen, spannenden und lebendigen Prozess.

Die Arbeit des StädteNetzWerk konnte Impulse für die BE-Prozesse in den Städten setzen und in Erfahrung bringen, wo an den Standorten im Land Entwicklungsbedarfe bestehen und neue Förderinstrumente zu entwickeln wären. Nach Auffassung der Fachberatung haben sich hier die Kommunalen Entwick-

lungsbauusteine bewährt, was die am 29.06.06 durchgeführte Veranstaltung in Sindelfingen bestätigen konnte.

Die Fachberatung ist bestrebt, für das StädteNetzWerk weitere Kommunen zu gewinnen und unternimmt entsprechende Initiativen der Kontaktnahme. Darüber hinaus liegt dem StädteNetzWerk daran, auf eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit der BE-Stellen, Bürgerbüros und/ oder Anlaufstellen hinzuwirken.

### Information

Seitens des StädteNetzWerkes liegen Dokumentationen zu den Städtetreffen und Werkstattgesprächen vor, die von der Fachberatung erstellt bzw. federführend betreut und über die unten stehenden Kontaktdaten abgerufen werden können.

### Kontakt

Städtetag Baden-Württemberg, Königstr. 2, 70173 Stuttgart	
<b>Ansprechpartnerin:</b>	<b>Ansprechpartner:</b>
Agnes Christner  Tel.: 0711/22921-30  email: agnes.christner@staedtetag-bw.de	Dr. Ralf Vandamme Hafen 19 63067 Offenbach Tel.: 069/85093631 Fax: 0711/22921-42 email: ralf.vandamme@staedtetag-bw.de

### **3.2.2 Gemeinденetzwerk**

Die Gründung des Gemeinденetzwerks erfolgte am 06.09.01 in Ostfildern, jedoch hat der Gemeinдетag sich bereits vor diesem Datum umfangreich in die Arbeit des Landesnetzwerks eingebracht. Bei Gründung gehörten 21 Gemeinден dem Gemeinденetzwerk an, die der Charta von Ostfildern zustimmten. Die Mitgliedsgemeinден im Netzwerk formulieren in dieser Charta ihre Ziele wie folgt (Auszug aus der Charta):

- Wir, die Gemeinден Baden-Württembergs, stellen uns den Herausforderungen eines Bürgerengagements, das noch mehr als bisher allen offen stehen und klug vernetzt sein soll. Deshalb bilden wir als engagierte Gemeinден sowohl in unserem Gemeinwesen als auch miteinander auf Landesebene ein Netzwerk.
- Wir bieten den Engagierten Arbeitshilfen für alle Prozesse und Projekte, wir unterstützen die Dialoge und treffen Zielvereinbarungen für Vorhaben und Projekte.
- Wir sorgen für ein koordiniertes Zusammenwirken unter den Beteiligten und Verantwortlichen in allen Lebensbereichen. An den Prozessen und praktischen Arbeiten sollen sich Menschen aller Schichten, Generationen und Gruppierungen gleichermaßen beteiligen.
- Wir verschaffen den Engagierten Zugang zu Informationen und Lernmöglichkeiten, wir unterstützen die Aus- und Fortbildung von Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger.
- Wir formulieren verlässliche Regeln für finanzielle Unterstützungen von Projekten und schaffen klare Strukturen für Dialog, Entscheidungsfindung und Beschlussfassung zu Vorhaben, die die Kompetenzen von Verwaltung und politischen Gremien berühren.
- Wir sorgen für den Informationsaustausch unter den Engagierten und für angemessene Öffentlichkeitsarbeit und Berichterstattung.

Im **Gemeinденetzwerk**, das vom Gemeinдетag unterstützt wird, schließen sich die kleineren Kommunen zu einem Netzwerk zusammen, um sich wechselseitig in der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu unterstützen. Über Entwicklungen im Netzwerk wird u.a. dem Präsidium des Gemeinдетages

regelmäßig Bericht erstattet; das Gemeindeforum ist i.d.R. auch auf den Jahrestagungen des Gemeindetages präsent.

Die Handlungsschwerpunkte im Gemeindeforum lagen im Berichtszeitraum bei den Themen Verbesserung der Situation von Familien und Kinderbetreuung sowie den Auswirkungen der demografischen Alterung auf Städte und Gemeinden, aber auch auf dem Thema Bürgerstiftungen und Corporate Citizenship. Ein weiteres Anliegen betraf die Förderung des fruchtbaren Zusammenwirkens von Haupt- und Ehrenamtlichen auf den genannten Handlungsfeldern. Das Gemeindeforum verzeichnet einen schnellen Mitgliederzuwachs: Am 30.06.06 waren 86 Gemeinden im Gemeindeforum vertreten.

**Gemeindeforum: Eckdaten**

<b>Anzahl Mitgliedsgemeinden:</b> 86 baden-württembergische Gemeinden (Stand: 30.06.2006).		
Seit Gründung	Althengstett, Amtzell, Bad Dürkheim (Stadt), Bad Überlingen, Bad Urach, Bermatingen, Brackenheim (Stadt), Denklingen, Ditzingen (Stadt), Dürmentingen, Ebersbach a. d. Fils, Ehingen, Eichstetten, Ellwangen, Eschenbach, Ettenheim, Filderstadt, Fischerbach, Geislingen a. d. Steige (Stadt), Gerlingen (Stadt), Hildrizhausen, Ingoldingen, Lauchringen, Lauda-Königshofen, Lichtenau, Löchgau (Stadt), Mark Gröningen, Mössingen (Stadt), Mötzingen, Neckarbischofsheim, Neuenstein, Niedereschach, Oberboihingen, Oberkirch, Oberndorf, Oberriexingen, Ostfildern (Stadt), Ravenstein, Rheinstetten, Riegel a. K., Seelbach, Steinen, Steinmauern, Straubenhardt, Trochtelfingen, Uhlhingen-Mühlhofen, Umkirch, Uhrbach, Vörstetten, Weinstadt (Stadt), Welzheim, Zell im Wiesental.	52
Neu hinzugekommen im Berichtszeitraum	Achern, Aglasterhausen, Ballrechten-Dottingen, Bötzingen, Burgrieden, Deckenpfronn, Giengen a. d. Brenz, Gomaringen, Gottenheim, Hohberg, Hohenfels, Kippenheim, Kirchartt, Korntal-Münchingen, Marbach a. Neckar, Meckenbeuren, Mühlheim/Donau, Nagold, Neuhausen a.d.F., Pfullingen, Rechberghausen, Rottenburg, Sachsenheim, Salem, Schlierbach, Schönaich, Schwaigern, Schuttertal, Uhingen, Waldbronn, Weil im Schönbuch, Wernau, Wildberg, Willstätt.	34
Koordination / Fachberatung	Die Fachberatung für das Gemeindeforum wird von Dr. Martina Wegner (Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung, zze) wahrgenommen, in Kooperation mit dem Gemeindetag und der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste im Ministerium für Arbeit und Soziales	

### **Arbeitsweise**

Das Gemeindefeld führt **Jahrestagungen** durch, auf denen aktuelle gesellschaftlich relevante Themen diskutiert werden. Die Jahrestagungen werden unter anderem auch dafür genutzt, das Interesse der Gemeinden an neuen Themen auszuloten. Die Themen werden von Fachexpertinnen und -experten vorgestellt und in der Erörterung begleitet. Zum anderen präsentieren Gemeinden Praxiserfahrungen zu ausgewählten Themengebieten. Gerade diese Verbindung der Vermittlung von fachbezogen-theoretischem Wissen und Information in der Praxis zeichnet die Veranstaltungen des Gemeindefelds aus. Denn es zeigt sich, dass die Städte und Gemeinden gerade auch von den Praxisbeispielen viel profitieren und darüber auch miteinander ins Gespräch kommen.

Themen, die auf besonderes Interesse bei den Gemeinden stoßen, wurden in jeweils ein bis zwei kompakten, eintägigen **Fachgesprächen** vertieft. Diese Gespräche finden in Gemeinden statt, die zum jeweiligen Thema konkrete Initiativen entwickelt haben. Im Zentrum steht der Austausch zwischen Praktikerinnen und Praktikern. Eingeladen sind neben den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern Gemeinderätinnen und -räte und Fachkräfte von Verwaltung und freien Trägern, aber auch und gerade engagierte Bürgerinnen und Bürger. Als Ergebnis der Gespräche werden Empfehlungen erarbeitet, die an andere Gemeinden weitergegeben werden können.

Das Gemeindefeld wird ab 2006 mit zwei neuen Veranstaltungsarten rund um das Bürgerschaftliche Engagement die Tradition der bisherigen Fachgespräche fortsetzen und hierfür ergänzend mit den Veranstaltungsreihen „BE aktuell“ und „BE konkret“ ein neues „Format“ anbieten. Beide Veranstaltungstypen werden getragen vom Gemeindefeldtag Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Gemeindefeld.

Die Veranstaltungsreihen sollen unter dem Motto „Das Gemeindefeld kommt zu Ihnen“ auf regionaler Ebene bei den Mitgliedsgemeinden stattfinden. Die Mitgliedsgemeinden sind eingeladen, als Gastgeber für diese neuen Veranstaltungsarten zu fungieren und können sich bei Interesse an den Gemeindefeldtag bzw. das Gemeindefeld wenden.

### ***BE-aktuell***

Mit der Veranstaltungsreihe „Bürgerschaftliches Engagement aktuell“ greift der Gemeindefeldtag aktuelle Themen auf, lädt dazu Expertinnen und Experte ein, die Wissen vermitteln können und sorgt für den Austausch.



Aus aktuellem Anlass widmet sich *BE-aktuell* seit dem Jahr 2006 in einer Veranstaltungsreihe dem Thema Jugendbegleiter, zu der alle Mitgliedskommunen des Gemeindefnetzwerks eingeladen werden. Angesprochen sind (Ober)Bürgermeisterinnen und -meister, Gemeinderätinnen und -räte, Schulleiterinnen und Schulleiter, Elternvertretungen, Vereine und Kirchen sowie Bürgermentorinnen und -mentoren, Jugendreferentinnen und -referenten und Bedienstete der Kommunalverwaltungen und die örtlichen Unternehmen. Auf den Veranstaltungen wird über das von der Landesregierung ins Leben gerufene Modellprogramm „Jugendbegleiter an Schulen“ informiert, da es in engem Zusammenhang mit bürgerschaftlichem Engagement steht. Dabei werden anschauliche Berichte aus den Modellschulen gegeben sowie praktische Beispiele vorgestellt und es erfolgt ein eingehender Erfahrungsaustausch. Da die Veranstaltungsreihe zum Jugendbegleiter sich großer Beliebtheit erfreut, wird sie auch 2007 fortgesetzt.

### **BE konkret**

Die Veranstaltungsreihe BE konkret dient der kompetenten Praxisentwicklung Bürgerschaftlichen Engagements in Stadt und Gemeinde durch gezielte Beratung. Dazu können Mitgliedskommunen des Gemeindefnetzwerks der Fachberatung mitteilen, welche Fragen sich vor Ort stellen bzw. welche Themen von Interesse sind, bei denen bürgerschaftliches Engagement eine wichtige Rolle spielen kann. Das Gemeindefnetzwerk sucht zur Bearbeitung der spezifischen Themen und Fragen ausgewiesene Expertinnen und Experten aus und lässt Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunen zu Wort kommen, die Erfahrungen in dem jeweiligen Bereich gesammelt haben oder die Interesse zeigen, solche Fragen und Themen in ihrer Kommune aufzugreifen. Vor Ort werden dann in einer der interessierten oder erfahrenen Mitgliedskommune die Fragen gemeinsam erörtert, um Erkenntnisse zu gewinnen, welche die weitere Praxisentwicklung in den Gemeinden fördern.

2006 wurde ein Band mit **Steckbriefen** erarbeitet, der detailliert Information zu Engagementbereichen der Kommunen, der Durchführung von Projekten und den Aufbau von Strukturen (z.B. auch Anerkennung des Engagements) darstellt. Dies geschah auf Anregung der Mitgliedskommunen. Dieser Band wird ständig aktualisiert und ist auch im Internet über die Homepage des Gemeindeftags abrufbar (<http://www.gemeindeftag-bw.de/php/index.php?d=0&action=gemeindefnetzwerkbw>). Die Steckbriefe dienen einerseits als Anregung für Kommunen, die sich engagieren wollen oder nach Projektmöglichkeiten in einem bestimmten

Bereich suchen und andererseits erleichtern sie durch Kontaktadressen den direkten Austausch von Gemeinde zu Gemeinde zum Thema Bürgerschaftliches Engagement. Für externe Leserinnen und Leser stellt dieser Band eine interessante Sammlung von bürgerschaftlichen Projekten, Infrastrukturen und Maßnahmen der Engagementförderung und Formen der Bürgerbeteiligung und Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements dar. Gleichzeitig tritt die Fachberatung durch die Aktualisierung immer wieder mit den Mitgliedsgemeinden in Kontakt und sorgt dadurch auch für eine aktivierende Wirkung.

### **Aufgaben der Fachberatung**

Wesentliche Aufgaben der Fachberatung im Gemeinденetzwerk sind:

- Die Konzeption und Ausrichtung der Jahrestagungen
- Die Konzeption und Ausrichtung der Fachgespräche bzw. *BE-aktuell* und *BE-konkret*-Veranstaltungen
- Die bilaterale Beratung der Mitgliedsgemeinden
- Die Unterstützung, Beratung und Durchführung lokaler Projekte
- Die Vorbereitung von oder Mitarbeit in Kommunalen Entwicklungsbausteinen

Die Fachberatung des Gemeinденetzwerks führt eine kontinuierliche und anlassbezogene fachliche Beratung bei Entwicklungsprozessen des bürgerschaftlichen Engagements in den Gemeinden durch und fördert die Anbahnung von Kontakten und den Austausch mit anderen Gemeinden. Eine intensive Beratung erfolgt weiterhin beim Einsatz von Kommunalen Entwicklungsbausteinen.

Wichtige Themen des Gemeinденetzwerkes im Berichtszeitraum waren der demografische Wandel und seine Auswirkungen in den Gemeinden, spezifisch die Themen Wohnen und Leben im Alter und Kinderbetreuung, aber auch das Schwerpunktthema Bildung und Schule. Im Blick auf diese Schwerpunktthemen gewann der Aspekt der Interkommunalen Zusammenarbeit zunehmend an Gewicht. Dauerthema bleibt die Finanzsituation der Gemeinden, die Anstoß für bürgerschaftliches Engagement sein kann, aus Sicht des Gemeinденetzwerks das bürgerschaftliche Engagement nicht instrumentalisieren darf.

Weitere wichtige Themen stellten die Bürgerstiftungen und deren Möglichkeiten bei der Förderung des örtlichen Engagements und örtlicher Beteiligungsprozesse sowie das unternehmerische bürgerschaftliche Engagement/Corporate Citizenship dar.

Auch für das Gemeindefnetzwerk haben sich die Kommunalen Entwicklungsbausteine als systematische Förderung von bürgerschaftlichem Engagement bewährt. Seitens der Kommunen besteht ein großes Interesse an dieser Möglichkeit der Förderung. Im Berichtszeitraum wurden dabei in ausgewählten Gemeinden zum Beispiel folgende Schritte gegangen:

- In einer ersten Informationsveranstaltung wurden alle Bürgerinnen und Bürger auf einer öffentlichen Veranstaltung über die Vorteile und Chancen von bürgerschaftlichem Engagement informiert.
- In einem zweiten Schritt erfolgte eine repräsentative Umfrage zu Stand, Potenzialen und gewünschten Themen/Projekten des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements. Bürgerinnen und Bürger konnten dem Rathaus bei Interesse an Engagement ihre Kontaktdaten zuleiten und spezielle Themen benennen.
- In einem dritten Schritt wurde ausführlich über die Ergebnisse auf einer öffentlichen Bürgerversammlung und in der lokalen Presse berichtet und die wichtigsten Handlungsfelder aus Sicht der Bürger/innen benannt sowie deren Mitwirkungsinteressen dargestellt.
- In einem vierten Schritt wurde eine Zukunftswerkstatt gebildet, aus der Arbeitskreise zu wichtigen von der Bevölkerung genannten Themen der Gemeindeentwicklung entstanden.
- Schließlich erfolgte, falls noch nicht vorhanden, der Aufbau eines Bürgerbüro bzw. einer Anlaufstelle bei der Gemeinde.

Ein solcher Entwicklungsbaustein wurde in der Gemeinde Gottenheim nach intensiver vorhergehender Öffentlichkeitsarbeit und einer Bürgerversammlung im Dezember 2005 durchgeführt (vgl. Kieber/Wegner 2006). Die Fachberatung ist in engem Kontakt mit anderen Gemeinden, zum Beispiel Mühlheim an der Donau, wo weitere Bausteine geplant werden.

### Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum wurden mehrere **Jahrestagungen** und **Fachgespräche** durchgeführt.

### Jahrestagungen

Die **4. Jahrestagung des Gemeindefnetzwerks** fand am **07.10.04 in Weinstadt** zum Thema: „Bürgerstiftungen und Corporate Citizenship als Wege in der Bürgergesellschaft“ statt.

→ Für die Jahrestagung Bürgerstiftungen/ Corporate Citizenship (CC), die eine große Teilnahme an Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Gemeinderätinnen und Gemeinderäten und Verwaltungsfachkräften sowie engagierten Bürgerinnen und Bürgern verzeichnete, konnten kompetente Referenten gewonnen werden, die die Grundprinzipien von Bürgerstiftungen und CC darlegten. Zentrales Thema war die Gestaltung und Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Städte und Gemeinden und die Rolle des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements sowie der Bürgerinnen und Bürger beim Aufbau von Bürgerstiftungen für gemeinwohlorientierte Projekte. Die Gründung von Bürgerstiftungen bietet die Möglichkeit, viele Bürgerinnen und Bürger am Aufbau von Ressourcen für eine nachhaltige Finanzierung gemeinwohlorientierter Projekte zu beteiligen. Sowohl zum Themenbereich unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement/ Corporate Citizenship als auch zum Thema Bürgerstiftungen wurden Praxis-Präsentationen dargeboten und fand ein intensiver Austausch statt. Beim Thema Bürgerstiftungen konnte auch an den Diskussionsstand im StädteNetzWerk angeknüpft werden.

Die **5. Jahrestagung** fand **am 24.11.2005 in Wernau** zum Thema „Gemeinde-marketing, kommunale Zusammenarbeit, (Bürger-) Genossenschaften“ statt.

→ Wichtige Themen, die auf der Tagung diskutiert wurden, waren Möglichkeiten der interkommunalen Kooperation von Städten und Gemeinden bei der Bewältigung von Zukunftsthemen, insbesondere bei der Betreuung von Kindern, der Altenhilfe und Pflege älterer Menschen, aber auch mit Bezug auf den Erhalt und Betrieb von Freizeiteinrichtungen und der Nahversorgung im ländlichen Raum. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage nach neuen Verantwortungspartnerschaften zwischen Kommune, Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen sowie nach interkommunalen Partnerschaften, um die Herausforderungen zu bewältigen. Dabei wurde das Modell „Genossenschaften“ und seine rechtlichen Rahmenbedingungen ausführlich in Fachvorträgen und bereits vorfindbaren Praxisbeispielen behandelt (vgl. dazu auch Herold 2006). Die Veranstaltung bot einen intensiven Austausch von Netzwerkmitgliedern und Gästen.

→ Erprobt wurde erstmals die neue Diskussionsform „Der heiße Stuhl“: Vertreterinnen und Vertreter aus Gemeinden, die alle an einem Schwerpunktthema arbeiten, werden mit Experten zusammengebracht und erörtern gemeinsam praxisnahe Lösungsstrategien.

Die **6. Jahrestagung am 16./ 17.05.2006 in Stuttgart** im Rahmen der Fachmesse „Zukunft Kommune“ widmete sich dem Thema „Zukunft Kommune: Demografischer Wandel, Bildung und Betreuung – (Ganztags-)Schule: Herausforderung, Chancen und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements“.

→Behandelt wurden die Schwerpunktthemen „Demografischer Wandel“ sowie (Ganztags-)Schulen und darauf bezogen jeweils die Herausforderungen, Chancen und Grenzen des bürgerschaftlichen Engagements im ländlichen Raum. Bei der Frage nach den Aufgaben des bürgerschaftlichen Engagements an den Schulen wurde das neue Modellprogramm des „Jugendbegleiters“ für die Schulen des Landes vorgestellt. Aus der Praxis wurde das Beispiel der Mittagsversorgung an Schulen durch bürgerschaftlich Engagierte vorgestellt.

Auf dieser Jahrestagung konnte auch das 5-jährige Bestehen des Gemein-denetzwerkes mit zu diesem Zeitpunkt 80 Mitgliedern gefeiert werden.

### **Die Fachgespräche**

**Fachgespräch am 10.03.2004 in Gomaringen** zum Thema „Kinderbetreuung“.

→ Das Fachgespräch fand mit ca. 50 Teilnehmenden aus etwa 30 Gemeinden statt. Ausgehend von einer Studie des PROGNOSE-Instituts bzw. dem Beispiel eines Betriebskindergartens wurde sehr intensiv über das Zusammenspiel von Kommune, freien Trägern, engagierten Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen diskutiert. Eine Dokumentation wurde erstellt.

**Fachgespräch am 12.05.2004 in Trochtelfingen** „Bürgerschaftliches Engagement und Barrierefreiheit in der Gemeinde“.

→ Mit dem praxisorientierten Fachgespräch über die „Barrierefreie Gemeinde“ sollte ein Bogen von der Diskussion auf der EJMB-Tagung vom November, die das Nachdenken über die Rückkehr der Menschen mit Behinderung in die Gemeinden angeregt hat, in die Gemeindepraxis geschlagen werden. Ziel war, die Erfahrungen, welche anlässlich des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderung (EJMB) über viele positive Konzepte und Praxisbeispiele gemacht wurden, auch in den Gemeinden umzusetzen und Menschen mit Behinderungen ein barrierefreies Leben in der Gemeinde zu ermöglichen und zu deren Integration im sozialen Nahraum beizutragen.

Prof. Dr. Sigrid Kallfaß, Fachkoordinatorin des Landkreisnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, rief in ihrem einleitenden Referat dazu auf, aus dem Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen (EJMB) zu lernen und die Diskussion in den Gemeinden weiter voranzubringen. Ziel ist, Menschen mit Behinderungen und den im demografischen Wandel an Zahl zunehmenden hochbetagten Menschen mit entsprechenden Einschränkungen ein möglichst barrierefreies gemeindeintegriertes Leben zu ermöglichen. Deshalb spielen in der fachlichen Weiterentwicklung der Behindertenhilfe ambulante, sozialraumintegrierte Ansätze eine zunehmende Rolle. Gleichfalls nimmt die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements bei der Integration behinderter Menschen zu. Eine Kurzdokumentation des Fachgesprächs kann über [info@zze-freiburg.de](mailto:info@zze-freiburg.de) abgerufen werden. Als ausführliches Beispiel kann der barrierefreie Stadtführer Gengenbach im Internet unter [www.bsfgengenbach.de](http://www.bsfgengenbach.de) eingesehen werden.

**Fachgespräch Bürgerstiftungen in Schramberg am 21.07.2005**, durchgeführt als gemeinsame Veranstaltung von Gemeinденetzwerk und StädteNetzWerk.

→ Das auf dem Jahrestreffen 2004 behandelte Thema wurde hier erneut in enger Kooperationspartnerschaft mit dem StädteNetzWerk aufgegriffen und vertieft. Neben Fachvorträgen wurden aus drei Kommunen konkrete Beispiele von Bürgerstiftungen vorgestellt.

Die kommunalen Netzwerke haben zudem auf einer Tagung am 20.04.04 zum Thema Jugendhilfe kooperiert, die vom Landkreisnetzwerk federführend ausgerichtet wurde. Das Gemeinденetzwerk konnte mit Praxisbeispielen und Diskussionsimpulsen einen Beitrag leisten. Die Tagung festigte bei den kommunalen Netzwerken die Absicht, weiterhin gemeinsame, netzwerkübergreifende Veranstaltungen durchzuführen.

Darüber hinaus konnte auf einer Tagung am 28.09.05 in **Furtwangen am 28.09.2005** das Gemeinденetzwerk Bürgerschaftliches Engagement vorgestellt werden.

Im Jahre 2005 wurde seitens des Gemeinденetzwerkes eine ad-hoc-Arbeitsgruppe „Interkommunale Zusammenarbeit“ gebildet, um wichtige gemeinsame Themen wie bspw. Planungen, Konzepte und Projekte im Bereich der Altenhilfe im kommunalen Dialog zu behandeln. Das Gemeinденetzwerk folgt damit auch einer Initiative des Gemeinдетages, Schwerpunktthemen in kommunaler Kooperation zu bearbeiten.

### **Kooperation**

Das Gemeindefeldnetzwerk sieht sich in enger Kooperation mit dem Landkreisnetzwerk und StädteNetzwerk und den weiteren Akteuren und Institutionen des Landesnetzwerks und nimmt regelmäßig an den Sitzungen des Steuerungsverbands teil. Darüber hinaus übernimmt die Fachberatung mit Vorträgen an unterschiedlichen Veranstaltungen des Landesnetzwerks teil. So zum Beispiel beim Forum Ehrenamt in Karlsruhe (16.11.2005) und bei einem Fachtag zum Thema Corporate Citizenship in Geislingen (22.09.2006), aber auch bei den Akademietagen in Schwäbisch Gmünd zum Thema BE und Schule (25.10.2006) und zu Wirtschaft und Schule anlässlich der Veranstaltung des BBE in Stuttgart. Auch auf dem Regionaltag der ARBES in Esslingen am 19. Juli 2005 wurde zu Corporate Citizenship referiert. Darüber hinaus berichtet die Fachberatung auch in Zusammenhang mit anderen im Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) angesiedelten Projekten zum Landesnetzwerk Baden-Württemberg und fördert damit die Bekanntheit des Netzwerks (zum Beispiel im Rahmen der Generationsübergreifenden Freiwilligendienste).

### **Resümee**

Das Gemeindefeldnetzwerk hat im Berichtszeitraum ein weiteres beachtliches Wachstum an Mitgliedsgemeinden zu verzeichnen. Die Fachberatung ist im Berichtszeitraum neue Wege gegangen durch die systematische Erstellung von Steckbriefen der Mitgliedsgemeinden (vgl. Wegner/ Heimer/ Schillinger 2006) und die Durchführung von Kommunalen Entwicklungsbausteinen und intensiver Beratung in Mitgliedskommunen, um das bestehende Profil ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements zu analysieren und das Interesse an Themen und Projekten zu erkunden, die in Zukunftswerkstätten gezielt erörtert und durch die Bildung von Arbeitskreisen weiter bearbeitet werden können.

Durch die Konzentration der Arbeit im Gemeindefeldnetzwerk auf Schwerpunktthemen konnte eine große Resonanz in den Gemeinden erreicht werden. Es wurden neue Foren des kommunalen Austausches, bspw. durch Bildung einer ad-hoc-Gruppe „Interkommunale Zusammenarbeit“ geschaffen, die das Bewusstsein der Lösbarkeit von Problemen durch die Bündelung der Kräfte von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung in der Bürgerkommune fördern.

Seit 2006 bietet das Gemeindefeldnetzwerk unter dem Motto „Das Gemeindefeldnetzwerk kommt zu Ihnen“ mit „BE aktuell“ und „BE konkret“ zwei neue

Veranstaltungsformate an, die regional ausgerichtet sind und bei den Mitgliedsgemeinden durchgeführt werden. Diese Regionalisierung der Veranstaltungen soll den Gemeinden entgegenkommen, da sie kurze Anfahrten zu Informationsveranstaltungen ermöglicht und die Teilnahmebereitschaft erhöht. Die Kombination aus Fachinformation und Praxisbeispiel bleibt erhalten.

Das Gemeinденetzwerk war im Berichtszeitraum bestrebt, die Anerkennungskultur nicht nur im Blick auf engagierte Bürgerinnen und Bürger auszubauen, sondern das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass auch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die in den vergangenen Jahren das Gemeinденetzwerk in besonderer Weise unterstützt haben, eine besondere Wertschätzung ihrer Engagementförderung zuteil werden sollte.

### Information

An Informationsschriften stehen gemeindegenspezifische Fachdokumentationen zur Verfügung sowie die Publikationen BWGZ „Die Gemeinde“.

Darüber hinaus nutzen Gemeindegtag und Gemeinденetzwerk das seitens des Ministeriums für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg herausgegebene Organ *Bürger engagiert* aktiv zur Berichterstattung über Aktivitäten im Netzwerk.

Des weiteren sind informative Steckbriefe der Mitgliedskommunen über die homepage abrufbar (<http://www.gemeindegtag-bw.de/php/index.php?d=0&action=gemeinденetzwerkbw>), oder in Druckfassung gegen eine geringe Schutzgebühr über das zze (Email: [zze@efh-freiburg.de](mailto:zze@efh-freiburg.de)) zu beziehen

### Kontakt

Gemeindegtag Baden-Württemberg Panoramastr. 33 70174 Stuttgart	Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) Buggingerstr. 38 79114 Freiburg	Berufsakademie Stuttgart Jägerstraße 56 70174 Stuttgart
<b>Ansprechpartnerin:</b>	<b>Ansprechpartnerin:</b>	<b>Ansprechpartner:</b>
Christiane Dürr Tel.: 07 11/2 25 72-20 email: <a href="mailto:christiane.duerr@gemeindegtag-bw.de">christiane.duerr@gemeindegtag-bw.de</a>	Dr. Martina Wegner Tel. 0761/4 78 12-14 email: <a href="mailto:wegner@efh-Freiburg.de">wegner@efh-Freiburg.de</a>	Prof. Paul-Stefan Roß Tel.: 0711/1849-727 Email: <a href="mailto:ross@BA-Stuttgart.de">ross@BA-Stuttgart.de</a>



### 3.2.3 Landkreisnetzwerk

Das Landkreisnetzwerk wurde am 28.09.1999 in Ludwigsburg als erstes der drei Netzwerke gegründet. Bei Gründung arbeiteten 13 Landkreise im Landkreisnetzwerk mit. Mitte 2006 waren es 26 von 35 Landkreisen. Das vom Landkreistag unterstützte **Landkreisnetzwerk** spricht die Landkreise mit dem Ziel an, das auf Kreisebene wirkende bürgerschaftliche Engagement zu fördern und zu einer landkreisübergreifenden Vernetzung des Engagements beizutragen. Die Landkreise in Baden-Württemberg begleiten und fördern mit Hilfe des Landkreistages die Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements kreisweit in den Gemeinden, sie unterstützen die freien Träger und möchten damit einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Region leisten. Ziel ist die Entwicklung tragfähiger Formen der Zusammenarbeit von Fachkräften in sozialen Einrichtungen mit den Bürgerinnen und Bürgern, die Beteiligung der Bürger bei Planungsprozessen, die Unterstützung der Selbstgestaltungsfähigkeit der Bürger und die Erweiterung des sozialen Kapitals in der Region.

Im Berichtszeitraum lagen die Förderschwerpunkte in den Landkreisen vor allem in den Bereichen Bürgerengagement in der Gesundheitspolitik, Sozialpolitik und Schule. Die Anlaufstellen in den Landkreisen wirken aber auch über die Arbeitsgebiete des Sozialen hinaus z.B. in die Felder Umwelt, Kultur, Brauchtum, Rettungswesen, Sport hinein.

#### Landkreisnetzwerk: Eckdaten

<i>Anzahl der mitarbeitenden Landkreise: 26 Landkreise (Stand: 30.06.2006)</i>	
Seit Gründung	Landkreis Biberach; Bodenseekreis; Landkreis Böblingen; Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald; Landkreis Emmendingen; Enzkreis; Landkreis Esslingen; Landkreis Freudenstadt; Landkreis Göppingen; Landkreis Heilbronn; Landkreis Karlsruhe; Landkreis Konstanz; Neckar-Odenwald-Kreis; Ortenaukreis; Landkreis Rastatt; Landkreis Ravensburg; Landkreis Reutlingen; Schwarzwald-Baar-Kreis; Landkreis Tübingen; Landkreis Tuttlingen; Landkreis Waldshut; 26
Neu hinzugekommen im Berichtszeitraum	Hohenlohekreis; Landkreis Lörrach; Landkreis Ludwigsburg; Landkreis Schwäbisch-Hall; Ostalbkreis; Bei Fachtagen erweitert sich die Zahl der kooperierenden Landkreise 5
Koordination/ Fachberatung	Die Fachberatung für das Landkreisnetzwerk wird im Team wahrgenommen von Prof. Dr. Sigrid Kallfaß, Hochschule Ravensburg-Weingarten und Johannes Fuchs, Landkreis Konstanz, Landratsamt Konstanz

#### Arbeitsweise der Fachberatung

Das Landkreisnetzwerk berät Landkreise bzw. die dortigen Anlaufstellen und die mitwirkenden Dienste freier Träger mit dem Ziel der Schaffung bzw. Konsolidierung weiterer Anlaufstellen, der Vernetzung und der Förderung sowie Fortbildung von bürgerschaftlich Engagierten.

Die **Fachtage** von denen in der Regel zwei pro Jahr durchgeführt werden, dienen der Weiterbildung der in den Landkreisverwaltungen mit sozialplanerischen Aufgaben befassten Stellen und der Anlaufstellen für bürgerschaftlich Engagierte. Hier sind die Anlaufstellen und Mitarbeiter der Ressorts eingeladen. Die Fachtagungen sollen zur fachlichen Kompetenzerweiterung der Fachkräfte in den Landratsämtern beitragen und sie befähigen, das eigene Handeln zu reflektieren, die eigenen Erfahrungen mit BE-Arbeit auf andere Arbeitsfelder anzuwenden, und damit bürgerschaftliches Engagement am Standort breiter und tiefer zu verankern, sowie die eigenen Methoden der Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern zu erweitern.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Landratsämtern, die einen besonderen Auftrag bei der Förderung bürgerschaftlichen Engagements wahrnehmen (z.B. im Sinne einer regionalen Anlaufstelle und/ oder verwaltungsinternen Koordinierungsstelle), werden über den **Newsletter** des Landkreisnetzwerks informiert.

Sie treffen sich weiter zu **Netzwerktreffen für Fachkräfte** zu gegenseitiger Information und kollegialem Austausch. In diesem Kreis werden auch künftig die Standards zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in den Landkreisen laufend fortgeschrieben und aktuelle Entwicklungen in den Landkreisen diskutiert. Hier wird auch das Jahresprogramm festgelegt.

Die jährlich stattfindenden **Reichenauer Tage** streben ein neues Verständnis von regionaler Sozialpolitik mit besonderer Berücksichtigung einer generationenübergreifenden, nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung an. Angesprochen sind insbesondere Landrätinnen und Landräte, sowie die Dezernentinnen und Dezernenten, Amtsleiterinnen und Amtsleiter der Landratsämter einschließlich der Fachkräfteebene.

Eine wichtige Aufgabe der Fachberatung besteht in der Moderation lokaler Dialoge in Landkreisen. Ziel ist die Beratung des Aufbaus lokaler Infrastrukturen. Dabei kommt auch der gezielte Einsatz von Kommunalen Entwicklungsbausteinen zum Tragen.

Zu den Ansprechpartnern in den Mitgliedslandkreisen sowie zu neuen Interessenten werden kontinuierliche Kontakte gepflegt.

Die Fachberatung erarbeitet Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Landkreisnetzwerkes. Sie arbeitet dabei auch mit dem Gemeinde- und StädteNetzWerk sowie dem Qualifizierungsverbund zusammen.

Die Fachberatung des Landkreisnetzwerks geht davon aus, dass bürgerschaftliches Engagement besonders in allen Feldern der Sozialplanung, der Gesundheitsplanung und der Schulentwicklungsplanung gefördert werden soll. Aber auch die Vereinslandschaft, der Umweltschutz und gemeindeübergreifende Agenda-21-Prozesse werden seitens des Landkreisnetzwerkes bei der BE-Förderung in den Blick genommen.

### **Beratungen im Landkreisnetzwerk**

Im Berichtszeitraum fand eine rege Einzelberatung von Landkreisen beim Aufbau und bei der Sicherung von Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements statt. Inhaltlich ging es dabei sowohl um die Entwicklung neuer Strukturen als auch den Erhalt bestehender Strukturen. Die Strukturberatung bezog sich sowohl auf die (Weiter-) Entwicklung innerorganisatorischer BE-Verwaltungsstrukturen als auch auf mögliche Koordinations- und Lenkungsstrukturen in den Landkreisen. Die Beratung der Landkreise umfasste auch Informationen über Bürgermentorenkurse und Bürgerprozesse unterschiedlicher Art sowie Möglichkeiten der Fachkräfteweiterbildung und zum Einsatz von Kommunalen Entwicklungsbausteinen. Im Berichtszeitraum haben die Landkreise Karlsruhe, Reutlingen und Biberach, Konstanz und Heilbronn auf Anregung der Landkreisleitung Anträge zur Förderung von Entwicklungen unter Inanspruchnahme der Kommunalen Entwicklungsbausteine gestellt.

Auch die Selbsthilfe im Gesundheitsbereich wird in den Landkreisen als Segment der BE-Landschaft intensiv gefördert. So rief der Landrat des Landkreises Tuttlingen das Jahr 2004 zum Jahr der Selbsthilfegruppen aus, das mit vielen Veranstaltungen und Präsentationen von Selbsthilfeaktivitäten angereichert war und in einen große Resonanz findenden Tag der Selbsthilfegruppen am 6.11.2004 einmündete.

Auch in anderen Landkreisen erhielten Selbsthilfegruppen besondere Aufmerksamkeit, zum Beispiel im Landkreis Rastatt, wo am 14.03.2004 ein Infotag für Selbsthilfegruppen stattfand, der dem Austausch und Wissenstransfer unter den Selbsthilfeinitiativen diente, oder im Landkreis Konstanz, der am 04.04.04 in Radolfzell seinen zweiten Selbsthilfetag unter dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“ durchführte.

## **Veranstaltungen**

Im Zeitraum der Berichterstattung haben folgende Veranstaltungen des Landkreisnetzwerks BE stattgefunden (Ausgewählte Aktivitäten 2004/ 2005/06 mit Ausblick auf 2006)

### **Reichenauer Tage (Jahrestagungen des Landkreisnetzwerks)**

04.10.04 2. Reichenauer Tage zum Thema: *„Zukunftsfähige Landkreise - Verwaltungsreform – Vernetzung bürgerschaftliches Engagement“*.

→ Auf der Tagung waren die im Zuge der Verwaltungsreform in die Landratsämter einzugliedernden Schul-, Versorgungs-, Landwirtschafts- und Forstämter anwesend. Zentrales Thema waren die Möglichkeiten bürgerorientierter Zusammenarbeit der alten und neuen Behörden in den Landratsämtern. Dazu wurden in interdisziplinären Arbeitsgruppen Überlegungen zur Bürgerbeteiligung aus der Perspektive unterschiedlicher Ämter angestellt. Dabei zeigten sich sehr gute Vernetzungsmöglichkeiten zwischen Forstverwaltung, Landwirtschaft und Landfrauen sowie Agenda 21- und weiteren Umweltschutzgruppen und umweltpädagogischen Projekten. Hier wird vor dem Hintergrund der schon bestehenden Zusammenarbeit mit positiven Auswirkungen der Verwaltungsreform gerechnet. Die Arbeitsgruppe „Schulen, Jugendhilfe, Kriminalprävention“ befasste sich mit Fragen der integrierten Sozialplanung. Eine weitere Gruppe „Gesundheitsamt, Suchtberatung, Versorgungsamt und Behindertenhilfe“ diskutierte über neue Strukturen in der Behindertenhilfe durch eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Versorgungsamt und bürgerschaftlich Engagierten. Aus Sicht des Landkreisnetzwerks zeigte die Tagung, dass bei der Umsetzung des Leitgedankens der Vernetzung und Kooperation von Fachkräften und Engagierten auf den genannten Aufgabenfeldern weitere Anstrengungen erforderlich sind.

24.10.05: 3. Reichenauer Tage zur Bürgergesellschaft zum Thema: *„Gesunde Kindheit - zukunftsfähige Gemeinden. Netzwerke machen Schule(n).“*

→ Im Einzelnen wurden Fragen eines möglichen „gesellschaftlichen Bündnisses für Bildung und Gesundheit“ erörtert und themenbezogene Projekte vorgestellt, u. a. die Projekte Sozialraumorientierte Jugendhilfe (LK Konstanz) und „Freiwillig engagiert für Gesundheit“ (Bodenseekreis). Mit Bezug auf diese Themen wurde der Dialog um eine konstruktive zukunftsfähige Umsetzung der Verwaltungsreform fortgesetzt. Anwesend waren Landrätinnen und -räte, Dezernentinnen und Dezernenten, Amtsleiterinnen und -leiter sowie Planerinnen und Planer der Ressorts Jugendhilfe, Schule, Gesundheit und Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Fachkräfte von Anlaufstellen

des bürgerschaftlichen Engagements. In Fachforen wurden Projekte der Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern und Fachkräften im Bündnis gesunde Schulen, gesunder Kindergarten diskutiert, mit spezieller Bezugnahme auf Sport, Musik und Bildnerische Gestaltung als Impulsgeber für gesunde Kindheit, aber auch im Blick auf die „Natur als Lernort“ und das Thema „Gesunde Ernährung“.

### Fachtagungen

20.04.04: Fachtag des Landkreisnetzwerks zum Arbeitbereich/ Thema: *„Bürgerschaftliches Engagement und Jugendhilfe“* in Filderstadt-Bernhausen.

→ Der Fachtag mit 45 Teilnehmerinnen und Teilnehmern war der letzte von drei Fachtagen, die sich dem Thema BE und Jugendhilfe widmeten. Dabei ging es sowohl um die Kooperation von bürgerschaftlichem Engagement und Jugendarbeit als auch das koproductive Zusammenwirken des bürgerschaftlichen Engagements mit der Jugendsozialarbeit, insbesondere im Zusammenhang mit Schule und Beruf. Gegenstand waren die sozialraumorientierte Jugendhilfe und die Hilfen zur Erziehung. Dabei wurde die Rolle beleuchtet, die bürgerschaftliches Engagement auf diesen Gebieten übernehmen kann. Ziel war, die Kreisjugendämter für die Zusammenarbeit von Fachkräften in der Jugendhilfe und bürgerschaftlich Engagierten zu gewinnen, um eine neue Qualität in der Leistungserbringung zu erreichen, auch unter Gesichtspunkten der Prävention und nachhaltigen Gemeinwesenarbeit. Die Fachtagung gab für viele Landkreise Impulse für die weitere Bearbeitung der Themenstellung vor Ort. Die Ergebnisse wurden in einer Dokumentation zusammengestellt.

12.04.2005: Fachtag des Landkreisnetzwerkes in Filderstadt mit Thema: *„Soziale Netze im 3. und 4. Lebensabschnitt“*

→ Der Fachtag nahm eine einschlägige Bilanzierung von BE-Altenhilfe-Projekten vor. Anwesend waren Altenhilfefachberaterinnen und -berater und Sozialplanerinnen und -planer sowie Initiativen und Einrichtungen aus dem Bereich der Seniorenhilfe und Vertreterinnen und Vertreter der BE-Fachstellen der Landkreise. Vorgestellt wurden praktische Beispiele der Senioren(selbst)hilfe und die laufenden Modellprojekte aus dem ambulanten und stationären Sektor der Altenhilfe, der Altenarbeit und der seniorenpolitischen Arbeit (Senioren-genossenschaften, BELA und BETA-Projekt, Seniorenbüros). Die Beispiele wurden eingehend diskutiert. Die Modellprojekte BETA und BELA (siehe Punkt B.2) aus dem stationären Bereich werden

als qualitativer Sprung in der strategischen Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der stationären Altenhilfe betrachtet.

### **Vernetzungstreffen, Regionalkonferenzen**

27.09.2004 und 15.10.2004: Vernetzungstreffen in Landkreisen Nordwürttembergs zum Thema *„Kontaktstelle BE und Engagementschwerpunkte. Landkreise für die Mitarbeit im Landkreisnetzwerk motivieren.“*

→ Ziel der Vernetzungstreffen war, Landkreisverwaltungen und Kreistage zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu motivieren. An den Vernetzungstreffen nahmen Vertreterinnen und Vertreter der Landratsämter, Gemeinden und freien Träger teil. Die Fachberaterin des Landkreisnetzwerks informierte über die Förderpolitik des Landes und stellte das Landkreisnetzwerk vor. Sie zeigte weiterhin Möglichkeiten auf, über Fachberatung, Mentorenkonzept und Bildungsbausteine eine überörtliche Vernetzung zu erreichen und landkreisübergreifende Anlaufstellenstrukturen aufzubauen. Vorgestellt wurde, wie auch innerhalb der Ressorts geeignete Formen der Zusammenarbeit von Fachkräften und Ehrenamt entwickelt werden können.

→ Das Treffen am 27.09.2004 fand in Heilbronn beim Forum Ehrenamt statt; eingeladen waren die Landkreise Heilbronn, Hohenlohe und Schwäbisch Hall.

→ Das Treffen am 15.10.2004 fand im Landratsamt Ostalbkreis statt; eingeladen waren die Landkreise Ostalb, Rems-Murr und Ludwigsburg. Resultat der Treffen war, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger und freie Träger sich eine Weiterentwicklung der Zusammenarbeit in Richtung auf ressortübergreifende Formen der Unterstützung von Bürgerengagement in Form Runder Tische wünschen sowie eine Bezugnahme auf das Mentorenkonzept.

### **Kollegiale Treffen**

12.11.2004 Kollegiales Jahrestreffen aller Landkreisanlaufstellen im Land

→ Dieses Jahrestreffen im Landratsamt Ludwigsburg diente dem Austausch sowie der Jahreszielplanung 2005.

24.06.2005: Impulstag „Rund um das bürgerschaftliche Engagement“ auf der Insel Reichenau

→ Die Fachveranstaltung wandte sich an Engagierte in Selbsthilfegruppen, Vereinen und Projekten sowie an lokale Agenda 21-Akteure. Hinzu kamen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den „Fachstellen für bürgerschaftliches Engagement“ in den Landratsämtern und Mentorinnen und Mentoren. Der Impulstag wurde für den Informations- und Erfahrungsaustausch genutzt, diente aber auch verstärkt dazu, inhaltliche Positionen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in bzw. durch Landkreise zu erarbeiten (Kallfaß/ Fuchs 2005: 3).

### **Kooperation**

Das Landkreisnetzwerk hat im Berichtszeitraum in wichtigen Themen und Veranstaltungen mit den beiden anderen Teilnetzwerken kooperiert. Darüber hinaus erfolgte eine Abstimmung unter den kommunalen Netzwerkpartnern durch Treffen der drei Fachstellen zum Informationsaustausch, durch wechselseitige Berichterstattung der Netzwerke bei den verschiedenen Fachtagen und gegenseitige Unterstützung bei den Tagungen der Partner, zum Beispiel anlässlich des Gemeindetages in Trochtelfingen am 02.05.04.

Zu den regelmäßigen Fachtagungen sind die Vertreterinnen und Vertreter des StädteNetzWerks, des Gemeinденetzwerks, der ARBES und der FaLBE eingeladen, um die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als gemeinsames, vernetztes Anliegen glaubhaft darzustellen.

Eine international ausgerichtete Zusammenarbeit bestand sowohl zum Thema BE mit der Vorarlberger Landesregierung und der Benevol, Schweiz. Das Landkreisnetzwerk sieht in der grenzüberschreitenden Bodenseeregion eine gute Chance, hier Erkenntnisse zu gewinnen, die dem gesamten Netzwerk BE dienen.

Die Fachstelle für das Landkreisnetzwerk hat im Berichtszeitraum 2004/ 2005/06 regional und überregional intensiv mit größeren freien Trägern und Verbänden kooperiert, um auch hier „das Bewusstsein für die neuen Prozesse und Entwicklungen zu schärfen und Voraussetzungen für regional zwischen Kreisen und freien Trägern abgestimmte Vorgehensweisen zu schaffen“ (Kallfaß/ Fuchs 2005: 6). Mit dem LWV Württemberg wurde im Bereich Jugendhilfe und Behindertenhilfe kooperiert.

### **Resümee**

Das Landkreisnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement als „ältestes“ der kommunalen Netzwerke hat im Jahr 2004 eine wichtige Weiterentwicklung vollzogen und aktuelle Themen aufgegriffen, vor allem solche, die mit der Verwaltungsreform in Baden-Württemberg in Zusammenhang stehen (s. o). Als neue Arbeitsform wurden Regionalkonferenzen oder Vernetzungstreffen erprobt.

Dort werden benachbarte Landkreise, die noch nicht im Landkreisnetzwerk mitarbeiten, zusammengeführt und beraten.

Die Fachberatung ist dabei Ideengeber und Partner für eine nachhaltige Entwicklung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements. Im Berichtszeitraum verfolgte das Landkreisnetzwerk das Ziel, die Landkreise auf Qualifizierungsmöglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements aufmerksam zu machen.

### **Informationsmaterialien**

Die Fachberatung des Landkreisnetzwerks erstellt in zweijährigem Rhythmus Arbeitsberichte. Darüber hinaus werden themenbezogene Papiere gefertigt, zum Beispiel 2004 ein Empfehlungspapier zu bewährten Strukturen und Arbeitsformen in den Landkreisen (wird fortgeschrieben).

Seit 2004 erhalten alle Anlaufstellen bzw. Landkreiskontaktstellen den Newsletter der Fachstelle. Dieser enthält Informationen der Fachstelleninhaber, Auswertungen anderer Nachrichtendienste und Informationen aus den Landkreisen. Die Landkreisanlaufstellen betrachten den Newsletter, der auch an eine Reihe von Anlaufstellen freier Träger und an Interessenten aus anderen Bundesländern versandt wird, als wichtige Ergänzung des Mediums „Bürger engagiert“, das seitens der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste herausgegeben wird. Regelmäßig publiziert das Landkreisnetzwerk in den Landkreisnachrichten.

### **Kontakt**

Landkreistag Baden-Württemberg  Panoramastr. 37 70174 Stuttgart	Sozialzeit – Fachstelle des Landkreisnetzwerks und Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement c/o Fachhochschule Ravensburg-Weingarten Leibnizstraße 10 88250 Weingarten
<b>Ansprechpartner</b>	<b>Ansprechpartner/-in:</b>
Dietmar J. Herdes Tel.: 0711/22462-12 email: herdes@landkreistag-bw.de	Prof. Dr. Sigrid Kallfaß Tel.: 0751/5 01-4 44 email: kallfass@hs-weingarten.de  Johannes Fuchs Landratsamt Konstanz Stabsstelle Gesundheits-und Sozialplanung Benediktinerplatz 1 78467 Konstanz Tel.: 07531/8001782 Fax: 07531/8001788 email: johannes.fuchs@landkreis-konstanz.de



### 3.2.4 Fördermittel „Kommunale Entwicklungsbausteine“

Im Rahmen des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg werden mit finanzieller Unterstützung durch die Landesstiftung Baden-Württemberg den Mitgliedern der drei kommunalen Netzwerke (StädteNetzWerk, Gemeinденetzwerk und Landkreisnetzwerk) Kommunale Entwicklungsbausteine bei besonderem Bedarf angeboten, um die Entwicklung von engagementunterstützenden Strukturen und Prozessen in Gemeinden, Landkreisen und Städten mit gezielten Impulsen zu bereichern. Dies kann in verschiedenen Formen geschehen, bspw. durch Lokale Dialoge, Vorträge, Seminare oder Fachtreffen zur Klärung von Fachfragen und spezifischen Problemstellungen.

Kommunale Entwicklungsbausteine (KEB) unterstützen die gezielte Förderung von bürgerschaftlichem Engagement und Partizipation, z.B. in der Form von Zukunftswerkstätten. Sie werden von der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste bewilligt und aus Mitteln der Landesstiftung Baden-Württemberg mit bis zu EUR 1.500 bezuschusst.

Die Kommunen werden durch die Stabsstelle und kommunalen Netzwerke bei der Konzeption und Durchführung von KEB beraten und auch darüber, zu welchem Zeitpunkt in der Entwicklung eines projektbezogenen bürgerschaftlichen Engagements ein KEB die Chancen einer erfolgreichen Projektentwicklung beflügeln kann.

Die Stabsstelle fördert und genehmigt die Kommunalen Entwicklungsbausteine und führt eine Übersicht über bereits genehmigte bzw. durchgeführte Bausteine. Sie legt großen Wert darauf, dass eigene Ideen für KEB entwickelt werden.

## Übersicht zu Modalitäten bei der Beantragung und Durchführung Kommunaler Entwicklungsbausteine

<b>Worum geht es?</b>	Strategien zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort werden gezielt durch Expertise aus dem Landesnetzwerk unterstützt
<b>Durchführung</b>	Externe Fachberaterinnen und Fachberater sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem Landesnetzwerk (z.B. Mentorentainerinnen und -trainer)
<b>Modalitäten</b>	Eine Ansprechpartnerin oder ein Ansprechpartner aus einer Mitgliedskommune bzw. Mitgliedskreis stellt einen Antrag an die zuständige Fachberaterin oder den zuständigen Fachberater des Netzwerks. Bewertung des Antrags durch die Fachberater und Fachberaterinnen, Bewilligung durch die Stabsstelle im Ministerium für Arbeit und Soziales
<b>Anforderungen an den Antrag</b>	Aufzeigen der kommunalen Entwicklungsperspektive, d.h. Kurzbeschreibung von: Ausgangssituation Anliegen Mittel/ Methode Ziel Einbindung von mindestens zwei Zielgruppen (z.B. Bürgerinnen und Bürger und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger oder Akteure aus Verbänden)
<b>Umfang</b>	bis zu 3 Seiten
<b>Umfang der Leistung Sonstige</b>	Bereitstellung von Beraterinnen und Beratern bzw. Übernahme von Kosten für externe Beratung bis zu 1500,-€ pro Maßnahme Alle Sachkosten sind vom jeweiligen Standort zu übernehmen
<b>Nachbereitung Umfang</b>	Die Antragstellenden werten den Entwicklungsbaustein aus und geben den Fachberaterinnen und Fachberatern des Netzwerks eine entsprechende Rückmeldung Ergebnisprotokoll Einschätzung Perspektiven Bis zu 3 Seiten
<b>Vertragliche Regelungen</b>	Zwischen dem Land Baden-Württemberg und der Gemeinde, Stadt bzw. dem Landkreis, der einen kommunalen Entwicklungsbaustein beantragt, wird ein Vertrag unterzeichnet, in welchem die Aufgaben und Förderungsmöglichkeiten beschrieben sind

In regelmäßig durchgeführten Veranstaltungen wird über das Instrument „Kommunale Entwicklungsbausteine“ informiert. So veranstaltete die Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste zusammen mit den kommunalen Netzwerken am 29.06.06 in Sindelfingen zum Thema „Bürgerengagement intelligent und professionell fördern“ einen praxisorientierten Workshop, um erfolgreiche Beispiele des Einsatzes Kommunaler Entwicklungsbausteine vorzustellen und Kommunen bei der Antragstellung zu beraten. An der Veranstaltung haben auch Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter mit ihren

lokalen und regionalen Partnern der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements teilgenommen.

Beispielhaft wurde gezeigt, wie Kommunale Entwicklungsbausteine geplant und entwickelt werden können.

### **Beispiel 1:**

#### ***Bad Urach erfährt Unterstützung beim Aufbau einer Arbeitsgruppe zur Bildung einer kommunalen Anlaufstelle***

Der Bürgermeister der Stadt Bad Urach unterstützte einen recht erfolgreichen Agenda-Prozess. Um bürgerschaftliches Engagement weiter voranzutreiben wurden Überlegungen zur Einrichtung einer kommunalen Anlaufstelle gefasst. Es bildete sich eine Arbeitsgruppe, die sich u. a. aus Mitgliedern der Agenda-Gruppe bildete und durch die Fachberatung begleitet, sowie extern moderiert wurde. Der rund zweimonatige Entwicklungsprozess der Arbeitsgruppe konnte mit einem Kommunalen Entwicklungsbaustein gefördert werden. Im Vordergrund standen Netzwerk-Entwicklung und Erfahrungstransfer.

### **Beispiel 2:**

#### ***Mannheim nimmt sich ein Beispiel an Geislingen bei der Aufwertung des Stadtteils Neckarstadt-West***

Der Mannheimer Stadtteil Neckarstadt-West erlebte eine abnehmende Wohnqualität, die u. a. durch leerstehende Läden, Abwanderung von Familien und Traditionsbetrieben, Auflösung des traditionsreichen Gewerbevereins und sich verschlechternde Lebens- und Wohnbedingungen verursacht war. Um das 2004 neu eingerichtete Quartiersmanagement in diesem Stadtteil mit hohem Anteil an Migrantenfamilien zu unterstützen, bot die Beauftragte für bürgerschaftliches Engagement ihre Kooperation mittels eines Kommunalen Entwicklungsbausteins für die Neckarstadt-West an.

Das Quartiermanagement installierte zügig eine neue "Stadtteilgruppe Neckarstadt-West", die alle bürgerschaftlichen Gruppierungen in die Stadtteilarbeit mit einbezog. Ziele der Stadtteilgruppe waren die Verbesserung des Wohnumfelds, die Gewerbeförderung, der Aufbau von selbsttragenden Strukturen und die Imagearbeit für das Quartier. Der Kommunale Entwicklungsbaustein sollte Multiplikatoren aus der „Stadtteilgruppe Neckarstadt-West“ ansprechen, um den Dialog für die zukünftige Arbeit im Stadtteil zu verbessern und vor allem Migranten in die Arbeit mit einzubinden.

Auf der Suche nach Ideen zur Aufwertung des Stadtteils wurden die Mannheimer auf einem StädteNetzWerk-Treffen fündig. Nach dem Geislinger Vorbild „Licht für

die Lange Gasse“ entstand 2005 in der Neckarstadt-West eine „Lichtmeile“, die 2006 wiederholt werden soll. Dies wurde möglich durch Kooperation mit der Fachberatung des StädteNetzWerks, dem Quartiersmanagement der Stadt Mannheim und den Fachkräften der Stadt Geislingen, die zusammen mit der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste einen entsprechenden Kommunalen Entwicklungsbaustein entwickelten. Die Förderung ermöglichte ein koproduktives Zusammenwirken wichtiger Akteure:

Die Leiterin der Geschäftsstelle Bürgerengagement Geislingen, Sabine Wettstein, und Gewerbetreibende aus Geislingen, stellten die Projekte „Licht für die Lange Gasse“ und „Werkstatt Lange Gasse“ im Neckarstädter Bürgerhaus vor. Sie schilderten, wie Bewohner und Geschäftsleute zu Akteuren wurden und ein vielfältiges Kulturangebot möglich machten.

Der Kommunale Entwicklungsbaustein konnte dazu beitragen, dass eine von allen Stadtteileinrichtungen und der Kommune gemeinschaftlich geplante Aktion für den Stadtteil Neckarstadt-West erfolgreich gestaltet wurde. Die „Lichtmeile“ mit kulturellem Begleitprogramm fand vom 10. - 16. November 2005 mit großem Erfolg in der Mittelstrasse statt.

Das wichtigste Erfolgskriterium für die Durchführung des KEB war ein kontinuierlicher Dialog zwischen dem Fachberater des StädteNetzWerks, der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste im Ministerium für Arbeit und Soziales, den Fachkräften für BE in den Kommunen sowie dem Quartiersmanagement und der Basis im Stadtteil.

Der Kommunale Entwicklungsbaustein ermöglichte den wichtigen Erfahrungstransfer und die professionsübergreifende Zusammenarbeit.

**Kontakt**

Frau Baker-Kriebel, Fachberaterin BE, Beauftragte für bürgerschaftliches Engagement der Stadt Mannheim, Rathaus E5, Zimmer 7,  Tel: 0621 293-9361, email: manuela.baker-kriebel@mannheim.de, Internet: www.mannheim.de/ehrenamt	Sabine Wettstein, Geschäftsstelle für Bürgerengagement und Ehrenamt der Stadt Geislingen/Steige, Schillerstraße 4, 73312 Geislingen/Steige, Tel: 07331-44 03 63, Fax: 07331-934 555, email: sabine.wettstein@geislingen.de
--	--

**Beispiel 3:**

**Landkreis Biberach baut Netzwerk zur Zusammenarbeit der Gemeinden in der Altenhilfe auf**

Um in dem aus vielen kleinen Gemeinden bestehenden Landkreis Biberach das Thema Altenhilfe zu fördern, wurde durch einen Kommunalen Entwicklungsbaustein die Bürgermeister und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gemeindeverwaltungen geschult, um ein Netzwerk der Zusammenarbeit aufzubauen und sich als Ansprechpartnerinnen bzw. Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger und Träger zu positionieren. Dadurch gelang es, das fachliche Thema Altenhilfe von der Landkreisebene auf die Gemeindeebene herunter zu brechen und eine Kooperation der Gemeinden untereinander anzuregen. Diese Brücke zu den Gemeinden ist wichtig, um die Pläne auf Landkreisebene auf kommunaler Ebene zu kommunizieren und koproduktiv umzusetzen. Durch den Einsatz eines Kommunalen Entwicklungsbausteins konnte dieser Prozess maßgeblich gefördert werden.

Kontakt

Arnfried Stoffner, Landratsamt Biberach Biberach Tel: 07351 52-365 email: arnfried.stoffner@biberach.de
---

**Beispiel 4:**

**Kommunale Entwicklungsbausteine im Einsatz für Strukturentwicklung im Landkreis Hohenlohe**

Planungen im Landkreis Hohenlohe zeigen, auf welche Weise ein Kommunalen Entwicklungsbaustein als Instrument zur Förderung des koproduktiven Zusammenwirkens bei der Strukturentwicklung eingesetzt werden kann. Im Landkreis Hohenlohe besteht seit längerem ein Arbeitskreis BE. Der Landkreis sieht bürgerschaftliches Engagement grundsätzlich als Zukunftsthema, konnte aber bisher kaum Koordinierungsaufgaben wahrnehmen und auch keine Mittel für eine vernetzte Strukturentwicklung zur Verfügung stellen. Durch Einsatz eines Kommunalen Entwicklungsbausteins gelingt es, die Fachkräfte dabei zu unterstützen, auf der Arbeitsebene Allianzen zu finden und Netzwerke zu bilden, die BE-Aktivitäten zusammenbringen und den Prozess des koproduktiven Zusammenwirkens bei der Strukturentwicklung fördern.

Die Kommunalen Entwicklungsbausteine werden auch zukünftig ein wichtiges Instrument des Landesnetzwerks bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements darstellen.

Die Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste und/ oder die Fachberatung der kommunalen Netzwerke berät in folgenden Fragen:

- Wie finde ich die passende KEB-Konzeption?
- Wann ist der richtige Zeitpunkt für einen KEB?
- Wie führe ich einen KEB möglichst gewinnbringend durch?
- Wie kann ein KEB Bürgerbeteiligung unterstützen?
- Wie legt man auf Grundlage eines KEB eine kommunale Entwicklungsstrategie an, welche die Kooperation lokaler und regionaler Partner untereinander in unterschiedlichen Handlungsfeldern verstetigen kann?

Informationen zu Kommunalen Entwicklungsbausteinen sind bei der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste sowie den Fachberaterinnen und Fachberatern der kommunalen Netzwerke zu erhalten.

## **Kontakt**

Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste im Ministerium für Arbeit und Soziales	Kommunale Spitzenverbände mit Fachberater/-innen StädteNetzWerk BE
<b>Ansprechpartner r</b>	<b>Ansprechpartner/-in</b>
Leitung: Robert Hahn Schellingstr. 15 70174 Stuttgart  Tel.: 0711-123-3660 Fax: 0711-123-3989 email: stabsstelle@sm.bwl.de	Agnes Christner/ Dr. Ralf Vandamme, Gemeindenetzwerk BE Christiane Dürr/ Dr. Martina Wegner, Landkreisnetzwerk BE Herdes/ Prof. Dr. Sigrid Kallfaß/ Johannes Fuchs (Kontakt Daten siehe: Punkt A.3.2)

### 3.2.5 ARBES

Die **Arbeitsgemeinschaft bürgerschaftliches Engagement/ Senioren-genossenschaften (ARBES)** ist ein freiwilliger Zusammenschluss von bürgerschaftlich engagierten Gruppierungen, Vereinen und Seniorengenossenschaften auf Landesebene. Sie ist ein Teil des Landesnetzwerks bürgerschaftliches Engagement und umfasst derzeit 87 Mitglieder (Stand Ende 2005); dies entspricht einem weiteren Mitgliederzuwachs seit dem letzten Berichtstand. Die ARBES unterstützt als Dachverband des bürgerschaftlichen Engagements die gemeinsamen Ziele der Initiativen und fördert die Vernetzung. Sie bildete sich 1994 aus staatlich gestützten Senioreninitiativen und unabhängigen örtlichen und kommunalen Projekten, die sich auf der Grundlage verbindender gemeinsamer Grundsätze wie Gegenseitigkeit, Gemeinwohlorientierung und Verbandsunabhängigkeit zusammenschlossen. Die Ideen aus den Seniorengenossenschaften wurden weiterentwickelt, die zahlreichen Angebote und Projekte der Initiativen sind generationenübergreifend, vernetzt und vielfältig in ihrer Themenwahl.

Mitglied können Initiativen und Vereine werden, die sich bürgerschaftlich engagieren. Zu den verbandsunabhängigen Initiativen zählen inzwischen viele „Alt und Jung Projekte“ an mehreren Standorten des Landes, in denen die Zusammenarbeit zwischen älteren und jüngeren Menschen beispielsweise durch eine Schul- und Hausaufgabenbetreuung für Schülerinnen und Schüler oder Großelternprojekte, in denen sich Ältere für die Betreuung von Kindern zur Verfügung stellen, erfolgreich praktiziert wird. Weiterhin unterstützt ARBES Seniorenbüros, die sich an Menschen richten, die nach Beruf und Familie ihr bürgerschaftliches Engagement entfalten wollen und ihre Erfahrungen, Kenntnisse und Kompetenzen weitergeben möchten. Mitglieder der ARBES sind darüber hinaus viele Bürgertreffs, die als Orte der Begegnung und des bürgerschaftlichen Engagements gleichfalls intergenerationale Projekte unterstützen. Diese Ausrichtung verstärkt in positiver Weise den generationenübergreifenden Aspekt der Arbeitsgemeinschaft Seniorengenossenschaften/ bürgerschaftliches Engagement.

Um die Kompetenz von Bürgerinnen und Bürgern zu stärken und ihr selbstbestimmtes Tun zu unterstützen, sorgt ARBES als Dachverband vorrangig für

- Erfahrungsaustausch
- Weiterbildung (z.B. Kurs Sozialmanagement)
- Vernetzung unter den Initiativen und Projekten

- zunehmend auch bundesweite Vernetzung, u. a. durch Mitarbeit in der Arbeitsgruppe „Anerkennung und Würdigung“ des BBE
- Interessenvertretung in der Politik durch Mitarbeit in den Gremien auf Landesebene wie dem Steuerungsverbund und dem Forum BE
- Austausch auf europäischer Ebene durch Vertretung im Vorstand des Centre Europeen du Volontariat (CEV), zu dem sich inzwischen 29 nationale und regionale Freiwilligenzentren aus über 20 europäischen Ländern zusammengeschlossen haben und regelmäßige Teilnahme an Tagungen im europäischen Raum.

Die ARBES erstellt und aktualisiert regelmäßig Broschüren, in denen Aufgabenspektrum und Leistungen der Organisation dargestellt werden und über Mitglieder-Aktivitäten berichtet und Raum für die Selbstdarstellung ihrer Projekte gegeben wird.

Am 29.09.04 feierte ARBES ihr zehnjährigen Bestehens im Rahmen einer Festveranstaltung im Neuen Schloss in Stuttgart, in Anwesenheit von Sozialministerin Tanja Gönner und OB Wolfgang Schuster. 19 Initiativen wurden mit einer Urkunde für 10 Jahre Mitgliedschaft ausgezeichnet.

Einen hohen Stellenwert für den Erfahrungsaustausch und die Bearbeitung von Schwerpunktthemen haben die Regionaltage, die jährlich bis zu dreimal ausgerichtet werden.

### ***Übersicht zu den Regionaltagen***

**Regionaltag in Ulm am 04. März 2004** in Kooperation mit der Initiative Zebra aus Ulm/ Donau zum Thema: Zusammenarbeit mit politischen Gremien.

→ Auf der Veranstaltung wurde vorrangig die kommunale Ebene der Zusammenarbeit behandelt. Erörtert wurden Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Der Bürgermeister von Dürmentingen stellte das Dürmentinger Modell der Einbindung der Bürgerinnen und Bürgern in den Entscheidungsprozess vor.

**Regionaltag in Konstanz am 02. Juli 2004 in Kooperation mit der Initiative „Kommt Zeit, Kommt Tat“ aus Konstanz**, Thema: Grenzen und Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements

→ Auf der Basis eines Grundsatzreferats diskutierten rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 44 Initiativen das Thema bürgerschaftliches Engagement.



**Regionaltag in Leinfelden/ Echterdingen 19. Nov. 2004 in Kooperation mit dem Stadt seniorenrat Leinfelden/ Echterdingen** zum Thema "Anerkennungskultur im bürgerschaftlichen Engagement"

→ Das Thema Anerkennungskultur wurde auf der Tagung zunächst aus Sicht der bürgerschaftlich Engagierten dargelegt und dann durch die wissenschaftliche Sichtweise ergänzt. Auf der Tagung mit 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 43 Initiativen konnte eine Übersicht zu unterschiedlichen Anerkennungsformen und -möglichkeiten gewonnen werden. Die Initiativen der ARBES haben hier zusammengetragen, welche Anerkennungsformen und Würdigungen praktiziert werden.

**Regionaltag in Karlsruhe 16. März 2005 in Kooperation mit dem Aktivbüro Karlsruhe im Rathaus Karlsruhe** zum Thema Chancen und Möglichkeiten des Landesnetzwerks, Vernetzung der Initiativen.

→ Die Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste stellte die Struktur, Funktion und Arbeitsweise des Landesnetzwerks vor, sowie Unterstützungsangebote der Stabsstelle. Der Fachberater des StädteNetzWerkes präsentierte die Funktions- und Arbeitsweise der kommunalen Netzwerke. Vor diesem Hintergrund wurden von den 72 Teilnehmenden Vernetzungsmöglichkeiten der Initiativen von ARBES eingehend diskutiert.

**Regionaltag in Esslingen 19. Juli 2005 in Kooperation mit Forum Esslingen** zum Thema: Corporate Citizenship, Unternehmen engagieren sich, Wir sind dabei

→ Nach einem Grundsatzreferat zum Thema Corporate Citizenship (CC) stellte die Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste das Modellprojekt Unternehmen BE vor (siehe Punkt A.4.3), das in vier Modellregionen des Landes Partnerschaftsprojekte zwischen Unternehmen und kommunalen Einrichtungen sowie Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements erprobt wird. Berichte von Praxisbeispielen des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements aus Nürtingen, Geislingen und Esslingen vermittelten den über 90 Teilnehmenden des Regionaltages einen guten Überblick über die Möglichkeiten koproduktiven Zusammenwirkens mit Unternehmen.

**Regionaltag in Ludwigsburg 11. November 2005 gemeinsame Veranstaltung der ARBES und der Falbe in Kooperation mit dem Kreissenioresrat Ludwigsburg** zum Thema: Haftpflicht- und Unfallversicherungen im bürgerschaftlichen Engagement.

→ Vorgestellt wurde den über 70 Teilnehmenden der von der Landesregierung eingerichtete Versicherungsschutz für ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement, mit dem möglichen Schadensfällen durch einen subsidiär wirksamen Haftpflicht- und Unfallversicherungsschutz begegnet werden kann.

**Regionaltag in Pfullingen im März 2006** zum Thema: Demografischer Wandel und seine Auswirkung auf das bürgerschaftliche Engagement.

→ Die Regionaltage 2006 widmen sich dem Schwerpunktthema des demografischen Wandels und den mit ihm einhergehenden Herausforderungen für bürgerschaftliches Engagement insbesondere mit Blick auf generationenübergreifende Projekte des Engagements und den Möglichkeiten wechselseitigen Generationenlernens. Dazu werden generationenübergreifende Projekte vorgestellt. Die Bevölkerungsentwicklung, die wesentlich durch demografische Alterung gekennzeichnet sein wird, wird auf den drei Regionaltagen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet. Insbesondere sozialwissenschaftliche Analysen und Erkenntnisse spielen dabei eine wichtige Rolle, sowie die Behandlung des Themas durch die Medien.

ARBES unterstützte im Berichtszeitraum die **Qualifizierung und Weiterbildung** im Sozialmanagement für bürgerschaftliche Initiativen, die im Rahmen des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement mit finanzieller Unterstützung durch die Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste gefördert wird.

In den regelmäßigen **Vorstandssitzungen** stellten Öffentlichkeitsarbeit und ein einheitliches Erscheinungsbild von ARBES, zum Beispiel durch Neugestaltung des Flyers und des Internet-Auftritts, wichtige Themen dar. Darüber hinaus findet eine laufende Berichterstattung über Initiativen unter dem Dach der ARBES statt.

Auf den **Klausurtagungen** werden konzeptionelle Weiterentwicklungen der ARBES und Möglichkeiten der Kooperation mit Verbänden und weiteren Organisationen besprochen. Darüber hinaus sind die Regeln der Mitgliederaufnahme und deren Modifizierung sowie die jeweilige Jahresplanung Gegenstand der Sitzungen, darunter die Planung und Vorbereitung der Regionaltage.

ARBES selbst war im Berichtszeitraum intensiv in das weitere Geschehen bürgerschaftlichen Engagements eingebunden, u. a. durch Teilnahme an den Mitgliederversammlungen des Landesseniorenrates und die Mitarbeit im Juroren-Gremium des Wettbewerbs „BELA“ und der Teilnahme an den Mentorentagungen, u. a. in Bad Herrenalb.

Homepage von ARBES: <http://www.sozialministerium.de/de/ARBES/82080.html>

### **Kontakt**

<b>Ansprechpartner</b>
Reinhold Maier (Vorsitzender) Große Heerstraße 26 72793 Pfullingen Tel.: 07121 / 70 79 17 Fax: 07121 / 70 79 18 email: <a href="mailto:rm-maier@t-online.de">rm-maier@t-online.de</a> , oder: <a href="mailto:info@arbes-bw.de">info@arbes-bw.de</a>

### **3.2.6 FaLBE**

#### **Fachkräfte im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement**

Aufgabe der Fachkräfte im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (FaLBE) ist die Weiterentwicklung des Netzwerks der Fachkräfte für bürgerschaftliches Engagement in Städten, Gemeinden und Landkreisen, sowie bei Verbänden, Organisationen und freien Trägern. Die meist auf lokaler Ebene angesiedelten Fachkräfte sind durch FaLBE in einem überregional funktionierenden Netzwerk zusammengeschlossen. Das FaLBE-Sprecherteam, das im zweijährigen Rhythmus gewählt wird, vertritt die Interessen der Fachkräfte im Forum Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement sowie im Steuerungsverbund des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement. Das Sprecherteam arbeitet mit den zuständigen Ministerien, insbesondere mit der Stabsstelle im Ministerium für Arbeit und Soziales, sowie den landesweit tätigen Fachstellen, Verbänden und Interessenvertretungen zusammen. FaLBE versteht sich als Bindeglied zwischen Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bürgerschaft.

Die kommunalen Fachkräfte sind wichtige Akteure im Landesnetzwerk BE, die im Gesamtnetzwerk der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements gerade durch ihre kommunale Verankerung und Bezogenheit den charakteristischen Weg der baden-württembergischen Engagementförderung stärken. Durch wechselseitige fachliche Begleitung und Beratung, wie sie auf den Jahres- und Fachtagungen erfolgt, stärken die FaLBE-Mitglieder ihre Qualifikationen sowie die Qualität und die Leistungsfähigkeit lokaler Anlaufstellen für das bürgerschaftliche Engagement.

Ziel von FaLBE ist, zentrale gesellschaftliche Themenstellungen im Sinne innovativer zukunftsfähiger Lösungen zu bearbeiten und dabei die besondere Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in den Blick zu nehmen. Auf den Jahres- und Fachtagungen werden diese Schwerpunktthemen bearbeitet und Erfahrungen ausgetauscht sowie Strategien und Methoden zur Lösung gesellschaftlicher Fragen erarbeitet. Im Berichtszeitraum war FaLBE intensiv um den Ausbau der Infrastruktur und die Gewinnung neuer Kooperationspartner bemüht und förderte die Beteiligung und Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern im kommunalen Geschehen. Weiterhin wurde ein intensiver Austausch von FaLBE mit den anderen Teilnetzwerken gepflegt.

### **Aktivitäten im Berichtszeitraum:**

#### *Kooperation mit weiteren BE-Aktivitäten im Landesnetzwerk*

In der Zeit von Januar 2004 - Dezember 2005 nahm der FaLBE-Sprecherrat an acht Sitzungen und einer Klausursitzung (Oktober 2005) des Steuerungsverbundes teil. Die FaLBE nahm beim ARBES-Regionaltag im Juli 2004 in Konstanz, bei den Akademietagen in Bad Herrenalb im September 2004 und bei der CC-Tagung des BBE „Wenn alle gewinnen“ im Oktober 2004 teil. Mitgedacht wurde bei den strategischen Überlegungen des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement und dementsprechend bei den inhaltlichen Planungen der ausgerichteten Tagungen. Die regelmäßige Präsenz an den Sitzungen des Steuerungsverbundes hat den Stellenwert der BE-Fachkräfte in den Kommunen, Landkreisen und anderen Institutionen betont. Die Anwesenheit gewährleistet die frühzeitige Einbeziehung der Sichtweisen und Haltungen der vor Ort tätigen FaLBE-Kolleginnen und Kollegen. Aus Sicht des FaLBE-Sprecherteams hat sich die enge Kooperation mit der Fachberatung der drei Netzwerke und der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste sowie die Zusammenarbeit mit ARBES und dem Mentorenverbund sehr bewährt und gut institutionalisiert. Der Falbe-Sprecherrat nahm an den Sitzungen des Forums Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement teil, welche zweimal im Jahr in Stuttgart stattfinden. In diesem Kontext war der Falbe-Sprecherrat auch an der Vorbereitung der Fachtagung „Demografischer Wandel und Bürgergesellschaft: Zukunft gemeinsam gestalten“ am 7. November 2006 stattfand, beteiligt.

#### *Qualifizierungsmaßnahmen für Fachkräfte*

Im Berichtszeitraum wurde die Qualifizierung von Fachkräften durch die Organisation und Durchführung von Fachkräfte-Grundkursen (Liftkursen) weiter geführt. FaLBE wirkte unter der Federführung des Paritätischen Bildungswerkes bei der Vorbereitung und Durchführung einer Neuauflage des Fachkräfteseminars mit. Vom 4.-5.07.05 fand im Haus der Evangelischen Akademie Baden in Bad Herrenalb unter dem Titel „Fachkräfteseminar bürgerschaftliches Engagement“ ein zweitägiges Qualifizierungsangebot zur Orientierung im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement für Fachkräfte statt, die in das Thema bürgerschaftliches Engagement neu einsteigen.

## **Veranstaltungen:**

### ***Die Jahrestagungen***

***FaLBE-Jahrestagung am 25.11.2004 zum Thema Corporate Citizenship (CC) in Villingen-Schwennigen (Landratsamt des Schwarzwald-Baar-Kreises)***

Der Leiter der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste im Ministerium für Arbeit und Soziales bekräftigte die Wichtigkeit des Themas CC und plädierte für ein Kräfteviereck in der Bürgerkommune, in welchem zu den Akteuren von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft die Wirtschaft als ein weiterer Kooperationspartner hinzutritt. Es folgte ein Grundsatzvortrag zum Thema „Corporate Citizenship – Partnerschaften der Zukunft“.

In Workshops wurde das Thema „Wirtschaft und Handel. Ein Partner für jes-Projekte?“ behandelt und Möglichkeiten der Verknüpfung der Wirtschaft mit Projekten der Jugendarbeit diskutiert, wie sie im jes-Programm und bei jes|connection beabsichtigt sind. Ein weiterer Workshop widmete sich dem Thema „Fachkräfte im Spannungsfeld zwischen Fördern und Fordern“. Hier standen Fragen der Qualifizierung der Fachkräfte für die Förderung von CC-Partnerschaften im Vordergrund und Methoden, dafür Partner zu gewinnen. Ein dritter Workshop fasst „CC aus Sicht der Wirtschaft“ ins Auge. Zum Fachtag erschien eine ausführliche Dokumentation.

### ***Die Fachtage***

***FaLBE-Fachtagung am 15./ 16.01.04 zum Thema „Leistungen/ Ressourcen/ Zukunftsperspektiven“ in der Evangelischen Akademie Bad Boll***

→ Diese Zukunftskonferenz der Fachkräfte befasste sich mit den bevorstehenden Herausforderungen in der Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Grundsätzlich wurden hier Förderungsmöglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements im Blick auf Akteure in den Bereichen Verwaltung, Politik, Wirtschaft, Verbänden und den Medien erörtert, aber auch gefragt, auf welche Weise sich die Bürgerschaft bereits engagiert und weiter für Engagement gewonnen werden kann.

Der Fachtag zeigte im Blick auf zukünftige Aufgaben das nachdrückliche Interesse der rund 50 Teilnehmenden an den Themen „Beteiligungsmöglichkeiten“ und Förderung von Corporate Citizenship. Ein wichtiges zu bearbeitendes Feld ist die Erörterung der Zusammenhänge und Verknüpfungsmöglichkeiten von bürgerschaftlichem Engagement und Agenda-Prozessen sowie die Frage des

Einbezugs von sozial benachteiligten Gruppen in bürgerschaftliches Engagement.

**FaLBE-Fachtagung am 19./ 20.01.06** zum Thema „Bürgerengagement und Gemeinwesen. Partner für die Zukunft!?“ in der Evangelischen Akademie Bad Boll

→ Auf der Tagung konstatierte ein Vortrag mit dem Titel „Ohne Bürgerengagement keine Demokratie“ einen empirisch belegbaren Vertrauensverlust in die Demokratie. Auf der anderen Seite weisen Umfragen auf den Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung hin. Entsprechend wurde ein neuer Gesellschaftsvertrag über das Geben und Nehmen zwischen Staat und engagierter Bürgerschaft gefordert, bei dem der Staat Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht zunehmend an die Bürgerinnen und Bürger delegiert. Neue Beteiligungsmodelle können hier Einfluss auf Entscheidungsprozesse nehmen. In den Workshops wurden „Möglichkeiten der Vernetzung in größeren Verwaltungen“ behandelt sowie Probleme der „Instrumentalisierung des bürgerschaftlichen Engagement“. In einem dritten Workshop fand ein „Austausch über den Arbeitsalltag“ der Fachkräfte statt und es wurden Fragen des Zeitmanagements und der Gewinnung von Freiwilligen behandelt. Die Fachtagung brachte zu Bewusstsein, dass demokratische Mitbestimmung und eine prozessorientierte Demokratie mit vielfältigen Beteiligungsformen mehr und mehr Erfolgsfaktoren in der Praxis vor Ort darstellen werden.

Darüber hinaus sind weitere Aktivitäten von FaLBE im Berichtszeitraum zu verzeichnen. So übernahm FaLBE in Kooperation mit ARBES auf deren Regionaltag am 17.11.2005 zum Thema: „Versicherungen für Ehrenamtliche“ die Organisation des Teils „Gesetzliche Unfallversicherung für Ehrenamtliche“ und lud dazu Referenten der Badischen Unfallkasse bzw. der Berufsgenossenschaften ein. Darüber hinaus hat FaLBE sehr intensiv mit der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste und den kommunalen Netzwerken kooperiert und in vielen Veranstaltungen die Kompetenzen des Netzwerkes und Stabsstelle einbezogen. Solche Formen koproduktiven Zusammenwirkens verweisen auf eine im Landesnetzwerk sich im Berichtszeitraum verstärkende wechselseitige Unterstützung der Teilnetzwerke.

Perspektiven:

FaLBE geht vor dem Hintergrund der Erfahrungen im Berichtszeitraum davon aus, dass auch politische Gremien Entwicklungsbausteine brauchen, mit denen

das koproduktive Zusammenwirken zwischen Politik und BE gefördert werden kann.

Vor dem Hintergrund der geschilderten Aktivitäten ist es ein zentrales Anliegen der FaLBE, Entscheidungsträger und Verwaltungen für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements zu gewinnen und entsprechende Strukturmaßnahmen zu fördern. Nur in diesem Maße kann es gelingen, Verwaltungsräume bewusster unter bürgerschaftlicher Beteiligung in sich selbst gestaltende Sozialräume zu entwickeln.

Die Vernetzung in der Verwaltung wird als ein weitergehender Prozess angesehen. Allerdings bedarf es dazu jeweils eines Auftakts für eine interne Vernetzung. Dieser Vernetzungsimpuls sollte nach den Erfahrungen der Fachkräfteorganisation von der Verwaltungsspitze und den politischen Gremien ausgehen. Bei der Pflege und Weiterentwicklung dieser Netzwerke spielen die Fachkräfte eine entscheidende Rolle.

Dies erfordert aus Sicht von FaLBE auch, dass Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter konsequent und bereits in der Ausbildung für den Einbezug des bürgerschaftlichen Engagements in ihre Arbeitsfelder qualifiziert werden. FaLBE will deshalb verstärkt darauf hinwirken, dass Engagement Ausbildungsbestandteil an Verwaltungsfachschulen wird.

Ein weiterer wichtiger Aspekt stellt für FaLBE der Einbezug weniger artikulationsgewohnter Bürgerinnen und Bürger in Beteiligungsprozesse dar. FaLBE selbst will mit zur Schaffung von Plattformen des bürgerschaftlichen Engagements solche Beteiligungsprozesse fördern.

Bürgerschaftliches Engagement braucht Unterstützung durch hauptamtliche Strukturen. Angestrebt wird eine intensivere Kooperation von Fachkräften und Engagierten, die Lernprozesse auf Seiten der Experten in Richtung eines qualifizierten Freiwilligenmanagements erfordert. Dies bedingt, dass FaLBE sich auch zukünftig um qualifizierte Fortbildung der Fachkräfte bemüht, zum Beispiel auch mit Blick auf kommunikations-, transaktionstheoretische und analytische Kompetenzen, die im Umgang mit Engagierten von Nutzen sind.

Homepage von FaLBE: <http://www.sozialministerium.de/de/FaLBE/80106.html>



## Kontakt

Ansprechpartner/-innen	
<p><b>Gabriele Mreisi</b> Bürgerbüro ZEBRA e. V.</p> <p>Schaffnerstr. 17, 89073 Ulm www.zebra-ulm.de Tel.: 0731/6 02 - 56 70, Fax: - 56 72</p> <p>email: g.mreisi@zebra-ulm.de seit 2007: Dieter Lehmann</p>	<p><b>Jürgen Rohleder</b> Stadt Rottenburg am Neckar Stabsstelle Bürgerengagement Marktplatz 18, 72108 Rottenburg www.rottenburg.de Tel.: 07472 / 1 65 - 4 19, Fax: - 3 90 email: juergen.rohleder@Rottenburg.de</p>
<p><b>Rosemarie Strobel-Heck</b> Amt für Stadtentwicklung, Aktivbüro,</p> <p>76124 Karlsruhe www.karlsruhe.de Stadtentwicklung Tel.: 0721 / 1 33 - 12 70 Fax: - 12 79 email: rosemarie.strobelheck@afsta.karlsruhe.de</p>	<p><b>Dr. Ursula Weber</b> Stadt Reutlingen – Stabsstelle Bürgerengagement Marktplatz 22, 72764 Reutlingen www.reutlingen.de</p> <p>Tel.: 07121 / 3 03 - 57 71, Fax: - 57 73 email: ursula.weber@reutlingen.</p>

### 3.3 Perspektiven des Landesnetzwerks

Am 25.01.2006 fanden sich die Mitglieder des Steuerungsverbundes zu einer Klausur in Bad Urach zusammen. Neben einer Bilanzierung der geleisteten Arbeit galt die Aufmerksamkeit wichtigen gesellschaftspolitischen Fragestellungen, u. a. den Themen Pflege, Selbsthilfe, Jugend und Familie und der jeweiligen Rolle, welche bürgerschaftliches Engagement und die Engagementförderung in diesen Bereichen spielen kann.

Mit Blick auf die Zukunft und die genannten Aufgabenbereiche wurden wesentliche Ziele für die weitere Arbeit festgelegt sowie die Eckpfeiler des baden-württembergischen Weges der Engagementförderung unterstrichen. Dieser zeichnet sich bisher insbesondere durch aufeinander abgestimmte Unterstützungsinstrumente und Maßnahmen aus, zu denen vor allem gehören:

- kommunale Anlaufstellen für Bürgerengagement,
- Fachkräfte in Kreisen, Städten und Gemeinden,
- Bürgermentorinnen und Bürgermentoren,
- Fachberatung in enger Kooperation mit den kommunalen Spitzenverbänden, kommunale Vernetzung sowie
- die von der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste moderierte landesweite Abstimmung.

Dieses Ineinandergreifen von Akteuren, Instrumenten und Netzwerken gibt landesweit Orientierung in den zentralen Fragen der Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements, schafft Qualitätsstandards und sorgt dafür, dass Maßnahmen prinzipiell auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind.

Merkmale des baden-württembergischen Weges sind, dass bürgerschaftliches Engagement

- unterschiedliche Strukturen verbindet,
- Kooperationen sucht,
- Netzwerke schafft, und
- offen für neue Zusammenhänge ist.

Die das bürgerschaftliche Engagement kennzeichnenden Prinzipien beruhen dabei weiterhin darauf, dass BE sich

- unentgeltlich und als freiwilliges Engagement entfaltet,
- echte Mitbestimmung bei Entscheidungen beinhaltet, und
- nicht als spontan abrufbare Ressource behandelt werden darf, sowie
- nicht als selbstverständlicher Bestandteil professioneller Hilfesysteme angesehen werden soll.

In der Bürgergesellschaft übernehmen die Bürgerinnen und Bürger freiwillig und aus eigener Motivation Aufgaben für die Gemeinschaft. Der Steuerungsverbund sieht in bestimmten Bereichen auch die Gefahr von institutionellem Missbrauch, der dadurch gekennzeichnet ist, dass Menschen offensiv rekrutiert werden, um allein Angebotslücken zu schließen.

Mit Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung sieht der Steuerungsverbund die Notwendigkeit, dass drängende Antworten und Lösungen zu wichtigen gesellschaftspolitischen Fragestellungen zum Beispiel in den Bereichen Pflege, Selbsthilfe, Jugend und Familie nur in einer funktionierenden Bürgergesellschaft zu finden sind. In diesem Zusammenhang wird auch das Projekt Jugendbegleiter als neuer Lösungsansatz begrüßt, da mit ihm das bürgerschaftliche Engagement stärker mit dem Schulwesen und der Gestaltung der Ganztagschule verbunden wird. In diesem Zusammenhang vertritt der Steuerungsverbund die Auffassung, dass das Landesnetzwerk BE ausdrücklich im Rahmenkatalog zum Jugendbegleiter genannt werden soll, damit die Möglichkeiten der Verknüpfung dieses Programms mit Aktivitäten im Landesnetzwerk offensiv genutzt werden.

Bürgerschaftliches Engagement braucht nach Auffassung des Steuerungsverbundes einen langen Atem und immer wieder neue Impulse und Anstöße. Damit dies gelingt ist Aufgabe aller Verantwortlichen vor Ort, sich für eine Kultur der dauerhaften Anerkennung, Wertschätzung, Förderung und Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement in der Bürgerkommune einzusetzen. Im Wettbewerb um freiwillig engagierte Bürgerinnen und Bürger geht es darum, gute, interessante und attraktive Angebote für ein freiwilliges Engagement zu entwickeln.

Dabei stellt die Qualifizierung weiterhin ein zentrales Anliegen des Steuerungsverbundes dar. Ein qualitätvolles Angebot zeichnet sich durch einen hohen Mehrwert sowohl für den Einzelnen als auch für das Gemeinwohl aus.

Die das bürgerschaftliche Engagement tragenden Gruppen und Initiativen sind bedingt durch gesellschaftliche Veränderungen, sowie berufliche und familiäre Anforderungen selbst stark im Umbruch begriffen. Der Steuerungsverbund sieht es deshalb als seine Aufgabe, neue Zugangswege zu weiteren gesellschaftlichen Initiativen und Gruppen wie zum Beispiel Migrantinnen und Migranten zu finden und neuen Formen von Bürgerengagement Entwicklungsraum zu geben.

Ein besonderes Augenmerk gilt zukünftig folgenden Themenfeldern:

### **1. Bildung und Erziehung**

Im Bereich von Erziehung und Bildung muss künftig noch stärker auf Beteiligung und Teilhabe im Sinne von bürgerschaftlichem Engagement gesetzt werden. Ganztageschulen bieten Möglichkeiten, Elemente bürgerschaftlichen Engagements als sinnvolle Ergänzungen in den Bildungsalltag der Schulen zu integrieren, Konzepte zu entwickeln und zum Engagement bereite Bürgerinnen und Bürger auf diese Aufgaben vorzubereiten, um sie dann auch in solche Tätigkeiten vermitteln zu können.

### **2. Altenhilfe und Altenpflege**

Die Beteiligung des Landes an Projekten wie BETA (Bürgerschaftliches Engagement in der Tagespflege), BELA (Bürgerengagement für Lebensqualität im Alter) und neuerdings Pflegebegleiterinnen und Pflegebegleiter sind sehr erfolgreich. Die Altenhilfe und Altenpflege wird heute oftmals durch mitplanende, mitentscheidende und mitarbeitende Angehörige, Ehrenamtliche und Bürgergruppen unterstützt. Bürgerschaftliches Engagement und Angehörigenmitarbeit sollten jedoch mehr als bisher in der Qualitätssicherung verankert werden. Auch sind die konstruktiven und vertrauensstiftenden Möglichkeiten von Heimbeiräten aus der Bürgerschaft im stationären Bereich noch mehr als bisher mit der gemeindlichen Seniorenarbeit zu verbinden. Je mehr auch Migrantinnen und Migranten unterschiedlicher nationaler und religiöser Herkunft in der teilstationären oder stationären Pflege mit versorgt werden, umso eher wird das Thema Mobilisierung und Integration von bürgerschaftlichem Engagement und Familienselbsthilfe von Migrantinnen und Migranten und damit auch die Begleitung von Engagierten, auch hier eine Rolle spielen.

### **3. Zusammenleben der Generationen**

Entwicklungen in unserer Gesellschaft, zu denen auch die Folgen des demografischen Wandels gehören, verweisen auf das Thema „Zusammenleben der Generationen“. Ein generationsübergreifendes Zusammenleben erfordert, Verantwortung für sich und für andere zu übernehmen. Ebenso kann mit wirksamen Maßnahmen gegen Vereinzelung und Isolation von Seniorinnen und Senioren, deren Lebensqualität abgesichert werden. Dazu bedarf es neuer generationenübergreifender Unterstützungssysteme, da die traditionellen

Familienstrukturen oftmals die notwendigen Leistungen allein nicht mehr erbringen können. Beispiele wie das Mehrgenerationenhaus oder das Modellprogramm des Bundes „Generationenübergreifende Freiwilligendienste“ versuchen neue Wege zu erproben und Anstöße zu geben.

#### **4. Migration und Integration**

Die anhaltenden und komplexer werdenden Migrationsströme, die Zunahme an freiwilliger und unfreiwilliger Vereinzelung sowie die Bildung neuer sozialer Räume und Netzwerke werden zu wichtigen Themen. Der Steuerungsverbund tritt sowohl gegen die Vereinzelung von Menschen mit Behinderungen ein, als auch gegen die Vereinsamung älterer Menschen oder die Isolation von Menschen mit Migrationshintergrund. Bürgerschaftliches Engagement kann - mit den Betroffenen - neue Formen des Zusammenlebens entwerfen, gestalten und verwirklichen. Der Steuerungsverbund und insbesondere die kommunalen Netzwerke sehen in einer umfassenden Integration einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt für die maßgeblichen Akteure des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort. Dies gilt vor allem für die Fachkräfte, Steuerungsgruppen und örtlichen Anlaufstellen für Bürgerengagement. Diese sind zum Beispiel im Rahmen Kommunalen Entwicklungsbausteine durch die Bereitstellung von Methoden, durch Projektwerkstätten oder zielorientierten Erfahrungsaustausch zu stärken.

Die damit ins Zentrum der künftigen Entwicklung gestellten Schwerpunktthemen des bürgerschaftlichen Engagements sind darauf ausgerichtet, die Lebensqualität in den Gemeinden, Städten und Landkreisen zu verbessern.

Daraus ergeben sich sowohl programmatisch als auch thematisch und qualifikatorisch anspruchsvolle Perspektiven, die im Prozess der Umsetzung ihre jeweils lokalen Orientierungen haben. Gerade was die Qualifizierung des BE betrifft spielen die Mentoren- und Sozialmanagementkurse im Landesnetzwerk eine wichtige Rolle, die seitens des Paritätischen Bildungswerkes durchgeführt und in mehreren Trainingsphasen durchlaufen werden (s.u.).

Für den Berichtszeitraum lässt sich abschließend von Seiten der wissenschaftlichen Begleitung feststellen:

- Das Landesnetzwerk und seine Teilnetzwerke weisen insgesamt eine hohe Kommunikationsdichte auf: Diese Kommunikationsdichte hat sich im Berichtszeitraum durch neue Mitglieder in den drei kommunalen Netzwerken noch verstärkt

- Im Gemeindefeld sind inzwischen 86 Gemeinden aktiv, im Städte-Netzwerk 56 Städte und im Landkreisnetzwerk 26 Landkreise
- Die drei kommunalen Netzwerke vermitteln schnell und qualifiziert neue Ideen und Innovationen: In allen Netzwerken spielen Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer eine wichtige Rolle. Im Berichtszeitraum erweist sich insbesondere die Qualifizierung im Rahmen des Mentorenprogramms als sehr erfolgreich
- Die Netzwerke entwickeln Synergieeffekte durch das Zusammenspiel verschiedener Akteure; sie setzen neue Kräfte über dezentrale Selbststeuerungs-Potenziale frei
- Da die Ergebnisse des Freiwilligen-Survey zeigen (siehe Punkt B.1), dass es vor allem auch in Baden-Württemberg weitere Potenziale des freiwilligen Engagements gibt, bestehen gute Voraussetzungen für das Landesnetzwerk, an diese Potenziale anzuknüpfen
- Das Landesnetzwerk öffnet sich neuen Themen: Mit dem Modellprojekt „Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement/ Corporate Citizenship, werden in vier Regionen Baden-Württembergs Partnerschaftsprojekte zwischen bürgerschaftlich Engagierten, Drittem Sektor, kommunalen Einrichtungen, Kommunalverwaltung und Wirtschaft erprobt.
- Das Landesnetzwerk als Netz von Netzen ist sensibel für Verknüpfungen mit laufenden Prozessen, Akteuren und Institutionen und bringt durch die Regionalisierung, Lokalisierung und situative Territorialisierung seiner Netzwerke selbst neue Ideen und Innovationen in das Zusammenspiel von Akteuren, Initiativen und Institutionen ein. Die Chancen liegen dabei in Synergieeffekten zwischen wichtigen Akteuren sowie laufenden und neuen Projekten zu erreichen.
- Dem Landesnetzwerk gelingt es, sich als ausdifferenziertes Netzwerk ständig weiter zu organisieren und mit anderen „institutionellen Netzwerken“, sprich Einrichtungen und Organisationen und „informellen“, aus der Lebenswelt heraus gestalteten Netzwerken zu kooperieren. Damit gelingt die Verbindung unterschiedlicher Engagementstrukturen und -prozesse des lebensweltlichen und systemischen Bereichs zu interorganisationalen Netzwerken mit vervielfachten Akteursschnittstellen.

### 3.4 Bürgermentorinnen und -mentoren

Ende 2005 gab es in Baden-Württemberg 1615 Mentorinnen und Mentoren für bürgerschaftliches Engagement, die Zahl der Mentorentainerinnen und -trainer lag bei 148. Die Mentorinnen und Mentoren waren dabei in insgesamt 135 Orten des Landes tätig. Im Berichtszeitraum fanden mehrere Mentorenschulungen statt, deren inhaltliche Schwerpunkte die Möglichkeiten der Förderung einer bürgerschaftlichen Kultur, das Denken in Netzwerken und Projekten sowie die Projektentwicklung auf den unterschiedlichen Feldern des bürgerschaftlichen Engagements und die Kommunikation von Ideen, Erfahrungen und bewährter Vorgehensweisen darstellten. Die Kurse sind dabei an den jeweiligen Erfahrungen und Bedürfnissen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer orientiert und es ist eine Praxisphase geplant, in der die Durchführung von Projekten an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen bürgerschaftlichen Initiativen begleitet wird.

Bei den Mentorinnen und Mentoren für Bürgerengagement handelt es sich um Bürgerinnen und Bürger

- die sich in Vereinen, Stadtteilen, Verbänden und Initiativen um ein verbessertes Miteinander kümmern
- die im Gemeinwesen zwischen vielen Beteiligten **Brücken bauen**
- die ihre persönlichen und sozialen Erfahrungen einsetzen
- die über die Sinnhaftigkeiten des Engagements informieren
- die offen sind für neue Menschen, Projekte und Gruppierungen
- die andere zum Engagement motivieren und begleiten

Die Idee des Mentorats ist, Bürgerengagement in Baden-Württemberg weiterzuentwickeln durch engagierte Bürgerinnen und Bürger, die über ihre eigenen Interessen und die Anliegen von einzelnen Vereinen und Initiativen hinaus das Gemeinwohl in ihrer Gemeinde im Blick haben und deshalb dazu beitragen, dass Städte und Gemeinden zu echten Bürgerkommunen werden.

Die Ziele der Mentorats für Bürgerengagement sind:

- Das Mentorat für Bürgerengagement soll erreichen, dass einzelne Bürgerinnen und Bürger und bürgerschaftliche Initiativen über Partikularinteressen und Spartendenken hinaus in Netzwerken wirken, Kooperationen

vereinbaren und im Sinne des Gemeinwohls an der bewussten Gestaltung einer bürgerschaftlich geprägten sozialen Kultur mitwirken.

- Mentorinnen und Mentoren können aufgrund ihrer persönlichen Kompetenzen und ihrer Erfahrungen im Engagement, Dialogstifter, Brückenbauer, Vernetzer, Vorbilder und Vorreiter sein und mit ihren Möglichkeiten zum produktiven Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure im Gemeinwesen beitragen.
- Langfristig soll erreicht werden, dass es in allen Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg Mentorinnen und Mentoren gibt. Diese sollen als unverzichtbarer Bestandteil des Bürgerengagements bekannt und anerkannt sein und in ihrer für die Weiterentwicklung einer bürgerschaftlichen Kultur wichtigen Rolle wertgeschätzt werden. Dazu braucht es einerseits eine qualifizierte Ausbildung und andererseits von Seiten der Kommunen einen verlässlichen Rahmen, der den Bürgermentorinnen und -mentoren ihr Wirken ermöglicht.

Die Aufgabenfelder von Bürgermentorinnen und Mentoren orientieren sich einerseits an den Kompetenzen, Fähigkeiten, persönlichen Vorlieben und Interessen der Mentorinnen und Mentoren und andererseits an den örtlichen Gegebenheiten.

Jede Mentorin und jeder Mentor entwickelt bereits im Mentorenkurs und vor allem in der Begleitung danach das für ihn passende Aktivitätsprofil in Abstimmung mit den örtlichen Erfordernissen.

Dieses spezifische Aktivitätsprofil hat als Hintergrund immer den im Kurs geschärften Blick auf die gesamte „Engagementlandschaft“, setzt Offenheit und die Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit anderen Mentoren und anderen Akteuren im Gemeinwesen voraus.

Die Grundlagen für jede Mentorin, für jeden Mentor im Bürgerengagement sind die im Leitbild beschriebenen Kompetenzfelder, d.h. die Fähigkeit als Dialogstifter, Türöffner und Brückenbauer im Kontext der Kenntnisse über die Engagementlandschaft vor Ort und der Philosophie des Bürgerengagements zu wirken.

Mentorinnen und Mentoren für Bürgerengagement können in vielen Feldern aktiv werden, z.B.:

- In der Begleitung von örtlichen Jugendfreiwilligenprojekten nach dem jes-Konzept



- In der Arbeit mit Familien, um Impulse für neue Projekte und Initiativen zu geben
- In der Stiftung von Kooperationen z.B. von bürgerschaftlichen Initiativen mit Arbeitsgruppen der lokalen Agenda
- Im Zusammenführen unterschiedlicher Akteure
- Im Entwickeln bürgerschaftlicher Projekte in der Altenpflege oder Behindertenhilfe
- Im Verankern von Bürgerengagement in kulturellen und ökologischen Projekten
- In persönlichen Gesprächen mit engagierten Bürgerinnen und Bürger, um deren Anliegen zu unterstützen und ggf. deren Konflikte mit anderen kennen zu lernen und Lösungsmöglichkeiten zu suchen
- In der Klärung von Schwierigkeiten, die sich aus der Zusammenarbeit von Hauptamtlichen mit freiwillig tätigen Bürgern ergeben
- In der Motivation und Ermutigung von Menschen, die Zugänge und Betätigungsfelder suchen.

Die obige Aufzählung ist dabei exemplarisch. In der Praxis werden sich für das Mentorat im Bürgerengagement je nach den örtlichen Gegebenheiten und den Möglichkeiten der Mentorinnen und Mentoren weitere Schwerpunkte und Beispiele entwickeln.

Das Qualifizierungsprogramm des Paritätischen Bildungswerkes für die Mentorinnen- und Mentorenausbildung im Rahmen des Landesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg sieht im Einzelnen folgende Ausbildungsschritte und Themenschwerpunkte vor, die in jeweils örtlichen Mentorenkursen mit einer Laufzeit von drei Monaten und einem Zeitbudget von 40 Stunden zu Bürgermentoren mit Abschlusszertifikat qualifizieren.

### **Das Mentorenprogramm**

- Gibt Orientierung über Projekte und Aktivitäten an ihrem Ort
- Informiert über Trends und Netzwerke für Bürgerengagement im Land
- Vermittelt Ideen und Philosophie für die Umsetzung in der Gemeinde
- Verrät Tipps und Tricks für den Einstieg ins Bürgerengagement
- Bietet ein Austauschforum für eigene Erfahrungen

- Führt ein in Projektschwerpunkte mit Jugendlichen und für Lebensqualität alter Menschen

### **Die Themenschwerpunkte sind**

- Das Mentorat für Bürgerengagement
- Engagement für eine zukunftsfähige Gesellschaft:
- Perspektiven erweitern- Engagement zum Anfassen
- Kontakte zu neuen Akteursgruppen
- Netzwerke

Für die lokalen und regionalen Bürgermentorenkurse gibt es eine große Vielfalt von Kursbausteinen, die von dem Selbstverständnis als Mentorin bzw. Mentor über eine Vermessung des Engagements vor Ort und praktische Projektideen und -organisation bis hin zu Wertegrundlagen viel nützliche Informationen und Weiterbildungsmöglichkeiten bieten.

An diese strukturierte Mentorinnen- und Mentorenausbildung schließt sich das Begleitprogramm für Bürgermentorinnen und -mentoren an.

Die Arbeit von Bürgermentoren steht und fällt mit der Kompetenz der Mentoren einerseits und den örtlichen Rahmenbedingungen andererseits. Mentorenkurse können die Kompetenz der einzelnen Mentoren stärken, aber nur bedingt die örtlichen Rahmenbedingungen klären und sicherstellen.

Daher ist es notwendig im Anschluss an den Kurs eine Begleitung der Bürgermentoren sicherzustellen, damit diese ein Profil und Sicherheit für ihre Tätigkeit entwickeln können. Deshalb gibt es ein Angebot für die Mentorentrainer über den Kurs hinaus, für ein Jahr diese Begleitung zu gewährleisten. Diese Begleitung beinhaltet folgende Aufgaben:

- Unterstützung beim Entwickeln von Aufgabenprofilen für jeden einzelnen Mentor entsprechend deren Interessen und Kompetenzen
- Unterstützung der Mentoren bei der Öffentlichkeitsarbeit
- Begleitung der Mentorenaktivitäten aller Bürgermentorinnen und -mentoren mit Beratung und Öffnung von Zugängen zur BE-Infrastruktur vor Ort
- Organisieren von Treffen der Bürgermentoren zum Erfahrungsaustausch, gemeinsamer Projektplanung, Abstimmung von Mentorenaktivitäten
- Sicherstellung der Wahrnehmung, Aufmerksamkeit und Wertschätzung für Mentorinnen und Mentoren
- Dokumentation der Tätigkeit

### ***Kurse im Berichtszeitraum***

#### **Mentorinnen- und Mentorenkurs vom 15. und 16.07.2005 in Bad Herrenalb**

Inhaltliche Schwerpunkte waren Mediation, Präsentation, Praxisauswertung, Entwicklung von Perspektiven, Abschluss. Insgesamt umfasste das Kurskonzept 80 Stunden an 8 Tagen.

Weitere Mentorenkurse wurden durchgeführt in Schwäbisch Gmünd, Mosbach, Geislingen, Landkreis Ravensburg, Rottenburg, Backnang und Laufenburg.

### ***Die Ausbildung zur Trainerin, zum Trainer für Bürgermentoren***

Die Ausbildung zum Trainer für Bürgermentoren unterstützt die Bildung lokaler Netzwerke mit den ausgebildeten Bürgermentorinnen und -mentoren. Sie dauert 5 Tage und basiert auf

- einem kooperativen Trainingskonzept durch gemeinsame Verantwortung von Fachkräften und Engagierten
- Qualifizierung und Begleitung in einer Lerngruppe
- Lernpartnerschaft in lokalen Trainertandems (Fachkraft, engagierter Bürger/ Bürgerin)
- Lernen am Projekt durch praktische Aufgaben vor Ort

Ziel und Aufgabe der Mentorentrainerinnen und -trainer ist, das Mentorat für Bürgerengagement an lokalen Orten aufbauen. Mentorentrainer sind die örtlichen Begleiter und Begleiterinnen für Bürgermentoren während des Kurses und dem praktischen Einstieg danach.

*Aufgaben der Mentorentrainer sind:*

- Sie organisieren sich als lokales Tandem aus einer Fachkraft und einer erfahrenen Freiwilligen möglichst in Rücksprache mit örtlichen Partnern aus Verwaltung und/ oder interessierten Organisationen
- Sie nehmen Kontakt auf mit dem Paritätischen Bildungswerk. Dort erhalten Sie Informationen über die laufenden Trainerkurse
- Sie stellen sicher, dass sie am landesweiten Qualifizierungsprogramm für Mentorentrainer teilnehmen können
- Sie planen und organisieren als Tandem – angeleitet durch das Trainerprogramm – einen lokalen Bürgermentorenkurs von 40 Unterrichtseinheiten. Sie erhalten dazu Unterstützung für Teilnehmerwerbung, Kursausschreibung, Themenschwerpunkte und methodische Hilfen

- Sie bahnen das örtliche Mentorennetzwerk in den ersten Monaten nach dem Kurs an. Dazu sorgen sie für gemeinsame Treffen der Bürgermentoren. Sie kümmern sich während und nach dem Kurs um Verbindungen zu bürgerschaftlichen Initiativen und möglichen Handlungsfeldern für zukünftige Mentoren und binden Bürgermentoren in diese Netzwerkarbeit ein.

*Schwerpunkte der Qualifizierung für Mentorentrainer sind:*

- Einführung in das Mentorat für Bürgerengagement
- Kursprofil und Kursthemen des lokalen Mentorenkurses
- Teilnehmerorientierung umsetzen im Bürgermentorat: Erfahrungswissen und Ressourcen von Teilnehmerinnen für ihre Rolle als Bürgermentorinnen
- Das Mentorat als neue Rolle: Handlungsmöglichkeiten mit Mentoren entwickeln als Kernaufgabe
- Methodische Grundlagen für Dialogbereitschaft und praktisches Netzwerken kennen lernen und üben.

### **Mentorentrainerkurse**

Ein Mentorentrainerkurs fand im April 2004 statt mit der Aufgabe, das Bürgermentorenprogramm weiterzuentwickeln. Ein weiterer Mentorentrainerkurs fand in Stuttgart im Herbst/ Winter 2004/ 2005/06 an mehreren Terminen statt.

### **Übersicht zu den im Berichtszeitraum ausgebildeten Mentorentrainer/-innen und Mentor/-innen** (Tabellarische Auflistung)

<b>Standort</b>	<b>Kurs</b>	<b>neu ausgebildete Trainer</b>	<b>neu ausgebildete Mentoren</b>	<b>Beginn</b>	<b>Ende</b>
Althütte	1/2004	0	7	Mai 04	Okt 04
Backnang	1/2004	2	12	Sep 04	Okt 04
Bad Urach	1/2004	2	16	Mrz 04	Jun 04
Böblingen	1/2004	1	9	Sep 03	Mrz 04
Denkingen	1/2005	1	9	Jun 05	Sep 05
Esslingen	1/2004	0	21	Okt 04	Dez 04
Fellbach	1/2004	2	12	Okt 03	Mrz 04
Fellbach	1/2005	2	15	Okt 05	Dez 05
Filderstadt	1/2005	0	20	Mai 05	Sep 05
Freiburg	1/2004	0	12	Feb 04	Apr 04
Freiburg	1/2005	1	11	Mai 05	Jul 05
Gammertingen	1/2004	0	11	Apr 04	Mai 04
Geislingen	1/2004	1	9	Sep 04	Dez 04

## Strukturen und Prozesse im Landesnetzwerk

Giengen/Brenz	1/2005	2	5	Sep 05	Feb 06
Heidelberg	1/2004	1	11	Feb 04	Jul 04
Inzigkofen	1/2004	0	9	Nov 04	Dez 04
Inzigkofen	1/2005	0	12	Nov 05	Nov 05
Karlsruhe	1/2004	0	26	Apr 04	Jul 04
Karlsruhe	2/2004	0	16	Dez 04	Apr 05
Kirchheim/T.	1/2004	3	14	Okt 03	Mrz 04
Konstanz	1/2004	1	14	Mrz 04	Apr 04
Kressbronn	1/2005	2	14	Mrz 05	Jun 05
Laufenburg	1/2005	2	16	Nov 04	Mai 05
Leinfelden-Echt.	1/2004	2	12	Mrz 04	Jun 04
LKR Karlsruhe	1/2005	3	21	Okt 05	Apr 06
LKR Ravensburg	1/2004	1	8	Mai 04	Dez 04
LKR Ravensburg	2/2004	1	12	Nov 04	Jun 05
LKR Ravensburg	1/2005	1	7	Apr 05	Dez 05
Ludwigsburg	1/2004	0	11	Mrz 04	Mai 04
Mannheim	1/2004	2	11	Mrz 04	Mai 04
Murrhardt	1/2004	1	14	Nov 04	Mrz 05
Neckar-Odenwald kreis	1/2005	2	17	Mrz 05	Jul 05
Neuenstein	1/2004	2	9	Jan 04	Herbst04
Nürtingen	1/2004	1	18	Mai 04	Mai 04
Nürtingen	2/2004	3	17	Sep 04	Dez 04
Nürtingen	1/2005	0	17	Sep 05	Nov 05
Offenburg	1/2005	2	9	Nov 05	Feb 06
Ostfildern	1/2004	2	19	Feb 04	Jun 04
Pfullingen	1/2005	2	11	Okt 05	Jan 06
Reutlingen	1/2004	0	14	Feb 04	Mai 04
Schwäbisch Gmünd	1/2005	2	13	Feb 05	Apr 05
Schwäbisch Gmünd	2/2005	2	12	Sep 05	Dez 05
Stuttgart	1/2004	3	13	Apr 04	Jul 04
Stuttgart-Freiberg	1/2004	2	19	Apr 04	Jun 04
Zell a. H.	1/2005	2	11	Mrz 05	Jun 05
<b>Anzahl: 36</b>	<b>Kurs</b>	<b>59</b>	<b>596</b>	<b>Beginn</b>	<b>Ende</b>

In der Kooperationsvereinbarung vom 6.4.05 wird betont, dass die Qualifizierungsprozesse im Landesnetzwerk weiter durch „Kurse, Seminare, Fachtagungen und Landeskongresse gefördert werden sollen“, um das bürgerschaftliche Engagement in seiner Selbstorganisation und demokratischen Partizipation zu stärken. Die Förderung von Qualifizierung kann auch als Ausdruck von Anerkennung der Engagierten gesehen werden. Die Qualifizierung zu Bürgermentorinnen und Bürgermentoren und der entsprechenden Trainerinnen und Trainer ist auch aus diesem Grund ein zentraler Baustein der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im Landesnetzwerk.

***Akademietage in Bad Herrenalb diskutieren die unterschiedlichen Mentoratskonzepte im Überblick***

→ Am 15./ 16.09.2004 fanden in der Ev. Akademie Bad Herrenalb die Akademietage zum Bürgerengagement - Netzwerkarbeit im Mentorat statt. Mit den Akademietagen wurde den inzwischen rund 14.000 Mentorinnen und Mentoren im Lande, die sich in Schule und/ oder Kommune freiwillig in vielen Engagementfeldern wie dem kulturellen und sportlichen Bereich, Natur- und Umweltschutz und der kirchlichen Arbeit engagieren ein Forum zum Kennen lernen und für den Austausch untereinander und mit den Mentorentainerinnen und -trainer geschaffen. Ziel war, das "Zusammenwirken in Netzwerken" mit in der Region in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern aktiven Mentorinnen und Mentoren zu fördern und zu intensivieren. Es wurden die verschiedenen Mentorenkonzepte vorgestellt, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit untereinander und in der Freiwilligenarbeit zu finden.

Die Konzeptverantwortlichen in den Ministerien, die Bildungsträger sowie die Mentorentainerinnen und Mentorentainer sollen gemeinsam mit den im Mentorat Engagierten die Voraussetzungen für eine verbesserte Netzwerkarbeit schaffen. Die Akademietage bieten die Möglichkeit, die verschiedenen Mentorenkonzepte des Sozialministeriums, des Kultusministeriums, des Umwelt und Verkehrsministeriums sowie des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum vorzustellen und deren Spezifika sowie Gemeinsamkeiten vorzustellen.

***Bildung von Mentorenplattformen***

Die Bildung von Mentorenplattformen als Zusammenschlüsse von Mentoren ist in vollem Gange: Im Frühjahr 2004 wurde im Landkreis Ravensburg eine Mentorenplattform als Zusammenschluss der in den Kreisgemeinden engagierten Bürgermentorinnen gebildet. Die Plattform gab sich eine Satzung, auf deren Grundlage sie ihren Austausch organisiert.

***Übersicht zum Mentorenprogramm des Landes***

Ein Tableau des Mentorenprogramms ergibt ein recht differenziertes Bild. Es umfasst das seitens des Kultusministeriums geförderte Schülermentorinnen und -mentoren-Programm und das Mentorat für Bürgermentoren, das durch das Landesnetzwerks BE unter Federführung der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste unterstützt und fachlich durch das paritätische Bildungswerk umgesetzt wird.

Das Gesamt-Mentorenprogramm ist tief sowohl mit der Schule als auch dem Gemeinwesen verknüpft, generationenübergreifend angelegt – und wird auch so angenommen. Es umfasst nahezu alle Engagementbereiche und hat sich auch im Berichtszeitraum auf neue Aktivitätsbereiche erweitert, die beispielsweise die Förderung von CC-Partnerschaften betreffen. Von Bedeutung ist die angestrebte Auffächerung des Mentorats auf der Plattform des allgemeinen Mentorats.

Die über die Zeit ausgebildete Zahl der Mentorinnen und Mentoren beläuft sich bei den Schülermentorinnen und -mentoren auf 14.519 und im Mentorat für bürgerschaftliches Engagement auf 1.615 Mentorinnen und Mentoren. Zu empfehlen ist, die beiden Mentorenprogramme sowie weitere seitens der Landespolitik bestehenden Mentorenprogramme im Rahmen einer Synopse vergleichend gegenüberzustellen, um auf diesem Wege zu einer systematischen Weiterentwicklung des Mentorats für Bürgerengagement in Baden-Württemberg zu gelangen.

### Übersicht Mentorenprogramm



Schülermentor/-innen Gesamtzahl 2005: 14.519	Mentorat für Bürgerarbeit 1615 Mentor/-innen in 135 Orten 2004/ 05 wurden 596 Mentor/-innen und 59 Mentorentrainer/-innen neu ausgebildet
--> Sport --> Musik --> Kirchliche Jugendarbeit  --> Bildende Kunst --> Natur - und Umweltschutz	--> allgemeines Mentorat Aktivitätsprofile: -->Mentorat für Jugend- freiwilligenprojekte --> Seniorenhilfe --> Behindertenhilfe --> Lokale Agenda --> CC-Partnerschaften
	Begleitprogramm für Bürgermentor/-innen
	148 Mentorentrainer/-innen
Ansatzpunkt: Schule/ Gemeinwesen	Ansatzpunkt: Gemeinwesen

### Kontakt

Martin Link  
Paritätisches Bildungswerk,  
Haußmannstr. 6,  
70188 Stuttgart,  
Tel.: 0711/2155-188, Fax: - 214,  
email: info@bildungswerk.paritaet-bw.de

## **4.           Schwerpunktt Themen im Landesnetzwerk**

Die vorhergehend behandelten Schwerpunktsetzungen in der Förderpolitik der Ministerien und kommunalen Landesverbände sowie des Landesnetzwerks BE erstrecken sich über eine Vielfalt an Themen und Bereichen, die im Rahmen dieses Landesberichtes nicht alle umfassend behandelt werden können.

Schwerpunktt Themen des vorhergehenden Landesberichts, wie die Lokale Agenda 21 oder Kommunale Kriminalprävention, werden deshalb nur mit aktuellen Hinweisen auf Weiterentwicklungen versehen. Das gleiche gilt für neue Projekte, wie der Beteiligungshaushalt, der sich im Berichtszeitraum als ein eher neues Thema aus der Fülle der Aktivitäten herausgeschält hat.

Die Hauptthemen in diesem Abschnitt betreffen das bürgerschaftliche Engagement für Familien, bürgerschaftliches Engagement im Rahmen des jes-Projekts, das Schwerpunktt Thema Solidarität der Generationen im demografischen Wandel sowie das unternehmerische bürgerschaftliche Engagement.

### **Lokale Agenda 21**

Im vorhergehenden Landesbericht wurde ausführlich über Entwicklungen im Bereich der Lokalen Agenda 21 in Baden-Württemberg berichtet, ihre Ziele der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit dargestellt, sowie das Konzept der Lokalen Agenda 21 skizziert. Mit der Förderung Lokaler Agenda-Prozesse sind auf Landesebene vor allem das Ministerium für Umwelt und das Landes-Agenda-Büro der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) in Karlsruhe befasst (vgl. Punkt A.2.1.10: Landesministerien), das den Kommunen praxisnahe Hilfestellung durch Informationen, Beratung, Materialien, Veranstaltungen und Erfahrungsaustausch bietet.

Ein Blick auf die Zahl der Agenda-Beschlüsse, die jeweils vom Stadt- bzw. Gemeinderat einer Kommune gefasst werden, zeigt, dass die Zahl der Kommunen mit einem Agenda-Beschluss von 2003 auf 2006 von 337 auf 361 Städte und Gemeinden angestiegen ist. Damit haben von den insgesamt 1.110 Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg 33% Agenda-Beschlüsse gefasst und in Umsetzung (Oelsner 2006). Von den 35 Landkreisen haben 13 (37%) einen Agenda-Beschluss gefällt.

Die neun Städte Baden-Württembergs mit über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern hatten schon im vorhergehenden Berichtszeitraum Agenda-



Beschlüsse gefasst (siehe Übersicht). Inzwischen sind hauptsächlich in Städten zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner weitere Agenda-Beschlüsse gefasst worden, der Anteil der Gemeinden mit Agenda-Beschlüssen stieg in dieser Kategorie von 80% auf 88% an. Bei Gemeinden mit 10.000 und weniger Einwohnerinnen und Einwohnern blieben die Zahlen weitgehend konstant. Jede zweite Gemeinde (51%) zwischen 10.000 und 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern hat einen Agenda-Beschluss gefasst, sowie 39% der Gemeinden mit Einwohnerzahlen zwischen 5.000 bis 10.000. In den 588 Gemeinden unter 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern wurde in 96 Kommunen vom Gemeinderat ein Agenda-Beschluss gefällt.

Übersicht:

Zahl der Agenda-Beschlüsse, nach Gemeindegröße (Stand: 30.06.2006)

Größe/ Einwohnerzahl	Anzahl Beschlüsse	Gemeinden	Anteil in %	
			2006	1999
über 100.000	9	9	100%	100%
20.000 - 100.000	73	91	88%	80%
10.000 - 20.000	78	152	51%	50%
5000 - 10.000	105	270	39%	38%
unter 5000	96	588	16%	15%
Insgesamt	361	1110		

In den 361 Agenda-Kommunen wohnen insgesamt rund 6,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner und damit ca. 63% der Bevölkerung von Baden-Württemberg.

Von großem Interesse ist, der Frage nachzugehen, in welcher Weise im Einzelnen in diesen Städten und Gemeinden am Nachhaltigkeitsziel gearbeitet wird und sich in diesem Prozess die Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinde- oder Stadtrat und Verwaltung der Kommune bei der Festlegung von Zielen und der Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmenprogrammen entwickelt hat. In diesem Zusammenhang ist auch die Kooperation von Unternehmen von Bedeutung.

Aus wissenschaftlicher Sicht würde es Sinn machen, die Agenda-Prozesse in den Kommunen auf der Grundlage eines zu entwickelnden Untersuchungsde-

signs eingehend zu erforschen, insbesondere auch unter Berücksichtigung der realisierten und möglichen Schnittstellen zum Landesnetzwerk BE.

### **Kommunale Kriminalprävention**

Auch im Bereich der Kommunalen Kriminalprävention sind für den Berichtszeitraum Veränderungen erkennbar, die allerdings weniger in der Zunahme von Projekten der Kommunalen Kriminalprävention Ausdruck finden als in der Bedeutungszunahme der Handlungsfelder. Wichtige Bereiche stellen hier die Verkehrsprävention, der Opferschutz sowie häusliche Gewalt und Gewalt an Schulen dar. Auch Fragen der Prävention durch städtebauliche Maßnahmen sind Gegenstand der Kommunalen Kriminalprävention, die in den Kommunen einen wirkungsvollen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheitslage leisten will.

Das Landesnetzwerk BE hat sich aktiv am 9. Präventionstag beteiligt, der vom 17. bis 18. Mai 2004 in Stuttgart stattfand und sich an alle Verantwortungsträger der Kriminalprävention richtete. Zentrales Thema waren Möglichkeiten einer vernetzten Stadtteilprävention, als Praxisbeispiel wurde vom Frankfurter Präventionsrat die Kampagne „Gewalt-Sehen-Helfen“ präsentiert. Im Rahmen des Präventionstages führte das Landesnetzwerk einen Workshop zum Thema „Nachbarschaft und bürgerschaftliches Engagement“ durch.

Nach rund 9-10 Jahren Programmimplementation des im Jahr 1997 auf gemeinsame Empfehlung der kommunalen Landesverbände und des Innenministeriums eingeführten Handlungsprogramms der Kommunalen Kriminalprävention erscheint eine Evaluation der Kriminalprävention angebracht, aus der sich empirisch begründete Schlüsse zum Stand der Umsetzung des Programms in den Kommunen ziehen lassen. Dabei ist Gegenstand der Analyse auch die Mitwirkung des örtlichen bürgerschaftlichen Engagements sowie der örtlichen Politik, Verwaltung, Schulen und anderer Einrichtungen, der Wirtschaft und der Polizeibehörden.

### **Beteiligungshaushalt als neues Thema**

Seit 2003 ist im Land die Beteiligung der Bürgerschaft an der Erstellung des Haushaltsplans in der Diskussion. Die Stuttgarter Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung KATE organisierte in diesem Jahr eine Vortragsreise mit zwei Vertretern der brasilianischen Vorreiter-Kommune Porto Alegre. Auf Landesebene bilanzierte eine Veranstaltung des Landes-Agenda-Büros (LUBW), der

Landeszentrale für politische Bildung und KATE im Jahr 2004 die ersten Erfahrungen:

- In Rheinstetten liegen bereits seit dem Jahr 2000 Erfahrungen vor, hier wird jährlich ein relativ umfassendes Beteiligungsverfahren praktiziert;
- In Nürtingen wird seit 2000 eine Beteiligung in Form einer „Haushaltswerkstatt“ durchgeführt, die sich auf ein Politikfeld konzentriert;
- In Esslingen wurde im Jahr 2003 ein Beteiligungshaushalt durchgeführt; neben der Nutzung konventioneller Informationswege wurde auch stark mit dem Internet gearbeitet;
- In Pleidelsheim wurde 2004 eine Beteiligung in Form von Diskussionsveranstaltungen und einer Bürgerbefragung durchgeführt;
- In Emmendingen wurde im Jahr 2003 auf drei Veranstaltungen eine Beteiligung der Bürgerschaft angestrebt.

Im Oktober 2005 war ein gut besuchter Workshop des 11. Jahrestreffens des StädteNetzWerks bürgerschaftliches Engagement dem Thema Beteiligungshaushalt/ Bürgerhaushalt gewidmet. Hier wurden die o. g. Erfahrungen und auch neuere Entwicklungen bilanziert:

- In Reutlingen wurde zum Doppelhaushalt 2005/ 2006 eine anschauliche Informationsbroschüre herausgegeben, für den nächsten Haushaltszyklus ist eine Bürgerbeteiligung in der Debatte;
- in Freiburg gründete sich 2004 im Rahmen des Agenda-Prozesses eine Projektgruppe „Beteiligungshaushalt“, die nach einer Informationsphase nun im Gespräch mit allen Gemeinderatsfraktionen ist.

Als Ergebnis dieser Debatte wird das Thema vom Städtetag Baden-Württemberg im Jahr 2006 aufgegriffen, ein Arbeitspapier mit Empfehlungen ist in Vorbereitung. Welche Bedeutung Landespolitik und Landesnetzwerk BE der Partizipation der Bürgerschaft an der Erstellung des Haushaltes der Kommunen und Landkreise beimisst wird sich erst im Laufe der Zeit zeigen, wobei schon jetzt absehbar ist, dass der Beteiligungshaushalt im Gesamtkomplex der Steuerung der Bürgerkommune (siehe Punkt C.1) einen wichtigen Stellenwert einnehmen wird. Auch die im Folgenden thematisierten Schwerpunkthemen sind Gegenstand von „Good Governance“ in lokalen Kontexten.

## **4.1 Bürgerschaftliches Engagement und Familie**

In den letzten Jahren hat das öffentliche Bewusstsein von Familien als Leistungsträger der Gesellschaft zunehmend an Bedeutung gewonnen. Familienfreundlichkeit gilt inzwischen als wichtiger Standortfaktor für Kommunen und Landkreise, der zu einer zukunftsfähigen sozialen und ökonomischen Entwicklung beiträgt.

Andererseits wird zunehmend deutlich, dass sich die Familie selbst hinsichtlich der Familienformen pluralisiert und in einem Wandel befindet, der durch die Zunahme des Anteils von Alleinerziehenden und nichtehelichen Lebensgemeinschaften und durch die Abnahme von Ehepaaren mit Kindern gekennzeichnet ist, wobei nach wie vor die Ehepaare mit Kindern mit einem Anteil von 73 Prozent an den Familienformen überwiegen. Weiterhin ist, mitbedingt durch den Geburtenrückgang, ein Trend hin zur kleineren Familie zu konstatieren.

Die Ursachen für den Geburtenrückgang liegen dabei nicht in einer nachlassenden Wertschätzung der Familie. Sie erhält nach wie vor unter allen Lebensbereichen den höchsten Stellenwert (Peukert 2005: 130). Dennoch sind im Zuge des Wertewandels Lebensformen wie Single-Haushalte, Ehepaare und nichteheliche Partnerschaften ohne Kinder entstanden, in denen Kinder im eigenen individuellen Lebenskonzept nicht mehr selbstverständlich vorgesehen sind.

Neben solchen individuellen Entscheidungen der Familienplanung wirken verstärkt ökonomische und gesamtgesellschaftliche Komponenten auf die Familienplanung ein. Vor allem wird die Realisierung des Kinderwunsches zeitlich hinausgeschoben, wobei hier die Vereinbarkeit von Bildung und Ausbildung, Beruf und Karriere mit Familie einen wesentlichen Faktor im Zurückstellen des Kinderwunsches darstellt.

Die Zukunft der Familie und die Möglichkeiten ihrer Unterstützung stehen folglich auch auf der Agenda des bürgerschaftlichen Engagements. Der Einsatz für die Familie wird dabei wesentlich durch Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes gestützt, der Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stellt. Nicht zuletzt auch aus dieser verfassungsrechtlichen Perspektive gewinnen Aktivitäten, welche Bündnisse für die Familie schmieden, über die im Folgenden berichtet wird, ein besonderes Gewicht.

Im Berichtszeitraum fanden, wesentlich initiiert und unterstützt durch die kommunalen Landesverbände (vgl. Dürr 2006) und kommunalen Netzwerke sowie die Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste, verschiedene Initiativen statt, welche der Information und Aufklärung über zentrale Faktoren des demografischen und familialen Wandels galten und Vorschläge für die Bewältigung desselben in den Kommunen und Landkreisen mit besonderer Berücksichtigung der Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in diesem Handlungsfeld unterbreiteten, sowie entsprechende Modellprojekte entwickelten, welche die Kinder- und Familienfreundlichkeit der Kommunen des Landes und den Aufbau entsprechender Strukturen zum Ziele hatten.

Dabei ging es sowohl um den Auf- oder Ausbau von Betreuungseinrichtungen für Kinder und verlässliche Betreuungsangebote als auch den Aufbau von Familien und Mütterzentren.

Diese Initiativen erfordern eine neue kommunale Infrastrukturplanung, auch mit Ausrichtung auf kommunale Zusammenarbeit sowie ein neues koproduktives Zusammenwirken unterschiedlicher Akteure, Institutionen und Einrichtungen wie Kindergarten, Schule, städtische Ämter und Wirtschaft in den Kommunen.

### **Lokale Bündnisse für Familie**

Anfang 2004 startete die Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Lokale Bündnisse für Familien sind Zusammenschlüsse von Rat und Verwaltung, Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften, Kirchengemeinden, Vereinen und Verbänden und Initiativen auf lokaler Ebene, die sich für mehr Familienfreundlichkeit einsetzen. Ein Servicebüro in Berlin koordiniert die Aktivitäten (Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 6/ 2004 vom 25.3.2004).

Die „Lokalen Bündnisse für Familie“ haben Konjunktur – in über 260 Standorten bundesweit engagieren sich gesellschaftliche Akteure für mehr Familienfreundlichkeit vor Ort. Auch in Baden-Württemberg haben sich mittlerweile zahlreiche starke Partnerschaften für Familien gebildet. An über 40 Standorten arbeiten Unternehmen, Kommunen, Gewerkschaften, Kirchen, Vereine und Verbände an passgenauen Lösungen für familienfreundlichere Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort, rund 200 weitere sind in Vorbereitung.

Beim zweiten Landestreffen der lokalen Bündnisse für Familien in Stuttgart am 14. Februar 2006 im Haus der Wirtschaft in Stuttgart war von einem "Aufbruch für Familien" die Rede. Von Weil am Rhein bis Amtzell im Kreis Ravensburg, von

Pforzheim über Reutlingen nach Biberach bis hinauf in die "kinderfreundliche Region Heilbronn-Franken" ziehen sich die lokalen Netzwerke für Familien im Land.

### **Konzept Zukunftswerkstätten zum Thema "Familienfreundliche Kommune"**

Das Konzept Zukunftswerkstätten zum Thema "Familienfreundliche Kommune" wurde 2005 von der Familienforschung Baden-Württemberg entwickelt. Die Zukunftswerkstätten sorgen unter professioneller Begleitung vor Ort in den Städten und Gemeinden Baden-Württembergs für eine pragmatische Verwirklichung von mehr Bürgerbeteiligung bei der Zieldefinition für und bei der Planung von familienpolitischen Maßnahmen.

Eine Zukunftswerkstatt "Familienfreundliche Kommune" ist eine etwa sechsstündige moderierte Veranstaltung, die engagierte Bürgerinnen und Bürger einer Kommune versammelt, um gemeinsam konkrete Ziele und Realisierungsschritte für die lokale Familienpolitik zu erarbeiten. Die Arbeitsergebnisse werden dokumentiert und in der Regel direkt von kommunalen Organen wie dem Gemeinderat oder speziellen Arbeitsgruppen zur Weiterverarbeitung aufgegriffen. Die Zukunftswerkstätten »Familienfreundliche Kommune« stärken bürgerschaftliches Engagement, erschließen Praxiswissen und Bedarfslagen der Bürgerinnen und Bürger und sorgen so für größere Treffsicherheit und Akzeptanz kommunaler Familienpolitik.

In den Zukunftswerkstätten »Familienfreundliche Kommune« sollen in den Kommunen selbst Konzepte für mehr Familienfreundlichkeit entwickelt werden.

Die dafür vorgesehenen Schritte und Ergebnismöglichkeiten sollen nachfolgend am Beispiel der Kommunen des Ortenaukreises dargestellt werden.

#### *Das Ortenauer Bündnis für Familien*

Das Ortenauer Bündnis für Familien ist ein regionales Aktionsbündnis unterschiedlicher Partner für mehr Familienfreundlichkeit und umfasst den Ortenaukreis mit 51 Gemeinden. Die Integration der Wirtschaft erfolgt über Aktivitäten der Kreishandwerkerschaft Ortenau und der Wirtschaftsregion Offenburg/ Ortenau (WRO), in der Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Sparkassen, Volksbanken, 36 Kommunen und der Ortenaukreis organisiert sind. Das Ortenauer Bündnis dient dem Austausch von Informationen, als Ideenbörse, als Diskussionsplattform, zur Koordination, als Träger gemeinsamer Aktivitäten und zur Planung von Familienförderung.

Am 25. Juni 2005 lud die FamilienForschung Baden-Württemberg des Statistischen Landesamtes zusammen mit dem Ortenauer Bündnis für Familien zu den Zukunftswerkstätten »Familienfreundliche Kommune« ein. Weitere Zukunftswerkstätten sind in Achern, Berghaupten, Lahr, Nordrach, Seelbach und Willstätt vorgesehen.

Die Gemeinden und Städte wollten mit den Zukunftswerkstätten möglichst viele Erfahrungen, Ideen und Anregungen sammeln, um zu einem tragfähigen familienfreundlichen Handlungskonzept zu kommen. Von Landesseite werden die Zukunftswerkstätten im Rahmen des Projekts »Familienfreundliche Kommune« gefördert, das die FamilienForschung Baden-Württemberg im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales durchführt. Der Ortenaukreis und die FamilienForschung Baden-Württemberg moderieren auch die Veranstaltungen zusammen mit örtlichen Moderatorinnen und Moderatoren. Die Ergebnisse der Zukunftswerkstätten werden dokumentiert und fließen ein in die weitere Arbeit der Gemeinden und Städte.

### *Auftaktveranstaltungen*

Den Auftakt im Ortenaukreis hat die Gemeinde Meißenheim gemacht. Rund 35 interessierte Familien und Fachleute sind am 25. Juni 2005 im Rathaus in Meißenheim zusammengekommen.

### *Ideen und Vorschläge für ein familienfreundliches Handlungskonzept*

Das Stärken-Schwächen-Profil zur Familienfreundlichkeit in ihrer Kommune eruiert, was in einer Kommune bereits kinderfreundlich ist und woran es mangelt. Die Ergebnisse der Zukunftswerkstätten werden dokumentiert und sind Ausgangspunkt für die weitere Arbeit der Kommunen. Eine »Projektgruppe Familienfreundlichkeit« erarbeitet ein Handlungskonzept das eine Entscheidungsgrundlage für den Gemeinderat darstellt.

### *Umsetzung unter Mitwirkung engagierter Bürgerinnen und Bürger*

Die Umsetzung des Handlungskonzepts erfolgt mit den Bürgerinnen und Bürgern und weiteren Kooperationspartnern wie Kirchen, Einrichtungen, Unternehmen, Verbänden und Vereinen sowie die Familien und Kinder vor Ort. Die kommunale »Projektgruppe Familienfreundlichkeit« soll den Umsetzungsprozess steuern und die geeigneten Kooperationspartner ins Boot holen.

Die Planung von größeren Projekten, wie zum Beispiel Familientreffpunkten, Spielplatz-Neugestaltungen oder anderen Baumaßnahmen, soll bei Bedarf durch weitere Workshops mit Familien und Kindern unterstützt werden. Solche

Beteiligungsangebote ermöglichen eine enge Rückkoppelung der Planung an die aktuellen Bedürfnisse der Familien und setzen wichtige Impulse zur Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement. Denn viele familienfreundliche Projekte wie Betreuungsbörsen, Vorlese-Patenschaften, Lernnetzwerke Alt und Jung usw. sind ohne die tätige Mithilfe engagierter Bürgerinnen und Bürger nicht denkbar.

### *Topthemen: Zusammenleben von Jung und Alt, Kinderbetreuung, Wohnen*

Die Ergebnisse der ersten beiden Zukunftswerkstätten in Meißenheim und Kehl zeigen, dass die Handlungsfelder »Zusammenleben, Rückhalt, Unterstützung von Jung und Alt«, »Kinderbetreuung, Bildung, Erziehung« sowie »Wohnen, Umfeld, Nahversorgung, Verkehr« für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von besonders großem Interesse sind. In beiden Zukunftswerkstätten entfielen die meisten Verbesserungsvorschläge auf diese Handlungsfelder. Weitere relevante Handlungsfelder für die Kinder- und Familienfreundlichkeit von Kommunen sind »Beruf und Familie«, »Kultur- und Freizeitangebote« sowie »Familienfreundliche Verwaltung«.

### *Rückhalt, Unterstützung und Wertschätzung für Jung und Alt*

Das Zusammenleben der Generationen war eines der wichtigsten Anliegen der Teilnehmenden an den Zukunftswerkstätten in Meißenheim und Kehl. Als Handlungsansätze und Verbesserungsmöglichkeiten werden in Meißenheim und Kehl unter anderem gesehen: Orte zur Begegnung und Bildung von Jung und Alt (ein »Haus der Familie«, eine »Akademie der Generationen«), Junior-Senior-Projekte (ein »kommunaler Seniorenexpertenservice«, Pensionäre helfen Jugendlichen beim Berufseinstieg, Jugendliche geben PC-Kurse für Ältere) sowie ein kinderfreundliches Klima für junge Familien (Willkommensgruß für Neugeborene, Gutscheine für Babykurs und Babysitter, Wegweiser für Familien).

### *Betreuung und Bildung für einen guten Start ins Leben*

Das Handlungsfeld »Kinderbetreuung, Erziehung und Bildung« hat erwartungsgemäß die höchste Priorität bei den Zukunftswerkstätten. Als Verbesserungen werden unter anderem vorgeschlagen: flexible Betreuungsangebote über Mittag und am Nachmittag, ein Notfallservice zur Kurzzeitbetreuung, durchgängige Ferienbetreuung, mehr Angebote für 1- und 2-Jährige, eine breit angelegte Qualifizierung der Betreuungs- und Bildungsangebote für alle Altersgruppen sowie eine bessere Vernetzung mit Beratungs- und Hilfeangeboten für Familien.



### *Wohnen, Wege, Umfeld familienfreundlich gestalten*

Ebenfalls einen hohen Stellenwert für die Kinder- und Familienfreundlichkeit einer Kommune hat das Handlungsfeld »Wohnen, Umfeld, Nahversorgung, Verkehr«. Als Empfehlungen zu diesem Handlungsfeld schlagen die Zukunftswerkstätten in Meißenheim und Kehl unter anderem vor: die Verbesserung des Wegenetzes für Kinder, eine bessere Anbindung der Ortschaften mit öffentlichem Nahverkehr, Fahrdienste für Ältere, neue Konzepte für wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten in kleinen Ortschaften, generationenübergreifendes Zusammenwohnen, Spiel- und Treffmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche im nahen Wohnumfeld.

### *Wichtige Vorschläge zu den Feldern Familie und Beruf, Freizeit, Verwaltung*

Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie waren den Zukunftswerkstätten vor allem mehr Betreuungsangebote für unter 3-Jährige, mehr Ferienbetreuung, eine Notfallbetreuung für Kinder und pflegebedürftige Familienangehörige, haushaltsbezogene Dienstleistungen (zum Beispiel Bügelservice, Einkaufsservice) sowie gut aufeinander abgestimmte Betreuungs-, Arbeits- und Öffnungszeiten wichtig. Ein weiterer Ansatzpunkt wird auch darin gesehen, dass Arbeitgeber die Familienarbeit von Männern und Frauen mehr wertschätzen und dies sowohl bei Arbeitszeitmodellen (Teilzeit, Telearbeit) als auch bei Einstellungen und Beförderungen zum Ausdruck bringen.

Bei den Freizeitangeboten kam es den Beteiligten besonders an auf gemeinsame Aktivitäten von Jung und Alt etwa in einem »Haus der Familie«. Auch wurde eine bessere Zusammenarbeit von Schule, Vereinen, Kirchen und freier Jugendarbeit gewünscht, um Lücken im Freizeitangebot für Kinder und Jugendliche zu schließen (so an Nachmittagen, in den Ferien, mehr offene Angebote und Treffpunkte).

Auch im Bereich der Kommunalverwaltung sehen die Zukunftswerkstätten Handlungsbedarf. Als wichtige Verbesserungsmöglichkeiten werden angesehen: familienfreundliche Öffnungszeiten (auch am Samstag, ein Abend nach 18 Uhr), eine Anlaufstelle für Jung und Alt, ein Wegweiser zu den Angeboten für Familien und Kinder, generell eine stärkere Berücksichtigung von Familienbelangen bei kommunalen Fragen, eine bessere Vernetzung der familienbezogenen Einrichtungen und Dienste (Netzwerk »Jung und Alt«) sowie mehr direkte Beteiligungsangebote für Familien und Kinder (Zukunftswerkstatt als Ideenbörse, Mit-Mach-Aktionen bei Spielplatz-Neugestaltungen).

*Zukunftswerkstätten zeigen kreative und realistische Lösungen auf*

Die Zukunftswerkstätten in Meißenheim und Kehl haben ein breites Spektrum an Ideen und Vorschlägen für mehr Familienfreundlichkeit entwickelt. Viele der Vorschläge sind bereits sehr konkret formuliert und oftmals auch kurzfristig mit geringen finanziellen Mitteln umsetzbar. Für alle Verbesserungsvorschläge wurden mögliche Kooperationspartner gesucht und mögliche Leistungen durch bürgerschaftliches Engagement mit berücksichtigt. Mit den Worten eines Teilnehmers: »Es wurde nicht alles auf die Gemeinde geschoben, jeder hat Beiträge zu leisten.«

Die Offenheit und Kreativität der Zukunftswerkstätten und zugleich ihr Sinn für das Machbare wurden von den Beteiligten als besonders positiv hervorgehoben.

*Qualitätssicherung auf dem Weg zur familienfreundlichen Kommune*

Im Ortenauer Modellprojekt wird bei der Umsetzung der Ergebnisse besonders darauf geachtet, dass die Ziele und Vorschläge der Zukunftswerkstätten auch tatsächlich in familienfreundliche Handlungskonzepte Eingang finden und umgesetzt werden. Dazu sollen bestimmte Maßnahmen der Qualitätssicherung entwickelt werden.

*Zukunftswerkstätten sind auf andere Kommunen und Kreise übertragbar*

Über die positive Resonanz in der Presse und die Berichterstattung im Internet sind bereits andere Kommunen und Kreise in Baden-Württemberg auf die Zukunftswerkstätten aufmerksam geworden und haben ebenfalls Interesse bekundet. Die modellhafte Erprobung der Zukunftswerkstätten im Ortenaukreis hat gezeigt, dass das Veranstaltungskonzept in großen Kreisstädten wie in kleinen Gemeinden gut funktioniert und leicht an die unterschiedlichen örtlichen Ausgangsbedingungen angepasst werden kann.

(weitere Informationen siehe: [www.familienfreundliche-kommune.de](http://www.familienfreundliche-kommune.de))

Übersicht: Das Vorgehen im Ortenaukreis bei der Vorbereitung und Umsetzung der Zukunftswerkstätten



Quelle: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 12/ 2005, S. 15

### *Beispiel Rottenburg: Aktionswoche für Familien:*

Auf Initiative der Kolpingfamilie Rottenburg haben sich im Frühjahr 2005 32 Rottenburger Organisationen und Vereine zu einem Lokalen Bündnis für Familie zusammengeschlossen. Ausgangspunkt dafür war ein intensiver Leitbildprozess innerhalb der Kolpingfamilie. In einem längeren Prozess kam man zu der Entscheidung, ein Bündnis mit anderen Gruppierungen und Einrichtungen zu initiieren und gemeinsam ein familienfreundlicheres Klima in Rottenburg mit seinen Teilorten zu schaffen.

Der Einladung zu einem ersten Informationstreffen am 27. November 2004 folgten knapp 30 Vertreter verschiedenster Gruppierungen. Darunter waren Vertreter der Rottenburger Schulen, Sportvereine, Kirchengemeinden, Gemeinderatsfraktionen, Elternbeiräte, der Bezirksseniorenrat, der Tageselternverein, Kindergruppen, Hebammen, das Caritaszentrum oder die Arbeiterwohlfahrt.

Schnell zeigte sich eine sehr hohe Akzeptanz der Idee und ausnahmslos bei allen Anwesenden eine hohe Bereitschaft, bei der Verwirklichung mitzuwirken. Eine Steuerungsgruppe erklärte sich bereit die vorgestellten Grundlagen, Ziele und Themen weiter auszuarbeiten und Rahmenbedingungen für ein solches Bündnis so zu beschreiben.

Man verständigte sich auf die folgenden Grundziele:

- mehr Lebensqualität für Familien durch verbesserte Infrastrukturen
- konkrete Hilfestellungen für Familien durch Vernetzung der vorhandenen Angebote
- Hilfe durch Selbsthilfe durch Aktivierung der Familien
- Synergieeffekte für die beteiligten Einrichtungen
- wirksamere Lobbyarbeit auch in politischen Fragestellungen
- gezielte Unterstützung und Begleitung für die Ehrenamtlichen

Vereinbart wurde, in fünf an Lebensphasen orientierten Gruppen bestehende Aktivitäten zusammenzutragen und zu analysieren, Bedürfnisse und Ideen zu beschreiben und erste Angebote zu strukturieren:

Gruppe 1: Von der Schwangerschaft bis zur Grundschule

Gruppe 2: Jugend, Schule, Beruf

Gruppe 3: Elternsein, mit Kindern Leben gestalten

Gruppe 4: Der „dritte“ Lebensabschnitt

Gruppe 5: Behandlung übergreifender Themen z.B. einer family-card, oder familienpolitische Lobbyarbeit

Die Gruppen und das Bündnis arbeiten ehrenamtlich; die Kolpingfamilie übernimmt, ebenfalls ehrenamtlich, die Geschäftsführung. Diese ehrenamtliche Grundschiene ermutigt mittlerweile Einzelpersonen wie auch Familien, sich ebenfalls zu engagieren. Das Bewusstsein wächst, für sich selbst etwas tun zu müssen und zu können.

Stadtverwaltung und Oberbürgermeister arbeiten intensiv mit. Das Bündnis sieht die Möglichkeit, einerseits gemeinsam mit der Verwaltung, andererseits auch in konstruktiver, positiv-kritischer Auseinandersetzung mit der Verwaltung und den Gemeinderatsfraktionen zu Lösungen zu kommen. Diese „Eigenständigkeit“ schafft eine eigene Motivation.

Mittlerweile hat sich der Kreis der Mitwirkenden weiter vergrößert und – auch eines der wesentlichen Ziele – einzelne Familien haben die Möglichkeit des Bündnisses als Plattform für eigenes Engagement erkannt und machen mit. Ältere Frauen und Männer sehen die Chance, ihre Kompetenzen, Erfahrungen und Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Vom 30. April bis 6. Mai 2006 fand in Rottenburg eine Aktionswoche für Familien statt, die maßgeblich seitens des Oberbürgermeisters der Stadt und der Koordinationsstelle für bürgerschaftliches Engagement sowie dem Bündnis für Familien in Rottenburg unterstützt wurde. Die Veranstaltungswoche begann mit einem Familienessen im Kolpinghaus der Stadt und einer „Maiwanderung für groß und klein“. Darüber hinaus wurde das Thema „Gesunde Ernährung“ behandelt und ein Sportturnier für Jugendliche mit und ohne Behinderung ausgerichtet mit Unterstützung durch Schulen, Wohnheime und Sportvereine der Stadt. Auch das Thema Großfamilie und Leben im Alter wurde mit kompetenter Unterstützung durch die VHS Rottenburg, Hospitalstiftung und Seniorenzentrum aufgegriffen. Über die Veranstaltungswoche verteilt standen des weiteren Kinovorführungen und eine Orgelführung, eine Kunstaktion im offenen Atelier, Tänze, Spiele und Lesungen sowie ein Familientag in der Dombücherei auf dem Programm. Die Aktionswoche für Familien wurde von Unternehmen der Stadt im Rahmen des Projekts UnterBürgern unterstützt.

### *Weitere Beispiele zu bürgerschaftlichem Engagement für Familie:*

Unter dem Thema „Familiengerechte Infrastrukturen als lokale Zukunftsinvestitionen“ fand am 26.10.2004 ein Kongress im Kultur- und Kongresszentrum FILharmonie in Filderstadt-Bernhausen statt. Federführend beteiligte sich der Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern.

### **Das Konzept der Mehrgenerationenhäuser**

Die Folgen des demografischen Wandels verlangen neue Formen des Zusammenlebens, die den Austausch zwischen den Generationen und die gegenseitige Unterstützung fördern. Die immer größeren Defizite in der sozialen Einbindung älterer Menschen und ihre bislang zu wenig nachgefragte Bereitschaft zu generationsübergreifendem Engagement verlangen nach einer Ergänzung der bisherigen Angebote. Schülerläden, Kinderläden und Seniorenfreizeitheimen beschränken sich auf die jeweiligen Generationen und sind nicht geeignet, einen Austausch von Wissen und Erfahrung herzustellen. Um neue soziale Netze zu schaffen und ein neues gesellschaftliches Verantwortungsgefühl füreinander entstehen zu lassen, müssen Orte entstehen, die Begegnungen und vielfältige Interaktionen zwischen den Generationen ermöglichen.

Ein Ansatz dafür ist das Konzept der Mehrgenerationenhäuser, welches die Bundesregierung als familienpolitischen Schwerpunkt fördern will. Diese Häuser oder Zentren sind gemeinwesenorientierte Anlaufstellen für Jung und Alt, die fördernde Angebote für alle Generationen unter einem Dach bereitstellen. Dabei geht es nicht um gemeinsame Wohnstätten, sondern um offene Tagestreffpunkte. In den meisten Fällen gibt es einen zentralen Begegnungsraum, Kindertagesbetreuung und Altenservice. Ergänzend kommen weitere Angebote und Leistungen in Form von Weiterbildungsseminaren, Kursen, Gesprächsrunden, Vorträgen und Veranstaltungen hinzu. Zum inhaltlichen Angebot gehören u. a.:

- Computerkurse von Jungen für Alte
- Senioren helfen Kindern bei den Schularbeiten
- Flohmärkte, Stadtteilstefte
- Seniorengymnastik, Theatergruppen
- Begegnungen unterschiedlicher Kulturen, Cafeteria

Mehrgenerationenhäuser sind geprägt von freiwilligem Engagement und Hilfe zur Selbsthilfe. Daneben soll ein Netzwerk an Informationen auch in professioneller Form angeboten werden.

Träger der Mehrgenerationenhäuser können Kommunen, Wohlfahrtsverbände, Initiativen oder Träger der Jugend- und Altenhilfe sein. Für einige Bereiche bieten sich Kooperationen an, etwa mit Einrichtungen der Kinderbetreuung, der Seniorenarbeit, Fort- und Weiterbildung oder mit speziellen Dienstleistungserbringern. Entscheidend ist, dass von allen Partnern das Selbsthilfekzept des Mehrgenerationenhauses unterstützt wird. Mehrgenerationenhäuser verstehen sich nach der Konzeption des Familienministeriums als „Anlaufstelle, Netzwerk und Drehscheibe für familienorientierte Dienstleistungen, Erziehungs- und Familienberatung, Gesundheitsförderung, Krisenintervention und Hilfeplanung.“ Dabei sollen sie eigene Angebote der Frühförderung, Betreuung, Bildung und Lebenshilfe entwickeln. Entscheidend ist dabei der örtliche Bedarf und die Integration und Ergänzung bereits vorhandener Angebote. Aus sozialökologischer Perspektive sollen die Mehrgenerationenhäuser einen Beitrag zur Bildung neuer sozialer Netzwerke leisten, welche die familialen Netzwerke einerseits und die professionellen Leistungssysteme andererseits ergänzen und neue partnerschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten zwischen den Generationen experimentiert werden.

Im Rahmen eines Modellprogramms soll in der laufenden Legislaturperiode in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt in Deutschland ein Mehrgenerationenhaus geschaffen werden. Dafür stellt der Bund 88 Millionen Euro zur Verfügung.

Der Steuerungsverbund begrüßt in seiner Erklärung, dass Mehrgenerationenhäuser auf Gemeinschaft (Generationen, Nachbarschaft, lokale Gesellschaft) hin angelegt sind und zum sozialen Kapital der Gesellschaft beitragen sollen. Ebenso unterstützt er die Idee, in den Mehrgenerationenhäusern die Arbeit von Hauptamtlichen und das freiwillige Engagement bürgerschaftlich engagierter Menschen zusammenführen zu wollen.

Er weist jedoch auch kritisch darauf hin, dass sich der erfolgreiche baden-württembergische Weg der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement insbesondere durch aufeinander abgestimmte Unterstützungsinstrumente und Maßnahmen auszeichnet. Dazu gehören vor allem kommunale Anlaufstellen für Bürgerengagement, Fachkräfte in Kreisen, Städten und Gemeinden, Bürgermentoringen und Bürgermentoren, Fachberatung in enger Kooperation mit den

kommunalen Spitzenverbänden, kommunale Vernetzung sowie die von der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste im Ministerium für Arbeit und Soziales moderierte landesweite Abstimmung. Dieses Ineinandergreifen von Akteuren, Instrumenten und Netzwerken gibt landesweit Orientierung in den zentralen Fragen der Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements, schafft Qualitätsstandards und sorgt dafür, dass Maßnahmen prinzipiell auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind.

Bei der Umsetzung des Bundesprogramms im Land ist deshalb ganz besonders darauf zu achten, bereits bestehende bürgerschaftlich organisierte Einrichtungen und Aktivitäten nicht zu gefährden oder konkurrierende Parallelstrukturen hierzu aufzubauen. So gibt es in Baden-Württemberg etwa 130 so genannte örtliche Anlaufstellen für Bürgerengagement, die in überwiegender Anzahl in kommunaler Trägerschaft sind. Aufgabe dieser Anlaufstellen ist es, engagierten Bürgerinnen und Bürgern mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, in Engagementbereiche hinein zu vermitteln und die notwendige Koordinierung der verschiedenen Aktivitäten, Maßnahmen und Projekte vor Ort zu übernehmen.

Eine enge Abstimmung des Bundes mit den Standortkommunen der Mehrgenerationenhäuser und den Landkreisen ist daher während des gesamten Förderzeitraums unerlässlich. Auch unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit sollte das Land in die Umsetzung und Entwicklung des Programms eingebunden sein. Dies ist nach Auffassung des Steuerungsverbundes auch im Interesse des Bundes.

### **Resümee:**

Insgesamt zeigen die Analysen zum Thema bürgerschaftliches Engagement und Familie, dass sich in Baden-Württemberg sowohl Initiativen der Bundesebene als auch der Landesebene – mit jeweils relativer Autonomie – entfalten. Bündnisse für Familien entstehen dabei sowohl in Mitgliedskommunen und -landkreisen der kommunalen Netzwerke als auch in weiteren Kommunen und Landkreisen des Landes.

Für das Landesnetzwerk BE ergeben sich vielfache Anknüpfungspunkte, durch zentrale Veranstaltungen den Informationsfluss zwischen den Kommunen zu intensivieren und das wechselseitige Lernen voneinander zu fördern. Hier stellt sich auch die Frage, inwieweit das Landesnetzwerk BE sich insoweit öffnet, als es seine Netzwerkaktivitäten auch auf Nicht-Mitglieder im Landesnetzwerk ausdehnt und diese auf der Ebene übergreifender Foren einbezieht.



## 4.2 Demografischer Wandel und Solidarität der Generationen

Der 13. Landtag von Baden-Württemberg hat in seiner 66. Sitzung am 31. März 2004 auf der Grundlage eines fraktionsübergreifenden Antrags beschlossen, eine Enquête-Kommission „Demografischer Wandel – Herausforderung an die Landespolitik“ einzusetzen, die sich über alle Politikbereiche hinweg mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Land Baden-Württemberg und seine Kommunen befasst (Drs. 13/4900: 16).

Die sich – entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen - aus 11 Mitgliedern des Landtags zusammensetzende Enquête-Kommission hatte zum Ziel, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestags „Demografischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“ (Bt-Drs. 14/8800) Empfehlungen zu erarbeiten.

Im Auftrag der Landesregierung war das Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg als federführendes Fachressort mit der Begleitung der Kommissionsarbeit und der interministeriellen Koordination beauftragt. Dazu wurden im Ministerium für Arbeit und Soziales eine Projektgruppe Demografische Entwicklung unter Leitung von Frau Ministerialrätin Dr. Christiane Hug-von Lieven eingerichtet und in allen Ressorts Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner benannt.

Aufgabe der Kommission war es, Handlungsstrategien aufzeigen, die geeignet sind,

- unter veränderten demografischen Rahmenbedingungen Familien durch das Land zu fördern, damit sich in Zukunft mehr junge Menschen als bisher für ein Leben mit Kindern entscheiden;
- in einer sich verändernden Arbeitswelt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter zu gewährleisten;
- der jungen Generation Bildung, Erziehung, Ausbildung und Betreuung zu sichern;
- für Frauen und Männer die Partizipation am Arbeitsleben zu sichern und flexibel auf veränderte Anforderungen des Arbeitsmarktes zu reagieren;
- der älteren Generation solange wie möglich ein selbstständiges Leben zu sichern, die Potenziale älterer Arbeitnehmer zu nutzen und entsprechende Infrastrukturen aufzubauen;

- die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer zu verbessern;
- die bedarfsgerechte Versorgung des Landes mit Krankenhäusern, Rehabilitations- und Pflegeeinrichtungen sowie die finanzielle Leistungsfähigkeit der älteren Generation für die eigene Gesundheit und Pflege zu prognostizieren, um in Baden-Württemberg auf die künftigen veränderten Rahmenbedingungen rechtzeitig zu reagieren;
- die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Generationen miteinander zu vermitteln und die Voraussetzungen für einen neuen Generationenvertrag zu schaffen (Drs. 13/4900: 16, 17).

Die Handlungsstrategien wurden auf der Grundlage der Daten zur Bevölkerungsentwicklung und Vorausberechnungen des Statistischen Bundes- und Landesamtes sowie weiterer wissenschaftlicher Analysen zum demografischen Wandel erarbeitet.

Die Analysen zur demografischen Entwicklung in Baden-Württemberg zeigen folgenden Befund:

- kein anderes Bundesland hat in den zurückliegenden fünf Jahrzehnten ein derart rasantes Bevölkerungswachstum verzeichnen können wie Baden-Württemberg, wo die Einwohnerzahlen von 6,6 Millionen im Jahre 1952 auf 10,7 Millionen zum Jahresende 2003 angestiegen sind.
- Ursache für den Bevölkerungszuwachs sind dabei mit zwei Drittel vorrangig Wanderungsgewinne (also die Differenz zwischen Zuwanderungen in das Land und Abwanderungen aus dem Land), die als Zeichen der wirtschaftlichen Stärke des Landes gewertet werden können. Das restliche Drittel geht auf einen Geburtenüberschuss (Bilanz aus Lebendgeborenen und Gestorbenen) zurück (Drs. 13/4900: 29).
- Dennoch vollzog sich auch in Baden-Württemberg während der vergangenen Jahrzehnte ein demografischer Alterungsprozess: das Durchschnittsalter der Bevölkerung stieg in der Zeit von 1959 bis Ende 2004 von 34,3 Jahren auf 41,1 Jahre (Ende 2003: 40,8 Jahre), wobei hier erhebliche regionale Unterschiede festzustellen sind. Am jüngsten war im Jahre 2004 das Durchschnittsalter der Bevölkerung im Landkreis Tübingen (39,1 Jahre), am höchsten mit 45,9 Jahren in Baden-Baden (Drs. 13/4900: 36)

- Die Bevölkerungsvorausberechnung für Baden-Württemberg bis zum Jahre 2050 ergibt auf der Grundlage einer Vorausberechnung auf Basis des Bevölkerungstandes Ende 2001, sowie einer konstant bleibenden Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern pro Frau und einem weiteren Anstieg der durchschnittlichen Lebenserwartung (die heute für neugeborene Jungen bzw. Mädchen im Durchschnitt bei 77,4 bzw. 82,6 Jahren liegt) unter Zugrundelegung der seitens der Kommission bevorzugten Variante 1 (siehe Tabelle 1) der zu erwartenden Wanderungsgewinne eine Einwohnerinnen- und Einwohnerzahl von 10,8 Mio. wobei sich die Alterszusammensetzung quantitativ in Richtung auf einen höheren Anteil der älteren Altersgruppen verschiebt (Drs. 13/4900: 40 ff).
- Von 1995 bis 2050 sinkt bei der angenommenen Bevölkerungsvorausberechnung der Anteil der unter 20jährigen von 22% auf 16% und derjenige der 20 bis unter 60-jährigen von 58% auf 47%, während der Anteil der 60jährigen und älteren Einwohnerinnen- und Einwohnern von 20% auf 36% ansteigt (Tabelle 1). Das Durchschnittsalter der Bevölkerung erhöht sich in diesem Zeitraum von 39,8 auf 48,6 Jahre.

Tabelle 1:

<b>Künftige Entwicklung der Bevölkerungszahl in Baden-Württemberg bis 2050 nach ausgewählten Altersgruppen *)</b>					
Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren			Durchschnittsalter
		unter 20	20 - 60	60 und mehr	
	1 000	%			Jahre
1995	10 319	22	58	20	39,8
2001	10 524	22	55	23	40,4
2005	10 809	21	55	23	41,2
2010	11 007	19	55	24	42,3
2015	11 101	18	55	25	43,4
2020	11 165	18	54	27	44,3
2025	11 193	17	51	30	45,2
2030	11 177	17	49	33	46,0
2040	11 037	16	48	34	47,6
2050	10 772	16	47	36	48,6

\*) Bis 2001 Ist - Werte, danach Vorausrechnung Basis 2001, Variante 1: Wanderungsgewinne von durchschnittlich 38 000 Personen pro Jahr.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Drs. 13/4900: 45)

Der Bericht der Enquête-Kommission stellt vor dem Hintergrund dieser Bevölkerungsprognose folgendermaßen fest:

„Die zentrale Herausforderung des demografischen Wandels in Baden-Württemberg ist insbesondere für die Landespolitik und die Kommunalpolitik der anhaltende Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung, der sich aus der seit nunmehr über 30 Jahren unterhalb des Bestandserhaltungsniveaus liegenden Geburtenrate und der stetig steigenden Lebenserwartung der Menschen ergibt“ (Drs. 13/4900: 63).

Die Kommission sieht angesichts der demografischen Entwicklung gesellschaftliche und landespolitische Herausforderungen auf den folgenden sechs Handlungsfeldern (Drs. 13/4900: 65):

- I. Bildung, Wissenschaft und Forschung,
- II. Gesundheit und Soziales,
- III. Beschäftigung, Arbeitsmarkt und Wirtschaft
- IV. Wohnungsbau, Verkehr sowie Landesentwicklungs- und Regionalplanung
- V. Gesellschaft
- VI. Öffentliche Haushalte

Im „Handlungsfeld I“ Bildung hebt die Kommission das lebenslange Lernen und das generationenübergreifende Lernen sowie Bildungsmaßnahmen nach dem aktiven Berufsleben als wichtige Punkte von insgesamt 10 Punkten hervor. Gesundheit und Soziales als „Handlungsfeld II“ umfassen sowohl Förderung der Kinderbetreuung und vorschulischen Bildung als auch die gesundheitliche und pflegerische Versorgung älterer Menschen und Menschen mit Behinderung. Im Blick auf das „Handlungsfeld III“ der Beschäftigung geht es um die Nutzung des Begabungspotenzials sowohl der nachwachsenden Generation (Drs. 13/4900: 125), als auch – wegen des zu erwartenden Mangels an qualifizierten Arbeitskräften – um eine höhere Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitskräfte (Drs. 13/4900: 124). Im „Handlungsfeld IV“ Wohnungsbau sind „barrierefreies Bauen“ und kleinräumige Planung wichtige Gesichtspunkte in der Kommunalplanung und im „Handlungsfeld V“ Gesellschaft gewinnt das bürgerschaftliche Engagement in seiner ganzen Vielfalt die ermöglichende Förderpolitik des Landes Bedeutung. Die Kommission hebt hier insbesondere den baden-württembergischen Weg der

Engagementförderung hervor, der durch enge Kooperation von Land, kommunalen Landesverbänden, Kommunen und die Entwicklung der drei kommunalen Netzwerke geprägt ist.

Obgleich im Bericht der Enquête-Kommission Demografischer Wandel keine systematische Berücksichtigung der Landesaktivitäten in Sachen bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt vorgenommen wurde zeigen sich viele Anknüpfungspunkte. So spielen, auf den seitens der Enquête-Kommission genannten Handlungsfeldern, Handlungsansätze des bürgerschaftlichen Engagements und koproduktiven Zusammenwirkens von Engagierten mit Professionellen und jeweiligen Einrichtungen (Kindergarten, Schule, Pflegeheim etc.) eine wichtige Rolle. Im Landesnetzwerk fanden die Seitens der Enquête-Kommission formulierten Handlungsschwerpunkte in hohem Maße unter dem Gesichtspunkt Berücksichtigung, was durch bürgerschaftliches Engagement und eine zielorientierte Engagementpolitik auf den genannten Gebieten von Bildung, Kindheit und Jugend, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Erwerbsarbeit und Pflege, aber auch auf den Handlungsfeldern von Migration und Integration geleistet werden kann.

Hier ist im Berichtszeitraum mehr geschehen, als im Rahmen eines Landesberichtes veranschaulicht werden kann, der sich auf die exemplarische Darstellung von Handlungsfeldern konzentriert, in denen bürgerschaftliches Engagement sich den gesellschaftlichen Herausforderungen stellt.

### **Praxisbeispiele aus Städten und Gemeinden**

In den Mitgliedskommunen des Landesnetzwerk haben sich im Berichtszeitraum viele Kommunen, nicht zuletzt auch durch die aktive Informationsarbeit der kommunalen Netzwerke, mit dem Thema des demografischen Wandels befasst und aktive Projekte in Angriff genommen. Im Folgenden werden einige exemplarische Beispiele erwähnt.

#### ***Beispiel 1: Gemeinde Denkingen***

Die Gemeinde Denkingen mit 2.000 Einwohnerinnen und Einwohnern beschäftigt sich seit dem Jahr 2003 intensiver mit den Konsequenzen des demografischen Wandels für die Gemeinde. Unterstützt wurde sie darin durch das Gemeindefeldnetzwerk und den Gemeindefeldtag. Die Referentin für Soziales und Kultur des Gemeindefeldtages, Christiane Dürr, unterbreitete der Bevölkerung und dem

Gemeinderat in einem Fachvortrag wichtige Informationen zur örtlichen und landesweiten Bevölkerungsentwicklung.

Von Gemeinderat und Gemeindeverwaltung wurde inzwischen ein Leitbild entwickelt, das unter dem Motto „Gemeinsam aktiv in die Zukunft“ kontinuierlich an der Entwicklung der Gemeinde unter Einbezug von Bürgerschaft und Vereinen sowie Gemeinderat und Gemeindeverwaltung arbeitet.

Wichtige Inhalte des Leitbildes stellen das „Miteinander der Generationen“ und der „Einbezug aller Bevölkerungsgruppen“ der Gemeinde dar.

Ein wichtiger Schritt in der Umsetzung des Leitbildes stellte der Ausbau eines alten Bauernhauses in der Ortsmitte zu einem Bürgerhaus dar, das von freiwillig Engagierten, die einen Beirat gebildet haben, verantwortlich geleitet wird.

Das Bürgerhaus stellt einen Treffpunkt für Jung und Alt dar. Familien, Kinder und Jugendliche nutzen das Haus und die in ihm untergebrachte Mediathek für eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Im EDV-Raum des Bürgerhauses werden EDV-Kurse für alle Gruppen und sowohl junge wie ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger angeboten, die einen „Internetführerschein“ erlangen können.

In einem weiteren Projekt arbeiten die beiden Kindergärten der Gemeinde und die Grundschule bei der Sprachförderung der Kinder in den Einrichtungen zusammen, die wesentlich durch einen Freundeskreis unterstützt wird. In einem gemeinsamen pädagogischen Tag aller Erzieherinnen und Lehrkräfte werden gute pädagogische Konzepte besprochen bzw. erarbeitet und Überlegungen zur Umsetzung angestellt. Für die Jugendlichen wurden zwei Jugendreferenten angestellt, die auch in der Nachbargemeinde tätig sind und eine Anwaltsfunktion für die Anliegen der jungen Menschen in der Gemeinde wahrnehmen.

Aber auch den älteren Menschen in der Gemeinde wurde Beachtung geschenkt durch die Gründung eines Nachbarschaftshilfevereins der sich „Mithilfe und Kontakte im Dorf e. V.“ (MiKaDo) nennt, und der auch in den Nachbargemeinden Balgheim und Frittlingen engagiert ist. Der Verein wird wesentlich durch die Kirchengemeinden getragen und hat zum Ziel, älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern möglichst lange ein Leben in der gewohnten Umgebung zu ermöglichen. MiKaDo betreut auch Seniorinnen und Senioren im Seniorenwohheim.

Die Umsetzung des Leitbildes „Gemeinsam aktiv in die Zukunft“ macht den Standort besonders für junge Familien attraktiv, die eine gute und qualifizierte

Kinderbetreuung vorfinden. Die Umsetzung des Leitbildes ist dabei bei weitem noch nicht abgeschlossen und es werden neue Ideen des intergenerationalen Miteinanders im Sinne einer zukunftsfähigen Gemeinde entwickelt.

### **Beispiel 2: Stadt Ettenheim**

Die Stadt Ettenheim mit 12.000 Einwohnerinnen und Einwohnern erstellt bereits seit einigen Jahren demografische Berichte die im Verwaltungs-, Kultur- und Sozialausschuss eine Grundlage für Entscheidungen darstellen.

Im Mittelpunkt steht dabei die kommunale Familienpolitik, welche die Kindergärten in allen Teilorten platziert und sie mit hohen baulichen und pädagogischen Standards versorgt. Durch Tageselternvereine werden Kinder familiennah betreut. Die Stadt führt regelmäßige Gespräche mit den Kindergartenteams, Trägern und Kindergartenbeauftragten, die in die Planungsentscheidungen einfließen.

Zusätzlich wurde ein anspruchsvolles Schulbauprogramm umgesetzt, das auch eine Kernzeitbetreuung vorsieht.

In der Stadt wurden Wohngebiete erschlossen, in denen die Interessen der Familien hinsichtlich Wohnumfeldgestaltung und Anbindung an die Infrastruktur so gut als möglich berücksichtigt wurden.

Die Gemeinde verfügt darüber hinaus über Jugendräume und Sportanlagen wie bspw. einen Volleyball- und Skaterplatz. Eine halbtags beschäftigte Jugendbetreuerin arbeitet mit den Jugendlichen selbst, sowie Vereinen, Schulleitungen, Kirchengemeinden und bürgerschaftlich Engagierten in der Jugendarbeit zusammen. Die Stadt bietet inzwischen in allen fünf Ortschaftsteilen offene Jugendräume an.

An der Gestaltung einer familienfreundlichen Gemeinde sind die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Engagement beteiligt. So werden die Seniorinnen und Senioren, die in den Seniorenwohnungen untergebracht sind, von bürgerschaftlich Engagierten und einem ehrenamtlichen Mitarbeiterkreis des St. Josefshaus Fördervereins betreut. Ziel ist, dass ältere Menschen so lange als möglich ihre Selbständigkeit erhalten und in ihrer gewohnten Umgebung leben können.

In der Stadtentwicklung wird auf der Grundlage des Erreichten bei den weiteren Planungen die Familie und die kreativen Möglichkeiten der Gestaltung des Zusammenlebens der Generationen weiter in den Blick genommen. Für den

weiteren Stadtentwicklungsprozess erscheint die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Wohnort von entscheidender Bedeutung.

### **Bürgergesellschaftliches Engagement als Gestaltungspotenzial im demografischen Wandel**

Der Bericht der Enquête-Kommission Demografischer Wandel verdeutlicht - trotz mittelfristig noch weiterem Bevölkerungszuwachs für Baden-Württemberg - die Tragweite der demografischen Veränderungsprozesse auch für das Land und unterbreitet konstruktive Vorschläge für die Auseinandersetzung mit diesem Schwerpunktthema. Es gilt in dieser konstruktiven Herangehensweise vor allem auch die Potenziale des Alters zu erkennen und sie in die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Gestaltung der Lebenswelt einzubringen.

Bei der Bewältigung des demografischen Wandels und einer entsprechenden Politikformulierung erscheint vor allem die Verschränkung der Arbeit der Parlamente und der Ministerien noch ausbaufähig, gerade auch im Hinblick auf eine abgestimmte Förderpolitik des auf den demografischen Wandel antwortenden bürgerschaftlichen Engagements.

Hier kann der Zusammenhang von demografischem Wandel und Bürgergesellschaft noch systematischer ausgeleuchtet werden insbesondere mit Bezug auf die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in Gesundheit und Pflege und die hier möglichen Mitgestaltungsmöglichkeiten und Selbsthilfepotenziale.

Die demografische Entwicklung erfordert eine neue Ausrichtung des staatlichen und politischen Handelns und stellt ebenso das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement vor große Herausforderungen. In einer alternden Gesellschaft zeigen sich aber auch Chancen dahingehend, dass ältere Bürgerinnen und Bürger neue Verantwortungsrollen in der Kommune und Kommunalentwicklung übernehmen und ihre Interessen und Potenziale bspw. in die Gestaltung des Wohnumfeldes, aber auch in neue Initiativen wie „lokale Bündnisse für Familien“ oder den Aufbau von Familienzentren und Betreuungsstrukturen von Kindern einbringen können (vgl. Punkt A.4.1).

Durch das verschränkte Zusammenwirken von staatlich-kommunaler und zivilgesellschaftlicher Verantwortung kann sich die Handlungsfähigkeit im Gemeinwesen deutlich verstärken und das intergenerational orientierte bürgerschaftliche Engagement in einer Gesellschaft des langen Lebens neue Bedeutung gewinnen.



### **4.3 Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement – Das Modellprojekt Unternehmen BE**

Die Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste hat sich im Berichtszeitraum das Thema „Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement“, auch „Corporate Citizenship“ (CC) genannt, als neuen Schwerpunkt gesetzt. In diesem Zusammenhang hat sie zum einen eine repräsentative Befragung von Unternehmen in Baden-Württemberg in Auftrag gegeben (vgl. Punkt B.3), die durch eine Typologisierung von Unternehmern auf der Basis von qualitativen Interviews ergänzt wird. Dieser Hintergrund dient als Bezugsrahmen für die praktische Förderung von Corporate Citizenship, die in vier Modellregionen durchgeführt wird.

Die gezielte Förderung des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements durch das Modellprojekt Unternehmen BE ergänzt bereits bestehende Formen der Förderung.

So haben im Berichtszeitraum das Bundesnetzwerk BE und das Landesnetzwerk BE zusammengearbeitet. Weiterhin veranstalteten das Ministerium für Arbeit und Soziales und das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg zusammen mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement vom 30.09. bis 01.10.2004 eine Fachtagung mit dem Titel „Wenn alle gewinnen – wie Unternehmen Gesellschaft mitgestalten“. Mehrere Vertreterinnen und Vertreter des Landesnetzwerks BE wirkten an der Tagung mit. Aber auch Unternehmensverbände fördern das Engagement von Unternehmen. So schreiben die Wirtschaftsjuvenen Deutschland ihren Unternehmerpreis „ZIVIL“ für das soziale Engagement des Mittelstandes aus. Ausgezeichnet werden mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich mit großem persönlichem Einsatz für die Gesellschaft engagieren. Die Initiative „Freiheit und Verantwortung“ der Spitzenverbände der Wirtschaft und der Wirtschaftswoche schreibt für gesellschaftlich engagierte Unternehmen den Preis „Freiheit und Verantwortung“ aus, der jährlich im Rahmen eines Festaktes in Berlin vergeben wird. Die Anerkennungskultur der Unternehmensverbände für das unternehmerische bürgerschaftliche Engagement ihrer Mitgliedsunternehmen erscheint damit stärker ausgeprägt als das der Kammern, die stark auf das ehrenamtliche Engagement der Unternehmen in Prüfungsausschüssen setzen (vgl. Punkt A.2.5).

Seit Mitte des Jahres 2004 wurde auf Anregung der Stabsstelle das Thema Corporate Citizenship im Steuerungsverbund intensiv behandelt, mit dem Ziel,

die Wirtschaft systematisch in die Arbeit des Landesnetzwerks einzubeziehen, und ein Grundlagenpapier zur CC-Förderung im Landesnetzwerk auszuarbeiten. Unternehmen als wichtige Partner auf dem Weg in die Bürgergesellschaft zu verstehen und stärker einzubinden ist Ziel des neuen Modellprojektes Unternehmen BE. Corporate Citizenship als eine Form des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen soll hierbei aus einer zivilgesellschaftlichen Sichtweise betrachtet und gefördert werden, so ist es in den Grundsätzen für die Förderung im Kontext des baden-württembergischen Landesnetzwerks BE festgelegt.

Die „Grundsätze für die systematische Förderung von Corporate Citizenship im Kontext des baden-württembergischen Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement“ sehen die Betriebe und Unternehmen unter verschiedenen Aspekten als wichtige Partner auf dem Weg in der Bürgergesellschaft (vgl. Stabsstelle 2004):

- Die Unternehmen sind angesprochen als (korporative) Staatsbürger, die mit der Schaffung von Arbeitsplätzen und mit unternehmerischem Erfolg wesentlich zu unserem Wohlstand beitragen. Daneben werden auch durch Unternehmenssteuern und Unternehmensabgaben die finanziellen Grundlagen für die Wahrnehmung gemeinwohlorientierter öffentlicher Aufgaben mit gesichert.
- Die Unternehmen sind angesprochen als (korporative) Bürger, die sich durch Spenden, Stiftungen und Sponsoring freiwillig und unmittelbar für gemeinnützige Projekte oder Träger engagieren (Corporate Giving, Corporate Foundations).
- Die Unternehmen sind angesprochen als Institutionen, in denen sich ein beträchtlicher Teil des Alltags der Bürgerinnen und Bürger abspielt: Viele ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bereits freiwillig engagiert<sup>11</sup> oder können für ein solches Engagement gewonnen werden. Die Rahmenbedingungen der Erwerbsarbeit sind Teil der Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement. Corporate Volunteering (freiwilliges Engagement der Beschäftigten im Rahmen ihrer Erwerbstätigkeit) stellt zugleich eine Maßnahme der Personalentwicklung dar.
- Die Unternehmen sind schließlich angesprochen als Mitgestalter, die sich mit vielfältigen Ressourcen und Ideen in die Prozesse auf dem Weg zu einer

---

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage in Punkt B.3. Auch die Ergebnisse des Freiwilligensurvey zeigen, einen positiven Zusammenhang von beruflicher Tätigkeit und Engagement, die sich jedoch tendenziell eher abschwächt (vgl. Punkt B.1).

demokratischen, sozialen und zukunftsfähigen Bürgergesellschaft einbringen, in der das Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft, Drittem Sektor und engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu neuen Verantwortungsgemeinschaften für das Gemeinwohl (Welfare Mix) führt.

Das unternehmerische bürgerschaftliche Engagement kennt in Baden-Württemberg eine Vielzahl von Formen. Diese wahrzunehmen und zu würdigen sowie Unternehmen verstärkt für die Entwicklung einer Bürgergesellschaft zu gewinnen und einzubinden ist ein erster wichtiger Schritt, der durch dieses Modellprojekt gegangen werden soll. Dazu zählt es Rollenverständnisse und Strukturen zu diskutieren und weiterzuentwickeln sowie neue Handlungs- und Aktionsformen zu finden, die das Zusammenspiel zwischen Unternehmen und Bürgergesellschaft gelingen lassen.

Das Landesnetzwerk BE besitzt als Kooperationspartner und Plattform zur Förderung des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements besonders geeignete Voraussetzungen. Die Potenziale des Landesnetzwerks liegen sowohl in seiner diskursiven als auch operativen Stärke: Es bietet Orte und Gelegenheiten, die Wirtschaft und das Thema Corporate Citizenship in einen gesellschaftlichen und Felder übergreifenden Dialog einzubinden. Das bestehende Netzwerk und die Infrastruktur (Anlaufstellen, Bürgermentorinnen...) ermöglichen es, eine Öffentlichkeit für das Thema herzustellen und in den Kommunen und Landkreisen langfristige und gehaltvolle Kooperationen zwischen engagierten Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern anzustoßen, zu begleiten und einen Erfahrungsaustausch zu moderieren.

Durch die Kooperation mit dem Landesnetzwerk besteht die Chance, Corporate Citizenship und die Balance unternehmerischer, bürgerschaftlicher und gesellschaftlicher Nutzerperspektiven nicht nur partiell und kurzfristig zum Thema zu machen, sondern auch nachhaltig und wirkungsvoll. Ein hohes Maß an unternehmerischem bürgerschaftlichem Engagement, das rückgebunden ist an ein gesamtgesellschaftliches Leitbild und einen übergreifenden Gesprächs- und Kooperationszusammenhang, könnte so zu einem deutlich erkennbaren Markenzeichen Baden-Württembergs werden.

Um dies zu ermöglichen wurden vier unterschiedliche Modellregionen ausgewählt, in denen verschiedene Ansätze einer Förderung von Corporate Citizenship verfolgt werden. Diese Verschiedenheit der Wege macht wahrscheinlicher, dass übertragbare Ergebnisse für unterschiedliche Regionen, Branchen und Unternehmensgrößen gewonnen werden können.

Ausgewählt wurden die Bodenseeregion, Südbaden, die Region Rhein-Neckar und das Städtetandem Rottenburg und Reutlingen, und zwar aus folgenden Gründen:

- In der *Bodenseeregion* bilden die dort bereits weit entwickelten tri-nationalen Kooperationsstrukturen, in denen die Wirtschaft von Anfang ihren Platz hatte, den Ausgangspunkt. Ziel ist, im Dialog von Schlüsselpersonen aus Wirtschaft, Bürgerschaft, Politik, öffentlichem und drittem Sektor eine gemeinsame Strategie zu erarbeiten, wie in der Region künftig verstärkt für Corporate Citizenship geworben werden kann.
- In der *Region Rhein-Neckar* bilden die hier im Kontext der kommunalen Förderung bürgerschaftlichen Engagements bereits entwickelten Ansätze der Unterstützung von Corporate Citizenship den Ausgangspunkt (Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement in Mannheim, Heidelberg; Viernheim, Weinheim; Ludwigshafen und Walldorf).
- In der *Region Südbaden* bildet der Aufbau einer Agentur zur Vermittlung von Kooperationen zwischen Unternehmen und bürgerschaftlichen Projekten und Initiativen sowie eines Netzes von Multiplikatoren den Ausgangspunkt. Ziel ist, über dieses Netz - mit Hinweis auf erfolgreiche Projekte – in der Wirtschaft für die Idee unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements zu werben und im südbadischen Wirtschaftsraum zu einer selbstverständlich verankerten und identitätsstiftenden Größe werden zu lassen.
- Für das *Entwicklungs-Tandem der Städte Rottenburg und Reutlingen* bilden die hier jeweils angedachten bzw. vordiskutierten Konzepte für eine Förderung von Corporate Citizenship auf städtischer Ebene den Ausgangspunkt. Ziel ist, Elemente einer (im Wesentlichen durch die örtlichen Anlaufstellen für Engagementförderung verantworteten) kommunalen Strategie zur Unterstützung unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements zu gelangen, die auf andere Städte übertragbar sind.

Durch diese Verschiedenheit der Wege ist gewährleistet, dass übertragbare Ergebnisse für unterschiedliche Regionen des Landes, verschiedene Branchen und verschiedene Unternehmensgrößen gewonnen werden können.

Die Herausstellungsmerkmale und unterschiedlichen Konzepte zur Förderung von Corporate Citizenship in den einzelnen Modellregionen sowie erste Ergebnisse im Berichtszeitraum sollen im Folgenden kurz skizziert werden.

### Die Bodenseeregion

Die Bodenseeregion gehört zu den wirtschaftlich stärksten Regionen Deutschlands und zeichnet sich als Wirtschaftsraum durch ihre Trinationalität aus. Auch im Bereich Corporate Citizenship sollen bestehende Netzwerke und Kontakte nach Österreich und in die Schweiz genutzt werden, um dieses Thema grenzüberschreitend zu diskutieren und Fördermöglichkeiten zu erproben. Kooperationspartner sind das Amt für Zukunftsfragen Vorarlberg in Österreich und Benevol Schweiz. Deshalb finden regelmäßige Treffen der Ländervertreterinnen und Ländervertreter statt, mit dem Ziel des Erfahrungsaustausches und der Perspektive einer gemeinsamen Vorgehensweise.

Das Konzept zur Förderung von unternehmerischem bürgerschaftlichem Engagement in der Region setzt auf den Transport des Themas unter anderem durch den Dialog mit Schlüsselpersonen aus Wirtschaft, Bürgerschaft, Politik, öffentlichem und drittem Sektor. Ein erster Kontakt wurde im Herbst 2005 im Rahmen einer Befragung mit sog. Anlaufstellen der Wirtschaft hergestellt. Hierzu wurden verschiedenste Stellen wie die Industrie- und Handwerkskammern, städtische und regionale Wirtschaftsförderungsstellen, Gewerbevereine, Gewerkschaften, wirtschaftsnahe Interessenverbände sowie alle Städte und Gemeinden der Modellregion befragt. Diese Befragung diente zur Identifizierung regionaler Best-practice-Beispiele unternehmerischen Engagements und um zu erfahren, wie das Thema Corporate Citizenship in der Region wahrgenommen wird. Darauf folgte eine Unternehmensbefragung von einer kleinen repräsentativen Auswahl von Unternehmen, die auf der Grundlage der erhobenen Daten durchgeführt wurde. Diese CC-Praxisbeispiele werden dokumentiert und in einem Internetauftritt vorgestellt.

Um im Anschluss an diese ersten Kontakte eine Gesprächs-, Informations- und Vernetzungsplattform zu schaffen, durch die das Thema weiter in der lokalen Öffentlichkeit einen Platz findet, wurde vom Projektfachbüro mit der Installierung von Kamingsgesprächen eine adäquate Form gefunden. Diese zweistündigen Abendveranstaltungen werden gemeinsam mit regionalen Partnern wie Gewerbevereinen, der IHK oder wirtschaftsnahen Interessengruppen und Netzwerken organisiert. Gastgeber der Veranstaltungen ist jeweils der regionale Partner, das Projektfachbüro wird als Referent zum Thema Corporate Citizenship eingeladen, und je ein Unternehmen stellt seine Aktivitäten im Bereich CC vor und geht dabei insbesondere auf die eigenen Motive und den Nutzen des Engagements ein. In der folgenden Diskussion haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Kamingsgespräche die Möglichkeit sich in lockerer Atmosphäre

über Erfahrungen, Möglichkeiten und Hemmnisse unternehmerischen Engagements auszutauschen. Diese Kamingsgespräche finden zunehmend eine breite Gruppe von Interessierten und Teilnehmenden aus der Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Darüber hinaus wurde eine erste Infoveranstaltung für Anlaufstellen und Kontaktpersonen aus dem Bereich BE durchgeführt.

Durch die Teilnahme an Veranstaltungen (ARBES-Tagung, Open Space Konferenz zum Thema Corporate Citizenship in Radolfzell und der internationalen Tagung des EQUAL-Projekts „SIG.NET – NETzwerk neue Beschäftigung im Landkreis Sigmaringen“) sowie zahlreicher Presseartikel konnte das Thema in der lokalen Öffentlichkeit weiter platziert werden. Wie weit dies seit Projektbeginn gelungen ist soll in einer erneuten Befragung im Frühsommer 2007 erfasst werden.

Die Kamingsgespräche werden fortgeführt; geplant ist des Weiteren die Infoveranstaltung für die Anlaufstellen und Kontaktpersonen aus dem Bereich BE im Frühjahr 2006 mit der Fortbildung „Wirtschaft und Ehrenamt: erfolgreich kooperieren“ fortzuführen. Ziel ist es Informationen und Kompetenzen zur erfolgreichen Gestaltung von sozialen Partnerschaften zu vermitteln. Darüber hinaus sollen in Gemeinden lokale und regionale CC-Bündnisse geschlossen werden und dort entstehende Projektvorhaben unterstützt, begleitet und mitgestaltet werden. Ein wichtiges Ziel des Modellprojekts „bodenseeland engagiert“ ist es, gemeinnütziges Unternehmensengagement als Thema in die Region zu tragen.

### **Bodenseeregion**

Prof. Dr. Sigrid Kallfass (Projektleitung)  
Christopher Schlegel (Geschäftsführer des Projekts)  
Praktikantenstelle (Student der sozialen Arbeit)

Projektfachbüro an der Hochschule Ravensburg-Weingarten  
Leibnizstr. 10 A  
88250 Weingarten  
Tel.: 0751/ 501-9719  
email: [info@bodenseeland-engagiert.de](mailto:info@bodenseeland-engagiert.de)  
Homepage: [www.bodenseeland-engagiert.de](http://www.bodenseeland-engagiert.de)

Johannes Fuchs (Beratung)

### Region Rhein-Neckar

Die Region Rhein-Neckar ist zum einen durch eine große Dichte von (engagierten) Wirtschaftsunternehmen aller Größenordnungen geprägt, insbesondere auch aus der High-Tech-Branche und global agierenden Großunternehmen. Zum anderen besteht ein dichtes Netz an erfahrenen Fachkräften im Bereich bürgerschaftliches Engagement zum Teil mit bereits bestehenden Ansätzen einer Unterstützung von Corporate Citizenship. Damit begründet sich die Vorgehensweise in dieser Modellregion, einen Steuerungskreis zu initiieren, der sich aus wichtigen Akteuren, die eine Schlüsselfunktion bei der Förderung von Corporate Citizenship einnehmen können, zusammensetzt. In diesem Kreis sind die Fachkräfte der kommunalen Fachstellen für bürgerschaftliches Engagement in Heidelberg, Weinheim, Walldorf, Viernheim, Mannheim, Ludwigshafen, die Wirtschaftsförderer von Mannheim, Heidelberg, Viernheim, Weinheim und interessierte Unternehmer sowie die Mitarbeiter des Projektfachbüros vertreten. Letztere moderieren und koordinieren den Kreis. Verbindlichkeit der Mitarbeit im Steuerungskreis wurde durch die gemeinsame Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung zum Ausdruck gebracht.

In diesem Gremium wurde der Bedarf und mögliche Wege einer Förderung von Corporate Citizenship in der Region diskutiert und es wurde entschieden, zunächst mit einer Bestandsaufnahme zu beginnen und eine öffentlichkeitswirksame Würdigung von bestehendem bürgerschaftlichen Engagement der Unternehmen zum Kernstück des Modellprojektes zu machen. Hierfür wurde die „Aktie e“ („e“ steht für Engagement) als Anerkennungsinstrument kreiert, um die sich engagierte Unternehmen bewerben und im Rahmen einer geplanten Buskampagne ihre Praxisbeispiele präsentieren können. So sollen engagierte Unternehmen Anerkennung für ihre bestehende Praxis erhalten und gute Beispiele in die Öffentlichkeit transportiert werden. Die Entscheidung, bei der Kommunikation über Corporate Citizenship sehr stark auf das wirtschaftliche Argument zu setzen: („Engagement als Investition, die sich lohnt“), trägt der Zusammensetzung der Unternehmerlandschaft der Region Rechnung, die weniger von inhabergeführten, stark mit dem Standort verwurzelten Unternehmen geprägt ist, sondern mehr durch sowohl regional als auch überregional operierende mittelständische Betriebe und Großunternehmen. Für deren Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer ist das Argument des Nutzens von relational größerer Bedeutung als der gleichfalls bedeutsame persönliche Bezug zum Engagementfeld.

Bewerben können sich Unternehmen für die „Aktie e“ von August bis November 2006 über eine Internetplattform, die gleichzeitig zu einer Datenbank mit lokalen Praxisbeispielen für CC heranwächst.

Im Berichtszeitraum ist es gelungen, die Stadt Walldorf als Kooperationspartner zu gewinnen, den Steuerungskreis aufzubauen und in mehreren Treffen das weitere Vorgehen festzulegen. Im Jahr 2006 konnte eine Bestandsaufnahme der Unternehmenstätigkeit im Bereich CC durchgeführt werden, um auf dieser Grundlage Best-practice-Beispiele auszuwählen und die Preisträger für die „Aktie e“ zu bestimmen sowie auf dieser Grundlage die Öffentlichkeitskampagne für 2007 voran zu treiben. Vorgesehen sind verschiedene Haltepunkte, so genannte Truck-Stops, u. a. in den Städten Walldorf, Mannheim, Heidelberg und Weinheim, an denen das Engagement der Unternehmen präsentiert und gewürdigt wird. Eine feierliche Abschlussveranstaltung mit der Ehrung der Gesamtsieger der Region steht am Ende der Öffentlichkeitskampagne.

Im Anschluss daran sollen neue Kooperationsmodelle in Projektwerkstätten erarbeitet sowie eine Handreichung mit einer Auswertung des Modellprojekts erstellt werden.

**Region Rhein-Neckar**

Dr. Ralf Vandamme, (Projektleitung)

Maria Brauner (Projektmitarbeiterin)

Projektfachbüro

Unternehmen BE!

Hafen 19

63067 Offenbach

Tel.: 069/981 969 74

email: aktie-e@web.de, ralf.vandamme@staedtetag-bw.de

Homepage: [www.aktie-e.de](http://www.aktie-e.de)



### Region Südbaden

In der Region Südbaden zeigte sich der Charakter der Modellregionen als Orte des Suchens nach geeigneten Konzepten und Partnern für eine Förderung von Corporate Citizenship sehr deutlich. In einer ursprünglichen Konzeption wurde der Aufbau einer Agentur zur Vermittlung von Kooperationen zwischen Unternehmen und bürgerschaftlichen Projekten und Initiativen sowie der Aufbau eines Netzes von Multiplikatoren beabsichtigt in Zusammenarbeit mit der Jes-connection-Agentur – einem Projekt der Landesstiftung Baden-Württemberg, das für Partnerschaften zwischen Jugendlichen und Unternehmen wirbt. Die Vermittlung solcher Kooperationen war anhand von Leuchtturmprojekten in verschiedenen Bereichen angedacht (Jugend & Arbeit, 55+, Klein(st)unternehmen und BE).

Bei ersten Bemühungen um Kontakte und Kooperationspartner, stellte sich eine Stadt vor, die bereits in all diesen Bereichen Best-practice-Beispiele für unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement vorzuweisen hatte. So entstand die Idee, die Strukturen dieser Gemeinde genauer zu untersuchen, um ein Best-practice-Beispiel auf der Ebene von kommunalen Rahmenbedingungen, unter denen bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen gelingen kann, zu dokumentieren. Ausgehend von diesen Ergebnissen soll mit ein oder mehreren anderen Gemeinden der Region ein Übertragungs- und Austauschprozess zum Thema CC-Förderung angebahnt werden. Dies erschien für die Region Südbaden vor allem deshalb sinnvoll, weil die Unternehmenslandschaft überwiegend von klein- und mittelständischen Betrieben geprägt ist, und diese sich weniger aus strategischen betriebswirtschaftlichen Überlegungen heraus gesellschaftlich engagieren sondern aufgrund ihrer sozialen Netzwerke und Identifikation mit dem Standort. Diese Idee und die Kooperationsbereitschaft der Stadt Waldkirch als zu untersuchende best-practice Stadt, führten zu einem neuen Konzept für die Region Südbaden. Am Anfang stand die Untersuchung der Strukturen in Waldkirch. Dafür wurden Gruppendiskussionen mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren (Unternehmen, Initiativen, Vereinen, öffentlichen Einrichtungen, sozialen Organisationen, Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung, Kindern und Jugendlichen) als Erhebungsmethode gewählt, um dem zivilgesellschaftlichen Blick auf das Thema Rechnung zu tragen.

Im Berichtszeitraum wurde eine Koordinationsstelle für Corporate Citizenship am Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung in Freiburg eingerichtet und eine erste Standortanalyse von Waldkirch durchgeführt. Die Durchführung der Gruppendiskussionen, ihre Auswertung und Vorstellung der Ergebnisse in

Waldkirch sind für 2006 geplant, auf deren Grundlage dann eine Übertragung angestrebt wird.

Parallel dazu sollen im Rahmen einer Veranstaltungsreihe interessierte Unternehmergruppen angesprochen und Praxisbeispiele aus der Region vorgestellt sowie ein Rahmen für die Information und Diskussion über Corporate Citizenship geschaffen werden. Hierüber geknüpfte Kontakte können als Ausgangspunkt für die Anbahnung von Projekten in ausgewählten gesellschaftlichen Bereichen in der Modellregion dienen.

**Region Südbaden**

Dr. Martina Wegner (Projektleitung)  
Annkathrin Zimmermann (Projektmitarbeiterin)  
Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung  
Annkathrin Zimmermann  
Bugginger Str. 38  
79114 Freiburg

Telefon: 0761-47812-431  
Telefax: 0761-47812-699  
email: [wegner@zze-freiburg.de](mailto:wegner@zze-freiburg.de),  
[zimmermann@zze-freiburg.de](mailto:zimmermann@zze-freiburg.de)

### Stadt Rottenburg

In der Stadt Rottenburg ist die Fachberatung im Rahmen der Modellregion beim Koordinator für bürgerschaftliches Engagement der Stadt angesiedelt. Erste Gespräche mit Unternehmen und die Anbahnung von Projekten begannen bereits vor dem gemeinsamen Start der Modellregionen, ebenso die Erstellung einer Homepage und die Entwicklung eines Logos.

Rottenburg hat einen Weg über ganz konkrete Corporate Citizenship-Projekte gewählt, die in Zusammenarbeit mit einzelnen Unternehmen und sozialen Einrichtungen initiiert wurden und anhand derer das Thema in die öffentliche Diskussion in der Kommune eingeführt wird. Rottenburg wirbt für das Thema mit dem Motto „Unter Bürgern“ und stellt damit Unternehmen ganz bewusst als Bürgerinnen und Bürger der Stadt dar. Die Stadt geht mit eigenen Beispielen für bürgerschaftliches Engagement in der Verwaltung voran: So wurde in die Ausbildung bei der Stadtverwaltung ein Sozialpraktikum integriert.

Bei einer ersten Auftaktveranstaltung wurde dieses und vier weitere konkrete CC-Projekte aus den Bereichen Bildung, Umwelt, Soziales und Kultur in Rottenburg vorgestellt. Diese Themenfelder sowie der Sport wurden definiert mit dem Ziel, zu jedem eine oder mehrere längerfristige Kooperationen (3-5Jahre) zwischen Unternehmen und Projektträgern anzustoßen.

Die Veranstaltung erfuhr sehr positive Resonanz, Interesse am Thema und Bereitschaft weiterer Unternehmen, sich zu beteiligen, sowie der Wunsch nach einer regelmäßigen Öffentlichkeitsarbeit durch das Projektfachbüro und einer Folge-Veranstaltung im Jahr 2006 wurden ausgesprochen.

Das Projekt „UnterBürgern“ umfasst neben dem erwähnten Sozialpraktikum für Auszubildende, an dem sich inzwischen weitere 5 Unternehmen beteiligen, im Einzelnen das umfangreiche Kooperationsprojekt „Wirtschaft macht Schule“, in dem eine Zusammenarbeit von Unternehmen und Schulen, darunter Haupt-, Realschulen und Gymnasien, realisiert wird, sowie das ökologische Projekt „Rottenburg auf dem Weg zu weniger Müll und mehr Lebensqualität“ und das Bildungsprojekt „Weiterbildung für bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt“ (vgl. homepage [www.unterbuergern.de](http://www.unterbuergern.de)).

Schon vor Beginn des gemeinsamen Startes der Modellregion wurden Gespräche zur Einrichtung einer Steuerungsgruppe geführt, die dann zum offiziellen Start eingerichtet wurde. Sie setzt sich aus lokalen Vertretern der Wirtschaft und sozialen Institutionen (u. a. Vorsitzender des örtlichen Handels- und Gewerbevereins, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungs- und Tourismusgesellschaft, Sprecher des „Bündnisses für Familien Rottenburg“)

zusammen. Die Steuerungsgruppe hat es sich zum Ziel gemacht, eine Bestandsaufnahme von bereits existierendem unternehmerischem Engagement durch Rottenburger Unternehmen durchzuführen, um dieses entsprechend zu würdigen. Seit Beginn des Jahres besteht für Unternehmen aus Rottenburg und Umgebung über eine Online-Umfrage die Möglichkeit über bestehendes Engagement zu berichten. Bisher haben 13 Unternehmen ihre „Aus der Praxis-Portraits“ eingestellt. Bei einer schriftlichen Kurzumfrage der ortsansässigen Unternehmen beteiligten sich 83 von 1000 angeschriebenen Betrieben. Die Auswertung ergab u. a. dass 95% von ihnen engagiert sind, aber nur 11% ihr Engagement öffentlich bekannt machen wollen. Parallel dazu werden weitere Projektideen entwickelt und konkretisiert: Aktionswochen für Familien, Partnerschaft für Pflanzenbeete und Jobpaten etc.

Öffentlichkeitsarbeit wurde u. a. durch Sonderseiten zum Thema in der lokalen Presse betrieben, auf denen sich die bestehenden Projekte präsentieren. Darüber hinaus wurde im Sinne eines Corporate Design eine Anstecknadel („Pin“) an alle Beteiligten verteilt, um für die gemeinsame Sache zu werben. Bei einer Regionalbereisung am 20.12.05 (Technologiepark Tübingen) stellte Oberbürgermeister Klaus Tappeser die Initiative dem Ministerpräsidenten vor. Darüber hinaus wurde die Stadt Rottenburg (zusammen mit der Stadt Reutlingen) von der Bertelsmann-Stiftung eingeladen. Ein Modul des CSR/ CC-Projektes der Bertelsmann-Stiftung sind der Austausch von bundesweit „gelungenen Projekten“.

Im Berichtszeitraum konnten über 25 Unternehmen gewonnen werden, die sich an den Projekten beteiligen. Alle bislang realisierten Projekte sollen weitergeführt bzw. ausgebaut werden. Dazu wurden bereits in den ersten Monaten 2006 weitere Kontakte zu Unternehmen geknüpft und Planungstreffen der bislang Beteiligten durchgeführt.

Im Herbst 2006 ist eine Veranstaltung unter dem Motto "Gute Partner der örtlichen Wirtschaft" für Initiativen, Vereine und Einrichtungen geplant. Sie soll Gelegenheit bieten, sich Konzepte zu erarbeiten, wie Akteure aus dem BE-Bereich sich zu einem attraktiveren Partner für die Wirtschaft entwickeln können. Eine Folgeveranstaltung in Anlehnung an die Marktplatzmethode der Stiftung Bertelsmann ist für 2007 geplant. Dabei können Engagierte, Vereine, Initiativen und Engagierte mit Projektideen mit örtlichen Unternehmen aus allen Branchen zusammenkommen, Kontakte knüpfen und neue Projekte ausgehandelt bzw. entwickelt werden.

### **Rottenburg**

Jürgen Rohleder (Projektleitung)  
Daniela Theuer Linke (Projektassistenz)  
Stadtverwaltung Rottenburg am Neckar

Jürgen Rohleder  
Koordinator für bürgerschaftliches Engagement

Marktplatz 18  
72108 Rottenburg  
email: [juergen.rohleder@rottenburg.de](mailto:juergen.rohleder@rottenburg.de)  
Homepage: [www.unterbuergern.de](http://www.unterbuergern.de)

Telefon: 07472-165419  
Telefax: 07472-165390  
[daniela.theuer@web.de](mailto:daniela.theuer@web.de)

### **Stadt Reutlingen**

In Reutlingen ist das Projektbüro Corporate Citizenship im Rahmen der Modellregion ebenfalls bei der Verwaltung, bei der Stabsstelle Bürgerengagement der Stadt angesiedelt. Reutlingen setzt auf unterschiedliche Bausteine in der Projektarbeit: Nutzung kommunaler Strukturen, Unternehmensumfrage und Unternehmenskontakte, Information und Begleitung von Non-Profit-Organisationen, das Projekt „Jobpatenschaften für Reutlingen“ und auf Information und Werbung. Die Nutzung kommunaler Strukturen wird zur gezielten und projektbezogenen Förderung von unternehmerischem bürgerschaftlichem Engagement eingesetzt. Deshalb ist neben den Unternehmen und dem Non-Profit-Bereich auch die Verwaltung in alle Prozesse einbezogen. Neben der internen Vernetzung mit dem Amt für Wirtschaft und Immobilien ist darüber hinaus die Zusammenarbeit mit den Kammern und den Verbänden zentral.

Wichtige Ausgangsvoraussetzung am Modellstandort war für die Stadt, dass sie mit dem Projekt Azubi-Volunteering bereits positive Erfahrungen gesammelt hatte. Sie hat mit Unternehmen in Reutlingen ein Programm gestartet, bei dem Auszubildende der Betriebe ein Kurzpraktikum in einer sozialen, kulturellen oder ökologischen Einrichtung absolvieren.

In der Anfangsphase stand das Werben und Informieren über Corporate Citizenship und dessen Potential für die Lebensqualität der Stadt im Vordergrund. Dafür wurde ein Logo, ein Faltblatt und eine Homepage ([www.engagiert.reutlingen.de](http://www.engagiert.reutlingen.de)) für das Modellprojekt in der Region gestaltet. Die Homepage dient als Austauschplattform und zur Präsentation von Best-practice-Beispielen. Die Unternehmen können ihr Engagement über die Homepage des Projektfachbüros veröffentlichen, darüber werben und dadurch auch andere Unternehmen zu weiterem Engagement motivieren. Mit einem Newsletter berichtet das Projektbüro aktuell und regelmäßig

über seine Aktivitäten, aber vor allem über neues unternehmerisches freiwilliges Engagement.

Um einen ersten Überblick über bestehendes Engagement zu bekommen, wurde in Reutlingen eine Unternehmensbefragung durchgeführt. Von 500 angeschriebenen ortsansässigen Unternehmen beteiligte sich rund jedes Zehnte. Mehr als drei Viertel (77%) der Unternehmen gaben an, sich für das Gemeinwesen zu engagieren. Bei der Ausgangsfrage nach dem Engagement im Unternehmen wurde angegeben, dass jedes zweite Unternehmen seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Ausübung eines Engagements unterstützt und ebenso jedes zweite Unternehmen mehr Azubis ausbildet, als im Betrieb benötigt werden. Im Anschluss an die Befragung wurde mit einzelnen Unternehmen Kontakt aufgenommen, um mehr über deren Engagement zu erfahren und Projektideen für neue CC-Initiativen zu entwickeln. Vorhandene Projektbeispiele des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements werden dokumentiert.

Wie aktiv die Unternehmen in Reutlingen zum Teil bereits sind, wurde beispielhaft bei einem Werkstattgespräch mit einer Reutlinger Unternehmerin deutlich, das anlässlich des ersten Frauenwirtschaftstag Baden-Württemberg 2005 stattfand. Es war die erste öffentliche Präsentation des Reutlinger Projektbüros im Rahmen des Modellprojekts.

Vorreiter war Reutlingen mit seinem Workshop für Non-Profit-Organisationen. Eingeladen waren verschiedene Vertreterinnen und Vertreter aus sozialen, kulturellen und ökologischen Einrichtungen mit den Zielen, Projektideen zu entwickeln für eine Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen und über die eigenen Kernkompetenzen der Organisation nachzudenken, die in Kooperationsprojekte mit Unternehmen eingebracht werden können. Ausgewählter Gastgeber war die BruderhausDiakonie Reutlingen. Die Veranstaltung, die auf große Resonanz stieß, wird in selektiven Einzelgesprächen mit den teilnehmenden rund 40 Organisationen nachbereitet. Das Interesse an Kooperationsmöglichkeiten mit der Wirtschaft ist groß. Ebenso besteht aber ein Wunsch nach Begleitung und Unterstützung durch das Fachbüro. Dies wird eine der zukünftigen Aufgaben der Fachberaterin und ihres Teams sein.

Während des Berichtszeitraums ging das Vorhaben „Jobpatenschaften in Reutlingen“ an den Start. Dieses zentrale Projekt stellt eine Art Türöffner für die Idee eines nachhaltigen Engagements der Unternehmen mit (Haupt)Schulen dar. Bereits während der Pilotphase wurden mehrere Tandems Paten und Paten-Jugendliche

aktiv. Für 2007 ist geplant, dass sich weitere Kooperationspartner in diesem Feld engagieren.

Die Stadt Reutlingen wurde zusammen mit der Stadt Rottenburg von der Bertelsmann-Stiftung in die Gruppe „Gute Beispiele,“ eingeladen. Ein Modul des CSR/ CC-Projektes der Bertelsmann-Stiftung sind der Austausch von bundesweit „gelungenen Projekten“.

Im Jahr 2007 ist weiter geplant die begonnenen Projekte zu intensivieren, d.h. die Kontakte und Gespräche mit Unternehmen und Non-Profits werden weitergeführt und ausgebaut. Außerdem ist Reutlingen für die geplante zentrale Veranstaltung des Modellprojekts Austragungsort.

### **Reutlingen**

Frau Dr. Ursula Weber (Projektleitung)  
Frau Petra Mitschke (Projektführung)  
Frau Susanne Hecht (Projektassistenz)

Stadt Reutlingen  
Stabsstelle Bürgerengagement  
Projektfachbüro Corporate Citizenship  
Dr. Ursula Weber  
Marktplatz 22  
72764 Reutlingen

Telefon: 07121-303-5771  
Telefax: 07121-303-5773

E-Mail: [engagiert@reutlingen.de](mailto:engagiert@reutlingen.de).  
Homepage: [www.engagiert.reutlingen.de](http://www.engagiert.reutlingen.de).

### **Ein Thema – viele Wege**

Die Modellregionen haben die Erwartung eingelöst, unterschiedliche Sichtweisen und Wege zur Förderung von Corporate Citizenship in einem zivilgesellschaftlichen Sinne zu entwickeln. Der Zugang zu Unternehmen, mit dem Ziel, sie als wichtige Partner in die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens am Standort und in der Region bewusster einzubeziehen, scheint auf unterschiedliche Weise zu gelingen.

Interessant ist – bei einer großen Schnittmenge an Gemeinsamkeiten (Bestandsaufnahme, Netzwerkbildung, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen etc.) - die Akzentuierung der Vorgehensweisen: die Vorstellung und das Werben für die Beteiligung an konkreten Projektideen in Rottenburg, die Einladung zum Austausch über das Thema mit anderen Unternehmen und gesellschaftlichen Akteuren in der Bodenseeregion, das Angebot einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne mit einer starken Betonung des betriebswirtschaftlichen Nutzens von CC im Rhein-Neckar-Dreieck, der Zugang über die Kommune und die Einbindung von Unternehmen in Netzwerke einer lokalen Engagementkultur in Südbaden sowie die Schulung von Non-Profit-Organisationen und die bilaterale Begleitung von entstehenden Kooperationen in Reutlingen.

Es zeigt sich, dass Corporate Citizenship in Baden-Württemberg viele Facetten hat, Unternehmen sich auf sehr unterschiedliche Weise ansprechen lassen, ein Großteil von ihnen wenig Interesse an Öffentlichkeitsarbeit hat, sich das Thema aber nach und nach auch bei Unternehmensverbänden, Wirtschaftsförderern und Kammern etablieren lässt. Für den weiteren Verlauf wird wichtig sein, das Verständnis von Corporate Citizenship zu schärfen und die Qualität von Projekten zu prüfen, um das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen im Sinne der Zivilgesellschaft zu fördern. Darüber hinaus wird interessant, ob ein spezifischer Ansatz der praktischen Förderung auch eine spezifische Art von Unternehmensengagement bewirkt.

Das bis 2008 laufende Modellprojekt Unternehmen BE wird ausführlich dokumentiert und hat zum Ziel, ein Handbuch zu erstellen, das die Verschiedenheit der Wege aufzeigt, best-practice Beispiele dokumentiert und Leitlinien für die Anbahnung von Kooperationsprojekten mit Unternehmen formuliert. Dadurch soll eine Übertragbarkeit der gewonnenen Erkenntnisse in andere Regionen des Landes gewährleistet werden.

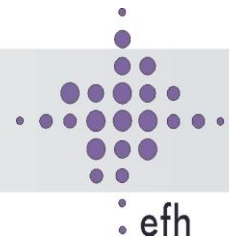


---

## **B Empirische Zugänge zur Bürgergesellschaft**

- 1. Engagement in Baden-Württemberg  
– Ergebnisse der landesspezifischen Auswertung  
des Freiwilligensurvey –**





## **Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg**

### **Landesauswertung**

#### **zu den Ergebnissen des 2. Freiwilligensurvey 2004**

durchgeführt im Auftrag des  
Ministeriums für Arbeit und Soziales und des  
Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport  
des Landes Baden-Württemberg

Hans Hoch  
Thomas Klie  
Martina Wegner

Juli 2006

---

**Liebe bürgerschaftlich und ehrenamtlich Engagierte,  
liebe Leserinnen und Leser,**

die Leistungen der bürgerschaftlich und ehrenamtlich engagierten Menschen in den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen sind für uns unentbehrlich. Unser Gemeinwesen und unsere Demokratie leben davon, dass sich Menschen immer wieder neu einbringen, anstehende Aufgaben in eigener Verantwortung mit anpacken und Ideen zur Gestaltung unserer Gesellschaft selbst entwickeln und voranbringen. Eine starke Bürgergesellschaft braucht deshalb Bürgerengagement und Ehrenamt. Die Stärkung der Bürgergesellschaft bedeutet aber nicht einen Rückzug des Staates, sondern eine neue Verantwortungsteilung von Staat und Gesellschaft. Diese neue Verantwortungsteilung bietet auch die Chance für mehr Eigeninitiative, Selbstorganisation und Selbstbestimmung engagierter Bürgerinnen und Bürger.

In Baden-Württemberg sind Tag für Tag fast 4,5 Millionen Menschen in ihrer Freizeit freiwillig und unentgeltlich für andere Menschen oder in gemeinschaftlichen Projekten aktiv. Das sind 42% der Bevölkerung. Damit sind wir in Baden-Württemberg bundesweit Spitzenreiter – und das schon seit Jahren. Diese beeindruckenden Zahlen für Baden-Württemberg stammen aus der Landesauswertung des 2. Freiwilligensurveys – einer repräsentativen Erhebung zu bürgerschaftlichem Engagement, Ehrenamt und Freiwilligenarbeit – der Bundesregierung.

Die Landesauswertung für unser Land belegt eindrucksvoll, dass die Unterstützung und Förderung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements durch die Landesregierung greift. So beginnen die Menschen in Baden-Württemberg schon früh mit einem freiwilligen Engagement. Deutlich mehr als die Hälfte der Engagierten üben schon im Alter von 6 bis 20 Jahren, also in sehr jungen Jahren, eine freiwillige Tätigkeit aus. In keinem anderen Bundesland sind mehr junge Menschen in dieser Altersgruppe aktiv und engagieren sich. Das immer noch weit verbreitete Vorurteil von der „ichbezogenen“ Einstellung junger Menschen wird damit sehr deutlich widerlegt.

Die Schwerpunkte des Engagements finden sich in Gemeinschaftsaktivitäten auf den Feldern „Sport und Bewegung“ (43%), „Kultur und Musik“ (24%) sowie „Freizeit und Geselligkeit“ (28%). Aber auch in den Bereichen „Schule oder Kindergarten“ (13%), „sozialer Bereich“ (14%), „außerschulische Jugendarbeit oder Bildungsarbeit für Erwachsene“ (10%) sowie bei „Kirche und dem weiteren

religiösen Bereich“ (15%) arbeiten viele Menschen freiwillig mit. Nicht zuletzt dieser ehrenamtliche Einsatz der Bürgerinnen und Bürger macht Baden-Württemberg zu einem so lebenswerten Land.

Wir sind sicher, dass diese und weitere Erkenntnisse aus der Studie interessante Anstöße für die künftige Diskussion über die Entwicklung von Bürgerengagement und Ehrenamt in Baden-Württemberg geben werden. Sie können sicher sein, dass wir die Tatkraft und die Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger im Land auch weiterhin sehr einfallsreich und aktiv unterstützen werden.



Dr. Monika Stolz MdL  
Ministerin für Arbeit und Soziales



Georg Wacker MdL  
Staatssekretär im Ministerium  
für Kultus, Jugend und Sport  
Ehrenamtsbeauftragter der Landesregierung

---

## Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg

Landesauswertung zu den Ergebnissen des 2. Freiwilligensurvey 2004

### Inhaltsverzeichnis

Die Ergebnisse im Überblick .....	304
Grundlagen der Analyse .....	309
1. Einleitung .....	312
2. Entfaltung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements .....	313
2.1 Gemeinschaftsaktivität .....	313
2.2 Engagementquote.....	315
2.3 Bereitschaft zum freiwilligen Engagement bei nicht Engagierten .....	319
2.4 Zusätzliche Engagementpotenziale bei schon freiwillig Engagierten .....	319
3. Bereiche und regionale Differenzierung des freiwilligen Engagements .....	320
3.1 Bereiche des Freiwilligen Engagements .....	320
3.2 Engagierte nach Siedlungsgebieten in Baden-Württemberg .....	322
4. Soziodemografische Merkmale des Engagements .....	323
4.1 Freiwilliges Engagement nach Geschlecht und Altersgruppen .....	323
4.2 Freiwilliges Engagement der Bürgerinnen und Bürger ab 55 Jahre.....	325
4.3 Engagementbereiche nach Geschlecht.....	326
4.4 Weibliche und männliche Engagierte nach Alter .....	327
4.5 Bereitschaft zum freiwilligen Engagement nach Geschlecht und Alter .....	329
4.6 Beginn mit Engagement.....	330
4.7 Freiwilliges Engagement und Bereitschaft zum Engagement nach Erwerbsstatus .....	331
5. Motive für freiwilliges Engagement .....	333
5.1 Selbstverständnis der Engagierten .....	334
5.2 Erwartungen an freiwilliges Engagement .....	335
6. Strukturen des freiwilligen Engagements.....	337
6.1 Organisationsform der freiwillig Tätigen .....	337
6.2 Zeitliche Ausdehnung des Engagements und Zeitaufwand für freiwillige Tätigkeiten.....	338
6.3 Zeitaufwand für die freiwilligen Tätigkeiten und Tageszeiten des Engagements .....	339
7. Zugänge zum freiwilligen Engagement und aktueller Anstoß.....	341
7.1 Zugänge zum freiwilligen Engagement .....	341

7.2	Aktueller Anstoß zum Engagement.....	344
8.	Rahmenbedingungen des freiwilligen Engagements .....	345
8.1	Unterstützung des freiwilligen Engagements durch Arbeitgeber .....	345
8.2	Wünsche an die Organisationen .....	346
8.3	Forderungen an Staat, Politik und Öffentlichkeit.....	348
9.	Detailanalysen zur kulturellen und sozialstrukturellen Einbettung des Engagements .....	350
9.1	Kirchenbindung .....	350
9.2	Wohn- und Lebensbedingungen .....	352
9.3	Familienfaktor und sozialer Zusammenhalt .....	352
9.4	Soziale Netzwerke und Kooperation .....	354
9.5	Wohlstand als Indikator für Engagement.....	356
9.6	Der Einfluss von Bildung auf Engagement .....	356
10.	Steigende Anforderungen an bürgerschaftlich und ehrenamtlich Engagierte .....	358
11.	Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlusswürdigung.....	359
12.	Wirkfaktoren des bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements .....	361
13.	Empfehlungen .....	363
14.	Literatur .....	366
	Abbildungsverzeichnis (summativ) .....	366

---

## Die Ergebnisse im Überblick

Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement, das sich aus der Mitte der Gesellschaft selbst organisiert, erbringt vielfache Leistungen an die Gesellschaft zum Wohl und Nutzen der Menschen. Freiwilliges Engagement ist dabei stark durch Engagement im sozialen Nahraum, d.h. im persönlichen Lebensumfeld gekennzeichnet. Der sozio-kulturelle, ökologische und ökonomische Wert, sprich die Ausbildung von sozialem, ökologischem und ökonomischem Kapital kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Landesstudie zu den Ergebnissen des Freiwilligensurvey 2004 für Baden-Württemberg ergibt, dass in diesem Bundesland 73% der Bevölkerung ab 14 Jahren aktiv sind in Gruppen, Vereinen, Organisationen und öffentlichen Einrichtungen und damit 3 Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt. Diese „Gemeinschaftsaktivitäten“ sind folglich im Lande stark verbreitet. Das heißt auch, dass in Baden-Württemberg nur relativ wenige Bürgerinnen und Bürger nicht in Gemeinschaftsaktivitäten oder Engagement einbezogen sind: die Quote der Nichtaktiven sank von 29% (1999) auf 27% (2004).

Die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement, d.h. der Übernahme von ehrenamtlichen bzw. freiwillig gewählten Aufgaben in Initiativen/ Gruppen, Vereinen und weiteren Assoziationen des dritten Sektors, ist im Zeitraum von 1999 bis 2004 in Baden-Württemberg von 40% auf 42% angestiegen. Auch diese Quote liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 36%. Baden-Württemberg weist damit unter allen Bundesländern die höchste Engagementquote auf, gefolgt von Hessen (39%) und Rheinland-Pfalz (39%). Im Mittelfeld sind die Bundesländer Bayern (37%), Niedersachsen (37%) und Nordrhein-Westfalen (35%) angesiedelt. Die Engagementquote der weiteren Bundesländer bewegt sich zwischen 34% und 30%.

Darüber hinaus zeigt sich für Baden-Württemberg weiter, dass trotz einer bereits hoch entwickelten Engagementquote die Quote derjenigen Baden-Württemberger, die prinzipiell zum freiwilligen Engagement „bestimmt bereit“ wären von 1999 auf 2004 nochmals von 9% auf 12% angestiegen ist; die Quote derjenigen, die „eventuell“ zum freiwilligen Engagement bereit wären, stieg im entsprechenden Zeitraum von 19% auf 20% an. Gegenüber 1999 ist unter den Engagierten die Gruppe, die sich noch eine Erweiterung ihres Engagements vorstellen kann um 2 Prozentpunkte angestiegen. Damit offenbart sich, dass bei bereits hoher Engagementquote in Baden-



Württemberg (42%) das externe und interne Potenzial für zusätzliches Engagement recht ausgeprägt ist.

Nach Geschlecht unterschieden zeigt sich in Baden-Württemberg eine beachtliche Entwicklung bei den Frauen, deren Engagementquote von 1999 bis 2004 von 37% auf 42% angestiegen ist und damit das Niveau der männlichen Engagierten (42%) erreicht. In Baden-Württemberg liegen damit 2004 die Engagementquoten von Männern und Frauen mit 42% gleichauf, während sie auf Bundesebene weiter stark differieren.

Bei Betrachtung der Entwicklung des Engagements nach Altersgruppen zeigt sich vor allem in der jüngsten Altersgruppe von 14 bis 30 Jahren von 1999 bis 2004 eine deutliche Erhöhung der Engagementquote von 39% auf 46%; diese Entwicklung wird noch durch die Altersgruppe der 46- bis 65jährigen übertroffen, in der 2004 jede zweite Baden-Württembergern und Baden-Württembergern (50%) freiwillig engagiert ist. Eine leichte Steigerung von 29% auf 30% zeigt sich auch für die Altersgruppe der über 66jährigen. Dagegen ist für die Altersgruppe der 31- bis 45jährigen eine rückläufige Tendenz von 46% (1999) auf 41% (2004) zu konstatieren.

In Baden-Württemberg beginnen die Menschen schon früh mit einem freiwilligen Engagement. Deutlich mehr als die Hälfte der Engagierten (55%) übten schon im Alter von 6 - 20 Jahren, also in jungen Jahren, eine freiwillige Tätigkeit aus, während hier auf Bundesebene „nur“ eine Quote von 50% erreicht wird. In keinem anderen Bundesland beginnen so viele junge Menschen so früh mit einem Engagement. Die Zugangswege zum Engagement sind sehr unterschiedlich. In Baden-Württemberg haben sich überdurchschnittlich viele Menschen bereits in ihrer Jugendzeit engagiert. Viele haben Anstöße und Hinweise von anderen erhalten. Die Anlaufstellen für Engagement gewinnen an Bedeutung.

Hinsichtlich des Engagements in Stadt und Land sind weiterhin Unterschiede zu konstatieren: die Engagementquote ist in den ländlichen Gebieten im Vergleich zu den städtischen Randgebieten und städtischen Kerngebieten stark gewachsen.

Freiwilliges Engagement findet in den verschiedensten gesellschaftlichen Feldern statt und ist folglich durch eine beeindruckende Pluralität des Engagements in den unterschiedlichsten Engagementbereichen gekennzeichnet.

---

Überdurchschnittlich stark engagieren sich die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg in den Bereichen Sport und Bewegung (15%), gefolgt von den Engagementfeldern kirchlich/ religiöser Bereich (9%) und Kultur und Musik (9%), Schule/ Kindergarten (8%), sowie vom sozialen Bereich (7%). Im Bereich Freizeit und Geselligkeit (5%), Unfall- und Rettungsdienst/ freiwillige Feuerwehr (3%) und außerschulische Jugendarbeit bzw. Bildungsarbeit für Erwachsene (3%) sind im Vergleich dazu weniger Menschen engagiert, ebenso im Engagementfeld Umwelt- und Naturschutz (4%) und politischen Bereich (3%), sowie im Gesundheitsbereich (1%).

Ferner zeigt sich, dass Frauen und Männer in den Engagementfeldern unterschiedlich präsent sind. In den Bereichen Schule/ Kindergarten, im sozialen und kirchlich-religiösen Bereich sowie im Gesundheitsbereich sind Frauen deutlich stärker vertreten als Männer. Das Engagement der Frauen erscheint weiter stärker familienbezogen als das der Männer.

Freiwilliges Engagement entfaltet sich unter unterschiedlichen organisatorischen Rahmenbedingungen. Am häufigsten stellen Vereine und Verbände Organisationen dar, in deren Rahmen freiwilliges Engagement ausgeübt wird. Von Bedeutung sind gerade auch in Baden-Württemberg kirchliche und religiöse Vereinigungen sowie Kommunale Anlaufstellen. Hinzu kommen informelle Organisationsformen, Selbsthilfegruppen und Initiativen. Weniger Bedeutung kommt den Parteien und Gewerkschaften als Orten des freiwilligen Engagements zu.

Freiwilliges Engagement bedeutet für über zwei Drittel (67%) der Engagierten, die „Gesellschaft im Kleinen mitzugestalten“. Ein wichtiges Motiv ist darüber hinaus, „mit anderen zusammenzukommen“ (62%) oder das Bewusstsein, dass man sich für eine Aufgabe engagiert, „die gemacht werden muss“ (44%). Mehr als ein Drittel der Engagierten (36%) ist mehrmals pro Woche engagiert, mehr als die Hälfte (54%) einmal pro Woche bzw. mehrmals im Monat.

Die Motive, aus denen heraus Menschen sich engagieren, sind klar akzentuiert: Es geht den Engagierten darum, etwas für das Gemeinwohl zu tun und anderen Menschen zu helfen. Darüber hinaus wird geäußert, dass die Tätigkeit Freude macht und man mit sympathischen Menschen in Kontakt kommt. Wichtig ist für viele Engagierte auch, die eigenen Kenntnisse und Erfahrungen zu erweitern. Kaum eine Rolle spielt der eigene Nutzen.

Rund jede/r zweite Engagierte (47%) spricht von „Freiwilligenarbeit“, wenn er seine freiwillige Tätigkeit benennt. Ähnlich häufig (42%) wird von „Ehrenamt“

gesprächen und etwas mehr als jeder zehnte Engagierte (11%) bezeichnet seine Aktivitäten mit „Bürgerschaftlichem Engagement“. Seltener werden Begriffe wie „Initiativen/ Projektarbeit“ (8%) oder Selbsthilfe (2%) zur Bezeichnung der eigenen Aktivitäten gewählt. Dabei ist für Baden-Württemberg zu verzeichnen, dass die Bezeichnung des Engagements als „Bürgerschaftliches Engagement“ von 1999 (7%) auf 2004 (11%) um 4 Prozentpunkte angestiegen ist.

Die weit überwiegende Anzahl der Engagierten fühlt sich den Anforderungen des freiwilligen Engagements gewachsen. Dennoch wird von den freiwillig Tätigen geäußert, dass die Anforderungen an freiwilliges Engagement steigen. Dies bedeutet, dass Qualifizierung ein wichtiger Bestandteil des Engagements bleiben wird. Der Wunsch, an Weiterbildungsangeboten teilzunehmen, nimmt gerade auch in Baden-Württemberg tendenziell zu. In Baden-Württemberg spielt die Monetarisierung freiwilligen Engagements eine untergeordnete Rolle; im Vordergrund stehen nicht Vergütungen, sondern Aufwandsentschädigungen für freiwilliges Engagement. Nur in geringem Umfange finden sich Sachzuwendungen.

Weiterhin zeigen sich in Baden-Württemberg gute Rahmenbedingungen für ehrenamtliches, freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement, die auf überdurchschnittliche Ressourcen an sozialem, kulturellem und ökonomischem Kapital zurückzuführen sind:

Nahezu die Hälfte (47%) bezeichnen die Wohn- und Lebensbedingungen in Baden-Württemberg als „sehr gut“; die entsprechende Quote für alle Befragten liegt bei 38%. Kein anderes Bundesland erreicht eine solch ausgeprägt positive Wertung.

Auch bei der Einschätzung des „sozialen Zusammenhalts“ kommen die Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in Baden-Württemberg zu einer deutlich besseren Bewertung als auf Bundesebene. Mehr als jede/r fünfte (23%) Teilnehmer/-in aus dem Lande bezeichnet den sozialen Zusammenhalt als „sehr gut“ und 40% als „eher gut“.

Auch was die Ausprägung der sozialen Netzwerke angeht, angezeigt durch die Größe des Freundes- und Bekanntenkreises am Wohnort, erreichen Befragte aus Baden-Württemberg mit Abstand die höchsten Werte. Als „sehr groß“ bezeichnen 30% der Baden-Württemberger ihren Freundes- und Bekanntenkreis, die entsprechende Quote liegt für die Bundesebene bei 25%.

---

Der Freiwilligensurvey zeigt des Weiteren eine Zunahme des Engagements benachteiligter Bevölkerungsgruppen, wie bspw. erwerbsloser Menschen. Nach wie vor jedoch liegt der Anteil erwerbsloser Personen unter dem der Vergleichsgruppen. Dies bedeutet im Trend, dass bürgerschaftliches Engagement schichtenübergreifend wirksam wird und somit der soziale Zusammenhalt über alle Bevölkerungsschichten hinweg gestärkt werden kann. Hier steht die Entwicklung jedoch erst am Anfang. Weniger aufschlussreich sind die Ergebnisse zum Thema Integration von Zuwanderern, da dafür im Freiwilligensurvey Migrantinnen und Migranten nicht in ausreichender Zahl vertreten sind.

## Grundlagen der Analyse

Was ist der Freiwilligensurvey?

Das Meinungsforschungsinstitut *TNS Infratest Sozialforschung* führte im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in den Jahren 1999 und 2004 den Freiwilligensurvey durch. Dabei handelt es sich um eine repräsentative Telefonumfrage zum ehrenamtlichen und freiwilligen Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Die Erhebungen des Freiwilligensurvey berücksichtigen sowohl klassische ehrenamtliche Tätigkeiten der Bürgerinnen und Bürger als auch solche, die als „Freiwilligenarbeit“ oder „bürgerschaftliches Engagement“ bezeichnet werden, sowie die vielfältigen Formen der Selbsthilfe und der Initiativen- und Projektarbeit. In den Ergebnisberichten von Infratest wird für diese verschiedenen Formen des Engagements generell der Oberbegriff des „Freiwilligen Engagements“ gewählt.

In den Freiwilligensurvey 1999 und 2004 waren jeweils rund 15.000 Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren einbezogen auf der Grundlage einer Zufallsstichprobe. Diese umfangreiche Datenbasis ermöglicht, „einerseits das Gesamtfeld des freiwilligen Engagements zu erfassen, andererseits aber auch die Vielfalt und die Differenzierungen innerhalb des Feldes aufzuzeigen“ (Rosenblatt 2001: 17).

Die beiden Untersuchungen stellen die bisher umfassendsten Untersuchungen zum Thema freiwilligen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland dar. Speziell für die Analysen des freiwilligen Engagements in Baden-Württemberg waren im Jahr 1999 1869 Bürgerinnen und Bürger und 2004 1836 Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahre in die Untersuchung einbezogen. Auf dieser Grundlage legt das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) eine landesspezifische Auswertung des Freiwilligensurvey für Baden-Württemberg vor, um die besonderen Entwicklungen des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg sichtbar zu machen.



### **Zur Unterscheidung von Gemeinschaftsaktivität und Engagement**

Bürgerinnen und Bürger haben vielfältige Möglichkeiten, sich in Gruppen, Vereinen, Organisationen und Einrichtungen zu beteiligen. Diese aktive Beteiligung im öffentlichen Raum der Organisationen und Einrichtungen ist zwar noch kein freiwilliges Engagement, aber oft die Voraussetzung dafür. Die aktive öffentliche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger bezeichnet der Freiwilligen-survey als „Gemeinschaftsaktivität“. Eine Person, die z.B. in einer Mannschaft im Sportverein spielt oder sich an einer Freizeitgruppe beteiligt, ist gemeinschaftlich aktiv. Wird diese Person im Verein auf eine Trainerfunktion hin angesprochen, übernimmt sie damit eine qualitativ andere Tätigkeitsform, die der Freiwilligen-survey als freiwilliges Engagement bezeichnet. Das betrifft auch die erwähnte Person in der Freizeitgruppe, wenn sie z.B. die Funktion des Kassenswarts ausübt. Denselben Unterschied gibt es zwischen zwei Jugendlichen, von denen der eine sich in einer Jugendgruppe als Mitglied ohne weitere Pflichten beteiligt und der andere die Leitung oder andere Funktionen in einer solchen Gruppe übernommen hat. Der eine ist „nur“ teilnehmend aktiv, der andere freiwillig engagiert (vgl. Gensicke et al 2005: 35).

Es ist eine wichtige Qualität der Zivilgesellschaft in Deutschland, dass es vielen Menschen nicht genügt, sich als „Privatmensch“ auf den Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis zu beschränken oder nur Erwerbsinteressen zu verfolgen, und dass es deshalb eine breite öffentliche Beteiligung gibt. Es soll damit herausgehoben und gewürdigt werden, dass ein Teil der aktiv Beteiligten zusätzlich bestimmte Ämter, Aufgaben oder Arbeiten übernimmt, die längerfristig binden und verpflichten. Diese Menschen erbringen im Rahmen der Zivilgesellschaft besondere Leistungen, die der Freiwilligen-survey darstellt und würdigt (vgl. Gensicke et al 2005: 36).

---

## 1. Einleitung

Die Frage nach der Zukunft der Bürgergesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements gehört zu den zentralen Themen gegenwärtiger Gesellschaftspolitik, gerade auch in Zeiten eines tief greifenden gesellschaftlichen Wandels, in welchem die Verantwortungsteilung aller gesellschaftlichen Kräfte neu diskutiert und in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements ermessens und gewürdigt wird.

Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe und vielfältige Formen bürgerschaftlichen Engagements haben in Deutschland eine lange Tradition und sind in vielen gesellschaftlichen Bereichen von großer Bedeutung. Erst in den letzten Jahren aber beginnt sich ein Bewusstsein herauszubilden, das die Vielzahl der einzelnen Bereiche, Formen und Initiativen als Ganzes sieht und als ein zivilgesellschaftliches Handlungs- und Entwicklungsfeld eigener Art begreift, das einer gründlichen Analyse bedarf.

Wir erleben täglich den mannigfachen Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern für die Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement, sprich eine aktive Bürgergesellschaft, stellt eine wichtige Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft dar. Um die Erscheinungsformen und Entwicklungen des freiwilligen Engagements zu beleuchten sind empirische Studien erforderlich, die einen soliden Aufschluss über den Stand des freiwilligen Engagements erbringen.

Der Freiwilligensurvey, erstmals im Jahr 1999 als eine repräsentative Studie zum freiwilligen Engagement der Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland im Wege einer Telefonbefragung durchgeführt und 2004 wiederholt, liefert eine solche Grundlage.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat das Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest Sozialforschung 2004 den zweiten Freiwilligensurvey in Form einer repräsentativen telefonischen Umfrage bei rund 15.000 Bürgerinnen und Bürgern ab 14 Jahren durchgeführt. Zu dieser Folgeuntersuchung zum ehrenamtlichen und freiwilligen bürgerschaftlichen Engagement in der Bundesrepublik Deutschland (Freiwilligensurvey) sind inzwischen mehrere Berichte veröffentlicht (vgl. Gensicke 2005, Gensicke et al 2006).

Mit den Daten des bundesweiten Freiwilligensurvey 2004 ist es auch möglich, länderspezifische Analysen durchzuführen. Diese sind in zweifacher Hinsicht bedeutsam: Zum einen ermöglichen sie mit Bezug auf Merkmale des Engage-



ments eine vergleichende Perspektive zwischen den Bundesländern, zum anderen kann sich das einzelne Bundesland bezüglich der Ergebnisse ins Verhältnis setzen zu den bundesweiten Resultaten. Diese vergleichenden Analysen sind nicht primär im Horizont von „besser“ oder „schlechter“ von Bedeutung, sondern vor allem in Hinsicht auf mögliche Eigenheiten, die eventuelle Unterschiede zwischen den Bundesländern erklären können.

Im Folgenden werden wichtige Ergebnisse für Baden-Württemberg dargestellt. Vor dem Hintergrund seines Auftrags der wissenschaftlichen Begleitung und Analyse des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg bewertet und interpretiert das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) diese Ergebnisse auch in ihrem besonderen Kontext.

## **2. Entfaltung des ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagements**

### **2.1 Gemeinschaftsaktivität**

Insgesamt ist mit Blick auf die bundesweiten Ergebnisse die Gemeinschaftsaktivität im Bund von 66% im Jahre 1999 um 4 Prozentpunkte auf 70% im Jahr 2004 angestiegen (Abb. 1). Dies bedeutet, dass 2004 70% der Bevölkerung ab 14 Jahren über ihre schulische oder berufliche Ausbildung hinaus bzw. neben ihren beruflichen und privaten Verpflichtungen und Interessen aktiv in Initiativen und Gruppen, Vereinen und/oder Kirchen und religiösen Vereinigungen, aber auch in Verbänden, Parteien und Gewerkschaften beteiligt bzw. in mindestens einem der im Freiwilligensurvey nachgefragten 14 Engagementfelder (siehe Punkt 3 in diesem Beitrag) gemeinschaftlich aktiv sind.

In Baden-Württemberg sind 2004 73% der Bevölkerung ab 14 Jahren aktiv in Gruppen, Vereinen, Organisationen und öffentlichen Einrichtungen beteiligt und damit 3 Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt (Abb. 2). Diese „Gemeinschaftsaktivitäten“, die auf der aktiven Zugehörigkeit zu Gruppen und Organisationen basieren, sind folglich im Lande noch stärker verbreitet als über die Bundesrepublik insgesamt betrachtet.

Abb. 1

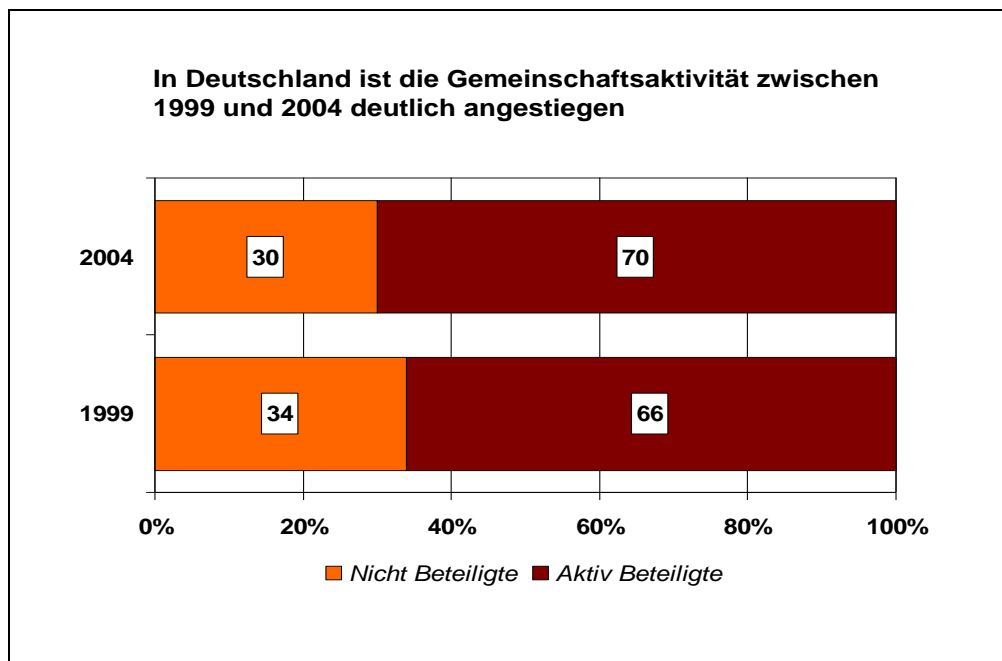
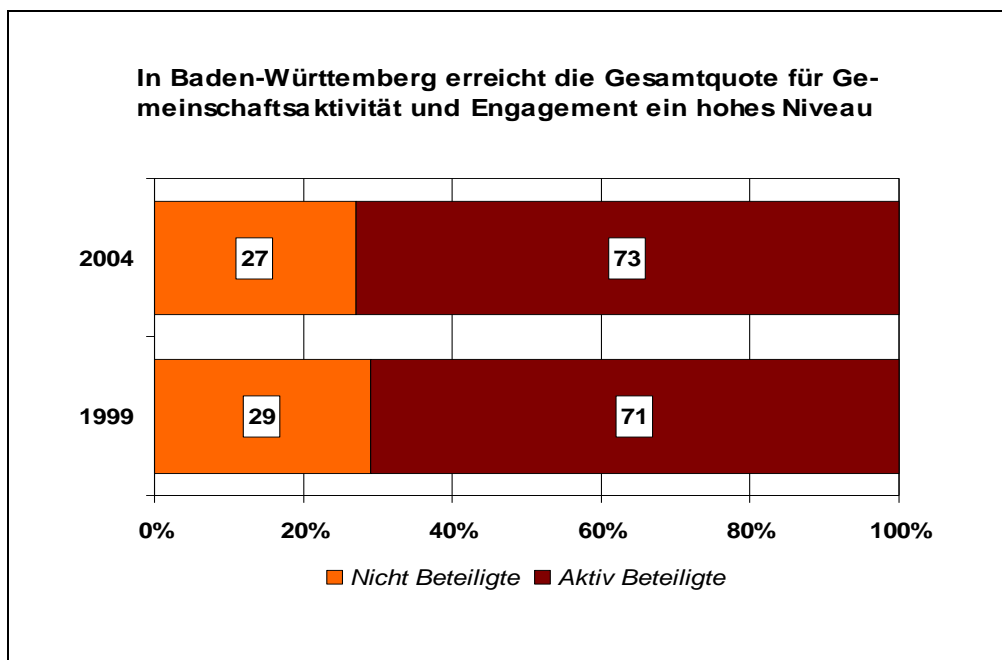


Abb. 2



## 2.2 Engagementquote

Engagiert ist, wer nicht nur in einem der nachgefragten Engagementfelder „gemeinschaftlich aktiv“ ist, sondern auch Aufgaben und Arbeiten übernommen hat, die unbezahlt bzw. gegen eine geringe Aufwandsentschädigung wahrgenommen werden.

Die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement, d.h. der Übernahme von ehrenamtlichen bzw. freiwillig gewählten Aufgaben in Initiativen/ Gruppen, Vereinen und weiteren Assoziationen des dritten Sektors ist im Zeitraum von 1999 bis 2004 in Baden-Württemberg von 40% auf 42% angestiegen (Abb. 3). Auch diese Quote liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 36% (Abb. 4).

Abb. 3

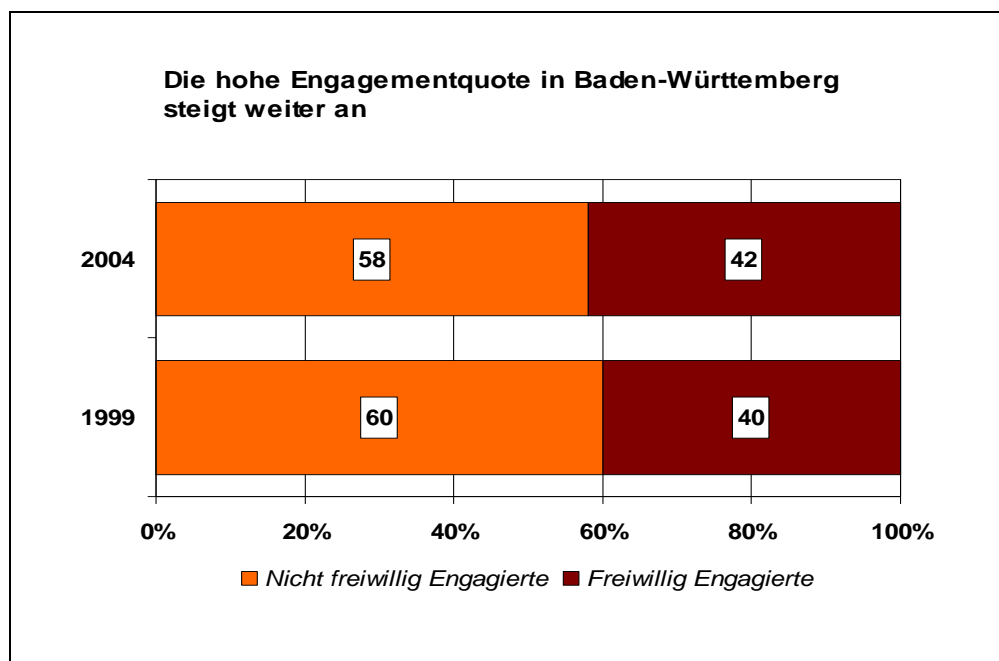
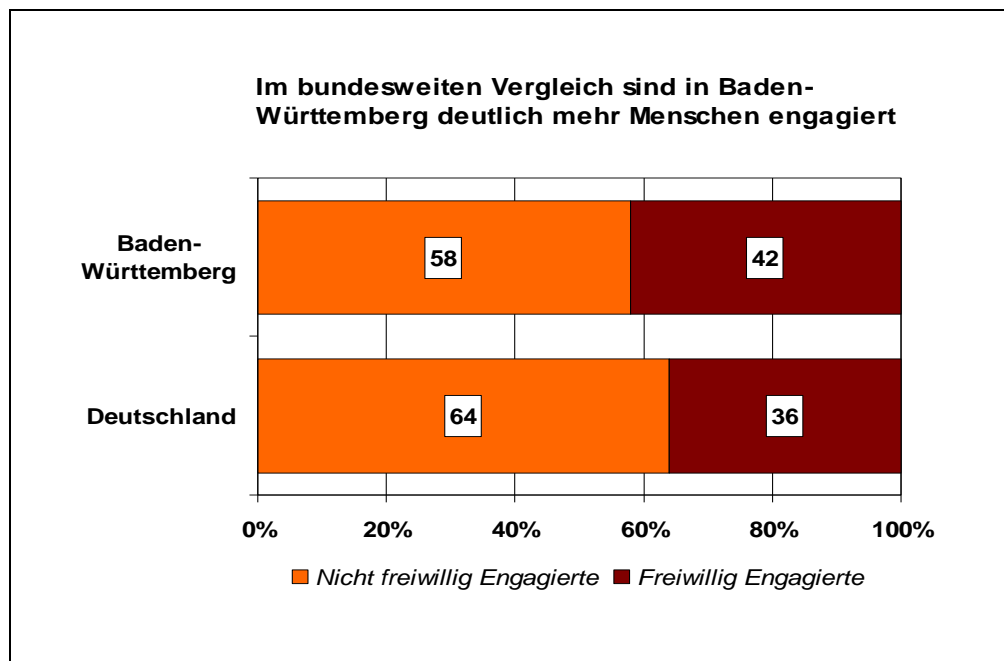


Abb. 4



Im Bundesdurchschnitt stieg die Engagementquote von 34% auf 36%. Damit zeigt sich ein signifikanter Abstand zwischen der Engagementquote im Bund (36%) und derjenigen in Baden-Württemberg (42%). Im Ländervergleich (Abb. 5) schneidet Baden-Württemberg hervorragend ab: In keinem anderen Bundesland wird eine solch hohe Engagementquote erreicht. Weiterhin hohe Engagementquoten finden sich mit je 39% vor allem in Hessen und Rheinland-Pfalz. Durchschnittliche Engagementquoten haben die Bundesländer Bayern (37%), Niedersachsen (37%) und Nordrhein-Westfalen (35%) aufzuweisen. Unter den Ländern mit unterdurchschnittlichen Engagementquoten sind überwiegend neue Bundesländer vertreten, die jedoch – im Vergleich zur Umfrage 1999 – deutlich aufgeholt haben.

Abb. 5

**In Deutschland ist die Engagementquote in fast allen Ländern gestiegen oder zumindest gleich geblieben** (Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in %)

	1999	2004		1999	2004
<b>Baden-Württemberg</b>	<b>40</b>	<b>42</b>	<b>Thüringen</b>	<b>29</b>	<b>32</b>
<b>Hessen</b>	<b>39</b>	<b>39</b>	<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	<b>29</b>	<b>31</b>
<b>Rheinland-Pfalz</b>	<b>33</b>	<b>39</b>	<b>Sachsen</b>	<b>30</b>	<b>30</b>
<b>Bayern</b>	<b>37</b>	<b>37</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>28</b>	<b>30</b>
<b>Niedersachsen</b>	<b>31</b>	<b>37</b>	<b>Berlin</b>	<b>24</b>	<b>29</b>
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>35</b>	<b>35</b>	<b>Berlin West</b>	<b>26</b>	<b>32</b>
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>34</b>	<b>34</b>	<b>Berlin Ost</b>	<b>19</b>	<b>24</b>
<b>Brandenburg</b>	<b>28</b>	<b>33</b>	<b>Hamburg</b>	<b>31</b>	<b>26</b>

Während sich in Baden-Württemberg die Engagementquote von 1999 bis 2004 nochmals von 40 auf 42% gesteigert hat, ist die Quote der Personen mit Gemeinschaftsaktivitäten mit 31% gleich geblieben. Das heißt jedoch insgesamt auch, dass in Baden-Württemberg (vgl. Abb. 6) nur relativ wenige Bürgerinnen und Bürger nicht in Gemeinschaftsaktivitäten oder Engagement einbezogen sind: die Quote der Nichtaktiven sank von 29% (1999) auf 27% (2004). Im Vergleich mit der Bundesebene zeigt sich, dass hier 30% zu den Nichtaktiven zählen (Abb. 7). Auf Bundesebene zeigt sich mit 34% eine höhere Quote an Gemeinschaftsaktiven, bei denen eine Disposition für Engagement bestehen könnte, die jedoch gegenwärtig nicht realisiert ist.

Abb. 6

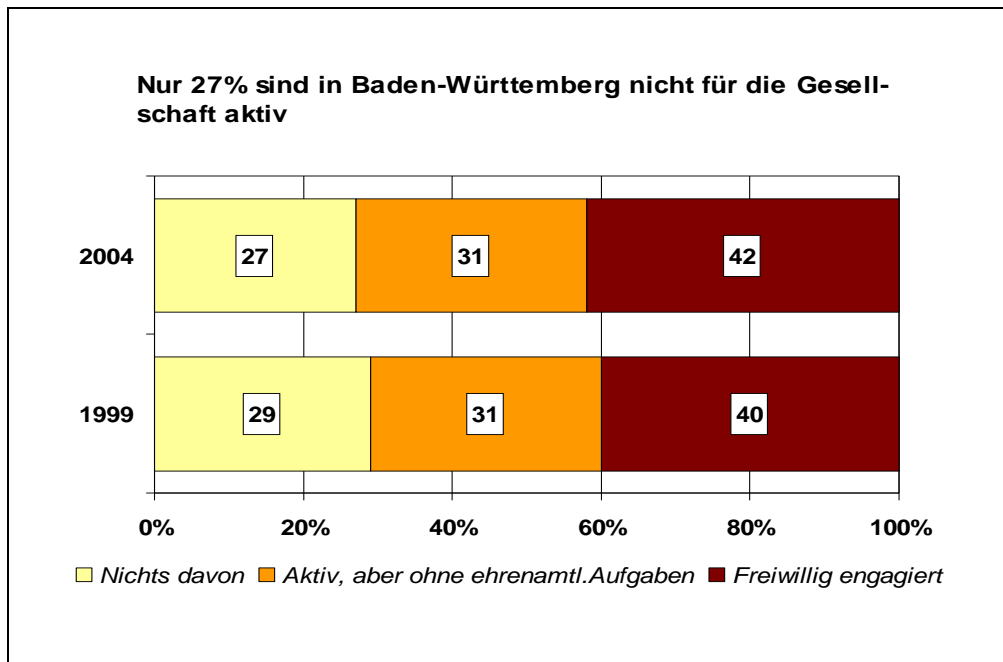
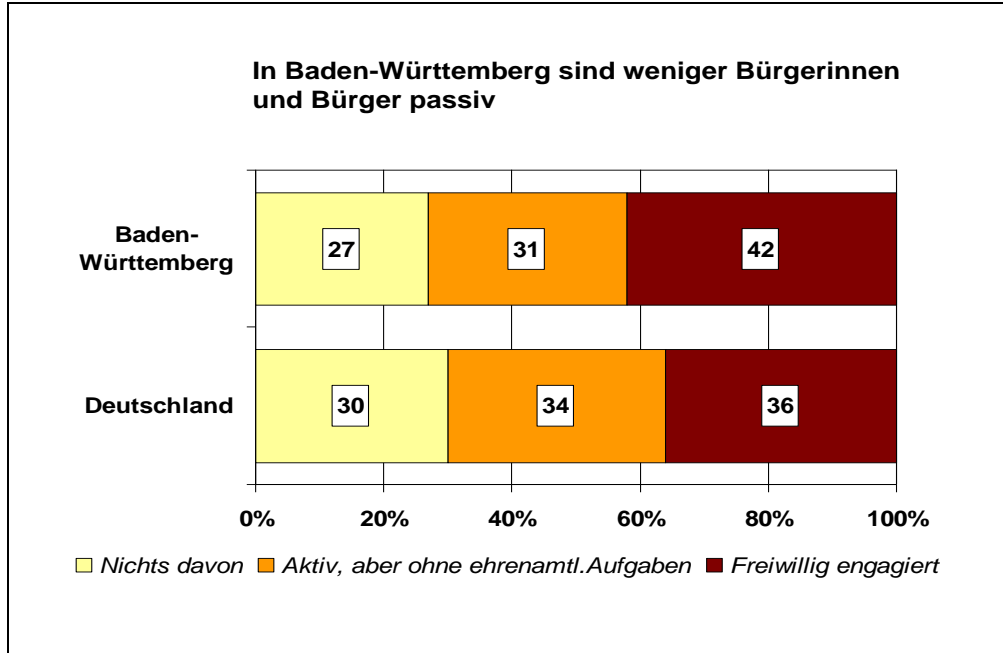


Abb. 7

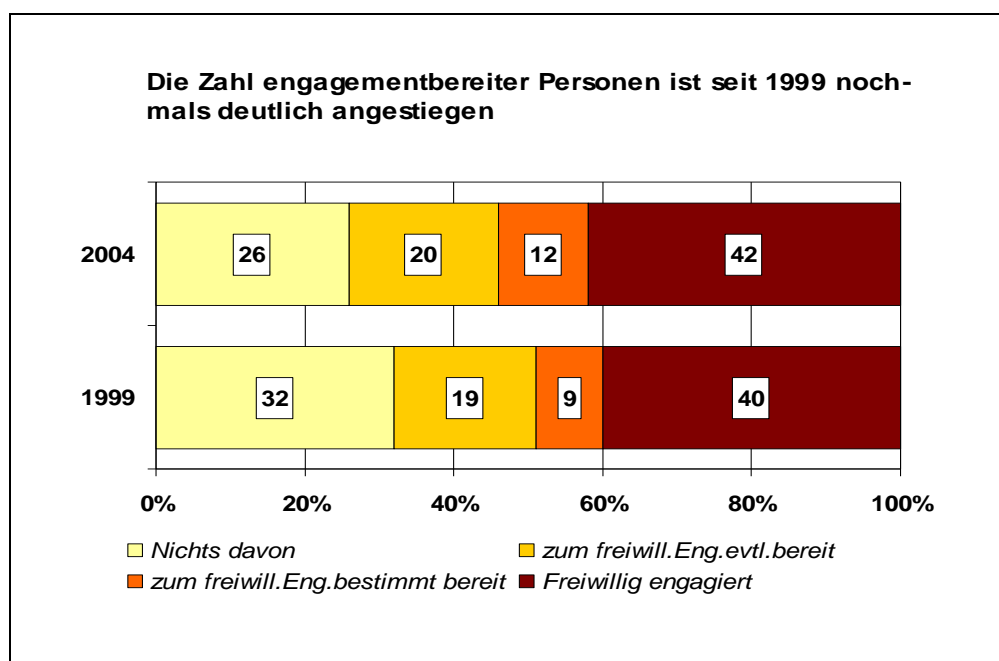


### 2.3 Bereitschaft zum freiwilligen Engagement bei nicht Engagierten

Personen, die nicht freiwillig engagiert sind, wurden gefragt, ob sie sich vorstellen könnten, sich in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen zu engagieren und dort Aufgaben bzw. Arbeiten freiwillig bzw. ehrenamtlich auszuüben. Damit sollte das „externe Potenzial“ bei Personen, die sich bisher noch nicht engagiert zeigen, nachgefragt werden.

Auch hier ergibt sich für Baden-Württemberg der erstaunliche Befund, dass trotz einer bereits hoch entwickelten Engagementquote die Quote derjenigen Baden-Württemberger, die prinzipiell zum freiwilligen Engagement „bestimmt bereit“ wären, von 1999 auf 2004 nochmals von 9% auf 12% angestiegen ist (Abb. 8); die Quote derjenigen, die „eventuell“ zum freiwilligen Engagement bereit wären, stieg im entsprechenden Zeitraum von 19% auf 20% an. Nur rund ein Viertel (26%) der Baden-Württemberger sind derzeit für diese Aktivitäten nicht zu gewinnen.

Abb. 8



### 2.4 Zusätzliche Engagementpotenziale bei schon freiwillig Engagierten

Weiterhin wurden bereits freiwillig Engagierte gefragt, ob sie sich vorstellen könnten, ihr Engagement noch auszuweiten (Abb. 9). Hier zeigt sich gegenüber 1999, dass unter den Engagierten die Gruppe, die sich noch eine Erweiterung





„Kirche und religiöser Bereich“ (9%) sowie in „Schule und Kindergarten“ (8%) und im „sozialen Bereich“ (7%).

Insgesamt zeigt sich folglich eine vielfältige Engagementkultur, die als Ausdruck eines ausgeprägten Willens der Bürger und Bürgerinnen zur sinnhaften und selbstverantwortlichen Mitgestaltung der Gesellschaft interpretiert werden kann.

Abb. 10

**„Sport und Bewegung“ hat einen hohen Anteil an der vielfältigen Engagementkultur** (Mehrfachnennungen, gerundet, Angaben in Prozent)

Sehr große Bereiche		
	1999	2004
Sport und Bewegung	15	15

Große Bereiche		
	1999	2004
Kultur / Musik	6	9
Schule/ Kindergarten	5	8
Kirche/ Religion	8	9
Sozialer Bereich	4	7
Freizeit/ Geselligkeit	6	5
Umwelt/ Natur- /Tierschutz	2	4

Mittlere Bereiche		
	1999	2004
Politik	2	3
Berufl. Interessenvertretung	2	2
Jugendarbeit/ Erwachsenenbildung	1	3
Unfall/Rettungsdienst/ Feuerwehr	2	3
Sonstiger Bereich/ bürgerschaftl. Aktivität	2	2

Kleinere Bereiche		
	1999	2004
Gesundheitsbereich	1	1
Justiz/ Kriminalität	0	1

Abb. 11

**In den kleineren und mittleren Engagementfeldern gibt es kaum Abweichungen zum Bundesdurchschnitt** (Mehrfachnennungen; gerundet; in%)

Sehr große Bereiche		
	D	B-W
Sport und Bewegung	11	15

Große Bereiche		
	D	B-W
Kultur / Musik	6	9
Schule/ Kindergarten	7	8
Kirche/ Religion	6	9
Sozialer Bereich	5	7
Freizeit/ Geselligkeit	5	5
Umwelt/ Natur- /Tierschutz	3	4

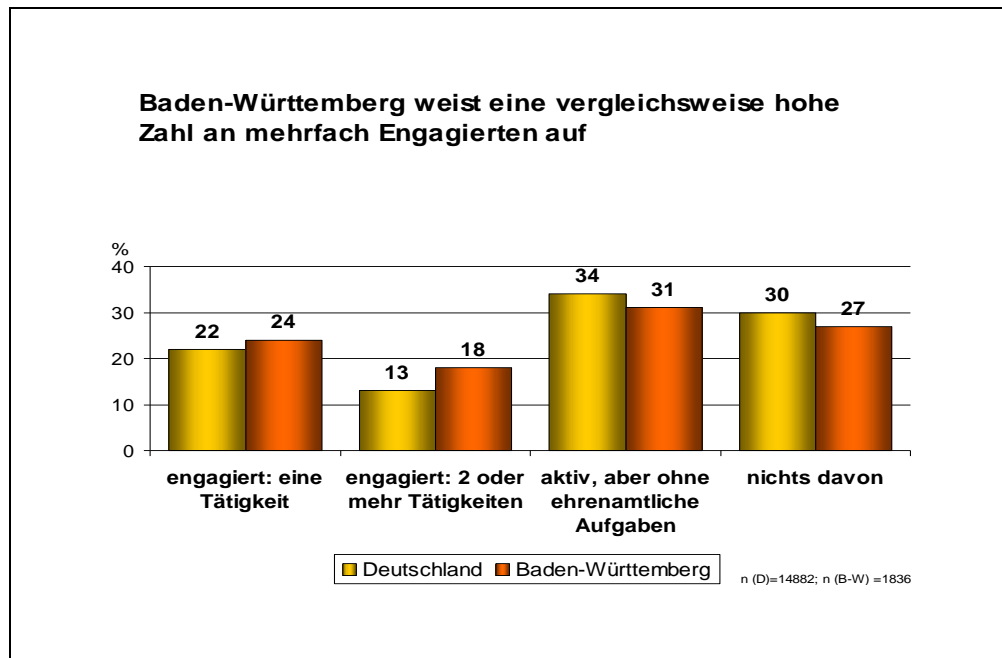
Mittlere Bereiche		
	D	B-W
Politik	3	3
Berufl. Interessensvertretung	3	2
Jugendarbeit/ Erwachsenenbildung	3	3
Unfall/Rettungsdienst/ Feuerwehr	3	3
Sonstiger Bereich/ bürgerschaftl. Aktivität	2	2

Kleinere Bereiche		
	D	B-W
Gesundheitsbereich	1	1
Justiz/ Kriminalität	1	1

Auch der Anteil der Freiwilligen, die mehr als nur eine Aufgabe übernommen haben, liegt in Baden-Württemberg höher als auf Bundesebene (Abb. 12), so dass wir für das Land sowohl ein rein quantitativ ausgeprägteres Engagement feststellen können und darüber hinaus Engagierte des Öfteren in mehreren Feldern freiwillig tätig sind. Eine deutlich höhere Quote in Baden-Württemberg übt zwei oder mehr freiwillige Tätigkeiten aus (18%) als auf Bundesebene (13%). Im Durchschnitt betrachtet kommen auf einen Engagierten in Baden-Württemberg 1,7 und auf einen Engagierten über alle Befragten gerechnet 1,6 Tätigkeiten. Das Land zeigt hier insgesamt auch überdurchschnittliche Werte im Vergleich mit allen anderen Bundesländern.

Abb. 12



### 3.2 Engagierte nach Siedlungsgebieten in Baden-Württemberg

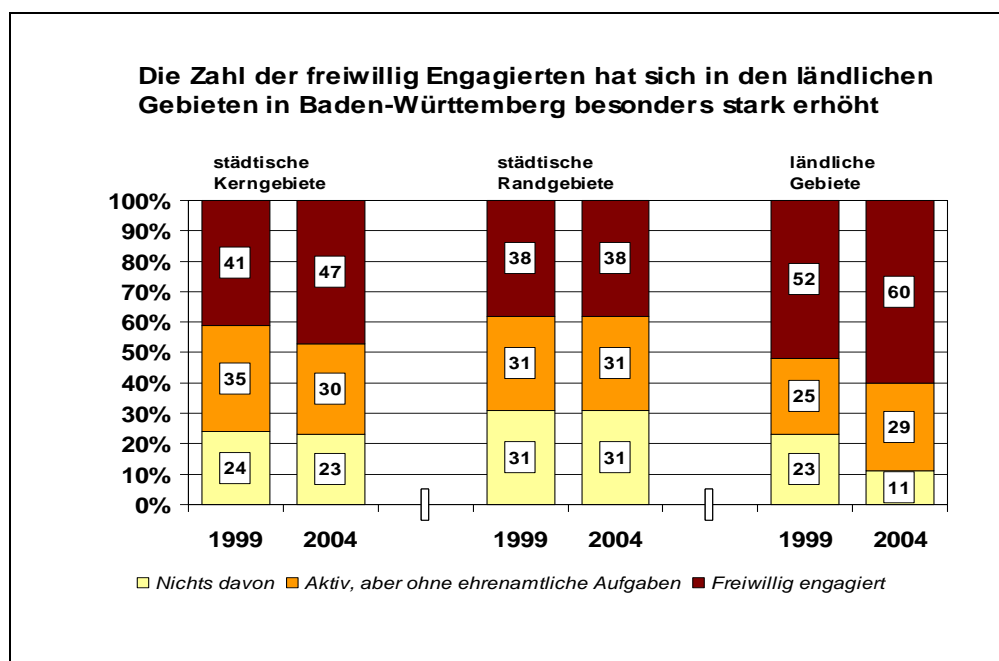
Bemerkenswert ist, dass bei einer Unterscheidung nach Siedlungsgebieten in Baden-Württemberg die Engagementquote insbesondere in den städtischen Kerngebieten<sup>12</sup> von 41% (1999) auf 47% (2004) und in den ländlichen Gebieten von 52% (1999) auf 60% (2004) angestiegen ist (Abb. 13). Die städtischen

<sup>12</sup> Bei „städtischen Kerngebieten“ handelt es sich um Großstädte und Mittelstädte, beginnend mit mindestens 50.000 Einwohner/-innen. Als „ländliche Gebiete“ wurden generell Kommunen mit unter 50.000 Einwohner/-innen definiert. Als „städtische Randgebiete“ zusammengefasst wurden Kommunen im unmittelbaren Umfeld der Groß- und Mittelstädte, d.h., solche Kommunen, die bspw. durch Pendlerströme mit den städtischen Kerngebieten einen gewissen Verflechtungszusammenhang herstellen.

Kerngebiete zählen damit, zusammen mit den ländlichen Gebieten, zu den Spitzenreitern des Engagements in Baden-Württemberg. In den sehr aktiven ländlichen Gebieten ist anzunehmen, dass sich neben den traditionellen Organisationen wie Vereinen und Verbänden, sowie den Kirchen die Engagementstrukturen weiterentwickelt haben und durch flexiblere Formen des Engagements ergänzt worden sind. Die Engagementquote in den städtischen Randgebieten zeigt sich bundesweit im Zeitvergleich 1999 bis 2004 als stabil.

In diesem Siedlungsmilieu zeigt sich jedoch für Baden-Württemberg eine unterdurchschnittliche Engagementquote im Vergleich mit den städtischen Kerngebieten und den ländlichen Gebieten.

Abb. 13



## 4. Soziodemografische Merkmale des Engagements

### 4.1 Freiwilliges Engagement nach Geschlecht und Altersgruppen

Nach Geschlecht unterschieden zeigt sich in Baden-Württemberg eine beachtliche Entwicklung bei den Frauen, deren Engagementquote von 1999 bis 2004 von 37% auf 42% angestiegen ist und damit das Niveau der männlichen Engagierten (42%) erreicht (Abb. 14).

In Baden-Württemberg liegen damit 2004 die Engagementquoten zwischen Männern und Frauen mit 42% gleichauf, während sie auf Bundesebene weiter stark differieren (Abb. 15): Hier liegt 2004 die Engagementquote der Männer bei 39% und die der Frauen bei 33%. Die höhere Engagementquote in Baden-

Württemberg ist folglich mit einem deutlichen Anteil auf die verstärkte freiwillige Aufgabenwahrnehmung von Frauen zurückzuführen.

Bei Betrachtung der Entwicklung des Engagements nach Altersgruppen zeigt sich vor allem in der jüngsten Altersgruppe (Abb. 14) von 14 bis 30 Jahren von 1999 bis 2004 eine deutliche Erhöhung der Engagementquote von 39% auf 45%; diese Entwicklung wird noch von der Altersgruppe von 46- bis 65jährigen übertroffen, welche ihre Engagementquote von 41% auf 50% steigern konnte. In dieser Altersgruppe ist jede/r zweite Baden-Württemberger/-in freiwillig engagiert. Eine leichte Steigerung von 29% auf 30% zeigt sich auch für die Altersgruppe der 66jährigen und älteren, während die Altersgruppe der 31- bis 45jährigen eine rückläufige Tendenz von 46% (1999) auf 41% (2004) vorweist. Hier lässt sich vermuten, dass sich die zeitliche Belastung durch Familie und Beruf tendenziell negativ auswirkt, sowie auch die höhere Mobilität, die im Arbeitsleben heute zunehmend gefordert wird.

Im Vergleich mit dem Bundesgebiet zeigt sich jedoch für Baden-Württemberg eine generell höhere Engagementquote für alle Altersgruppen (Abb. 15). Die Engagementquote der 14- bis 30jährigen liegt im Jahr 2004 mit 45% um 10 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt (35%). Genau so verhält es sich bei der Altersgruppe der 46- bis 65jährigen, von denen in Baden-Württemberg 50% engagiert sind und damit auch hier den Bundesdurchschnitt (40%) um 10 Prozentpunkte übertreffen.

Abb. 14

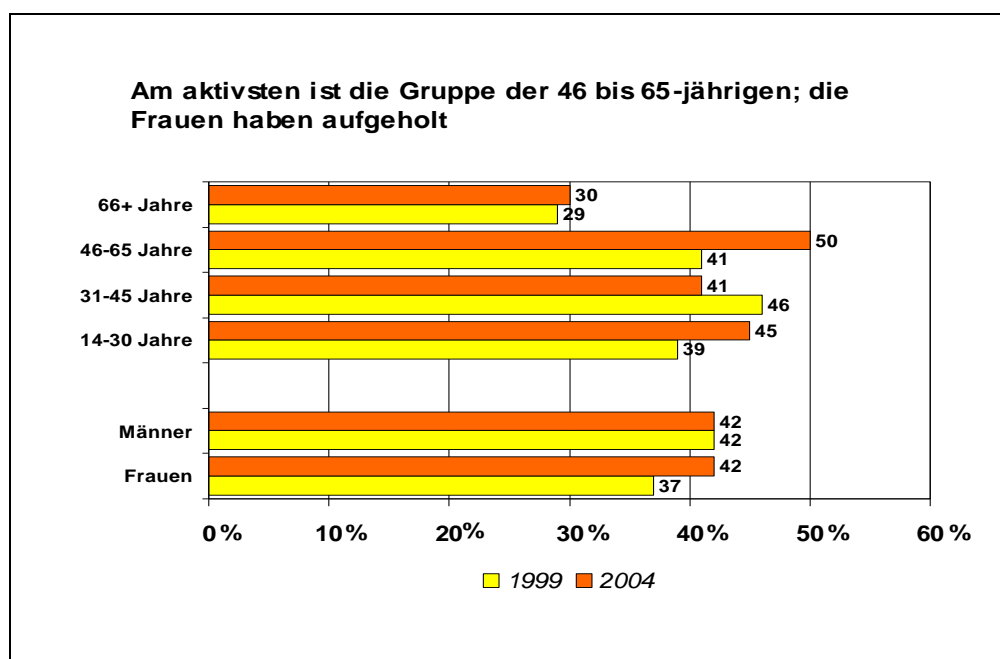
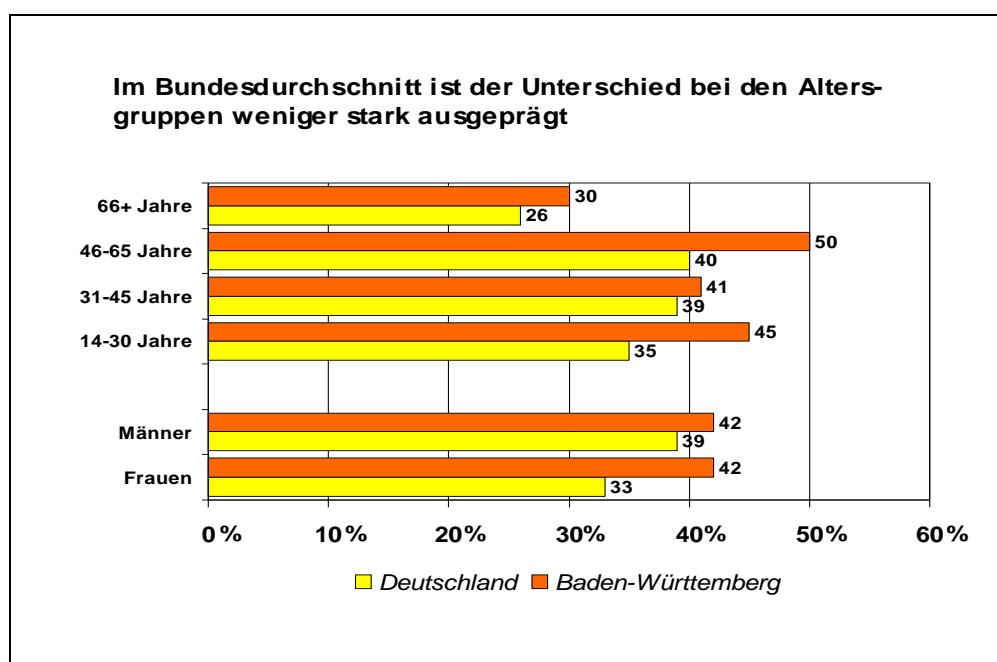


Abb. 15



#### 4.2 Freiwilliges Engagement der Bürgerinnen und Bürger ab 55 Jahre

Eine Analyse des freiwilligen Engagements der Bürgerinnen und Bürger ab 55 Jahren ergibt einen aufschlussreichen Befund. Das Wachstum des freiwilligen Engagements zwischen 1999 und 2004 wird sehr nachhaltig getragen durch die Altersgruppen ab 55 Jahren (Abb.16). Die fortgeschrittenen Jahrgänge erweisen sich damit als ein wichtiger Motor des bürgerschaftlichen Engagements. Im Blick auf das freiwillige Engagement der Menschen ab 55 Jahre lassen sich im Vergleich der Bundesländer ganz unterschiedliche Entwicklungen feststellen.

Es zeigt sich, dass Baden-Württemberg nicht nur generell Spitzenreiter beim freiwilligen Engagement ist, sondern dass gerade auch Bürgerinnen und Bürger ab 55 Jahre daran wesentlichen Anteil haben:

Die Engagementquote der ab 55jährigen stieg in Baden-Württemberg von 1999 bis 2004 von 33% um 5 Prozentpunkte auf 38% und damit auf eine Quote, die sonst in keinem anderen Bundesland erreicht wird.

Nur in Hessen ist eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen. Dort stieg die entsprechende Quote von 33% auf 37%.

Diese beiden Bundesländer lassen die anderen Bundesländer mit deutlichem Abstand hinter sich. Die Engagementquoten der ab 55jährigen liegen im Jahre 2004 in Bayern und Rheinland-Pfalz bei 33% und in Nordrhein-Westfalen und

Niedersachsen bei 32%, wobei sich für die letzten beiden Bundesländer im Vergleich zu 1999 ein bemerkenswerter Anstieg zeigt.

In Schleswig-Holstein und Berlin liegt die Engagementquote der Menschen ab 55 Jahre bei 30%. Für die neuen Bundesländer ist eine relative Stagnation der Engagementquote der Menschen ab 55 Jahre zwischen 24% und 27% zu verzeichnen.

Mit 19% erreicht die Quote des freiwilligen Engagements bei den ab 55jährigen in Hamburg den niedrigsten Stand; hier zeigt sich sogar eine Rückentwicklung der Engagementquote, die 1999 noch 24% betrug.

Die Verantwortungsübernahme für die Gesellschaft und das Bestreben, diese im Kleinen mitzugestalten, sind folglich in Baden-Württemberg gerade bei den Menschen ab 55 Jahren sehr stark ausgeprägt. Es kann angenommen werden, dass in Baden-Württemberg, wo die Vereine, die Kirchen und religiöse Einrichtungen wichtige Organisationsstrukturen des freiwilligen Engagements darstellen, diese insbesondere für Menschen ab 55 Jahren attraktive Engagementformen darstellen.

Abb. 16

**Die starke Zunahme der freiwillig Engagierten über 55 zeigt sich in vielen Bundesländern** (Angaben in %)

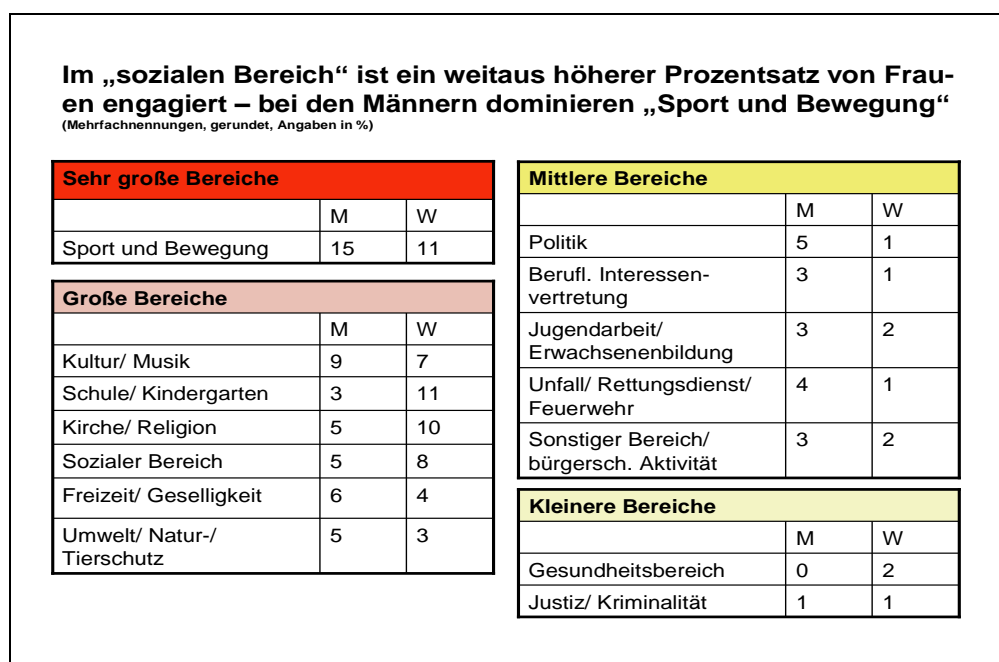
	1999	2004		1999	2004
<b>Baden-Württemberg</b>	33	38	<b>Brandenburg</b>	32	27
<b>Hessen</b>	33	37	<b>Thüringen</b>	24	25
<b>Rheinland-Pfalz</b>	31	33	<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	26	26
<b>Bayern</b>	29	33	<b>Sachsen</b>	26	26
<b>Niedersachsen</b>	24	32	<b>Sachsen-Anhalt</b>	19	24
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	26	32	<b>Berlin</b>	20	30
<b>Schleswig-Holstein</b>	28	30	<b>Hamburg</b>	24	19

### 4.3 Engagementbereiche nach Geschlecht

Im Blick auf die unterschiedlichen Engagementbereiche ergibt sich bei einer Unterscheidung nach Geschlecht (Abb. 17), dass Frauen überdurchschnittlich in den Engagementbereichen „Schule und Kindergarten“ (11%), „Kirche und

Religion“ (10%) sowie im „sozialen Bereich“ (8%) und im „Gesundheitsbereich“ (2%) freiwillig Aufgaben wahrnehmen. Bei den Männern zeigt sich eine stärkere Hinwendung zu den Tätigkeitsfeldern „Sport und Bewegung“ (15%), „Kultur und Musik“ (9%), sowie „Politik“ (5%) und „Unfall/ Rettungsdienst/ Feuerwehr“ (4%).

Abb. 17



#### 4.4 Weibliche und männliche Engagierte nach Alter

Fasst man die engagierten Frauen und Männer grob in eine ältere und eine jüngere Altersgruppe zusammen, zeigt sich bei den Frauen, dass im Vergleich mit 1999 die Engagementquote sowohl in der jüngeren als auch der älteren Altersgruppe angestiegen ist (Abb. 18); bei letzterer ist ein beachtlicher Anstieg von 34% auf 41% zu konstatieren. Bei den Männern zeigt sich jedoch in der Gruppe der 14 - 45jährigen ein Rückgang der Engagementquote von 45% auf 42% (Abb. 19), dagegen bei der Altersgruppe der über 45jährigen ein Anstieg des Engagements von 39% auf 42%. Auch hier lässt sich vermuten, dass sich die zeitliche Belastung durch Familie und Beruf in der Gruppe der 14 - 45jährigen tendenziell negativ auswirkt, sowie auch die höhere Mobilität, die im Arbeitsleben heute zunehmend gefordert wird.

Daraus ergibt sich, dass sowohl bei den Frauen als auch den Männern im Zeitraum von 1999 bis 2004 insbesondere die über 45jährigen einen Zuwachs beim bürgerschaftlichen Engagement zu verzeichnen haben.

Abb. 18

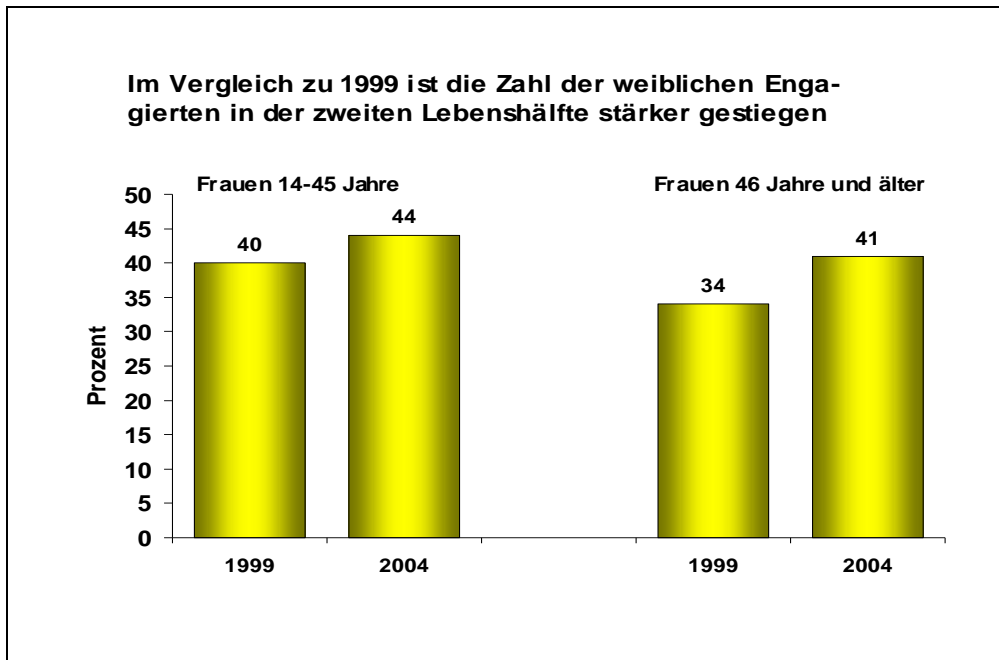
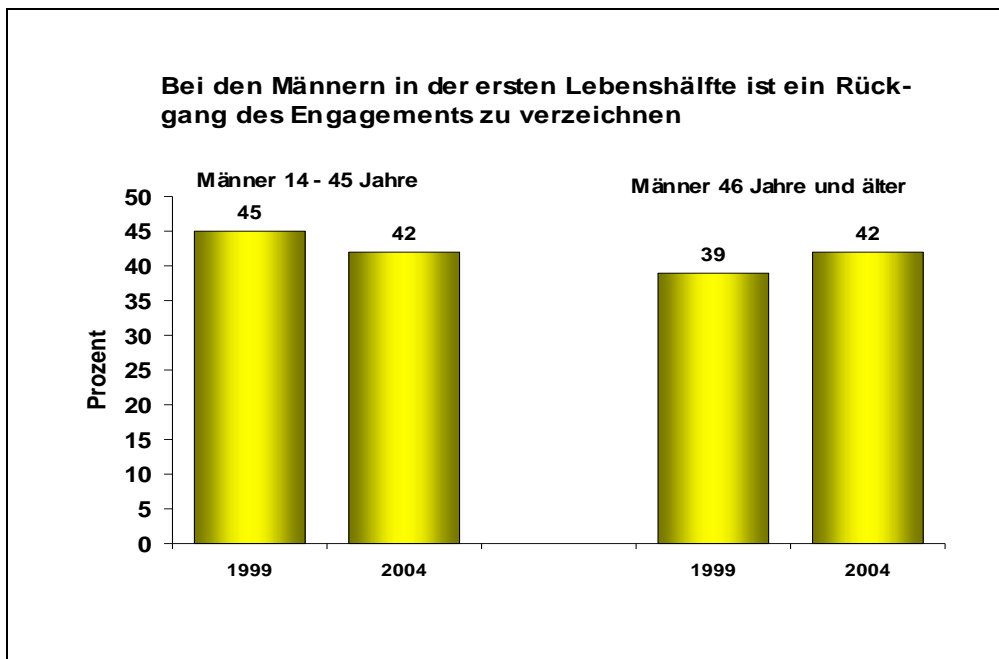


Abb. 19



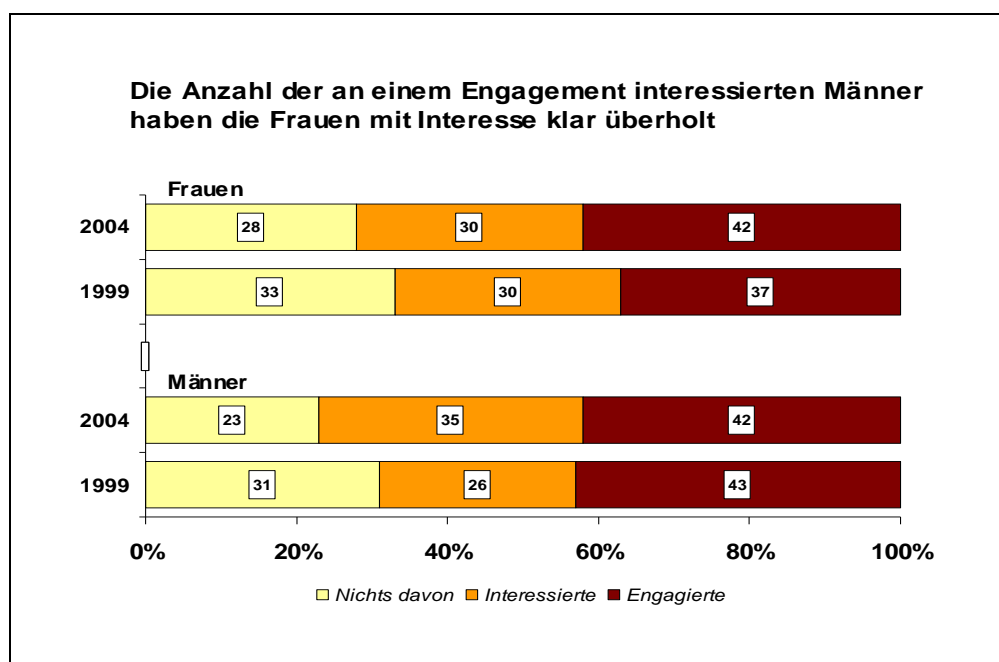


#### 4.5 Bereitschaft zum freiwilligen Engagement nach Geschlecht und Alter

Während sich bei den Frauen die reale Engagementquote im Zeitraum von 1999 bis 2004 von 37% auf 42% erhöht hat, ist hier die Quote derjenigen, die in Zukunft bereit wären sich zu engagieren mit 30% gleich geblieben (Abb. 20). Bei den Frauen zeigt sich damit insgesamt ein sehr deutlicher Rückgang der Quote der Bürgerinnen ohne Engagement und ohne Interesse von 33% auf 28%.

Im Gegensatz dazu bleibt bei den Männern die Engagementquote mit 43% (1999) bzw. 42% (2004) relativ konstant (Abb. 20), während die Quote derjenigen, die Bereitschaft und Interesse zeigen, sich zukünftig zu engagieren, deutlich von 26% auf 35% zugenommen hat, so dass im Resultat lediglich 23% der Männer in Baden-Württemberg ohne Engagement sind und kein offensichtliches Interesse daran zeigen.

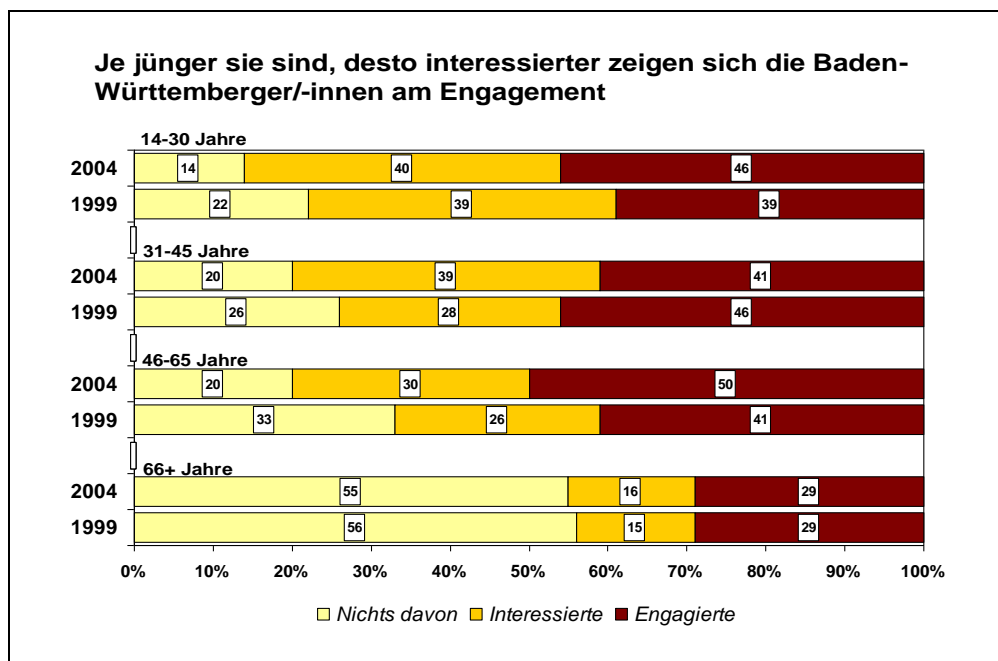
Abb. 20



Sehr aufschlussreich ist auch eine Unterscheidung der Bereitschaft zum freiwilligen Engagement nach Alter (Abb. 21). Generell zeigt sich hier für 1999 und auch für 2004, dass mit zunehmendem Alter die Quote derjenigen steigt, für die ein freiwilliges Engagement nicht in Frage kommt. Sie liegt 2004 bei der jüngsten Altersgruppe (14-30 Jahre) bei 14%, bei der Altersgruppe der 31- bis 45jährigen bei 20%, derjenigen der 46- bis 65jährigen ebenfalls bei 20% und der ältesten Altersgruppe der über 65jährigen bei 55%.

Allerdings ist in der Altersgruppe der 46- bis 65jährigen im Vergleich mit 1999 ein deutlicher Zuwachs an Engagierten (50%) und Engagementbereiten (30%) zu verzeichnen. Ähnliche Zuwachsraten hinsichtlich Engagement (46%) und Engagementbereitschaft (40%) sind bei der jüngsten Altersgruppe zu konstatieren. Die Ergebnisse geben hier Anlass, sich insbesondere auch der älteren Altersgruppe zuzuwenden und hier konstruktive Überlegungen anzustellen, auf welche Weise in dieser Gruppe das Engagement und die Engagementbereitschaft erhöht werden könnte.

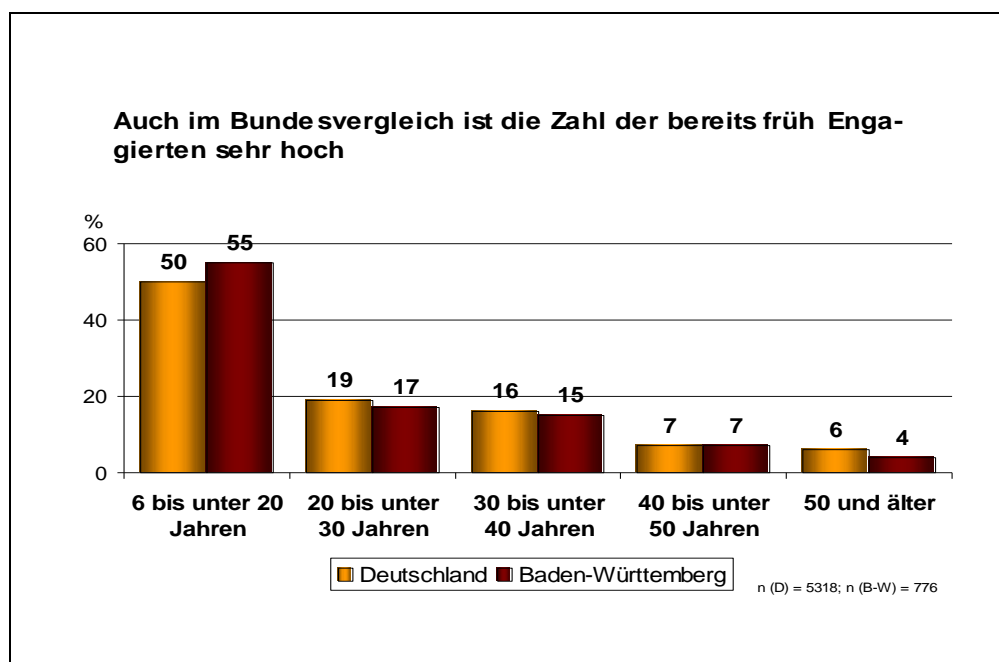
Abb. 21



#### 4.6 Beginn mit Engagement

In Baden-Württemberg beginnen die Menschen schon früh mit einem freiwilligen Engagement (Abb. 22). Deutlich mehr als die Hälfte der Engagierten (55%) übten schon im Alter von 6 bis 20 Jahren, also in jungen Jahren, eine freiwillige Tätigkeit aus, während auf Bundesebene „nur“ eine Quote von 50% erreicht wird. In keinem anderen Bundesland beginnen so viele junge Menschen so früh mit einem Engagement. Dies lässt sich auch am durchschnittlichen Alter für den Engagementbeginn ablesen. Während dieses für Engagierte in Baden-Württemberg bei 30,3 Jahren liegt, beträgt es auf Bundesebene 37,5 Jahre. Lediglich für Mecklenburg-Vorpommern (31,3 Jahre) und Rheinland-Pfalz (31,5 Jahre) ist ein ähnlich junges Durchschnittsalter für den Einstieg in ehrenamtliches Engagement zu verzeichnen.

Abb. 22



#### 4.7 Freiwilliges Engagement und Bereitschaft zum Engagement nach Erwerbsstatus

Bei einer Unterscheidung nach Erwerbsstatus zeigt sich, dass, verglichen mit den Zahlen von 1999, die Engagementquote bei den Erwerbstätigen mit 44% gleich geblieben ist (Abb. 23). Bei den Nicht-Erwerbstätigen, unter denen sich überwiegend erwerbslose Bürgerinnen und Bürger sowie Hausfrauen und Hausmänner befinden, zeigt sich dagegen eine deutliche Zunahme der Engagementquote von 38% auf 47%.

Dies bedeutet offensichtlich, dass sich erwerbslose Personen in Baden-Württemberg in den zurückliegenden Jahren stärker dem freiwilligen Engagement zugewandt haben und sich in einem oder mehreren Engagementfeldern beteiligen und Aufgaben wahrnehmen. Gerade beim freiwilligen Engagement ist nicht auszuschließen, dass es, z.B. für die Gruppe der arbeitslosen Menschen, Brücken in den Arbeitsmarkt hinein baut. In diesem Zusammenhang erscheint wichtig, dass bürgerschaftliches Engagement auch gesellschaftlich in gleichem Maße anerkannt wird wie Erwerbsarbeit und beide als „vollgültige und gleichwertige Tätigkeiten“ gesehen werden (Zukunftskommission 2000: 151).

Weiterhin zeigen sich positive Entwicklungen im Engagement bei jungen Menschen in Schule und Ausbildung, bei denen von 1999 bis 2004 die Engagementquote von 45% auf 49% anstieg, sowie bei Menschen im

Ruhestand, von denen gleichfalls mehr als 1999 (27%) engagiert sind und inzwischen jede/r dritte Rentner/-in / Pensionär/-in (33%) freiwillig engagiert ist. Bei Schülerinnen und Schülern und jungen Menschen in Ausbildung ist zusätzlich hervorzuheben, dass 2004 nur noch 13% weder aktiv noch engagiert sind (Abb. 24). Damit erreicht diese Altersgruppe die höchste Quote an Aktiven und Engagierten (zusammen 87%).

Abb. 23

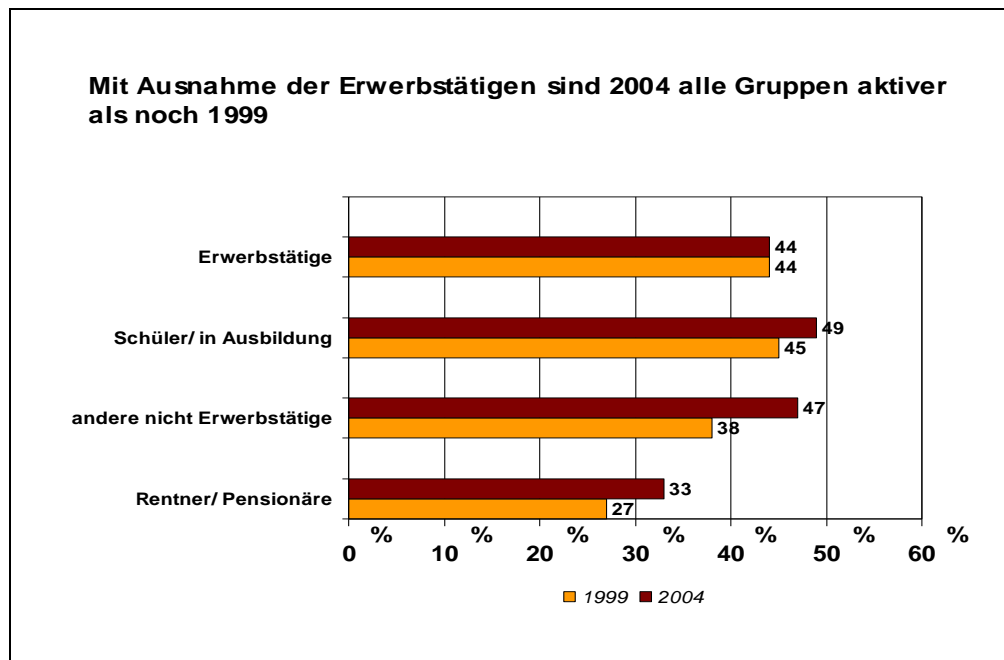
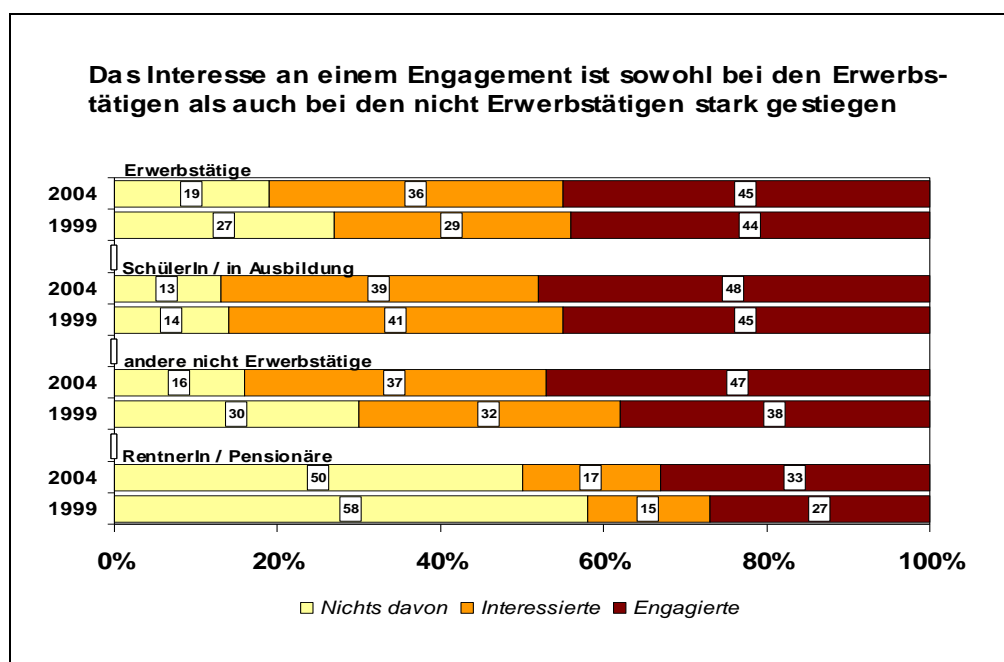


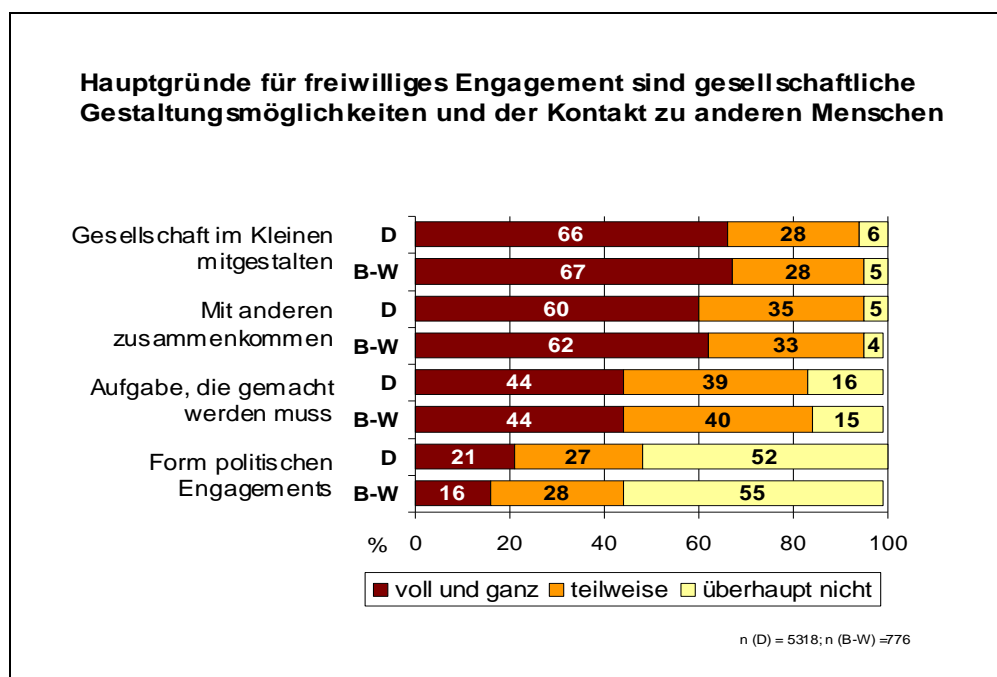
Abb. 24



## 5. Motive für freiwilliges Engagement

Die mehrfache Sinnhaftigkeit freiwilligen Engagements aus Sicht der Engagierten zeigt sich in den Antworten auf Fragen zur Motivation (Abb. 25). Freiwillig Tätige setzen deutliche Prioritäten bei ihren Engagementmotiven. Über zwei Drittel (67%) der Engagierten in Baden-Württemberg und damit mehr als im Bundesdurchschnitt (66%) heben „voll und ganz“ hervor, die Gesellschaft durch ihr Engagement (zumindest im Kleinen) mitgestalten zu können. Noch nahezu zwei Drittel (62%) der Engagierten im Lande stimmen der Auffassung „voll und ganz“ zu, es sei für sie von Bedeutung, durch Engagement mit anderen zusammenzukommen. Das Motiv, durch eigenes Engagement die Gesellschaft (zumindest im Kleinen) mitzugestalten und zugleich das Bestreben, mit anderen Menschen zusammen zu kommen, scheinen also gerade auch die Motive der Engagierten in Baden-Württemberg am besten zu charakterisieren. Knapp jede/r zweite Engagierte (44%) im Bund und in Baden-Württemberg stimmt der Aussage zu, dass es sich bei seinen/ ihren freiwilligen Tätigkeiten um Aufgaben handelt, die gemacht werden müssen; überdurchschnittlich wird dies von älteren Engagierten angeführt. Weniger als im Bundesdurchschnitt (21%) hat „voll und ganz“ Bedeutung, dass das eigene Engagement auch als eine Form von politischem Engagement (16%) zu werten sei.

Abb. 25



## 5.1 Selbstverständnis der Engagierten

Für Baden-Württemberg sind auch 2004 die Begriffe „Freiwilligenarbeit“ (47%) und „Ehrenamt“ (42%) dominierende Benennungsformen für freiwilliges Engagement (Abb. 26). Eine stärkere Zunahme von 7% auf 11% zeigt sich bei der Bezeichnung bürgerschaftliches Engagement.

Bei einer Unterscheidung nach Alter wird deutlich, dass die jüngste Altersgruppe der 14- bis 30jährigen zu rund zwei Dritteln (63%) den Begriff „Freiwilligenarbeit“ präferiert (Abb. 27). Dagegen zeigt sich in den beiden älteren Altersgruppen der 46- bis 65jährigen (48%) und über 65jährigen (56%) eine deutliche Bevorzugung des Begriffs „Ehrenamt“. Das modernere Label „bürgerschaftliches Engagement“ findet sich (erstaunlicherweise) in allen Altersgruppen – bis auf die jüngste – mit einem Anteil von 12% bis 13% vertreten.

Abb. 26

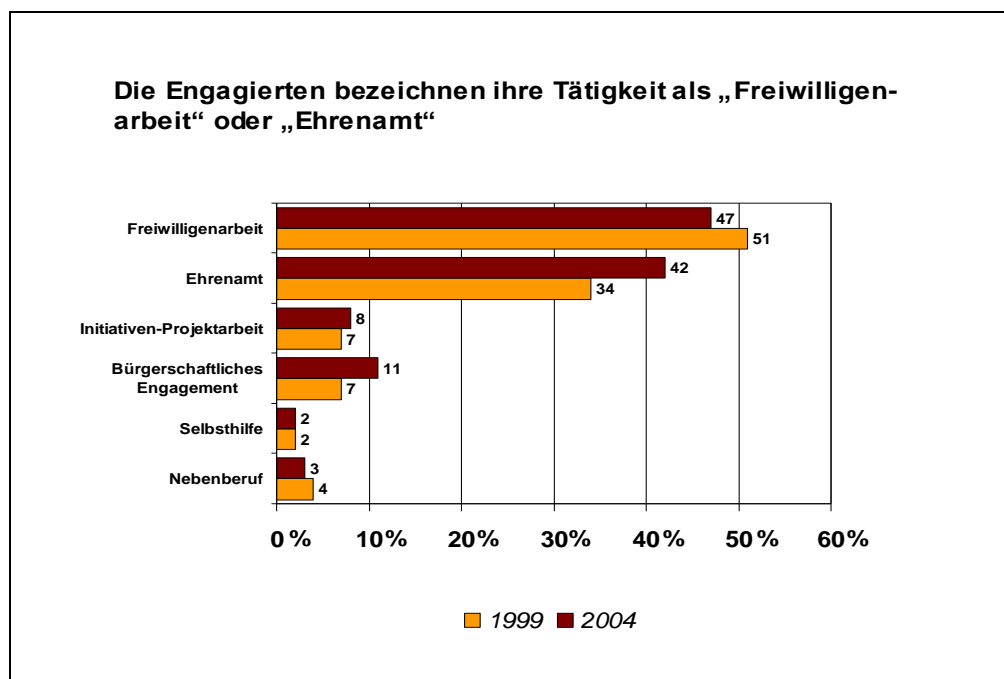
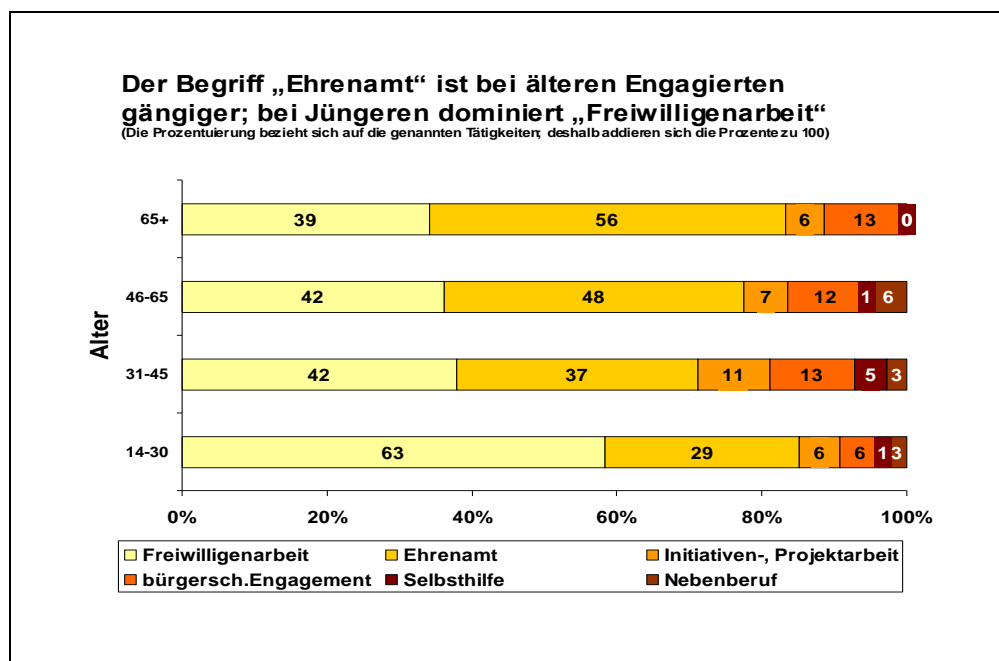


Abb. 27



## 5.2 Erwartungen an freiwilliges Engagement

Die Erwartungen, die Engagierte mit ihrem freiwilligen Engagement verbinden, umfassen immer mehrere Aspekte und sind mit dem Wunsch nach einer sinnvollen Betätigung verbunden.

Im Blick auf die Mittelwerte zeigt sich folgende Rangskala an Erwartungen (Abb. 28):

An erster Stelle steht durchaus das Streben nach einer bereichernden Geselligkeit (4,5<sup>13</sup>), d.h., dass die Tätigkeit Spaß macht. Mit freiwilligem Engagement verbinden die Engagierten darüber hinaus die Erwartung, anderen Menschen zu helfen (4,1) und dass man damit etwas für das Gemeinwohl tun kann.

Die Erfüllung dieser drei Erwartungen sind insbesondere auch Engagierten in Baden-Württemberg „außerordentlich wichtig“. Als wichtig erscheinen zudem, mit sympathischen Menschen zusammenzukommen und die eigenen Kenntnisse und Erfahrungen erweitern zu können. Die Verfolgung eigener Interessen oder die Lösung eigener Probleme wird von den baden-württembergischen Engagierten tendenziell weniger betont.

<sup>13</sup> Die Befragungsteilnehmer/-innen konnten abgestuft auf einer Antwortskala zwischen den Werten 1 bis 5 entscheiden, wobei der Wert 1 „unwichtig“ und Wert 5 „außerordentlich wichtig“ bedeutete. Ein Mittelwert von 4,5 über alle Befragten errechnet bedeutet folglich, dass dem Faktor Spaß eine außerordentlich wichtige Rolle bei der Ausübung einer freiwilligen Tätigkeit zukommt.

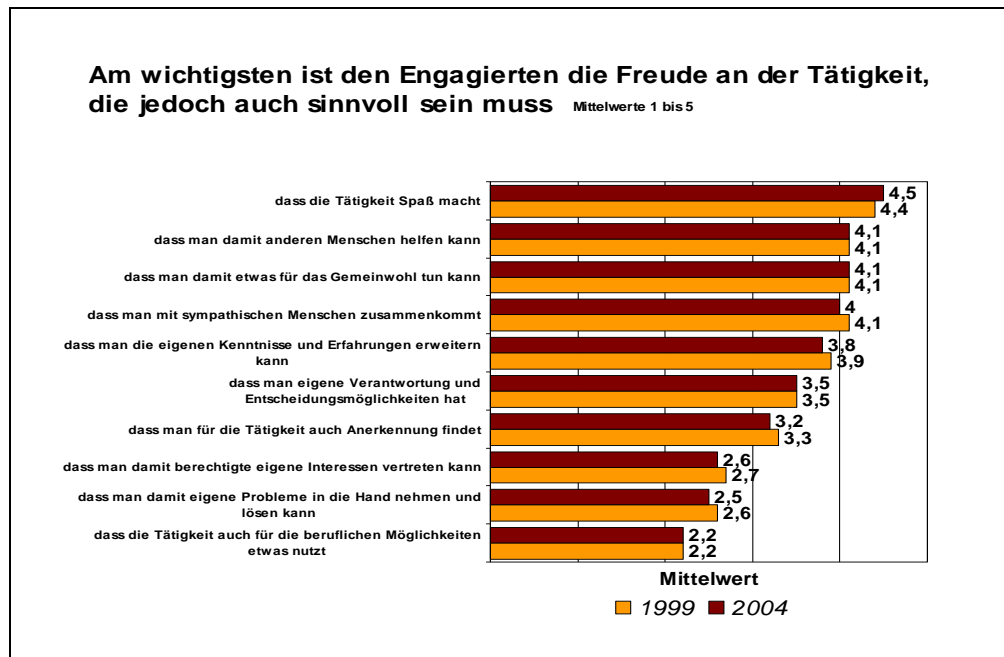
Hinsichtlich der Erwartungen an freiwilliges Engagement zeigt sich im Vergleich der Ergebnisse von 1999 und 2004 bei Betrachtung der Mittelwerte eine gleiche Rangskala bei den Erwartungen, die Engagierte mit ihrer freiwilligen Tätigkeit verbinden.

Vorrangig werden im Freiwilligensurvey 1999 und 2004 vier Erwartungen für außerordentlich wichtig gehalten:

- dass die Tätigkeit Spaß macht (4,4/ 4,5),
- dass man damit anderen Menschen helfen kann (4,1/ 4,1),
- dass man damit etwas für das Gemeinwohl tun kann (4,1/ 4,1), und
- dass man mit sympathischen Menschen zusammenkommt (4,1/ 4,0)

Weiterhin verbindet man mit einer freiwilligen Tätigkeit die Erwartung, die eigenen Kenntnisse und Erfahrungen erweitern zu können (3,9/ 3,8), sowie eigene Verantwortung und Entscheidungsmöglichkeiten zu haben (3,5/ 3,5). Dem gegenüber spielt eine etwas nachgeordnete Rolle, für die freiwillige Tätigkeit Anerkennung zu erhalten (3,3/ 3,2). Nicht im Vordergrund stehen in beiden Erhebungen Erwartungen, mit der freiwilligen Tätigkeit eigene Interessen zu vertreten (2,7/ 2,6) oder eigene Probleme selbst in die Hand zu nehmen und zu lösen (2,6/ 2,5).

Abb. 28





## 6. Strukturen des freiwilligen Engagements

### 6.1 Organisationsform der freiwillig Tätigen

Aufschlussreich ist eine Analyse nach Organisationsstrukturen, in denen sich freiwilliges Engagement in Baden-Württemberg entfaltet (Abb. 29). Hier zeigt sich im Vergleich der Ergebnisse von 1999 und 2004 das nach wie vor starke Gewicht der Vereine (57%), gefolgt von freiwilligen Aktivitäten im kirchlichen-religiösen Bereich (20%). Gegenüber 1999 zeigt sich in Baden-Württemberg eine Zunahme der freiwilligen Aktivitäten in Gruppen und Initiativen (13%) sowie im Bereich staatlicher bzw. kommunaler Einrichtungen (13%). Weniger ausgeprägt sind freiwillige Aktivitäten in den Organisationsformen Verband, Partei und Gewerkschaft (6%) und bei privaten Einrichtungen und Stiftungen (4%).

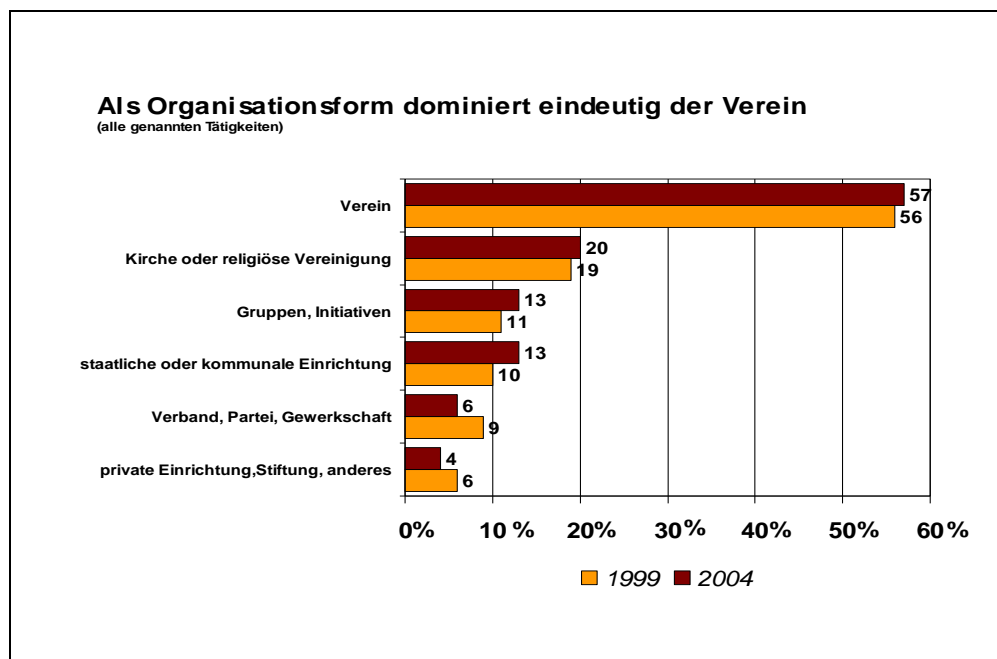
Es zeigt sich gerade auch für Baden-Württemberg, dass die nach wie vor am stärksten verbreitete Organisationsform des freiwilligen Engagements der Verein ist, dass jedoch – im Vergleich zu den Ergebnissen von 1999 – freiwillige Tätigkeiten in Gruppen und Initiativen und solche im Kontext kommunaler Einrichtungen auch quantitativ an Bedeutung gewinnen. Zu diesen kommunalen Einrichtungen gehören u. a. auch die örtlichen Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenbüros.

Gleichzeitig entwickeln Vereine und Verbände sowie die Kirchen ihre organisatorischen Strukturen weiter und „modernisieren“ sich, indem sie die bisherigen Strukturen durch flexiblere, engagementförderliche Formen ergänzen.

Damit deutet sich eine fortschreitende Pluralisierung der Organisationsformen an, in welcher das klassische Ehrenamt, d.h. die freiwillige und unbezahlte Mitarbeit und Übernahme von Verantwortung in Gremien, Vereinen und den Kirchen weiter von großer Relevanz ist, andererseits aber auch Aktivitätsformen in Initiativen und Projekten, freiwilliges Engagement im Rahmen der Lokalen Agenda, bürgerschaftliches Engagement in Pflegeeinrichtungen und Altenheimen oder bei der Familien-, Kinder- und Jugendhilfe an Bedeutung gewinnen.

Von der Perspektive des sozialen Handelns der Individuen aus gesehen lässt sich sagen, dass es Engagierten gelingt, sich sowohl mit traditionellen Vereinen und Verbänden und den Kirchen zu verbünden, als auch mit Initiativgruppen, die projekt- und themenorientiert arbeiten, beispielsweise auch der Nachbarschaftshilfe. Individualisierung des Engagements bedeutet in diesem Zusammenhang auch größere Wahlfreiheit und Individualisierung der Entscheidung zum „was“, „wie“ und „wo“ des Engagements.

Abb. 29



## 6.2 Zeitliche Ausdehnung des Engagements und Zeitaufwand für freiwillige Tätigkeiten

Freiwilliges Engagement besitzt vielfach stabile zeitliche Strukturen und ist insofern keine flüchtige Angelegenheit. 80% der freiwillig Engagierten aus Baden-Württemberg geben an, dass ihre Tätigkeit/en mit regelmäßigen zeitlichen Verpflichtungen verbunden sind (Abb. 30). Die entsprechende Quote lag 1999 bei 72%. Damit kommt ein hoher Grad an Stabilität des Engagements zum Ausdruck, der „insbesondere bei Sport, Kultur, Kirche und bei der Freiwilligen Feuerwehr bzw. den Rettungsdiensten“ vorfindbar ist (Gensicke 2004: 8). Insbesondere die Bereiche „Sport und Bewegung“, „Kultur und Musik“, „Soziales“, „Freiwillige Feuerwehr und Rettungsdienste“ und teilweise „Kirche und Religion“ „stabilisieren den Freiwilligendienst im besonderen Maße“ (Gensicke 2004).

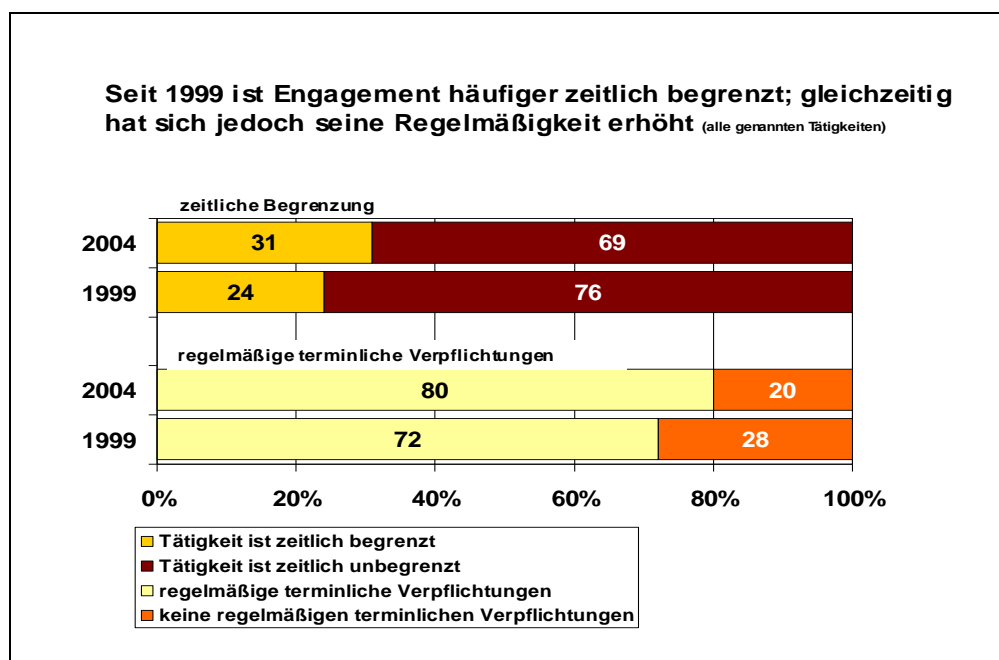
Im Unterschied zum Bundestrend, wo sich „insgesamt die Regelmäßigkeit der zeitlichen Verpflichtung der freiwilligen Tätigkeiten etwas verringert“ hat<sup>14</sup> (Gensicke 2004), ist dies in Baden-Württemberg nicht der Fall.

Es zeigt sich jedoch gegenüber den Ergebnissen von 1999 eine stärkere zeitliche Begrenzung der freiwilligen Tätigkeiten. Bezogen auf alle Tätigkeiten waren 2004

<sup>14</sup> Ob eine solche Entwicklung auch für Baden-Württemberg festzustellen ist, muss im Rahmen einer statistischen Analyse auf Grundlage der Datensätze erst geprüft werden.

31% der Aktivitäten zeitlich begrenzt, die entsprechende Quote lag 1999 bei 24% (Abb. 30). Hier sind insbesondere die Engagementbereiche Elternvertretungen im Bereich von Kindergarten und Schule zu nennen, die einer verständlichen Befristung der freiwilligen Tätigkeit unterliegen.

Abb. 30

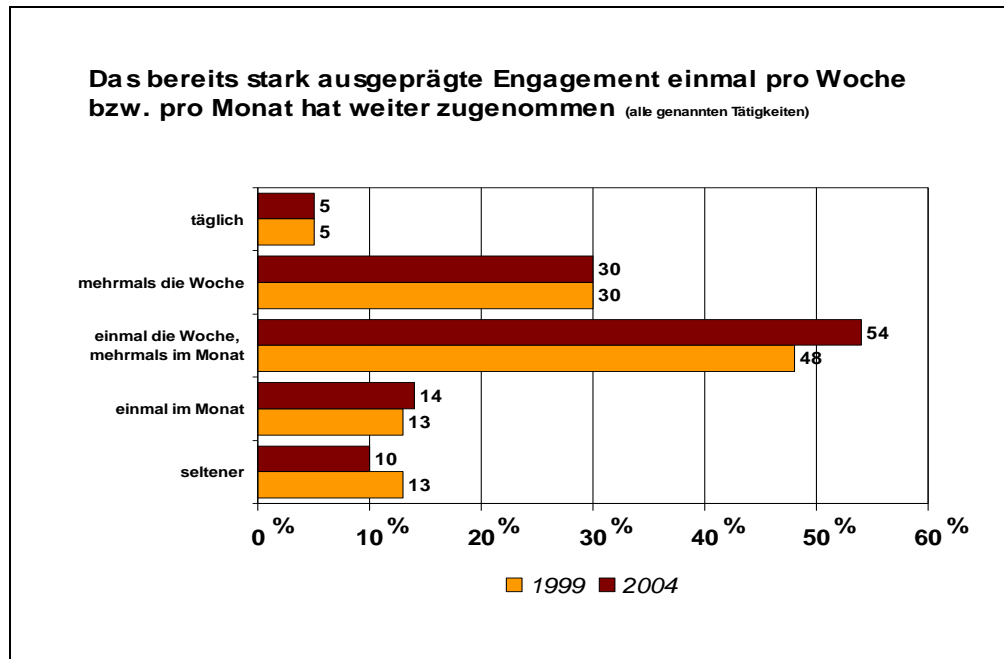


### 6.3 Zeitaufwand für die freiwilligen Tätigkeiten und Tageszeiten des Engagements

Mit Blick auf den Zeitaufwand für freiwillige Tätigkeiten findet sich eine große Bandbreite der zeitlichen Gestaltung des Engagements, von einer täglichen Ausübung freiwilligen Engagements bis hin zu seltener als einmal im Monat. In Baden-Württemberg wurde 2004 rund ein Drittel (35%) täglich bzw. mehrmals die Woche ausgeübt (Abb. 31). Hier ergaben sich - im Vergleich mit den Ergebnissen von 1999 – keine Änderungen. Eine Zunahme zeichnet sich bei Tätigkeiten ab, die einmal pro Woche bzw. mehrmals im Monat ausgeführt werden: Hier stieg die Quote von 1999 auf 2004 von 48% auf 54% an. Mehr als jede/r zehnte Freiwillige (14%) ist einmal pro Monat engagiert. Dem entspricht, dass solche Tätigkeiten, die seltener als einmal im Monat ausgeführt werden, mit 10% (2004) gegenüber 13% (1999) rückläufig sind.

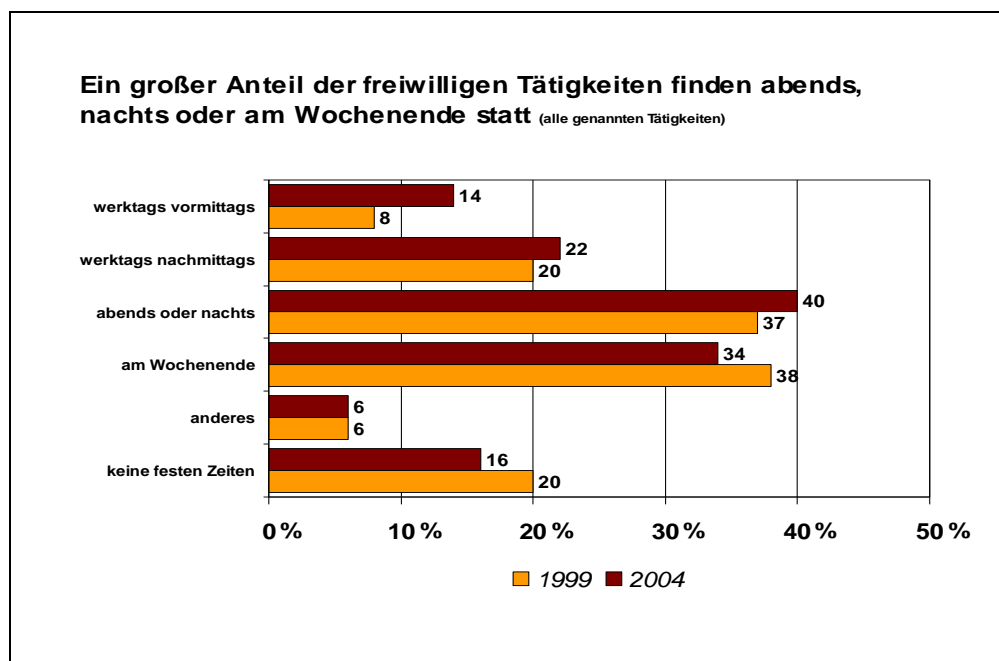
Insgesamt zeigt sich damit in Baden-Württemberg hinsichtlich der zeitlichen Dauer auch ein leichter Trend in Richtung Intensivierung des Engagements.

Abb. 31



Hinsichtlich der Tageszeiten des Engagements zeigt sich, dass Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer aus Baden-Württemberg überdurchschnittlich „abends oder nachts“ (40%) sowie „am Wochenende“ (34%) freiwillig engagiert sind (Abb. 32). Seltener entfaltet sich freiwilliges Engagement am Vormittag von Werktagen (14%), dagegen wiederum mehr an Nachmittagen (22%). Dabei zeigen weitergehende Analysen, dass gerade abendliches oder auch nächtliches Engagement typisch ist für kulturelle oder auch musische Tätigkeiten und die „politische Interessenvertretung“ (Gensicke 2004). Im Trend scheinen jedenfalls solche freiwilligen Aktivitäten zuzunehmen, welche zu festen Zeiten ausgeübt werden; das Engagement ohne feste Zeiten bildete sich von 20% (1999) auf 16% (2004) zurück.

Abb. 32

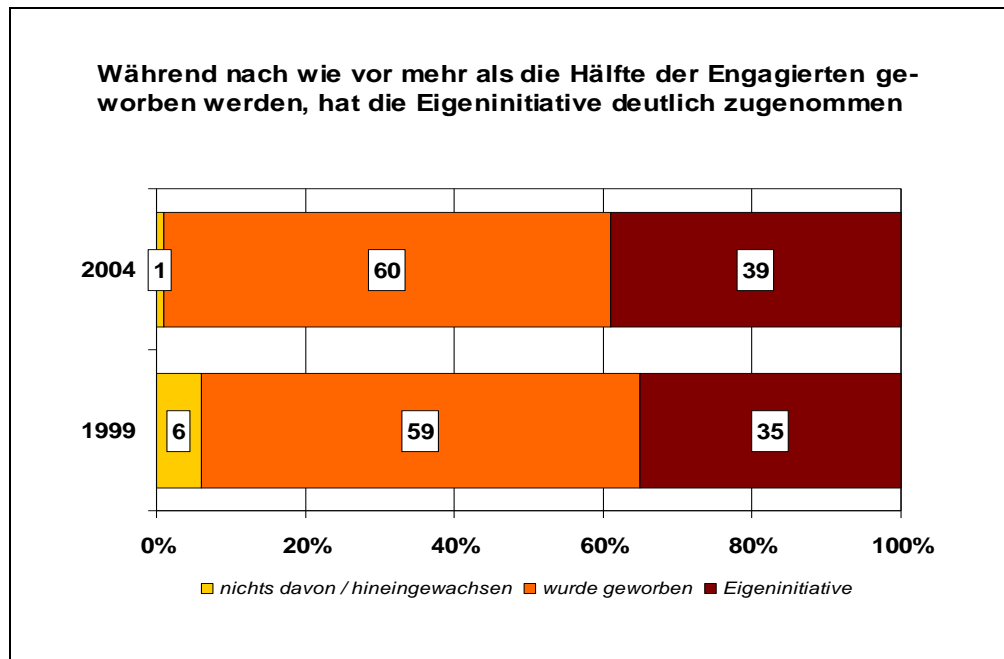


## 7. Zugänge zum freiwilligen Engagement und aktueller Anstoß

### 7.1 Zugänge zum freiwilligen Engagement

In Baden-Württemberg haben im Vergleich zu 1999 vor allem freiwillige Tätigkeiten zugenommen, die durch Eigeninitiative zustande kamen (Abb. 33). Hier stieg die entsprechende Quote von 35% in 1999 auf 39% in 2004 an. Aber auch die Gewinnung von Bürgerinnen und Bürgern für Engagement stieg von 1999 auf 2004 von 59% auf 60% an. In diesem Zusammenhang dürfte auch die besondere staatliche Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg und die Aktivitäten des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement zu Buche schlagen.

Abb. 33



Deutliche Unterschiede ergeben sich bei einer Unterscheidung nach Alter und Geschlecht:

Je jünger ein Engagierter ist, desto stärker beruht seine freiwillig gewählte Tätigkeit auf Eigeninitiative, und, je älter er ist, desto wahrscheinlicher wird, dass er für sein Engagement geworben wurde (Abb. 34).

Für Frauen lässt sich konstatieren, dass sie deutlich häufiger geworben werden (63%) als Männer (45%), während von letzteren jeder zweite (54%) in Eigeninitiative freiwillig tätig wird (Abb. 35).

Die vielfach, gerade auch in Baden-Württemberg entfaltete und institutionalisierte Vereinskultur und die Kirchen bringen mit sich, dass man für freiwilliges Engagement sehr häufig auch geworben wird.

In den neuen Bundesländern, in denen solche klassischen Strukturen weniger ausgeprägt sind, liegt die Quote der Engagierten, die in Eigeninitiative freiwillig tätig werden, der Tendenz nach höher als in den alten Bundesländern.

Abb. 34

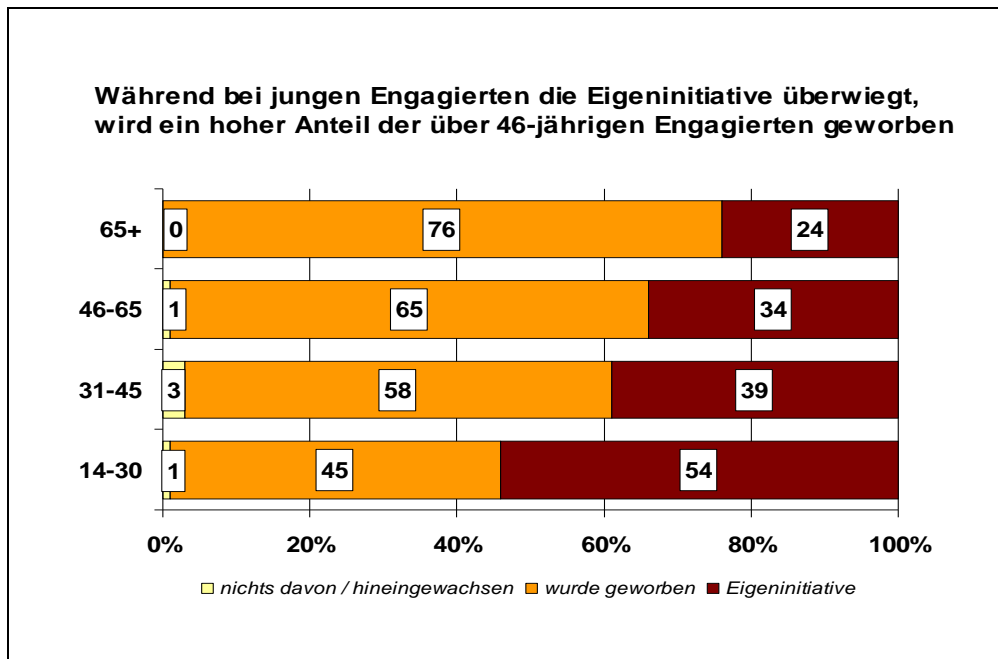
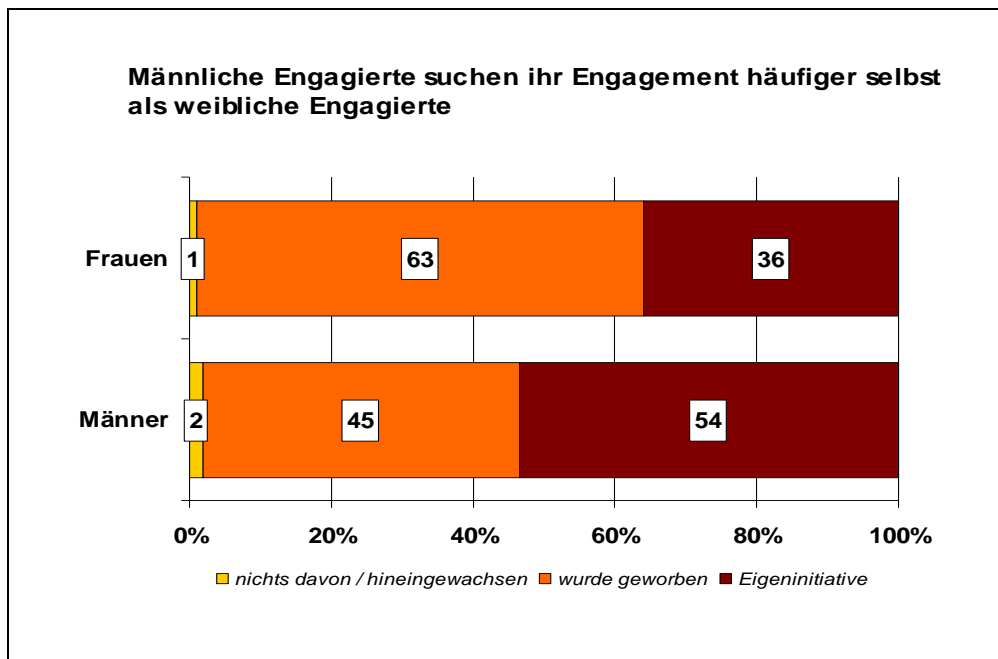


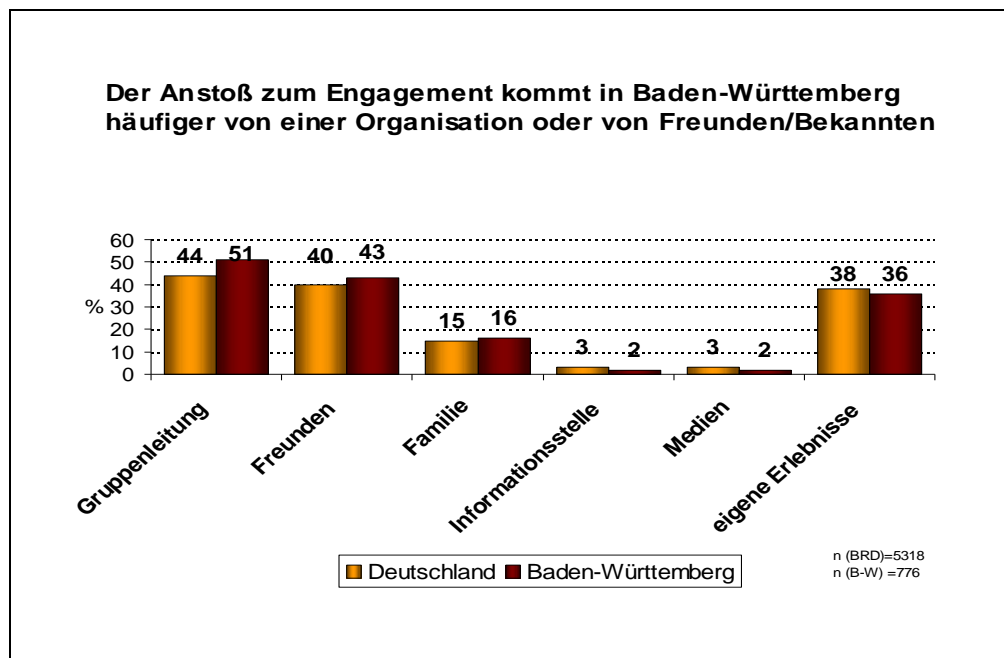
Abb. 35



## 7.2 Aktueller Anstoß zum Engagement

Mit Blick auf die Befragten Baden-Württembergs, gaben den Anstoß für die Übernahme der (derzeit zeitaufwändigsten) freiwilligen Tätigkeit (Mehrfachnennungen) in 51% leitende Personen der Gruppe oder Organisation, in welcher der Engagierte tätig ist, sowie in 43% Freunde und Bekannte, die bereits in diesem Felde aktiv waren (Abb. 36). Damit stellen für die Bürgerinnen und Bürger im Lande sowohl soziale Bekannten- und Freundes-Netzwerke, zu denen Engagierte einen lebensweltlichen Bezug haben, als auch Organisationen eine Brücke in ehrenamtliches oder freiwilliges Engagement dar.

Abb. 36





## **8. Rahmenbedingungen des freiwilligen Engagements**

### **8.1 Unterstützung des freiwilligen Engagements durch Arbeitgeber**

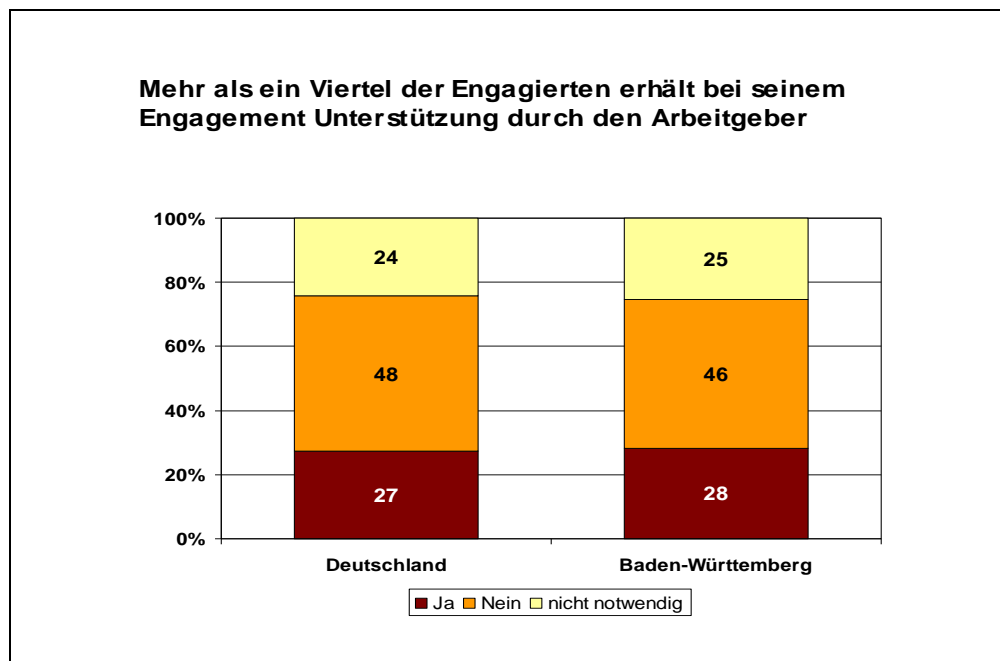
Eine Unterstützung Freiwilliger durch ihren Arbeitgeber erhalten in Baden-Württemberg 28% der freiwillig Engagierten, bei 46% ist das nicht der Fall (Abb. 37). Jeder vierte Engagierte in einem Beschäftigungsverhältnis hält dies nicht für nötig. Bei Beschäftigten im kirchlichen Bereich sowie im öffentlichen Dienst ist die Unterstützung etwas höher. Wenn es zur Unterstützung der Arbeitgeber kommt, hat diese ihre Schwerpunkte vor allem bei der Freistellung von Engagierten, bei den Möglichkeiten, die Infrastruktur des Arbeitgebers zu nutzen und bei den Vorteilen flexibler Arbeitszeitgestaltung für Engagierte (Gensicke 2004).

Im Vergleich zum Bundesgebiet (27%) zeigt sich, was die Unterstützung von Engagierten durch den Arbeitgeber betrifft, eine etwas bessere Ausgangslage in Baden-Württemberg (28%).

Wir können auf Grundlage dieser Ergebnisse davon ausgehen, dass die Unterstützungsmöglichkeiten freiwilligen Engagements von Beschäftigten durch den Arbeitgeber noch längst nicht ausgeschöpft sind und gerade hier die Initiativen der Landesregierung zur Förderung des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg einen erfolgreichen Weg versprechen.

Sowohl der Freiwilligensurvey, als auch die Untersuchung des bürgerschaftlichen Engagements von Unternehmen in Baden-Württemberg zeigen, dass die Kooperation mit Unternehmen intensiviert werden kann. Ein Ansatzpunkt dafür ist die auch bei kleinen und mittelständischen Unternehmen zu beobachtende Nahraumorientierung auf den Ort, an dem das Unternehmen angesiedelt ist.

Abb. 37



## 8.2 Wünsche an die Organisationen

Wie in den anderen Bundesländern auch – jedoch leicht abgeschwächt, was auf die bereits laufenden Förderungsaktivitäten des bürgerschaftlichen Engagements im Lande schließen lässt – halten 62% der Engagierten (Abb. 38) in Baden-Württemberg (Bundesebene: 63%) eine weitere Förderung des freiwilligen Engagements durch „projektspezifische materielle Förderung“ für wichtig und positionieren diesen Punkt auf Platz eins. An zweiter Stelle wird die „Bereitstellung von Räumen und Ausstattung“ (43%) seitens der Befragten aus Baden-Württemberg als wichtig angesehen, gefolgt von verbesserten Angeboten für Weiterbildungsmöglichkeiten (36%) durch die Organisationen.

Im Vergleich zu 1999 zeigt sich jedoch, dass sich hier die Situation für die Freiwilligen in Baden-Württemberg deutlich verbessert hat, vor allem bei den Weiterbildungsmöglichkeiten und der fachlichen Unterstützung von Engagierten, die 2004 noch 36% bzw. 33% für verbesserungsbedürftig halten; die entsprechenden Quoten lagen 1999 noch bei 42% bzw. 39%. Hier werden vermutlich auch die Fortbildungsinitiativen im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement einen positiven Einfluss nehmen.

Auch hinsichtlich der Anerkennung des freiwilligen Engagements durch Hauptamtliche zeigen sich Verbesserungen dahingehend, dass diese 2004 nur noch von 27% statt vormals 33% (1999) der Engagierten vermisst wird. Auch was die finanzielle Vergütung betrifft, „drückt der Schuh“ nur noch bei 20% der

Freiwilligen, im Vergleich zu 30% im Jahr 1999 (Abb. 39). Dies kann als eine Verbesserung der Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement gewertet werden. Auch zukünftig erscheinen die infrastrukturelle Unterstützung des Engagements sowie die Anerkennung desselben und seine fachliche Förderung vor allem unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit bedeutsam.

Abb. 38

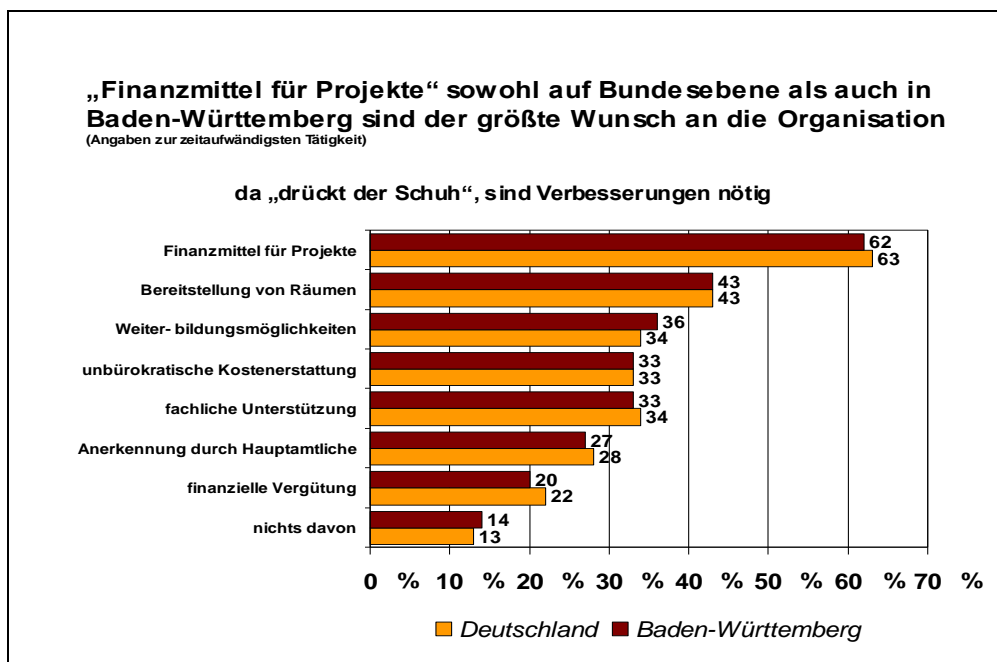
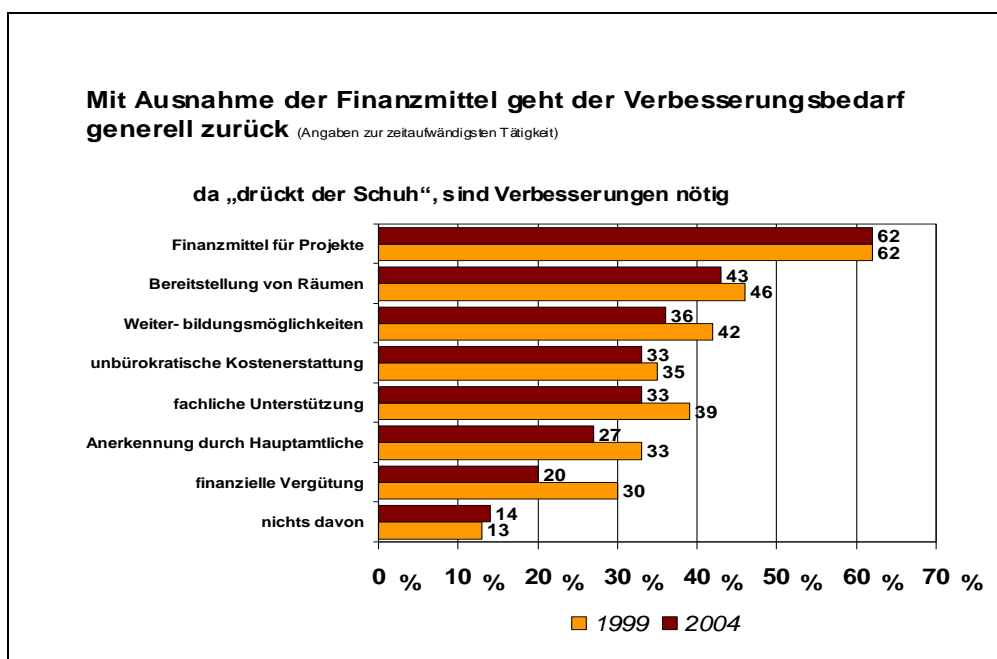


Abb. 39



---

### 8.3 Forderungen an Staat, Politik und Öffentlichkeit

Die Freiwilligen in Baden-Württemberg sehen von Seiten des Staates und der Öffentlichkeit den größten Verbesserungsbedarf bei Information und Beratung der Bürgerinnen und Bürger zu Gelegenheiten des freiwilligen Engagements (55%; siehe Abb. 40). Jede/r zweite Engagierte (50%) wünscht sich eine stärkere Anerkennung des Engagements durch die Medien (1999: 47%). Wichtig erscheint weiterhin eine steuerliche Absetzbarkeit von Aufwandsentschädigungen, die 48% der Engagierten für verbesserungsbedürftig halten, wobei hier gegenüber 1999, als noch 60% ein solches Postulat formulierten, ein deutlicher Rückgang zu bemerken ist. Nach wie vor als verbesserungsbedürftig wird von 48% der freiwillig Tätigen die Anerkennung des Engagements als Praktikum angesehen. Aber auch hier ist die Quote gegenüber 1999 (56%) rückläufig. Auch eine bessere Absicherung von Engagierten durch eine Haftpflichtversicherung wird 2004 (37%) weniger gefordert als noch 1999 (44%).

Diese Ergebnisse lassen sich dahingehend interpretieren, dass es hinsichtlich einer Absicherung des Engagements durch Haftpflicht- und Unfallversicherung, wie auch bei der Anerkennung desselben als Praktikum und der Absetzung von Kosten Verbesserungen gegeben hat, die auf das freiwillige Engagement selbst positive Rückwirkungen haben können.

Stärker als im Bundesdurchschnitt (Abb. 41) begrüßen Engagierte im Lande eine stärkere Anerkennung des Engagements durch Berichte in Presse und Medien (50%), sowie eine bessere steuerliche Absetzbarkeit der Aufwandsentschädigungen (48%). Stärker als im Bundesdurchschnitt wird in Baden-Württemberg weiterhin auch dem Wunsch nach einer Anerkennung von freiwilligen Tätigkeiten als berufliches Praktikum (48%) Ausdruck verliehen. Es scheint, als habe sich gerade auch in Baden-Württemberg der Diskurs zwischen Engagierten und Staat in der Weise intensiviert, dass Engagierte durchaus selbstbewusst(er) als in den anderen Bundesländern artikulieren, welche Maßnahmen weiterhin zum Aufbau von verlässlichen Strukturen bürgerschaftlichen Engagements und der Bürgergesellschaft beitragen können.

Abb. 40

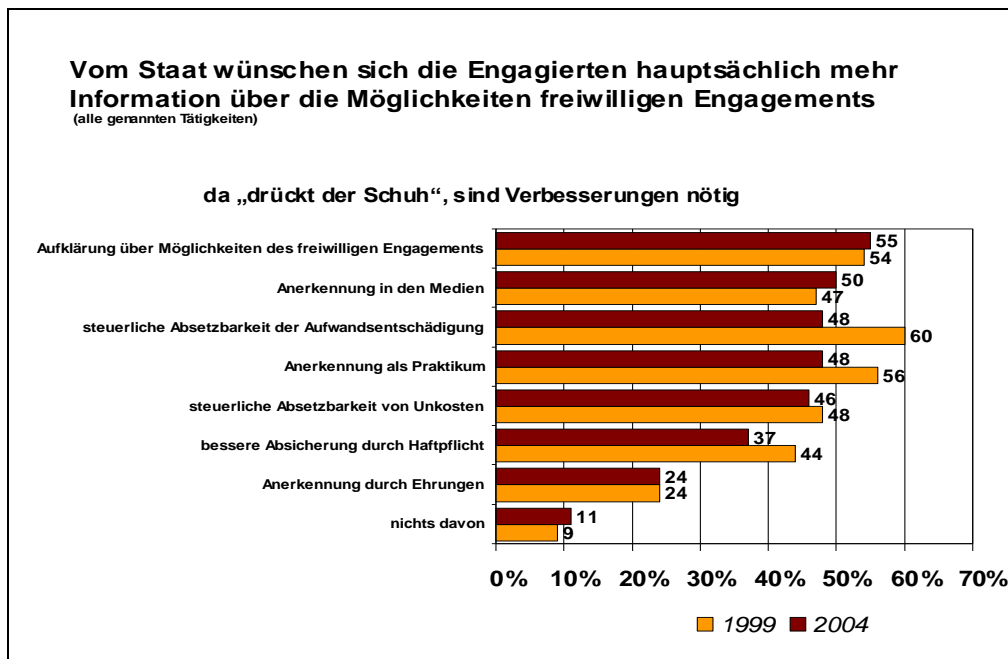
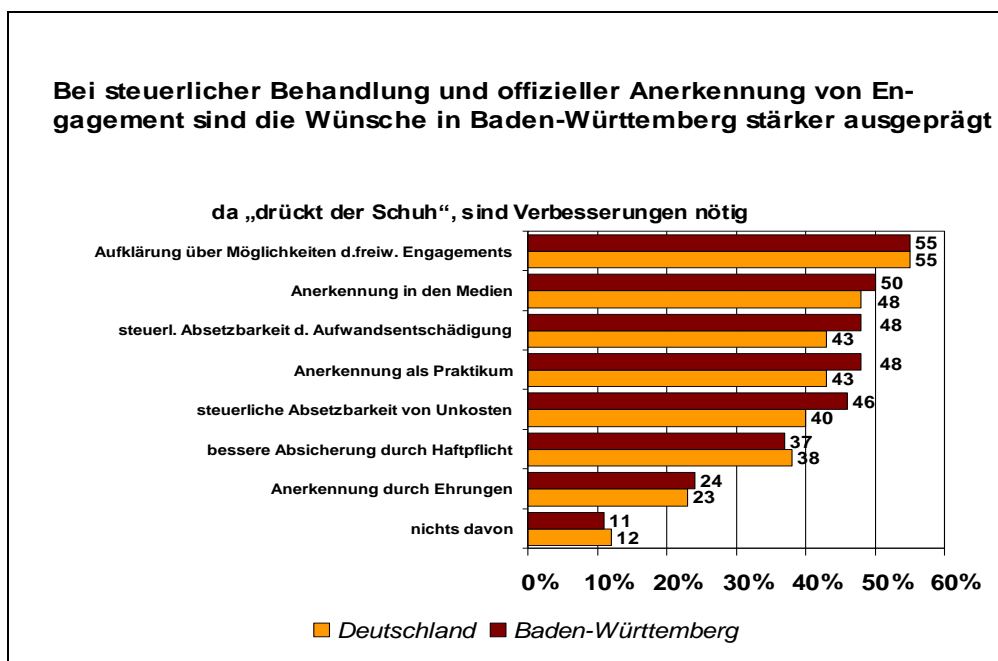


Abb. 41



---

## **9. Detailanalysen zur kulturellen und sozialstrukturellen Einbettung des Engagements**

Der Freiwilligensurvey fördert zutage, dass religiöse Orientierungen, ebenso wie die Wohn- und Lebensbedingungen und die ökonomischen Grundlagen sowie die Ausprägung der sozialen Netzwerke einen wichtigen Einfluss auf die Ausprägung des bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements haben. Dazu werden im Folgenden einige wichtige Ergebnisse für Baden-Württemberg dargestellt.

### **9.1 Kirchenbindung**

Zusammenhangsanalysen ergeben, dass die Variable „Kirchenbindung“ nach der Variablen „Größe des Freundes- und Bekanntenkreises“ die zweithöchste Vorhersagekraft für freiwilliges Engagement (Gensicke 2004: 18) besitzt. Gerade diese beiden Merkmale sind in Baden-Württemberg recht ausgeprägt. Hier ist zu konstatieren, dass Befragte aus Baden-Württemberg eine stärkere Kirchenbindung (22%) im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt (20%) aufweisen. Dies findet auch darin Ausdruck, dass 80% der Befragten aus Baden-Württemberg, und damit wiederum deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt (66%), einer Religionsgemeinschaft angehören (Abb. 42). Dabei ist bemerkenswert, dass die Engagementquote der Menschen, die der römisch-katholischen bzw. evangelischen Kirche angehören, mit 47% bzw. 45% überdurchschnittlich hoch ist (Abb. 43).

Abb. 42

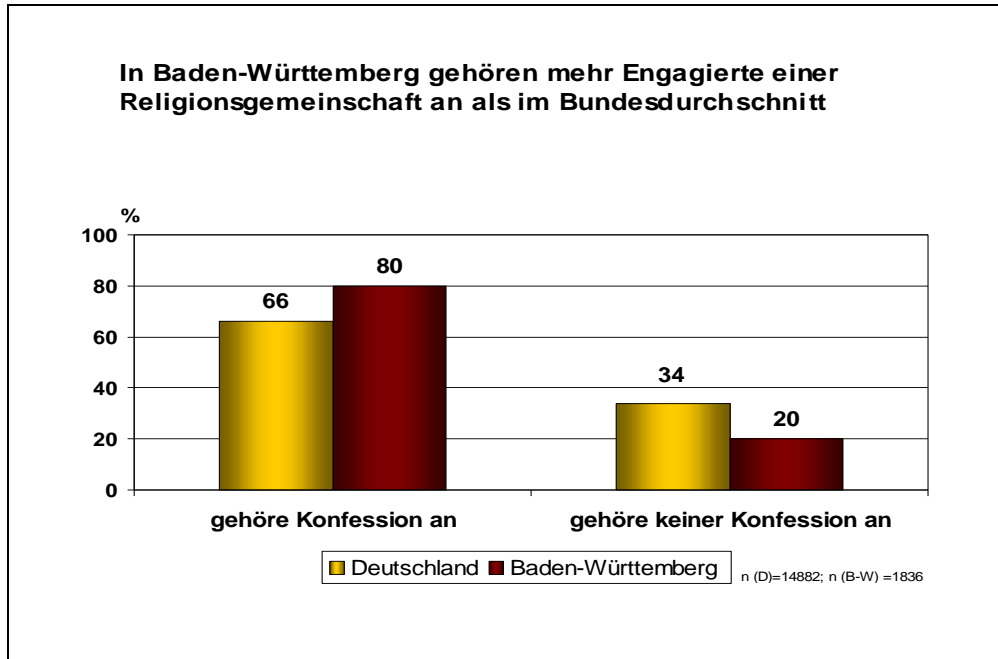
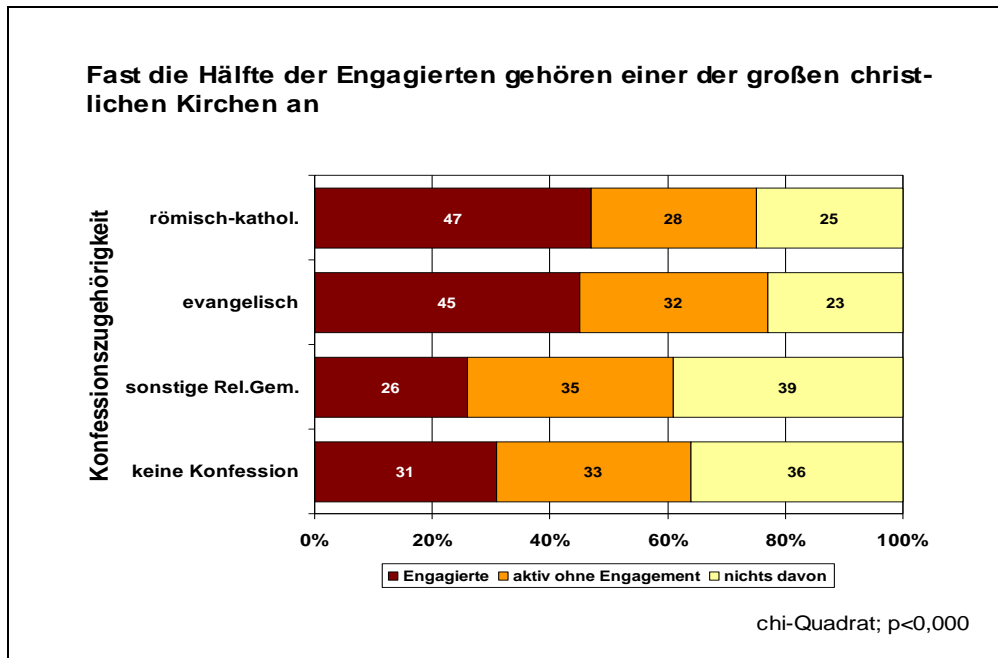


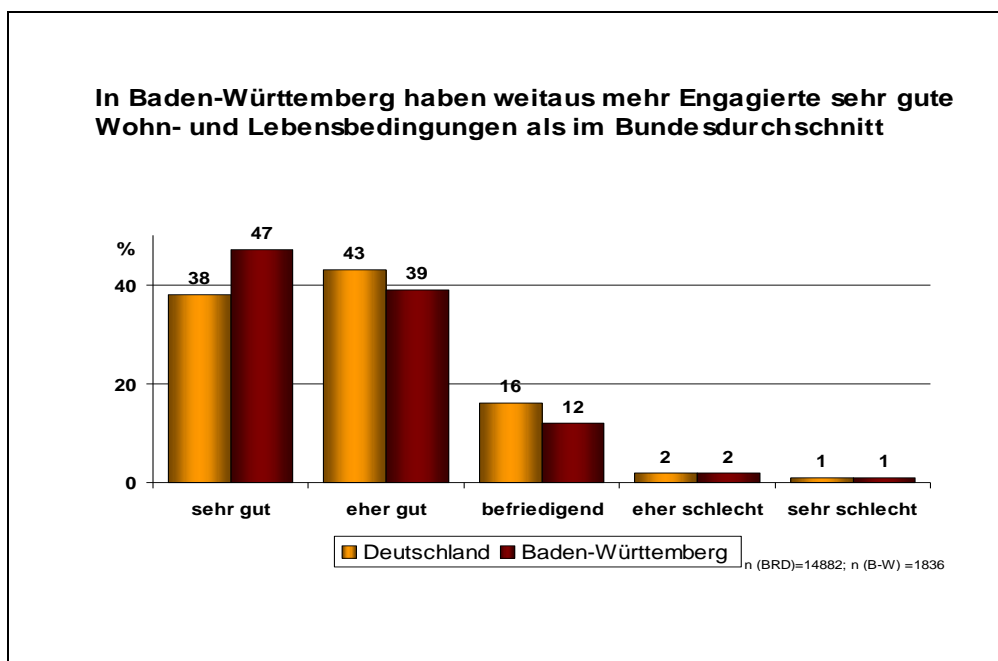
Abb. 43



## 9.2 Wohn- und Lebensbedingungen

Deutliche Unterschiede ergeben sich im Vergleich mit dem Bundesgebiet bei den Wohn- und Lebensbedingungen der Befragten in Baden-Württemberg (Abb. 44). Nahezu die Hälfte (47%) bezeichnen die Wohn- und Lebensbedingungen in Baden-Württemberg als „sehr gut“; die entsprechende Quote für alle Befragten liegt bei 38%. Kein anderes Bundesland erreicht eine solch ausgeprägt positive Wertung. Am nächsten kommen ihr die entsprechenden Wertungen für die Bundesländer Bayern (44%), Schleswig-Holstein (44%) und Niedersachsen (42%).

Abb. 44



## 9.3 Familienfaktor und sozialer Zusammenhalt

Befragte in Baden-Württemberg leben im Vergleich mit allen Befragten überdurchschnittlich oft mit einem Partner zusammen (63%) und mit Kindern (39%); (Abb. 45). Dies lässt darauf schließen, dass die Mehrgenerationenhaushalte in Baden-Württemberg stärker vertreten sind und Familienkonstellationen sich positiv auf Engagement auswirken.

Was die Einschätzung des „sozialen Zusammenhalts“ betrifft, kommen die Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer in Baden-Württemberg zu einer deutlich besseren Bewertung als auf Bundesebene (Abb. 46). Mehr als jede/r fünfte (23%) Befragungsteilnehmer/-in aus dem Lande bezeichnet den sozialen Zusammenhalt als „sehr gut“ und 40% als „eher gut“. Baden-Württemberg liegt



auch hier deutlich über dem Bundesdurchschnitt und im Vergleich mit den anderen Bundesländern gleichauf mit Rheinland-Pfalz und Niedersachsen.

Abb. 45

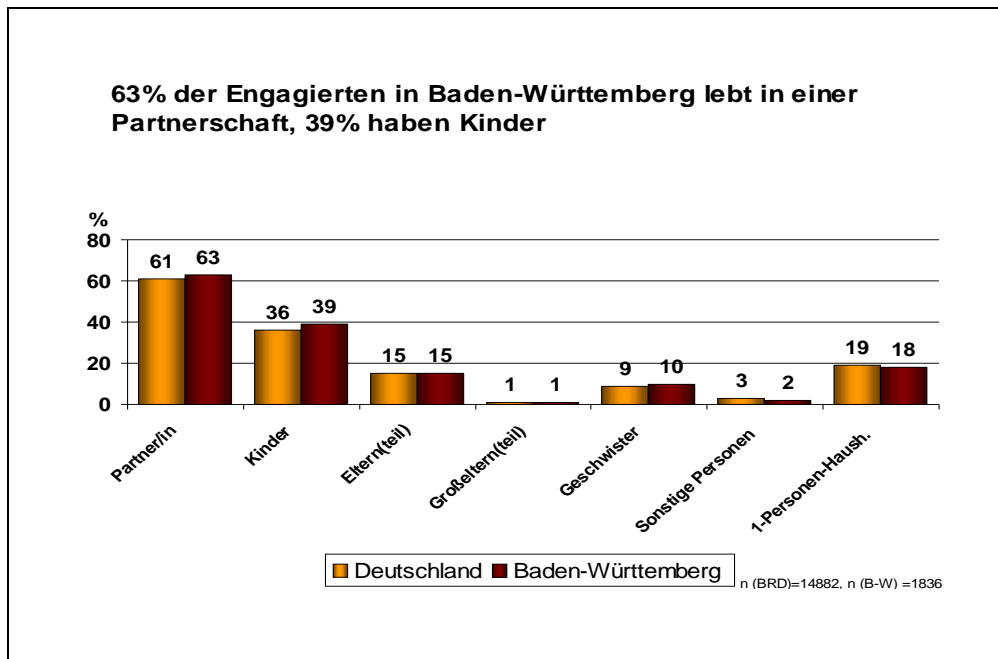
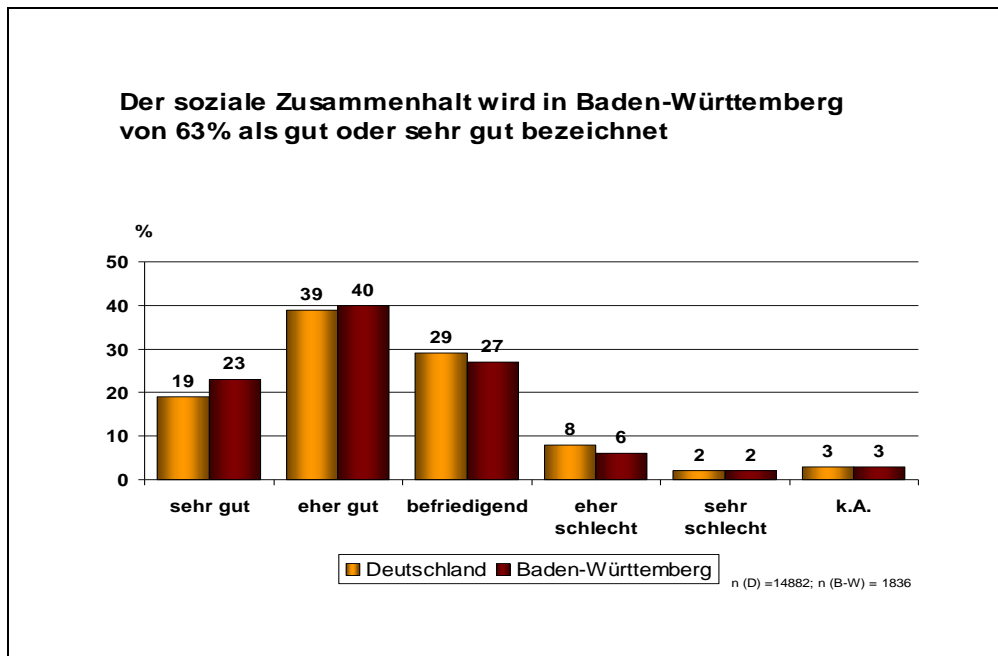


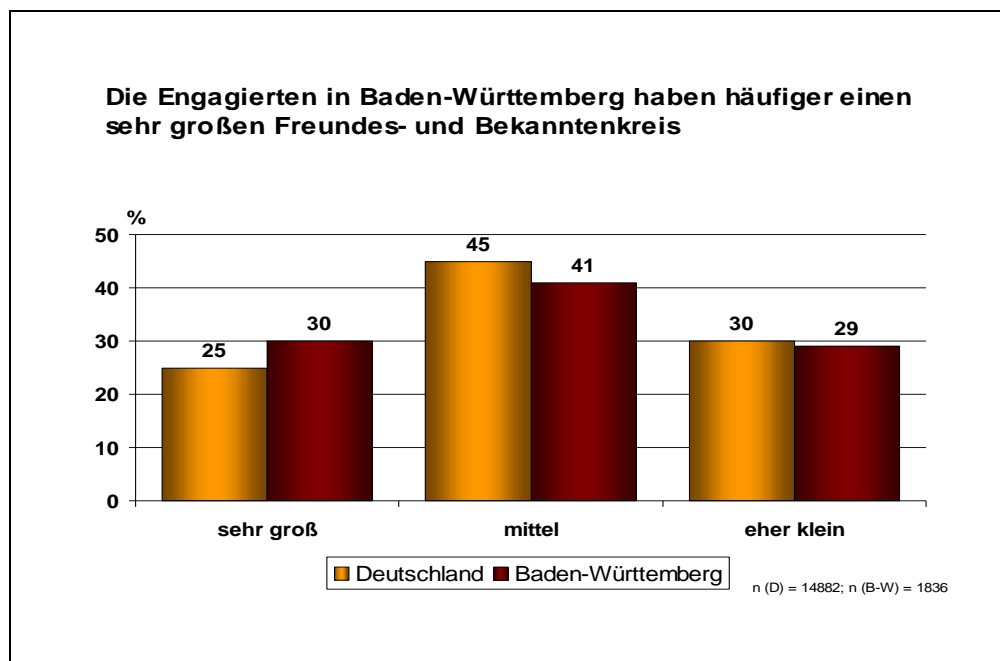
Abb. 46



## 9.4 Soziale Netzwerke und Kooperation

Auch was die Ausprägung der sozialen Netzwerke anbelangt, angezeigt durch die Größe des Freundes- und Bekanntenkreises am Wohnort, erreichen Befragte aus Baden-Württemberg mit Abstand die besten Werte (Abb. 47). Als „sehr groß“ bezeichnen 30% der Baden-Württemberger ihren Freundes- und Bekanntenkreis, die entsprechende Quote liegt für die Bundesebene bei 25%. Bundesweit überwiegen dagegen mit 45% solche Befragten, die ihren Freundes- und Bekanntenkreis als „mittelgroß“ einschätzen.

Abb. 47



Auch in puncto Hilfe geben 90% aus Baden-Württemberg an, dass sie solche Hilfen erwarten können (Abb. 48). Auf Nachfrage, von welchen Personenkreisen mit Hilfe gerechnet werden kann, werden in Baden-Württemberg neben Verwandten (64%) und Nachbarn (41%) überdurchschnittlich Bekannte und Freunde (62%) genannt (Abb. 49), was mit den vorherigen Angaben über die Ausprägung des Bekannten- und Freundeskreises korrespondiert.

Diese Besonderheiten sind insoweit von Bedeutung, als Zusammenhangsanalysen ergeben, dass die Variable „Ausprägung des Bekannten- und Freundeskreis“ den größten Vorhersagewert in Bezug auf die (positive) Ausprägung freiwilligen Engagements besitzt (Gensicke 2004: 18). Umgekehrt gilt auch, dass Befragte aus Baden-Württemberg (63%) häufiger als im Bundesdurchschnitt (61%) angeben, dass sie selbst auch Bekannten oder Freunden regelmäßig oder

gelegentlich bei Besorgungen oder kleineren Arbeiten sowie der Kinderbetreuung helfen.

Abb. 48

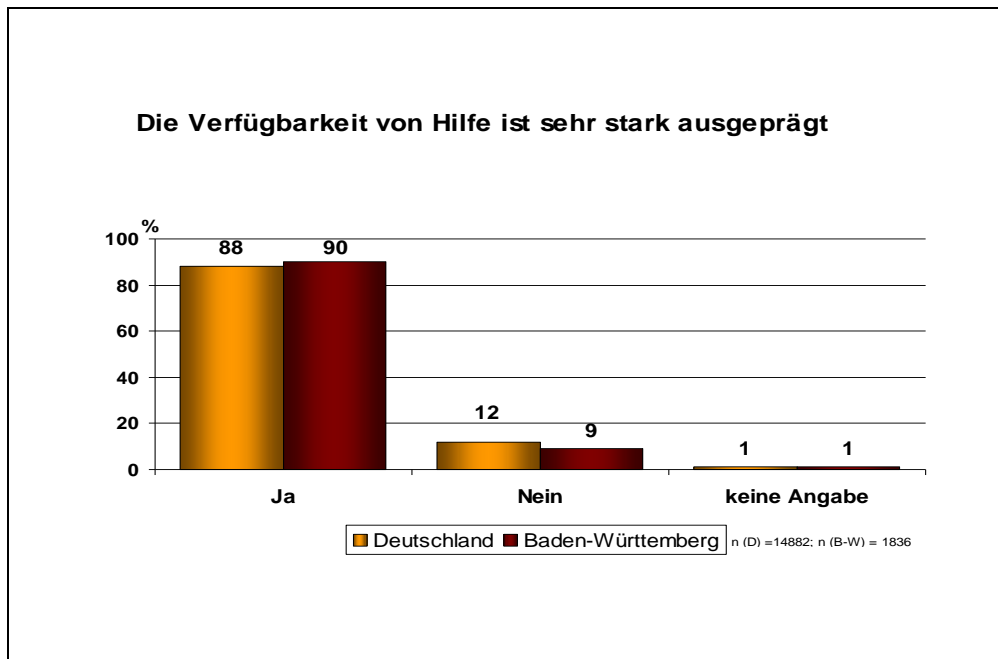
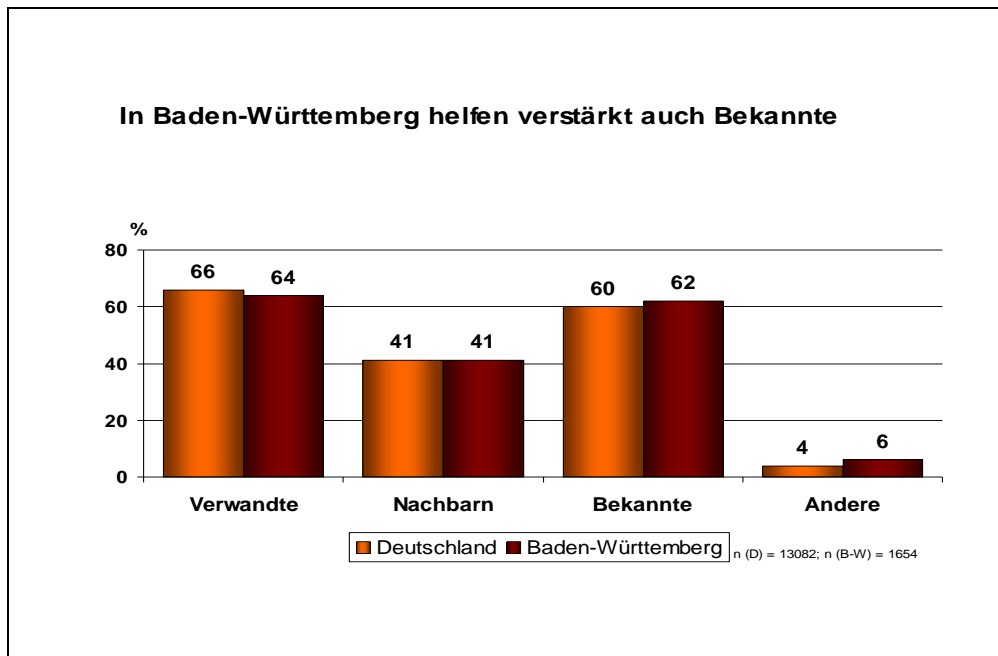


Abb. 49

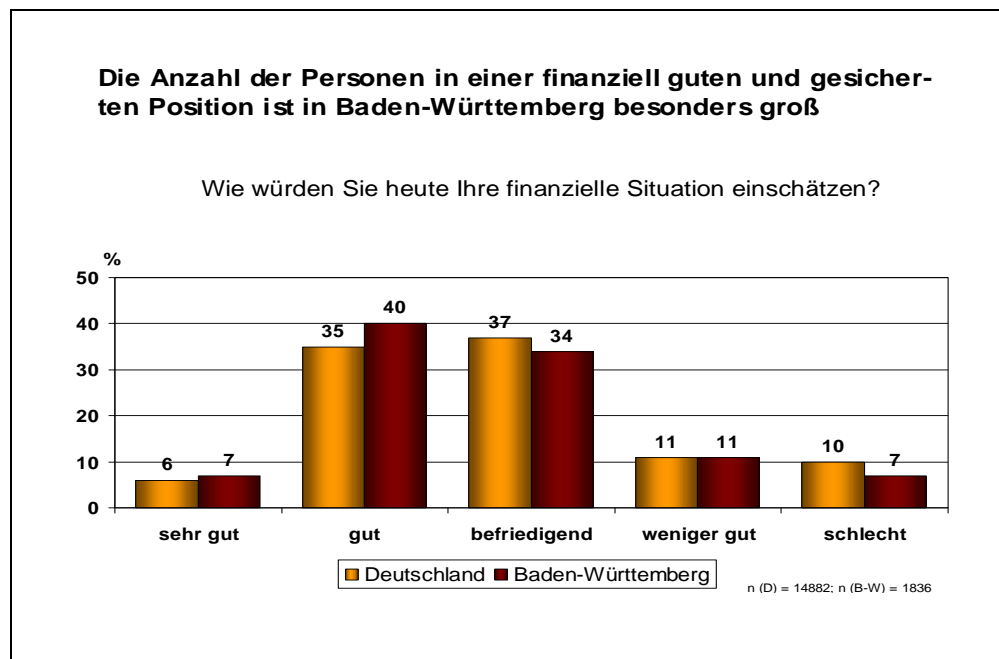


## 9.5 Wohlstand als Indikator für Engagement

Generell hat für Deutschland – im Vergleich mit den Daten des Freiwilligensurvey 1999 – die Gruppe derjenigen, die ihre wirtschaftliche Lage als weniger gut bzw. als schlecht einstuft, in 2004 von 17% auf 21% zugenommen.

Im Blick auf den Freiwilligensurvey 2004 ist jedoch für Befragte aus Baden-Württemberg eine bessere materielle Situierung zu konstatieren als im Bundesdurchschnitt: 7% bezeichnen die eigene wirtschaftliche Lage als „sehr gut“ und 40% als „gut“ (Abb. 50). Zusammengenommen würde folglich nahezu die Hälfte der Befragten im Lande (47%) ihre finanzielle Situation als gut bis sehr gut einstufen; die entsprechende Quote liegt für die Bundesebene bei 41%. Diese materiellen Voraussetzungen im Lande stellen gleichfalls förderliche Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement dar.

Abb. 50



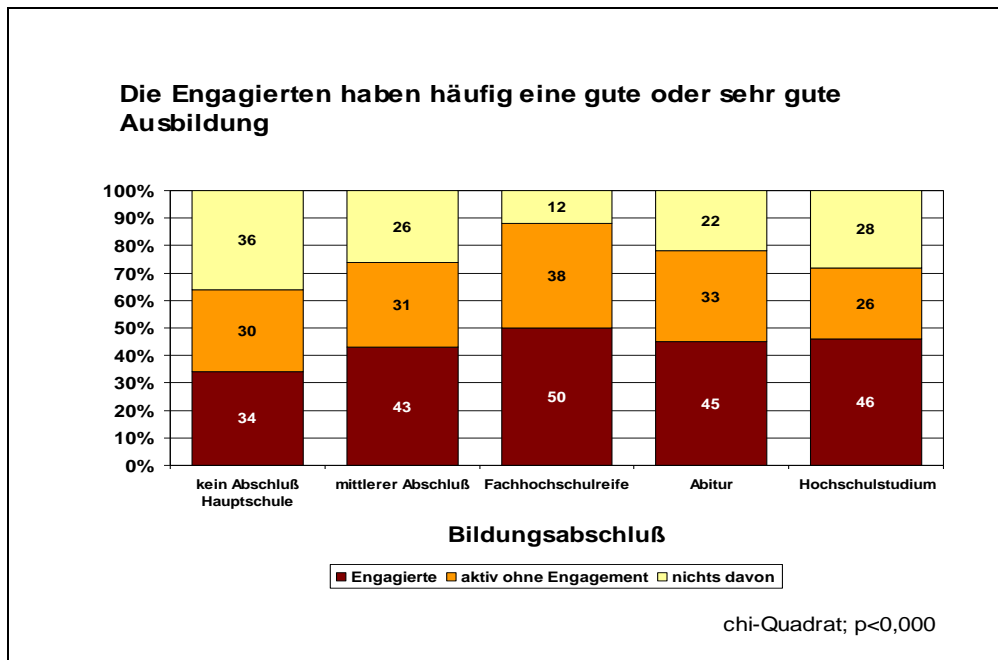
## 9.6 Der Einfluss von Bildung auf Engagement

Die Analysen zu sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen und zu sozialen Netzwerken erbringen im Vergleich mit den Ergebnissen auf Bundesebene eine bessere Situierung der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg (s. o.). Berücksichtigt man des Weiteren die Bildungsabschlüsse der Engagierten lässt sich eine höhere Engagementquote bei Bürgerinnen und Bürgern erkennen, die mit Fachhochschulreife (50%), Abitur (45%) oder einem Hochschulabschluss (46%) abgeschlossen haben (Abb. 51). Unter den Bürgerinnen und Bürgern mit Hauptschulabschluss bzw. ohne Abschluss liegt die Engagementquote bei 34%.

Hier ist zugleich die Quote derjenigen, die weder aktiv noch engagiert sind, mit 36% am höchsten ausgeprägt.

Dennoch zeigen sich aus allen Bildungsschichten heraus Zugangsmöglichkeiten zum bürgerschaftlichen Engagement – was nicht heißt, dass im Einzelnen die Möglichkeiten der Teilhabe nicht noch verbessert werden können.

Abb. 51



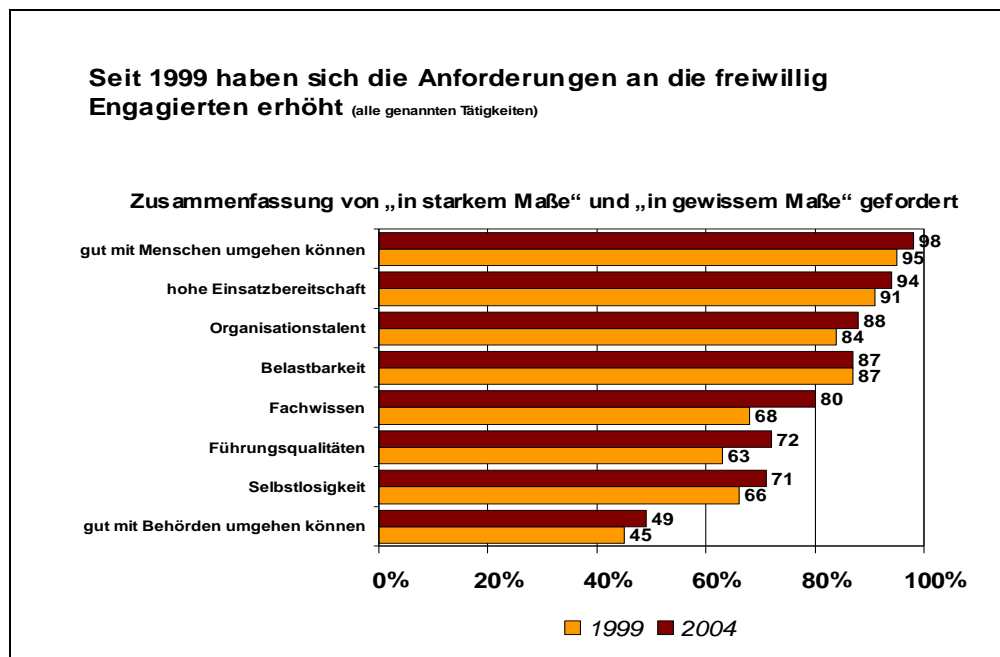
## 10. Steigende Anforderungen an bürgerschaftlich und ehrenamtlich Engagierte

Abschließend erscheint als wichtiger Befund, dass nach den Selbsteinschätzungen der bürgerschaftlich und ehrenamtlich Engagierten die Anforderungen bei der Ausübung freiwilliger Tätigkeiten recht hoch sind (Abb. 52). 98% der Engagierten sind der Auffassung, dass ihre freiwillige Tätigkeit erfordert, „gut mit Menschen umgehen zu können“ und eine „hohe Einsatzbereitschaft“ (94%) sowie „Organisationstalent“ (88%) und „Belastbarkeit“ (87%).

Im Vergleich mit den Ergebnissen von 1999 lässt sich zudem feststellen, dass die Engagierten zunehmend „Fachwissen“ und „Führungsqualitäten“ bei der Ausübung ihrer freiwilligen Tätigkeit als erforderlich ansehen. Hielten 1999 noch 68% der Engagierten „Fachwissen“ für wichtig bei der Ausübung ihrer freiwilligen Tätigkeit, so lag diese Quote 2004 um 12 Prozentpunkte höher und stieg auf 80% an. Ebenso verhält es sich mit der Eigenschaft „Führungsqualität“, die 1999 noch 63% und 2004 bereits 72% als geboten für ihre freiwillige Tätigkeit ansahen.

Diese Einschätzungen verweisen auf einen zunehmenden Bedarf an Qualifizierung des Engagements, der bei der Engagementförderung zukünftig eine besondere Berücksichtigung erfahren sollte.

Abb. 52



## 11. Zusammenfassung der Ergebnisse und Schlusswürdigung

Die Sonderauswertung der repräsentativen Umfrage zum freiwilligen Engagement in Baden-Württemberg ergibt, dass das bürgerschaftliche und ehrenamtliche Engagement eine tragende Rolle bei der sozialen, kulturellen und ökologischen Alltagsgestaltung und Daseinsvorsorge in nahezu allen gesellschaftlichen Lebensbereichen spielt. Die Bürgerinnen und Bürger stellen sich den Herausforderungen unserer Gegenwartsgesellschaft und tragen auf vielfältige Weise zu ihrem solidarischen Gelingen durch die Gestaltung des Gemeinwesens und der alltäglichen Lebenswelt bei. Dies manifestiert sich in der ausgeprägt hohen Engagementquote von 42%. Der Ansatz in Baden-Württemberg, der über Themen und Generationen hinweg fördert, ist in diesem Zusammenhang besonders vorteilhaft. Gerade für junge Menschen wird das „Sich-hinein-Entwickeln“ in ein gewünschtes Engagement zu einem Teil des (Selbst-)Sozialisationsprozesses.

Bürgerschaftliches Engagement ist Bestandteil der Alltagskultur vieler Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg und trägt zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen im Lande bei. Dabei zeigt sich im Vergleich zu 1999 erstmals ein Trend, nach dem bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement auch in tendenziell benachteiligten Bevölkerungskreisen zunimmt und dadurch ein Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integration geleistet wird. Die Vielfalt des Engagement verweist sowohl auf plurale Interessen der Bürgerinnen und Bürger als auch darauf, dass die ganze Engagementlandschaft in Baden-Württemberg weitgehend durch die Bürgerinnen und Bürger selbst bestimmt wird. Der Gemeinsinn und die Engagementbereitschaft sind in Baden-Württemberg sehr ausgeprägt. Die Bürgerinnen und Bürger haben einen ausgesprochenen Willen zur Mitgestaltung der Gesellschaft entwickelt. Dies zeigt sich in den vielfältigen Strukturen freiwilligen Engagements und darin, dass viele Engagierte nicht nur in einem Bereich, sondern in mehreren ihre freiwilligen Aktivitäten entfalten.

Die Analysen fördern weiter zutage, dass ein zusätzliches Engagementpotenzial sowohl bei den Engagierten selbst wie bei den (noch) nicht Engagierten besteht, dem die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements besondere Aufmerksamkeit widmen sollte. Im Maße der Entfaltung dieses weiteren Engagementpotenzials kann das konzertierte Geschehen bürgerschaftlichen Engagements weiter verstärkt und die Ausbildung von sozialem und kulturellem

---

Kapital gemehrt werden. Der Einbezug dieser Engagementpotenziale schafft folglich weiteres Sozialkapital in Form von sozialen Netzwerken, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichen. Damit gewinnt das bürgerschaftliche Engagement zunehmend auch eine wichtige Bedeutung in der gegenwärtigen Gestaltung von Wohlfahrt. Diese Entwicklungen verweisen auf einen neuen Welfare Mix, also Wohlfahrtspluralismus, der aus dem koproduktiven Zusammenwirken von Staat (Kommune), Wirtschaft, Dritter Sektor (Verbände, Kirchen etc.) und den Bürgerinnen und Bürgern entsteht und ein Zukunftsmodell für die moderne Gesellschaft darstellt. Die Ergebnisse des Freiwilligensurveys 2004 zeigen, dass der Anteil bürgerschaftlichen Engagements an der Wohlfahrtsproduktion noch weiter zunehmen kann.



## 12. Wirkfaktoren des bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements

Obgleich im Rahmen des bundesweit angelegten und durchgeführten Freiwilligensurvey die Spezifika der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg nicht nachgefragt werden konnten, ist auf der Grundlage der seitens des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) durchgeführten wissenschaftlichen Begleitung des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg anzunehmen, dass dessen ausgeprägte Förderung positive Auswirkungen nicht nur in quantitativer sondern sehr stark auch in qualitativer Hinsicht hat.

Wir gehen davon aus (Abb. 53), dass die *individuellen Ressourcen*, sprich das soziale Kapital (Netzwerke), kulturelle Kapital (Bildung) und ökonomische Kapital von Bürgerinnen und Bürger und ihre Wertorientierungen Einfluss auf ihr eigenes bürgerschaftliches Engagement haben. Darüber hinaus spielen jedoch die *Rahmenbedingungen im Sozialraum* eine wichtige Rolle bei der Entfaltung des bürgerschaftlichen Engagements und seinem Wirksamwerden in den unterschiedlichen Engagementfeldern, bspw. im sozialen und kulturellen Bereich, im Sport oder bei Bildung und Ausbildung etc. Hier ist von Bedeutung, welche Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement in einer Gemeinde entwickelt wird und wie partizipationsfreundlich sich bspw. eine kommunale Verwaltung oder Bürgermeister und Gemeinderäte zeigen.

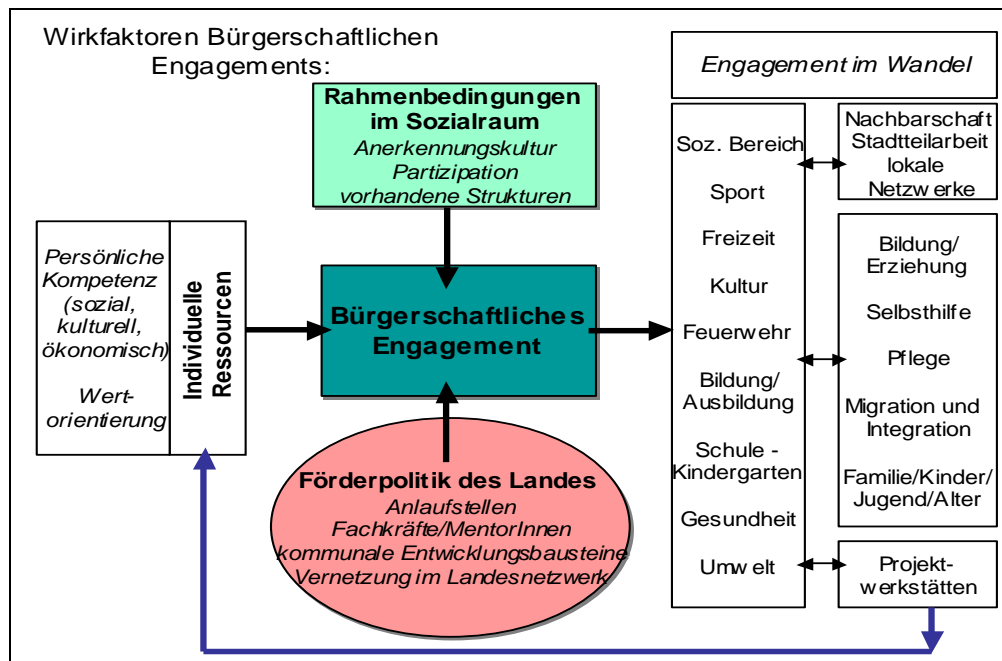
Eine wichtige Funktion besitzt darüber hinaus aber auch die *Förderpolitik des Landes Baden-Württemberg*. Es ist berechtigt, anzunehmen, dass hier die *Förderpolitik des Landes* mit seiner Unterstützung von örtlicher Anlaufstellen und der Förderung von Bürgermentor/-innen und Fachkräften einen nachhaltigen Einfluss auf die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements hat. Darüber hinaus ist die systematische Weise, in der im Rahmen des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement in den vergangenen Jahren landesweite Kooperationsnetzwerke für Städte, Gemeinden und Landkreise aufgebaut worden sind als ein nachhaltiger Beitrag zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu werten.

Vor allem in den Landesnetzwerken wird – ergänzend zu den im Freiwilligensurvey nachgefragten Engagementfeldern - deutlich, dass das *Engagement zudem auch im Wandel* begriffen ist und neue Schwerpunktsetzungen erfährt. Diese Schwerpunktsetzungen sind einerseits inhaltlicher Art, indem verstärkt die Themen Bildung und Erziehung, Pflege, Migration und Integration sowie das Zusammenleben der Generationen (Familie, Kinder, Jugend, Alter) aufgegriffen werden, andererseits zeigen sich auch neue Arbeitsweisen des bürgerschaftli-

chen Engagements in Projektwerkstätten oder im Rahmen der Stadtteilarbeit und des Aufbaus lokaler Netzwerke. Solche Projektwerkstätten und lokale Netzwerke werden im Maße ihres Ausbaus auch auf die individuellen Ressourcen förderlich rückwirken, insbesondere bei der Ausbildung von sozialem und kulturellem Kapital.

In diesem Neben- und Miteinander unterschiedlicher Aktivitäten und Schwerpunktsetzungen bürgerschaftlichen Engagements liegt die Chance der Entfaltung von „Good Governance“, sprich dem konzertierten Zusammenspiel von Bürgerinnen und Bürgern mit Politik, Verwaltung und Wirtschaft im Rahmen eines neuen Wohlfahrtspluralismus. Es ist deshalb uneingeschränkt zu begrüßen, wenn solche Entwicklungen durch eine aktive Förderpolitik bürgerschaftlichen Engagements seitens des Landes weiter unterstützt werden.

Abb. 53



### 13. Empfehlungen

Es besteht nach wie vor ein ausgeprägter Beratungsbedarf der Bürgerinnen und Bürger über die Vielfalt an Möglichkeiten, sich zu engagieren, und zwar sowohl bei bereits Engagierten, als auch bei solchen Befragten, die angeben, prinzipiell zum Engagement bereit zu sein. Folglich ist eine Verbesserung des Informationsstandes über Engagementmöglichkeiten anzustreben. Hier fällt sowohl den kommunalen Netzwerken (Städte-, Gemeinde- und Landkreisnetzwerk) als auch den örtlichen Anlaufstellen in Baden-Württemberg eine wichtige Aufgabe zu. Die Arbeit der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste im Ministerium für Arbeit und Soziales und des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport sind hier von großer Bedeutung, da sie Aktivitäten im Bereich bürgerschaftliches Engagement fördern und bündeln und die erforderliche Plattform für Austausch und Kommunikation zur Verfügung stellen. Wichtig ist dabei auch der Einsatz von Druckerzeugnissen, der als wichtiger Zugangsweg die Internetpräsenz wirkungsvoll ergänzt.

Die Ergebnisse zeigen, dass der bisherige empirische Befund einer sich zentral aus dem Mittelschichtmilieu heraus bildenden Engagementkultur nicht als ehernes Gesetz betrachtet werden kann. Es sind Tendenzen erkennbar, dass auch erwerbslose Menschen oder Bürgerinnen und Bürger, die einem kapitalschwächeren Milieu bzw. einfacheren Schichten angehören, engagiert sind. Dieser Entwicklung ist bei der Förderung bürgerschaftlichen Engagements Beachtung zu schenken. Im Vergleich zu 1999 zeigt sich, dass bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement auch in tendenziell benachteiligten Bevölkerungskreisen zunimmt. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sollte deshalb diese Bevölkerungskreise gezielt ansprechen und durch eine entsprechende Anerkennungskultur die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integration weiter verbessern.

Ein Blick auf die Verteilung des Engagements nach Geschlecht zeigt, dass Frauen tendenziell stärker im sozialen Bereich engagiert sind: im Dienste von Familie, Kindheit, Jugend und Alter. Unter dem Gesichtspunkt von Gender Mainstreaming kann hier die Aufmerksamkeit darauf gerichtet sein, ob sich solche Konzentrationen auf Engagementfelder „intrinsisch“ ergeben und/ oder soziokulturell entwickelt haben und inwieweit hier auch Einfluss auf eine geschlechtsuntypische Aufgabenwahrnehmung genommen werden kann und

---

soll. Dies kann nur in enger Kommunikation mit den engagierten Frauen und Männern selbst geschehen.

Die Ergebnisse zeigen ein beeindruckendes Engagement sowohl junger Menschen als auch Menschen in der Mitte ihres Lebens und älteren Bürgerinnen und Bürgern. Dies gibt Anlass, bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements den intergenerationalen Gesichtspunkt stärker in den Blick zu nehmen. Die Zusammenarbeit von jung und alt im Engagement oder das Engagement von Jungen für Ältere und umgekehrt erscheint als attraktive Perspektive. Solche intergenerationalen Perspektiven, wie sie sich sehr oft im klassischen Vereinsleben, bspw. dem Musikverein, zeigen, implizieren das Lernen der Generationen voneinander und ermöglichen sowohl soziale Integration über mehr oder weniger altersgleiche als auch intergenerationale Gruppen.

Während bei jungen Menschen erkennbar wird, dass sie in bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt im Rahmen ihrer Sozialisation hineinwachsen, muss älteren Menschen eine solche Sozialisation möglicherweise bewusst angeboten, d.h. entsprechende Angebotstrukturen entwickelt werden.

In der Altersgruppe der Männer zwischen 14 und 45 Jahren ist im Vergleich mit dem Freiwilligensurvey 1999 die Engagementquote rückläufig und von 45% auf 42% gesunken. Dies gibt Anlass für Diskurse über die Hintergründe dieser Entwicklung. Wir wissen, dass diese Altersgruppe durch die Veränderungen in der Wirtschaft verstärkten zeitlichen und (Arbeits-) Belastungen sowie einem Wettbewerb um Arbeitsplätze ausgesetzt ist. Dies könnte im Resultat zur Verringerung der Engagementquote mit beitragen. Hier bietet es sich an, im Rahmen der Aktivitäten im Landesnetzwerk, die auch der Förderung des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements (Corporate Citizenship) gelten, diese Entwicklung zu thematisieren und ggf. nach Lösungen zu suchen.

Das Landesnetzwerk Baden-Württemberg sollte seine Aufmerksamkeit insbesondere auch dem Umstand widmen, dass das Engagementpotenzial insgesamt noch größer ist als das gezeigte entfaltete Engagement. Hier erscheinen die Hinwendung zu noch nicht Engagierten und die Möglichkeiten, Gelegenheitsstrukturen für Engagement zu schaffen als eine besondere Aufgabe.

Eine der Hauptaufgaben der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und Ehrenamtes wird – gerade vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Freiwilligensurvey – die Ermöglichung von Qualifizierung des Engagements im Rahmen von Fort- und Weiterbildung spielen. Diese wird gerade von den Engagierten selbst nachhaltig als notwendig erkannt und auch gewünscht. Hier

fällt dem Landesnetzwerk die Aufgabe einer weiteren curricularen Ausgestaltung der Förderung bürgerschaftlichen Engagements zu.

Die Sonderauswertung des Freiwilligensurvey für Baden-Württemberg offenbart, dass die Fähigkeiten einer sich aus eigenem Antrieb und Interesse selbst organisierenden Gesellschaft im Trend noch zugenommen haben. Es ist zu erwarten, dass sich durch die Förderungsaktivitäten des Landes die Voraussetzungen weiter verbessern können, unter denen die Entwicklungsprobleme der modernen Gesellschaft durch die Bürgerinnen und Bürger selbst tatkräftig mit bearbeitet werden.

---

## 14. Literatur

**Gensicke, Thomas** (2004) Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Vorgelegt von TNS Infratest Sozialforschung. München, Oktober 2004.

**Gensicke, Thomas** (2005) Freiwilliges Engagement in Deutschland 2004. Länder-Tabellenband. Vorgelegt von TNS Infratest Sozialforschung. München.

**Gensicke, Thomas** (2005) Freiwilliges Engagement in Deutschland 2004. Trend-Tabellenband Ba-Wü. Vorgelegt von TNS Infratest Sozialforschung. München.

**Gensicke, Thomas / Picot, Sibylle / Geiss, Sabine** (2006) Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München, Dezember 2005

**Rosenblatt, Bernhard von** (Hrsg.) (2001) Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Band 1: Gesamtbericht. Stuttgart: Kohlhammer.

**Zukunftskommission Gesellschaft 2000** (2000) Solidarität und Selbstverantwortung. Von der Risikogesellschaft zur Chancengesellschaft. Bericht und Empfehlungen der Zukunftskommission Gesellschaft 2000 der Landesregierung Baden-Württemberg. Dezember 1999. Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart

### Abbildungsverzeichnis (summativ)

Abbildungen	Quelle bzw. Berechnungsgrundlage
Abb. 5, 9, 10, 12, 22, 25, 36, 37, 42, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50	TNS Infratest Ländertabellenband
Abb. 3	TNS Infratest Trend Tabellenband Ba-Wü
Abb. 16	TNS Infratest-Berechnungen
Abb. 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 17, 18, 19, 20, 21, 23, 24, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 38, 39, 40, 41, 43, 51, 52	Eigene Berechnungen (zze/fifas) auf Grundlage des TNS Infratest Personendatensatzes

**2. Solidarität der Generationen: Bürgerschaftliches  
Engagement in stationären Pflegeeinrichtungen  
des Landes**

---





Eine Gemeinschaftsinitiative  
in Baden-Württemberg:  
Sozialministerium,  
Landkreistag, Städtetag,  
Gemeindetag, Landesseniorenrat,  
Evangelische Fachhochschule,  
Universität Freiburg,  
gefördert durch die Landesstiftung  
Baden-Württemberg

## **BELA**

### **Bürgerschaftliches Engagement für Lebensqualität im Alter**

#### Schlussbericht zur Heim- und Engagiertenbefragung

---

**B E L A**

ist eine Gemeinschaftsinitiative in Baden-Württemberg:

Ministerium für Arbeit und Soziales

Landkreistag

Städtetag

Gemeindetag

Landesseniorenrat

Ev. Fachhochschule Freiburg

Gefördert durch die Landesstiftung Baden-Württemberg

Thomas Klie  
Hans Hoch  
Thomas Pfundstein

Arbeitsschwerpunkt  
Gerontologie und Pflege  
an der Evang. Fachhochschule  
Freiburg

Freiburg im August 2005

Projektträger:  
Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg

## Inhalt

<b>1</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>373</b>
<b>2</b>	<b>Demografischer Wandel und Entwicklung der Pflege .....</b>	<b>375</b>
2.1	Entwicklung der Pflegebedürftigkeit in Baden-Württemberg .....	375
2.2	Perspektiven der Bürgergesellschaft im demografischen Wandel .....	379
2.2.1	Engagementbereitschaft in Deutschland .....	380
2.2.2	Bürgerschaftliches Engagement und Lebensqualität .....	381
2.3	Pflegebedürftige Menschen im Blickfeld des bürgerschaftlichen Engagements .....	386
2.4	Bürgerschaftliches Engagement für und mit pflege-bedürftigen Menschen im Kontext einer Theorie der Generationen .....	388
<b>3</b>	<b>Das Projekt BELA - Anlage und Trägerschaft .....</b>	<b>390</b>
3.1	Bürgerengagement – eine zunehmend wichtigere soziale Ressource .....	390
3.2	Das BELA-Projekt – Würdigung und Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements für Pflegebedürftige in Altenhilfeeinrichtungen .....	390
3.3	Der BELA-Wettbewerb – Anerkennung und Auszeichnung beispielgebender und innovativer Bürgerinitiativen in der stationären Pflege .....	391
3.4	Die BELA-Fortbildungsreihe– Praktische Unterstützung der freiwillig Engagierten in Pflegeeinrichtungen durch Fortbildungsangebote .....	392
3.4.1	Die BELA-Heim- und Engagiertenbefragung - Eine empirische Analyse zu Art und Umfang des Bürgerengagements in der stationären Pflege .....	393
3.4.2	Die BELA-Fachtagung - Vorläufiger Abschluss des Projektes mit einer internationalen Fachtagung im November 2005 .....	394
3.5	Der BELA-Praxisverbund – Ein Netzwerk zur Schaffung einer tragfähigen Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement in der stationären Pflege .....	394
3.6	Bürgerengagement in der stationären Pflege – Ein vorläufiges Fazit .....	395
<b>4</b>	<b>Ergebnisse aus den Erhebungen .....</b>	<b>396</b>
4.1	Befragung der Pflegeeinrichtungen .....	396
4.1.1	Angaben zur Pflegeeinrichtung und Anbindung an die örtliche Infrastruktur .....	397
4.1.2	Personalstruktur, Bewohnergruppen und angebotene Dienstleistungen .....	401
4.1.3	Formen ehrenamtlicher Mitarbeit und bürgerschaftlichen Engagements ..	407
4.1.4	Anerkennungskultur ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements .....	418
4.1.5	Was verbinden Einrichtungen mit freiwilligem bürgerschaftlichem Engagement? .....	422
4.1.6	Die Zukunft der Pflege zwischen individueller, marktbezogener und institutioneller Vorsorge .....	423
4.1.7	Unterschiede zwischen Einrichtungen mit und ohne schriftliches Konzept der Förderung bürgerschaftlichen Engagements .....	424
4.2	Befragung der Engagierten .....	428
4.2.1	Soziodemografische Daten der freiwillig Engagierten .....	429

---

4.2.2	Motive von Engagierten für ehrenamtliche Arbeit und bisherige Dauer des Engagements .....	435
4.2.3	Tätigkeitsspektrum der Engagierten .....	437
4.2.4	Orte und Häufigkeit des Engagements .....	441
4.2.5	Selbsteinschätzungen zur Rolle des eigenen ehrenamtlichen Engagements .....	444
4.2.6	Stand der Anerkennungskultur .....	447
4.2.7	Kooperation mit Hauptamtlichen .....	450
4.2.8	Unterstützung und Fortbildung von Ehrenamtlichen.....	450
4.2.9	Rahmung des Engagements durch Gruppen .....	453
4.2.10	Zur Versicherung der freiwillig Engagierten.....	454
4.2.11	Unterschiede im Engagement zwischen Männern und Frauen.....	456
4.2.12	Unterschiede nach Altersgruppen .....	471
4.3	Exkurs: Befragung der Seniorenräte .....	495
4.3.1	Kontakte der Seniorenräte zu Heimen der Region und Problemstellungen	495
4.3.2	Profil der Aktivitäten in den Heimen.....	496
4.3.3	Aktivitätsradien von Heimbeiräten und -fürsprechern.....	496
4.3.4	Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in Heimen aus Sicht der Seniorenräte .....	498
<b>5</b>	<b>Zusammenfassung - Schlussbetrachtung .....</b>	<b>500</b>
5.1	Bürgerschaftliches Engagement in Pflegeeinrichtungen als Strukturelement zur Sicherung und Entwicklung des Qualitätsniveaus in der stationären Pflege .....	503
5.2	Welfare-Mix als Perspektive .....	507
<b>6</b>	<b>Literatur .....</b>	<b>509</b>

## 1 Einleitung

Alter und Altern stehen zunehmend im Zentrum der Wahrnehmung und Problemstellung westlicher Industriegesellschaften (vgl. BALTES / MITTELSTRAß 1992). Die Herausforderungen bestehen wesentlich darin, Ausgrenzung zu vermeiden und ältere Menschen so gut als möglich am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Hier stehen wir am Anfang eines Lernprozesses, der in der Entwicklung einer differenzierten Kultur des Alterns Ausdruck finden soll. Dabei stellt sich die gegenwärtige Ausgangslage nicht als optimal dar. BALTES/ MITTELSTRAß (1992:XIII) konstatieren: „Die gegenwärtige Realität des Alters offenbart nur in einem sehr begrenzten Umfang das, was im Alter prinzipiell möglich ist. Die Optimierung und humane Gestaltung des Alterns und des Alters haben noch keine gesellschaftliche Tradition, diese muss erst geschaffen werden.“ Dabei wird „immer stärker zu einem Maßstab für den Stand unserer Zivilisation werden ..., wie unsere Gesellschaft mit dem Alter umgeht, ob es ihr gelingt, auch das Alter zu einer sinnvollen Phase des menschlichen Lebens zu machen“ (BALTES / MITTELSTRAß 1992: XIV).

Es geht aber nicht nur um Lebensqualität –und Würde im Alter schlechthin, sondern um Lebensqualität pflegebedürftiger Menschen. Die Diskussion um die Situation Pflegebedürftiger wird auf der einen Seite bestimmt durch die begrenzten Ressourcen des Sozialstaats. Zum anderen reißen die Berichte über Qualitätsmängel und Skandale in Heimen nicht ab und beklagen insbesondere Pflegefachkräfte, dass sie kaum mehr selbst in der Lage seien, eine ihren eigenen Vorstellungen und Ansprüchen genügende Pflege sicher zu stellen. Die demographische Entwicklung lässt für die Zukunft eine noch stärkere Herausforderung im Pflegesektor erwarten (BLINKERT / KLIE 2004:32). Die familiäre Solidarität und Leistungsfähigkeit kann für die Zukunft nicht mehr so wie heute vorausgesetzt werden. Schließlich ist auch das Pflegekräftepotenzial für die Zukunft ein versorgungs- und berufspolitisches Thema, das nach neuen Aufgabenverteilungen zwischen professionellen Assistenzkräften und gegebenenfalls auch Freiwilligen verlangen wird. Dabei fokussiert die aktuelle und die an Szenarien orientierte zukünftige Pflegediskussion vor allem die Pflege in einem engeren Sinne: Lebensqualität ist mehr als Pflegequalität und beinhaltet, mit der Sicherung der Identität, auch die Teilhabesicherung.

Es muss Teil gesellschaftlicher Bemühungen sein, die Grenzen der Pflege und der Leistungsfähigkeit der professionellen Institutionen zu reflektieren und dort wo nötig zu kompensieren und normative Prämissen zu verteidigen, die wohl in

---

der Achtung der Individualität ihren Ausdruck finden, als auch in dem erlebbaren Gewürdigt und Zugehörig sein.

Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, die Funktion sozialer Netzwerke und des freiwilligen Engagements für Ältere zu untersuchen. Mit der Befragung von Einrichtungen und freiwillig Engagierten bekommen wir erstmals näheren Aufschluss über die Art und Weise der Berücksichtigung des freiwilligen Engagements durch stationäre Einrichtungen einerseits und die quantitativen und qualitativen Erscheinungsformen und die Motive des Engagements andererseits.

Nach dem im Sommer 2004 vorgelegten Zwischenbericht zu den Befragungen der Pflegeeinrichtungen und von Engagierten über bürgerschaftliches Engagement in stationären Pflegeeinrichtungen des Landes Baden-Württemberg liegt nun ein Schlussbericht vor. Die beiden Erhebungen dienten der Untersuchung der gegenwärtigen Erscheinungsformen des bürgerschaftlichen Engagements für Lebensqualität und Würde im Alter in stationären Pflegeeinrichtungen, sowohl aus der Perspektive der Einrichtungen als auch der Engagierten selbst.

Dieser Schlussbericht enthält, neben einer ausführlichen Darstellung zu den im Einzelnen nachgefragten Themenbereichen für die Einrichtungsbefragung weitere Detailanalysen zu Ausprägungen und Formen des bürgerschaftlichen Engagements in Abhängigkeit von der Größe der Einrichtung und ihres jeweiligen Trägers. Desweiteren war von Interesse, zu analysieren, inwieweit sich bereits vorhandene schriftliche Konzepte der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und/oder entsprechende Zuständigkeiten von Mitarbeitern positiv auf die Entfaltung der Engagementkultur im Pflegeheim auswirken.

Was die Engagiertenbefragung betrifft erschien neben einer detaillierten Darstellung der Ergebnisse zu einzelnen Themenkomplexen eine Analyse des Engagements nach unterschiedlichen Altersgruppen, nach Geschlecht und nach der sozialstrukturellen Einbettung des Engagements aufschlussreich. Weiterhin sollten unterschiedliche Engagementprofile und folglich differenzierte Strukturen des Engagements herausgearbeitet werden. Wichtige Erkenntnisse dazu haben in den Schlussbericht Eingang gefunden.

Der Bericht macht die vielfältigen Aktivitäten des bürgerschaftlichen Engagement in Pflegeeinrichtungen eindrucksvoll deutlich und enthält abschließend Überlegungen dahingehend, wie auf der Basis der Ergebnisse ein weiterer Beitrag zur Verankerung und Erweiterung bürgerschaftlichen Engagements in Einrichtungen der stationären Altenpflege und zur Anerkennung und Würdigung desselben geleistet werden kann.

## **2 Demografischer Wandel und Entwicklung der Pflege**

### **2.1 Entwicklung der Pflegebedürftigkeit in Baden-Württemberg**

#### **Stand und Prognose der Pflegebedürftigen in vollstationärer Dauerpflege**

Die Zahl der älteren Menschen wird in Folge des demographischen Wandels in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Im Kontext dieser Entwicklung führen die Bundesländer zur Entwicklung der Pflegebedürftigkeit Prognosen und eine längerfristige Bedarfsplanung durch. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg erstellt hierzu in zweijährigem Abstand eine entsprechende Pflegestatistik.

Für Baden-Württemberg ergeben entsprechende Modellrechnungen zur Zahl der Pflegebedürftigen mit Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung, dass die Zahl der Pflegebedürftigen von derzeit 224.184 (Stand 2003, siehe Abb. 1) auf über 300.000 im Jahre 2020 und damit um rund 40 Prozent ansteigen wird (Abb. 2). Diese prognostizierte Entwicklung erfordert einen Ausbau der Pflegeinfrastruktur sowohl im Bereich der ambulanten wie stationären Versorgung.

Ein Drittel (33%) der Pflegebedürftigen lebt in einem der 1.135 Heimen in Baden-Württemberg. Dabei verdeutlicht Abbildung 2, dass die Schwere der Pflegebedürftigkeit im Durchschnitt steigt, wenn Heime die Betreuung übernehmen.

Abb. 1: Modellrechnungen über die Zahl der Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg

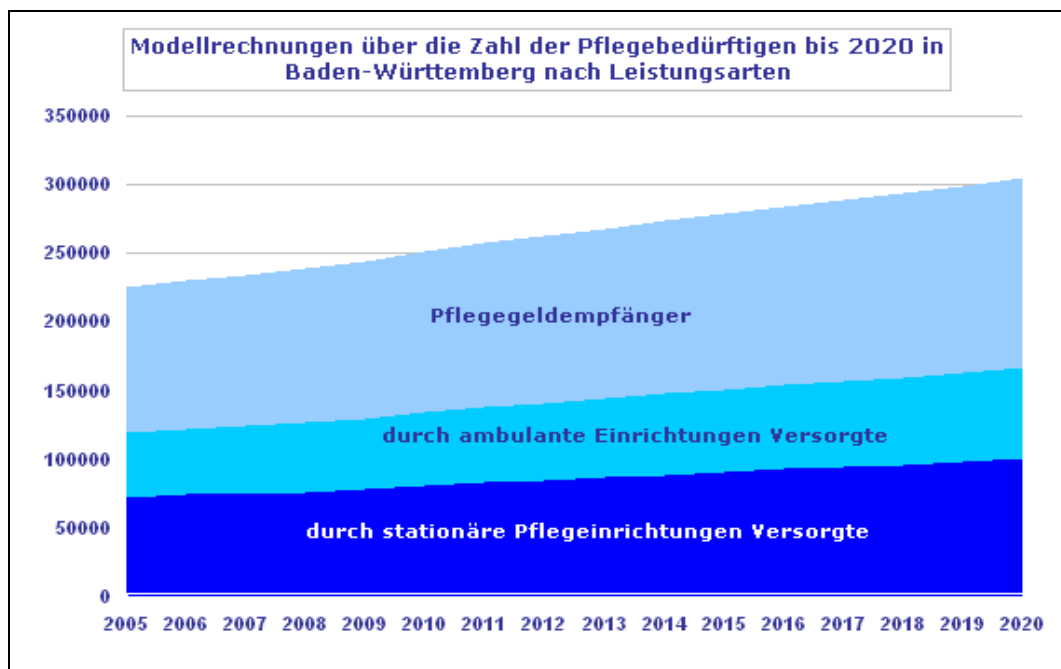
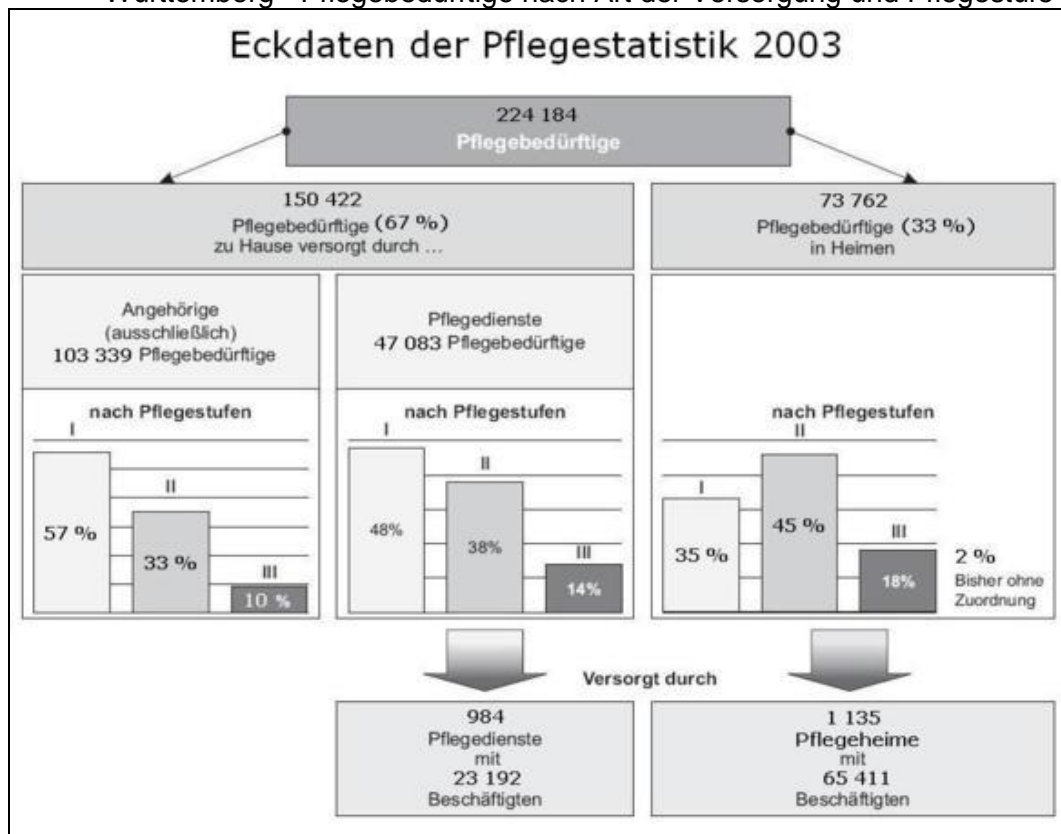


Abb. 2: Daten zur Anzahl und Struktur der Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg - Pflegebedürftige nach Art der Versorgung und Pflegestufe



Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg



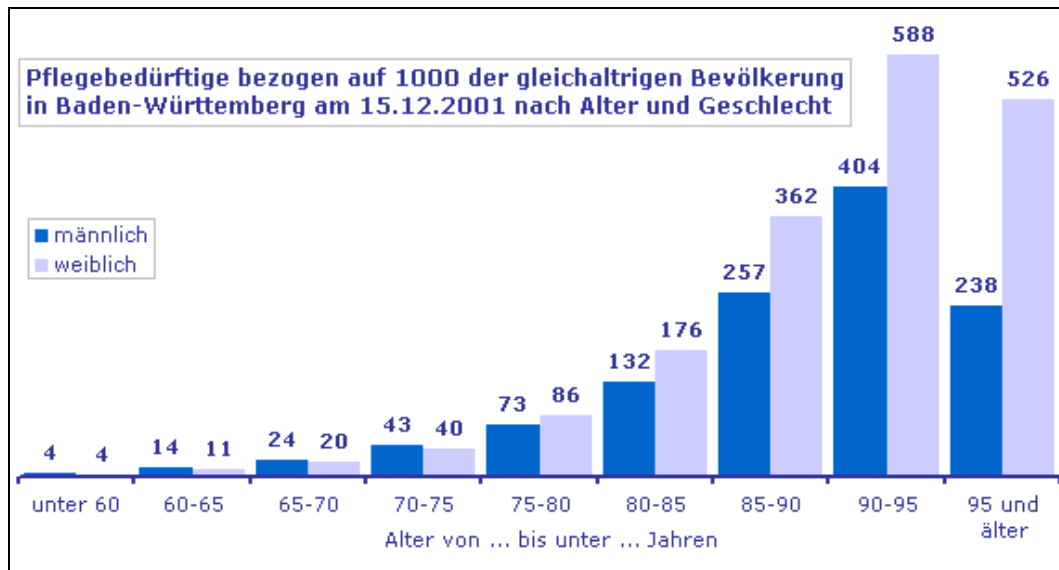
Im Blick auf die Pflegestatistik 2003 (Abb. 2) zeigt sich hinsichtlich der strukturellen Einbettung pflegebedürftiger Menschen in die verschiedenen Unterstützungssysteme dass zwei Drittel (67%) der Pflegebedürftigen zu Hause versorgt werden. Über 103.339 Pflegebedürftige (46%) werden dabei ausschließlich durch Angehörige, d.h. im familialen und/oder verwandtschaftlichen Kontext betreut; bei rund einem Fünftel (21%) leisten Pflegedienste zusätzliche Hilfe. Zu konstatieren ist folglich eine weitere Dominanz der Pflege im häuslichen Umfeld, wobei anzunehmen ist, dass die familiären Hilferessourcen zukünftig eher abnehmen werden. Auch bei den ambulant versorgten Pflegebedürftigen sind Familienangehörige in einer Art Pflegemix an der Betreuung des älteren Menschen mitbeteiligt.

Ein Drittel (33%) der Pflegebedürftigen lebt in einem der 1.135 Heimen in Baden-Württemberg.

Vergleicht man die Struktur der Pflegebedürftigen nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit und der Art der Versorgung, so zeigen sich vor allem Unterschiede zwischen häuslich und stationär versorgten Pflegebedürftigen. In den Pflegeheimen ist die Hälfte (45%) der Bewohner in Pflegestufe II und rund jeder fünfte (18%) in Pflegestufe III eingruppiert, während die entsprechenden Quoten bei ausschließlicher Versorgung des Pflegebedürftigen durch Angehörige bei 33% bzw. 10% zu liegen kommen.

Bei den Pflegebedürftigen mit hohem Versorgungsbedarf zeigen sich deutliche Verschiebungen zwischen dem häuslichen und dem stationären Sektor in die Richtung einer stärkeren institutionalisierten Altenpflege. Aus geschlechtsspezifischer Sicht zeigt sich, dass mit zunehmendem Alter, insbesondere ab der Altersgruppe der über 80-jährigen, der Anteil weiblicher Pflegebedürftiger deutlich ansteigt (Abb. 3). In der Folge werden vor allem auch weibliche Pflegebedürftige überdurchschnittlich in Pflegeheimen vertreten sein, zumal deren familiäre Netzwerke sich relational stärker verringern und sie im Alter häufiger allein leben als Männer.

Abb. 3: Pflegebedürftige nach Geschlecht und Altersgruppen



Bezieht man die Anzahl der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner in den einzelnen Altersgruppen auf die entsprechenden Einwohnerzahlen, ergeben sich alters- und geschlechtsspezifische Institutionaliserungsquoten:

- In den Altersjahrgängen unter 75 Jahren hat die stationäre Pflege nur eine geringe Bedeutung, während die Quote in den höheren Altersgruppen deutlich ansteigt. Man kann als Faustregel davon ausgehen, dass sich insgesamt betrachtet die Quote in jeder Fünfjahresgruppe zwischen dem 75. und 95. Altersjahr verdoppelt.
- Die Institutionaliserungsquote steigt generell, und sie steigt bei den Frauen wesentlich stärker an als bei den Männern. Vergleicht man die Entwicklung zwischen den Erhebungen der Pflegestatistik zu den Jahresenden 1999 und 2001, so zeigt sich in fast allen Altersgruppen eine Zunahme der Quote.

Eine Analyse des Amtes für Statistik der Stadt Freiburg zu städtischen Entwicklung der Pflege zeigt, dass sich die demographische Struktur der Pflegeheimbewohner/innen voraussichtlich dahingehend verändern wird, dass die Gruppe der männlichen Pflegeheimbewohner wächst. Das Gesicht der Pflegeheime wird aber auch zukünftig weiblich geprägt bleiben. Während Männer heute ungefähr ein Fünftel der Bewohnerschaft ausmachen, werden im Jahr 2020 etwa ein Viertel der Pflegeheimbewohner männlich sein (vgl. HÖFFLIN 2004).

Die Berechnungen basieren auf der Annahme einer konstanten Quote der Heiminanspruchnahme. Diese Quote hängt aber nicht nur von altersspezifischen

Morbiditätsraten, sondern auch sehr stark von sozialen und institutionellen Faktoren ab. Änderungen in den Leistungsansprüchen, wie sie beispielsweise die von der Rürupp-Kommission vorgeschlagene finanzielle Gleichstellung von ambulanter und stationärer Pflege vorsieht, würden natürlich zu starken Veränderungen bei der Inanspruchnahme stationärer Pflegeleistungen führen. Eine weitere zentrale Einflussgröße für den Bedarf an stationären Einrichtungen ist die durchschnittliche Verweildauer in den Pflegeheimen. Aber auch der Wandel familialer Strukturen und pflegekultureller Orientierungen (vgl. BLINKERT / KLIE 2000) beeinflussen in starkem Maß die informellen Pflegeressourcen und damit den Bedarf nach stationärer Pflege.

### **2.2 Perspektiven der Bürgergesellschaft im demografischen Wandel**

Das Thema welche Aufgaben sich der Bürgergesellschaft im demographischen Wandel stellen, wird uns die nächsten Jahre intensiv begleiten und uns weiter vor große Herausforderungen stellen.

Die Familienbeziehungen befinden sich im Wandel, der Anteil von familialen Haushalten mit Kindern geht zurück, die Einbettung von älteren Menschen in familiale Netzwerke nimmt mit zunehmendem Alter ab und das Familiennetzwerk wird geschwächt. Dennoch nimmt die Bedeutung der Familie im Vergleich mit anderen Lebensbereichen in allen Altersgruppen einen zentralen Stellenwert ein. Und familiale Bünde sind prioritäre Netzwerke in der Pflege.<sup>15</sup>

Der Übergang des alternden Menschen von der eigenen Wohnung oder dem eigenen Haus in eine stationäre Pflegeeinrichtung zählt zu den einschneidenden kritischen Lebensereignissen in der fortgeschrittenen Altersphase, die ganz neue Ausgangslagen für die weitere individuelle Entwicklung schaffen.

Ohnehin ist ein Trend zur Abnahme der Zahl sozialer Kontakte mit zunehmendem Alter zu konstatieren. Im Alter wird die „Wahrscheinlichkeit der Bedrohung durch soziale Isolation höher“ (STAUDINGER / DITTMANN-KOHLI 1992:424), wobei

---

<sup>15</sup> Vgl. erster und zweiter Alterssurvey (1996, 2004). Wichtig erscheint, die im Alterssurvey aufgestellte Typologie der Beziehungen zu Eltern als Orientierung zu nehmen für die Erstellung einer Typologie der Engagierten. Kohli unterscheidet im ersten Alterssurvey zwischen zehn Typen: eng-helfend, autonom-helfend, ritualisiert-helfend, entfremdet-helfend, eng-unabhängig, autonom-unabhängig, ritualisierend-unabhängig, entfremdet-unabhängig, eng-koresident, entfremdet-koresident. (Diese Kategorien wurden durch qualitative Verfahren gewonnen und können für unsere quantitativ ausgerichtete Engagiertenbefragung nur inspirierend zugezogen werden).

---

gerade aus Sicht der gerontologischen Forschungen Ziel bleibt, dass die Kontakte nach individueller Situation auch im Alter erhalten und ausgebaut werden. Hier gewinnen folglich außerfamiliale Unterstützungsnetzwerke an Bedeutung. Nichts wäre idealer, als wenn wir durch freiwilliges Engagement in Einrichtungen zusätzlich zu den meist familialen Netzwerken zu weiteren Gesellungsformen gelangen und neue Formen der sozialen Einbettung und des sozialen Zusammenhangs für ältere Menschen entstehen lassen.

### **2.2.1 Engagementbereitschaft in Deutschland**

Gerade die ersten Ergebnisse aus dem Freiwilligensurvey wirken hier ermutigend. Freiwilliges Engagement nimmt nicht ab, sondern es hat sogar weiter zugenommen, von 34% auf 36%. Und es hat vor allem auch bei den älteren Bürger/innen zugenommen: größte Wachstumsgruppe des freiwilligen Engagements sind ältere Menschen ab 55 Jahren mit 6% Zunahme (auf 40%). Dies trifft sowohl für die 56-65jährigen als auch für die 66-75jährigen zu. Selbst bei Menschen über 75 Jahre haben wir noch ein Plus von 16% auf 18% zu verzeichnen.

Hinzu kommt, dass ein weiteres Drittel (32%) der Bundesbürger geneigt ist, sich zu engagieren. Insgesamt konstatiert der Freiwilligensurvey in der Bevölkerung eine zunehmende Neigung, soziale Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen. Die Frage, ob die Menschen in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung, die durch unterschiedliche soziale, ökologische und ökonomische Risikolagen gekennzeichnet ist, bereit sind, Verantwortungsrollen zu übernehmen kann folglich auch vor dem Hintergrund empirischer Untersuchungen uneingeschränkt bestätigt werden.

Dies zeigt – neben dem Freiwilligensurvey – u. a. auch eine Evaluation des Modellprogramms „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI-Programm), das mit Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in 10 Bundesländern und insgesamt 35 Kommunen durchgeführt wird (vgl. BRAUN ET AL. 2004).

Ziel des EFI-Programms ist die Schulung von älteren Menschen in der dritten Lebensphase zu *seniorTrainerinnen*. Dabei geht es hauptsächlich um die Erprobung und Übernahme neuer Verantwortungsrollen in der Gesellschaft. Das Engagement der *Senior-Trainerinnen* soll dabei prinzipiell allen Altersgruppen zugute kommen (BRAUN ET AL. 2004:16), wobei ein Schwerpunktthema das „Bürgerengagement im Bereich Hilfe und Pflege“ bildet. Mehr als die Hälfte der *seniorTrainerinnen* haben Seniorinnen und Senioren als Zielgruppen ihrer

Aktivitäten im Blick und wollen sich folglich für ältere Menschen engagieren, rund ein Viertel ist auf Kinder und Jugendliche orientiert (BRAUN ET AL. 2004:59).

Freiwilliges Engagement von Bürgerinnen und Bürgern aller Altersgruppen stellt sich folglich als Chance für die Übernahme neuer gesellschaftlicher Gestaltungsrollen dar im Kontext einer sich herausbildenden Bürger- oder Tätigkeitsgesellschaft (BECK ET AL. 1996), in der sich individuell an der jeweiligen biographischen Situation des Freiwilligen orientierte Verantwortungsrollen und Tätigkeitsprofile ausbilden können.

### **2.2.2 Bürgerschaftliches Engagement und Lebensqualität**

Kann, so lautet also die Ausgangsfrage, bürgerschaftliches Engagement die objektive Lebenssituation und die subjektive Lebensbewertung älterer Menschen in Einrichtungen verbessern und entscheidend zu ihrem Wohlbefinden und damit zur Förderung von Lebensqualität beitragen?

Der vierte Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland konstatiert, dass sich historisch zwei wissenschaftliche Traditionen unterscheiden lassen, die sich mit der Konzeptualisierung und Messung von Wohlfahrt und Lebensqualität beschäftigt haben (vgl. NOLL & SCHÖB 2001):

- Der Ansatz objektiver Lebensbedingungen, in dem objektive Aspekte die Lebensqualität definieren, sowie
- der Ansatz des subjektiven Wohlbefindens, in dem das individuelle Urteil der Person über die eigene Lebenssituation die Basis für eine Definition darstellt.“

Beide Gesichtspunkte werden in der gegenwärtigen Forschung im Rahmen integrative Ansätze berücksichtigt.

#### ***Objektive Bewertung der Lebensqualität***

Der Ansatz objektiver Lebensbedingungen basiert auf dem Konzept der Ressourcen. Lebensqualität wird in diesem Kontext verstanden als das Ausmaß, in dem einer Person mobilisierbare Ressourcen zur Verfügung stehen, mit denen sie ihre Lebensbedingungen in bewusster Weise und zielgerichtet beeinflussen kann.

Ressourcen bestimmen die Handlungsfähigkeit der Person und damit ihre Fähigkeit, die tatsächliche Lebenssituation zu beeinflussen. Die Lebensqualität einer Person lässt sich also am Ausmaß der zur Verfügung stehenden Ressourcen ablesen, und zwar sowohl der personenbezogenen Ressourcen als

---

auch jener Ressourcen, die durch Umwelt und Infrastruktur bereitgestellt werden. Zu den unstrittig handlungsrelevanten Ressourcen zählen Einkommen / Vermögen, Gesundheit / körperliche Leistungsfähigkeit, mentale Kapazitäten (Gedächtnis und Denkfähigkeit), soziale Netzwerke (insbesondere Familie und Freunde) sowie Ausstattung der Wohnung und Infrastruktur des Wohnumfelds.

### ***Subjektive Bewertung der Lebensqualität***

In den Alterswissenschaften zeigt sich, dass sich die Lebensqualität aus der Perspektive des Individuums anders darstellt als aus der Perspektive Außenstehender: Fremd- und Selbstperspektive unterscheiden sich nicht selten bei der Beurteilung einer scheinbar identischen objektiven Situation (vgl. FILIPP 2001). Daher wird Lebensqualität auch mit Blick auf das subjektive Urteil des Individuums selbst definiert. Das Konzept der Lebensqualität setzt immer ein Werturteil voraus („was ist es, das dem Leben Qualität gibt?“). Daher sollten weniger die Meinungen von Experten als vielmehr Urteile der betroffenen Personen selbst Grundlagen für die Feststellung von Lebensqualität sein. Diese Überlegungen legen nahe, die subjektive Bewertung der eigenen Lebenslage als Grundlage für die Einschätzung von Lebensqualität zu machen.

### ***Integrative Ansätze***

Für die empirische Forschung hat sich gerade die Unterscheidung und Gegenüberstellung von objektiven Lebensbedingungen und subjektivem Wohlbefinden als den beiden Grundkomponenten der Lebensqualität als ausgesprochen fruchtbar erwiesen (VGL. FILIPP / AYMANN 1996; ZAPF 1984)

Die Koinzidenz von guten Lebensbedingungen und positivem Wohlbefinden ist die erstrebenswerteste Kombination und wird als „**Well-Being**“ bezeichnet (vgl. Übersicht 1). „**Deprivation**“ ist die Konstellation, in der schlechte Lebensbedingungen mit negativem Wohlbefinden einhergehen. „**Dissonanz**“ bezeichnet die inkonsistente – auch als „Unzufriedenheitsdilemma“ bezeichnete – Kombination von guten Lebensbedingungen und Unzufriedenheit, „**Adaptation**“ die – auch „Zufriedenheitsparadox“ genannte – Verbindung von schlechten Lebensbedingungen und Zufriedenheit.

### Wohlfahrtspositionen

Objektive Lebensbe- dingungen	Subjektives Wohlbefinden	
	gut	schlecht
gut	Well-Being	Dissonanz
schlecht	Adaptation	Deprivation

Quelle: Glatzer & Zapf 1984.

Über eine Beschreibung der Wohlfahrtspositionen hinaus ist die Analyse der Beziehung zwischen objektiven und subjektiven Aspekten der Lebensqualität von zentraler Bedeutung. Hier zeigt sich im Rahmen verschiedener Studien, dass sich die objektiven Lebensbedingungen stark vom subjektiven Wohlbefinden unterscheiden können.

Zwar gibt es bislang keine einheitliche Definition von Lebensqualität, einig ist man sich jedoch weitgehend darüber, dass es sich um eine multidimensionale Begrifflichkeit handelt, die stark subjektiv ausgerichtet ist und auf der Selbstbeschreibung des Befragten/Patienten beruht (soweit dies möglich ist). Sie ist nicht statisch, sondern dynamisch.

#### ***Dimensionen von Lebensqualität***

Die einzelnen Domänen oder Dimensionen, die dem Konstrukt Lebensqualität zugrunde liegen, sind von verschiedenen Forschern oder Forschungsgruppen unterschiedlich kategorisiert worden.<sup>16</sup> Meist handelt es sich um vier oder fünf Dimensionen sowie deren einzelne Komponenten. Wir orientieren uns an der Konzeptualisierung der WHO, die vier Domänen unterscheidet:

---

<sup>16</sup> Vgl. Glatzer/ Zapf 1984, WHOQOL-Bref 1996; Filipp 2001; Noll / Schöb 2001; sowie BMFSFJ 202

---

## Übersicht 2: Domänen

Domänen	Items
Domäne I: Physische Domäne	Schmerz, Energie, Schlaf und Entspannung, Mobilität, Aktivitäten des täglichen Lebens, Abhängigkeit von Medikamenten, Arbeitsfähigkeit
Domäne II: Psychologische Domäne	positive Gefühle, Denk-, Lern- und Konzentrationsfähigkeit, Selbstbewusstsein, Körpergefühl, negative Gefühle, persönliche Überzeugungen, Spiritualität
Domäne III: soziale Beziehungen	Persönliche Beziehungen, Sexualleben, soziale Unterstützung,
Domäne IV: Umwelt:	physische Sicherheit und Schutz, Wohnbedingungen, Finanzielle Ressourcen, Verfügbarkeit von Sozial- und Gesundheitsdiensten, Informationsmöglichkeiten, Gelegenheit zu Freizeitaktivitäten, Umweltbedingungen im Wohngebiet, Beförderungsmöglichkeiten
Globalbeurteilung:	Beurteilung der Lebensqualität, Zufriedenheit mit der Gesundheit

Unter heuristischen Gesichtspunkten können wir - mit unterschiedlicher Stärke - von einer Beeinflussung der Lebensqualität durch bürgerschaftliche Aktivitäten auf alle Dimensionen ausgehen, wobei wir davon ausgehen, dass bürgerschaftliches Engagement sich hauptsächlich in den Domänen der psychischen Qualität (Domäne II) und der sozialen Beziehungen (Domäne III) auswirken wird.

Dabei muss, wie die statistischen Vorausberechnungen zeigen, insbesondere eine Vorstellung von Lebensqualität im hohen Alter gewonnen und über entsprechende Potenziale reflektiert werden (vgl. BALTES / MAYER 1996).

Aus der Berliner Altersstudie resultiert auch, dass bezogen auf das *subjektive Wohlbefinden* Frauen eine geringere Lebenszufriedenheit äußerten als Männer, und Heimbewohnerinnen und Heimbewohner ein niedrigeres subjektives Wohlbefinden angaben als Personen, die in der eigenen Wohnung leben. Neben Einkommen/Vermögen und Gesundheit stellten soziale Netzwerke sowie Freizeitaktivitäten die stärksten Prädiktoren bei der Bewertung des subjektiven Wohlbefindens dar (BALTES / MAYER 1996:49). Insgesamt ist jedoch eine Inkonsistenz der empirischen Befunde zu verzeichnen.

Die Altersstudie (S. 49) konstatiert: „Für die Untersuchung der Lebensqualität im Alter ergibt sich daraus die Konsequenz, bestimmten Aspekten der Lebensverhältnisse besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Aspekte wie körperliche und seelische Gesundheit, soziale Kontakte zu Familie und Freunden, materielle Lage und Ausstattung der Wohnung, Möglichkeiten zur Mobilität sowie medizinische und soziale Betreuung rücken im hohen Alter in den Mittelpunkt und



erfordern entsprechende Aufmerksamkeit. Auch im hohen Alter sind also objektive Merkmale der Lebenslage bei der Beschreibung der Lebensqualität zu berücksichtigen.“ (BALTES / MAYER 1996:49).

Solche Erkenntnisse bzgl. altersspezifischer Wichtigkeitsdifferenzen können insbesondere bei der Konzepterstellung für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Heimen eine wichtige Grundlage liefern (vgl. FILIPP 2001).

Summativ stellt die Altersstudie folgende, für unsere Studie wichtige Zusammenhänge fest:

Einige Studien belegen, dass die Höhe der subjektiven Lebensqualität mit dem Alter nicht ab-, sondern eher zunimmt, andere Studien verweisen darauf, dass Lebenszufriedenheit im Alter geringer ist, und wieder andere Studien finden keinerlei (querschnittlich ermittelte) Altersdifferenzen. Diese Inkonsistenz der Befunde scheint für die Stabilität, zumindest aber gegen die Abnahme subjektiven Wohlbefindens im Alter zu sprechen. In jedem Fall kann betont werden, dass Lebenszufriedenheit bis ins hohe Alter durch große interindividuelle Unterschiede gekennzeichnet ist (vgl. STAUDINGER ET AL. 1996). In internationalen Surveys, wie zum Beispiel den Eurobarometer-Studien oder dem World Value Survey, wurde die Lebenszufriedenheit bei Personen unterschiedlichen Alters erfragt. In den Eurobarometer-Daten zeigte sich, dass 80% der jungen Erwachsenen angaben, „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“ mit ihrem Leben zu sein und dass in der Stichprobe der über 65-Jährigen dieser Anteil mit 81% etwa genauso groß war (vgl. DIENER / SUH 1998). Nach Kontrolle von Einkommen, Bildungsniveau, Familienstatus und anderen Faktoren, bezüglich derer die Älteren weniger gut abschnitten als die Jüngeren, zeigte sich sogar, dass die Älteren signifikant höhere Zufriedenheitswerte aufwiesen als die jüngeren Altersgruppen. Hinsichtlich der emotionalen Komponente subjektiven Wohlbefindens zeigt sich, dass die Häufigkeit positiver Gefühlszustände ab dem jungen Erwachsenenalter bis ins hohe Alter kontinuierlich abnimmt, während die negativer Emotionen relativ stabil bleibt (vgl. FERRING / FILIPP 1997). Allerdings scheinen auch Hochaltrige im Mittel häufiger positive als negative Emotionen zu haben (vgl. STAUDINGER ET AL. 1996). Die hohe Stabilität subjektiven Wohlbefindens bis in das hohe Alter legt die Vermutung nahe, dass ältere Menschen über eine Vielzahl von Ressourcen verfügen, die manche dem subjektiven Wohlbefinden abträglichen Belastungswirkungen „puffern“ können. Ältere Menschen mit einem hohen Selbstwertgefühl scheinen eher in der Lage zu sein, die mit vielen Beeinträchtigungen potenziell verbundene Selbstwertbedrohung auszublenken. Auch die Verfügbarkeit sozialer Stützsysteme hat sich in vielen Studien als ein

---

protektiver Faktor im Alter erwiesen, wobei qualitative Aspekte (Vorhandensein eines Partners bzw. einer Partnerin oder einer vertrauten Person) bedeutsamer waren als quantitative Aspekte (Größe des sozialen Netzwerks). In der Bewältigungsforschung konnte schließlich gezeigt werden, dass Bewältigungsstile einen wesentlichen Mechanismus zur Sicherung des Wohlbefindens darstellen (vgl. BRANDSTÄDTER / GREVE 1994).

### **2.3 Pflegebedürftige Menschen im Blickfeld des bürgerschaftlichen Engagements**

Bürgerschaftliches Engagement kennt, wie die Ergebnisse des jüngsten Freiwilligensurvey gerade wieder erneut zeigen, keine Begrenzung auf ein bestimmtes Alter; es handelt sich insoweit um ein generationenübergreifendes soziales Geschehen, das sich in und zwischen Generationen vollzieht und Erfahrungen in und zwischen Generationen ermöglicht.

Gerade in der Koppelung von Pflege und bürgerschaftlichem Engagement haben wir konstitutiv „Mehrgenerationalität“ im privaten und öffentlichen Raum verankert und es besteht die Möglichkeit und Ermöglichung des Erlebens und der Interaktion zwischen einzelnen Generationen. Begegnungen in diesem Beziehungsfelde enthalten dabei in einer elementaren Form Erfahrungen des Aufeinander-Angewiesenseins der „Generationenketten“ untereinander und Chancen des „Generationenlernens“. Wie in Punkt 1 ausgeführt, handelt es sich aufgrund der multilokalen Orte von Pflege, die sowohl im Kreise der Familie, in Wohngruppen, ambulant und stationär ausgeführt wird, um ein Lernen der familialen und gesellschaftlichen Generationen aneinander, das von unterschiedlichen Rahmenbedingungen, Gemeinsamkeitserlebnissen und Differenzen und Konflikten geprägt wird.

Die Erprobung neuer freiwilliger Verantwortungsrollen sieht sich gerade im Bereich der Pflege und der wachsenden Pflegebedürftigkeit von Hochbetagten und demenziell Erkrankten (vgl. KLIE 2005; KLIE ET AL. 2005; WEYERER ET AL. 2005) in stationären Pflegeeinrichtungen vor besondere Herausforderungen gestellt. Die Versorgung der etwa eine Million „Menschen mit Demenz stellt sich als eine der größten fachlichen und versorgungspolitischen Herausforderungen der aktuellen und zukünftigen Pflegepolitik dar“ (KLIE ET AL. 2005:122). Aktuelle Untersuchungen zufolge „leiden etwa zwei Drittel der Bewohner und Bewohnerinnen in deutschen Altenpflegeheimen an einer mittelschweren oder schweren Demenz“ (WEYERER ET AL. 2005:85)

Freiwilliges Engagement im Heim beugt folglich auf besondere Weise „manifesten Exklusionsgefahren (KLIE ET AL. 2005:126) vor und ermöglicht Sozialisationsvorgänge in Richtung auf eine soziale Teilhabe. Alter erscheint unter diesem Gesichtspunkt nicht nur als eine statische Strukturkategorie sondern als „Prozesskategorie“ (PRAHL/SCHROETER 1996:14) die nicht auf eine deprivierte Lebensphase, auf Defizite und „Desozialisation“ (vgl. WOLL-SCHUHMACHER 1980) verweist, sondern auf nicht erschlossene Möglichkeiten, gerade auch in Pflegeheimen als sozialen Organisationen.

Die interne Rollendifferenzierung der Organisation Pflegeheim erfährt eine Bereicherung. Zu den Sektoren (1) Verwaltung, (2) hauswirtschaftliche Versorgung, (3) psychosoziale Betreuung/Therapie und (4) behandelnde Pflege (PRAHL/SCHROETER 1996:166) gesellen sich als Repräsentant von Gesellschaft Bürgerinnen und Bürger hinzu, welche die beschriebenen funktional strukturierten Rollen und Kompetenzen und die strukturell angelegten „asymmetrischen sozialen Beziehungen von Personal und Bewohnern“ (PRAHL/SCHROETER 1996:174) durch Herstellung interpersonaler und subjektiver Zuwendung ergänzen. Der formelle Organisationsaufbau wird durch informelle (Re)Organisationsformen sinnvoll ergänzt.

Durch solche Prozesse können sich „Altsein“ und „Altersbilder“ verändern. Bürgerschaftliches Engagement in Pflegeheimen kann insoweit auch zu einer neuen Wertschätzung des Alters beitragen, die auf der Gesellschaftsebene in einer veränderten sozialen Konstruktion und Kulturalisierung des späten Lebensalters Ausdruck finden kann. Durch freiwilliges und/oder bürgerschaftliches Engagement in Pflegeheimen erweitern sich die Sozialfigurationen der Menschen im Heim.

Diese sozialen Prozesse werden heute verstärkt unter dem Paradigma eines neuen Welfare-Mix (s. u.) in der Organisation des Alltags in Pflegeheimen gesehen, der zur Verbesserung der Lebensqualität pflegebedürftiger Menschen einen wichtigen Beitrag leistet.

---

## 2.4 Bürgerschaftliches Engagement für und mit pflegebedürftigen Menschen im Kontext einer Theorie der Generationen

Bürgerschaftliches Engagement für ältere Menschen konstituiert per se immer auch intergenerationale soziale Beziehungen: jüngere Generationen wenden sich der älteren Generation zu. Die ältere Generation hat Leistungen für Familie und die Gesellschaft erbracht und zur Entwicklung des Humanvermögens einen wichtigen Beitrag geleistet. Im Kontext einer Theorie der Generationen sind diese „Generationenverhältnisse. ein Schlüssel zum Verständnis des menschlichen Zusammenlebens“, sowohl im „Mikrobereich der Familie, im Mesobereich der gesellschaftlichen Institutionen und im Makrobereich der Bevölkerungsstruktur und ihrer Zuordnungen nach Alterskohorten im sozialen Sicherungssystem des >Generationenvertrages<“ (BMFSFJ 2001:112 ). Es kann deshalb auch ein Gebot der Leistungsgerechtigkeit darstellen, wenn sich jüngere Generationen der älteren zuwenden – unter dem Gesichtspunkt der Reziprozität, dass sich die ältere Generation über viele Jahre der jüngeren zugewandt hat. Die wechselseitige Gerechtigkeit zwischen den Generationen im Bemühen um Daseinsvorsorge erscheint als ein Element einer Theorie der Generationen.

Vor dem Hintergrund obiger Ausführungen stellt sich die Frage nach den „Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Regulierung der Lebensbedingungen der Generationen“ (LÜSCHER / LIEGLE 2003:11). Die Generationentheorie unterscheidet dabei zwischen einem analytischen, distinktiven und normativem Generationenbegriff. Aus analytischer Perspektive geht es um Veränderungen in den demographischen Gegebenheiten und bspw. darum, dass der Anteil der Jüngeren an der Gesamtbevölkerung sinkt; die Distinktive hebt auf die Standortgebundenheit jeder Generation ab. Normativ ist die Ausgangsfrage gestellt, inwieweit der Gestaltung von intra- und intergenerationellen Beziehungen eine Kraft „innewohnt“, „die für die gesellschaftliche und persönliche Entwicklung“ (LÜSCHER / LIEGLE 2003:245 f.) und für die Sozialisationsprozesse im Lebenslauf (vgl. WEYMANN 2004) von Belang ist.

Eine Integration der analytischen, distinktiven und normativen Dimension des Generationenbegriffes ermöglicht die konkrete Erfahrung, „dass mehrere Generationen gleichzeitig nebeneinander existieren“, die Flüchtigkeit des Alters und der Altersstufen sichtbar wird und dass diese Konstellation „zu einer wesentlichen Voraussetzung eines reflexiven Selbstbewusstseins“ (LÜSCHER / LIEGLE 2003:248) werden kann.

Vermutlich können wir auch auf dem Felde der Generationenbeziehungen von einer Individualisierung der intergenerationalen Generationenbeziehungen ausgehen, welche die in der generationalen Lagerung sich manifestierende sozial-zeitliche Differenz relativiert und, zumindest partiell (nicht biologisch, aber geistig-psychisch) Generationen als „Gruppen“, die gemeinsam denken und empfinden, auflöst in sich verständigende Individuen, im Prozess des „Reflexiv-Werdens der Gesellschaft“. Die generationale Lagerung und der biologische Rhythmus (vgl. MANNHEIM 1964) zwischen jüngeren und älteren Menschen ist dann zwar durch Ungleichzeitig charakterisiert, während jedoch die Interaktionen im Hier und Jetzt stattfinden und sich insoweit eine Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen konstituiert, die hochgradig reziprok ist.

Solche Annahmen lassen einen bisher wenig erschlossenen Möglichkeitsraum vermuten, indem die unterschiedlichen Alter sich mitteilen und wechselseitig am Alter des je Anderen teilnehmen. Intergenerationale Begegnungen können dadurch zu einem wichtigen Fokus im persönlichen Sinnsystem werden und zur „Reorganisation von Sinnggebung“ (STAUDINGER / DITTMANN-KOHLI 1992:426) beitragen.

Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse bürgerschaftlichen Engagements in Pflegeheimen können folglich aus mehreren Perspektiven und Kontexten betrachtet werden. Sie werden im Rahmen der Schlussbetrachtung mit Bezug auf neuere Erkenntnisse zur Lebensqualitätsforschung (vgl. KRUSE 2005) und Konzepten der Teilhabe und Selbstbestimmung (vgl. EGGERT ET AL. 2005) vor allem auch in den Kontext der Sicherung und Entwicklung des Qualitätsniveaus in der stationären Pflege gestellt. Insgesamt sind in der Betrachtung der Situation älterer Menschen in Pflegeeinrichtungen drei Ebenen von Bedeutung: (1) die Bedeutung der einzelnen Mikrosysteme des pflegebedürftigen Menschen, (2) der mesoziale Raum, der sich aus der Verknüpfung mehrerer Mikrosysteme ergibt und die Strukturen und Prozesse zwischen Heim und dessen Infrastruktur, pflegebedürftigen Menschen, Mitbewohner/innen, Engagierten und umgebenden Sozialraum kennzeichnet, sowie (3) die makrosoziale Ebene der normativen und soziokulturellen Referenzkontexte der Gesellschaft mit Bezug auf Alter und Altern und eine Soziologie der Lebensalter (vgl. KOHLI 1992), einschließlich einer Soziologie der Generationen (vgl. LÜSCHER / LIEGLE 2003).

---

## **3 Das Projekt BELA - Anlage und Trägerschaft**

### **3.1 Bürgerengagement – eine zunehmend wichtigere soziale Ressource**

In Baden-Württemberg wird vom Land wie auch von den Kommunen bereits seit langem eine systematische Politik zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements verfolgt. In Folge der demografischen Entwicklung werden in den kommenden Jahren Bürgerengagement und Freiwilligenarbeit vor allem im Bereich der Altenhilfe und Pflege an Bedeutung gewinnen. Mit dem demografischen und sozialen Wandel verringert sich bei steigendem Hilfebedarf die Zahl der helfenden Hände. Daher werden professionelle Pflegedienste und stationäre Pflegeeinrichtungen künftig noch stärker als bislang Versorgungsaufgaben übernehmen müssen, die seither von den Familien erbracht wurden. Aber auch die professionellen Pflegeangebote sind keine Instanz, an die die Verantwortung für die pflegebedürftigen Menschen vollständig abgetreten werden kann. Vor allem die Gewährleistung von Würde und Lebensqualität bei Pflegebedürftigkeit erfordert mehr als effizientes und effektives Dienstleistungsangebot.

Genau diese Thematik wurde mit dem BELA-Projekt aufgegriffen. Mit dem Projekt soll vor allem auch der Gedanke einer stationären Pflege, die sich nicht nur als professionelle Dienstleistung, sondern tatsächlich auch als gesellschaftliche Aufgabe in gemeinsamer Verantwortung begreift, unterstützt und praktisch umgesetzt werden. Das Bela-Projekt in Baden-Württemberg ist eine Gemeinschaftsinitiative des Landes, des Gemeindetages, des Landkreistages, des Städtetages, des Landessenioresrates, der Evangelische Fachhochschule und der Universität Freiburg. Das Projekt wird von der Landesstiftung Baden-Württemberg mit 300 000 Euro gefördert.

### **3.2 Das BELA-Projekt – Würdigung und Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements für Pflegebedürftige in Altenhilfeeinrichtungen**

Pflegebedürftigkeit bedeutet vor allem eingeschränkte Möglichkeiten einer selbständigen und selbst bestimmten Lebensführung und damit ein hohes Maß an Hilfebedarf bis hin zur vollständigen Abhängigkeit von Fremdhilfe. Gravierende gesundheitliche Beeinträchtigungen und geringe Aussichten auf eine Verbesserung kennzeichnen die Situation der meisten Betroffenen. Gleichwohl lässt sich die Lebenssituation bei Pflegebedürftigkeit nicht auf Krankheit, Defizite, Beeinträchtigungen und Einschränkungen reduzieren. Ebenso wenig kann

Lebensqualität bei Pflegebedürftigkeit allein durch eine gute Pflegequalität und ein hohes Leistungsniveau der pflegerischen Dienstleistungen erreicht werden.

Lebensqualität ist nur bedingt käuflich und im Rahmen einer geschäftsmäßigen Beziehung zwischen Dienstleistungsanbietern und Kunden realisierbar. Lebensqualität ist immer auch vom Vorhandensein sozialer Nähe, sozialer Zuwendung sozialer Anerkennung und sozialer Einbindung in eine Gemeinschaft abhängig. Die Aufrechterhaltung von sozialen Kontakten und Beziehungen wird vor allem auch durch die konsequente Einbindung von Bürgerengagement und Angehörigenmitarbeit unterstützt. Die Sicherstellung der notwendigen pflegerischen Versorgung erfordert solidarisches Handeln und ist nur als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe in gemeinsamer Verantwortung leistbar.

Viele Menschen engagieren sich schon heute freiwillig in den Pflegeeinrichtungen und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung einer humanen Pflege:

- Sie erleichtern den Wechsel aus der eigenen Häuslichkeit in die zunächst fremde Umgebung eines Heimes.
- Sie begleiten die Pflegebedürftigen im Heimalltag und unterstützen sie bei den notwendigen Alltagsverrichtungen.
- Sie ermöglichen es, dass die Pflegeheimbewohner Mitglied einer Gemeinschaft bleiben können.
- Sie vermitteln menschliche Wärme, persönliche Zuneigung und soziale Nähe.

Selbstverständlich kann Bürgerengagement eine professionelle und fachlich qualifizierte Pflege nicht ersetzen! Bürgerschaftliches Engagement ist aber eine letztlich unverzichtbare Ergänzung der professionellen Pflege und Betreuung älterer Menschen. Das Ziel muss daher sein, dass das partnerschaftliche Zusammenwirken von professionellem und freiwilligem Engagement zu einem festen Bestandteil und einem Qualitätsmerkmal der Pflegeinfrastruktur wird.

### **3.3 Der BELA-Wettbewerb – Anerkennung und Auszeichnung beispielgebender und innovativer Bürgerinitiativen in der stationären Pflege**

Das BELA-Projekt startete im Oktober 2003 mit seinem ersten Baustein – einem **landesweiten Wettbewerb**. Mit diesem Wettbewerb sollten eine persönliche Wertschätzung und Würdigung gegenüber den engagierten Bürgern zum Ausdruck gebracht und gleichzeitig die gesellschaftliche

---

Bedeutung dieses Engagements hervorgehoben werden. Mit dem Landeswettbewerb sollten die bereits bestehenden Bürgerinitiativen unterstützt und möglichst viele weitere Menschen für ein solches Engagement gewonnen sowie besonders erfolgreiche und beispielgebende Aktivitäten ausgezeichnet werden.

Der Wettbewerb stieß auf ein erstaunlich großes Interesse und verlief außerordentlich erfolgreich. Insgesamt hatten sich über 280 Projekte und Initiativen beteiligt. In diesen Projekten und Initiativen engagieren sich über 10.000 Menschen für Pflegebedürftige, die auf eine stationäre Versorgung angewiesen sind. In diesem Engagement kommt ein beeindruckendes Maß an Mitmenschlichkeit, an Bereitschaft zur Übernahme von Mitverantwortung und an gelebter Solidarität mit besonders hilfebedürftigen Menschen zum Ausdruck

Der Landeswettbewerb wurde mit der Auszeichnung von 45 Preisträgern im Juni 2004 im Rahmen einer Festveranstaltung im Neuen Schloss in Stuttgart abgeschlossen. Bei der Bewertung der Wettbewerbsbeiträge wurde ein Aspekt besonders hervorgehoben: Das hohe Alter und vor allem auch Pflegebedürftigkeit sind für viele Menschen mit Vorurteilen und Ängsten belegt. Dies schafft Distanzen dort, wo eigentlich Nähe besonders wichtig wäre. 5 Wettbewerbsbeiträge, die nach Auffassung der Jury in besonderem Maße zur Überwindung von Distanzen beitragen, wurden mit Sonderpreisen ausgezeichnet. Diese Projekte tragen dazu bei, dass Distanzen überwunden werden

- zwischen den Generationen, zwischen Jung und Alt,
- zwischen den Pflegeprofis und den Laienhelfern,
- zwischen dem Gemeinwesen und den Pflegeeinrichtungen
- zwischen den gesunden und den pflegebedürftigen Bürgern einer Gemeinde.

### **3.4 Die BELA-Fortbildungsreihe – Praktische Unterstützung der freiwillig Engagierten in Pflegeeinrichtungen durch Fortbildungsangebote**

Ergänzend zu dem Wettbewerb mit Preisgeldern sollte im Rahmen des BELA-Projektes die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der stationären Pflege auch durch praktische Formen der Anerkennung und Unterstützung



erfolgen. Aus Rückmeldungen von bereits tätigen Initiativen ist bekannt, dass vor allem Fortbildungsangebote und Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches eine sehr hilfreiche Unterstützung darstellen würden. Die Teilnehmer an dem **BELA-Wettbewerb** hatten daher die Möglichkeit, an einer Fortbildungsveranstaltung teilzunehmen. Die Fortbildungsangebote wurden modulartig entwickelt und werden seit September 2004 dezentral an verschiedenen Standorten angeboten. Diese Fortbildungsinitiative hat mittlerweile über 1 000 Teilnehmer erreicht. Die Resonanz auf die Veranstaltungen war durchweg positiv. Etwa die Hälfte der Teilnehmer hatte mit dem Besuch der BELA-Veranstaltung erstmals an einer Fortbildungsmaßnahme für ehrenamtlich und freiwillig Engagierte im Pflegebereich teilgenommen.

### **3.4.1 Die BELA-Heim- und Engagiertenbefragung - Eine empirische Analyse zu Art und Umfang des Bürgerengagements in der stationären Pflege**

Über Art und Umfang, Rahmenbedingungen und Voraussetzungen des freiwilligen Engagements von Bürgern in Pflegeeinrichtungen gibt es bislang kaum empirisch fundierte und wissenschaftlich gesicherte Kenntnisse. Daher wurde als weiterer Baustein im Rahmen des BELA-Projektes eine empirische Untersuchung zum Bürgerengagement in der stationären Pflege durchgeführt. Die wissenschaftliche Verantwortung und Durchführung dieser Studie übernahm die Evangelische Fachhochschule innerhalb des Trägerverbundes. Hierfür erarbeitete der Arbeitsschwerpunkt Gerontologie & Pflege unter Leitung von Herrn Prof. Dr. Thomas Klie zwei Fragebögen.

- Einen Einrichtungsbogen, der an die Leitungen der Pflegeeinrichtungen adressiert wurde, und im wesentlichen Art, Struktur und Umfang des Bürgerengagements in den Pflegeheimen erhob. Angeschrieben wurden 1.141 Pflegeeinrichtungen auf der Basis des Datensatzes des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg (Stand 2002). Zur Ergänzung wurde der Datensatz mit den Adressen des Landespflegeplans 2000 abgeglichen. Es kann davon ausgegangen werden, dass damit eine Vollerhebung der Stationären Pflegeeinrichtungen in Baden-Württemberg erfolgt ist. Mit einem Rücklauf von 263 Fragebögen konnte eine befriedigende im Rahmen des üblichen liegende Quote von 24,6% erreicht werden.
- Einen Engagiertenfragebogen, der mittelbar von den Heimleitungen an die Engagierten des Hauses weitergeleitet wurde. Auch hier wurde auf Art, Lage und Umfang des Engagements gezielt. Ergänzt wurde der Fragebo-

---

gen noch um personenbezogene Daten und die Beweggründe und Motive des Engagements sowie die Zufriedenheit in der Alltagspraxis. Insgesamt nahmen an der Befragung 1182 Personen teil.

#### **3.4.2 Die BELA-Fachtagung - Vorläufiger Abschluss des Projektes mit einer internationalen Fachtagung im November 2005**

Zur Bekanntmachung des Bürgerengagements in Baden-Württemberg, zum Vergleich mit der Praxis in anderen europäischen Ländern und insbesondere zur gezielten Vermittlung von Kenntnissen und Erfahrungen über die Möglichkeiten und Voraussetzungen des bürgerschaftlichen Engagements in der stationären Pflege ist als vorläufigem Projektabschluss die Durchführung einer internationalen Fachtagung geplant. Die Tagung soll sowohl einen Überblick über theoretische Ansätze der Entwicklung zur Zivilgesellschaft als auch über gelungene Praxisbeispiele bieten, zur Übernahme solcher Beispiele anregen und zur Verbreitung des Bürgerengagements im Pflegebereich beitragen. Die Fachtagung wird am 17. und 18. November 2005 in Stuttgart stattfinden.

Für die bisher dargestellten Bausteine des **BELA-Projektes** erfolgt die Förderung durch die Landesstiftung Baden-Württemberg und liegt die Projektträgerschaft beim Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg. Ein weiteres Projekt – der **BELA-Praxisverbund** - wird von der Robert-Bosch-Stiftung gefördert und in Trägerschaft des Paritätischen Bildungswerkes Stuttgart durchgeführt.

#### **3.5 Der BELA-Praxisverbund – Ein Netzwerk zur Schaffung einer tragfähigen Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement in der stationären Pflege**

Mit dem **BELA-Paxisverbund** sollen vor allem auch die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Verankerung, eine wirksame Vernetzung und eine nachhaltige Entwicklung des Bürgerengagements in stationären Altenhilfeeinrichtungen geschaffen und verbessert werden. Ziel ist eine tragfähige und verlässliche Infrastruktur für dieses Engagement. Erreicht werden soll dies durch eine systematische, partnerschaftliche und verbindliche Zusammenarbeit von Kommunen, Pflegeeinrichtungen und freiwillig engagierten Bürgern. „Drei Jahre lang werden Fachkräfte und Freiwillige aus den Pflegeeinrichtungen mit kommunalen Partnern zusammen lernen, gemeinsam Projekte angehen,

gemeinsam Erfahrungen sammeln und mit einer starken Stimme für die Würde und Lebensqualität pflegebedürftiger Menschen an die Öffentlichkeit treten“ – so lautet das Programm für die dreijährige Arbeitsphase des Projektes.

### **3.6 Bürgerengagement in der stationären Pflege – Ein vorläufiges Fazit**

Für eine abschließende Bewertung des BELA-Projektes ist es sicher noch zu früh. Die bisherigen Ergebnisse dieses Projektes belegen aber eindeutig die große Bedeutung und eine beeindruckende Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements in den stationären Pflegeeinrichtungen Baden-Württembergs. Dies war von Experten so nicht erwartet worden und ist in der breiten Öffentlichkeit kaum bekannt. Die Ergebnisse weisen zudem darauf hin, dass der in Baden-Württemberg verfolgte Weg, hin zu einer möglichst wohnortnahen, gemeinde- und stadtteilbezogenen pflegerischen Versorgung der Bevölkerung das Bürgerengagement und die Angehörigenmitarbeit in diesem Bereich begünstigt.

Die Ergebnisse des BELA-Projektes sind weiterhin auch insofern sehr ermutigend, als sie deutlich machen, dass neben dem kritisch-distanzierten, durch vielfältige Ängste und Vorurteile geprägten Umgang mit den stationären Pflegeeinrichtungen auch neue Formen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von professionellem und bürgerschaftlichem Engagement entstehen.

Weiterhin zeigen die Ergebnisse des BELA-Projektes, dass die vielfach beklagte Entsolidarisierung keineswegs kennzeichnend für alle Gesellschaftsbereiche ist, sondern dass sich mit neuen sozialen Problemlagen auch neue Formen der Solidarität entwickeln. Drei Viertel der Bürger und Bürgerinnen, die sich freiwillig in den Pflegeheimen des Landes engagieren; unterstützen dort auch pflegebedürftige Menschen, zu denen keine familiäre Bindung besteht. Zwei Drittel der Engagierten sind dabei bereits seit mehr als drei Jahren in diesem Tätigkeitsfeld aktiv, 10 Prozent sogar mehr als 15 Jahren. Das bürgerschaftliche Engagement in der stationären Pflege zeichnet sich damit durch ein hohes Maß an Kontinuität aus.

Dass sich gerade in dem so schwierigen und angstbesetzten Pflegeheimbereich vielfältige und verlässliche Formen solidarischen Handelns entwickelt haben, ist erstaunlich und ermutigend zugleich. Diese Entwicklung ist für Lebensqualität der stationär versorgten Pflegebedürftigen von entscheidender Bedeutung. Sie ist für alle Bestrebungen zur Normalisierung des Alltags in den Pflegeeinrichtungen

---

außerordentlich hilfreich und auf Dauer im Hinblick auf die Herausforderungen des demografischen und sozialen Wandels letztlich auch unverzichtbar.

## **4 Ergebnisse aus den Erhebungen**

### **4.1 Befragung der Pflegeeinrichtungen**

Für die schriftliche Befragung der Pflegeeinrichtungen wurde die Grundgesamtheit von n= 1084 Einrichtungen für Baden-Württemberg mit Stichtag vom 31.12.02 zugrunde gelegt.<sup>17</sup>

Nach Abschluss der Feldphase lag der Rücklauf bei n=263 Einrichtungen (24,3%) und konnte damit seit dem letzten Zwischenbericht vom Februar 04 (n=165) noch einmal deutlich verbessert werden. Für die im Folgenden berichteten Ergebnisse sind die Antworten aller 263 Einrichtungen zugrunde gelegt.

#### ***Repräsentativität der Untersuchung:***

Tabelle 1 zeigt, dass sich größere Einrichtungen überdurchschnittlich an der Umfrage beteiligt haben. Die Beteiligung der Einrichtungen ab 100 Plätzen ist deutlich höher, während sie im Verhältnis für Einrichtungen mit weniger als 100 Einrichtungsplätzen sinkt. Dies könnte damit zusammenhängen, dass der Organisationsgrad bürgerschaftlichen Engagements und die Förderung desselben in größeren Einrichtungen bereits ausgeprägtere Formen angenommen haben als in kleineren.

---

<sup>17</sup> Zur Ermittlung der Grundgesamtheit wurde auf zwei Quellen Bezug genommen: (1) Zum einen erfolgte eine Rekrutierung des Adressenmaterials auf der Grundlage der Daten des statistischen Landesamtes Baden-Württemberg: Hier konnten von den 944 gemeldeten Pflegeheimen die Adressen von 883 Heimen gewonnen werden. 61 Pflegeheime haben einer Weitergabe der Adressen nicht zugestimmt. (2) Zum anderen wurde Bezug genommen auf den Landespflegebericht 2000. Nach Abgleich der beiden Bezugsquellen wurden die Adressen von insgesamt 1084 Einrichtungen ermittelt. Dass auf Basis des Landespflegeberichts 2000 mehr Pflegeeinrichtungen registriert waren, liegt zum einen an der Einbeziehung der reinen Tageseinrichtungen für Pflegebedürftige zum anderen rekrutierte der Landespflegebericht 2000 die Pflegeeinrichtungen auf Basis der Versorgungsverträge mit den Pflegekassen. Nach Abgleich beider Datenquellen kann von einer Vollerhebung ausgegangen werden.

Tab 1: Vergleich der Verteilung der Einrichtungen nach Zahl der Plätze in der BELA-Studie und der Einrichtungsstatistik Baden-Württemberg

Plätze	BELA-Studie	Pflegeheime nach Kapazitätsklassen in Bad.-Württ.
1-50	14,4	36,9
51-100	32,9	35,3
101-150	28,8	19,5
151-200	12,8	6
201 und mehr	11,1	2,3
insgesamt	N=243	N=944

Quelle: BELA-Studie und Angaben des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg

#### 4.1.1 Angaben zur Pflegeeinrichtung und Anbindung an die örtliche Infrastruktur

Im Blick auf die Trägerschaft der Einrichtungen ist zu konstatieren (Abb. 4), dass sich deutlich mehr als die Hälfte (56,8%) der stationären Einrichtungen in der Hand von freien gemeinnützigen Trägern befinden. Rund jede fünfte Einrichtung (18,1%) gehört Trägern einer Stiftung des öffentlichen Rechts an. Weniger ins Gewicht fallen Einrichtungen in gewerblicher (14%) oder kommunaler (11,1%) Trägerschaft. Die prozentuale Verteilung der Trägerschaft entspricht damit in etwa den Daten des Statistischen Landesamts. Lediglich die gewerblichen Anbieter sind im hier referierten Bericht etwas unterrepräsentiert (14% statt 32%). Da die amtliche Pflegestatistik keine Stiftungen des öffentlichen Rechts ausweist, ist diese Kategorie vermutlich den gewerblichen Einrichtungen zuzuschlagen, so dass auch hier eine Übereinstimmung mit den Daten des Statistischen Landesamts besteht.

Rund ein Drittel der Träger (36,6%) konzentriert sich auf die Unterhaltung einer Einrichtung (Abb. 5); ein weiteres Drittel (32,7%) betreibt zwischen zwei und zehn Einrichtungen und wiederum knapp ein Drittel (30,7%) zählt zu den großen kapazitätsstarken Trägern, die mehr als zehn stationäre Einrichtungen betreiben.

Dabei zeigt sich, dass mit 93,1% die weit überwiegende Zahl der Träger einem Verband angehört (Tab. 2), zwei Drittel (66%) davon einem der Wohlfahrtsverbände (Abb. 6).

Hinsichtlich der zur Verfügung gestellten Plätze pro Einrichtung findet sich eine breite Streuung der Kapazitäten (Abb. 7) von kleineren und mittleren Einrichtun-

gen bis hin zu groß dimensionierten Anlagen mit hoher Bettenzahl. 14,4% der Einrichtungen haben bis zu 50 Plätze, ein Drittel (32,9%) erreicht eine mittlere Kapazität von 51 bis 100 Plätzen. Mehr als die Hälfte der Einrichtungen (52,7%) zählen mit über 100 Plätzen zu den groß dimensionierten Anlagen. In diesem Segment haben rund zwei Drittel (28,8%) zwischen 101 und 150 Betten und 12,8% bzw. 11,1% der Einrichtungen zwischen 151 und 200 bzw. mehr als 200 Plätze für pflegebedürftige Personen zur Verfügung.

Abb. 4: Trägerschaft der Einrichtung

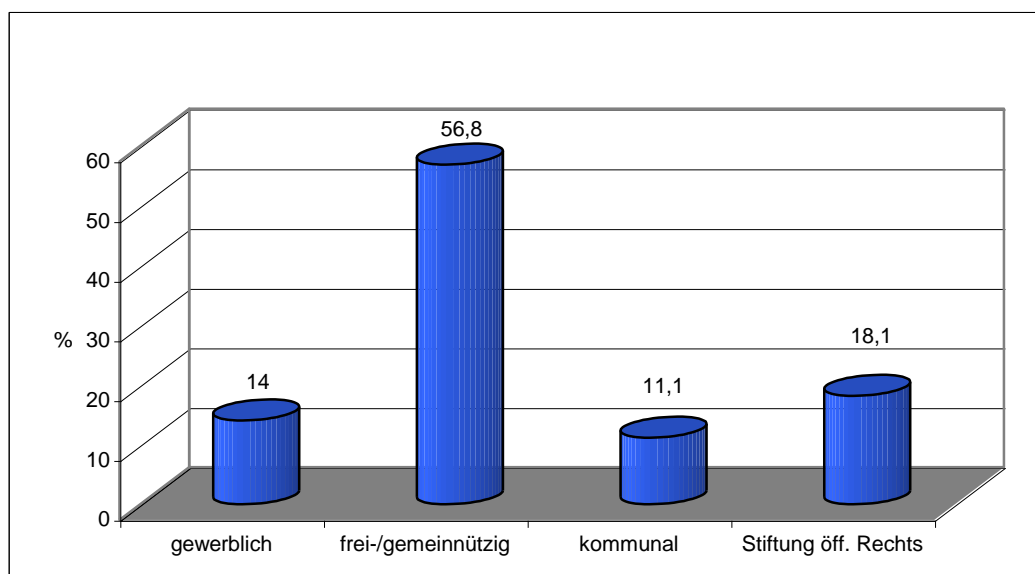
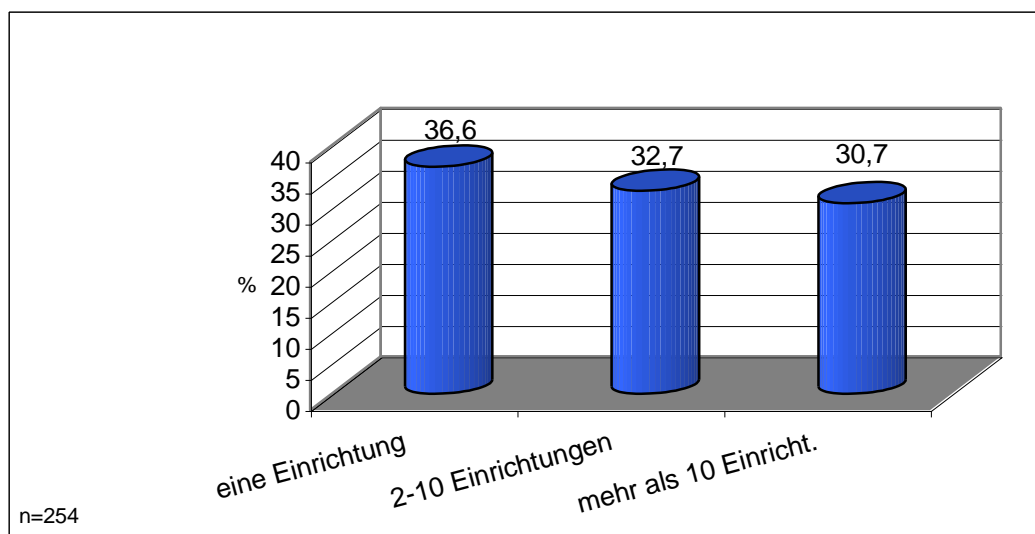


Abb. 5: Anzahl der stationären Einrichtungen des Trägers

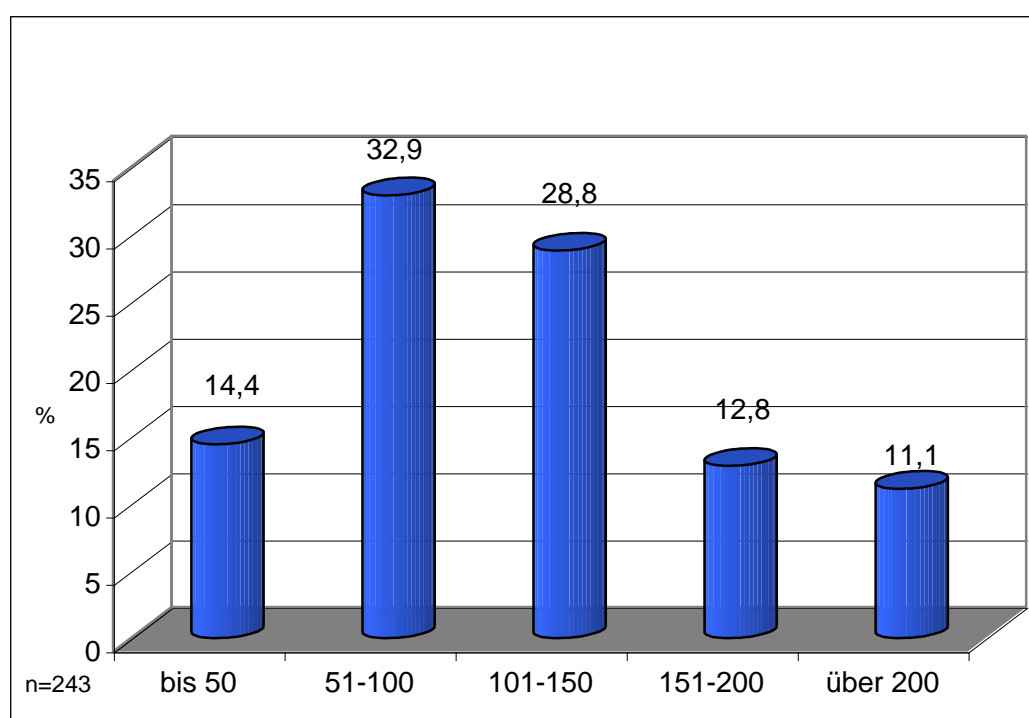


Tab. 2: Ist Ihre Einrichtung einem Verband angeschlossen?

		in %
<b>Verband angeschlossen?</b>	ja	93,1
	nein	6,9

Abb. 6: Welchem Verband ist Ihre Einrichtung angeschlossen?

Abb. 7: Gesamtzahl an Plätzen



Differenziert man nach der Art der zur Verfügung gestellten Plätze (Abb. 8) zeigt sich, dass nahezu jede Einrichtung Dauerpflegeplätze zur Verfügung stellt. Kaum verfügbar sind jedoch Altenheimplätze (90,5%) und noch weniger Altenwohnheimplätze (95,8%) und Nachtpflegeplätze (98,1%). Dagegen werden bis zu 50 Kurzzeitpflegeplätze in knapp drei Viertel (71,1%) der Einrichtungen angeboten und noch jedes dritte Pflegeheim (35,7%) bietet bis zu 30 Tagespflegeplätze an. Ein Viertel (25,9%) der sich an der Befragung beteiligenden Pflegeheime hat für betreutes Wohnen bis zu 50 Plätze eingerichtet, jede zehnte (11,4%) besitze mehr als 50 Plätze für betreutes Wohnen.

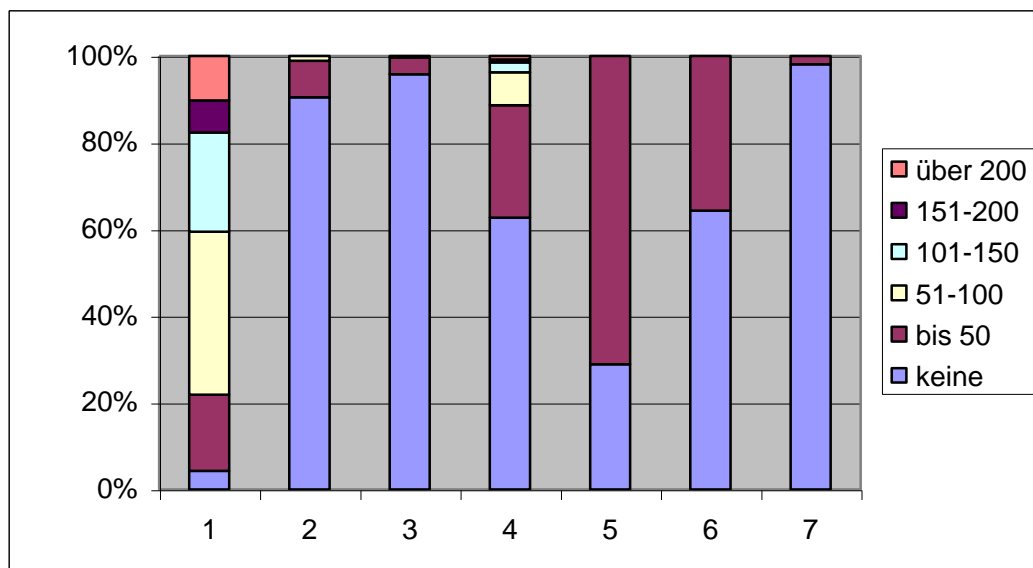
Die meisten Einrichtungen verfügen folglich in der überwiegenden Mehrzahl über Dauerpflegeplätze, kombiniert mit betreutem Wohnen, Kurzzeitpflegeplätzen und

Tagespflegeplätzen. Nur eine sehr geringe Anzahl von Pflegeheimen besitzt Nachtpflegeplätze (1,9%).

Über ein Viertel der Einrichtungen (27,1%) betreiben zudem neben ihrer/n stationären Pflegeeinrichtung/en noch einen ambulanten Dienst (Tab. 3).

Die Anbindung der Einrichtungen an den öffentlichen Nahverkehr ist dabei weitgehend gewährleistet (Abb. 10). In rund der Hälfte (47,3%) der stationären Pflegeeinrichtungen findet sich eine Haltestelle im Umfeld von 100 Metern; in 46,1% der Anlagen liegt diese im Umfeld zwischen 100 und 500 Metern. Jede 15. Einrichtung (6.6%) liegt über 500 Meter von einer Haltestelle entfernt und dürfte damit zu Fuß, vor allem unter Berücksichtigung von gesundheitlichen Beeinträchtigungen, eher beschwerlich und jedenfalls zeitaufwendiger zu erreichen sein.

Abb.8: Art und Anzahl der Plätze einer Einrichtung



**Legende:** 1=Dauerpflegeplätze, 2=Altenheimplätze, 3=Altenwohnheimplätze, 4=Betreutes Wohnen, 5=Kurzzeitpflegeplätze, 6=Tagespflegeplätze, 7=Nachtpflegeplätze

Tab. 3: Betreibt Ihre Einrichtung auch einen ambulanten Dienst?

		in %
<b>Auch ambulanter Dienst?</b>	ja	27,1
	nein	72,9

62 Pflegeeinrichtungen bieten einen ambulanten Dienst an. Die Zahl der Kunden streut dabei zwischen einem und 210 Kunden. In 45,1% der Einrichtungen mit ambulante Dienst werden dabei bis zu 50 Personen betreut (Abb. 9), die weiteren



Einrichtungen haben Kapazitäten für 51-80 Kunden (24,2%) bzw. 81-120 (16,1%); und größere Einrichtungen bieten einen ambulanten Dienst an, der für mehr als 120 Personen zur Verfügung stehen kann (14,5%).

Abb. 9: Zahl der Kunden des ambulanten Dienstes

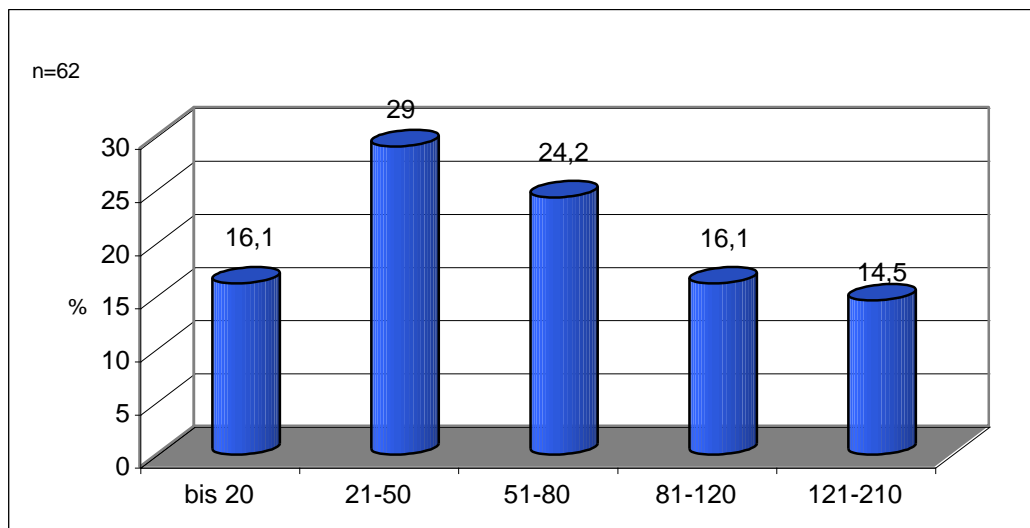
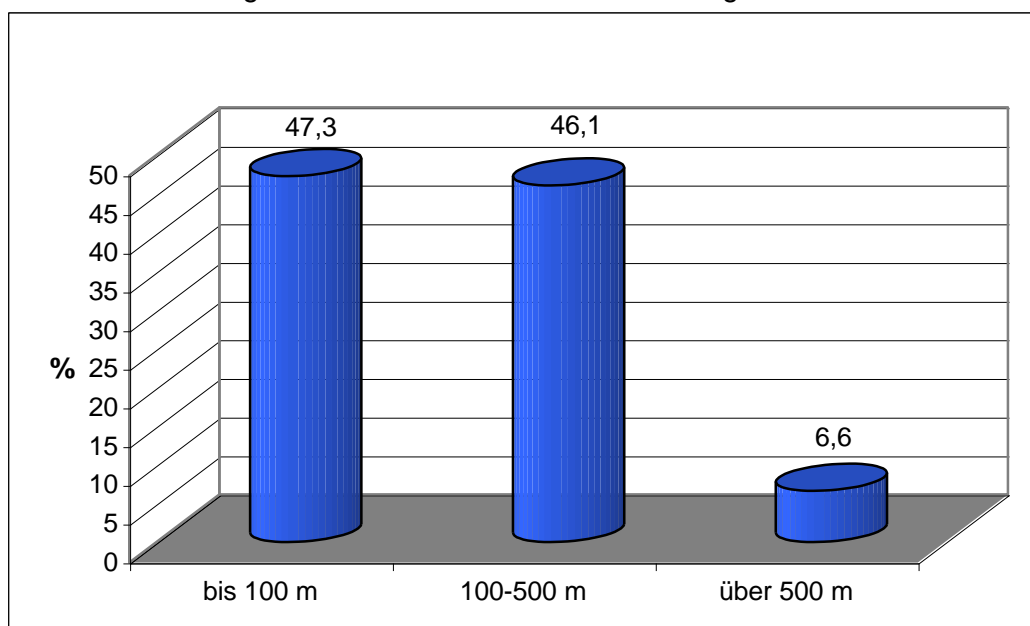


Abb. 10: Entfernung einer Haltestelle von der Einrichtung

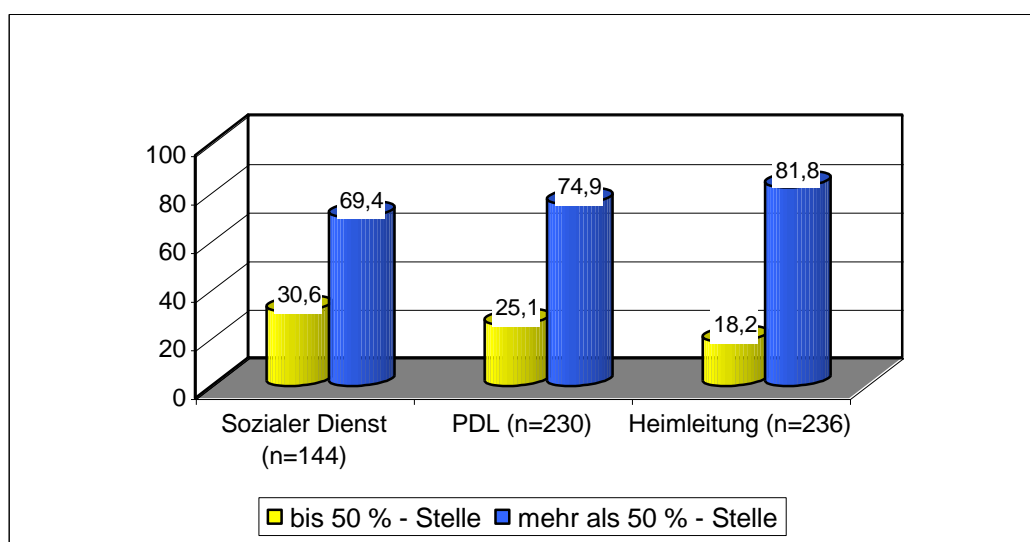


#### 4.1.2 Personalstruktur, Bewohnergruppen und angebotene Dienstleistungen

Im Blick auf die Personalstruktur der Einrichtungen zeigt sich, dass es sich besonders bei der Stelle der Heimleitung zum überwiegenden Teil um eine in Richtung Vollzeitstelle tendierende Anstellung handelt (Abb. 11): 81,8% der Einrichtungen haben eine Heimleitung, deren Stelle (deutlich) über einer 50%-

Anstellung liegt. Bei der Pflegedienstleitung (PDL) haben drei Viertel (74,9%) der Einrichtungen diese Funktion mit einer über 50% liegenden Stelle besetzt, und im sozialen Dienst findet sich in mehr als zwei Drittel (69,4%) der Einrichtungen ein Trend zu einer Vollzeitstelle. „Echte“ 100%-Stellen (bzw. noch darüber hinausgehende Stellen) haben für die Heimleitung 68,8% der Einrichtungen und für die Pflegedienstleitung 69,6%, sowie für den sozialen Dienst 29% der stationären Pflegeeinrichtungen.

Abb. 11: Stellenbesetzung nach Einrichtung



Eine Nachfrage bzgl. der Altersverteilung der in stationären Einrichtungen lebenden Personen verdeutlicht, dass auch „jüngere“ Altersgruppen in Einrichtungen versorgt werden. Jede zweite Einrichtung (54,5%) versorgt auch Bewohner, die jünger als 60 Jahre sind (Tab. 4). In mehr als der Hälfte dieser Einrichtungen (57,7%) begrenzt sich die Anzahl der Personen unter 60 Jahre auf zwei, rund jede fünfte Einrichtung (23,7%) beherbergt zwischen drei und fünf Personen jüngeren Alters (Abb. 12).

In mehr als jeder siebten Einrichtung (12,3%) finden sich zudem Menschen, die Eingliederungshilfe nach § 39/40 BSHG erhalten (Tab. 5). In den meisten Einrichtungen (41,4%) bewegen sich die entsprechenden Zahlen zwischen ein und fünf Personen, ein Viertel (24,1%) der Einrichtungen hält Plätze für sechs bis 15 Personen bereit. Darüber hinaus findet sich zu je 17,2% eine größere Zahl von 16 bis 30 bzw. mehr als 30 Personen mit Eingliederungshilfe, so dass hier bestimmte Spezialisierungen angenommen werden können (Abb. 13).

Tab. 4: Leben in Ihrer Einrichtung auch Personen unter 60 Jahren?

		in %
<b>Personen unter 60 Jahren?</b>	ja	54,5
	nein	45,5

Abb. 12: Anzahl der Personen unter 60 Jahre

Tab. 5: Leben in Ihrer Einrichtung Menschen, die Eingliederungshilfe nach § 39/40 BSHG erhalten?

		in %
<b>Menschen mit Eingliederungshilfe</b>	ja	12,3
	nein	87,7

---

Abb. 13: Zahl der Personen mit Eingliederungshilfe nach § 39/40 BSHG

Eine Nachfrage dahingehend, ob für bestimmte Personengruppen spezielle Angebote zur Verfügung stehen, beantworten zwei Drittel der Heime (65,2%) positiv (Tab. 6). In diesen Einrichtungen (n=165) finden sich vorrangig (Abb. 14) Angebote für demenziell Erkrankte (68,5%) und spezifisch für diese eine Tagesbetreuung (49,7%) und spezielle Wohnangebote (36,4%). Darüber hinaus hat noch rund jede zehnte (12,7%) Einrichtung eine Intensivpflege für Apalliker. Der Versorgung von MS-Erkrankten im Rahmen der geriatrischen Pflege widmen sich 7,3% der Einrichtungen.

Bedeutsam erscheint die Antwortkategorie „spezielle Angebote für andere Personengruppen“, die von 17% der Einrichtungen genannt wird. Nimmt man hier die entsprechenden offenen Antwortmöglichkeiten hinzu, finden sich unter dieser Kategorie Angebote für junge und ältere (chronisch) psychisch Kranke und Mehrfachbehinderte, Blinde und Schwerbehinderte, sowie für Schlaganfallpatienten. Auch eine (Tages-)Betreuung für Menschen mit Schwerst- und Mehrfachbehinderungen und Wachkomapatienten findet sich unter den sonstigen speziellen Angeboten für besondere Personengruppen.

Über diese für besondere Personengruppen notwendigen spezifischen Angebote hinaus ergibt eine Nachfrage nach im Haus angebotenen „externen Dienstleistungen“, dass nahezu alle stationären Einrichtungen (97%) eine oder mehrere der folgenden Dienstleistungen anbieten (Abb. 15):

- In nahezu jeder Einrichtung (93,1%) sind Friseur, Hautpflege und Fußpflege als externe Dienstleistungen vertreten.
- Auch die Angebote Krankengymnastik/Ergotherapie sind weit verbreitet (88,4%); sonstige Therapien wie bspw. Kunst-, Musik- Aromatherapie, finden sich in jeder vierten Einrichtung (24,7%).
- Knapp jede zweite Einrichtung (42,5%) verfügt über eine Cafeteria.
- Jede vierte Einrichtung (24,3%) hat ein Kiosk.
- In etwas mehr als jeder zehnten stationären Einrichtung (12,4%) findet sich eine Bankfiliale.
- „Andere Dienstleistungen“ werden von jeder fünften Einrichtung (20,5%) vermeldet. Dabei handelt es sich bspw. um eine integrierte Arztpraxis mit

geriatischer Zusatzqualifikation, eine Augenarzt- und/oder Zahnarztpraxis oder eine logopädische Praxis. Darüber hinaus finden sich in manchen Einrichtungen ein Hallenbad, eine Gärtnerei oder eine Niederlassung der Volkshochschule. Auch eine Postagentur, eine Schneiderin oder einen mobilen Bäcker weisen verschiedene Einrichtungen auf. Von einer Einrichtung wird zusätzliches ein spezielles im Hause etabliertes Case-Management erwähnt, das sich um ein qualifiziertes Pflegearrangement für die Bewohner/innen bemüht.

- 

Tab. 6: Bietet Ihre Einrichtung spezielle Angebote für besondere Gruppen?

		<b>in %</b>
<b>Angebote für besondere Gruppen</b>	ja	65,2
	nein	34,8

Abb. 14: Angebote für besondere Personengruppen

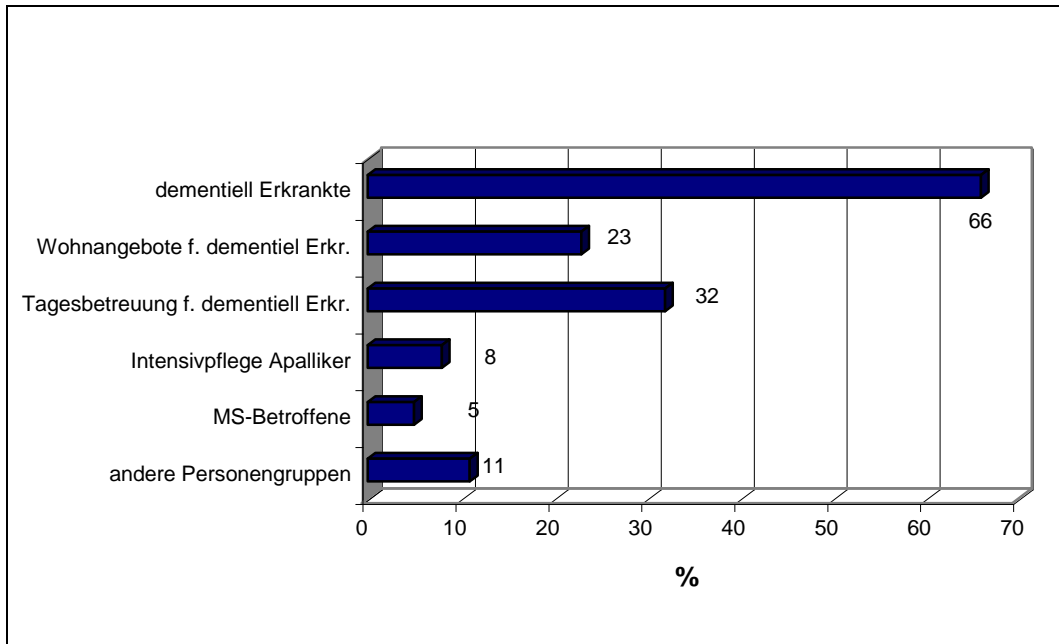
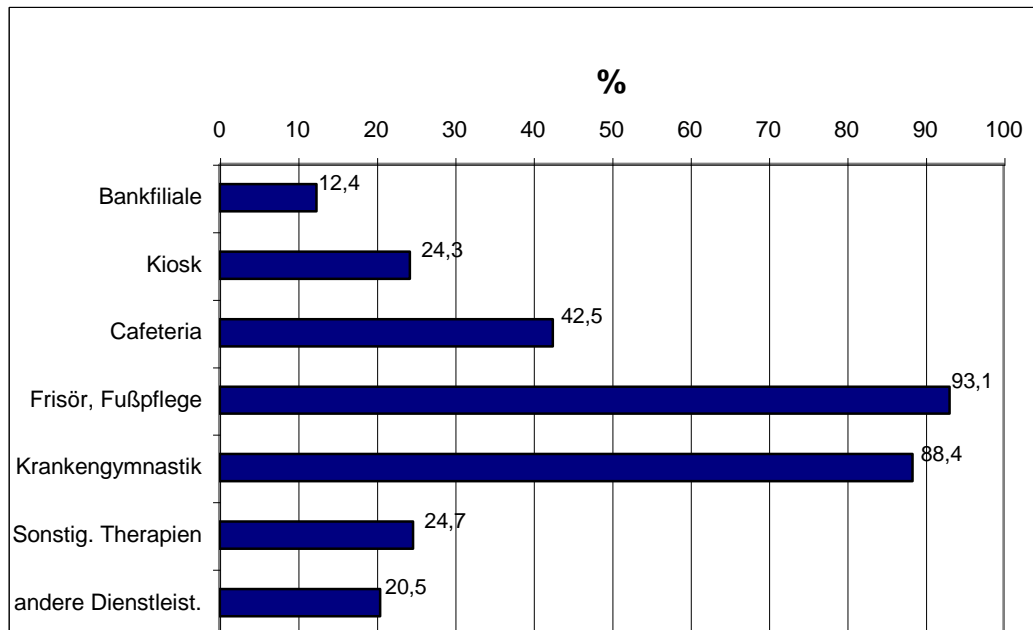


Abb. 15: Angebote von Dienstleistungen angeboten



### 4.1.3 Formen ehrenamtlicher Mitarbeit und bürgerschaftlichen Engagements

Der in den Einrichtungen i.d.R. institutionalisierte Heimbeirat, der selbst viele ehrenamtliche Funktionen wahrnimmt, konnte nicht in allen Einrichtungen gebildet werden (Abb. 16). In jedem fünften Heim (24,7%) gibt es stattdessen einen Heimfürsprecher oder es wurde ein Ersatzgremium gebildet (1,9%) und zwar meist ein Angehörigenbeirat (n=9). In ca. zwei Drittel der stationären Pflegeeinrichtungen wurde ein Heimbeirat gewählt. Dabei konnte in jeder dritten Einrichtung (30,9%) ein Heimbeirat mit externen Mitgliedern konstituiert werden, in 38,6% setzt sich der Heimbeirat ausschließlich aus Bewohnern der Einrichtung zusammen.

Abb. 16: Sind im Heimbeirat externe Mitglieder vertreten?

Fragt man die Einrichtungen, ob sie über ein schriftliches Konzept zum Umgang mit bürgerschaftlichem Engagement (BE) bzw. Ehrenamt verfügen oder die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements einem Mitarbeiter übertragen hat, ergibt sich ein aufschlussreiches Bild (Tab. 7):

Etwas über ein Drittel (37,6%) der Einrichtungen verfügen über solche Konzepte. Mehr als zwei Drittel (68,1%) der Einrichtungen haben einen Mitarbeiter für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements beauftragt. In knapp jeder zweiten Einrichtung, die einen Mitarbeiter mit BE-Förderung beauftragt hat, engagiert sich dieser mit einem Zeitbudget von bis zu 10%. Etwas mehr als jede dritte der Einrichtungen sieht ein Deputat zwischen 10 und 30% vor; in jeder siebten Einrichtung liegt es über 30%. Von den insgesamt befragten 263 Einrichtungen haben drei einen Mitarbeiter auf einer Vollzeitstelle für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements eingestellt.

Hier liegen gute Voraussetzungen und Anknüpfungspunkte einer systematischen Engagementförderung, die bspw. auch durch die Anknüpfung an bestimmte Netzwerke der Be-Förderung verstärkt werden kann.

Tab. 7: Verfügt die Einrichtung über ein schriftliches Konzept zum Umgang mit bürgerschaftlichem Engagement (BE) und über Mitarbeiter, die BE fördern?

		In %
<b>Schriftliches Konzept zu BE</b>	ja	37,6

	nein	60,4
<b>Mitarbeiter für BE-Förderung?</b>	ja	68,2
	nein	31,8

Die Befragung zeigt, dass auch ohne ein Konzept oder eine Gesamtstrategie der BE-Förderung sich vielfache Formen freiwilligen Engagements in den Einrichtungen entwickelt haben. Freiwilliges Engagement geschieht folglich in gewisser Weise auch eigeninitiativ-autonom, d.h. selbst gestaltet aus dem Eigenantrieb von Freiwilligen heraus, d.h., ohne dass bereits eine Konzeption seitens der Einrichtung entwickelt ist. Vorstellbar ist jedoch, dass hier ein gezieltes koproduktives Zusammenwirken von Einrichtung und Engagierten, also ein konzeptgeleitetes Engagement, die Interessen zum Wohle der Heimbewohner/-innen konstruktiv zusammenführen könnte.

Von den insgesamt 259 befragten Einrichtungen geben 240 (92,7%) ehrenamtlichen Diensten und Praktika Raum, die den Einsatz hauptsächlich jüngerer Menschen betreffen. An erster Stelle dieser Angebote stehen Schulpraktika (91,1%, vgl. Abb. 17), gefolgt vom Freiwilligen Sozialen Jahr (63,7%) und Fachschulpraktika (49,8%), die in den Einrichtungen ermöglicht werden und, wie Untersuchungen<sup>18</sup> zeigen, gleichermaßen von hohem pädagogischen Wert für junge Menschen sind, die in Begegnungen soziale Kompetenzen erlernen, wie auch für Ältere, welche dadurch neue Formen der Integration und des (vernachlässigten) intergenerativen Austausches erleben. Die weiteren Angebote von ehrenamtlichen Diensten und Praktika in Pflegeeinrichtungen betreffen Praktika zur Wiedereingliederung in den Beruf (62,5%) und solche zur Weiterqualifizierung von Erwerbslosen (41,7%). Rein quantitativ fallen Auslandspraktika für Auszubildende anderer Nationen (8,1%) weniger ins Gewicht, wengleich auch diesen eine hohe Bedeutung beizumessen ist. Rund 15% der Einrichtungen vermelden „andere Praktika“ und erwähnen hier neben Praktika im Rahmen der Altenpflegeausbildung oder zur Vorbereitung auf pflegerische Berufe insbesondere die neuen Jugend-Freiwilligendienste<sup>19</sup> wie „Compassion“ und das Projekt „jes – jugend engagiert sich“ der Landesstiftung Baden-Württemberg. Darüber hinaus finden Praktika von Fachhochschulen, Schnuppertage von Firmlingen oder Konfirmanden und Berufsorientierungs- bzw.

<sup>18</sup> Vgl. dazu auch die Übersicht zu neuen Freiwilligendiensten für junge Menschen in: Hoch, Hans / Roß, Paul-Stefan / Scharte, Ulrike / Schäfer, Rita (2003) Neue Wege der Förderung freiwilligen Engagements von Jugendlichen. Eine Zwischenbilanz zu Modellen in Baden-Württemberg, herausgegeben von der Landesstiftung Baden-Württemberg, Stuttgart.

<sup>19</sup> Siehe Fußnote 3.



-findungspraktika Erwähnung, sowie Azubi-Volunteering-Projekte und Praktika zur Arbeitserprobung nach § 20 BSHG. Wir können also die Bedeutung, die solche Praktika haben nicht hoch genug einschätzen: sie schaffen Möglichkeiten der wechselseitigen Begegnung und Unterstützung der Generationen.

Die Zahl der Praktikumsplätze pro Einrichtung bleibt dabei überschaubar (Abb. 18). So bietet jede dritte Einrichtung (36,5%) zwischen einem und fünf Praktikumsplätze an; ein Viertel (24,3%) ein Kontingent zwischen sechs und zehn Plätzen, und ein weiteres Viertel der Pflegeheime hatte mehr als zehn Praktikumsplätze „im letzten Jahr“ eingerichtet.

In knapp jeder fünften Einrichtung (18,3%) wurde eine Angehörigengruppe gebildet (Tab. 8), die hinsichtlich ihrer Größe recht unterschiedlich konfiguriert ist. Es finden sich sowohl kleinere Gruppen bis zu fünf Personen und mittlere Gruppen zwischen 6 und 15 Personen, sowie Angehörigengruppen, denen mehr als 15 Personen angehören und die bis zu 70 Personen umfassen. Auch interne Hospizgruppen sind in ähnlichem Umfang (18,7%) verbreitet. Deutlich häufiger als diese beiden Gruppen sind in den Einrichtungen Freundes- und Helferkreise (46,8%), in größerer Gruppenstärke zwischen 10 und 30 Personen (40%) vertreten, sowie ehrenamtliche Betreuer (61,9%), z.B. aus einem Betreuungsverein, die selbst keine Angehörigen oder Berufsbetreuer sind (Tab. 8) und die zum überwiegenden Teil in einer Gruppenstärke bis zu 5 Personen ihre Aufgaben wahrnehmen (Abb. 19). Die von den ehrenamtlichen Betreuern betreuten Heimbewohnerinnen weichen dabei kaum von der Zahl der Betreuerinnen ab, d.h., es kann angenommen werden, dass auf eine/n Betreuer/innen im Durchschnitt auch eine betreute Person kommt (Abb. 19).

In nahezu allen Einrichtungen finden sich auch externe Gruppen (94,3% s. u. Tab. 8). Deutlich wird dadurch die Einbettung des (individuellen) Engagements in unterschiedliche Gruppenstrukturen; viele Engagierte befinden sich folglich in Netzwerken; jedoch nicht alle. Das bedeutet auch, dass eine Untergruppe an Engagierten mitunter auch isoliert scheint.

Auch das Engagement von einzelnen Bürgern (83,7%), die nicht in einer Gruppe organisiert sind (Tab. 9), erweist sich als ein bedeutsamer Faktor in der beeindruckenden Pluralität des ehrenamtlichen Engagements, ebenso wie das Engagement von Angehörigen (78,2%), die nicht nur ihren Verwandten, sondern zusätzlich auch andere Bewohnerinnen und Bewohner in der Einrichtung besuchen. In jeder zweiten Einrichtung (53,6%) engagieren sich dabei zwischen ein und fünf Bürgerinnen und Bürger (Abb. 20), in knapp jeder zweiten (17,3%)

---

zwischen sechs und zehn Engagierte. Jede siebte Einrichtung (12,2%) vermeldet freiwillige Aktivitäten von 11-20 bzw. 21-40 Bürgerinnen und Bürger, und noch in rund jeder zwanzigsten - vermutlich größere Pflegeheime - engagieren sich mehr als 40 Bürgerinnen und Bürger für die Bewohnerinnen und Bewohner. Bei Angehörigen, die sich für andere als Verwandte engagieren zeigt sich ein ähnliches Bild. In mehr als zwei Dritteln der Heime (69%) finden sich zwischen einem und fünf Angehörigen, und in jedem vierten Pflegeheim (23,4%) zwischen sechs und zehn Angehörigen, die sich um Heimbewohnerinnen kümmern, mit denen sie nicht verwandt sind (Abb. 20). Der Aufbau sozialer Beziehungen schreitet folglich über den Besuch von Familienmitgliedern und Verwandten fort in den sozialen Raum der Einrichtungen und den ihm angehörigen Personen.

Darüber hinaus sind in nahezu allen Einrichtungen (94,3%) regelmäßig externe Gruppen in der Betreuung engagiert (Abb. 21). In größerem Umfang handelt es sich dabei vor allem um Kirchengemeinden (77,2%) und junge Menschen aus Kindergarten und Schule (62,2%). Auch externe Besuchsdienste (55,2%) und freie Initiativen/Vereine (45,9%) sind unter den freiwillig Engagierten in den Einrichtungen häufig zu finden. Von großer Bedeutung sind die Hospiz-Gruppen<sup>20</sup> (46,7%); weniger ins Gewicht fallen politische Gruppierungen (7,1%). An sonstigen Gruppierungen werden zusätzlich sehr häufig Musikschulen, Musik- und Gesangsgruppen genannte, darunter Kinder-Flötengruppe, Chor-, Bläser- oder Tanzgruppen und Singkreise, sowie weitere kulturelle Vereine, Frauenkreise, Ruhestandsschwestern der Schwesternschaft, Landfrauen und Hausfrauenverein, Lionsclub und Rotarier, sowie Studentenvereinigungen, Motorsportclub, Auszubildende eines industriellen Betriebs.

Abb. 17: Angebote von ehrenamtlichen Diensten und Praktika

---

<sup>20</sup> Schmitz-Scherzer (1992:545) weist darauf hin, dass schätzungsweise 70 % der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland „in Kliniken, Pflegeheimen und vergleichbaren Einrichtungen“ sterben. Es ist folglich von enormer Bedeutung, pflegebedürftige Menschen in dieser Grenzsituation menschlichen Lebens zu begleiten, zumal im Pflegealltag „der angemessene Umgang mit den Sterbenden ... sehr erschwert ist“ (Schmitz-Scherzer 1992: 546).

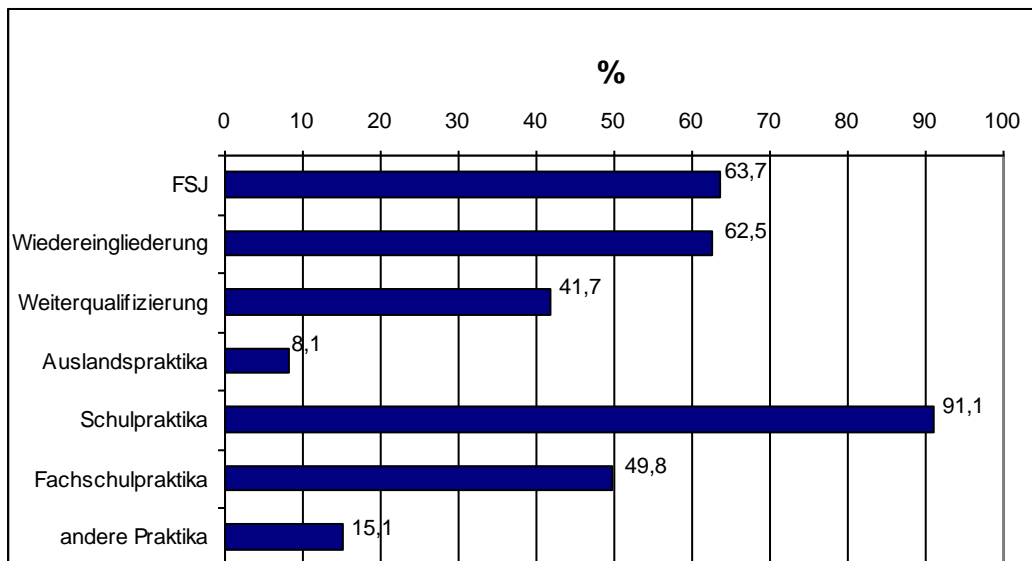
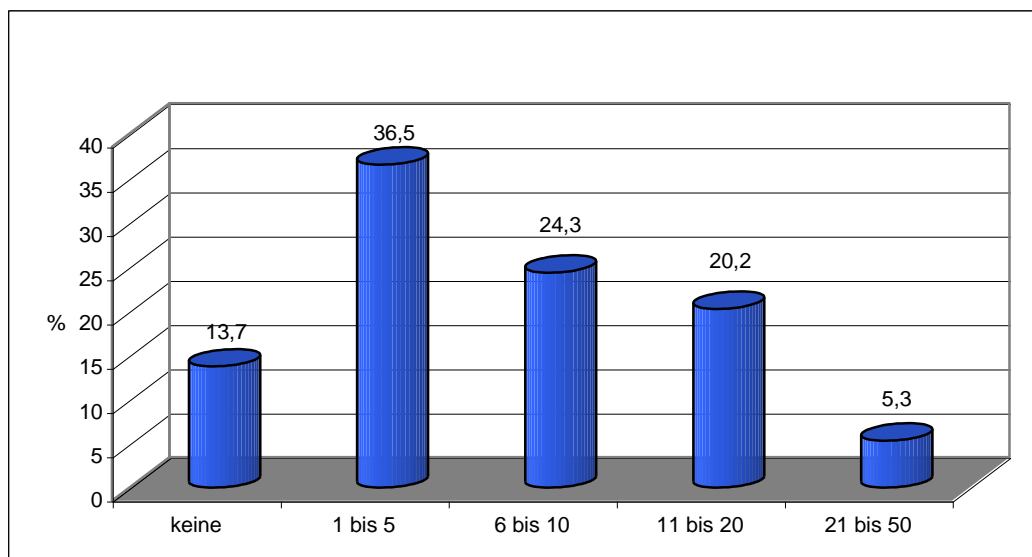


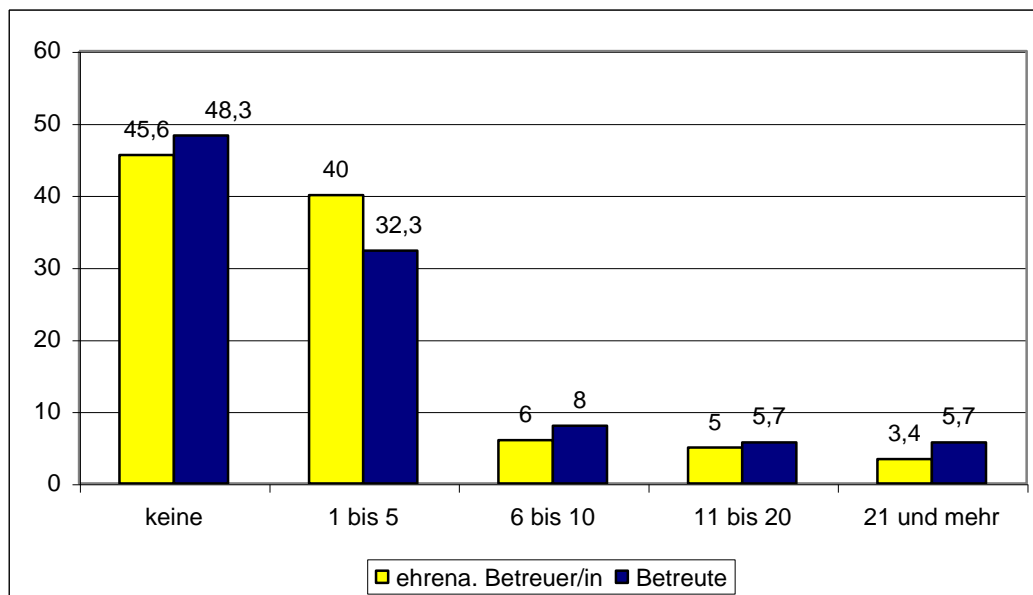
Abb. 18: Anzahl der Praktika im letzten Jahr



Tab. 8: Haben sich in Ihrer Einrichtung eine Angehörigengruppe, eine Hospizgruppe oder weitere Helferkreise gebildet?

<b>Angehörigengruppe gebildet?</b>	ja	18,3
	nein	81,7
<b>Interne Hospizgruppe?</b>	ja	18,7
	nein	81,3
<b>Freundes-/Helferkreis?</b>	ja	46,8
	nein	53,2
<b>Ehrenamtliche Betreuer?</b>	ja	61,9
	nein	38,1
<b>Regelmäßig externe Gruppen</b>	ja	94,3
	nein	5,7

Abb. 19: Anzahl der ehrenamtlichen Betreuer/innen



Tab. 9: Engagement einzelner Bürger/innen und einzelner Angehöriger für Bewohner/innen, die nicht Angehörige sind

<b>Engagement einzelner Bürger</b>	ja	83,7
	nein	16,3
<b>Angehörige für andere Bewohner</b>	ja	78,2
	nein	21,8

Abb. 20: Engagierte einzelne Bürger und Angehörige

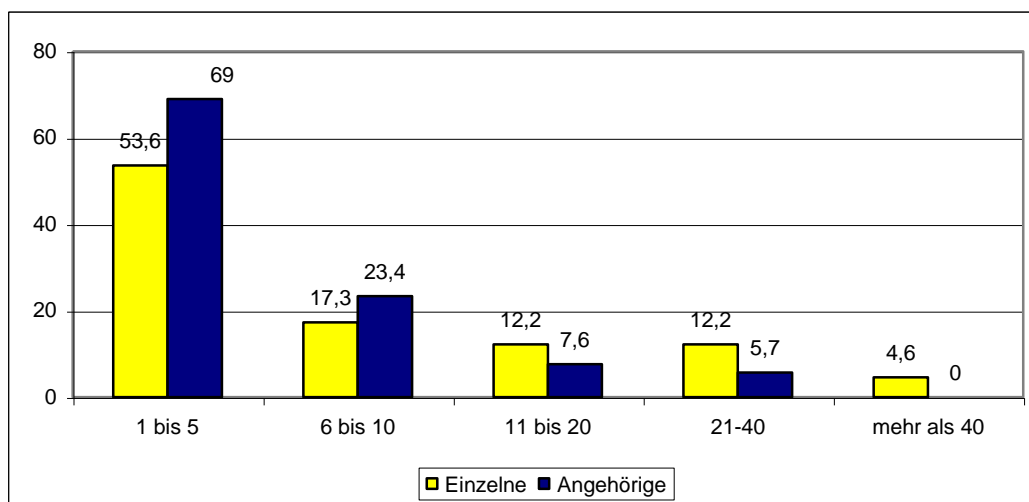
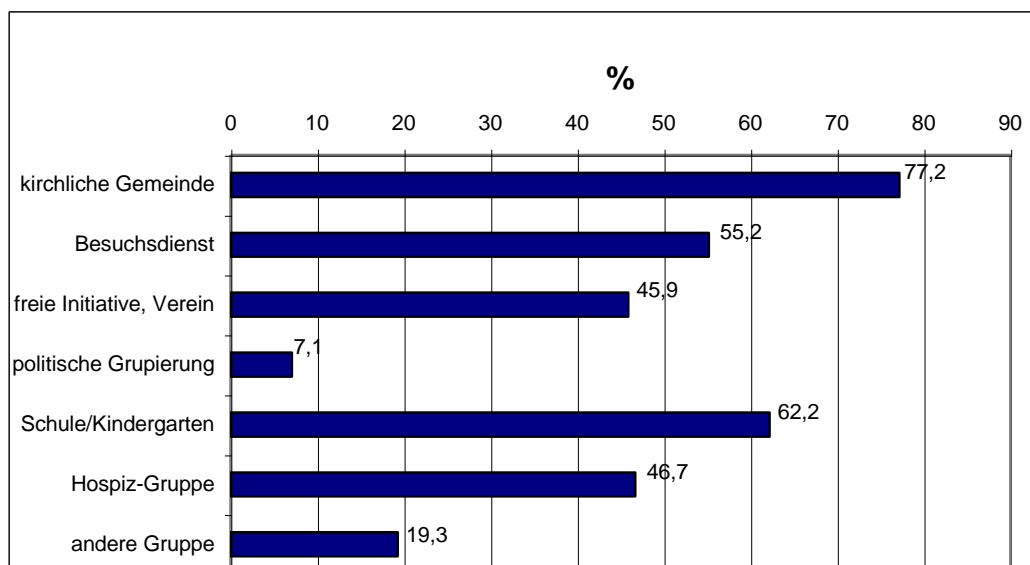
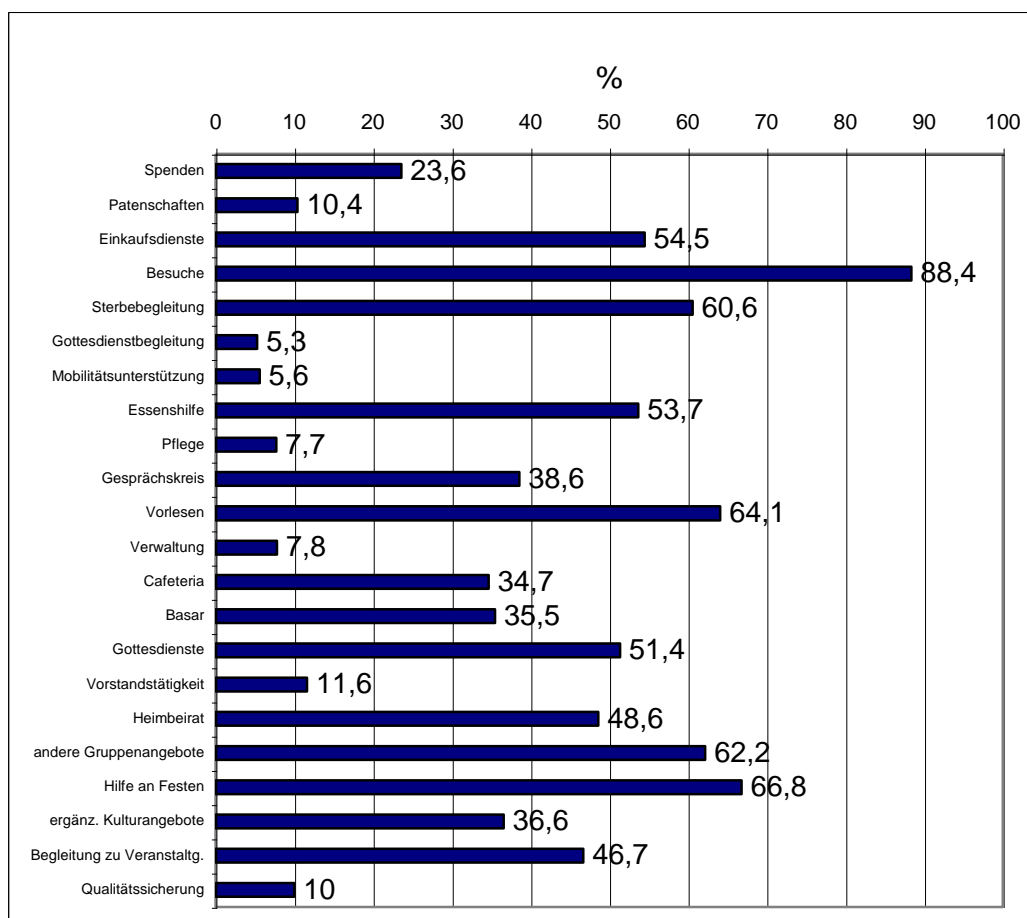


Abb. 21: Welche externe Gruppen unterstützen die Einrichtung?



Diese Vielfalt an Personen und Gruppen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Organisationskulturen repräsentiert wiederum und steht für ein breites Spektrum an Formen des bürgerschaftlichen Engagements (Abb. 22). An erster Stelle figurieren hier Besuche (88,4%), denen eine elementare Funktion beizumessen ist und die ihrerseits ja den Kontext für viele andere Unterstützungsmöglichkeiten für Bewohner/innen darstellen. Von wesentlicher Bedeutung erscheint die Sterbebegleitung (60,6%) durch ehrenamtlich engagierte Personen. Ein wichtiges Engagementfeld Ehrenamtlicher stellt die Mithilfe bei Festen (66,8%) oder einem Basar (35,5%) und weiteren Kulturangeboten (36,6%) dar.

Abb. 22: In welchen Formen zeigt sich Bürgerengagement?



Auch Gesprächskreise (38,6%) oder das Vorlesen (64,1%) stellen grundlegende kommunikative Aktivitäten und Angebote freiwillig Engagierter an die Bewohner/innen dar. Darüber hinaus fallen Essenshilfe (53,7%) und Cafeteriadienst (34,7%) als Engagementfelder in der Einrichtung ins Gewicht. Ebenso die Vorbereitung und Gestaltung religiöser Feiern wie Gottesdienste (51,4%) und die z. T. dafür erforderliche Gottesdienstbegleitung (5,6%). Ins Gewicht fallen weiterhin Tätigkeiten als Heimbeirat (48,6%). Im Blick auf die Außenaktivitäten spielen vor allem die Begleitung zu Veranstaltungen (46,7%) eine wichtige Rolle sowie Einkaufsdienste (54,5%), welche den Wünschen der Bewohner/innen nach bestimmten Angeboten außerhalb der Einrichtungen Rechnung tragen. Nicht zu vernachlässigen sind auch Spendenaktivitäten (23,6%) und Patenschaften (10,4%) sowie Vorstandstätigkeiten (11,6%).

Weniger engagiert sind Ehrenamtliche im Bereich der Pflege (7,7%) oder der Verwaltung (7,8%), die beide Domänen von hauptamtlichen Mitarbeiter/innen darstellen. Dies verweist auf eine durchaus sinnvolle Arbeitsteilung und

---

komplementär zueinander stehende Aufgabenwahrnehmungen von Haupt- und Ehrenamtlichen.

An sonstigen Engagementformen werden zusätzlich Hundebesuchsdienste genannt, sowie Badeaufsicht im heimeigenen Schwimmbad, die Gestaltung eines Sinnesgarten und generationenübergreifende Projekte mit Schulen und die Betreuung der heimeigenen Bücherei. Auch die Mitarbeit bei einer Hauszeitschrift oder einem Heimrundfunk findet Erwähnung sowie die Begleitung von Heimbewohnerinnen und -bewohner in ihrem Urlaub.

Es ergibt sich folglich ein eindruckvolles Spektrum an freiwilligen Aktivitäten. In seiner Gesamtheit stellt dieses Engagement einen unverzichtbaren Beitrag für die Gestaltung der alltäglichen Lebenswelt von Bewohner/innen und der Sicherung ihrer Lebensqualität dar.

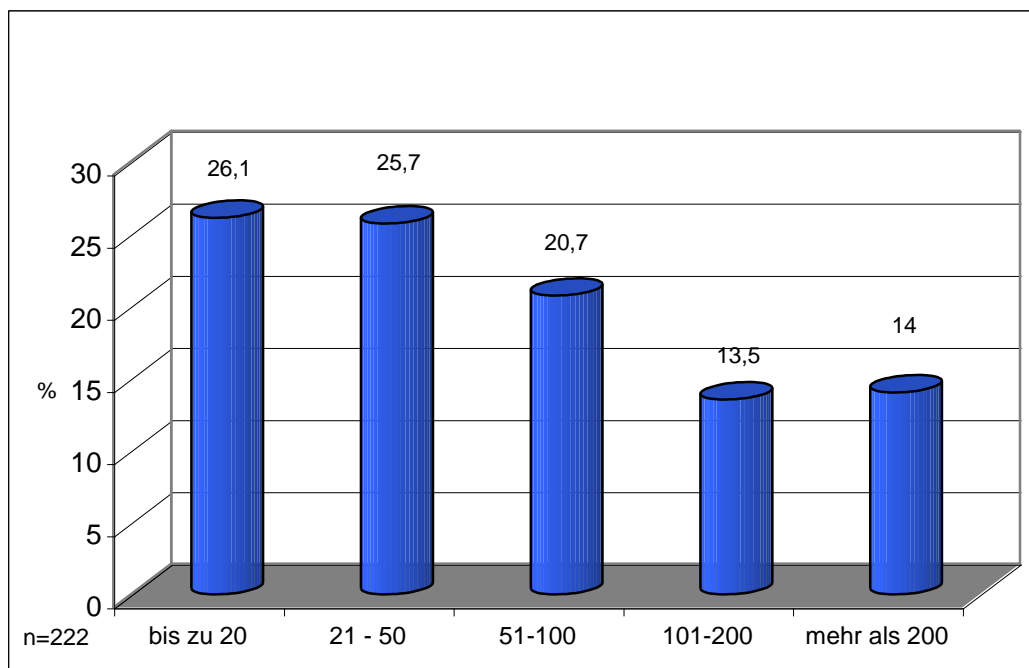
Die von den Einrichtungen geschätzten Gesamtstunden aller freiwillig Engagierten in einem „normalen Monat“ belaufen sich für die 222 antwortenden Einrichtungen (85,7%) auf eine Gesamtsumme von 26.900 Stunden pro Monat. Das entspricht einem Mittelwert von 121 Stunden pro Monat und Einrichtung. Differenzierter nach Einrichtungen betrachtet lässt sich konstatieren, dass rund ein Viertel (26,1%) vermelden, dass pro Monat bis zu 20 Stunden ehrenamtliches Engagement in der Institution geleistet wird (Abb. 23); wiederum ein Viertel (25,7%) berichtet von 21-50 Stunden freiwilligem Engagement pro Monat. In manchen, vermutlich größeren Einrichtungen, und solchen, in denen bürgerschaftliches Engagement möglicherweise bereits systematisch(er) Förderung findet, steigen die Monatsstunden noch weiter an: 14% der Einrichtungen berichten von einem freiwilligen Engagement, das sich auf 200 und mehr Stunden pro Monat beläuft. Die Quantität und die Qualität dieses Engagement dürfte folglich in ihrer Bedeutung für (1) die Bewohner/innen, (2) die Einrichtungen und (3) die Gesellschaft kaum überschätzt werden können. Mit der Größe der Einrichtung steigt auch die Zahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden an ( $r = 0,41^{**}$ ).

Im Durchschnitt finden sich rund 1,2 Stunden freiwilliges Engagement pro Einrichtungsplatz und Monat (Tab. 10), wobei hier die Trägerschaft eine wichtige Größe darstellt: so liegen die Durchschnittswerte für Einrichtungen in gewerblicher Trägerschaft mit 0,59 Stunden pro Einrichtungsplatz und Monat deutlich unter den nahe beieinander liegenden durchschnittlichen Stundenzahlen der gemeinnützigen und kommunalen Einrichtungen und solchen des Stiftungen des öffentlichen Rechts. Eine Unterscheidung nach Verbandsart (Tab. 11) zeigt



zudem, dass die durchschnittliche Zahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden pro Monat und Einrichtungsplatz bei den Wohlfahrtsverbänden mit 1,36 Stunden am höchsten zu liegen kommt.

Abb. 23: Person-Stunden pro Monat an freiwilligem Engagement



Tab. 10: Stunden pro Einrichtungsplatz und Monat nach Trägerschaft

Trägerschaft	Mittelwert	N	Standardabweichung
gewerblich	,5891	25	1,17783
frei-/gemeinnützig	1,2950	121	2,66851
kommunal	1,3875	21	3,40104
eine Stiftung öff. Rechts	1,2884	34	1,85590
Insgesamt	1,2158	201	2,49418

Tabelle 11: Stunden pro Einrichtungsplatz und Monat nach Verband Art

Verband Art	Mittelwert	N	Standardabweichung
keine Angabe	1,1008	23	3,23754
einem Wohlfahrtsverband	1,3614	142	2,65187
einem anderen Verband	,8131	45	1,12678
Insgesamt	1,2154	210	2,48310

---

#### **4.1.4 Anerkennungskultur ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements**

Es verwundert vor dem Hintergrund des vorhergehend Berichteten nicht, dass die Einrichtungen auf den Umfang und die Vielfalt dieses freiwilligen Engagements mit einer entsprechenden Anerkennungskultur antworten.

In 210 Einrichtungen (81,1%) erfahren freiwillig Engagierte bestimmte Formen der Unterstützung und Einbindung als Anerkennung ihrer Tätigkeit. Im Vordergrund (Abb. 24) stehen Helferfeste und -ausflüge (65,3%) und Geschenke zu persönlichen Anlässen (64,5%). Ein weiterer Bereich von Anerkennung betrifft die Fortbildung (53,3%) und Supervision (44%) von Engagierten, gefolgt von weiteren Gratifikationen wie kostenfreien Mahlzeiten (38,2%).

An sonstigen Formen der Unterstützung finden häufiger Aufwandsentschädigungen und Auslagenerstattung (z.B. Kilometergeld) Erwähnung, eine Begleitung von Freiwilligen durch Sozialdienst und Sozialmanagement, Freikarten für kulturelle Veranstaltungen oder eine verbilligte Nutzung des Fuhrparks, Teilnahme an Fortbildungen und Sitzungen/Gesprächskreisen mit dem Leitungsteam sowie Geburtstags- und Weihnachtsgrüße an die Engagierten.

Weniger ins Gewicht fällt Anerkennung in der Form von „Einbindung in Entscheidungen“ (13,9%) oder einer Teilnahme an Dienstbesprechungen (10,4%). Dies hat vermutlich mit Grenzen zu tun, die zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen wirksam werden, die jedoch perspektivisch durchaus im Kontext einer umfassenderen Verhältnisbestimmung zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen kommunizierbar werden können.

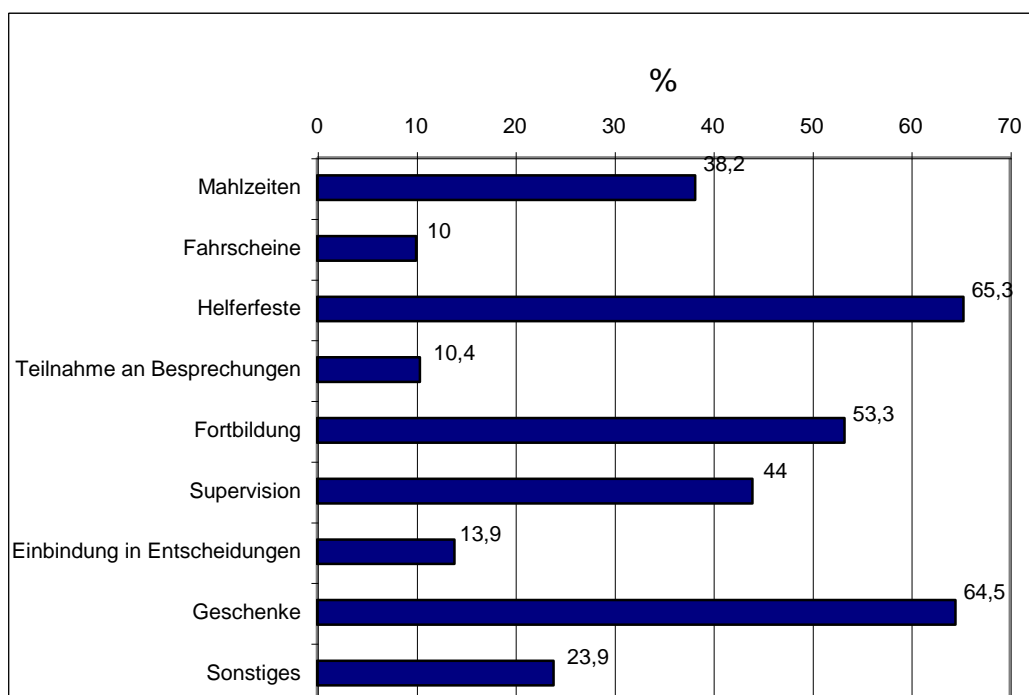
Nähere Analysen zeigen zudem einen Zusammenhang zwischen der Art der gewährleisteten Gratifikation und der freiwillig geleisteten durchschnittlichen Stundenzahl (Tab. 12). So erhöhen – verständlicherweise – insbesondere die bisher nur in wenigen Fällen praktizierte Einbindung von Engagierten in interne Entscheidungsprozesse oder die Teilnahme von Ehrenamtlichen an Dienstbesprechungen auch deren durchschnittliche Stundenzahl für bürgerschaftliches Engagement auf 2,31 bzw. 2,35 Stunden.

Hier wird also eine differenzierte Anerkennungsstruktur sichtbar, die sich gliedert in:

- (1) Anerkennung durch gemeinsame Feste, Geschenke, Mahlzeiten
- (2) Anerkennung durch Fortbildung/Qualifizierung/Supervision/Begleitung von freiwillig Engagierten, und
- (3) Anerkennung durch Einbindung in Entscheidungen und Teilnahme an Besprechungen

Hier zeigt sich auch die Notwendigkeit, dass die sehr differentielle Aufgabewahrnehmung zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen regelmäßig kommuniziert werden muss, um diese unterschiedlichen Funktionen für pflegebedürftige Menschen im Blick zu haben.

Abb. 24: Formen der Unterstützung und Gratifikation für freiwillig Engagierte



Tab. 12: Durchschnittliche Stundenzahl pro Einrichtungsplatz und Monat, nach Gratifikationsart

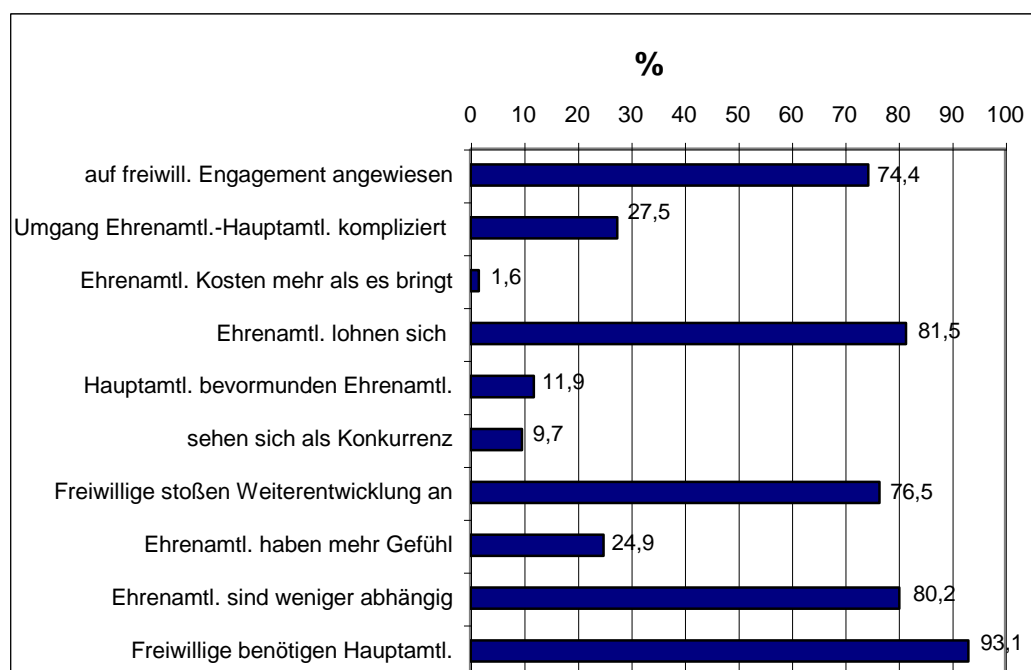
Art der Gratifikation	Durchschnittliche Stundenzahl pro Person	N
<input type="checkbox"/> <b>Kostenfreie Mahlzeiten</b>	1,3	83
<input type="checkbox"/> <b>Monatskarte oder Freifahrtscheine für den ÖPNV</b>	1,72	24
<input type="checkbox"/> <b>Helferfeste oder-ausflüge</b>	1,34	148
<input type="checkbox"/> <b>Teilnahme an Dienstbesprechungen</b>	2,35	23
<input type="checkbox"/> <b>Vorträge und Fortbildungen</b>	1,5	121
<input type="checkbox"/> <b>Ansprechpartner / Supervision</b>	1,64	97
<input type="checkbox"/> <b>Einbindung in interne Entscheidungsprozesse</b>	2,31	32
<input type="checkbox"/> <b>Geschenke zu persönlichen Anlässen</b>	1,22	143

Knapp jede vierte Einrichtung (23,7%) leistet Aufwandsentschädigungen für geleistetes Engagement. In drei Viertel (73,9%) der solche Entschädigungen leistenden Einrichtungen handelt es sich dabei um eine spezielle Untergruppe von ein bis zehn Engagierten einer Einrichtung, die überwiegend Tätigkeiten ausüben im Bereich der Betreuung, Mitarbeit in der Pflege und Seniorengymnastik, Fahrdiensttätigkeiten, Cafeteriadienst und Mithilfe in der Küche. Die für diese Tätigkeiten gegebene durchschnittliche Entschädigung pro Stunde liegt bei 7 bis 8 Euro; am häufigsten wird eine Betrag von 4 Euro pro Stunde bezahlt; die durchschnittliche Monatssumme beträgt 97 Euro, und streut, in Abhängigkeit der Stunden pro Monat, zwischen 13 und 295 Euro.

Nahezu drei Viertel (74,4%) aller Einrichtungen betonen, auf freiwilliges Engagement angewiesen zu sein (Abb. 25). Die These, dass sich die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen lohnt (81,5%) und daraus ein Mehrwert entsteht findet breite Zustimmung. Freiwillige, so die Auffassung der Einrichtungen, stoßen Weiterentwicklung an (76,5%), brauchen jedoch für ihr Engagement auch stabile, hauptamtlich getragene Strukturen (93,1%). Unter der Kategorie

„Sonstiges“ wird zusätzlich darauf hingewiesen, dass auch viele Hauptamtliche ehrenamtlich tätig sind. Weiter wird nachdrücklich angeführt, dass am guten Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen beständig gearbeitet werden muss und eine behutsame Einführung und professionelle Begleitung erforderlich ist. Engagierte brauchen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner und Vertrauenspersonen. Die Ergänzung und Bereicherung der Angebote durch das Engagement Ehrenamtlicher wird seitens der beruflich Beschäftigten gesehen. Auf Seiten der Hauptamtlichen gehe es jedoch auch darum, den Umgang mit Ehrenamtlichen zu lernen und Ängste abzubauen, dass Freiwillige eine Kontrolle ihrer Arbeit ausüben könnten. Die Einrichtungen artikulieren des Weiteren, dass die Ziele ehrenamtlicher Arbeit klar zu definieren sind und Engagierte konkrete Aufgabenbereiche benötigen. Damit ist auch die Formulierung von Grenzlinien verbunden dahingehend, dass Klarheit darüber bestehen muss, in welchen Bereichen Engagierte nicht einzusetzen sind.

Abb. 25: Zum Verhältnis von Ehrenamtlichen/Freiwilligen und Hauptamtlichen



Von einigen Einrichtungen wird zusätzlich betont, dass es perspektivisch um die Entwicklung einer Partnerschaft zwischen Hauptamtlichen und Engagierten im Dienste der Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner gehe; dies impliziere den Aufbau von Kommunikationsstrukturen, Klausurtage von Ehrenamtlichen mit Leitungskräften und einen Einbezug in Entscheidungsprozesse. Solch koproduktives Zusammenwirken erfordert aus Sicht der

Einrichtungen Schulungen sowohl auf Seiten der Ehrenamtlichen wie der Hauptamtlichen.

Die Analysen zeigen, dass Einrichtungen bürgerschaftliches Engagement begrüßen und in der Folge auch eine entsprechende Anerkennungskultur entwickelt und z. T. auch Konzepte erstellt und/oder einen Mitarbeiter mit der BE-Förderung betraut haben.

#### 4.1.5 Was verbinden Einrichtungen mit freiwilligem bürgerschaftlichem Engagement?

Fragt man die Vertreter der Einrichtungen, was ihre Institution vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen mit freiwilligem Engagement verbindet, so zeigt sich ein aufschlussreiches Bild (Tab 13). An erster Stelle sehen Einrichtungen die Bemühungen der Engagierten, etwas vor Ort bzw. im Ort zu bewegen, d.h., im sozialen Nahraum aktiv zu werden. Unmittelbar damit verbunden ist die Assoziation, dass Bürgerinnen und Bürger durch ihr Engagement mithelfen, aktuelle Probleme zu lösen. Mit freiwilligem Engagement wird drittens die aktive politisch-soziale Mitwirkung am Gemeinwesen außerhalb von Staat und Markt verbunden. An vierter Stelle werden freiwillige Aktivitäten als ein Ausdruck lebendiger Demokratie aufgefasst. Schließlich werden als weitere wichtige Punkte, die freiwilliges Engagement charakterisieren, die Vielfalt selbstorganisierter Initiativen und Einrichtungen und das sich einstellende Gemeinschaftsleben bzw. Vereinsleben am Ort genannt.

Tab. 13: Was verbindet speziell Ihre Institution vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen und -aktivitäten mit freiwilligem Engagement?

Was verbindet speziell Ihre Institution vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen und -aktivitäten mit freiwilligem Engagement?	
- - Prioritätensetzung der Einrichtungen	
<b>Für uns ist freiwilliges Engagement:</b>	
- etwas bewegen im Ort	5,09
- engagierte Menschen, die Lösungen für aktuelle Probleme entwerfen	5,10
- Aktive politisch-soziale Mitwirkung am Gemeinwesen außerhalb von Staat und Markt	5,14
- Ausdruck einer lebendigen Demokratie	5,74
- eine Vielfalt selbstorganisierter Initiativen und Einrichtungen	5,84
- Gemeinschaftsleben / Vereinsleben im Ort	5,87
- ehrenamtliche Tätigkeit in den örtlichen Vereinen (Musik-, Sportverein, Rotes Kreuz, Feuerwehr etc.)	6,61
- ein Engagement, das auch mit Selbstverwirklichung und Eigennutz in Verbindung gebracht werden kann	7,02
- auf eine bestimmte Zeit begrenztes Engagement	7,48

- produktiver Umgang mit (gesellschaftlichen) Konflikten	7,94
- Arbeit in Selbsthilfegruppen	8,31
- politische Öffentlichkeit, die nicht staatlich organisiert ist	8,61
- traditionelle Vereinskultur	8,98
- Ausdruck dessen, dass der Staat Aufgaben an die Bürger abschiebt	11,51
- lediglich ein neuer Modebegriff für das Ehrenamt	11,72

Eher als nachrangig wird – im Zusammenhang mit den Prioritätensetzungen der Einrichtungen – angesehen, dass freiwilliges Engagement auch mit Selbstverwirklichung und Eigennutz in Verbindung gebracht werden kann und dass es ein auf eine bestimmte Zeit begrenztes Engagement sei. Dies lässt darauf schließen, dass die Einrichtungen freiwilliges Engagement in Pflegeheimen bis zu einem gewissen Grade auch als „uneigennützig“ ansehen und als eine Aufgabe, die nicht „zu flüchtig“ oder diskontinuierlich wahrgenommen werden kann, wenn sie ihren Dienst erfüllen soll.

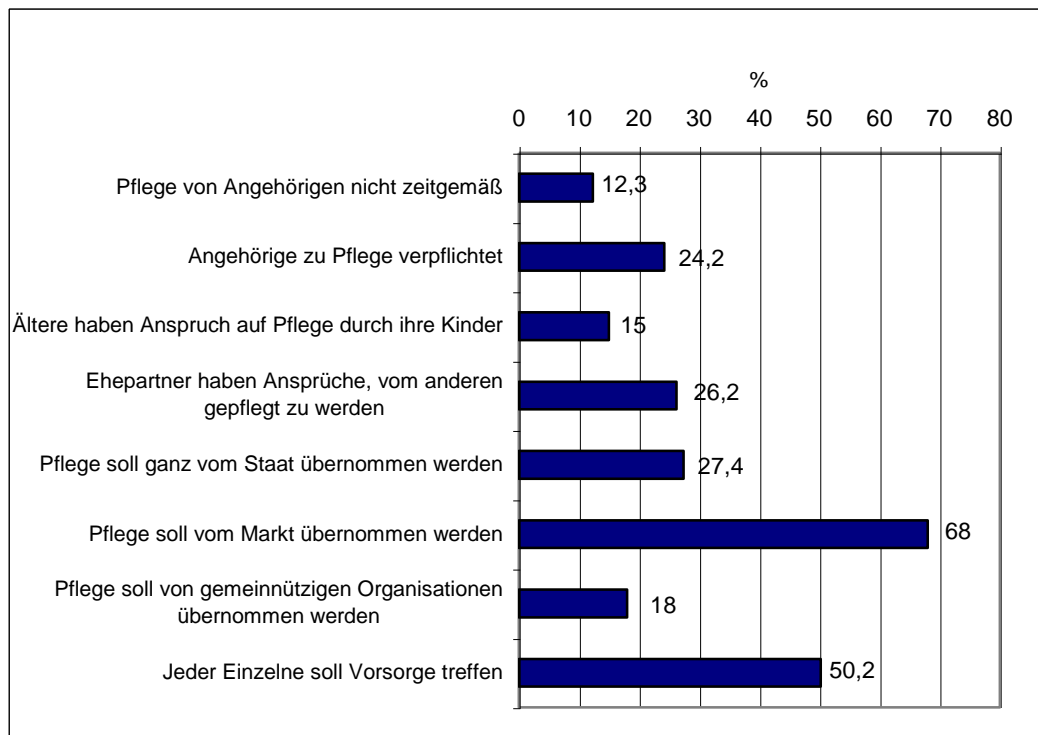
Engagement im Pflegeheim geht aus Sicht der Einrichtungen offensichtlich auch über eine traditionelle Vereinskultur hinaus. Es kann auch nicht als Ausdruck dafür verstanden werden, dass der Staat Aufgaben auf den Bürger abschiebt, d.h. es besitzt aus der Sicht der Einrichtungen einen Eigenwert, stellt insoweit eine besondere Entität dar. Dies wird insbesondere auch deutlich, wenn man auf die Antworten bei der Kategorie „sonstige Charakterisierungen freiwilligen Engagements“ schaut:

Unter der Kategorie Sonstiges finden zusätzlich vor allem humanistische und religiöse Motive Ausdruck. Ausdruck der Solidarität mit alten Menschen und der Mitmenschlichkeit und Anteilnahme an ihrem Schicksal, sowie Ausdruck der christlichen Nächstenliebe und gelebte Caritas und Diakonie.

#### **4.1.6 Die Zukunft der Pflege zwischen individueller, marktbezogener und institutioneller Vorsorge**

Die Einrichtungen wurden gefragt, welcher Kreis an Akteuren und Institutionen sich auch im Blick auf die Zukunft um Pflegeaufgaben kümmern bzw. diese absichern soll (Abb.26). Hier ergibt sich ein aufschlussreiches Bild, das neben der staatlich-institutionellen Absicherung (27,4%) der Pflege einerseits und der weiterhin familialen Einbettung von Pflege im Wege der Unterstützung durch Ehepartner (26,2%) oder Kinder (15%) andererseits vor allem auch die individuelle Daseinsvorsorge (50,2%) betont.

Abb. 26: Welchen Aussagen über die Pflege stimmen Sie zu?



Und es wird – was in dieser Eindeutigkeit durchaus erstaunlich ist – seitens der Einrichtungen betont, dass die Sicherung der Pflege unter Markt- und Wettbewerbsbedingungen (68%) erfolgen sollte und weniger als erwartet die Auffassung vertreten, dass die Sicherung der Pflege alleine durch gemeinnützige Organisationen wie beispielsweise Caritas, Diakonie oder Arbeiterwohlfahrt (18%) wahrgenommen werden sollte. Dies bedeutet auch, dass sich die Einrichtungen in Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände auf eine Sicherung der Pflege unter Wettbewerbsbedingungen einstellen (wollen).

#### 4.1.7 Unterschiede zwischen Einrichtungen mit und ohne schriftliches Konzept der Förderung bürgerschaftlichen Engagements

Bei einer Unterscheidung nach Trägerschaft der Einrichtung (Abb.27) wird erkennbar, dass insbesondere Stiftungen des öffentlichen Rechts (44,2%) und frei-gemeinnützige Träger (33,6%) über ein schriftlich verfasstes Konzept zum Umgang mit bürgerschaftlichem Engagement verfügen und zugleich eine/n Mitarbeiter/in für die Förderung freiwilligen Engagements und die Betreuung von Engagierten haben. Deutlich weniger trifft dies jedoch für Einrichtungen in gewerblicher Trägerschaft (9,7%) zu von denen mehr als die Hälfte (58,1%) weder über ein Konzept noch eine/n Mitarbeiter/in verfügen. Auch die

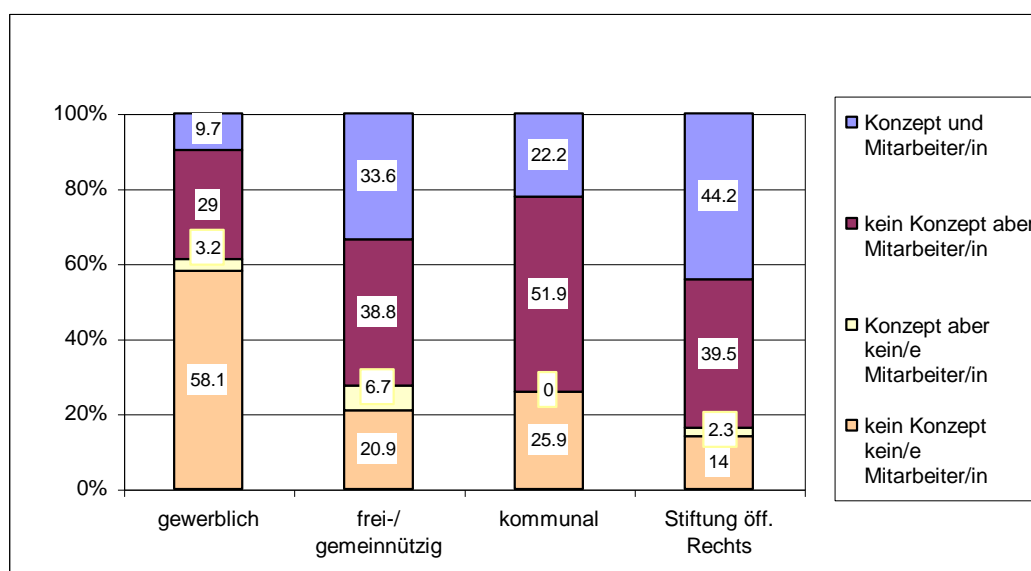


Zugehörigkeit zu einem Verband erweist sich als Indikator für die bewusste Berücksichtigung bürgerschaftlichen Engagements durch Entwicklung eines Konzepts und Beauftragung einer Person mit der Förderung desselben.

Das Vorhandensein einer personellen Zuständigkeit für die Förderung bürgerschaftlichen Engagement und eines entsprechenden Konzepts ist dabei von der Größe der Einrichtung abhängig. Von solchen Trägern, die lediglich eine Einrichtung unterhalten, verfügt die Hälfte (49,4%) weder über ein Konzept noch einen Mitarbeiter/in; die entsprechende Quote bei Trägern mit 2-3 Einrichtungen liegt bei 21,4%. Die optimalen Voraussetzungen liegen bei Trägern vor, die zwischen 4 und 10 Einrichtungen führen: Hier finden sich bei knapp der Hälfte (45,9%) sowohl ein Konzept als auch ein/e Mitarbeiter/in oder es ist zumindest ein/e Mitarbeiter/in (48,6%) für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements zuständig.

Dies hat, wie sich im Folgenden zeigt, unmittelbare Auswirkungen auf die Ausprägung des freiwilligen Engagements in den betreffenden Einrichtungen.

Abb. 27: Trägerschaft der Einrichtung

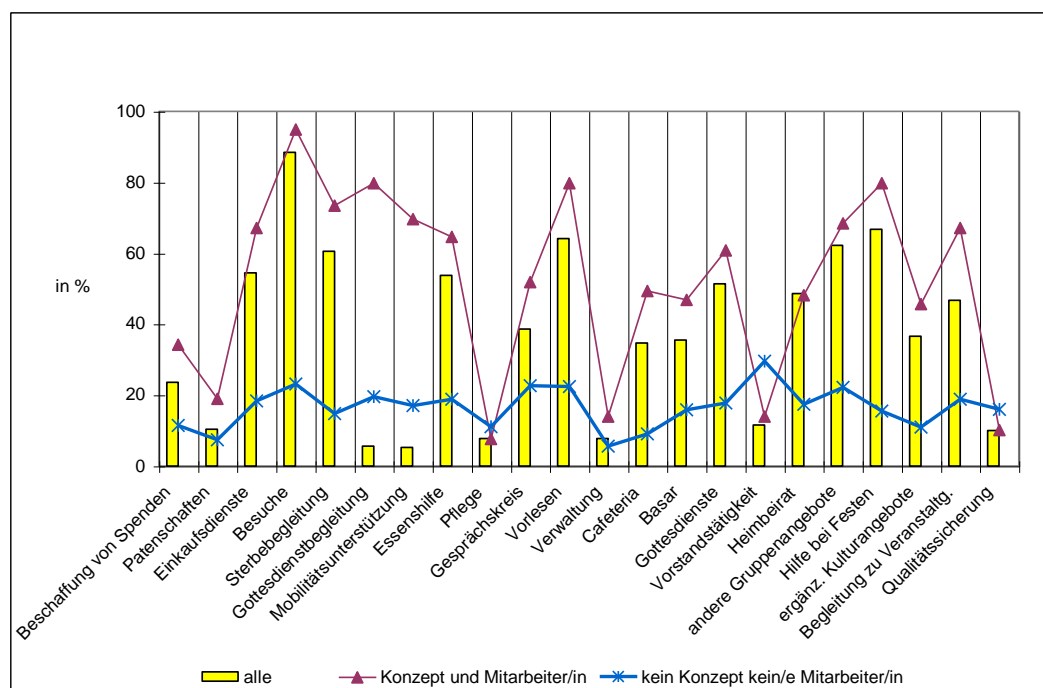


Bei einer Unterscheidung von Einrichtungen, die ein Konzept und eine Mitarbeiter/In haben zeigen sich deutlich Unterschiede im Engagementprofil bereits insoweit, als die Engagementvielfalt und -intensität sich vergrößert (Abb. 28). Selbst bei Besuchen von Pflegebedürftigen, die in allen Einrichtungen einen Höchstwert im Profil der Aktivitäten erreichen, legen solche Einrichtungen noch einmal zu, die über ein schriftlich verfasstes Konzept zum Umgang mit

bürgerschaftlichem Engagement verfügen und zugleich eine/n Mitarbeiter/in für die Förderung freiwilligen Engagements und die Betreuung von Engagierten haben. Alle Engagementbereiche weisen höhere Quoten auf, bis auf Aktivitäten, welche die Hilfe bei Pflegeverrichtungen oder die Qualitätssicherung, sowie eine Mitarbeit im Heimbeirat betreffen. So sind insbesondere Aktivitäten der Mobilitätsunterstützung (70%) und solche, die eine Begleitung Pflegebedürftiger zum Gottesdienst (80%) betreffen ungleich stärker ausgeprägt, sowie solch elementare Aktivitätsbereiche wie Vorlesen (80%), Gesprächskreise (52%) und andere Gruppenangebote (69%) und die Mitgestaltung von Gottesdiensten (60%) und Sterbebegleitung (72%).

Auch die Mithilfe bei der Organisation und Durchführung von Festen (80%) und Basaren (44%), bei Einkaufsdiensten (64%) und Essenshilfe (63%) ist stärker ausgeprägt als in Einrichtungen, die kein Konzept und keine Mitarbeiter/in haben. Damit zeigt sich eine deutliche Intensivierung des bürgerschaftlichen Engagements auf nahezu allen Feldern der freiwilligen Tätigkeit in Einrichtungen. Zugleich wird erkennbar, dass diese Intensivierung in den ureigenen Feldern des bürgerschaftlichen Engagements erfolgt und nicht die Grenzen hin zu Verrichtungen von Hauptamtlichen überschreitet.

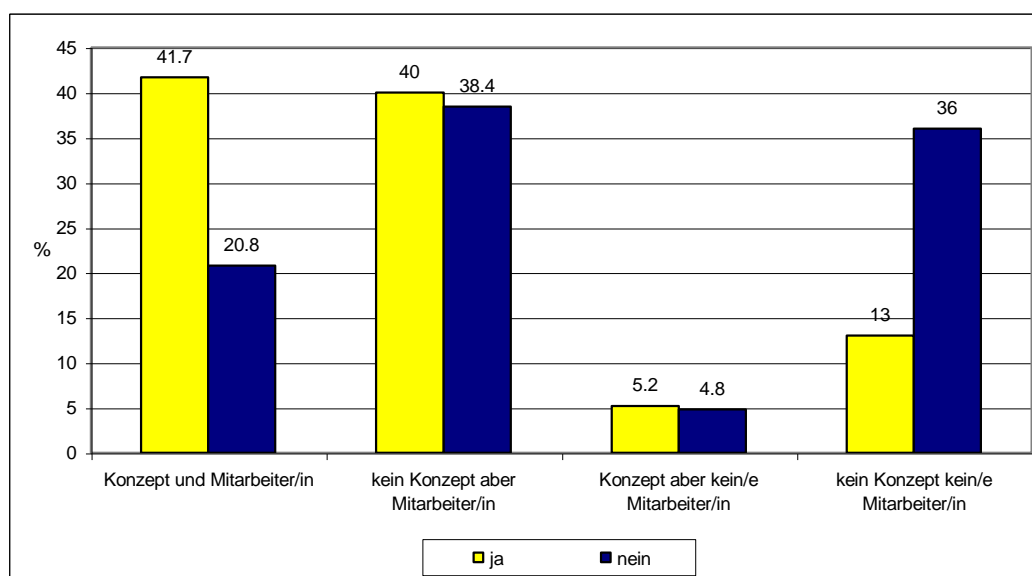
Abb. 28: Aktivitätsbereiche der Engagierten



Darüber hinaus zeigt sich als weiterer Befund, dass Einrichtungen mit einem Konzept und einer Mitarbeiterin/einem Mitarbeiter als Beauftragten für bürgerschaftliches Engagement deutlich häufiger auch einen Freundes- und Helferkreis vorweisen können (41,7%), als solche, die weder ein Konzept noch eine/n Mitarbeiter/in haben (13%) (s. Abb. 29).

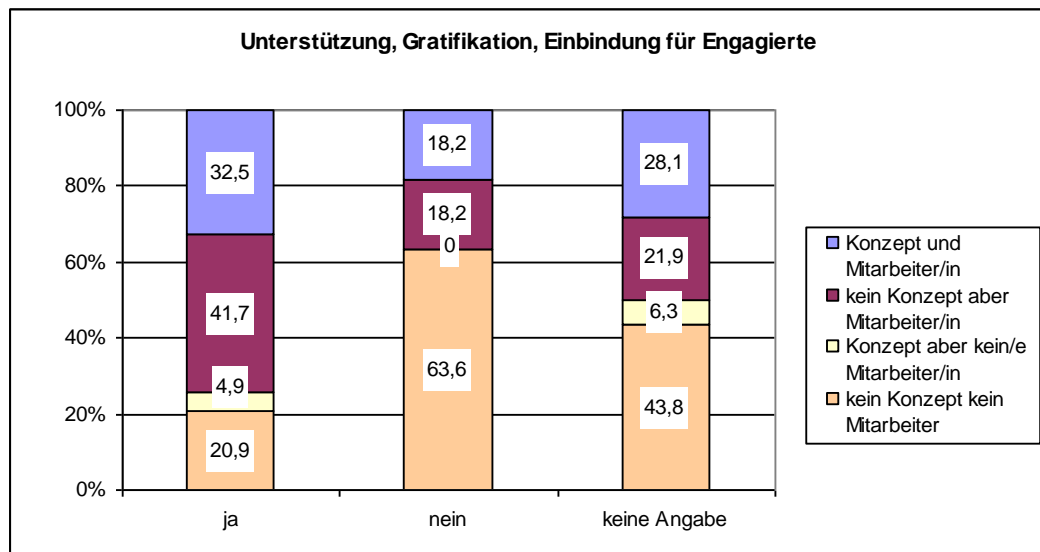
Auch die ehrenamtlichen Betreuer sowie externe Gruppen sind in Einrichtungen mit einem Konzept und Mitarbeiter zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements – oder solchen, die zumindest eine/n Mitarbeiter/in beauftragt haben, stärker vertreten.

Abb. 29: Freundes- und Helferkreis



Darüber hinaus zeigen sich bei vorfindbarem Konzept und Mitarbeiter/in zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements positive Auswirkungen bei der Unterstützung von Engagierten und der Art ihrer Einbindung, sowie der Anerkennung des Engagements. In Einrichtungen mit Konzept und Mitarbeiter/in für bürgerschaftliches Engagement ist die Anerkennungskultur deutlich stärker entwickelt als in solchen Einrichtungen, in denen es an solchen Unterstützungsformen fehlt (Abb. 30).

Abb. 30: Anerkennung des Engagements



## 4.2 Befragung der Engagierten

Die Befragung freiwillig Engagierter in Pflegeheimen diente dem Ziel, das Spektrum der Tätigkeiten sowie die Erfolge, Motive und Schwierigkeiten von Engagierten in den Blick zu nehmen. Die Engagiertenbefragung erfolgte, da a priori eine Grundgesamtheit nicht bekannt sein konnte, systematisch explorativ: Über die insgesamt 1084 Heime sollten je fünf Fragebogen pro Einrichtung an freiwillig Engagierte weitergegeben werden. Auf Nachfrage der Heime, wurden seitens der EFH weitere Engagiertenfragebogen zugeleitet.

Über den erfolgenden Rücklauf der Fragebogen kann auf einen zahlenmäßigen Kernbestand von ehrenamtlich Engagierten insgesamt und pro Pflegeeinrichtung geschlossen werden.

Die Engagiertenbefragung liefert folglich erstmals nicht nur Informationen über das Profil, sondern auch die zahlenmäßige Dimension ehrenamtlichen Engagements in Pflegeheimen des Landes.

Zum Abschluss der Erhebungen Ende Juni 04 lagen dem Arbeitsschwerpunkt Gerontologie 1182 Engagiertenbögen vor, was einem außerordentlich zufrieden stellenden Response entspricht. Dieser Rücklauf ermöglicht Untersuchungen zum freiwilligen Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in stationären Pflegeeinrichtungen auf einer umfangreichen Datengrundlage. Sie erlaubt, gesicherte Erkenntnisse über die Art und Weise und die Vielfalt des alltäglichen Engagements zu erhalten und darauf aufbauend, weitergehende Überlegungen zur Funktion des freiwilligen Engagements und ggf. auch zur systematischen

Förderung desselben anzustellen. Im Folgenden werden die Ergebnisse aus der Engagiertenerhebung ausführlich dargestellt.

### 4.2.1 Soziodemografische Daten der freiwillig Engagierten

Die soziodemografischen Daten der in Einrichtungen freiwillig Engagierten fördern eindeutige Strukturen zutage (Tab. 14): Die weit überwiegende Zahl der Engagierten ist weiblich (82,8%), hat keine Kinder (mehr) im eigenen Haushalt (80,1%). Unter den Engagierten mit Kindern im Haushalt haben mehr als die Hälfte (51,9%) ein Kind und etwas mehr als zwei Drittel (37%) zwei Kinder im Haushalt; 11,7% der Engagierten mit Kindern haben drei bis vier Kinder im Haushalt.

Die weit überwiegende Zahl ist auch nicht (mehr) erwerbstätig (86,1%). Bei den wenigen noch Erwerbstätigen (13,9%) handelt es sich meist zum weit überwiegenden Teil um Angestellte (66,3%), gefolgt von Selbständigen in Handel und Gewerbe (10,4%), Beamten (8,6%) und Arbeitern (8%). Weniger vertreten sind selbständige Landwirte (4,9%) und Personen in akademischen freien Berufen (1,8%) wie Rechtsanwälte oder Ärzte. Hinzukommt, dass rund die Hälfte (49,6%) der noch erwerbstätigen Freiwilligen nicht mehr als halbtags beschäftigt ist; ein Drittel (34,3%) geht einer Vollerwerbstätigkeit nach. Rund zwei Drittel der Engagierten (66,1%) sind verheiratet und jede/r fünfte Engagierte (20,7%) ist verwitwet.

Im Blick auf Abb. 31 wird sichtbar, dass unter den nicht Erwerbstätigen Engagierten deutlich mehr als zwei Drittel (69,5%) das Rentenalter erreicht haben, ein Viertel (24,9%) der Befragten ist Hausfrau oder –mann, 2% sind jugendliche Engagierte, die studieren bzw. sich in Ausbildung oder Schule befinden. Mit einem geringen Anteil sind auch Menschen ohne Arbeit (1,5%) unter den Engagierten zu finden und solche, die aus anderen Gründen derzeit nicht erwerbstätig sind (2,1%).

Unter den Engagierten haben 41% einen Hauptschulabschluss (Abb. 32) und knapp ein Drittel (31,8%) die Mittlere Reife, jede/r fünfte Engagierte (22,5%) hat Abitur (15,3%) bzw. Fachschulreife (7,2%). Diese Verteilung der Bildungsabschlüsse muss im Zusammenhang mit der Dominanz der älteren Generation unter den Engagierten gesehen werden. An beruflichen Ausbildungsabschlüssen (Abb. 33) dominieren eindeutig die kaufmännische Lehre (26,3%), sowie Berufsfachschulabschlüsse (10,2%) und Fachschulabschlüsse (9,5%), gefolgt von Lehrabschlüssen im gewerblich- landwirtschaftlichen Bereich (9,6%).

Weniger vertreten sind unter den Engagierten Personen mit Hochschul- bzw. Fachhochschulabschluss (7,5% bzw. 5,8%) sowie Meister und Techniker (4,8%).

Tab. 14: Soziodemografische Daten der freiwillig Engagierten

		in %
<b>Geschlecht</b>	weiblich	82,8
	männlich	17,2
<b>Familienstand</b>	verheiratet	66,1
	Ledig	13,2
	verwitwet	20,7
		<i>N=1096</i>
<b>Kinder im Haushalt?</b>	ja	19,9
	nein	80,1
		<i>N=1107</i>
<b>Erwerbstätig?</b>	ja	13,9
	nein	86,1
		<i>N=1099</i>

Abb. 31: Warum sind Sie nicht erwerbstätig?

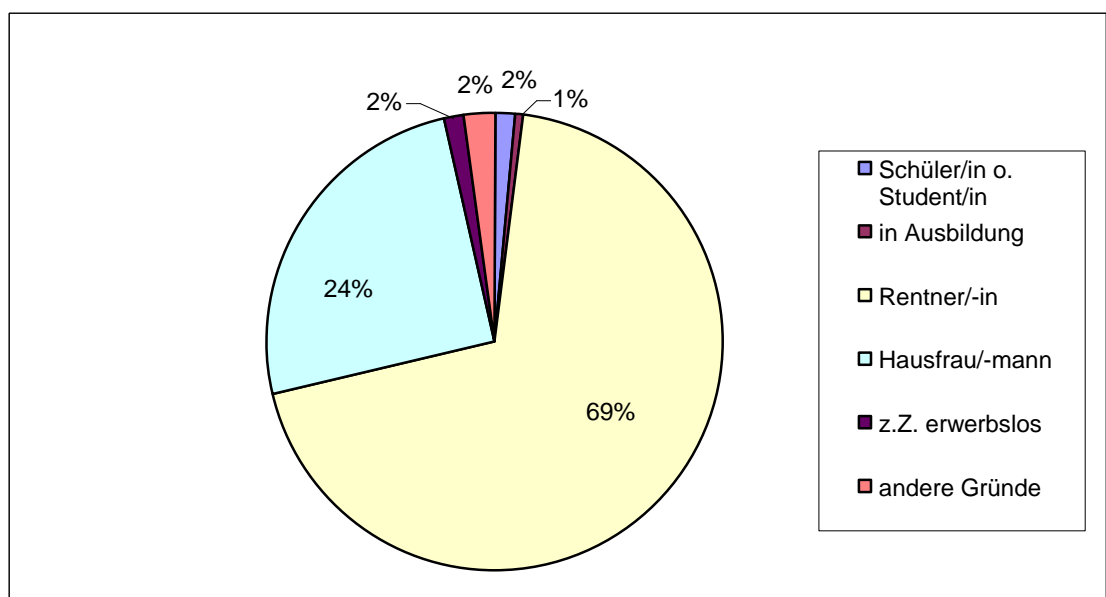


Abb. 32: Schulabschlüsse der Engagierten

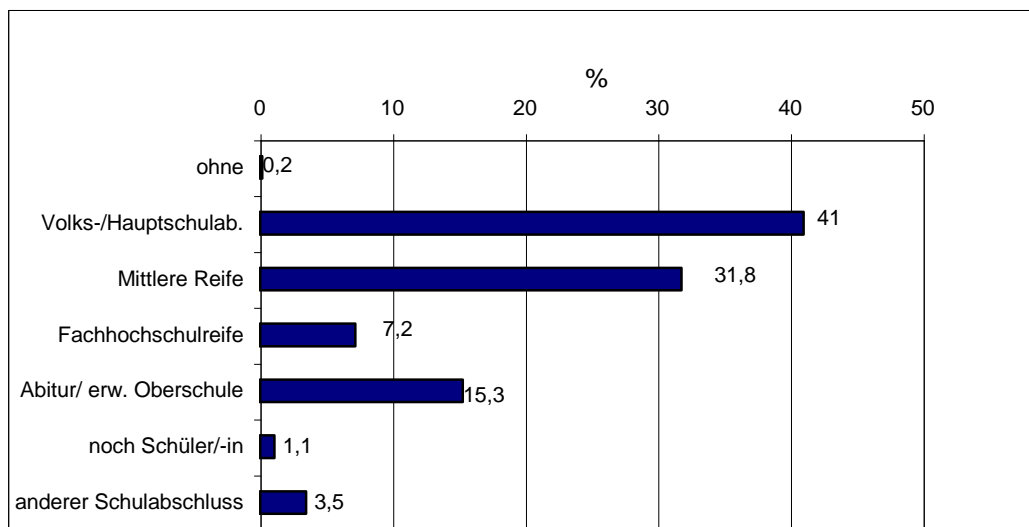
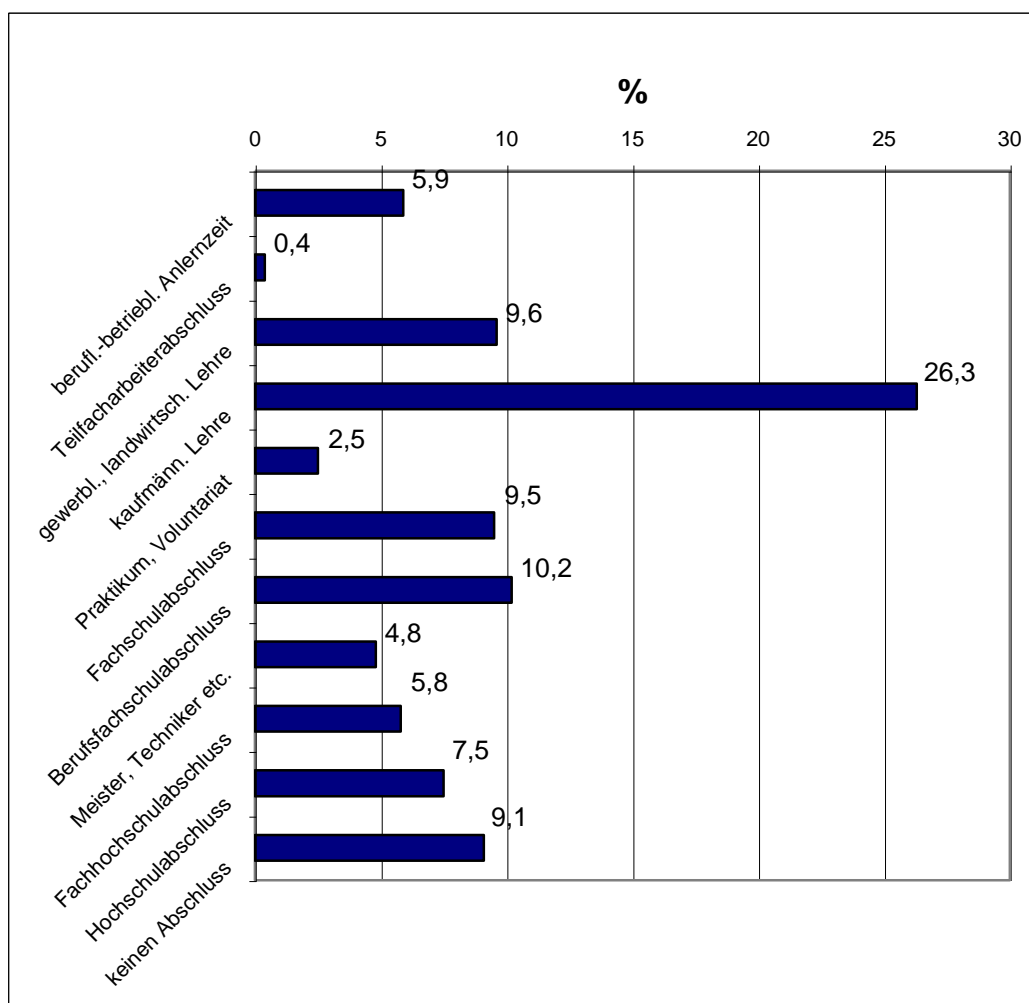


Abb. 33: Welchen beruflichen Ausbildungsabschluss haben Sie?



Die Altersverteilung zeigt eine überdurchschnittliche Zahl der fortgeschrittenen Altersgruppen im freiwilligen Engagement (Abb. 34), insbesondere der

---

Altersgruppen zwischen 60 und 70 Jahren (45%) und der über 70jährigen (25%). Diese beachtlichen Quoten verweisen auf eine starke Solidarität der einander altersmäßig nahen Generationen von Engagierten und Bewohner/innen einer stationären Pflegeeinrichtung. Da wir alle am Altern teilnehmen und aus diesem Grunde „uns allen das Alter sehr nah“ steht (Baltes), wird gerade die Verbundenheit der Älteren untereinander (Peers?) verständlich.

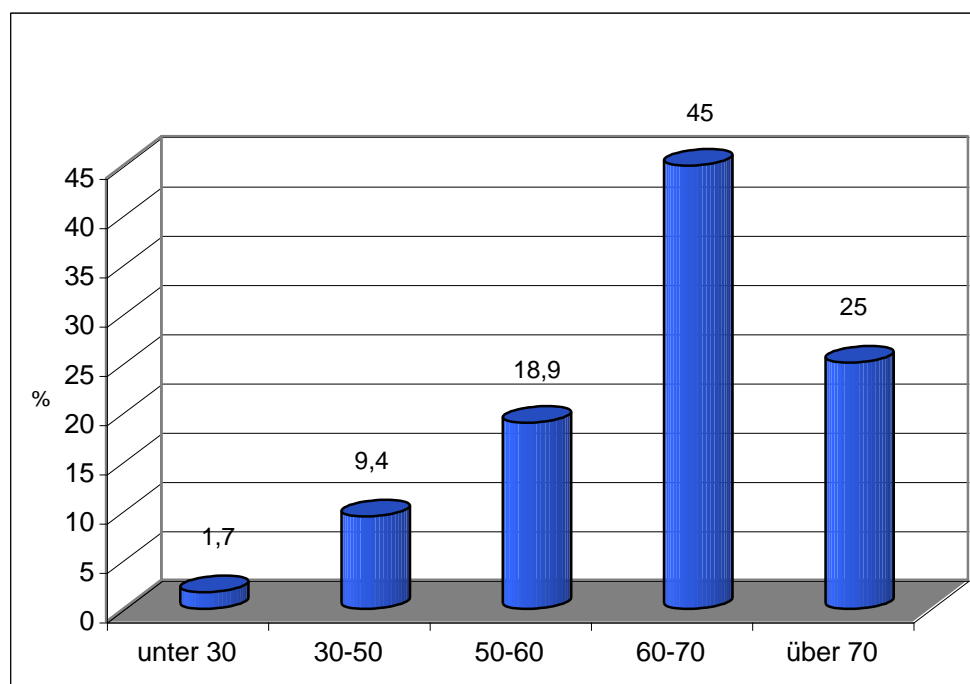
Darüber hinaus gehört jeder fünfte freiwillig Engagierte (18,9%) der Altersgruppe der 50-60jährigen an und rund jeder zehnte freiwillig Engagierte (11,1%) ist jünger als 50 Jahre. Dies scheint offensichtlich der Zugehörigkeit dieser Altersgruppe zur Arbeitsgesellschaft geschuldet und gerade nicht, wie auch zu vermuten wäre, mangelnder Motivation.<sup>21</sup> Diese jüngeren Altersgruppen stiften mit ihrem Engagement zugleich intergenerationale Beziehungen und Solidarität, die im Blick auf die zukünftige Gestaltung ehrenamtlichen Engagements in stationären Pflegeeinrichtungen besonders bedeutsam erscheint.

---

<sup>21</sup> Hier bilden sich in jüngster Zeit, meist auf kommunaler Ebene, „lokale Bündnisse“ für Familie, die die Familie in unterschiedlichen Stadien des Familienzyklus unterstützen soll (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2004): Lokale Bündnisse für Familie. Wer, was, wie, warum und wo? Informationen zur Initiative. Berlin / Nähere Informationen auch unter: [www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de](http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de)). Dass gerade die mittlere Generation, auch Sandwich-Generation genannt, nicht nur elementares Interesse an der Erziehung ihrer Kinder, sondern auch an der Betreuung ihrer Eltern hat, zeigt eine Studie von Klenner (2004), aus der hervorgeht, dass es Personen mit regelmäßigen Pflegeaufgaben schwer fällt, berufliche Arbeitszeiten mit ihrem Familienleben in Einklang bringen. Die Mehrheit der befragten Arbeitnehmer/innen mit Kindern und Pflegeaufgaben würde lieber kürzer arbeiten. Der Durchschnitt der gewünschten Arbeitszeit liegt bei 30,4 Stunden pro Woche. Die Wunscharbeitszeit differiert stark zwischen Männern (37,1 Stunden) und Frauen (25,7 Stunden), was mit der häufig praktizierten geschlechtsspezifischen familiären Arbeitsteilung zu erklären ist. Der größte Teil der befragten Männer (rund 77% ) wünscht sich eine kürzere Arbeitszeit. Die Untersuchungen bestätigen, dass betriebliche Maßnahmen zur Familienfreundlichkeit nur in einer Minderheit der Betriebe angeboten werden. Zusammenfassend zeigt sich, dass in der Gestaltung der Arbeitszeiten für Eltern und Pflegenden ein sehr bedeutsames Handlungsfeld liegt. Arbeitszeiten sollten zugleich im familiären Interesse flexibel gestaltbar sein.



Abb. 34: Alter der freiwillig Engagierten



Vergleicht man die soziodemografischen Grunddaten der Engagiertenbefragung mit denjenigen im Freiwilligensurvey und allgemein im Kontext der entsprechenden Verteilungen der Bundesrepublik Deutschland, so ergibt sich ein aufschlussreiches Bild (Tab. 15). Wir sehen hier mit Bezug auf die Vergleichsdaten der Bundesrepublik Deutschland eine deutlich überdurchschnittliche Dominanz der weiblichen Engagierten, die um 30% über der Verteilung im Bundesgebiet liegt, demgegenüber sind männliche Engagierte ersichtlich unterrepräsentiert. Im Blick auf die Altersverteilung wird die mangelnde Präsenz insbesondere der Altersgruppe zwischen 25 und 45 Jahren (4,3%) sichtbar. Dagegen ist im ehrenamtlichen Engagement speziell in den stationären Pflegeeinrichtungen die Altersgruppe der über 65jährigen (52,5%) deutlich überdurchschnittlich vertreten. Weiterhin überdurchschnittlich finden sich verheiratete Engagierte (66,1%) und verwitwete (20,7%), und vor allem nicht mehr Erwerbstätige (86,1%). Das soziodemographische Profil des Engagements weicht damit markant von dem der Gesamtpopulation der Bundesrepublik Deutschland ab.

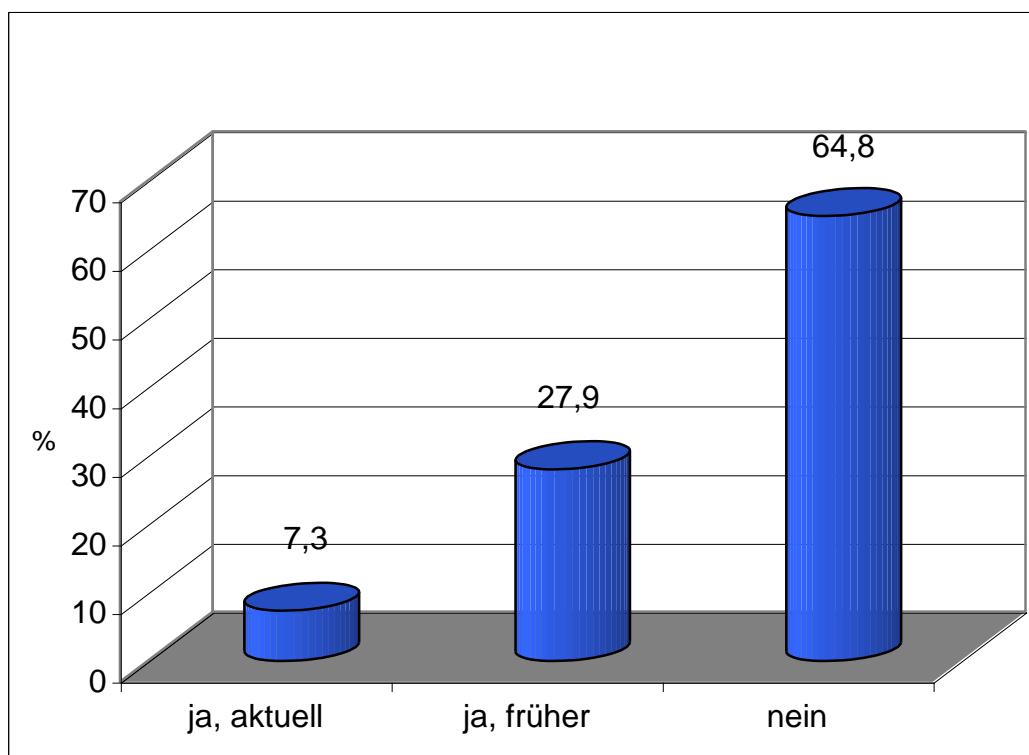
Tab. 15: Vergleich soziodemografische Daten der freiwillig Engagierten mit Referenzdaten der Bundesrepublik Deutschland

		<b>BELA-Studie</b>	<b>Freiwilligen-survey</b>	<b>BRD 31.12.2003</b>
		<b>in %</b>	<b>in %</b>	<b>in %</b>
<b>Geschlecht</b>	weiblich	82,8	45,1	51,1
	männlich	17,2	54,9	48,9
<b>Alter</b>	15-25 Jahre	1,4	16,7	13,7
	25-45 Jahre	4,3	34,3	34,8
	45-65 Jahre	41,8	37,0	30,4
	65 Jahre u. älter	52,5	12,0	21,1
		<i>N=1116</i>		<i>N=70.370 Mio</i>
<b>Familienstand</b>	verheiratet	66,1		40,9
	Ledig	13,2		45,1
	Verwitwet (geschieden)	20,7		14,0
		<i>N=1096</i>		<i>N=82532</i>
<b>Erwerbstätig?</b>	Ja	13,9	40,0	54,7
	Nein	86,1	60,0	45,3
	(Bevölkerung 15 Jahre u. älter)	<i>N=1099</i>		<i>N=70.370 Mio</i>

Quelle: BELA-Studie, bzw. Angaben des Statistischen Bundesamtes für die Bundesrepublik Deutschland

Ehrenamtliches Engagement in stationären Pflegeeinrichtungen (Abb. 35) ist dabei nicht überwiegend abhängig davon, dass Angehörige in der Einrichtung leben (7,3%). Resonanz für freiwilliges Engagement bildet sich jedoch offensichtlich dadurch, dass früher Angehörige in der Einrichtung lebten (27,9%) und sich daraus Kontakte entwickelten, die über die Zeit der Anwesenheit von Angehörigen im Heim hinausweisen. Aus der Pflege von Verwandtschaftsnetzwerken entstanden folglich weitere Bekanntschaften im Heim, worüber sich verwandtschaftsübergreifende bzw. -unabhängige oder „wahlverwandtschaftliche“ freie Netzwerke bildeten. Ohne einen gegenwärtigen oder früheren Verwandtschaftsbezug leisten rund zwei Drittel (64,8%) der Engagierten ehrenamtliche Arbeit.

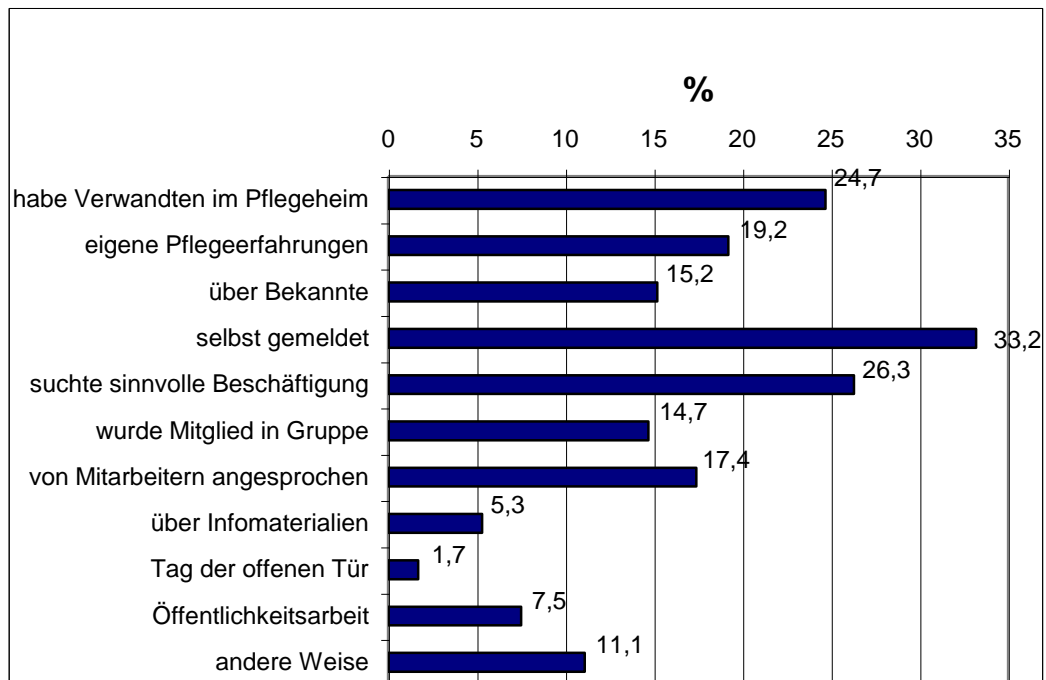
Abb. 35: Wohnen Ihre Angehörige im Pflegeheim?



#### 4.2.2 Motive von Engagierten für ehrenamtliche Arbeit und bisherige Dauer des Engagements

Die Wege, auf denen Personen als freiwillig Engagierte in Pflegeheime gelangen sind vielfältig (Abb. 36). An erster Position figuriert die Selbstmeldung (33,2%), aus dem Bewusstsein heraus, dass Menschen in ihrer besonderen Lebenssituation der Unterstützung bedürfen. Jeder vierte Engagierte (26,3%) suchte nach einer sinnvollen Beschäftigung. Neben diesen Hauptgründen, zu denen auch die Pflege und Begleitung eines Verwandten oder Freundes (24,7%) im Pflegeheim zählt, finden sich „eigene Pflegeerfahrungen“ (19,2%), die Engagierte motivieren, sich in Einrichtungen freiwillig zu betätigen. Auch die Ansprache durch Mitarbeiter (17,4%) eröffnet einen Weg, sowie die Öffentlichkeitsarbeit (7,5%) einer Einrichtung. Jeder sechste freiwillig Engagierte kam über Bekannte (15,2%) oder über die Mitgliedschaft in einer Gruppe, die sich im Pflegeheim engagiert (14,7%), z.B. eine Hospizgruppe, in die Einrichtung. Hier zeigen sich viele individualisierte Wege, von denen manche über die Berührung mit Organisationen oder durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit Einrichtungen erreichen und dort ihre Wirksamkeit entfalten.

Abb. 36: Motive des Engagements (n = 1180; Mehrfachnennungen)



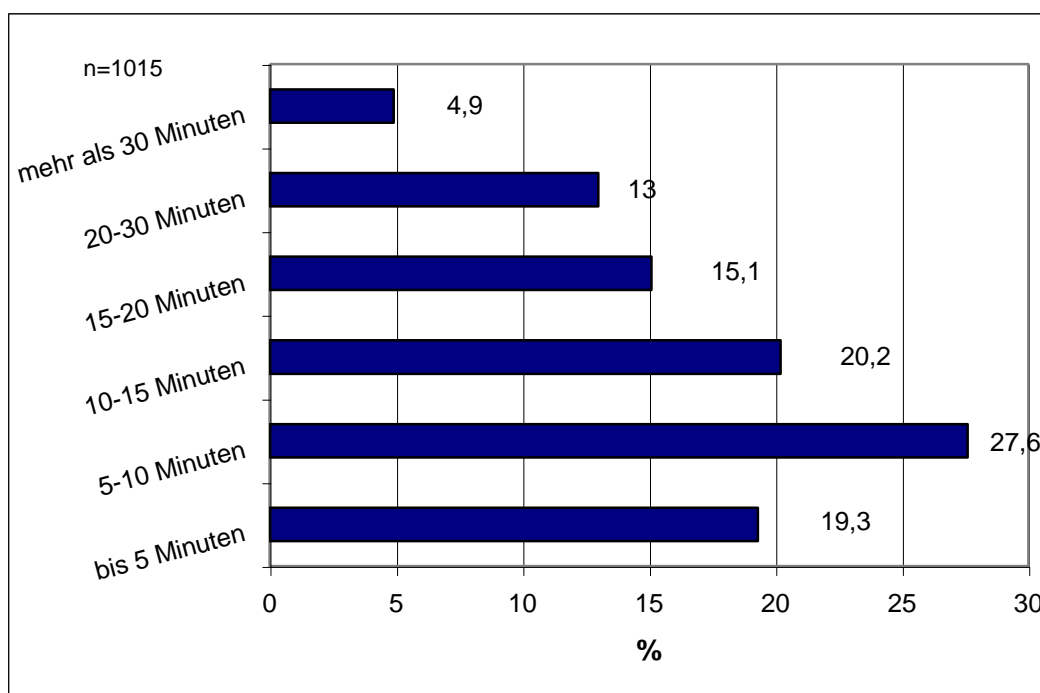
Manche der Freiwilligen sind bereits lange Zeit in der Einrichtung engagiert (Tab. 16). Zusammengenommen sind rund zwei Drittel (64,2%) bereits mehr als 3 Jahre in der Einrichtung engagiert. Jeder sechste (15,1%) gibt an, seine freiwillige Tätigkeit noch kein Jahr auszuüben. Die Zeitdauer streut, so dass wir hier mit einem Mix von länger währendem Engagement einerseits und auch freiwilliger Tätigkeit von kürzerer Dauer rechnen können.

Sehr wichtig für die Ausübung ehrenamtlichen Engagements erscheint die (sozial)räumliche Nähe des Wohnortes der Engagierten zur Einrichtung (Abb. 37). Zwei Drittel der freiwillig Engagierten erreichen ihre Einrichtung innerhalb von 15 Minuten. Im Einzelnen ist zu konstatieren, dass jede/r fünfte (19,3%) und jede vierte (27,6%) Person die Einrichtung in weniger als fünf bzw. 10 Minuten erreicht.

Tab. 16: Seit wann engagieren Sie sich freiwillig in dieser Einrichtung?

Zeiträume	in %	in %
Unter einem Jahr	15,1	
1 – unter 3 Jahren	20,7	35,8
3 bis unter 6 Jahren	21,1	
6 bis unter 9 Jahren	14,4	
9 bis unter 12 Jahren	11,4	64,2
12 bis unter 15 Jahren	5,9	
15 bis unter 18 Jahren	4,6	
Über 18	6,8	
	N=1180	N=1180

Abb. 37: Wie lange benötigen Sie, um die Einrichtung zu erreichen?

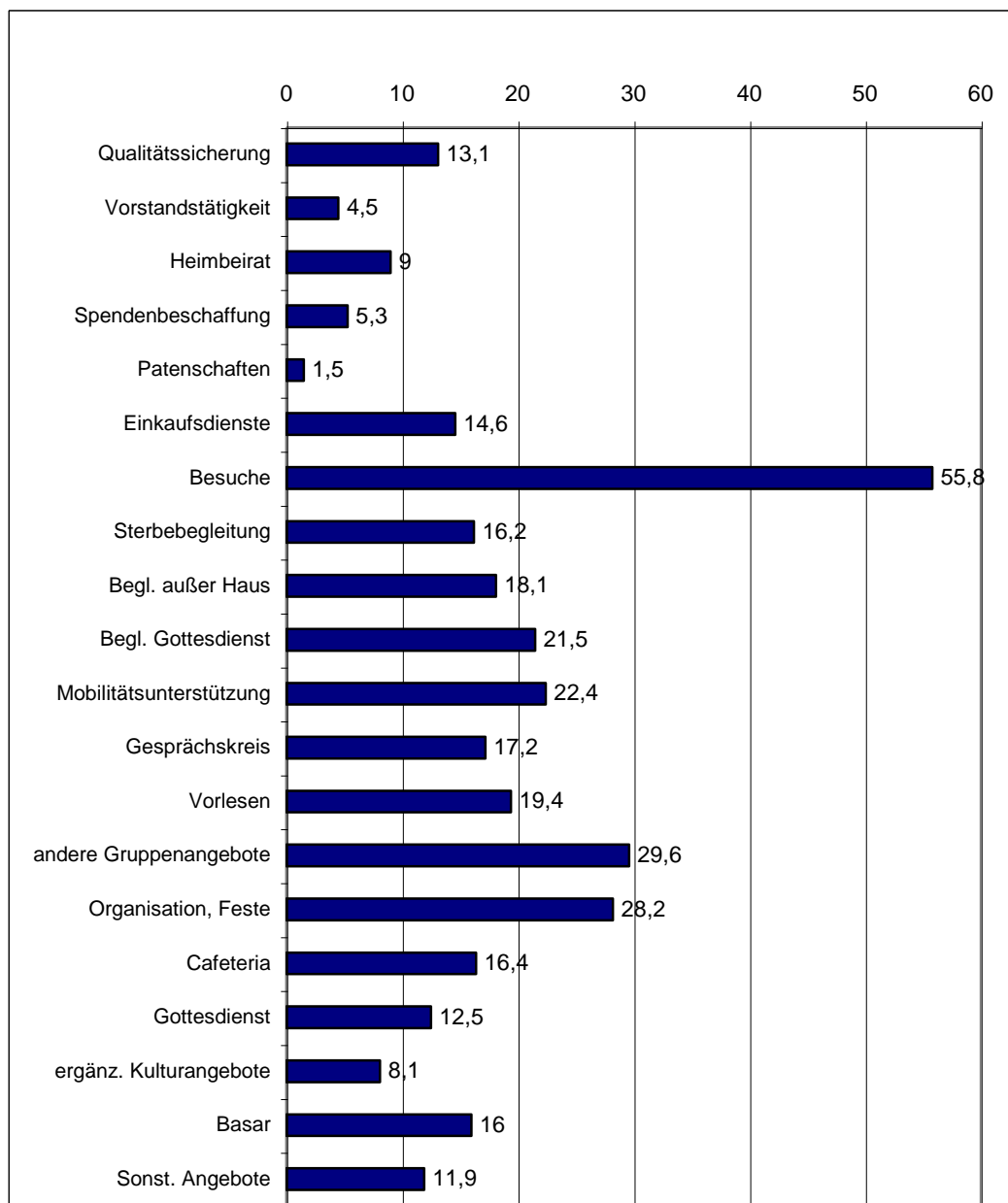


#### 4.2.3 Tätigkeitsspektrum der Engagierten

Im Vordergrund der Aktivitäten freiwillig Engagierter steht eindeutig der Besuch von Bewohner/innen (55,8%) der Einrichtung (Abb. 38), sprich Begegnung auf der Individualebene, Gespräch und Austausch. Ein weiterer wichtiger Aktivitätsbereich stellt die Mithilfe bei der Organisation von Festen (28,2%) und weiteren Veranstaltungen wie bspw. einem Basar (16%) oder Dienst in der Cafeteria (16,4%) dar. Solche Aktivitäten werden durch spezifische Angebote für Gruppen

(29,6%) ergänzt. Hier spielen Vorlesen (19,4%) und Gesprächskreise (17,2%) eine wichtige Rolle. Auch die Vorbereitung von Gottesdiensten (12,5%) und die Begleitung zu diesen Feiern (21,5%) nehmen einen großen Raum unter den Engagementformen von Freiwilligen ein. Hinzu kommen Unterstützungsleistungen von Ehrenamtlichen bei der Begleitung von Bewohner/innen außer Haus (18,1%) und Mobilitätsunterstützung (22,4%). Weniger im Vordergrund stehen Vorstandstätigkeiten (4,5%) oder die Mitarbeit im Heimbeirat (9%).

Abb. 38: Aktivitätsbereiche der Engagierten



Im Wege einer Analyse der offenen Frage („Bitte beschreiben Sie ... Ihre ehrenamtliche Tätigkeit im Heim in einigen Sätzen“), schälten sich neun größere

Bereiche heraus, die zusammengenommen, die Engagementkulturen in den Einrichtungen kennzeichnen (Tab 17).

Tab. 17: Engagementfelder auf Grundlage der Auswertung der offenen Frage

Bereiche des Engagements	
1	<b>Kultur und Unterhaltung</b>
2	<b>Hilfestellung und Begleitung</b>
3	<b>Religiöse Dienste</b>
4	<b>Gesundheit</b>
5	<b>Fahrdienste</b>
6	<b>Hospiz</b>
7	<b>Beiräte</b>
8	<b>Verwaltungsdienste</b>
9	<b>Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildung</b>

1 Kultur und Unterhaltung
<b>“Erzählcafe”:</b> ein Thema (z.B. Familie, Jahreszeiten, Essen-Trinken), Teilnehmer erzählen Erfahrungen und Erlebnisse
<b>“Stammtisch”:</b> Austausch von Neuigkeiten in der Stadt und Region, Vergleiche zu früher
<b>“Männerstammtisch”:</b> Gespräche über Politik, Wirtschaft, Lokales; Vorlesen aus Zeitung o. ä., Erzählen von persönlichen Erlebnissen
<b>Leseabend:</b> Geschichten vorlesen, Gesprächsrunde, Singen, Gedächtnistraining, Gymnastik
<b>“Nachtcafe”</b>
<b>“Tanzen im Sitzen”:</b> musikal. Phantasie- und Erlebnisreisen, Gedichte, Geschichten, Lieder, Hintergrundwissen
<b>“Cafe-Hausmusik”:</b> bekannte Schlager am Klavier vortragen
<b>klassische Musik:</b> Aufführung mit CD, Erläuterungen zu Musik und Komponist
<b>Dekoration/Basteln:</b> Gestaltung von Oster-/Weihnachtsgeschenken für Bewohner/-innen
<b>“Montagskino”:</b>

---

## 2 Hilfestellung und Begleitung

Cafeteriadienst; Kaffeestüble; Frühstücksassistentz

**Beim Essen und Trinken behilflich sein:**

hinsetzen helfen, Brötchen streichen, aufpassen, dass genug getrunken wird, reden, heitere Stimmung aufbauen, Gang zur Toilette

**Menschen besuchen:**

die keine oder nur selten kommende Angehörige oder Freund/innen haben oder die ihr Zimmer nicht verlassen können,

mit Hund zur Begegnungsstätte kommen

**Nähkreis:**

Wäsche und Kleidung der Bewohner/innen ausbessern

**Einzelbetreuung:**

spielen, malen, vorlesen, Nahrungsabreichung, Toilettengänge, Spaziergänge

## 3 Religiöse Dienste

Heimbewohner zum Gottesdienst begleiten

Seelsorge

Gestaltung der Gottesdienste und Kommunionfeiern

Morgenandacht: selbständig vorbereiten und gestalten

Gesprächskreise

## 4 Gesundheit

Aktivierungsarbeit: kochen, backen, körperliche Aktivierung, Gymnastik, singen, spielen, Instrumente, Gedächtnistraining, vorlesen

Gedächtnistraining

Gymnastik

**Mithilfe in der Tagesbetreuung:**

Sitzgymnastik, Bewegungsübungen

**Tagespflege:**

Mitbetreuung von Tagesgästen

Heimbewohner während Krankenhausaufenthalt besuchen

## 5 Fahrdienste

Mithilfe bei Ausflügen

Tagesgäste holen und bringen

**Ausfahrten:**

- für Personen im Rollstuhl,

- in die Natur oder zu Geschäften



## 6 Hospiz

**Hospizgruppe: Begleitung Schwerkranker und Sterbender und ihrer Angehörigen in Heimen, Krankenhäusern und (seltener) daheim**

**Sitzwachengruppe: Begleitung Sterbender**

**freiwillige Begleiter/in im Hospiz: für schwerkranke und sterbende Menschen, für sehr zurückgezogen lebende Menschen**

## 7 Beiräte

**Kuratorium, Beirat, Arbeitskreis, Förderkreis**

**Mitglieder und Vorsitzende:**

**an fast allen Veranstaltungen u. Planungen teilnehmen, Besuchsdienst u. Gestaltung von Festen**

**Bedürfnisse u. Sorgen der Bewohner/innen durch Gespräche u. Beobachtungen ergründen über vordergründige Probleme hinaus echte Verbesserungen schaffen**

**berufl. Position u. berufl. Netzwerk für Einrichtung nutzen**

**Vernetzung der Institutionen**

**Verbindung zu Angehörigen und Freunden,**

**“Heimfürsprecher/in”:**

**Wahrnehmung aller Pflichten wie Heimbeirat**

**Stadtseniorenratmitglied**

## 8 Verwaltungsdienste

**Leitung der ehrenamtlichen Mitarbeiter/in**

**Dienst in der Verwaltung**

**Bürodienst**

**Pfortendienst**

## 9 Öffentlichkeitsarbeit/Fortbildung

**Mitglied in der Redaktionskonferenz der Heimzeitung**

**Leitung und Beratung / Fortbildung des AK “Ehrenamt im Stift”**

### 4.2.4 Orte und Häufigkeit des Engagements

Mit dieser pluralen Struktur des Engagements korrespondiert die Vielfalt der Orte, an denen dieses stattfindet (Abb. 39). Die Aktivitäten verteilen sich nahezu symmetrisch über die kleinen und größeren, privaten und öffentlichen Räume der Einrichtung. Dabei spielen Aktivitäten in Gemeinschaftsräumen (50%) außerhalb der Station bzw. des Wohnbereiches eine besondere Rolle. Das Engagement an diesen Orten erfüllt damit eine integrative Funktion zwischen den Stationen oder

---

Wohnbereichen, die dazu beiträgt, dass sich das Heimleben nicht nur auf die „kleine“ Welt der Stationen reduziert wird. Eine besondere Bedeutung hat sicherlich auch die Tatsache, dass immerhin ein Drittel der Aktivitäten (34,2%) außerhalb der Einrichtungen stattfindet. Hier leistet das Engagement sicherlich wichtige Integrationsleistungen und erhält emotionale Verbindungen zum Gemeinwesen. Es gibt folglich mehrere Orte im sozialen Raum einer Einrichtung, an denen sich ein je unterschiedliches soziales Geschehen entfaltet, worin sich Begegnung und soziale Integration ereignet.

Knapp jede/r zweite Engagierte (46%) vermeldet, einmal pro Woche seine Aktivitäten in der Einrichtung zu entfalten (Abb. 40), jedem vierten Freiwilligen (24%) gelingt es, mehrmals pro Woche die Einrichtung zur Ausübung seines Engagements aufzusuchen. Dies verweist auf eine beachtliche Kontinuität der Befragungsteilnehmer/innen bei der Wahrnehmung ihres freiwilligen Engagements. Die weiteren Engagierten kommen ein bis zweimal monatlich (23%) oder aus besonderem Anlass (3%) ins Haus.

Abb. 39: Orte des Engagements

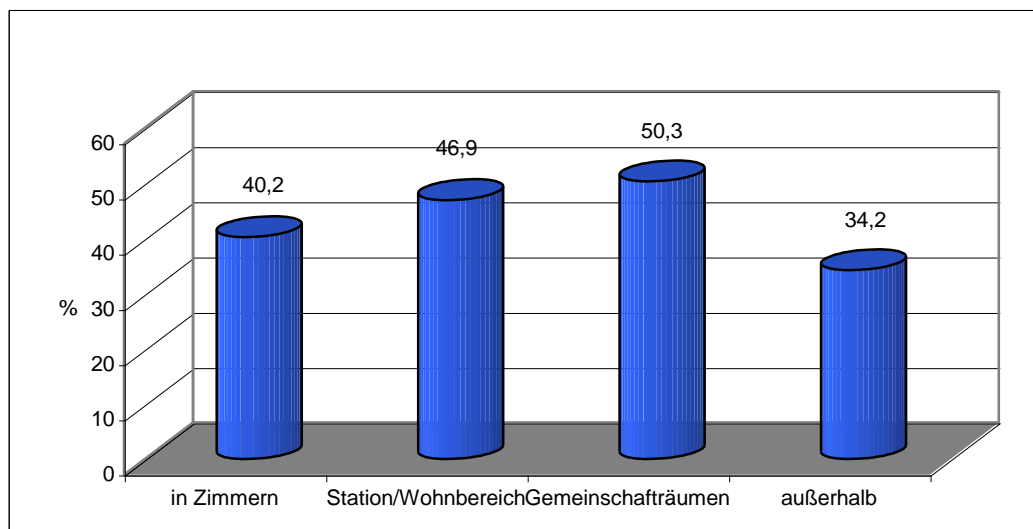
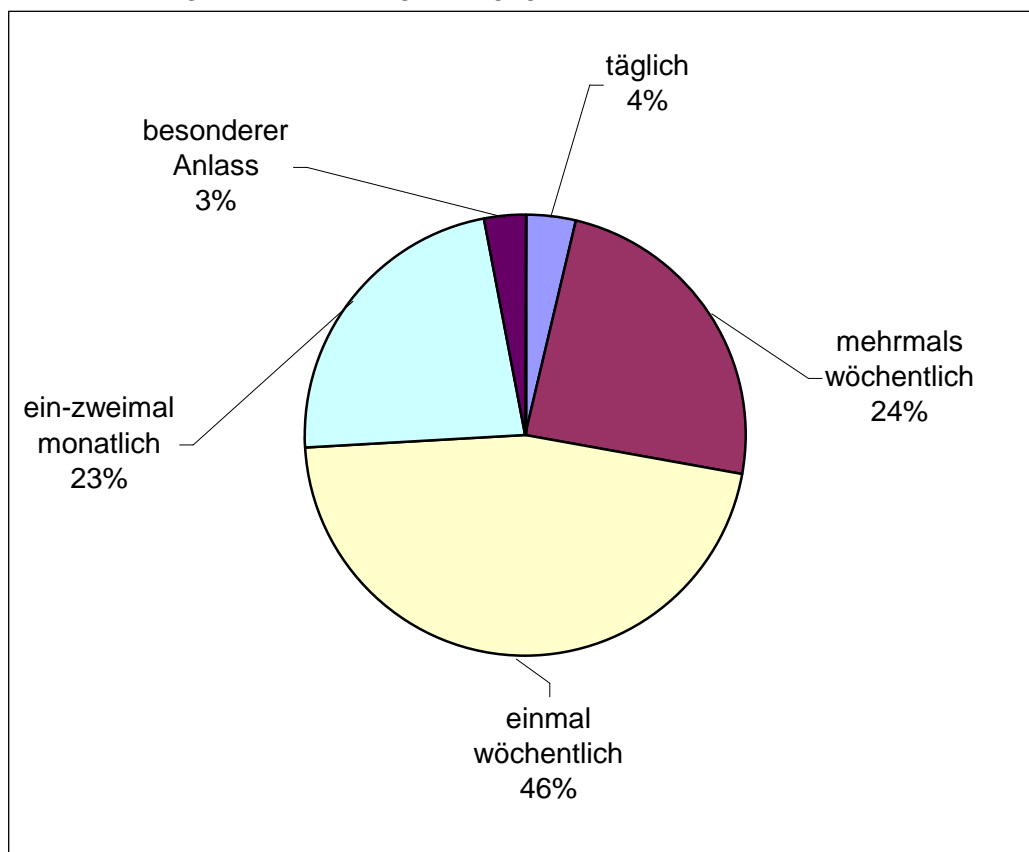


Abb. 40: Häufigkeit des freiwilligen Engagements



Bei den wenigen Engagierten ( $n=4$ ), die ein Praktikum zur Überbrückung oder Qualifikation absolvieren liegt die Dauer zwischen ein und fünf Wochen.

Im Blick auf die durchschnittliche Anzahl der geleisteten ehrenamtlichen Stunden pro Woche bzw. Monat oder Jahr ergeben sich beeindruckende Zahlen (Tab. 18). So liegt der Mittelwert an wöchentlich geleistetem ehrenamtlichen Engagement bei 5 Stunden; bei den Engagierten, die Angaben „pro Monat“ gemacht haben, findet sich eine durchschnittliche Zahl 12,7 Stunden pro Monat und bei solchen freiwillig Engagierten, die ihre Aktivitäten aufs Jahr hochgerechnet haben liegt die durchschnittlich geleistete Stundenzahl pro Jahr bei 1009 Stunden.

Tab. 18: Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden

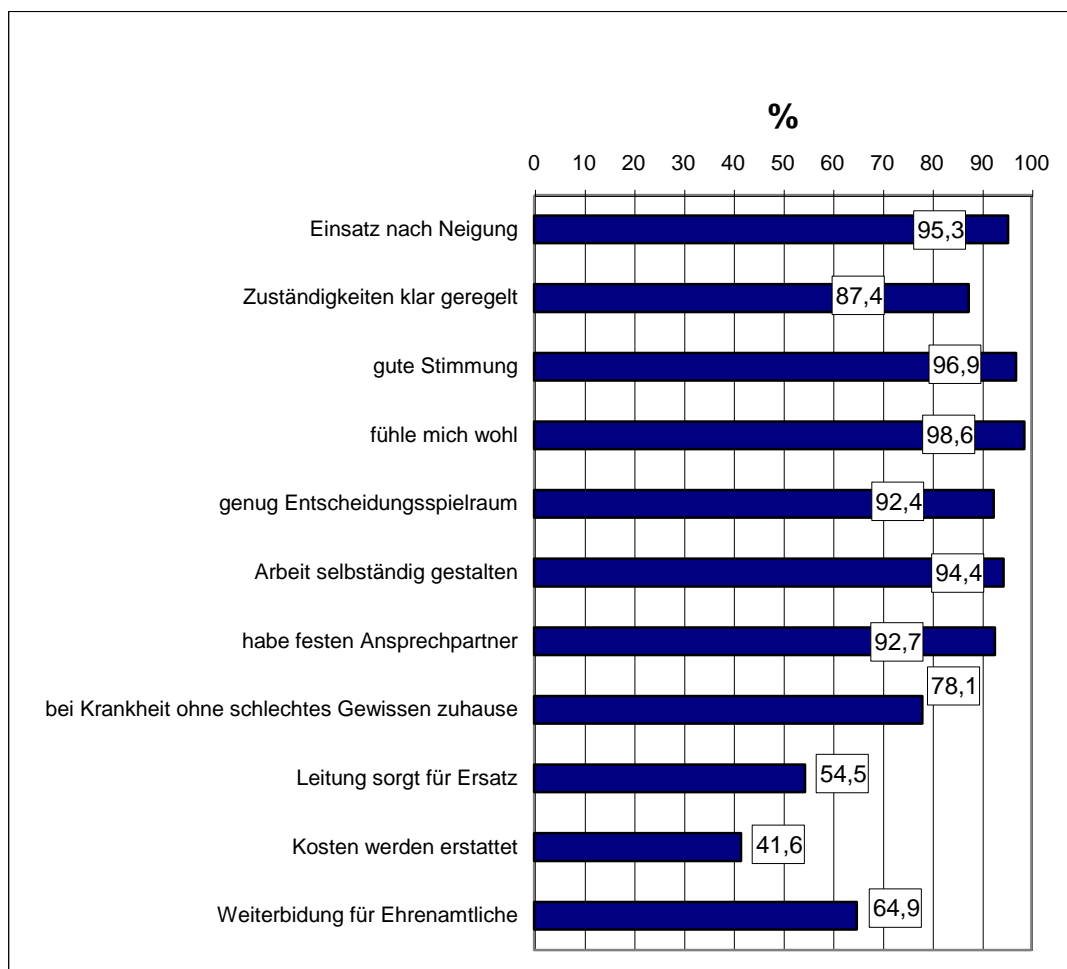
	Stunden pro Woche	Stunden pro Monat	Stunden pro Jahr		
N	693	403	173		1269
	489	779	1009		
Mittelwert	5,00	12,70	145,30		
Summe	3466	5118	25137		
				Gesamtstunden pro Jahr	Gesamtstunden pro Jahr und Einrichtung
Auf ein Jahr hochgerechnet	3466*53 Wochen =183.698	5118*12 =61416.	25137	270.251	212.96

#### 4.2.5 Selbsteinschätzungen zur Rolle des eigenen ehrenamtlichen Engagements

Die Zufriedenheit mit dem Engagement ist insgesamt beachtlich (Abb. 41). Die weit überwiegende Zahl der freiwillig Engagierten ist der Ansicht, gemäß der eigenen Neigungen und Fähigkeiten (95,3%) eingesetzt zu werden und sich an seinem Arbeitsplatz wohl zu fühlen (98,6%). Es herrscht eine gute Stimmung (96,9%) und es gibt genügend Entscheidungsspielräume (92,4%); auch können die Engagierten ihre Arbeit selbständig gestalten (94,4%).

Eine Tendenz zur Unersetzbarkeit des Engagements wird dadurch erkennbar, dass (nur) 78,1% der Engagierten der Ansicht sind, dass sie ohne schlechtes Gewissen Zuhause bleiben können, wenn sie erkrankt sind, was die intrinsische Motivation der Befragten unterstreicht. Dies könnte auf eine erforderliche verträglichere Organisation von Ehrenamtlichkeit in der Richtung verweisen, dass die Leitung der Einrichtung mit höherer als gegenwärtiger Quote (54,5%) für Ersatz sorgt, falls Freiwillige ihrem Engagement nicht nachkommen können.

Abb. 41: Aussagen über Ihr ehrenamtliches Engagement



Eindeutig im Vordergrund steht bei den Engagierten der Gedanke der Hilfe für andere Menschen (99,2%, vgl. Abb. 42) und das Bewusstsein, dadurch etwas für das Gemeinwohl zu tun (87,9%). Darüber hinaus macht die Tätigkeit den allermeisten Engagierten auch Spaß (92,6%). Damit wird eine grundsätzlich positive Konfiguration freiwilligen Engagements sichtbar, die sich dadurch noch verstärkt, dass viele Aktive erklären, ihre Kenntnisse und Erfahrungen erweitern zu können (47,8%) und für ihre Arbeit Anerkennung zu finden (48,8%).

Die Sinnhaftigkeit des Engagements resultiert folglich aus einem Komplex unterschiedlicher Gründe, welche zusammengenommen eine positive Einstellung zum Engagement ergeben.

Über drei Viertel der Engagierten (77%) erachten ihr ehrenamtliches Engagement für wichtig, um die Lebensqualität der Bewohner/innen zu sichern (Abb. 43). Es geht ihnen zentral auch darum, die Bewohner/innen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen (59,2%). Mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit sieht

nahezu jeder zweite Freiwillige (46%) die Möglichkeit verbunden, neue Erfahrungen zu machen. Materielle Motive stehen nicht im Vordergrund (5,2%).

Abb.42: Gründe des ehrenamtlichen Engagements

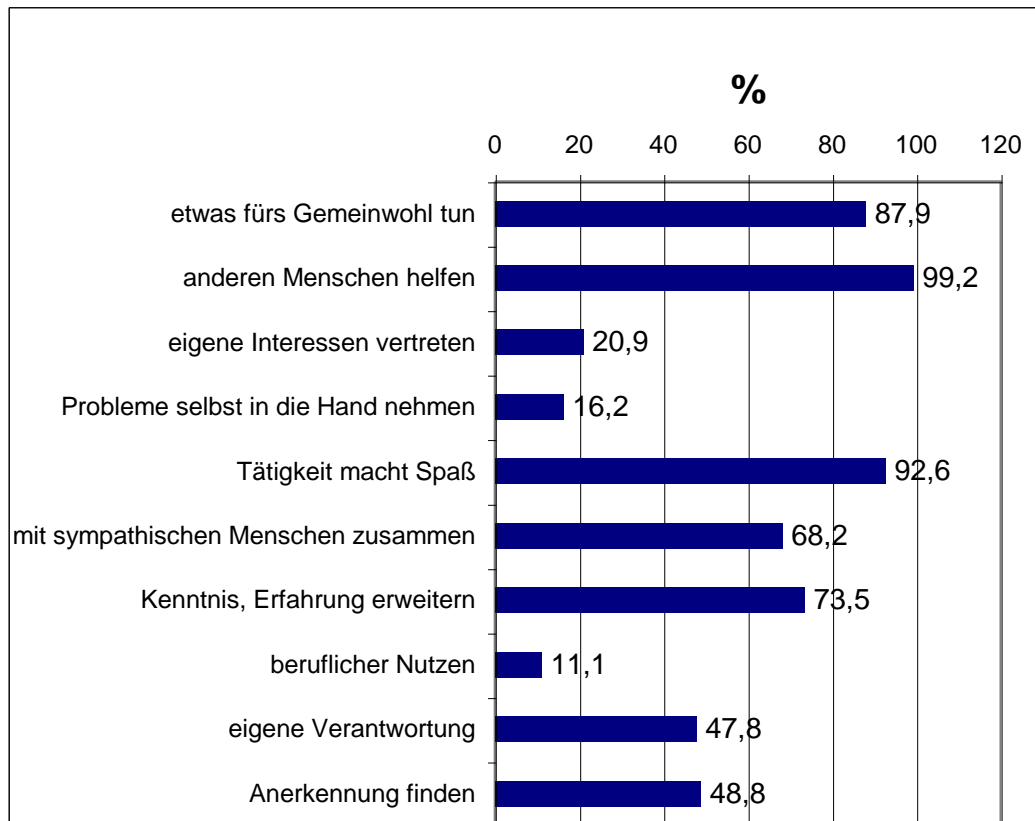
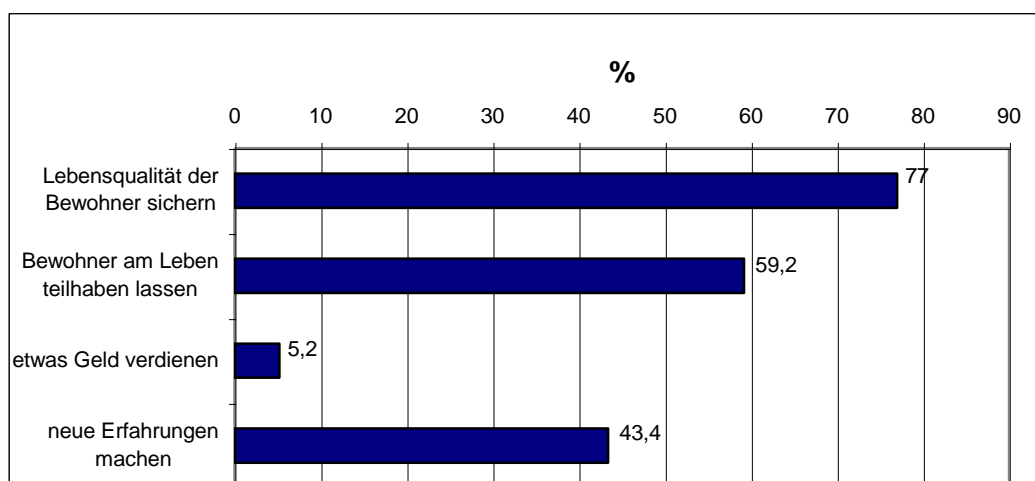


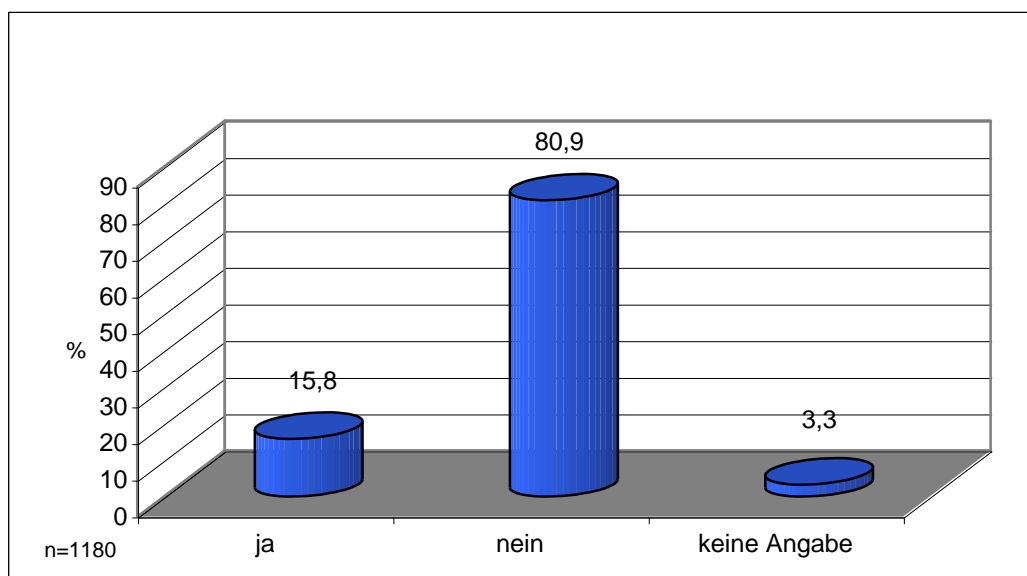
Abb. 43: Wofür ist das ehrenamtliche Engagement wichtig?



#### 4.2.6 Stand der Anerkennungskultur

Eine finanzielle Aufwandsentschädigung für freiwilliges Engagement steht nicht im Vordergrund (Abb. 44); nur jeder sechste (15,8%) gibt an, derart zu profitieren. Stattdessen jedoch erwähnen viele Ehrenamtliche die Einladung zu Helferfesten (65,3%), Ausflüge (38,5%), sowie kostenlose Mahlzeiten und Erfrischungen (32,5%) und Geschenke zu persönlichen Anlässen (z.B. Geburtstag), durch die sie seitens der Einrichtung eine Anerkennung erfahren (Abb. 46). An „sonstigen Vergünstigungen“ werden ein jährlich einmal stattfindendes Essen genannt, bspw. in der Adventszeit, oder kleinere Aufmerksamkeiten zu Weihnachten, z.B. durch einen Blumenstrauß oder Buchgutschein oder einen Gutschein fürs Hallenbad, einen Besinnungsaufenthalt im Kloster oder eine Ehrennadel. Auch Freikarten in Konzerte, die Nutzung von Tagungsräumen und Freifahrtscheine sind Bestandteil einer auf freiwilliges Engagement antwortenden Anerkennungskultur.

Abb. 44: Erhalten Sie eine finanzielle Aufwandsentschädigung?



Auf Nachfrage antwortet jede/r achte Befragungsteilnehmer/in (12,8%), dass sie/er eine finanzielle Aufwandsentschädigung für angemessen halten würde (Abb. 45). Die Vorstellungen bzgl. der Höhe einer solchen Entschädigung liegen im Durchschnitt bei 8,0 Euro pro Stunde bzw. 61,43 Euro im Monat.

Abb. 45: Halten Sie die Aufwandsentschädigung für angemessen?

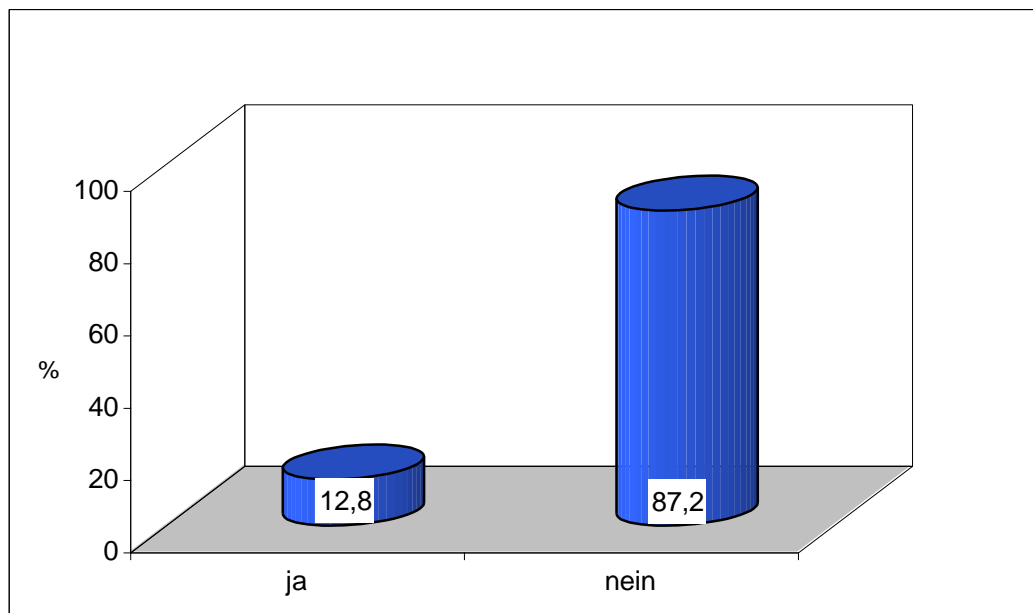
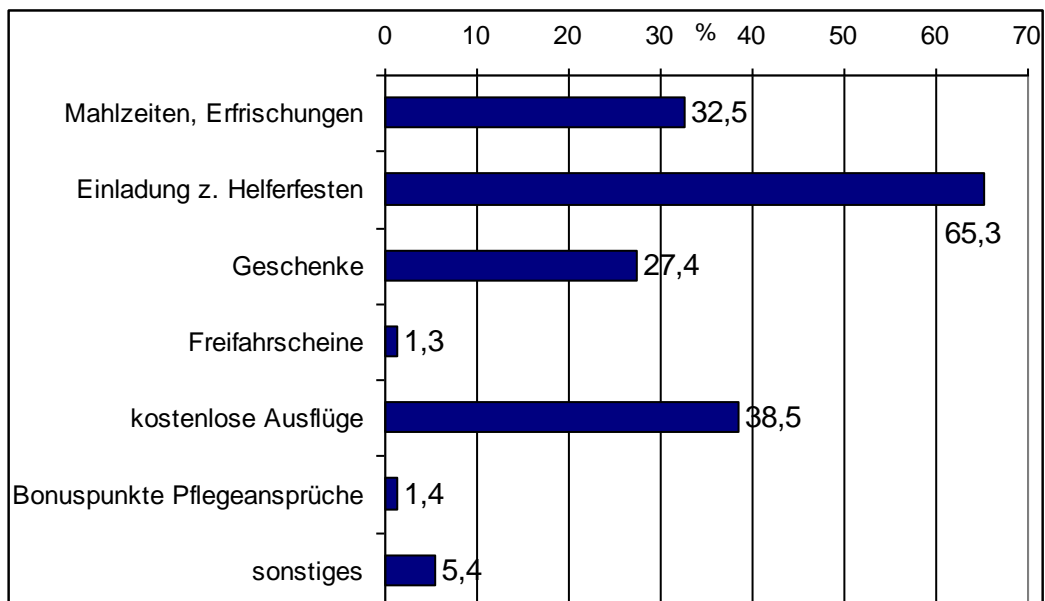


Abb. 46: Erhalten Sie Vergünstigungen für Ihr Engagement von der Einrichtung?

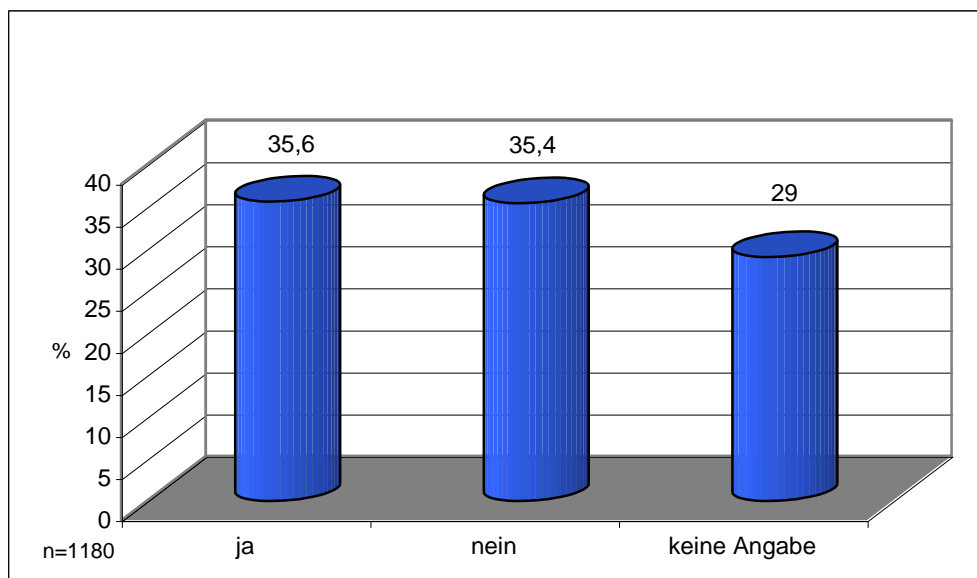


Über ein Drittel (35,6%) der Engagierten sieht die eigene Meinung bei Entscheidungen berücksichtigt (Abb. 47). Von denjenigen, welche die Auffassung äußern, dass ihre Meinung bei Entscheidungen berücksichtigt wird, nennen nahezu alle, dass dies darin Ausdruck finde, „dass sie gelegentlich nach ihrer Meinung gefragt“ würden. Rund 14% äußern, dass sie meist in interne Entscheidungsprozesse eingebunden werden oder dass sie an Dienstbesprechungen teilnehmen können. 6 Engagierte geben an, dass sie selbst an der



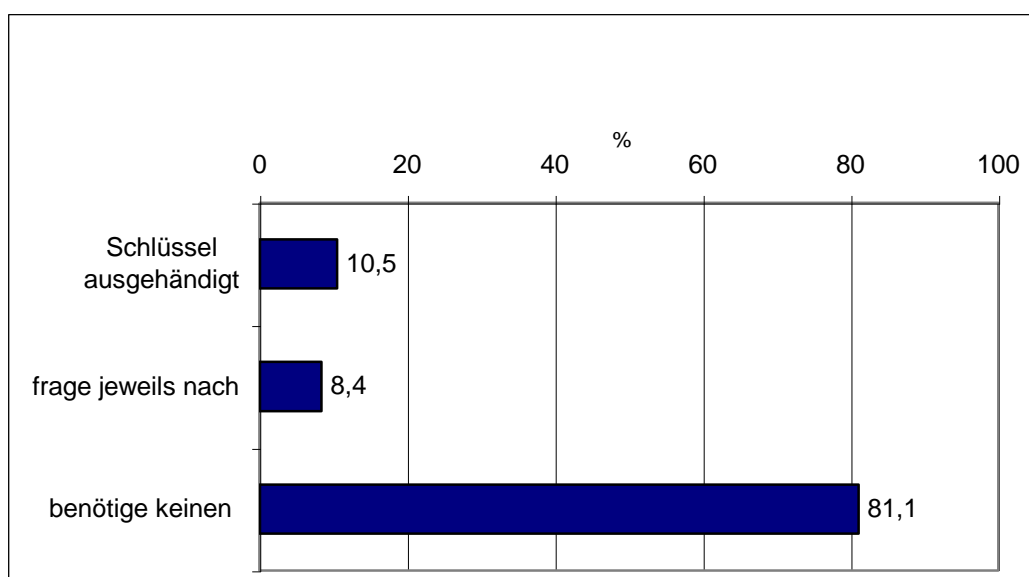
Pflegeplanung beteiligt seien. Sowohl die Anerkennung durch Gratifikation als auch Anerkennung durch Partizipation stellen zwei entwicklungsfähige Formen eines antwortenden Handelns der Institutionen auf bürgerschaftliches Engagement dar.

Abb. 47: Wird Ihre Meinung bei Entscheidungen berücksichtigt?



In den allermeisten Fällen (81,1%) geben die freiwillig Tätigen an, dass sie für ihre Arbeit keinen Schlüssel zum Aufschließen bestimmter Räumlichkeiten benötigen (Abb. 48). Wo dies jedoch der Fall ist, der benötigte Schlüssel auch in den meisten Fällen ausgehändigt.

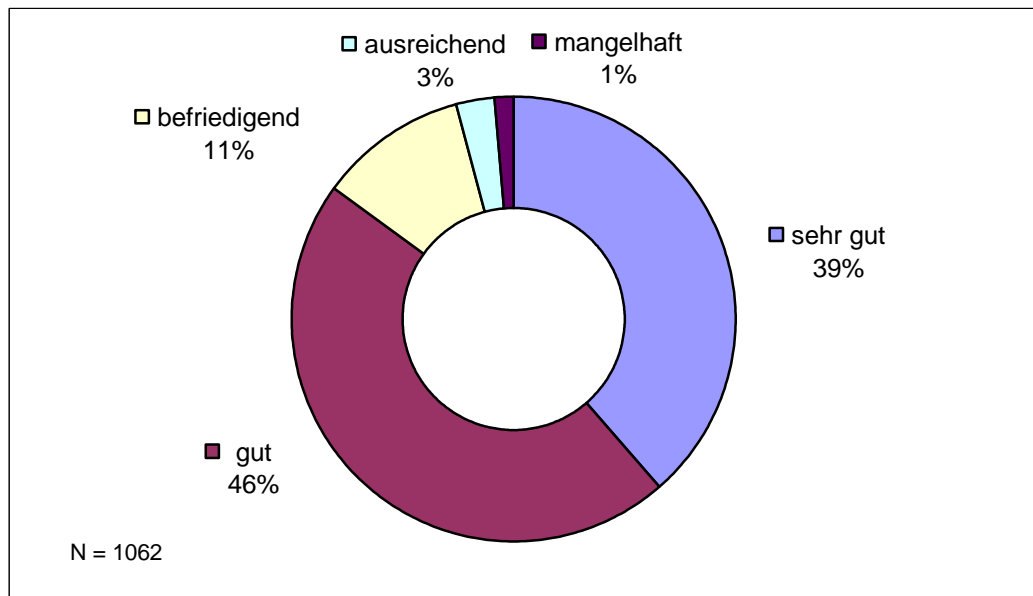
Abb. 48: Wurde Ihnen ein Schlüssel ausgehändigt?



#### 4.2.7 Kooperation mit Hauptamtlichen

Die Kooperation mit hauptamtlichen Mitarbeiter/innen der Einrichtung wird außerordentlich positiv beurteilt (Abb. 49): 39% bzw. 46% der Engagierten halten sie für sehr gut bzw. gut. Diese guten Kooperations-Voraussetzungen dürfte die Motivation nach freiwilliger Teilhabe an der Gestaltung der Lebenswelt pflegbedürftiger Menschen in stationären Einrichtungen zusätzlich verstärken.

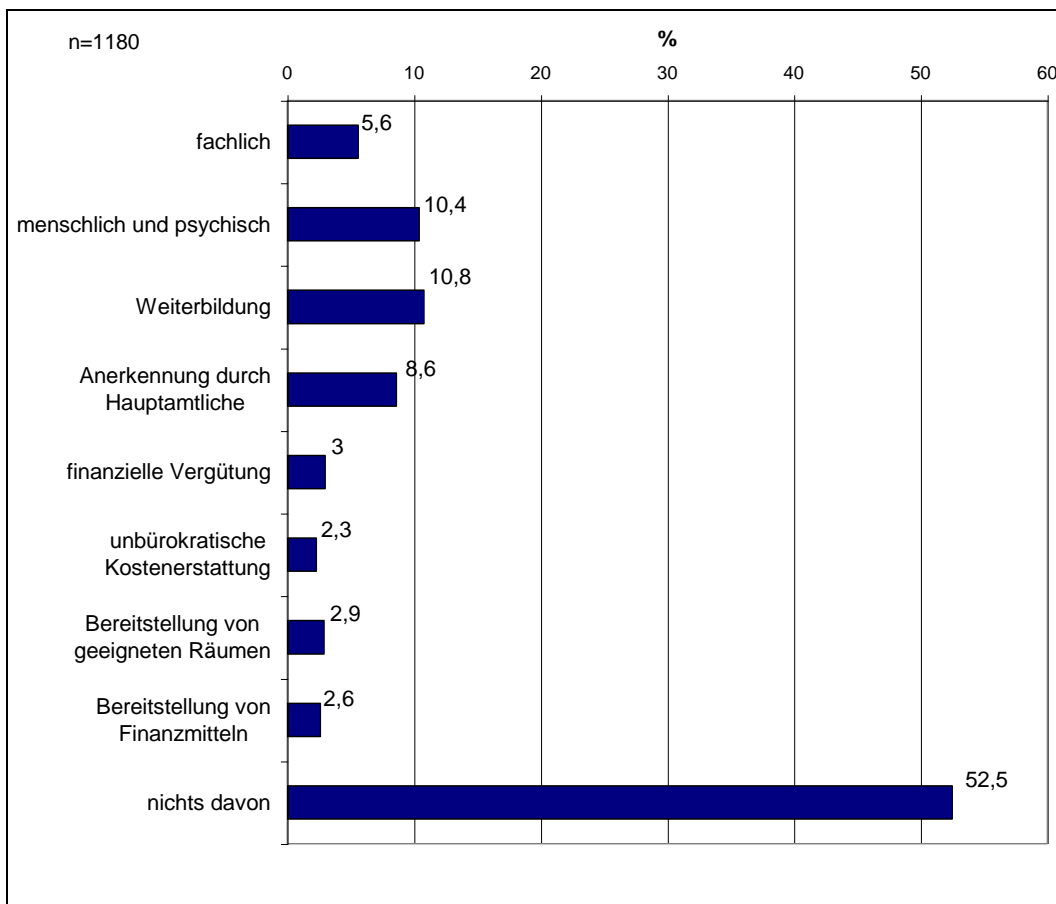
Abb. 49: Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen



#### 4.2.8 Unterstützung und Fortbildung von Ehrenamtlichen

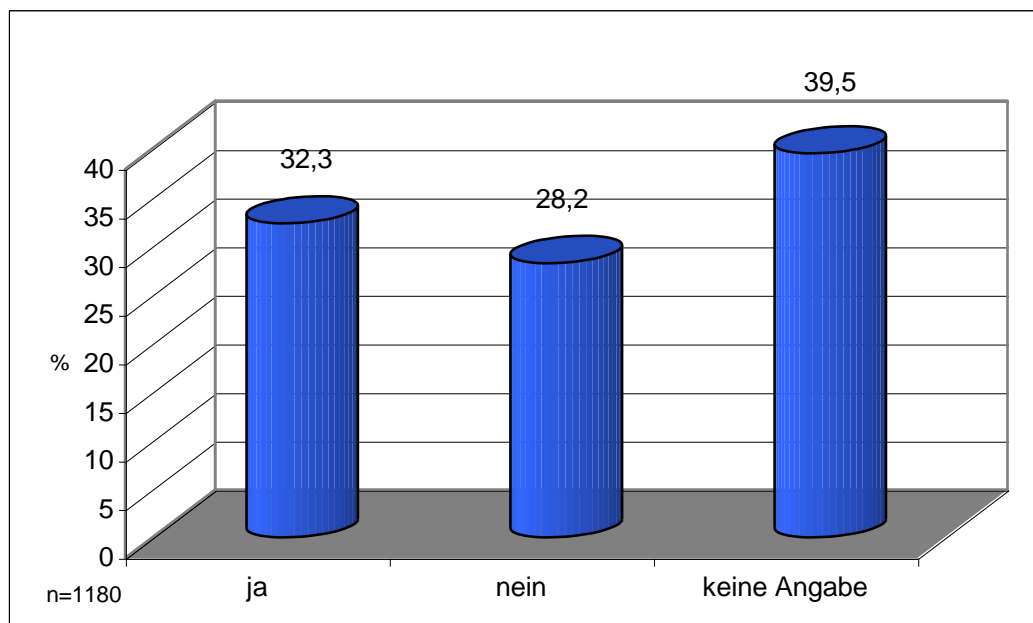
Die freiwillig Engagierten wurden gefragt, ob sie sich selbst eine verstärkte Unterstützung von Seiten der Einrichtung wünschen würden (Abb. 50). Hier ergibt sich folgendes Bild: Jeder zehnte Engagierte wünscht sich selbst eine menschliche und psychische Unterstützung (10,4%) von Seiten der Einrichtung. Eine ähnlich hohe Quote spricht sich für eine Unterstützung der Einrichtung bei Weiterbildungsmöglichkeiten aus (10,8%); auch fachliche Unterstützung wird von rund 5% der Engagierten gewünscht. Eine stärkere Anerkennung des freiwilligen Engagements durch Hauptamtlichen wünschen sich 8,6%. Hier könnten Einrichtungen mit entsprechenden Angeboten reagieren.

Abb. 50: Wunsch nach Unterstützung



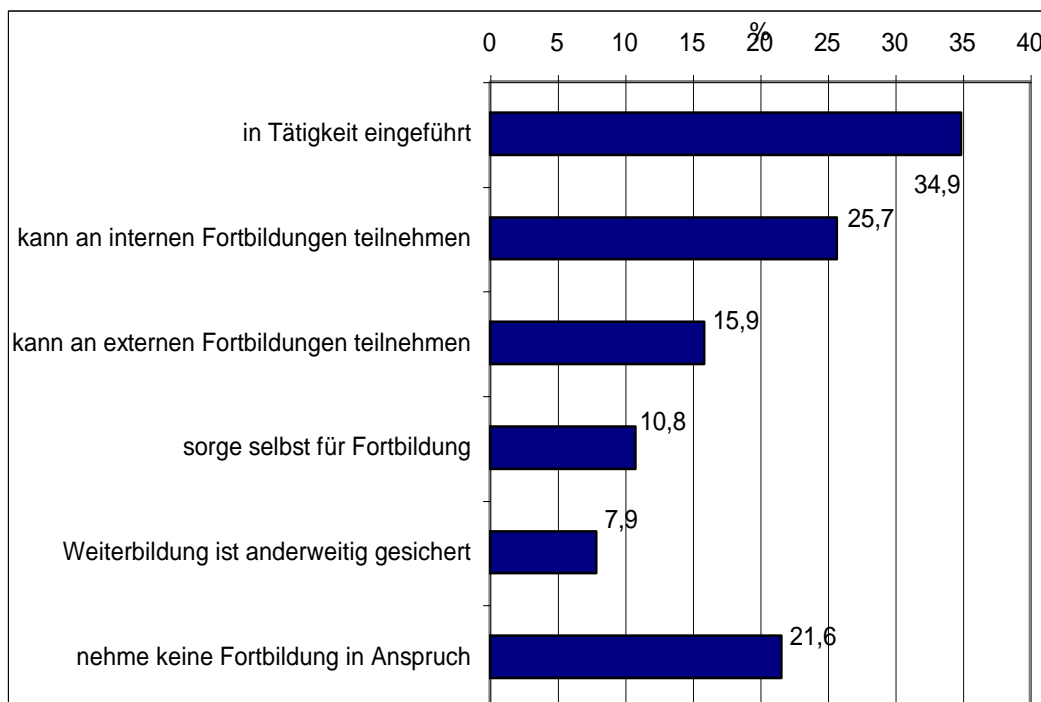
Über ein Viertel (28,2%) der Engagierten führt an, nicht auf ihre Tätigkeit vorbereitet worden zu sein (Abb. 51). Das heißt im Umkehrschluss, dass die weit überwiegende Zahl der freiwillig Tätigen nicht ohne Vorbereitung Aufgaben übernahm.

Abb. 51: Wurden Sie auf Ihre Tätigkeit vorbereitet?



Zwei Drittel der Freiwilligen (34,9%) erklären, dass sie in ihre Tätigkeit eingeführt worden seien (Abb. 52). Jede/r vierte Engagierte (25,7%) kann an internen Fortbildungen teilnehmen. Auch die Teilnahme an externen Fortbildungen (15,9%) spielt eine wichtige Rolle. Jeder zehnte Engagierte (10,8%) sorgt selbst für Fortbildung und eine kleinere Gruppe der freiwillig Tätigen sichert ihre Weiterbildung anderweitig ab (7,9%). Ein Fünftel (21,6%) nimmt keine Fort- oder Weiterbildung in Anspruch.

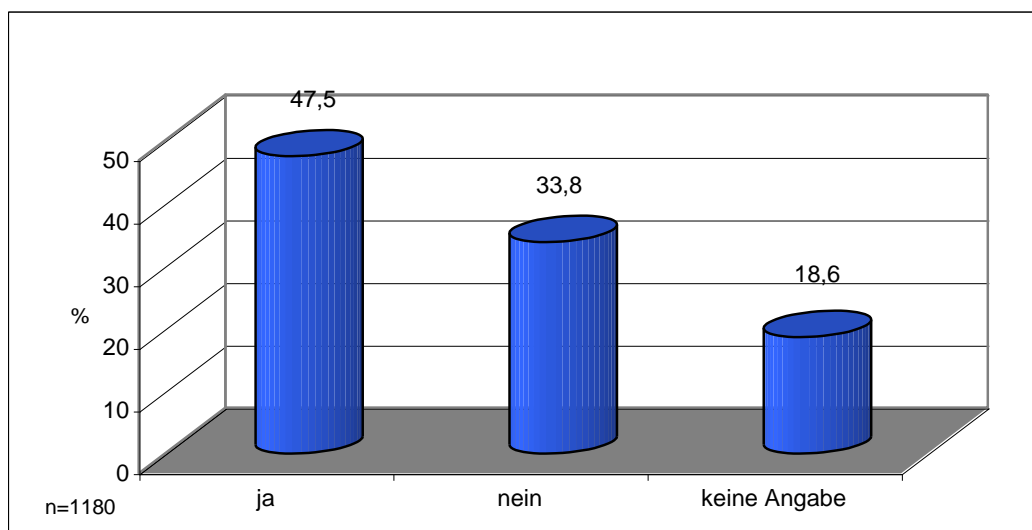
Abb. 52: Wie wurden Sie auf Ihre Tätigkeit vorbereitet?



#### 4.2.9 Rahmung des Engagements durch Gruppen

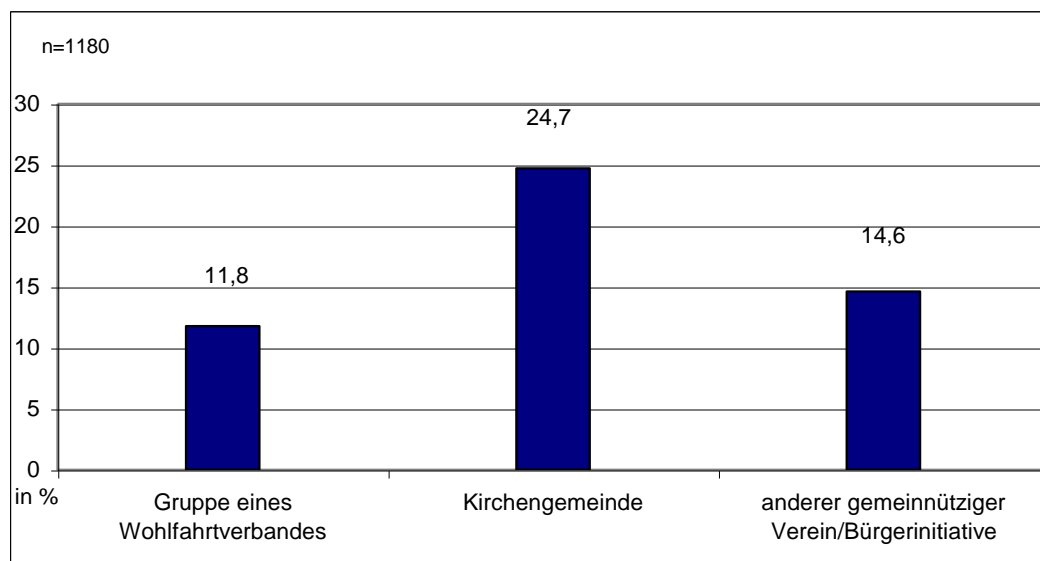
Diese Abbildung (Abb. 53) macht deutlich, dass nahezu die Hälfte aller Engagierten (47,5%) in Gruppen und damit auch in Kommunikationszusammenhängen aktiv werden (siehe oben). Engagement ist zu einem großen Teil folglich in Gruppen eingebettet. Neben der Zugehörigkeit zu einer Gruppe gibt es aber auch viele individuelle Wege zum freiwilligen Engagement in Heimen (33,8%).

Abb. 53: Engagement im Rahmen einer Gruppe



Jeder fünfte Engagierte (24,7%) hat eine Anbindung zu einer Kirchengemeinde und ist mit seinem Engagement in eine Kirchengemeinde eingebettet (Abb. 54). Auch die Zugehörigkeit zu einem gemeinnützigen Verein oder einer Bürgerinitiative (14,6%) oder zu einem der Wohlfahrtsverbände von Diakonie, Caritas oder Rotem Kreuz (11,8%) spielt eine wichtige Rolle.

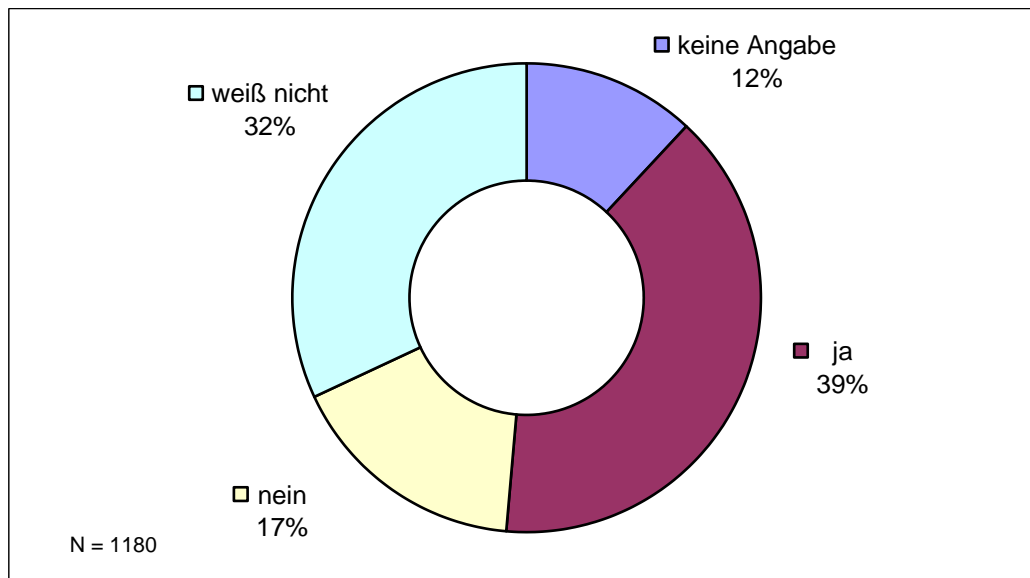
Abb. 54: Zu welchem Bereich würden Sie diese Gruppe zählen?



#### 4.2.10 Zur Versicherung der freiwillig Engagierten

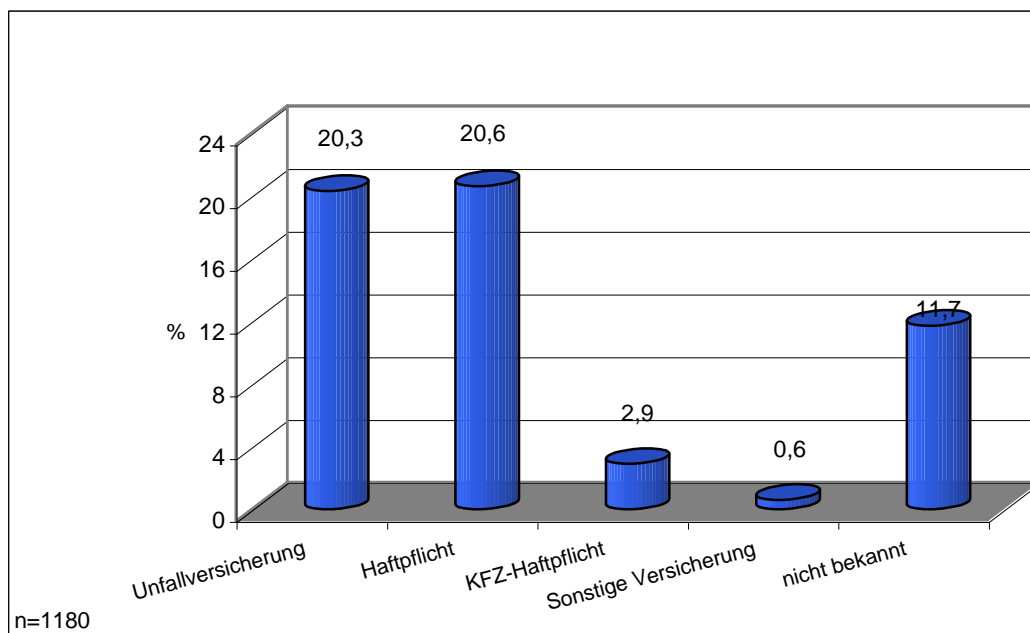
Was die Versicherung freiwillig Engagierter betrifft herrscht zu rund einem Drittel (32%) Unklarheit (Abb. 55). Hier scheint folglich Aufklärung von Nöten. Deutlich mehr als ein Drittel (39%) gibt an, im Rahmen seines Engagements durch die Einrichtung versichert zu sein. Jede/r Fünfte (17%) weiß offensichtlich, dass er nicht versichert ist. Bei den Fragen einer Absicherung spielen selbstredend die Engagementbereiche der freiwillig Tätigen eine wichtige Rolle.

Abb. 55: Sind Sie im Rahmen Ihres Engagements von Ihrer Einrichtung versichert?



Bei den Personen, die um ihre Versicherung wissen, handelt es sich in der überwiegenden Zahl um eine Haftpflichtversicherung (20,6%) oder eine Unfallversicherung (20,3%), in selteneren Fällen um eine Kfz-Haftpflichtversicherung. Manche Engagierten vermelden zwar, dass sie versichert sind, wissen aber auf Nachfrage nicht, um welche Versicherung es sich handelt (11,7%) (Abb. 56).

Abb. 56: Welche Art der Versicherung haben Sie?



#### 4.2.11 Unterschiede im Engagement zwischen Männern und Frauen

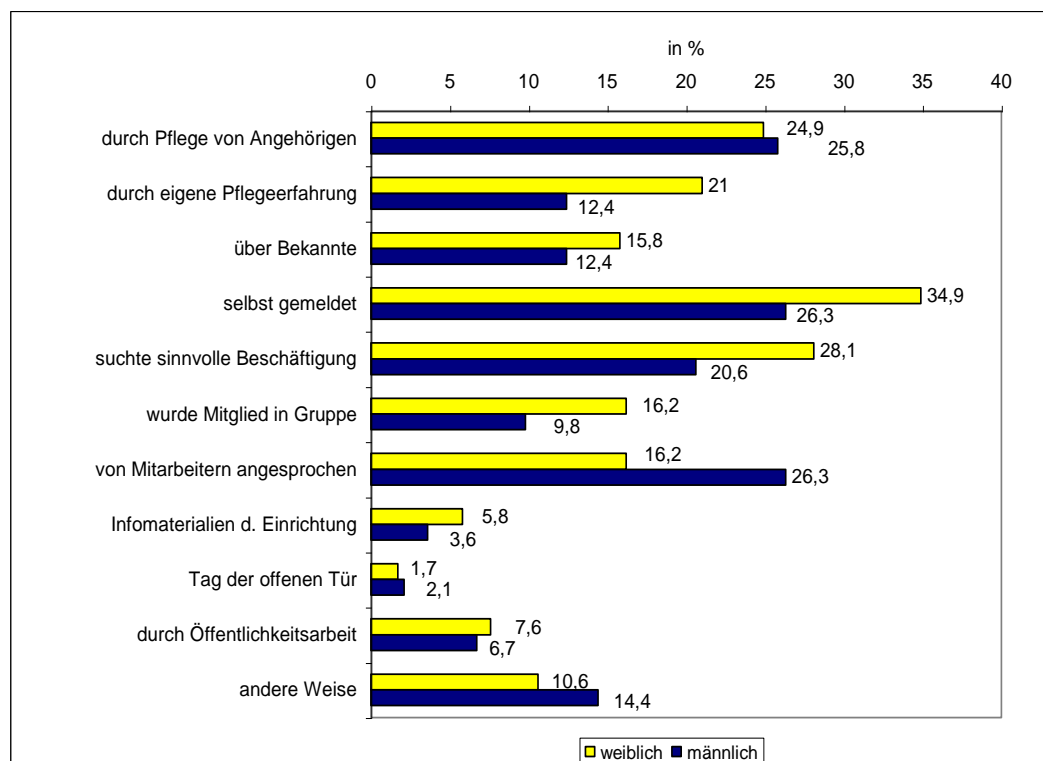
Bei Unterscheidung der Gründe, sich zu engagieren, sind deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern zu konstatieren (Abb. 57). Weibliche Engagierte haben sich deutlich häufiger selbst gemeldet (34,9%).

Sie geben darüber hinaus häufiger als männliche Engagierte an, dass sie eine sinnvolle Beschäftigung suchten (28,1%) oder durch eigene Pflegeerfahrungen (21%) einen Zugang gefunden haben. Auch die Mitgliedschaft in einer Gruppe (16,2%) stellt bei weiblichen Engagierten eine Brücke in freiwilliges Engagement in Pflegeeinrichtungen dar. Der Weg von Männern in freiwilliges Engagement in Einrichtungen erfolgt dagegen überdurchschnittlich häufiger als bei Frauen durch direkte Ansprache (26,3%).

Damit ist die „intrinsische“ Motivation bei den weiblichen Engagierten deutlich stärker ausgeprägt als bei den männlichen.

Rund ein Viertel der männlichen und weiblichen Engagierten (25,8%, 24,9%) finden dadurch zu einem freiwilligen Engagement, dass sie selbst Angehörige gepflegt haben.

Abb. 57: Zugang zum freiwilligen Engagement



Im Blick auf die Aktivitätsbereiche (Abb. 58) lässt sich konstatieren, dass weibliche Engagierte (58,4%) im Unterschiede zu männlichen (45,4%) überwiegend Besuche bei pflegebedürftigen Menschen durchführen. Weibliche



Engagierte dominieren des Weiteren beim Vorlesen (22%), der Begleitung zu Gottesdiensten und der Teilnahme an Gesprächsreisen (18,9%) und in der Sterbebegleitung (17,9%), sowie bei Vorbereitungsarbeiten, die Basare (17,8%) betreffen, Cafeteria-Diensten (18,2%) und Einkaufsdienste (15,7%).

Dagegen sind männliche Freiwillige überdurchschnittlich bei der Organisation von Festen (33,5%) tätig; ein Engagementfeld, in welchem weibliche Engagierte (27,3%) weniger intensiv ihre Aktivitäten entfalten. Auch die Mobilitätsunterstützung von Heimbewohner/innen erfolgt hauptsächlich durch männliche Engagierte (26,8%).

Die Aktivitätsbereiche männlicher Engagierter sind auch deutlicher ausgeprägt, was „weitere Gruppenangebote“, wie sie bspw. ein Singkreis betrifft, sowie die Mitgestaltung von Gottesdiensten betrifft (14,9%) sowie in organisatorischen Feldern, welche bspw. eine Tätigkeit im Heimbeirat (12,4%) oder eine Vorstandstätigkeit (7,2%) betreffen. Auch die Beschaffung von Spenden geschieht häufiger durch Männer (8,2%) als durch Frauen (4,9%).

Im Überblick (Abb. 59) lässt sich konstatieren, dass weibliche Engagierte deutlich häufiger auf den Gebieten der persönlichen Begleitung engagiert sind und solchen, die Aufgaben der Einrichtung betreffen, wie bspw. Mithilfe in der Cafeteria, während die männlichen Freiwilligen ihre Aktivitäten häufiger im organisatorischen Bereich entfalten. Relativ ausgeglichen zeigt sich das Engagement im Feld der Gruppenangebote.

Bei Unterscheidung nach dem Ort des Engagements (Abb. 60) zeigt sich in der Summe, dass weibliche Engagierte häufiger in den Zimmern der Bewohner/innen anwesend sind (42,4%) als männliche Freiwillige (32%), bzw. innerhalb der Station (48,8%), während männliche Engagierte etwas häufiger in Gemeinschaftsräumen (53,6%) oder außerhalb des Pflegeheimes durch Begleitung von Pflegebedürftigen auf Spaziergängen und zu Veranstaltungen (38,1%) ihre freiwilligen Aktivitäten entfalten.

Abb. 58: Aktivitätsbereiche der Engagierten

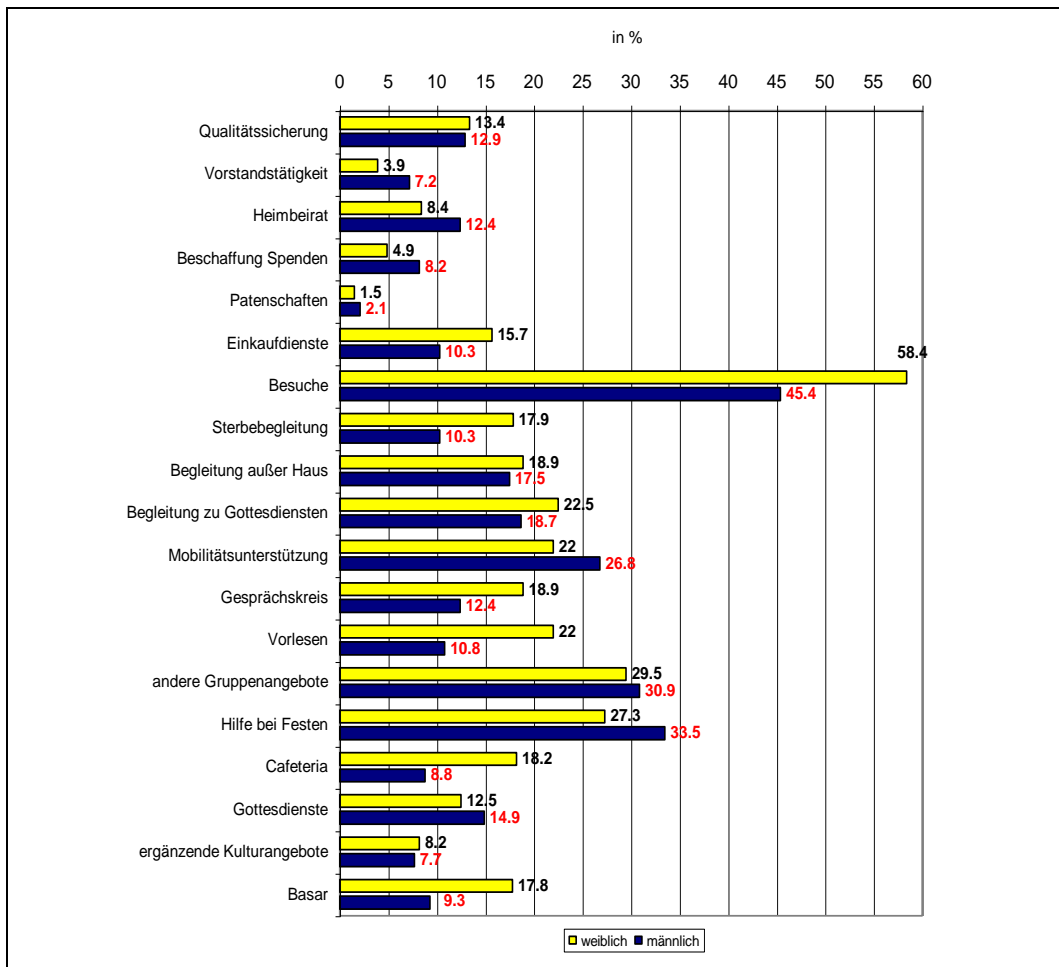


Abb. 59: Aktivitätsbereiche

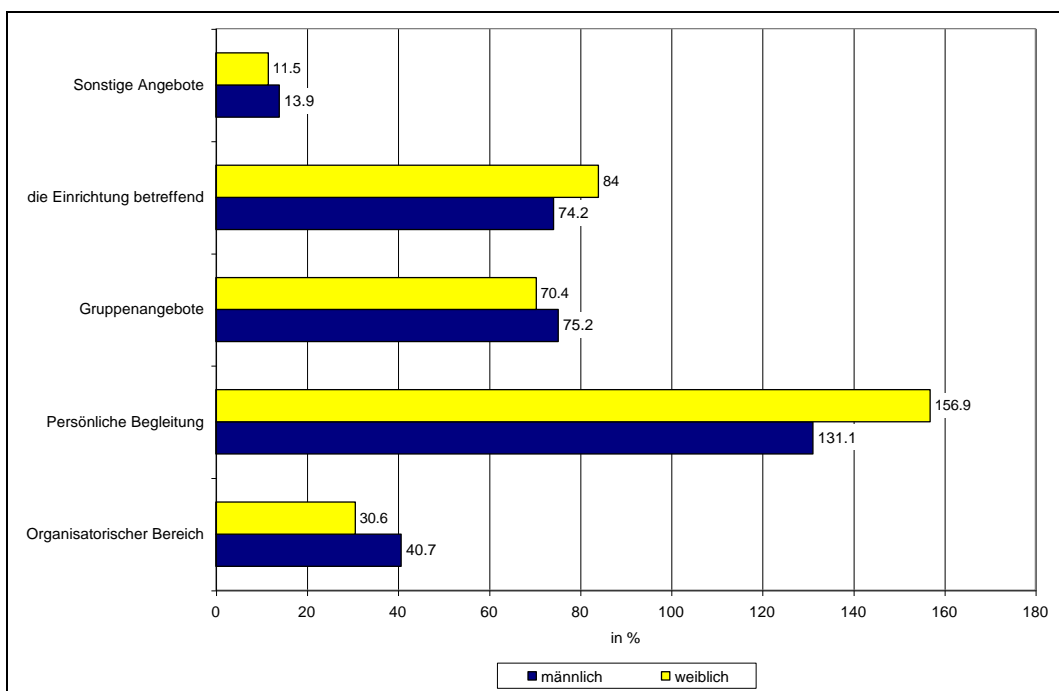
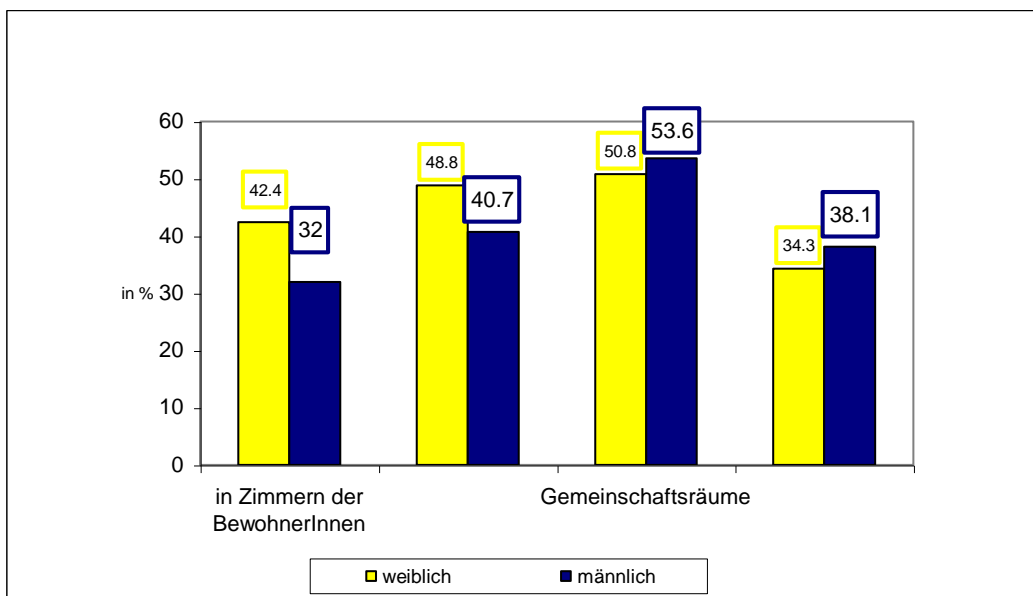
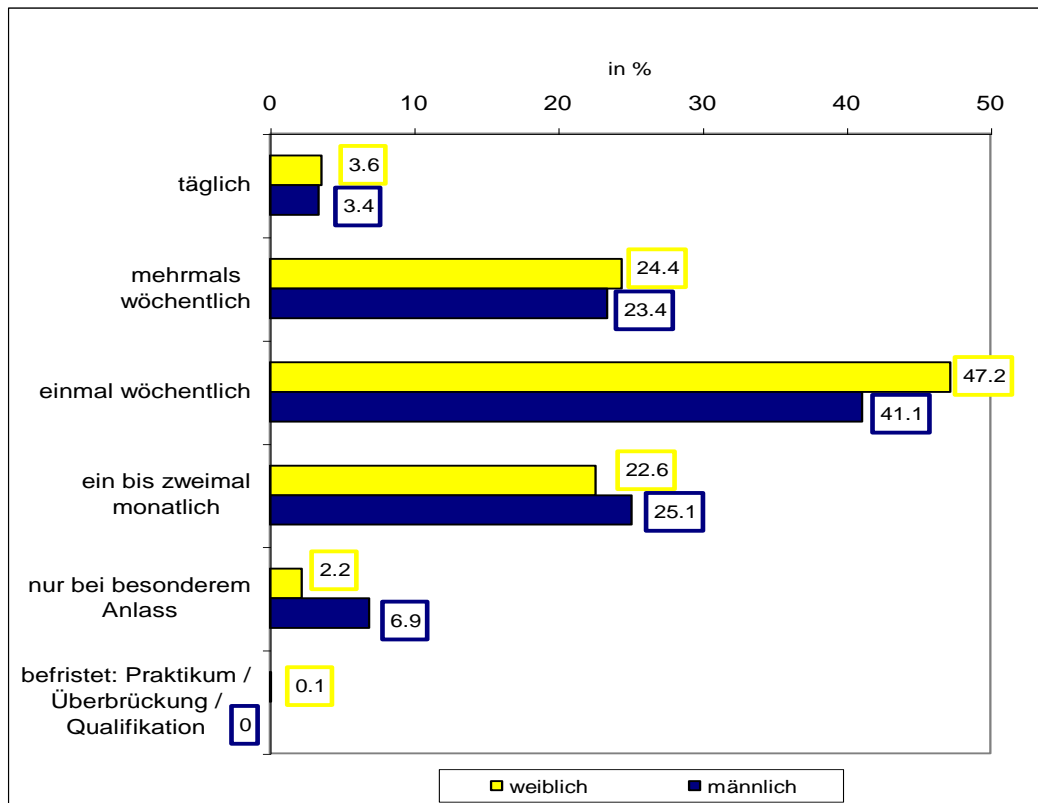


Abb. 60: Wo findet das Engagement bevorzugt statt?



Unterschieden nach Häufigkeit der Anwesenheit in der Einrichtung wird erkennbar, dass die sich engagierenden Frauen deutlich häufiger die Einrichtung aufsuchen als die Männer. So geben Frauen häufiger an, „täglich“ (3,6%), „mehrmals wöchentlich“ (24,4%) und „wöchentlich“ (47,2%) Personen in der Einrichtung zu besuchen; während Männer ihre Aktivitäten begrenzen und sich des Öfteren ein bis zwei Mal pro Woche (25,1%) oder aus besonderem Anlass (6,9%) in der Einrichtung einfinden (Abb. 61).

Abb. 61: Häufigkeit des Engagements



Bei aller Differenz hinsichtlich der zeitlichen Ausprägung des Engagements und der im Heim wahrgenommenen Aufgabenfelder lässt sich dennoch konstatieren, dass sich Männer und Frauen in der Einschätzung der Kooperation mit der Einrichtung sowie der Bedeutung ihres Engagements kaum unterscheiden (Abb. 62: Angabe von Mittelwerten).

Gleichermaßen wird die Ansicht geäußert, den eigenen Neigungen und Fähigkeiten entsprechend eingesetzt zu werden. Mit ähnlich großer Übereinstimmung wird konstatiert, dass eine „gute Stimmung“ in der Einrichtung herrscht, man einen festen Ansprechpartner habe und man sich am Arbeitsplatz wohl fühlt. Die weiblichen Engagierten betonen zusätzlich stärker, dass sie ihre Arbeit selbständig gestalten können und genügend Entscheidungsspielraum im eingesetzten Arbeitsbereich haben, was – mit leichter Abschwächung – auch die engagierten Männer betonen. Nicht ganz so einhellig wird vermeldet, dass die Zuständigkeiten in den Arbeitsbereichen der Engagierten klar geregelt seien, und offensichtlich kann nur in seltenen Fällen jemand anders die freiwillige Tätigkeit verrichten, wenn ein Engagierter ausfällt; es existiert insoweit kein Vertretungsplan für freiwillig Tätige. Deutlich wird des Weiteren auch, dass viele

Einrichtungen kein Weiterbildungsprogramm für Engagierte anbieten und dies natürlich sowohl engagierte Frauen wie Männer betrifft.

Auch bei den Motiven, sich zu engagieren, führen Frauen und Männer in gleicher Rangfolge wichtige Gründe ihres Engagements auf (Abb. 63).

Für beide steht an erster Stelle, dass sie mit ihrem Engagement anderen Menschen helfen können. An zweiter Stelle wird genannt, dass die Arbeit Spaß macht und an dritter Position wird als Grund angeführt, dass man mit der freiwilligen Tätigkeit zum Gemeinwohl beitragen könne. Mit etwas weniger Gewicht wird der Grund angeführt, durch die freiwillige Tätigkeit seine Kenntnisse und Erfahrungen erweitern zu können und durch die Tätigkeit mit Menschen zusammenzukommen, die sympathisch sind. Die männlichen Engagierten führen diese letztgenannten Gründe weniger an als Frauen.

Das eigene ehrenamtliche Engagement wird vorrangig als wichtig erachtet, um die Lebensqualität der Bewohner/innen zu sichern (Abb. 64). Dabei führen die engagierten Männer diesen Grund deutlich häufiger an, als die Frauen (84%; 76,6%). Des Weiteren geht es Frauen (60,4%) und Männern (58,2%) darum, die Bewohner/innen durch ihr Engagement am Leben teilhaben zu lassen. Insbesondere für weibliche Engagierte stellt die freiwillige Tätigkeit eine Möglichkeit dar, neue Erfahrungen zu machen (45,3%). Bei Männern (3,6%) und Frauen (5,7%) hat das Motiv Geld zu verdienen nur geringe Bedeutung, wengleich hier die kleine Differenz auch die Information enthält, dass Frauen möglicherweise ein etwas stärkeres Interesse an monetärer Unterstützung haben.

Abb. 62: Aussagen zum eigenen Engagement

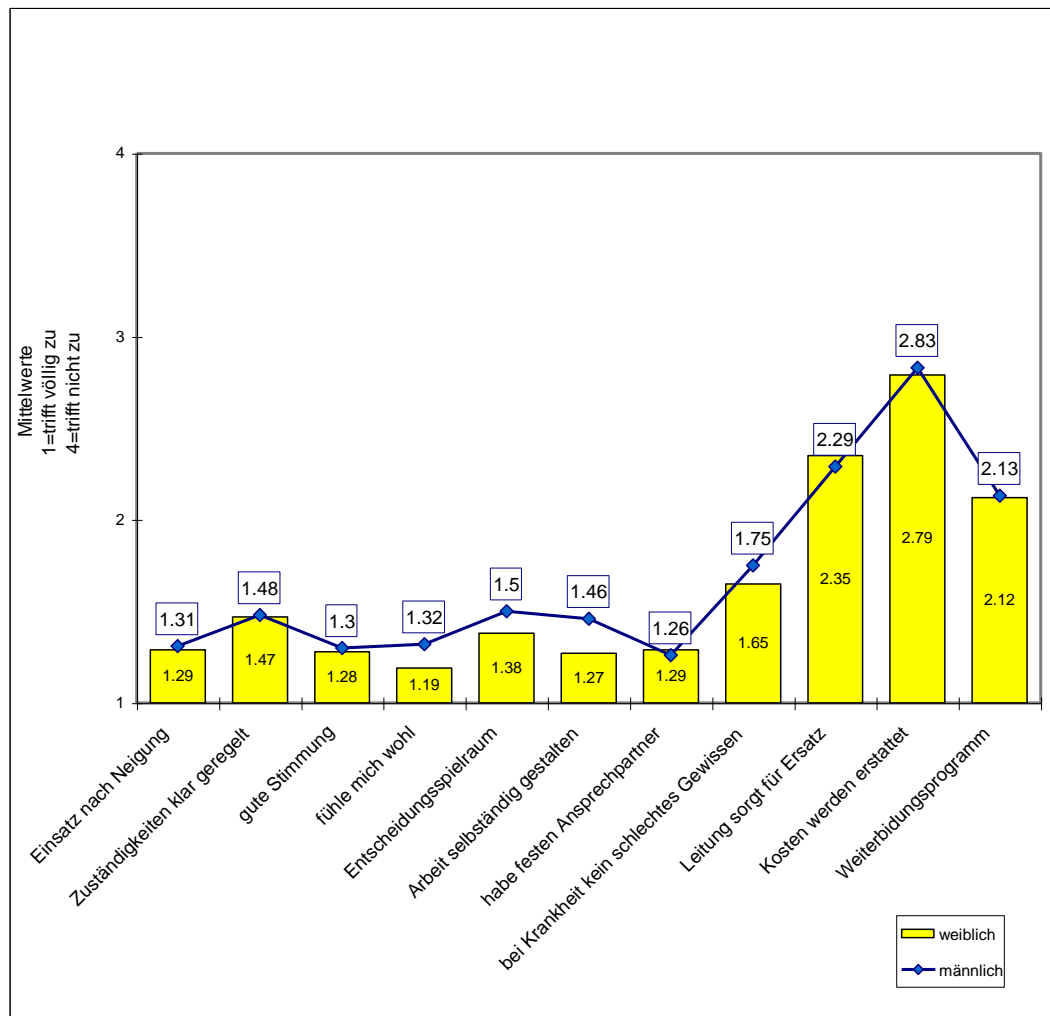


Abb. 63: Gründe sich zu engagieren

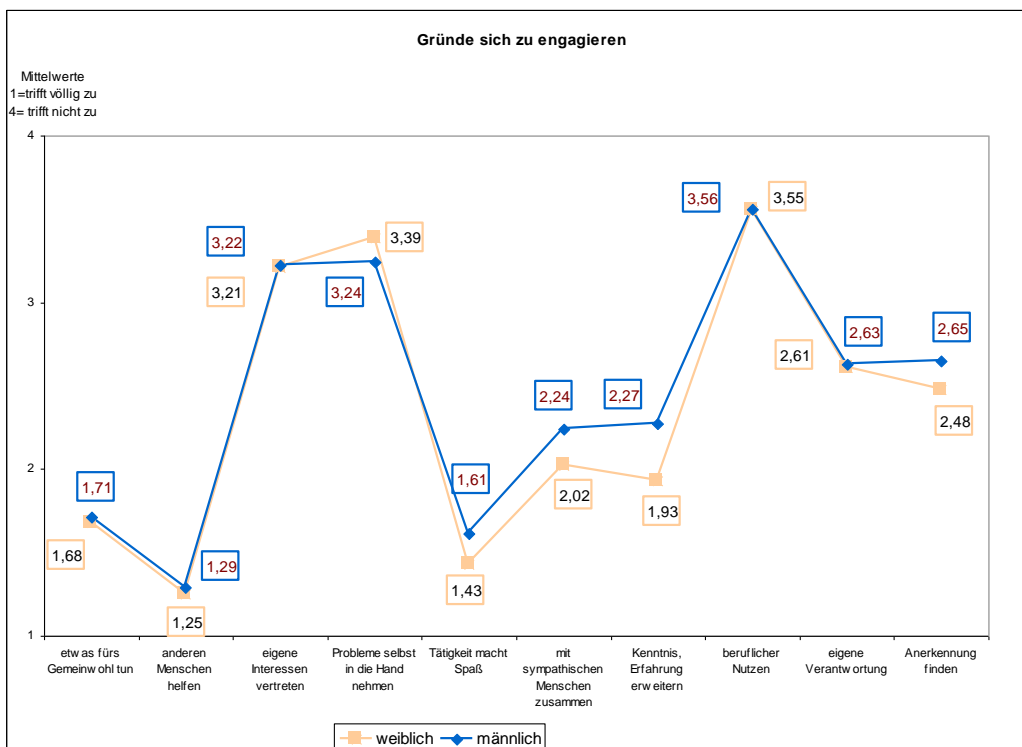
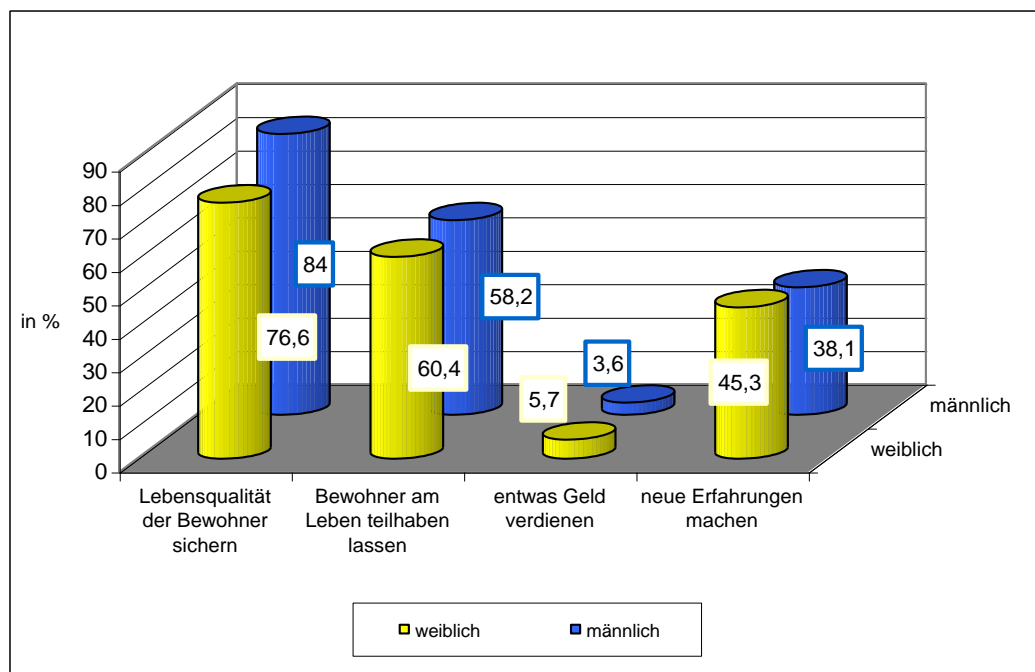


Abb. 64: Motive sich zu engagieren



Es konnte gezeigt werden, dass ein Teil der Freiwilligen explizit den Wunsch nach einer verstärkten Unterstützung durch die Einrichtung zum Ausdruck bringt. Bei Differenzierung nach Geschlecht zeigt sich hier generell ein ausgeprägteres

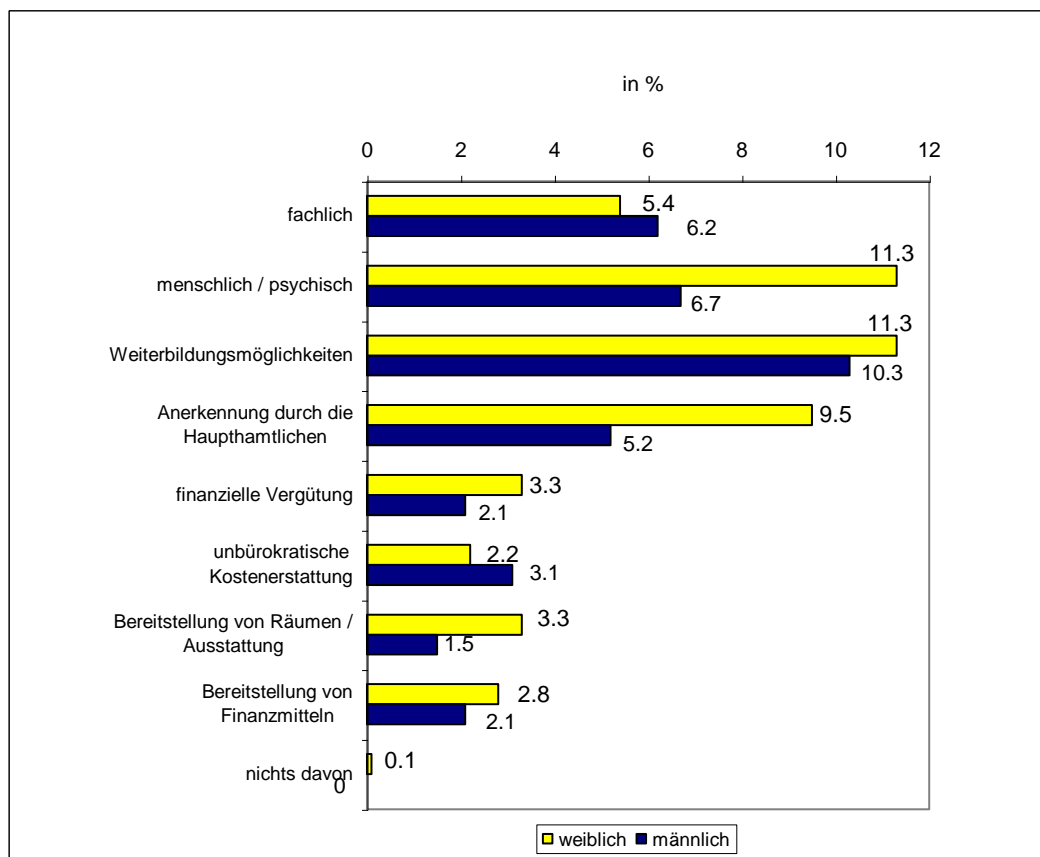
Bedürfnis nach Unterstützung bei den Frauen (Abb. 65), und zwar sowohl was die „menschliche und psychische Unterstützung“ (11,3%) betrifft, als auch die nach Weiterbildung (11,3%). Bei den Weiterbildungsmöglichkeiten sehen auch Männer (10,3%) verstärkten Bedarf.

Jede zehnte Frau (9,5%), jedoch nur jeder zwanzigste Mann (5,2%) wünscht sich auch eine stärkere Anerkennung der Tätigkeit durch hauptamtliche Kräfte der Einrichtung.

Wichtig erscheint schließlich, dass ein kleinerer Teil von Männern (6,2%) und Frauen (5,4%) die fachliche Unterstützung der eigenen Tätigkeit offensichtlich begrüßen würde.

Dies sollte für die Einrichtungen Anlass geben, die Bedürfnisse von Ehrenamtlichen auch unter geschlechtsspezifischer Perspektive zu eruieren.

Abb. 65: Unterstützung von Seiten der Einrichtung

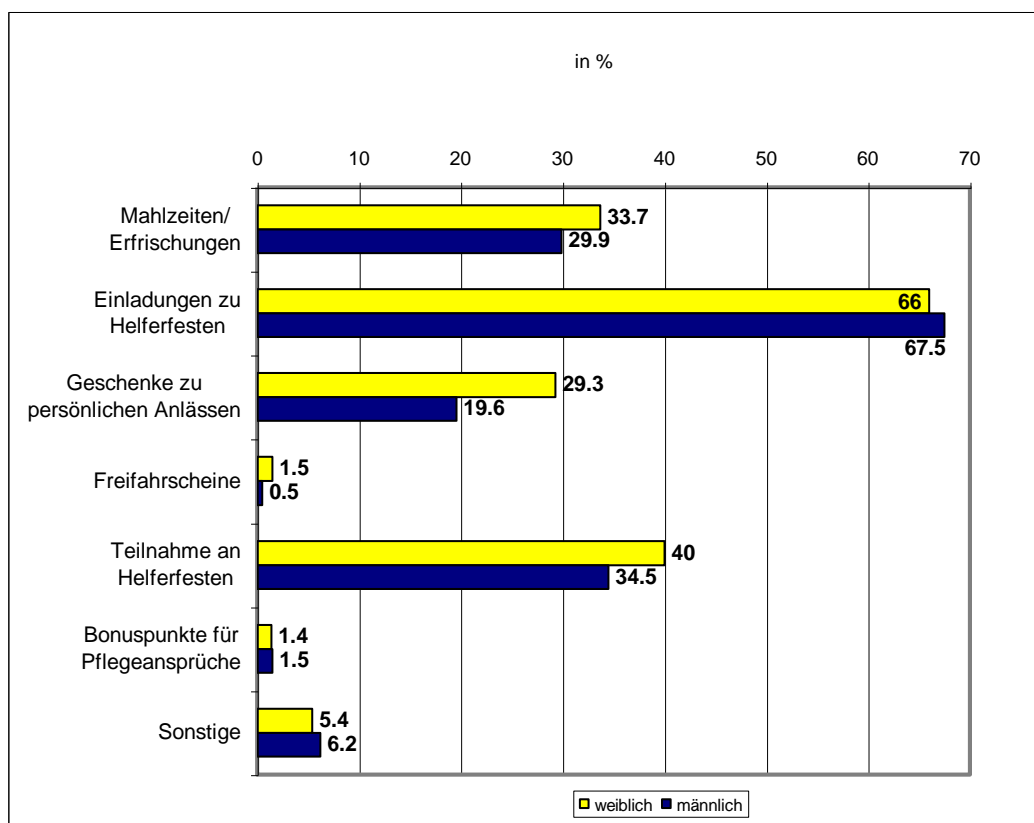


Was die Gewährung von Vergünstigungen durch die Einrichtung betrifft, sind nur wenige Differenzen nach Geschlecht erkennbar (Abb. 66): Bei den weiblichen Engagierten werden deutlich häufiger Geschenke zu persönlichen Anlässen (29,3%) überreicht und sie erhalten auch etwas häufiger Mahlzeiten bzw.



Erfrischungen (33,7%) und nehmen häufiger an kostenlosen Helfer- bzw. Mitarbeiter/-innen-Ausflügen teil als die männlichen Engagierten.

Abb. 66: Vergünstigungen von der Einrichtung für das Engagement



Knapp die Hälfte (46,4%) der männlichen und rund ein Drittel der weiblichen Engagierten äußern, dass ihre Meinung bei Entscheidungen der angestellten Mitarbeiter/innen berücksichtigt wird (Abb. 67). Dies findet meist darin Ausdruck, dass die Engagierten „gelegentlich nach ihrer Meinung gefragt“ werden, was 44,3% der Männer und 33,3% der Frauen verlautbaren. Auch hier lässt sich ein stärkerer Einbezug der männlichen Engagierten konstatieren, ebenso, was den Einbezug in interne Entscheidungsprozesse (8,2%) betrifft. An der Pflegeplanung ist so gut wie kein/e Freiwillige/r beteiligt, rund jeder zwanzigste vermeldet, dass er/sie an Dienstbesprechungen teilnehmen kann (Abb. 68).

Abb. 67: Berücksichtigung bei Entscheidungen

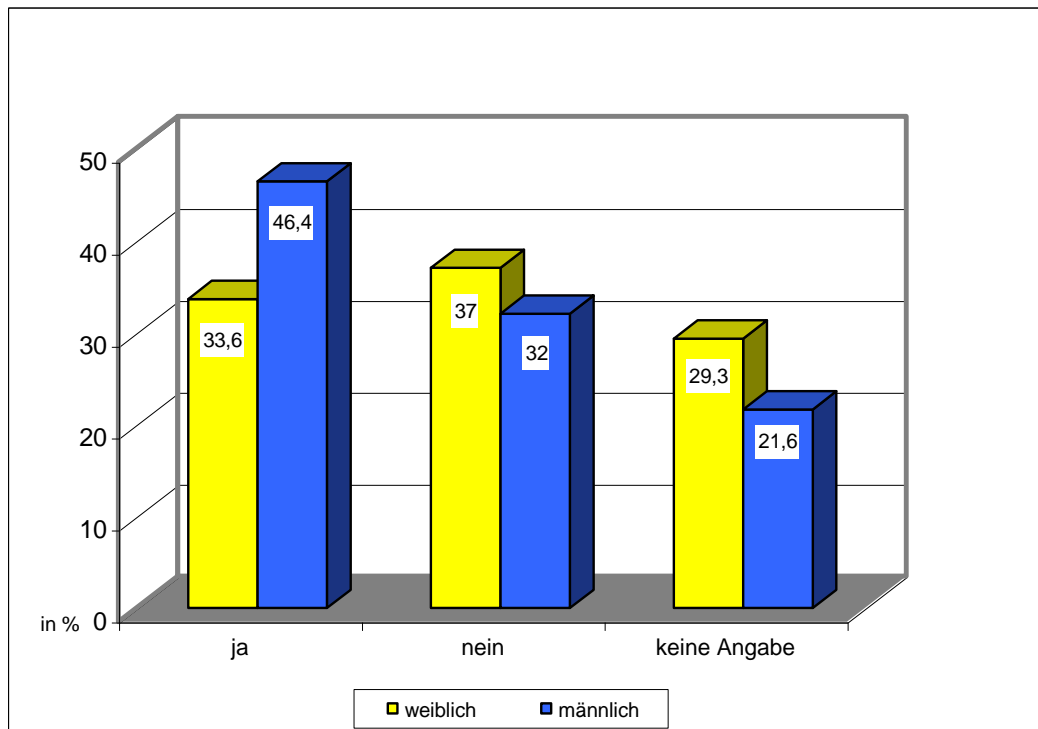
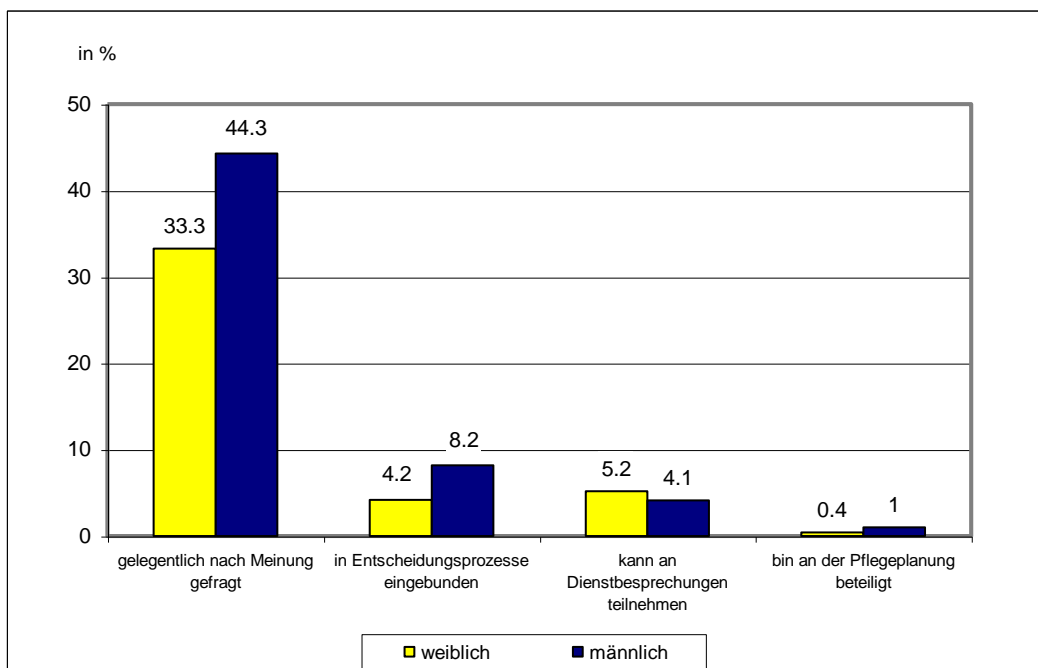


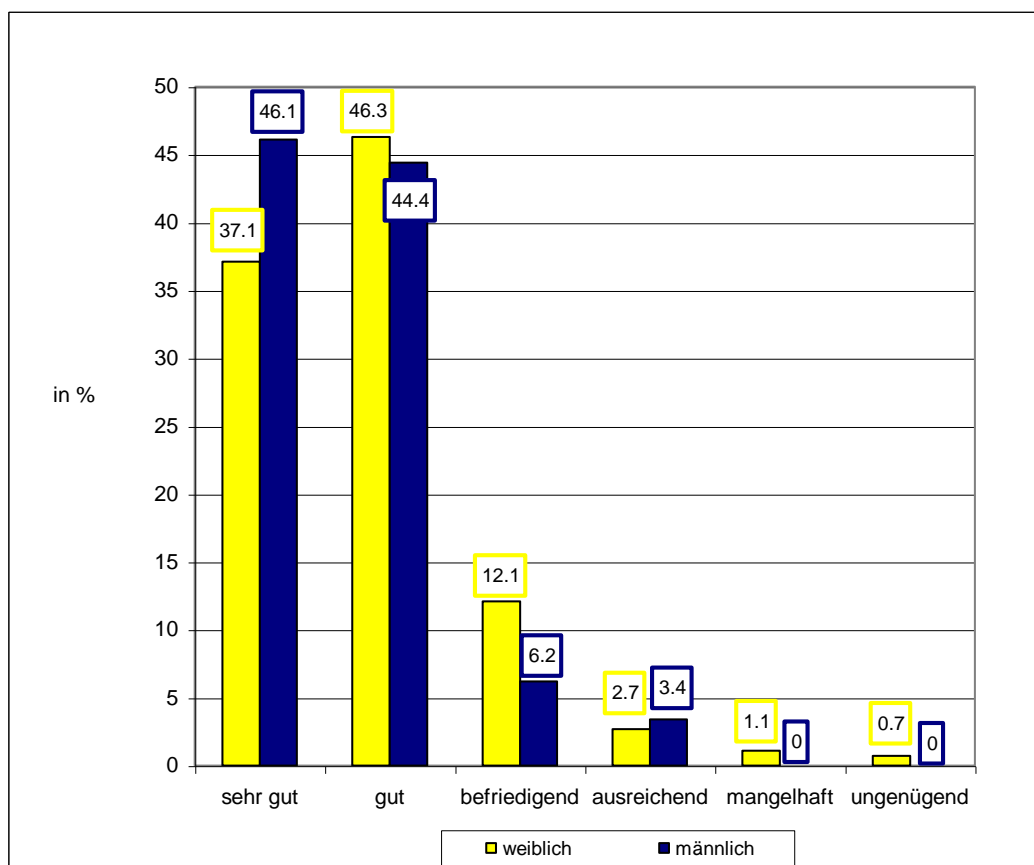
Abb. 68: Form der Berücksichtigung bei Entscheidungen



Weibliche Engagierte zeigen sich auch weniger zufrieden in der Einschätzung des Verhältnisses zwischen freiwillig Engagierten und hauptamtlichen Mitarbeiter/innen (Abb. 66). Über ein Drittel (37,1%) bezeichnen dies als sehr gut; die entsprechende Quote liegt bei den Männern bei 46,1%. Als gut schätzen 46,3% der Frauen und 44,4% der Männer das Verhältnis von Ehren- und

Hauptamtlichen ein. Jede achte (12,1%) engagierte Frau stuft dieses Verhältnis als befriedigend ein, was Anlass gibt, hier nähere Betrachtungen über die möglichen Ursachen anzustellen.

Abb. 69: Verhältnis zwischen freiwillig Engagierten und hauptamtlichen Mitarbeitern



Deutlich mehr als ein Drittel (38,1%) der Männer und damit deutlich mehr als Frauen (26,6%) gibt explizit an, dass ihnen keine Fortbildungen angeboten werden (Abb. 70). Dagegen zeigen sich viele Frauen unentschlossen, hierzu Angaben zu machen (40,6%), was darauf verweisen könnte, dass eine Vorbereitung nicht erfolgte, evtl. aus Sicht der Engagierten aber auch nicht erforderlich war. Wer pflegebedürftige Menschen in einer stationären Einrichtung besucht, ist aus subjektiver Sicht vielleicht auch nicht der Auffassung, dass es dazu einer Vorbereitung bedarf.

Ein Drittel der engagierten Frauen und Männer (36,3%, 33,5%) wurde auf ihre Tätigkeit vorbereitet. Die Form der Vorbereitung fand darin Ausdruck, dass die Engagierten „in ihre Tätigkeit eingeführt“ wurden. Etwas mehr Frauen (27%) als Männer (23,2%) können an internen Fortbildungen teilnehmen (Abb. 71). „Auf Wunsch“ kann jede/r sechste Engagierte (16%) an einer externen Fortbildung

teilnehmen. Männliche Engagierte (14,4%) sorgen häufiger selbst für eine Fortbildung als weibliche (10,5%). Jede zehnte Frau (8,5%) sichert sich ihre externe Fortbildung dadurch, dass sie bspw. einer Hospizgruppe angehört, die entsprechende Schulung erfährt.

Männliche Engagierte (14,4%) geben häufiger an als Frauen (8,3%), dass ihnen von der Einrichtung ein Schlüssel ausgehändigt wird, falls sie für ihre Tätigkeit einen benötigen (Abb. 72).

Wichtig ist wiederum der Befund, dass sich rund die Hälfte aller Frauen (49,3%) und damit deutlich mehr als Männer (44,3%) im Rahmen einer Gruppe in der Einrichtung engagieren (Abb. 73), wobei es sich hier überwiegend um eine Kirchengemeinde (27%) handelt (Abb. 74). Bei den Männern, die sich im Rahmen einer Gruppe engagieren (44,3%) steht dagegen die Zugehörigkeit zu einem gemeinnützigen Verein (17,5%) stärker im Vordergrund, als eine Kirchengemeinde (16,5%) oder ein Wohlfahrtsverband (9,3%).

Abb. 70: Vorbereitung auf die Tätigkeit

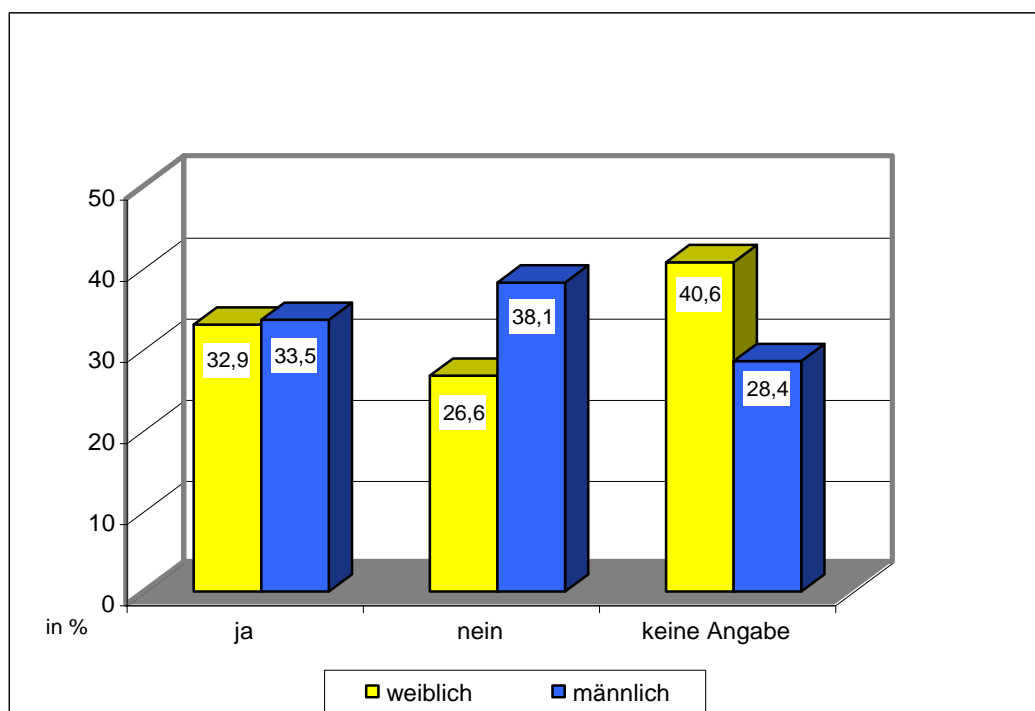


Abb. 71: Art der Vorbereitung

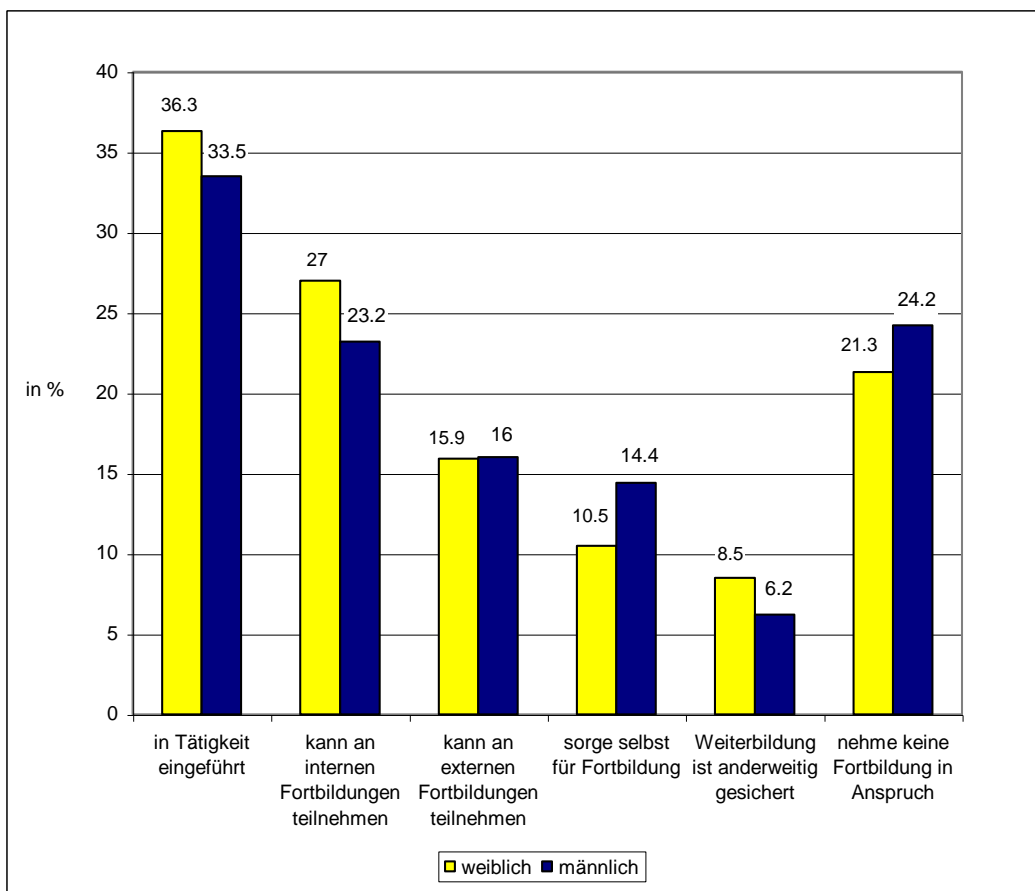


Abb. 72: Wurde Ihnen ein Schlüssel ausgehändigt?

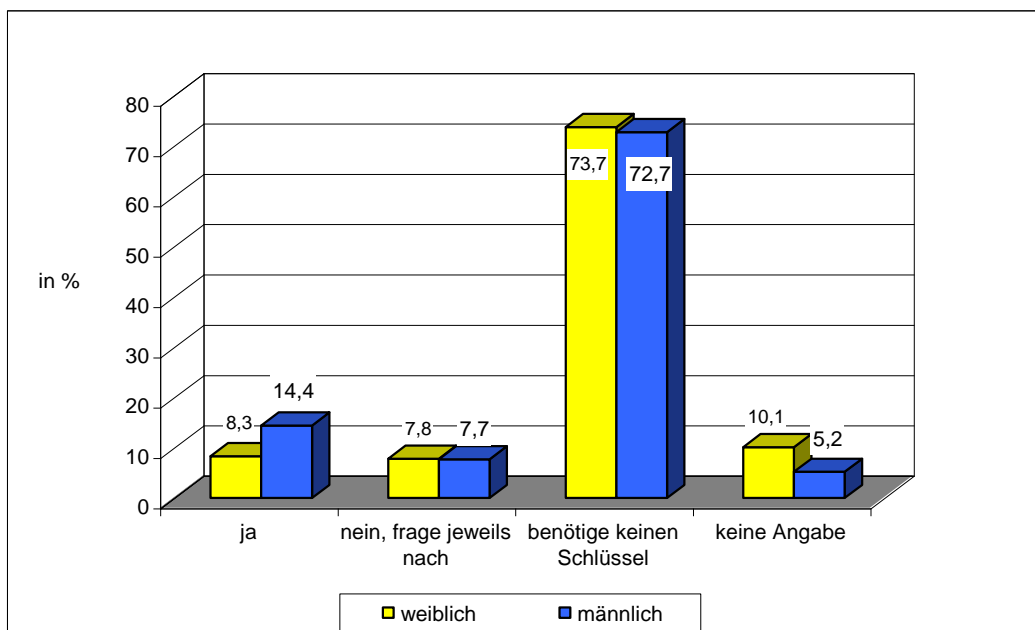


Abb. 73: Engagement im Rahmen einer Gruppe I

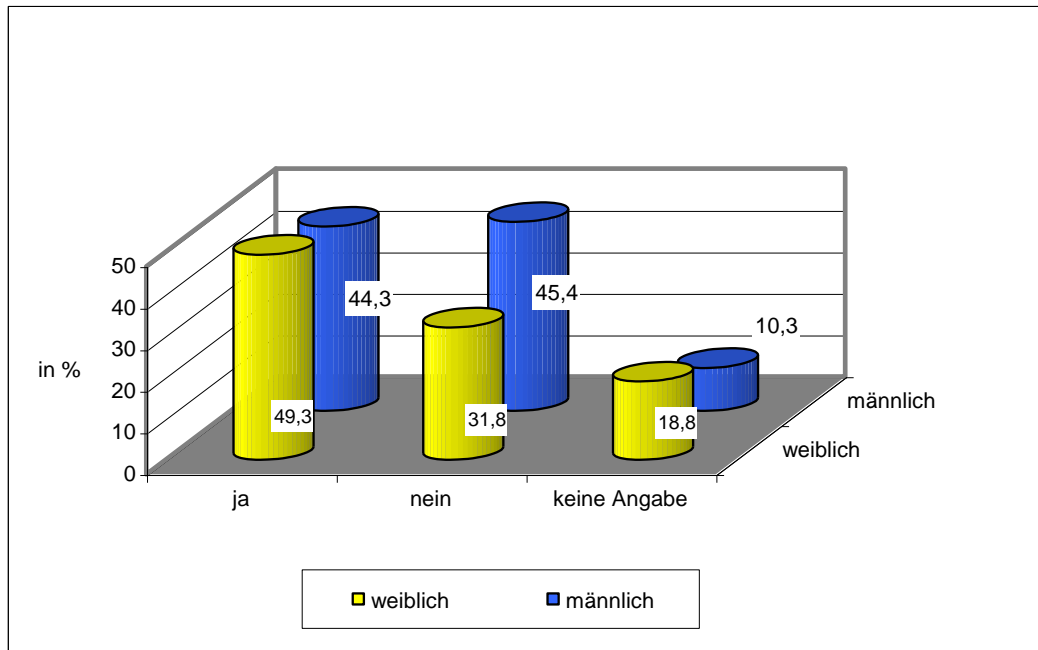
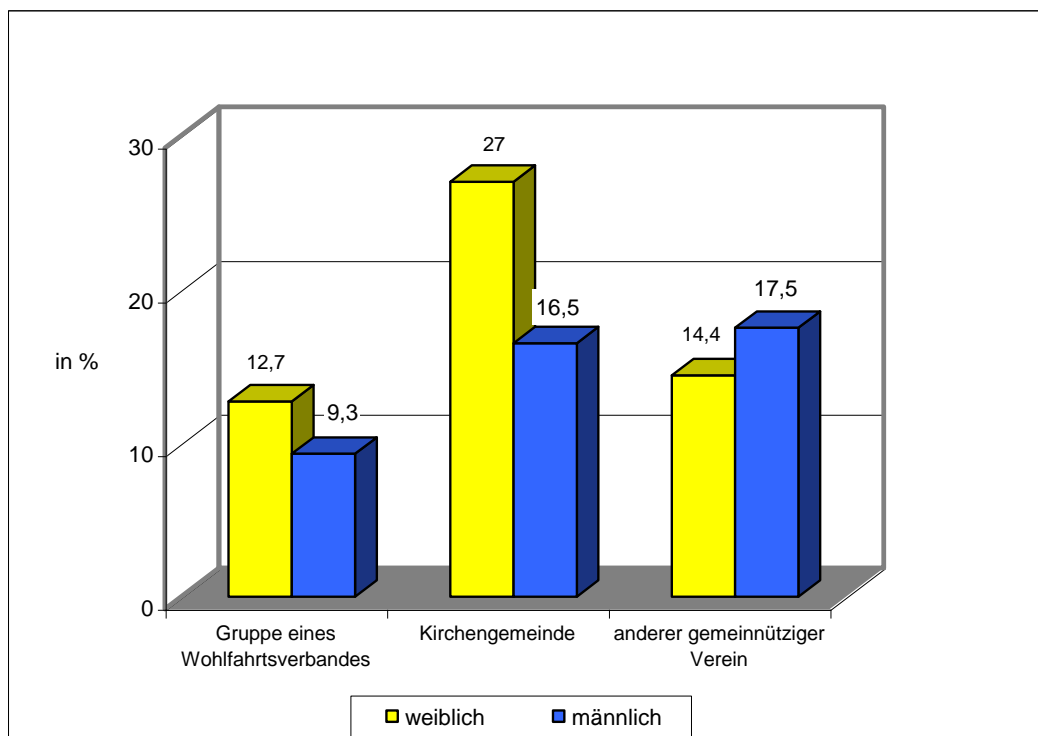


Abb. 74: Engagement im Rahmen einer Gruppe II



#### **4.2.12 Unterschiede nach Altersgruppen**

Über alle Altersgruppen hinweg wird deutlich, dass Selbstmeldung eine wichtige Rolle spielt. Rund ein Drittel in allen Altersgruppen hat sich selbst gemeldet, weil sie der Auffassung sind, dass pflegebedürftige Menschen Unterstützung brauchen (Abb. 75).

Es sind folglich die Aktiven in den Generationen, welche für bürgerschaftliches Engagement in stationären Einrichtungen Impuls gebend sind.

Mit dem Engagement wurde begonnen, weil eine sinnvolle Beschäftigung gesucht wurde, und genau die Betreuung und Hilfe im Pflegeheim dies bietet. Dabei erscheint bedeutsam, dass die jüngste Altersgruppe der unter 30-jährigen zu deutlich über ein Drittel (36,8%) diese Auffassung vertritt, gefolgt von der mittleren Altersgruppe der 30 bis unter 50-jährigen (31,4%).

Bei den drei älteren Altersgruppen fällt der Grund stärker ins Gewicht, durch die Pflege und Begleitung eines Verwandten oder Freundes im Pflegeheim zum freiwilligen Engagement in der Einrichtung gekommen zu sein.

Rund jeder Fünfte in allen Altersgruppen, außer der jüngsten, vermeldet, er wisse durch eigene Pflegeerfahrungen, „wie wichtig dieses Engagement ist“.

Eine wichtige Rolle spielt des Weiteren für alle Altersgruppen – bis auf die jüngste – die Mitgliedschaft in einer Gruppe, die sich im Pflegeheim engagiert.

Für alle Altersgruppen und hier insbesondere auch die jüngste (21%), sind Bekannte wichtig gewesen, die sie auf Möglichkeiten der freiwilligen Tätigkeit im Pflegeheim verwiesen haben.

Schließlich gibt noch mehr als jeder Zehnte in allen Altersgruppen an, von Mitarbeitern der Einrichtung auf ein freiwilliges Engagement in der Einrichtung angesprochen worden zu sein.

Weniger ins Gewicht fallen die Öffentlichkeitsarbeit oder Presseberichte, sowie Infomaterialien der Einrichtung, die Engagierte zum freiwilligen Engagement angeregt hat. Kein Engagierter aus der jüngsten Altersgruppe hat über diese Wege zu seinem Engagement gefunden.

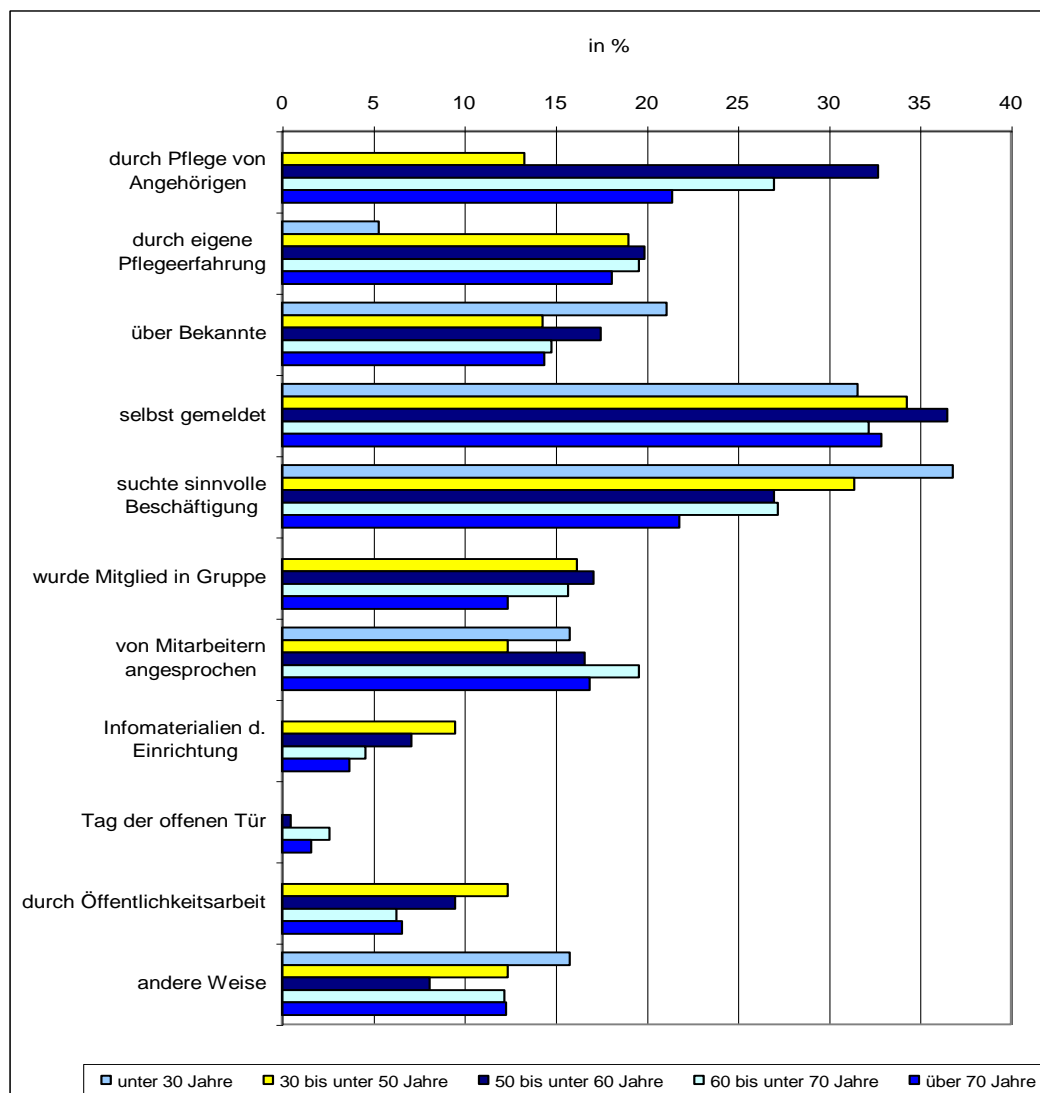
Öffentlichkeitsarbeit stellt jedoch für jeden zehnten Befragten aus der Gruppe der 30- bis unter 50-jährigen (12,4%) und der 50 bis unter 60-jährigen (9,5%) eine Brücke zur freiwilligen Tätigkeit dar, und diese beiden Altersgruppen sprechen noch am ehesten auf seitens der Einrichtung verteilte Infomaterialien an, in

denen über Möglichkeiten des freiwilligen Engagements in der Einrichtung informiert wurde.

Auch ein seitens der Einrichtung veranstalteter Tag der offenen Tür zeigt nur geringfügig Wirkung bei der ältesten (2,5%) und zweitältesten (1,6%) Altersgruppe.

Im Blick auf die Kategorie „andere Weise“ dominieren Antworten, die insbesondere auf vielfache Aktivitäten von evangelischen und katholischen Kirchengemeinden verweisen, in der sich, oft angestoßen durch den Gemeindepfarrer, entsprechende Helfergruppen bilden und sich eine Diakoniarbeit entfaltet. Zusätzlich eröffnet z. T. der Konfirmandenunterricht, eine Landfrauen-Gruppe oder ein Lionsclub Zugangswege zum bürgerschaftlichen Engagement.

Abb. 75: Wie sind Sie dazu gekommen sich zu engagieren?

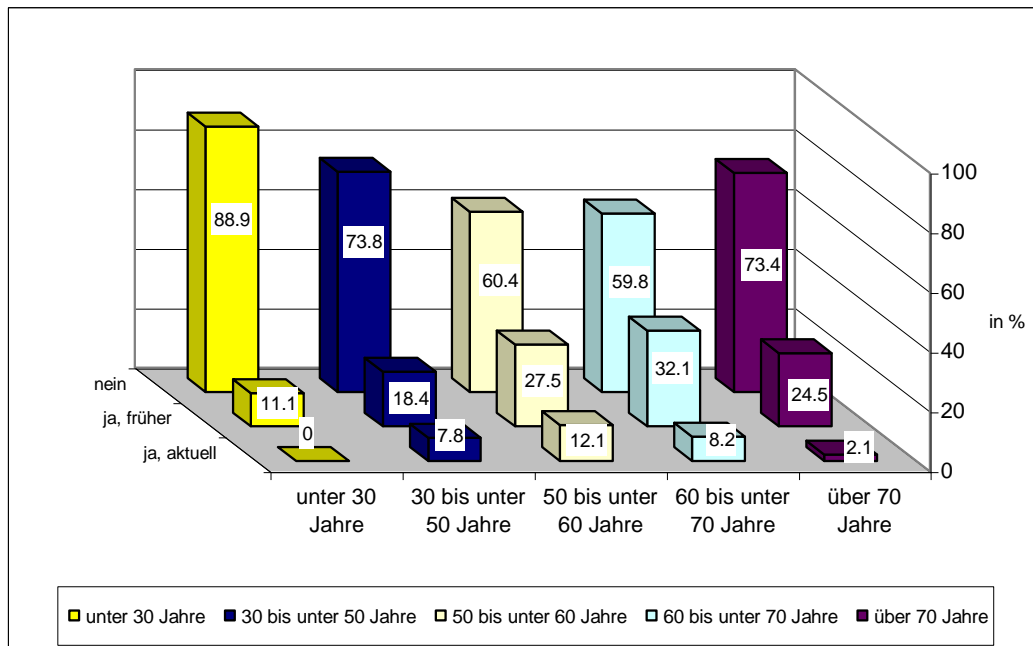




Mit Bezug auf die mittleren Altersgruppen wird erkennbar, dass bei rund jedem zehnten Engagierten derzeit ein Angehöriger in den Einrichtungen wohnt (Abb. 76). 12,1% aus der Altersgruppe der 50 bis 60-jährigen geben an, dass aktuell ein Angehöriger in der Einrichtung lebt; bei den 30 bis unter 50-jährigen und den 60 bis unter 70-jährigen liegt die entsprechende Quote bei 7,8% bzw. 8,2%. Insbesondere in den Altersgruppen der über 30-jährigen lebten Angehörige in früherer Zeit in der Einrichtung. Der verwandtschaftliche Bezug zu Menschen, die aktuell in der Einrichtung wohnen bzw. früher in ihr gelebt haben, bahnt folglich insbesondere für Engagierte in der Altersspanne zwischen 50 und 70 Jahren einen Weg zum Engagement in der Einrichtung, in welche die Generation der Mütter oder Väter, oder der Lebenspartner, die Lebenspartnerin eine Zeit ihres Lebens verbracht haben. In der Gruppe der 60 bis 70jährigen Engagierten hatte ein Drittel (32,1%) und in der der 50 bis 60-jährigen und über 70-jährigen über ein Viertel (27,5%; 24,5%) zu früherer Zeit einen Angehörigen in der Einrichtung.

Die Analysen zeigen, dass Angehörige im Heim durchaus Impulse setzen können für das freiwillige Engagement, d.h., dadurch, dass aktuell oder früher ein Angehöriger in der Einrichtung gelebt hat werden über diesen Angehörigen hinaus Verbindungen zur Einrichtung und ihren Mitgliedern geknüpft. Dies erfolgt altersabhängig in unterschiedlicher Intensität. Bemerkenswerterweise ist die Unabhängigkeit des Engagements von einem Angehörigen im Heim bei der jüngsten Altersgruppe und auch der ältesten am größten. Dabei darf nicht verkannt werden, dass auch bei denjenigen Engagierten, die über Angehörige mit der Einrichtung Verbindung genommen haben, die freiwillige Tätigkeit im Heim gleichfalls auf einer freiwilligen Entscheidung beruht. Das heißt andererseits auch, dass mit der Zugehörigkeit eines Angehörigen zum Heim nicht notwendig freiwilliges Engagement im Heim einhergehen muss.

Abb. 76: Angehörige im Pflegeheim



Differenziert man nach Alter, fällt auf, dass sich die mittleren Altersgruppen stärker als die beiden anderen im organisatorischen Bereich, und hier vor allem bei der Qualitätssicherung beteiligen (Abb. 77), also bspw. der Befragung von Bewohner/innen zu ihrer Zufriedenheit. Im Heimbeirat sind überwiegend die Altersgruppen der 50 bis 60-jährigen (9%), der 60 bis 70-jährigen (11,3%) und der über 70-jährigen (7,8%) tätig.

Die drei Altersgruppen der 50 bis 60-jährigen, der 60 bis 70-jährigen und der über 70-jährigen mit 51,2%, 59,8% bzw. 59,3% überdurchschnittlich stark im Aktivitätsbereich der persönlichen Begleitung mit *Einkaufsdiensten* befasst sind (Abb. 80). *Einkaufsdienste* stellen hier den quantitativ bei weitem ausgeprägtesten Aktivitätsbereich dieser Altersgruppen dar.

In der Altersgruppe der 30 bis unter 50-jährigen dominieren *Besuche* als Aktivitätsbereich (47%). Dagegen ist die jüngste Altersgruppe der Engagierten unter 30 Jahre deutlich überdurchschnittlich im Aktivitätsbereich Gruppenangebote und hier speziell mit *Vorlesen* (52,6%) und *anderen Gruppenangeboten* (52,6%) befasst (Abb. 81). Nicht vertreten ist die jüngste Altersgruppe bei der *Beschaffung von Spenden*, der *Mitgestaltung von Gottesdiensten*, der *Mithilfe bei Festen* und *Basaren*.

Alle anderen Altersgruppen sind – mit großer Streuung – in allen Aktivitätsbereichen vertreten.

Dies verweist durchaus auf eine gewisse Arbeitsteilung der Altersgruppen bei freiwilligem Einsatz in Einrichtungen (in einer Mischung aus Kompetenz, Neigung und Interesse), wobei sich abzeichnet, dass die drei jüngeren Altersgruppen stärker in Gruppenangeboten aktiv sind als die beiden älteren Altersgruppen.

Dagegen tritt die jüngere Altersgruppe nicht in Erscheinung bei der *Organisation und Durchführung von Festen*, die eine Domäne der Altersgruppen zwischen 30 und 70 Jahren darstellt (Abb. 82). Diese Altersgruppen sind zusätzlich bei Aktivitäten engagiert, welche die persönliche Begleitung betreffen, sei es bei der *Mobilitätsunterstützung* und der *Begleitung außer Haus*, oder der *Begleitung zu Gottesdiensten* und letztlich, der *Sterbebegleitung* (Abb. 78).

Sehr viele Aktivitäten finden in den Bereichen „Persönliche Begleitung“ und „Gruppenangebote“ statt, sowie bei Aufgaben, welche die Institutionen der Einrichtung betreffen, während der Aktivitätspegel im organisatorischen Bereich – bis auf die Qualitätssicherung – deutlich weniger ausgeprägt ist.

Wir können folglich davon ausgehen, dass, prinzipielle Offenheit des Zugangs zu allen Aktivitätsbereichen vorausgesetzt, sich die Engagierten gemäß Neigung, Kompetenz und Interesse an den vielfältigen Möglichkeiten beteiligen.

Abb. 77: Aktivitätsbereiche: Organisatorischer Bereich

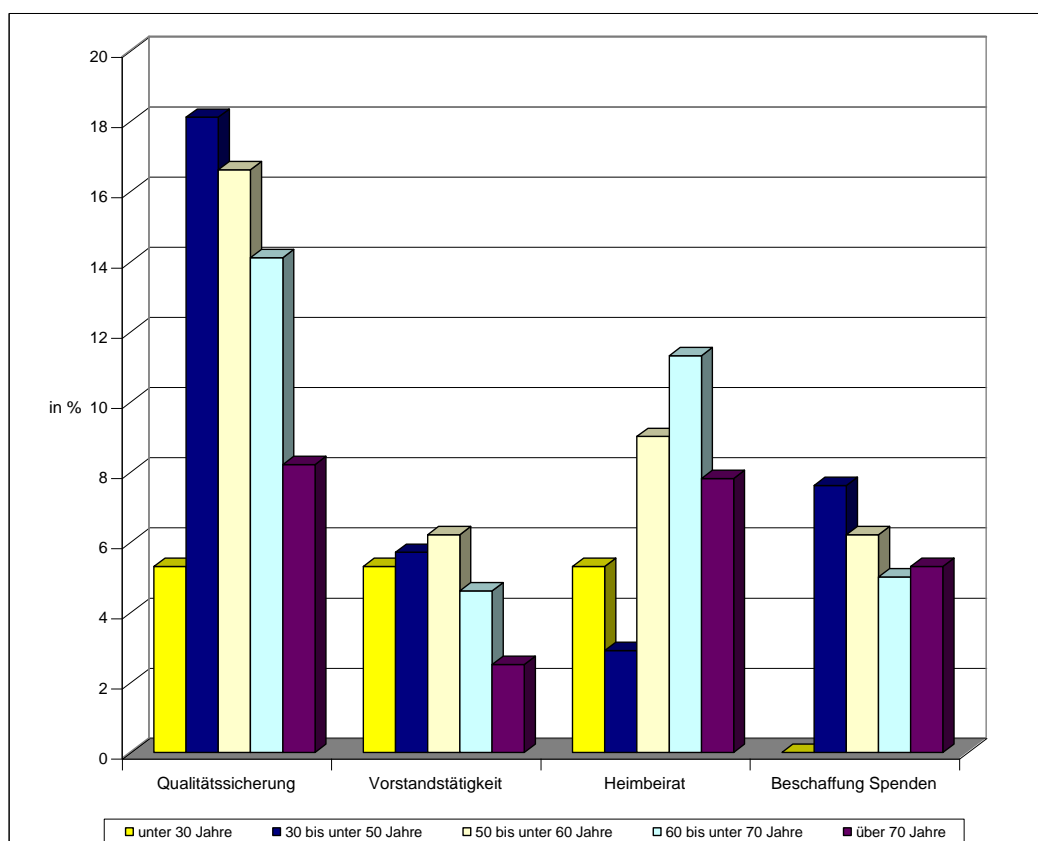


Abb. 78: Aktivitätsbereiche: Persönliche Begleitung

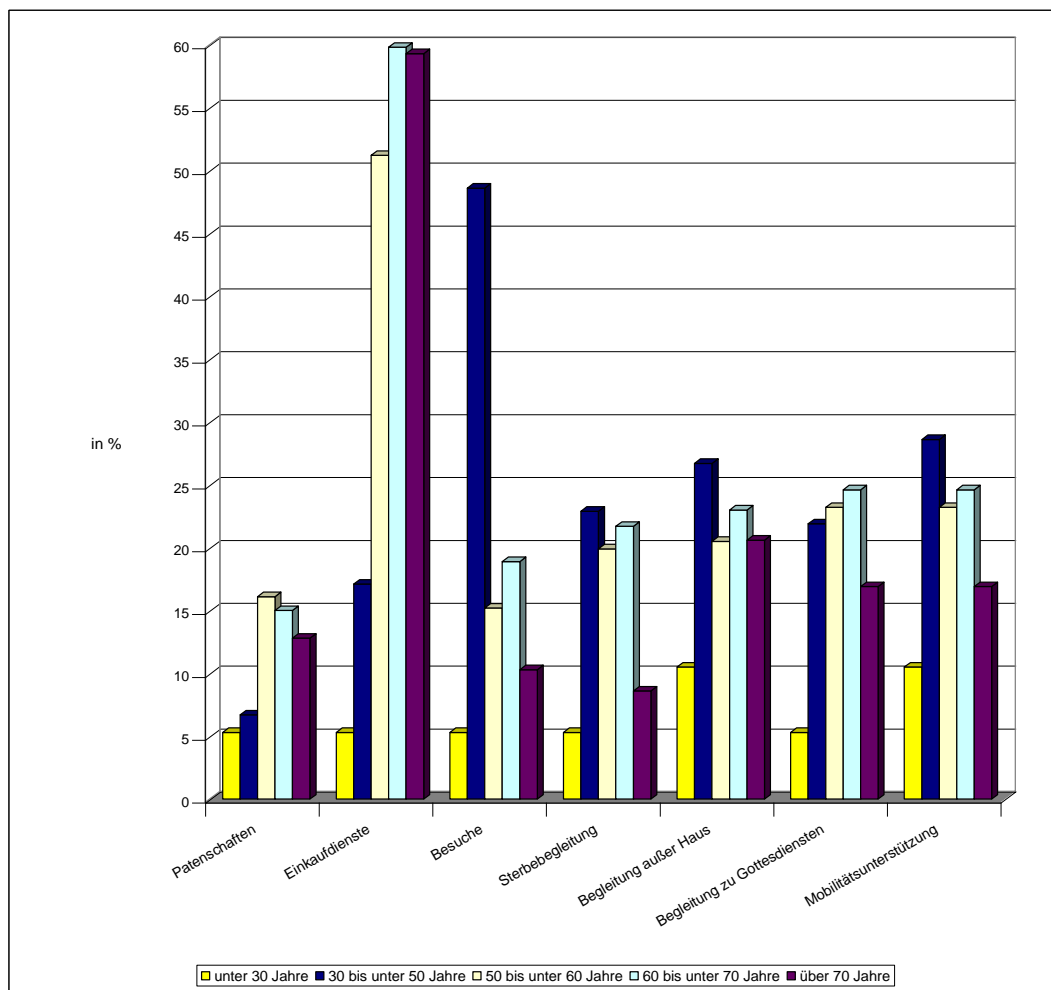


Abb. 79: Aktivitätsbereiche: Gruppenangebote

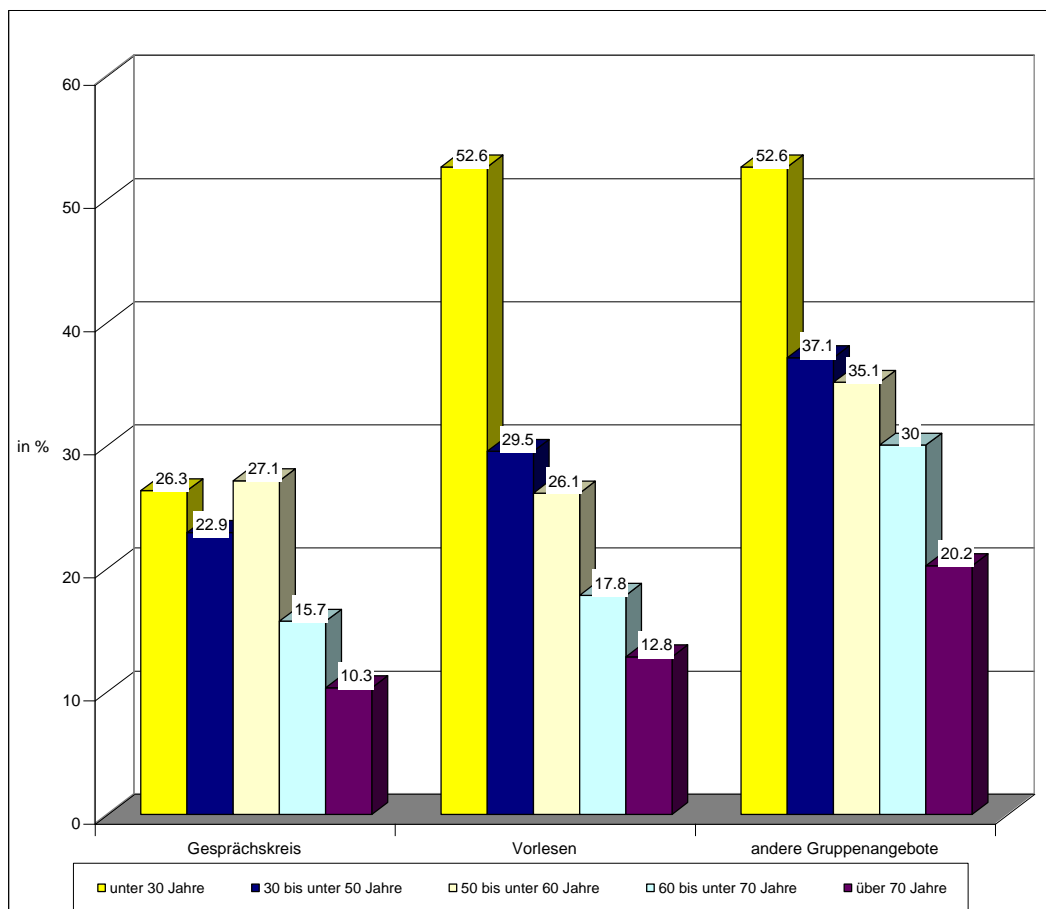
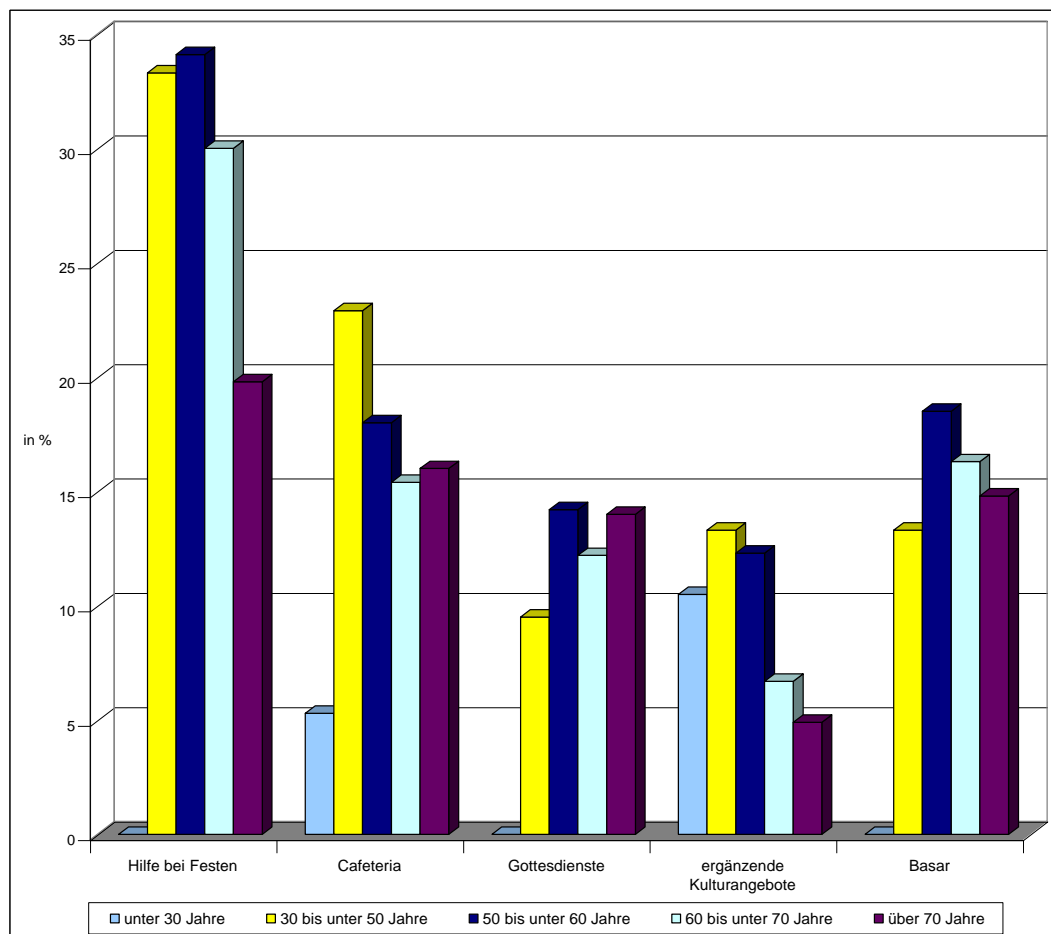


Abb. 80: Aktivitätsbereiche: Aufgaben

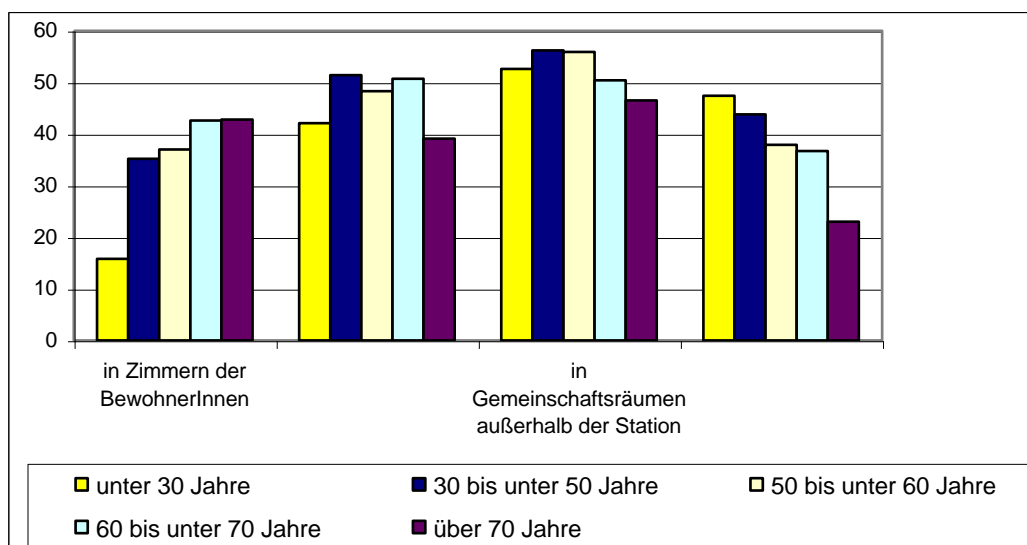


Bei Unterscheidung nach Alter lässt sich konstatieren (Abb. 81), dass die jüngste Altersgruppe am wenigsten Aktivitäten entwickelt, die in den Zimmern der Bewohner/innen angesiedelt sind (15,8%). Hier dominieren die beiden ältesten Gruppen der 60 bis 70-jährigen (42,6%) und über 70-jährigen (42,8%).

Die jüngste Altersgruppe erreicht mit 47,4% die höchste Quote bei Aktivitäten, die außerhalb des Heimes angesiedelt sind; die entsprechende Quote für die Engagierte über 70 Jahre liegt hier bei 23%. Mit zunehmendem Alter nehmen auch Aktivitäten in den Zimmern der Bewohner/innen zu und die Aktivitäten außerhalb des Heimes ab – und umgekehrt.

Alle Altersgruppen finden sich ähnlich stark in Gemeinschaftsräumen außerhalb der Station mit Aktivitäten vertreten. Von Bedeutung erscheint dabei nicht nur die Begegnung der Engagierten mit pflegebedürftigen Menschen, sondern die Kontakte und Kommunikationszusammenhänge von Engagierten untereinander, wofür insbesondere in den Gemeinschaftsräumen außerhalb der Station, in etwas geringerem Umfang aber auch in solchen innerhalb der Station, gute Möglichkeiten bestehen.

Abb. 81: Orte des Engagements

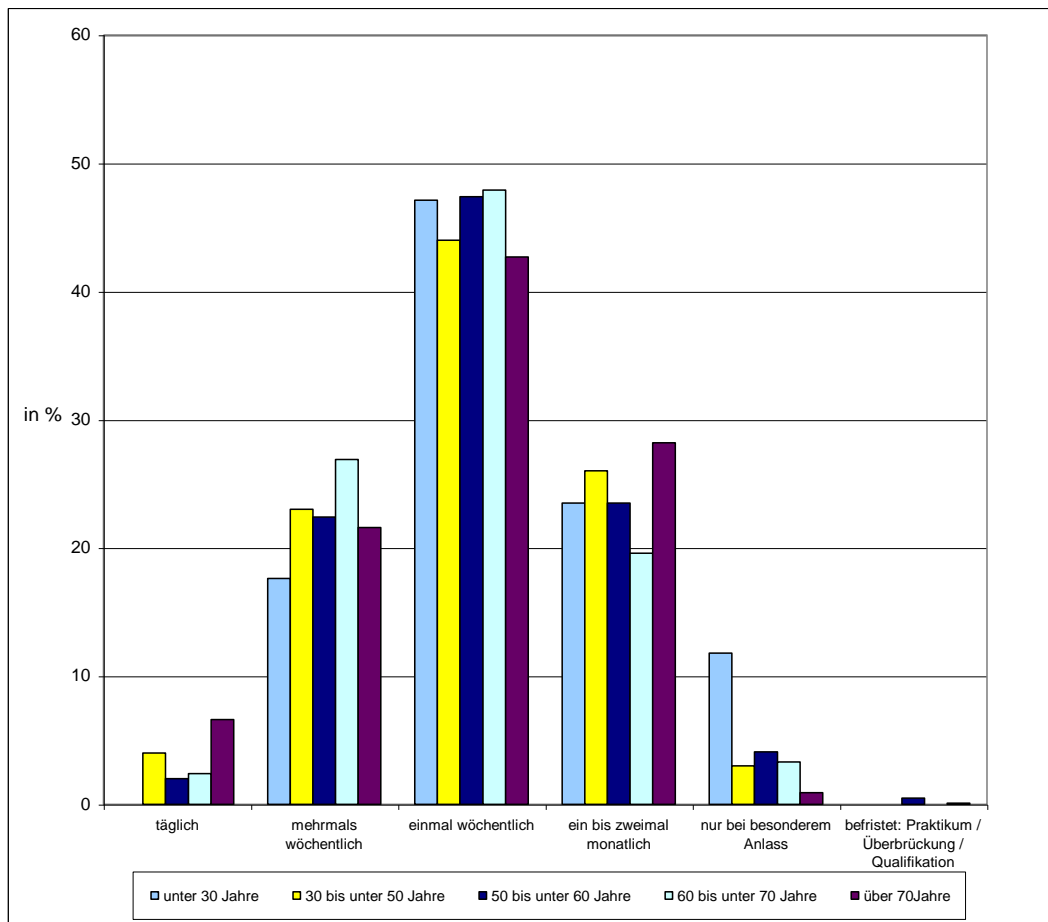


Im Blick auf die Häufigkeit des Engagements gibt nahezu die Hälfte in allen Altersgruppen an, die Einrichtung einmal pro Woche zu besuchen (Abb. 82). Unter den älteren Engagierten über 70 Jahre und der Gruppe der 60 bis unter 70-jährigen finden sich überdurchschnittlich freiwillig Tätige, die täglich bzw. mehrmals wöchentlich die Einrichtung aufsuchen. Dabei ist bei der ältesten Gruppe erkennbar, dass ein Teil aus ihr auch (nur) ein bis zweimal monatlich freiwillige Aktivitäten entfaltet. Von der jüngsten Altersgruppe gibt etwas mehr als jeder Zehnte (11,8%) an, nur aus besonderem Anlass die Einrichtung aufzusuchen.

Auch die Freiwilligen unter den 30 bis unter 60-jährigen weichen nur geringfügig von der Verteilung der anderen Altersgruppen ab, obgleich hier angenommen werden kann, dass diese noch zum überwiegenden Teil einer beruflichen Tätigkeit nachgehen.

Rund jeder Zweite schafft es summa summarum, einmal wöchentlich die Einrichtung aufzusuchen, jede/r Vierte (bis auf die jüngste Altersgruppe) schafft es mehrmals wöchentlich und wiederum rund jeder Vierte in allen Altersgruppen schafft es ein bis zweimal monatlich.

Abb. 82: Häufigkeit des Engagements



Über alle Altersgruppen hinweg wird einhellig betont, dass die freiwillige Tätigkeit gemäß den eigenen Neigungen und Fähigkeiten erfolgt (Abb. 83). Dies bedeutet, dass, gerade auch unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Aktivitätsprofile, die auch altersspezifische Akzentuierungen zeigen, generationenübergreifend eine hohe subjektive Zufriedenheit mit dem eigenen Engagement konstatiert wird.

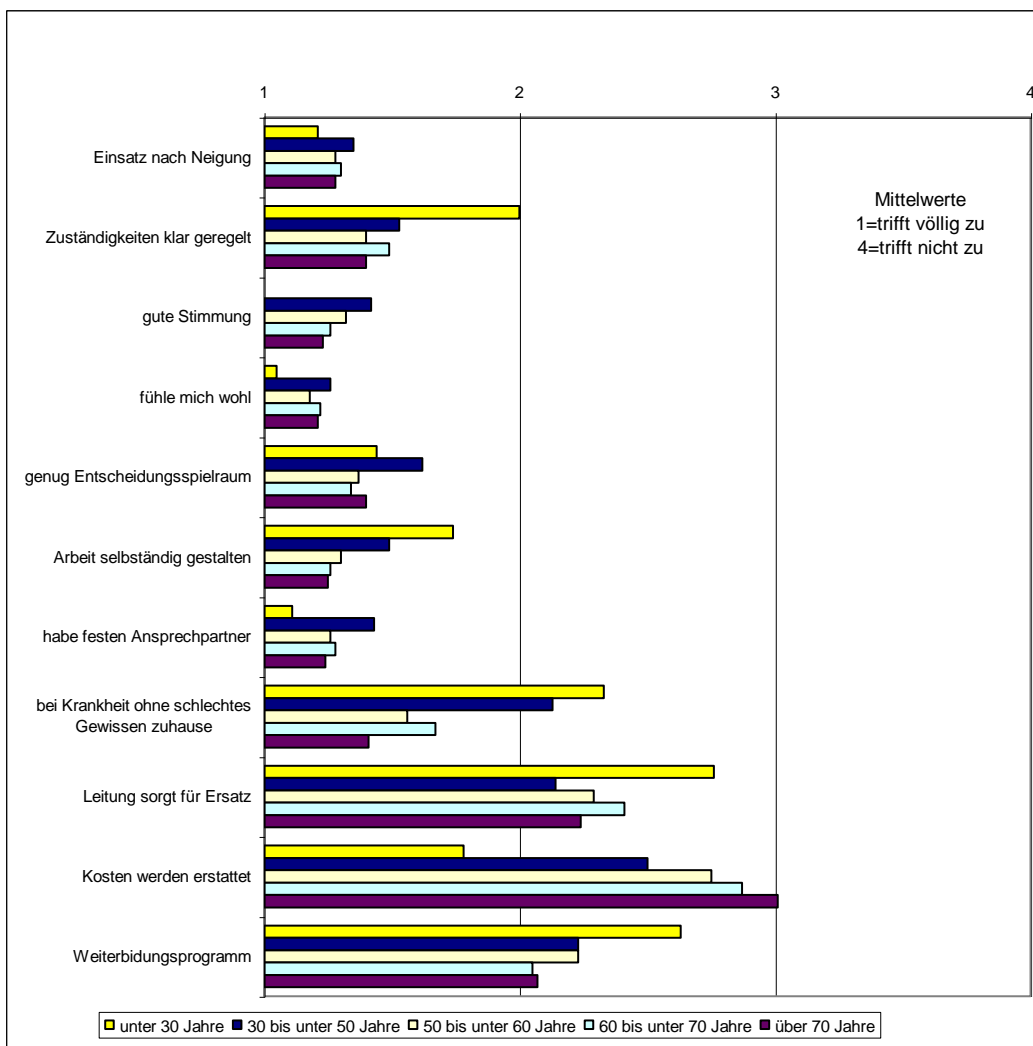
Lediglich die jüngste Altersgruppe führt überdurchschnittlich an, dass im Arbeitsbereich die Zuständigkeiten nicht durchgängig geregelt sind, obgleich es für diese Gruppe offensichtlich nicht an einem festen Ansprechpartner mangelt.

Die jüngste Altersgruppe wird jedoch nicht übertroffen in ihrer Einschätzung, dass im Haus eine gute Stimmung herrscht und man sich an seinem Arbeitsplatz wohl fühlt. Weniger als die anderen Altersgruppen vermeldet die jüngere, dass sie ihre Arbeit selber gestalten könne. Für alle Altersgruppen findet sich offensichtlich auch genügend Entscheidungsspielraum im gewählten freiwilligen Arbeitsbereich, lediglich die Gruppe der 30 bis unter 50-jährigen bringt dies nicht so alternativlos einhellig zum Ausdruck wie die anderen. Diese Gruppe äußert häufiger als die andere, dass die Leitung für Ersatz sorgt, sollte man einmal



krank werden. Dies äußern die anderen Altersgruppen weniger, am wenigsten die jüngste. Die jüngste Altersgruppe gibt deutlich häufiger als alle anderen an, dass die Kosten, die durch die Arbeit entstehen, erstattet werden. Allerdings sieht sie weniger als die anderen Altersgruppen ein gutes Weiterbildungsprogramm der Einrichtung für Ehrenamtliche geboten.

Abb. 83: Aussagen über das eigene Engagement



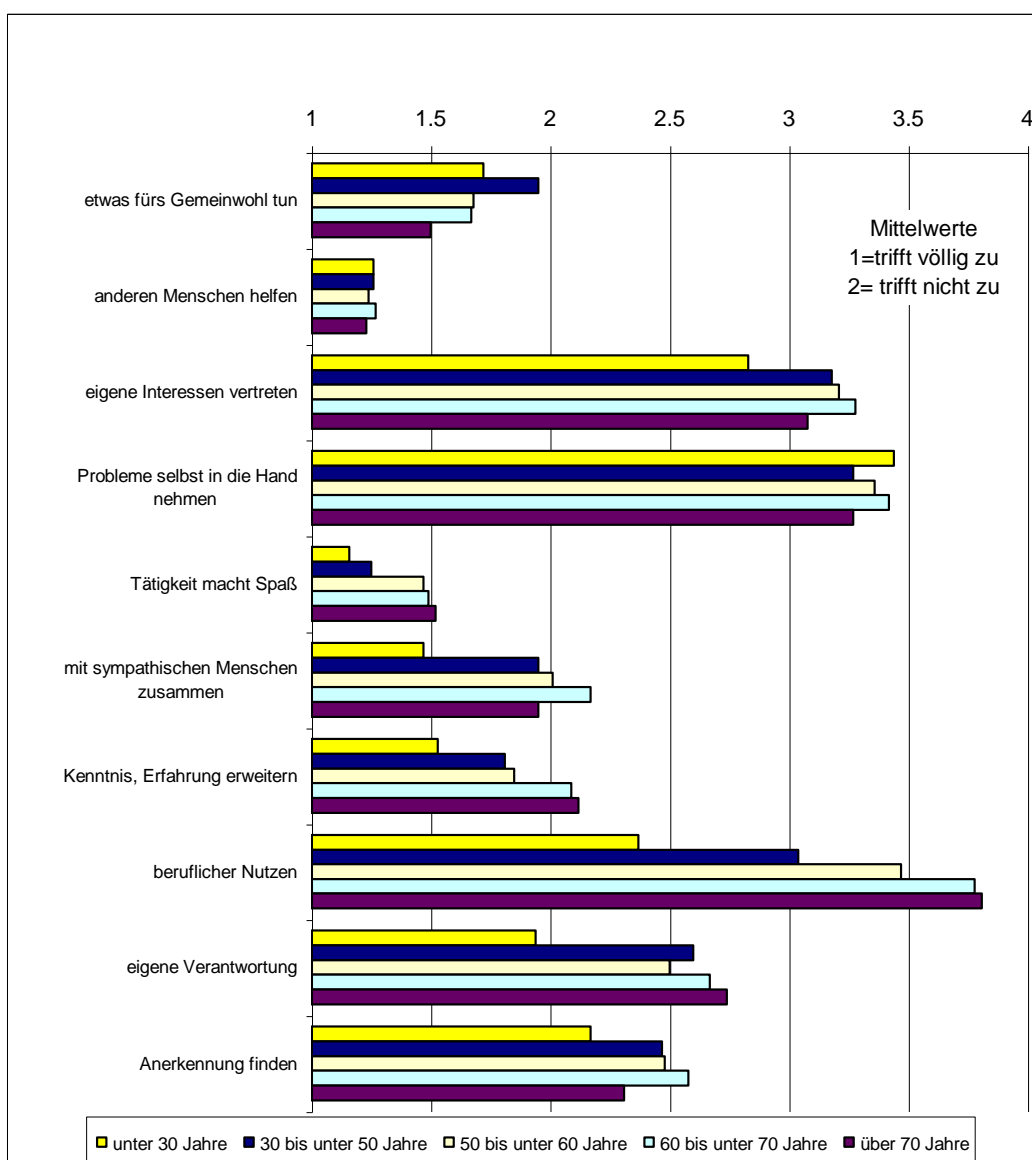
---

Unterschieden nach Alter zeigen sich zum Teil deutliche Unterschiede bei den Gründen für das ehrenamtliche Engagement (Abb. 84). So wird in der Gruppe der über 70-jährigen überdurchschnittlich das Motiv vertreten, durch das eigene Engagement einen Beitrag für das Gemeinwohl zu leisten. Die Gruppe der 30 bis unter 50-jährigen misst diesem Motiv weniger Gewicht bei und betont deutlich stärker, dass ihr die freiwillige Tätigkeit Spaß macht.

Dass ihr die Tätigkeit Spaß macht, betont noch stärker die jüngste Altersgruppe. Das Motiv, Freude oder Spaß an der freiwilligen Tätigkeit zu haben wird jedoch alters übergreifend stark gewichtet, ebenso wie der Faktor, anderen Menschen zu helfen. Gerade die jüngste Altersgruppe sieht in ihrem Engagement auch die Chance, mit Menschen zusammenzukommen, die ihnen sympathisch sind, sowie eigene Erfahrungen und Kenntnisse zu erweitern. Sie betont auch stärker als alle anderen Altersgruppen, eigene Verantwortung und Entscheidungsmöglichkeiten zu haben und, dass die Tätigkeit auch nützlich sein kann für die beruflichen Möglichkeiten.

Kaum ins Gewicht fallen Motive, berechnete eigene Interessen durch das Engagement zu vertreten, oder mit demselben eigene Probleme selbst in die Hand zu nehmen und zu lösen. Auch Anerkennung finden zählt bei allen Altersgruppen nicht zu den drei Hauptmotiven: (1) mit ihrem Engagement anderen Menschen helfen können, (2) an der Tätigkeit Spaß zu haben und (3) etwas für das Gemeinwohl tun zu können. Bei der jüngsten Altersgruppe ist das Motiv, dass das freiwillige Engagement auch mit Spaß verbunden ist, am stärksten ausgeprägt.

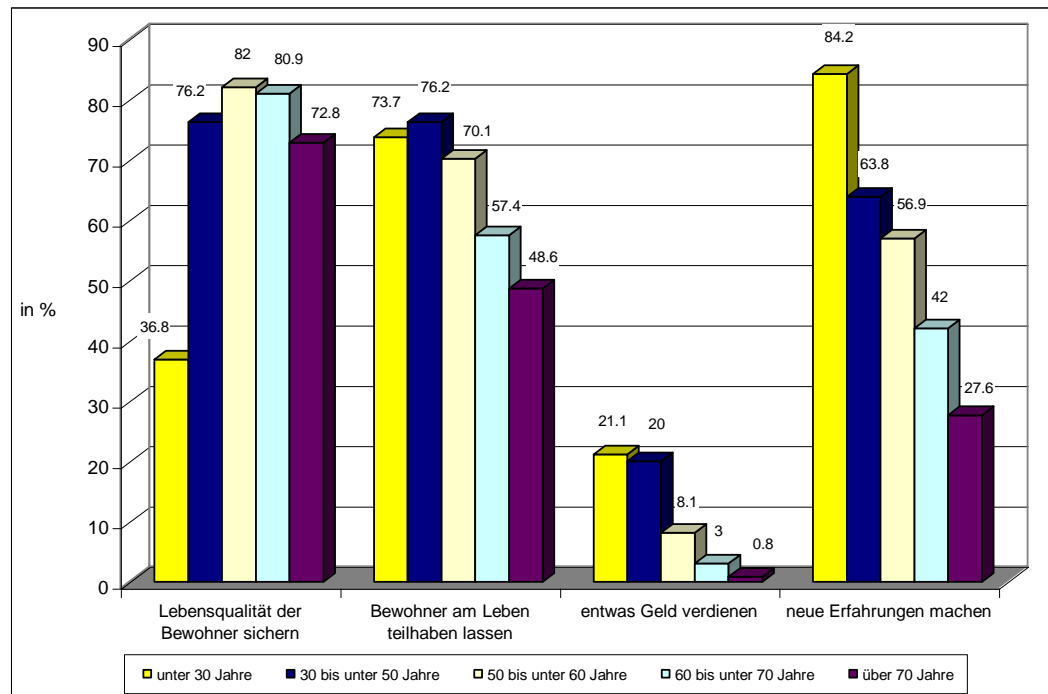
Abb. 84: Gründe sich zu engagieren



Nach Alter unterschieden, zeigt sich, dass, bis auf die jüngste Altersgruppe, alle anderen ihr ehrenamtliches Engagement für ausgesprochen wichtig halten, um die Lebensqualität der Bewohner/innen zu sichern (Abb. 85). Die jüngste Altersgruppe schätzt es dagegen als noch wichtiger ein, die Bewohner/innen am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Der Aspekt der gesellschaftlichen Integration wird von den jüngeren Altersgruppen als genauso wichtig eingeschätzt, wie die Sicherung der Lebensqualität der Bewohner/innen. Die jüngste Altersgruppe zeichnet sich vor allem auch dadurch aus, dass sie ihr ehrenamtliches Engagement für wichtig hält, um neue Erfahrungen zu machen, d.h., die Offenheit der jüngeren Menschen für andere Lebens- und Tätigkeitsbereiche – und in diesem Falle, für die Lebenswelt älterer Menschen, ist beachtlich. Sie zeigt an, dass das Augenmerk bei bürgerschaftlichem Engagement für ältere

Menschen stärker als bisher auch auf dem Einbezug der jüngeren Generationen liegen sollte.

Abb. 85: Motive sich zu engagieren



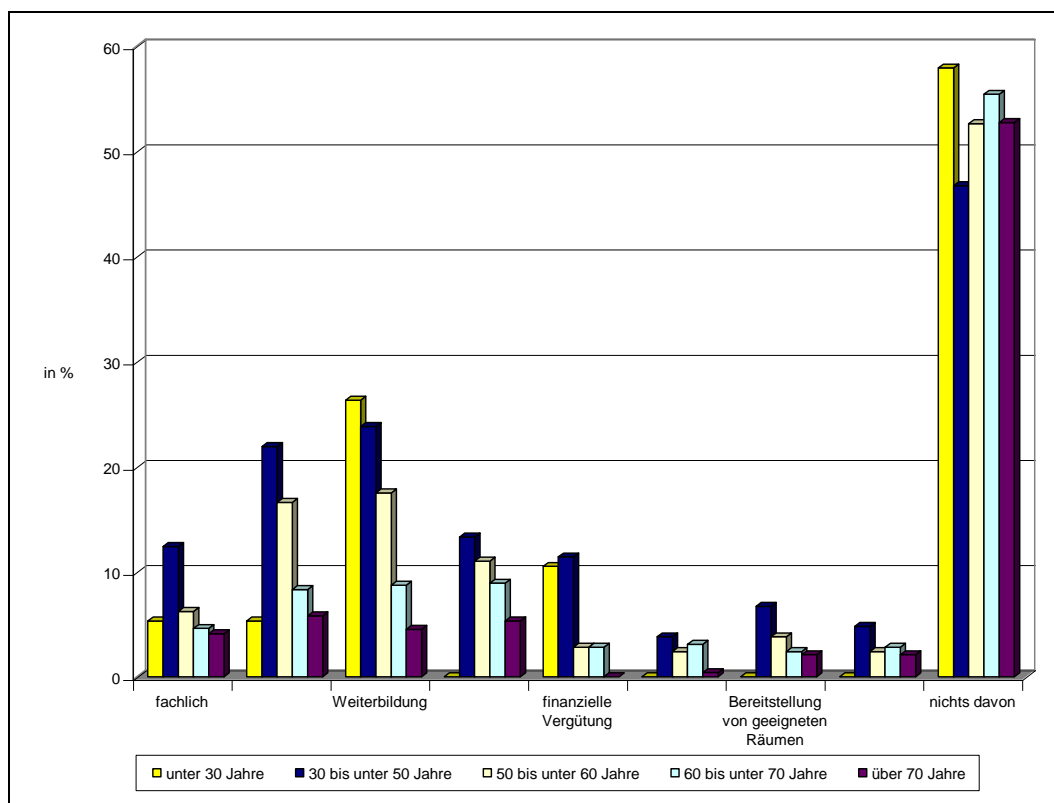
Alle Altersgruppen sehen sich offensichtlich bereits in genügender Weise bei ihrem Engagement durch die Einrichtung unterstützt (Abb. 86); rund jede/r Zweite in allen Altersgruppen braucht keine zusätzliche Unterstützung. Insofern eine verstärkte Unterstützung von Seiten der Einrichtung gewünscht wird, betrifft dies vor allem Weiterbildungsmöglichkeiten, die sich rund ein Viertel aus der jüngsten (25%) und zweitjüngsten (24%) Altersgruppe wünschen. Auch die 50 bis unter 60-jährigen Freiwilligen artikulieren hier noch einen merklichen Bedarf. Hinzu kommt, dass sich die 30 bis 60-jährigen eine verstärkte menschliche und psychische Unterstützung seitens der Einrichtung wünschen. Dabei zeigt sich, dass die Gruppe der 30 bis unter 50-jährigen überdurchschnittlich viele Besuche bei Bewohner/innen von stationären Einrichtungen leistet, sich dabei vermutlich also häufiger in den Zimmern der Pflegebedürftigen aufhält und ansonsten möglicherweise weniger Kontakte besitzt als andere Altersgruppen. Etwas mehr als jede/r Zehnte aus dieser Altersgruppe wünscht sich eine verstärkte fachliche Unterstützung der Tätigkeit.

Schließlich wünscht sich rund jede/r Zehnte aus den beiden jüngsten Altersgruppen eine verstärkte Unterstützung bei der finanziellen Vergütung für die geleistete Arbeit, und wiederum rund jeder zehnte Freiwillige in den Altersgrup-

pen von 30 bis 70 Jahre eine verstärkte Anerkennung der Tätigkeit durch hauptamtliche Kräfte der Einrichtung.

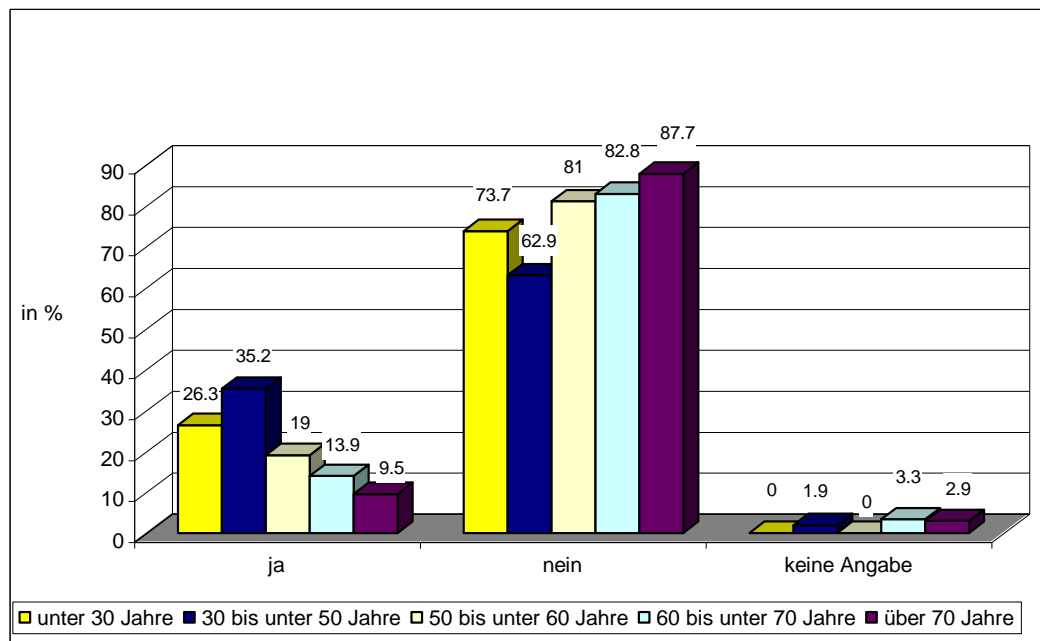
Es zeichnet sich folglich im Detail für die Einrichtungen ab, sich für Anliegen der Freiwilligen resonanzfähig zu halten und dabei auch altersspezifische Interessen zu berücksichtigen.

Abb. 86: Wünsche nach Unterstützung durch Hauptamtliche



Unterschieden nach Alter geben über ein Viertel (26,3%) aus der jüngeren und über ein Drittel (35,2%) aus der zweitältesten Altersgruppe an, für ihr Engagement eine finanzielle Aufwandsentschädigung zu erhalten (Abb. 87). Weniger verbreitet sind solche Entschädigungen in der Altersgruppe der 50 bis unter 60-jährigen (19%) und der 60 bis unter 70-jährigen. Von den über 70-jährigen gibt noch knapp jeder Zehnte (9,5%) an, eine entsprechende Entschädigung zu erhalten. Bei den beiden jüngeren Altersgruppen geht das Engagement folglich deutlich stärker mit einer Aufwandsentschädigung einher, als es bei den älteren Altersgruppen, vor allem der ältesten, der Fall ist.

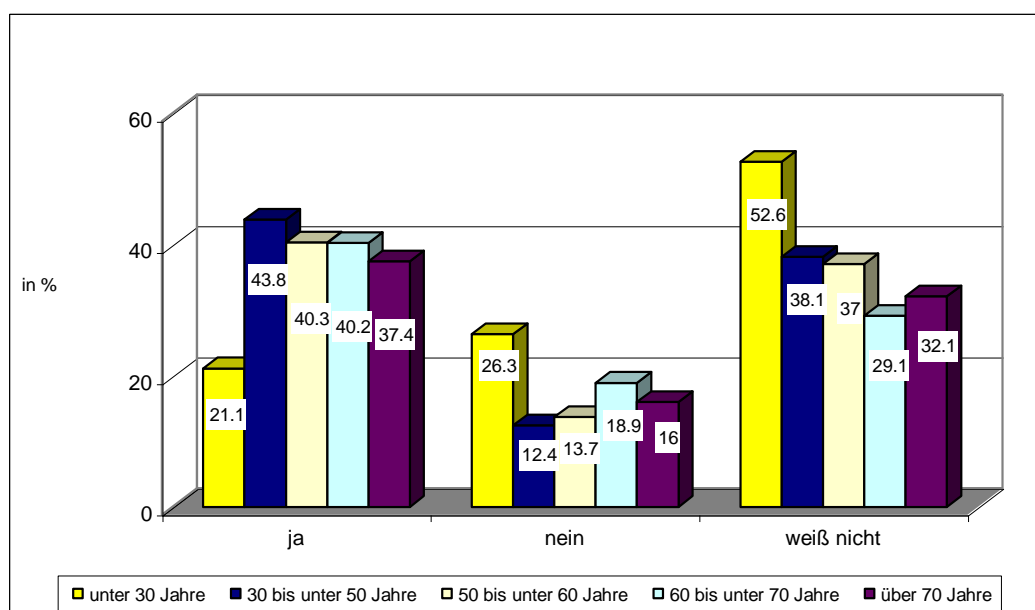
Abb. 87: Finanzielle Aufwandsentschädigung



Bei den jüngeren Engagierten herrscht am wenigsten Kenntnis darüber vor (52,6%), ob eine Versicherung im Rahmen des freiwilligen Engagements besteht; mehr als jeder Zweite kann darüber keine Angabe machen und nur rund jede/r Fünfte (21,1%) bejaht dies explizit (Abb. 88). Auch bei den älteren über 70 Jahre zeigen sich entsprechende Unsicherheiten; die Quote der Versicherten liegt bei 37,4%. In den drei mittleren Altersgruppen geben dagegen jeweils über 40% an, im Rahmen des Engagements von der Einrichtung versichert zu sein.

Sofern eine Versicherung besteht, erstreckt sie sich in allen Altersgruppen auf eine Unfall- und/oder Haftpflichtversicherung, nur in wenigen Fällen auf eine Kfz-Haftpflichtversicherung und speziell bei der jüngsten Altersgruppe wird unter „sonstige Versicherung“ eine Wegeversicherung von der Schule/Einrichtung nach Hause erwähnt.

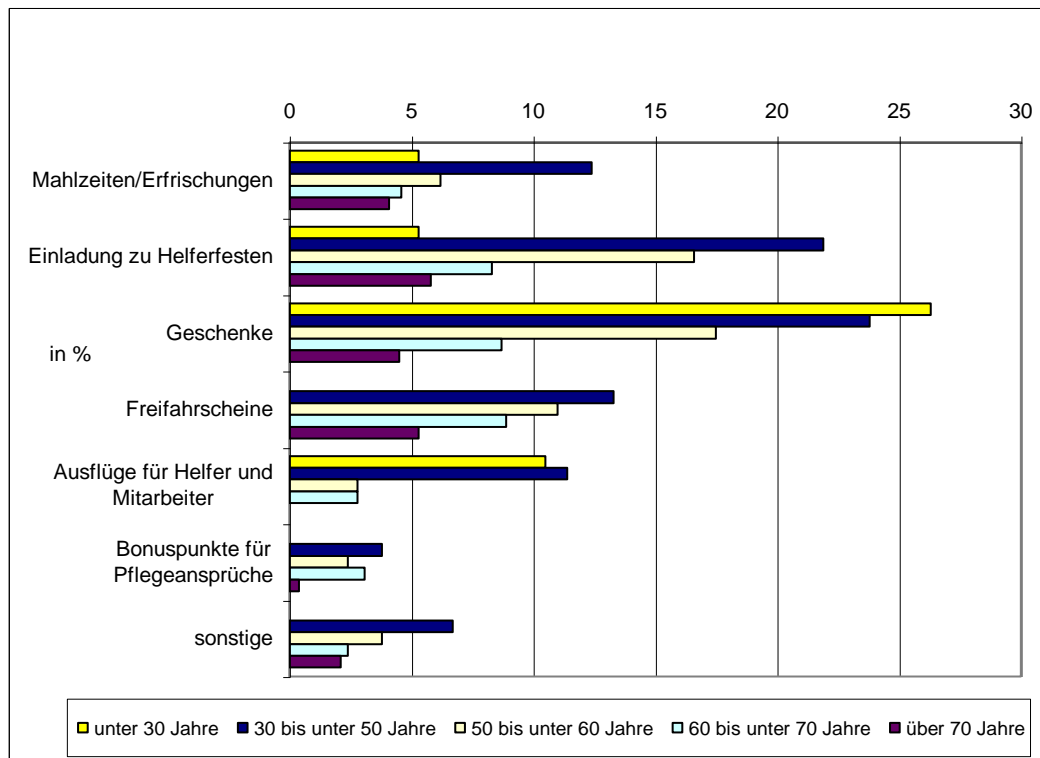
Abb. 88: Versicherung



Unterschieden nach Alter dominieren bei den beiden jüngeren Altersgruppen und der mittleren bei den Vergünstigungen für freiwilliges Engagement Geschenke zu persönlichen Anlässen wie bspw. an Geburtstagen (Abb. 89). Die beiden jüngeren Altersgruppen sind zudem deutlich häufiger als die anderen bei Ausflügen dabei. Eine wichtige Rolle für die Altersgruppen zwischen 30 und 60 Jahren spielen zusätzlich Einladungen zu Helferfesten und Freifahrtscheine. Den 30 bis 50-jährigen werden zusätzlich häufiger Mahlzeiten und/oder Erfrischungen zuteil.

Insgesamt fällt auf, dass insbesondere die über 70-jährigen freiwillig Tätigen, etwas weniger markant auch die 60 bis unter 70-jährigen, deutlich weniger mit Vergünstigungen bedacht werden als die jüngeren Altersgruppen.

Abb. 89: Vergünstigungen von der Einrichtung



Je jünger Freiwillige sind, desto eher wird offensichtlich ihre Meinung bei Entscheidungen berücksichtigt (Abb. 90). Über zwei Drittel (68,4%) aus der jüngsten Gruppe vermelden dies. Da die Engagementfelder nach Alter differieren und ältere Freiwillige häufiger Besuche bei Pflegebedürftigen durchführen, während jüngere Altersgruppen stärker in Gruppenaktivitäten, z.B. bei der Vorbereitung von Festen, eingebunden sind, leuchtet ein, dass bei der Wahrnehmung von Besuchen, weniger gemeinsam zu treffende Entscheidungen gefordert sind. Die älteste Gruppe der über 70-jährigen kann folglich mit der Frage auch insoweit weniger anfangen, als 41,6% aus dieser Gruppe sich für „keine Angabe“ entscheiden. Die Frage stellt praktisch im Kontext der freiwilligen Verrichtungen dieser Gruppe „kein Thema“ dar, im Unterschied zu den anderen Altersgruppen.

Die Berücksichtigung der Meinung von Engagierten findet überwiegend darin Ausdruck, dass diese gelegentlich nach ihrer Meinung gefragt werden (Abb. 91), rund zwei Drittel (63,2%) der jüngsten Altersgruppe und noch 44,8% bzw. 41,2% der zweiten und dritten Altersgruppe sehen sich in solche Gesprächszusammenhänge eingebunden, deutlich weniger die über 60 und 70-jährigen (34,8; 25,5%).



Abb. 90: Berücksichtigung bei Entscheidungen

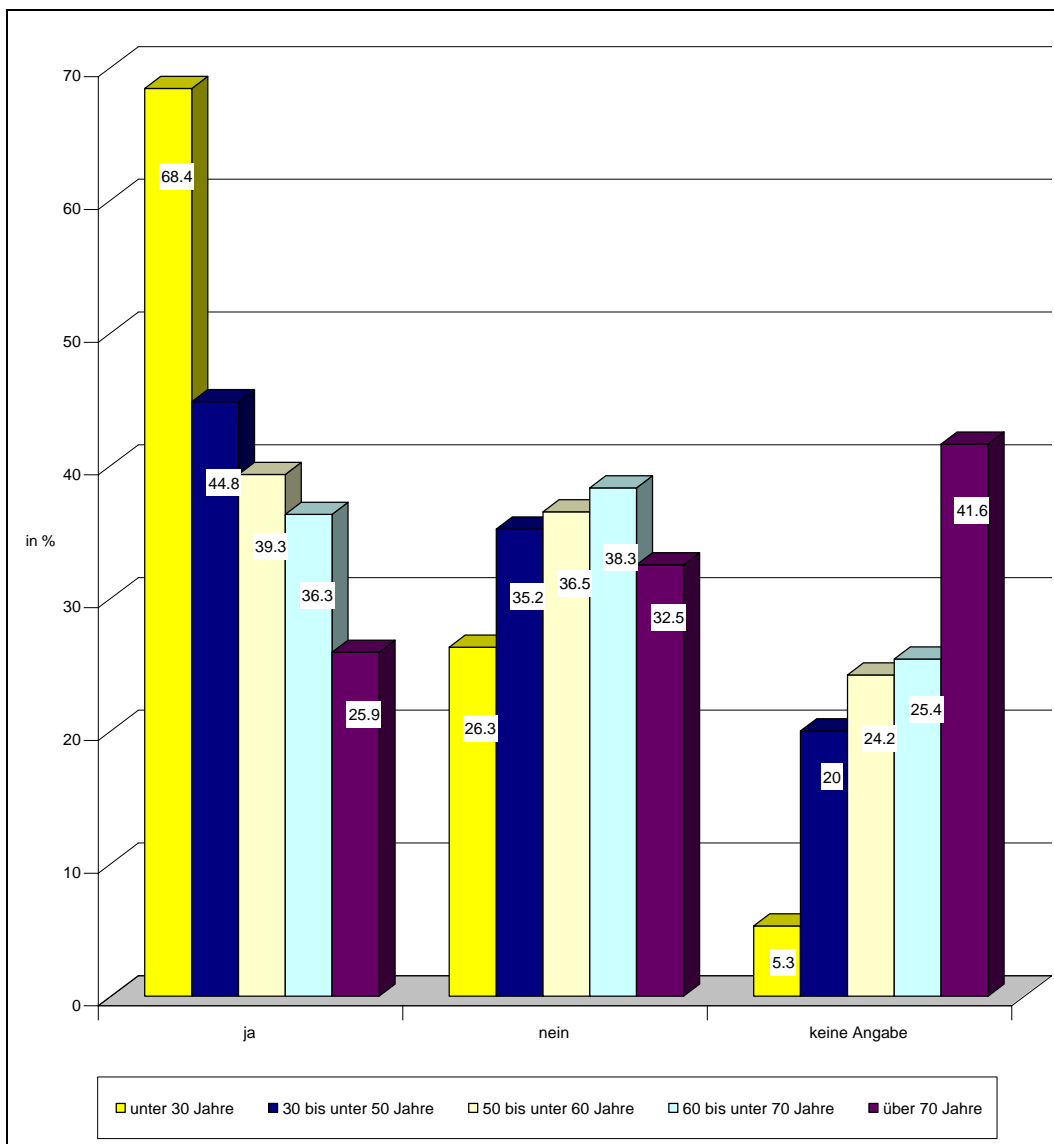
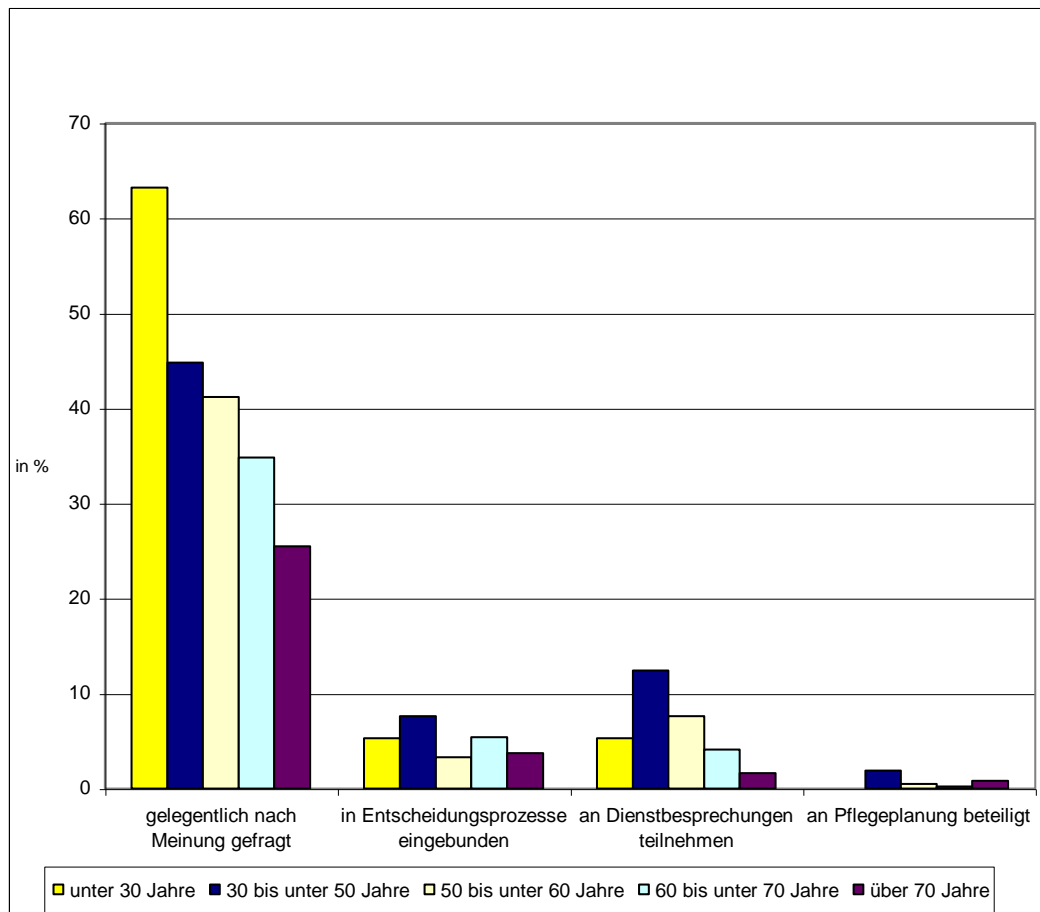
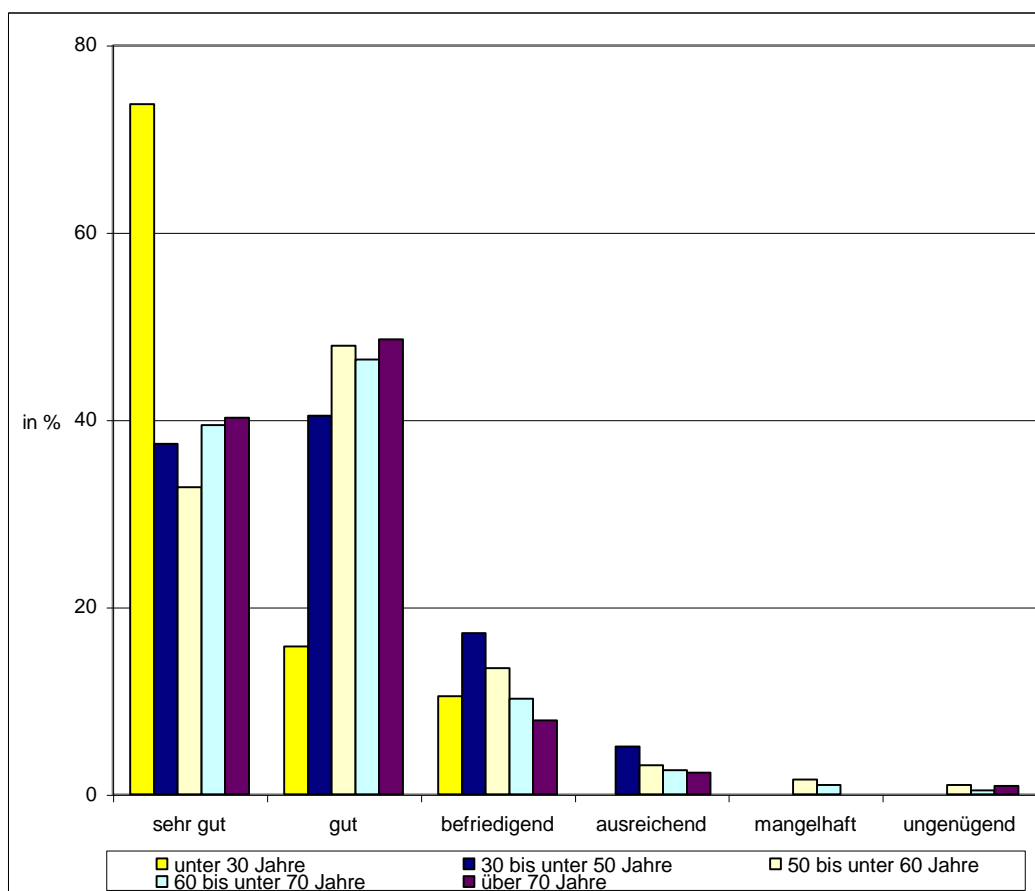


Abb. 91: Berücksichtigung bei Entscheidungen



Drei Viertel (73,7%) aus der jüngsten Altersgruppe beurteilt das Verhältnis zu den hauptamtlichen Mitarbeiter/innen als sehr gut, die entsprechende Quote in den anderen Altersgruppen liegt zwischen 32,8% und 40,2% (Abb. 92). Nahezu die Hälfte in diesen Altersgruppen charakterisiert das Verhältnis zu Hauptamtlichen als „gut“. Lediglich bei der Altersgruppe der 30 bis unter 50-jährigen, die im Blick auf die Engagementfelder überdurchschnittlich Besuche durchführen, sowie bei der Mithilfe von Festen, im Cafeteriadienst und bei der Qualitätssicherung engagiert sind, beurteilen 22,3% das Verhältnis als befriedigend oder schlechter. Bei der jüngeren Altersgruppe ist also eine Reihe von Indikatoren gegeben, welche auf besondere Ermöglicungen gerade auch für diese Gruppe durch das freiwillige Engagement im Pflegeheim verweist.

Abb. 92: Verhältnis zwischen freiwillig Engagierten und Hauptamtlichen



In der Gruppe der über 70-jährigen macht jede/r zweite Engagierte (50,2%) und in der der 60 bis 70-jährigen mehr als jede/r Dritte (38,9%) keine Angabe darüber, ob sie/er auf die freiwillige Tätigkeit vorbereitet wurde (Abb. 93). Offensichtlich liegt eine solche Möglichkeit der Vorbereitung derzeit weder aus Sicht der älteren Befragten, noch aus Sicht der Leitung des Pflegeheimes in Reichweite.

Die beiden älteren Altersgruppen geben folglich explizit nur mit geringer Quote an, auf ihre Tätigkeit vorbereitet worden zu sein (22,6%; 30,6%). Auch hier lässt sich ein Zusammenhang mit den in dieser Gruppe hauptsächlich geleisteten Tätigkeiten herstellen. Allerdings erscheint es ratsam, die Ansprache gegenüber den älteren Freiwilligen zu intensivieren, um für eine Integration ihrer Leistungen in den Gesamtprozess der Aktivitäten im Pflegeheim bewusst Sorge zu tragen. Immerhin ist auch für die jüngste Gruppe zu konstatieren, dass knapp die Hälfte (47,4%) vermeldet, nicht auf ihre Tätigkeit vorbereitet worden zu sein.

Eine Einführung in ihre Tätigkeit erhielten über 40% der drei jüngeren Altersgruppen und knapp ein Drittel der beiden älteren Altersgruppen (Abb. 94).

Die Teilnahme an internen Fortbildungen kommt weniger der jüngsten und der ältesten Altersgruppe zugute und mehr den drei mittleren zwischen 30 und 70 Jahre, ebenso wie die Möglichkeit der Teilnahme an externen Fortbildungen.

Manchen Freiwilligen werden seitens des Heimes keine Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten, sie sorgen jedoch selbst für solche. Offensichtlich hat hier insbesondere die jüngste Altersgruppe Möglichkeiten, selbst für Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu sorgen (26,3%). Auch jeder Zehnte der drei mittleren Altersgruppen gibt an, selbst für Fortbildung zu sorgen. Explizit keine Fortbildung in Anspruch nehmen rund ein Viertel der 60 bis 70-jährigen (23,1%) und der über 70-jährigen (25,1%), sowie ein Fünftel (21,1%) der jüngsten Altersgruppe

Am weitesten verbreitet sind folglich Aktivitäten der *Einführung* von freiwillig Engagierten in ihre Tätigkeit.

Abb. 93: Vorbereitung auf die Tätigkeit

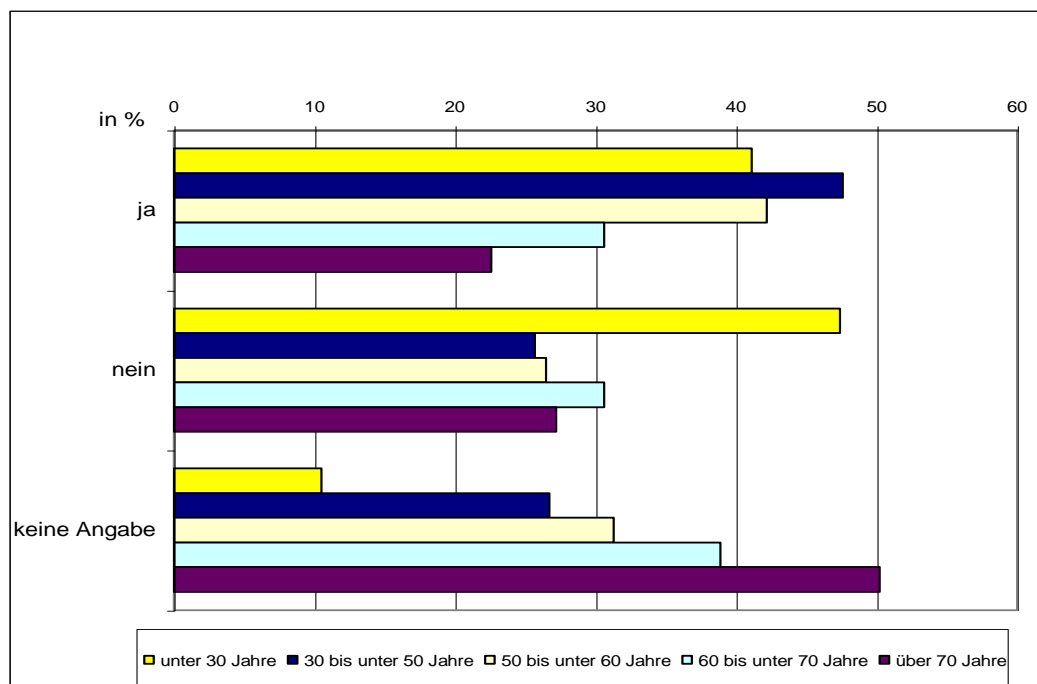
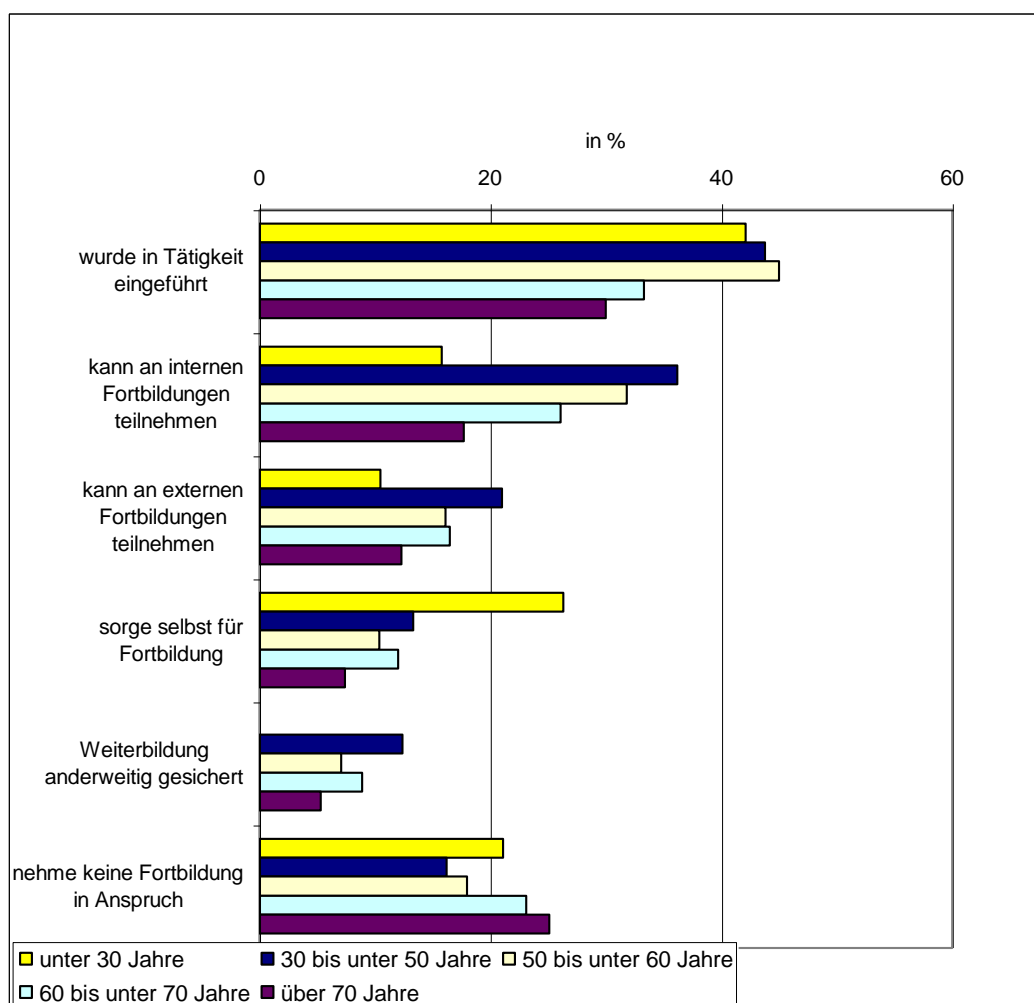


Abb. 94: Wie wurden Sie auf Ihre Tätigkeit vorbereitet?



Von den freiwillig Tätigen der jüngsten Altersgruppe sind drei Viertel (73,7%) in einer Gruppe engagiert und damit deutlich mehr als in den anderen Altersgruppen (Abb. 95). Engagement für Jüngere geht folglich mit freiwilliger Tätigkeit im Team einher. Die „Individualisierung“ des Engagements nimmt mit dem Alter zu und dürfte mitunter auch in eine gewisse Isolation von Engagierten hineinführen, in dem Sinne, dass man mit seinem Engagement „allein“ gelassen wird. Diesem Umstand sollte Beachtung geschenkt werden. Weniger als die Hälfte der beiden älteren Altersgruppen gibt an (46,1%; 44,4%), sich im Rahmen einer Gruppe zu engagieren.

Bei der jüngsten Altersgruppe dominiert eindeutig der gemeinnützige Verein, jede/r zweite (47,4%) übt seine freiwillige Tätigkeit im Heim mit einer solchen Vereinsunterstützung aus. Dagegen dominiert bei je einem Viertel der drei älteren Altersgruppen die Kirchengemeinde als Kontext des Engagements. Jede/r zehnte Engagierte steht mit einem der Wohlfahrtsverbände bei der Ausübung der freiwilligen Tätigkeit im Heim in Verbindung.

Abb. 95: Engagement im Rahmen einer Gruppe

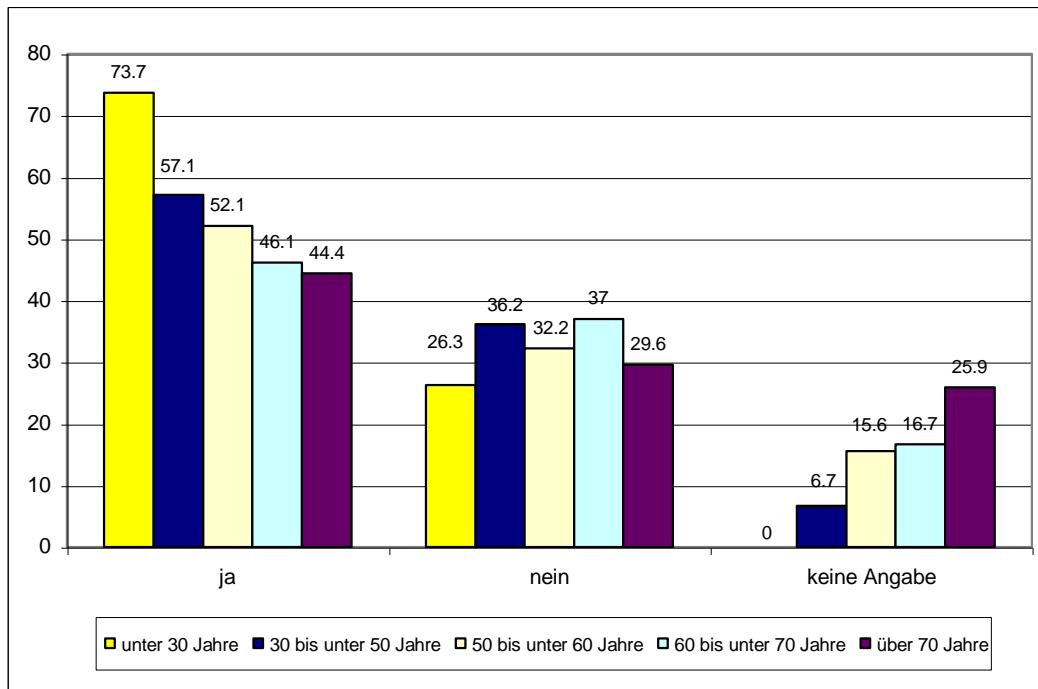
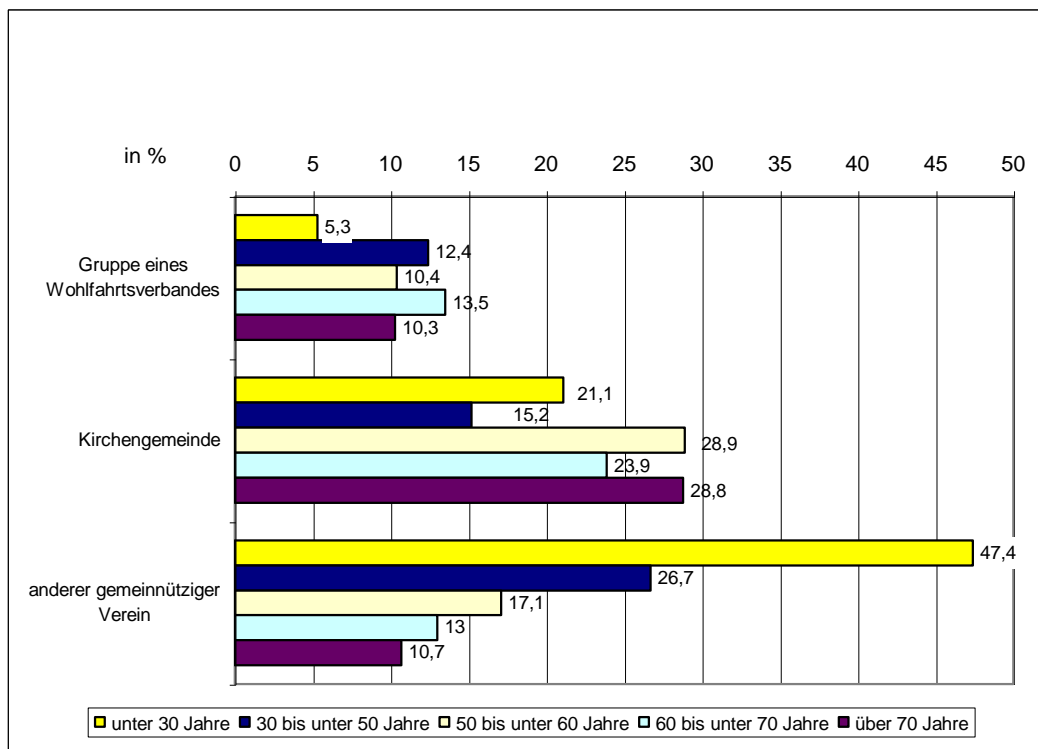


Abb. 96: Zu welchem Bereich würden Sie die Gruppe zählen?



### 4.3 Exkurs: Befragung der Seniorenräte

Auch die Befragung der Seniorenbeiräte der 44 Stadt- und Landkreise des Landes konnte zwischenzeitlich zum Abschluss gebracht werden.<sup>22</sup> Im Rahmen dieses Zwischenberichtes kann eine erste Bilanz der Zusammenarbeit der Seniorenräte mit den Heimbeiräten in Baden-Württemberg, zum Aktivitätsprofil der Seniorenräte und zu den Schwerpunkten ihrer Arbeit gezogen werden. Von den 40 Kreis- und Stadtseniorenräten beteiligten sich 20, was einem Rücklauf von 50% entspricht und von den insgesamt 76 Orts-Seniorenräten nahmen 37 und damit 48% der einbezogenen Räte teil.

#### 4.3.1 Kontakte der Seniorenräte zu Heimen der Region und Problemstellungen

Die Erhebung ergibt, dass, abgesehen von wenigen Ausnahmen, die Kreis- und Stadtseniorenräte zum Großteil der Pflegeeinrichtungen Kontakte geknüpft haben (75%). Der Anteil des Engagements in Heimen liegt zwischen 25% und 50%. Nur wenige Orts-Seniorenräte hatten bisher noch gar keinen Kontakt zu Heimen geknüpft, da ihre Schwerpunkte anders gelagert waren.

Die Seniorenräte in den Heimen konstatieren vor allem Struktur- und Instituti-  
nendefizite, wie sie in Personalmangel bei gleichzeitig hoher (Arbeits-)Belastung  
des Personals und knapper werdenden Finanzmitteln Ausdruck finden. Hinzu  
kommen Ausbildungsdefizite und eine geringe Fachkraftquote bei der  
Demenzversorgung.

Zu den genannten infrastrukturellen Problemen der Einrichtungen kommen  
wachsende Anforderungen durch die Zusammensetzung der Bewohnerschaft  
hinzu, die durch einen steigenden Anteil von Hochbetagten; Schwerstpflegebe-  
dürftigen und Demenzerkrankten gekennzeichnet ist. Ein Befragter kennzeichnet  
die Situation mit den Worten: „Heime sind derzeit Verwahranstalten für hilflose  
Pflegebedürftige“. Es droht die Isolation von Heimbewohner/innen und  
Einsamkeit, oft wegen fehlender Familien- und Außenkontakte und gleichzeitig  
mangelnder Zuwendung im Heim.

---

<sup>22</sup> Die Befragung der Seniorenbeiräte erfolgte in Kooperation mit dem Landesseniorenbeirat und außerhalb der BELA-Studie aus Eigenmitteln des AGP.

---

### **4.3.2 Profil der Aktivitäten in den Heimen**

Bezüglich der Heimbeiräte und Heimfürsprecher geht es vorrangig um eine Initialisierung und Gewinnung von Beirat/-innen und Fürsprecher/innen, sowie um deren Qualifizierung und die Entwicklung entsprechender Konzepte, die eine regelmäßige Unterstützung und Begleitung vorsehen.

Was die Heimbewohner betrifft, erscheint vordringlich, Besuchsdienste einzurichten, Veranstaltungen zu organisieren, die ihren Alltag bereichern und sie intensiver mit dem gesellschaftlichen Leben in Verbindung bringen. Darüber hinaus geht es zusätzlich um individuelle persönliche Hilfen und die Organisation von Interessensvertretungen für Heimbewohner/innen um ihre soziale Integration zu stärken und Teilhabsicherung zu gewährleisten.

Dies gelingt aus Sicht der Seniorenräte am besten im Wege eines verstärkten freiwilligen Engagements in Einrichtungen, einschließlich der Gestaltung von Festen, Vorträgen und öffentlichen Veranstaltungen in Einrichtungen. Aber auch Kontaktgespräche mit der Heimleitung, in denen, wie auch in Vorstandssitzungen, die Problemlagen thematisiert werden, sind hier weiterführend. Innovativ erscheinen in diesem Zusammenhang auch neue Projekte und Arbeitskreise, die sich sowohl dem Qualitäts- als auch Beschwerdemanagement widmen.

### **4.3.3 Aktivitätsradien von Heimbeiräten und -fürsprechern**

Die Befragungen zeigen, dass die Vertreter von einigen Seniorenräten (n=19) gleichzeitig auch die Funktion von Heimbeiräten wahrnehmen. Unter diesem Aspekt erscheint gerade die Gewinnung weiterer Bürger/innen als Heimbeiräte vordringlich. Hier konnten 76 Bürger für eine solche Funktion gewonnen werden (davon allein in drei Landkreisen 51 Personen). Darüber hinaus erweisen sich Schulungen für Heimbeiräte als zwingend. Die Befragung ergibt, dass 13 Seniorenräte in solche Schulungen von Heimbeiräten und Heimfürsprechern involviert waren. In 31 Fällen wurden Seniorenräte selbst um Mitarbeit gebeten.

Blickt man auf die Kontakte, die Seniorenräte zu wichtigen Kooperationspartnern entwickelt haben (Abb. 110), so zeigt sich, dass insbesondere die Kommunikation mit der Heimleitung (71%) und den Bewohner/innen der Einrichtungen selbst (56%) sowie zur Pflegedienstleitung (50%) sehr ausgeprägt ist. Ähnlich ausgeprägt sind die Kontakte mit Angehörigen (46%) und Heimbeiräten (40%). Noch jeder vierte Seniorenrat pflegt Kontakte mit Personen der Pflege (28%) und



des Sozialdienstes (25%). Weniger entwickelt sind Kontakte zur Heimaufsicht (17%) und zum HWD (6%).

Seniorenräte übernehmen eine Fülle von Aufgaben (Abb. 111). Diese betreffen in erster Linie Entgeltregelungen (45%) und die Gestaltung von Heimverträgen (35%), sowie die Qualitätssicherung (40%) der Arbeit und die Entgegennahme von Beschwerden (36%), bzw. die Beratung (30%) und Vertretung der Individualrechte (13%) von Bewohner/innen. Auch Partizipation an Baumaßnahmen (26%) gehört zum Tätigkeitsspektrum. Darüber hinaus zählen die Mitgestaltung von Angehörigenabenden (23%) und Bewohner/innen Versammlungen (16%) zum Aufgabenfeld von Seniorenräten.

Abb. 97: Kontaktpersonen in einzelnen Heimen

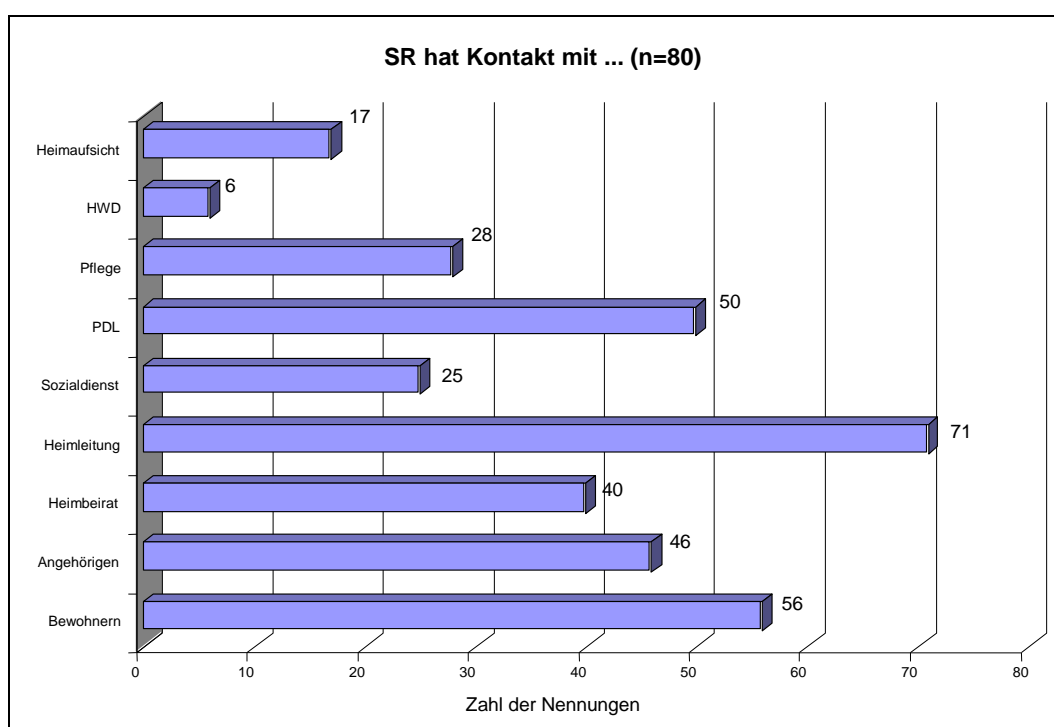
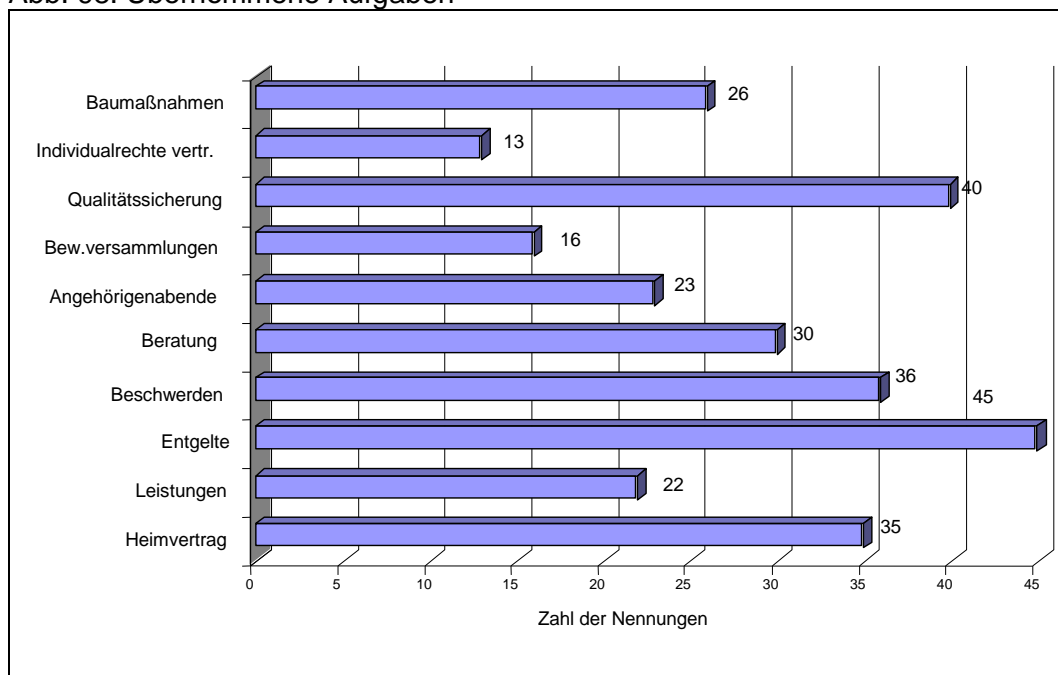


Abb. 98: Übernommene Aufgaben



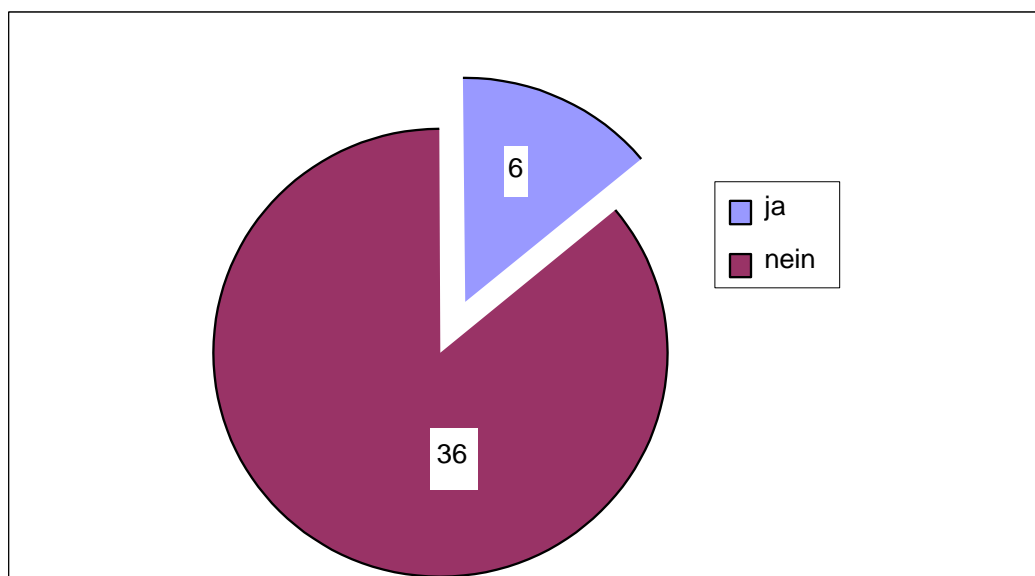
#### 4.3.4 Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements in Heimen aus Sicht der Seniorenräte

Aus der Sicht der Seniorenräte stellt bürgerschaftliches Engagement ein wichtiges Element bei der Sicherung der Daseinsgestaltung der Bewohner/innen in Einrichtungen dar: 36 Räte (85,7%) sprechen sich für eine Förderung von freiwilligem Engagement in Einrichtungen aus (Abb. 112). Dabei geht es aus Sicht der Seniorenräte vorrangig darum, durch freiwilliges Engagement den Bewohner/innen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu sichern und die Vernetzung mit Vereinen, Kirchen- u. Ortsgemeinden etc. zu gestalten. Dadurch können Bewohner/innen im Heim deutlich besser in der Bürgerschaft verankert und „Brücken nach außen“ gebaut werden.

Freiwilliges, bürgerschaftliches Engagement leistet des Weiteren eine Art von Ombudsfunktion für Bewohner/innen und einen Beitrag zum Konfliktmanagement bei auftauchenden Problemen. Es hat darüber hinaus eine Funktion bei der konzeptionellen Mitarbeit und der Entwicklung einer Gesamtkonzeption für die Pflegeeinrichtungen. Freiwillig Engagierte können bei der Umsetzung der Kreisaltenpläne und von humanistischen Betreuungskonzepten mitwirken und die Selbstbestimmung von Heimbewohner/innen stärken. Im kooperativen Zusammenwirken von ehrenamtlich Engagierten und hauptamtlichen Mitarbeitern kann vor allem auch die Leistungsqualität gesichert werden und geht eine relationale Entlastung der Mitarbeiter/innen einher.

Die Seniorenräte sehen vor allem auch in der Unterstützung einzelner Bewohner/innen und in der Herstellung von Kontakten zu Alleinstehenden, bei denen Familienstrukturen fehlen, eine sehr wichtige Funktion und sprechen sich dafür aus, entsprechende Besuchsdienste zu organisieren.

Abb. 99: Sind Sie der Meinung, dass Heime auch ohne ehrenamtliches/ freiwilliges / bürgerschaftliches Engagement Lebensqualität für Heimbewohner gewährleisten können?



---

## 5 Zusammenfassung - Schlussbetrachtung

Die Erhebungen zeigen, dass es in der Einschätzung der Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die Bewohner/innen in Einrichtungen und darüber hinaus für den gesellschaftlichen Zusammenhalt große Übereinstimmung gibt.

Insbesondere die Befragung der Seniorenräte verdeutlicht den Bedarf an freiwilligem bürgerschaftlichem Engagement, um einer Isolation von Heimbewohner/innen, darunter vor allem solchen ohne verwandtschaftliche oder Bekanntnetzwerke, entgegenzuwirken. Freiwilliges Engagement in Einrichtungen leistet aus dieser Perspektive vor allem einen Beitrag zur sinnerfüllten individuellen und gemeinschaftlichen Daseinsgestaltung und zur gesellschaftlichen Integration von Heimbewohner/innen. Die Seniorenrätebefragung zeigt aber auch Strukturschwächen bei den Senioren- und Heimbeiräten selbst auf, was ihre Rekrutierung und Qualifizierung betrifft.

Die Engagiertenbefragung fördert aus soziodemographischer Perspektive zutage, dass überwiegend ältere, nicht mehr erwerbstätige Altersgruppen und Frauen in Einrichtungen engagiert sind. Hinzu kommen junge Menschen, die im Rahmen ihrer (fachhoch)schulischen Sozialisation oder über Freiwilligendienste Zugang zu Bewohner/innen in Einrichtungen finden. Neben der Zugehörigkeit zu einer Gruppe, bspw. einer Hospizgruppe, die in einer Einrichtung engagiert ist, zeigen sich viele individualisierte Wege zum freiwilligen Engagement in Heimen. Wichtig erscheint der Befund, dass freiwilliges Engagement nur zu einem geringen Teil abhängig von Verwandtschaftsbeziehungen ist, es bildet sich in neuen sozialen, quasi wahlverwandtschaftlichen Systemen aus, in denen sich gemeinschaftliche und gesellschaftliche Solidarität erprobt.

Es zeigen sich plurale und hinsichtlich ihrer Verteilung im Sozialraum des Pflegeheimes breit gestreute Engagementformen, die sich sowohl in den Zimmern, auf Station als auch in den großen öffentlichen Räumen der Einrichtungen entfalten. Im Mittelpunkt des freiwilligen Engagements stehen Besuche und Begegnungen mit und Hinwendungen zu Menschen, die in stationären Einrichtungen leben. Um diesen Kern des Engagements herum bildet sich (inzwischen) ein weites Tätigkeitsspektrum aus, das kulturelle und religiöse Angebote (Feste, Basar, Gesprächskreise, Gottesdienste etc.), Sterbebegleitung und Aktivitäten im Bereich von Cafeteria und weiterer Gemeinschaftsräume umfasst, sowie Mobilitätsunterstützung und Einkaufsdienst. Mit dieser pluralen

Struktur des Engagements korrespondiert die Vielheit der Orte an denen es sich jeweils angemessen realisiert: in den Räumen der Bewohner/innen als persönliches Gespräch und Hilfe, im engeren Wohnbereich, oder in der öffentlichen Sphäre von Gemeinschaftsräumen der Einrichtungen, in denen Feste gefeiert werden und weitere größere Veranstaltungen stattfinden.

Das vielfältige freiwillige Engagement fußt aus Sicht der Engagierten auf (1) dem Willen, anderen Menschen zu helfen, (2) dem Bewusstsein, dadurch etwas für das Gemeinwohl beizutragen und (3) auf dem Erleben, dass dieses Engagement auch den Engagierten selbst Spaß und Freude bereitet. Damit realisiert sich auf einer nicht genuin utilitaristischen Stufe das soziale Prinzip der Reziprozität als wechselseitiges Geben und Nehmen und als wechselseitig aufeinander antwortendes Handeln. Daraus leitet sich eine individualisierte Verständigungs- und Anerkennungskultur der Menschen untereinander ab, die ergänzt wird durch eine Anerkennungskultur der Einrichtungen, meist in der Form von Helferfesten und Ausflügen, individuellen Geschenken (zu Geburtstagen) oder die Gewährung kostenloser Mahlzeiten.

Die Einrichtungen selbst begrüßen nachdrücklich dieses plurale freiwillige Engagement. Dabei scheint es sich eher kreativ-explorativ zu entfalten, ohne dass seitens der Einrichtungen ein Konzept oder eine Gesamtstrategie der Förderung des freiwilligen Engagements entwickelt ist. Hier dürften weite Entwicklungschancen vor allem in der Verknüpfung mit bestehenden Netzwerken der BE-Förderung liegen. Hier liegen auch Chancen, den intergenerationalen Aspekt im freiwilligen Engagement in Einrichtungen zu verstärken und die unterschiedlichen Lebensalter füreinander in Begegnung zu führen. Die Chancen, dass sich die Generationen im freiwilligen Engagement begegnen, ist auch von hohem sozialisatorischen Wert, und zwar sowohl im Begegnungsverhältnis auf der Engagiertenseite wie zwischen Engagierten und Heimbewohnerinnen und -bewohnern.

Mit freiwilligem Engagement im Heim ist damit auch die Chance einer Neugestaltung der Generationenverhältnisse verbunden. Wir können vor dem Hintergrund beider Befragungen annehmen, dass freiwilliges Engagement in Pflegeheimen zur individuellen Wohlfahrt pflegebedürftiger Menschen beiträgt, dadurch dass neue soziale Kontexte entstehen, welche die Kontakte zu Familie und Nachbarschaft, Bekannten und Freunden ergänzen und in qualitativer Hinsicht einen Entwicklungsschritt in Richtung sozialer Integration darstellen. Das Gefühl der Zugehörigkeit und Verbundenheit wird dadurch gestärkt und der Lebensweltbezug erweitert, sowie den Gefahren der Ausgrenzung vorgebeugt.

---

Die Einrichtungen werden in diesem Prozess zu offenen Einrichtungen, indem sie sich zum Leben der Gesellschaft hin öffnen, sie verlieren den Charakter von geschlossenen Institutionen, werden zu Institutionen, die ihren „totalitären“ Charakter verlieren. Bürgerschaftliches Engagement kann die Lebenssituation von pflegebedürftigen Menschen verbessern und zu ihrem Wohlbefinden beitragen.

Auch Überlegungen eines gelingenden koproduktiven Zusammenwirkens von professionellen hauptamtlichen und ehrenamtlich Engagierten lassen sich auf Grundlage der hier gewonnenen Befunde konstruktiv anstellen. Es wird deutlich, dass die Teilhabesicherung durch das koproduktive Zusammenwirken von Hauptamtlichen und Engagierten deutlich erweitert werden kann.

Die Analysen zeigen, dass durch intensivere Öffentlichkeitsarbeit und Ansprache vor allem auch männliche Engagierte gewonnen werden können. Dies erfordert, wie schon der neue Freiwilligensurvey konstatiert deutlich verbesserte Informationen und Beratung der Bürgerinnen und Bürger über Möglichkeiten zum freiwilligen Engagement. Hier können gerade auch die sich in Baden-Württemberg bildenden Anlaufstellen eine wichtige Funktion übernehmen.

Über solche Formen der gezielten Öffentlichkeitsarbeit hinaus geht es im Blick auf die Engagierten selbst darum, ihrem Wunsch nach Unterstützung und Beratung im Engagement mehr als bisher zu entsprechen. Wichtig erscheint, die Wünsche nach Fortbildung und Qualifizierung aufzugreifen. Eine professionelle Förderung bürgerschaftlichen Engagements verlangt nach einem Management-Konzept und einer professionellen Begleitung des Engagements.

Darüber hinaus stellen sich vor dem Hintergrund der Ergebnisse folgende Aufgaben:

1. Da ältere Engagierte deutlich überwiegen, ist über die Art und Weise des Gelingens einer Verteilung freiwilligen Engagements über alle Altersgruppen nachzudenken.
2. Um das Interesse Jugendlicher weiter gewinnen können, sollten die laufenden „Generationen-Projekte“ ausgebaut werden, des Weiteren die Volunteering- und jes-Projekte.
3. Die mittlere Generation – ist, insoweit sie zur „Sandwich-Generation“ zählt, überwiegend mit einer Kindern und Eltern umfassenden Mehrgenerationen-Familie und Beruf ausgelastet. Es finden sich jedoch auch zunehmend Singles, die Adressaten für Engagement sein könnten.

4. Insbesondere das EFI-Programm sollte bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in der Pflege verstärkt Berücksichtigung finden, sowie die im Lande für Engagement sensibilisierten Bürgermentoren.
5. Weiterhin können die kommunalen Netzwerke bei der Förderung und Qualifizierung von bürgerschaftlichem Engagement in Einrichtungen eine wichtige Rolle übernehmen.
6. Für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Pflegeeinrichtungen ist prinzipiell eine Orientierung am sozialen Nahraum bei der Gewinnung von freiwillig Tätigen wichtig. Hier dürfte zukünftig auch der Einbezug von Anlaufstellen und Freiwilligenagenturen vor Ort an Bedeutung gewinnen.

Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive interessiert auch, ob wir mit bürgerschaftlichem Engagement alle Heimbewohnergruppen erreichen, auch diejenigen mit weniger materiellen und sozialen Ressourcen. Wenn diese heimbewohnerübergreifenden Bezugnahmen durch freiwilliges Engagement geschafft wird, wäre das ein großer Erfolg. Denn die Herausforderungen einer humanen Gesellschaft bestehen wesentlich darin, Ausgrenzung zu vermeiden und alle älteren Menschen so gut wie möglich am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen.

Es wird „immer stärker zu einem Maßstab für den Stand unserer Zivilisation werden, wie unsere Gesellschaft mit dem Alter umgeht, ob es ihr gelingt, auch das Alter zu einer sinnvollen Phase des menschlichen Lebens zu machen“ (Baltes).

Ehrenamtliches Engagement zeigt, dass die Gesellschaft die Möglichkeit hat, auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen eine neue Kultur des Alterns zu entwickeln und im Maße dieser Entwicklung eine neue Kultur des gesellschaftlichen Zusammenhangs der Generationen.

### **5.1 Bürgerschaftliches Engagement in Pflegeeinrichtungen als Strukturelement zur Sicherung und Entwicklung des Qualitätsniveaus in der stationären Pflege**

Die Untersuchungen zum bürgerschaftlichen Engagement in stationären Pflegeeinrichtungen zeigen, dass freiwilliges Engagement einen wichtigen Beitrag zur Sicherung und Entwicklung des Qualitätsniveaus (vgl. KRUSE 2005) der Pflege in subjektiver und objektiver Hinsicht leisten kann. Ergänzend zum Konzept von KRUSE (2005) der eine Ausdifferenzierung von Qualitätsniveaus nach einer *fachlichen* und *sittlichen* Dimension vornimmt, wird durch bürgerschaftliches Engagement zusätzlich eine besondere Form der *interpersonalen*

---

Dimension exponiert, die Einfluss auf das Befinden und die Lebensqualität pflegebedürftiger Menschen nimmt. Zentraler Fokus dieser *interpersonalen* Dimension ist das Hereinholen von Gesellschaftsrepräsentanten und damit die Repräsentanz von Öffentlichkeit in die Institution Heim. Dadurch erfolgt eine Verknüpfung des Mikro-Sozialraumes Pflegeheim mit dem es umgebenden Sozialraum der Kommune. Die freiwillig engagierte Bezugsperson ist weder verwandt, noch nimmt sie eine in der Organisation des Heimes professionell verankerte Funktion wahr; sie wird damit zu einer Schnittstelle, die den Pflegebedürftigen mit der Außenwelt der Institution verbindet, in der er lebt und erweitert den Lebensweltbezug.

Über die von KRUSE (2005) aufgeführten Kategorien einer Ethik des Alters (Selbständigkeit, Selbstverantwortung, bewusst angenommene Abhängigkeit, Mitverantwortung: siehe Abbildung) wird dadurch eine fünfte, auf Teilhabe hin orientierte Kategorie bedeutsam, und zwar in interaktiver Form einer wechselseitigen Teilhabe und -nahme an der Lebenswelt des Anderen. Bürgerschaftliches Engagement wird zu einem Teil der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit. Der Begriff der Teilhabe geht dabei über die von EGGERT ET AL. (2005:9) vorgenommene Definition insoweit hinaus, als mit ihm nicht nur Teilhabe „an organisatorischen Entscheidungen“ der Institution gemeint ist, sondern Teilhabe am öffentlichen Leben des die Institution umgebenden Sozialraums. Beide Formen der Teilhabe können dazu führen „Vereinsamung zu überwinden“ und ein soziales Unterstützungsklima zu schaffen das dem Individuum hilft, „seine eigenen Stärken und Fähigkeiten wieder zu entdecken“ (EGGERT ET AL. 2005:13).

Die Förderung der Kompetenz des pflegebedürftigen Menschen, die KRUSE (1996) als Leitziel formuliert, und mit der die „Aufrechterhaltung oder Wiedererlangung eines selbstständigen, selbstverantwortlichen und sinnerfüllten Lebens in einer gegebenen sozialen, räumlichen und institutionellen Umwelt“ gemeint ist, verweist dabei vorrangig auf Elemente der Bereicherung des pflegebedürftigen Menschen, die durch die mit dem freiwillig Tätigen ins Heim hinein geholte erweiterte soziale Umwelt geschieht. In diesem Sinne werden freiwillig Engagierte ein Element im Ensemble der Möglichkeiten, dem zu Pflegenden eine kompetenzfördernde Umwelt zu bereiten. Engagierte können in diesem Sinne ein antwortendes Handeln kultivieren, das (1) differenzierte Anregungen gibt, (2) differenzierte Unterstützung bietet, (3) zur Selbstverantwortung motiviert und (4) dem pflegebedürftigen Menschen ein mitverantwortliches Leben – unter dem Generalaspekt der Teilhabe – ermöglicht.



Durch bürgerschaftliches Engagement im Heim werden die Lebensstrukturen (vgl. LEVINSON 1976) pflegebedürftiger Menschen im Heim mitgestaltet. Engagierte werden als Person, als Gruppe mit ihrem sozialen, kulturellen (und z. T. materiellen) Kapital zu bedeutsamen Anderen in der Welt der Pflegeeinrichtung. Idealtypisch wird damit aber auch die Welt des Pflegeheims bewusster in die Umgebungs-Welt eingebettet und in eine gemeinsame Welt der sie gestaltenden Menschen umgeschaffen, sie verliert den Charakter einer geschlossenen Anstalt (vgl. GOFFMAN 1973) durch kommunikatives soziales Handeln.

Kommunikation wird zur Alltäglichkeit der Interaktion und Bedeutungsvermittlung zwischen Menschen im Heim und Engagierten, die sich mitteilen und über „Mimik, Gestik, Sprache, Schrift, Bild oder Ton, von Angesicht zu Angesicht ... irgendwelche Botschaften vermitteln“ (BURKART 1998:15).

Aus kommunikationstheoretischer Perspektive findet bereits allein durch die räumliche Nähe und „sinnliche Wahrnehmung eines anderen Lebewesens“ und Kontaktaufnahme und wechselseitige Wahrnehmung eine „Bedeutungsvermittlung zwischen diesen“ (BURKART 1998:21) und die „Übertragung“ und „Aktualisierung von Sinn“ (LUHMANN 1997:42) statt. Vermutlich gibt es hier des Weiteren zwischen Engagierten und Heimbewohner/innen weniger Sprachbarrieren und Verständigungsschwierigkeiten als mit den professionellen Kräften und deren Fachsprachen.

Wir gehen vor dem Hintergrund der gewonnenen Ergebnisse davon aus, dass freiwilliges Engagement im Heim bei der Weiterentwicklung des Qualitätsniveaus in der Pflege eine wichtige Rolle spielen kann. Allerdings muss dieses in gewissem Sinne neue Strukturelement in der Pflege in seiner Bedeutsamkeit auch aus der Perspektive von pflegebedürftigen Menschen selbst evaluiert werden. Dies vor allem unter dem Gesichtspunkt der „Teilhabe und Selbstbestimmung“ (vgl. EGGERT ET AL. 2005) von Menschen in Pflegeeinrichtungen.

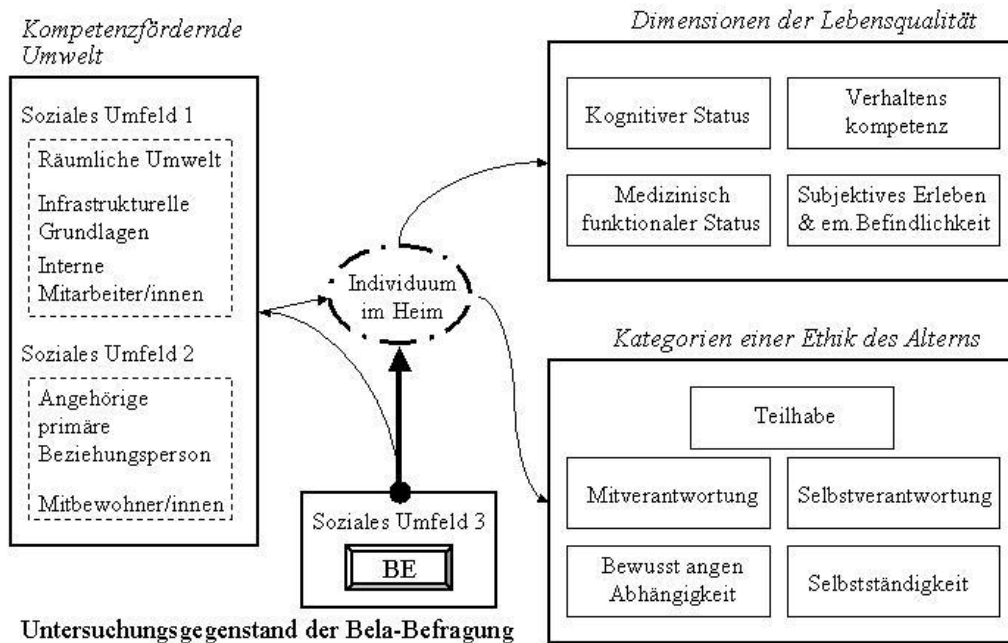
Bürgerschaftliches Engagement ist unter diesem Gesichtspunkt idealerweise nicht Teil der „Fremdbestimmung“, sondern der Förderung von Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen im Heim. Mit Selbstbestimmung ist gemeint, dass „eigenständige Entscheidungen über gewählte Dienstleistungen und Lebensbedingungen mit mehr (Lebens-)Qualität assoziiert werden, als Entscheidungen, die von Anderen über ein Individuum gefällt werden, und als zugewiesene Leistungen und Bedingungen“ (EGGERT ET AL. 2005: 1).

Dies könnte auch zu einem Kriterium werden, an dem sich bürgerschaftliches Engagement im Heim messen lassen kann. Je mehr es Spielräume für Partizipation und Selbstdefinition für Menschen im Heim schafft,<sup>23</sup> desto stärker könnte es zu deren subjektiven Sinnerfüllung beitragen.

Unsere Untersuchung konnte zutage fördern, welches beeindruckende Spektrum an Leistungen bürgerschaftlichen Engagements in stationären Pflegeeinrichtungen erbringt, nicht jedoch, wie die Pflege-Klient/innen selbst dies bewerten und welche Bedeutung sie ihm beimessen. Wir gehen – auch kommunikationstheoretisch untermauert (MEAD, BLUMER, BURKART, HABERMAS, WATZLAWICK) davon aus, dass die Bedeutung sehr hoch eingeschätzt wird; aber eine empirische Prüfung durch die pflegebedürftigen Menschen selbst steht noch aus.

In diesem Sinne ist auch zu fragen, inwieweit Bürgerbeteiligung und ziviles Engagement im Heim dazu beitragen kann „erlernte Hilflosigkeit“ zu überwinden und eine moderne Kultur des Alters und des Alterns weiter zu entwickeln.

### Wirkungsanalyse BE im Kontext weiterer Wirkfaktoren (H.I.L.DE)



<sup>23</sup> Eggert et al (2005:9) verweisen hier, mit Blick auf das entsprechende WHO-Formulierungen, auch auf Konzepte zum Empowerment, die nicht das „Befolgen von Expertenratschlägen“, sondern das „Erlernen neuer Kompetenzen aus dem Kontext des Lebens selbst“ in den Mittelpunkt rücken.

## 5.2 Welfare-Mix als Perspektive

Im Kontext einer modernen Theorie des Wohlfahrtsstaates sehen wir gerade auch im Bereich der Pflege eine wichtige Aufgabenstellung des bürgerschaftlichen Engagements. Die Analysen haben dabei gezeigt, dass bürgerschaftliches Engagement nicht in dem Sinne als „Lückenbüßer“ wirkt, als es Aufgaben wahrnimmt, die hauptamtlichen Kräften vorbehalten bleiben. Sehr wohl jedoch füllt es eine „Lücke“, wenn nicht gar einen bisher größeren, unbewohnten und verlassenem Raum dadurch, dass bürgerschaftliches Engagement im Bereich von Zuwendung wirksam wird, die im Resultat zur Lebensqualität von Menschen in Pflegeheimen beiträgt. Lebensqualität ist Ergebnis gelingender Co-Produktionen unterschiedlicher Berufsgruppen und zwischen ihnen, Angehörigen und Freiwilligen (vgl. GRONEMEYER / KLIE 2005).

So ist eine hinter Fachkräften und anderen beruflichen Hilfen sichtbar werdende kooperative Verantwortungsteilung dieser Fachkräfte mit Angehörigen von Pflegebedürftigen und Engagierten neu und verweist auf einen möglichen Welfare-Mix als neuen Ordnungsentwurf in der Gestaltung der sozialen Aufgaben für pflegebedürftige Menschen. Damit einher geht eine Besinnung auf Ressourcen desjenigen örtlichen und sozialen Nahraums, in welchem sich die Einrichtung befindet. (vgl. KLIE / ROSS 2005)

Die kommunalen (staatlichen) Aufgaben und die des Marktes und des Dritten Sektors, ebenso wie bürgerschaftliches Engagement (voluntary sector) sind dabei hinsichtlich ihrer sich ergänzenden gesellschaftlichen Funktionen (neu) zu definieren, wobei plausibel erscheint, dass der „engagierte Bürger“ „durch Selbstorganisation, Partizipation und gemeinwohlorientiertes Handeln“ zur Lösung der Probleme beitragen, sie jedoch allein nicht lösen kann (BRAUN 2001A:5). Bürgerschaftliches Engagement kann in dieser Neubalancierung des Wohlfahrtsmix jedoch einen herausgehobenen Stellenwert haben und dient dazu, die soziale Infrastruktur im Rahmen eines lokalen Welfare Mix wohnortnah weiterzuentwickeln. Solche Entwicklungen sind durch Unterstützung, Anerkennung und Qualifizierung freiwilligen Engagements zu fördern.

Die Untersuchung macht deutlich, dass Engagierte in vielen Heimen einen wichtigen Faktor zur Sicherung der Lebensqualität darstellen. Die Untersuchung macht aber gleichzeitig auch deutlich, dass längst nicht alle Einrichtungen die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für sich erkannt und ihre Förderung zu einem Kernbereich ihres professionellen Handelns erkoren haben. Die Vielfalt der Engagementform, die zurückhaltenden Wirkungen hauptamtlicher

---

Begleitung und die in mancher Hinsicht Eigensinnigkeit des Engagements lassen auf der einen Seite vermuten, dass sich Engagement auch unabhängig vom Zutun der Institution entwickelt, es sich gewissermaßen auch nicht verbieten lässt, dass es sich andererseits durch gezielte Förderung in einer Weise entfalten lässt, die sich auf die Lebensqualität der Bewohner, die Kultur der Einrichtung und die Wahrnehmung Pflegebedürftiger im Gemeinwesen insgesamt in hohem Maße auswirkt. Das Identifizieren von Bedingungen, unter denen sich Engagierte in Heimen betätigen und wirksam werden, scheint ebenso wichtig wie die image- und wettbewerbsrelevante Verankerung bürgerschaftlichen Engagements als Qualitätsausweis für Einrichtungen, als Bench-Mark (vgl. JENTZSCH 2004). Heime, die darauf bestehen, die geforderte Qualität, die Zusicherung von Lebensqualität allein durch berufliche Hilfen und Professionelle gewährleisten zu wollen, verkennen nicht nur ihre Leistungsgrenzen, sondern versagen sich auch dem zivilgesellschaftlichen Grundgedanken in der Teilhabesicherung zu dem immer auch gehört, dass Menschen jenseits der Institutionen bereit sind, sich um sie zu sorgen. Gleichzeitig weist sich ein Heim, in dem sich Bürgerinnen und Bürger gerne engagieren, als Ort aus, in dem man sich beheimaten mag: und dies scheint der wichtigste Qualitätsausweis für Einrichtungen schlechthin zu sein. Einrichtungen, die Engagierte abschrecken, stimmen misstrauisch. In einem wohlfahrtspluralistischen Ansatz kann ein Welfare-Mix in Heimen unter Einbeziehung bürgerschaftlich Engagierter nachhaltige Entwicklungen eines co-produktiven Wohlfahrtsmodells befördern und es inhibiert partizipative, kulturelle und übergreifend zivilgesellschaftliche Qualitäten. Dies hat sowohl für den Staat als modernes Government seine gestaltenden, aber auch dem welttätigen Träger Unternehmen als vernetzt agierende Akteure, für die Professionellen in ihrem Selbstverständnis und für das Management der Einrichtung konzeptionelle und strategische Konsequenzen.

Die auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruhenden bürgerschaftlichen Aktivitäten helfen durchaus im Sinne der De-Institutionalisierung mit, zur Gestaltung von Lebenswelten in Systemen und leisten dadurch einen „Beitrag zur sozialen Kohäsion und Integration moderner hoch differenzierter Gesellschaften“ (vgl. EVERS/OLK 1996) und dies an den Rändern wie der Pflege.

Hier ist, wie die Untersuchungen zeigen, ein entsprechender Strukturaufbau im Gange, der nicht nur sich selbst überlassen werden sollte, sondern auch gezielter gefördert werden kann.

## 6 Literatur

- Baltes, M.M. / Kohli, M. / Sames, K (Hrsg.) (1989): Erfolgreiches Altern. Bedingungen und Variationen. Bern.
- Baltes, P.B. / Baltes, M.M. (1989): Optimierung durch Selektion und Kompensation – ein psychologisches Modell erfolgreichen Alterns, S. 85-105, in: Zeitschrift für Pädagogik Nr. 35.
- Baltes, P.B. / Mittelstraß J. (Hrsg.) (1992): Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung. Berlin, New York.
- Baltes, P.B. (1990): Entwicklungspsychologie der Lebensspanne: Theoretische Leitsätze, S. 1-24, in: Psychologische Rundschau Nr. 41.
- Baltes, P. B. / Mayer, K. U. (1996): Die Berliner Altersstudie (BASE): Überblick und Einführung. In: Mayer, K. U. / Baltes, P.B. : Die Berliner Altersstudie. Berlin: Akademie Verlag.
- Bartjes, Heinz / Otto, Ulrich (2000): Mit Engagement können. Fachkräfte unterstützen für die Zusammenarbeit mit freiwillig Engagierten, S. 51-78, in: Otto, U./ Müller, S. / Besenfelder, C. (Hrsg.) (2000): Bürgerschaftliches Engagement. Herausforderung für Fachkräfte und Verbände, Opladen. (leicht verändert auch veröffentlicht als Internetpublikation: <http://w210.ub.uni-tuebingen.de/dbt/volltexte/2000/96>)
- Bauer, Petra / Otto, Ulrich (Hrsg.) (2005): Mit Netzwerken professionell zusammenarbeiten. Bd. 2: Institutionelle Netzwerke in Sozialraum- und Kooperationsperspektive (Reihe: „Fortschritte der Gemeindepsychologie und Gesundheitsförderung“, hrsg. von Bernd Röhrle und Gert Sommer) Tübingen.
- Beck, Ulrich, Giddens, Anthony & Lash, Scott (1996): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Becker, S. / Kruse, A. / Schröder, J. / Seidl, U. (2005): Das Heidelberger Instrument zur Erfassung von Lebensqualität bei Demenz (H.I.L.DE.), S. 108-121, in: Z Gerontol Geriat. Band 38, Heft 2/2005.
- Behr, Karin / Liebig, Reinhard / Rauschenbach, Thomas (2000): Strukturwandel des Ehrenamts. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozess. Weinheim Juventa.
- Blinkert, Baldo / Klie, Thomas (2000): Pflegekulturelle Orientierungen und soziale Milieus. Ergebnisse einer Untersuchung über die sozialstrukturelle Verankerung von Solidarität. In: Sozialer Fortschritt, 49. Jg. (2000), H. 10, S. 237-245.
- Blinkert, Baldo / Klie, Thomas (2004): Solidarität in Gefahr? Pflegebereitschaft und Pflegebedarfsentwicklung im demographischen und sozialen Wandel. Hannover.
- Blumer, Herbert (1973): Der methodologische Standort des Symbolischen Interaktionismus, S. 80-146, in: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hg.) Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit., Bd. 1, Reinbek.

- 
- Bogumil, Jörg / Klie, Thomas / Holtkamp, Lars / Roß, Paul-Stefan (2003): Öffentliche Förderung von Organisationen des dritten Sektors im Sozial- und Kulturbereich, 155-244. In: Enquête-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2003): Politik des bürgerschaftlichen Engagements in den Bundesländern. Enquête-Kommission "Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" des 14. Deutschen Bundestags, Schriftenreihe Band 7. Opladen.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, S. 183–198. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.) (1983): Soziale Ungleichheiten (Soziale Welt, Sonderband 2), Göttingen.
- Brandstädter, J. & Greve, W. (1994): The Aging Self: Stabilizing and Protective Processes. In: *Developmental Review* 14, S. 52–80.
- Braun, Sebastian (2001): Bürgerschaftliches Engagement im politischen Diskurs, S. 3-5, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 25-26/2001.
- Braun, Joachim / Burmeister, Joachim / Engels, Dietrich (Hrsg.) (2004): seniorTrainerin: Neue Verantwortungsrollen und Engagement in Kommunen. Bundesmodellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“. Bericht zur ersten Programmphase. ISAB-Berichte aus Forschung und Praxis; Nr. 84; Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung. Leipzig.
- Bundestags-Drucksache 14/8900 (2002): Bericht der Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Deutscher Bundestag; 14. Wahlperiode. Berlin.
- BMFSFJ (2001): Dritter Bericht zur Lage der älteren Generation: S. 112
- BMFSFJ (2002): Vierter Bericht zur Lage der älteren Generation. Risiken, Lebensqualität und Versorgung Hochaltriger - unter besonderer Berücksichtigung demenzieller Erkrankungen.
- BMFSFJ (Hrsg.) (2004): Lokale Bündnisse für Familie. Wer, was, wie, warum und wo? Informationen zur Initiative. Berlin.
- Burkart, Roland (1998): Kommunikationswissenschaft. Grundlagen und Problemfelder. Umriss einer interdisziplinären Sozialwissenschaft. 3. Aufl. Wien, Köln, Weimar.
- Diener, E. & Suh, M. E. (1998): Subjective Well-Being and Age: An International Analysis. In: K. W. Schaie & M. P. Lawton (Hrsg.): *Annual Review of Gerontology and Geriatrics: Focus on Emotion and Adult Development*. Bd. 17. New York: Springer, S. 304–324.
- Eggert, Michaela / Garms-Homolová, Vjenka / Theiss, Katrin (2005): Diskussionspapier I: Konzepte der Teilhabe und Selbstbestimmung. Projekt Entwicklung und exemplarische Erprobung eines Qualitätsniveaus zum Thema „Gewährleistung von Aspekten persönlicher Lebensführung und Teilhabe bei Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf“. Institut für Gesundheitsanalysen und soziale Konzepte e.V. Berlin.
- Ehmer, J. (1990): Sozialgeschichte des Alters. Frankfurt am Main.

- Evers, Adalbert / Svetlik, Ivan (Eds.) (1991): Balancing pluralism – new welfare mixes in care for the elderly (Eurosocial Reports; 40), Vol. 3, Wien.
- Evers, Adalbert / Olk, Thomas (Hrsg.) (1996): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft, Opladen.
- Evers, Adalbert / Olk, Thomas (1996a): Wohlfahrtspluralismus – Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs, in: dies. (Hrsg.) (1996): Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen.
- Evers, Adalbert (2005): Vernetzung sozialer Einrichtungen als Weg zur Erschließung von Ressourcen bürgerschaftlichen Engagements, in: Bauer, Petra / Otto, Ulrich (Hrsg.) (2005): Mit Netzwerken professionell zusammenarbeiten. Bd. 2: Institutionelle Netzwerke in Sozialraum- und Kooperationsperspektive, Tübingen.
- Ferring, D. & Filipp, S. H. (1997): Subjektives Wohlbefinden im Alter: Struktur und Stabilitätsanalysen. In: Psychologische Beiträge 3, S. 236–258.
- Ferring, D. / Filipp S. (1999): Soziale und temporale Vergleiche als Formen der Lebensbewältigung im Alter. Trier.
- Filipp, S. H. (2001): Gesundheitsbezogene Lebensqualität alter und hochbetagter Frauen und Männer. Expertise im Auftrag der Sachverständigenkommission „Vierter Altenbericht der Bundesregierung“. Trier.
- Filipp, S. H. & Aymanns, P. (1996): Bewältigungsstrategien (Coping). In: R. H. Adler, J. H. Herrmann, K. Köhle, O. W. Schonecke, T. von Uexküll & W. Wesniack (Hrsg.): Psychosomatische Medizin. Bd. 5. München: Urban & Schwarzenberg, S. 277–289.
- Glatzer, W. & Zapf, W. (Hrsg.) (1984): Lebensqualität in der Bundesrepublik: Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt a. M.: Campus.
- Goffman, E. (1973): Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen. Frankfurt a.M.
- Gronemeyer, R / Klie, T (2005): Co-Produktionen als Paradigma in Begleitung von Menschen mit Demenz. Ein Diskussionspapier. Giessen/Freiburg.
- Habermas, Jürgen (1981) Theorie des kommunikativen Handelns, Band 1 und 2, Frankfurt a. M.
- Hoch, Hans / Otto, Ulrich (2005): Bürgerschaftliches Engagement und Stadtteilpolitik, in: Kessler, Fabian / Maurer, Susanne (Hrsg.) (2005): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden.
- Hoch, Hans / Roß, Paul-Stefan / Scharte, Ulrike / Schäfer, Rita (2003): Neue Wege der Förderung freiwilligen Engagements von Jugendlichen. Eine Zwischenbilanz zu Modellen in Baden-Württemberg, herausgegeben von der Landesstiftung Baden-Württemberg, Stuttgart.
- Höflin, Peter (2004): Prognose der Pflegebedürftigen in vollstationärer Dauerpflege in Freiburg 2005 bis 2020. Herausgeber: Stadt Freiburg, Amt für Statistik und Einwohnerwesen, Wilhelmstr. 20 a, 79098 Freiburg.

- 
- Jentzsch, N (2004): Betreuung und Pflege alter Menschen durch Angehörige. Befunde zur Bedeutung der Familie für die Gesellschaft aus ökonomischer Perspektive. Dissertation Universität Eichstätt-Ingolstadt.
- Klenner, Christina (2004): Erwartungen an einen familienfreundlichen Betrieb. Erste Auswertung einer repräsentativen Befragung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Kindern oder Pflegeaufgaben. WSI, Wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Klie, Thomas / Ross, Paul-Stefan (2001): Bürgerland Baden-Württemberg Band 1. Wissenschaftlicher Jahresbericht zum bürgerschaftlichen Engagement in Baden-Württemberg, herausgegeben vom Sozialministerium Baden-Württemberg. Stuttgart.
- Klie, Thomas / Ross, Paul-Stefan (2000): Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. 4. Wissenschaftlicher Jahresbericht 1999/2000, herausgegeben vom Sozialministerium Baden-Württemberg. Stuttgart.
- Klie, Thomas (2003): Bürgerschaftliches Engagement im Alter, S. 107-124, in: Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Sozialstaat. Opladen.
- Klie, Thomas / Roß, Paul-Stefan / Hoch, Hans / Heimer, Franz-Albert / Scharte, Ulrike (2004): Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt in Baden-Württemberg. 1. Wissenschaftlicher Landesbericht 2002/2003, herausgegeben vom Sozialministerium Baden-Württemberg. Stuttgart.
- Klie, Thomas (2005): Wohnen und Leben mit Demenz, S. 83-84, in: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, Band 38, Heft 2 / 2005.
- Klie, T. / Pfundstein, T. / Eitenbichler, L. / Szymczak, M. / Strauch, M. (2005): Konzeptionelle und rechtliche Varianten der Versorgung von Menschen mit Demenz zwischen ambulant und stationär, S. 122-127, in: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, Band 38, Heft 2 / 2005.
- Klie, T / Ross, P-St (2005): Wohlfahrtspluralismus – eine Standortbestimmung. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit. Heft 4, i. E.
- Kohli, M. (1992): Altern in soziologischer Perspektive, S. 231-259, in: Baltes, P.B. / Mittelstraß J. (Hrsg.) (1992): Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung. Berlin, New York.
- Kruse, Andreas (2005) Selbständigkeit, bewusst angenommene Abhängigkeit, Selbstverantwortung und Mitverantwortung als zentrale Kategorien einer ethischen Betrachtung des Alters, S. 273-287, in: Z Gerontol. Geriat. Band 38, Heft 4/2005.
- Laslett, Peter (1995): Das dritte Alter: Historische Soziologie des Alterns. Weinheim.
- Luhmann, Niklas (1976) Sinn als Grundbegriff der Soziologie, in: Habermas, Jürgen, Luhmann, Niklas (1976) Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Was leistet die Systemforschung? Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Lüscher, Kurt / Liegle, Ludwig (2003): Generationenbeziehungen in Familie und Gesellschaft. Konstanz.



- Malinowski, B. (1975): Eine wissenschaftliche Theorie der Kultur und andere Aufsätze. Frankfurt a. M.
- Mannheim, Karl (1964): Das Problem der Generationen, S. 509-565, in: Wolf, K. H. (Hrsg.) (1964): Karl Mannheim. Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Berlin.
- Mayer, Karl Ulrich / Baltes, Paul B. (Hg.) (1996): Die Berliner Altersstudie. Ein Projekt der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Berlin
- Mayntz, Renate (1971): Soziologie der Organisationen. Hamburg.
- Mead, George, H.(1978) Geist, Identität und Gesellschaft, Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Meier-Baumgartner, H. P. (1994): Rehabilitation in Pflegeheimen, S. 121-128, in: Kruse, A. / Wahl, H.-W. (Hrsg.) (1994): Altern und Wohnen im Heim: Endstation oder Lebensort? Bern.
- Noll, H.-H. / Schöb, A. (2001): Lebensqualität im Alter. Expertise im Auftrag der Sachverständigenkommission „Vierter Altenbericht der Bundesregierung“. Mannheim.
- Prahl, Hans-Werner / Schroeter, Klaus R. (1996): Soziologie des Alterns. Paderborn
- Schmitz-Scherzer (1992): Sterben und Tod im Alter, S. 544-562, in: Baltes, Paul B. / Mittelstraß, Jürgen (Hrsg.) (1992): Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung. Berlin, New York.
- Schroeter, Klaus R. / Rosenthal, Thomas (Hrsg.) (19??): Soziologie der Pflege. Grundlage, Wissensbestände und Perspektiven. Weinheim, München.
- Staudinger, Ursula M. / Dittmann-Kohli, Freya (1992): Lebenserfahrung und Lebenssinn, S. 408-436, in: Baltes, Paul B. / Mittelstraß, Jürgen (Hrsg.) (1992): Zukunft des Alterns und gesellschaftliche Entwicklung. Berlin, New York.
- Staudinger, U.; Freund, A. M.; Linden, M. & Maas, I. (1996): Selbst, Persönlichkeit und Lebensgestaltung im Alter: Psychologische Widerstandsfähigkeit und Vulnerabilität. In: K. U. Mayer & P. B. Baltes (Hrsg.): Die Berliner Altersstudie. Berlin: Akademie Verlag, S. 321–350.
- Sventlik, Ivan (1991): The Future of Welfare Pluralism in the Postcommunist Countries, S. 13-23, in: Evers / Svetlik (Hrsg.) 1991, Wien.
- Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (19??): Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte. Ergebnisse der zweiten Welle des Alterssurvey, DZA. Berlin.
- Watzlawick, Paul (1993) Menschliche Kommunikation. Bern; Stuttgart.
- Weyerer, S. / Schäufele, M. / Hendlmeier, I. (2005): Besondere und stationäre Betreuung demenzkranker Menschen im Vergleich, S. 85-94, in: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, Band 38, Heft 2 / 2005.
- Weymann, Ansgar (2004): Individuum – Institution – Gesellschaft. Erwachsenen-sozialisation im Lebenslauf. Wiesbaden.
- WHOQOL-BREF (1996): Introduction, Administration, Scoring und Generic Version of the Assessment. Program on Mental Health. WHO. Geneva.
- Woll-Schuhmacher, I. (1980) Desozialisation im Alter. Stuttgart.

---

Zapf, W. (1984): Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität. In: W. Glatzer & W. Zapf (Hrsg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt a. M.: Campus, S. 13–26.

Internet-Adressen

[www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de](http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de)



---

**3. Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen  
in Baden-Württemberg**



**Corporate Citizenship|Unternehmerisches bürgerschaftliches  
Engagement  
in Baden-Württemberg**

Ergebnisse der repräsentativen Unternehmensstudie

erstellt im Auftrag des  
Ministeriums für Arbeit und Soziales, Baden-Württemberg

Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung  
Freiburg

Inhalt

<b>1. Einleitung .....</b>	<b>522</b>
1.1 Zusammenfassung der Ergebnisse .....	525
1.2 Wichtige Erkenntnisse für die Förderung von Corporate Citizenship .....	529
<b>2. Ziele und Schwerpunktthemen der Untersuchung.....</b>	<b>532</b>
<b>3. Anlage und Durchführung der Befragung.....</b>	<b>535</b>
<b>4. Charakteristika der einbezogenen Unternehmen .....</b>	<b>537</b>
4.1 Strukturelle Merkmale der einbezogenen Unternehmen und Repräsentativität .....	537
4.2 Alter und Geschlecht der befragten Führungskräfte sowie Position im Unternehmen .....	543
<b>5. Ergebnisse der telefonischen Befragung von Unternehmen ...</b>	<b>545</b>
5.1 Grundsätzlich wahrgenommener Handlungsbedarf .....	545
5.2 Bewertung der Rolle von Unternehmen, Staat sowie Bürgerinnen und Bürgern .....	548
5.3 Die Bekanntheit von Corporate Citizenship und verwandter Begriffe .....	551
5.4 Engagementfelder der befragten Unternehmen.....	554
5.5 Der geografische Schwerpunkt des Engagements .....	561
5.6 Formen der Unterstützung in den unterschiedlichen Handlungsfeldern ...	562
5.7 Berechnung der Engagementquote von Unternehmen.....	571
5.8 Auslöser für gesellschaftliches Engagement .....	575
5.9 Motivation des Engagements .....	585
5.10 Wer entscheidet im Unternehmen? .....	590
5.11 Anerkennung des unternehmerischen Engagements .....	591
5.12 Zukünftiges Engagement.....	596
5.13 Der Zusammenhang von Engagement und Umsatzentwicklung.....	598
5.14 Engagement in Stiftungen und Bürgerstiftungen.....	601
5.15 Anstoß für zusätzliches Engagement .....	602
5.16 Kooperation mit Bürgerbüros, Freiwilligenagenturen .....	605
5.17 Formen der Öffentlichkeitsarbeit.....	607
5.18 Bedarf an Beratung für unternehmerisches Engagement .....	612
5.19 Einflüsse des unternehmerischen Umfeldes.....	613
5.20 Charakteristika von Unternehmen, die nicht oder nicht mehr engagiert sind .....	615
5.21 Zukunftssorgen der Unternehmen .....	617
5.22 Von welchen Faktoren ist die Engagementquote abhängig? .....	620
<b>6. Glossar.....</b>	<b>622</b>
<b>7. Literatur .....</b>	<b>625</b>

---

## **Liebe Leserinnen und Leser,**

Corporate Citizenship, damit verbinde ich bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen, die auf eindrucksvolle Weise mit vielen unterschiedlichen Projekten und Maßnahmen Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen. Seit etwa 10 Jahren gewinnt Corporate Citizenship auch in Deutschland an Bedeutung. Dabei haben die Erfahrungswerte aus den USA und Großbritannien maßgeblich Entwicklungen angeregt, die über das wertvolle traditionelle gemeinnützige Engagement deutscher Unternehmen hinausgehen.

In Deutschland ist das gesellschaftliche Engagement der Unternehmen zwar weit verbreitet, doch überwiegend durch Corporate Giving – also das traditionelle Spenden und Sponsoring für Kultur, Sport oder soziale Belange geprägt. Meiner Meinung nach braucht aber gerade eine moderne soziale Marktwirtschaft unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement im Sinne von Corporate Citizenship! Denn: Corporate Citizenship ist mehr als Mäzenatentum oder Sponsoring. Corporate Citizenship fordert die gesellschaftliche und soziale Verantwortung von Unternehmen und Betrieben ein.

Es geht darum, besondere Kompetenzen und Möglichkeiten des Unternehmens und seiner Beschäftigten im Dienste der Bürgergesellschaft bereitzustellen. Unternehmen, Betriebe und Belegschaften, also als Bürger, die bereit sind, gesellschaftspolitische Verantwortung zu übernehmen!

Es ist erfreulich festzustellen, dass die generelle Bereitschaft zu ehrenamtlichem und bürgerschaftlichem Engagement weiterhin wächst. Diese positive Grundeinstellung der Bürgerinnen und Bürger, aber auch der Unternehmen und Betriebe, sich für die Gesellschaft freiwillig zu engagieren und mehr Eigenverantwortung zu übernehmen, will die Politik aufnehmen, würdigen und durch unterstützende Rahmenbedingungen fördern. Dazu zählt auch, mehr über ein Thema in Erfahrung zu bringen.

Bisher fehlte eine repräsentative Untersuchung zum Selbstverständnis von Unternehmen in der Gesellschaft und ihrem unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagement, die die gesellschaftliche Diskussion und die Überlegungen zur Weiterentwicklung von gesellschaftlichem Unternehmensengagement auf eine solide Grundlage hätte stellen können. Das Ministerium für Arbeit und Soziales hat deshalb eine entsprechende repräsentative Studie beim Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg in Auftrag gegeben. Dabei wurden die Einstellungen von Unternehmen in Baden-Württemberg zur Bürgergesellschaft, das weite Spektrum der Engagementformen und neue Ansätze und Perspektiven für unternehmerisches



bürgerschaftliches Engagement untersucht. Die Ergebnisse dieser bundesweit einmaligen Studie liegen nun vor.

So stellen die Gutachter beispielsweise fest, dass viele Unternehmen und Betriebe im Land gut als Kooperationspartner für unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen sind, da sie lokal verwurzelt sind und sich mit ihrem Wirtschaftsstandort identifizieren.

Mit diesen und weiteren interessanten Erkenntnissen aus der Studie will die Landesregierung die Basis für eine konstruktive und zielgerichtete Begleitung und Förderung von bürgerschaftlichem Engagement der Unternehmen in Baden-Württemberg schaffen. Hierbei ist das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg ein kompetenter Partner.

Ich hoffe, dass die Ergebnisse und Hinweise aus der Studie Ihnen bei Ihrer Arbeit nützlich sind und auf diese Art das gute soziale Miteinander in Baden-Württemberg weiter stärken.



Dr. Monika Stolz MdL

Ministerin für Arbeit und Soziales

---

## 1. Einleitung

Das Thema „gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen“, umschrieben auch als „unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement“ oder „Corporate Citizenship“ hat derzeit Konjunktur. Die Unternehmen selbst sowie deren Interessensverbände und Kammern greifen es auf, aber auch Politik, öffentliche Verwaltung und Verbände des Dritten Sektors machen aus unterschiedlichsten Interessen die Förderung von Corporate Citizenship zu ihrer Sache.

Die Diskussion über die Rolle von Unternehmen in der Gesellschaft und ihre gesellschaftliche Verantwortung wird unter dem Eindruck von Wirtschaftsskandalen und der negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung in den letzten Jahren mit großem Nachdruck geführt. Der öffentliche Diskurs ist dabei vielfältig und mitunter kontrovers, da den als verantwortungslos wahrgenommenen Unternehmen eine Vielzahl von engagierten und sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung durchaus bewussten Unternehmen gegenübersteht. In die gesellschaftliche Diskussion über Corporate Citizenship schalten sich auch die Unternehmen selbst und die Unternehmensverbände ein. Aus Sicht der Unternehmensverbände sind die deutschen Unternehmen bereits führend mit ihrem Engagement für die Gesellschaft, zeigen sich „ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst und tragen dieser Verantwortung in besonderem Maße Rechnung (BDA 2005: 2). Diese gesellschaftlichen Aktivitäten sind aus Sicht der Unternehmensverbände auch nicht neu, sondern „ein selbstverständlicher Teil der historisch gewachsenen deutschen Unternehmenskultur“ (BDA 2005: 2; vgl. auch Backhaus-Maul 2006: 32).

### ***Definitorische Annäherungen***

Bezieht man sich auf Studien zu Corporate Citizenship, steht folgende Begriffsdefinition von Westebbe/Logan (1995: 13) im Mittelpunkt: „Corporate Citizenship ist das gesamte über die eigentliche Geschäftstätigkeit hinausgehende Engagement des Unternehmens zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. Es ist der Versuch, ein Unternehmen auf möglichst vielfältige Weise positiv mit dem Gemeinwesen zu verknüpfen, in dem es tätig ist. Das Unternehmen soll sich wie ein guter Bürger für die Gemeinschaft engagieren, es soll ein Good Corporate Citizen sein“. Westebbe/Logan beziehen sich im Weiteren auch auf die Kompetenzen des Unternehmens, die es in das Engagement einbringen kann und soll. In Anlehnung an diese Schlüsseldefinition verbindet die Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen

Bundestages mit Corporate Citizenship „die Entwicklung einer Unternehmenskultur, in der die Orientierung auf Gewinnerzielung mit einer Orientierung am Gemeinwohl und der Übernahme sozialer Verantwortung im Gemeinwesen verbunden“ wird (Enquête-Kommission 2002: 9).

Für die Unternehmen gibt es mehrere Wege – oder Instrumente –, um sich in die Gesellschaft mit ihren Bedürfnissen und Fragestellungen einzubringen. Die gängigsten werden nachfolgend kurz zusammengefasst.

- (1) Sie haben die Möglichkeit, durch Geld- oder Sachspenden für ihren Standort lohnende Initiativen und Projekte zu unterstützen. Das bezeichnet man oft als Corporate Giving, das sich dadurch auszeichnet, dass es rein wohltätig angelegt ist und nicht auf einer Gegenleistung beruht. Eine besondere Spielart ist hier das Matching, bei dem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Unternehmens Geld für einen bestimmten Zweck sammeln und die Unternehmensleitung den gesammelten Betrag um die gleiche Höhe aufstockt.
- (2) Unternehmens- und Bürgerstiftungen sind eine weitere Form des Engagements, bei dem die Unternehmen langfristig Geld in die Umsetzung gesellschaftlicher Ziele investieren. Dabei bestimmt das Unternehmen den Stiftungszweck und bei der Bürgerstiftung kann es sich auch in die praktische Umsetzung von Stiftungsprojekten einbringen.
- (3) Sponsoring ist eine Engagementform, die sich zunehmender Beliebtheit erfreut. Beim Sponsoring wird immer eine Gegenleistung vereinbart, die in vielen Fällen aus Werbung für das Unternehmen besteht.
- (4) Unternehmen können zweckgebundenes Marketing (Cause-Related Marketing) betreiben, indem mit dem Kauf von Produkten/Dienstleistungen des Unternehmens ein Teil des Erlöses gemeinnützigen Zwecken zur Verfügung gestellt wird.
- (5) Unternehmen können sich mit der Arbeitskraft ihrer Beschäftigten – während oder außerhalb der Arbeitszeit – für ein Projekt engagieren (Corporate Volunteering). Dieses Corporate Volunteering gibt es auch in Form einer Personalentwicklungsmaßnahme, bei der z.B. Führungskräfte für eine bestimmte Zeit in einer sozialen Einrichtung arbeiten und dort einerseits ihre Fähigkeiten einbringen, aber auch selbst neue Fähigkeiten erwerben können.

- 
- (6) Darüber hinaus bestehen vielfältige Möglichkeiten, Partnerschaften mit Projekten/gemeinnützigen Organisationen einzugehen, bei denen die unterschiedlichsten Engagementformen miteinander kombiniert werden und verschiedene Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen mitwirken. Gerade hier bringen die Unternehmen oft ihre spezifischen Kompetenzen ein.

### ***Differenzierter Forschungsansatz zu Corporate Citizenship***

Betriebe und Unternehmen sind in verschiedener Hinsicht bzw. in verschiedenen Rollen wichtige Partner auf dem Weg zu einer Bürgergesellschaft. Im Kontext des baden-württembergischen Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement soll Corporate Citizenship bzw. Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement im Sinne einer Beziehung zwischen Unternehmen und Gesellschaft in einer umfassenden zivilgesellschaftlichen Sichtweise betrachtet, erforscht und auf Grundlage sozialwissenschaftlicher Analysen befördert werden.

Unter empirischen Gesichtspunkten fehlte bisher eine repräsentative Untersuchung zum Selbstverständnis von Unternehmen in der Gesellschaft und ihrem unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagement, die den gesellschaftlichen Diskurs und die Überlegungen zur Weiterentwicklung von Corporate Citizenship auf eine solide Grundlage stellen könnte.

Die Landesregierung Baden-Württemberg hat deshalb das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) beauftragt, für das Land eine empirische Studie über das Selbstverständnis von Unternehmen in der Gesellschaft und ihre gesellschaftlichen Engagementformen durchzuführen. Die in dieser Form erstmalig durchgeführte Unternehmensbefragung bietet die Möglichkeit, die empirische Grundlage über Erscheinungsformen von Corporate Citizenship in Baden-Württemberg zu verbessern und Unternehmen als Mitgestalter der Gesellschaft sichtbar zu machen. Beachtlich ist dabei die der Repräsentativität entsprechende Berücksichtigung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die in der öffentlichen Wahrnehmung oft hinter den Großunternehmen zurücktreten. Die Studie soll insbesondere Aufschluss darüber geben, welche Konturen das unternehmerische gesellschaftliche Engagement in Baden-Württemberg gegenwärtig besitzt und was zu seiner Förderung getan werden kann. Zudem liefert die Studie auch wertvolle Erkenntnisse über das Land Baden-Württemberg hinaus, da Indikatoren für lokale und regionale Ansätze in anderen Bundesländern gewonnen werden konnten.

Die systematische Förderung von unternehmerischem bürgerschaftlichem Engagement ist ein wichtiges Anliegen des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und der Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste im Ministerium für Arbeit und Soziales. So wurde auf Initiative der Stabsstelle im Jahr 2005 das Projekt „Unternehmen BE“ angestoßen. Seither werden in drei Modellregionen und an zwei Modellstandorten neue Formen der Kooperation zwischen bürgerschaftlichen Akteuren und Initiativen, sozialen Einrichtungen und Institutionen und den in den Modellregionen angesiedelten Unternehmen erprobt. Auch dazu liefert diese repräsentative Studie wichtige Erkenntnisse. Die gewonnenen Erfahrungen sollen in ein Handbuch zur Förderung von Kooperationspartnerschaften Eingang finden, das für die Weiterentwicklung von Partnerschaften auch in anderen Regionen des Landes zugrunde gelegt werden kann. Über das Modellprojekt „Unternehmen BE“ wird an anderer Stelle zu berichten sein. Im Folgenden wird ausschließlich auf die Ergebnisse der repräsentativen Telefonbefragung von Unternehmen zum unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagement Bezug genommen.

### **1.1 Zusammenfassung der Ergebnisse**

Die Untersuchung bezieht sich auf das in Baden-Württemberg und auch bundesweit bisher wenig empirisch bearbeitete Feld des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements.<sup>24</sup> Unsere Analysen zum Engagement von Unternehmen in Baden-Württemberg lassen nachhaltig erkennen, dass die Unternehmen dieses Bundeslandes eine wichtige Funktion als Corporate Citizens bei der Mitgestaltung der Gesellschaft haben. 85% der Unternehmen sind in mindestens einem der nachgefragten Engagementfelder unterstützend tätig. Zwei Drittel davon leisten über Geldspenden hinaus Sachspenden oder setzen ihre Unternehmensinfrastruktur oder fachliche Hilfe ein. Jedes zweite Unternehmen berichtet, dass auch der Einsatz ihrer Beschäftigten während der Arbeitszeit und/oder das Engagement der Unternehmensleitung selbst zu den Unterstützungsformen zählen.

---

<sup>24</sup> Während bereits seit 1999 das bürgerschaftliche Engagement im Rahmen des Freiwilligensurvey ausführlich erforscht wird und 2004 dazu eine Wiederholungsbefragung stattfand, liegen zum Engagement der Unternehmen, vor allem der kleinen und mittelständischen, bisher, insbesondere auch auf den deutschen Raum bezogen, nur wenige detaillierte Informationen vor.

---

### ***Eine große Bandbreite an Engagementfeldern***

Die vielfältigen Förderaktivitäten der Unternehmen erstrecken sich über zahlreiche Handlungsbereiche. Jedes zweite Unternehmen unterstützt den sozialen Bereich, z.B. durch Unterstützung eines Wohlfahrtsverbands, einer Hilfsorganisation oder sonstigen Initiative sowie den großen Bereich Sport und Bewegung. Sehr wichtige weitere Engagementfelder stellen Schule und Kindergarten sowie Bildung und Ausbildung und die Prüfungstätigkeit im Rahmen des Kammerwesens dar, in die ein Drittel der Unternehmen involviert ist. Die Unterstützungsaktivitäten der Unternehmen beziehen sich aber auch auf die Bereiche Freizeit und Geselligkeit sowie das weite Gebiet von Kunst, Kultur und Musik. Über die genannten Engagementfelder hinaus ist jedes fünfte Unternehmen unterstützend tätig für die Bereiche Rettungsdienst und Freiwillige Feuerwehr, Gesundheit und den Umwelt-, Natur- und Tierschutz. Rund jedes zehnte Unternehmen fördert durch seine Corporate-Citizenship-Aktivitäten Wissenschaft und Forschung.

### ***Lokal ausgerichtetes Engagement***

Das unternehmerische bürgerschaftliche Engagement ist stark auf den Unternehmensstandort konzentriert, das heißt auf das Gemeinwesen, in dem das Unternehmen angesiedelt ist und in dem es mit der Formenvielfalt seines Engagements an die bestehenden Strukturen und Prozesse des kommunalen Geschehens anknüpfen kann, seien es Vereine, Verbände, Einrichtungen wie Kindergarten und Schule oder Selbsthilfegruppen, Nachbarschaftshilfe oder Stadtteilarbeit und regionale Netzwerke. Derzeit spielen dabei Freiwilligenagenturen, örtliche Anlaufstellen für Bürgerengagement oder Bürgerbüros eine untergeordnete Rolle.

### ***Die Unternehmen engagieren sich auf vielfältige Weise***

Die Formen der Unterstützung in den betreffenden Handlungsfeldern sind recht vielfältig. Nahezu jedes Unternehmen spendet Geld für die von ihm unterstützten Engagementfelder, darüber hinaus jedoch kommen bei rund zwei Dritteln der Unternehmen zusätzlich Sachspenden zum Einsatz. Noch jedes zweite Unternehmen erlaubt die Nutzung von betrieblicher Infrastruktur, leistet Sponsoring oder logistische und fachliche Unterstützung. In knapp der Hälfte der Unternehmen sind zudem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Betriebes unterstützend in Engagementfeldern tätig, und die befragten Personen, überwiegend die Unternehmerin oder der Unternehmer selbst, sind zu drei

Vierteln in einem der Engagementbereiche mit engagiert. Es findet sich folglich ein beachtliches Spektrum an Unterstützungsaktivitäten der Unternehmen, die weit über den reinen Geldeinsatz hinausgehen.

Jedes zehnte Unternehmen könnte sich perspektivisch vorstellen, eine Stiftung zu gründen und jedes siebte erwägt, sich in einer Bürgerstiftung zu engagieren.

### ***Was motiviert die Unternehmen zum Engagement?***

Das Engagement der Unternehmen und seine Ausgestaltung sind stark durch die Unternehmerpersönlichkeit und deren persönliche Anliegen geprägt. Für gut zwei Drittel der Unternehmen spielen darüber hinaus die Pflege guter Beziehungen zum Unternehmensstandort und die Passung der Engagementform zum Unternehmen eine wichtige Rolle sowie der durch das unternehmerische Engagement zu erwartende Imagegewinn und die positive Außenwirkung. Gut jedes zweite Unternehmen verbindet mit seinem Engagement auch die Hoffnung auf verbesserte Kundenbeziehungen und einen Kompetenzgewinn für sich und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, damit verbunden auch die Verbesserung von deren Zufriedenheit mit ihrem Arbeitsplatz. Bei mehr als der Hälfte der Unternehmen zählen die gesellschaftlichen Aktivitäten zur Tradition. Der Grund, durch ein gesellschaftliches Engagement Vorteile im Wettbewerb zu erzielen, ist tendenziell eher zweitrangig, wird aber dennoch von knapp der Hälfte der Unternehmen als Intention für das Engagement genannt.

Die Kombination aus persönlichen Gründen für das Engagement und dem Unternehmensinteresse (Image- und Kompetenzgewinn für das Unternehmen, Verbesserung der Kundenbeziehungen, erwartete Vorteile im Wettbewerb) verweisen auf eine Mischmotivation, die zum unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagement führen. In diesem Motivationsmix nehmen mit der Größe des Betriebes und bei jüngeren Unternehmerinnen und Unternehmern auch die Anteile des strategisch motivierten Corporate Citizenship zu, was vermuten lässt, dass das Engagement zukünftig eher strategischer angelegt sein könnte.

Rund drei Viertel der Unternehmen wählen ihr Engagement meist nicht zufällig, sondern haben ihre wichtigsten Engagementfelder gezielt ausgewählt. Bei einem Drittel der Unternehmen spielen auch Anfragen von außen eine wichtige Rolle. Jedes achte Unternehmen erhält einen Anstoß von Beschäftigten, die in den Engagementfeldern freiwillig engagiert sind, und bei jedem zehnten Unternehmen sind es Geschäftspartnerinnen sowie Geschäftspartner, die vermittelnd tätig waren. Die Unternehmen – und hier hauptsächlich die größeren – vertreten weitgehend die Auffassung, dass sie von den geförderten Initiativen und

---

Projekten, Vereinen und Einrichtungen genügend Anerkennung erhalten. Erkennbar wird jedoch, dass sie sich generell von Seiten der Bürgerinnen und Bürger bzw. der Öffentlichkeit sowie seitens des Staates bzw. der Kommune, in der sie sich engagieren, eine größere Wertschätzung für ihr Engagement erwarten.

### ***Die Bedeutung von Öffentlichkeitsarbeit und Anerkennung***

Nur jedes zweite Unternehmen betreibt aktive Öffentlichkeitsarbeit für seine gesellschaftlichen Aktivitäten. Die Öffentlichkeitsarbeit von Unternehmen nach innen und außen variiert deutlich mit der Größe der Unternehmen. Je kleiner das Unternehmen, desto weniger wird Öffentlichkeitsarbeit als bewusste Handlungsstrategie betrieben.

Die überwiegende Mehrheit der Unternehmen signalisiert kein Interesse an einer professionellen Beratung zum Thema unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement. Unternehmen verharren weitgehend auf ihrem Engagementniveau in Bezug auf Öffentlichkeitsarbeit wie externe Beratung. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Unternehmen mit einer aktiveren Öffentlichkeitsarbeit viel häufiger eine Anerkennung ihres Engagements gegeben sehen als solche, die sich hier reserviert zeigen. Von Bedeutung ist weiterhin, dass die Wahrnehmung von Corporate-Citizenship-Aktivitäten anderer Unternehmen im Umfeld offensichtlich merklich anregend wirkt auf das eigene Engagement bzw. umgekehrt: Das eigene Engagement eines Unternehmers wirkt stimulierend auf die anderen Unternehmen im sozialen Nahraum. Bessere Öffentlichkeitsarbeit und Beratung dürften zudem bewirken, dass das eigene unternehmerische Engagement stärker im Blick auf seine Wirkungen reflektiert und aufgearbeitet wird.

### ***Gleichbleibendes Engagement***

Aufschlussreich ist weiterhin, dass sich das unternehmerische Engagement recht stabil und mit Blick auf die Zukunft auch verlässlich zeigt. Drei Viertel der Unternehmen möchten ihre gegenwärtigen Aktivitäten im bisherigen Umfang fortsetzen. Jedes zehnte Unternehmen erwägt eine Steigerung seines gesellschaftlichen Engagements. Wiederum jedes zehnte Unternehmen denkt daran – meist im Zusammenhang mit erwarteten Umsatzeinbußen im folgenden Jahr – seine Förderaktivitäten einzuschränken. Zwei Drittel äußern die Ansicht, dass eine bessere Wirtschaftslage zweifellos Anstöße für zusätzliches unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement geben würde, und für knapp



die Hälfte der Unternehmen würden zusätzlich steuerliche Anreize Anlass zu verstärkten Förderaktivitäten geben.

Deutlich wird, dass die Unternehmen mit ihrem Engagement Bezug auf die von ihnen als sehr wichtig eingestuften gesellschaftlichen Handlungsfelder nehmen. Insbesondere den Bereich Bildung und Ausbildung, in dem die Unternehmen einen großen Handlungsbedarf erkennen, berücksichtigen sie umfangreich in ihrem Engagement. Vor allem Unternehmerinnen zeigen ein sensibilisiertes gesellschaftliches Problembewusstsein und sehen zusätzlich dringenden Handlungsbedarf bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Engagementfelder der Unternehmer korrespondieren weitgehend mit gesellschaftlichen Problemfeldern.

### ***Gesellschaftlich orientiertes Selbstverständnis der Unternehmen***

Bei den Unternehmen findet sich eine nahezu gleichrangige Wertekombination von Leistungsorientierung und sozialer Verantwortung, die die grundlegenden Wertausrichtungen der sozialen Marktwirtschaft spiegelt. An diese Werte kann bei den konzeptionellen Überlegungen zu Corporate Citizenship ausdrücklich angeknüpft werden, da sie unmittelbare wirtschaftliche wie auch soziokulturelle Anschlussmöglichkeiten an gesellschaftliche Wertvorstellungen darstellen.

Das Selbstverständnis von Unternehmen lässt zudem ein sehr ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein dahingehend erkennen, dass jedes zweite Unternehmen der These zustimmt, dass zu den Aufgaben eines Unternehmens auch gesellschaftliches Engagement gehört. Vor diesem Hintergrund ist interessant, dass die Begriffe „Corporate Citizenship“ (CC) oder „Corporate Social Responsibility“ (CSR) bei den Unternehmen kaum bekannt sind. Lediglich die Bedeutung des Begriffs „bürgerschaftliches unternehmerisches Engagement“ wird von jedem zweiten Unternehmen als „voll verstanden“ verbucht.

## **1.2 Wichtige Erkenntnisse für die Förderung von Corporate Citizenship**

### ***Strategischer Vorteil als Kommunikationsbasis***

Die Studie zeigt, dass viele Unternehmerinnen und Unternehmer ihr Engagement als ein persönliches Anliegen verstehen. Der wirtschaftliche Nutzen des Engagements bleibt dabei häufig unberücksichtigt und wird eher in zweiter Linie gerne „mitgenommen“ - aber nicht strategisch angelegt. In diesem Zusammenhang sind zwei Trends wichtig:

---

Erstens: Insbesondere die Unternehmen mit bis zu drei Beschäftigten sehen die wirtschaftlichen Vorteile nicht und sind diejenigen, die am wenigsten darüber berichten und bei denen am wahrscheinlichsten ist, dass sie es wieder aufgeben. Dabei sind es oft **Handwerksbetriebe, Einzelhandel und Klein(st)unternehmen**, die – oft auch gemeinsam – Projekte in der Gemeinde unterstützen und hier einen unverwechselbaren Beitrag leisten. In Gemeinden und kleinen Städten ist die Existenz dieser kleinen Unternehmen oft gefährdet und es ist eine wichtige Aufgabe der Förderung von Corporate Citizenship auf die Rolle dieser Betriebe aufmerksam zu machen. In dem Bemühen um einen hochwertigen wirtschaftlichen Standort und einen attraktiven Lebensraum überschneiden sich die Interessen von Kommune, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen – das Bindeglied kann hier gezieltes Corporate Citizenship sein. Wenn den kleinen Unternehmen bewusst gemacht wird, dass es Projekte gibt, die nicht nur Geld kosten, sondern auch einen Gewinn bringen und standortpolitische Relevanz für sie haben und dass es falsche Bescheidenheit ist, wenn man nicht darüber redet, kann sich dies förderlich auf die Engagementbereitschaft der Unternehmen auswirken.

Zweitens: **Größere Unternehmen** und die jüngere Generation von Unternehmerinnen und Unternehmern scheinen dem wirtschaftlichen Vorteil ihres Engagements gegenüber offener zu sein und ihn zum Teil schon zu nutzen. Das heißt jedoch noch nicht, dass das Engagement einer **Strategie** folgt bzw. die Bandbreite an wirtschaftlichen Vorteilen systematisch genutzt wird. Auch hier ist also Aufklärung notwendig.

Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass die Unternehmen daran interessiert sind, die beziffer- oder beschreibbaren Wirkungen von Maßnahmen des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements als Grundlage für Entscheidungen oder als Initialargument für ihr Engagement zu nutzen. Da dies durch eine zunehmend strategische Betrachtung von Corporate Citizenship sicherlich noch wichtiger werden wird, ist aus wissenschaftlicher Perspektive **Forschung zu der Wirkung von Corporate Citizenship** für die Förderung von unternehmerischem bürgerschaftlichen Engagement unerlässlich.

### ***Zielgruppenorientierte Ansprache***

Wichtig ist, dass die **Information** zu unternehmerischem bürgerschaftlichen Engagement **zielgruppenspezifisch** erfolgt und die jeweilige Situation der Unternehmen (Größe, Branche, Standort etc.) in der Kommunikation berücksich-

tigt wird. Auch sollten zum Beispiel Unternehmerinnen als Zielgruppe spezifisch angesprochen werden: Sie sehen manche Themen als besonders wichtig an, haben ein größeres Bewusstsein hinsichtlich gesellschaftlicher Problematiken und heben stärker auf eine ökonomisch begründete Motivation ab. Zu berücksichtigen ist in jedem Fall, dass die Unternehmen mit Begriffen angesprochen werden, die für sie eine Bedeutung haben – und dies ist bei „Corporate Citizenship“ bislang noch nicht der Fall ist.

Die Information über Corporate Citizenship sollte über die **Kanäle** erfolgen, die die Unternehmen sich auch selbst suchen würden, d.h. die Kammern, örtliche Anlaufstellen für Bürgerengagement in den Kommunen und andere Unternehmen können hier gute Botschafter und Botschafterinnen sein.

Auch die **Ansprache von Unternehmen**, um sie zu konkreten Corporate-Citizenship-Projekten zu bewegen, muss zielgerichtet sein. Zum einen findet sich bei vielen Unternehmen eine Mischmotivation zum Engagement, die sich aus individuellen, altruistischen und zweckrationalen Motiven zusammensetzt und daher eine gezielte Ansprache von Unternehmen erfordert, die den heterogenen Beweggründen gerecht wird. Zum anderem kombinieren Unternehmen verschiedene Engagementformen und sind damit auf mehreren Ebenen ansprechbar. Wenn ein Unternehmen bereits eine Spende geleistet hat, ist es vielleicht zusätzlich bereit, Arbeitszeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sind Unternehmen auch für Projektvorschläge von außen offen und dies insbesondere dann, wenn das Engagement zum Unternehmen passt.

Auch bei der **Anerkennung** ist die richtige Dosierung wichtig und auf die Bedürfnisse des Unternehmens abzustimmen. Die Studie zeigt, dass es Unternehmen gibt, die sich mehr Anerkennung von der Kommune bzw. den Bürgerinnen und Bürgern wünschen, aber es gibt auch einige, die dies nicht wollen. Wünscht ein Unternehmen Anerkennung wäre zu überlegen, ob man über eine allgemeine Anerkennungskultur hinaus seine unternehmerische Verantwortung nicht stärker in den Kontext der Kommunal- und Stadtentwicklung stellt.

### ***Veröffentlichung als Erfolgsfaktor***

Für die Förderung von unternehmerischem bürgerschaftlichem Engagement ist aus mehreren Gründen auch von Bedeutung, dass die Unternehmen ihr Engagement veröffentlichen. Zum einen kann die **Veröffentlichung** dem

---

Unternehmen am eigenen Beispiel einige der wirtschaftlichen Vorteile näher bringen und durch diese Wahrnehmung seine Engagementbereitschaft – gerade auch in Zeiten schlechterer Umsätze – sichern. Zum zweiten zeigt die Studie eine Beziehung zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Anerkennung auf: Unternehmen, die über ihr Engagement in der Öffentlichkeit berichten, haben ein subjektiv höheres Gefühl der Anerkennung ihres Engagements. Ein dritter wichtiger Grund ist, dass Unternehmen, die andere engagierte Unternehmen in ihrem Umfeld kennen, eine höhere Engagementbereitschaft haben. Das alles sind Gründe, die Unternehmen zu mehr Öffentlichkeitsarbeit im eigenen Interesse und im Interesse der Förderung von Corporate Citizenship zu motivieren.

Zusammenfassend zeigt die Studie, dass die Unternehmen ein hohes Interesse an ihrem Standort haben, sich mit ihm identifizieren und ihre gesellschaftliche Verantwortung nicht in Frage stellen. Gleichzeitig haben sie eine große Sensibilität gegenüber gesellschaftlichen Problemstellungen – so gilt eine ihrer Hauptsorgen der Arbeitslosigkeit. Es geht also darum, die Unternehmen und ihre Fähigkeit zur Problemlösung aktiv in politische, strukturelle und gesellschaftliche Diskussionen einzubinden, um ihnen die Möglichkeit zu bieten, als gesellschaftlicher Akteur eine neue Rolle zu finden.

## **2. Ziele und Schwerpunktthemen der Untersuchung**

Für ein Forschungsvorhaben zu Corporate Citizenship bietet sich an, die bereits vorhandenen Ansätze unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements im Rahmen einer möglichst repräsentativen Studie zu analysieren und damit die Engagementkultur der Unternehmen in Baden-Württemberg umfänglich in den Blick zu nehmen. Die vorliegende Studie fokussiert sich gerade nicht auf engagierte (Groß-) Unternehmen als Paradebeispiele oder „Leuchttürme“ des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements, sondern – im Unterschied zu anderen Studien – auf die möglichst breite und repräsentative Erfassung des Wirtschaftsraumes in Baden-Württemberg mit seinen dominierenden klein- bzw. mittelständischen Unternehmensstrukturen.

Im Rahmen der repräsentativen Befragung von Unternehmen standen folgende Themenbereiche im Mittelpunkt:

1. Einschätzung des Handlungsbedarfs in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen durch die Unternehmen

2. Verantwortungsteilung zwischen Staat, Unternehmen und Gesellschaft aus Sicht der Betriebe
3. Engagementfelder von Unternehmen und Orte des Engagements
4. Art und Weise der Unterstützung in den genannten Engagementfeldern (Spenden, Sponsoring, Einbezug von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern etc.)
5. Grund des unternehmerischen Engagements und wichtige Kooperationspartner
6. Perspektiven des eigenen unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements
7. Kooperation mit Vermittlern, Freiwilligenagenturen, anderen Betrieben und Bedarf an professioneller Beratung
8. Motivation zum Engagement
9. Formen und Umfang der Öffentlichkeitsarbeit der Unternehmen
10. Entscheidungsträger für die Auswahl von Corporate-Citizenship-Aktivitäten
11. Wahrgenommene Anerkennung des unternehmerischen Engagements
12. Anreize für verstärktes unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement und rechtliche Rahmenbedingungen
13. Begriffliche Umschreibungen des eigenen Engagements
14. Strukturdaten des Unternehmens und Daten zur Unternehmerpersönlichkeit
15. Sorgen der Unternehmensleitung im Blick auf die Zukunft.

Als Methode wurde eine telefonische Befragung auf der Grundlage einer Zufallsstichprobe von 3000 Betrieben in Baden-Württemberg gewählt, aus der insgesamt 541 Interviews realisiert wurden. Befragt wurde die Unternehmensleitung oder eine von ihr bestimmte Person (z.B. Geschäftsführung etc.) im Zeitraum von September bis Oktober 2005. Das computergestützte Telefoninterview dauerte durchschnittlich 25 Minuten.

Die Befragung war so konzipiert, dass sowohl gesellschaftlich engagierte als auch nicht engagierte Unternehmen in die Untersuchung einbezogen wurden. Nicht engagierte Betriebe hatten die Möglichkeit, den gesellschaftspolitischen Teil der Befragung zu beantworten sowie Angaben zu ihrem Betrieb zu machen. Die Studie erlaubt deshalb auch, eine Engagementquote für unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement der Unternehmen zu berechnen, d.h. zu

---

ermessen, wie viele Unternehmen aus der Gesamtzahl der Firmen engagiert sind.

Im Nachgang zur telefonischen Befragung von Unternehmen, über die hier berichtet wird, werden derzeit mit einem ausgewählten Kreis von Unternehmerinnen und Unternehmern, die zu einem Gespräch und zur Schilderung ihrer Corporate-Citizenship-Praxisbeispiele bereit waren, vertiefende qualitative Leitfadeninterviews durchgeführt. Die Erkenntnisse aus diesen persönlichen Interviews werden in einem weiteren Ergebnisbericht vorgestellt.

### 3. Anlage und Durchführung der Befragung

Für die telefonische Befragung haben wir uns grundsätzlich an der Grundgesamtheit aller Unternehmen in Baden-Württemberg orientiert, wie sie im Unternehmensregister beim Statistischen Landesamt Baden-Württemberg verzeichnet sind.

Da jedoch eine Weitergabe von Betriebsadressen aus dem Unternehmensregister an Dritte nach Auskunft des Statistischen Landesamtes aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen nicht zulässig ist, erwies sich für die Ziehung der Zufallsstichprobe ein Rückgriff auf kommerzielle Datenbanken als gangbarer Weg. Hier bot sich eine Datenbank der Firma Creditreform an, die über differenzierte Unternehmensdaten verfügt.<sup>25</sup>

Um eine profunde Grundlage für die angestrebte Zahl von mindestens 500 Telefoninterviews zu erhalten, wurde Creditreform um die Ziehung einer Zufallsstichprobe von 3000 Unternehmen in Baden-Württemberg gebeten. Dabei enthielt der Datensatz Angaben zu Namen, Adresse, Telefonnummer und Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner der Firma sowie den Branchencode aus dem allgemeinen Branchenschlüssel der Unternehmen.

Anhand der Strukturdaten des Unternehmensregisters konnte im Anschluss an die Ziehung der Stichprobe geprüft werden, in wie weit deren Verteilung der Merkmale Branche und Betriebsgröße sowie regionale Verteilung mit der entsprechenden Verteilung im Unternehmensregister übereinstimmte.

Bei der Durchführung der Telefonbefragung war ebenfalls darauf zu achten, dass hinsichtlich der Teilnahme der Unternehmen wichtige Unternehmensmerkmale wie Branche, Betriebsgröße und Region entsprechend ihrer Verteilung in der Grundgesamtheit vertreten waren. Bei der telefonischen Befragung wurden zunächst die Adressen der in Baden-Württemberg am ausgeprägtesten vertretenen Branchen in die Befragung einbezogen und abgearbeitet, damit sie repräsentativ im Datensatz vertreten waren. Danach erfolgte auch der Einbezug kleinerer Branchen.

---

<sup>25</sup> In Anbetracht der Menge der für Baden-Württemberg verfügbaren Unternehmensadressen rückt diese Datenbank mit einem Datenbestand von 300.000 Unternehmen zumindest in die Nähe des Unternehmensregisters, das ca. 460.000 Unternehmensadressen enthält (Stand 31.12.2004). Auch andere Forschungsinstitute, wie etwa das Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), greifen auf diese Datenbankfirma bei Unternehmensbefragungen zurück.

---

Insgesamt konnte auf diese Weise eine repräsentative Verteilung hinsichtlich der wichtigsten Branchen sowie nach Betriebsgröße und Wirtschaftsräumen des Landes erreicht werden.

Die telefonische Befragung, die sich von September bis Oktober 2005 erstreckte, wurde in Kooperation mit dem Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. an der Martin-Luther-Universität Halle/Wittenberg durchgeführt, das über eine computergestützte Telefonanlage (CATI-Labor) verfügt. Eine Woche vor Beginn der Telefonumfrage wurden alle Unternehmen durch ein Schreiben des Ministeriums für Arbeit und Soziales und des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg informiert und gebeten, die Umfrage zu unterstützen.

Insgesamt wurden 514 Telefoninterviews durchgeführt. Im Mittel wurde eine Interviewdauer von 25 Minuten erreicht. 27 Unternehmen äußerten den Wunsch, den Fragebogen zugesandt zu bekommen, um ihn schriftlich zu bearbeiten, so dass sich insgesamt 541 Unternehmen an der Umfrage beteiligten. Die Stichprobe von 3.000 Unternehmensadressen musste für die Gewinnung der 514 Telefoninterviews nicht ausgeschöpft werden. Die meisten Unternehmen, die nicht an der Befragung teilnehmen wollten, führten als Grund „Zeitmangel“ an. Hingegen gab es auch einige Unternehmen, die von sich aus das Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung kontaktierten, um an der Befragung teilnehmen zu können. Insgesamt kann von einer guten Resonanz gesprochen werden, es errechnet sich eine Teilnahmequote von 34%.

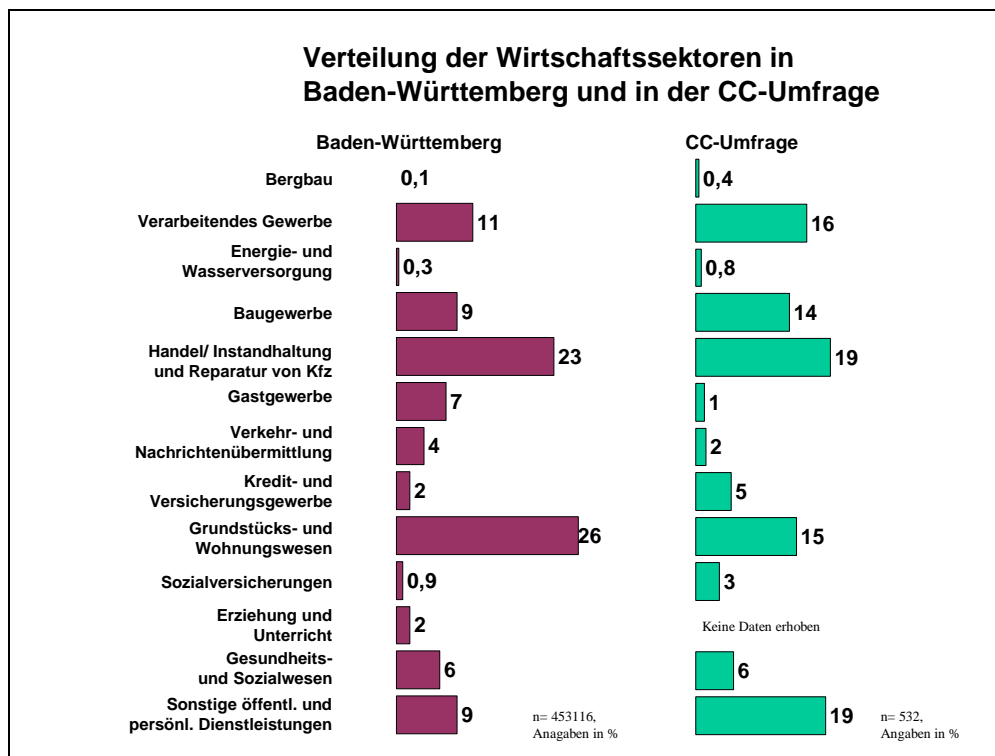


## 4. Charakteristika der einbezogenen Unternehmen

### 4.1 Strukturelle Merkmale der einbezogenen Unternehmen und Repräsentativität

Mit Blick auf die Verteilung nach Branchen zeigt sich (Abb. 1), dass die in Baden-Württemberg stark vertretenen Wirtschaftszweige gut in der Umfrage vertreten sind. So ist unter den Betrieben in Baden-Württemberg der Wirtschaftszweig *Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen* mit einer Quote von 23% vertreten, die entsprechende Quote für diesen Wirtschaftszweig liegt für die Umfrage bei 19%. Das *Verarbeitende Gewerbe* hat in Baden-Württemberg einen Anteil von 11% und in der Umfrage von 16%. Das *Baugewerbe* ist mit 14% im Datensatz und mit 9% in Baden-Württemberg vertreten. In der Umfrage überrepräsentiert ist der Wirtschaftszweig *Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen* mit 19% gegenüber 9% in Baden-Württemberg. Dagegen ist der Bereich *Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, unternehmensnahe Dienstleistungen* mit einem Anteil von 15% in der Umfrage unterrepräsentiert gegenüber seinem Anteil in Baden-Württemberg (26%). Der kleinere Wirtschaftszweig des *Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens* ist in der Umfrage (6%) genauso präsent wie im Land (6%). Weniger vertreten in der Befragung ist das *Gastgewerbe*. Insofern branchenspezifische Aussagen unternommen werden, können diese folglich vorrangig für den *Handel und Instandhaltung/ Reparatur Kfz*, das *Grundstücks- und Wohnungswesen*, den Bereich *Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen* sowie das *Verarbeitende Gewerbe* und *Baugewerbe* gemacht werden.

Abb. 1



Mit Blick auf die Betriebsgröße zeigt sich (Abb. 2), dass die Betriebe mit bis zu 3 Beschäftigten mit 41% am stärksten vertreten sind, gefolgt von Betrieben zwischen 4 und 9 Beschäftigten (31%). Knapp jeder fünfte (18%), in die Befragung einbezogene Betrieb weist eine Beschäftigtenzahl von 10 bis 49 auf und jeder zehnte Betrieb (11%) eine Beschäftigtenzahl von 50 und mehr. Auch diese Verteilung entspricht – vergleicht man sie mit den Daten des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg – der Verteilung im Land (Abb. 3). Hier zeigt sich, dass drei Viertel (79%) der Betriebe bis zu 9 Beschäftigte aufweisen, jeder sechste Betrieb (17%) beschäftigt zwischen 10 und 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und jeder zwanzigste Betrieb (5%) mehr als 50 Beschäftigte.

Abb. 2

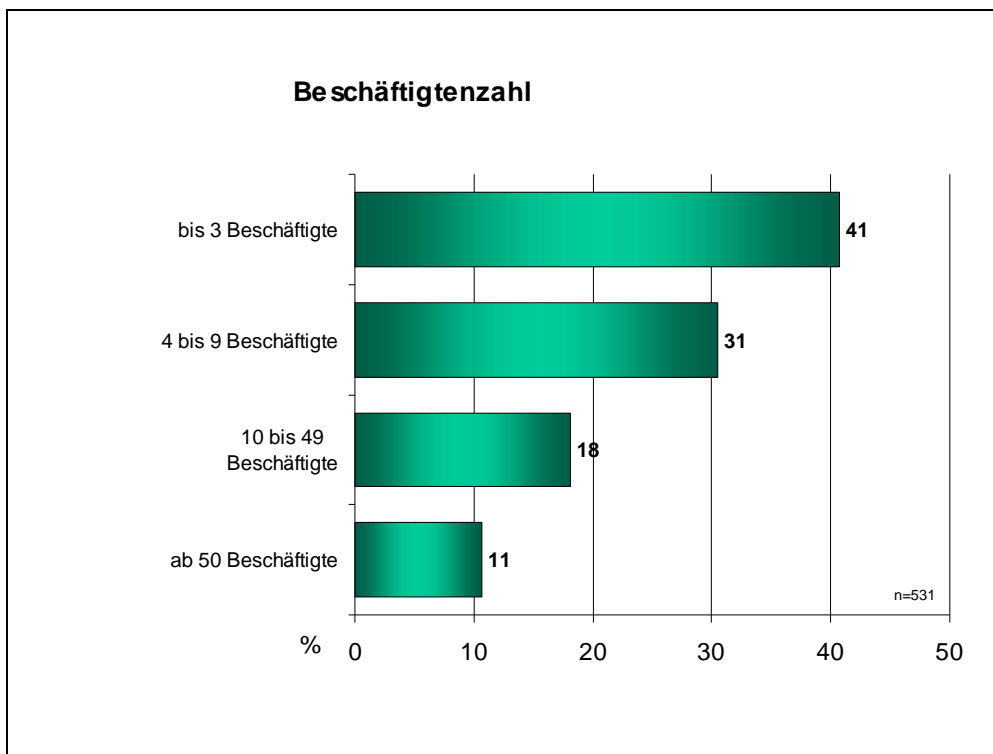
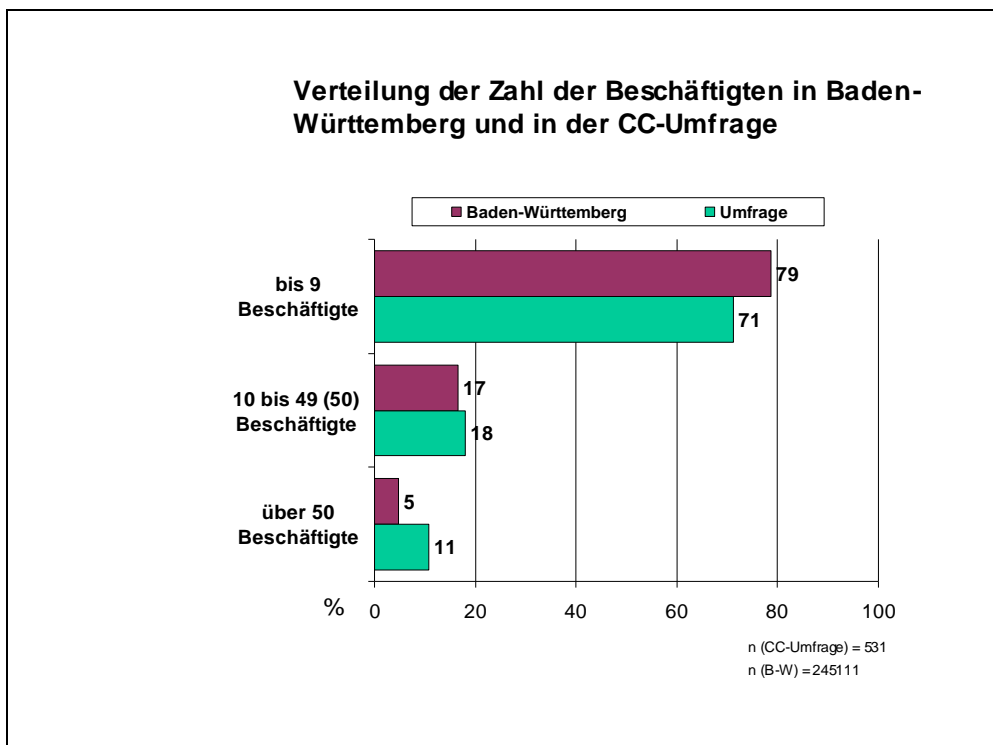


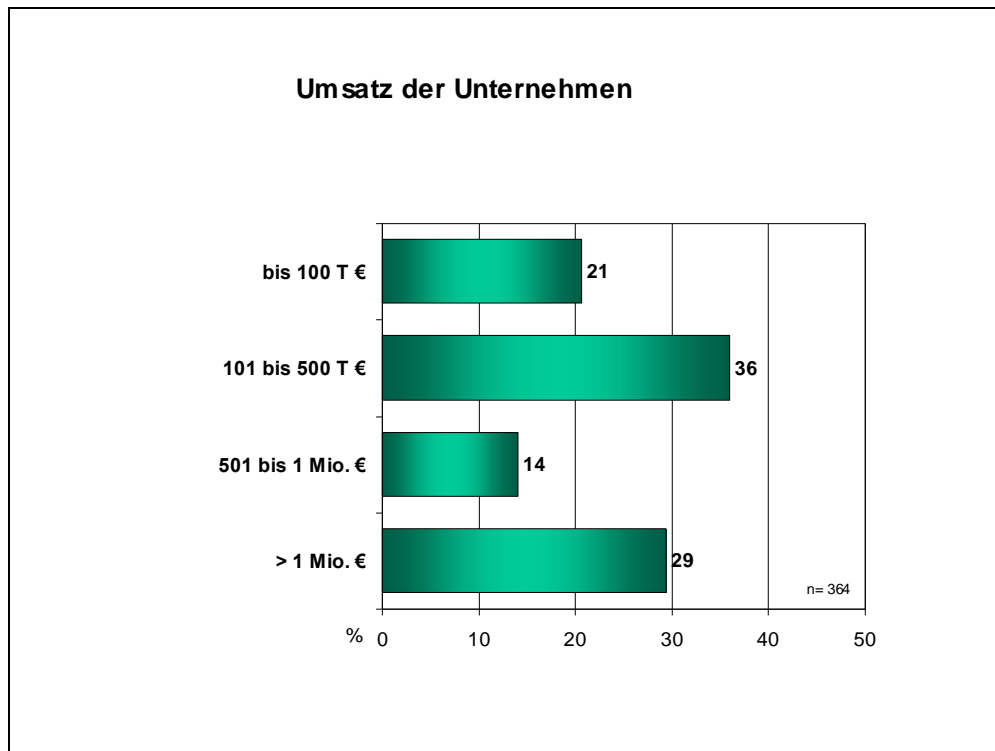
Abb. 3



Jedes fünfte Unternehmen (21%) erreicht einen Umsatz bis zu 100.000 € und jedes dritte Unternehmen (36%) siedelt sich mit seinem Umsatz zwischen 100.001 und 500.000 € an (Abb. 4). Ein kleinerer Teil der Betriebe (14%) erreicht

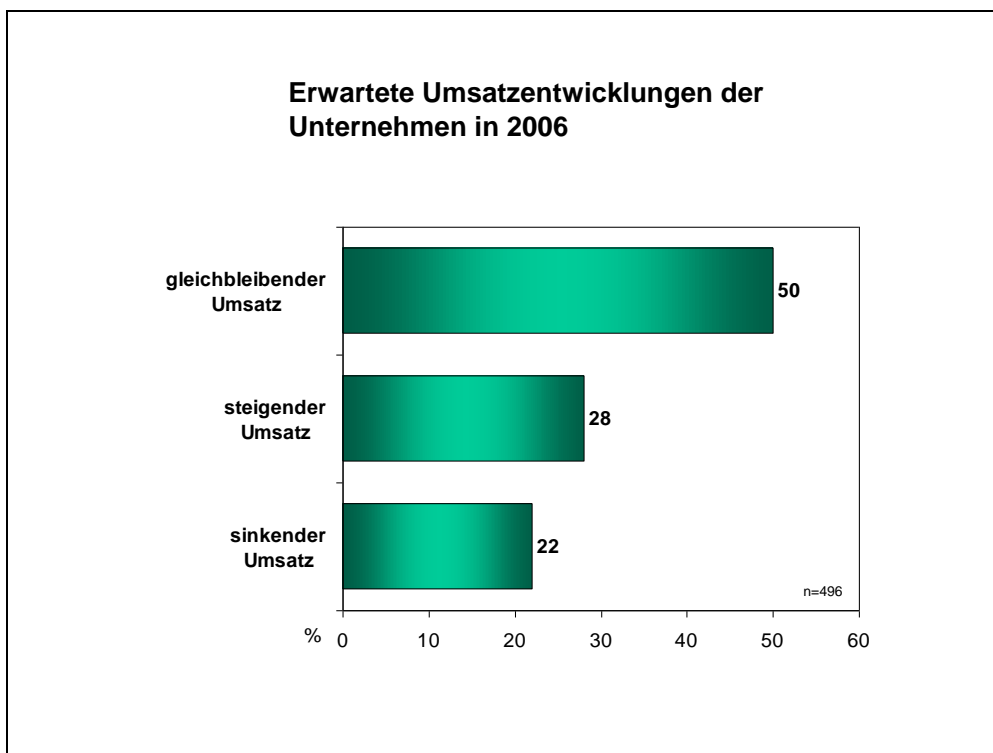
einen Umsatz zwischen 500.001 und einer Million Euro, und knapp jedes dritte (29%) Unternehmen verzeichnet mehr als eine Million Euro Umsatz.

Abb. 4



Mit Blick auf die Umsatzentwicklung im Jahr 2006 rechnet rund die Hälfte (50%) der Unternehmen mit gleich bleibendem Umsatz, mehr als jedes vierte (28%) erwartet steigende und etwa jedes fünfte (22%) fallende Umsätze (Abb. 5).

Abb. 5



Zusätzlich zeigt sich eine recht differenzierte regionale Verteilung über die Gebietskörperschaften Baden-Württembergs, mit einem breit gestreuten Einbezug von Groß-, Mittel- und Kleinstädten bzw. Gemeinden (Abb. 6). Rund ein Viertel der Betriebe hat seinen Sitz in Gemeinden bis 5.000 Einwohnern (23%) bzw. in solchen mit einer Einwohnerzahl zwischen 5.001 und 15.000 Einwohnern (26%). Knapp ein Drittel (31%) der Betriebe ist in Städten zwischen 15.001 und 100.000 Einwohnern beheimatet und ein Fünftel (20%) hat seinen Firmensitz in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Dabei besteht zwischen Betriebsgröße und Ortschaftsgröße ein direkter Zusammenhang dahingehend (Abb. 7), dass größere Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten auch verstärkt in Städten über 100.000 Einwohnern angesiedelt sind (40%); die entsprechende Quote für Kleinbetriebe bis zu drei Beschäftigten liegt bei 15%, diese finden sich mit 30% überwiegend in Gemeinden bis 5.000 Einwohnern.

Abb. 6

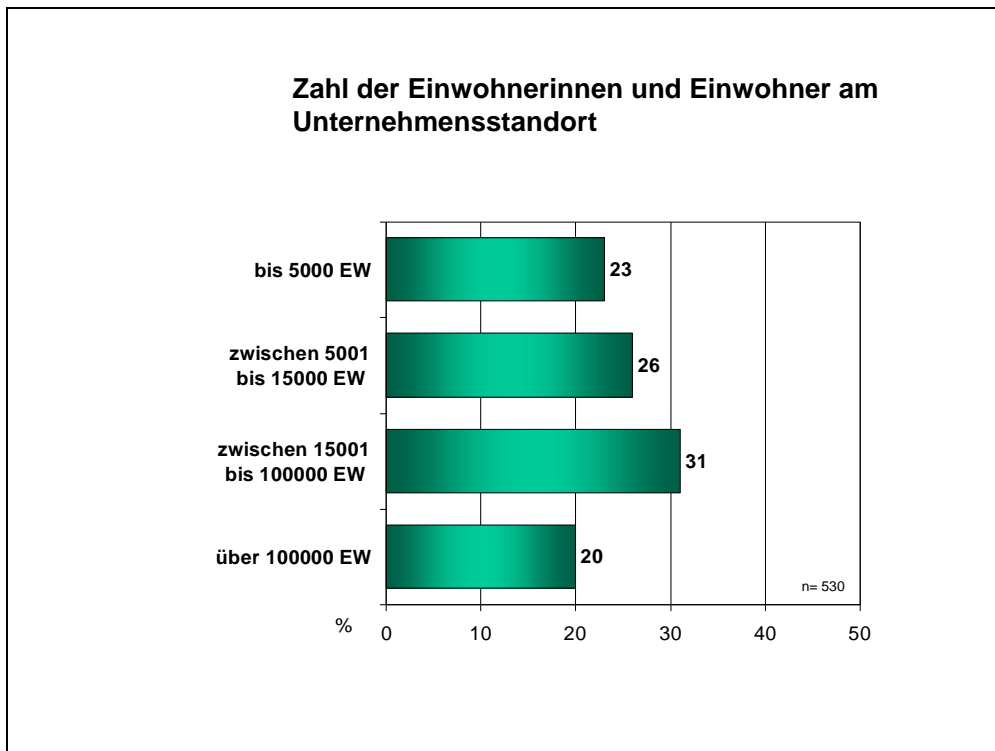
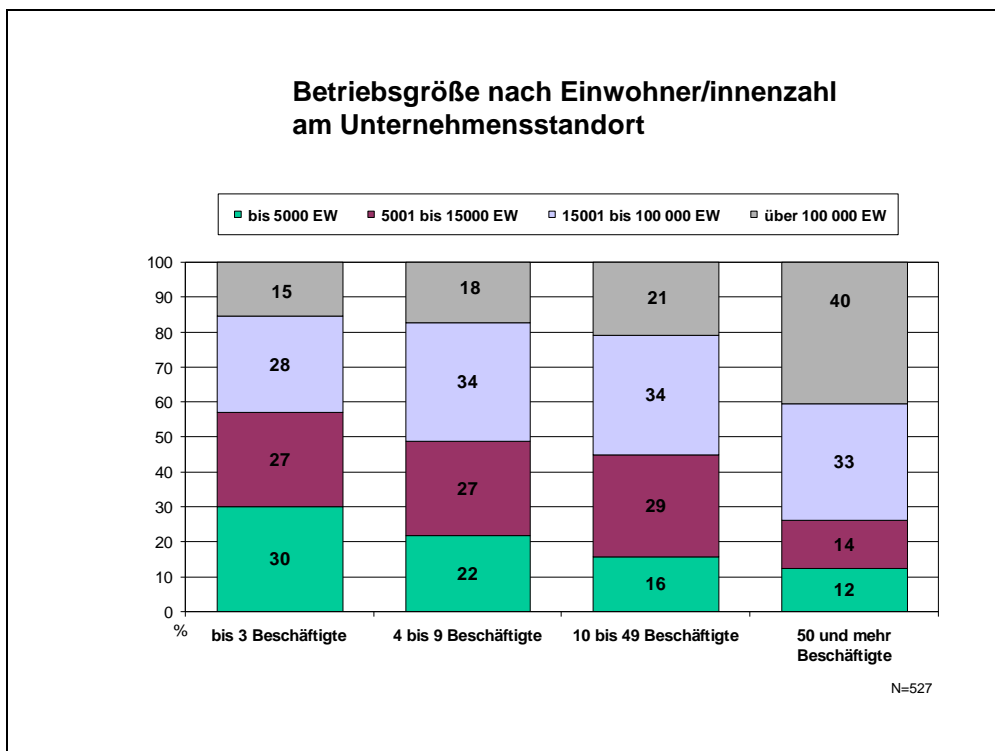


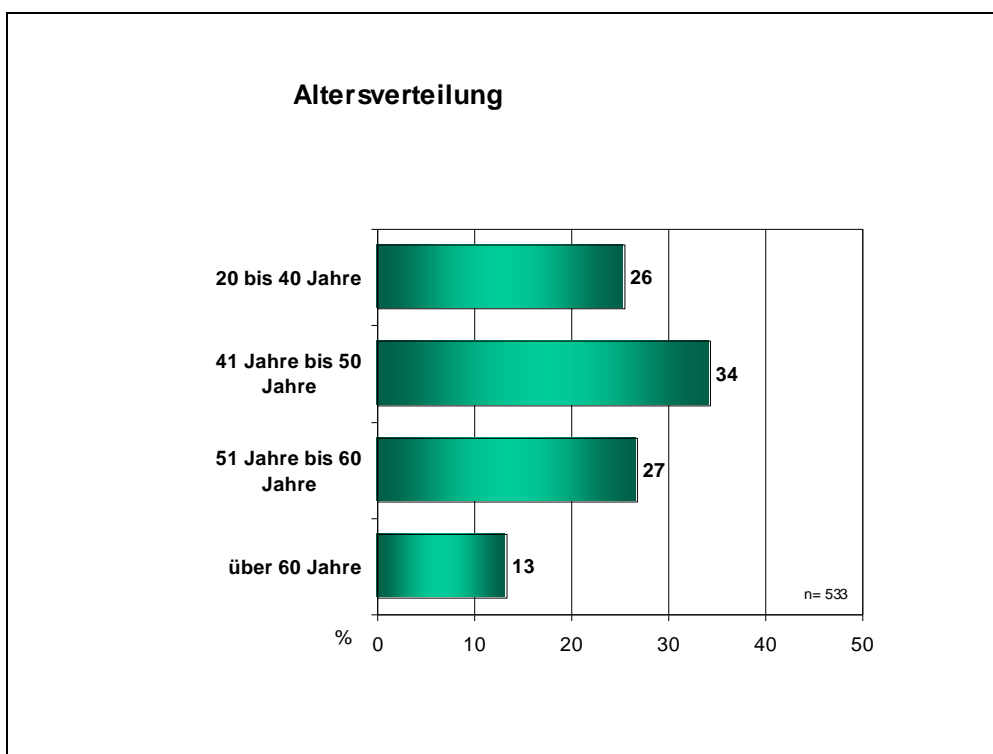
Abb. 7



## 4.2 Alter und Geschlecht der befragten Führungskräfte sowie Position im Unternehmen

Unter den Befragten sind alle Altersgruppen vertreten (Abb. 8), wobei die beiden mittleren Altersgruppen der 41-50jährigen (34%) und der 51-60jährigen (27%) dominieren. Ein Viertel (26%) der Befragten ist zwischen 20 und 40 Jahre alt, und rund jede/r zehnte (13%) gehört der Altersgruppe der über 60jährigen an.

Abb. 8



Von den befragten Personen der Unternehmensleitung waren über drei Viertel Männer (76%) und rund ein Viertel (24%) Frauen (Abb. 9). Dabei zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen Geschlecht und Betriebsgröße: In den beteiligten kleineren Betrieben bis zu 3 bzw. 9 Beschäftigten liegt die Quote der weiblichen Interviewten bei 27% bzw. 25% und in den Betrieben über 10 bzw. 50 Beschäftigten bei 17% bzw. 16% (Abb. 10).

Abb. 9

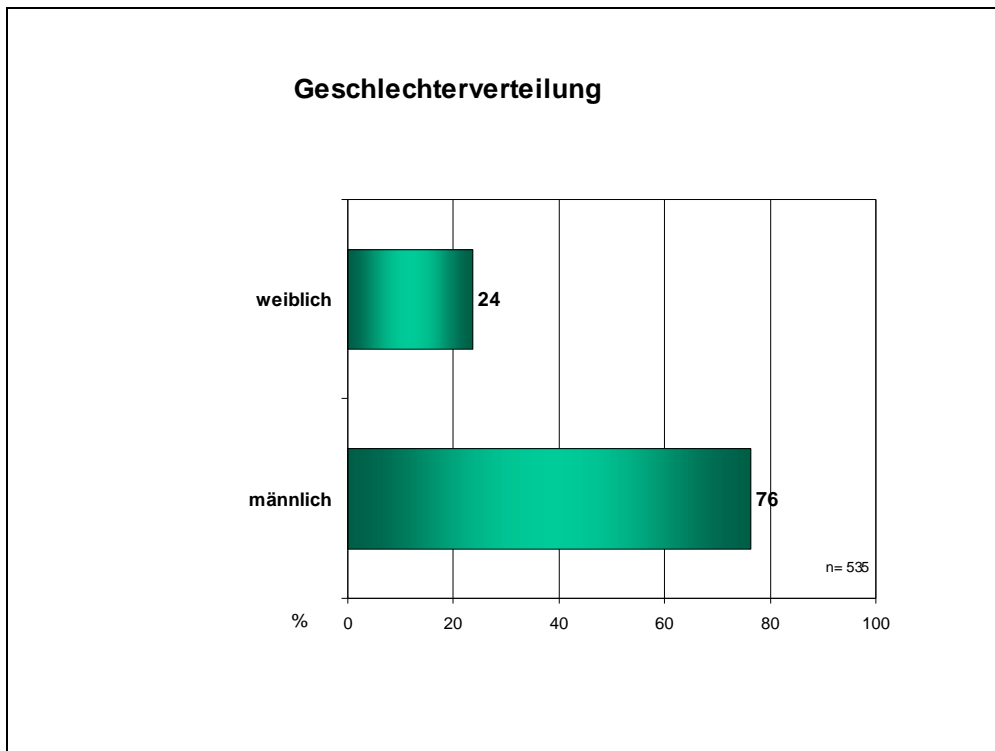
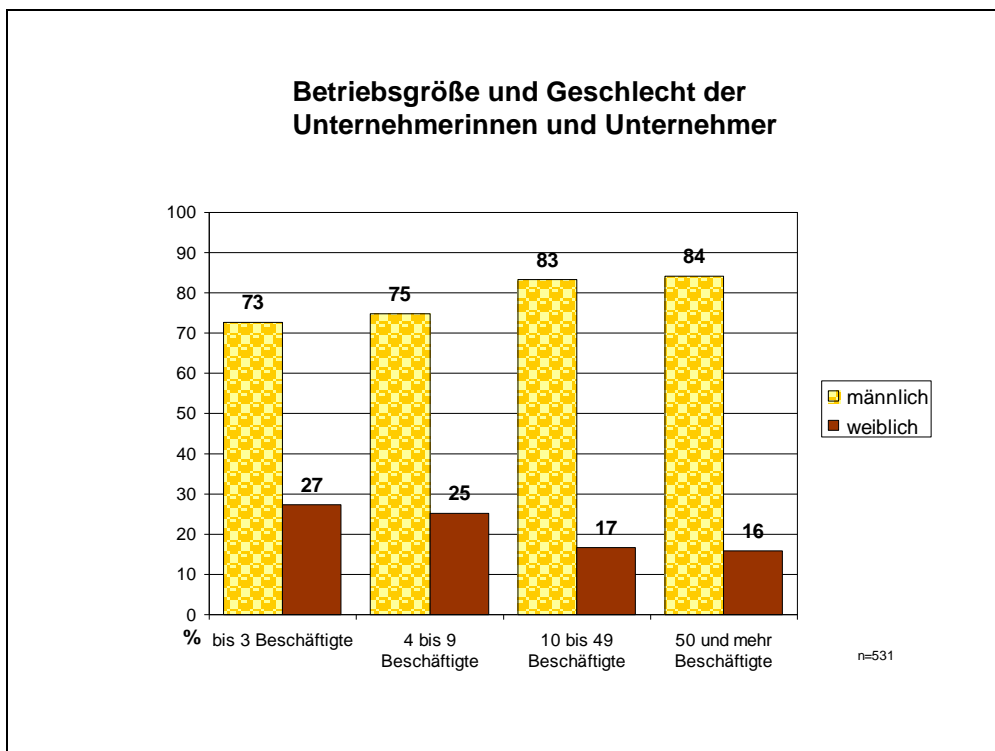


Abb. 10

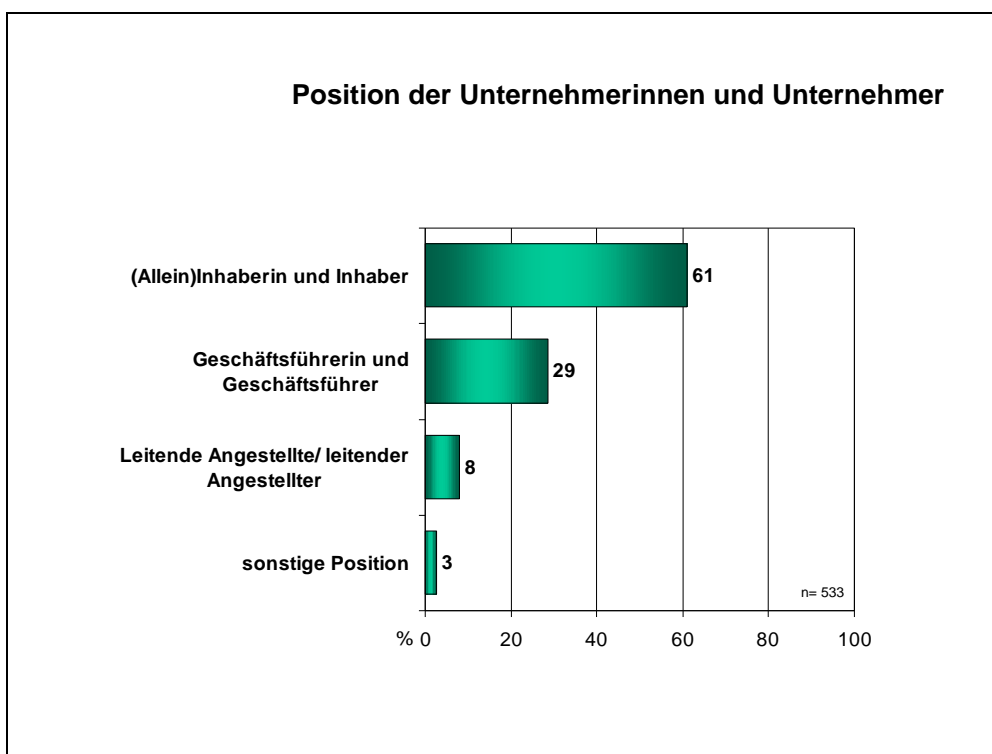


In knapp zwei Dritteln (61%) der durchgeführten Interviews standen die Inhaberin bzw. der Inhaber des Unternehmens persönlich für das Telefongespräch zur



Verfügung (Abb. 11), und in mehr als jedem vierten Interview (29%) gab die Geschäftsführerin bzw. der Geschäftsführer Auskunft. Weniger involviert waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Funktion als leitende Angestellte (8%) oder sonstigen Positionen (3%). Wie beabsichtigt konnten die Inhaberin oder der Inhaber bzw. ersatzweise Führungspersönlichkeiten des Unternehmens befragt werden. Dies wurde angestrebt, weil davon ausgegangen werden konnte, dass diese über den Bereich Corporate Citizenship entscheiden, was die Untersuchung auch bestätigt (vgl. Punkt 5.10).

Abb. 11



## 5. Ergebnisse der telefonischen Befragung von Unternehmen

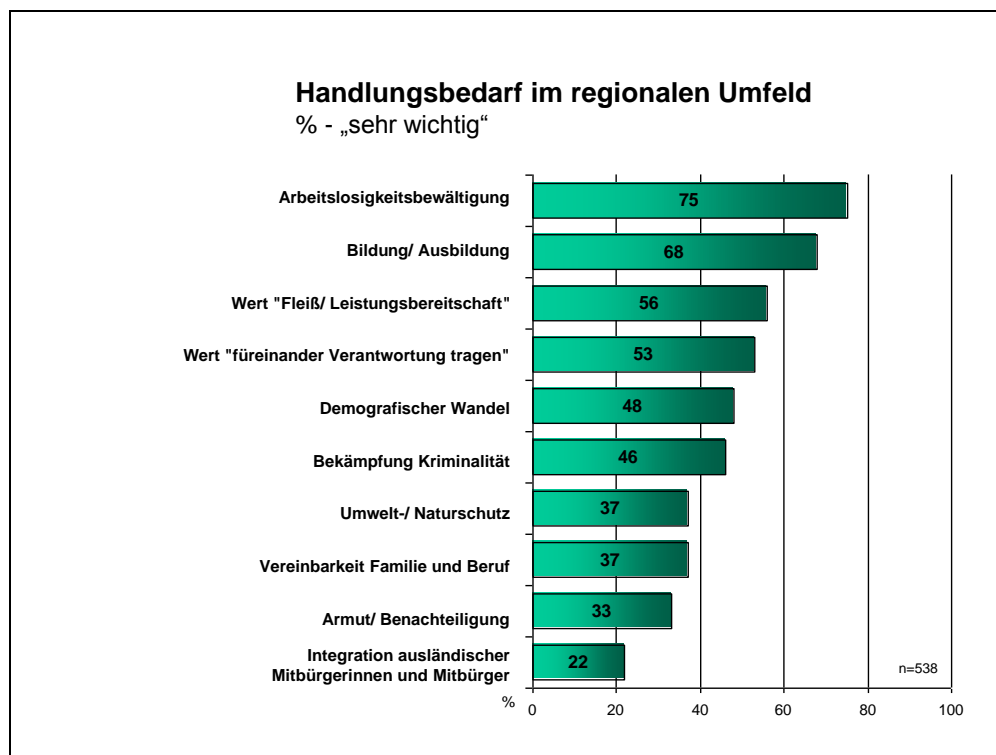
### 5.1 Grundsätzlich wahrgenommener Handlungsbedarf

Da die Wahrnehmung von Handlungsfeldern ein Engagement fördern kann, wurde untersucht, wo Unternehmen im Blick auf ihr regionales Umfeld besonderen Handlungsbedarf sehen. Hier ergeben sich im Blick auf unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche aufschlussreiche Relevanzstrukturen (Abb. 12).

Die Unternehmen sehen bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (75%) einen vorrangigen Handlungsbedarf, gefolgt von Maßnahmen im Bereich von Bildung

und Ausbildung (68%). Mit Blick auf die Wertediskussion ist interessant, dass die Unternehmen einerseits den wirtschaftlich und materiell geprägten Werten „Fleiß und Leistungsbereitschaft“ (56%) einen hohen Stellenwert beimessen, aber gleichzeitig auch den eher sozial geprägten Wert der „Verantwortung füreinander“ (53%) hervorheben. Jedes zweite Unternehmen sieht angesichts des demografischen Wandels (48%) Handlungsbedarf sowie bei der Bekämpfung von Kriminalität (46%). Dagegen hält nur jedes dritte Unternehmen Maßnahmen im regionalen Umfeld für sehr wichtig, die der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (37%), dem Umwelt- und Naturschutz (37%) sowie der Bekämpfung von Armut und Benachteiligung (33%) gelten. An letzter Stelle (22%) steht der Handlungsbedarf bei der Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

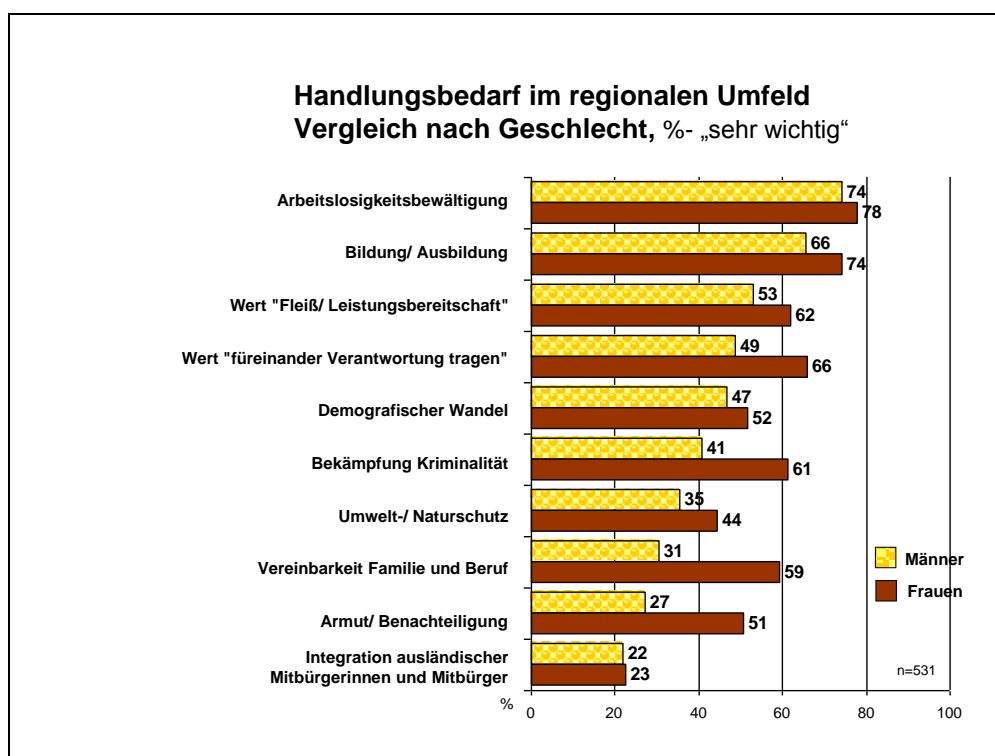
Abb. 12



Unternehmerinnen und im Trend auch ältere Befragte zeigen ein tendenziell ausgeprägteres Problembewusstsein. So betonen die weiblichen Führungskräfte (Abb. 13) weit stärker einen Handlungsbedarf bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit (78%) und Bildung und Ausbildung (74%). Auch die Wertorientierung auf Fleiß und Leistungsbereitschaft (62%) und das Leitbild des füreinander-Verantwortung-Tragens (66%) wird von Frauen deutlich stärker hervorgehoben als von Männern (49%). Große Unterschiede in der Einschätzung von Handlungsbedarf ergeben sich auch für andere gesellschaftliche Bereiche: Besonders bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (59% zu 31%) sehen die

weiblichen Führungskräfte einen viel stärkeren Handlungsbedarf, aber auch bei der Bekämpfung der Kriminalität (61% zu 41%) und der Überwindung von Armut und Benachteiligung (51% zu 27%). Auch im Umwelt- und Naturschutz halten die Unternehmerinnen (44%) Aktionen für notwendiger als ihre männlichen Kollegen (35%).

Abb. 13



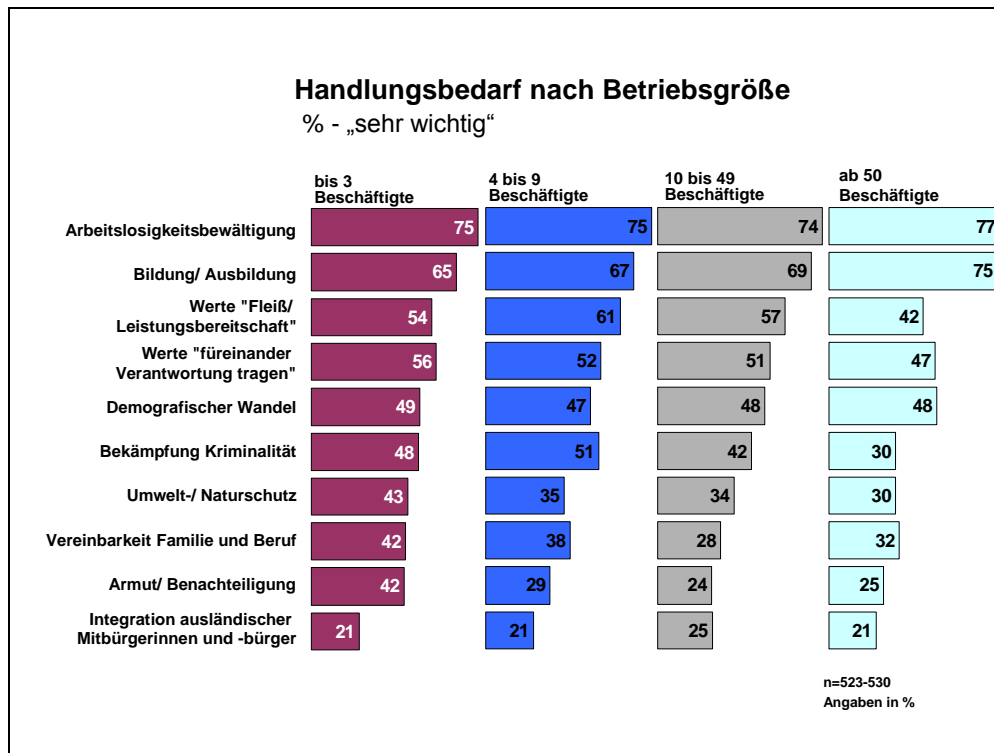
Unterschieden nach Betriebsgröße (Abb. 14) zeigt sich, dass die größeren Betriebe (10-49: 69%; ab 50: 75%) stärkeren Handlungsbedarf bei Bildung und Ausbildung sehen als die kleinen mit 4 bis 9 (67%) bzw. solche mit bis zu drei Beschäftigten (65%). Das könnte daran liegen, dass größere Unternehmen breiter gefächerte Tätigkeitsprofile haben und daher einen größeren Bedarf bei der Ausbildung erkennen.

Bei den beiden kleineren Betriebsgrößen wird hinsichtlich Fleiß und Leistungsbereitschaft stärkerer Handlungsbedarf gesehen (bis 3: 54%; 4-9: 61%; 10-49: 57%) als bei solchen mit 50 und mehr (42%) Beschäftigten. Ähnlich gilt dies für Kriminalitätsbekämpfung. Speziell bei Armut und Benachteiligung sehen Betriebe mit bis zu 3 Beschäftigten deutlich größeren Handlungsbedarf (42%) als die anderen Betriebsgrößen (< 30%). Dies weist darauf hin, dass kleine Unternehmen, die fester in ihrem Nahraum verwurzelt sind als größere (vgl. auch die Zahlen zum lokalen vs. globalen Engagement), eine größere Detailkenntnis über

die Einwohnerinnen und Einwohner haben oder sich möglicherweise auch selbst stärker von Armut und Benachteiligung bedroht sehen.

Es überrascht, dass die Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern vergleichsweise selten als gesellschaftliches Problem erwähnt wird.

Abb. 14



## 5.2 Bewertung der Rolle von Unternehmen, Staat sowie Bürgerinnen und Bürgern

Um einschätzen zu können, wie die Unternehmen grundsätzlich ihren Anteil an der Verantwortung für die Gesellschaft einschätzen, wurde nach der konstitutiven Rolle gefragt, die sie den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen selbst und dem Staat bei der Gestaltung der Gesellschaft beimessen.

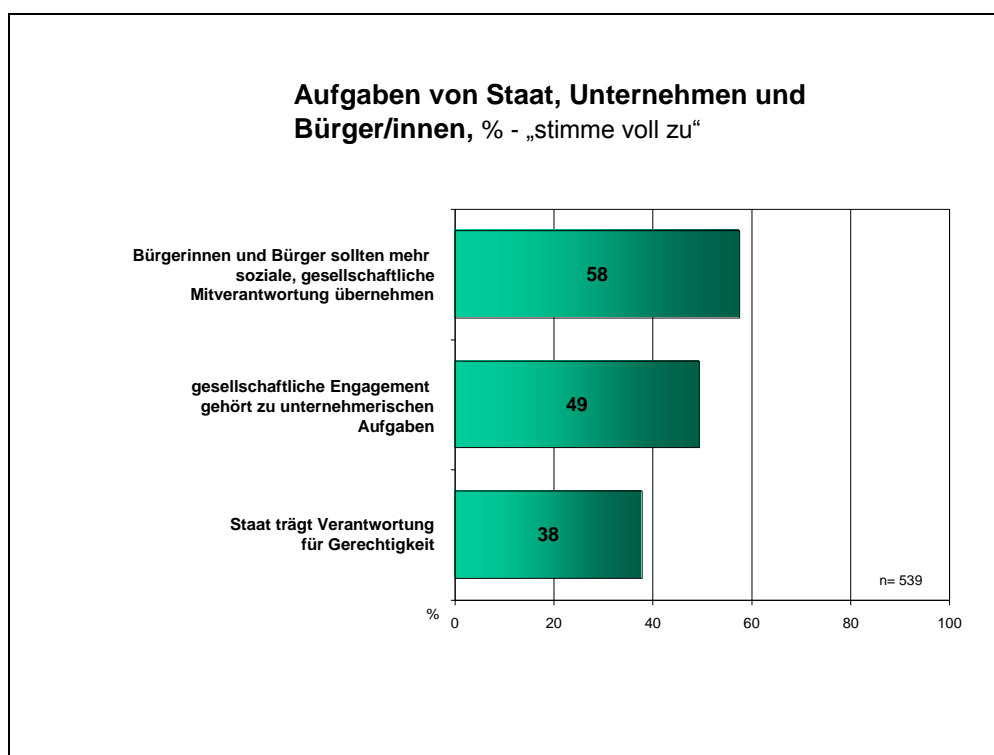
Die Ergebnisse zeigen hier (Abb. 15), dass Unternehmen primär die Bürgerinnen und Bürger in der Pflicht sehen. Sie erwarten von ihnen eine vermehrte Übernahme sozialer und gesellschaftlicher Mitverantwortung (58%).

Jedes zweite Unternehmen (49%) sieht aber auch sich selbst in die Pflicht genommen und zählt gesellschaftliches Engagement zu seinen selbstverständlichen Aufgaben. Als vergleichsweise nachrangig wird die Rolle des Staates gesehen: Dass der Staat als Garant von Gerechtigkeit in der Gesellschaft steht

und hier eine wichtige Funktion einnimmt, wird lediglich von 38% der Unternehmerinnen und Unternehmern vertreten.

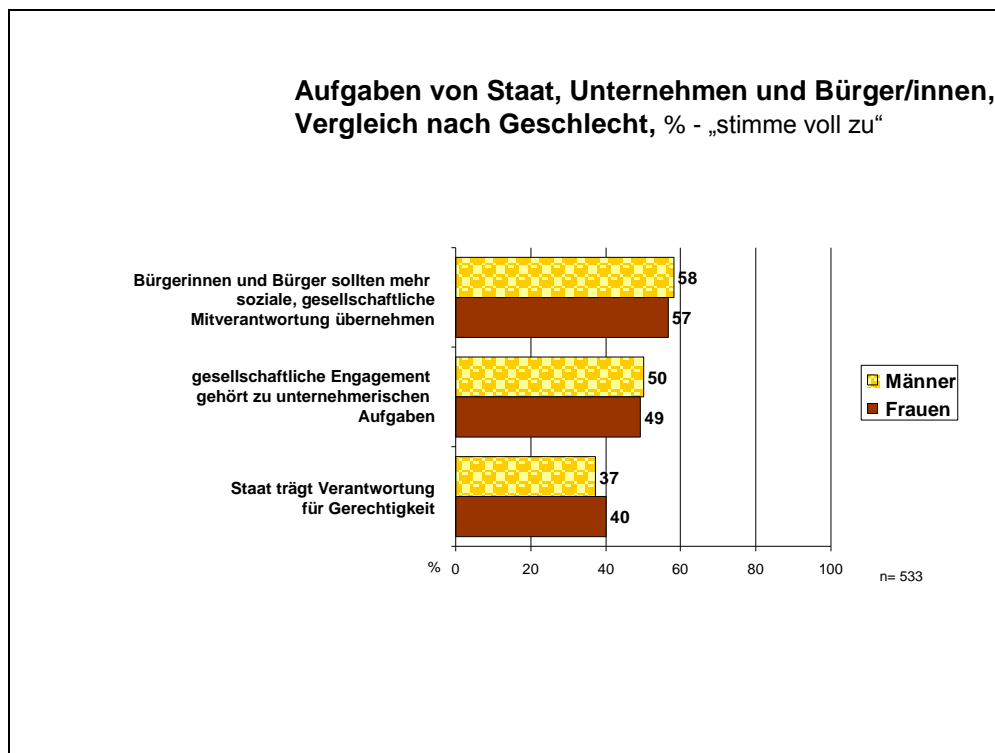
Dies bedeutet mit Blick auf die Unternehmen, dass deren Selbstverständnis durchaus einschließt, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Der Aspekt der Selbstregulation und Selbstorganisation der Gesellschaft kommt darin zum Ausdruck, dass der Staat als Akteur im Verhältnis zur Rolle von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen eher in zweiter Reihe platziert wird. Andererseits verdeutlicht dies auch, dass der Staat, obgleich er aus Perspektive der Wirtschaft vergleichsweise nachrangig positioniert ist, doch nicht funktionslos bleibt. Von einer Erwartungshaltung an den Staat als Alleinverantwortlicher für die Lösung gesellschaftlicher Probleme kann keinesfalls die Rede sein.

Abb. 15



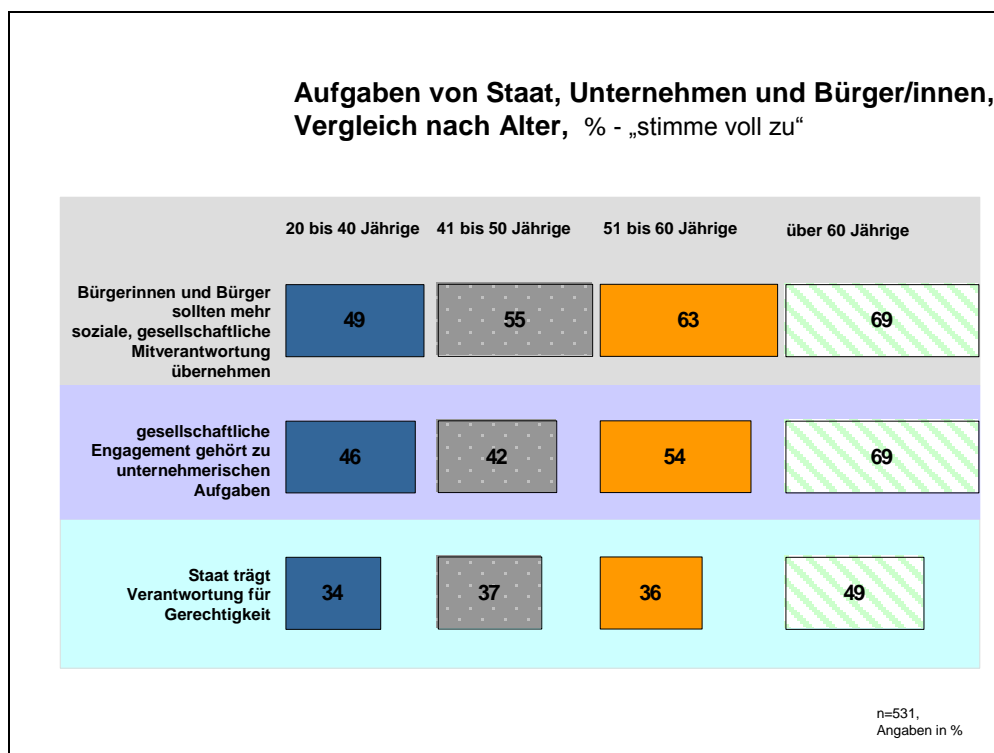
Die Unterscheidung nach Geschlecht (Abb. 16) zeigt, dass Unternehmerinnen und Unternehmer in der Einschätzung der Rollen von Staat, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger weitgehend übereinstimmen.

Abb. 16



Nach Altersgruppen unterschieden wird ersichtlich (Abb. 17), dass insbesondere die Gruppe der über 60jährigen Unternehmerinnen und Unternehmer generell häufiger allen drei nachgefragten Statements zustimmt. Sie betonen außergewöhnlich stark die soziale und gesellschaftliche Mitverantwortung der Bürgerinnen und Bürger (69%) und das Selbstverständnis der Unternehmen als einem Teil der Gesellschaft und der damit verbundenen Verantwortung für gesellschaftliches Engagement (69%). Allerdings wird auch der Staat von dieser Altersgruppe deutlich stärker in die Verantwortung genommen als Garant für Gerechtigkeit in der Gesellschaft (49%). Solche stark normativ akzentuierten Positionen finden sich etwas abgeschwächt auch in der Altersgruppe der 51-60jährigen. Hingegen setzt sich die jüngste Altersgruppe der 20-40jährigen deutlich weniger empathisch zu den drei Positionen ins Verhältnis. Noch rund jede bzw. jeder zweite dieser Alterseinheit ist der Ansicht, dass Bürgerinnen und Bürger mehr soziale und gesellschaftliche Mitverantwortung übernehmen sollen (49%) und dass gesellschaftliches Engagement zu den unternehmerischen Aufgaben zählt (46%). Deutlicher relativiert wird die Funktion des Staates als Garant von Gerechtigkeit (34%). Vorrangig bleibt hier eher die selbstständige Lebensführung ohne Zuhilfenahme des Staates. Das wirft die Frage auf, ob dieses weniger rollenbezogene Denken Chancen für Kooperationen zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Akteuren befördert.

Abb. 17



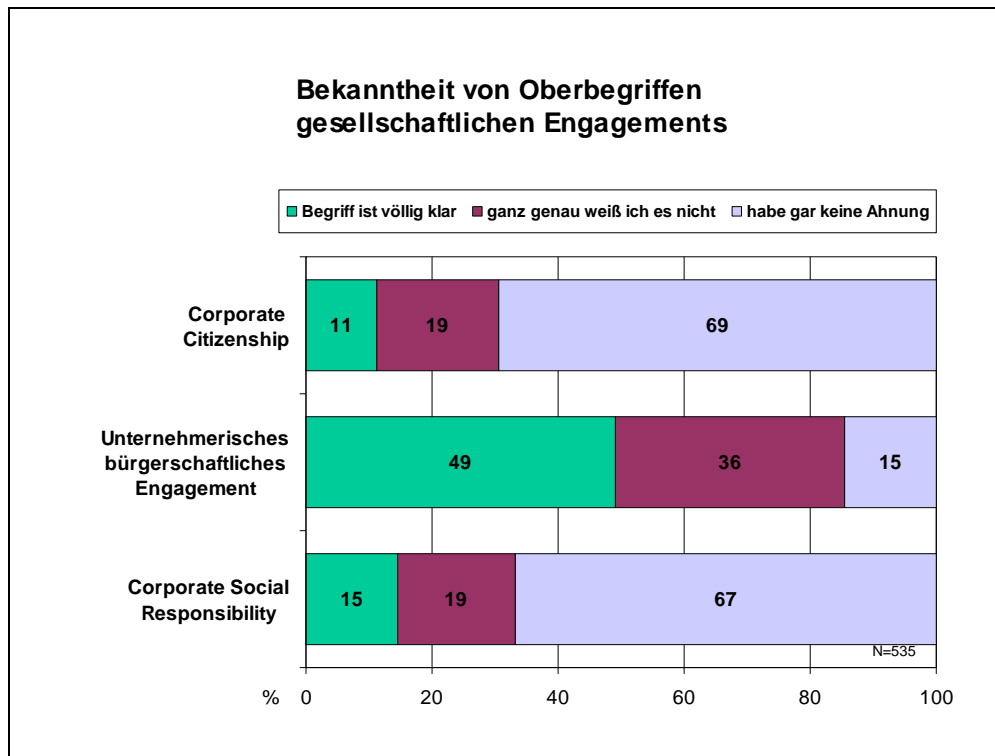
### 5.3 Die Bekanntheit von Corporate Citizenship und verwandter Begriffe

Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung durch Unternehmen wird in den vielfältigen gesellschaftlichen Diskursen unter je unterschiedliche Oberbegriffe gestellt (z.B. Corporate Citizenship, Corporate Social Responsibility, unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement, Unternehmensverantwortung, Wirtschaftsethik etc.). Um das Konzept in der Öffentlichkeit und natürlich auch bei den Unternehmen fördern zu können, muss es unter einem dieser Namen bekannt sein. Die Befragung zeigte jedoch, dass die Unternehmen bislang mit diesen Begriffen recht wenig anfangen können.

Noch am ehesten bringen Unternehmen (Abb. 18) dem Begriff „unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement“ Verständnis entgegen. Rund jede bzw. jeder zweite Befragte (49%) erklärte, dass dieser Begriff „völlig klar“ sei, ein Drittel (36%) ist der Auffassung, es „nicht genau“ zu wissen. Deutlich zeigt sich jedoch, dass die Fachbegriffe Corporate Citizenship und Corporate Social Responsibility den befragten Unternehmerinnen und Unternehmern kaum geläufig sind. Über zwei Drittel (69% bzw. 67%) der Befragten hat „keine Ahnung“, was die Begriffe Corporate Citizenship bzw. Corporate Social Responsibility bedeuten. Gegenwärtig lassen sich Unternehmen folglich noch am ehesten über den Begriff des „unternehmerischen bürgerschaftlichen Engage-

ments“ ansprechen. Für die Verwendung der englischen Begriffe bedürfte es demgemäß immer einer Erklärung, um das Konzept zu verdeutlichen.

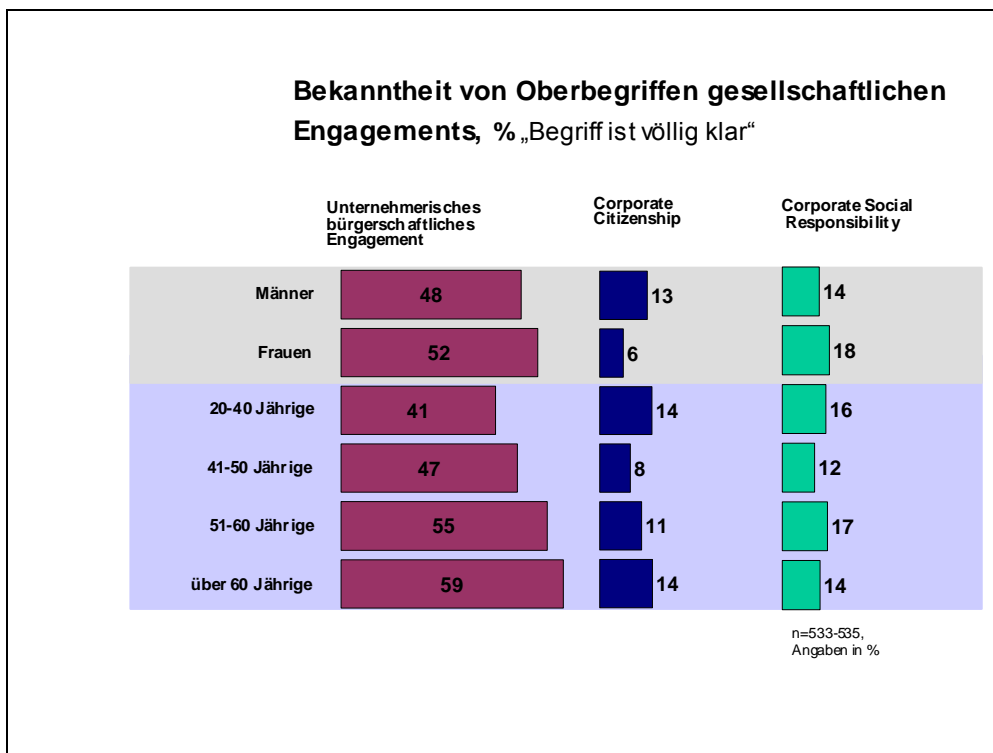
Abb. 18



Eine Differenzierung nach Geschlecht und Alter zeigt (Abb. 19), dass bei dieser Frage zwischen Männern und Frauen kaum größere Unterschiede bestehen, sehr wohl jedoch nach Alter. Es zeigt sich, dass mit zunehmendem Alter der Begriff des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements eher auf Verständnis stößt: Nur 41% der 20-40jährigen, jedoch 59% der über 60jährigen ist dieser Begriff „völlig klar“.

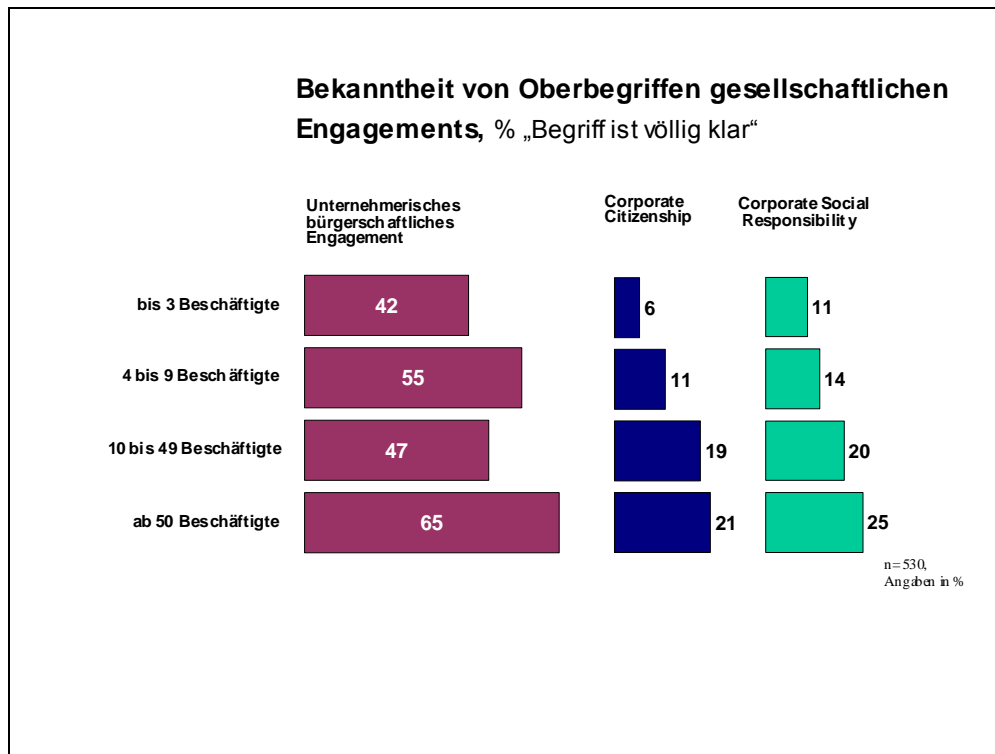


Abb. 19



Noch deutlicher werden die Unterschiede bei der Unterscheidung nach Betriebsgröße (Abb. 20). Sie ergibt, dass Unternehmerinnen und Unternehmer, die einen größeren Betrieb führen, deutlich häufiger vermelden, dass ihnen die Begriffe klar seien als die kleinerer Betriebe. Damit geht einher, dass größere Betriebe auch stärker in die Diskussionszusammenhänge über das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen involviert sind bzw. sich eher an den Großkonzernen orientieren und aus diesem Grund das einschlägige Begriffsvokabular bekannter sein dürfte.

Abb. 20



#### 5.4 Engagementfelder der befragten Unternehmen

Im Mittelpunkt der Befragung stand eine Bestandsaufnahme des Engagements von Unternehmen in Baden-Württemberg. Um den Unternehmen während des Interviews eine Orientierung zu geben, wurden ihnen zehn verschiedene Bereiche<sup>26</sup> genannt, für die sie jeweils angeben konnten, ob sie sich dort aktuell engagieren oder nicht. Sie konnten auch nicht genannte Engagementfelder entsprechend ihrer Tätigkeiten ergänzen.

Ein Blick auf die Engagementfelder der Unternehmen zeigt, dass über die Hälfte (51%) im sozialen Bereich engagiert ist (Abb. 21), beispielsweise durch Unterstützung eines Wohlfahrtsverbandes oder einer vergleichbaren Hilfsorganisation; knapp die Hälfte (48%) unterstützt die Felder Sport und Bewegung, und ein Drittel der Unternehmen engagiert sich für Kindergarten, Schule (33%) bzw.

<sup>26</sup> Bei der Auswahl der Engagementbereiche erfolgte eine Bezugnahme auf den Freiwilligensurvey (vgl. Gensicke et. al (2006)), der das freiwillige, ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement in Deutschland untersucht. Einbezogen sind Personen ab 14 Jahre. Aus dem Freiwilligensurvey, der 1999 und 2004 durchgeführt wurde, wurden nicht alle dort nachgefragten Engagementbereiche einbezogen und z.B. Fragen nach parteilichem oder gewerkschaftlichem Engagement ausgeschlossen. Statt dessen wurden in die Unternehmensbefragung zusätzlich die Engagementbereiche Forschung und Wissenschaft und Aus- und Weiterbildung, einschließlich der Tätigkeit in den Prüfungsausschüssen der Kammern mit aufgenommen.

Aus- und Weiterbildung und/oder in den Prüfungsausschüssen der Kammern (31%).

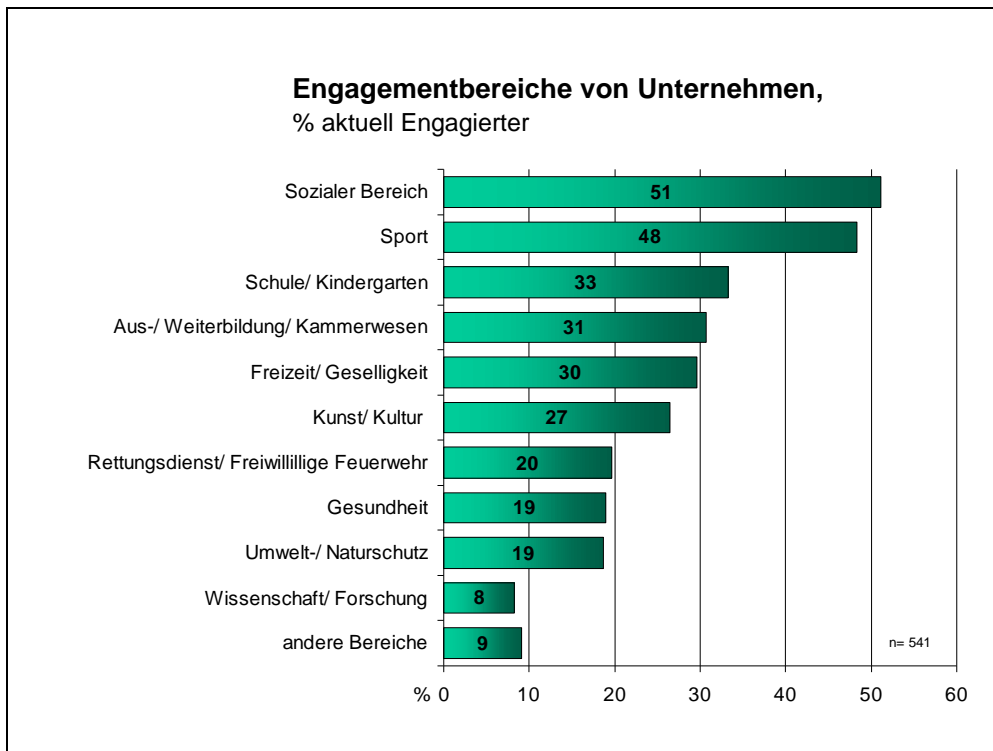
Weiterhin zeigt sich, dass Unternehmen die Bereiche Freizeit und Geselligkeit (30%) sowie Kultur (27%) unterstützen. Jedes fünfte Unternehmen engagiert sich für den Rettungsdienst und die Freiwillige Feuerwehr (20%) sowie die Gesundheit (19%), den Umwelt- und Naturschutz (19%). Weniger ausgeprägt ist hingegen das Engagement für Forschung und Wissenschaft (8%).

Es offenbart sich folglich eine beachtliche Vielfalt des Engagements, das sich über alle Felder der im Freiwilligensurvey nachgefragten Bereiche erstreckt, jedoch deutliche Akzentuierungen zeigt, vor allem im Bereich Bildung und Ausbildung und deren Qualitätssicherung, der Kammertätigkeit und der Unterstützung von Forschung und Wissenschaft.

Viele Unternehmen engagieren sich in mehreren Bereichen zugleich: nahezu die Hälfte der engagierten Unternehmen in drei und mehr Bereichen.

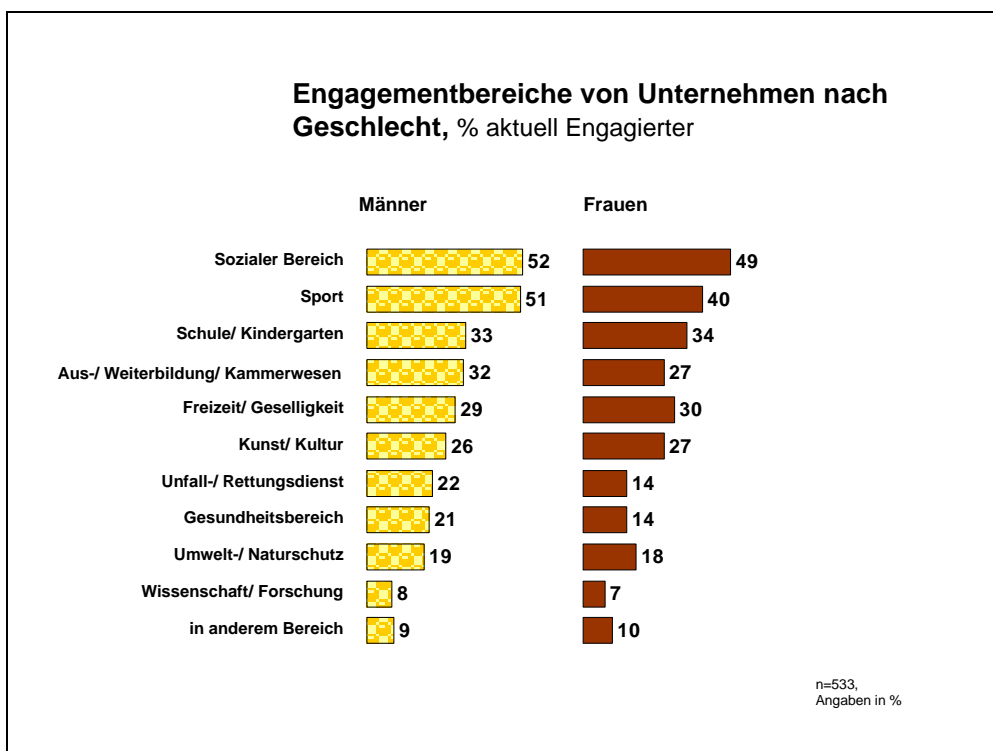
Das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen umfasst also neben den klassischen Formen der Interessenvertretung in Kammern und Verbänden insbesondere die Unterstützung von örtlichen Vereinen, Organisationen und Einrichtungen mit Geld- und Sachspenden sowie Personal- oder Sacheinsatz. Hinsichtlich ihrer Engagementfelder beziehen sich die Unternehmen auch auf die Bereiche, in denen sie die wichtigsten Handlungsfelder in der Gesellschaft sehen (vgl. Punkt 5.1): z.B. Bildung/Ausbildung. Allerdings ist dieses Engagement stark traditionell geprägt. Es scheint kaum Neigung zu bestehen, neue Aktions- oder Engagementfelder anzugehen oder gezielt nach strategischen Vorteilen zu suchen.

Abb. 21



Unterschieden nach Geschlecht (Abb. 22) lässt sich generell ein stärkeres Engagement der Unternehmer für den Sport (51%), das Rettungswesen (22%) und den Gesundheitsbereich (21%) feststellen.

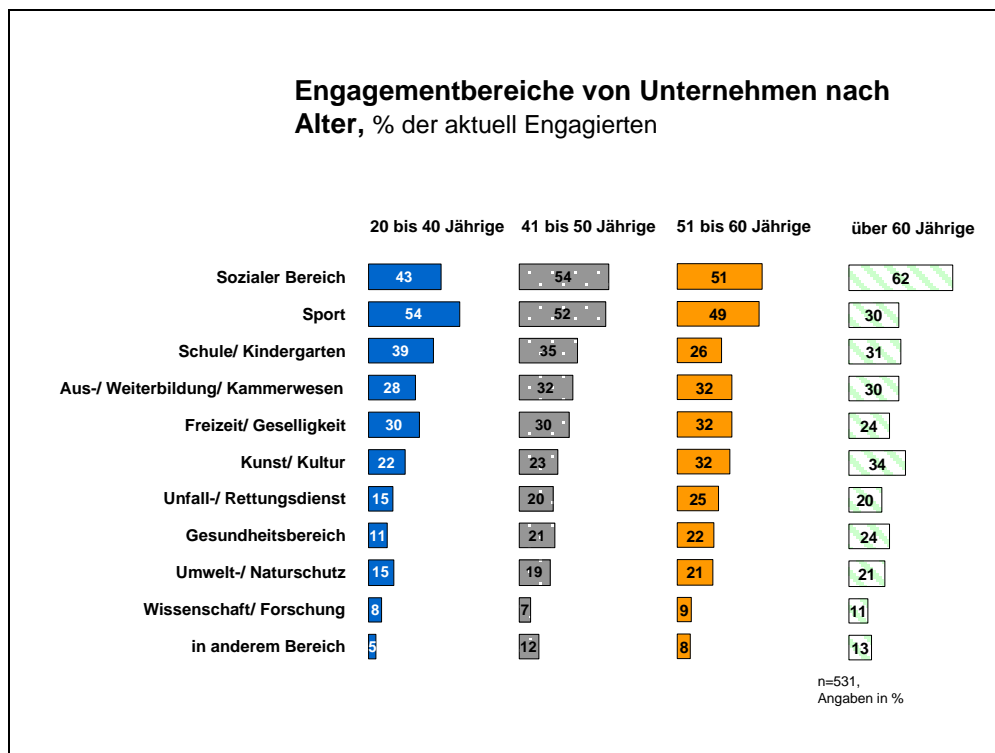
Abb. 22



Bei Prüfung von Schwerpunkten des unternehmerischen Engagements nach Altersgruppen (Abb. 23) erweist sich die Gruppe der Unternehmerinnen und Unternehmer über 60 Jahre im Vergleich zu den anderen Altersgruppen als besonders aktiv im sozialen Bereich (62%) sowie im kulturellen Bereich (34%) und den Engagementfeldern Gesundheit (24%) sowie Wissenschaft und Forschung (11%). Die Bereiche Sport (30%), Freizeit und Geselligkeit (24%) werden von diesen Altersgruppen weniger unterstützt.

Komplementär dazu liegen die Stärken der jüngsten Unternehmerinnen und Unternehmer zwischen 20-40 Jahren bei den Engagementfeldern Sport (54%), Kindergarten und Schule (39%) und weniger in der Unterstützung der Bereiche Rettungsdienst und Freiwillige Feuerwehr (15%) oder Gesundheit (11%). Die beiden mittleren Altersgruppen der 41-50jährigen und 51-60jährigen Unternehmerinnen und Unternehmer sind tendenziell häufiger im Bereich Aus- und Weiterbildung und Kammerwesen (32%) engagiert. Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass nicht nur der Sozialraum die Art des Engagements prägt, sondern auch die persönlichen Interessen und die eigene Betroffenheit der Unternehmerin/des Unternehmers ausschlaggebend sind. Zudem erscheint eine altersspezifische Ansprache von Unternehmerinnen und Unternehmern sinnvoll, wenn es um mögliche Partnerschaftsprojekte zwischen Bürgerinnen und Bürgern und/oder Nonprofit-Organisationen mit Unternehmen geht, da jüngere Unternehmerinnen und Unternehmer z.B. deutlich häufiger im Sport (54%), ältere jedoch überdurchschnittlich im Gesundheitsbereich (24%) engagiert sind.

Abb. 23



Bei einer Unterscheidung nach Branchen (Abb. 24, 25) wird deutlich, dass die Wirtschaftszweige Sozialversicherung bzw. Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen überdurchschnittlich im sozialen Bereich (83% bzw. 76%) und im Sport (89% bzw. 62%) sowie im Gesundheitsbereich (78% bzw. 71%) engagiert sind. Auch die Gebiete der Aus- und Weiterbildung/Kammerwesen (72% bzw. 48%) sowie das Engagementfeld Kindergarten und Schule (61% bzw. 41%) stellen eine Domäne dieser beiden Wirtschaftszweige dar. Weniger markant zeigen sich die weiteren Unterschiede nach Branchen. Dies verweist darauf, dass fast ausnahmslos die verschiedenen Wirtschaftszweige ihre Förderaktivitäten in allen nachgefragten Engagementbereichen entfalten. Das kann ein weiterer Hinweis darauf sein, dass die Engagementart nicht strategisch gewählt wird und oft eher persönlichem Interesse entspringt.

Abb. 24

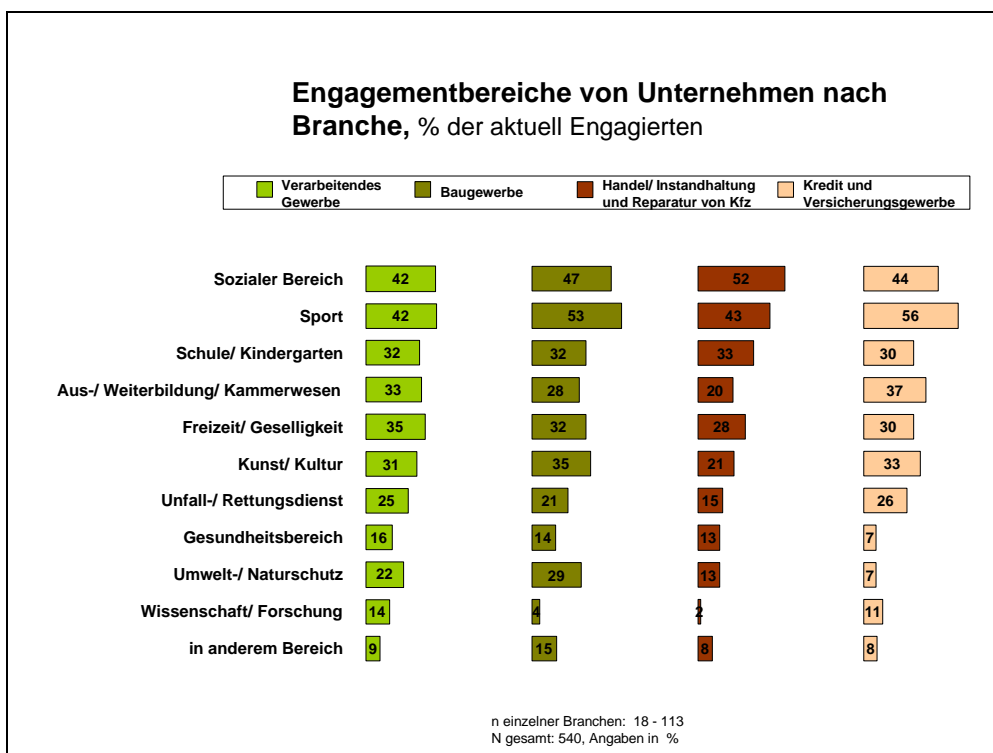
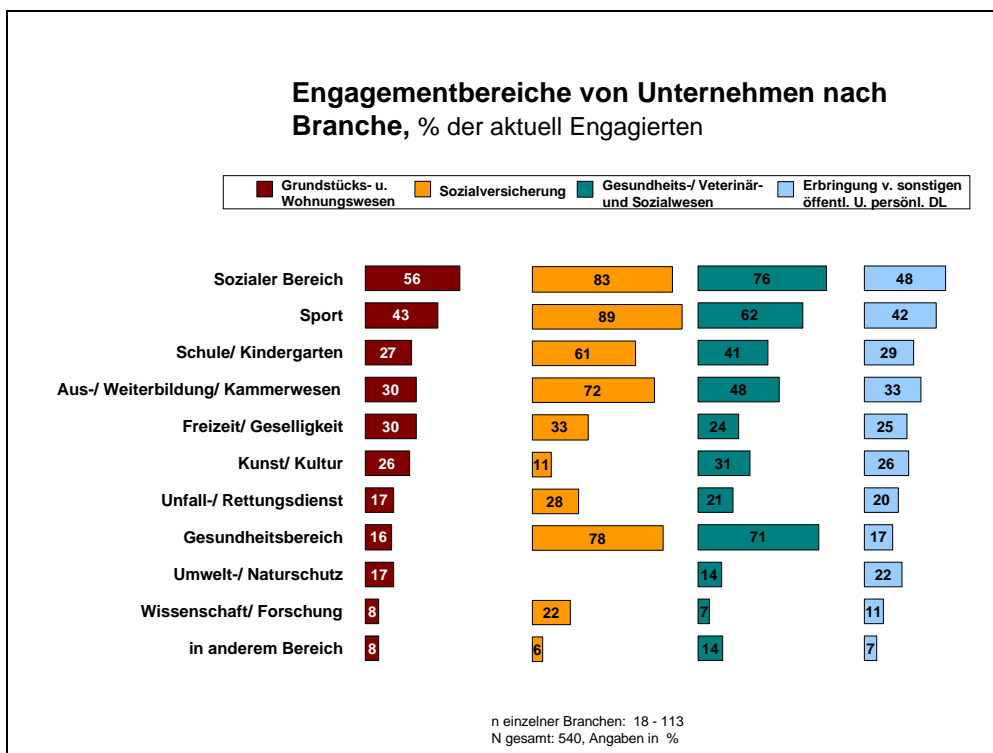


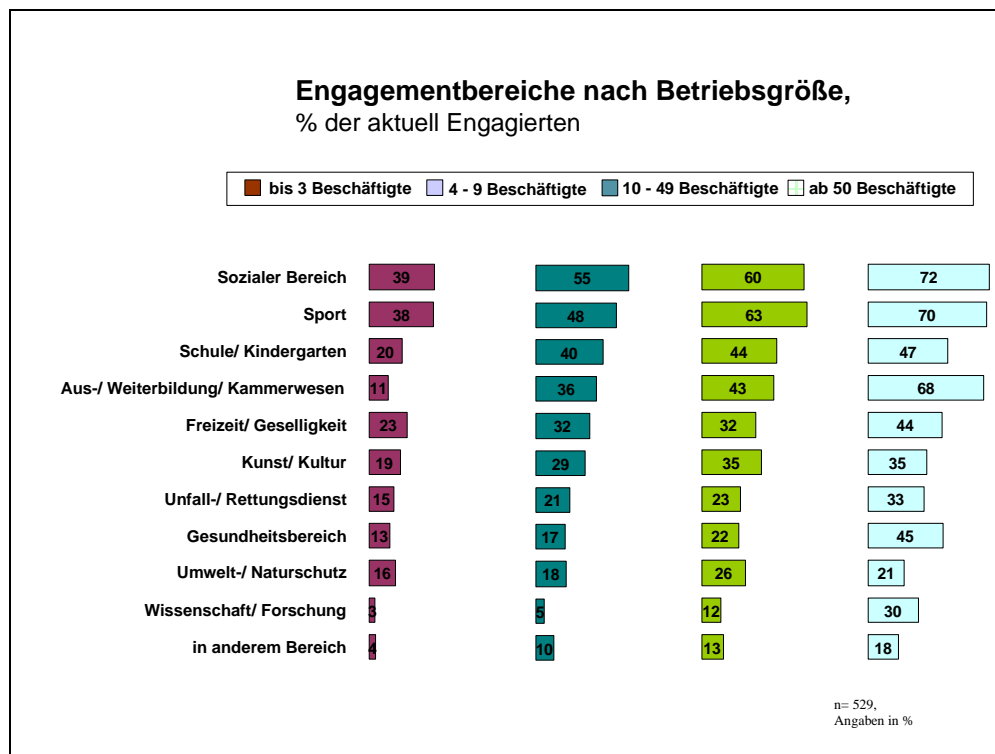
Abb. 25



Generell sind die größeren Betriebe weit häufiger in mehreren Engagementfeldern tätig als die Kleineren (Abb. 26). Am deutlichsten zeigt sich jedoch der

Unterschied beim Engagement in der Aus- und Weiterbildung, für das sich über zwei Drittel (68%) der Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten stark machen (bis 3: 11%; 4-9: 36%; 10-49: 43%). Ähnliches gilt für den Bereich Wissenschaft und Forschung, in dem 30% der größeren Betriebe engagiert sind, jedoch kaum Kleinbetriebe bis 3 Beschäftigte (3%).

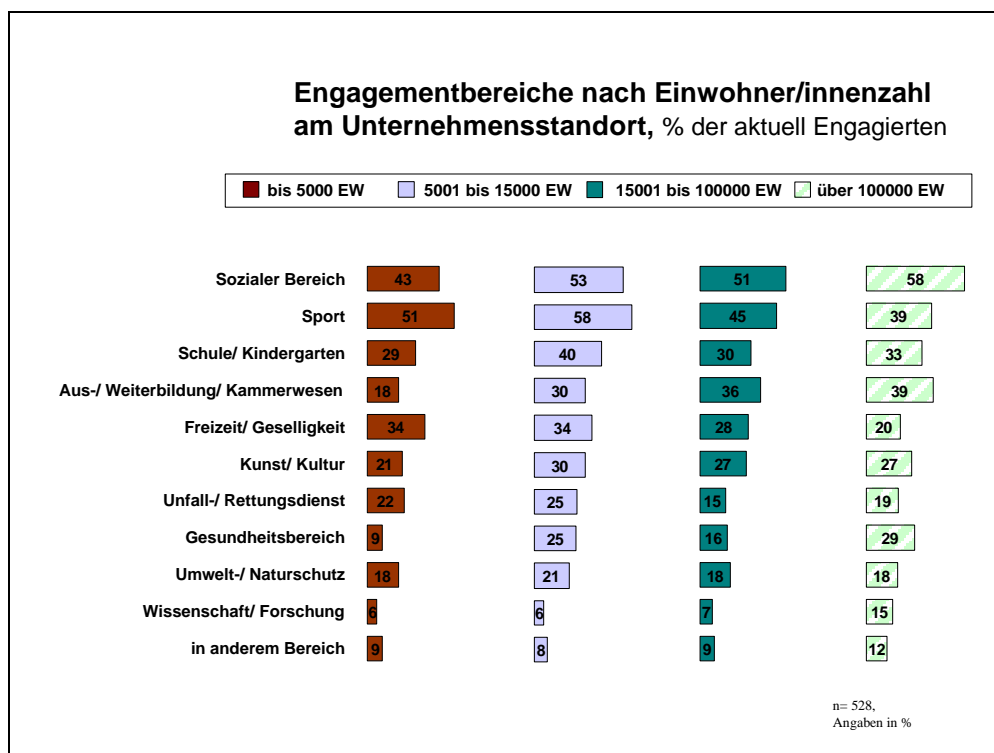
Abb. 26



In Abhängigkeit von der Größe des Ortes, an dem die Unternehmen angesiedelt sind, zeigen sich gleichfalls einige Besonderheiten (Abb. 27). So ist die Sportförderung der Tendenz nach eine Domäne der Unternehmen in kleineren Orten mit Einwohnerinnen und Einwohnern bis zu 5.000 (51%) bzw. 5.001 bis 15.000 Personen (58%). Weniger markant zeigt sich dies auch für den Engagementbereich Freizeit und Geselligkeit (34%). Hingegen sind Unternehmen, die in Orten mit mehr als 15.000 bzw. mehr als 100.000 Einwohnerinnen bzw. Einwohner ihren Sitz haben, deutlich stärker in der Aus- und Weiterbildung, im Kammerwesen (36% bzw. 39%) engagiert. Bei den letztgenannten Unternehmen handelt es sich zudem auch um größere Betriebe, die typischerweise auch in Orten mit höherer Einwohnerzahl angesiedelt sind.



Abb. 27



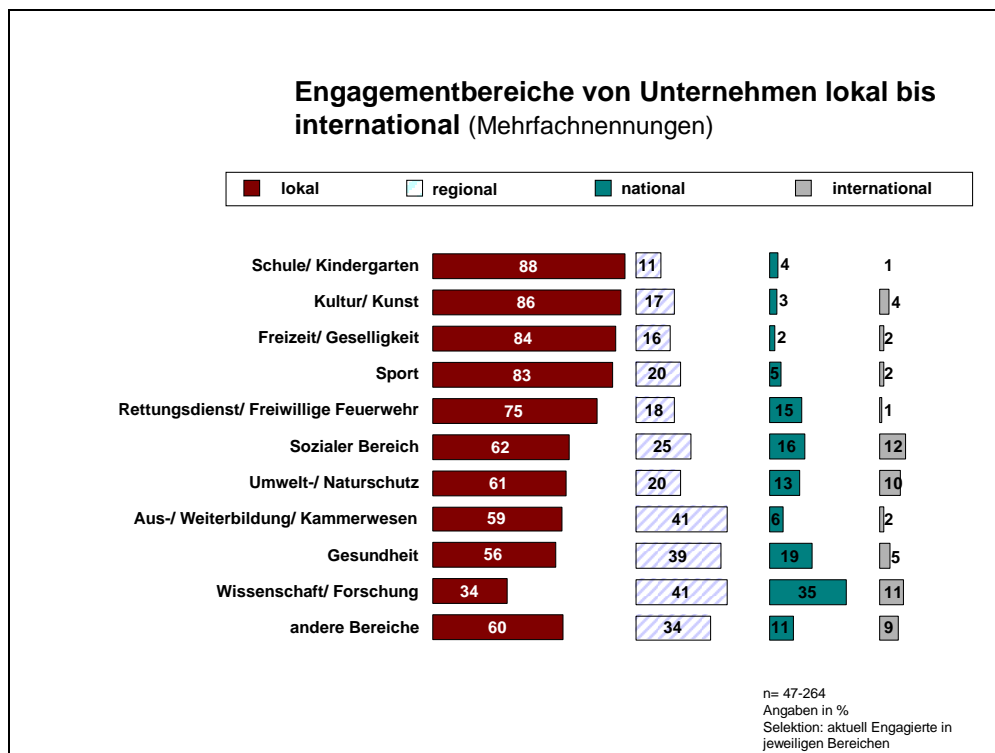
## 5.5 Der geografische Schwerpunkt des Engagements

Im Blick auf den Engagementradius von Unternehmen (Abb. 28) ist festzustellen, dass sich die Unternehmen in hohem Maße lokal engagieren – weitaus weniger regional und in noch geringerem Umfange national oder international. Festzustellen ist folglich eine aktive Orientierung am unmittelbaren Standort. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Kindergarten und/oder Schule (88%), Sport und Bewegung (83%), Freizeit und Geselligkeit (84%), Kultur (86%) sowie für das Engagementfeld Rettungsdienst und Freiwillige Feuerwehr (75%).

Vergleichsweise weniger auf lokale Räume bezogen sind Aktivitäten auf den Gebieten Wissenschaft und Forschung (34%), im Gesundheitsbereich (56%), im Engagementfeld Umwelt und Naturschutz (61%) sowie im sozialen Bereich (62%). Hier wird eine deutlich stärkere Ausrichtung auf nationale und internationale Förderaktivitäten der Unternehmen sichtbar.

Auch wenn der Radius des Engagements mit dem der Geschäftstätigkeit zunimmt, verhält es sich dennoch so, dass auch die national und international tätigen Unternehmen Baden-Württembergs immer auch lokal engagiert sind. Das geflügelte Wort von „Charity starts at home“ bewährt sich also auch hier, und das Engagement so genannter „globalisierter“ Unternehmen des Landes wirkt positiv auf den Standort, an dem sie angesiedelt sind.

Abb. 28



## 5.6 Formen der Unterstützung in den unterschiedlichen Handlungsfeldern

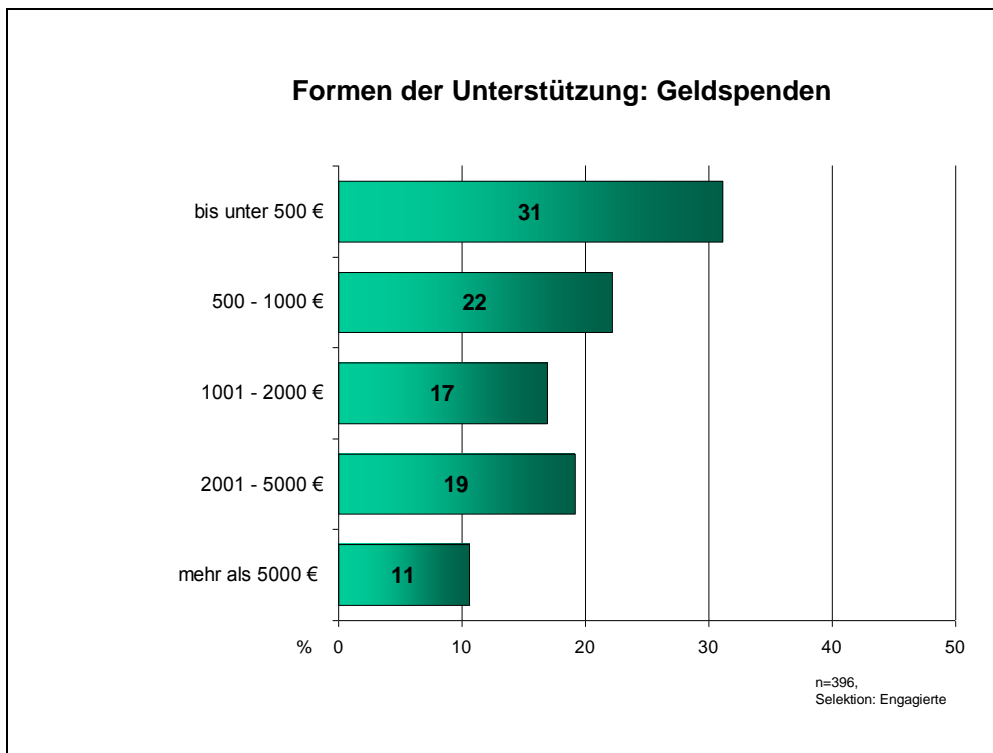
### 5.6.1 Ausprägung der Engagementformen: Spenden, Sponsoring, Infrastruktur und fachliche Unterstützung

Die Form des Engagements bezieht sich für die überwiegende Zahl der Unternehmen auf Geldspenden für die genannten Engagementfelder, darüber hinaus werden Sachspenden, z.B. Produkte des Unternehmens, zur Verfügung gestellt. Weitere Unterstützungsmöglichkeiten bestehen in der Nutzungserlaubnis betrieblicher Infrastruktur, im Sponsoring sowie in Form logistischer und fachlicher Unterstützung. In vielen der befragten Unternehmen sind zudem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Betriebes bzw. die befragte Person selbst in den unterstützten Engagementfeldern tätig. Die genauere Nachfrage nach dem Umfang des Engagements ergab folgendes Bild:

Knapp ein Drittel (31%) der Unternehmen spendet insgesamt bis zu 500 € pro Jahr für die genannten Engagementfelder (Abb. 29), rund ein weiteres Viertel (22%) zwischen 501 und 1000 €. Jedes fünfte Unternehmen lässt zwischen 1001 und 2000 € (17%) bzw. 2001 und 5.000 € (19%) in die von ihm unterstützten Engagementbereiche fließen.

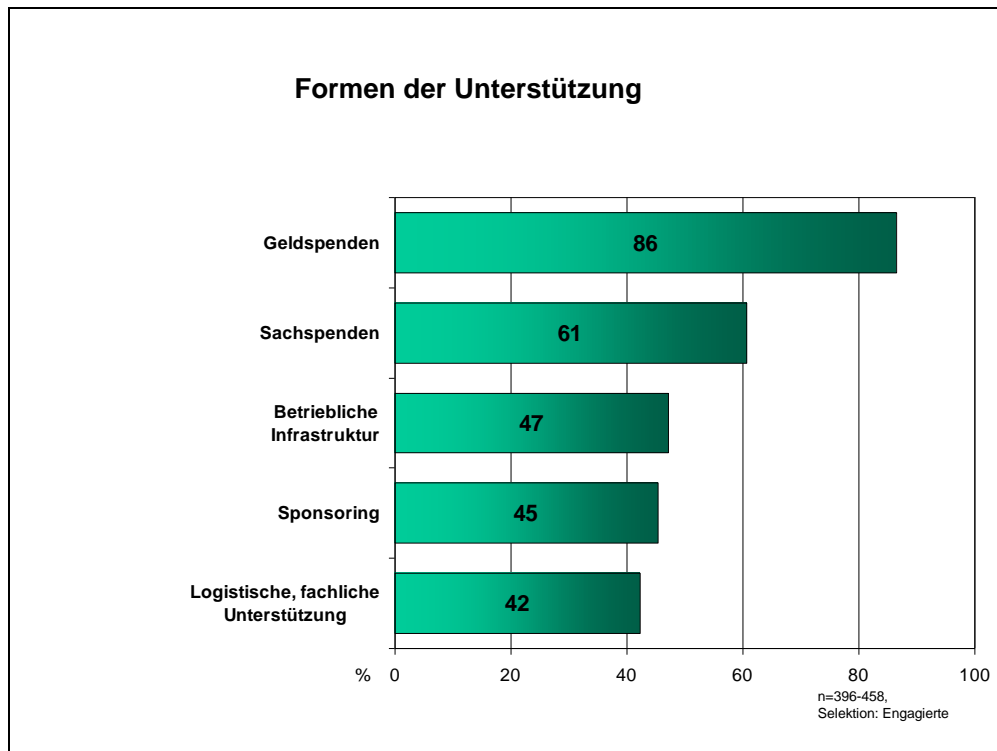
Noch jedes zehnte Unternehmen (11%) gibt einen Betrag von mehr als 5.000 € pro Jahr für sein gesellschaftliches Engagement aus. Die Höhe der Geldspende nimmt prozentual gesehen mit der Größe des Betriebes zu.

Abb. 29



Die weitere Analyse zeigt, dass nicht nur Geldspenden als Unterstützungsmöglichkeit eingesetzt werden, sondern darüber hinaus vielfältige zusätzliche Förderungsaktivitäten stattfinden (Abb. 30). Am wichtigsten sind hier Sachspenden der Betriebe (61%), sowie die Zur-Verfügung-Stellung betrieblicher Infrastruktur (47%) und Sponsoring (45%), gefolgt von logistischer und fachlicher Unterstützung (42%).

Abb. 30



Unterschieden nach Alter erweist sich die älteste Altersgruppe der über 60jährigen mit ihrem Geldeinsatz über 2000 € (37%) großzügiger als die jüngeren Altersgruppen (Abb. 31). Umgekehrt verhält es sich beim Sponsoring, das bei den jüngeren Unternehmerinnen und Unternehmer sowie insbesondere bei der Altersgruppe von 20-40 Jahren (59%) deutlich häufiger zum Einsatz kommt als bei den älteren. Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass bei dieser Altersgruppe ein Umdenken in Richtung eines strategischen Engagements einsetzt. Beim Einsatz von Spenden ab 2000 € sind Unternehmer (die größere Betriebe haben) stärker involviert als Unternehmerinnen (34% zu 13%), sie stellen auch häufiger ihre betriebliche Infrastruktur zur Verfügung (Abb. 32) als Unternehmerinnen (51% zu 35%) und leisten außerdem tendenziell vermehrt logistische und fachliche Unterstützung (44% zu 37%).

Mit der Betriebsgröße (Abb. 31) steigt der Einsatz von Geldspenden ab 2000 €, ebenso die Quote der Sachspenden (Abb. 32): 11% der Betriebe mit bis zu 3 Beschäftigten spenden 2000 € und mehr für die gewählten Engagementbereiche, die entsprechende Quote bei Betrieben über 50 Beschäftigten liegt bei 81%. Und 51% der Kleinbetriebe bis 3 Beschäftigte leisten Sachspenden (Abb. 32), jedoch rund 70% der Betriebe mit 10 bis 49, bzw. 50 und mehr Beschäftigten. Noch deutlichere Unterschiede zwischen den Betriebsgrößen zeigen sich im Blick auf die Zur-Verfügung-Stellung betrieblicher Infrastruktur (Abb. 32): Dies geschieht

bei einem Drittel (37%) der Kleinbetriebe bis 3 Beschäftigten, jedoch bei drei Vierteln (74%) der Betriebe ab 50 und mehr Beschäftigten (4-9: 41%; 10-49: 61%).

Es findet sich folglich ein breites Spektrum an Unterstützungsmöglichkeiten für die von den Betrieben geförderten Engagementfelder, wobei der Umfang der Förderaktivitäten stark nach Betriebsgröße, aber auch nach dem Alter der Betriebsinhaberinnen und –inhaber variiert.

Abb. 31

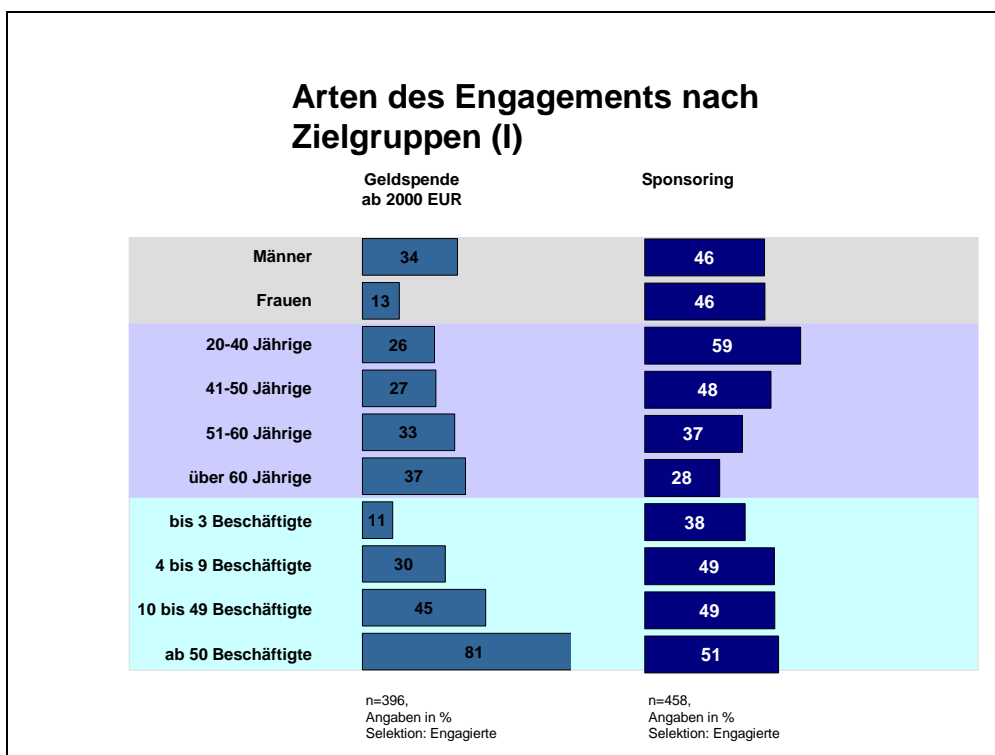
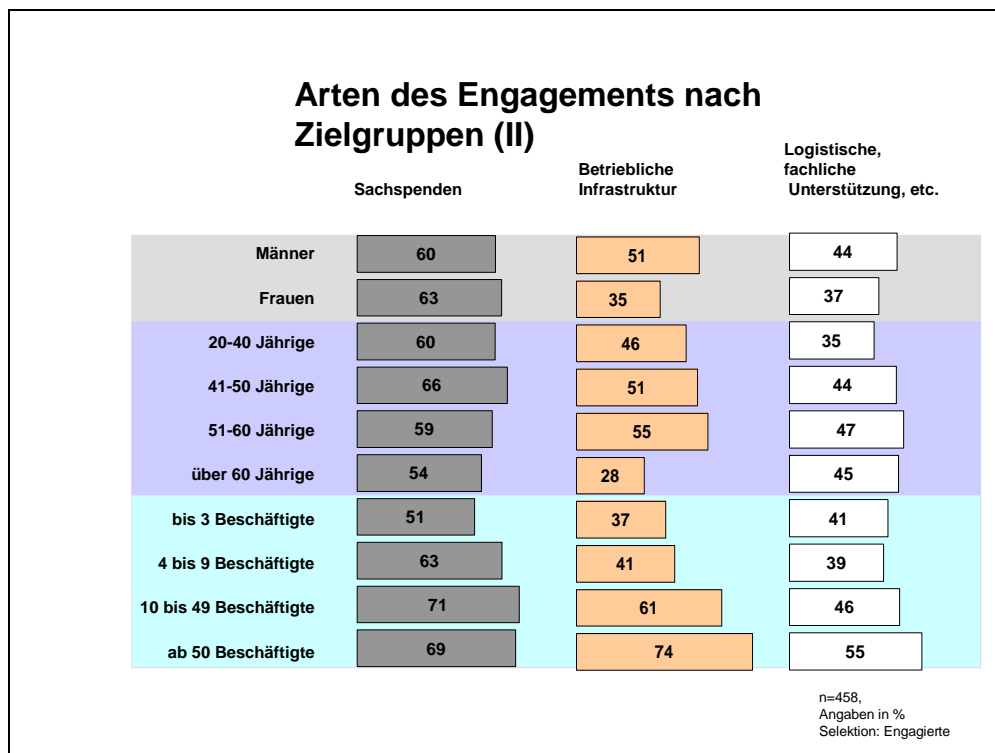
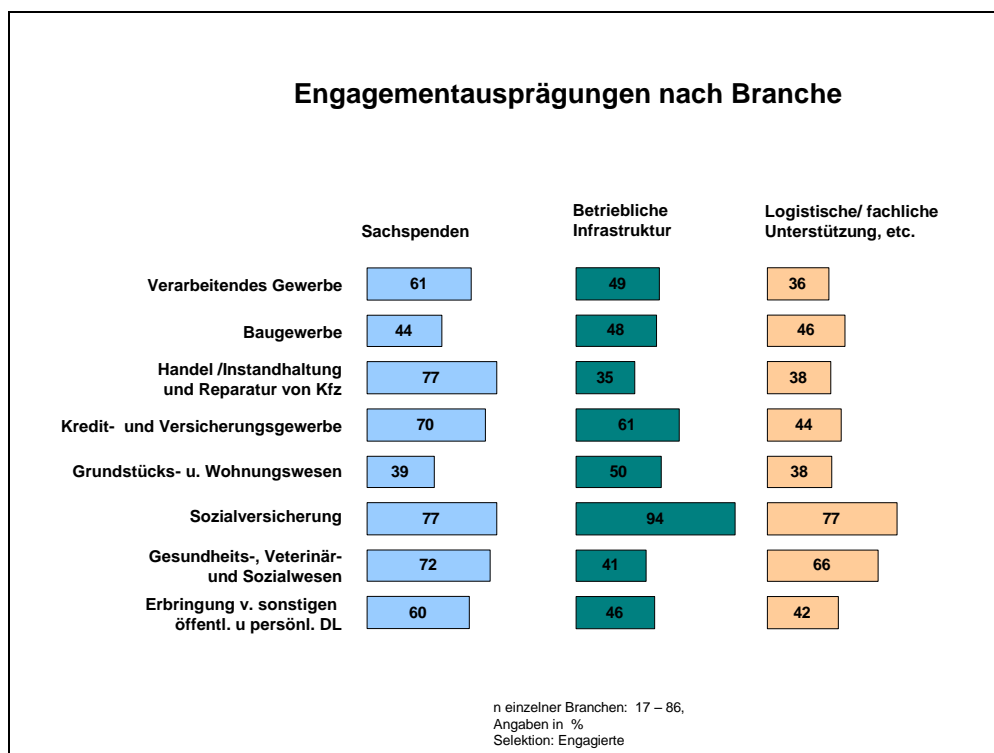


Abb. 32



Unterschieden nach Wirtschaftszweigen (Abb. 33) zeigt sich insbesondere für den Sektor Sozialversicherungen ein überdurchschnittlicher Einsatz von Sachspenden (77%), betrieblicher Infrastruktur (94%) wie etwa Nutzungsmöglichkeiten von Räumen, Fahrzeugen und Bürogeräten sowie logistische und fachliche Unterstützung (77%). Die letztgenannte Unterstützungsform kommt auch überdurchschnittlich im Wirtschaftszweig Gesundheits- und Sozialwesen (66%) zum Einsatz, Sachspenden überdurchschnittlich im Wirtschaftszweig Handel/Instandhaltung und Kfz-Reparaturen (77%), Kredit- und Versicherungsgewerbe (70%) sowie im Gesundheits- und Sozialwesen (72%).

Abb. 33



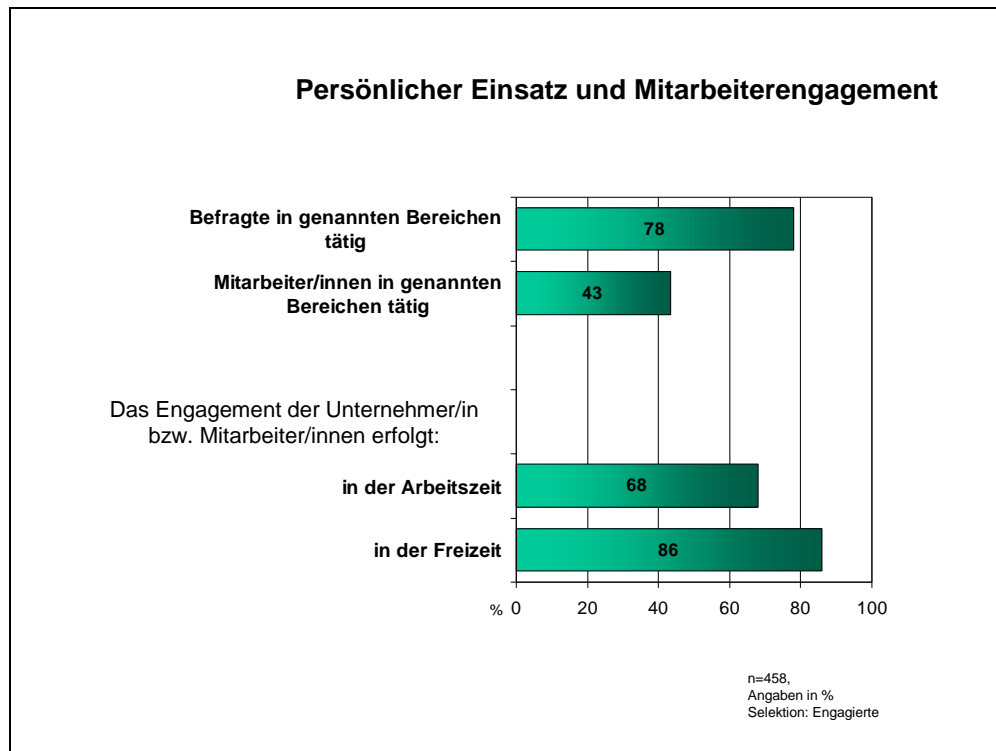
### 5.6.2 Persönlicher Zeiteinsatz in den Unternehmen

Die interviewten Firmeninhaberinnen und -inhaber bzw. die von ihnen genannten Ansprechpartnerinnen und -partner wurden danach befragt, ob sie selbst oder andere Beschäftigte des Betriebes in den vom Unternehmen geförderten Engagementbereichen tätig sind. Hier ergibt sich ein aufschlussreiches Bild dahingehend, dass sich insbesondere die Befragten selbst engagiert zeigen: Über drei Viertel (78%) von ihnen sind in den geförderten Bereichen selbst aktiv. Darüber hinaus wird deutlich, dass auch Beschäftigte des Betriebes in den von den Unternehmen geförderten Gebieten engagiert sind (Abb. 34): 43% der Befragten geben an, dass auch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den unterstützten Engagementfeldern im Einsatz seien. Nur in etwa jedem siebten (15%) Unternehmen sind weder Beschäftigte noch Unternehmensleitung persönlich engagiert. Daraus ergibt sich ein starker Zusammenhang von unternehmerischem Engagementfeld und Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. Engagement der Unternehmerin bzw. des Unternehmers, der das Engagementmotiv des persönlichen Interesses auch weiter stützt.

Dieses Engagement findet sowohl in der Freizeit als auch während der Arbeitszeit statt. 86% der Unternehmerinnen und Unternehmer geben an, dass sie bzw. die Beschäftigten sich in der Freizeit engagieren, und noch zwei Drittel

(68%) erklären, dass sie selbst bzw. ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch während der Arbeitszeit in den betreffenden Engagementfeldern des Unternehmens tätig werden, wobei hier die Übergänge zum Teil fließend sein dürften. Dies verweist sowohl auf lebensweltliche Bezüge zum Engagement als auch auf „multiple Verbindungen“ (Priller/ Zimmer 2006: 21) zwischen beruflicher Tätigkeit und bürgerschaftlichem Engagement.

Abb. 34



Der zeitliche Aufwand liegt dabei pro Unternehmen bei 17,5 Stunden im Monat, wobei die von den Unternehmen am häufigsten genannte Stundenzahl bei 10 Stunden pro Monat liegt. Würde man diese Arbeitsstunden in Geld umrechnen, käme man auf einen erheblich höheren materiellen Einsatz der Unternehmen als er durch die Spenden bislang dokumentiert wurde. Dieser persönliche Einsatz findet Ausdruck etwa in der Freistellung von Beschäftigten des Unternehmens für Ausbildungs- und Prüfungstätigkeiten bei den Berufsverbänden, aber auch in neuen Ansätzen unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements, wie sie in Partnerschaftsprojekten zwischen Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen und in der Mitarbeit in regionalen Netzwerken stattfinden.

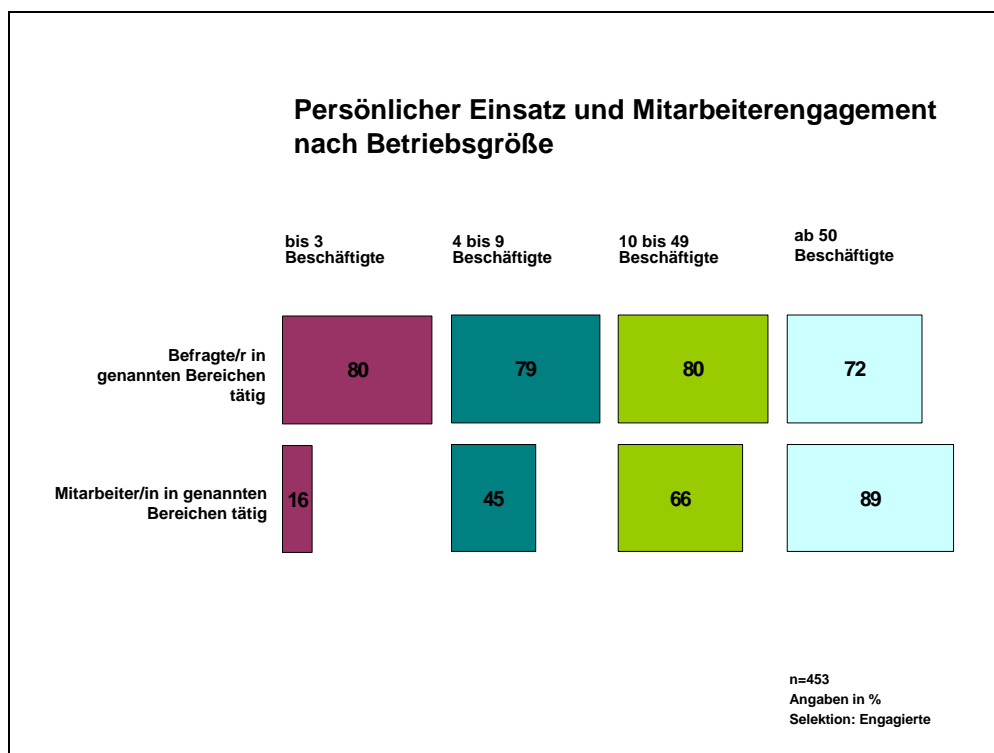
Dieses Ergebnis verweist also durchaus auf einen persönlichen Bezug der Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Beschäftigten zu den Engagement-



feldern, die seitens des Unternehmens unterstützt werden. Lebens- und Unternehmenswelt sind folglich verbunden, was die Wahrnehmung für Bedürfnisse und Gestaltungserfordernisse schärft. Dies hängt auch damit zusammen, dass die in den Firmen Beschäftigten ideale Vermittlerinnen bzw. Vermittler zwischen diesen Sphären durch ihre gesellschaftliche und betriebliche (Doppel)Zugehörigkeit sind (vgl. Wegner 2004).

Einen ganz entscheidenden Einfluss hat die Betriebsgröße dort, wo in den genannten Engagementfeldern auch Beschäftigte des Betriebes tätig sind (Abb. 35). Mit steigender Betriebsgröße wachsen auch die Quoten des Einsatzes: 89% der Betriebe ab 50 und mehr Beschäftigten geben an, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihres Betriebes in den vom Unternehmen unterstützten Engagementfeldern tätig sind. Die entsprechende Quote liegt bei Betrieben 4 bis 9 Beschäftigten bzw. mit 10 bis 49 bei 45% bzw. 66%. Betriebe bis 3 Beschäftigte vermelden eine Quote von 16%. Dieser Sachverhalt darf jedoch nicht überbewertet werden, da die Chance, dass in einem Großbetrieb unter den Beschäftigten freiwillig Engagierte „gefunden“ werden, rein zahlenmäßig natürlich höher ist als in einem Kleinbetrieb.

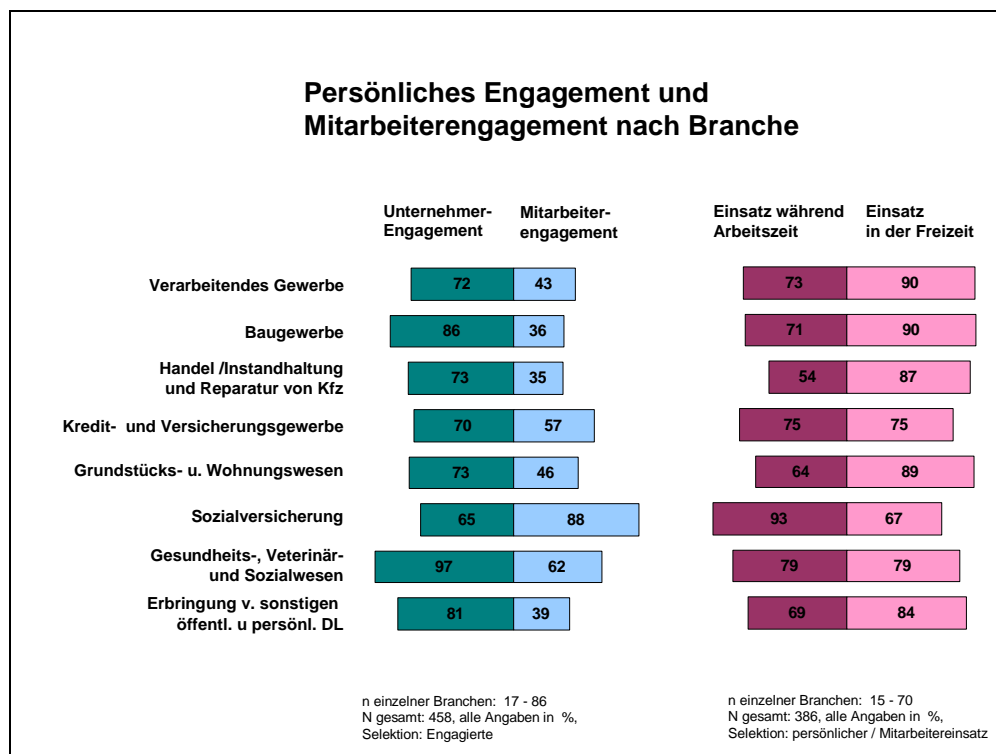
Abb. 35



Nach Wirtschaftszweigen unterschieden ist anzumerken (Abb. 36), dass Unternehmerinnen und Unternehmer des Gesundheits- und Sozialwesens mit 97% überdurchschnittlich häufig angeben, persönlich im geförderten Bereich

engagiert zu sein und dass der Einsatz auch in der Arbeitszeit stattfindet (79%). Unternehmerinnen und Unternehmer aus dem Bereich der sozialen Sicherung sehen mit 88% überdurchschnittlich viele ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter engagiert und dies wiederum überdurchschnittlich auch während der Arbeitszeit (93%). Ein überdurchschnittliches Engagement der Angestellten zeigt sich des Weiteren im Gesundheits- und Sozialwesen (62%) sowie beim Kredit- und Versicherungsgewerbe (57%).

Abb. 36



Diese Ergebnisse verweisen darauf, dass dem bürgerschaftlichen Engagement von Beschäftigten auch aus der Sicht der Unternehmen eine bedeutsame Rolle zukommt und sich die Unternehmensleitung sehr oft persönlich engagiert zeigt. Besonders die Freistellung von Beschäftigten für Ausbildungs- und Prüfungstätigkeiten bei den Berufsverbänden spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

Es zeigt sich aber auch, dass nicht nur bei großen Unternehmen, sondern auch in kleinen und mittleren Betrieben, z. T. in Abhängigkeit vom Wirtschaftszweig, sehr differenzierte und vielfältige Unterstützungsformen festzustellen sind – vom Geldeinsatz für Einrichtungen, Vereine und Initiativen bis hin zum Einsatz von Infrastruktur und sonstigen Mitteln sowie Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Engagement der Unternehmen vielfach über eine reine Spendenaktivität hinausgeht und sowohl Teile der betrieblichen Infrastruktur, Sachspenden sowie logistische und fachliche Unterstützung zum Einsatz gebracht werden. Darüber hinaus geben viele Unternehmerinnen und Unternehmer an, dass sie selbst bzw. auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihres Betriebes in den von den Unternehmen geförderten Engagementfeldern tätig sind.

### 5.7 Berechnung der Engagementquote von Unternehmen

Die Ergebnisse zum unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagement zeigen, dass sich die überwiegende Zahl der Unternehmen in Baden-Württemberg bemerkenswert engagiert. Generell errechnet sich hier eine Engagementquote (EQ) von 85% (Abb. 37), d.h. von allen in die Befragung einbezogenen Unternehmen (n=541) geben n=458 Betriebe an, in mindestens einem der nachgefragten Bereiche aktiv engagiert zu sein.<sup>27</sup> Diese eher „weiche“ Engagementquote (E1), die auf dem Indikator basiert, dass ein Unternehmen in mindestens einem Bereich aktuell engagiert ist, kann unter Hinzuziehung weiterer Indikatoren „gehärtet“ werden. Für die im Folgenden durchgeführte Analyse wurden unterschiedliche „Härtegrade“ nach folgender Weise bestimmt:

- Engagement-Quote E2 wurde so definiert, dass ein Unternehmen Geld spendet und mindestens noch eine weitere Unterstützungsform (Sachspenden, Infrastruktur, logistisch-fachliche Unterstützung) zum Einsatz bringt.
- Engagement-Quote E3 erforderte darüber hinaus noch den Einsatz des Managements bzw. der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Engagement-Quote P1 wurde ausschließlich über den Einsatz des Managements und/oder der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter definiert, und
- Engagement-Quote P2 wurde definiert durch Einsatz des Managements und/oder der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter während der Arbeitszeit.

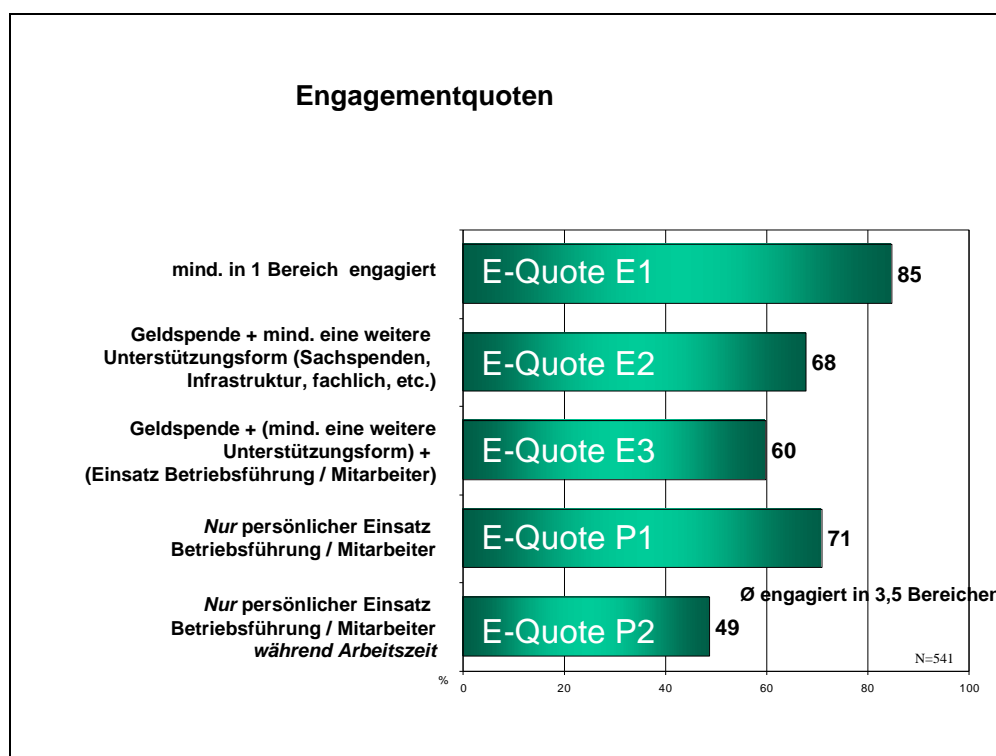
---

<sup>27</sup> Eine Umfrage von forsa unter 1000 Unternehmen mit einem Umsatz von mindestens 100.000 € erbringt, dass rund 94% dieser Unternehmen „in den vergangenen zwölf Monaten auf irgendeine Art und Weise gesellschaftliche Aufgaben übernommen oder finanziert“ haben (forsa 2005: 9). Nimmt man zum Vergleich die in unserer Unternehmensbefragung enthaltenen inhabergeführten Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens 100.000 € als Bezug findet sich eine entsprechende Quote von 90,3%. Die Untersuchung des Instituts für Mittelstandsforschung ergibt, dass bundesweit 82,4% der Unternehmen für wohltätige Zwecke engagiert sind (Maaß/Clemens 2003: 2).

Die Analyse auf der Grundlage dieser Indikatoren ergibt den Befund, dass noch über zwei Drittel (68%) der Unternehmen E2 erreichen, d.h. zusätzlich zu einer Geldspende noch eine weitere Unterstützungsform einbringen. Noch deutlich mehr als jedes zweite Unternehmen (60%) erreicht E3, d.h. eine Kombinationsform aus Geldeinsatz und einer weiteren Unterstützungsform sowie Einsatz der Unternehmensleitung und/oder Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nimmt man nur die Angabe Einsatz des Managements und/oder Engagement von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Indikator, wird eine Engagementquote P1 von 71% erreicht; die Definition von Engagement über den Einsatz der Unternehmensleitung und/oder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern während der Arbeitszeit ergibt eine Engagementquote P2 von 49%.

Es findet sich also eine grundsätzliche Offenheit und im Bewusstsein verankerte Tradition von unternehmerischem Engagement: Nur 15% der Unternehmen waren zum Befragungszeitpunkt nicht engagiert.

Abb. 37



Unterschieden nach Geschlecht zeigen sich hier generell keine Unterschiede außer bei den Engagementquoten, in denen der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. der Inhaberin oder des Inhabers eine Rolle spielt. Dass die Engagementquoten für Frauen grundsätzlich niedriger liegen, hängt auch damit zusammen, dass Frauen häufig kleinere Unternehmen führen, bei denen die Engagementquote grundsätzlich niedriger ist:

- für E3 liegt der Wert bei den Männern bei 63% und den Frauen bei 52%
- für P1 liegt der Wert bei den Männern bei 73% und den Frauen bei 66%
- für P2 liegt der Wert bei den Männern bei 52% und den Frauen bei 37%.

Auch im Blick auf die Altersgruppen lassen sich generell keine Unterschiede feststellen, außer bei den Engagementquoten, in denen der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. der Inhaberin oder des Inhabers eine Rolle spielt:

- für die Engagementquote P1 liegt der Wert bei den Unternehmerinnen und Unternehmern der Altersgruppe 41-50 Jahre mit 76% und denen der Altersgruppe über 60 Jahre mit 75% deutlich höher als bei den anderen.

Unterschieden nach Betriebsgröße (Abb. 38) wird deutlich, dass offensichtlich mit der Größe des Betriebes die Möglichkeit, sich als Unternehmen zu engagieren, steigt:

- So liegt E2 bei größeren Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten mit 79% deutlich höher als bei kleineren Betrieben mit 4 bis 9 (73%) oder bis zu 3 Beschäftigten (57%).
- Insbesondere auch der Einsatz der Mitarbeiterinnen bzw. der Mitarbeiter nimmt mit der Größe des Unternehmens zu, was sich in einer deutlich höheren Engagementquote P1 bei Unternehmen mit 10-49 Beschäftigten (81%) und solchen mit 50 und mehr Beschäftigten (86%) niederschlägt, im Vergleich zu Betrieben mit 4 bis 9 (75%) bzw. bis zu 3 Beschäftigten (61%).

Eine Betrachtung nach Wirtschaftszweigen (Abb. 39) ergibt, dass im Bereich des Sozialen Sicherungswesens sowie des Gesundheits- und Sozialwesens die „weiche Engagementquote“ (Engagement in mindestens einem Bereich) mit 94% bzw. 100% noch höher liegt als bei den anderen Unternehmen (85%). Die höheren EQ-Werte in diesen Branchen verweisen auf die Verbindungen zwischen beruflicher Tätigkeit und bürgerschaftlichem Engagement, wie sie sich gerade im Gesundheitswesen ergeben. Darüber hinaus zeigen sich zwischen den Branchen keine nennenswerten Unterschiede.

Abb. 38

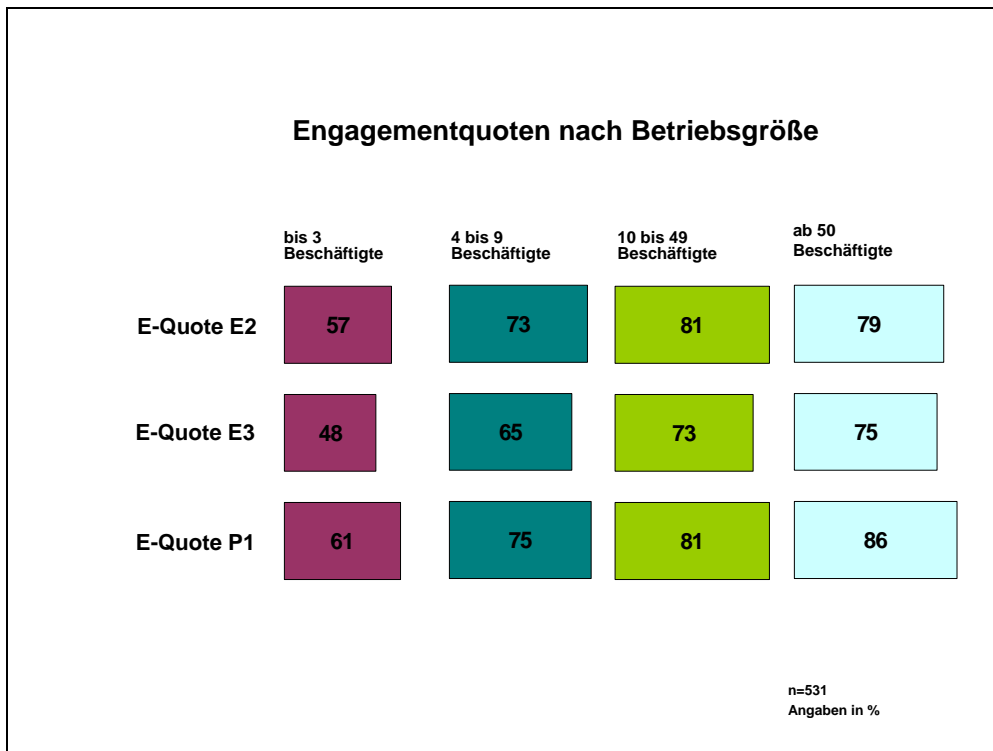
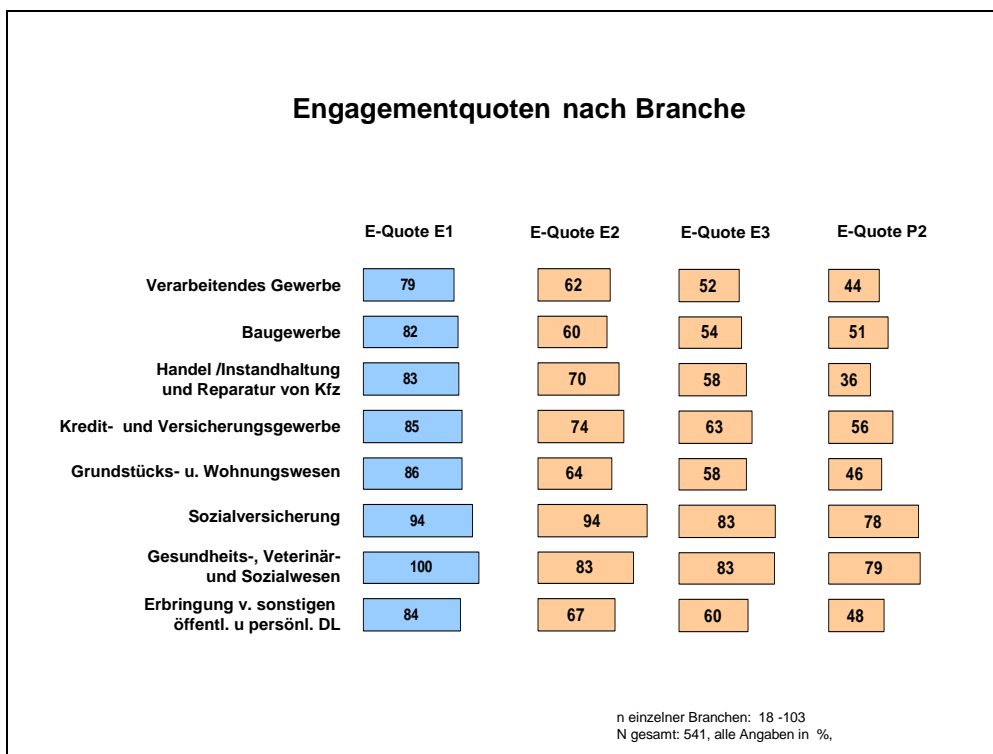


Abb. 39



## 5.8 Auslöser für gesellschaftliches Engagement

Da viele Unternehmen mehrere Engagementfelder unterstützen, wurden sie nach dem von ihnen am meisten geförderten Bereich gefragt, um hinsichtlich der Bedeutung, der Ausgestaltung und der Hintergründe ihres Engagements weitere Information zu erhalten. Berücksichtigt man das wichtigste und zweitwichtigste Handlungsfeld (Abb. 40) erweist sich Sport und Bewegung als eindeutiger Hauptunterstützungsbereich. Knapp jedes zweite engagierte Unternehmen (48%) nennt den Sport als den am meisten geförderten Bereich. An zweiter Stelle rangiert der soziale Bereich (29%), gefolgt vom Engagementfeld Aus- und Fortbildung/ Kammerwesen (22%) sowie von Unterstützungsaktivitäten, die Kindergarten und Schule (22%) betreffen. An fünfter Stelle steht das unternehmerische bürgerschaftliche Engagement für kulturelle Belange (20%). Diese fünf Engagementfelder werden folglich hinsichtlich der Intensität der Unterstützung quasi von der Gesamtheit der unternehmerischen Förderaktivitäten privilegiert behandelt, bei allen oben aufgezeigten Schwerpunktsetzungen nach Branchen.

Abb. 40



---

### **5.8.1 Gründe für das Engagement**

Die Unternehmen wurden gefragt, warum sie sich gerade den beiden von ihnen am stärksten geförderten Engagementbereichen zuwenden. Hier zeigt sich (Abb. 41), dass die Auswahl der wichtigsten beiden Engagementbereiche in der überwiegenden Zahl „gezielt“ erfolgt: Nahezu drei Viertel (73%) der Unternehmen haben sich das Engagementfeld sehr bewusst ausgesucht und insoweit keinen beliebigen oder zufälligen Einsatz gewählt.

Als Gründe hierfür werden am häufigsten persönliche Gründe der Unternehmerin, des Unternehmers bzw. eigenes Interesse am Engagementbereich angeführt. Weitere Gründe sind die genaue Passung von Engagement und Unternehmen, gefolgt von wirtschaftlichen Interessen und dem Motiv, neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen. Weitere wichtige Ursachen, das Engagement gezielt auszuwählen, sind die Mitgliedschaft und ggf. zusätzlich die Wahrnehmung von Funktionen in Vereinen, die durch das Unternehmen unterstützt werden sowie die enge Verbindung zur Gemeinde/Region, in der das Unternehmen angesiedelt ist.

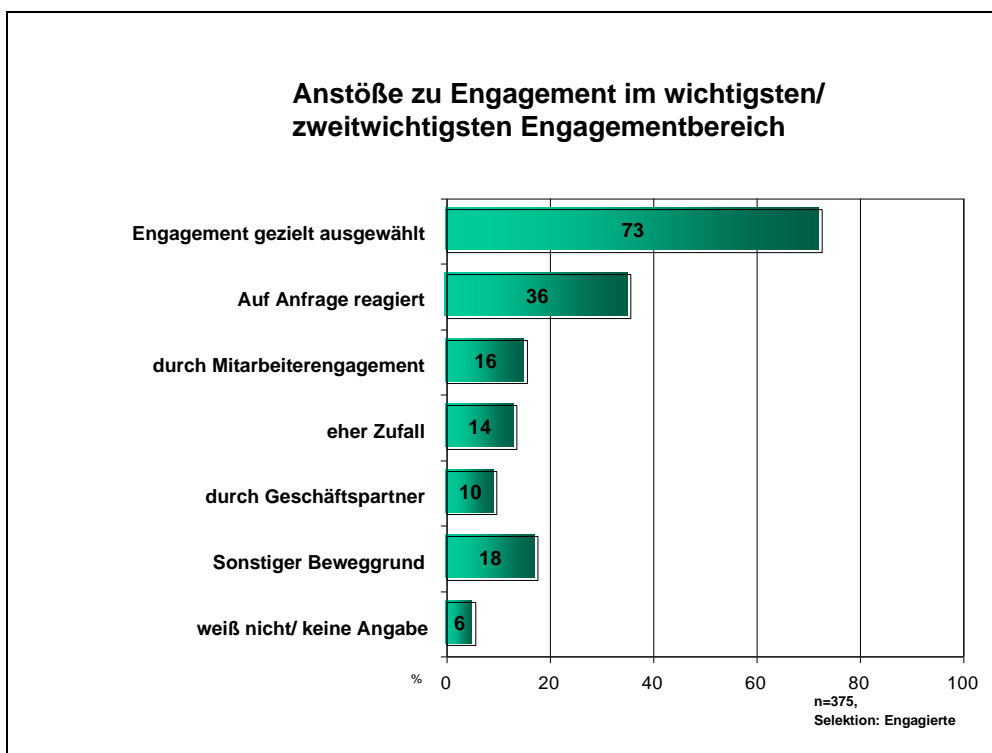
Diese Auswahlkriterien dürften auch bei der Neugewinnung von Unternehmen für bürgerschaftliches Engagement eine wichtige Rolle spielen. Um Unternehmen hierfür zu gewinnen, müssen sie folglich zielgruppengerecht, z.B. mit Blick auf die Branche, in der sie angesiedelt sind, und individuell, also an der Persönlichkeit der Unternehmerinnen und Unternehmer orientiert, angesprochen werden, aber genauso mit Blick auf die unternehmerischen Interessen.

Aus der Förderungsperspektive unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements sollte auch berücksichtigt werden, dass jedes dritte Unternehmen (36%) auf eine Anfrage reagiert hat. Obgleich Unternehmen ihr Engagement gewöhnlich gezielt auswählen, darf nicht unterschätzt werden, dass sich offensichtlich auch eine gezielte Ansprache lohnt.

Noch für mehr als jedes zehnte Unternehmen (16%) ist das Engagement seiner Beschäftigten und/oder Führungskräfte Anlass, Förderaktivitäten zu entwickeln. Weniger bedeutsam, aber dennoch nicht zu vernachlässigen, sind Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartner, die für ein Unternehmen den Ausschlag gaben, sich einem Engagementfeld zuzuwenden.

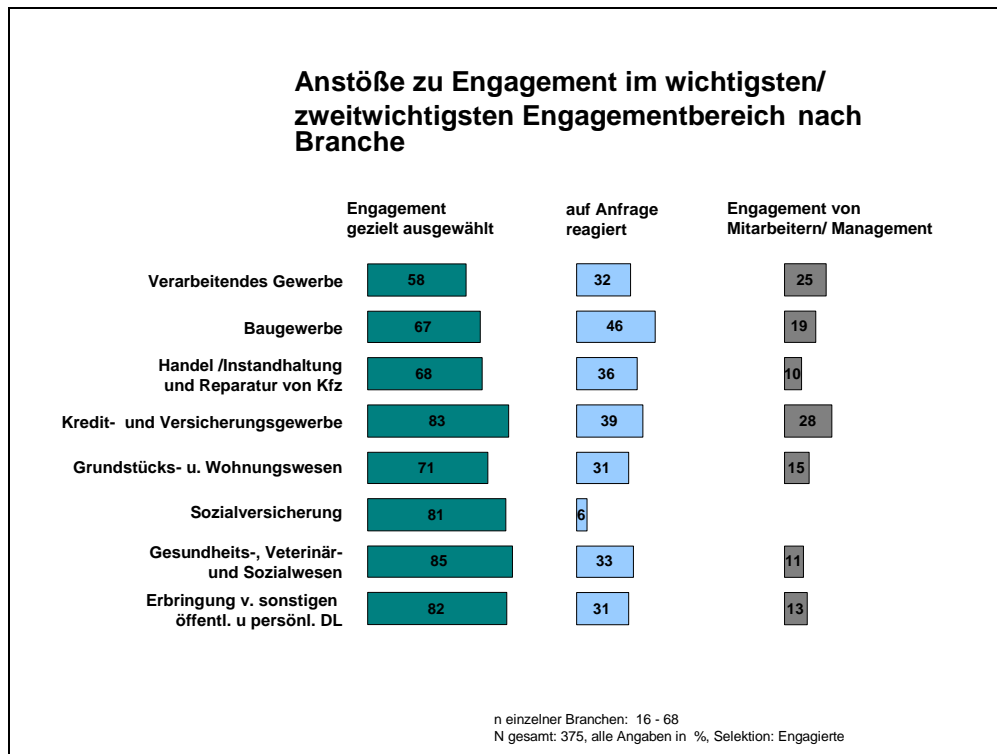


Abb. 41



Nach Branchen unterschieden erweisen sich Gesundheits- und Sozialwesen (85%), Kredit- und Versicherungsgewerbe (83%) sowie der Wirtschaftszweig Erbringung sonstiger öffentlicher und privater Dienstleistungen (82%) und das Sozialversicherungswesen (81%) als in hohem Maße eigeninitiativ bei der Auswahl ihrer Förderaktivitäten (Abb. 42). Im Baugewerbe zeigen sich Tendenzen, verstärkt auch auf Anfrage zu reagieren (46%). Vor allem aber im Verarbeitenden Gewerbe (25%) und beim Kredit- und Versicherungsgewerbe (28%), aber auch in Baugewerbe (19%) geben die Beschäftigten häufiger den Anstoß, sich dem wichtigsten bzw. zweitwichtigsten Engagementfeld zuzuwenden.

Abb. 42



Unterschieden nach Betriebsgröße zeigt sich, dass kleinere Unternehmen mit 22% deutlich häufiger angeben, sich eher „zufällig“ dem (wichtigsten bzw. zweitwichtigsten) Engagementbereich zugewandt zu haben als etwa Großbetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten (4%) (4-9: 13%; 10-49: 6%). Bei letzteren sind es zudem häufiger Geschäftspartnerinnen oder Geschäftspartner (14%), die die Inhaberin bzw. den Inhaber bewogen haben, sich dem (wichtigsten/zweitwichtigsten) Engagementfeld zuzuwenden (bis 3: 4%; 4-9: 12%, 10-49: 11%).

### 5.8.2 Kooperationspartnerschaften nach Handlungsfeldern

Die Unternehmen wurden mit Bezug auf die von ihnen genannten zwei wichtigsten Engagementfelder gefragt, mit welchen Partnerinnen oder Partnern, Organisationen und/oder Projektgruppen sie in diesen Engagementbereichen zusammenarbeiten. Hier ergibt sich ein sehr konturenreiches Bild, das die enge Verbindung von Unternehmen zu ihrem sozialen Nahraum eindrucksvoll unterstreicht und ausgeprägte Netzwerke sichtbar macht (siehe Übersichtstabellen ab S. 57).

Im Engagementbereich Sport und Bewegung (Tab. 1), der von den Unternehmen an erster Stelle der wichtigsten Aktivitätsfelder genannt wird, zählen die

Sportverbände und örtlichen Sportvereine (Fußball-, Handballverein, Behindertensportverein, Radsportverein, örtliche Freizeitvereine, Turnverein etc.) zu den wichtigsten Kooperationspartnern.

Tab. 1

<b>Kooperationspartner im Engagementfeld SPORT UND BEWEGUNG</b>	
Allgem. Sportvereine	60
speziell Fußball	25
(Deutscher) Sportbund, Sportverband	11
speziell Tennisclub	10
speziell Handballverein	7
speziell Turnverein	7
Schulsport, Jugendsport, Jugendarbeit	7
sonstige Vereine	29
Sonstige Kooperationspartner (Gemeinde, Medien)	7
<u>Einzelne Nennungen:</u> Sportstudio, Ballettschule, Feuerwehr, Behindertensportverein, Förderverein, Motorsport, Vivesco, Umweltverbände, Sponsorenpool, Einrichtung für Reha, Tanzgruppen, Werbepartner des Vereins, Gesundheitszentrum, Veranstalter von Sportevents, Betriebskrankenkasse	

Das Aktivitätsfeld der Aus- und Weiterbildung und des Kammerwesens (Tab. 2) verbindet die Unternehmen mit den Kammern, allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen, Berufsakademien, Fachhochschulen, staatlichen und kommunalen Ämtern und Organisationen.

Tab. 2

<b>Kooperationspartner im Engagementfeld AUS- UND WEITERBILDUNG/KAMMERWESEN</b>	
Innungskammer, IHK, Handelskammern, Handwerkskammer, IAK, (Landes)-Innungsverband, Berufsverbände	
Berufsschule, Berufsakademie	39
Allgemeinbildende Schulen	15
Fachhochschulen, Universitäten	13
Lokale Vereine, Gewerbeverein	8
Staatliche/ kommunale Organisationen (z.B. Arbeitsamt)	4
	6
<u>Einzelne Nennungen:</u> Stiftungen, Schülerpraktika, Rotes Kreuz, Verbände, Kinder- und Jugendgruppen, Networkarbeit, Unternehmensberatung, Blindenhilfswerk, Kinderhilfswerk, Christopheruswerk, Architekturforum, Prüfungsausschuss	

Im Engagementfeld „Sozialer Bereich“ (Tab. 3) zeigen sich vielfältige Partnerschaften mit kirchlichen Institutionen, Kinderhilfsorganisationen, sozialen Einrichtungen, Wohlfahrtsverbänden und Selbsthilfeinitiativen sowie mit Schulen,

Jugendgruppen, Kindereinrichtungen, aber auch Seniorenclubs, Seniorenheimen und Sozialstationen. Hinzu kommt die Zusammenarbeit mit Stiftungen und (kommunalen) Ämtern.

Tab. 3

<b>Kooperationspartner im Engagementfeld SOZIALER BEREICH</b>	
Behinderteneinrichtungen, Behindertenvereine (Behindertenwerkstatt, Blindenwerkstatt)	15
Kirche und kirchliche Institutionen	14
DRK	12
Kinderhilfsorganisationen (Kinderhilfswerk, SOS Kinderdorf, Verein für Krebskranke Kinder, Kinderschutz- bund)	7
Internationale Hilfsorganisationen (Aktion Mensch, Ärzte ohne Grenzen, Brot für die Welt, PLAN, UNICEF)	6
Altenheim	6
Selbsthilfegruppen (Patientengruppen, Hausbesuche z.B. Alzheimerpatienten)	5
Soziale Einrichtungen/ Initiativen (Drogenhilfe etc.), Sozialdienste, örtliche Krankenpflege, Sozialstation, Nachbarschaftshilfe	5
Diverse Wohlfahrtsverbände Caritas, Diakonie	4
Öffentliche Verwaltungsträger (Freiburger Personalkongress, Sozialamt, Arbeitsagentur, Wirtschaftsministerium B.-W., Städte, Kommunen, Agenda 21), Landkreis	10
Schulen oder andere Kindereinrichtungen, Jugendgruppen, Förderverein für Sprache	8
Stiftungen: Samariterstiftung, andere Stiftungen (Unfallopfer und medizinische Extremfälle, Hardt-Stiftung)	3
<u>Einzelne Nennungen:</u> Gewerkschaften, Nachbarschaftshilfe, Hospital, Hospiz, IHK, Unternehmens- berater, Krisenmanager, Motivationstrainer, Unternehmen, Vereine, Projektgruppe Wohnen/Wohnumfeld, Serviceclub zur Förderung der Frau, Volkshochschule, beschützende Werkstätten, Jugendreferat, "Freundeskreis Camphill", Gesundheitswesen, Volkshochschulen, "Lionsclub", Gräberfürsorge, Arminia	

Im Zusammenhang mit der Förderung von Kindergarten und Schule (Tab. 4) sind Kooperationen mit allen Schultypen und -trägern einbezogen, einschließlich der Unterstützung von Elternbeiräten, Lehrerkollegien und Fördervereinen.

Tab. 4

<b>Kooperationspartner im Engagementfeld SCHULE und/oder KINDERGARTEN</b>	
Schule	38
Kindergarten (staatliche und kirchliche) Elternbeirat, Lehrer und Schulleitern, Fördervereine Schule, Jugend-/ Kindergruppen (z.B. Kinderfußballverein, Theater für Kinder)	25
	8
<u>Einzelne Nennungen:</u> Kirchen und kirchliche Organisationen, Menschen für Menschen, IHK, Verkehrswacht, DRK, Vereine und Verbände, Bürgermeister, Unternehmer Club, Wirtschaftsjuniorinnen, Bund der Selbständigen, Handwerkskammer, Behindertenwerkstatt, Universitäten und Fachhochschulen, privater Hilfsfond, Kindergruppen	

Der Förderbereich Kultur (Tab. 5) bringt die Unternehmen in Verbindung mit Musik- und Gesangsvereinen, Musik- und Theatergruppen, Kunst- und Kulturvereinen, weiteren einschlägigen Vereinen und Verbänden sowie Musik- und Kunstschulen.

Tab. 5

<b>Kooperationspartner im Engagementfeld KULTUR</b>	
Musikverein / Gesangsverein	12
Musikgruppen, Bands, einzelne freie Künstler	8
Musikschule	7
Vereine	7
Theatergruppen, Laientheater, lokales Theater	5
staatliches Theater	5
Kunst-/ Kulturverein	3
Stiftung	3
Kulturförderkreis	2
Ausstellungen, Galerien	2
Musik-, Tanzsportverbände	2
Schule/ Kindergarten	3
andere Firmen	4
öffentliche Verwaltung	4
Behinderten/ Altenheime	2
<u>Einzelne Nennungen:</u> Heimatmuseum, Kloster Maulbronn, Klosterkirche, Kurverwaltung, Touristikinformation, Industrie- und Handelskammer, Verein Architekturforum, Türkisches Generalkonsulat, Deutsch-Türkisches Forum, Serviceclub zur wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Förderung	

Im Engagementfeld Gesundheit (Tab. 6) wird das koproductive Zusammenwirken von Unternehmen mit Ärztinnen und Ärzten, Krankenhäusern, Selbsthilfegrup-

pen, Sportvereinen, dem Roten Kreuz/Maltesern und Gesundheitsämtern sichtbar.

Tab. 6

<b>Kooperationspartner im Engagementfeld GESUNDHEIT</b>	
Ärzte- und Apothekervereinigungen (Ärzte und Zahnärzternetz, Arzneimittel, betriebsärztlicher Dienst, Leistungsanbieter aus dem Gesundheitswesen, Kassenärztliche Vereinigungen)	8
Selbsthilfegruppen	8
Gesundheitsamt, Regionale AG Gesundheit, Veterinäramt	
Sportvereine	6
Krankenhäuser	6
Behinderteneinrichtungen: Sehbehindertenhilfe Blindenwerkstatt Berlin-Brandenburg, Heim für Körperbehinderte	4
Rotes Kreuz, Malteser	
Volkshochschule, Schulen, Berufsschulen	4
Kirchliche Organisationen	3
	4
	2
<u>Einzelne Nennungen:</u> B.U.N.D, Flugrettung, Handwerksorganisationen, Suchtberatung; Radio, städtische Beratungsstelle, karitative Verbände, Ost-West-Zentrum HH, Landratsamt	

Im Rettungsdienst (Tab. 7) zeigt sich die Kooperation mit den zentralen Organisationen des Roten Kreuzes, den Maltesern und der Freiwilligen Feuerwehr sowie weiteren Rettungseinheiten.

Tab. 7

<b>Kooperationspartner im Engagementfeld UNFALL- oder RETTUNGSDIENST, FREIWILLIGE FEUERWEHR</b>	
DRK	12
Freiwillige Feuerwehr	10
Andere Rettungsstellen (z.B. DLRG, bundesweite Rettungsstellen, Deutsche Flugrettung)	7
Malteserhilfsdienst, ASB	2+2
<u>Einzelne Nennungen:</u> private Organisationen, Ortsverband, JUH, Schulen, Werkzeugbau, Klinikum, Vereine	

Im Bereich Umwelt, Natur- oder Tierschutz (Tab. 8) arbeiten Unternehmen zusammen mit Agendagruppen, Energiesparvereinen, aber auch mit dem Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (B.U.N.D) sowie dem Natur- und Umweltschutzbund (NABU), mit Greenpeace, Ökoinstituten oder Tierheimen und dem Tierschutzbund.

Tab. 8

<b>Kooperationspartner im Engagementfeld UMWELT, NATURSCHUTZ oder TIERSCHUTZ</b>	
Internationale Organisationen, i.e. Greenpeace, BUND, NABU	5 2+2
Tierschutzverein, Tierschutzbund, Tierheim	10
Verschiedene Vereine, Initiativen	3
Natur und Umweltschutzbund	3
Staatliche Behörden, städtische Fachabteilungen	8
Umweltfirmen, -institute	4

Das Engagementfeld Wissenschaft und Forschung (Tab. 9) bringt Unternehmen in Beziehung zu Fachhochschulen und Universitäten sowie den großen Forschungsinstitutionen der Fraunhofer-Gesellschaft und den Max-Planck-Instituten.

Tab. 9

<b>Kooperationspartner im Engagementfeld WISSENSCHAFT und FORSCHUNG</b>	
Fachhochschulen, Universitäten	11
<u>Einzelne Nennungen:</u> Fraunhofer Gesellschaft, Max-Plank-Gesellschaft, Wissenschaftsforum, Architektenkammer, freiberufliche Ingenieure, Berufsorganisationen, Innungen, Firmen (im Bereich Krebsforschung, Sicherheit, Medizin)	

Im Bereich Freizeit und Geselligkeit (Tab. 10) schließlich ergeben sich zahlreiche Schnittstellen zu örtlichen Vereinen und Verbänden, Bürger-, Jugend- und Seniorenvereinen, die sich die Gestaltung von Freizeit und Lebenswelt zum Ziel setzen.

Tab. 10

<b>Kooperationspartner im Engagementfeld FREIZEIT UND GESELLIGKEIT</b>	
Diverse örtliche Freizeitvereine und Verbände z. B. Gesangsverein, Jugendkulturverein, kulturelle Vereine, Vereine und Verbände, Gartenanlagen/ Geselligkeitsverein, verschiedene Vereine, Seniorenvereine, Bürgervereine, Fuß - Handball, Behindertenverband	20

---

Mit dem Begriff des sozialen Kapitals werden vornehmlich drei Dinge beschrieben: Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements, gelingende, auf Gegenseitigkeit beruhende Austauschverhältnisse und soziales Vertrauen. Der Beitrag zur Entstehung von Sozialkapital in der Gesellschaft und die Förderung von regionalen Netzwerken sind folglich von großer Bedeutung. Die Kooperationen der Unternehmen zeigen, dass sie diese bestehenden Netzwerke unterstützen und/oder zur Weiterentwicklung sozialer Netzwerke beitragen und soziales Kapital in der lokalen Gesellschaft als öffentliches Gut mehren. Es zeigt sich ein beeindruckendes Kooperationsgeflecht mit dem Geschehen in der Kommune durch die Anknüpfung an Lebens-, Familien- und Vereinszusammenhänge sowie Kindergarten und Schule. Dabei bilden sich Netzwerke zwischen Unternehmen und Initiativen aus. Unternehmen gehen in diesem Sinne viele Handlungszusammenhänge mit Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Initiativen ein. Sie sind „Netzwerker“ insofern, als sie sich bewusst mit Initiativstrukturen vor Ort in Verbindung setzen, also einen ausgeprägten lokalen Bezug haben zu Vereinen und Verbänden, Bürgerinitiativen und Selbsthilfegruppen und regionalen Netzwerken, gemeinnützigen Organisationen, Stiftungen und partiell auch Freiwilligenagenturen und Bürgerbüros (s. 5.16).



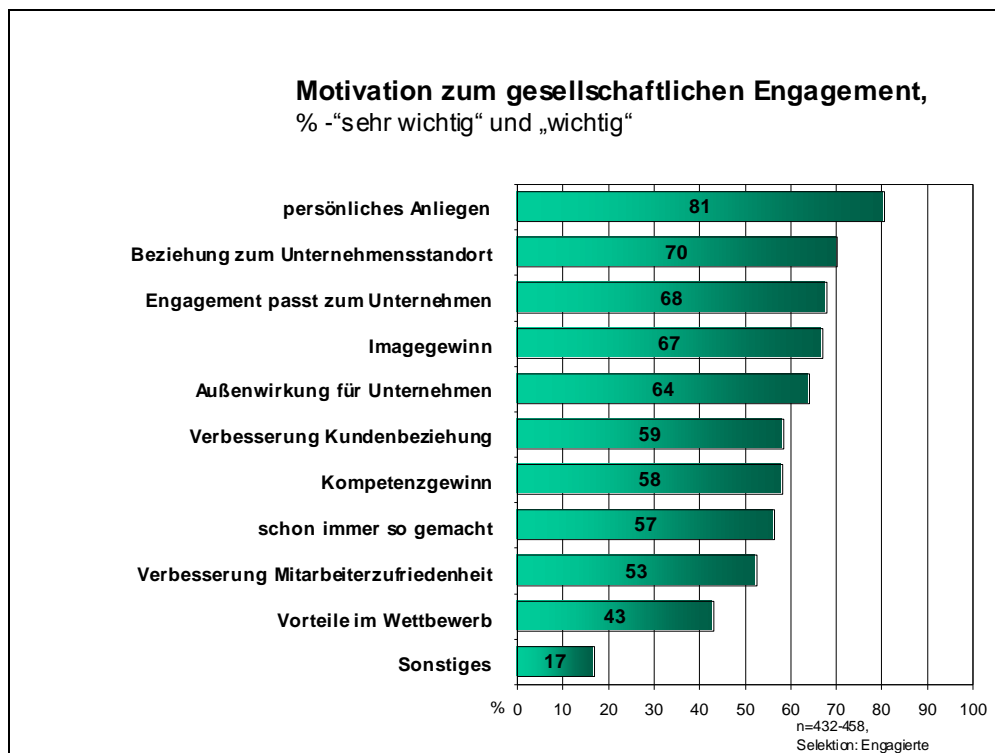
## 5.9 Motivation des Engagements

Es zeigt sich, dass bei den Motiven mit Abstand das persönliche Anliegen der Unternehmerin bzw. des Unternehmers dominiert (81%), gefolgt von dem Bemühen, gute Beziehungen zum Unternehmensstandort zu pflegen (70%) (Abb. 43). Auch die Übereinstimmung des Engagements mit den Unternehmenszielen (68%) spielt eine wichtige Rolle. Weiterhin bedeutsam ist der durch das unternehmerische Engagement zu erwartende Imagegewinn (67%) und die positive Außenwirkung (64%) sowie die Verbesserung der Kundenbeziehungen (59%). Mehr als jede zweite Unternehmerin und jeder zweite Unternehmer (58%) sieht mit den gesellschaftlichen Aktivitäten auch einen Kompetenzgewinn für sich und die Beschäftigten verbunden. 53% rechnen zudem mit einer Verbesserung der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterzufriedenheit.

Gegenüber diesen Motivbündeln erscheint der Grund, durch gesellschaftliches Engagement Wettbewerbsvorteile zu erzielen (43%), eher nachrangig. Nicht zu unterschätzen ist, dass bei mehr als der Hälfte der Unternehmen (57%) die gesellschaftlichen Aktivitäten eine Art Tradition oder Gewohnheit bilden, da geäußert wird, dass man das „immer schon so gemacht“ habe.

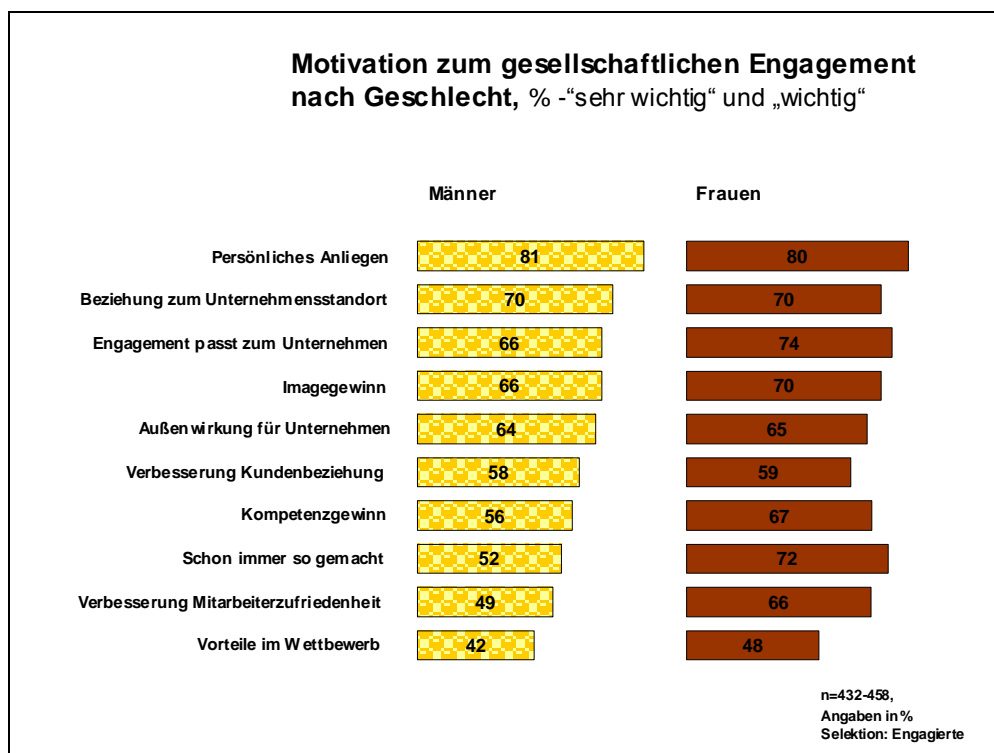
In diesen Motivkomplexen spielen folglich sowohl persönliche Gründe, die Kultivierung eines konstruktiv-kooperativen Verhältnisses zum Standort und Aspekte der Identifikation des Engagements mit dem Unternehmen sowie Image- und Kompetenzgewinn und Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterzufriedenheit eine wichtige Rolle. Objektiv weniger im Vordergrund steht die Intention, Vorteile im Wettbewerb zu erlangen. Das Engagement der befragten Unternehmen ist damit persönlich geprägt, gleichzeitig aber auch von dem Wissen gekennzeichnet, dass das Engagement wirtschaftliche Vorteile bringen kann.

Abb. 43



Bei der Unterscheidung nach Geschlecht (Abb. 44) ist festzustellen, dass Unternehmerinnen wichtiger ist, dass ihr Engagement zum Unternehmen passt (74%) und sie dies immer schon in dieser Weise praktiziert haben (72%). Des Weiteren verbinden Unternehmerinnen mit ihren Förderaktivitäten noch häufiger einen Kompetenzgewinn (67%) für sich bzw. die Beschäftigten und die Verbesserung der Zufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (66%) als ihre männlichen Kollegen. Insgesamt heben Frauen damit stärker auf betriebswirtschaftlich orientierte Motivationsgründe ab.

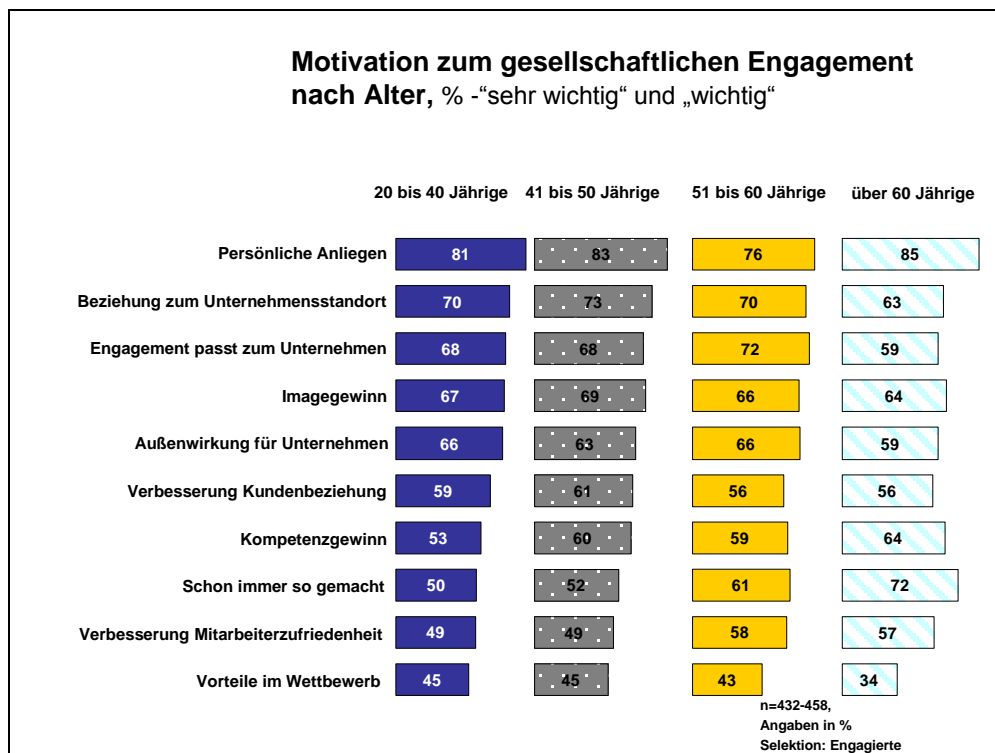
Abb. 44



Bei einer Unterscheidung nach Alter (Abb. 45) führt die Altersgruppe der über 60jährigen mit 85% am stärksten das persönliche Anliegen/Bedürfnis als Motiv für ihr Engagement ins Feld sowie den Grund, „immer schon so gehandelt zu haben“ (72%). Auch die Verbesserung der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterzufriedenheit ist für diese Altersgruppe (57%) und die Gruppe der 51-60jährigen (58%) stärker relevant als für die beiden jüngeren Altersgruppen der 41-50- und 20-40jährigen (je 49%). Die beiden jüngeren Altersgruppen betonen hingegen tendenziell stärker das Argument, durch ihre gesellschaftlichen Aktivitäten Vorteile im Wettbewerb zu erzielen (je 45%).

Es findet sich folglich eine jüngere Generation von Unternehmerinnen und Unternehmern, die stärker mit dem Wettbewerbsvorteil angesprochen werden kann – und diese Auffassung wird sich vermutlich verstärken. Gegenwärtig jedoch ist zu beachten, dass die Entscheidungen noch überwiegend von der älteren Altersgruppe mit anderem Mentalitätshintergrund getroffen werden. Diese unterschiedlichen Merkmalskombinationen bei Unternehmerinnen und Unternehmern spielen für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements eine wichtige Rolle.

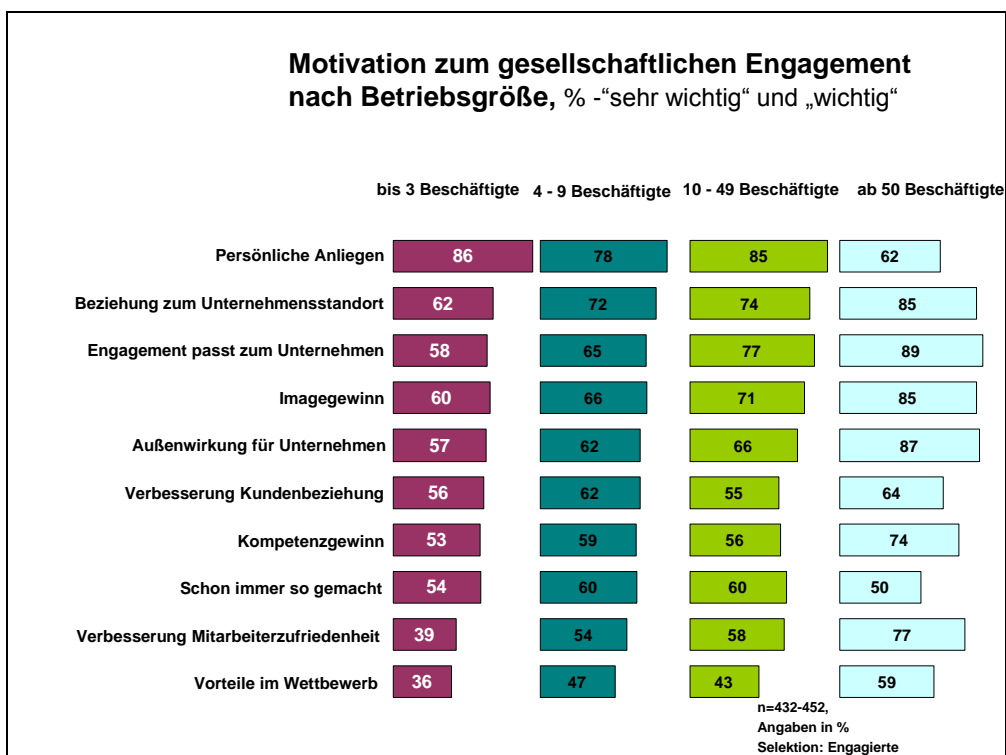
Abb. 45



Nach Betriebsgröße (Abb. 46) unterschieden zeigt sich, dass in nahezu allen Dimensionen die Motivation von großen Unternehmen ausgeprägter ist als bei den kleineren. Bei kleineren Betrieben steht lediglich das persönliche Anliegen stärker im Vordergrund als bei Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten (62%). In den großen Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten spielt deutlich häufiger die Übereinstimmung des Engagements mit der Unternehmensphilosophie oder den -zielen (89%), sowie die positive Außenwirkung (87%) und die Beziehung zum Unternehmensstandort (85%) und auch der Image-<sup>28</sup> (85%) und Kompetenzgewinn (74%) durch das bürgerschaftliche Engagement eine wichtige Rolle. Bei großen Betrieben findet sich folglich ein ausgeprägter Motivationsmix, der stärker auf die strategische Bedeutung von Corporate Citizenship verweist, aber auch darauf, dass die großen Betriebe stärker dem öffentlichen Druck und der Nachfrage nach Corporate Citizenship ausgesetzt sind. Bei kleineren Unternehmen scheint häufig die strategische Bedeutung von Corporate Citizenship noch nicht angekommen zu sein.

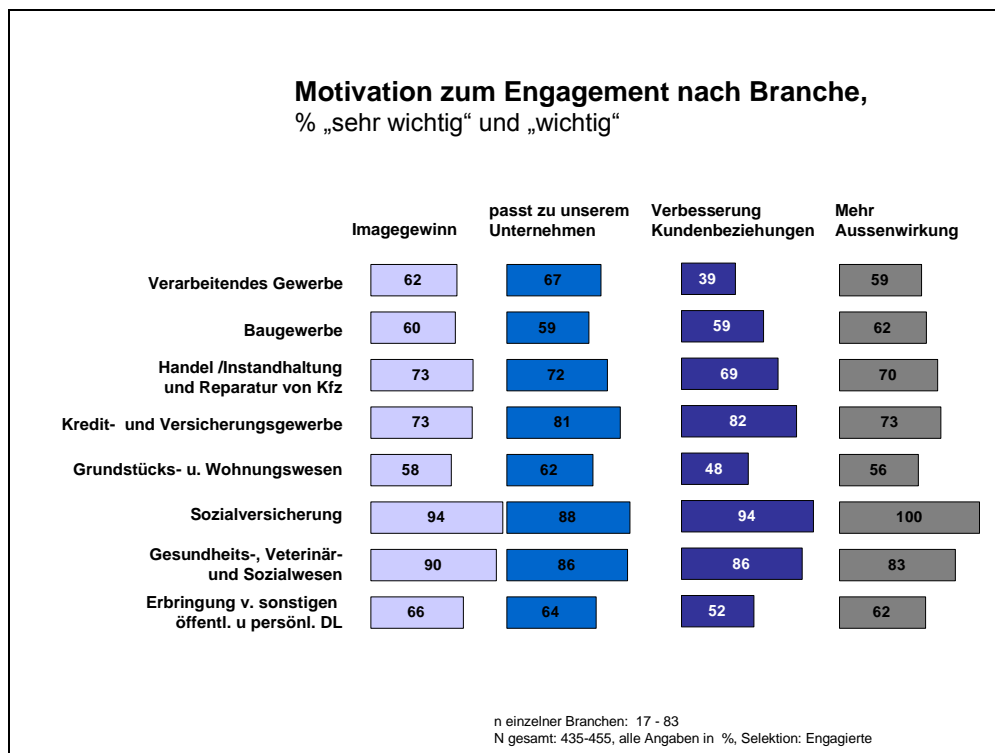
<sup>28</sup> Dies geht konform mit Untersuchungen des Instituts für Mittelstandsforschung, nach denen „Imageverbesserung“ eine wichtigere Rolle bei größeren Unternehmen spielt, während persönliche Motive und kundenbezogene Ziele bei kleinen und mittleren Unternehmen eine größere Rolle spielen (vgl. Weiss 2005).

Abb. 46



Deutliche Unterschiede ergeben sich bei einer Analyse der Motivationsbündel entlang der Wirtschaftszweige (Abb. 47). Hier wird sichtbar, dass insbesondere das Kredit- und Versicherungsgewerbe sowie das Soziale Sicherungswesen verstärkt den Imagegewinn (73% bzw. 94%) und die mit dem Engagement verbundene positive Außenwirkung (73% bzw. 100%) hervorheben. Die Sozialversicherungen führen darüber hinaus überdurchschnittlich an, dass das Engagement zu ihrem Unternehmen passt (88%) und mit ihm eine Verbesserung der Kundenbeziehungen (94%) einhergeht.

Abb. 47



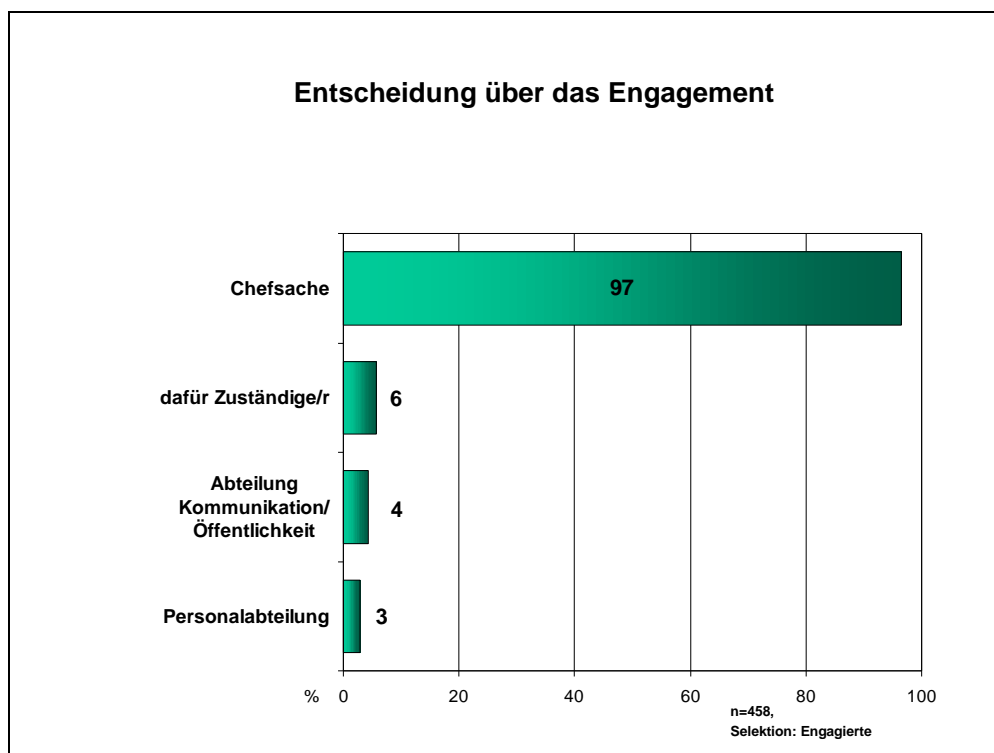
Die Ergebnisse zeigen, dass hier neben dem Motiv des „persönlichen Anliegen“ für größere Betriebe viele Dimensionen, wie insbesondere die Pflege der „Beziehung zum Unternehmensstandort“, wichtig sind. Dass sich damit auch die Bedingungen für unternehmerisches Handeln positiv verändern können, wird folglich eher von den größeren Betrieben und von den jüngeren Unternehmerinnen und Unternehmern mitgedacht.

### 5.10 Wer entscheidet im Unternehmen?

Die Entscheidung, ob und auf welchem Feld sich ein Unternehmen engagiert, erweist sich als Sache der Chefin oder des Chefs (Abb. 48): 97% der Befragten führen an, dass die Chefin bzw. der Chef darüber befinden. Nur in einem sehr geringen Ausmaß entscheidet die zuständige Mitarbeiterin bzw. der zuständige Mitarbeiter (6%) oder wird dies als Angelegenheit der PR-Abteilung (4%) oder Personalabteilung (3%) betrachtet. Bei größeren Unternehmen kommt die bzw. der zuständige Mitarbeiterin oder Mitarbeiter etwa aus der Abteilung Marketing/Vertrieb. Manche Unternehmerinnen und Unternehmer erwähnen auch, dass das Engagement mit den Angestellten besprochen wird.

Die Ergebnisse verdeutlichen jedoch, dass die persönliche Ansprache der Unternehmerin bzw. des Unternehmers hier der Schlüssel zum Erfolg sein dürfte.

Abb. 48



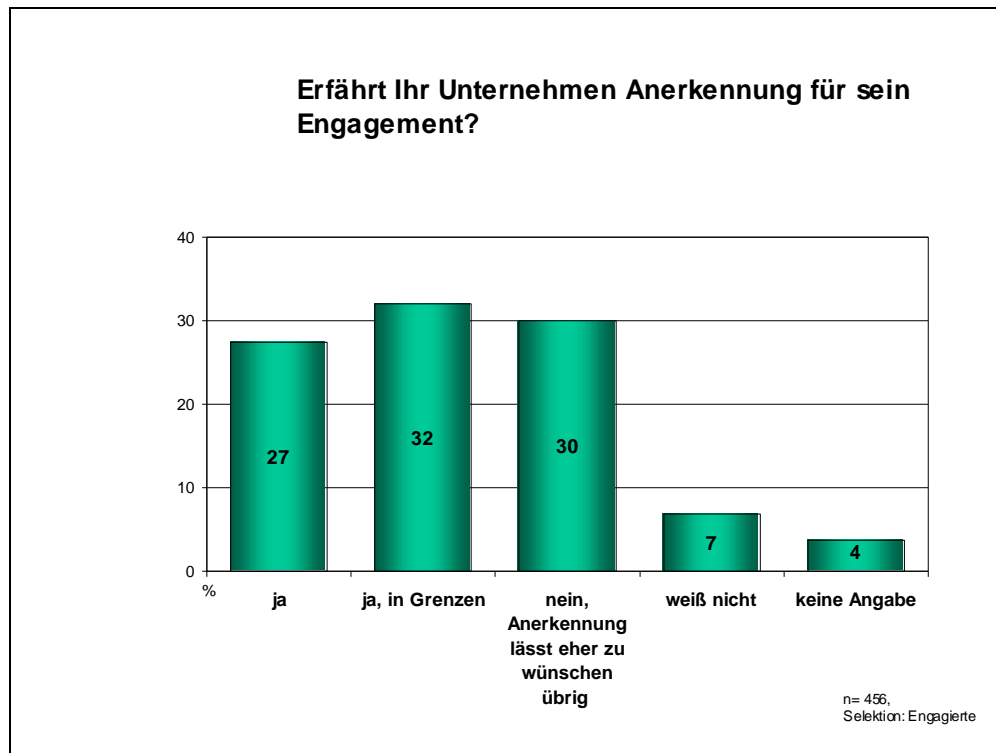
Geschlecht und Alter scheinen in diesem Zusammenhang keine Rolle zu spielen. Mit der Größe des Betriebes wird die Entscheidung auch stärker zur Angelegenheit spezifisch dafür beauftragter Beschäftigter oder der Personalabteilung bzw. der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit. So geben 23% der Großbetriebe an, einen/eine speziell dafür zuständige Mitarbeiterin bzw. zuständigen Mitarbeiter zu beauftragen. Zwar bleibt dennoch auch in Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten die Entscheidung über ein unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement zu 89% Sache der Chefin oder des Chefs, die entsprechende Quote liegt jedoch bei Betrieben bis 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei 98% (4-9: 98%; 10-49: 97%).

### 5.11 Anerkennung des unternehmerischen Engagements

Bei der Förderung von Corporate Citizenship durch Kampagnen ist wichtig zu wissen, in wie weit Unternehmen auf eine Anerkennung ihres Engagements Wert legen. Die Unternehmen wurden folglich gefragt, ob sie „eine gebührende Anerkennung“ erhalten. Die Antworten sind wenig einheitlich, die Unternehmen nehmen in ihrem sozialen Umfeld eine unterschiedliche Resonanz wahr (Abb. 49). Deutlich mehr als ein Viertel (27%) der Unternehmen ist der Ansicht, gebührend anerkannt zu werden. Demgegenüber empfindet rund ein Drittel (32%), dass ihm eine Anerkennung „in Grenzen“ widerfährt, und wiederum knapp ein Drittel (30%) äußert, dass die Anerkennung eher zu wünschen übrig ließe. In

diesem Zusammenhang ist zu überlegen, ob die Anerkennungsstrukturen für Unternehmen ausreichend sind – vor allem vor dem Hintergrund der Zahlen, die sich später für den Personenkreis ergeben, von dem die Unternehmen sich mehr Anerkennung ihres Engagements wünschen. Zunächst jedoch sollen die drei deutlich voneinander unterscheidbaren Angaben im Einzelnen näher analysiert werden.

Abb. 49



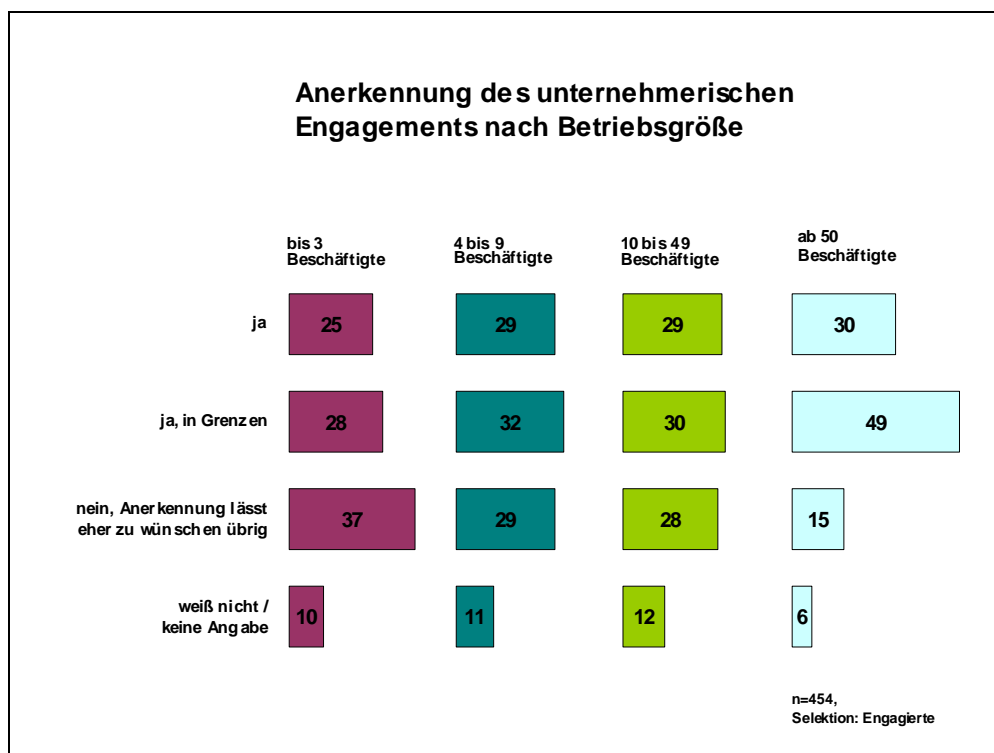
Unterschieden nach Geschlecht ist eine leichte Tendenz dahingehend festzustellen, dass Unternehmerinnen mit 34% etwas häufiger als Unternehmer (29%) die Ansicht äußern, dass die Anerkennung zu wünschen übrig ließe. Nach Altersgruppen zeigen sich keine nennenswerten Unterschiede. Dies interessiert vor dem Hintergrund, dass wir hinsichtlich der Motivation durchaus Unterschiede dahingehend finden, dass jüngere Unternehmerinnen und Unternehmer eher den ökonomischen Vorteil ihres Engagements im Blick haben, während sich hier zeigt, dass der Wunsch nach Anerkennung von der Altersgruppe unabhängig ist.

Bei Unterscheidung nach Betriebsgröße (Abb. 50) ergibt sich, dass größere Betriebe tendenziell zufriedener sind mit der Anerkennung, die ihr Engagement erfährt. Knapp ein Drittel (30%) äußert, dass es eine gebührende Anerkennung erfährt und noch die Hälfte (49%) meint, dass eine solche Anerkennung in gewissen Grenzen erfolgt. Bei den kleineren Betrieben sind diese Quoten



weniger ausgeprägt, und insbesondere Kleinbetriebe sind mit 37% deutlich häufiger der Ansicht, dass die Anerkennung zu wünschen übrig ließe.

Abb. 50



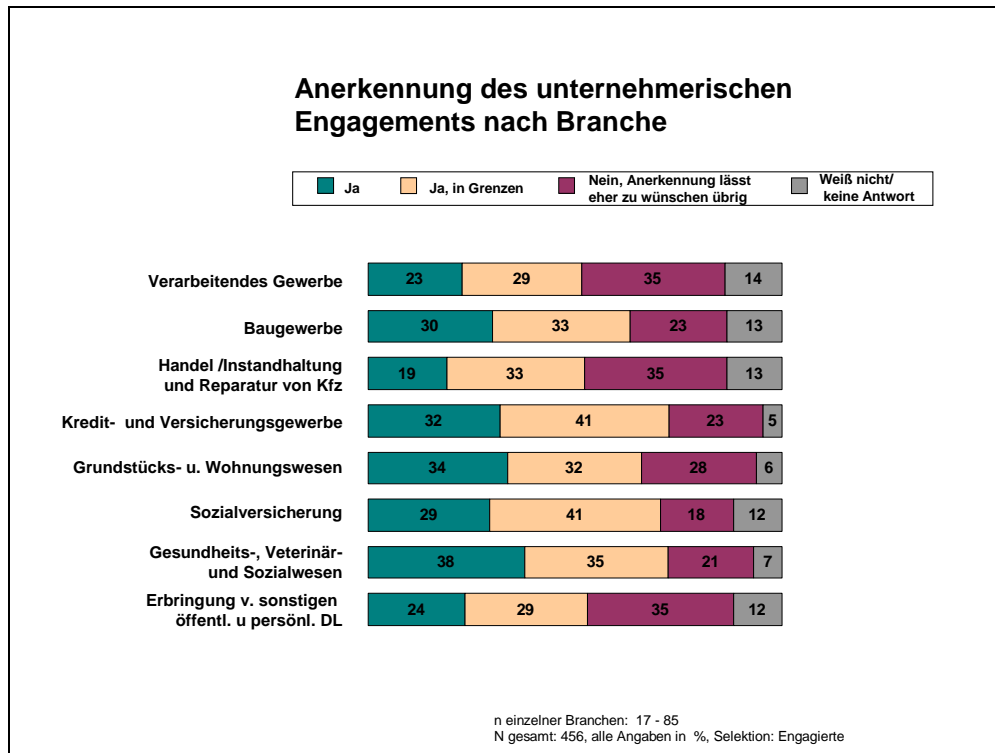
Nach Branchen unterschieden (Abb. 51) erscheint der Bedarf nach einer stärkeren Anerkennung insbesondere beim Verarbeitenden Gewerbe, bei Handel/Instandhaltung und Reparatur von KFZ sowie im Wirtschaftszweig Erbringung von öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen erwünscht. Zufriedener mit der erfahrenen Anerkennung zeigen sich hingegen das Gesundheits- und Sozialwesen (38%), das Grundstücks- und Wohnungswesen (34%), Kredit- und Versicherungsgewerbe (32%) und das Baugewerbe (30%).

Detailanalysen ergeben, dass von den Unternehmen, die ihr Engagement bekannt machen, nur jedes fünfte (23%) nicht mit der erfahrenen Anerkennung zufrieden ist. Dagegen ist bei den Unternehmen, die ihr Engagement nicht bekannt machen, nahezu jedes Zweite (45%) der Ansicht, dass eher zu wenig Anerkennung erfolge. Der positive Zusammenhang zwischen Öffentlichkeitsarbeit und erfahrener Anerkennung zeigt sich auch in einem errechneten Korrelationskoeffizienten von  $r=0.23^{**29}$ .

<sup>29</sup> Der Korrelationskoeffizient „r“ beschreibt als ein statischer Kennwert die Stärke und Richtung eines Zusammenhangs zwischen zwei Variablen. Der Wertebereich liegt zwischen „-1,0“ (perfekte negative Korrelation) und „+1,0“ (perfekte positive Korrelation). Je näher der numerische Wert eines Korrelationskoeffizienten bei einem der beiden Extreme (+1,0 oder -1,0) liegt, desto stärker ist der Zusammenhang zwischen zwei Variablen.

Dies bedeutet, dass die Zufriedenheit der Unternehmen mit der öffentlichen Anerkennung in dem Maße steigt, in dem das Unternehmen selbst Öffentlichkeitsarbeit betreibt.

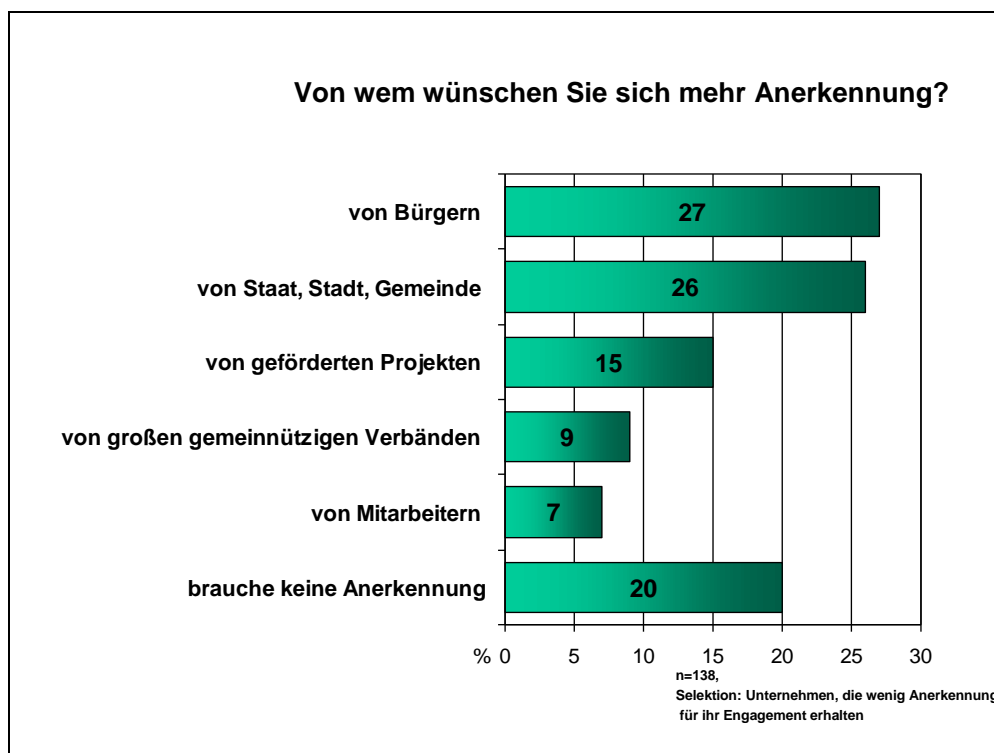
Abb. 51



Bei mangelnder Anerkennung des unternehmerischen Engagements wurde nachgefragt, von welcher Seite sich die Unternehmen mehr Anerkennung wünschen. Eine größere Wertschätzung für unternehmerisches Engagement wird sowohl von Seiten der Bürgerinnen und Bürger (27%) erwartet (Abb. 52) als auch vom Staat, der Stadt oder der Gemeinde, in der das Unternehmen angesiedelt ist (26%). Es besteht hingegen deutlich weniger Anlass, Anerkennung bei den geförderten Projekten (15%) oder von den eigenen Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern (7%) im Unternehmen einzufordern.

Weiterhin zeigt sich bei den Betrieben, die Anerkennung vermissen, eine schwache Tendenz dahingehend, dass sich kleinere Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten etwas häufiger Anerkennung seitens der Bürgerinnen und Bürger sowie des Staates/der Kommune wünschen (26%, 27%) als Großbetriebe mit mehr als 50 Beschäftigten (25%, 1%). Offensichtlich sind die kleineren Betriebe noch stärker auf lokale Integration und Akzeptanz angewiesen als größere bzw. die größeren Unternehmen werden in der Tendenz (bereits) mehr von den Kommunen hofiert als die kleineren.

Abb. 52



Jene Unternehmen, die angeben, dass sie positive Resonanz erfahren, antworten auf Nachfrage, dass sie insbesondere aus dem Kreis der unterstützten Institutionen und seitens der Bürgerinnen und Bürger wie der Öffentlichkeit und durch öffentliche Berichterstattung (Presse) Anerkennung erfahren. Darüber hinaus bekommen sie diese auch von ihren Beschäftigten, den Kundinnen und Kunden, aber auch von Bekannten, Geschäftskolleginnen und Geschäftskollegen sowie Kammern und Innungen. Mit Blick auf Staat, Stadt und Gemeinde findet aus Sicht der Unternehmen Anerkennung auch darin Ausdruck, wenn „die Ämter“ und Fachressorts dem Unternehmensengagement mehr Beachtung schenken, Bürokratie abgebaut wird, Politikvertreterinnen und Politikvertreter das Engagement thematisieren und die Gemeinde im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf das unternehmerische Engagement hinweist. Anerkennung heißt für einige Betriebe, dass die Bürgerinnen und Bürger oder der Staat den Unternehmen mehr Vertrauen entgegenbringen bzw. die Akzeptanz von Unternehmen in der Gesellschaft erhöht und die Gesamtleistung von Unternehmen (mehr) beachtet wird.

Allerdings gibt es auch einen Kreis von Unternehmen (20%), die sich „gar keine Anerkennung“ wünschen: Hier handelt es sich insbesondere um ältere Unternehmer ab 60 Jahre (32%). Dieses Phänomen, das sich im Bereich Corporate Citizenship verschiedentlich findet, kann unterschiedlich motiviert sein.

---

Zum einen gibt es Unternehmen, die grundsätzlich fürchten, dass die Veröffentlichung ihres Engagements zu einer Flut von weiteren Anfragen seitens sozialer Einrichtungen führen könnte, vor der sie sich schützen möchten.<sup>30</sup> Darüber hinaus wurde eine starke Zurückhaltung bei der Veröffentlichung kultureller Förderung bei österreichischen Unternehmen festgestellt.<sup>31</sup> Bei diesen Ergebnissen und vor dem Hintergrund der Zielgruppe der über 60jährigen Männer lässt sich vermuten, dass es hier um ein stark persönlich motiviertes Engagement geht, das seine Befriedigung in der Akzeptanz der Zielgruppen findet, bei der eine größere Öffentlichkeit stören würde. Ähnliches lässt sich hinsichtlich der Veröffentlichung von Engagement beobachten.

## **5.12 Zukünftiges Engagement**

Für die Förderung von Corporate Citizenship ist es wichtig, die zukünftige Engagementplanung von Unternehmen einschätzen zu können. Hier ist einerseits das Maß des steten unternehmerischen gesellschaftlichen Engagements von Interesse, aber auch die Ausweitung auf neue Engagementfelder, die ein Unternehmen ins Auge fasst. Ein Blick auf die Antworten der Unternehmen zeigt, dass aus der Initiative der Unternehmen heraus wenig Veränderung zu erwarten ist: Rund drei Viertel (74%) möchten die gegenwärtigen Aktivitäten im bisherigen Umfang beibehalten (Abb. 53), während fast jedes zehnte Unternehmen (9%) diese vergrößern und 12% ihre Förderaktivitäten reduzieren will. Weitere 3% möchten sie ganz aufgeben. Auch die Zielausrichtung planen die Unternehmen beizubehalten. 89% der Unternehmen erklären, dass sie in den bisherigen Bereichen ihre Förderaktivitäten fortsetzen wollen, während 7% (z. T. zusätzlich) auch in anderen Engagementfeldern tätig werden wollen. Die von den Unternehmen genannten „neuen“ Bereiche umfassen wiederum das bisher schon bekannte Engagementspektrum der Unternehmen. Aus der Perspektive der Projekte, die Unterstützung erfahren, lässt dies andererseits auch auf eine gewisse Verlässlichkeit des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements schließen.

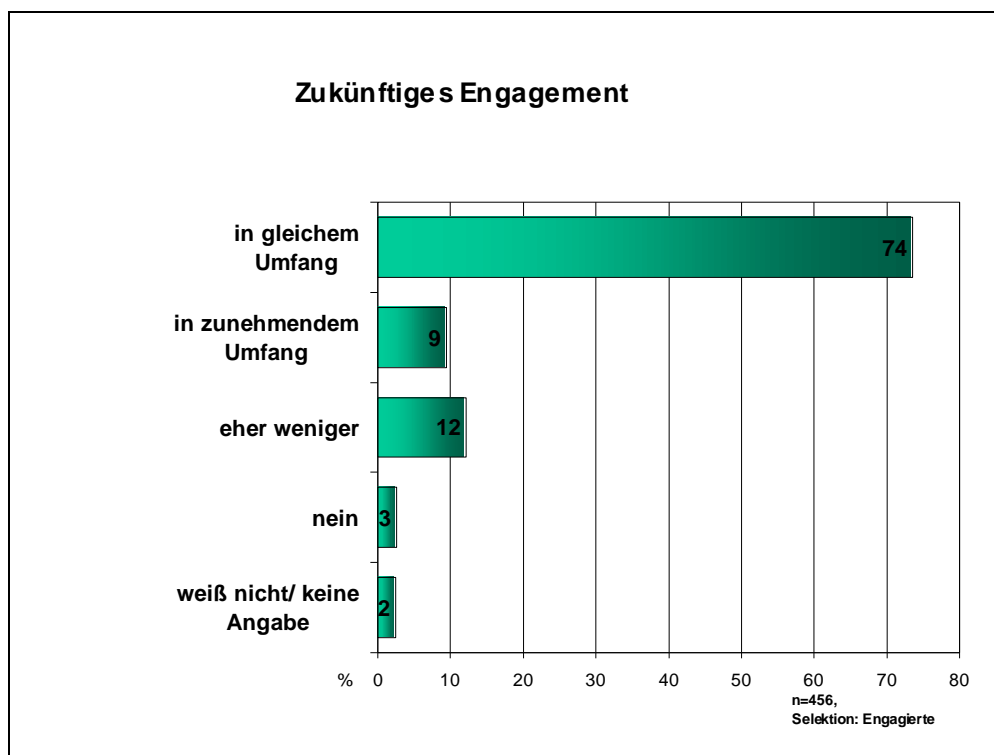
Bei den wenigen Betrieben, die angeben, sich nicht mehr engagieren zu wollen, spielen die schlechte Wirtschaftslage und damit einhergehend die betriebliche Finanzsituation die wichtigste Rolle.

---

<sup>30</sup> Klie/Wegner/Stemmer 2006

<sup>31</sup> Kallfaß 2006

Abb. 53



Es zeigt sich, dass die Unternehmerinnen mit 14% sich etwas häufiger vorstellen können, ihr Engagement auszuweiten als die Unternehmer (8%). Nach Alter unterschieden wird deutlich, dass die älteste Altersgruppe der über 60jährigen Unternehmerinnen und Unternehmer mit 28% deutlich häufiger als die anderen Jahrgänge erklären, sich künftig eher weniger engagieren zu wollen.

Ein weniger einheitliches Bild ergibt sich bei Betrachtung der Antworten der jüngsten Unternehmergruppe zwischen 20-40 Jahren: Zwei Drittel (66%) beabsichtigen, ihre Förderaktivitäten in gleichem Umfang fortzusetzen, 15% möchten diese sogar noch intensivieren, und 13% sehen sich künftig eher weniger in solche Aktivitäten involviert. Vom Alter her gesehen gehen Kontinuitätseffekte damit am stärksten von den beiden mittleren Altersgruppen aus, die zu 80% erklären, ihre Förderaktivitäten in gleichem Umfang fortzuführen zu wollen.

Nach Betriebsgröße unterschieden ist zu konstatieren, dass kleinere Betriebe bis zu 3 Beschäftigten (16%) häufiger angeben, sich zukünftig „eher weniger“ zu engagieren als solche mit 4 bis 9 (12%), 10 bis 49 (8%) oder 50 und mehr Beschäftigten (4%). 83% des größten Betriebstyps, rund 75% der beiden mittleren Betriebsgrößen und rund zwei Drittel (65%) der kleinen Betriebe möchten ihr Engagement in gleichem Umfang fortsetzen. Die größeren Betriebe sehen sich also mit höherer Gewissheit als die kleineren in der Lage, ihr

---

zukünftiges unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement unverändert weiterzuführen.

Mit Blick auf die Antworten der unterschiedlichen Wirtschaftszweige vermeldet das Baugewerbe mit 18% etwas überdurchschnittlich, dass es sich künftig eher weniger engagieren wird, hingegen kündigt das Kredit- und Versicherungsgewerbe mit 30% ebenfalls überdurchschnittlich an, sich künftig zunehmend freiwillig engagieren zu wollen. Im Baugewerbe stehen hier sicher wirtschaftliche Probleme im Vordergrund, während bei den Banken und Versicherungen es eher wahrscheinlich ist, dass sie in der Öffentlichkeit mit einem guten Image das Einzelkundengeschäft im Blick haben.

### **5.13 Der Zusammenhang von Engagement und Umsatzentwicklung**

Jedes zweite Unternehmen (50%) erwartet für 2006 gleich bleibende Umsätze, mehr als jedes vierte (28%) geht davon aus, dass diese steigen werden und rund jedes fünfte (22%) rechnet mit fallenden Umsätzen.

Eindeutige Zusammenhänge ergeben sich nach Betriebsgröße (Abb. 54) dahingehend, dass mit zunehmender Beschäftigtenzahl für das nächste Jahr auch ein steigender Umsatz erwartet wird. Von Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten versprechen sich 41% steigende Umsätze, die entsprechende Quote liegt bei den Kleinbetrieben bis 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei 24%. Umgekehrt rechnen Kleinbetriebe mit 26% weit häufiger mit fallenden Umsätzen als Betriebe ab 50 Beschäftigten (8%). Nach Branchen (Abb. 55) unterschieden werden steigende Umsätze überdurchschnittlich erwartet im Grundstücks- und Wohnungswesen (41%), Kredit- und Versicherungsgewerbe (36%), im Verarbeitenden Gewerbe (32%) und beim Wirtschaftszweig Erbringung sonstiger öffentlicher und persönlicher Dienstleistungen (31%). Gleich bleibende Umsätze werden vor allem bei den Sozialversicherungen (67%) und im Baugewerbe (62%) erwartet.

Abb. 54

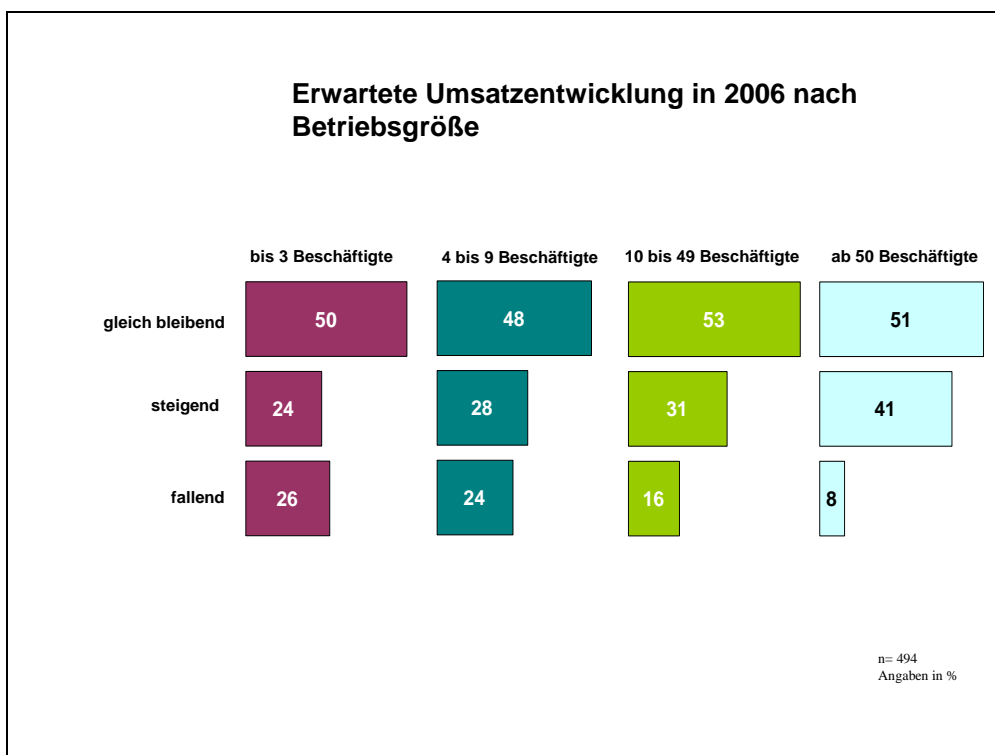
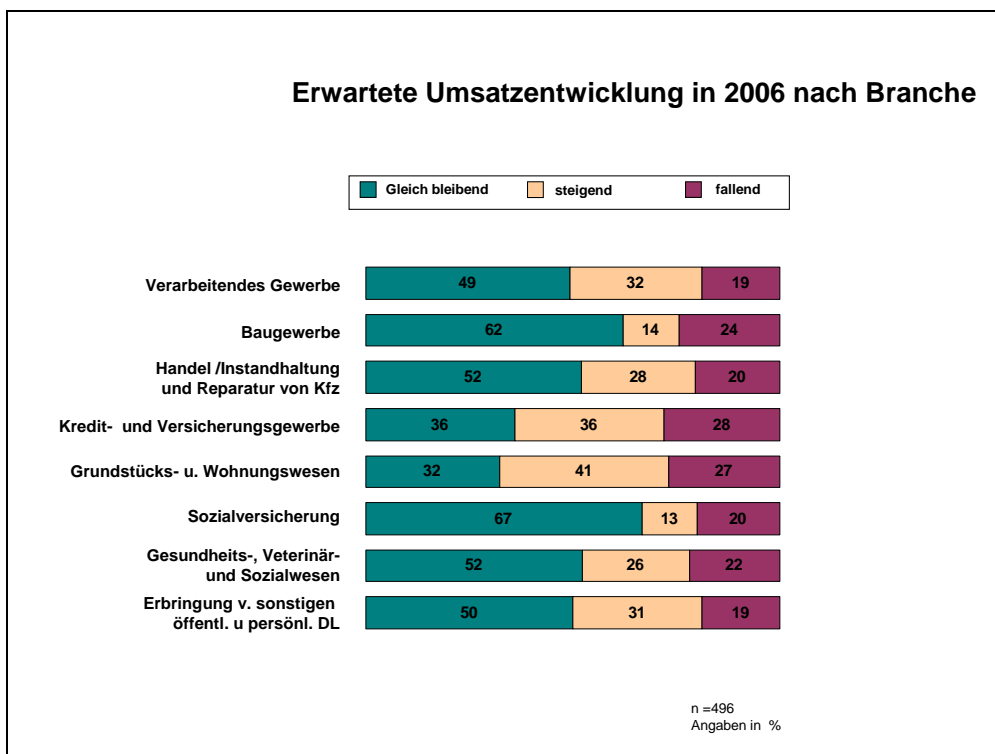


Abb. 55

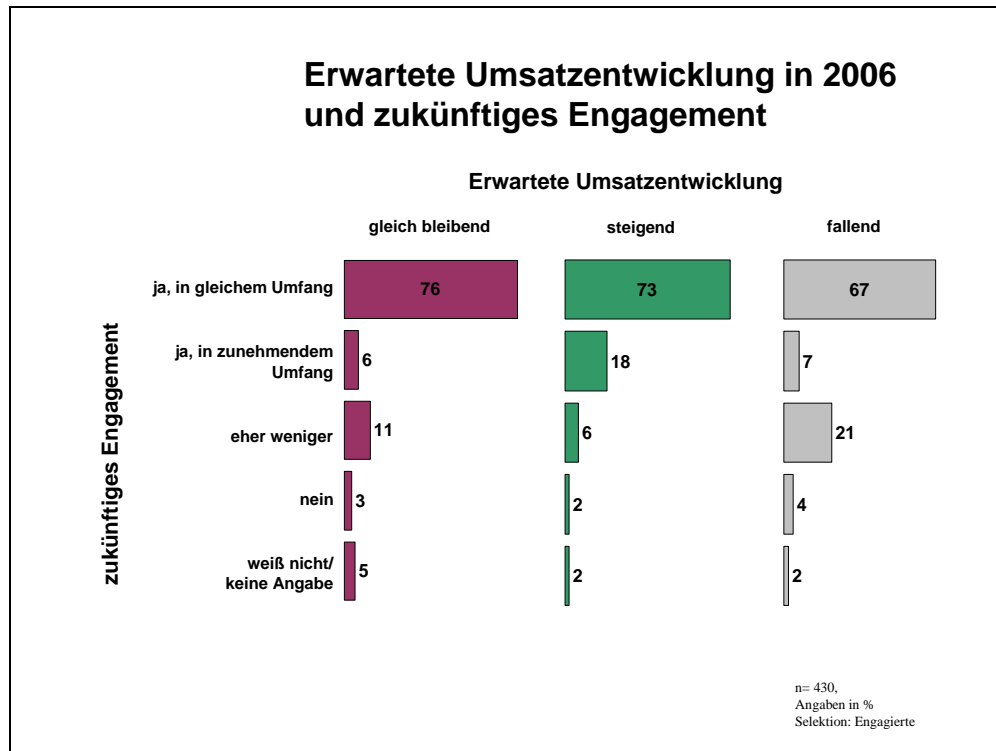


Eine eingehendere Analyse zeigt, dass das gesellschaftliche Engagement der Unternehmen offensichtlich vom (erwarteten) Umsatz abhängig ist. Von den Unternehmen, die für 2006 eine steigende Umsatzentwicklung erwarten (Abb.

56), beabsichtigen 73% ihre Förderaktivitäten in gleichem Umfang aufrechtzuerhalten und mit 18% überdurchschnittlich viele, dass sie zunehmend engagiert sein werden. Andererseits erklären Unternehmen, die fallende Umsätze für 2006 erwarten, nur zu 67%, dass ihre Förderaktivitäten gleich bleiben werden, und 21% steuern auf einen Rückgang ihrer Corporate-Citizenship-Aktivitäten hin. Bei abnehmenden Umsätzen wird gesellschaftliches Engagement also reduziert, bei steigenden Umsätzen keineswegs automatisch, aber zumindest der Tendenz nach bisweilen auch erweitert. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Branche bei erwartbaren sinkenden Umsätzen dennoch ihr gesellschaftliches Engagement erhöht, ist sehr gering.

Diese Verfahrensweise von Unternehmen verdeutlicht, dass Corporate Citizenship eher als Kostenfaktor und nicht als Gewinn oder gewinnförderlich für das Unternehmen angesehen und eingeplant wird. Das liegt daran, dass in vielen Fällen eher ein Mäzenatentum angestrebt und der strategisch-ökonomische Nutzen oft weder gesehen noch genutzt wird.

Abb. 56

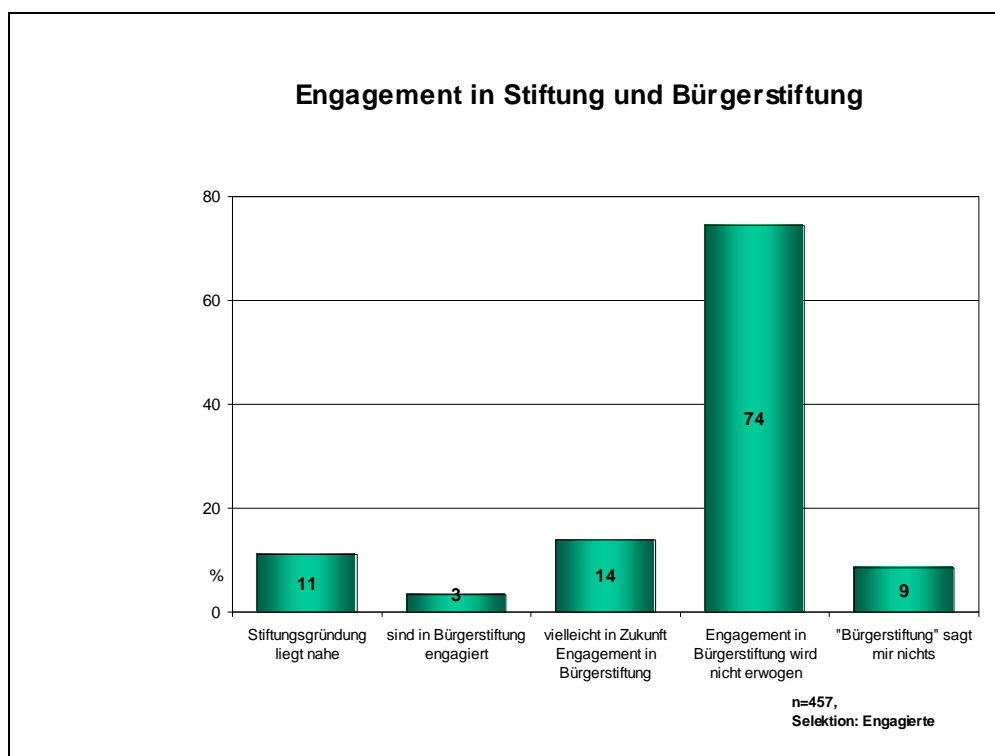




### 5.14 Engagement in Stiftungen und Bürgerstiftungen

Stiftungen und auch Bürgerstiftungen, bei denen Unternehmen mitstiften, sind ein Instrument des Corporate Citizenship. Im Rahmen der Untersuchung wurde deshalb auch die Frage gestellt, in wie weit Unternehmen erwägen, eine Stiftung zu gründen bzw. sich in einer Bürgerstiftung zu engagieren. Es zeigte sich (Abb. 57), dass sich jedes zehnte (11%) Unternehmen vorstellen könnte, eine solche Stiftung zu gründen. 3% der Unternehmen sind bereits in einer Bürgerstiftung aktiv, und jedes siebte (14%) erwägt, dies eventuell künftig zu tun. 9% der Unternehmen kennt den Begriff Bürgerstiftung nicht.

Abb. 54



Von den Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten kann sich jeder Fünfte (21%) vorstellen, eine Stiftung zu gründen. Bei den mittleren Unternehmen mit 4-9 bzw. 10-49 Beschäftigten ist es jedes zehnte (10% bzw. 11%) und bei kleineren Unternehmen bis 3 Beschäftigte sind es 9%. Angesichts der langfristigen Bindung und des Engagementumfangs einer Stiftung sind diese Zahlen überraschend hoch, auch wenn man berücksichtigt, dass der Staat vor einigen Jahren die Stiftungsgründung durch Neuregelungen attraktiver gemacht hat.

---

Was das Engagement in einer Bürgerstiftung betrifft, zeigt sich jedes zehnte (10%) der großen Unternehmen bereits entsprechend engagiert. Die Quote für die anderen Betriebsgrößen liegt bei rund 3%.

### **5.15 Anstoß für zusätzliches Engagement**

Die Frage, unter welchen Bedingungen sich Unternehmen noch intensiver engagieren würden, wird von diesen recht eindeutig beantwortet (Abb. 58). Zwei Drittel (66%) sehen in einer besseren Wirtschaftslage einen Anstoß für mehr unternehmerisches Engagement, und für knapp die Hälfte (45%) der Unternehmen würden steuerliche Anreize als Triebfeder wirken. Diese Antworten deuten darauf hin, dass eine florierende Wirtschaft auch das bürgerschaftliche Engagement der Unternehmen beleben dürfte. Dagegen stehen die Zahlen aus Abb. 56, die belegen, dass ein steigender Umsatz nicht notwendig mit einer Ausweitung des Engagements korreliert. Eine Brücke zu mehr Engagement stellen aber auch – wie bei den Fragen zu den Motiven schon zutage gefördert werden konnte – persönliche Erfahrungen und Begegnungen dar, die für mehr als ein Drittel (38%) der Unternehmerinnen und Unternehmer impulsgebend sein können. Als weitere Einflussgrößen erscheinen die Messbarkeit der Wirkung des Engagements (27%) sowie die größere gesellschaftliche Anerkennung (23%) des unternehmerischen Engagements. Es ist zu erwarten, dass Untersuchungen zur Wirkung des Engagements als Argumentationsgrundlage notwendig werden, da die jüngeren Unternehmer mit einem weniger emotional geprägten Motivationshintergrund durch einen Beleg der Nützlichkeit des Engagements auch für ihr Unternehmen sicher vom Konzept des Corporate Citizenship überzeugt werden könnten. Insgesamt zeigt sich jedoch eine Bandbreite an möglichen Einflüssen, die die Relevanzeinschätzungen von Unternehmen über positive Rahmenbedingungen für Engagement recht anschaulich sichtbar macht. In diesen Relevanzeinschätzungen sind sich die unterschiedlichen Altersgruppen weitgehend einig (Abb. 59). Offensichtlich jedoch würde die jüngste Altersgruppe der 20-40jährigen mit 52% deutlich stärker auf steuerliche Anreize ansprechen als die anderen Altersgruppen, was ihrem etwas „rationaleren“ Engagementhintergrund entspricht. Bei Unterscheidung nach Geschlecht (Abb. 60) zeigt sich bei den Unternehmerinnen eine etwas stärkere Abhängigkeit des Engagements von der Wirtschaftslage (71%) und von steuerlichen Anreizen (51%).

Abb. 58

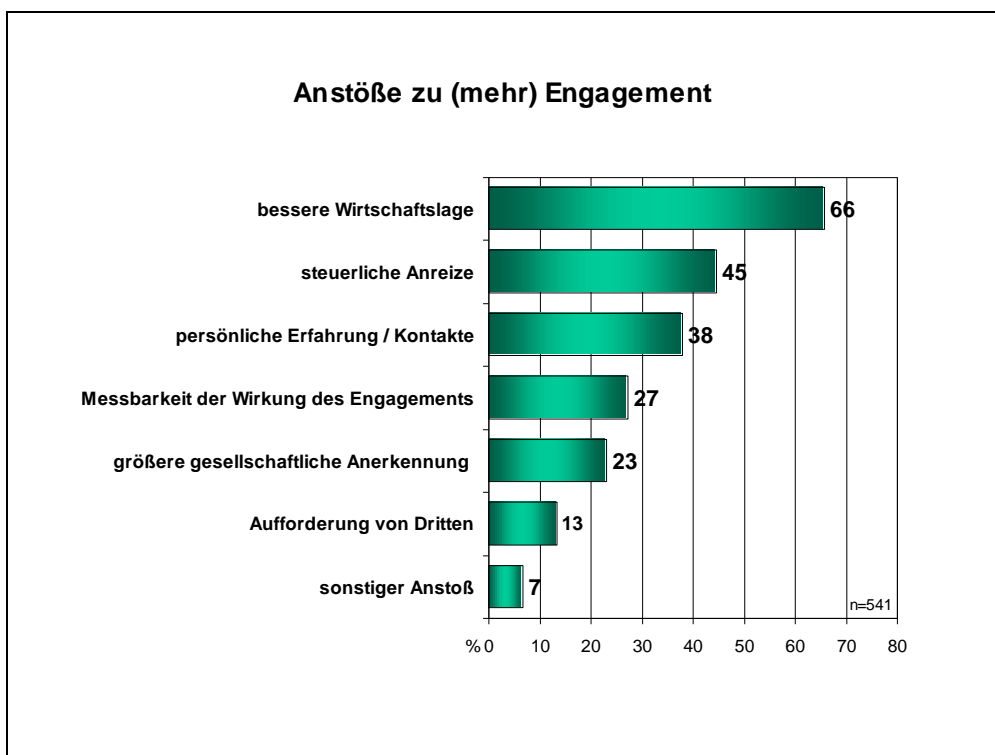


Abb. 59

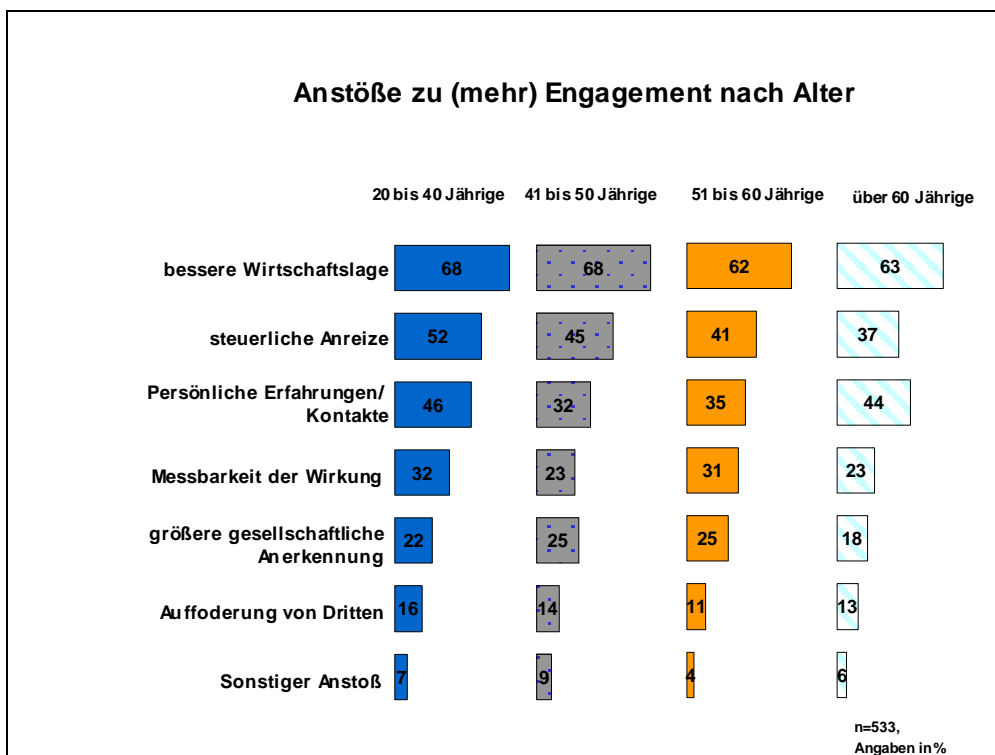
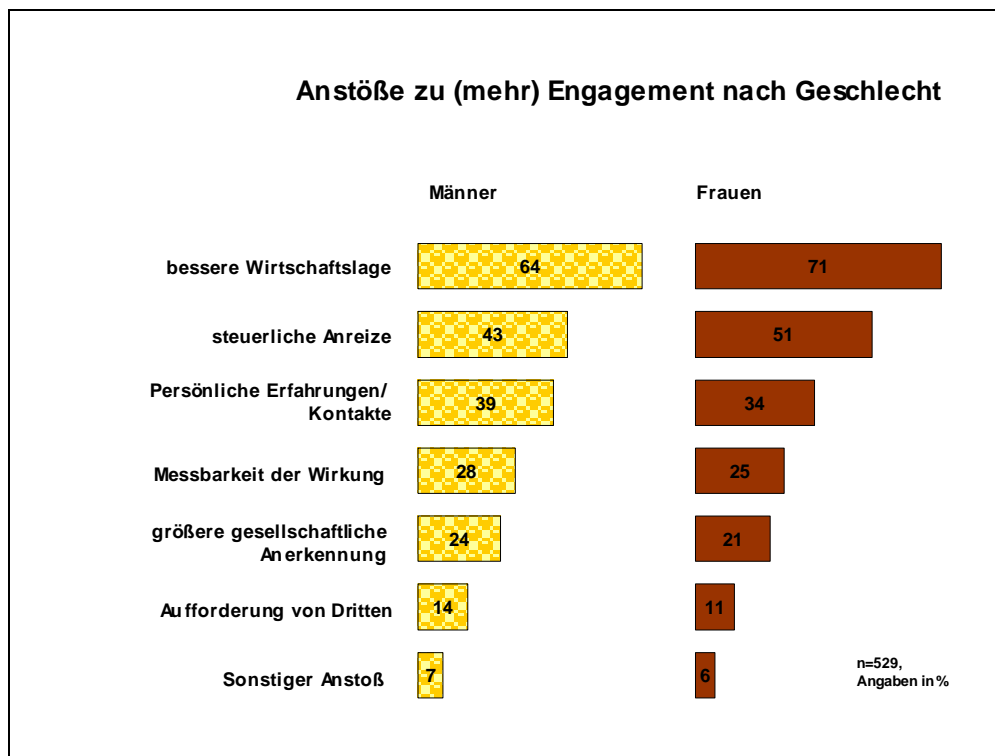
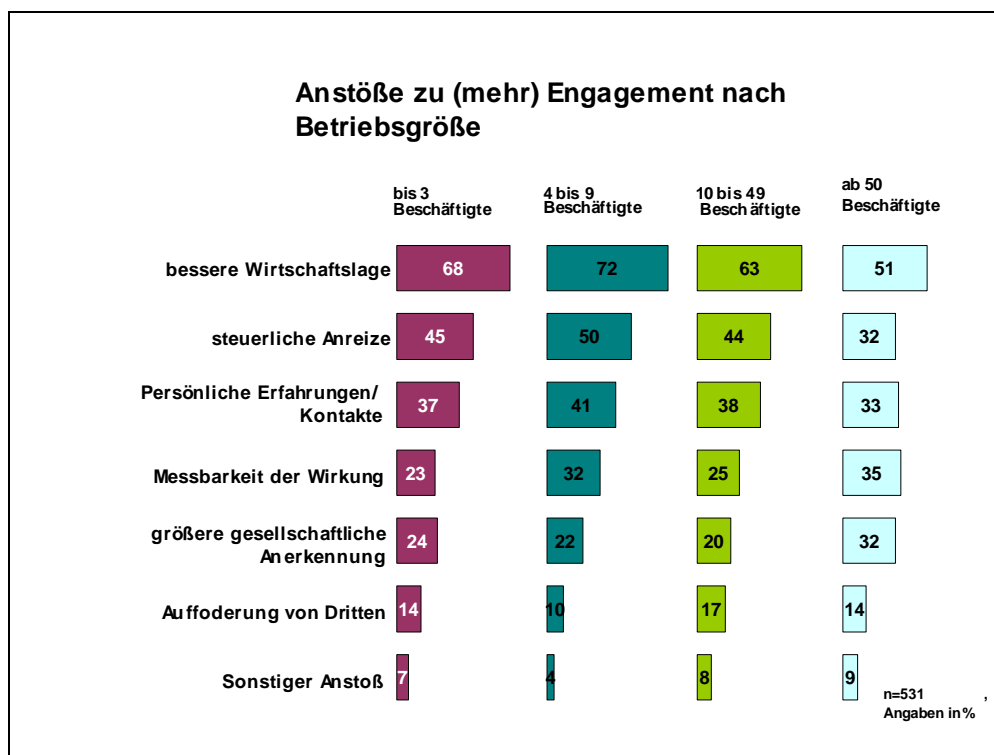


Abb. 60



Weiterhin zeigt sich, dass kleinere Unternehmen ihr Engagement stärker von der Wirtschaftslage abhängig machen als solche mit großer Beschäftigtenzahl (Abb. 61): Während mehr als zwei Drittel der Betriebe mit bis zu drei (68%) bzw. 4-9 (72%) Beschäftigten eine bessere Wirtschaftslage als engagementförderlich ansehen, ist dies bei Betrieben mit 10-49 bzw. 50 und mehr Beschäftigten nur zu 63% bzw. 51% der Fall. Die kleineren Betriebe zeigen sich auch für steuerliche Anreize empfänglicher – rund 45% sehen in solchen Anreizen einen Anstoß für mehr Engagement – als Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten (32%). Gerade bei den größeren Betrieben ist auch die Messbarkeit der Wirkung des Engagements ein entscheidender Faktor. Dies ist bislang nicht ausreichend erforscht worden und sollte in der Zukunft bei einer Förderpolitik von unternehmerischem bürgerschaftlichen Engagement unbedingt berücksichtigt werden.

Abb. 61



### 5.16 Kooperation mit Bürgerbüros, Freiwilligenagenturen

Der Aufbau von Bürgerbüros bzw. örtlichen Anlaufstellen für Bürgerengagement in den Kommunen ist ein zentraler Baustein der Förderungspolitik des bürgerschaftlichen Engagements durch die Landesregierung Baden-Württemberg und im speziellen der Stabsstelle Bürgerengagement und Freiwilligendienste im Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes. Da diese Stellen potenzielle Förderer von Corporate-Citizenship-Projekten sind, war im Rahmen dieser Studie auch von Interesse, ob Unternehmen solche örtlichen Anlaufstellen für Bürgerengagement kennen und ggf. mit ihnen bei ihren Förderaktivitäten bereits kooperieren.

Den Antworten ist zu entnehmen, dass tatsächlich über ein Viertel (29%) der Unternehmen von solchen Bürgerbüros, Freiwilligenagenturen oder örtlichen Anlaufstellen für Bürgerengagement gehört haben (Abb. 62). Von den 148 Unternehmen, die solche Einrichtungen kennen, haben jedoch nur 6% eine solche Organisation bei den eigenen unternehmerischen Aktivitäten eingeschaltet.

Eine Analyse der offenen Antworten zeigt, dass die Unternehmen den Begriff des Bürgerbüros oder der örtlichen Anlaufstellen für Bürgerengagement recht weit

interpretieren (Abb. 63). Unter den Unternehmen, die bejaht haben, Bürgerbüros zu kennen, verstehen 77% darunter, was im eigentlichen Sinne gemeint ist. 13% fassen auch Arbeitsgruppen oder Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften unter diese Oberbegriffe, und ein Teil der Unternehmen identifiziert Kirchen oder Wohlfahrtsverbände als Bürgerbüros oder Bürgerstiftungen. Hier ist weitere Information und Vernetzung notwendig, was durch die Stabsstelle mit ihrem Förderprogramm Unternehmen BE bereits angestoßen wurde.

Abb. 62

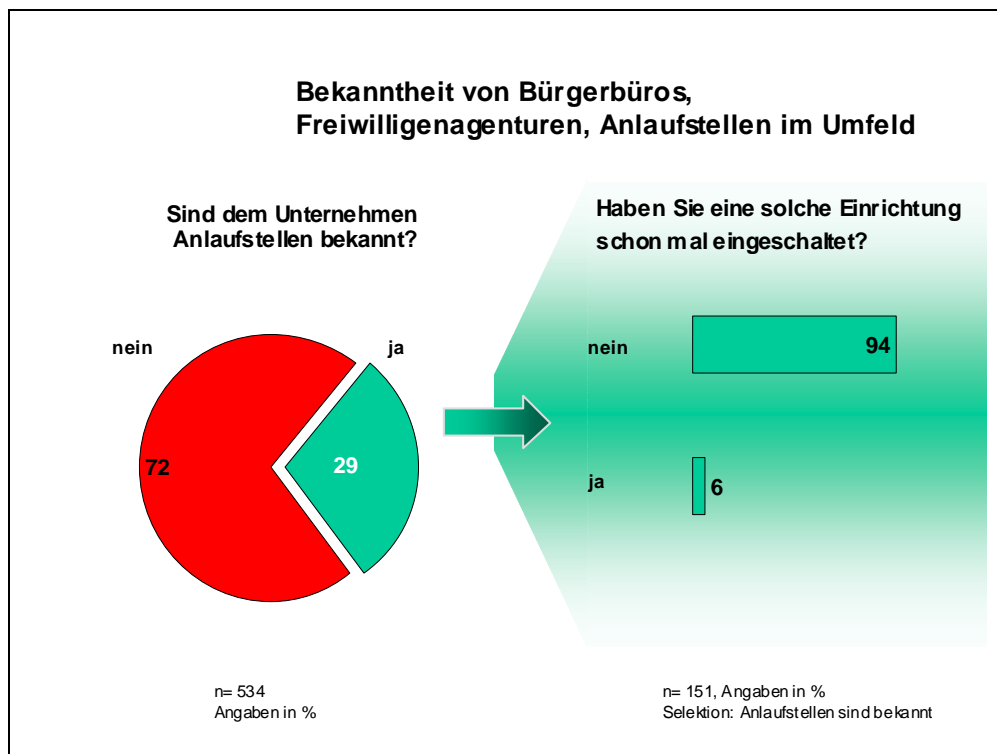
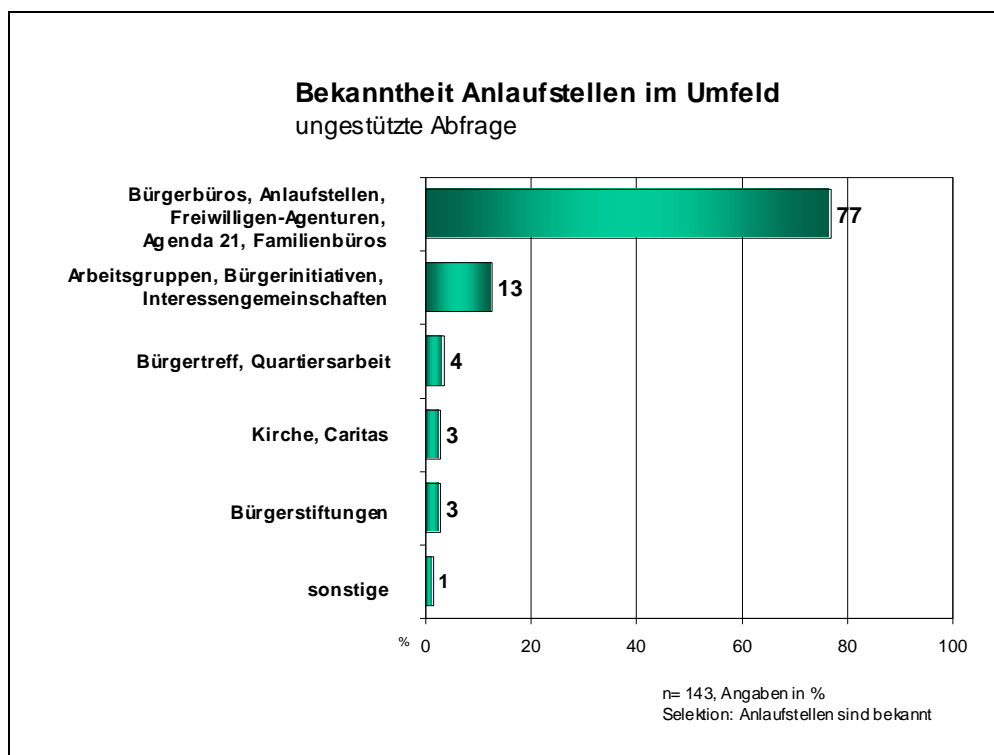


Abb. 63



### 5.17 Formen der Öffentlichkeitsarbeit

Die Frage, ob das unternehmerische bürgerschaftliche Engagement auch aktiv nach innen und außen bekannt gemacht wird, bejaht jedes zweite Unternehmen (49%) (Abb. 64). Von denjenigen, die dies tun, wählen über zwei Drittel (69%) den Weg über die Presse sowie die Bekanntmachung durch Rundbriefe an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (65%). Fast jedes zweite Unternehmen (47%) nutzt das Internet oder die eigene Homepage als Plattform für Informationen über das Engagement. Weniger verbreitet sind Jahresberichte, die jedes vierte Unternehmen (28%) als Kommunikationsinstrument für seine Förderaktivitäten einsetzt, was sicherlich auch mit der Betriebsgröße zusammenhängt (vgl. Abb. 68). Es zeichnet sich ab, dass die Unternehmen in Zukunft noch stärker als bisher das Internet und die Presse für Informationen über ihre Förderaktivitäten einsetzen wollen.

Unterschieden nach Alter (Abb. 65) wird deutlich, dass jüngere Unternehmerinnen und Unternehmer der Altersgruppe 20-40 Jahre (52%) und 41-50 Jahre (51%) weit häufiger Informationen über ihre gesellschaftlichen Förderaktivitäten verbreiten als die Altersgruppe der 51-60jährigen (49%) und die der über 60jährigen (35%). Das entspricht wiederum der Tendenz, die bei jüngeren Unternehmerinnen und Unternehmern festzustellen ist, dass sie ihr Engagement

als strategischen Faktor nutzen. Allerdings wird deutlich, dass die Minderheit unter der ältesten Altersgruppe, die ihr Engagement bekannt macht, dies sehr intensiv tut, indem die Presse (75%) eingeschaltet und vor allem Mitarbeiterkommunikation (90%) betrieben wird und auch Homepage/Internet (50%) für die Verbreitung einschlägiger Informationen genutzt werden. Die beiden jüngeren Altersgruppen der 20-40jährigen und 41-50jährigen bringen hingegen mit 40% bzw. 28% häufiger Jahresberichte für die Bekanntmachung des Engagements nach innen und außen zum Einsatz.

Abb. 64

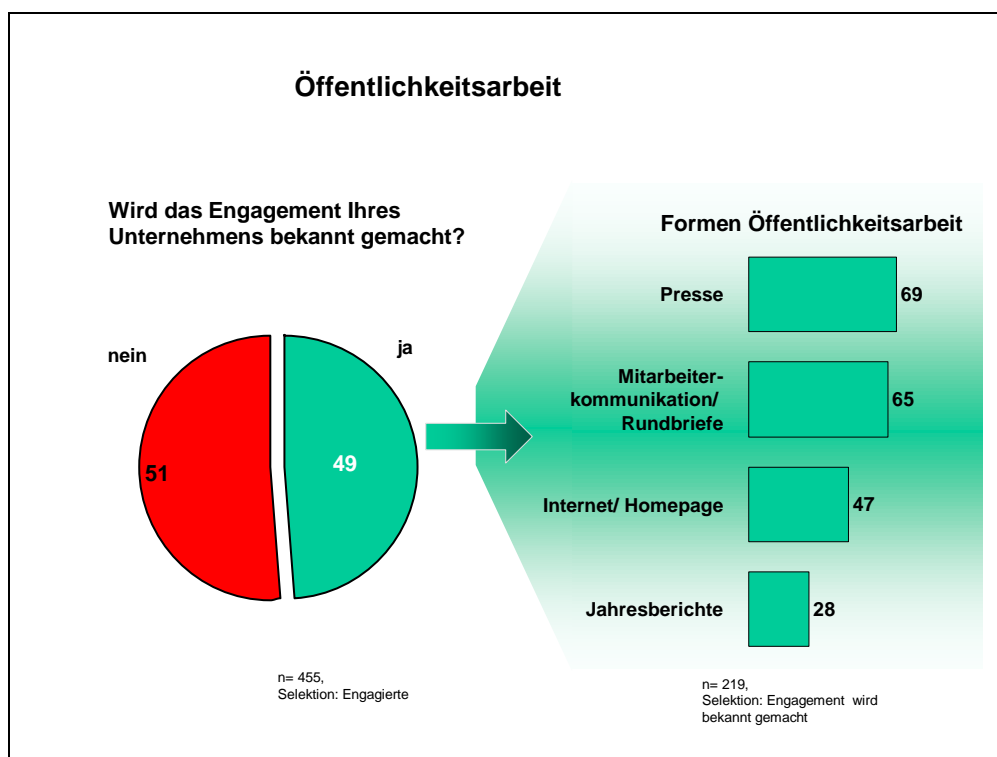
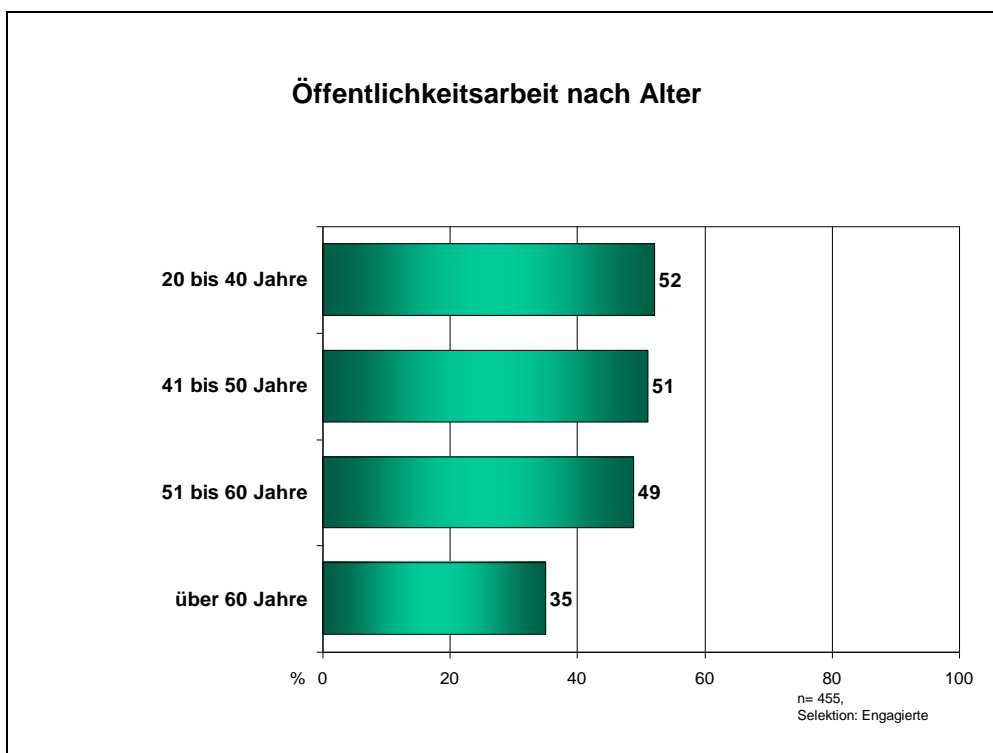


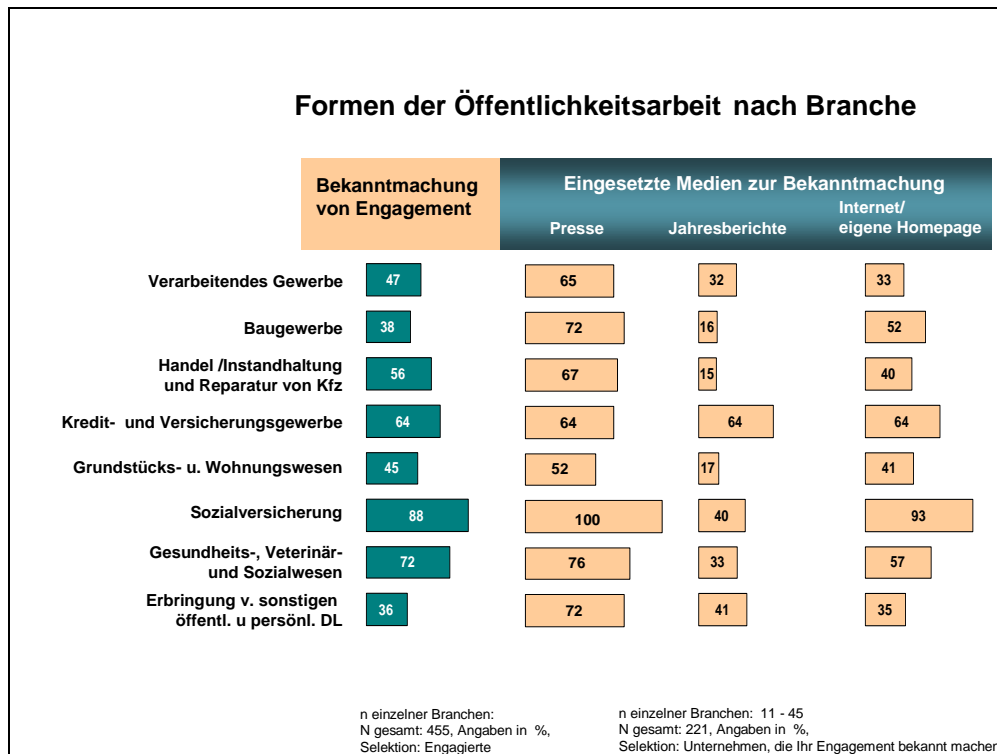


Abb. 65



Unter den Branchen (Abb. 66) zählt das Baugewerbe mit 38% zu den Wirtschaftszweigen, die ihr Engagement deutlich weniger bekannt machen als das Gesundheits- und Sozialwesen (72%) und die Sozialversicherungen (88%). Letztere nutzen für die Bekanntmachung ihrer Förderaktivitäten stetig die Presse (100%) und auch stärker als andere Wirtschaftszweige das Internet bzw. die eigene Homepage. Das Kredit- und Versicherungsgewerbe dokumentiert seine Förderaktivitäten überdurchschnittlich häufig in Jahresberichten (64%).

Abb. 66



Eine Analyse nach Betriebsgröße ergibt einen eindeutigen Zusammenhang dahingehend (Abb. 67), dass mit zunehmender Größe des Betriebes auch der Öffentlichkeitsarbeit ein höherer Stellenwert zuerkannt wird. Damit steigt mit der Betriebsgröße auch die Quote der Betriebe deutlich, die ihr Engagement bekannt machen: 85% der Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten tun dies, jedoch nur jedes zweite Unternehmen der Betriebsgrößenklasse zwischen 10 und 49 Angestellten (56%). Deutlich weniger machen Betriebe mit 4 bis 9 (47%) bzw. bis zu 3 Beschäftigten (34%) ihr Engagement bekannt. Das betriebliche Engagement wird also mit zunehmender Größe des Unternehmens auch bewusst öffentlich kommuniziert. Als Formen der Öffentlichkeitsarbeit (Abb. 68) stehen bei den größeren Betrieben Kommunikation mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (96%), z.B. über Rundbriefe und Bekanntmachungen über die Presse (84%) im Vordergrund, gefolgt von Informationen in Internet und/oder Homepage (71%) und Jahresberichten (53%).

Abb. 67

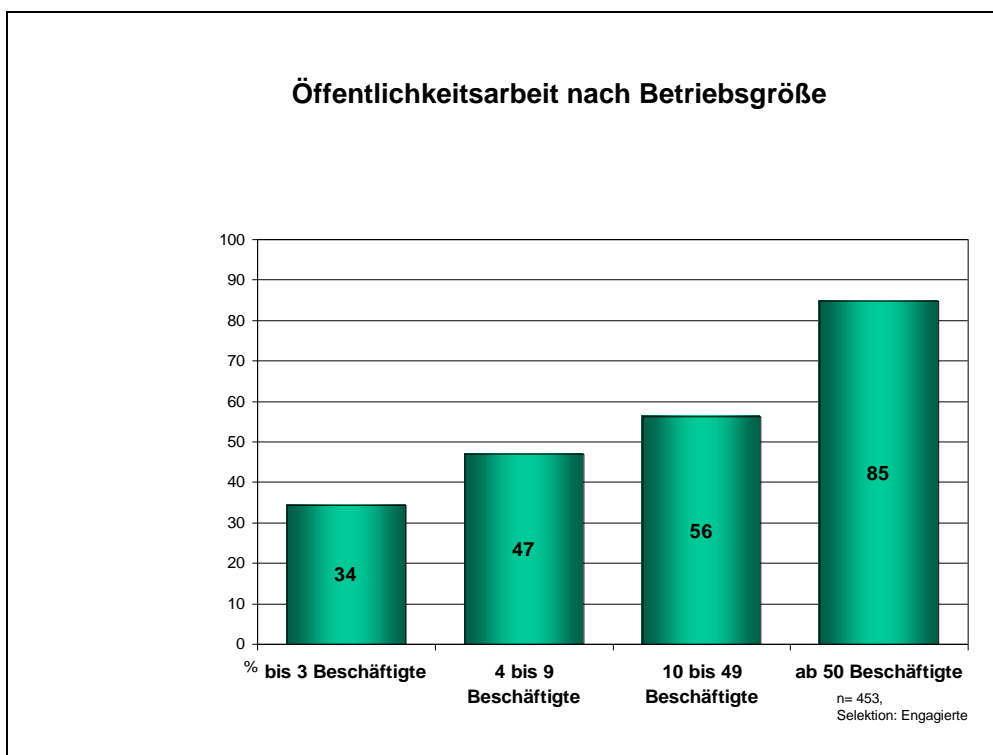
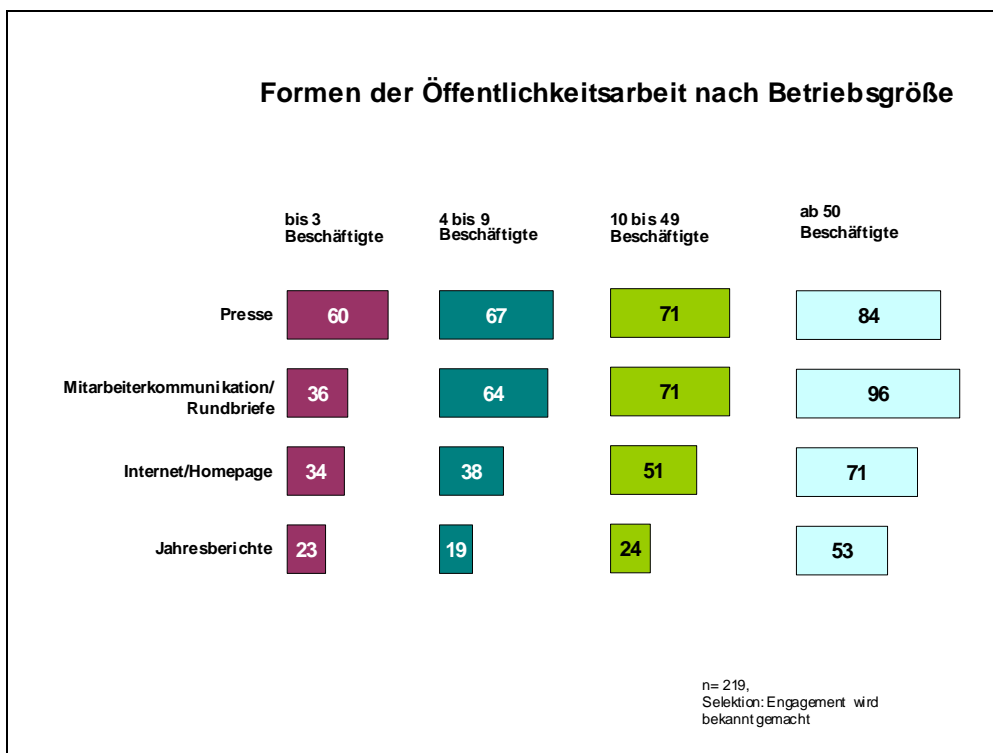


Abb. 68



Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es derzeit eher die größeren Betriebe sind, die ihr Engagement über die Presse, die Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiter-

---

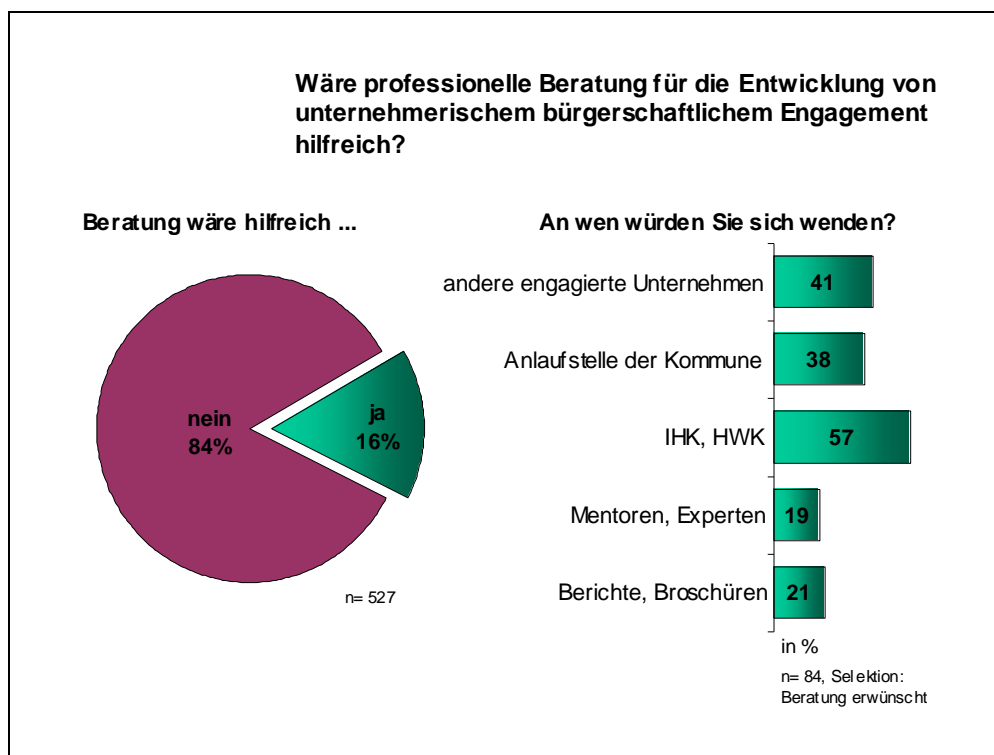
kommunikation, die Nutzung von Internet und Homepage oder die Darstellung des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements in Jahresberichten bekannt machen. Bei kleineren Unternehmen ist dies bislang weniger der Fall, was zum Teil auch damit zu tun haben mag, dass ihre interne und externe Kommunikation grundsätzlich weniger deutlich ausgebildet ist. Zum anderen haben die kleineren Unternehmen auch weniger Projekte und sind von der Altersklasse von Unternehmerinnen und Unternehmern geprägt, die ihr Engagement nicht nach außen tragen.

### **5.18 Bedarf an Beratung für unternehmerisches Engagement**

Im Zusammenhang mit einer Förderung von unternehmerischem Engagement stellt sich die Frage, ob die Unternehmen generell mehr Information über das Konzept Corporate Citizenship und seine Vorteile und Möglichkeiten brauchen. Desweiteren interessiert, ob die Unternehmen mangelnde Unterstützung bei der Anbahnung von Projekten bzw. der Suche von Partnern von einem möglichen Engagement abhält. So wurden die Unternehmen gefragt, ob es hilfreich wäre, professionelle Beratung bei der Entwicklung von unternehmerischem gesellschaftlichem Engagement zu erhalten. 84% verneinten dies jedoch (Abb. 69), nur 16% und damit eine Minderheit der einbezogenen Unternehmen, halten eine professionelle Beratung für hilfreich. Diese Quote von 16% gilt gleichermaßen für Unternehmerinnen wie Unternehmer. Von dieser kleineren Gruppe an Unternehmen würde mehr als jedes zweite (57%) bei den Industrie- und Handelskammern bzw. Handwerkskammern Beratung suchen. Auch die Beratung mit anderen Unternehmen (41%) und die Hinwendung an eine örtliche Anlaufstelle für Bürgerengagement der Kommune (38%) werden geschätzt. Noch jedes fünfte Unternehmen, das Beratungsbedarf artikuliert, könnte sich vorstellen, sich an Mentorinnen bzw. Mentoren oder Expertinnen bzw. Experten (19%) zu wenden, die für professionelle Beratung geschult sind oder einschlägige Berichte mit Beispielen (21%) einzusehen, um Anregungen zu erhalten.

Tatsache ist, dass Unternehmen ihre Dispositionen beim bürgerschaftlichen Engagement relativ autonom treffen (wollen) und bisher eine externe Beratung in der Sache so gut wie nicht vorsehen. Das mag auch daran liegen, dass sich ihnen die Dimension des Themas Corporate Citizenship und die damit verbundenen Vorteile für ihr Unternehmen noch nicht erschließen. Dies könnte sich mit einem strategischen Ansatz der jüngeren Unternehmerinnen und Unternehmer bzw. einer allgemein größeren Bekanntheit des Themas verändern.

Abb. 69



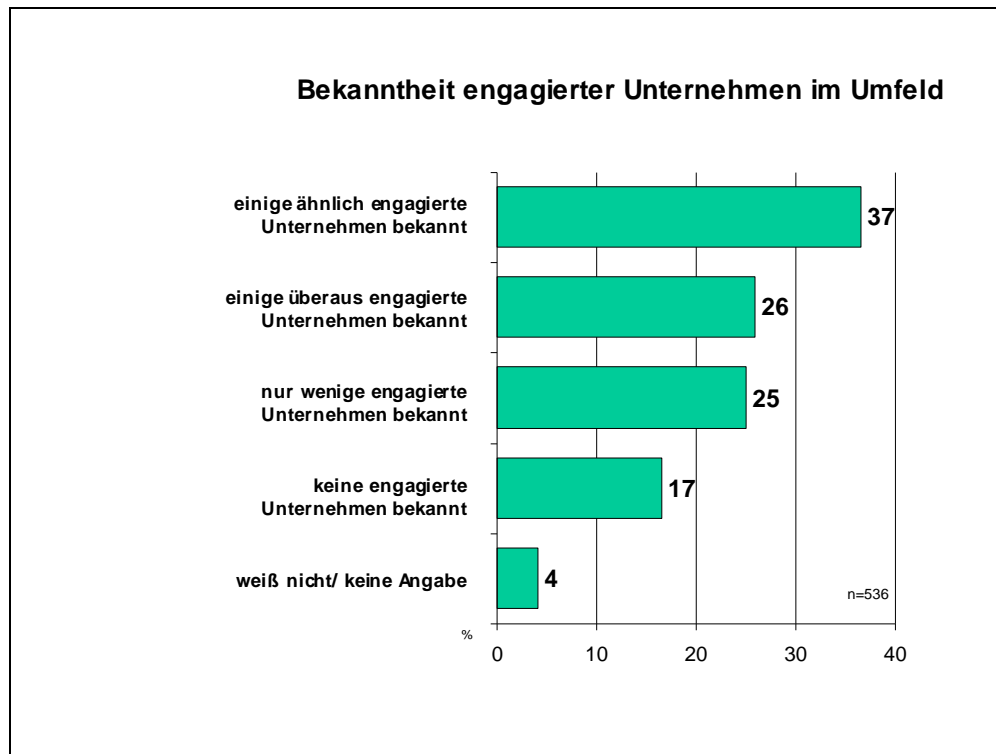
Nach Alter betrachtet zeigen sich jüngere Unternehmerinnen und Unternehmer zwischen 20-40 Jahre mit 18% offener für Beratung als solche über 60 Jahre (10%). Nach Betriebsgröße und Branche finden sich keine Unterschiede.

### 5.19 Einflüsse des unternehmerischen Umfeldes

Wie bereits gezeigt, liegt die Quote der Unternehmen, die sich mindestens in einem Engagementfeld betätigen, bei 85% (Engagementquote E1). Das bedeutet, dass unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement kein singuläres Ereignis ist, sondern von vielen Unternehmen praktiziert wird, womöglich auch von mehreren Unternehmen am Standort. Daher wurden die Unternehmen gefragt, ob sie wahrnehmen, wie und in welchem Umfang sich andere Unternehmen in ihrem Umfeld für die Gesellschaft engagieren. Die Antworten verweisen darauf, dass das Engagement der anderen Unternehmen am Standort großen Einfluss auf das einzelne Unternehmen hat: Es ist eine deutliche Resonanzfähigkeit der Unternehmer untereinander bzgl. des Engagements festzustellen (Abb. 70). Nur 17% der Unternehmen erklären, keine (weiteren) Unternehmen zu kennen, die sich engagieren und 4% können dazu generell nichts sagen. Das sind jene Unternehmen, die nicht engagiert sind. Wer hingegen engagiert ist, weiß also, ob im Umfeld auch andere Unternehmen

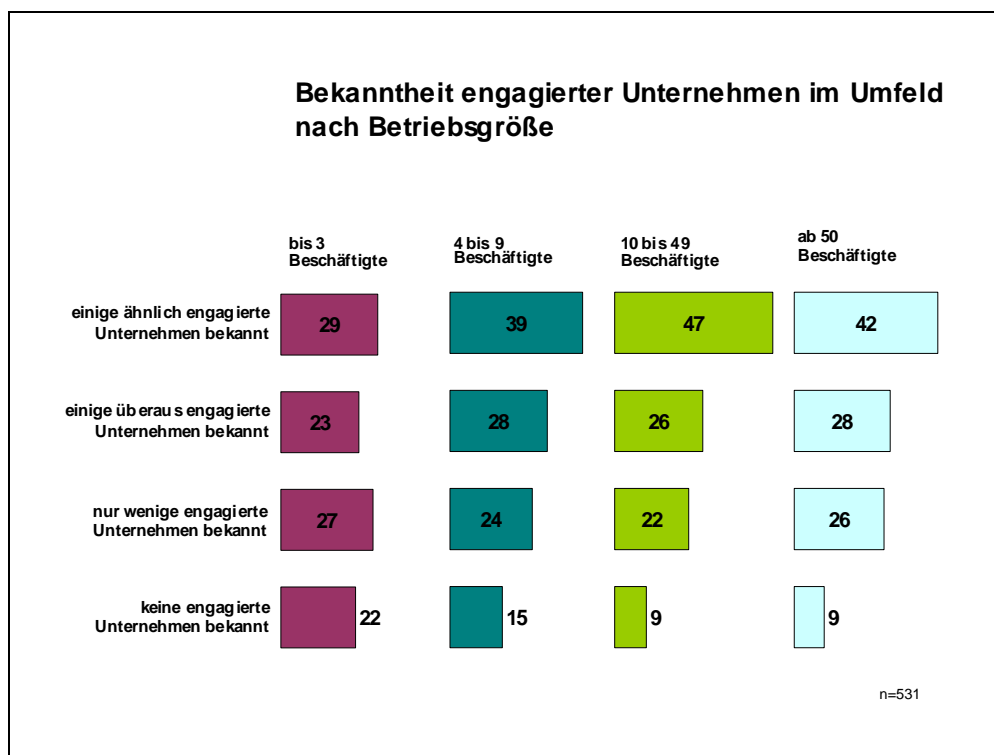
gemeinnützig aktiv sind. Am häufigsten vertritt man in den Unternehmen die Ansicht, dass es einige Betriebe gibt, „die sich ähnlich engagieren wie wir“ (37%). Je rund ein Viertel der dahingehend Befragten sieht „einige überaus engagierte Unternehmen“ (26%) im Umfeld bzw. „eher wenige, die sich engagieren“ (25%).

Abb. 70



Nach Alter und Geschlecht unterschieden zeigen sich hier keine signifikanten Wertungsunterschiede bis auf die Tatsache, dass Unternehmerinnen mit 25% häufiger als Unternehmer (14%) angeben, in ihrem Umfeld keine engagierten Unternehmen zu kennen. Nach Betriebsgröße analysiert (Abb. 71) zeigt sich die Tendenz, dass größere Betriebe häufiger ähnlich engagierte Unternehmen zu kennen: 42% der Betriebe mit 50 und mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und 47% der Betriebe mit 10-49 Beschäftigten gaben dies an, während Betriebe mit 4-9 bzw. solche mit bis zu 3 Beschäftigten dies nur zu 39% bzw. 29% vermelden. Wir können annehmen, dass das Wissen über das Engagement anderer Unternehmen verstärkend auf das eigene unternehmerische Engagement wirken kann. Die Tatsache, dass ein Unternehmen aktiv ist, wird von anderen im sozialen Nahraum wahrgenommen und als Impuls aufgegriffen (siehe dazu auch Punkt 5.22, S. 96).

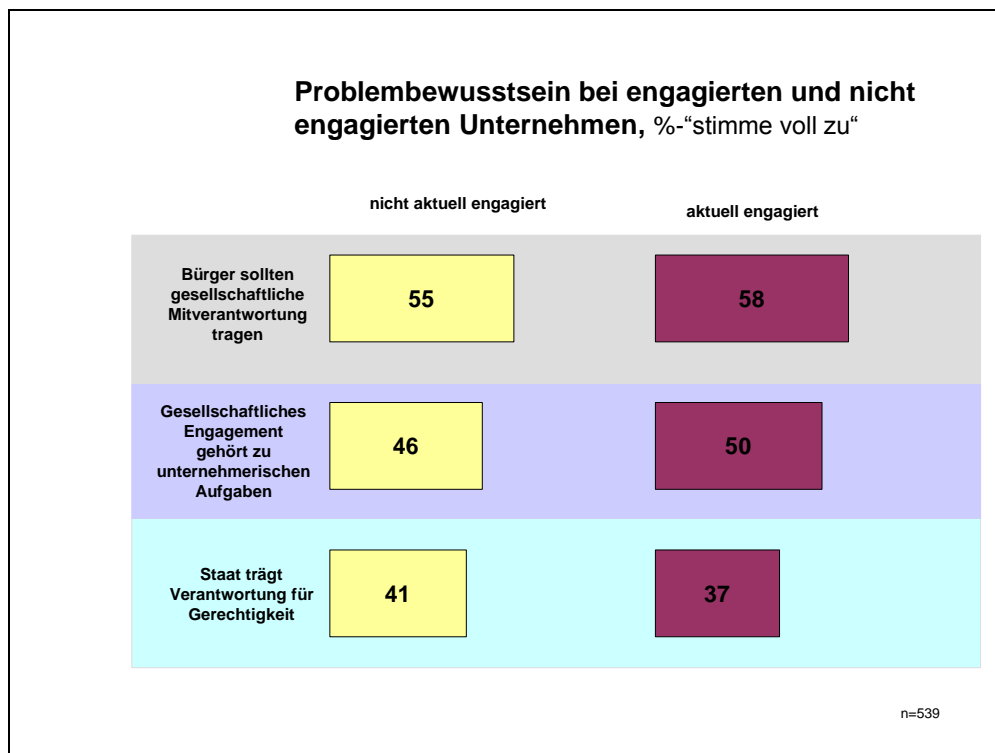
Abb. 71



## 5.20 Charakteristika von Unternehmen, die nicht oder nicht mehr engagiert sind

Unter den befragten Unternehmen geben 15% an, dass sie sich derzeit aktuell in keinem der nachgefragten Bereiche engagieren. Der Frage, inwieweit sich solche Unternehmen anhand bestimmter Merkmale charakterisieren lassen, soll im Folgenden nachgegangen werden. Im Blick auf die Rollenzuschreibung, die Unternehmen den Bürgerinnen und Bürgern, sich selbst und dem Staat geben, zeigt sich der Tendenz nach (Abb. 72), dass nicht engagierte Unternehmen die Rolle der Bürgerin bzw. des Bürgers und der Unternehmen selbst weniger pointiert hervorheben als die des Staates. So äußern 55% der Interviewten aus nicht engagierten Unternehmen, dass Bürgerinnen und Bürger mehr Mitverantwortung übernehmen sollen und 46% sind der Ansicht, dass gesellschaftliches Engagement zu den unternehmerischen Aufgaben gehört. Die entsprechenden Quoten der engagierten Unternehmen liegen bei 58% bzw. 50%. Statt dessen sind 41% der Befragten aus derzeit nicht engagierten Unternehmen der Auffassung, dass der Staat die Verantwortung für Gerechtigkeit in der Gesellschaft trägt, während eine solche Ansicht nur von 37% der engagierten Unternehmerinnen und Unternehmern vertreten wird. Der Tendenz nach werden die Potenziale der Selbstorganisationsfähigkeit der Gesellschaft folglich etwas weniger hervorgehoben.

Abb. 72

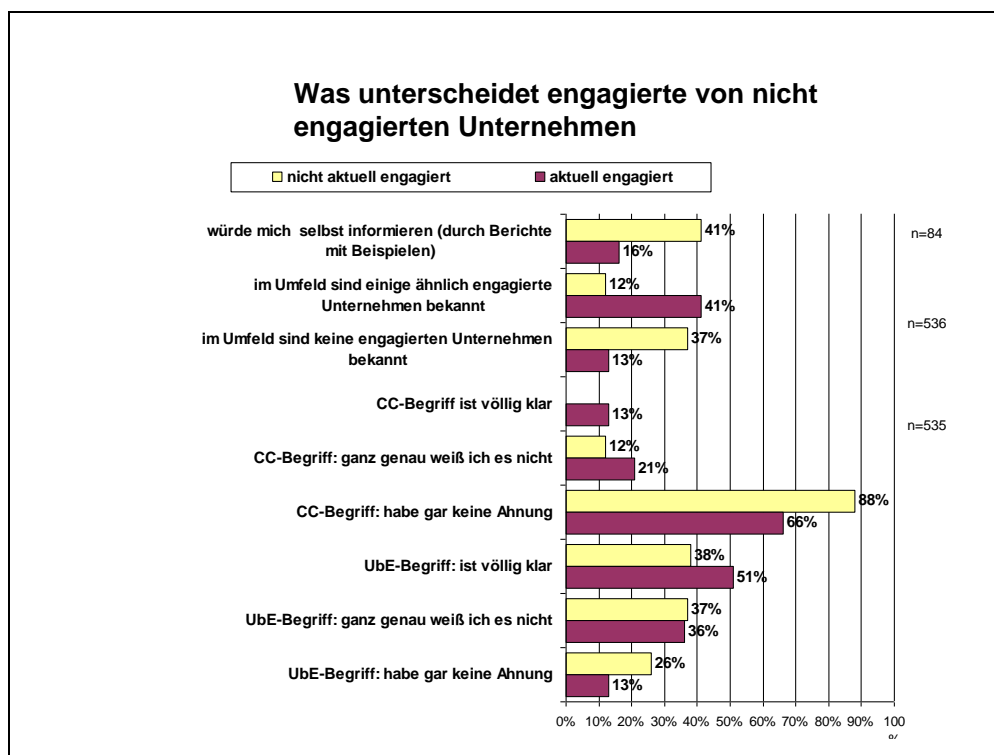


Wir konnten auch sehen, dass weder Geschlecht, noch Alter oder Wirtschaftszweig Faktoren sind, mit denen sich die Gruppe der nicht engagierten Unternehmen von den engagierten unterscheidet. Lediglich die Betriebsgröße übt einen signifikanten Einfluss insofern aus, als unter den Unternehmen mit bis zu 3 Beschäftigten die Quote der nicht engagierten Betriebe mit 24% deutlich höher liegt als bei Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten (7%). Unter den nicht engagierten Unternehmen sind Kleinbetriebe überdurchschnittlich vertreten. Hinzu kommt (Abb. 73), dass nicht engagierte Unternehmen mit 37% deutlich häufiger als aktive (13%) angeben, ihnen seien im Umfeld keine engagierten Unternehmen bekannt. Umgekehrt gaben von den engagierten Unternehmen 41% an, dass in ihrem Umfeld einige ähnlich engagierte Betriebe bekannt sind, während dies nur 12% der nicht engagierten äußern.

Des Weiteren sind den nicht engagierten Unternehmen die Oberbegriffe zum gesellschaftlichen Engagement der Unternehmen noch weniger bekannt. So äußern nur 38% der nicht engagierten Unternehmen im Unterschied zu 51% der engagierten, dass ihnen der Begriff des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements völlig klar sei und 88% der nicht engagierten Betriebe im Unterschied zu 66% der engagierten haben von dem Begriff Corporate Citizenship „keine Ahnung“.



Abb. 73



Einen wichtigen Hinweis geben die Antworten auf die Frage, ob professionelle Beratung als hilfreich angesehen wird. Hier zeigt sich, dass 21% der nicht engagierten Betriebe eine solche Beratung begrüßen und als Anstoß für eine Initiative betrachten würden, während die aktuell engagierten nur zu 15% auf eine solch professionelle Beratung bei der Entwicklung von unternehmerischem bürgerschaftlichem Engagement zurückgreifen wollen. Zudem geben Unternehmerinnen und Unternehmer, die nicht engagiert sind, mit 42% deutlich häufiger an als engagierte (37%), dass „persönliche Erfahrung bzw. Kontakt mit potenziellen Partnern im privaten Umfeld“ ein Anstoß für das eigene unternehmerische bürgerschaftliche Engagement sein könnte. Diese Ergebnisse verweisen darauf, dass nicht engagierte Unternehmen durchaus ansprechbar sind, z.B. durch einen bewussten Einbezug seitens örtlichen Anlaufstellen für Bürgerengagement und Bürgerbüros, die eine hilfreiche intermediäre Funktion bei der Anbahnung von Kontakten mit möglichen Partnern übernehmen können. Eine professionelle Beratung mit Sinn für das Mögliche und Passende erscheint als gute Chance, solchen Unternehmen entgegenzukommen.

## 5.21 Zukunftssorgen der Unternehmen

Die Unternehmerinnen und Unternehmer wurden am Ende des Telefoninterviews in einer offenen Frage über ihre Sorgen befragt hinsichtlich der Zukunft ihrer Kinder bzw. der jungen Generation. Der Hintergrund für die Frage war, eine

---

persönliche Stellungnahme zu generationsübergreifenden Problemen zu erhalten, die in einem künftigen Engagement von Interesse oder Thema sein könnten. Zudem diene die Frage als Verifikations- und Ergänzungsfrage für die Eingangsfrage zur Aufgabenverteilung in der Gesellschaft sowie zur persönlichen Motivation der Unternehmerinnen und Unternehmer. Die Antworten bezogen sich in erster Linie auf die Krisen der gegenwärtigen Gesellschaft.

Als zentrale Probleme werden – einhergehend mit der mangelnden wirtschaftlichen Dynamik – nachhaltig Arbeitslosigkeit und Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland gesehen sowie die Sorge um den Wirtschaftsstandort Deutschland und die Wettbewerbsfähigkeit im Prozess der Globalisierung. Damit zusammenhängend wird auch Skepsis über die beruflichen Perspektiven junger Menschen geäußert. Weiterhin halten es viele Unternehmen für erforderlich, der Staatsverschuldung zu begegnen.

Nahezu gleichrangig sind Sorgenkomplexe um den demografischen Wandel, die soziale Sicherung und Zukunftschancen. Die Altersentwicklung und die damit verbundene ungewisse Zukunft der Sozialsysteme, vor allem der Alterssicherung im demografischen Wandel sowie die Zukunft der sozialen Gerechtigkeit und das „soziale Gefälle zwischen Arm und Reich“ ist eine Hauptsorge der Unternehmerinnen und Unternehmer. Der dritte gewichtige Sorgenkomplex ist die Bildungspolitik und schlechte Schulausbildung vieler junger Menschen. Hier äußern die Befragten, dass bei jungen Menschen zum Teil „keine Grundkenntnisse“ vorhanden seien und das „Niveau absinke“. Die Ausbildung müsse deshalb wieder „zielgerichteter“ werden. An vierter Stelle wird generell der Umweltschutz genannt; hier werden speziell vor allem Maßnahmen gegen den Klimawandel thematisiert. Sorgen bereitet den Führungskräften der Unternehmen im Blick auf die Zukunft auch die „geringe Bindung an Werte“ und ein „übertriebener Individualismus“, Gleichgültigkeit sowie eine „zunehmende soziale Kälte“ in der Gesellschaft und die „Vereinsamung der Menschen“. Als Kennzeichen des Wertverlustes werden fehlende „Motivation zum Arbeiten“ und „fehlende Vorbilder“ genannt.

Auch hier zeigen sich die Befragten in hohem Maße resonanzfähig für die gegenwärtigen Probleme. Sie sehen schließlich aber auch an sechster Stelle, dass all diese Sorgenbündel der jüngeren Generation aufgeladen werden: Einerseits wird betont, dass „die Arbeitsbelastungen der zukünftigen Generationen steigen“ werden, andererseits, dass die „jungen Leute keine beruflichen Perspektiven“ und „für das Alter keine gute Versorgung mehr“ haben.

Ein weiterer wichtiger Sorgenkomplex ergibt sich aus der mangelnden Verantwortung von Unternehmen, die ihre Arbeitsplätze ins Ausland verlegen. Hier wird von den Führungskräften der mittelständischen Unternehmen vor allem auf die größeren Firmen verwiesen, die sich ihrer „Verantwortung gegenüber den Beschäftigten entziehen.“ Nur 11 Unternehmerinnen und Unternehmer, d.h. 2% der insgesamt 541 Befragten, äußern explizit, keine Sorgen im Blick auf die Zukunft zu haben.

Zweifellos wird auch hier – wie schon bei der Eingangsfrage nach den gesellschaftlichen Handlungsfeldern (vgl. Punkt 5.1) – ein sehr ausgeprägtes Problembewusstsein deutlich, an das im Blick auf die weitere Entfaltung und Förderung von Corporate Citizenship angeknüpft werden kann.

Tab. 11: Zukunftssorgen mit Blick auf eigene Kinder oder generell: die junge Generation (Mehrfachnennungen)

	<b>Zukunftssorgen nach Zahl der Nennungen</b>	<b>Nennungen</b>
1	Arbeitslosigkeit, Arbeitsmarktproblematik, Arbeitsknappheit, Wirtschaftslage, wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Globalisierung(sfolgen); (geringe) Berufschancen Jugendlicher; Staatsverschuldung	313
2	Demografischer Wandel, Geburtenrückgang, Alterssicherung und Altersvorsorge, Sozialabbau und damit verbundene Ängste der sozialen Sicherung und der Aufgabe sozialer Gerechtigkeit	129
3	Bildungspolitik, Bildung und Ausbildung, schlechte Schulbildung, nicht genügend Lehrstellen, steigende Bildungskosten	118
4	Umweltproblematik, Klimawandel, Maßnahmen zum Erhalt der Umwelt	74
5	Werteverlust der Gesellschaft, soziale Kälte, Werteverfall, Entwicklung zu Ellbogen-Spaß-/ Freizeitgesellschaft, fehlende Arbeitsmoral	56
6	Belastung zukünftiger Generationen (Rente), Jugendliche sind auf sich gestellt, z. T. Orientierungslosigkeit, wenig Perspektiven für junge Leute, erschwerter Einstieg ins Berufsleben	31
7	Mangelnde Verantwortung der Unternehmen: Abwanderung/Verlegung von Arbeitsplätzen ins Ausland	25
8	Keine Sorgen	11
	insgesamt = 541 Unternehmen	

---

## 5.22 Von welchen Faktoren ist die Engagementquote abhängig?

Um zu prüfen, von welchen Faktoren und Rahmenbedingungen das Engagement eines Unternehmens am stärksten abhängt, wurde der Einfluss unterschiedlicher Variablen auf die Engagementquote geprüft. In die durchgeführte Regressionsanalyse<sup>32</sup> wurden sowohl Strukturvariablen einbezogen wie Branche, Betriebsgröße, Unternehmensalter als auch Prozessvariablen bzw. betriebswirtschaftliche Variablen wie Umsatz im letzten Geschäftsjahr und erwarteter Umsatz für das kommende Jahr und wirtschaftlicher Aktionsradius des Unternehmens sowie soziodemografische Daten der befragten Person (Alter, Geschlecht). Darüber hinaus wurden Kontextvariablen in die Regressionsanalyse einbezogen wie die Einschätzung des Engagements im unmittelbaren unternehmerischen Umfeld und die Relevanzeinschätzung des Handlungsbedarfs in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen.

Hier ergibt sich der aufschlussreiche Befund (Abb. 74), dass jene Unternehmen, die äußern, dass im eigenen Umfeld engagierte Unternehmen bekannt seien, auch selbst häufiger engagiert sind (0.22). Die Wahrscheinlichkeit, dass Unternehmen sich engagieren, steigt also tendenziell an, wenn bekannt ist, dass im Umfeld sich andere Unternehmen engagieren. Des Weiteren hat die Betriebsgröße Einfluss auf das Engagement dahingehend, dass mit steigender Beschäftigtenzahl (0.17) auch die Engagementquote des Unternehmens ansteigt und dieses in der Regel dann mehr Ressourcen für sein unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement einsetzen kann – und wird. Und schließlich hängt die Betätigung als Corporate Citizen zu einem gewissen Grad davon ab, ob das Unternehmen überwiegend in Baden-Württemberg, also regional, wirtschaftlich aktiv ist (Beta=.13). Je stärker der Schwerpunkt der Wirtschaftsaktivitäten des Unternehmens sich in Baden-Württemberg entfaltet, desto höher ist dessen Engagementquote. Hier wird deutlich, dass sich Wirtschaftsraum und Engagementraum in gewissem Maße überschneiden und mit wirtschaftlichen Interessen im Nahraum ein verstärktes Engagement in demselben einhergeht. Der Bezug des Engagements zum Unternehmensstandort wird auch durch dieses Ergebnis nochmals unterstrichen.

---

<sup>32</sup> Die Regressionsanalyse ist ein Verfahren, mit dem eine (abhängige) Variable durch eine oder mehrere andere (unabhängige) Variablen (Prädiktoren) erklärt werden soll. Die Beta-Werte der einzelnen Variablen verweisen auf die Stärke des Einflusses der jeweiligen unabhängigen Variablen auf die abhängige. Der multiple Regressionskoeffizient R zeigt die „erklärte Varianz“ an, die durch die Gesamtheit der unabhängigen Variablen erreicht wird. Die erklärte Varianz ist um so größer, je mehr dieser Koeffizient gegen „1“ tendiert.

Abb. 74

**Von welchen Faktoren ist die Engagementquote abhängig?**

<b>Einflussgrößen</b>	<b>Standardisierte Beta - Koeffizienten</b>
<b>im Umfeld sind engagierte Unternehmen bekannt</b>	<b>.22</b>
<b>Betriebsgröße (Beschäftigtenzahl)</b>	<b>.17</b>
<b>Unternehmen in Baden-Württemberg wirtschaftlich aktiv</b>	<b>.13</b>
<b>Multiple R</b>	<b>.32</b>
<b>Erklärte Varianz</b>	<b>10 %</b>

**Abhängige Variable: Engagementquote (engagiert in mind. 1 Bereich)**

**Einbezogene unabhängige Variablen:** Branche, Regierungsbezirk, Schwerpunktsgebiet der Wirtschaftsaktivitäten, Unternehmensalter, Umsatz im letzten Geschäftsjahr, erwarteter Umsatz im kommenden Jahr, Betriebsgröße, Einstellungen zum Thema „Bereiche mit dringlichem Handlungsbedarf“, im Umfeld sind keine engagierten Unternehmen bekannt, Alter, Geschlecht.

---

## 6. Glossar

Nachfolgend sind einige der Begriffe definiert, die sich in der repräsentativen Unternehmensstudie zu Corporate Citizenship/Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg finden. Sicherlich existieren viele weitere Begriffe, die im Zusammenhang mit Corporate Citizenship benutzt werden. Wir wollten uns auf die wichtigsten beschränken und die Definitionen aus unserer Sicht – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – darlegen, um den Leserinnen und Lesern die Lektüre zu erleichtern.

### **Bürgerstiftungen**

Bürgerstiftungen sammeln ihr Vermögen durch Spenden und Zustiftungen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen einer Region. Dieses Vermögen bzw. sein Ertrag kommt lokalen und regionalen Projekten und Zwecken zugute, auf die die Stifter sich einigen. Typisch für die Bürgerstiftung ist auch, dass die Stifter sich oft nicht nur finanziell, sondern auch mit Ideen und ihrem Engagement einbringen. Diese Bürgerstiftungen sind oft bei der Gemeinde oder Stadt angesiedelt, jedoch in ihren Entscheidungen unabhängig.

### **Corporate Citizenship (CC)**

Westebbe/Logan (1995) gehörten zu den ersten, die in Deutschland über Corporate Citizenship veröffentlicht haben und zu einer sehr klaren Definition kamen: „Corporate Citizenship ist das gesamte über die eigentliche Geschäftstätigkeit hinausgehende Engagement des Unternehmens zur Lösung gesellschaftlicher Probleme. [...] Für dieses Engagement sollen alle Arten von Ressourcen des Unternehmens unter besonderer Berücksichtigung seiner spezifischen Kompetenzen genutzt werden“. Es zeigt sich hier ein strategisch orientiertes Verständnis von Corporate Citizenship, da es sich auf gesellschaftliche Probleme und das Einbringen der unternehmensspezifischen Kompetenzen bezieht.

### **Corporate Giving**

Es handelt sich um Geld- und Sachspenden der Unternehmen (siehe auch „Spenden“). Eine besondere Form der Geldspende ist das Matching, bei dem im Unternehmen von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Spenden gesammelt werden und der Gesamtbetrag vom Unternehmen in gleicher Höhe nochmals dazugelegt wird.

### **Corporate Social Responsibility**

Unter diesem Begriff fördert die Europäische Union das verantwortungsvolle Handeln der Unternehmen in ökonomischer, ökologischer und gesellschaftlicher Hinsicht, da sie die Auffassung vertritt, dass CSR dazu beitragen kann, die Europäische Union „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig

ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen". (EU Grünbuch 2001)

Laut des International Center for CSR in Nottingham, England bedeutet CSR dreierlei, nämlich dass Unternehmen sich 1. in die Gesellschaft einbringen, 2. sich um verantwortliche Produkte und Prozesse bemühen und 3. verantwortungsvoll mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen. Hier zeigt sich also im Vergleich zu Corporate Citizenship noch eine zusätzliche unternehmensinterne Perspektive.

### **Corporate Volunteering**

Corporate Volunteering beschreibt den Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in gemeinnützigen Projekten. Dies kann auf unterschiedliche Weise von Unternehmen unterstützt werden: zum einen durch Freistellung der Beschäftigten während der Arbeitszeit oder der Finanzierung von Material, Reisekosten, Logistik etc. unter der Voraussetzung, dass das Engagement in der Freizeit erbracht wird.

In letzter Zeit werden häufig Betriebsausflüge organisiert, bei denen die Mitarbeiterinnen bzw. die Mitarbeiter eines Unternehmens einen Tag lang gemeinsam an einem gemeinnützigen Projekt arbeiten.

In den USA ist es gängige Praxis, dass zahlreiche Agenturen solche Aktivitäten für ein Unternehmen organisieren.

Eine besondere Form des Corporate Volunteering sind Personalentwicklungsprojekte (z.B. Seitenwechsel®), bei denen Beschäftigte eines Unternehmens für eine bestimmte Zeit in einer sozialen Einrichtung mitarbeiten. Teil dieses Personalentwicklungskonzeptes, bei dem die Teilnehmenden ihre sozialen Kompetenzen stärken können und Einblicke in für sie neue Welten bekommen, sind systematische Auswertung und begleitendes Coaching.

### **Sponsoring**

Bei Sponsoring erhält das Geld oder Sachmittel gebende Unternehmen eine Gegenleistung, meist in Form von Werbung (z.B. Logo des Unternehmens auf dem Flyer der Veranstaltung, die unterstützt wurde). Oft stehen allerdings der Sponsoringbetrag und die Gegenleistung nicht in einem ausgeglichenen Verhältnis zueinander.

Über das Sponsoring wird ein Sponsoringvertrag abgeschlossen, in dem die gegenseitigen Leistungen vereinbart werden.

### **Spende**

Im Vergleich zum Sponsoring ist die Spende rein wohltätig und verlangt nach keiner Gegenleistung.

### **Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement**

Dabei handelt es sich um eine deutsche Übersetzung von Corporate Citizenship, die sich im allgemeinen Sprachgebrauch bislang nicht durchsetzen konnte.

---

## **Unternehmensverantwortung (Responsible Business; Corporate Responsibility)**

Dieser Begriff wurde von den Zeitungen – und zum Teil auch von den Unternehmen – eingesetzt, um das ganze Feld von Corporate Citizenship, wirtschaftsethischen Bestrebungen, Nachhaltigkeit, Corporate Citizenship abzudecken. Es scheint keine klare Definition dahinter zu stehen.

### **Win-win-Situation**

Wenn in einem Projekt nicht nur die Empfänger sondern auch das Unternehmen von dem Engagement profitieren, spricht man von einer Win-win-Situation. Viele Unternehmen und auch Bürgerinnen und Bürger sind der Ansicht, dass ein Engagement nur dann wirklich gut ist, wenn es uneigennützig ist. Diese Haltung weicht zum Teil der Einsicht, dass der gegenseitige Vorteil aus einem Engagement seine Beständigkeit, seinen Umfang und seine Wirksamkeit steigern kann.



## 7. Literatur

**Backhaus-Maul**, Holger (2006) Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen, S. 32-38, in: ApuZ 12/2006

**Berger**, Johannes (1998) Wirtschaftssystem, S. 710-720, in: Schäfers/Zapf (1998) Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Opladen: Leske+Budrich

**BDA**, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (2005) Internationale Aspekte von Corporate Social Responsibility (CSR) Praxishinweise für Unternehmen. Berlin

**Dresewski**, Felix (2004) Corporate Citizenship. Ein Leitfaden für das soziale Engagement mittelständischer Unternehmen, herausgegeben von UPJ, Unternehmen: Partner der Jugend. Berlin

**Enquête-Kommission** „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (2002) Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen: Leske + Budrich

**Europäische Kommission** (Hrsg.) (2001a) Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen. Brüssel

**Europäische Kommission** (Hrsg.) (2002b): Mitteilung der Kommission betreffend die soziale Verantwortung der Unternehmen: Ein Unternehmensbeitrag zur nachhaltigen Entwicklung. Brüssel

**Forsa** (2005) “Corporate Social Responsibility” in Deutschland. Forsa. Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analyse mbH. Berlin

**Gensicke**, Thomas / Picot, Sibylle / Geiss, Sabine (2006) Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. München, Dezember 2005

**Glück**, Alois / Magel, Holger / Rübke, Thomas (Hrsg.) (2004) Neue Netze des bürgerschaftlichen Engagements. Stärkung der Familien durch ehrenamtliche Initiativen. Heidelberg, München, Berlin: Hüthig Jehle Rehm

**Habisch**, André (2001) Corporate Citizenship as Investment in Social Capital. Berlin

**Habisch**, André (1999b) Sozialkapital, Soziales Kapital, in: Korff, Wilhelm (Hrsg.), Handbuch der Wirtschaftsethik, Bd. IV. Gütersloh, S. 472–508

**Habisch**, André (2003) Corporate Citizenship. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland, Heidelberg

- 
- Kallfaß**, Sigrid (2006) Stand im Modellprojekt Unternehmen BE. Manuskript
- Klie**, Thomas/ Hoch, Hans / Wegner, Martina (2006) Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. Sonderauswertung zu den Ergebnissen des Freiwilligensurvey, durchgeführt im Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Soziales und des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg
- Klie**, Thomas / Wegner Martina / Stemmer, Philipp (2006) Das Modellprojekt „Jugend engagiert sich“ (Jes) der Landesstiftung Baden-Württemberg. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung 2002-2005
- Loew**, Thomas / Ankele, Kathrin / Braun, Sabine / Clausen, Jens (2004) Bedeutung der CSR-Diskussion für Nachhaltigkeit und die Anforderungen an Unternehmen. Kurzfassung. München, Berlin
- Loew**, Thomas / Ankele, Kathrin / Braun, Sabine / Clausen, Jens (2004) Bedeutung der internationalen CSR-Diskussion für Nachhaltigkeit und die sich daraus ergebenden Anforderungen an Unternehmen mit Fokus Berichterstattung Endbericht Münster und Berlin
- Maaß**, Frank, Clemens, Reinhard (2003) "Corporate Citizenship: Das Unternehmen als >guter Bürger<. Kurzfassung. Schriften zur Mittelstandsforschung Nr. 94 NF. Wiesbaden
- Mutz**, Gerd (2000) "Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement: Corporate Social Responsibility.", in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegung 13/2, S. 77-86
- Mutz**, Gerd; Korfmacher, Susanne; Arnold, Karen (2001): Corporate Citizenship in Deutschland. Frankfurt a.M.
- Mutz**, Gerd (2001) Der Geist von Corporate Citizenship ist noch nicht angekommen – In Deutschland herrscht ein einseitiges Verständnis von unternehmerischem bürgerschaftlichen Engagement. In: Maecenata Aktuell, Nr. 29, S. 2–4
- Mutz**, Gerd; Korfmacher, Susanne (2003) Sozialwissenschaftliche Dimensionen von Corporate Citizenship in Deutschland, in: Backhaus-Maul, Holger/ Brühl, Hasso (Hg.) (2003): Bürgergesellschaft und Wirtschaft – zur neuen Rolle von Unternehmen. Berlin, S. 45-62
- Priller**, Eckhardt/Zimmer, Annette (2006) Arbeit als Engagement, S. 17 – 24, in: ApuZ 12/2006
- Statistisches Landesamt Bad.-Württ.** (2005) Konjunktur Südwest. Konjunktur festigt sich. Prognose für Bad. Württ, 4. Quartal 2005

**Wegner**, Martina, Das Prinzip Nachhaltigkeit im Spannungsfeld von globalem Anspruch und lokaler Umsetzung. Eine Untersuchung zu den soziokulturellen Zusammenhängen aus der Perspektive von Mitarbeitern eines multinationalen Unternehmens (2004)

**Weiß**, Ralf (2002) Unternehmensführung in der Reflexiven Modernisierung. Marburg

**Westebbe**, Achim/Logan, David (1995) Corporate Citizenship, Unternehmen im gesellschaftlichen Dialog. Wiesbaden

**C Perspektiven:  
Bürgergesellschaftliches Engagement  
als Arbeitsprinzip in der  
Bürgerkommune**

### ***C) Perspektiven – BE als Tätigkeitsprinzip in der Bürgerkommune***

Die Entwicklungen im Landesnetzwerk (vgl. Punkte A.2 und A.3) haben im Berichtszeitraum erkennbar eine Richtung genommen, durch die bürgerschaftliches Engagement verstärkt als in unterschiedlichen Handlungs- und Aufgabenfeldern wirkendes Tätigkeitsprinzip erkennbar wird. Bürgerschaftliches Engagement als Tätigkeitsprinzip, das dabei *konstitutiv freiwilliges individuelles Engagement* bleibt, bringt sich damit auch mehr und mehr bewusst ein in die Gestaltung sozialnahräumlicher Lebenswelten, und die lokale Zivilgesellschaft wirkt in vielen relevanten Feldern der gesellschaftlichen Entwicklung mit.

Die Initiativen und bürgerschaftlichen Netzwerke bilden - neben dem organisatorisch stärker institutionalisierten Dritten Sektor - einen neuen, sensiblen und an die Bedürfnisse assimilationsfähigen organisatorischen Kern der Zivilgesellschaft, der sich in die Verhältnisse vor Ort produktiv einbringt. Zum Arbeits- oder Tätigkeitsprinzip des bürgerschaftlichen Engagements zählt folglich eine je angepasste Form der Territorialisierung der Zivilgesellschaft und ihrer eigensinnigen Entfaltung an jeweils konkreten Orten hinzu. Örtliche Assimilationsfähigkeit kennzeichnet bürgerschaftliches Engagement und ist auch Bedingung für Erfolg.

Die Ergebnisse des Landesberichts zeigen sowohl einen nachhaltigen, in den Regierungserklärungen und Koalitionsvereinbarungen durch Schwerpunktsetzungen in Richtung Stärkung der Bürgergesellschaft gestützten, Trend in der Förderpolitik des bürgerschaftlichen Engagements der Landesregierung, als auch sichtbare Fortschritte bei den Mitgliedszahlen der Kommunen und Landkreise in den kommunalen Netzwerken. Im Blick auf diese Entwicklungen im Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement zeichnet sich zunehmend, zusätzlich zur bestehenden pluralen Engagementförderung, eine Förderung bürgerschaftlichen Engagements als Tätigkeitsprinzip in gezielten Handlungsfeldern der Kommunen ab, wie sie bspw. „Familie“ und „demografischer Wandel“ darstellen. Mit der Förderung bürgerschaftlichen Engagements als Tätigkeitsprinzip ging zudem im Berichtszeitraum der weitere Ausbau des Mentorats einher.

---

Mit diesen Entwicklungen im Landesnetzwerk korrespondieren die durch den Freiwilligensurvey gerade für Baden-Württemberg ermittelten hohen Engagementquoten im Lande und die darüber hinaus festgestellten weiteren Engagementpotenziale in der Bevölkerung, wobei konkrete Beziehungen zwischen Förderpolitik in Baden-Württemberg und den Zahlen (noch) nicht nachgewiesen werden können.

Bürgerschaftliches Engagement gründet, wie der Freiwilligensurvey zeigt, auf dem Bestreben der Engagierten, die Gesellschaft im Kleinen mitzugestalten, mit anderen zusammenzukommen und gemeinsam zu handeln. Dabei sind sich, wie gleichfalls der Freiwilligensurvey zeigt, die Engagierten sehr wohl bewusst, dass es in dem weit gefächerten Feld an Aufgaben auch solche gibt, die „gemacht werden müssen“. Diese dem bürgerschaftlichen Engagement zugrunde liegende Motivationsvielfalt, die auch als bewusste Verantwortungsübernahme in Freiheit betrachtet werden kann, ist sehr oft auch mit „Spaß“ verbunden, so dass das Tätigkeitsprinzip modernen bürgerschaftlichen Engagements recht konturierte Motivationsstrukturen aufweist.

Nimmt man hinzu, dass individuelles bürgerschaftliches Engagement, das durch Gelegenheitsstrukturen (Netzwerke, Anlaufstellen) nachhaltig gefördert werden kann, in den unterschiedlichen Engagementbereichen dem sozialen Handeln im öffentlichen Raum der Kommune eine neue Bedeutung verleiht, wird die in den letzten Jahren allzu oft diagnostizierte Bedeutungsentleerung und Verarmung des sozialen Nahraums relativiert. Diese durch bürgerschaftliches Engagement kultivierte Zivilisierung des öffentlichen Raums wird somit zu einem Kennzeichen der Bürgerkommune, die als „work in progress“ in vielen Kommunen des Landes gestaltet wird.

## 1. Die Bürgerkommune als Entwicklungsperspektive

Die Analyse der Aktivitäten der kommunalen Netzwerke ergibt, dass es auf vielen kommunalen Handlungsfeldern zunehmend zu bewussteren Formen der Kooperation kommt, sei dies bei den lokalen Bündnissen für Familie und den Aktivitäten um eine familienfreundliche Kommune oder Projekten, die das Miteinander der Generationen betreffen. Diese Intensivierung der Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure auf den verschiedenen Feldern der kommunalen Entwicklung kann auch als ein Entwicklungsschritt von der Kommune zur „Bürgerkommune“ interpretiert werden. Mit „Bürgerkommune“ geht sowohl „das gestiegene Interesse an lokalen Varianten der Bürgergesellschaft“ (Olk 2005) einher, als auch ein neues Selbstverständnis aller kommunalen Akteure, Institutionen, Einrichtungen, Organisationen und auch örtliche Unternehmen einzubeziehen. Die Bürgerkommune mit ihren ressort- und akteursübergreifenden Arbeitsprinzipien wird zum Leitbild vieler Gemeinden und Städte, in denen sich bürgerschaftliches Engagement besonders nachhaltig entfaltet. In Baden-Württemberg verbindet sich mit dem Begriff der Bürgerkommune eine zusätzliche Empathie durch die Engagementpolitik des Landes und die erfinderischen Ideen und Prozesse in den kommunalen Netzwerken.

Die Gestaltung des lokalen Raumes im partnerschaftlichen Zusammenwirken von Bürgerinnen und Bürger, freien Trägern, Politik und Verwaltung ist gewissermaßen eine erste Arbeitsdefinition von „Bürgerkommune“. Diese Arbeitsdefinition geht teilweise auch über stärker an politikwissenschaftlichen Konzepten orientierte Definitionsvorschläge von Bogumil/Holtkamp (2002) hinaus, die in der Bürgerkommune wesentlich eine qualitative Neugestaltung des Kräftedreiecks zwischen Bürgern, Kommunalvertretung und Verwaltung erkennen, in diesem Kräftedreieck nicht jedoch unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement mit berücksichtigen. Gerade letzteres bestimmt nach unseren Ergebnissen jedoch in ausgeprägtem Maße das gesellschaftliche Leben der Kommune mit, so dass wir als Kräfte-Netzwerk ein Kräfteviereck konstatieren.

Im Blick auf die Erkenntnisse der wissenschaftlichen Begleitung des bürgerschaftlichen Engagements in Baden-Württemberg lassen sich für die Bürgerkommune mehrere Merkmale identifizieren, die dem in unserer Arbeit entwickelten dreidimensionalen Verständnis von Zivil- oder Bürgergesellschaft (vgl. Klie/Ross 2005) entsprechen. Demgemäß ist unter „**Bürgerkommune**“ eine Stadt oder Gemeinde zu verstehen,

- 
- die sich durch vielfältiges bürgerschaftliches Engagement (i. S. von bürgerschaftlicher *Mitwirkung* und *Mitentscheidung*) auszeichnet,
  - in der die übrigen gesellschaftlichen Teilbereiche – Staat (Rat und Verwaltung), Verbände des Dritten Sektors, Wirtschaft – einerseits eine solche Stärke bürgerschaftlichen Engagements zur Geltung kommen lassen bzw. durch geeignete Maßnahmen unterstützen und aktiv ermöglichen, andererseits mit den Bürgerinnen und Bürger zur Gestaltung des lokalen Raums in der Politikformulierung und -umsetzung gemeinwohlbezogen koproduktiv und kooperativ-demokratisch in Netzwerken zusammenwirken,
  - in der sowohl für die Interaktion *innerhalb* ihrer Teilbereiche als auch für die Interaktion *zwischen* den gesellschaftlichen Teilbereichen zivile und demokratische Interaktionsregeln gelten,
  - in der durch die Entfaltung der erstgenannten Kriterien öffentliche Räume entstehen, die der Verarmung des sozialen Nahraums entgegenwirken und in denen kommunikative und kooperative Öffentlichkeit auf vielen kommunalen Handlungsfeldern hergestellt wird.

Die „Bürgerkommune“ ist damit weder gleichgesetzt mit dem „Dritten Sektor“ noch ist sie identisch mit dem Begriff der „Dienstleistungskommune“, der primär als ein Leitbild für die öffentliche Verwaltung verstanden wird, sondern die „Bürgerkommune“ wird zum Leitbild für *alle* Teilbereiche (bzw. Akteursfelder) und ihr Zusammenwirken in dialogischen Verfahren. Damit kann die Bürgerkommune auch als Ausdruck des Wandels von Staatlichkeit und der politischen Steuerung verstanden werden, die sich in den vielfältigen Beteiligungsprozessen der Bürgerinnen und Bürger widerspiegelt.

Diese Beteiligungsprozesse der Engagierten am kommunalen Geschehen lassen sich aus analytischer Perspektive der Politikwissenschaft auch als Wandel von „Government“ zu „Governance“ beschreiben. Mit Governance ist nicht nur das Regieren im Kontext der Institutionen repräsentativer Demokratie und deren Rechtsprinzipien (Governance) gemeint, sondern Regieren in komplexen Regel- bzw. Verhandlungssystemen, in denen institutionelle Strukturen geschaffen werden, die Steuerungsformen der repräsentativen Demokratie, Wettbewerbsmechanismen und Netzwerke miteinander verbinden (Benz 2004: 21).

Damit ist sowohl die Grundlage für Bürgerengagement im Wohlfahrtsmix (Punkt C.2.) gelegt als auch für Möglichkeiten lokaler Institutionenreformen, sprich „Good Governance“ im Kontext der Bürgerkommune gesorgt (Punkt C.3.).



## 2. Bürgerengagement im Wohlfahrtsmix

Der gewachsene Stellenwert des bürgerschaftlichen Engagements und der gesellschaftlichen Selbstorganisation für die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft gibt Anlass, auch auf der konzeptionellen Ebene der Rolle des bürgerschaftlichen Engagements Rechnung zu tragen.

Folglich bietet sich ein neuer Ordnungsentwurf der gesellschaftlichen Wohlfahrt an, der sich im Zusammenwirken unterschiedlicher gesellschaftlichen Funktionssysteme als neues, gestaltendes Prinzip Geltung verschafft.

Dazu kann das von Evers (1992) Anfang der 90er Jahre beschriebene Modell des Wohlfahrtspluralismus zugrunde gelegt werden, welches aus einer Komposition von Leistungen des informellen Sektors, des kommerziellen Sektors und des Staates gebildet ist. In diesem Modell müsste allerdings der Beitrag, den bürgerschaftliches Engagement zu diesem Wohlfahrtsmix leistet, deutlicher akzentuiert werden.

Als ein erweitertes Modell zur Beschreibung moderner ausdifferenzierter Gesellschaften, deren „mixed economy of welfare“ (Evers 1992) sowie der Veränderungen dieses Wohlfahrtsmixes bietet sich folglich die Unterscheidung der Sektoren Staat, Markt, Assoziationen und primäre Netze an. Wohlfahrt entsteht im Zusammenspiel dieser vier Sektoren bzw. Funktionssysteme, die als eigenständige Systeme jeweils vielschichtig ausdifferenziert sind.

Im Blick auf die spezifischen Eigenschaften der vier Funktionssysteme ist festzuhalten:

- Jedem der vier Sektoren können zwar bestimmte Institutionen („kollektive Akteure“) zugeordnet werden. Die Sektoren sind jedoch weniger klar voneinander abgrenzbare „Territorien“, sondern sind vor allem gekennzeichnet durch je eigene Funktionslogiken, Zugangsregeln und Bezugswerte. Insofern hat ihre Unterscheidung vor allem eine heuristische Funktion.
- Die vier Sektoren stellen sich wechselseitig Kontextbedingungen und sind zugleich auf von den jeweils anderen Sektoren gesetzte Rahmenbedingungen angewiesen.
- In Bezug auf Wohlfahrtsproduktion hat jeder Sektor einerseits spezifische Leistungsfähigkeiten, andererseits spezifische systemimmanente Leistungsgrenzen.

---

Zentral geht es darum, im Kontext von Zivilgesellschaft die Ressourcen „der unterschiedlichen Sektoren der Wohlfahrtsproduktion aufeinander zu beziehen, sie zu koordinieren und „... effizient miteinander zu verknüpfen“ (Klie/Ross 2005). Der Trend, bürgerschaftliches Engagement strategisch als festen Bestandteil des Wohlfahrtspluralismus zu konzeptionieren, korrespondiert dabei mit Ergebnissen des Freiwilligensurvey, die zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger einen ausgeprägten Willen haben, die Gesellschaft im Kleinen kooperativ mitzugestalten.

Die Bedeutung, die Leistungsfähigkeit und die Inanspruchnahme von Wohlfahrtsleistungen und -beiträgen aus den vier Sektoren werden dabei auf sehr unterschiedlichen Ebenen gesteuert und ausbalanciert.

Für Baden-Württemberg lässt sich beobachten, dass sich das Zusammenspiel dieser gesellschaftlichen Sektoren in Hinblick auf eine koproduktive Wohlfahrtsproduktion und das Ineinandergreifen und Ausbalancieren der Beiträge unterschiedlicher Sektoren weiter entwickelt hat. So werden bspw. bei den Bündnissen für Familie sowohl der informelle Sektor, sprich die Familien selbst, nachbarschaftliche und soziale Netzwerke, sowie die Kommune, aber auch Kirchengemeinden und verstärkt die Wirtschaft in Wohlfahrtsmixturen einbezogen, um zu tragfähigen lokalen Bündnissen für Familien zu kommen und das Image einer familienfreundlichen Kommune zu erhalten. Die Möglichkeit, durch Wohlfahrtsmixturen Blockaden und Steuerungsprobleme komplexer Gesellschaften zu überwinden, erscheinen jedenfalls aussichtsreich.

Dies zeigt sich exemplarisch auch bei weiteren, im Landesbericht thematisierten Handlungsfeldern, welche Bildung und Schule, Jugendbegleiter, Jugend- und Seniorinnen- und Seniorenarbeit betreffen, sowie Behindertenhilfe, Pflege und Betreuung, aber auch die Themen Migration und Integration, Kommunale Kriminalprävention und Straffälligenhilfe. Auch die Denkmalpflege und die lokalen Agenda-21-Prozesse einschließlich Naturschutz und Landschaftspflege sind durch diese koproduktive Wohlfahrtsproduktion gekennzeichnet. Sie gewinnt im demografischen Wandel und beim Thema Solidarität der Generationen an Bedeutung.

Abb. 1

Quelle (Klie/Ross 2005).

---

Auch die Aktivitäten der drei kommunalen Netzwerke sind darauf ausgerichtet, in der Bearbeitung von Themenfeldern jeweils die Fachebenen der Kommunalverwaltung, Politik und Engagierte, sowie unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement ressourcenorientiert auf einen Sozialraum, Stadtteil oder Kommune bezogen, bzw. auch mit kommunaler Ausrichtung, zusammenzubringen. Insbesondere auch die Fachberatungen des Städte-, Gemeinde- und Landkreisnetzwerks fördern, wie unsere Analysen zeigen, diese Entwicklung, verschiedentlich auch mit dem Instrument der Kommunalen Entwicklungsbausteine.

Gerade in Bezug auf kommunale Tätigkeitsfelder des bürgerschaftlichen Engagements zeigt sich, wie sich dieses in Verbindung mit anderen regionalen Akteuren aus den unterschiedlichen Sektoren von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Dritter Sektor und Einrichtungen der sozialen und kulturellen Infrastruktur entfaltet und, dass das Bestreben besteht, in den unterschiedlichen Handlungsfelder einen Wohlfahrtsmix zu erzielen, der lebensweltlichen wie fachlichen Ansprüchen gleichermaßen gerecht werden kann. Wegen der tragenden Rolle des bürgerschaftlichen Engagements lässt sich dabei durchaus von einer Neu-Ausbalancierung des Wohlfahrtsmixes sprechen.

Die sich mit der gemischten Wohlfahrtsproduktion abzeichnende Strukturentwicklung kann als ein authentisches Kennzeichen der Zivil- oder Bürgergesellschaft betrachtet werden, in der drei unterscheidbare Dimensionen miteinander verknüpft sind:<sup>33</sup>:

(1)

„Zivilgesellschaft“ als ein **Sektor von Gesellschaft**, nämlich als jener Bereich, der zwischen Markt, Staat und primären Netzen liegt und gleichzeitig in Wechselwirkungen zu diesen steht; also der so genannte „Dritte Sektor“ in seiner Formvielfalt freier Assoziationen und zunehmenden Ausdifferenzierung, aber auch als Gegenstand von Versuchen, ihn zu fördern. Nun herrscht ohne Frage zwischen „Zivilgesellschaft“ und „Drittem Sektor“ eine hohe Affinität: An „Zivilgesellschaft“ ist ohne einen vitalen „Dritten Sektor“, der von gering formalisierten bürgerschaftlichen Gruppen bis zu komplexen verbandlichen Organisationen reicht, nicht zu denken. Allerdings greift die immer wieder

---

<sup>33</sup> vgl. [www.zentrum-zivilgesellschaft.de](http://www.zentrum-zivilgesellschaft.de)

anzutreffende Gleichsetzung von „Zivilgesellschaft“ und „Drittem Sektor“ zu kurz<sup>34</sup>. Was mit Zivilgesellschaft gemeint ist, reicht zum einen über einen abgegrenzten gesellschaftlichen Teilbereich hinaus und beschränkt sich zum anderen nicht darauf, analytische Kategorien zur Beschreibung von Gesellschaft bereit zu stellen. Insofern kommen zwei weitere Dimensionen hinzu.

(2)

„Zivilgesellschaft“ als (formales) **Ordnungsprinzip von Gesellschaft insgesamt**, das über einen abgrenzbaren Bereich gesellschaftlicher Selbstorganisation hinausweist. In der Theorie des Wohlfahrtspluralismus wird die Erkenntnis der begrenzten Leistungsfähigkeit der einzelnen Sektoren in die These gewendet, heute seien „wohlfahrtssteigernde Effekte nur von neuen Kombinationsformen, Verknüpfungen und `Mixes´ zwischen diesen Institutionen zu erwarten“ (Evers/ Olk 1996: 27). Hier überschneiden sich denn auch der zivilgesellschaftliche Diskurs und der Ansatz des Wohlfahrtspluralismus. Als Ordnungsprinzip intendiert Zivilgesellschaft die „Zivilisierung einer Gesellschaft insgesamt“ (Evers 2004: 14) und formuliert Handlungs- und Rollenerwartungen an alle Sektoren.

(3)

„Zivilgesellschaft“ als **normatives Konzept für die Interaktion** sowohl innerhalb der gesellschaftlichen Sektoren als auch zwischen ihnen. Hier geht es um eine Zivilisiertheit der Interaktion, deren inhaltliche Eckpunkte sich in einem Kulturalisierungsprozess diskursiv entwickeln und weiter formen: Gegenseitige Rücksichtnahme und Bemühen um Gewaltfreiheit; Rechtstaatlichkeit auf Grundlage einer unabhängigen Justiz als Teil funktionierender Gewaltenteilung; Demokratische Partizipation als dauerhaftes Bemühen um die Sicherung von Teilhabe und Mitgestaltung in unterschiedlichen Spielarten; bürgerschaftliches Engagement als aktive, freiwillige und ebenso eigennutz- wie gemeinwohlorientierte Mitwirkung an der Gestaltung lokaler Lebensräume, in sozialer, kultureller, ökologischer und ökonomischer Hinsicht; Gerechtigkeit als ein Prinzip, das Orientierung bietet; offene Gesellschaft in dem Sinne, Pluralität zu akzeptieren, Toleranz gegenüber verschiedenen Lebensstilen, Werthaltungen und Glaubens-

---

<sup>34</sup> So argumentiert auch A. Evers, der Zivilgesellschaft nicht als abgegrenzten Bereich, sondern „als ein Set von Prinzipien, der gesamtgesellschaftlich wirkt“, verstanden wissen möchte (Evers 2004: 4).

---

richtungen zu üben sowie gesellschaftlichen Wandel zu akzeptieren; Herstellung von Wohlfahrt als gemeinsame gesellschaftliche Aufgabe; Nachhaltigkeit im Sinne einer sozial gerechten, ökonomisch erfolgreichen und ökologisch verträglichen Entwicklung von Gesellschaft (zze 2005).

Damit sind „zivile Regeln des Umgangs“ benannt, an denen sich der Staat genauso orientieren soll wie der Markt oder die einzelne Person in ihrer Lebensführung und das gesamte Feld der zivilgesellschaftlichen Assoziationen selbst. Die normative Konstruktion einer sektoralen und sektorenübergreifenden Zivilgesellschaft hat viel mit dem neu in den gesellschaftlichen Diskurs eingebrachten Begriff von *Governance* zu tun. Mit *Governance* ist dabei auch die vielfache Erprobung neuer Beteiligungsmodelle<sup>35</sup> der Bürgerinnen und Bürger angesprochen, welche die prozesshafte Demokratie der Gegenwart kennzeichnen. Das Attribut *Good Governance* verweist dabei sowohl auf den Einbezug aller an der Neubalancierung des Wohlfahrtsmix beteiligten Akteure und die Implementierung entsprechender Verfahren, als auch auf die Zielorientierung, mit diesem Beteiligungsmodell eine ausgewogene Verantwortungsteilung und gute Lösungen für einzelne Handlungsfelder der kommunalen Entwicklung im Sinne einer Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung zu erreichen.

---

<sup>35</sup> Auch eine Fachtagung von FaLBE zum Thema „Bürgerengagement und Gemeinwesen" Partner für die Zukunft?" im Januar 2006 widmete sich dem Thema neuer Beteiligungsformen.

### 3. Good Governance: Gelingende Kooperation in der zukunftsfähigen Bürgerkommune

Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Bürgergesellschaft/ Zivilgesellschaft gewinnt der Begriff Good Governance als Schlüsselbegriff an Bedeutung. Aus analytischer Perspektive zielt Good Governance darauf ab, die zivilgesellschaftlichen Gestaltungsleistungen anzuerkennen und die gewachsene Verantwortungsrolle der Bürgerinnen und Bürger in einem komplexeren Steuerungsmodell kommunaler Politikgestaltung zum Tragen kommen zu lassen. Auch aus strategischer Perspektive erscheint dies als eine richtige Antwort im Sinne einer Stärkung von netzwerkorientierter Steuerung, Partizipation und lokalen Demokratieprozessen.

Die Organisationssphären der Zivilgesellschaft sind im Prozess von Good Governance vielfach an staatliche/kommunale und ökonomische Prozesse und Institutionen, d.h. an die soziale, soziokulturelle, ökologische und ökonomische Infrastruktur rückgekoppelt. In diesem strukturell angelegten Verbund liegt die Chance der Bildung von **örtlichen Innovationssystemen**, die erfolgreich und problemlösend arbeiten, durch das koproductive Zusammenwirken von Akteuren in Lebenswelten und unterschiedlichen Funktionssystemen und Institutionen der Kommune.

- Mit dem Thema Good Governance sollen im Folgenden Überlegungen entfaltet werden, die das Regieren in der Bürgerkommune hinsichtlich seiner wesentlich beteiligten Akteure und Institutionen und hinsichtlich der dafür gewählten Verfahren charakterisieren. Good Governance spezifisch bezogen auf die Bürgerkommune kann auch als Governance in lokalen Kontexten oder local Governance bezeichnet werden. Hierfür gibt es zwischenzeitlich in Baden-Württemberg auf kommunaler Ebene neue regulative Verfahren<sup>36</sup>, die im Folgenden exemplarisch skizziert werden.

Die im Stuttgarter Raum angesiedelte Stadt Filderstadt (Region Stuttgart) mit rund 43.000 Einwohnerinnen und Einwohner hat sich in den letzten Jahren intensiv mit der Entwicklung eines zivilgesellschaftlichen Leitbildes befasst. Zentraler Gesichtspunkt war dabei die Weiterentwicklung des Demokratieverständnisses und demokratischer Verfahren im Kräftedreieck „Bürgerschaft“, „Politik“ und „Verwaltung“. Regieren in der „Bürgerkommune“ wurde dabei gerade

---

<sup>36</sup> Neue Modelle von local Governance oder Good Governance finden sich in den dem Landesnetzwerk BE angehörenden Dürmentingen (vgl. Klie/Maier/Meysen 2004) und Filderstadt. Das Filderstadter Modell von Local Governance wird im Folgenden in Anlehnung an die umfassende Darstellung von Roß (et al. 2007) dargestellt.

---

auch vor dem Hintergrund der Diskurse und Konzepte des oben dargestellten Wohlfahrtspluralismus als ein Zusammenspiel verschiedener Akteure und der ihnen eigenen Formen demokratischer Willensbildung aufgefasst.

Dabei hat in der Entwicklungsgeschichte des Filderstadter Governance-Modells das bürgerschaftliche Engagement und seine Förderung eine besondere Bedeutung, insofern als auf dem Wege der Erstarkung des Engagements auf den unterschiedlichen kommunalpolitischen Handlungsfeldern die Resonanzfähigkeit der politischen Gremien wie der Verwaltung für die Effizienz und Fruchtbarkeit des Engagements mehr und mehr zunahm.

Weiterhin wurde deutlich, dass dieses Engagement nicht nur eine Gestaltungskraft für Handlungsfelder der Stadt darstellte, sondern partizipatorisch wirkte, in dem Sinne, dass bürgerschaftliches Engagement auch als eine politische Kraft neben den gewählten Repräsentanten und der Stadtverwaltung, aber auch neben Parteien und weiteren einflussreichen Organisationen wie Vereinen, Verbänden und Kirchen, wahrgenommen wurde.

Dies bedeutet, dass bürgerschaftliches Engagement im Maße seiner Entfaltung – und dies kann durchaus als stufenförmiger Prozess verstanden werden – die Einlösung geregelter partizipatorischer Verfahren nach sich ziehen kann, wie die Entwicklungen in der Mittelstadt zeigen.

Nachdem zunächst über einen gewissen Zeitraum repräsentative und partizipatorische Formen der Demokratie eher antagonistisch zueinander ausgerichtet waren, wurde in der Stadt ein erfinderischer Prozess dahingehend angestoßen, prinzipiell darüber zu reflektieren, mit welcher Legitimation die unterschiedlichen Akteure an den Entscheidungsprozessen der Stadtentwicklung beteiligt werden können. Das in den Kommunen geförderte bürgerschaftliche Engagement wird nach den Erfahrungen in Filderstadt folglich nicht nur in den Engagementbereichen selbst wirksam, sondern auf der Entscheidungsebene gestaltender Kommunalpolitik. In der „Bürgerkommune“ stellt sich damit die „Frage nach dem Verhältnis und der Machtbalance zwischen den gewählten Organen der repräsentativen Demokratie einerseits und den neuen Formen bürgerschaftlicher Beteiligung andererseits“ (Ross et al. 2007). Damit wird die auch demokratiethoretisch bedeutsame Frage nach Governance in und mit komplexeren Regel- und Verhandlungssystemen und den dafür erforderlichen institutionellen Strukturen gestellt, in denen in geregelten Verfahren die Steuerungsformen der repräsentativen Demokratie mit den neuen Formen bürgerschaftlicher Beteiligung verknüpft werden können.



Hier ist zunächst zu betonen, dass es ja bereits eine Vielfalt an verfassten und nichtverfassten Formen der Partizipation des Volkssouveräns gibt (siehe Abb. 1), die jedoch nicht deckungsgleich sind mit dem in Filderstadt entwickelten Governance-Modell für lokale Kontexte, das einen dritten Weg konzipiert, der dem Modell der kooperativen Demokratie stärker entspricht.

Abb 1.

### Verfasste und nicht verfasste Partizipationsformen



Abb. : Verfasste und nicht verfasste Partizipationsformen (vgl. Westphalen 2001) / Bogumil/Holtkamp 2002)

<p><b>Verfasste Partizipationsformen der BürgerInnen:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•Wahl der Gemeinderäte</li> <li>•Wahl des Bürgermeisters</li> <li>•Kommunale Referenden, Bürgerentscheide als direktdemokratisches Element in der Kommunalverwaltung</li> <li>•Bürgerbegehren, das zu Bürgerentscheid führt (zuvor müssen bestimmte Quoren erreicht werden)</li> <li>•Ratsbegehren, das zu Bürgerentscheid führt</li> <li>•vorgezogene Bürgerbeteiligung im kommunalen Bauleitplanungsverfahren (Anhörungsrecht der Bürger)</li> </ul>	<p>Daneben existieren zahlreiche unverfasste Beteiligungsmöglichkeiten als Elemente der Stadtteilpolitik:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•Mediationsverfahren</li> <li>•Planungszellen</li> <li>•Runde Tische</li> <li>•Beiräte</li> <li>•Agenda 21-Prozesse</li> </ul> <p><i>Zusätzlich bei Bogumil/Holtkamp (2002a)</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>•Bürgerforen</li> <li>•Bürgerhaushalt</li> <li>•Perspektivenwerkstatt</li> <li>•E-Democracy</li> <li>•Bürgerversammlungen</li> <li>•Bürgerbefragungen</li> <li>•Ausländerbeiräte</li> <li>•Kinder- und Jugendparlamente</li> </ul> <p>und vielfältige Selbstorganisationspotentiale und BE-Engagement in der Bevölkerung zur „Produktion“ sozialer Dienstleistungen</p>
---	--

### *Gremien des kooperativen Demokratie-Modells*

Dieses kooperative Demokratie-Modell in Filderstadt wurde in längerer Entwicklungsarbeit auf wesentliche Initiative des Oberbürgermeisters hin entwickelt und institutionalisiert im Kern ein Verfahren demokratischer Kooperation im Kräftedreieck Gemeinderat – Kommunalverwaltung – und Bürgerschaft (siehe Abb. 2).

Zunächst wurde im Jahr 1999 ein Konzept zur Förderung der Bürgerbeteiligung in Filderstadt erarbeitet, das von dem zu bildenden und bei der Kommunalverwaltung angesiedelten „Referat für Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung“ umgesetzt werden sollte. Diesem Vorgehen erteilte der Gemeinderat im Jahr 2000 seine Zustimmung.

An den weiteren Institutionalisierungsprozessen des Governance-Modells, die sich jeweils an konkreten exemplarischen Projekten schulten, waren die Akteursgruppen „Bürgerschaft“, „Kommunalverwaltung“ und „Gemeinderat“ aktiv

---

beteiligt, wobei zielgruppenspezifische und zielgruppenübergreifende Fortbildungen und Entwicklungswerkstätten wichtige Elemente der Qualitätssicherung und der Entwicklung weiterer Strukturelemente darstellten: Neben dem *Referat* für Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung kam es im Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters zur Bildung eines *Gemeinderatsausschusses* für Verwaltung, Bürgerbeteiligung und Wirtschaft sowie zu einer *ämterübergreifenden Interessengruppe* Bürgerschaftliches Engagement (IG/BE) in der Verwaltung.

In dem Verfahren der kooperativen Demokratie bringt sich die „Bürgerschaft“, vertreten durch Bürgerinnen und Bürger, Repräsentanten von Organisationen wie Vereinen, Verbänden, Kirchengemeinden sowie Unternehmer/-innen oder deren Kammern, mit ihren Kompetenzen und ihrer Betroffenheit ein. Dadurch erfolgt eine wichtige „Rückbindung“ der Themenbearbeitung in den betreffenden Sozialraum. Das Beteiligungsverfahren orientiert sich dabei an demokratischen Spielregeln und besitzt ein Rahmenmandat seitens des repräsentativ-demokratisch gewählten Rats oder von einem direkt-demokratischen Verfahren. Auf Grundlage der Institutionalisierung neuer Gremien wurden des Weiteren „bestimmte Ablauf- und Steuerungsprozeduren erprobt, diskutiert und im Sinne einer Selbstbindung schriftlich niedergelegt“ (Ross et al. 2007).

So wurde für die Beteiligungsprozesse ein Verfahrensrahmen für das Zusammenspiel von Bürgerinnen und Bürger, Kommunalverwaltung und Gemeinderat entwickelt und im „*Leitfaden Bürgerbeteiligung*“ niedergeschrieben. Er enthält Anleitungen für die Art und Weise des Zusammenwirkens im Rahmen kooperativ-demokratischer Verfahren und wurde von Akteuren aus Bürgerschaft, öffentlicher Verwaltung und Politik gemeinsam erarbeitet und seitens des Gemeinderats beschlossen. Der Leitfaden sieht vor, dass sowohl auf Initiative der Bürgerschaft als auch von Seiten der Kommunalverwaltung oder des Gemeinderates ein „kooperativ-demokratisches Verfahren der Bürger- bzw. Interessengruppenbeteiligung“ (Ross et al. 2007) zu einem wichtigen Thema der Stadtentwicklung (z.B. Ausgestaltung der Schule(n) zu Ganztagschulen, interkulturelles Zusammenleben etc.) eingeleitet werden kann.

Des Weiteren konkretisiert das „*Manual Bürgerbeteiligung*“ die „Rolle der Verwaltung in Beteiligungsprozessen einschließlich der ämterübergreifenden Kooperation“. Dieses Manual enthält auch Anleitungen für ein „professionelles Partizipationsmanagement“.

Schließlich stellt ein Prioritätenkatalog, der von der Verwaltung (IG/BE) in „Rückkoppelung mit bürgerschaftlichen Initiativen“ erarbeitet und „vom

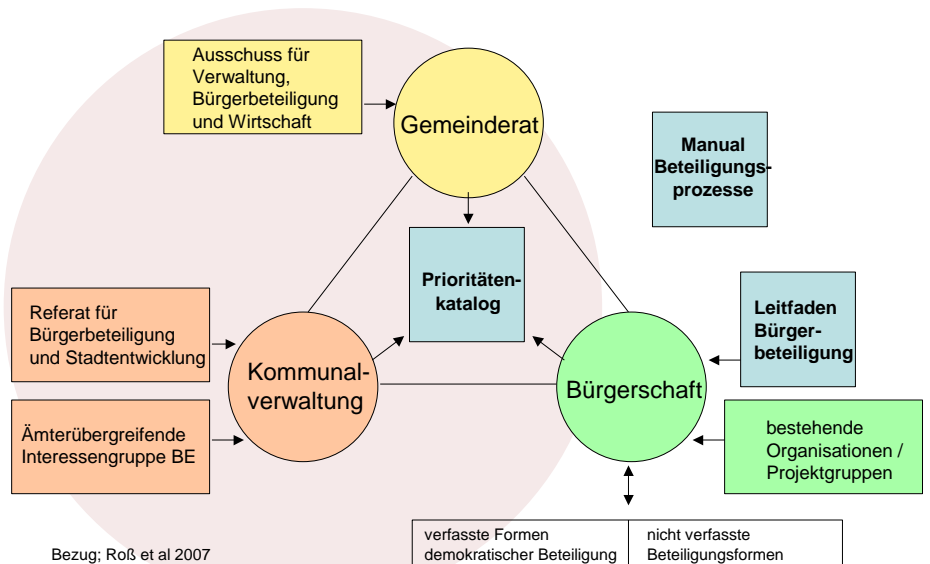
Ausschuss bzw. Gemeinderat verabschiedet“ wird, die „jährliche Handlungsagenda in Sachen Bürgerbeteiligung dar“ (Ross et al. 2007).

### 3.1 Arbeitsweise und Verfahren im kooperativen Demokratie-Modell

Im Filderstadter Modell wird eine „Initiative“ über die Fachstelle des Referats für Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung in die Verwaltung eingebracht und zeitnah eine **fachliche Aufbereitung** vorgenommen. Die Fachstelle prüft, „wer vom Gegenstand des Verfahrens betroffen ist (oder sein sollte) und daher beteiligt werden sollte“. Sie prüft des Weiteren auf „potenzielle Überschneidungen zu anderen Planungen/Prozessen“ und schlägt darauf hin ein Beteiligungsverfahren vor, für das die erforderlichen „Ressourcen an Finanz- und Personaleinsatz kalkuliert werden“. Das Referat für Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung prüft auch, „wie viele Beteiligungsprozesse oder –projekte in welcher Größenordnung realistischer Weise“ unter Gesichtspunkten der Qualitätssicherung parallel durchgeführt werden können.

Für die Aufarbeitung von Beteiligungsprojekten sind jeweils betroffene Fachämter in Rückkoppelung mit den Initiator/-innen zuständig. Die Koordination erfolgt über eine gemeinsame verwaltungsinterne Arbeitsplattform, sprich die „Ämterübergreifende Interessensgruppe BE“, die „eine **Beschlussempfehlung** an den Gemeinderat bzw. einen zuständigen Ausschuss erarbeitet“ (Ross et al. 2007)

Abb. 2



Auf dieser Grundlage erfolgt der **Verfahrensbeschluss durch den Gemeinderat**, indem er ein Grundsatzvotum zur Durchführung eines Beteiligungsverfahrens zum in Frage stehenden Themenfeld ausspricht. Durch ihn erfolgen die Erstellung eines Orientierungs-Zeitplanes sowie der Auftrag an die Verwaltung, das Beteiligungsverfahren „zu initiieren, zu koordinieren oder zu begleiten“.

Der Verfahrensbeschluss des Gemeinderats enthält auch Angaben über das für das Projekt aus Haushaltsmitteln zur Verfügung stehende Budget, sowie eine „Definition der zur Disposition stehenden Gestaltungsspielräume“.

Die Durchführung des Beteiligungsprozesses, für den ein Fachamt die Federführung übernimmt, erfolgt in Kooperation von Bürgerschaft und Fachämtern der Verwaltung, sowie der Kompetenzstelle BE, die beratend tätig ist. Gemeinderatsmitglieder können sich am Verfahren beteiligen, sind jedoch nicht als offizielle FraktionsvertreterInnen angesprochen.

Das Verfahren hat die „demokratischen Verfahrensregeln (gleiche Zugangs- und Rederechte usw.) und fachlichen Standards in der Sache (Rechts- und Baunormen, soziale Standards usw.)“ zu beachten.

Für die operative Durchführung des Beteiligungsverfahrens, aber auch in „politisch-normativer Hinsicht“ ist ein professionelles Partizipationsmanagement geboten. Dessen Aufgabe sind die Strukturierung und Phasierung des Beteiligungsprozesses, sowie die „laufende Klärung von Schnittstellen“, vor allem zur Verwaltung hin. Zum Partizipationsmanagement zählen des Weiteren die Öffentlichkeitsarbeit, die Vermittlung notwendiger Expertisen sowie die Ergebnisdokumentation.

Eine zentrale Aufgabe des Partizipationsmanagements ist, im Verfahren Beteiligungsinstrumente einzusetzen, „die es erlauben, einem breiten Spektrum von Bürgerinnen und Bürger den Zugang zum Beteiligungsprozess zu ermöglichen“ und der empirisch erwiesenen Mittelschichtdominanz bei der Bürgerbeteiligung entgegenzuwirken. Im Zusammenhang damit müssen Antworten darauf gefunden werden, auf welche Weise die Beteiligungsbereitschaft und -fähigkeit gerade beteiligungsungewohnter Bevölkerungsgruppen gefördert werden können.

Hier zeigen die Erfahrungen in Filderstadt, dass es ratsam erscheint „jenseits von Sitzungen, Arbeitsgruppen und Anhörungen“ Beteiligungselemente, wie bspw. eine „aktivierende Befragung“ in das Beteiligungsverfahren zu integrieren.

Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses werden dem Ratsgremium vorgelegt und werden durch einen „**Sachbeschluss des Gemeinderats**“ verbindlich.

Dies verweist auf die nach wie vor starke Position des Gemeinderats im kooperativ-demokratischen Verfahren und seine „repräsentativ-demokratische Rahmung“.

Der Gemeinderat und seine Ausschüsse entscheiden weiter „vorrangig über Rahmenrichtlinien bzw. Grundprioritäten der Kommunalpolitik und wachen in Beteiligungsverfahren über demokratische Abläufe im Procedere bzw. Gemeinwohlorientierung in der Sache“.

Der Gemeinderat beschließt „über die Umsetzung der im Beteiligungsprozess erarbeiteten Lösungen“ und besitzt die Entscheidungshoheit auch in solchen Situationen, in denen sich die Akteure innerhalb des kooperativ-demokratischen Verfahrens nicht einigen können.

Dieses Verfahren skizziert ein Verständnis von lokal Governance, in welchem „kooperativ-demokratische Prozesse und ihre Ergebnisse“ „weder als unverbindlich betrachtet werden“ dürfen, „noch kann ihnen unmittelbar bindender Charakter für die Kommunalpolitik zugesprochen werden“. Die Grundregeln des Filderstadter

---

Beteiligungsverfahren, die Satzungscharakter haben, verweisen auf einen Möglichkeitsraum der Beteiligung, der derzeit in Filderstadt „schrittweise und experimentell“ (Ross et al. 2007) erprobt wird, wobei - verständlicherweise - nicht zu allen Themen der Stadtentwicklung „gleichzeitig kooperativ-demokratische Verfahren erweiterter Bürgerbeteiligung“ initiiert werden können, um (zeitlichen) Überforderungen sowohl von Bürgerschaft als auch Verwaltung und Gemeinderat vorzubeugen.

### **3.2 Zur Generalisierbarkeit des kooperativen Demokratie-Modells**

In Filderstadt wurden Verfahren entwickelt, die es ermöglichen, dass sich die Leitidee der „Bürgerkommune“ nicht nur in „kommunalpolitischen Nischen“, sondern in den „Kernbereichen kommunaler Daseinsvorsorge“ bei der „Gestaltung der sozialen, kulturellen, ökologischen und wirtschaftlichen Infrastruktur der Städte und Gemeinden“ bewähren kann (Ross et al. 2007). Dabei muss von einem langfristigen Prozess der Erprobung und Bewährung von direkt-demokratischen (Bürgerbegehren, Bürgerentscheide, Runde Tische, Planungszellen, Zukunftswerkstätten etc.) und kooperativ-demokratischen Beteiligungsverfahren ausgegangen werden, welche die repräsentativ-demokratischen Verfahren ergänzen und eine je eigene „demokratische Qualität“ (Ross et al. 2007) besitzen.

Erprobt wurde das Beteiligungsverfahren bereits im Jahr 2000, indem ein recht komplexes Verkehrskonzept als Gegenstand in das neue Beteiligungsverfahren einbezogen wurde. Diese Erprobungsphase diente dazu, im Widerstreit der Meinungen, mit dem auch Entscheidungsblockaden verbunden waren, schließlich die Verfahrensregeln sowie Leitbilder und Rollenverständnisse zu entwickeln, die sich schließlich in einem längeren Implementationsprozess bewährt haben.

Inzwischen wurden in verschiedenen Mitgliedkommunen des Landesnetzwerks BE solche Verfahren der Bürger/-innenbeteiligung auf unterschiedliche Weise erprobt<sup>37</sup>, auf deren Grundlagen die unterschiedlichen Demokratieformen koproduktiv zusammenwirken. Die Entwicklung in Baden-Württemberg zeigt, dass der Filderstadter Weg der kooperativen Demokratie entlang wichtiger Themen in vielen Kommunen erprobt wird. In diesen koproduktiven demokratischen Verfahren liegt nach den bisherigen Erfahrungen die Chance, die „Problemlösekapazität“ zu erhöhen und „die Herausforderungen, vor denen

---

37 Vgl. Ross/Muttach/Wörner 2001.

unsere Städte und Gemeinden heute und morgen stehen“ zu bewältigen.“ Es bietet sich auch für andere Kommunen an, sich jeweils „auf eine begrenzte Zahl von Beteiligungsprozessen“ zu konzentrieren und diese nach den Regeln eines qualifizierten Verfahrens durchzuführen, anstatt das Modell mit einer Fülle an Themen zu überfrachten.

Die Erfahrungen in Filderstadt, aber auch in vielen anderen Kommunen des Landesnetzwerkes zeigen, dass der „komplexe Prozess im Entwicklungsdreieck von Leitbildern, Strukturen/Prozeduren und konkreten Projekten“ eine „zwischen“ den Akteursgruppen vermittelnde Instanz nötig hat, „die konkrete Projekte initiiert, auf die Auseinandersetzung mit Grundsatzüberlegungen dringt, die einlädt, auf Grundlage erprobter Praxis allgemeine Verfahrensregeln zu definieren; die über hinreichende Spielräume ebenso verfügt wie über fachliche Kompetenz und persönliche Akzeptanz in verschiedenen Feldern“ (Ross et al. 2007).

Im Good Governance-Modell von Filderstadt übernimmt das „Referat für Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung“ die Rolle einer solchen intermediären Organisation, und setzt sie nach den vorliegenden Analysen erfolgreich um.

Die Erfahrungen im Landesnetzwerk zeigen, dass sich in immer mehr Städten die Kooperation zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft intensiviert, wenngleich nicht sofort und ausschließlich in geregelten, sondern eher in experimentierenden Verfahren der Partizipation. Die Überwindung systemischer Denkgewohnheiten und die Chancen zum Perspektivenwechsel nehmen dadurch zu – und damit auch die interaktive Gestaltungsfähigkeit von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung. Damit erhält das Leitbild der assoziativen oder partizipativen Demokratie in Konsequenz der Bedeutungszunahme bürgerschaftlichen Engagements einen größeren Stellenwert und verändert das politische Klima, das wiederum mit der Ausbildung neuer Strukturen und Methoden der Partizipation einhergeht, die ihrerseits erneut die Rahmenbedingungen des Regierens weiter optimieren können. Diese kommunalen Werkstätten von Good Governance eröffnen mit ihren experimentellen Verfahren bedeutsame Perspektiven für die zivilgesellschaftliche Weiterentwicklung und die zukünftige Kommunalpolitik.

## **D Das Landesnetzwerk BE im Kontext der Netzwerke anderer Länder des Bundes**



## **D) Das Landesnetzwerk im Kontext anderer Netzwerke der Länder und des Bundes**

In diesem Teil des Landesberichts wird ein Überblick über die Aktivitäten der Länder und des Bundes gegeben, der auch über den Berichtszeitraum hinaus aktuelle Entwicklungen dokumentiert. So konnte u. a. bzgl. der Förderpolitik der Länder eine seitens des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement in Auftrag gegebene Studie (vgl. Punkt D.2), die Ende 2006 vorlag, aus aktuellem Anlass mit berücksichtigt werden.

Durch die im Jahr 1999 seitens des Deutschen Bundestages eingesetzte Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (vgl. Enquête-Kommission (2002) sowie letzter Landesbericht) und der von ihr durchgeführten bzw. in Auftrag gegebenen Bestandsaufnahme bürgerschaftlichen Engagements wurde die öffentliche Aufmerksamkeit für die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements wesentlich erhöht und gingen wichtige Impulse zur Förderung desselben auf Bundes- und Länderebene aus.

Auf Bundesebene wurde als Wächter der Arbeiten der Kommission und im Sinne der Nachhaltigkeit der Bearbeitung am 08.02.06 ein Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ gebildet, der vom Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eingesetzt wurde und sich regelmäßig zu Sitzungen trifft, in denen Belange der Engagementförderung behandelt werden. Insbesondere geht es dem Unterausschuss darum, an der Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquête-Kommission Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements weiterzuarbeiten und sich mit laufenden Gesetzesvorhaben zu befassen, die einen Einfluss auf bürgerschaftliches Engagement haben können. Darüber hinaus soll sich der Unterausschuss auch mit der Leitbildentwicklung der Bürgergesellschaft befassen, und dabei auch die Länder stärker in die Diskussion einbeziehen, insbesondere auch bei der Beförderung einer abgestimmten Engagementpolitik.

Des Weiteren ist eine Vielzahl an Bundesministerien in die Engagementförderung mit teils lokaler, teils nationaler und transnationaler Ausrichtung involviert.

Ein breites Spektrum an Engagementförderung mit unterschiedlichen Programmen findet sich insbesondere im *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* (BMFSFJ). Hier ist die Förderpolitik für die *Lokalen*

---

*Bündnisse für Familien* angesiedelt, die seit dem Jahr 2004 auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen für Familien vor Ort ausgerichtet sind und in denen die oben beschriebenen Wohlfahrtsmixturen unter zentralem Einbezug des bürgerschaftlichen Engagements eine wichtige Rolle spielen. Als eine Antwort auf die mit dem demografischen Wandel verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen fördert das BMFSFJ *Mehrgenerationenhäuser*, in denen in Orientierung am örtlichen Bedarf der intergenerationale Austausch und neue Formen des Zusammenlebens auch außerhalb von Familien angestrebt werden. Mehrgenerationenhäuser, für die Kommunen, Wohlfahrtsverbände und/ oder weitere Initiativen die Trägerschaft übernehmen können, sind Zentren gemeinwesenorientierter Anlaufstellen mit vielfältigen Begegnungsräumen und Angeboten, die wesentlich durch das bürgerschaftliche Engagement aller Generationen mitgestaltet werden, zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts der Generationen. In diesem Zusammenhang ist auch das Programm „Seniorenbüros“ zu erwähnen, bei dem die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements älterer Menschen im Zentrum steht und eine kommunale Infrastruktur aufgebaut werden soll, die Senior/-innen mit den entsprechenden Informationen versorgt.

Im Blick auf die Teilhabe älterer Menschen hat das BMFSFJ das Modellprogramm Erfahrungswissen für Initiativen (EFI) in Auftrag gegeben, bei welchem der Ansatz lebenslangen Lernens und die Entwicklung neuer Verantwortungsrollen für Seniorinnen und Senioren im Mittelpunkt stehen. In einer ersten Programmphase konnten über 460 *senior*Trainer/-innen weitergebildet werden (Braun/Burmeister/Engels 2004). Die zweite Programmphase ist auf den Zeitraum von 2004 bis 2006 festgelegt.

Im Auftrag des BMFSFJ werden weiterhin die informellen Lernprozesse von Jugendlichen im freiwilligen Engagement untersucht. Im Sektor Förderung des freiwilligen Engagements hat das BMFSFJ neben dem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) mit dem im Jahre 2005 ins Leben gerufenen Modellprogramm „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“ ein ganz neues Feld der Förderung intergenerational ausgerichteter Freiwilligendienste mit über 50 verschiedenen, von unterschiedlichen Trägern konzipierten Modellprojekten betreten, die sich an den Kriterien des Modellprogramms orientieren und sich derzeit in einer Implementationsphase befinden. Das Modellprojekt, das im Jahr 2008 endet, wird durch das zze wissenschaftlich begleitet.

Der Förderung einer zeitgemäßen Anerkennungskultur für Ehrenamtliche und freiwillig Engagierte dient, die Seitens des BMFSFJ seit dem Jahr 2003 geförderte Initiative „Für mich, für uns, für alle“, bei der eine Würdigung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch die Verleihung eines Ehrenamtspreises auf Bundesebene erfolgt.

Das BMFSFJ plant darüber hinaus eine Untersuchung zum unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagement mit besonderer Berücksichtigung einer nachhaltigen standortbezogenen Orientierung bei der Wahrnehmung unternehmerischer Mitverantwortung. Unter dem Gesichtspunkt der Gleichstellung fördert das BMFSFJ das Mentoring für junge Unternehmerinnen. Im Zentrum stehen sowohl gleichstellungspolitische Ziele als auch die gezielte Förderung des gesellschaftlichen Engagements von Unternehmerinnen. Nicht zuletzt unterstützt das BMFSFJ mit der „Initiative Bürgerstiftungen“ des Deutschen Vereins den Aufbau einer Patenstruktur für die flächendeckende Einrichtung von Bürgerstiftungen in Deutschland.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gibt des weiteren die in Form von Panel-Studien durchgeführten Kinder- und Jugendberichte, Familienberichte und Altenberichte in Auftrag, in welchen die Themen des bürgerschaftlichen Engagements und der Engagementförderung eine bedeutende Rolle spielen.

Im Zusammenhang mit den empirischen Analysen zum freiwilligen Engagement in der Bundesrepublik Deutschland sind insbesondere die repräsentativen Wiederholungsuntersuchungen des Freiwilligenurvey zu erwähnen, an denen in den Jahren 1999 und 2004 im Rahmen einer repräsentativen Stichprobe jeweils rund 15.000 Personen über 14 Jahre beteiligt waren, die u. a. über Formen des Freiwilligenengagements und dessen Motive und zeitlicher Dauer befragt wurden (vgl. Punkt B.1). Auch das seit 2002 bestehende Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement wird maßgeblich durch das BMFSFJ gefördert.

Auch im *Bundesinnenministerium* finden sich eine Reihe von Maßnahmen und Programmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in den Feldern der Integration, des Sports und der politischen Bildung sowie des Katastrophenschutzes und der Förderung von Initiativen gegen Extremismus.

Zur Förderung der Integration dienen die Unterstützung von Vereinen und Verbänden von Migrant/-innen und die Förderung diesbezüglicher Würdigung des bürgerschaftlichen Engagements. Erfolgreiche Integration wird als gezielte

---

Strategie kommunaler Integrationspolitik betrachtet, wobei das Innenministerium den Integrationsleistungen des Sports eine besondere Bedeutung beimisst, darüber hinaus aber auch generell die Vereinsarbeit im Sport fördert. Das Innenministerium unterstützt Jugendwettbewerbe gegen Extremismus und Bündnisse für Demokratie und Toleranz, in denen die Kommunikation über demokratische Grundwerte im Mittelpunkt steht. Im Rahmen der politischen Bildung fördert das Innenministerium durch den Wettbewerb „Jugend übernimmt Verantwortung“ das bürgerschaftliche Engagement von Schüler/-innen innerhalb und außerhalb der Schule, wobei die eigene Schule als zu gestaltende Umwelt in den Blick genommen werden kann, aber auch generationenübergreifende Projekte im Stadtteil oder - in transnationaler Ausrichtung - die Kooperation mit Schulen in Entwicklungsländern.

Unter dem Thema „Bürgerbeteiligung stärken – E-community“ fördert das Bundesinnenministerium moderne Beteiligungskonzepte bei kommunalen Entscheidungen über das Internet und möchte einen Beitrag dazu leisten, moderne Formen von local Governance in den Kommunen weiterzuentwickeln und umzusetzen. In Orientierung an Empfehlungen der Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“ fördert das Ministerium Pilotprojekte des ehrenamtlichen Engagements im Katastrophenschutz, u. a. beim Technischen Hilfswerk (THW). Des Weiteren unternimmt das Ministerium Anstrengungen auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit durch Vergabe des Förderpreises „Aktive Bürgerschaft“ und die Unterstützung des seitens der Bundeszentrale für politische Bildung jährlich vergebenen „Bürgerpreises zur Deutschen Einheit“, der Menschen und Projekte auszeichnet, die sich mit ihrem Engagement um die Gestaltung der Deutschen Einheit verdient machen. Bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements arbeitet das Innenministerium auch mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften zusammen.

Das *Bundesministerium für Gesundheit* fokussiert sich in seiner Förderpolitik auf den Gesundheitsbereich, vor allem unter Berücksichtigung von Prävention und Pflege. Der Prävention dient das Projekt „Brücken bauen – junge Suchtkranke und Selbsthilfe“, das den Aufbau von Selbsthilfegruppen im Suchtbereich u. a. durch die Qualifizierung freiwilliger Mitarbeiter/-innen sowie Suchthilfeverbände unterstützt. Eine umfassende Aufbereitung der Engagementdiskussion mit Bezug auf den Gesundheitsbereich findet sich in der Reihe „Denk-Anstöße“ des Ministeriums unter dem Titel „Gewonnene Jahre. Chancen einer Gesellschaft längeren Lebens“. Hervorzuheben sind des Weiteren die Seitens des Ministe-

riums im Rahmen der Ressortforschung in Auftrag gegebenen Forschungsberichte zu „bürgerschaftlichem Engagement in Sozial- und Gesundheitspolitik - reformpolitische Ansatzpunkte und Handlungsoptionen“ (2004), sowie zum Thema „Armut, soziale Ausgrenzung und Teilhabe an Politik und Gesellschaft“ (2004). Auch im Bereich rechtlicher Regulation erfolgte mit dem Pflegeleistungs-Ergänzungsgesetz eine Einbeziehung des bürgerschaftlichen Engagements in das Leistungsrecht des SGB XI.

Im *Bundesministerium für Bildung und Forschung* (BMBF) werden Projekte unterstützt, die sich dem Thema „Bürgerschaftliches Engagement als Bildungsziel“ zuwenden und sich dem Problem des unterdurchschnittlichen Engagements und sinkender politischer Partizipation von Jugendlichen widmen. Zentrales Projektziel ist es, zivilgesellschaftliche Erfahrung zu vermitteln, ohne zu belehren. Dabei werden auch die Länder als Kooperationspartner einbezogen. Mit dem Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" unterstützt das BMBF seit dem Jahr 2004 die Länder beim Auf- und Ausbau von Ganztagschulen. Mit diesem Projekt geht die Vernetzung von Schulen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und Initiativen und damit auch die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements einher, wie dies in Baden-Württemberg exemplarisch mit dem Jugendbegleiterprogramm erprobt wird. Auch die Fachtagung „Politik & Partizipation in der Ganztagschule“ Ende 2006 in Bonn widmete sich Fragen des Demokratieerlernens und dem Ziel, junge Menschen für politische Partizipation zu gewinnen und Gelegenheitsstrukturen für entsprechende politische Bildung zu schaffen. Die von der Bundesministerin für Bildung und Forschung auf Beschluss des Bundestages eingesetzte Expertenkommission „Finanzierung lebenslangen Lernens“ legte 2004 ihren Schlussbericht vor, in welchem ein tragfähiges Gesamtkonzept der Finanzierung Lebenslangen Lernens vorgestellt wurde, das insbesondere die individuellen Teilnahmechancen von Personen aus bildungsfernen und -benachteiligten Gruppen berücksichtigt. Lebenslanges Lernen kann zugleich auch als Schlüsselqualifikation für bürgerschaftliches Engagement angesehen werden.

Das *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit* betreibt Engagementförderung im Wesentlichen durch eine Stärkung der Beteiligung der Öffentlichkeit in Umweltfragen, wie sie die Bürgerbeteiligungsrechte der Aarhus-Konvention vorsehen, die den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in

---

Umweltangelegenheiten regelt. Diese Aktivitäten können die öffentliche Aufmerksamkeit und Mitverantwortung als Ausdruck zivilgesellschaftlicher Grundhaltung nachhaltig fördern. Zu den Förderaktivitäten des Ministeriums zählen auch die Unterstützung des Umweltengagements der Verbände sowie speziell die Thematisierung der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen im Rahmen der Corporate Social Responsibility-Diskussion (CSR).

Weitere jüngere Aktivitäten der Engagementförderung finden sich im *Bundesministerium für Arbeit und Soziales*, das im Rahmen des neu aufgelegten und bis 2008 projektierten „Sonderprogramms für Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort“ bürgerschaftliches Engagement für mehr Toleranz und Integration und die Förderung zivilgesellschaftlicher Strukturen unterstützt. Dieses neue Projekt kooperiert dabei mit dem seit 1999 laufenden Modellprojekt Soziale Stadt des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, das integrative Ziele der Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung in vielfältigen lokalen Projekten fördert.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales konnte - einer Empfehlung der Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ folgend - zudem den Unfallversicherungsschutz für Engagierte durch ergänzende Regelungen im SGB VII sicherstellen und auf diese Weise bürgerschaftliches Engagement fördern.

Des Weiteren trägt das *Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung* zur Engagementförderung durch den Bundeswettbewerb „Gärten im Städtebau“ und die Ausstellung „Denk!mal: Alte Stadt neues Leben“ bei, welche die Leistungen der Stadterneuerung und des städtebaulichen Denkmalschutzes würdigt, bei denen bürgerschaftliches Engagement eine wichtige Rolle spielt.

Das *Bundesministerium für Justiz* fördert die Rechtspflege durch ehrenamtliche Richter und Schöffen. Mit dem Programm "REGIONEN AKTIV - Land gestaltet Zukunft" fördert das *Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft* mehrere Modellregionen, in denen unter Berücksichtigung natur- und umweltverträglicher Landbewirtschaftung innovative Wege in der ländlichen Entwicklung gegangen werden und dabei Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Förderung des Regionalmanagements und der regionalen Wertschöpfung im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus richtet das Bundesministerium regelmäßig Internationale Workshops für Führungskräfte der

Landjugendarbeit aus, bei denen die Würdigung und Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements, auch mit internationalem Bezug, im Mittelpunkt stehen.

International ausgerichtet ist auch der seitens des *Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit* geforderte entwicklungspolitische Freiwilligendienst für Jugendliche, der entscheidend sowohl zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Jugendlichen als auch zum Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in Entwicklungsländern beitragen kann.

Auch finden sich Kooperationsprojekte, die von mehreren Ministerien unterstützt werden, wie bspw. die Initiative "Erfahrung ist Zukunft", welche die Herausforderungen des demografischen Wandels bewusst machen, diesen mit älteren Menschen selbst gestalten und für ein neues Bild des Alters und des Alterns in der Gesellschaft werben will.

Auch im Blick auf die Bundesebene wird damit eine Breite der Förderpolitik bürgerschaftlichen Engagements deutlich, die einerseits durch ressortspezifische Spezialisierungen gekennzeichnet ist, andererseits jedoch in ihrer Gesamtheit nahezu alle gesellschaftsrelevanten Themen umfasst, in denen bürgerschaftliches Engagement im Kontext eines neuen Wohlfahrtspluralismus einen elementaren Beitrag leisten kann. Dies betrifft sowohl die Handlungsfelder Familie, Bildung und Schule, Migration und Integration, als auch den gesamten Themenbereich des demografischen Wandels und des Zusammenhalts der Generationen. Gegenstand der Förderpolitik ist des Weiteren die spezifische Förderung des Engagements jüngerer und älterer Menschen im Rahmen der Freiwilligendienste und hier neuerdings auch der generationsübergreifenden Freiwilligendienste, die durch das Modellprogramm des BMFSFJ derzeit erprobt werden. Die Förderaktivitäten vieler Ministerien sind dabei auch auf die Qualifizierung des Engagements ausgerichtet, wie bspw. im Modellprogramm Erfahrungswissen für Initiativen (EFI) oder die besondere Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen, der sich das Bundesministerium für Bildung und Forschung annimmt. Dabei gewinnt bei einigen Ministerien, wie bspw. dem *Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit* und dem *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* über die Förderung originären bürgerschaftlichen Engagements auf unterschiedlichen Handlungsfeldern hinaus, zunehmend auch das Thema Corporate Citizenship

---

und Corporate Social Responsibility, sprich das unternehmerische bürgerschaftliche Engagement und die Verantwortung der Unternehmen für die gesellschaftliche Entwicklung, an Bedeutung. Außerdem wird seitens der Ministerien wie bspw. dem BMFSFJ die „Initiative Bürgerstiftungen“ mit dem Ziel des Aufbaus von Bürgerstiftungen in Deutschland unterstützt. Auch Fragen der Anerkennungskultur sind Gegenstand der Ministerien; hier werden Engagierte und Projekte vielfach mit Förder- oder Bürgerpreisen bedacht, die sich um den Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen in Deutschland bzw. auch, was die Entwicklungszusammenarbeit betrifft, in transnationaler Hinsicht verdient machen.

Ferner sind die Ministerien Auftraggeber umfangreicher empirischer Untersuchungen zur Lage der Familie und der Generationen (Familienbericht, Kinder- und Jugendbericht, Altenbericht) etc. und Panelstudien zum bürgerschaftlichen Engagement, wie sie der Freiwilligen survey darstellt.

Diese Aktivitäten der Ministerien werden flankiert durch solche des Bundestages. So befasst sich der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement spezifisch mit den Entwicklungen und Fördermöglichkeiten der Bürgergesellschaft und mit Fragen der Umsetzung der Beschlüsse der Enquête-Kommission "Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements", sowie mit laufenden Gesetzesvorhaben und Initiativen, welche die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement beeinflussen.

Damit zeigt sich in der Übersicht ein recht vielfältiges Unterstützungsprogramm der Bürgergesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements durch die Bundesregierung und - inzwischen deutlicher erkennbar - auch durch den Bundestag, das jedoch nicht in einer „Schaltzentrale“ entwickelt wird, sondern sich analytisch-rekonstruktiv aus der Komposition einzelner ressortspezifischer Aktivitäten ergibt. Auch hier kann, wenn man die für die Analysen der Förderpolitik in Baden-Württemberg zugrunde gelegte Typologie hinzuzieht, die zwischen einem „integriert-prozeduralen“, „fragmentierten“ und einem „symbolisch-diskursiven“ Typ der Förderpolitik unterscheidet, nicht durchgängig von einem „integriert-prozeduralen Typ“ gesprochen werden. Dieser zeichnet sich aus, durch eine systematische Integration einzelner Fördermaßnahmen und – instrumente in eine umfassendere Gesamtförderstrategie und eine hohe Wertschätzung des Themas BE durch die Politik, sowie durch eine gute Verankerung desselben in den öffentlichen Institutionen und ein dichtes



Interaktionsnetzwerk zwischen öffentlicher Hand und involvierten gesellschaftlichen Akteuren (Otto/Schmid/Steffen u. a. 2003, sowie Enquête-Kommission 2002).

Dagegen ist der „fragmentierte Typ“ der Engagementförderung dominant, mit noch relativ wenig koordinierten Programmen und Maßnahmen der Ministerien. Jedoch scheint auf Bundesebene der „symbolisch-diskursive Typ“ der Förderung deutlich überschritten, bei dem „eine durchaus intensive Diskussion und politische Thematisierung der Engagementförderpolitik mit vergleichsweise geringen Aktivitäten der Umsetzung und Ressourcenausstattung verbunden sind“ (Enquête-Kommission 2002: 174).

- Nicht zuletzt ist die Förderpolitik der Ministerien und hier vorrangig die des BMFSFJ auch auf die Unterstützung von Netzwerken wie dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ausgerichtet, was den Trend zum „integriert-prozeduralen Typ“ der Förderung bürgerschaftlichen Engagements unterstreicht und entsprechende Ansätze erkennen lässt.

---

## 1. **Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)**

Das am 5. Juni 2002 gebildete Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) wurde als bundesweites Netzwerk wesentlich auf eine Empfehlung der Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ ins Leben gerufen.

Das BBE ist ein überparteilicher Zusammenschluss von inzwischen 178 Mitgliedern aus den Bereichen Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft. Zentrales Ziel des Netzwerkes ist es, das bürgerschaftliche Engagement zu fördern und die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu verbessern. Dazu haben sich Akteure aus Bürgergesellschaft, Politik und Wirtschaft zu einem regelmäßigen Erfahrungsaustausch zusammengeschlossen. Gemeinsame Aufgabe ist es, wichtige Themenfelder und Zielrichtungen des bürgerschaftlichen Engagements zu behandeln, gemeinsame Aktionen zu planen und in mittelfristiger Perspektive bestmögliche rechtliche, institutionelle und organisatorische Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland zu schaffen.

Das BBE versteht sich als gemeinsamer Ansprechpartner für Parlamente, Regierungen und Öffentlichkeit in allen Fragen rund um das bürgerschaftliche Engagement. Zugleich soll das BBE eine Plattform sein, um zum Bereich der Engagementförderung Erfahrungen auszutauschen, gemeinsame Anliegen zu beraten, Neuerungen anzuregen, Strukturwandel voranzutreiben und Problemstellungen aus der Praxis in die Fachpolitik einzubringen. Es ist auch unter diesem Gesichtspunkt bedeutsam, dass dem Bundesnetzwerk inzwischen auch alle Bundesländer angehören.

Die inhaltliche Arbeit wird von acht Projektgruppen getragen, die zugleich das breite Spektrum von Themen und Anliegen repräsentieren, mit denen sich das BBE derzeit intensiv beschäftigt: die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements, die Weiterentwicklung der lokalen Bürgergesellschaft, die Zukunft der Freiwilligendienste, die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements bei der Reform des Sozialstaats, das Engagement von Migrant(inn)en, Fragen der Bildung und Qualifizierung von bürgerschaftlichem Engagement, Öffentlichkeitsarbeit, sowie die Vernetzung der europäischen Bürgergesellschaft. Zusätzlich wurden Ad-hoc-Gruppen gebildet, von denen sich eine mit Corporate Citizenship, sprich dem unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland befasst; eine andere Ad-hoc-

Gruppe Finanzen widmet sich Haushaltsfragen. Die von der BBE-Mitgliederversammlung eingesetzte Ad-hoc Gruppe Demografischer Wandel hat sich am 15.02.06 in Köln zu einer konstituierenden Sitzung zusammengefunden. Sie sieht es als eine ihrer zentralen Aufgaben an, Chancen und Erfordernisse eines neuen zivilgesellschaftlichen Generationenvertrages auszuloten.

### *Exemplarische Veranstaltungsübersicht*

Eine Veranstaltung zu Schule und Bürgergesellschaft des BBE fand am 19. und 20. Mai 06 in Stuttgart statt. Die Veranstaltung ist ausgezeichnet als offizieller Beitrag zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Im Fokus der Tagung standen die Erfahrungen, Bedingungen und Perspektiven der Öffnung von Schulen für bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. ([www.b-b-e.de/fachveranstaltungen.html](http://www.b-b-e.de/fachveranstaltungen.html).)

Das BBE führte erstmals vom 27.09. bis 03.10.2004 unter dem Motto „Engagement macht stark“ eine Woche des bürgerschaftlichen Engagements durch, an der sich mehr als 500 Projekte und Initiativen beteiligten. Die Aktionswoche nahm sich des Schwerpunktthemas bürgerschaftliches Engagement und Migration an, das auch im Rahmen des 10. Städtetreffens am 28.09.2004 während der Aktionswoche des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement behandelt wurde.

Nach einer weiteren Aktionswoche im Jahr 2005 mit guter Resonanz wurde 2006 eine dritte Aktionswoche vom 15.-24.09.06 unter dem Motto „Engagement macht stark“ mit freiwillig Engagierten durchgeführt. Ziel der Aktionswoche war es, die gesellschaftliche und mediale Aufmerksamkeit auf die Arbeit von 23 Millionen freiwillig engagierten Menschen in Deutschland zu lenken, wie der Freiwilligen-survey zeigte, und die Anerkennung für freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement zu stärken. Im gesamten Bundesgebiet haben sich Verbände, Organisationen, Vereine, Projekte und Initiativen aktiv bei den ausgewählten Schwerpunktthemen Sport, Familie und Senioren beteiligt. Die lokalen Aktionen, in denen die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenbüros sowie lokale Bündnisse für Familien beteiligt waren, werden von einer aktiven Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet. Die Woche des BE wurde vom BMFSFJ und mehreren Unternehmen (BP AG, Robert Bosch Stiftung) unterstützt.

---

Vor dem Hintergrund der guten Resonanz in der Öffentlichkeit hat der BBE-Koordinierungsausschuss die Durchführung der Aktionswoche auch für die Jahre 2007 und 2008 beschlossen.

Die Aktivitäten im Bundesnetzwerk BE sind in mehrfacher Hinsicht anschlussfähig an Schwerpunktthemen in Baden-Württemberg. Neben der regelmäßigen Beteiligung des Landes und des Landesnetzwerkes an den Aktionswochen des BBE waren vorrangig folgende gemeinsame Themen Ausgangspunkt für koordinierte Aktivitäten:

→ Am 30.09 und 01.10.04 wurde in Stuttgart das Thema Corporate Citizenship im Rahmen der Fachtagung "Wenn alle gewinnen – Wie Unternehmen Gesellschaft mitgestalten" behandelt.

Veranstalter waren das Ministerium für Arbeit und das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg zusammen mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement BBE, in Kooperation mit dem Forum Region Stuttgart. Im Mittelpunkt eines modernen Verständnisses des gemeinnützigen Engagements von Unternehmen (Corporate Citizenship) stand die Rolle von Wirtschaftsunternehmen als »guten Unternehmensbürgern« (Corporate Citizens), die sich um die Belange des Gemeinwesen kümmern und zu Partnern von Organisationen des Non-Profit-Bereichs werden, mit denen sie in gemeinsamen Projekten auch für sich gewinnbringende Kooperationen eingehen. Ziel der Veranstaltung war, den aktuellen Stand zu Corporate Citizenship zu diskutieren, sowie Ideen und Erfahrungen einzubringen und neue Perspektiven zu entwickeln, die Corporate Citizenship auf eine stärkere Nachhaltigkeit ausrichten.

→ Die Seitens des BBE am 19./20.05.06 ausgerichtete Tagung zum Thema Schule und Bürgergesellschaft wurde in Kooperation mit dem Land durchgeführt. In die vorbereitenden Arbeiten waren das Sozial- und Kultusministerium einbezogen, sowie der Landesjugendring und Landesportbund. Die Veranstaltung wurde vom Städtetag und dem StädteNetzWerk bürgerschaftliches Engagement offiziell unterstützt. Auf einem Markt der Möglichkeiten wurden auch das Landnetzwerk BE und das jes-Projekt vorgestellt. Behandelt wurden die Schwerpunktthemen (1) Mentorenkonzepte, (2) BE im Übergang Schule und Beruf, (3) Lebenswelten verbinden und (4) Wirtschaft als Partner für die Schule. Auf den eingerichteten Foren standen Fragen der (1) schulischen und außerschulischen Bildung, (2) Partizipation und (3) Brückenbau zwischen Schule und Gemeinwesen im Zentrum.

Diese gemeinsam ausgerichteten Veranstaltungen deuten auf eine Intensivierung der Kooperation des Landesnetzwerks BE mit dem Bundesnetzwerk BE hin, die einerseits stark thematisch ausgerichtet ist und sich auf die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen bezieht, andererseits aber auch dem erweiterten Austausch und Informationsfluss zwischen Landes- und Bundesnetzwerk und der Verknüpfung der Netzwerkebenen von Land und Bund dient. Die Intensivierung des Austausches und Informationsflusses verdeutlicht sich auch in der Mitarbeit des Landes in den unterschiedlichen Gremien und Arbeitsgruppen des Bundesnetzwerkes BE. Insoweit bietet die Struktur des Bundesnetzwerks auch eine Integrationschance, wobei die Eigenständigkeit der Wege und des baden-württembergischen Weges im Besonderen unbenommen bleibt. Die Aktivitäten im Bundesnetzwerk und seine Ermöglichung für länderübergreifende- und Bundes-Länder-Kooperation bedeutet kein Verzicht auf eine eigene Bundes- bzw. Länderförderpolitik des Engagements.

Die Perspektive der strukturellen Vernetzung unterschiedlicher Hierarchieebenen erscheint zukünftig bedeutsam, auch unter Beibehaltung der landesbezogenen Schwerpunktsetzungen und dem Gewicht auf die regionale und kommunale Ausrichtung der Engagementförderung als Ausdruck länderspezifischer Handlungsfähigkeit.

Kontakt:

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) Michaelkirchstraße 17/18 10179 Berlin Tel.: + 49 30 62980-120 Fax: + 49 30 62980-9183
--

---

## 2. Netzwerke der Länder

### *Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch die Bundesländer*

Im Hinblick auf den Freiwilligensurvey zeigt sich, dass die Bundesländer sehr unterschiedliche Engagementquoten aufweisen. Tendenziell ist festzustellen, dass in Flächenstaaten mit vielen kleineren Gemeinden bürgerschaftliches Engagement ausgeprägter ist als in den Stadtstaaten oder Großstädten. Hier spielen sowohl lokale Vereinskultur als auch Sozialbeziehungen zu Nachbarn, Freunden und Bekannten, sowie Haushaltsgröße und Haushalte mit Kindern eine engagementförderliche Rolle. Dies verweist auf länderspezifische Ausgangsbedingungen, Traditionen und Sichtweisen, aber auch auf unterschiedliche Formen der Förderpolitik mit ihren Akzentsetzungen im Blick auf eingesetzte Modellprogramme, Instrumentarien und weitere Möglichkeiten der Engagementförderung in Form finanzieller und institutioneller Förderung, sowie in Form von Erlassen und Richtlinien, die den rechtlichen Rahmen bürgerschaftlichen Engagements beeinflussen. Aber auch je eigene Formen der Öffentlichkeitsarbeit und der Anerkennungskultur des bürgerschaftlichen Engagements kennzeichnen die je unterschiedlichen Wege der Engagementförderung, aus denen ein breites Spektrum länderspezifischer Förderprofile des bürgerschaftlichen Engagements resultiert. Die Bundesländer können auf Grundlage der föderalen Ordnung bürgerschaftliches Engagement auch über Landesgesetze, bspw. durch in die Kommunalverfassung oder Satzungen Eingang findende Beteiligungsrechte fördern, wie dies auf innovative Weise in Filderstadt praktiziert wurde (vgl. Punkt C.3).

Im Ländervergleich wird Baden-Württemberg im Blick auf seine besondere Förderpolitik des bürgerschaftlichen Engagements nach wie vor als vorbildlich angesehen. Mit dieser Förderpolitik konnten Strukturen geschaffen werden, in denen sich das bürgerschaftliche Engagement entfalten und weiter entwickeln kann. Dies geschieht wesentlich über den Auf- und Ausbau der drei kommunalen Netzwerke.

Im Rahmen dieses Landesberichtes kann eine systematisch-vergleichende Analyse der Förderpolitik des bürgerschaftlichen Engagements durch die Länder nicht in dieser umfassenden Weise geleistet werden. Nach wie vor dürfte gelten, dass bzgl. obiger Indikatoren eine Vielfalt von Ansatzpunkten, Förderwegen und Strategien zu konstatieren ist, die zu einem „breiten Spektrum länderspezifischer

Profile bürgerschaftlichen Engagements beitragen“ (Enquête -Kommission 2002: 168).

Auf Grundlage einer Umfrage des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“ unter den Bundesländern konnte eine Synopse erstellt und auf vergleichende Weise Entwicklungen der Länderpolitik zum bürgerschaftlichen Engagement in den Bereichen *Versicherungsschutz*, *Anerkennungskultur* und *Engagementförderpolitik* analysiert werden.<sup>38</sup> Darauf wird im Folgenden Bezug genommen. Der Ländervergleich ermöglicht zugleich auch Benchmark-Vergleiche auf den genannten Dimensionen.

#### *Entwicklungen beim Versicherungsschutz (siehe Tabelle)*

Bereits die Enquête -Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ hatte in ihren Handlungsempfehlungen die Bedeutung und den Nutzen des Versicherungsschutzes für bürgerschaftlich Engagierte hervorgehoben.

Mit Stand von Ende 2006 hatten insgesamt 12 Bundesländer Sammelversicherungsverträge zum „Schutz der Engagierten“ abgeschlossen und ein Bundesland (Bayern) dafür Voraussetzungen geschaffen (siehe Tab. 1). Solche versicherungsrechtlichen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement fanden sich zum Zeitpunkt der Umfrage noch nicht in den Ländern Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern; hier spielten meist Prioritäten der Haushaltskonsolidierung bzw. enge Finanzspielräume eine wichtige Rolle für den Verzicht auf Abschluss eines Versicherungsschutzes.

Dabei sind die Sammelversicherungen zum Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutz nicht generell identisch, haben jedoch grundsätzlich den subsidiären Charakter von Auffanglösungen, die wirksam werden, falls keine anderen von Vereinen oder Verbänden etc. für Engagierte abgeschlossenen Versicherungen vorgeschaltet sind. Manche Bundesländer, wie bspw. Hessen, hatten zunächst für die Haftpflichtversicherung noch einen Selbstbehalt für die Engagierten vorgesehen, der jedoch 2007 gestrichen werden wird. Die niedersächsische Versicherungslösung ist nicht auf rechtlich unselbstständige Vereinigungen beschränkt, d.h., dass durch sie auch Bürgerinnen und Bürger ohne privaten oder gesetzlichen Unfallsschutz während der Ausübung ihres Ehrenamtes grundsätzlich unfallversichert sind. Diese Regelung erweist sich als vorteilhaft für

---

<sup>38</sup> zum Ganzen vgl. das Kurzprotokoll zur 9. Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages zur Sitzung vom 13.12.06 (Protokoll Nr. 16/09).

---

Engagierte, wie bspw. arbeitslose Personen, die sich aus finanziellen Gründen private Versicherungen nicht (mehr) leisten können, sich dennoch aber, wie der Freiwilligensurvey zeigt, zunehmend bürgerschaftlich engagieren wollen.

Mit der Sammelversicherung möchten die Länder jedoch die Vereine und Verbände etc. nicht aus ihrer Pflicht entlassen, gleichfalls für den Versicherungsschutz ihrer Engagierten zu sorgen.

Die Länder sehen im Abschluss der Sammelversicherungsverträge sowohl eine Anerkennung der bürgerschaftlich Engagierten, als auch eine Ermutigung zur Beibehaltung bzw. Aufnahme von bürgerschaftlichem Engagement. Insoweit stellt dieser Versicherungsschutz für die überwiegende Zahl der Bundesländer einen festen Bestandteil ihrer Engagementförderpolitik dar.

Den Ländern erscheint eine kontinuierliche Information über den Versicherungsschutz über die einzelnen Internet-Portale der Ministerien und sonstige Formen der Öffentlichkeitsarbeit erforderlich. Sie sehen in diesem Zusammenhang auch Vereine und Organisationen in der Informationspflicht, in deren organisatorischem Rahmen bürgerschaftliches Engagement ausgeübt wird. Die Länder schließen des Weiteren eventuell notwendige Anpassungen der Sammelverträge an die Gegebenheiten der gesellschaftlichen Entwicklung nicht aus.

Die Einrichtung des Versicherungsschutzes für Engagierte hat damit erkennbar länderübergreifend Fortschritte gemacht. Der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement geht davon aus, dass auch in den noch nicht mit Sammelversicherungsverträgen aufwartenden Bundesländern an möglichen Versicherungslösungen gearbeitet wird.

#### *Entwicklungen bei der Anerkennungskultur*

Allein im Blick auf die Bundesländer, in denen die erstellte Synopse eine Politik der Engagementförderung dokumentiert, zeigt sich eine insgesamt recht differenzierte Anerkennungskultur des bürgerschaftlichen Engagements seitens der Ebene der jeweiligen Landespolitik.

Diese sieht sowohl größere jährliche Veranstaltungen wie den Ehrenamtsempfang oder einen landesweiten Ehrenamts- bzw. Freiwilligentag vor, aber auch medienwirksame jährliche Ehrungen durch eine Fernsehgala, die sich in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg etabliert hat.

Darüber hinaus werden vielfach Ehrenzeichen für Verdienste im Ehrenamt verliehen, oft durch Ministerpräsidenten, sowie weitere Medaillen, Urkunden,



Ehrennadeln und Bürger/-innenpreise für das gesamte Spektrum an sportlichen sozialen, kulturellen und ökologischen bürgerschaftlichen Aktivitäten und das gesamte Rettungswesen.

Wichtig an diesen Anerkennungskulturen ist der öffentliche Rahmen, in dem Engagierte jeweils geehrt werden und die Würdigung durch landespolitische Persönlichkeiten wie Ministerpräsidenten und Minister/-innen.

Ein zunehmend wichtiger werdendes Element der Anerkennungskultur stellt in verschiedenen Ländern der Freiwilligenpass oder Qualipass, sowie die Ehrenamts-card dar, die jeweils differenzierte Tätigkeits- Kompetenznachweise zum ausgeübten Engagement enthalten. Speziell für junge Menschen ist das „Beiblatt zum Zeugnis“, in welchem das bürgerschaftliche Engagement detailliert dokumentiert ist, auch für den weiteren Bildungs- und Ausbildungsgang sowie die berufliche Weiterentwicklung von Bedeutung.

Speziell in Baden-Württemberg zeigt sich neben dem skizzierten Spektrum an Anerkennungsformen des bürgerschaftlichen Engagements durch die Landespolitik vor allem auch ein Trend zur Anerkennung durch Qualifizierung, verbunden mit einem recht aufgefächerten Angebot auch für unterschiedliche Zielgruppen wie junge Engagierte (Schülermentorat) und solche aller Altersgruppen (Bürger/-innenmentorat). Zunehmend werden hier auch die allgemeinen Module für Qualifizierung, von auf spezifische Engagementbereiche (Jugendhilfe, Altenhilfe, Migration etc.) ausgerichtete Fortbildungsinhalte, ergänzt.

Im Blick auf die Anerkennungskultur gewinnt auf Landesebene auch die Auszeichnung von Unternehmen für ihr unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement an Bedeutung.

#### *Entwicklungen in der Engagementförderpolitik*

Länderaktivitäten des Aufbaus und der Förderung von Netzwerken des bürgerschaftlichen Engagements sind im Blick auf die gefertigte Zusammenfassung (siehe Tab. 1) außer in Baden-Württemberg zu konstatieren in Bayern, Berlin und Hamburg sowie in Mecklenburg-Vorpommern. Überlokale Netzwerkaktivitäten finden sich auch in Nordrhein Westfalen (NRW) mit dem StädteNetzWerk NRW.

So findet sich in Bayern mit dem Landesnetzwerk BE und seinem Portal ([www.wir-fuer-uns.bayern.de](http://www.wir-fuer-uns.bayern.de)) eine Netzwerkstruktur mit vier zentralen Knotenpunkten in den Städten Augsburg, Würzburg, München und Erlangen, die jeweils mit spezifischen Organisationen verknüpft sind: In Augsburg stellt die

---

Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen und -zentren (Lagfa) einen wichtigen Knotenpunkt dar, während in Würzburg die Selbstkoordination Bayern (SeKo) und in München das Netzwerk Mütter und Familienzentren e.V. im Landesnetzwerk vertreten ist. In Erlangen findet sich die Landesstelle der Seniorenbüros im Landnetzwerk. Aufgabe des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement in Bayern, das von der Bayerischen Staatsregierung unterstützt wird, ist die Vernetzung der im Lande aktiven Agenda-Gruppen, Freiwilligenagenturen, aber auch der Mütterzentren, Seniorenbüros, Selbsthilfegruppen und Integrationsinitiativen (vgl. Engagiert in Bayern 04/2006), auch mit dem vorrangigen Ziel, Verinselungen von Aktivitäten zu überwinden und durch den Austausch wichtiger Informationen untereinander Synergieeffekte durch die Koordination von Gruppen und Projekten zu erreichen und das tägliche Miteinander zu fördern. In diesem Zusammenhang spielen auch die Mehrgenerationenhäuser eine wichtige Rolle.

Der Berliner Senat betrachtet Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als Querschnittsaufgabe und fördert ideell und organisatorisch das "Landesnetzwerk Bürgerengagement - aktiv in Berlin" ([www.aktiv-in-berlin.de](http://www.aktiv-in-berlin.de)), das ein zentrales Bürgerportal des Landes Berlin darstellt.

Die Freie und Hansestadt Hamburg kennt die Landesinitiative "Hamburg engagiert sich" der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz mit einem Portal ([www.engagiert.hamburg.de](http://www.engagiert.hamburg.de)), das über Veranstaltungen informiert und eine Freiwilligenbörse unterhält. Weiterhin ist das AKTIVOLI-Netzwerk ([www.aktivoli.de](http://www.aktivoli.de)) aktiv, das einen Verbund zur Förderung und Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Freien und Hansestadt Hamburg darstellt und weitere Netzwerke integriert. Ziel der Förderpolitik ist die Optimierung von Netzwerkstrukturen einschließlich der Verbesserung rechtlicher und institutioneller Rahmenbedingungen.

Ein in Mecklenburg-Vorpommern gebildetes Netzwerk freiwilligen Engagements, wird durch das Sozialministerium des Landes unterstützt. Der Verein „Netzwerk freiwilliges Engagement Mecklenburg-Vorpommern e. V.“ ([www.netzwerk-mv.net](http://www.netzwerk-mv.net)) ist Träger einer landesweiten Kontakt- und Beratungsstelle für freiwilliges Engagement mit dem Ziel der Vernetzung von Projekten und Initiativen.

Schließlich findet sich in Rheinland-Pfalz eine landesweit vernetzte Ehrenamtsagentur, deren Schwerpunkt die fachliche und finanzielle Unterstützung von lokalen Ehrenamtsbörsen, Freiwilligenzentren, Aktivbörsen und Mach-mit-Initiativen ist (Staatskanzlei Rheinland-Pfalz 2006: 39). Die mit ihrer Vereinsda-

tenbank einmalige Internetplattform „www.wir-tun-was.de“ ist für alle Fragen des bürgerschaftlichen Engagements zum zentralen Informations- und Diskussionsforum geworden. Aktualiter wurde in Rheinland-Pfalz eine "Leitstelle Koordination und ressortübergreifende Vernetzung von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt" eingerichtet mit der Aufgabe, bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt mit Kampagnen, Fachtagungen, Erhebungen und Publikationen umfassend zu fördern. Die Leitstelle ist zudem federführend in der „Interministeriellen Arbeitsgruppe bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt“.

Das Land Brandenburg hat in der Staatskanzlei und den Ministerien Ansprechpartner/-innen für die Themen Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement benannt, an die sich die Bürgerinnen und Bürger wenden können und eine Homepage ([www.ehrenamt.brandenburg.de](http://www.ehrenamt.brandenburg.de)) eingerichtet. Darüber hinaus wurde in der Staatskanzlei eine Koordinierungsstelle bürgerschaftliches Engagement eingerichtet, die eine intensive Öffentlichkeitsarbeit sowie Veranstaltungen zum bürgerschaftlichen Engagement im Lande organisiert.

Die Hansestadt Bremen fördert bürgerschaftliches Engagement über eine Internet-Plattform (<http://www.ehrenamt-bremen.de>), die über das ganze Spektrum an Vereinen, Projekten und Initiativen der Stadt informiert. Darüber hinaus ist beim Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ein Referat Bürgerengagement, Freiwilligenarbeit, Selbsthilfe eingerichtet mit dem Ziel, das Engagement von Bürgern bestmöglich zu fördern und dafür eine zentrale Ansprechstelle in der Kommunalverwaltung zu schaffen. Die Arbeit des Referats soll dazu beitragen, das Thema „Bürgerengagement“ stärker in die Öffentlichkeit zu tragen und die Entwicklung und Förderung von Projekten des bürgerschaftlichen Engagements, wie bspw. den „Markt der Möglichkeiten“, zu fördern. Eine Freiwilligenagentur in Bremen ([www.freiwillig-in-bremen.de](http://www.freiwillig-in-bremen.de)) bietet Informationen und Beratung für Engagierte und Interessenten an und vermittelt Kontakte.

Beim Hessischen Ministerium des Innern und für Sport ist die LandesEhrenamtsagentur Hessen eingerichtet, die als eine landesweit tätige Service-Stelle zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements beitragen soll. Sie unterstützt die hessischen Städte und Gemeinden bei der lokalen Engagementförderung und betreut ehrenamtliche Projekte vor Ort. Wichtige Ziele sind der Aufbau vielfältiger Unterstützungs- und Förderstrukturen für freiwilliges Engagement auf kommunaler Ebene, die Verbreitung innovativer Ansätze sowie der Wissenstransfer zwischen Kommunen, Verbänden und Organisationen. Zu den weiteren Aufgaben der Agentur zählen die Unterstützung und Beratung von Kommunen

---

beim Aufbau lokaler Anlaufstellen und die Vernetzung bürgerschaftlichen Engagements, sowie die Durchführung von Fortbildungsangeboten und die Erstellung von Arbeits- und Praxishilfen, sowie die Förderung des Wissenstransfers. Die Hessische Landesregierung hat des Weiteren die Initiative „Gemeinsam Aktiv – Bürgerengagement in Hessen“ ([www.gemeinsam-aktiv.de](http://www.gemeinsam-aktiv.de)) initiiert.

In Niedersachsen hat das Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit den „Freiwilligenserver Niedersachsen, ehrenamtliches Engagement“ eingerichtet ([www.freiwilligenserver.de/](http://www.freiwilligenserver.de/)), der als landesweites Portal für bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt und Selbsthilfe sowohl einzelnen Personen als auch Vereinen, Verbänden und Initiativen eine Plattform für den Austausch von Informationen und Terminen sowie zur Vernetzung zur Verfügung stellt. Darüber hinaus fördert das Land die Ausbildung von Bürgerinnen und Bürger zu "Engagement-Lotsen" mit dem Ziel, diese in Städte und Gemeinden des Landes zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements einzusetzen und diesem neue Impulse zu geben durch die Initiierung neuer Projekte, Beratung und Begleitung von Vereinen und Initiativen und Vernetzung von Freiwilligen, sozialen Einrichtungen, Initiativen, Kommunen, Unternehmen und weiteren ehrenamtlichen Assoziationen. Auch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zählt zu den Aufgaben der Engagementlotsen, die in Zusammenarbeit mit Kommunen, Bürgerbüros und Freiwilligenagenturen und weiteren Anlaufstellen sowie mit den Mehrgenerationenhäusern unter dem Dach der Freiwilligenakademie Niedersachsen ausgebildet werden.

Auch in Nordrhein-Westfalen ist zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements auf der Homepage des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration eine Plattform „engagiert in nrw“ ([www.engagiert-in-nrw.de/](http://www.engagiert-in-nrw.de/)) eingerichtet, die über Projekte, Akteure und Netzwerke des bürgerschaftlichen Engagements sowie über Veranstaltungen informiert. Das Landesnetzwerk des Ministeriums vermittelt auch in Engagement und unterhält eine Projekt-Datenbank.

Auch das Bundesland Sachsen hat ein, Seitens des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, betreutes Internet-Portal „wir-fuer-sachsen“ eingerichtet ([www.wir-fuer-sachsen.de/](http://www.wir-fuer-sachsen.de/)) auf dem eine Engagementbörse mit Dokumentationen von Projekten eingerichtet ist und das ganze Spektrum der Engagementbereiche nachgefragt werden kann. Darüber hinaus finden sich Tipps und Anregungen für freiwilliges Engagement und Erfahrungsberichte sowie Hinweise auf Kampagnen und Veranstaltungen.

In Sachsen-Anhalt werden Aktivitäten der Engagementförderung in der Staatskanzlei koordiniert; eine neue Internetinformationsplattform für bürgerschaftliches Engagement, mit der ein geeignetes Medium für die landesweite Verbreitung von Informationen und Koordination von Fortbildungsangeboten geschaffen werden soll, ist derzeit im Aufbau. Ansonsten finden sich Internetportale freiwilliger Arbeitsgruppen, bspw. im Kulturbereich ([www.freiwillig-in-sachsen-anhalt.de](http://www.freiwillig-in-sachsen-anhalt.de)), oder ein spezielles Infoportal für Jugendliche ([www.jissi.de](http://www.jissi.de)). Die „Mach-mit-Kultur“ ([www.mach-mit-kultur.de](http://www.mach-mit-kultur.de)) fördert bürgerschaftliches Engagement im Kulturbereich und regt neue Engagementprojekte in Kultureinrichtungen und Schulen an.

In Schleswig-Holstein besteht eine Landesinitiative Bürgergesellschaft (LiBG), die beim Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren angesiedelt ist und das Ziel verfolgt, die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement zu verbessern und Engagement-Hemmnisse abzubauen. Als zentrale Ansprech- und Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement versteht sich die LiBG als Institution konkreter Politikgestaltung im Sinne einer Aufwertung von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt. Sie koordiniert die Aktivitäten der Landesregierung zur Stärkung des freiwilligen Engagements. Die LiBG will engagementfreundliche Infrastrukturen auf kommunaler und Landesebene fördern und strebt den Aufbau eines landesweiten Netzes von Informations- und Kontaktstellen mit dem Ziel des Austausches zwischen Engagierten an. Darüber hinaus sind der Landesinitiative Bürgergesellschaft Qualifizierungs- und Fortbildungsmaßnahmen für freiwillig Engagierte wichtige Anliegen. Die LiBG betreut des Weiteren die Internet-Plattform „ehrenamt-sh.de“ ([www.ehrenamt-sh.de](http://www.ehrenamt-sh.de)), über die bürgerschaftlich Engagierte und Interessierte mit Informationen versorgt werden und ein Austausch ermöglicht wird. Eine weitere umfassende Informationsplattform zum Thema bürgerschaftliches Engagement stellt das Portal [www.wir.schleswig-holstein.de](http://www.wir.schleswig-holstein.de) dar.

Im Saarland springen von Seiten der Landespolitik ausgehende Förderaktivitäten des bürgerschaftlichen Engagements weniger ins Auge und sind in der Dokumentation des Unterausschusses Bürgerschaftlichen Engagements des Deutschen Bundestages auch nicht aufgeführt. Eigene Recherchen verweisen auf Aktivitäten der Landesarbeitsgemeinschaft Pro Ehrenamt, die auf ihrer Homepage ([www.pro-ehrenamt.de](http://www.pro-ehrenamt.de)) über ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement informiert und eine landesweite Informations- und Anlaufstelle für Engagement mit einer Ehrenamtsbörse darstellt.

---

Auch im Bundesland Thüringen gibt es Möglichkeiten, sich im Internet über bürgerschaftliches Engagement über Portale, wie bspw. der Thüringer Ehrenamtsstiftung ([www.thueringer-ehrenamtsstiftung.de](http://www.thueringer-ehrenamtsstiftung.de)) zu informieren. Seitens der Landesregierung ist jedoch keine explizite Förderpolitik erkennbar. Der Verein Pro Ehrenamt e.V. ([www.pro-ehrenamt-thueringen.de](http://www.pro-ehrenamt-thueringen.de)) ist dabei, eine Ehrenamtsbörse aufzubauen und versteht sich als Kompetenz- und Koordinierungsstelle für ehrenamtliches Engagement.

Damit zeigt ein Blick auf die Engagement-Förderpolitik der Bundesländer ein durchaus beeindruckendes Bild an Aktivitäten, die sowohl den Aufbau von Internet-Plattformen als zentralen Informations- und Diskussionsforen beinhalten, als auch die Förderung von Netzwerkstrukturen des bürgerschaftlichen Engagements sowie die Unterstützung von Ehrenamtsbörsen und Freiwilligenagenturen. Dabei scheint derzeit der evolutionäre Gesichtspunkt der vieles in Entwicklung sieht bedeutsamer, als der alleinige Blick auf das schon Erreichte. Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist m.a.W. sehr stark als „work in progress“ zu verstehen. Sie läuft zudem in vielen Bundesländern dominant unter dem klassischen Begriff „Ehrenamt“. Dabei ist nicht auszuschließen, dass insbesondere auch die interessanten und ergiebigen länderspezifischen Auswertungen des Freiwilligenurvey die Förderpolitik der einzelnen Länder nachhaltig beeinflusst haben und auch die weiteren Überlegungen zu Möglichkeiten der Förderpolitik anregen.

Allerdings lässt sich im Rahmen dieser kursorischen Analysen nicht immer genau die Rolle der Landesregierungen bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements bestimmen. Viele Aktivitäten in den Ländern, wie bspw. die Arbeit von Anlaufstellen oder Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsorganisationen laufen auch unabhängig von Landesregierungen und stehen nicht explizit wie in Baden-Württemberg im Kontext einer konsequenten Förderpolitik.

Auch in den regelmäßigen Bund-Länder-Besprechungen wird ein breites Spektrum an Schwerpunktthemen zwischen den einzelnen Ländern unter Moderation des Bundesfamilienministeriums diskutiert. Gegenstand der Besprechungen waren sowohl Fragen eines ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutzes für Engagierte in den einzelnen Bundesländern, als auch die Themen Gemeinnützigkeitsrecht und Freiwilligendienstgesetz. Darüber hinaus wurden inhaltliche Fragen zu Aufgaben des bürgerschaftlichen Engagements auf

den Politikfeldern Migration und Integration sowie Bildung und Schule behandelt, sowie die Aktionstage zum bürgerschaftlichen Engagement und die Woche des bürgerschaftlichen Engagements auch unter länderspezifischen Gesichtspunkten diskutiert und abgestimmt.

Wichtiger Gegenstand der Bund-Länderbesprechungen waren die Würdigung der Ergebnisse des zweiten Freiwilligensurvey sowohl aus vergleichender länderspezifischer Perspektive als auch im Blick auf die Bundesergebnisse. Dabei wurde dem intergenerativen Aspekt des bürgerschaftlichen Engagements und der Bezugnahme auf die seitens des Freiwilligensurvey festgestellten weiteren Engagementpotenziale in der Gruppe der Älteren, besondere Beachtung geschenkt. In den Bund-Länderbesprechungen sind weiterhin die im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement behandelten Schwerpunktthemen, wie bspw. die generationenübergreifenden Freiwilligendienste aber auch die Internationalen Freiwilligendienste oder die künftigen Perspektiven des Zivildienstes, regelmäßig Gesprächsgegenstand. Als Ausdruck der Vernetzung der Bund-Länderbesprechungen mit dem Unterausschuss BE des Deutschen Bundestages kann hier auch die Einladung der Länder zu Sitzungen des Unterausschusses betrachtet werden. Eine solche Einladung wurde bspw. ausgesprochen für die Sitzung des Unterausschusses BE am 14.12.2005, in welcher die Themen Versicherungsatlas und Länderstudien des Freiwilligensurvey die Tagesordnung bestimmten. Im Berichtszeitraum zeigte sich das Bund-Ländergremium auch an der spezifischen Förderpolitik von Baden-Württemberg bzgl. örtlicher Anlaufstellen interessiert und nahm dazu in der Sitzung vom Oktober 2004 einen entsprechenden Ergebnisbericht des zze entgegen.

Tabelle 1

Synopsis  
Bürgerschaftliches Engagement der Länder

Stand 12.12.2006

	Versicherungsschutz	Anerkennungskultur	Engagementförderpolitik
Baden-Württemberg (BW)	01.01.2006	Beispiele: Wettbewerb "Echt gut", Publikation "Bürger engagiert", Bürgermentorat, Schülermentoren/-innen, Sozialmanagementkurse, Qualifizierung für Senioren	Landesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement (Netz von Netzwerken aus Gemeinde-, Landkreis-, -Städtenetzwerk und der Stabsstelle Bürgerengagement im Ministerium für Arbeit und Soziales), kommunale Anlaufstellen für Bürgerengagement, Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements z. B. in Schulen
Bayern (BY)	voraussichtlich 04/2007	Jährlicher Ehrenamtsempfang, Ehrenzeichen des bayerischen Ministerpräsidenten (seit 1994), Sozialmedaille durch Sozialministerium, Verleihung des Bürgerkulturpreises des bayerischen Landtags (Auszeichnung 2006: bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen)	Aufbau nichtstaatlicher Netzwerkstruktur, Seit 2003 Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement mit 4 Knotenstellen: Augsburg - lagfa (Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligen-agenturen u. -zentren), Würzburg - SeKo (Selbstkoordination Bayern), München - Netzwerk Mütter- und Familienzentren e.V., im Aufbau: Erlangen - Landesstelle der Seniorenbüros
Berlin (BE)	01.01.2005	Berliner Freiwilligenpass, Ehrennadel für besonderes soziales Engagement, Berliner-Freiwilligen-Tag, Vielzahl von Preisen u. Auszeichnungen in versch. Bereichen (Sport, Feuerwehr u.a.) Verleihung von Ehrenamtspreisen in Berliner Bezirken	Chef der Senatskanzlei ist Beauftragter für bürgerschaftliches Engagement Leitbild Bürgerkommune/Bürgergesellschaft Senat betrachtet Förderung des bürgerschaftlichen Engagements als Querschnittsaufgabe, ideelle und organisatorische Unterstützung des "Landesnetzwerk Bürgerengagement - aktiv in Berlin"
Brandenburg (BB)	15.12.2005		
Hansestadt Bremen (HB)	01.06.2006	Day of Caring, öffentliche Ehrungen usw.	Beratungsangebot im Internet, "verständlicher" Bewilligungsbescheid, runder Tisch "Ehrenamt", Aus- und Fortbildung, Vortragsreihe "Best-Practise" im bürgerschaftlichen Engagement, Projekt "Szenewechsel", Wettbewerb "Generationen gemeinsam"
Hansestadt Hamburg (HH)	Erweiterung des Versicherungsschutzes durch Satzungsänderung der Landesunfallkasse, seit 15.08.06 subsidiäre Haftpflichtversicherung	"Helferempfang" des Ersten Bürgermeisters Anerkennung durch einzelne Hamburger Bezirke (Empfang, Anstecknadel, Urkunde), Hamburger "Nachweis über bürgerschaftliches Engagement" speziell für junge Menschen, persönliche Briefe als "Dankeschön", "Max-Schmeling-Preis" für Unternehmen	Landesinitiative "Hamburg engagiert sich", von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz sowie AKTIVOLI-Netzwerk, Optimierung von Netzwerkstrukturen, Verbesserung rechtlicher und institutioneller Rahmenbedingungen Regelmäßiger Meinungsaustausch mit den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern



	Versicherungsschutz	Anerkennungskultur	Engagementförderpolitik
Hessen (HE)	01.01.2003	Ehrenamts-Card, Monatliche Auszeichnungen: Initiative, Stiftung, Unternehmen des Monats, Kompetenznachweis	Landesehrenamtsagentur Hessen, Freiwilligentage, Initiative "Engagiertes Unternehmen - Impulse für Hessen", Veranstaltungsreihe: Gemeinnützige Steuern und Vereine, Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts in der Jugendarbeit, Qualifizierungsprogramm
Mecklenburg-Vorpommern (MV)	keiner	Qualipass Mecklenburg-Vorpommern, Öffentliche Ehrungen	Unterstützung des Netzwerkes freiwilliges Engagement in Mecklenburg-Vorpommern durch Sozialministerium, Fortschreibung von Landesrahmenprogrammen
Niedersachsen (NI)	01.10.2003	Kompetenznachweis für ehrenamtliche Tätigkeit, Jugendleiter-Card (JuLeiCa), niedersächsischer Familienpreis, Niedersachsenpreis für Bürgerengagement, Einführung Ehrenamts-Card 2007	Niedersachsen-Ring, Richtlinie zur Förderung von innovativen Projekten des bürgerschaftlichen Engagements, Freiwilligenserver, Stiftungsdatenbank, wissenschaftliche Begleitung der Engagementpolitik, Landesagentur Generationendialog, Engagement-Lotsen für Ehrenamtliche Niedersachsen (ELFEN)
Nordrhein-Westfalen (NW)	01.11.2004	Landesnachweis NRW, Engagement kann im Zeugnis dokumentiert werden, Beteiligung an der Aktionswoche zum bürgerschaftlichen Engagement	Internet Portal "engagiert in nrw", Unterstützung von Regionalveranstaltungen, Förderung von Corporate Citizenship, Veranstaltungen zum bürgerschaftlichen Engagement, BE wird als fiktive Ausgabe im Zuwendungsrecht mit einbezogen
Rheinland-Pfalz (RP)	01.01.2004	Landesweiter Ehrenamtstag, Aktionstage, rheinland-pfälzischer Ehrenamtspreis und Stiftungstag, Kompetenznachweis für bürgerschaftliches Engagement, jährliche Fernsehgala	Ab 15.11.2006 "Leitstelle Koordination und ressortübergreifende Vernetzung von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt", Bürgerkongresse
Saarland (SL)	01.01.2005		
Sachsen (SN)	01.01.2007	Öffentliche Ehrungen, Annen-Medaille, Empfang im sächsischen Landtag, Ehrenpreis "Joker im Ehrenamt", Bonus- und Rabattkarten, Dresdner Ehrenamtspass, Kompetenznachweis: Sächsisches Bürgerheft	Förderung in der Richtlinie "Wir für Sachsen", Internetbörse, Förderprogramm wird von der Bürgerstiftung Sachsen durchgeführt
Sachsen-Anhalt (ST)	keiner	Immaterielle Ehrungen, Veranstaltung "Politik sagt Danke", Preise, Schüler/-innen können sich seit 2004 ihr Engagement bescheinigen lassen	Förderung der Infrastruktur von Projekten im Engagementbereich, Fortbildungsveranstaltungen, Ressortkoordination in der Staatskanzlei
Schleswig-Holstein (SH)	seit 1.4.2006 Haftpflichtversicherungsschutz		
Thüringen (TH)	keiner		

---

### **3. Europäische und transnationale Perspektiven bei der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements**

Der zunehmenden Verlagerung politischer Entscheidungskompetenzen auf die europäische Ebene stehen bisher von wenigen Ausnahmen abgesehen noch keine entsprechenden zivilgesellschaftlich-demokratischen Strukturen gegenüber. Dennoch gewinnt auch auf europäischer Ebene die Förderpolitik bürgerschaftlichen Engagements an Bedeutung, vor allem im Blick auf bestimmte Gruppen und Themen. Als zentrale Zielgruppe europäischer Engagementpolitik kann die europäische Jugend betrachtet werden. Im Blick auf die Themen, in denen bürgerschaftliches Engagement aus Sicht der Europäischen Kommission eine Rolle spielt, springen vor allem neben dem Generalthema „Jugend und Partizipation“ die Schwerpunkte „Familie“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und „Demografischer Wandel“ ins Auge, sowie das Thema „Soziale Ungleichheit“. Hohe Bedeutung misst die Kommission des weiteren der Förderung des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bei. Diese Schwerpunktthemen der Europäischen Kommission werden im folgenden näher umrissen.

#### **3.1 Jugend und Partizipation aus europäischer Sicht**

Auf europäischer Ebene zeigt sich die Förderpolitik des bürgerschaftlichen Engagements insbesondere auf dem Gebiet der Jugendpolitik. Hier wird mit Bezug auf das Weißbuch >Neuer Schwung für die Jugend Europas< die Beteiligung und Information von Jugendlichen im Hinblick auf die Förderung einer aktiven Unionsbürgerschaft verfolgt. Daneben sind Anstrengungen zur Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt Gegenstand europäischer Jugendpolitik.

Insbesondere den jungen Bürgern sollen - gerade angesichts des diagnostizierten Desinteresses an der repräsentativen Demokratie (Kommission 2006: 7) - Instrumente an die Hand gegeben werden, „die es ihnen erlauben, sich aktiv am europäischen Entscheidungsfindungsprozess zu beteiligen und ihnen das Gefühl zu vermitteln, dass sie am europäischen Einigungswerk teilhaben“ (Kommission 2006: 2). Eine stärkere Beteiligung junger Menschen am System der repräsentativen Demokratie soll durch Förderung des Engagements junger Menschen in politischen Parteien und ihrer Aufstellung als Kandidaten für politische Mandate

erfolgen, sowie im Wege von Erleichterungen „des Dialogs zwischen jungen Menschen und Politikern“ und einer „Herausstellung des Engagements derer, die sich beteiligen“. Diese engagierten Jugendlichen können nach Auffassung der Kommission als „Botschafter“ bei Gleichaltrigen auftreten, um deren Wahlbereitschaft zu fördern (Kommission 2006: 12). Angestrebt wird die Einbindung junger Menschen aller sozialen Schichten in alle Ebenen der Politikentwicklung und -umsetzung als Voraussetzung einer partizipativen Demokratie. Beispiele dafür sind die in den meisten Mitgliedsstaaten gebildeten nationalen Jugendräte, aber auch Jugendparlamente und Jugendausschüsse. In einigen Mitgliedsstaaten wurden Anreize zur Erhöhung der Wahlbeteiligung getroffen, bspw. durch Herabsetzung des Wahlrechts auf 16 Jahre bei Kommunalwahlen (Finnland), oder die Beteiligung an Wahlen über das Internet (Belgien, Niederlande, Vereinigtes Königreich) und die Durchführung paralleler Wahlen für Kinder (Niederlande).

Darüber hinaus hat die Kommission die Zielsetzung, die freiwilligen Aktivitäten Jugendlicher zu unterstützen und das Angebot auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene auszubauen. Auch die Ausweitung des Europäischen Freiwilligendienstes (EFD) durch den Einbezug weltweiter Kooperationspartner ist vorgesehen (Kommission 2004a: 4). Als „Qualitätsmodell für den transnationalen Freiwilligendienst“ verfolgt der EFD das Ziel, „die Solidarität junger Menschen zu fördern, ihren Bürgersinn zu stärken und das Verständnis junger Menschen untereinander zu unterstützen“ und eine ausgewogene Kombination von „Dienst an der Gemeinschaft“ einerseits und informellem Lernen andererseits zu erreichen (Kommission 2004a: 5). Angestrebt wird seitens der Kommission eine „engere Zusammenarbeit staatlich organisierter Freiwilligendienste auf europäischer Ebene“, sowie eine intensivere Kooperation in der Durchführung des Europäischen Freiwilligendienstes (Kommission 2004a: 7).

Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements Jugendlicher erfordert nach Auffassung der Kommission die aktive Verbreitung von Informationen zu freiwilligen Aktivitäten und entsprechende Beratung von Jugendlichen. Darüber hinaus soll die Kooperation aller Akteure gefördert werden, also der Jugendlichen, Jugend- und Freiwilligenorganisationen, Behörden und der Wirtschaft, sowie der Austausch von Erfahrungen, auch über „good practice“. Ziel der Kommission ist die Entwicklung von Programmen und Angeboten, die allen Jugendlichen eine Teilnahme an freiwilligen Tätigkeiten ohne Ausschluss

---

bestimmter Gruppen ermöglichen soll. Auf europäischer Ebene soll eine verstärkte Anerkennung der freiwilligen Aktivitäten im Rahmen von Veranstaltungen wie der Europäischen Jugendwoche und dem Europäischen Freiwilligentag erfolgen, sowie durch Entwicklung eines Europasses. Die Europäische Kommission beabsichtigt, nach Konsultationen mit den Mitgliedsländern bis Ende 2006 Berichte zu den nationalen Beiträgen zur Umsetzung der gemeinsamen Zielsetzungen zur Priorität freiwillige Aktivitäten vorzulegen. Der Vorschlag für „gemeinsame Zielsetzungen zur Priorität freiwillige Aktivitäten“ soll danach dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie dem Ausschuss der Regionen zugeleitet werden (Kommission 2004a: 12).

Im Rahmen der Europäischen Jugendwoche 2005 wurden Jugendliche in Europa im Alter von 15 bis 25 Jahren vom Referat für Jugend der Europäischen Kommission über das European Youth Portal ([www.europa.eu.int/youth](http://www.europa.eu.int/youth)) nach ihrem bürgerschaftlichen Engagement und der Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Engagement junger Menschen gefragt. Die Umfrage erbrachte, dass Jugendliche großes Interesse zeigten, sich sowohl auf lokaler und regionaler als auch europäischer Ebene zu engagieren, sich ohne Begrenzung auf bestimmte Aktionsradien folglich auf allen Ebenen beteiligen möchten. Allerdings wünschen sie sich Verbesserungen im Sinne vielfältigerer Möglichkeiten des Engagements und verstärkt Informationen darüber, auf welche Weise sie sich auf europäischer Ebene engagieren können. Der Bericht empfiehlt eine stärkere Verknüpfung der europäischen Jugendpolitik mit Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements Jugendlicher (Kommission 2005: 6). Diese Intentionen der EU-Förderpolitik lassen sich zweifellos sowohl mit bundespolitischen als auch spezifisch landespolitischen Programmen und Projekten verbinden, über die speziell in Baden-Württemberg bei der Konzeption der Engagementpolitik für Jugendliche nachgedacht werden sollte.

### **3.2 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der demografische Wandel als europäisches Problem**

Auch auf der europäischen Ebene standen das Schwerpunktthema der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die diesbezüglichen europäischen und nationalen Aktionspläne auf der Agenda. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist aus europäischer Sicht Teil einer integrierten europäischen Sozialpolitik, wie aus der Entschließung des Rates von Lissabon im Juni 2000 über eine

ausgewogene Teilhabe von Frauen und Männern am Berufs- und Familienleben hervorgeht. Dort heißt es in Art. 8 (vgl. Schumacher 2004: 13):

„Der Europäische Rat hat ... in Lissabon der Förderung der Chancengleichheit in allen ihren Aspekten, darunter auch der Reduzierung von geschlechtsspezifischen Ungleichgewichten im Beschäftigungsbereich, und der Erleichterung der Vereinbarkeit von Arbeits- und Familienleben besondere Bedeutung zuerkannt und die Auffassung vertreten, dass eines der allgemeinen Ziele der aktiven Beschäftigungspolitik darin bestehen sollte, die Beschäftigungsquote der Frauen bis 2010 auf über 60% anzuheben“.

Genereller Ansatz europäischer Politik ist, eine familienfreundliche Gesellschaft zu schaffen und insbesondere auch auf eine familienfreundliche Unternehmenskultur hinzuwirken und entsprechende Schritte in diese Richtung zu unternehmen. Dabei sind derzeit die Voraussetzungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Mitgliedsstaaten grundlegend verschieden, bei durchaus gemeinsamen Zieldimensionen. Diskutiert werden in allen Mitgliedsstaaten sowohl flexiblere Arbeitsbedingungen als Voraussetzung für eine bessere Vereinbarkeit als auch flexible qualifizierte Kinderbetreuungsangebote, sowie Unterstützung von Familien bei der Betreuung und Pflege älterer Familienangehöriger. Auf dem Weg zu einer familienfreundlichen Gesellschaft misst die Europäische Kommission dem freiwilligen Engagement und seiner „Einbindung in Kooperationsnetzwerke“ eine entscheidende Bedeutung bei (Schumacher 2004: 6). Auch die Solidarität der Generationen im demografischen Wandel war im Berichtszeitraum ein Schwerpunktthema der Europäischen Kommission, wengleich hier im entsprechenden Grünbuch (Kommission 2005b: 12) die Frage, auf welche Weise die Zivilgesellschaft zu einer „besseren Bewältigung des demografischen Wandels beitragen“ zwar gestellt, nicht jedoch mit ausgereiften Vorschlägen oder Konzepten beantwortet wurde. Auch hier kann im Blick auf Baden-Württemberg bereits erkennbar von einer gewichtigen Rolle des bürgerschaftlichen Engagements, bei der Gestaltung von Bündnissen für Familie, und vor allem auch bei intergenerational ausgerichteten Projekten zum Miteinander der Generationen, gesprochen werden.

---

### **3.3 Die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Bewältigung sozialer Ungleichheit**

Im Rahmen der Lissabon Strategie, sprich der im Jahre 2000 vom Europäischen Rat beschlossenen integrierten politischen Agenda mit den Zielen von Vollbeschäftigung und sozialem Zusammenhalt, will die Kommission verstärkt einer sozialen Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen entgegenwirken, die von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht sind oder aufgrund ihres Alters oder ihrer Behinderung in zunehmendem Maße marginalisiert werden. Geeignet dafür erscheinen der Kommission die Mobilisierung lokaler Gemeinschaften und die Integrationsleistungen der Zivilgesellschaft. Neben der Integration in den Arbeitsmarkt kann sozialer Ausgrenzung aus Sicht der Kommission auch durch bürgerschaftliches Engagement benachteiligter Gruppen entgegengewirkt werden. Hier wird deutlich, dass aus Sicht der Europäischen Politik, repräsentiert durch die Kommission, die Zivilgesellschaft als Ressource zur Vermeidung bzw. Bekämpfung von sozialer Exklusion angesehen wird. Diese Akzentuierung von Zivilgesellschaft erscheint aus baden-württembergischer Sicht grenzwertig, da im Konzept des Wohlfahrtspluralismus gerade bei der Bewältigung sozialer Ungleichheit die Verantwortungsrollen von Staat, Markt und Bürgergesellschaft in besonderer Weise ausbalanciert und Leistungsfähigkeiten der Sektoren reflektiert und definiert werden müssen.

#### **Corporate Social Responsibility (CSR) und Corporate Citizenship (CC) aus europäischer Sicht**

Schon im Jahr 2001 wurde von der Europäischen Kommission das Grünbuch „Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung von Unternehmen“ verabschiedet, das die gesellschaftliche Verantwortung der Unternehmen unterstreicht. Dieses Grünbuch setzte einen Dialog über Soziale Verantwortung von Unternehmen unter dem Oberbegriff *Corporate Social Responsibility* (CSR) in Gang. Corporate Social Responsibility (CSR) wird dabei von der Kommission definiert als „ein Konzept, das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmenstätigkeit und in die Wechselbeziehungen mit den Stakeholdern zu integrieren“ (Kommission 2004: 7).

Die Kommission hebt hervor, dass freiwilliges Engagement von Unternehmen eine Zukunftsinvestition in die Gesellschaft bedeutet, die darüber hinaus auch dazu beitragen kann, ihre Ertragskraft zu steigern (Kommission 2001: 3). Die Kommission sieht viele kleine und mittlere Unternehmen mit weniger als 250 Personen (Kommission 2004: 7), vor allem auf „der Ebene lokaler Gemeinschaften“ sozial verantwortlich handeln und wünscht sich eine Verbreitung dieser „Good Practice“ (Kommission 2001: 7, 8), in welche neben der Unternehmensführung auch die Mitarbeiter/-innen einzubeziehen sind.

Zur Veranschaulichung unternehmerischer Verantwortung wurde seitens der Europäischen Kommission im Jahr 2004 eine Sammlung von „Good Practice“-Fallbeispielen aus kleineren und mittleren Unternehmen in Europa veröffentlicht (Kommission 2004). Die Kommission empfiehlt eine Kooperation der Unternehmen mit den öffentlichen Behörden, „um innovative Wege zur Weiterentwicklung der sozialen Verantwortung der Unternehmen zu finden“ und damit ein auf „europäischen Werten basierendes Modells der sozialen Verantwortung der Unternehmen zu verwirklichen“ (Kommission 2001: 25). Dabei werden als weitere Akteure in diesem Kooperationsprozess ausdrücklich auch die Sozialpartner, die Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO) und andere Akteure, einschließlich interessierter Einzelpersonen genannt. In solchen Partnerschaftsprojekten, wie sie in den Good practice-Beispielen dokumentiert sind, stehen aus Sicht der Kommission weniger Spenden und sonstige Bargeldleistungen, sondern die projektbezogene Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen bei der Planung und Umsetzung im Zentrum. Dabei kann sich aus einer anfänglichen Sponsortätigkeit auch eine echte Partnerschaft als Good Practice entwickeln (Kommission 2004: 27). Das bürgerschaftliche Engagement von Unternehmen sollte aus Sicht der Kommission (2004: 11) langfristig angelegt sein und ein produktives Zusammenspiel von geschäftlichem Erfolg und verantwortlicher Unternehmertätigkeit darstellen.

Mit diesem Ansatz misst die Kommission den Unternehmen eine wichtige Rolle auf dem Weg zur Bürgergesellschaft bei und kommt auch konzeptionell dem baden-württembergischen Weg der Förderung von Kooperationspartnerschaften zwischen Unternehmen und lokaler Bürgergesellschaft recht nahe. Hier verdeutlicht sich auch aus europäischer Sicht, dass die Zivil- oder Bürgergesellschaft ein Lernfeld darstellt, in welchem bürgerschaftliches Engagement und unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement interaktivere Formen des Zusammenhandels entwickeln können.

---

### 3.4 Ausblick: Das Programm Bürger/-innen für Europa

Die Bedeutung, welche die Kommission der Europäischen Gemeinschaften dem bürgerschaftlichen Engagement in Europa beimisst wird auch im Blick auf das von ihr im Jahr 2005 vorgelegte Programm „Bürger/-innen für Europa“ zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgergesellschaft verdeutlicht, das im Zeitraum von 2007 bis 2013 umgesetzt werden soll (Kommission 2005a). Dem Programm liegt die Erkenntnis zugrunde dass die europäischen Bürger/-innen neben dem politischen Institutionengeflecht den „Kristallisationskern“ für den europäischen Einigungs- und Erweiterungsprozess darstellen und „ihre aktive Einbindung ... die Voraussetzung für eine demokratische und ausgewogene Entwicklung der Europäischen Union“ darstellt (Kommission 2005a: 2). Ziele des Programms sind, Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zur Interaktion und zur Partizipation am Aufbau eines immer stärker zusammenwachsenden Europas zu geben, sowie das gegenseitige Verstehen und den interkulturellen Dialog der europäischen Bürger/-innen zu fördern (Kommission 2005a: 4). Diese Form der Förderung bürgerschaftlichen Engagements, die „Menschen aus lokalen Gemeinschaften aus ganz Europa“ zusammenführen will, „damit diese ihre „Erfahrungen, Meinungen und Wertvorstellungen austauschen“ und gemeinsam „die Zukunft gestalten können“ (Kommission 2005a: 4) hat den Aufbau einer europäischen Zivilgesellschaft im Blick. Auf der „Suche nach der europäischen Zivilgesellschaft“ (Gellner/Glatzmeier 2005) kommt dem bürgerschaftlichem Engagement damit zu einem Zeitpunkt, in welchem die „Ratifikationskrise der Europäischen Verfassung“ (Kühnhardt 2005: 3) noch nachhaltige Wirkung zeigt, eine wesentliche Funktion bei der (europäischen) Völkerverständigung bei.

Von Baden-Württemberg aus gesehen zeigen diese Betrachtungen auch Möglichkeiten einer Verknüpfung der regionalen mit der europäischen Zivilgesellschaft auf, die künftig bei der länderspezifischen Förderung des Bürgerschaftlichen Engagement stärker ins Auge gefasst werden sollte, zumal am Beginn der Förderpolitik des Landes gerade die Aktivitäten in Europa und den Ländern der Europäischen Union seitens des Landesnetzwerkes bereits mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurden.







## **E Literaturverzeichnis**

- 
- BENZ, Arthur (2004): Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?, S. 11-28, in: Benz, Arthur (Hrsg.) Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden.
- BENZ, Arthur; LÜTZ, Susanne; SCHIMANK, Uwe; SIMONIS, Georg (Hg.) (2004): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden 2004
- BERTELSMANN STIFTUNG (Hg.) (2003): Leitbild Bürgerorientierte Kommune. Orientierungsrahmen und Qualitätsmaßstab. Gütersloh
- BOGUMIL, Jörg; HOLTKAMP, Lars (2002): Die Bürgerkommune als Zusammenspiel von repräsentativer, direkter und kooperativer Demokratie. Ergebnisse einer explorativen Studie. Arbeitspapiere der Fernuniversität Hagen polis Nr. 55/2002
- BOGUMIL, Jörg; HOLTKAMP, Lars; SCHWARZ, Gudrun (2003): Das Reformmodell Bürgerkommune. Leistungen – Grenzen – Perspektiven. Manuskript. Hagen 2003
- BOSCH STIFTUNG (2005): Bericht 2005 der Robert Bosch Stiftung. Stuttgart
- BRAUN, Joachim; BURMEISTER, Joachim; ENGELS, Dietrich (2004): *seniorTrainerin*: Neue Verantwortungsrolle und Engagement in Kommunen. Bundesmodellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“. Bericht zur ersten Programmphase. ISAB-Schriftenreihe: Berichte aus Forschung und Praxis Nr. 84. Köln
- BUNDESTAG DRUCKSACHE 14/8800 (2002): Schlussbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“. Deutscher Bundestag Drucksache 14/8800, 14. Wahlperiode 28. 03. 2002.
- DÜRR, Christiane (2006): Demografischer Wandel – Herausforderungen und Chancen örtlicher Planungs- und Entscheidungsprozesse, S. 279-281, in BWGZ 7/2006
- DRUCKSACHE 13/4900 (2005): Bericht und Empfehlungen der Enquetekommission "Demographischer Wandel - Herausforderungen für die Landespolitik" Drucksache 13/4900 des Landtags von Baden-Württemberg
- ENQUETE-KOMMISSION „ZUKUNFT DES BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENTS“ DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES (2002): Bericht. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Opladen: Leske + Budrich.
- ENGAGIERT IN BAYERN. Wir für uns. Informationen aus dem Landnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Heft 04/2006.

- EVERS, Adalbert (1992): Megatrends im Wohlfahrtsmix. Soziale Dienstleistungen zwischen Deregulierung und Neugestaltung. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 139, S. 3-7
- EVERS, Adalbert; OLK Thomas (1996): „Wohlfahrtspluralismus – Analytische und normativ – politische Dimensionen eines Leitbegriffes“, S. 9-60 in: EVERS, Adalbert; OLK, Thomas (Hrsg.) Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft. Opladen.
- EVERS, Adalbert (2002): Bürgergesellschaft und soziales Kapital. Die politische Leerstelle im Konzept Robert Putnams. In: Haus, Michael (Hg.): Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde. Opladen: S. 59-75
- EVERS, Adalbert; RAUCH Ulrich; STITZ, Uta (2002): Von öffentlichen Einrichtungen zu sozialen Unternehmen – hybride Organisationsformen im Bereich sozialer Dienstleistung. Berlin
- EVERS, Adalbert (2004): Sektor und Spannungsfeld. Zur Politik und Theorie des Dritten Sektor. Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor 27. Berlin ([www.dritte-sektor-forschung.de](http://www.dritte-sektor-forschung.de)).
- EVERS, Adalbert (2005): Vernetzung sozialer Einrichtungen als Weg zur Erschließung von Ressourcen bürgerschaftlichen Engagements, in: Bauer, Petra/Otto, Ulrich (Hrsg.): Mit Netzwerken professionell zusammenarbeiten. Bd. 2: Institutionelle Netzwerke in Sozialraum- und Kooperationsperspektive, Tübingen: dgvt
- GELLNER, Winand; GLATZMEIER, Armin (2005): Die Suche nach der europäischen Zivilgesellschaft, S. 8-15, in in ApuZ 36/2005.
- GESSENHARTER, Wolfgang (1996): Warum neue Beteiligungsmodelle auf kommunaler Ebene? Kommunalpolitik zwischen Globalisierung und Demokratisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 50) S. 3 - 13.
- HAIGIS, Thomas (2002): Der zwischen den Stühlen sitzt – Vom Hineinfinden in eine Rolle der Vermittlung zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, November/Dezember 2002, 219 – 221
- HEROLD, Dietrich (2006): Genossenschaften – neue Chancen eines traditionsreichen Modells? S. 170-173, in BWGZ 4/2006.

- 
- KALLFAß, Sigrid; FUCHS, Johannes (2005): Landkreisnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Arbeitsbericht vom 01.01.04 bis 31.12.04. Bericht der Fachstelle des Landkreisnetzwerks. Weingarten
- KIEBER, Volker; WEGNER, Martina (2006): Was haben Störche auf dem Kirchturm von Gottenheim mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun? S. 158-159, in BWGZ 4/2006.
- KLENK, Tanja; NULLMEIER, Frank (2003): Public Governance als Reformstrategie, Edition der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 97, Düsseldorf.
- KLIE, Thomas; ROSS, Paul-Stefan (2000a): Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg. 4. Wissenschaftlicher Jahresbericht 1999/2000 - Abschlussbericht. Reihe: Bürgerschaftliches Engagement. Bd. 23; Sozialministerium Baden-Württemberg (Hg.), Stuttgart 2000
- KLIE, Thomas; ROSS, Paul-Stefan (2000b): Werkstatt der Zivilgesellschaft. Förderung bürgerschaftlichen Engagements als gesellschaftliches Lernprojekt. In: Blätter der Wohlfahrtspflege, 147. Jhg. Nr. 11+12, November/Dezember 2000, S. 253 - 256
- KLIE, Thomas (Hrsg.) (2002): *Fürs Alter planen. Beiträge zur kommunalen Altenplanung.* Freiburg
- KLIE, Thomas; ROSS, Paul-Stefan (2005): Wieviel Bürger darf's denn sein? Bürgerschaftliches Engagement im Wohlfahrtsmix. Eine Standortbestimmung in acht Thesen. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 4/2005, 20-43
- KOMMISSION (2001): KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN. GRÜNBUCH Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen. Brüssel
- KOMMISSION (2004): KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN. Verantwortliche Unternehmertätigkeit. Eine Sammlung von „good practice“-Fallbeispielen aus kleineren und mittleren Unternehmen in ganz Europa. Luxemburg
- KOMMISSION (2004a): MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DEN RAT. Folgemaßnahmen zum Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ – Vorschlag für gemeinsame Zielsetzungen im Bereich der freiwilligen Aktivitäten Jugendlicher gemäß der Entschließung des Rates vom 27. Juni 2002 zu dem Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa. Brüssel.
- KOMMISSION (2005): Vorstellung und Auswertung der Ergebnisse der online –Konsultation über „Jugendliche in Europa: Förderung bürgerschaftlichen Engagements und

- Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend“. Durchgeführt vom Referat Jugend GD EAC, Europäische Kommission. Brüssel
- KOMMISSION (2005a): Vorschlag für einen BESCHLUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über das Programm „Bürgerinnen und Bürger für Europa“ für den Zeitraum 2007-2013 zur Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft. Brüssel
- KOMMISSION (2005b): KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN. MITTEILUNG DER KOMMISSION. Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels - eine neue Solidarität zwischen den Generationen“. Brüssel.
- KOMMISSION (2006): MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DEN RAT zur europäischen Politik im Bereich der Beteiligung und Information von Jugendlichen Folgemaßnahmen zum Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“: Umsetzung der gemeinsamen Zielsetzungen für die Beteiligung und Information von Jugendlichen im Hinblick auf die Förderung einer aktiven Unionsbürgerschaft von Jugendlichen. Brüssel
- KÜHNHARDT, Ludger (2005): Quo vadis Europa?, S. 3-7, in ApuZ 36/2005.
- LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG (2005): Bericht und Empfehlungen der Enquête-Kommission „Demografischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik“, (Drucksache 13/4900).
- MEISTER-SCHEUFELN, Gisela (2006): Die demografische Entwicklung in Baden-Württemberg und ihre Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, S. 282-289, in BWGZ 7/2006
- NEWSLETTER Wegweiser Bürgergesellschaft (fortlaufend) abrufbar unter: [www.wegweiser-buergergesellschaft.de](http://www.wegweiser-buergergesellschaft.de)
- OELSNER, Gerd (2006): Lokale Agenda 21 Baden-Württemberg. Beschlüsse der Gemeinderäte. Stand 2006. Auszug aus den Daten der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW). Karlsruhe
- OLK, Thomas (2005): Die Bürgerkommune: Ein Leitbild für die Verwirklichung der Bürgergesellschaft auf lokaler Ebene (Manuskript)
- OTTO, Ulrich; SCHMID, Josef; MANSOUR, Julia; PLANK, Sven; SCHÖNSTEIN, Stefanie; STEFFEN, Christian (2003): Bürgerschaftliches Engagement. Förderung durch die Bundesländer. Ziele, Instrumente und Strategien im Vergleich, Opladen
- PEUKERT, Rüdiger (2005): Familienformen im sozialen Wandel. Wiesbaden: VS Verlag

- 
- RIDDERBUSCH, Jens (2005): Zukunftswerkstätten „Familienfreundliche Kommune“ – Kommunen entwickeln Konzepte für mehr Familienfreundlichkeit, S. 15-18, in Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 12/2005.
- ROSS, Paul-Stefan; MUTTACH, Klaus; WÖRNER, Wolfgang (2001): Und es gibt sie doch: Synergien zwischen Neuem Steuerungsmodell, Förderung bürgerschaftlichen Engagements und Lokaler Agenda 21. In: Die Gemeinde, 124. Jhg. Nr. 22, November 2001, S. 886-893
- ROSS, Paul-Stefan; HEIMER, Franz-Albert; SCHARTE, Ulrike (2004): Aufbau und Weiterentwicklung von örtlichen Anlaufstellen für Engagementförderung. Eine Arbeitshilfe. Hg. von der Landesregierung, dem Städtetag, dem Gemeindetag und dem Landkreistag Baden-Württemberg. Freiburg-Stuttgart
- ROSS, Paul-Stefan; KLIE, Thomas (2004): Bürgerschaftliches Engagement und seine Förderung im Land und in der Kommune. Anmerkungen zur Praxis zivilgesellschaftlicher Konzepte auf Grundlage der Erfahrungen aus Baden-Württemberg. In: Rosenzweig, Beate; Eith, Ulrich (Hg.) (2004): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft? Schwalbach/Ts. 2004, 73-105
- ROSS, Paul-Stefan; GRÜGER, Christine; HAIGIS, Thomas (2007): Regieren in der Bürgerkommune. Eckpunkte für Governance in lokalen Kontexten: Begründung und Konkretisierung. Manuskript
- SCHMID, Josef; STEFFEN, Christian; MAIER, Franziska; RANI SHARMA, Manon (2005): Kurzfassung der Evaluation des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement. Universität Tübingen.
- SCHMID, Josef; STEFFEN, Christian; MAIER, Franziska; RANI SHARMA, Manon (2005): Evaluation des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Baden-Württemberg. Universität Tübingen.
- SCHUMACHER, Jürgen (2004): Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Synthese-Bericht. Zusammengefasst von Jürgen Schumacher. Peer Review Manager. im Auftrag der Europäischen Kommission GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit. Berlin
- SEIMETZ, Hermann (2006): Abschlussbericht der Enquête-Kommission Demografischer Wandel, S. 307-309, in BWGZ 7/2006.
- STAATSKANZLEI RHEINLAND-PFALZ (Hrsg.) (2006): Rheinland-Pfalz – ein stetiger Aufstieg Die Bilanz der Landesregierung 2001 bis 2006. Mainz.



STABSSTELLE BÜRGERENGAGEMENT UND FREIWILIGENDIENSTE (2004): Unternehmerisches bürgerschaftliches Engagement – Corporate Citizenship - in der Bürgergesellschaft. Grundsätze für die systematische Förderung von Corporate Citizenship im Kontext des baden-württembergischen Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement. Stuttgart

VEREINBARUNG ZUM AUSBAU DES LANDESNETZWERKES BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT (LBE) der Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements (AG/BE). Kooperationsvereinbarung vom 05.05.1999

WEGNER, Martina, HEIMER, Franz-Alber, SCHILLINGER, Christiane (2006): Die Vielfalt der Engagementförderung vor Ort. Steckbriefe der Mitgliedsgemeinden. Juni 2006